Qualifizierung von Stadtlandschaften?

Grenzen und Chancen der Planung im Spiegel der städtebaulichen Praxis

Vom Fachbereich Stadtplanung der HafenCity Universität Hamburg
zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors
genehmigte Dissertation

vorgelegt von:

Stefan Kurath

aus:
Thusis (CH)

Betreuer:

Prof. Dr. Michael Koch
Prof. Dr. habil. Angelus Eisinger

Tag der mündlichen Prüfung:

06. Mai 2010

Qualifizierung von Stadtlandschaften?

Grenzen und Chancen der Planung im Spiegel der städtebaulichen Praxis

Abstract – deutsch:

Die Qualifizierung verstädterter Gebiete ausserhalb historisch bedingter Stadtkörperschaften ist seit mehreren Jahrzehnten ein zentrales Thema im Diskurs der Stadtplanung. Trotzdem gelingt es den Stadtplanern und Stadtplanerinnen kaum, ihre Interessen und Ziele einer räumlichen Qualifizierung und die damit verbundenen Forderungen nach einer Schaffung von Orten der Identifikation, nach Verdeutlichung von Grenzen und Übergängen, der Verbesserung räumlicher Vernetzung, Stärkung des öffentlichen Raums oder Pflege kultureller, ökologischer oder ökonomischer Eigenarten raumwirksam umzusetzen.

Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass die Siedlungswirklichkeit Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse ist und dass die Ursachen für den Erfolg oder Misserfolg der Planung in den Beziehungsgeflechten dieser Aushandlungsprozesse zu suchen sind. Entsprechend wird am Beispiel von vier ausgewählten Mikrostudien die *lokale städtebauliche Praxis,* also die Spanne von der *Entstehung von Planwelten* (Entwurfsphase) bis hin zu deren *Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit* (Implementierung), rekonstruiert. Über die empirische Auseinandersetzung mit den Unbestimmtheiten und Dynamiken gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse sowie die emergente Rolle der Planer innerhalb dieser Aushandlungsprozesse werden in der Arbeit Grenzen und Chancen einer zukunftsfähigen Planung entfaltet. Mit der Erkenntnis darüber, was Planung kann – oder eben nicht kann –, werden in einem weiteren Hauptteil der Arbeit zeitgenössische Planungsansätze im Rahmen einer *Testplanung* in das mittlere Alpenrheintal übersetzt und auf deren Qualifizierungspotenzial, Rückübersetzbarkeit und Robustheit hin getestet und bewertet.

Aus der Synthese der Erkenntnisse folgt der Schluss, dass sich zukunftsfähige Handlungstheorien der Stadtplanung den Unbestimmtheiten, Dynamiken und Beziehungsgeflechten gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse anzunehmen haben und sich die Planer und Planerinnen der planerischen und entwerferischen Möglichkeiten innerhalb dieser Prozesse bewusst werden müssen. Konkret sollen das *raumplanerische und topologische Entwerfen* als Handlungstheorien eines konzeptionellen Städtebaus durch ein *relationales Entwerfen* erweitert werden, das insbesondere auch in der Phase der Rückübersetzung disziplinäre Ziele und Inhalte proaktiv in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse zu übersetzen und dadurch intendierte und nicht-intendierte räumliche Transformationen in Realzeit entwerferisch zu begleiten und mitzubestimmen weiss.

Vers un Urbanisme Culturel – Vers un Urbanisme Relationel.

- Abstract -

Qualification of CityScapes?

Limits and opportunities of town planning and the realities of urban development

Abstract – english:

The qualification of urban sprawl outside historically defined town development limits has been a central concern of town planners for several decades. Yet they have made hardly any progress in implementing their interests and objectives as regards spatial qualification, which aims to create greater identity of locations, clearer boundaries and transitions, improved spatial interconnectedness, more defined public spaces as well as cultivate the cultural, ecological and economic uniqueness of places.

This study is based on the assumption that the reality of urban development is the result of negotiation processes in society and that the causes for the success or failure of town planning can be found in the web of relationships in these negotiating processes. Using four selected micro-studies as examples, the study reconstructs *local urban design practices,* i.e. *the creation of planning scenarios* (concept phase) and their *translation into built reality* (implementation). Using an empirical analysis of the indeterminacy and dynamics of negotiation processes in society and the emerging role of planners within these negotiation processes, the study unfolds the limits and opportunities of a planning process that is fit for the future. Following the findings of what planning can do – or cannot do, as the case may be – another main part of the study translates contemporary planning approaches into the Mittlere Alpenrheintal as part of a *trial run* and evaluates the result with regard to its realistic implementation chances, qualification potential and robustness.

Summarising these findings and evaluation, the study concludes that viable town planning theories have to take into account the indeterminacy, dynamics and web of social interactions and negotiation processes, and that planning officers have to become aware of the planning and design opportunities within these processes. More specifically, it is posited that *spatial and topological design* as an action theory of conceptional urban design is supplemented by *relational design* which, particularly in the implementation phase, proactively translates planning objectives and contents into the negotiation processes taking place in society and thereby creates a more effective mandate for the realisation of design considerations in the intended – or not intended – spatial transformations in real time.

Vers un urbanisme culturel – Vers un urbanisme relationel.

- Abstract -

Qualifizierung von Stadtlandschaften?

Grenzen und Chancen der Planung im Spiegel der städtebaulichen Praxis

Zusammenfassung:

„What Ever Happened to Urbanism?“[1] Forderungen der Stadtplaner und Stadtplanerinnen nach einer räumlichen und strukturellen Qualifizierung der sich stetig transformierenden Stadtwirklichkeiten ausserhalb historisch bedingter Stadtkörperschaften sind bereits vor Jahrzehnten, einhergehend mit der zunehmenden Ausdehnung der Siedlungsgebiete und Infrastrukturbauten in die landwirtschaftlich genutzten und naturnah kultivierten Landschaften, aufgekommen. Publikationen, Fachzeitschriften, Tagespresse, Gesetze, Gemeinderatsprotokolle oder öffentliche Diskussionen zeigen, dass es den Planungsdisziplinen nicht an Zielen oder an Tatendrang gefehlt hat und dass die Planung stets über die Praxis in den gesellschaftlichen Alltag eingebunden gewesen ist. Dennoch ist es den Planern und Planerinnen bis heute kaum gelungen, ihre Forderungen nach einer räumlichen Klärung durch Gestaltung oder kulturellen, ökologischen oder ökonomischen Stärkung des Raums durch Planung raumwirksam umzusetzen. Das Erkennen dieser Diskrepanz zwischen Handlungsbestreben und Handlungserfolg ist Ausgangspunkt dieser Arbeit.

„Städtebau ist immer auch Gesellschaft und umgekehrt.“[2] Bei der vorliegenden Arbeit wird davon ausgegangen, dass die Siedlungswirklichkeit Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse ist. Um die Realisierungschancen der eigenen, disziplinären Ziele zu verbessern, hat sich die Planung innerhalb dieser Aushandlungsprozesse zu bewähren und hat Allianzpartnerschaften mit anderen relevanten Akteuren und Aktanten aufzubauen. Ziel der Arbeit ist es, solche Aushandlungsprozesse im Zusammenhang mit Planungsintentionen zu rekonstruieren und aufgrund daraus resultierender Erkenntnisse zeitgenössische Planungsansätze auf ihre Praxistauglichkeit hin zu bewerten. In einem ersten Teil der Arbeit (A) werden die dieser Zielstellung entsprechenden Forschungsparameter wie Problemstellung, Begriffsbestimmungen, Stand der Forschung, Hypothese, Methodologie definiert und eingegrenzt.

Im empirischen Hauptteil der Arbeit (B) wird am Beispiel von vier ausgewählten Mikrostudien unter dem Gesichtspunkt „Siedlungswirklichkeit als Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse“ die *lokale städtebauliche Praxis* der letzten dreissig bis vierzig Jahre untersucht.[3] Dabei sind die planerischen Handlungsketten und emergenten Rollen der Planer in der Phase der *Entstehung von Planwel-*

[1] Koolhaas (1995), S. 958.
[2] Eisinger (2004), S. 280.
[3] Forschungsansatz in Anlehnung an die Science and Technology Studies (STS), insbesondere die Aktor-Netzwerk-Theorie (ANT). Eisinger (2004), S. 12.

ten (Entwurf) wie auch der *Phase der Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit* (Implementierung) rekonstruiert und beschrieben worden. Im Rahmen dieser empirischen Auseinandersetzung können Unbestimmtheiten und Dynamiken gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse sowie gesellschaftliche Verwebungen der Stadt- und Raumplanung entfaltet werden. Erkenntnisse über Grenzen und Rückübersetzungsproblematiken planerischer Praxis beispielsweise aufgrund planerischer Voraussetzungen, fehlender Verhandlungsbereitschaft, falschem Handlungszeitpunkt, Verallgemeinerungen, nicht intendierter Handlungen von Mittlern oder Flucht der Planer in den Moderationsmodus runden diesen zweiten Teil ab.

In einem weiteren Hauptteil der Arbeit (C) werden vier zeitgenössische Planungsansätze zur Qualifizierung von Stadtlandschaften in einen Bezug zum Erkenntnisgewinn darüber, was Planung kann – oder eben nicht kann –, gesetzt. Diesbezüglich sind die vier Ansätze *Handbuch zum Stadtrand,*[4] „Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie“,[5] *After-Sprawl*[6] und *Zwischen Stadt Entwerfen*[7] im Sinne von *Testplanungen* in das mittlere Alpenrheintal, den Grenzraum zwischen Schweiz, Liechtenstein und Österreich, übersetzt und auf ihr Qualifizierungspotenzial, ihre Rückübersetzbarkeit und Robustheit hin beurteilt worden.[8] Im Rahmen eines Erkenntnisgewinns aus der Beurteilung und der Diskussion der Testplanungen zeigen sich grundsätzliche Unterschiede, Chancen und Abhängigkeiten einer assoziativen (innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse positionierten) oder dissoziativen (ausserhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse positionierten) Herangehensweise städtebaulicher Handlungstheorien.

In der Gesamtsynthese (D) werden die Erkenntnisgewinne über Grenzen und Chancen der Planung miteinander verbunden. Es folgt der Schluss, dass die Stadtplanung – in Anlehnung an den Soziologen Bruno Latour – ihre Assoziationen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit (wieder) herstellen und Handlungstheorien entwickeln muss, die es dem Planer innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungs- und Verwebungsprozesse ermöglichen, disziplinäre Ziele und Interessen in die Raumtransformationsprozesse zu übersetzen. Konkret ist eine proaktive Handlungstheorie der Stadtplaner weiterzuentwickeln, welche das *raumplanerische und topologische Entwerfen* eines affirmativ-konzeptionellen Städtebaus[9] durch ein *relationales Entwerfen* ergänzt. Ein relationales Entwerfen baut in der Phase der Entstehung von Planwelten nebst den räumlichen auch auf gesellschaftliche Eigenarten der Siedlungswirklichkeit auf und stärkt diese. In der Phase der Rückübersetzung städtebaulicher Konzepte in die Siedlungswirklichkeit haben die Planer und Planerinnen die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse sowie daraus resultierende stadtlandschaftliche Anreicherungen, Aneignungen und Transformationen (relational-)entwerferisch zu begleiten und performativ gesellschaftliche Allianzen für städtebauliche Ziele und Inhalte zu bilden, um diese im Sinne der Disziplin zur Qualifizierung der Stadtlandschaften in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen.

Vers un Urbanisme Culturel – Vers un Urbanisme Relationel.

---

[4] Lampugnani et al. (2007).
[5] Caminada (2005), S. 133.
[6] De Geyter Architects (2002).
[7] Bormann et al. (2005).
[8] Testplanung als Methode entwickelt durch Bernd Scholl und Rolf Signer, Scholl (2007); Signer (2007).
[9] Vgl. Bormann et al. (2005).

Struktur der Arbeit:

QUALIFIZIERUNG VON STADTLANDSCHAFTEN?
Grenzen und Chancen der Planung im Spiegel der städtebaulichen Praxis

EINLEITUNG S. 1 - 6

TEIL A - RAHMENBEDINGUNGEN S. 7 - 40

Einführende Forschungsparameter

TEIL B - EMPIRIE S. 41 - 472

Rekonstruktion der Entstehung von Planwelten
und deren Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit
im Rahmen von vier Mikrostudien

Erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ
Zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan
Dritte Mikrostudie: Ems-West, Domat/Ems
Vierte Mikrostudie: A13, Autobahnabschnitt Haag-Trübbach

ERKENNTNISGEWINN EMPIRIE S. 473 - 498

Stadtlandschaften der Assoziationen / soziotechnische Stadtlandschaften
Rückübersetzungsproblematik von Planwelten und Grenzen der Stadtplanung

TEIL C - TESTPLANUNG S. 499 - 582

Zeitgenössische Planungsansätze zur Qualifizierung von
Stadtlandschaften im Vergleich

Handbuch zum Stadtrand
Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie
After Sprawl
Zwischen Stadt Entwerfen

ERKENNTNISGEWINN TESTPLANUNG S. 583 - 596

Städtebau der Assoziationen vs. Städtebau der Dissoziationen

TEIL D - SYNTHESE S. 597 - 605

Relationales Entwerfen als Handlungstheorie
einer zukunftsfähigen Stadtplanung

ANHANG

Inhaltsverzeichnis:

0.0 Einleitung S: 1

TEIL A – RAHMENBEDINGUNGEN

1.0 Einführende Forschungsparameter S: 9

1.1 Problemstellung S: 9
1.2 Qualifizierung von Stadtlandschaften S: 9
1.3 Stand der Forschung S: 16
1.4 Hypothese S: 26
1.5 Positionierung und Eingrenzung der Arbeit S: 27
1.6 Methodologie S: 29
1.7 Aufbau der Arbeit S: 37
1.8 Auswahl der Mikrostudien S: 39

TEIL B – EMPIRIE

2.0 Erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ S: 43 - 226

2.1 Einführungen ins Untersuchungsgebiet
2.2 Raumplanung Freienbach im Jahre 1972
2.3 Rückübersetzung der Planwelt über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit
- Seedammcenter 1971-1974
- Seedamm Kulturzentrum und Alpamare 1974-1977
- Migrol-Tankstelle 1978-1981
- Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung 1978-1985

2.4 Raumplanung in Freienbach im Jahre 1982
2.5 Rückübersetzung der Planwelt über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit
- Quartiergestaltungsplanwelten der Genossenschaft Migros 1984-
- Dritte Erweiterung Seedammcenter mit Verwaltung 1986-1993
- Erweiterung Alpamare – Rutschbahnen und Parkierung 1982-1997
- Erweiterung Seedamm Kulturzentrum 1989-1992
- Hotel Plaza und Kongresszentrum am Seedamm 1984-1998

2.6 Raumplanung Freienbach im Jahre 1993
2.7 Rückübersetzungen der Planwelt über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit
- Erweiterung Seedamm Kulturzentrum 1998-2000
2.8 Das Gwatt heute und morgen
2.9 Die Stadtlandschaft Gwatt im Diskurs der Zwischenstadt

3.0 Zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan S: 227 - 342

3.1 Einführung ins Untersuchungsgebiet
3.2 Erste landschaftliche Transformationen im Forst durch die Hilti oHG
- Erste Bauten im Forst 1954-1961
3.3 Raumplanung in Schaan im Jahre 1961
3.4 Rückübersetzung der Planwelt über die Firmenentwicklung und Projektverhandlungen
- Das Unternehmen Hilti zwischen 1961 und 1974
- Erweiterungsbau für Lagerzwecke 1963
- Erweiterungs- und Ersatzbau Erste Etappe 1965
- Osterweiterung Dritte Etappe 1965-1966
- Erweiterungsbau Zweite Etappe 1969
- Verwaltung Erste Etappe 1972-1973
- Halle für Oberflächenbehandlung 1973
- Werk 2 in Schaan 1960-1974
3.5 Raumplanung in Schaan im Jahre 1974
3.6 Rückübersetzung der Planwelt über Firmenentwicklung und Projektverhandlungen
- Erste gesellschaftliche Verhandlungen 1974
- Das Unternehmen Hilti zwischen 1974 und 1982
- Trainingszentrum 1975
- Umfahrungsstrasse Schaan, Erschliessung Hilti-Werk 1976
- Informationszentrum 1980
- Grossversuchshalle Werk 2 1977
3.7 Raumplanung in Schaan im Jahre 1982
3.8 Rückübersetzung der Planwelt über Firmenentwicklung und Projektverhandlungen
- Das Unternehmen Hilti zwischen 1982 und 1995
- Anbau und Aufstockung der Hauptverwaltung 1984-1986
- Genereller Schaaner Verkehrsplan – Konsultativabstimmung 1988
- Erweiterungsbau Bürohaus Nord 1989-1990
- Parkplätze Süd 1989
- Hinweistafel der Firma Hilti AG in Schaan 1992
- Weitere Bauten und Erweiterungen 1992-1995
3.8 Raumplanung in Schaan im Jahre 1995
3.9 Rückübersetzung der Planwelt über Firmenentwicklung und Projektverhandlungen

- Das Unternehmen Hilti Zwischen 1995 und heute
- Initiative Lebenswertes Schaan – Umfahrungsstrasse 1995
- Anbau mit Parkplatzerweiterung und Coillager 2002
- Trainingszentrum und Bürohaus Ost 2004-2007

3.10 Im Forst heute und morgen

3.11 Die Stadtlandschaft Forst im Diskurs der Zwischenstadt

4.0 Dritte Mikrostudie: Ems-West, Domat/Ems S: 343 - 420

4.1 Einführung ins Untersuchungsgebiet

4.2 Raumplanung Domat/Ems im Jahre 1988

4.3 Rückübersetzung der Planwelt über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

- Golfplatz Vogelsang 1992-2006
- Quartier Marchesa 1996-2009

4.4 Raumplanung in Domat/Ems im Jahre 2004

4.5 Rückübersetzung der Planwelt über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

- Grosssägerei Stallinger 2002-2007

4.6 Ems-West heute

4.7 Die Stadtlandschaft Ems-West im Diskurs der Zwischenstadt

5.0 Vierte Mikrostudie: A13, Autobahnabschnitt Haag–Trübbach S: 421 - 472

5.1 Einführung ins Untersuchungsgebiet

5.2 Planung der Rheinstrasse im Jahre 1959

5.3 Rückübersetzung der Planwelt über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

- Autobahnabschnitt N13 Rheineck–Oberriet 1958-1964
- Autobahnabschnitt N13 Oberriet–Haag 1962-1967
- Autobahnabschnitt N13 Haag–Trübbach 1963-1980

5.4 Die N13 (A13) und der Streckenabschnitt „Haag–Trübbach“ heute

5.5 Die Autobahn A13 im Diskurs der Zwischenstadt

ERKENNTNISGEWINN EMPIRIE

6.0 Stadtlandschaften der Assoziationen und ihre Quellen der Unbestimmtheit S: 475

6.1 Stadtlandschaften der Assoziationen / soziotechnische Stadtlandschaften S: 475

6.2 Quellen der Unbestimmheit von Stadtlandschaften S: 477

7.0 Rückübersetzungsproblematik von Planwelten / Grenzen der Stadtplanung S: 487

TEIL C – TESTPLANUNG

8.0 Zeitgenössische Planungsansätze im Vergleich S: 501

8.1 Das Testgebiet Mittleres Alpenrheintal bei Buchs und Schaan S: 503
8.2 Normative Zielvorstellungen und Beurteilungskriterien S: 506
8.3 *Handbuch zum Stadtrand* S: 513
8.4 *Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie* S: 535
8.5 *After Sprawl* S: 549
8.6 *Zwischen Stadt Entwerfen* S: 563

ERKENNTNISGEWINN TESTPLANUNG

9.0 Städtebau der Assoziationen vs Städtebau der Dissoziationen S: 585

9.1 Städtebau der Dissoziationen S: 587
9.2 Städtebau der Assoziationen S: 590
9.3 Relationen S: 593

TEIL D – SYNTHESE

10.0 Relationales Entwerfen als Handlungstheorie zukunftsfähiger Stadtplanung S: 599

ANHANG

Bibliografie

Verzeichnisse

0.0 Einleitung

„What Ever Happened to Urbanism?“[1] Die in den 1990er-Jahren von Rem Koolhaas aufgeworfene Frage steht symbolisch für eine Zeit der planerischen Orientierungslosigkeit, als sich abzeichnete, dass weder Stadt- noch Raumplanung ihre in den 1970er-Jahren formulierten Ziele bezüglich einer kontrollierten Siedlungsentwicklung erreicht hatten. Der Bauboom der 1970er-Jahre und auch spätere Entwicklungen haben trotz raumplanerischer und städtebaulicher Massnahmen europaweit Spuren hinterlassen. Thomas Sieverts hat sich intensiv mit diesem Phänomen der Siedlungsentwicklung ausserhalb der Zentren befasst und es „Zwischenstadt“ genannt.[2] Der Begriff „Zwischenstadt“ hat sich mittlerweile zumindest im deutschsprachigen Raum etabliert. In ähnlichen Abhandlungen ist das Phänomen auch als „durchsiedeltes Territorium“,[3] „Generic City“,[4] „Scape©“,[5] „Splintering Urbanism“,[6] „StadtLand“,[7] „Kulturlandschaft“ [8] beschrieben und vertieft worden, um nur einige Auseinandersetzungen mit diesem Thema zu nennen. Martin Prominski hat die Konzeptbegriffe zusammengefasst, in einen landschaftstheoretischen Kontext gestellt und – in Anlehnung an John Brinckerhoff Jackson – unter „Landschaft Drei“ zusammengefasst.[9] Der bisherige Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der Zwischenstadt im europäischen Raum ist durch die kürzlich abgeschlossenen Studien des Ladenburger Kollegs unter der Leitung von Thomas Sieverts erreicht worden.[10] Damit ist das Phänomen des weder Stadt noch Land vielfach und ausführlich umschrieben worden. Trotz dieser Auseinandersetzung haben die planerischen Disziplinen in der Praxis bis heute keinen Umgang mit dem Phänomen gefunden. Sieverts Aufruf aus den 1990er-Jahren zur Qualifizierung der Zwischenstadt scheint kaum umsetzbar.[11] Gründe dafür gibt es mehrere:

Oftmals sind Planungskonzeptionen einem universalen Ansatz verhaftet. Obwohl beispielsweise Vorstellungen der idealen Stadt als dichtes, konzentriertes Gefüge mit Zentrum und klar definiertem Rand mit einer automobilen und befreiten Gesellschaft, „die ihre Terrains in hochspezialisierter und punktueller Weise definiert“,[12] kollidieren und obwohl Vorschläge und Konzepte der Architekten und Stadtplaner „sich immer wieder an den konkreten Prozessen aufgerieben“[13] haben, ist das Vertrauen in das „Gott-Vater-Modell“[14] der Planung weiterhin gross. Nach wie vor wird davon ausgegangen, dass

[1] Koolhaas (1995), S. 958.
[2] Sieverts (2001).
[3] Bosshard, Luchsinger (1990).
[4] Koolhaas (1995).
[5] Orff (2001).
[6] Graham, Marvin (2001).
[7] Eisinger, Schneider (2003).
[8] Rieniets (2004).
[9] Prominski (2004), S. 59.
[10] www.zwischenstadt.net, Zugriff am 06. November 2009.
[11] Sieverts (2001), S. 139; Luchsinger (2008), S. 280.
[12] Hauser (2003), S. 107.
[13] Eisinger (2006), S. 161.
[14] Siebel (1989); Siebel (2006), S. 203.

Stadtplanung, diktiert von Experten, erfolgreich sein muss. „Die in der Folge kaum noch diskutierten Gegenmassnahmen (zur Zersiedlung; Anm. Kurath) wie Innenentwicklung und Arrondierung stellen trotz ihrer offenkundig nur bedingten Wirksamkeit Dogmen dar, die kaum jemand zu hinterfragen wagt.“[15] In der Konfrontation mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit erschöpft sich dieses Planungsmodell mit seiner Vorstellung von der idealen Stadt leider allzu oft in einem „Krieg der Welten“.[16] Die Entwürfe idealer Welten finden im Alltag – wenn inhaltlich aus der Sicht der Stadtplanung durchaus erstrebenswert – keine gesellschaftliche Entsprechung und in diesem Sinne auch keine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit.[17]

Aus dieser Rückübersetzungsproblematik der Planung heraus haben sich Geografen, Soziologen, Ökonomen, Politologen von den Architekten abgesetzt. Aus dem Schluss der Nicht-Planbarkeit der Siedlungswirklichkeit in den 1990ern folgernd, konzentrieren sich die Gesellschaftswissenschaften auf die Steuerungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Prozesse.[18] „Dies stand im Zusammenhang damit, dass die Funktion, gesellschaftlich verbindliche Entscheidungen herbeizuführen und durchzusetzen, nicht mehr allein an den Staat gebunden wurde: Die äussere Souveränität wurde angesichts der transnationalen politischen Verflechtungen und der Internationalisierung der Wirtschaft genauso infrage gestellt wie die hierarchische Überordnung des Staates im ‚Inneren‘ gegenüber ausdifferenzierten und hochorganisierten gesellschaftlichen Teilsystemen.“[19] Als Reaktion darauf wird versucht, über Steuermechanismen gesellschaftliche Prozesse und damit indirekt die Produktion von Raum zu moderieren, um ein Mindestmass an räumlicher Kontrolle aufrechtzuerhalten. Governance und damit die „Governance-Modi einer Konzentrierung durch Verhandlungen zwischen autonomen (staatlichen und gesellschaftlichen) Akteuren“ sowie das diesbezügliche Prozessmanagement stehen im Vordergrund dieses Planungsmodells.[20] Mit Steuerungsvorschlägen über Abwälzung von Infrastrukturkosten nach Verursacherprinzip, Benzinpreiserhöhung, CO_2-Abgaben, Bodenpreissteigerung durch Baulandverknappung oder durch Handel von Zertifikaten übernehmen die Planer die „Aufgabe eines Politikberaters – und dies zumindest in der Rolle des Managers oder Vermittlers“.[21] Gestalterische Momente finden darin kaum Platz, und wenn, dann in Form der Einzellösung, deren „Realisierung situativ und kontextabhängig zu erfolgen hat“[22] und die sich „privatrechtlicher Organisationsformen und informeller Verfahren bedient“.[23] Das planerische Ziel einer „räumlichen Entwicklung als Ganzes“[24] wird reduziert auf den Ansatz der „Planung als politischer Prozess“.[25] Eine qualifizierende Wirkung auf der Ebene räumlicher Zusammenhänge, Wiedererkennbarkeit, Raumgestalt, Wahrnehmung oder Orientierung ist hierbei kaum zu erwarten. Und zwar nicht, weil es innerhalb dieses Kontextes nicht möglich wäre, sondern weil die Position mit der Aufgabe der räumlichen Gestaltung und Qualifizierung von Stadtlandschaften aufgrund der angesprochenen Rückübersetzungsproblematik stadt- und raumplaneri-

[15] Koch, Schröder (2006), S. 18.
[16] Vgl. Latour (2004).
[17] Vgl. die Arbeit von Angelus Eisinger, der am Beispiel von Mikrostudien solche fehlenden gesellschaftlichen Entsprechungen städtebaulicher Planungen in der Schweiz zwischen 1940 – 1970 aufgedeckt hat. Eisinger (2004).
[18] Luchsinger (2008), S. 280.
[19] Heinelt (2006), S. 238.
[20] Ebenda, S. 239.
[21] Albers (2006), S. 54.
[22] Heinelt (2006), S. 244.
[23] Siebel (2006), S. 203.
[24] Keller (2006), S. 352.
[25] Heinelt (2006), S. 243.

scher Intentionen in die Siedlungswirklichkeit erst gar nicht mehr besetzt wird. Folglich werden entworfene, räumlich-gestalterische Anliegen im Governance-Modell der Planung kaum mehr in den Raumbildungsprozess eingebracht und finden entsprechend auch keine Umsetzung.

In den letzten Jahren sind als Ergänzungen zu den zuvor beschriebenen Planungsmodellen Stadtplanungsstrategien entwickelt worden, die sich explizit mit Zusammenhängen zwischen Planung und gesellschaftlichen Raumproduktionsprozessen auseinandersetzen. Gleichzeitig beschäftigen sich diese konzeptionellen Planungsansätze mit den Möglichkeiten des entwerferischen Mitbestimmens besagter gesellschaftlicher Raumproduktionsprozesse. Einen guten Überblick über diese neuen Herangehensweisen der Planung ermöglicht die Publikation *Zwischen Stadt Entwerfen.*[26] Die konzeptionelle Ausrichtung kann als planerisches Handeln zwischen „Kontrolle und Laissez-faire" beschrieben werden.[27] „Städtebau als Organisator des Allgemeinen sollte durch ein bestimmtes Mass der Zurückhaltung in Betracht auf Architektur geprägt sein, die in 1'000 Blüten blühen darf. In anderen Worten: Bei Städtebau handelt es sich um das Schaffen von Freiheiten."[28] Diese konzeptionelle Festlegung geht einher mit der Erkenntnis, dass Städte „nicht dank ihrer Architekturen", „sondern (…) mit ihren Architekturen" leben.[29] Architekturen oder räumliche Strukturen werden in diesen städtebaulichen Konzeptionen demnach nicht wie im Falle des Gott-Vater-Modells vorausgesetzt. Sie werden vielmehr – ähnlich dem Governance-Modell der Planung – als Resultat gesellschaftlicher Raumproduktionsprozesse angesehen. Im Gegensatz zum Governance-Modell steht jedoch die formale Mitbestimmung der räumlichen Figurationen dieser Prozesse im Mittelpunkt der Arbeiten. Denn – gerade die Auseinandersetzung mit der Zwischenstadt zeigt, dass Defizite der Zwischenstadt nicht einzig mittels Moderations- und Koordinationstätigkeiten behoben werden können, sondern auch und besonders einer räumlich-gestalterischen Qualifizierung bedürfen. In der Folgerung bedeutet dies, dass die Gestaltung von Raum, das architektonische und städtebauliche Entwerfen, (wieder) eine gewichtige Rolle bei der Behebung der Defizite heutiger Stadtlandschaften spielen muss.[30]

Wenn jedoch Architekturen und schliesslich räumliche Strukturen Resultat gesellschaftlicher Prozesse sind, ist es zusätzlich zwingend, dass Stadtplaner und Architekten ihre Rolle in Bezug auf gesellschaftliche Aushandlungsprozesse überdenken und ihre Einflussmöglichkeiten reflektieren, um adäquate und vor allem zukunftsfähige städtebauliche Strategien entwickeln zu können. Wie die neuzeitliche Geschichte des Städtebaus zeigt, scheitert die Qualifizierung der Stadtlandschaften eher an den zahlreichen Misskonzeptionen städtebaulicher Handlungstheorien, insbesondere in der Phase der Rückübersetzung von Planwelten in die Siedlungswirklichkeit, und weniger an den eigentlichen inhaltlichen Ideen und Qualifizierungszielen, die in Form von ersten Entwürfen visualisiert werden und in dieser Phase noch breite gesellschaftliche Unterstützung finden.[31]

Für die Umsetzung zeitgenössischer Planungsformen, die sich mit „Relationalität, Unvorhersagbarkeit und Prozesshaftigkeit" landschafts- und stadtbildender Prozesse im Zusammenhang mit Raumfragen

[26] Bormann et al. (2005).
[27] Christiaanse (2004), S. 9.
[28] Christiaanse (1989), www.christiaanse.arch.ethz.ch/Forschung, Zugriff am 18. Juni 2009.
[29] Eisinger (2006), S. 162.
[30] Vgl. Borman et al. (2005), S. 173.
[31] Vgl. Eisinger (2004).

befassen, müssen folglich zusätzliche Erkenntnisse darüber eingeholt werden, wie die Arbeit der Planer, Architekten oder Landschaftsarchitekten mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit verwoben und davon bestimmt ist.[32] Ignoriert die Planung gemäss Ingrid Breckner weiterhin diese Zusammenhänge, indem sie ihren eigenen und damit von der Wirklichkeit losgelösten Raumvorstellungen folgt, treibt sie „jene Nivellierung der Vielfalt räumlicher Lebensbedingungen" voran, „die sie zu vermeiden beansprucht".[33] Aus den Erkenntnissen bezüglich der Verwebungen wird ersichtlich, wie und in welcher Form sich die Planenden als Akteure nachhaltig in die Figurationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit einbringen können, um erfolgreich räumlich qualifizierende Veränderungen zu erwirken.

Diesbezüglich fehlt jedoch eine solide empirische Basis, welche gesellschaftliche Verwebungen der Planung methodisch erfasst und dadurch den planerischen Handlungsrahmen neu setzt. Um den Rahmen planerischer Möglichkeiten fassbar zu machen, muss eine Basis geschaffen werden, welche die Zusammenhänge zwischen Gesellschaft und Planerrealität, zwischen Prozessen und Rollen, zwischen Raumarchitektur und Akteuren näher untersucht.

Raum- und Elementkategorien der Zwischenstadt sind in den letzten Jahren morphotypologisch und damit eher „architekturlastig" untersucht worden.[34] Im selben Zusammenhang sind Phänomene wie fragmentierte Siedlungsentwicklung, zunehmende Komplexität der Raumnutzungsmuster oder Dynamiken der Siedlungsentwicklung zumindest morphotypologisch beobachtet und vielfach umschrieben worden. Ursachen solcher Phänomene sind wissenschaftlich bis anhin wenig fassbar gewesen, da der methodische Zugang gefehlt hat. Angelus Eisinger hat diesbezüglich wertvolle Vorarbeit geleistet, indem er für seine städtebaulichen Untersuchungen die Methodologie der Aktor-Netzwerk-Theorie (ANT) in die Planungswissenschaften übersetzt hat. Die ANT hat ihre Stärke darin, dass sie die Verwebungen der Praxis mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit – Pickering nennt es „the mangle of practice"[35] – aufgrund der Untersuchung von Beziehungsgeflechten zwischen Akteuren und Aktanten nachvollziehbar macht. Mit diesem Forschungsansatz lassen sich die *soziotechnischen* Zusammenhänge der stadtlandschaftlichen Phänomene methodisch untersuchen und beschreiben.[36] Die Methodologie der ANT ermöglicht es, gesellschaftliche Hintergründe und Zusammenhänge aufzuzeigen, die im Rahmen morphotypologischer Untersuchungsformen bislang mehrheitlich kaum thematisiert worden sind. Diese Sichtweise erweitert die von Thomas Sieverts thematisierten *räumlichen Eigenarten der Zwischenstadt* um lokal-spezifische, *gesellschaftliche Eigenarten* der Stadtlandschaften.[37]

„The city as sociotechnical process"[38] oder „the everyday city"[39] sind demzufolge Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit und zentrale Schlussfolgerung für sich ausdifferenzierende Stadt- und Landschaftsräume sowie Erscheinungsformen individualisierter Architekturen. Mit dem Verweis auf Globalisierung, Privatisierung oder Liberalisierung als Motor für diese zwischenstädtischen Phänomene das

[32] Prominski (2004), S. 25.
[33] Breckner (2006), S. 440.
[34] Vgl. Sieverts (2001); Vgl. Campi et al. (2001); Vgl. De Geyter Architects (2002); Vgl. Bormann et al. (2005); Vgl. Bölling, Christ (2006); Vgl. Lampugnani et al. (2007).
[35] Pickering (1995), S. 1.
[36] Der Begriff soziotechnisch verweisst hier auf wechselseitige Abhängigkeiten von gesellschaftlichen wie technologischen Entwicklungen, welche die Raumproduktion mitbeeinflussen. Vgl. Latour (2007), S. 145.
[37] Sieverts (2001).
[38] Graham, Marvin (2001), S. 178.
[39] Amin, Thrift (2002), S. 7.

Kapitel abzuschliessen, kann allerdings nicht genügen.[40] Soziotechnische Prozesse sind vielschichtiger, kompliziert verwoben und müssen demnach tiefgründiger und fokussiert erforscht werden.

Dass Stadtplanung Einflüssen gesellschaftlicher Wirklichkeit ausgesetzt ist, hat Angelus Eisinger in seiner Habilitationsschrift *Städte bauen* nachvollziehbar gemacht.[41] Anhand von Mikrostudien bekannter städtebaulicher Grossprojekte in der Schweiz zwischen 1940 und 1970 hat er Relationen und Verwebungen der Planung mit gesellschaftlichen Interessen und Ansprüchen aufgezeigt. Auch wenn gemäss Eisingers Ausführungen die Wirklichkeit in städtebaulichen Arbeiten zunehmend reduziert und in Einzelteile zerlegt wird, um durch den Architekten, Landschaftsarchitekten oder Planer zu neuen, bereinigten Bildern zusammengefügt zu werden, zeigt sich in den Prozessen der Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit, dass sich die gesellschaftliche Wirklichkeit wieder mit den Planwelten verwebt. Einstmals in Planwelten festgehaltene, klare Vorstellungen, wie eine Stadt oder ein Quartier zu funktionieren hat, werden in Konfrontation mit gesellschaftlichen Anliegen zunehmend infrage gestellt und erfahren Anpassungen oder werden gar nicht erst umgesetzt. Eisingers Mikrostudien veranschaulichen die Vielschichtigkeit der gegenseitigen Durchdringung von Planung und Gesellschaft und enden im für die Planer folgenreichen Schluss: „Städtebau ist immer auch Gesellschaft und umgekehrt."[42]

Eisinger fordert entsprechend ein neues Planungsbewusstsein, ein Bewusstsein, das die eigenen planerischen Grenzen und die Verwebungen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit anerkennt. „Erst das Bewusstsein der Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichem Kontext und planerischen Vorgehensweisen führt dazu, dass Misskonzeptionen erkannt und Potentiale ausgeschöpft werden."[43] Das heisst, Erkenntnisse diesbezüglich verhelfen zur Präzisierung und spezifischeren Ausrichtung zeitgenössischer Planungsstrategien. Das ist die Intention dieser vorliegenden Arbeit.

In diesem Sinne fügt die vorliegende Forschungsarbeit Eisingers Mikrostudien weitere hinzu und rekonstruiert in einem ersten empirischen Hauptteil der Arbeit gesellschaftliche Aushandlungsprozesse spezifisch stadtlandschaftlicher Raumentwicklungen und Planungsbestrebungen zwischen 1970 und heute. In einem weiteren Hauptteil werden im Rahmen einer entwerferischen Auseinandersetzung mit dem Mittleren Alpenrheintal vier zeitgenössische und viel diskutierte Qualifizierungsstrategien für Stadtlandschaften im Kontext der Erkenntnisse aus dem empirischen Teil der Arbeit auf besagte Misskonzeptionen und Potenziale untersucht und beurteilt. Auch hier stehen die Beziehungsgeflechte zwischen Planung und Gesellschaft, die Frage nach der Rolle der Stadtplaner und Architekten bei der Produktion der Stadtlandschaften sowie die Frage nach den Grenzen und damit den Möglichkeiten der Planung der Stadtlandschaften im Vordergrund.

Mit den Erkenntnissen dieser Arbeit wird so nicht nur die Aufforderung Sieverts' unterstützt, die Zwischenstadt zu qualifizieren, indem Formen der Regionalplanung geprüft und weiterentwickelt werden.[44] Gezeigt wird auch, dass die Krise der Stadt- und Raumplanung überwunden werden kann und

[40] Graham, Marvin (2001), S. 91.
[41] Eisinger (2004).
[42] Ebenda, S. 280.
[43] Ebenda, S. 310.
[44] Sieverts (2001), S. 139.

zeitgenössische Entwurfsstrategien erfolgreich sein können, wenn es - in Anlehnung an Bruno Latour - den Planern und Planerinnen gelingt, (wieder) Assoziationen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit herzustellen.[45] Als weitere Schlussfolgerung aus der Testplanung ergibt sich, dass auf grossmassstäblicher Ebene die Trennung von Raumplanung und Raumentwurf aufgehoben werden muss. Strategien, die nur Prozessorganisation oder einseitig Raumentwurf fokussieren, führen kaum ans Ziel. Vielmehr muss ein Umgang mit Unkontrollierbarem und Offenem gefunden werden[46] – also mit den gesellschaftlichen Verwebungen der Planwelten –, ohne dabei eine klare entwerferische Position aufzugeben oder das disziplinäre Ziel der Qualifizierung des Raums aus den Augen zu verlieren. Damit kann die Frage „Raumplanung: wozu eigentlich?“ beantwortet werden.[47] Raum- und Stadtplanung hat den Stadtlandschaften zu einer räumlichen Qualifizierung zu verhelfen und entsprechende Handlungstheorien zu entwickeln. Entsprechend schliesst die Arbeit mit einem Verweis auf zukunftsfähige *Handlungstheorien des raumplanerischen, topologischen und relationalen Entwerfens,* die in Bezug auf die Massstäblichkeit und Lokalität städtebaulicher Konzepte sowie in Bezug auf das Handlungsmoment städtebaulicher Eingriffe wichtige Beiträge zu einer proaktiven Qualifizierung zukünftiger Stadtlandschaften zu leisten vermögen.[48]

[45] Diesbezüglich Ausführungen von Bruno Latour unter anderem in: Latour (2004).
[46] Eisinger (2006), S. 162.
[47] Franck (2006), S. 341.
[48] Siehe Kapitel 10.0 Relationales Entwerfen als Handlungstheorie einer zukunftsfähigen Stadtplanung.

TEIL A - RAHMENBEDINGUNGEN

1.0 Einführende Forschungsparameter

1.1 Problemstellung

Die Forderung nach Qualifizierung verstädterter Gebiete ausserhalb historisch bedingter Stadtkörperschaften greift bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zurück, als raumplanerische Bestrebungen europaweit ihren Anfang nahmen. Ausgreifen der Siedlung in landwirtschaftliche Nutzgebiete, Verdrängung naturnaher Räume, Zerstückelung der Landschaft durch Infrastrukturmassnahmen oder Kostenfolgen des Flächenwachstums stellen damals wie heute grosse Herausforderungen an die Stadt- und Regionalplanung dar. Trotz der Planungsbestrebungen ist das Ziel einer Qualifizierung dieser Gebiete bis heute kaum erreicht worden. Entsprechend ist der Titel der vorliegenden Arbeit, „Qualifizierung von Stadtlandschaften?“ – welcher eine bald 70-jährige Forderung zusammenfasst –, mit einem Fragezeichen versehen worden. Qualifizierung – ja, aber wie? Und warum kommt es nicht dazu? Diese Fragen bilden den Hintergrund dieser Arbeit. In den folgenden Abschnitten wird in die begrifflichen und methodologischen Parameter dieser Forschungsarbeit eingeführt.

1.2 Qualifizierung von Stadtlandschaften

1.2.1 Stadtlandschaft

Das Phänomen der Ausdehnung von Siedlungsgebieten und Infrastrukturbauten, der zunehmenden Besiedelung ehemals landwirtschaftlich genutzter Landstriche ist in der Vergangenheit mehrfach untersucht und unterschiedlich bezeichnet worden. Thomas Sieverts hat sich intensiv mit diesem Phänomen der Siedlungsentwicklung ausserhalb der Zentren befasst und es „Zwischenstadt“[48] genannt. Ebenfalls ist im Verlauf der Zeit das Phänomen als „durchsiedeltes Territorium“[49], „Generic City“[50], „Scape©“[51], „Splintering Urbanism“[52], „StadtLand“[53], „Kulturlandschaft“[54] oder „Landschaft Drei“[55] beschrieben worden. „Zwischenstadt“ und der Begriff des „durchsiedelten Territoriums“ beschreiben aus einer morphotypologischen Sichtweise ein Nebeneinander fragmentierter Bebauungsformen, die nicht über klar erkennbare Gebietskörperschaften oder Stadtmauern fassbar sind, sondern über das Bindeelement der Landschaft oder des Territoriums als etwas Physisches und Mentales gelesen werden müssen.[56] Begriffe wie „Kulturlandschaft“, „Splintering Urbanism“ oder „StadtLand“ versuchen das Phänomen über eine kulturwissenschaftliche Sichtweise zu fassen, indem sie die soziokulturellen,

[48] Sieverts (2001).
[49] Bosshard, Luchsinger (1990).
[50] Koolhaas (1995).
[51] Orff (2001).
[52] Graham, Marvin (2001).
[53] Eisinger, Schneider (2003).
[54] Rieniets (2004).
[55] Prominski (2004), S. 59.
[56] Ebenda, S. 62.

infrastrukturellen oder funktionalen Beziehungsgeflechte und Prozesse der Raumproduktion thematisieren. Sämtlichen Begriffen ist gemeinsam, dass sie die Erkenntnis eines Nicht-mehr-Vorhandenseins des Gegenübers im Sinne einer Dichotomie von Stadt und Land und das Fehlen eines Idealzustands von Stadt im Sinne einer kompakten Form miteinander teilen.[57]

Martin Prominski schlägt in Anlehnung an die von John Brinckerhoff Jackson geprägten Begriffe – „Landschaft Eins – Wildnis", „Landschaft Zwei – Arkadien", „Landschaft Drei – zeitgenössische Landschaft" – dessen „Landschaft Drei" als Zusammenfassung der Vorstellungen von Landschaft als dynamischem Gefüge menschgemachter Räume vor.[58] „Der Begriff Landschaft Drei verzichtet sowohl auf dualistische Vorstellungen von Landschaft als Gegenüber von Stadt beziehungsweise Landschaft als Kompensat für menschlich angeeignete Natur als auch auf irgendwelche idealen Wunschbilder."[59] Das Verständnis gegenüber solchen Raumproduktionen erfordere eine komplexe Denkweise, die den Dreiklang der Komplexität aus Unvorhersagbarkeit, Prozessualität und Relationalität zu akzeptieren und zu berücksichtigen habe. „Die komplexe Denkweise (…) sieht die Welt als prozessuales Geschehen ohne die Möglichkeit statischer Idealzustände und betrachtet Ereignisse grundsätzlich spezifisch, gekennzeichnet durch mannigfaltige Relationen innerhalb eines raumzeitlichen Kontextes."[60]

An diesem Punkt setzt Stefan Körners Kritik an Prominskis Begriff der Landschaft Drei an.[61] Sich darauf beziehende landschaftsarchitektonische Theorien und Entwurfsbeispiele würden sich darauf beschränken, Komplexität zu rekonstruieren und diese metaphorisch auf landschaftsgestalterische Problemstellungen anzuwenden. Komplexität generiert dadurch im Sinne der Kritik Körners weitere Komplexität. „Es bleibt dann, das als Landschaft Drei zu nobilitieren, was sich durch die Nutzungen ohnehin ergibt, nämlich der Status quo als dynamisches System menschgemachter Räume."[62] Dazu brauche man allerdings keine entwerfenden Disziplinen, so Körner im Anschluss an diese Aussage. Körner verweist auf die Schwierigkeit des Ansatzes von Prominski, Sieverts' Fokus auf die kulturelle Eigenart durch die allgemeine Kategorie der Komplexität zu ersetzen. „Den kulturellen Aspekt der Landschaftsarchitektur begründet Prominski, wie auch Sieverts, mit dem klassischen Verständnis von Cutura als sinnvoller Bebauung des Landes nach menschlichen Nutzungsinteressen. Nach dem traditionellen Verständnis entsteht Kultur dann, wenn die natürlichen Möglichkeiten eines Landes einfühlsam genutzt und verwirklicht werden. Dadurch bildet sich Eigenart aus."[63] Die kulturelle Dimension des Entwerfens zeige sich darin, dass es darum gehe, eine angemessene Deutung der Welt zu entwickeln – im Sinne Sieverts' durch die Stärkung und Ausarbeitung der Eigenarten. „Daher sollte die Landschaft endlich ein zeitgemässes Abbild unserer Lebensweise sein, das gestaltet, also interpretiert und geformt werden müsste und sich nicht einfach aus den alltäglichen Nutzungen ergeben sollte."[64]

In Bezug auf die Verwendung im Alltag stellt Prominski den von ihm gewählten Landschaftsbegriff gar selber infrage. „Die Landschaft Drei scheint den realen Prozessen wie der Verwischung der Gegen-

[57] Ebenda, S. 60.
[58] Ebenda, S. 59.
[59] Ebenda, S. 70.
[60] Ebenda, S. 49.
[61] Körner (2005), S. 105.
[62] Ebenda, S. 117.
[63] Ebenda, S. 109.
[64] Ebenda, S. 117.

sätze natürlich/künstlich oder Stadt/Landschaft zu entsprechen, ist aber mit ihrer Weite und systemischem Charakter kaum greifbar."[65] Während sich Prominskis Begriff also in der Unübersichtlichkeit der Komplexität zu verlieren droht, sieht Körner in der Fokussierung der spezifischen Eigenarten von Stadtlandschaften Möglichkeiten, entwerferisch-qualifizierend einzugreifen, indem diese Eigenarten gestärkt und weiter ausgeformt werden.

Aufgrund dieser begrifflichen und inhaltlichen Auseinandersetzung wird in dieser Arbeit der weniger konnotierte Begriff *Stadtlandschaft* bevorzugt. Dieser verweist einerseits auf das Begriffsverständnis Kulturlandschaft, im Sinne menschgemachter Räume, aber auch auf den Begriff Zwischenstadt als Form einer (kulturellen) Eigenart zeitgenössischer Raumproduktion.[66] Der Begriff Stadtlandschaft soll zudem die Gegenthese zur längst tradierten Sichtweise einer Dichotomie von Stadt und Land nochmals explizit begrifflich darstellen. Während sich der Begriff Zwischenstadt auf den „Raum dazwischen" bezieht und dadurch eine örtliche Eingrenzung zwischen den Rändern der ursprünglichen Stadt erfährt, bezeichnet der Begriff Stadtlandschaft den Umstand einer Siedlungswirklichkeit, die nicht zwingend „dazwischen" verortet werden kann, sondern explizit auch die Übergänge des Städtischen besetzt und über deren Wirkungskreis mit den innersten Innenstädten verbunden ist. Mit dem Begriff Stadtlandschaft ist in diesem ersten Schritt also ein Stadtverständnis gemeint, das weniger auf ein Phänomen verweist und dieses verortet. Vielmehr stellt dieses Stadtverständnis die Vielfalt räumlicher Eigenarten in den Vordergrund, die in Bezug auf gesellschaftliche Beziehungsgeflechte wie auch aufgrund der Rahmenbedingungen ihrer Produktion unterschiedliche Figurationen aufweisen. Stadtlandschaften in diesem Sinne lassen sich keinen vorgefassten Kategorien zuweisen. Sie lassen sich einzig im Vergleich auf einer Bandbreite von „eher Stadt" oder „eher Land" einordnen. Da sich die vorliegende Arbeit insbesondere dem Facettenreichen-Spezifischen und damit nicht nur den räumlichen, sondern auch gesellschaftlichen Eigenarten ausgesuchter Stadtlandschaften annähern möchte, wird der Begriff Stadtlandschaft im Folgenden als Arbeitsbegriff verwendet. In diesem ersten Ansatz wirkt der Begriff also als These, der integral die physisch-materiellen Realitäten mit ihren sozioökonomischen, politischen, kulturell-mentalen Dimensionen verknüpft.[67] In der weiteren Auseinandersetzung soll der Begriff in Bezug auf Beziehungsgeflechte und Rahmenbedingungen stadtlandschaftlicher Raumproduktionen geschärft werden.

1.2.2 Inhalte einer Qualifizierung von Stadtlandschaften

Unter dem Begriff Qualifizierung verstehen die zeitgenössischen Forschungspositionen rund um die Thematik der Stadtlandschaften in erster Linie etwas *den Zustand Verbesserndes*. Dabei sei unklar, ob damit das Ergebnis einer Handlung oder die Handlung selbst gemeint ist, stellt Anne Pfeifer fest.[68] Aufgrund dieser Erkenntnis unterscheidet Pfeifer drei Kategorien des Qualifizierens im Zusammenhang mit Stadtlandschaften.

[65] Prominski (2004), S. 71.
[66] Hesse, Kaltenbrunner (2005), S. 21.
[67] Eisinger, Kurath (2009), S. 82.
[68] Pfeifer (2005), S. 301.

• Die erste Kategorie umfasst eine Qualifizierung der Stadtlandschaft im Sinne der Analyse. Indem das Bestehende untersucht, neu beschrieben und neu bewertet wird, können bisher vernachlässigte Qualitäten aufgedeckt werden. Es finde somit über das Erarbeiten von neuen Erkenntnissen über den betrachteten Gegenstand eine Qualifizierung des Gegenstandes selber statt.[69]

• Die zweite Kategorie befasst sich mit der Qualifizierung von Stadtlandschaft über den Entwurf oder die Planung. „Im Sinne des Entwurfs und des Schaffens von neuen Qualitäten wird der Begriff Qualifizierung mit dem Begriff der Gestaltung gleichgesetzt. Hier zeigt sich das Experimentelle im Umgang mit Raum, der, obwohl in seinen Eigenschaften und Mechanismen noch nicht ganz erfasst und verstanden, bereits einer planerischen und ordnenden Reaktion bedarf.“[70] Die Qualifizierungsbestrebungen im Rahmen des Entwerfens sind entsprechend normativ bestimmt. In Bezug auf eine Qualifizierung durch Entwerfen unterscheidet Pfeifer zwei Unterkategorien. So gäbe es Ansätze, die in einer Neudefinition und Interpretation tradierter Raumstrukturierungsbegriffe die Möglichkeit sehen, „zwischenstädtische“ Orte und Strukturen zu gestalten und zu hierarchisieren. Andere Ansätze würden unter einem qualifizierenden Entwurf die Schaffung von Anreizen und Möglichkeiten verstehen. Gestaltung sei hier der Rahmen, „in dem sich ungeplante Ideen und Bedürfnisse der Bewohner entfalten und manifestieren können“.[71] Im Rahmen des Diskurses rund um *Zwischen Stadt Entwerfen* muss hier eine weitere Unterkategorie – Qualifizierung durch Entwerfen – gewissermassen als Mischform ergänzt werden. Diese Herangehensweise greift raumstrukturelle Eigenarten vorgefundener Stadtlandschaften auf, um diese affirmativ-entwerferisch zu stärken. Gleichzeitig wird innerhalb der raumstrukturellen Eigenarten Spielraum für zukünftige, unvorhersehbare Anreicherungen offen gelassen.[72]

• Die dritte Kategorie der Qualifizierung von Stadtlandschaften bezieht sich auf die Qualifizierung der Stadt- und Regionalplanung selber. Dabei erfolgt eine Übertragung der Qualifizierung vom Handlungsraum auf die Handlungsakteure und ihr Theorieverständnis. Im Rahmen der Erkenntnisse bezüglich des Raums und der Eingriffe in den Raum müssten sich auch das Handlungsbewusstsein und die Handlungswerkzeuge der Planer verbessern.[73]

Da die vorliegende Forschungsarbeit Aufschluss darüber geben soll, weshalb es der städtebaulichen Disziplin gelingt – oder eben nicht gelingt –, eine räumliche Qualifizierung der Siedlungswirklichkeit zu erwirken, und welche Misskonzeptionen sie zu überdenken hat, hat die Arbeit auf allen drei Kategorieebenen der Qualifizierung Beiträge zu leisten. Entsprechend hat auch das Forschungsdesign Anlehnung an die Kategorien gefunden.[74]

1.2.3 Einblick in normative Qualifizierungsziele entwerfender Disziplinen

Während sich die erste und dritte Kategorie der Qualifizierung von Stadtlandschaften über wissenschaftliche Erkenntnisproduktionen und inhaltliche Auseinandersetzungen erschliesst, kann die Quali-

[69] Ebenda, S. 303.
[70] Ebenda, S. 304.
[71] Ebenda, S. 304.
[72] Solche Strategien werden insbesondere in *Zwischen Stadt Entwerfen*, Bormann et al. (2005), und *Landschaft entwerfen*, Prominski (2004), thematisiert.
[73] Pfeifer (2005), S. 305.
[74] Siehe Kapitel 1.6 Aufbau der Arbeit

fizierung von Stadtlandschaften durch Entwerfen nur über die Übersetzung normativer Ziele in die Siedlungswirklichkeit erreicht werden. Diese normativen Handlungsziele zur Qualifizierung von Stadtlandschaft durch Entwerfen werden im Rahmen der Diskurse der Denkkollektive entwerfender Disziplinen wie Architektur, Landschaftsarchitektur und Städtebau bestimmt.[75] Diese Denkkollektive versammeln sich um den Untersuchungsgegenstand der Stadtlandschaft und verhandeln die entwerferischen Ziele. Ohne den Diskurs zu verfolgen und sich aktiv daran zu beteiligen, erweist sich die Nachvollziehbarkeit normativer Inhalte entsprechend als erschwert. Ebenfalls lassen sich die normativen Ziele der Denkkollektive Architektur und Städtebau nur sehr allgemein zusammenfassen, da die Inhalte meist lokal-spezifisch entwickelt werden. Um im Rahmen der *entstehungsgeschichtlichen Rekonstruktionen* der vier untersuchten Siedlungswirklichkeiten im ersten Hauptteil dieser Forschungsarbeit sowie im Rahmen der *Testplanung* im zweiten Hauptteil der Arbeit die Handlungserfolge der Architekten und Stadtplaner in Bezug auf die zweite Kategorie der Qualifizierung von Stadtlandschaften – Qualifizierung über den Entwurf – beurteilen zu können, bieten die folgenden Ausführungen einen ersten Einblick in normative Ziele entwerfender Disziplinen.

- Architektonische Durchgestaltung, funktionale Trennung und strukturierte Verkehrsführungen als städtebauliche und regionalplanerische Ziele der Nachkriegszeit

Zu den im Rahmen dieser Arbeit relevanten Denkkollektiven der Planung aus der Nachkriegszeit gehört die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung (VLP) aus Zürich, welche auch bei sämtlichen der vier ausgewählten Mikrostudien massgebliche raumplanerische Impulse am Anfang der rekonstruierten Handlungsketten gesetzt hat. Am Beispiel der Arbeit über die sogenannte *Neue Stadt* im schweizerischen Birrfeld von Hans Marti – einem frühen Mitarbeiter der VLP – lassen sich normativ-städtebauliche Raster der 1960er-Jahre grob festlegen.[76] Auf dem Gemeindegebiet zweier kleiner Bauerndörfer sollte nach regionalplanerischen Grundsätzen eine Mittellandstadt für rund 40'000 Einwohnerinnen und Einwohner entstehen. Das Ziel der funktionalen Trennung und hierarchisch strukturierter Verkehrsführung sowie eine „architektonische Durchgestaltung der Volumen oder die Grundsätze zur Anordnung der Baukörper bildeten das Verbindende der Entwürfe zu Neuen Städten (…). Der gemeinsame Nenner bestand im Methodischen: Wissenschaftlichkeit, Kalkulierbarkeit und Prognosefähigkeit bestimmten den Zugang zur Stadt – ergänzt um die künstlerische Vision des Architekten."[77] Noch Ende der 1970er-Jahre hat Luigi Snozzi mit seinen städtebaulichen Bestrebungen in Monte Carasso im Tessin ähnliche Ziele verfolgt. „Monte Carasso steht für eine Architekturhaltung, die in der schöneren Stadt auch die bessere Stadt erkennt. (…) In Monte Carasso reduziert sich der Beitrag der Architektur für die Ortsentwicklung auf formal architektonische Aspekte."[78] Die Qualifizierungsbestrebungen dieser beiden Beispiele stützen sich ideologisch auf – aus der Sicht der Architektur und Stadtplanung – ideale und universale Raumkonzepte und deren Ordnungsprinzipien. Die Planungen aus dieser Zeit sind von klaren räumlichen Organisationsmodellen, adäquaten infrastrukturellen und baulichen Rahmen geprägt und sind technologisch und technokratisch ausgerüstet und orga-

[75] „Definieren wir ‚Denkkollektiv' als Gemeinschaft der Menschen, die im Gedankenaustausch oder in gedanklicher Wechselwirkung stehen, so besitzen wir in ihm den Träger geschichtlicher Entwicklung eines Denkgebietes, eines bestimmten Wissensbestandes und Kulturstandes, also eines besonderen Denkstiles." Fleck (1980), S. 54; Latour (2007), S. 197; Eisinger (2007).
[76] Ruedin, Hanak (2008).
[77] Eisinger (2004), S. 146.
[78] Eisinger, Kurath (2008), S. 170.

nisiert gewesen.[79] Einen vertieften Einblick über spezifische Planungsziele und –bestrebungen zwischen 1940 und 1970 bietet die Habilitationsschrift von Angelus Eisinger über den Städtebau in der Schweiz zu dieser Zeit.[80]

- Verlust gestaltungsbezogener Ziele in den 1970er-Jahren

Mit dem Bauboom der 1970er-Jahre sind die Planungsbestrebungen und Qualifizierungsziele der frühen Nachkriegszeit zunehmend erodiert. Stadt hat sich als nicht mehr planbar herausgestellt. Das Denkkollektiv der Planung hat sich auf das Regeln konsolidierter Rahmenbedingungen, das Zusammenspiel funktionaler Interessen und baulicher Koexistenz beschränkt.[81] Zentrale, qualifizierende Ziele, insbesondere der entwerfenden Disziplinen, sind von Steuerungsmechanismen zur Moderation gesellschaftlicher Raumproduktionsprozesse in den Hintergrund gedrängt worden. Planung ist in der Folge immer mehr als politischer Prozess verstanden worden, der auf verschiedenen Ebenen aus Mehrheitsentscheidungen hervorgegangene Ziele zu vertreten und umzusetzen hatte.[82]

- Stärken von Eigenarten im Kontext der Zwischenstadt

Ein zeitgenössisches Denkkollektiv stellt das Ladenburger Kolleg dar, welches in den letzten Jahren unter dem Vorsitz von Thomas Sieverts am Forschungsprojekt „Mitten am Rand – Zwischenstadt. Zur Qualifizierung der verstädterten Landschaft“ gearbeitet hat. Das Kolleg hat sich zum Ziel gesetzt, „(…) im inter- und transdisziplinären Diskurs mit internationalen Verbindungen wichtige Wesenzüge (der Zwischenstadt; Anm. Kurath) herauszuarbeiten und Wege zu einer komplexen Qualifizierung aufzuweisen“.[83] Diese soll sich nicht nur auf eine Verbesserung der physischen Formen und Zusammenhänge in Siedlung und Landschaft im Sinne des klassischen räumlichen Entwerfens beschränken.[84] Gemäss Sieverts verfolgt dieses Qualifizierungsverständnis das Ziel, „alle komplex angelegten Massnahmen und Projekte mehrschichtig auszurichten und so gleichzeitig mit jeder Massnahme einen Verbesserungsbeitrag zur Lebens- und Arbeitswelt, zur Symbolwelt der Kultur, einschliesslich der Baukultur und nicht zuletzt zur Kultur des Zusammenlebens zu leisten. Das Entwerfen von Zukünften der Zwischenstadt muss auf allen Handlungsfeldern gleichzeitig ansetzen.“[85] Voraussetzung dafür sei „die innere Bereitschaft, alte Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster grundsätzlich infrage zu stellen und sich auf das Abenteuer einzulassen, scheinbar bekanntes Territorium als ein neues Land zu erkunden. Man muss eine neue Unbefangenheit gewinnen, um neue Konzeptionen entwickeln zu können. Dabei muss man zum Teil auch neue Standpunkte einnehmen, um eine andere Perspektive gewinnen zu können.“[86]

In der Publikation *Zwischenstadt* aus dem Jahre 1997 beschreibt Sieverts am Beispiel der IBA Emscher Park, welche Qualifizierungsziele anzustreben sind.[87] Der wesentlichste Beitrag laufe über den

[79] Luchsinger (2008), S. 280.
[80] Eisinger (2004).
[81] Luchsinger (2008), S. 280.
[82] Heinelt (2006), S. 243.
[83] Bölling, Sieverts (2004), S. 14.
[84] Ebenda, S. 17.
[85] Ebenda, S. 18.
[86] Ebenda, S. 14.
[87] Sieverts (2001).

Prozess der kleinen gestalterischen Interventionen und Besetzung einzelner Orte mit Bedeutungen. Von aussen nicht wahrnehmbare Elemente müssen sichtbar, zugänglich und erlebbar gemacht werden. Nicht bewusst wahrgenommene Elemente können durch eine kulturelle Aufladung einprägsam werden. Emotional negativ besetzte Elemente müssen durch die Verbindung mit positiven Ereignissen umgedeutet und zu einer Sicht- und Erlebniskette verknüpft werden. Plurale Zeichen könnten dadurch zusammengefasst und zu einem regionweiten Superzeichen verbunden werden.[88] Als Zusammenfassung der Erkenntnisse formuliert das Ladenburger Kolleg in einem Querschnittsband seine stadtregionalen Qualifizierungssziele.[89] Grundsätzlich könne die Zwischenstadt nur als Stadtregion qualifiziert werden. Als erstes Qualifizierungsziel wird der haushälterische Umgang mit Grund und Boden genannt. Im Vordergrund stehen dabei die Erhaltung guter, gewachsener Böden und zusammenhängender Freiflächen durch intensivere Verflechtungen von Nutzungen und ökologische Aktivierung der besiedelten Flächen. Als weitere Ziele formuliert das Kolleg die Pflege kultureller Eigenarten und Unterschiede, Steigerung der ökonomischen Potenz der Zwischenstadt, regionalen Finanzausgleich, Attraktivität für Jugend und Intelligenz, Schaffung von kreativen Milieus in ökonomischer, sozialer und baulicher Hinsicht, Mehrwert durch Nutzungsüberlagerungen sowie Diversifizierung und Stärkung der Selbstanpassungs- und Selbstregenerationsfähigkeit.[90] „Das bedeutet, sich einzulassen auf die Mechanismen und Kräfte der Gesellschaft, ohne sie damit unkritisch zu bejahen, letztlich also ein Arbeiten mit und nicht gegen die Realitäten.“[91] Für die Qualifizierung räumlicher Aspekte bedeutet dies, dass die vorhandenen räumlichen Elemente und gesellschaftlichen Prozesse der Zwischenstadt im Rahmen der lokalen städtebaulichen Praxis auf einer regionalen Massstabsebene entdeckt, untersucht, aufgenommen, ausdifferenziert, gestärkt, geformt und gestalterisch eingesetzt werden müssen.

Für die vorliegende Arbeit ist bei diesen verkürzt dargestellten Qualifizierungszielen vorerst entscheidend, dass das Denkkollektiv der Stadtplaner der Moderne und das Denkkollektiv rund um die Thematik der Zwischenstadt ähnliche gestaltungsbezogene, räumlich-qualifizierende Ziele, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln und Rezepten, verfolgt haben und im Kontext des Diskurses um die Zwischenstadt nach wie vor weiter verfolgen. Betrachtet man die Geschichte der Architektur und des Städtebaus, lassen sich inhaltliche Verwandtschaften in den Zielsetzungen der unterschiedlichsten Planungsansätze der letzten sechzig Jahre festhalten.[92] Unter räumlicher Qualifizierung verstanden wird so allgemein unter anderem die Schaffung von Identifikationsorten, die Verdeutlichung von Grenzen, räumliche Vernetzung, die Schaffung von Kohärenz oder die Stärkung des öffentlichen Raums[93] – wenngleich (als Klammerbemerkung) zur Erreichung dieser Ziele unterschiedliche Strategien angewendet worden sind.

Damit sich die Verhandlungserfolge der Architekten und Planer im Rahmen der folgenden Mikrostudien bewerten lassen, werden, sofern nicht anderweitig explizit durch die jeweiligen Planer und Architekten kommuniziert, die allgemeinen, gestaltungsbezogenen Qualifizierungsziele als Bezugsgrösse verwendet. Zusätzlich werden die „klassischen“ Qualifizierungsziele durch die im Denkkollektiv der

[88] Ebenda, S. 125.
[89] Koch et al. (2005).
[90] Ebenda, S. 158.
[91] Bormann et al. (2005), S. 43.
[92] Lampugnani et al. (2007), S. 10.
[93] Ebenda, S. 60.

Zwischenstadt zusätzlich thematisierten ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Aspekte einer räumlichen Qualifizierung ergänzt. Im Rahmen der vier Mikrostudien wie auch der Testplanung werden weitere, situationsbedingte Ziele auftauchen und die allgemeinen Ziele ergänzen.

1.3 Stand der Forschung

Ziel der folgenden Abschnitte ist es, einen Überblick über aktuelle Forschungsprojekte zu geben, welche für die vorliegende Arbeit grundlegend sind. Entsprechend der Kategorien der Qualifizierung werden Forschungsarbeiten genannt, welche auf eine Qualifizierung des Forschungsgegenstandes selber abzielen, sich mit Handlungstheorien des städtebaulichen Entwerfens auseinandersetzen oder sich mit dem handlungstheoretischen Selbstverständnis der Stadt- und Regionalplanung befassen. Ein erster Schwerpunkt konzentriert sich auf wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit den Akteursvernetzungen und Prozessen der Siedlungswirklichkeit auseinandersetzen. Diese basieren auf einem Verständnis von Stadt als Resultat gesellschaftlicher Prozesse. Der zweite Schwerpunkt befasst sich mit dem aktuellen Stand der Dinge bezüglich entwerferischer Strategien der Stadt- und Regionalplanung, die parallel zu den Auseinandersetzungen mit dem zwischenstädtischen Phänomen entstanden sind. Der dritte Schwerpunkt befasst sich im Zusammenhang mit den beiden ersten Abschnitten mit Erkenntnislücken bezüglich Grenzen und Möglichkeiten der Planung hinsichtlich der Qualifizierung von Stadtlandschaften.

1.3.1 Stadtlandschaften als Resultat gesellschaftlicher Prozesse

Zusammenhängen zwischen Mobilität, Wirtschaft, Politik, Demografie, Informationstechnologien oder gesellschaftlichem Strukturwandel ist in den letzten Jahren in der Auseinandersetzung mit der Siedlungswirklichkeit vermehrt nachgegangen worden. Erkenntnisse diesbezüglich verhelfen zu einem grundlegenden Verständnis der Stadtlandschaft, die als „Resultat eines komplexen Zusammenspiels von politisch-ökonomischen Randbedingungen, individuellen Präferenzen und ihrer politisch-planerischen Regulierung“ begriffen werden kann.[94]

Beispielsweise beschreiben Stephen Graham und Simon Marvin in *Splintering Urbanism* den Zusammenhang zwischen der zunehmenden Vernetzung der Stadt durch Infrastrukturen und ihrer gleichzeitigen räumlichen und gesellschaftlichen Fragmentierung.[95] Als Ausgangspunkt befassen sie sich mit Veränderungen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Graham und Marvin zeigen auf, wie sich diese im Laufe der Zeit auf Infrastrukturen wie Verkehrs-, Wasser- oder Stromnetze ausgewirkt haben. Dabei spannen sie den Bogen von den universalen Infrastrukturideen Baron Georges-Eugène Haussmanns in Paris, den Infrastrukturplanungen Manhattans und Chicagos, den Stadtinfrastruktur-Utopien Ebenezer Howards, Le Corbusiers oder Frank Lloyd Wrights bis hin zu den zunehmend privatisierten und unter vielen Betreibern und Nutzern aufgeteilten Infrastrukturnetzwerken und Stadtteilen von heute. Sie stellen in ihren Untersuchungen eine im Verlauf der Zeit zunehmende Fragmentierung der Stadt fest, welche sich in verschiedenen Parallelwelten manifestiert. Diese befinden sich zwar räumlich unmittelbar nebeneinander, haben jedoch wenig miteinander zu tun, während sich gleichzei-

[94] Hesse, Kaltenbrunner (2005), S. 21.
[95] Graham, Marvin (2001).

tig aufgrund einer hochgradigen Vernetzung über Infrastrukturen weit entfernte Stadtteile oder soziale Gruppen näher sind. „New, highly polarised urban landscapes are emerging where ‚premium' infrastructure networks – high-speed telecommunications, ‚smart' highways, global airline networks – selectively connect together the most favoured users and places, both within and between cities. (…) At the same time, however, premium and high-capability networked infrastructures often effectively bypass less favoured and intervening places and what Castells calls ‚redundant' users."[96] Als Grund für diese Entwicklung benennen sie gesellschaftliche Wandlungsprozesse wie Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung, die das Ideal der geplanten Stadt aus der Zeit der Moderne zunehmend unterspülen. „We identify, in particular, five interrelated shifts that have worked together to render the modern infrastructural ideal severly problematic. These we label: the urban infrastructure ‚crisis'; changing political economies of urban infrastructure development; the collapse of the modern notion of comprehensive urban planning; the physical growth and extension of metropolitan regions; and the challenge of social movements and critiques."[97] Damit stellen Graham und Marvin einen direkten Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Prozessen und der Stadtentwicklung fest. „‚Urban infrastructures' are heterogeneous assemblies of materials, technologies, social institutions, cultural values and geographical practices. Cities are held together by intimately linked social and technical assemblages that mutually construct one another in increasingly seamless way. This mutual construction makes functionalist separations of ‚city' and ‚technology' as pointless as the separation of the ‚body' and ‚technology' becomes in the cyborg perspective."[98] Diese Erkenntnis führt zu einer Sichtweise, welche die Stadt als Resultat soziotechnischer Prozesse beschreibt.[99] Diese Erkenntnis ist in direkter Anlehnung an die Arbeiten von Bruno Latour und Michel Callon entstanden. Die Auseinandersetzung mit der von Latour und Callon massgeblich beeinflussten „Aktor-Netzwerk-Theorie (ANT)" in *Splintering Urbanism* zeugt von dieser Spur.[100] Die ANT befasst sich mit den Relationen und Aushandlungsprozessen zwischen Akteuren und Aktanten und beschreibt die Wirklichkeit als Resultat gesellschaftlicher Prozesse und technischer Errungenschaften. Das heisst, es wird beim Entstehen der Wirklichkeit von wechselseitigen Beziehungen und Einflussnahmen zwischen Technik und Gesellschaft ausgegangen. Folge ist ein weder sozial- noch technikdeterminiertes, sondern soziotechnisches Verständnis der (Siedlungs-)Wirklichkeit.[101]

Ingo Einacker und Heinrich Mäding befassen sich in Band 3, *Kräfte, Prozesse, Akteure – Zur Empirie der Zwischenstadt,* der erschienenen Schriftenreihe des Ladenburger Kollegs unter der Leitung von Thomas Sieverts mit Wirkungskräften und Akteuren im Zusammenhang mit den Suburbanisierungsprozessen in der Zwischenstadt.[102] In einzelnen Kapiteln werden Kräfte wie Wohnen, Gewerbe-Handel-Freizeit, Verkehr, kommunales Verhalten und Komponenten wie Wohnbedürfnisse, Tertiarisierung, Konzepte oder Eigenheimzulage identifiziert und in einen Zusammenhang mit der Suburbanisierung gebracht. Es wird davon ausgegangen, dass „der suburbane Raum (…) somit in seiner Nutzungsstruktur und Gestalt nicht primär das Ergebnis administrativer Planung und Steuerung, sondern

[96] Ebenda, S. 15.
[97] Ebenda, S. 92.
[98] Ebenda, S. 214.
[99] Ebenda, S. 10, 178ff.
[100] Ebenda, S. 184.
[101] Latour (2007), S. 145; Siehe Kapitel 1.5.1 Aktor-Netzwerk-Theorie.
[102] Brake, Einacker, Mäding (2005).

die Siedlungsentwicklung (…) allgemein als Ergebnis eines sehr komplexen Zusammenspiels unterschiedlicher Prozesse, Trends, Strukturen und Rahmenbedingungen zu begreifen“ ist. Dabei seien die „Suburbanisierungsprozesse als empirisch überprüfbare Realität in Stadt-Umland-Regionen (…) Ergebnisse individueller rationaler Kalkulationen“.[103] Als massgebende Einflussfaktoren auf die Wirkungskräfte der Suburbanisierung in der Zeitspanne von 1950 bis 2000 werden die demografische Entwicklung, der wachsende Wohlstand, der Wirtschaftsstrukturwandel und die liberale Politik genannt.[104] Während sich der erste Teil der Arbeit mit vorhandenen Basiskräften und finanzpolitischen Rahmensetzungen für die Entwicklungsprozesse der Zwischenstadt befasst, stehen im zweiten Teil die „für eine politische Steuerung der Zwischenstadt relevanten Akteure und ihre Räume der Zuständigkeit im Mittelpunkt des Interesses“.[105] Dabei halten Einacker und Mäding fest, dass „politische Handlungs- oder Steuerungsebenen (…) auf stadtregionaler Ebene im Allgemeinen nur sehr schwach ausgeprägt“ sind.[106] „Die Zwischenstadt entzieht sich hierdurch in besonderer Weise einer gezielten Steuerung.“[107] Im Benennen und Beschreiben der Akteure der Steuerung am Beispiel der Rhein-Main-Region zeigen sie auf, dass sich die Region in mehrere Gebietskörperschaften, unterschiedlichen Bundesländern angehörend, gliedert.[108] Im Zusammenhang mit ihren Erkenntnissen folgern Einacker und Mäding, dass dies „eine regionsweite Steuerung der raumbildenden Entwicklungsprozesse erheblich erschwert“.[109] Mit der Erkenntnis eines „administrativen Vakuums auf regionaler Ebene“ endet die Auseinandersetzung Einacker/Mädings mit dem zwischenstädtischen Phänomen.[110]

Graham/Marvins wie auch Einacker/Mädings Untersuchungen zeigen Zusammenhänge zwischen Prozessen und Akteuren verständlich auf. Sie verbleiben jedoch auf einer allgemeinen Ebene. Dieses Verbleiben auf einer Metaebene führt denn gerade bei Einacker/Mäding zu einer wenig differenzierten Schlussfolgerung. Sie gehen davon aus, dass über globale oder zumindest nationale Steuerungsstrategien wie Eigenheimzulage, Grundsteuer, Mineralölsteuer, Restriktionen oder Wohnumfeldverbesserungen die bisherigen Entwicklungen gestoppt und in eine nachhaltige Richtung gelenkt werden können.[111] Gerade diese Annahme wird in der Diskussion ihrer Arbeit von mehreren Seiten infrage gestellt. So kritisiert Michael Koch, dass mit den vorliegenden Resultaten nur vermutet werden kann, „dass die aufgezählten Wirkungskräfte zur Suburbanisierung beitragen, aber ob es die Suburbanisierung nicht in einer ähnlichen Form gäbe, wenn diese Dinge, z.B. im steuerlichen Bereich, anders geregelt würden, das können wir damit nicht beweisen“.[112] Diese Aussage verweist auf die Erkenntnis, dass der gebaute Raum „individuell sehr verschieden genutzt“ wird, „so dass die Effekte steuernder Eingriffe kaum kalkulierbare Wirkungen haben“.[113] Robert Kaltenbrunner und Markus Hesse folgern in einem ähnlichen Zusammenhang, dass zu hohe Erwartungen bezüglich der Steuerbarkeit urbaner

[103] Ebenda, S. 70.
[104] Ebenda, S. 98.
[105] Ebenda, S. 103.
[106] Ebenda, S. 102.
[107] Ebenda, S. 103.
[108] Eine ähnliche Erkenntnis wird auch im Zusammenhang mit „Untersuchungen und Fallstudien zur räumlichen Struktur und Entwicklung in der Schweiz“ formuliert: „Die räumliche Entwicklung korreliert nur bedingt mit der politischen Rasterung des Raumes.“ Eisinger, Schneider (2003), S. 15.
[109] Brake, Einacker, Mäding (2005), S. 126.
[110] Ebenda, S. 127.
[111] Ebenda, S. 100.
[112] Michael Koch in: Brake, Einacker, Mäding (2005), S. 131.
[113] Hesse, Kaltenbrunner (2005), S. 20.

Prozesse „nicht nur erheblich an Unterkomplexität leiden“, sondern auch „falschen Einschätzungen über die Wirkungen bestimmter Massnahmen“ unterliegen.[114]

Damit ist das Defizit der Arbeit von Einacker/Mäding beschrieben. Sie verbleibt auf einer Kräfte- und wenig differenzierten Akteursebene. Einflussmöglichkeiten und Bedeutung der Rolle einzelner Akteure werden nur am Rande verfolgt. Dies hat zur Folge, dass das Selbstverständnis der Planer nicht hinterfragt wird. Einacker und Mäding gehen nach wie vor davon aus, dass von „aussen“ angeordnete Massnahmen gezielte Veränderungen bewirken werden. Obwohl wahrscheinlich die meisten Planer die Kritik am in der Einleitung angesprochenen „Gott-Vater-Modell“ der Planung verinnerlicht haben, lassen sich in diesen Forderungen nach Steuerung und Strukturveränderung durch die Planung trotz allem hartnäckige Spuren dieses Modells erkennen, das von „aussen“ in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse eingreifen will.[115]

Ein Ausweg aus diesem Dilemma des planerischen Selbstverständnisses verspricht der von Thomas Sieverts verfolgte Weg der Kultivierung des Bestehenden. Als Folgerung aus der Auseinandersetzung mit der Arbeit von Einacker und Mäding fordert Thomas Sieverts auf, sich auf das zu konzentrieren, „was man Kultivierung des Bestehenden nennen könnte“, weil, wie er schreibt, „es kaum gelingt, in gesellschaftliche Basiskräfte einzugreifen“.[116] Es ist ein Ansatz, der sich von „innen“ mit den Eigenarten der Stadtlandschaft auseinandersetzt und so das Phänomen zu fassen versucht. Diesbezüglich ist allerdings nicht nur eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Stadtlandschaft notwendig, sondern auch eine Auseinandersetzung mit der Rolle der Planung sowie der Rolle weiterer Akteure im Raumproduktionsprozess. Ohne diese Auseinandersetzung werden Versuche, Gestaltungskonzepte in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen, weiterhin an den gesellschaftlichen Prozessen scheitern, wie es Angelus Eisinger unter anderem in *Städte bauen* und *Die Stadt der Architekten* festgestellt hat.[117] Bezüglich der Notwendigkeit, sich mit der Rolle der Akteure auseinanderzusetzen, folgern Graham und Marvin angesichts der von ihnen untersuchten „globalen“ Kräfte und Prozesse ähnlich. Sie fordern, dass die Planungspraxis ihre Rolle und ihr Umfeld analysieren müsse. „First, such practices must emphasise relations and processes rather than objects and forms. (…) Analyses of contingent practices and dynamic processes must finally triumph over deterministic and reified readings of static urban structures, forms and architectures.“[118] Im Rahmen der Forschungsarbeiten des Ladenburger Kollegs in Bezug auf die Zwischenstadt herrscht diesbezüglich ebenfalls die Übereinstimmung, „dass umsetzungsfähige Gestaltungskonzepte ohne eine Kenntnis der Kräfte und Akteure fast undenkbar sind, dass die Umsetzung jedenfalls stark beeinträchtigt wäre“.[119] Es ist folglich auch eine Betrachtungsweise notwendig, die sich auf einer Mikroebene mit den Zusammenhängen und Rollen der Akteure beschäftigt, gewissermassen hinter den Vorhang grobschlächtiger Prozesse oder „driving forces“ schaut.

[114] Ebenda, S. 20.
[115] Siebel (1989); (2006).
[116] Koch et al. (2005) S. 133.
[117] Eisinger (2004); (2006).
[118] Graham, Marvin (2001), S. 414-415.
[119] Brake, Einacker, Mäding (2005), S. 128.

Alain Thierstein und sein Forschungsteam kommen dieser Anforderung in *Raumentwicklung im Verborgenen* ein Stück weit nach.[120] In der Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Metropolregion Nordschweiz befassen sie sich mit wissensorientierten und dienstleistenden Unternehmen, die im Einzelnen mit ihrer „Standortstrategie und Investitionsentscheidung (…) in der Summe Auslöser und Treiber der räumlichen Dynamik in der Schweiz" sind.[121] Damit thematisiert diese Arbeit funktional-räumliche Beziehungsgeflechte der Finanz- und Dienstleistungsbranche, aber auch der High-Tech- und Life-Sciences-Industrien, die sich als „sowohl national als auch international operierende Unternehmen für ihre Leistungen mehrere Standorte aufbauen".[122] Kompetenzen werden folglich nicht vor Ort gesucht, sondern an Standorten, wo sie bereits vorhanden sind. „Dadurch ist eine räumliche Arbeitsteilung zwischen jenen Städten, Agglomerationen und Wirtschaftsräumen entstanden, in denen wissensintensive Unternehmen ihren Standort haben."[123] Diese funktional-räumliche Ausdehnung des Alltagsraums, der Arbeits-, Wohn- und Freizeiträume umfasst, führt zusammen mit verstärkter Transportinfrastruktur und dadurch ausgelöstem Pendlerverhalten zu räumlichen Entwicklungen in Form zunehmender Periurbanisierung, die Thierstein „Raumentwicklung im Verborgenen" nennt. Die zunehmende Periurbanisierung wird zumindest in der Schweiz zudem aufgrund einer zu starken Orientierung an der „Vorstellung nationaler und räumlicher Kohäsion einer territorialen Solidargemeinschaft" gefördert.[124] Thierstein spricht dabei im Wesentlichen die Diskrepanz zwischen den sich ausdehnenden gesellschaftlichen Funktionalräumen und den sich historisch orientierenden politisch-administrativen Gebietskörperschaften an. Wirtschaftskonzentrationen, Kräfte urbaner Ökonomien sowie die Führungsrolle einiger weniger Wirtschaftsräume würden aus dieser Perspektive begrenzter Gebietskörperschaften mehr oder weniger unbewusst übersehen. Damit sind die von Thiersteins Forschungsteam bestimmten Dimensionen der Raumentwicklung im Verborgenen wie polyzentrische europäische Metropolregionen, wissensintensive Dienstleistungsunternehmen und die Brüche zwischen funktionaler und territorialer Logik genannt. Als Reaktion fordert Thierstein eine Dimension der Governance in Metropolregionen, die auf den Eckpfeilern Strategie, Organisationsstrukturen und Bewusstseinsbildung aufbaut. Weiter fordert er eine „gleichzeitige Betrachtung unterschiedlicher Massstabsebenen".[125] Erst dies würde ein differenziertes Verständnis für die Dynamik und Prozesse räumlicher Entwicklung schaffen. Thierstein und sein Team schaffen es mit ihrer Arbeit, Zusammenhänge zwischen Akteuren und Determinanten sowie deren Auswirkungen auf die Siedlungswirklichkeit auf einer globalen bis hin zu einer regionalen Ebene präzise zu beschreiben. Dies hat zur Folge, dass Handlungsempfehlungen auf der Ebene von Raumplanung, Regionalpolitik und Standortentwicklung – Thierstein nennt es das „strategische Dreibein" – differenziert ausfallen.[126] Vermisst wird auch bei dieser Arbeit eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Rolle der Stadt-/ Raumplanung und deren realen Möglichkeiten räumlichen Intervenierens und Agierens.

Im Umkreis der Untersuchungen, die sich mit Beziehungsgeflechten der Siedlungswirklichkeit befassen, muss die Publikation *Stadt-Land Schweiz* der Herausgeber Angelus Eisinger und Michel Schnei-

[120] Thierstein et al. (2006).
[121] Ebenda, S. 146.
[122] Ebenda, S. 13.
[123] Ebenda, S. 13.
[124] Ebenda, S. 15.
[125] Ebenda, S. 17.
[126] Ebenda, S. 107.

der erwähnt werden.[127] In der Einleitung stellt Angelus Eisinger fest, dass in der „Collage städtischer, vorstädtischer und ländlicher Elemente mit den Kategorien ‚Stadt' und ‚Land' die räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeiten kaum mehr beschrieben werden können".[128] Die im Buch verfassten Arbeiten – wie „Regio TriRhena – auf dem Weg zu einer trinationalen Metropole" von Jacques Herzog, „Zürich/Limmattal – Schatten-Stadt. Urbanistische Erkundungen im Limmattal" von Michael Koch, „Zürich/Glattal – Stadt der Regionen" von Alain Thierstein oder „Mittelland – Das Schweizer Mittelland im Umbauprozess" von Franz Oswald – zeigen auf, dass es weder der Politik noch der Wissenschaft gelungen ist, „der Siedlungsentwicklung ihren Stempel aufzudrücken".[129] Damit kann dieser Abschnitt zusammenfassend mit der Erkenntnis von Stefano Boeri abgeschlossen werden. In *USE. Uncertain States of Europe* kommt Boeri zum Schluss: „The exposed phenomena (of the „Uncertain States of Europe"; Anm. Kurath) are created and shaped by actors taking part in a particular system, rather than by external and imposing institutions."[130]

1.3.2 Stadtlandschaften entwerfen

Beim vorangehenden Abschnitt sind schwerpunktmässig Relationen und Prozesse bei der Transformation der Stadtlandschaften und damit die Rahmenbedingungen der Planung angesprochen worden. Der folgende Abschnitt beschreibt den Stand des Diskurses bezüglich entwerferischer, regionalplanerischer Handlungstheorien der Planung.

Eine Arbeitsgruppe rund um Michael Koch und Alex Wall stellte sich im Rahmen des Ladenburger Kollegs bezüglich der zuvor besprochenen Produktion des Raums durch gesellschaftliche Prozesse zwei Grundsatzfragen: „Liegt die Zukunft im autorenlosen Städtebau, der sich darauf beschränkt, gesellschaftliche Prozesse zu moderieren? Oder gewinnt vielmehr die Frage der formalen Gestaltung, in dem Moment, wo sie sich von traditionellen Vor-Bildern befreit, neue Aktualität für die Bewältigung der Planungsaufgaben auch und gerade in der Zwischenstadt?"[131] Die Auseinandersetzung mit solchen oder ähnlichen Fragestellungen ist Beweggrund dafür gewesen, dass zeitgenössische städtebauliche Strategien, die sich mit der Qualifizierung der Zwischenstadt beschäftigen, in den letzten Jahren intensiv weiterentwickelt worden sind. Dabei sind räumlich-spezifische und dennoch offene Planungskonzepte entstanden, welche die Landschaft als konzeptionelle Grundlage verstehen. Diese konzeptionelle Festlegung gründet auf Auseinandersetzungen mit dem stadtlandschaftlichen Phänomen, wie es beispielsweise Kate Orff in „Project on the City", ein Harvard-Projekt unter der Leitung von Rem Koolhaas, zusammenfasst.[132] Für Orff markiert die neue posturbane Kondition „the global triumph of Landscape as the essential substance of urbanisation".[133] Sieverts hat bereits in der Auseinandersetzung mit der Zwischenstadt bestimmt, dass die Landschaft zum eigentlichen „Bindeelement der Zwischenstadt" werden muss.[134] Im Übersetzen dieser Forderung in eine entwerferische Haltung dient die Landschaft gewissermassen als Medium und damit als konzeptioneller und kognitiver Ausgangspunkt

[127] Eisinger, Schneider (2003).
[128] Ebenda, S. 9.
[129] Ebenda, S. 14.
[130] Boeri (2000), S. 340.
[131] Bormann et al. (2005), S. 119.
[132] Chung et al. (2001).
[133] Orff (2001), S. 394.
[134] Sieverts (2001), S. 20.

für die hier thematisierten städtebaulichen und regionalplanerischen Entwurfstrategien. Mit dieser grundsätzlichen Konzeption einhergehend stellt sich die Frage des Massstabs, der für eine „Kultivierung“ oder „Qualifizierung“ der Zwischenstadt berücksichtigt werden sollte. Aufgrund der zuvor beschriebenen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Prozessen sowie der Ausdehnung des Alltagsraums im Sinne grenzüberschreitender Regionen, gewinnt eine Betrachtung des funktional-räumlich bedingten, regionalen Massstabs zunehmend an Bedeutung. Im Zusammenhang mit einem räumlich qualifizierenden Anspruch fordern Michael Koch und Martin Schröder eine Handlungstheorie des „raumplanerischen Entwerfens“.[135]

Eine Folge der Entwicklung solcher Handlungsweisen ist „the end of two disciplines, architecture and landscape architecture, and their future merger“.[136] Vormals städtebauliche Ansätze werden ergänzt durch landschaftsarchitektonische Ansätze, um stetigem Wandel und fortschreitenden Prozessen gerecht zu werden. „The merging of landscape with urbanism suggests an exciting new field of possibilities. (…) In many ways it can be seen as a response to the failure of traditional urban design and planning to operate effectively in the contemporary city.“[137] Dadurch erweitern sich auch die Planungswerkzeuge und -techniken. „Techniques drawn from landscape – such as mapping, cataloging, triangulating, surface modelling, implanting, managing, cultivating, phasing, layering, and so on – may be combined with urbanist techniques – such as planning, diagramming, organizing, assembling, alloting, zoning, marketing and so on – to help create a larger bag of tools than the traditional planner has had in the past.“[138] Zusammenfassend kann gesagt werden, „(…) landscape has become both the lens through which the contemporary city is represented and the medium through which it is constructed“.[139] Dieses Hybrid aus Stadt- und Landschaftsplanung wird denn auch unter dem Begriff „LandscapeUrbanism“ zusammengefasst.[140] Im deutschsprachigen Raum hat sich ein passender Begriff noch nicht etabliert. Die im Rahmen des Ladenburger Kollegs als Band 5 erschienene Publikation mit dem Titel *Zwischen Stadt Entwerfen*[141] spricht in diesem Zusammenhang von „konzeptionellen Planungsstrategien“.[142] Die Publikation will ähnlich den theoretischen Arbeiten rund um den Begriff des LandcapeUrbanism „ein Plädoyer sein für das urbanistische Experiment, dafür, retrospektiven Typologien folgende Konzepte durch topologisch massgeschneiderte Strategien zu ersetzen“.[143] In diesem Zusammenhang werden Anforderungen an den Entwurf als Handlungstheorie des Städtebaus thematisiert. „Der Entwurf muss sich zu einem gewissen Grad als ‚affirmative Planung‘ verstehen, die versucht, die Zwischenstadt in der ihr eigenen Logik zu gestalten.“[144] Dies widerspiegelt eine Haltung, die der Aufforderung Sieverts’ – das Bestehende zu kultivieren – nachkommt.[145] Sie basiert auf der Überzeugung, dass, wenn sich soziale Prozesse raumbildend auswirken, diese mit Gestaltungsfragen verbunden werden müssen.

[135] Koch, Schröder (2006).
[136] Chang et al. (2000), S. 335.
[137] Corner (2003), S. 58.
[138] Ebenda, S. 62.
[139] Waldheim (2006), S. 11.
[140] Eine gute theoretische Einführung in die Thematik geben die Reader *Landscape Urbanism, a Manual for the Machinic Landscape* und *The Landscape Urbanism Reader*. Mostafavi et al. (2003); Waldheim (2006).
[141] Bormann et al. (2005).
[142] Koch, Schröder (2006).
[143] Bormann et al. (2005), S. 10.
[144] Ebenda, S. 120.
[145] Koch et al. (2005) S. 133; Körner (2005), S. 109.

In der Zwischenzeit lassen sich in der Entwicklung dieser Planungsstrategien, die im englischsprachigen Raum unter dem Begriffspaar „LandscapeUrbanism“ diskutiert werden, zwei Richtungen aufzeigen. Die eine Ausrichtung befasst sich mit der direkten Verräumlichung von Prozessen. Dabei wird keine Unterscheidung zwischen Raumstruktur und Prozess getroffen. Diagramme raumprägender Prozesse werden direkt als räumliche Entwürfe übersetzt. Die Gefahr besteht, erneut in einem Allmachtsanspruch der Planung zu enden, der die städtebauliche Form eindeutig bestimmen und kontrollieren will.[146] Diese Ausrichtung wird im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter verfolgt. Die zweite Ausrichtung widerspiegelt eine moderate Haltung. Der Hauptunterschied zur erst genannten Richtung besteht darin, dass von vornherein eine Unterscheidung von Raumstruktur und Prozess getroffen wird, die zusätzlich durch eine Reihe bestimmter und unbestimmter städtebaulicher und architektonischer Teile ergänzt wird.[147] Innerhalb eines städtebaulich-konzeptionellen Rahmens werden sukzessive Programme initiiert und inszeniert. Über solche Anreicherungen sollen die städtebaulichen Konzepte ausformuliert und gestärkt werden. Folglich wird ein planerischer Mittelweg von „Kontrolle und Laissez-faire“ gesucht.[148] Mit dieser Konzeption steht die zeitliche und gesellschaftliche Komponente der Raumproduktion zur sukzessiven Anreicherung des Raums und damit einhergehend die kulturelle Verankerung sowie schrittweise Übersetzung der städtebaulich-konzeptionellen Idee in die Stadtwirklichkeit im Vordergrund. Dieser Ansatz eines „Vers un Urbanisme Culturel“[149] ersetzt bildhafte Vorstellungen von Stadt und Raum nahezu vollständig.[150] Als beispielhaftes Konzept und als solches auch in der Publikation *Zwischen Stadt Entwerfen* beschrieben und aufgeführt, gilt unter anderem das zweitrangierte „Parc de la Villette“-Projekt von OMA/ Koolhaas in Paris. Es kann gar als eines der frühen Ausgangspunkte konzeptionellen Städtebaus beschrieben werden. Als weitere Projekte zu nennen sind das „Leidsche Rijn“-Projekt von maxwan in der Nähe von Utrecht wie auch das „Bozen“-Projekt von Tischler, Hoelzl und metrogramma oder das „Olten Südwest“-Projekt von Büro Z, process yellow und lad+. Sie alle arbeiten mit den oben beschriebenen Konzeptionen und Rahmenbedingungen. In „Teil C –Testplanung“ dieser Arbeit wird spezifischer auf einzelne Elemente und Potenziale dieser Planungsform eines Städtebaus der Assoziationen eingegangen.[151]

1.3.3 Fehlende Erkenntnisse: Wer plant die Planung?

Die Erkenntnisse aus dem Kapitel über die Siedlungswirklichkeit als Resultat soziotechnischer (gesellschaftlicher) Prozesse scheinen auf den ersten Blick die konzeptionellen Planungsstrategien grundlegend infrage zu stellen. Inwieweit macht es Sinn, über die Planung und insbesondere über die Qualifizierung von Raum weiter nachzudenken, wenn es, um die zentrale Aussage von Eisinger zu wiederholen, weder der Politik noch der Wissenschaft gelungen ist, der Siedlungswirklichkeit den Stempel aufzudrücken?[152]

[146] Siehe Arbeiten der Architectural Association, School of Architecture, London, in: Mostafavi et al. (2003), oder Arbeiten des Architekturbüros FOA, www.f-o-a.net, Zugriff am 26. Juni 2009.
[147] Bormann et al. (2005), S. 121-127.
[148] Christiaanse (2004).
[149] Bormann et al. (2005), S. 171.
[150] Ebenda, S. 145.
[151] Siehe Kapitel 9.2 Städtebau der Assoziationen.
[152] Eisinger (2003), S. 14.

Versteht man also Stadt als Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, stellt sich die Frage, wie die oben beschriebenen konzeptionellen Strategien umgesetzt werden können. Die Ausrichtung der konzeptionellen Planungsstrategien weist zwar Potential auf, insbesondere was die Qualifizierung der Stadtlandschaften betrifft. Die Strategien sind aus der Problematik heraus entwickelt worden, sind auf die Lösung zwischenstadtspezifischer Fragestellungen ausgerichtet und arbeiten intuitiv mit Relationalität, Prozesshaftigkeit und Unvorhersehbarkeit, dem „Dreibein der Komplexität".[153] Doch auch dieses Planungsmodell wird scheitern, wenn die bestehenden Rollen und Möglichkeiten der Planung im Kontext gesellschaftlicher Raumproduktionsprozesse nicht differenzierter untersucht werden. Denn die konzeptionellen Strategien, obgleich als offene Systeme entworfen und mit enormer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit ausgerüstet, arbeiten nach wie vor mit einem beachtlichen Anteil an räumlich und formal bestimmten gestalterischen Elementen und Strukturen. Das Scheitern der Planung wird sich dann bewahrheiten, wenn geplante städtebauliche Elemente als Elemente *ohne* Verhandlungsbereitschaft und -spielraum vorausgesetzt werden und daher keine gesellschaftlichen Entsprechungen finden. Das Risiko der Planung besteht wie bereits beschrieben in der Vereinfachung der Wirklichkeit in Form von Planerrealitäten, die, nur allzu oft an Unterkomplexität leidend, oberflächliche und wenig differenzierte Lösungsansätze formulieren, die dann mit den Ansprüchen der gesellschaftlichen Wirklichkeit kollidieren.[154]

Ein Grund für ein solches Scheitern liegt im Selbstverständnis der Planer, generell im Selbstverständnis von Fachleuten, die gerade auch in einem akademischen Kontext die Rolle des Wissenschaftlers, der mit einer unabhängigen „Aussensicht" auf den Forschungsgegenstand allgemeingültiges „Wissen" generiert, verinnerlicht haben. Es ist dieselbe Aussensicht, die Bruno Latour bei einem der Moderne verpflichteten Wissenschaftsverständnis kritisiert.[155] Von dieser Warte der Aussensicht aus gemachte Erkenntnisse bezüglich der richtigen und vom planerischen Wissen her gefestigten Vorgehensweise mögen zwar innerhalb der eigenen Disziplinen als richtig erscheinen. Wie aber dieser Abschnitt zeigen wird, relativiert sich diese Richtigkeit bei einer Rückübersetzung der Planrealitäten in die Siedlungswirklichkeit spätestens dann, wenn die Aussensichten auf die gesellschaftliche Wirklichkeit treffen.

Die Zukunftsfähigkeit konzeptioneller Planungsstrategien steht und fällt folglich mit der einen Frage: Welche Möglichkeiten und Grenzen der Planung bestimmen über den Erfolg oder eben Misserfolg der Rückübersetzungen des konzeptionellen Städtebaus in die Siedlungswirklichkeit im Rahmen der beschriebenen gesellschaftlichen Raumproduktionsprozesse?

„Wer plant die Planung?"[156] Diese Frage hat Lucius Burckhardt bereits in den 1970er-Jahren gestellt. Sie steht gleichzeitig als Kritik an der universalen Planerhaltung der Moderne, die sich als nahezu „unfehlbar" inszeniert. „Diese Frage soll darauf hinweisen, dass Planung nicht isoliert geschieht, (…) dass sie aufgehängt ist in einem sozialen System."[157]

[153] Prominski (2004), S. 22.
[154] Vgl. Eisinger (2006), S. 160.
[155] Latour (2000), S. 9; Latour (2004), S. 31.
[156] Burckhardt (2004).
[157] Ebenda, S. 71.

Einen wesentlichen Beitrag im Aufzeigen der gesellschaftlichen Verwebung der Planung hat der Planungswissenschaftler Angelus Eisinger unter anderem im Rahmen seiner in diesem Hinblick wegweisenden Publikationen *Städte planen* und *Die Stadt der Architekten*[158] geleistet. In seiner Arbeit schliesst Eisinger wie Graham und Marvin an die Erkenntnisse der von Bruno Latour und Michel Callon beeinflussten Aktor-Netzwerk-Theorie (ANT) an. Mit diesem Ansatz gelang es Eisinger, die vielschichtigen Verwebungen zwischen den unterschiedlichen Akteuren bei der städtebaulichen Planung am Beispiel städtebaulicher Projekte in der Schweiz zwischen 1940 und 1970 zu rekonstruieren. Mit dem Fokus auf die *lokale städtebauliche Praxis* schafft es Eisinger, einen breiteren Kontext des städtebaulichen Arbeitens aufzuzeigen.[159] Die Arbeit des Architekten oder Planers ist folglich nicht Resultat eines intensiven Studiums von Lehrbüchern, sondern entsteht auch „aus der Verbindung verschiedener städtebaulicher Ansätze mit kulturellen Denkgewohnheiten, politischen Präferenzen etc.“.[160] So wird es beispielsweise bei der Mikrostudie „Die Überbauung Oberes Murifeld/Wittigkofen Bern“ offensichtlich, dass Planer nicht in der Lage gewesen sind, „die im Zuge der Realisierung auftretenden Abhängigkeiten des städtebaulichen Entwurfs vom gesellschaftlichen Kontext zu kontrollieren“.[161] Konkret heisst dies, dass im Laufe der Realisierung der städtebaulichen Konzeptionen aufgrund von Personalmangel und geschäftlicher Konkurrenzierung anstatt des ursprünglich geplanten regionalen Einkaufszentrums mit Quartierszentrum die Konzentration auf ein grosses Zentrum gefordert worden ist. Weitere Änderungen haben dazu geführt, dass die angestrebten übergeordneten räumlichen Zusammenhänge zunehmend verloren gegangen sind.[162] „Die Realisierungsphase verlangte nun, eine breite Palette von personellen und materiellen Ressourcen diesen soziotechnischen Rollen entsprechend dauerhaft einzubinden. In dem Ausmass, in welchem diese Einbindung nicht gelang, musste auch die Planung Stückwerk bleiben.“[163]

Dies zeigt die eigentlichen Schwierigkeiten städtebaulichen Handelns auf. Die zuvor beschriebenen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse setzen wesentliche Rahmenbedingungen und stellen gleichzeitigen ein Unsicherheitsfaktor bei der Planung dar. Verstärkt wird die Unsicherheit dadurch, dass sich die Auswirkungen und Ausrichtungen der Prozesse im Einklang mit dem gesellschaftlichen Wandel stetig ändern. Andrew Pickering kommt im Zusammenhang mit dieser Auseinandersetzung in *The Mangle of Practice* zum Schluss, dass innerhalb dieser Rahmenbedingungen erfolgreiche wissenschaftliche Praxis und damit gemäss Eisinger auch die Planungspraxis als „work of cultural extention and transformation in time“ verstanden werden kann.[164] Mit „Architecture is a fuzzy amalgamation of ancient knowledge and contemporary practice“ beschreibt Koolhaas in *Content* eine ähnliche Sichtweise mit Blick auf die Arbeit des Architekten.[165] Damit kann gesagt werden, dass durch das architektonische und städtebauliche Entwerfen innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse in Realzeit Beziehungsgeflechte hergestellt und in räumliche Konzepte übersetzt werden müssen, die auch zukünftige Figurationen (auch solche aufgrund nicht vorhersehbarer gesellschaftlicher Entwick-

[158] Eisinger (2004); (2006).
[159] Eisinger (2004), S. 12.
[160] Ebenda, S. 13.
[161] Ebenda, S. 287.
[162] Ebenda, S. 269-290.
[163] Ebenda, S. 283.
[164] Pickering (1995), S. 5.
[165] Koolhaas (2004), S. 20.

lungen) der Siedlungswirklichkeit mitzubestimmen vermögen.[166] Der Architekt und Stadtplaner muss somit im Vorhinein konzeptionelle Leitlinien bestimmen und Strategien entwickeln, wie absehbaren aber auch unvorhersehbaren gesellschaftlichen Prozessen Raum gelassen wird und die durch die Konzepte vorgegebenen zentralen räumlich-inhaltlichen Ziele trotzdem ihre Umsetzung finden können. Insbesondere für die in der Praxis tätigen Architekten und Planer wird dieses Vorgehen keine Neuigkeit darstellen. Dass die eigenen architektonischen und städtebaulichen Inhalte vom Entwurf bis hin zur Materialisierung und der technischen Umsetzung immer wieder neu mit dem Bauherrn, Handwerker oder Gesetzgeber verhandelt werden müssen, ist Alltagsrealität. Umso erstaunlicher ist es, dass diese Realität nach aussen hin beispielsweise in Hochglanzpublikationen und Forschungsarbeiten ausgeblendet wird. Im Selbstverständnis der Hochglanzentwerfer und -wissenschaftler entspringt das entworfene Objekt (zumindest nach aussen) vor allem dem eigenen Geiste. Das mag Grund sein, warum Planwelten trotz der Praxiserfahrung bis heute meist eine „Ablehnung des Unkontrollierbaren und des Offenen begleitet. Mit beiden muss aber ein Umgang gefunden werden."[167]

1.4 Hypothese

Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass die Siedlungswirklichkeit Resultat unzähliger, voneinander unabhängiger Einzelentscheide ist. „Die daran beteiligten Akteure müssen aber sowohl in der Entscheidungsfindung als auch in der Bewertung der Handlungsergebnisse die Folgen auf den Raum wenig bis gar nicht berücksichtigen."[168] In Anlehnung an Niklas Luhmann kann von einem Nebeneinander systemischen Nicht-Verstehens gesprochen werden.[169] Marc Angélil spricht darauf aufbauend und in Bezug auf autopoietische Systeme von „operativer Geschlossenheit" einzelner zwischenstädtischer Elemente.[170] Sieverts liest in diesem Zusammenhang die Zwischenstadt als eine netzartige, eher flächige Feldstruktur „ohne zentral organisierte Hierarchie, in der sich die einzelnen Grosselemente weitgehend selbst verwalten, mit grosser innerer Gestaltungsfreiheit und der Tendenz zu Emergenz neuer Qualitäten".[171] Produkt dieser „Raumfabrik" ist ein „multifunktionales Raumgebilde".[172]

Bis heute ist ein wirkungsvolles Planungsvorgehen, welches die Qualifizierung der Zwischenstadt zum Ziel hat, nur ansatzweise gefunden worden. Die Möglichkeiten der Planer, Architekten und Landschaftsarchitekten innerhalb dieser Raumfabrik sind offensichtlich begrenzt. Zwar spielen in dieser Raumfabrik Planer, Architekten oder Landschaftsarchitekten eine zumindest mitbestimmende Rolle. Als Akteur ist der Planer jedoch nur einer unter vielen. Die jeweiligen Rollen und Aufgaben werden erst in gegenseitiger Abgrenzung und Vernetzung spezifiziert. Dabei bilden sich Aktor-Netzwerke (Allianzen), um bestimmte Problemstellungen und Aufgaben zu lösen. Die Grenzverläufe der Rollen und Netzwerke werden dabei ausgehandelt, können sich aber auch im Verlaufe der Netzwerkbildungen verändern, je nachdem ob neue Akteure dazustossen oder Netzwerke verlassen. Die systemische Bestimmung der Zwischenstadt lebt folglich von Ab-, Ein- und Ausgrenzungsprozessen. Dabei zeigt sich, dass gerade die Grenzen der Aktor-Netzwerke die Grenzen der eigenen Rolle im Netzwerk und

[166] Eisinger, Reuter (2007) S. 82.
[167] Eisinger (2006), S. 162; Eisinger, Kurath (2008), S. 156.
[168] Ebenda, S. 19.
[169] Luhmann (1997), S. 92; Eisinger, Schneider (2003), S. 392.
[170] Angélil (2006), S. 180.
[171] Sieverts (2007), S. 11.
[172] Eisinger, Schneider (2003), S. 385.

damit folglich auch die Grenzen und Möglichkeiten der Planung massgeblich bestimmen. Die gesellschaftliche Verwebung der Planung und damit die Rahmenbedingungen, Grenzen und Möglichkeiten städtebaulichen Handelns müssen entsprechend rekonstruiert und thematisiert werden, um die Misskonzeptionen der Stadt- und Regionalplanung entfalten und neue Handlungstheorien der Stadtplanung in Bezug auf die Qualifizierung von Stadtlandschaften benennen zu können – so die Hypothese dieser Arbeit.

1.5 Positionierung und Eingrenzung der Arbeit

„Soweit ich sehe, hat die städtebauliche Auseinandersetzung nie konkrete Analysen der Entstehung und der Umsetzung städtebaulicher Vorhaben betrieben."[173] Mit diesem Zitat wird die Notwendigkeit dieser Forschungsarbeit offensichtlich. Die Erkenntnislücke wirkt sich eklatant auf die planerische Praxis aus. Obwohl mittlerweile Prozessen der Wirklichkeit gegenüber offen, gelingt es den Planern verheissungsvoller Planungsmodelle oftmals nicht, die für die Qualifizierung der Zwischenstadt notwendigen räumlichen Eingriffe auch umzusetzen. Sie scheitern gemäss Ingrid Breckner oft am eigenen Planungsverständnis, das in einem früheren gesellschaftlichen Kontext entstanden und über Jahre hinweg ohne kritische Betrachtung geschult und angewendet worden ist. Breckner führt dies auf „eine Ignoranz solcher kultureller räumlicher Produktionsprozesse (suburbaner Räume; Anm. Kurath) in Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis" zurück.[174] Der Ausweg aus diesem Problemfeld kann nur über eine Neubestimmung der eigenen Position und Rolle als Planer oder Planerin innerhalb der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse führen. Diesbezüglich müssen weitere Erkenntnisse geschaffen werden.

Gewissermassen ist es unumgänglich, „die räumlich-gesellschaftlichen Komplexitäten zu dechiffrieren", damit „das immer Gleiche (…) zum facettenreichen Spezifischen des Lokalen" wird.[175] Diese neu zu erarbeitende Sichtweise führt weg von einer generischen, unspezifischen Sichtweise, wie sie beispielsweise Rem Koolhaas in *Generic City* beschrieben hat.[176] Auch Ingrid Breckner fordert auf, die Produktionsprozesse suburbaner Räume präzise zu untersuchen, „um ihre prozessuale Genese und sich wandelnde Strukturen adäquat zu erfassen".[177] Erst damit kann beantwortet werden, wie und in welcher Form sich die Planenden als Akteure in das Geschehen der gesellschaftlichen Wirklichkeit einbringen können oder müssen, um mit ihren konzeptionellen Strategien erfolgreich räumlich qualifizierende Veränderungen zu bewirken. Spezifisch auf die Stadtlandschaften ausgerichtet, müssen exemplarische stadtlandschaftliche Situationen auf ihre Produktionsbedingungen hin betrachtet werden. Mit Erkenntnissen diesbezüglich können die aktuellen und viel versprechenden Planungsstrategien im Sinne raumplanerischer Entwürfe eines konzeptionellen Städtebaus optimiert und auf die Fallen des Rückübersetzungsprozesses eingestimmt werden. Diese Feinjustierung der Planungsmodelle ist notwendig, damit die städtebaulichen Konzepte und Leitbilder innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse überhaupt erst nachhaltig umgesetzt werden und bestehen können.

[173] Eisinger (2004), S. 309.
[174] Breckner (2006), S. 448.
[175] Eisinger (2003), S. 17.
[176] Koolhaas (1995) S. 1238.
[177] Breckner (2006), S. 440.

Die für diese Fallstudien notwendige Empirie erfordert in Anlehnung an gesellschafts- und sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten ein methodologisches Vorgehen, das im Gegensatz zu herkömmlichen Makrountersuchungen einen bewussten Mikroansatz verfolgt.[178] Diese Auseinandersetzung mit dem Bestand auf kleinster Massstabsebene ist notwendig, um die Rahmenbedingungen der Produktion von Raum verstehen und rekonstruieren zu können. Nur so kann ein Verständnis für die Eigenart spezifischer Orte auch geschaffen werden. Diesbezüglich kritisiert Marcus Menzl im Rahmen seiner Dissertation zum Thema „Leben in Suburbia, Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg" die bisherige Vorgehensweise bei der Erforschung von Suburbanisierungsprozessen und suburbanen Räumen.[179] Zum einen würden die meisten Betrachtungen auf höher aggregierten Ebenen agieren, was dazu führt, dass „einzelne Auswirkungen von Suburbanisierung in ihrer Komplexität schlicht nicht wahrgenommen werden". Zum anderen würde eine zu wenig konsequent betriebene Orientierung an den Akteuren Gefahr laufen, „oberflächliche Prozesseinschätzungen zu formulieren und folglich auch unpräzise Handlungskonzepte zu konzipieren".[180] Diesbezüglich werden die Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit einen Beitrag dazu leisten, das Planungsverständnis und damit auch das planerische Vorgehen den Umständen der Produktionskette der Zwischenstadt anzupassen. Globale oder nationale Spuren können nur am Rande verfolgt werden. Auf eine Strukturierung der verschiedenen Dynamiken wird ebenfalls verzichtet. Ash Amin und Nigel Thrift bekräftigen diese Haltung in ihrer gemeinsamen Arbeit *Cities – Reimagining the Urban.*[181] „We deliberately avoid an essentialist reading, since we do not think that the multiple dynamics of the city allow it to be theorized in terms of driving structures. We turn to another urbanism that emphasizes the city as a place of mobility, flow and everyday practices."[182] Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen damit die Lokalität und die „everyday practices", welche die jeweiligen Mikrostudien massgeblich prägten.

Die Arbeit verfolgt entsprechend Eisingers Forschungskonzept der „lokalen städtebaulichen Praxis", welches sich an Arbeiten orientiert, die unter dem Label *Science and Technology Studies (STS)* und *Aktor-Netzwerk-Theorie (ANT)* entstanden sind.[183] Dieser Realismus wurde für die vorliegende Forschungsarbeit bewusst gewählt. Die Planungs- und Entwurfspraxis ist geprägt von Erfahrungen mit den Launen der Alltagsrealitäten, die sich in sich verändernden Kundenwünschen, Gesetzgebungen oder Umweltbedingungen abzeichnen. Welche Umgebung also würde bessere Laborbedingungen bieten, die Black Box der Planung zu öffnen, als der Planungsalltag der direkt betroffenen Akteure und Aktanten?

[178] Latour (2007), S. 32.
[179] Menzl (2007).
[180] Ebenda, S. 39.
[181] Amin, Thrift (2002).
[182] Ebenda, S. 7.
[183] Eisinger (2004), S. 12.

1.6 Methodologie

1.6.1 Aktor-Netzwerk-Theorie

Zur Rekonstruktion der Beziehungsgeflechte zwischen Planung und Siedlungswirklichkeit und damit der gesellschaftlichen Einflüsse auf die Handlungsketten der Planer und Architekten eignet sich das Vorgehen der unter den STS bekannten wissenschafts- und techniksoziologischen Theorieangebote der *Aktor-Netzwerk-Theorie* (ANT). Dieses Theorieangebot beschäftigt sich explizit mit der Praxis der Erkenntnisproduktion bei den Wissenschaften. Eine vertiefte Einsicht in die Methode der ANT geben die Reader von Mario Biagioli bzw. Andréa Bellinger und David Krieger.[184]

„Um die Realität der Wissenschaftsforschung zu verstehen, gibt es nur einen Weg: sie bei dem begleiten, was sie am besten kann, und das ist die aufmerksame Beschäftigung mit den Details wissenschaftlicher Praxis."[185] Die ANT verfolgt in diesem Sinne Akteure und Aktanten und deren soziale Verbindungen. Die Begriffe Akteure und Aktanten stammen aus der Theoriebildung, bei welcher die bei herkömmlichen Gesellschaftstheorien feststehenden Asymmetrien zwischen menschlichen und nichtmenschlichen Akteuren sowie Handlungsquellen ohne Figurationen aufgelöst worden sind. Damit sollen die Objekte und Dinge in den normalen, alltäglichen Handlungsablauf zurückgeholt werden. „Schliesslich gibt es kaum einen Zweifel daran, dass Wasserkessel Wasser ‚kochen', Messer Fleisch ‚schneiden', Körbe Vorräte ‚aufbewahren', Hämmer Nägel auf den Kopf ‚schlagen', Geländer Kinder vor dem Fallen ‚bewahren', Schlüssel Räume gegen ungebetene Besucher ‚verschliessen', Seife den Schmutz ‚entfernt', Stundenpläne Lehrveranstaltungen ‚auflisten', Preisschilder den Menschen beim Rechnen ‚helfen' und so fort."[186] Diese Dinge sind damit wie menschliche Akteure Beteiligte an einem Handlungsverlauf. Sie würden zwar nicht das Handeln determinieren, könnten aber ermächtigen, ermöglichen, ermutigen, erlauben, nahe legen, beeinflussen, verhindern, autorisieren, ausschliessen.[187]

Entsprechend können nicht nur menschliche oder nicht-menschliche Akteure, sondern auch Aktanten als Entitäten im Sinne verborgener Kräfte Handlungsquellen darstellen. „Das eine ist die Präsenz einer verborgenen Kraft, etwas anderes ihre Gestalt, ihre Figuration. Was agiert, wird im Bericht stets mit einer gewissen Konsistenz versehen und mit Merkmalen, die ihm irgendeine Form oder einen Umriss verleihen, ganz gleich, wie vage."[188] Ein Akteur ist damit ein Ding (Entität), welches eine Figuration hat. Ein Aktant ist ein Ding, das keine Figuration hat. Aktanten und Akteure können gleichsam Handlungsquellen darstellen und damit Handlungen auslösen. In Bezug auf die Architektur stellen die Architekten, Bauherren, Papier, Computer oder architektonischen Trends Handlungsquellen unterschiedlicher Figurationen dar, die sich versammeln, Beziehungsgeflechte – also Aktor-Netzwerke – herstellen und sich in neue Handlungsquellen übersetzen.[189] Wie stark beispielsweise Computer, technologischer Fortschritt und globale architektonische Trends die Architektur der letzten zehn bis zwanzig Jahre bestimmt haben, zeigt sich in den zahlreichen Architekturproduktionen, die in den letz-

[184] Biagioli (1999); Bellinger, Krieger (2006).
[185] Latour (2000), S. 36.
[186] Latour (2007), S. 122.
[187] Ebenda, S. 124.
[188] Ebenda, S. 93.
[189] Die hier verwendete Begriffswahl bezieht sich auf die aktuellste Definition von Bruno Latour. Latour (2007). Der Begriff Aktor-Netzwerk fasst begrifflich das Beziehungsgeflecht zwischen menschlichen Akteuren, nicht-menschlichen Akteuren sowie Aktanten zusammen.

ten Jahrzehnten Dimensionen und Formen angenommen haben, die zuvor zwar denkbar, jedoch aufgrund technischer Einschränkungen weder konstruierbar noch baubar gewesen sind.

Im Alltag bilden lokal-spezifische Konstellationen von Akteuren und Aktanten Aktor-Netzwerke oder eben Gesellschaften. Dieses Verständnis unterscheidet sich massgeblich von herkömmlichen Modellen, die unter Gesellschaft ein Ordnungsprinzip bzw. eine definierte Gruppe verstehen, die den Entitäten als Erklärungsmodell überlagert wird.[190] In der ANT besteht die Gesellschaft aus Kollektiven von Akteuren und Aktanten, die in ständiger Bewegung und für die wissenschaftliche wie auch die städtebauliche Praxis eine Anzahl Quellen von Unbestimmtheiten bereithalten, welche diese massgeblich mitbestimmen.[191] Wie sich in den empirischen Rekonstruktionen zeigen wird, sind es mitunter auch diese Quellen der Unbestimmtheiten, welche die lokale städtebauliche Praxis bestimmen und in Bezug auf städtebauliche Konzeptionen zu thematisieren sind.

In ANT-Studien haben sich Albena Yaneva und Bruno Latour auch mit der Architekturproduktion des Büros OMA/Rem Koolhaas beschäftigt. In Anlehnung an den Wissenschaftler Etienne-Jules Marey, dem es mit einer im Jahre 1882 speziell entwickelten Fotokamera gelang, die Flugbewegungen von Möven in einzelnen Bildsequenzen festzuhalten, verwenden Latour und Yaneva diese Bildreihen als Metapher für ihr Forschungsvorgehen in Bezug auf Architektur.



Abb. 1: Etienne-Jules Marey, „Flight of gull“, 1886, Archiv Collège de France, Paris

„Our building problem is just the opposite of Etienne Jules Marey’s famous inquiry into the physiology of movement. Through the invention of his photographic gun, he wanted to arrest the flight of a gull so as to be able to see in a fixed format every single successive freeze-frame of a continous flow of flight, the mechanism of which had eluded all observers until his invention. What we need is the reverse: the problem with building is that they look desperately static. It seems almost impossible to grasp them as movement, as flight, as a series of transformations. Everybody knows – and especially architects, of course – that a building is not a static but a moving project, and that even once it has been built, it ages, it is transformed by its users, modified by all of what happens inside and outside, and that it will pass or be renovated, adulterated and transformed beyond recognition.“[192]

Der Alltag des Architekten zeichne sich dadurch aus, dass jederzeit neue Bedingungen wie Zonenbestimmungen, Finanzierungsschwierigkeiten, Einsprachen, statische und ästhetische Limiten in der

[190] Siehe dazu die Ausführungen Latours bezüglich der Soziologie des Sozialen im Vergleich zur Soziologie der Assoziationen. Latour (2007), S. 9ff.
[191] Ebenda, S. 41.
[192] Latour, Yaneva (2008), S. 80.

Verwendung von Materialien, sich verändernden Bauherrenentscheiden, neuen Trends oder neuen Entwurfsideen berücksichtigt werden müssen.[193] Latour und Yaneva stellen diese inhaltlichen und formalen Bewegungen in Beziehung zu Mareys Arbeit. „So, during its flight, a building is never at rest (…). Under the pressure of construction, and in front of the eyes of astonished workers and engineers, architects constantly move back and forth between the building-in-construction and its numerous models and drawings, comparing, correcting and updating them. Architectural drawings, transformed into engineering blueprints and from there into the many pieces of paper used by the workers on site (glued to the walls, folded into attaché cases, smeared with coffee and paint) are still undergoing a bewildering number of transformations (…).“[194]

Aus der Sichtweise der ANT kann die Arbeit der Architekten und Planer analog zur wissenschaftlichen Praxis als ein Übersetzungsprozess städtebaulicher und architektonischer Inhalte in Aktor-Netzwerke gesehen werden, die sich wiederum über unzählige Transformationen in die Siedlungswirklichkeit übersetzen. Der vorliegende empirische Teil der Arbeit verfolgt gewissermassen die Flugbahnen der raumplanerischen und architektonischen Objekte in ausgewählten Untersuchungsgebieten. Die Arbeit bildet diese ab, indem sie den Transformations- und Übersetzungsschritten der Architekten und Planer in Form von Entwürfen, Plänen, Bewilligungsgesuchen, Protokollen, Projektänderungen und Umsetzungsverfahren folgt und das Zusammentreffen dieser mit weiteren Akteuren und Aktanten beschreibt. Mit dem Verfolgen und mit Beschreibungen der „lokalen städtebaulichen Praxis“ werden die Handlungsketten und Rollenbilder der Planer in Bezug auf die übrigen Akteure und Aktanten rekonstruiert und die Figurationen dieser Aktor-Netzwerke hinsichtlich der Siedlungswirklichkeit beschrieben.[195]

Dieses Forschungsverständnis erfordert ein entsprechendes Vorgehen, welches die Mannigfaltigkeit der Einwände und Gegenstände zu registrieren hat. Das Vorgehen „sollte so aufwendig wie nötig sein, um Verbindungen zwischen den vielen Mittlern herzustellen, die sich bei jedem Schritt vermehren“, und es sollte „so reflexiv, artikuliert und raffiniert sein wie die Akteure, die bei der Ausarbeitung all seiner neuen Bindungen kooperieren“.[196]

1.6.1.1 Gliederung der untersuchten Fallbeispiele in die Phase der Entstehung von Planwelten und die Phase der Rückübersetzung von Planwelten

In Bezug auf die wissenschaftliche Praxis hat Latour festgehalten, dass Erkenntnisproduktion über eine Gliederung und Reduktion der Wirklichkeit geschieht (Abb. 2a). Die abnehmende Komplexität der Wirklichkeit ermöglicht wissenschaftlich nachvollziehbare Erkenntnisse.[197] Ein ähnliches Vorgehen haben Latour und Yaneva hinsichtlich der Praxis der Architekten erkannt. Die Gliederung der einzelnen Einflussfaktoren auf die Architektur, das Darstellen und Abbilden von architektonischen und städte-baulichen Entwürfen über Modelle, Pläne, Skizzen, Visualisierungen ermöglicht die Komposition

[193] Ebenda, S. 84.
[194] Ebenda, S. 85.
[195] Diesen Forschungsansatz hat Angelus Eisinger in seiner Habilitationsschrift *Städte bauen* entwickelt, Eisinger (2004), S. 12; vgl. Eisinger, Kurath (2008).
[196] Latour (2007), S. 211.
[197] Latour (2000), S. 36.

dieser Einzelteile zu neuen architektonischen und städtebaulichen Ensembles. Diese neuen Ensembles stellen aufgrund der Reduktion der Wirklichkeit und deren Gliederung eine durch die Arbeit der Architekten und Planer bestimmte Realität dar, die in der vorliegenden Arbeit unter dem Begriff *Planwelten* versammelt werden.[198] Die Phase des Konstruierens dieser Planwelten ist in der Gliederung der vorliegenden Mikrostudien als Phase der Entstehung von Planwelten bezeichnet worden. In dieser Phase sind in der Regel nur wenige Akteure und Aktanten in den Aktor-Netzwerken der Planung versammelt.

Angelus Eisinger hat in seiner Habilitationsschrift *Städte bauen* erkannt, dass sich diese Übersetzungen gesellschaftlicher Realitäten in Modelle und Pläne oder eben Planwelten in den weiteren Handlungsketten der lokalen städtebaulichen Praxis wieder mit der Wirklichkeit und damit den von den Konstrukteuren und Entwerfern der Planwelten meist nicht berücksichtigten aber latent vorhandenen weiteren Interessen, Zielen und Rahmenbedingungen verweben.[199] In seinen städtebaulichen Fallstudien aus den 1940er- bis 1970er-Jahren gelingt es Eisinger, aufzuzeigen, dass im Rahmen der Rückübersetzungen zentrale Inhalte der ursprünglichen Planwelten keine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit finden.[200] Die Phase der Rückübersetzung der Planwelten in die gesellschaftliche Wirklichkeit stellt damit ein zentrales Moment der Planung dar, das in der Theorie, Forschung und Praxis bis anhin wenig Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Phase der Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit wird bei der vorliegenden Arbeit daher ebenfalls ausführlich dargestellt, um besagte gesellschaftliche Verwebungen der Planwelten der Architekten und Planer zu entfalten und zu visualisieren. Wie sich zeigen wird, lassen sich gerade in dieser Phase zahlreiche Rückübersetzungsproblematiken und Eckpunkte planerischer Misskonzeptionen aufdecken.

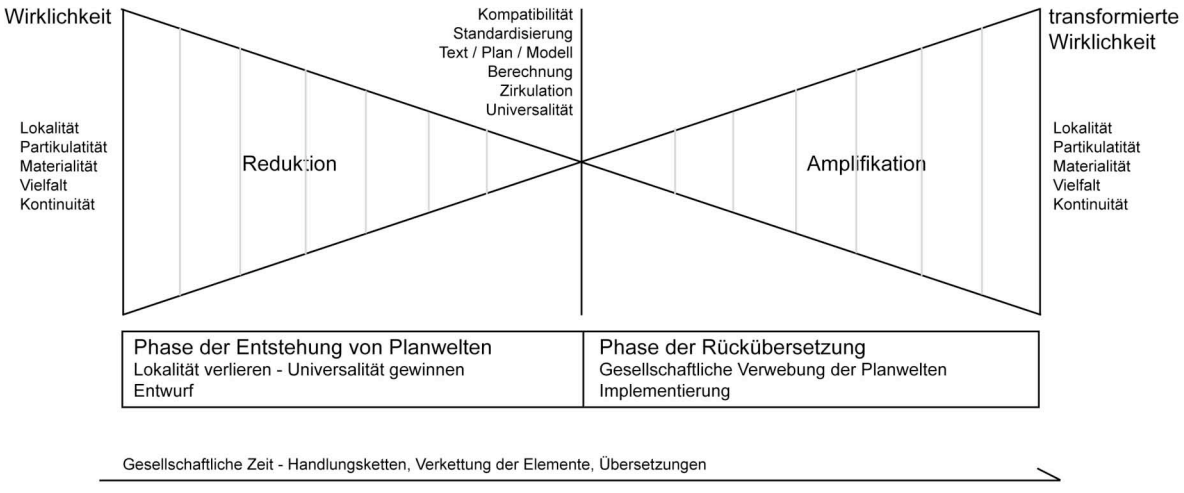


Abb. 2a: Darstellung der Übersetzungsphasen in Anlehnung an Bruno Latours Referenz- und Transformationsmodell (eigene Darstellung in Anlehnung an Latour (2000), S. 86).

[198] Angelus Eisinger hat den Begriff *Planwelten* mit seiner Arbeit *Städte bauen* in Anlehnung an die ANT massgeblich geprägt. Eisinger (2004), S. 166.
[199] Siehe entsprechende Mikrostudien in *Städte bauen*. Ebenda (2004).
[200] Siehe dazu insbesondere die Mikrostudie zum Oberen Murifeld. Ebenda, S. 269.

Die Gliederung der rekonstruierten Handlungsketten in die Phase der Entstehung der Planwelten und die Phase der Rückübersetzung der Planwelten soll die Reduktionen und Verwebungen des planerischen Handelns in den Vordergrund stellen und daraus entstehende Problemstellen thematisieren. Als Übergang der Phasen ist in der Regel der Moment der Eingabe der Baugesuche bei Architekturobjekten oder die Verabschiedung der Raumplanungswelten durch Volksabstimmungen respektive durch die Behörden gewählt worden. Die Wirklichkeit der Handlungsverwebungen zeigt hier eine Reihe von komplizierten Beziehungsgeflechten, die sich stellenweise einer präzisen Phasenzuweisung auch verweigern.

1.6.1.2 Übersetzungsschritte bei Bildung von Aktor-Netzwerken

Die Entstehung von Planwelten und deren Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit erfordert wie jede wissenschaftliche und technische Tätigkeit eine Reihe von Übersetzungsschritten.[201] Die Übersetzungstätigkeit stellt strukturelle Kopplungen zwischen Handlungsketten der Akteure und Aktanten her. Diese Allianzbildungen sind notwendig, um dadurch die Realisierungschancen der eigenen Interessen und Ziele zu verbessern, indem Handlungsketten verlängert werden. Gelingt es den Planern und Planerinnen nicht, die Handlungsketten zu verlängern, können keine Allianzen mit weiteren Akteuren und Aktanten hergestellt werden. Entsprechend erfolgt keine Übersetzung städtebaulicher oder architektonischer Inhalte in die Siedlungswirklichkeit. Um Ursachen des Erfolgs oder Misserfolgs in der Übersetzung planerischer und entwerferischer Ziele in die Siedlungswirklichkeit darstellen zu können, sind an spezifischen Punkten der Arbeit zusätzlich die Übersetzungshandlungen der Planer und Architekten detailliert hervorgehoben worden. Die Auswahl der Beschreibungen beschränkt sich auf signifikante Situationen, die im Zusammenhang mit den Rekonstruktionen relevant sind und die Bildung der Aktor-Netzwerke exemplarisch darzustellen vermögen. Die exemplarischen Einzelschritte der Übersetzung von Planungsintentionen werden im Folgenden in Anlehnung an die „Elemente einer Soziologie der Übersetzung“ von Michel Callon kurz dargestellt.[202]

> ***• Problematisierung: Aufgabenstellung und Rollenerwartung***
>
> *Nach Callon umfasst die Problematisierung, der erste Schritt des Übersetzungsprozesses, genau betrachtet zwei Teilphasen: die der Aufgabenstellung und die der ersten Ausbildung der verschiedenen implizierten Rollen. In Städtebau und Architektur werden die Problem- oder Aufgabenstellung zu einem grossen Teil von aussen, zumeist durch einen Auftraggeber, an den Architekten oder Planer herangetragen. Wünsche, Programme, Funktionen, Formen und Lagen werden somit vorgegeben – nur im Ausnahmefall formuliert der Architekt oder Planer diese Aspekte selbst. In der Auseinandersetzung mit diesem Profil entstehen für den Architekten oder Planer disziplinenspezifische Fragen, welche die Aufgabenstellung präzisieren und erweitern. Findet sich eine Form für das Programm? Lassen sich die eigenen Interessen an einer bestimmten Materialität eines Objekts in das Projekt einbringen? Wie soll sich das Vorhaben gegenüber seiner Umgebung verhalten? Inwiefern können neue Technologien das Entwurfsverfahren unterstützen? An diese erste Teilphase schliesst die zweite der Ausformung der Rollenerwartungen an, die das Projekt durch seine Aufgabenstellung impliziert. Städtebauliche und architektonische Elemente wie Materialien, Funktionen oder Umgebung verweisen auf unterschiedlichste Spezialisten. Im Moment der Problematisierung benennt der Architekt oder Planer das für seinen Entwurf notwendi-*

[201] Eisinger, Kurath (2008), S. 157.
[202] Callon (2006). Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf eine Publikation über die emergente Rolle der Architekten, in welcher die einzelnen Schritte exemplarisch dargestellt worden sind. Eisinger, Kurath (2008).

ge Netzwerk. Seine Problematisierung verweist somit auf die Teile der sozialen und natürlichen Umwelt des Architekten, die bei der Umsetzung mit dem Projekt verbunden werden müssen.

• Interessement: Partnergewinnung

Der Architekt oder Planer muss sich nach Callons Theorie unentbehrlich machen. Er muss sich ins Zentrum des Netzwerks stellen, dann kann er seine städtebaulichen Konzeptionen realisieren. Im ersten Schritt des Entstehungsprozesses der Aktor-Welt sind die Entitäten der Akteure aus der Projektlogik umrissen und zueinander in Beziehungen gesetzt, aber noch nicht getestet worden. Noch kann jeder sein Mittun verweigern. Im zweiten Schritt des sogenannten Interessements geht es deshalb darum, die bisher nur benannten Akteure und Aktanten an das Vorhaben zu binden. Dabei werden Eigenschaften und Rollen der Akteure gefestigt oder präziser modelliert. Der Architekt oder Planer bedient sich dazu Skizzen und Berechnungen, analoger und digitaler Modelle, Diagramme oder Texte. Diese Medien kommunizieren seine Absichten und sollen die Netzwerkpartner für das Projekt gewinnen. Nach erfolgreichem Abschluss dieser Überzeugungsarbeit ist ein System von Bündnissen entstanden, in welches sich im nächsten Schritt die verschiedenen Akteure und Aktanten in den ihnen zugedachten Rollen einbinden lassen.

• Enrollment: Aushandlungsprozess, Rollenbildung

Bei der Rollenbildung, dem dritten prototypischen Schritt, werden die durch das Interessement vorgezeichneten und verknüpften Rollen definiert und den Akteuren zugeteilt. In dieser Phase werden Widerstände gegen zugedachte Aufgaben ausgeräumt oder Wege gesucht, wie diese Rollen besetzt werden können: Soziale Rollen werden nicht nur geformt, sondern verfestigen sich. Damit z.B. ein Auftraggeber für eine Bauaufgabe auch bereit ist, weiter Geld zur Verfügung zu stellen, müssen beim Projekt seine Wünsche verhandelt werden. Erst wenn er diese umgesetzt sieht oder anderweitig überzeugt werden kann, wird er seine Rolle weiter einnehmen. Die Behörden lassen sich in der Regel erst dann in die Rolle des Bewilligenden einbinden, wenn Gesetze und Auflagen erfüllt sind. Erst wenn architektonische Qualität in einem Projekt erkennbar wird, sagen ihm kulturelle Stiftungen seine Unterstützung zu. Die Aufgabe der Architekten und Planer besteht folglich darin, Konzepte und Strategien zu entwickeln, die sämtliche notwendigen Akteure und Aktanten mit ihren Anforderungen einzubinden vermag. Die Definition und Verteilung von Rollen ist somit das Resultat multilateraler Verhandlungen, bei welchen die Rollen der Akteure, die sich dann im Falle eines erfolgreichen Tests zusehends stabilisieren, getestet werden.

• Mobilization: Bewährungsprobe

Von einem erfolgreichen Netzwerk lässt sich dann sprechen, wenn die Rollen fixiert sind, nicht mehr infrage gestellt werden und die involvierten Akteure sich gemäss ihrer Rolle verhalten. Dies erfolgt im vierten Schritt, der Bewährungsprobe, wenn sich die verschiedenen Interessen durch den Hauptakteur, den Architekten oder Planer, vertreten lassen. Die Behörden geben grünes Licht für das vorgelegte Projekt; die Politiker unterstützen das Vorhaben; die Nachbarn sehen von Einsprachen ab; der Investor finanziert das Projekt. Eine erfolgreiche Allianz zeigt sich somit dann, wenn es dem Architekten oder Planer gelingt, aufgrund von Vertrauen, Überzeugungs- und Aushandlungsarbeit eine Planwelt zu präsentieren, welche von sämtlichen involvierten Akteuren getragen wird und zentrale Werte des Denkkollektives der entwerfenden Disziplinen vertritt. Damit wird der Architekt/Planer zum Sprecher und Vertreter des Aktor-Netzwerks, das durch Pläne, Modelle, Visualisierungen repräsentiert wird. Städtebau beginnt sich zu manifestieren.

• Dissidenz: Verhandlungsabbruch

Aktor-Netzwerke sind für die Entstehungs- und Realisierungszeit eines Projekts vielfältigen Einflüssen ausgesetzt und dabei ständig von ihrer Auflösung bedroht. Während jedes der vier gerade dargelegten Schritte können sich Interessen verflüchtigen, Akteure von anderen Netzwerken abgeworben werden, Verhandlungen

> *scheitern, unerwartete und nicht zu überwindende Probleme auftauchen. Die Repräsentativität des Sprechers, also des Architekten oder Planers, wird dabei infrage gestellt. Nahezu jedes der folgenden aufgeführten Fallbeispiele weist kritische Momente im Entstehungsprozess der Aktor-Netzwerke auf. Oft gelingt es nur durch intensive Verhandlungen, die Integration weiterer Akteure weiterzutreiben oder durch Strategieänderungen das Aktor-Netzwerk zu stabilisieren und vor dem Zerfall zu bewahren. Dies ist eine Voraussetzung, damit Stadtplanung gebaute Form werden kann. Verweigert sich der Architekt oder Stadtplaner dieser Verhandlungstätigkeit oder scheitern seine Bemühungen, bleiben nur mehr Modelle und Planwelten von Projekten zurück, die in Schubladen und Archiven verschwinden.*

Im Laufe der städtebaulichen Praxis durchlaufen sämtliche Akteure und Aktanten, die als Allianzpartner in die Aktor-Netzwerke der Planung involviert werden oder werden müssen, die einzelnen Phasen der Übersetzung. Dabei gibt es auch hier keine klaren und scharfen Trennlinien zwischen den umrissenen idealtypischen Schritten. Auch werden die Rekonstruktionen aufzeigen, dass entsprechend der immer wieder neu zu den Aktor-Netzwerken dazustossenden Akteure und Aktanten die Phasen teilweise parallel, meistens aber zeitlich verschoben durchlaufen. Die Einbindung und Übersetzung der Interessen und Ziele der Akteure und Aktanten erfolgt in jedem Fall bezogen auf die Aushandlungsmomente zwischen den einzelnen Akteuren und Aktanten und den Planern oder Architekten.

1.6.1.3 Darstellungen der Übersetzungsschritte und Beziehungsgeflechte der Planung

In Bezug auf die rekonstruierten Aushandlungsprozesse werden ebenfalls an aussagekräftigen Stellen der Arbeit die Aktor-Netzwerk-Bildungen in Anlehnung an die Abbildungen von Michel Callon aus *Einige Elemente einer Soziologie der Übersetzung* folgendermassen dargestellt.[203]

Entlang einer symbolischen Zeitachse werden die relevantesten Entitäten in chronologischer Reihenfolge ihren Zielen gegenübergestellt. Ebenfalls werden entlang dieser Zeitachse die Verhandlungsübersetzungen und planerischen Handlungsschritte in Form von Abbildungen der Planwelten wiedergegeben und deren Verwebungen mit den Entitäten grafisch dargestellt. Diese Darstellungen verschaffen einen Überblick über die gesellschaftlichen Beziehungsgeflechte menschlicher und nichtmenschlicher Akteure sowie Aktanten in der Phase der Entstehung von Planwelten und der gesellschaftlichen Verwebung der städtebaulichen, raumplanerischen Planwelten in der Phase der Rückübersetzung (Abb2b).

Die Darstellungen stellen eine Reduktion der wirklichen Beziehungsgeflechte dar. Zwar entsprechen die Darstellungen einer chronologischen Reihenfolge, stellen aber keinen massstäblichen Bezug zu den tatsächlichen Zeitspannen her. Angaben über Zeitspannen können den Daten in den Texten oder den Anmerkungen in den Grafiken entnommen werden. Ebenfalls machen die Darstellungen keine Aussagen zu Strategie- und Rollenwechsel der einzelnen Entitäten oder über Aushandlungserfolge respektive Misserfolge im Verlauf der Aushandlungsprozesse. Diese Inhalte sind ebenfalls den textlichen Berichten zu den jeweiligen Fallbeispielen zu entnehmen.

[203] Callon (2006), S. 151.

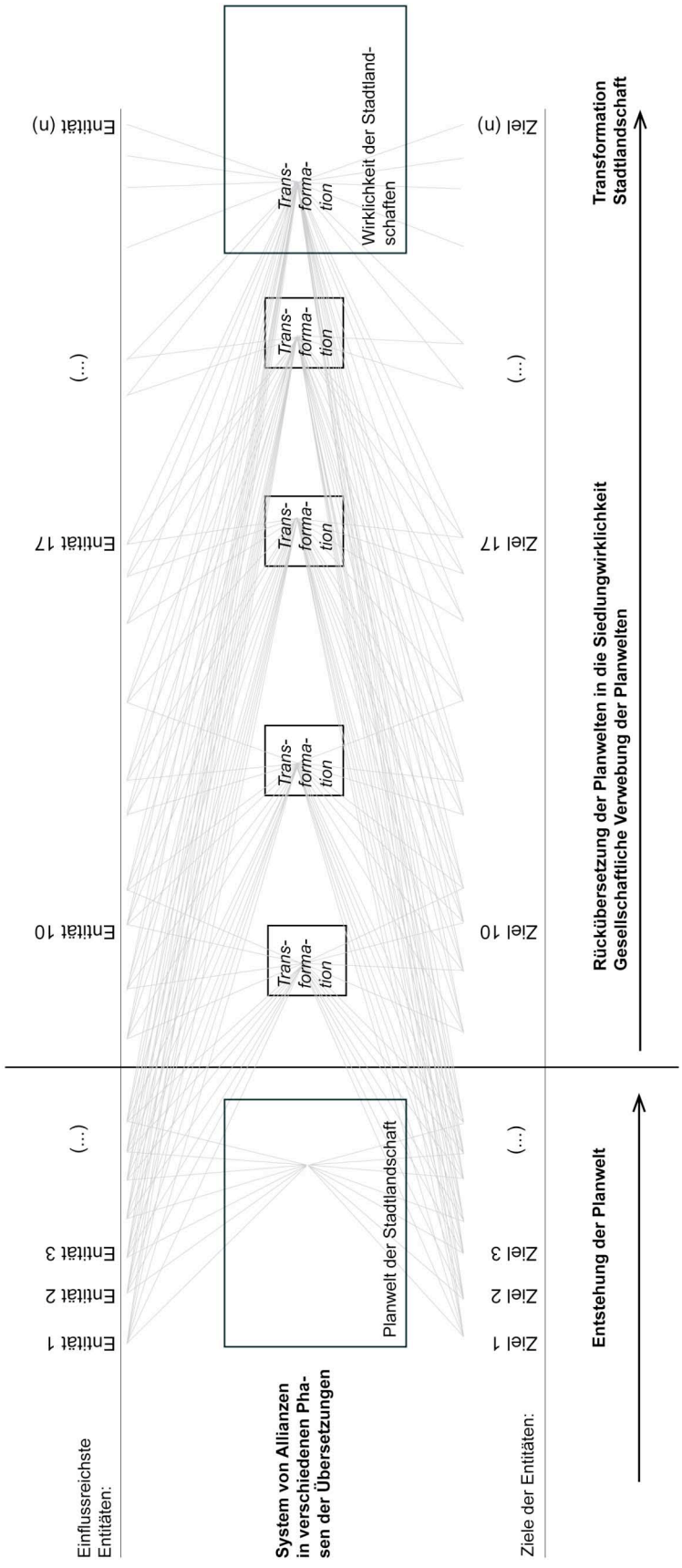


Abb. 2b: ‚Flugbahn' planerischer Verhandlungs- und Übersetzungsschritte: Schematische Darstellung der Beziehungsgeflechte bei der Entstehung von Planwelten sowie deren gesellschaftlichen Verwebungen in der Phase der Rückübersetzung (eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151, und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey).

1.6.2 Testplanung

In „Teil C – Testplanung“ dieser Arbeit werden zeitgenössische Entwurfs- und Qualifizierungsverfahren in Bezug auf die Erkenntnisse hinsichtlich ihrer Rückübersetzbarkeit und Robustheit diskutiert. Zur Beurteilung zeitgenössischer Stadtplanungsstrategien zur Qualifizierung von Stadtlandschaften wird die Vorgehensweise der Testplanung nach Bernd Scholl und Rolf Signer gewählt.[204] „Die Bezeichnung Testplanungsverfahren zielt also darauf ab, kühne Lösungsvorschläge zu prüfen oder eben zu testen. (…) Das Dispositiv von Testplanungsverfahren ist infolgedessen die methodische Antwort auf Gegebenheiten, wie sie zu Beginn und während Klärungs- und Lösungsprozessen sehr häufig anzutreffen sind. Deshalb kann mit solchen Verfahren eine systematische Erkundung von Möglichkeiten, aber auch Konflikten, Chancen, Schwierigkeiten und offenen Fragen betrieben werden. (…) Damit tragen Testplanungsverfahren zur rationalen Entscheidungsfindung bei, stimulieren die planerische Argumentation und liefern damit Vorschläge für raumbedeutsame Handlungen und Entscheidungen samt den Begründungen dafür.“[205] Im Sinne einer Eingrenzung des Forschungsprojekts wird das Verfahren abgekürzt. Anstelle unterschiedlicher Entwurfsteams werden unterschiedliche städtebauliche Planungsansätze mit demselben Ziel einer Qualifizierung von Stadtlandschaften in enger Anlehnung an die jeweiligen methodischen Vorgaben in dasselbe Testgebiet des Mittleren Alpenrheintals übersetzt. Anstelle von Expertengruppen bilden die aus der Diskussion von Fachbeiträgen gewonnenen Zielvorstellungen bezüglich einer Qualifizierung von Stadtlandschaften die Beurteilungskriterien besagter Testplanungen.[206] Ebenfalls bilden die Erkenntnisse aus dem empirischen Hauptteil der Arbeit zusätzliche Beurteilungskriterien mit Bezug auf mögliche Konfliktsituationen zwischen der Planung und der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die Testplanungen werden anhand dieser Kriterien verbalargumentativ beurteilt.[207] „Testplanungen sind informelle Planungsverfahren. Sie werden ad hoc eingesetzt, um mit beschränktem Aufwand erste gültige Antworten auf verzwickte raumplanerische Fragen zu erhalten.“[208] In diesem Sinne soll das Ziel dieses angepassten Testplanungsverfahrens – Misskonzeptionen, Konflikte, Schwachstellen oder Potenziale der unterschiedlichen Planungsansätze aufzudecken und darzulegen – über die entwerferische Auseinandersetzung mit dem Mittleren Alpenrheintal und anhand besagter Beurteilungskriterien erreicht werden.

1.7 Aufbau der Arbeit

Im Einführungsteil dieser Arbeit wird in die entsprechenden Forschungsparameter eingeführt. In einem ersten Schritt wird auf die Begrifflichkeiten der Qualifizierung von Stadtlandschaften eingegangen. Im Abschnitt „Stand der Forschung“ werden aktuelle Bestrebungen in den Planungswissenschaften aufgezeigt, welche Erkenntnislücken bezüglich der oben genannten Problemstellung zu schliessen beabsichtigen. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung kann sowohl die Arbeitshypothese formuliert als auch das eigene Forschungsvorhaben eingegrenzt werden. Mit der Einführung in die gewählte Methodologie ist dieser Teil der Arbeit abgeschlossen worden.

[204] Scholl (2007).
[205] Ebenda, S. 20.
[206] Siehe Kapitel 1.2.3 Einblick normativer Qualifizierungsziele entwerfender Disziplinen.
[207] Fürst, Scholles (2008), S. 503.
[208] Signer (2007), S. 61.

Im darauf folgenden empirischen Hauptteil der Arbeit werden die Entstehungsgeschichten der vier ausgewählten Untersuchungsgebiete – Im Gwatt, Freienbach; Im Forst, Schaan; Ems-West, Domat/Ems; A13, Autobahnabschnitt Haag–Trübbach – rekonstruiert.[209] Im Fokus der Beziehungsgeflechte, welche die Produktion dieser exemplarischen Stadtlandschaften erwirkt haben, soll aufgezeigt werden, welche Einflussmöglichkeiten der Planung auf die Siedlungswirklichkeit es gibt und welche emergenten Rollenbilder und Aufgabenstellungen im Alltag der Planung bestehen. Das Quellenmaterial für diesen empirischen Teil der Arbeit erschliesst sich aus der Arbeit in Gemeinde- und Zeitungsarchiven. Anhand von Protokollen, Fotografien, Planskizzen und Plangrundlagen, ergänzt durch Informationen aus Interviews, sind Konflikte und Übereinstimmungen unter Akteuren innerhalb planerischer Aushandlungsprozesse verfolgt und nachgezeichnet worden. Die Untersuchung findet bewusst auf einer Mikroebene statt. Denn: „Betrachtungen, die auf kleinräumigen Differenzierungen basieren, können in der Regel wesentlich detaillierter die Erscheinungsformen der stattfindenden Prozesse beschreiben und vor allem auch eher zu deren Erklärung beitragen.“[210] In dieser Auseinandersetzung lassen sich im Sinne von Stadtlandschaften der Assoziationen in Anlehnung an Bruno Latours „Quellen der Unbestimmtheit“[211] sechs Quellen der Unbestimmtheit eines städtebaulichen Handlungsrahmens umreissen, welche die Grenzen der heutigen Stadt- und Raumplanung massgeblich bestimmen und Konzeptionen zukunftsfähiger Stadtplanung zu beachten haben. Über diese Rekonstruktionen der gesellschaftlichen Zeit spezifischer Siedlungswirklichkeiten findet im Sinne der Kategorien der Qualifizierung eine Qualifizierung des Beobachtungsgegenstandes statt, indem die vorhandenen gesellschaftlichen Eigenarten der Stadtlandschaften hinter den emergenten Figurationen der Zwischenstadt aufgezeigt werden.[212]

Im Wissen, was Planung kann – oder eben nicht kann –, lässt sich diese präziser auf die Problemstellungen der räumlichen Entwicklung und damit auch auf die städtebaulichen Problemstellungen heutiger Stadtlandschaften ausrichten. Im zweiten Hauptteil der Arbeit werden im Rahmen einer entwerferischen Auseinandersetzung mit dem Mittleren Alpenrheintal vier zeitgenössische Planungsansätze, die eine Qualifizierung der Stadtlandschaft anstreben, einander gegenübergestellt. Die Planungsansätze werden in Bezug auf die Erkenntnisse über die Grenzen der Planung aus dem empirischen Hauptteil der vorliegenden Arbeit auf ihr städtebauliches Qualifizierungspotenzial, ihre Rückübersetzbarkeit und Robustheit hin verbal-argumentativ beurteilt. Beim ersten der diskutieren Planungsansätze handelt es sich um einen Ansatz, der schwerpunktmässig eine räumlich-punktuelle Qualifizierung anstrebt und im Rahmen der Publikation *Handbuch zum Stadtrand* umrissen wird.[213] Der zweite Ansatz verfolgt eine räumlich-strukturelle Qualifizierung und ist durch die Arbeit *After-Sprawl* bekannt geworden.[214] Der dritte Ansatz bezieht sich auf die Arbeit von Gion A. Caminada in Vrin und strebt eine situative, informelle und ortsspezifische Raumentwicklung innerhalb gesellschaftlicher Verhandlungsprozesse an.[215] Der vierte Planungsansatz verfolgt die Qualifizierung von Stadtlandschaften auf einer konzeptionell-strategischen Ebene und ist im Kontext der Untersuchung *Zwischen Stadt Entwer-*

[209] Begründung der Auswahl siehe folgendes Kapitel 1.7 Auswahl der Mikrostudien.
[210] Menzl (2007), S. 39.
[211] Latour (2007), S. 41ff.
[212] Im Bezug zum Kapitel 1.2.2 Inhalte einer Qualifizierung von Stadtlandschaften.
[213] Lampugnani et al. (2007).
[214] De Geyter Architects (2002).
[215] Rieder (2006); Schlorhaufer (2005).

fen besprochen worden.[216] Bewusst sind Ansätze ausgewählt worden, die sich mit Gestaltungsfragen des Raums auseinandersetzen. Schliesslich ist es ein erklärtes Ziel der Arbeit, Möglichkeiten des Entwerfens als Handlungstheorie des Städtebaus im Kontext der heutigen Stadtlandschaften aufzuzeigen, aber auch kritisch zu betrachten. In der Gegenüberstellung lassen sich diese Planungsansätze in Bezug auf einen Städtebau der Assoziationen bzw. der Dissoziationen unterteilen. In dieser Unterscheidung zeigen sich Abhängigkeiten, Wechselwirkungen, Vor- und Nachteile verschiedener Herangehensweisen in Bezug auf die Qualifizierung heutiger Stadtlandschaften. Hinsichtlich der Kategorien der Qualifizierung leistet dieser Teil der Arbeit einen Beitrag zur zweiten Kategorie: Qualifizierung durch Entwurf.[217]

Am Ende der vorliegenden Arbeit werden im Sinne einer Synthese Inhalte einer zukunftsfähigen Handlungstheorie der Stadt- und Raumplanung zusammengefasst. Dieser letzte Teil der Arbeit leistet damit einen Beitrag zur dritten Kategorie der Qualifizierung im Sinne der Übertragung der Erkenntnisse auf die Handlungsakteure der Stadt- und Regionalplanung und ihr Theorieverständnis.[218]

1.8 Auswahl der Mikrostudien

Zur Rekonstruktion der Verwebungen der Planung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind die vier Untersuchungsgebiete – Im Gwatt, Freienbach; Im Forst, Schaan; Ems-West, Domat/Ems; A13, Autobahnabschnitt Haag–Trübbach – ausgewählt worden. Sämtliche Untersuchungsgebiete weisen auf den ersten Blick exemplarische stadtlandschaftliche Eigenheiten und Merkmale wie Eigendynamik in der Entwicklung, mangelnde räumliche und städtebauliche Qualitäten, nachbarschaftliche Abgrenzungen, Anzeichen individueller Selbstverwirklichung sowie räumliche und gesellschaftliche Konflikte, Gleichgültigkeiten, ungenutzte Restflächen, funktionale Trennungen, Verwebungen von Stadt und Landschaft auf. Gleichzeitig ist darauf geachtet worden, dass die Fallstudien typisch stadtlandschaftliche Figurationen in Anlehnung an die DNA der Zwischenstadt aufweisen.[219]

So weist die Mikrostudie „Im Gwatt, Freienbach“ als Freizeitlandschaft mit Einkaufszentren, Kulturzentrum, Badelandschaft, Verwaltungs- und Gewerbebauten temporäre Zentren, blinde Flecken, Klone sowie fraktale Kontaktlinien zwischen Stadt und Landschaft auf. Die Mikrostudie „Im Forst, Schaan“ untersucht die räumlichen Entwicklungen am Standort des Hauptquartiers eines international tätigen Unternehmens. Diese stadtlandschaftliche Figuration stellt im Sinne der DNA der Zwischenstadt eine im Laufe der Zeit gewachsene autarke und kontextnegierende XXL-Struktur dar. Die Mikrostudie „Ems-West, Domat/Ems“ befasst sich exemplarisch mit Entwicklungen, die ein Nebeneinander funktionaler und räumlicher Patchworks wie Golfplatz, Einfamilienhaussiedlung und Grosssägerei hervorgebracht haben. Zu guter Letzt wird bei der Mikrostudie „A13, Autobahnabschnitt Haag–Trübbach“ mit der Autobahn A13 ein Element der Zwischenstadt in die städtebaulichen Untersuchungen einbezogen, das in der architektonischen und städtebaulichen Auseinandersetzung mit der Zwischenstadt in der Regel wenig Beachtung findet. Mit der Auswahl der Autobahn als Band der Zwischenstadt sollen die

[216] Bormann et al. (2005).
[217] Im Bezug zum Kapitel 1.2.2 Inhalte einer Qualifizierung von Stadtlandschaften.
[218] Ebenda.
[219] Bormann et al. (2005), S. 16ff.

planerischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen grossmassstäblicher, vernetzender und grenzüberschreitender Elemente näher untersucht werden. Insbesondere soll diese Auseinandersetzung Auskunft darüber geben, inwiefern solche strukturellen und landschaftsbestimmeden Elemente zur Qualifizierung von Stadtlandschaften eingesetzt und vor allem umgesetzt werden können.[220]

Wenngleich diese im Rahmen der Mikrostudien zu erforschenden Untersuchungsgebiete Ähnlichkeiten aufweisen, vielleicht auf einen ersten Blick gar austauschbar wären, zielt das Forschungsprojekt darauf ab, das Facettenreiche-Spezifische und nebst den räumlichen auch die gesellschaftlichen Eigenarten dieser Stadtlandschaften zu entfalten. In dieser Auswahl der Untersuchungsgebiete erhoffe ich mir eine Vielzahl interessanter, einzigartiger, spezifischer Beziehungsgeflechte, die Aufschluss darüber geben sollen, wie Stadtlandschaften zukünftig entwerferisch geformt und mitbestimmt werden – und damit eine städtebauliche Qualifizierung erfahren können.

[220] Ränder, temporäre Zentren, blinde Flecken, XXL-Strukturen, Bänder, Klone, Kerne sind Elemente der DNA der Zwischenstadt, Ebenda, S. 16ff.

TEIL B – EMPIRIE

ERSTE MIKROSTUDIE

IM GWATT, FREIENBACH SZ

2.0 Erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ

2.1 Einführungen ins Untersuchungsgebiet

2.1.1 Die politische Gemeinde Freienbach heute

Das Untersuchungsgebiet Gwatt liegt in der Gemeinde Freienbach. Die Gemeinde Freienbach gehört zusammen mit den Gemeinden Wollerau und Feusisberg zum Bezirk Höfe. Der Bezirk grenzt im Norden an den Zürichsee, im Süden an den Bezirk Einsiedeln, im Osten an den Bezirk March und im Westen an den Kanton Zürich. Der Bezirk Höfe bildet einen Teil der Region Ausserschwyz.



Abb. 3: Schweiz mit Gliederung in Kantone und Lokalisierung relevanter Ortschaften in Bezug auf die vorliegende Mikrostudie (eigene Darstellung).

Der Ursprung der Gemeinde Freienbach findet sich in den fünf Weilern Pfäffikon, Freienbach, Hurden, Bäch und Wilen. Diese wurden mit der Schwyzer Kantonalverfassung vom 27. Februar 1848 in der Gemeinde Freienbach zusammengenommen.[221] Verwaltet wird die Gemeinde heute von der politischen Gemeinde Freienbach. Ihre Vorgängerin, die Bürgergemeinde, wurde in die heutige Korporation Pfäffikon umgewandelt. Obwohl die Aufgaben der Bürgergemeinde mit der Gründung der Schweiz

[221] www.freienbach.ch, Zugriff am 25. September 2008.

im Jahre 1848 mehrheitlich der politischen Gemeinde übertragen wurden, hat die Korporation Pfäffikon als Land-, Wald- und Quellenbesitzer und -verwalter im Alltag von Freienbach nach wie vor eine grosse Bedeutung.[222]

Heute preist die politische Gemeinde Freienbach auf ihrer Website die vorzügliche Lage am oberen Zürichsee inmitten zahlreicher Naherholungsgebiete im Grenzbereich der Kantone Schwyz, Zürich und St. Gallen, die ideale Verkehrsanbindung sowie die Nähe zu Zürich (20 Minuten) und zum Flughafen Kloten (40 Minuten) an. Auch hebt die Gemeinde die wirtschaftsfreundliche Politik hervor, die zur Ansiedelung vielfältiger Klein- und Mittelbetriebe und damit zur Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze geführt hat. Einen weiteren Schwerpunkt stellt das breite Schul- und Bildungsangebot dar, das Berufs- und Kantonsschule sowie eine Fernuniversität einschliesst. Als letzten Standortvorteil führt die Gemeinde die niedrige Steuerbelastung an, die Freienbach zum bevorzugten Domizil mache.[223]

Noch in den 1950er-Jahren galt der Kanton Schwyz als Armenhaus der Schweiz.[224] Die Steuerpolitik der Gemeinde Freienbach und des Kantons Schwyz wirkte sich auf die Bedeutung der Gemeinde als Wohn- und Wirtschaftsstandort in der Region Zürichsee aus. Die steuerliche Entlastung für Privatpersonen wie für Unternehmen führte dazu, dass die Gemeinde Freienbach heute zu den reichsten Gemeinden der Schweiz gehört. Zahlreiche Prominente wie Roger Federer (Tennis), Patty Schnyder (Tennis), Martina Hingis (Tennis), Nick Heidfeld (Formel 1), Kimi Raikkönen (Formel 1), Mario Illien (Formel 1) oder Martin Ebner (Wirtschaft) haben mittlerweile ihren Wohnsitz in den Bezirk Höfe und Umgebung verlegt. In einem Artikel über das „Wirtschaftswunder Schwyz“ beschrieb Markus Schneider im September 2003 die wirtschaftliche Situation des Kantons, nahm aber auch explizit Bezug auf den Bezirk Höfe. „In Freienbach, Feusisberg und Wollerau verdoppelt sich die Zahl der Vermögensmillionäre alle fünf Jahre, so die jüngsten Erfahrungen. In Wollerauch ist inzwischen jeder zwölfte Steuerpflichtige ein Vermögensmillionär. Und dann erst die Einkommensmillionäre: In Freienbach gibt es 29, und die deklarierten im Jahr 2000 mehr als 572 Millionen Franken Gesamteinkommen. (…) Reich zu reich gesellt sich gern.“[225]

2.1.2 Die Gemeinde Freienbach heute im Kontext statistischer Raumgliederungen

Der Bezirk Höfe wird vom statistischen Amt der Schweiz der Agglomeration der Metropole Zürich zugerechnet. Die Gemeinde Freienbach bildet die Grenze zur Agglomeration Lachen, ebenfalls der Metropole Zürich zugehörig (Abb.4/5). Mit dem Seedamm bei Freienbach besteht eine direkte Strassen-, Zug- und Langsamverkehrsverbindung über den Zürichsee zur Agglomeration Rapperswil-Jona-Rüti.[226]

---

[222] www.8808.ch, Zugriff am 20. August 2008.
[223] www.freienbach.ch, Zugriff am 20. August 2008.
[224] Ebenda.
[225] Schneider (2003).
[226] Die Agglomerationen werden im Bundesamt für Statistik (BFS) nach statistischen Kriterien definiert. Zu diesen Kriterien gehören die Einwohnerzahl und die Bevölkerungsentwicklung, der bauliche Zusammenhang, das Verhältnis der Erwerbstätigen zur Wohnbevölkerung, die Wirtschaftsstruktur und die Verflechtung mit der Kernzone durch Pendler. Agglomerationen sind zusammenhängende Gebiete mehrerer Gemeinden mit insgesamt mindestens 20’000 Einwohnern. Im Umland der Grossagglomeration Zürich werden Nachbaragglomerationen mit diesen zu Metropolräumen zusammengefasst, sofern mehr als 1/12 der Erwerbstätigen aus der Nachbaragglomeration in der Grossagglomeration arbeiten. Bundesamt für Statistik, „Agglomerationen, Einzelstädte und Metropolen der Schweiz“, Stand 2000, www.bfs.admin.ch, Zugriff am 20. August 2008.

Gemäss einem funktionalräumlichen Konzept der Schweiz von Hansjörg Blöchliger und Avenir Suisse[227], das vornehmlich auf der Rekonstruktion von Pendlerverflechtungen basiert, befindet sich die Gemeinde Freienbach in der Metropolitanregion Zürich. Während sich die Gemeinde Freienbach im Agglomerationskonzept des Bundes am Rande der Agglomeration Zürich befindet, rückt die Gemeinde bei einer funktionalräumlichen Betrachtung näher ans Zentrum der Metropolitanregion Zürich.[228]

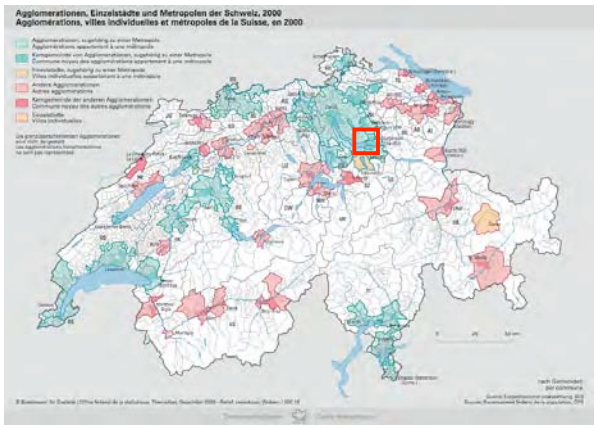




Abb. 4 (links): Bundesamt für Statistik, „Agglomerationen“, Stand 2000.

Abb. 5 (rechts): Bundesamt für Statistik, „Fünf Metropolräume“, Stand 2000.

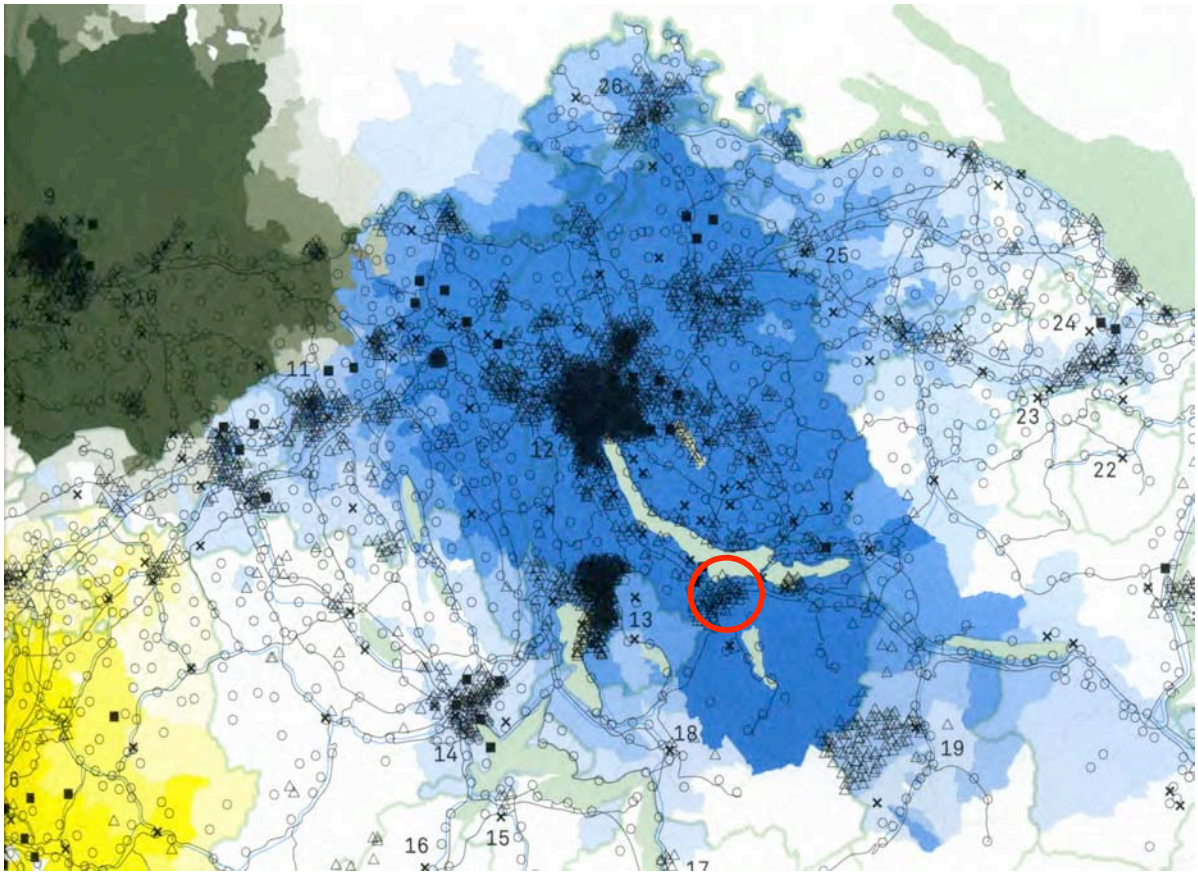


Abb. 6: Ausschnitt aus der Karte „Metropolitanregionen versus Kantone“, aus: Blöchliger (2005).

[227] „Avenir Suisse wurde 1999 von 14 internationalen Schweizer Firmen ins Leben gerufen. Als operative Stiftung und als unabhängiger Think Tank nach angelsächsischem Vorbild engagiert sich Avenir Suisse für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung der Schweiz.“ www.avenir-suisse.ch, Zugriff 20. August 2008.

[228] Blöchliger (2005).

In Bezug auf Freienbach bestätigt sich die funktionalräumliche Vernetzung mit seiner Umgebung eindrücklich. Von den im Jahr 2000 in Freienbach lebenden 9'348 Erwerbstätigen inklusive der dort ansässigen Schüler und Studenten pendelten täglich 4'830 Personen regelmässig. 778 Personen pendelten in die Bezirksgemeinden Wollerau und Feusisberg. In die grössten Nachbargemeinden Wädenswil, Richterswil, Altendorf, Lachen und Einsiedeln pendelten 1'562 Personen. Nach Rapperswil pendelten noch 122, nach Zürich 189 Personen. Umgekehrt pendelten regelmässig 5'754 Personen an den Arbeitsstandort Freienbach. 1'389 Pendler kamen aus Zürich. 473 wechselten von den Wohnorten Wollerau und Feusisberg an den Arbeitsstandort Freienbach.[229]

2.1.3 Das „Gwatt" und Umgebung vor 1972

Noch vor vierzig Jahren lag das Gebiet „Gwatt" nahezu unangetastet östlich des Dorfzentrums von Pfäffikon am Rand des Gemeindegebiets von Freienbach. Das Gebiet wurde von der Nordseite durch die Kantonsstrasse Pfäffikon–Altendorf sowie die Seedammverbindung von Rapperswil her erschlossen. Mit dem Neubau der A3 und der Ausfahrt Pfäffikon im Osten von Freienbach erhielt das Gwatt 1968 einen Direktanschluss. Dieser befand sich bei der hier gezeigten Flugaufnahme aus dem Jahre 1965 noch im Bau.



Abb. 7: Pfäffikon-Freienbach im Jahre 1965. Blick nach Osten gegen das äussere Gwatt am oberen Bildrand. Die Autobahn A3 (rechts oben) befand sich noch im Bau (Fotografie: U. Christen, Pfäffikon, 1965).

[229] Bundesamt für Statistik, „Pendlerstatistik", Stand Volkszählung Schweiz 2000, www.media-stat.admin.ch/stat/pendler, Zugriff am 20. August 2008.

Bis Mitte der 1970er-Jahre wurde das Gwatt wie auch das Gleisdreieck „im Sack“ landwirtschaftlich genutzt. Die folgenden Ausführungen im Rahmen der Mikrostudie Gwatt werden sich mit den vielfältigen soziotechnischen Transformationsprozessen beschäftigen, die den Wandel der Kulturlandschaft Gwatt zur heutigen Stadtlandschaft bewirkten.

2.1.4 Die verwendeten Quellen

Die Mikrostudie Gwatt, Freienbach SZ, basiert auf Auszügen der Protokolle von Baukommissions- und Gemeinderatssitzungen wie auch auf Baugesuchs- und Baubewilligungsunterlagen aus den Bau- und Gemeindearchiven der Gemeinde Freienbach. Weitere Unterlagen, insbesondere zu Hintergründen und Zusammenhängen der Planwelten der Raumplanung, liessen sich im Staatsarchiv des Kantons Schwyz finden. Problemzentrierte, qualitative Interviews mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters, Peter Dettwyler, ehemaliger Mitarbeiter der Charles Vögele AG, und Hanspeter Gisler, Zentrumsleiter Seedammcenter, dienten zur Verfeinerung der Faktenlage und für ein besseres Verständnis der Zusammenhänge.

Wegen der Datensperrfrist sowie aus datenschutzrechtlichen Gründen werden in den folgenden Ausführungen die Personen anonymisiert. Aus diesem Grund werden nur die Funktionen und Positionen der anonymisierten Personen angegeben. Ausnahmen bilden autorisierte Aussagen oder Aussagen, die in Zeitungsartikeln oder Magazinen der Öffentlichkeit zugänglich sind.

2.2 Raumplanung Freienbach im Jahre 1972

2.2.1 Die Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“

2.2.1.1 Vorgeschichte – Vorlagen für den Nutzungsplan und die Bauordnung von 1972

In diesem Abschnitt wird die lokale städtebaulich-raumplanerische Praxis in der Gemeinde Freienbach vor dem Jahre 1972 betrachtet. Gesetzliche Grundlagen für die Nutzungsplanung und Bauordnung von 1972 wurzelten in den 1940er-Jahren. Das erste Baureglement der Gemeinde Freienbach wurde am 30. Juni 1940 durch die Gemeindeversammlung erlassen und ein Jahr später genehmigt.[230] Dieses zweiseitige Reglement aus dem Jahre 1940 befasste sich mit den rechtlichen und verfahrenstechnischen Bedingungen des Bauens, wie Bewilligungsgesuch, Auflagefrist, Planabgabe und Abnahmeverfahren, Erschliessungen in Form von Zufahrtswegen, Kanalisation, sonstigen Leitungen sowie dem Strassenabstand. Basis für die Bauordnung der Gemeinde Freienbach von 1940 bildete das kantonale Baugesetz aus dem Jahre 1899, welches die entscheidenden inhaltlichen und strukturellen Vorgaben machte.[231]

Im Jahre 1960 zeichnete sich eine Revision der Bauordnung der Gemeinde von 1940 ab, da sich die gesetzlichen Vorgaben zwischen 1940 bis 1960 auf kommunaler, kantonaler und bundesstaatlicher Ebene zunehmend ausdifferenzierten und damit vervielfachten. Gleichzeitig wurde eine Revision notwendig, weil die Gemeinde Freienbach mit einem Ansturm von Baugesuchen konfrontiert war. Zahlreiche Konflikte zeichneten sich aufgrund ungenügender rechtlicher Bestimmungen ab. Die bestehende Bauordnung aus dem Jahre 1940 konnte dies nicht auffangen. In diesem Zusammenhang wurde erstmals auch explizit eine Zonenplanung gefordert.[232] Die Revision gab allerdings auch Anlass zu Kritik, unter anderem deshalb, weil Einzelne aufgrund der neuen Gesetzgebungen einen zunehmenden Eingriff in das private Eigentum befürchteten. Dementsprechend wurde die Revision des Baugesetzes an der Gemeindeversammlung vom 13. Mai 1960 kontrovers diskutiert.[233] Die für die Rückübersetzung des revidierten Reglements notwendige Allianz zwischen den Fachleuten, Gemeinderäten und der allgemeinen Bevölkerung war offensichtlich gefährdet. Daher baten Vertreter des Gemeinderats die Teilnehmenden der Gemeindeversammlung, dem revidierten Baugesetz an diesem Tag zuzustimmen, da dieses aufgrund von über 130 Baubewilligungsgesuchen als Übergangslösung absolut notwendig war. Durch Abstimmung wurde dem Antrag des Gemeindrats, dem revidierten Baureglement zuzustimmen, entsprochen.[234]

Bereits am 18. Dezember 1961 lag dem Regierungsrat des Kantons Schwyz ein weiteres, revidiertes Baureglement von Freienbach vor,[235] das unter anderem folgende Artikel betraf: Artikel 9, der den

[230] Baureglement für die Gemeinde Freienbach, 30. Juni 1940, vom Regierungsrat genehmigt am 25. August 1941, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.
[231] Ebenda, S.2.
[232] Auszug aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung, „Beschlussfassung über die Revision des Baureglementes für die Gemeinde Freienbach gemäss Veröffentlichung im Amtsblatt und in den amtlichen Publikationsorganen am 1. April 1960“, Traktandum 4, 13. Mai 1960, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 6.
[233] Ebenda, S. 6.
[234] Ebenda, S. 8.
[235] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrats des Kantons Schwyz, „Revision des Baureglements der Gemeinde Freienbach: Genehmigung“, Traktandum-Nr. 3476 K.IV.1, 18. Dezember 1961, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach,

Moment des Baubeginns und die Dauer einer Baubewilligung bestimmte, Artikel 11c, welcher sich mit dem Grenzabstand auf der Hauptsonnenseite befasste, Artikel 12a, welcher die Forderung nach öffentlichem Raum für Park- und Spielflächen bei grösseren Bauten forderte, und Artikel 20, der den Abstand von Einfriedungen zum Strassenrand auf einen Meter festlegte.[236] Da es sich um keine grundlegenden Änderungen handelte, stimmte der Regierungsrat der Revision zu.[237]

Räumlich-qualifizierende Aspekte wurden im Rahmen der Bauordnung kaum thematisiert. Einzig in Artikel 4 der Baugesetze von 1940 und 1960 war ein entsprechender Absatz formuliert. „Neu- oder Umbauten im Sinne des Art. 2 (gilt für baubewilligungspflichtige Objekte im Gemeindegebiet Freienbach; Anm. Kurath) dürfen nicht gegen den Heimatschutz und das Landschaftsbild verstossen“[238] Dass dieser Artikel bereits zu dieser Zeit selbst bei Fachleuten umstritten war, zeigte ein Brief eines Architekten an die Gemeinde Freienbach. Dieser verwies bereits im Vorfeld der ersten Revision, dass diese Formulierung einige Probleme bereitstellen werde. Er hielt fest: „Wer entscheidet was verstösst gegen den Heimatschutz? Dies ist ein gefährlicher Artikel.“[239]

Diese Kurzfassung der ersten gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse, die sich später auch in die Zonenplanungsbestrebungen von 1972 übersetzten, zeigen, dass der Ausgangspunkt der Raumplanung eher eine juristische als eine planerische Angelegenheit darstellte.

Auf nationaler Ebene lagen in den 1960er-Jahren weder Gesetze noch Organisationsstrukturen vor, welche die Raumplanung institutionell verankerten. Gleichzeitig forderten verschiedenste wirtschaftliche und gesellschaftliche Vertreter vom Bund eine aktive Wachstumspolitik mit forciertem Infrastrukturbau. In der Umsetzung dieser Forderung machte sich beispielsweise gerade auch mit dem Beginn des Nationalstrassenbaus während der 1960er-Jahre das Fehlen einer regionalen Planung bemerkbar.[240] Erst mit der Aufnahme des Bodenrechtsartikels in die Bundesverfassung der Schweiz am 14. September 1969 durch Volk und Stände konnte eine rechtliche Grundlage für die Raumplanung in der Schweiz geschaffen werden. Aufgrund dieser Bestrebungen präsentierte das Aktor-Netzwerk „Raumplanung Schweiz“ im Jahre 1971 landesplanerische Leitbilder sowie einen ersten Entwurf zum Raumplanungsgesetz.[241] Parallel wurden die raumplanerischen Bestrebungen auch auf kantonaler Ebene vorangetrieben. Gemäss Artikel 48, welcher mit dem kantonalen Baugesetz vom 30. April 1970 in Kraft trat, hatten die einzelnen Gemeinden zwei Jahre Zeit, die bestehenden Baureglemente den kantonalen Vorschriften anzupassen und dem Regierungsrat vorzulegen. Zusätzlich forderte der Regierungsrat des Kantons Schwyz die Gemeinden auf, für ihre Gemeindegebiete Zonenplanungen vorzunehmen. Gemeinden, die bereits über eine Bauordnung verfügten, konnten das Verfahren abkürzen,

---

Raumplanung; Baureglement für die Gemeinde Freienbach, 13. Mai 1960, vom Regierungsrat genehmigt am 8. Juni 1960, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.

[236] Ebenda, S. 1-2.

[237] Ebenda, S. 3.

[238] Baureglement für die Gemeinde Freienbach, „Artikel 2“, 13. Mai 1960, vom Regierungsrat genehmigt am 8. Juni 1960, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.

[239] Brief eines Architekten aus Lachen an die Gemeinderäte von Freienbach, „Betrifft: neues Baureglement der Gemeinde Freienbach“, 29. April 1960, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.

[240] Gilgen (2005), S. 29.

[241] Ebenda, S. 24.

sofern deren Zonenplan bis zum Jahr 1972 in Kraft trat. Dieser Forderung beabsichtigte der Gemeinderat von Freienbach zu entsprechen.[242]

2.2.1.2 Erste Verhandlungen der Planwelt der „Zonenplan Freienbach – 1972"

Auf Gemeindeebene wurden erste Grundlagen für den Zonenplan von 1972 bereits im Jahre 1958 geschaffen. Eine Gruppe unter der Leitung des Instituts für Landes- und Regionalplanung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETHZ) hatte im Rahmen einer Übung umfassende Vorschläge zur Ortsplanung von Freienbach ausgearbeitet.[243] Diese Arbeiten führte eine Planungskommission der Gemeinde weiter aus. In einem ersten Schritt sollte die Bauordnung revidiert werden. In einem weiteren Schritt sollte ein Zonenplan in Angriff genommen werden. Am 7. Oktober 1966 wies die Gemeindeversammlung jedoch den Antrag des Gemeindrats auf das Auflageverfahren für ein revidiertes Baureglement zurück. Das Baureglement sollte gemäss einem Antrag ein weiteres Mal überarbeitet und zusammen mit dem Zonenplan erneut zur Genehmigung vorgelegt werden. Ein entsprechender Planungskredit wurde an der Urnenabstimmung vom 19. März 1967 mit 489 Ja- gegen 252 Nein-Stimmen bewilligt.[244]

Mit der Nutzungsplanung und Ausarbeitung der damit zusammenhängenden Bauordnung wurde das Planungsbüro Theo und Emil Stierli aus Zürich beauftragt. Vertreter des Planungsbüros hatten damals bereits bei der Gruppe der ETHZ mitgearbeitet und verfügten daher über entsprechende Vorkenntnisse in Bezug auf Freienbach. Um eine breite Basis für die Vorlage zu schaffen, bestellte der Gemeinderat eine Planungskommission mit 37 Mitgliedern, zusammengesetzt aus unterschiedlichen Interessengruppen. In 37 Arbeitssitzungen wurden die ersten Entwürfe der Raumplaner verhandelt und zunehmend verfeinert.[245]

Während der gesetzlich vorgeschriebenen Auflagefrist der erarbeiteten Planwelten vom 21. Mai bis 21. Juni 1971 gab es 80 Einsprachen. Die meisten wurden auf dem Verhandlungsweg erledigt oder durch den Gemeinderat entschieden. 15 Einsprachen wurden an nächst höhere rechtliche Instanzen verwiesen, wovon 7 Einsprachen mit einem Vergleich abgeschlossen werden konnten. Über die verbleibenden Einsprachen entschied der Regierungsrat.[246]

Im Rahmen der Gemeindeversammlung vom 25. Februar 1972 wurde die bis dahin erstellte und aufgrund der Einsprachen bereinigte Planwelt zusammen mit der Bauordnung ein letztes Mal vorgelegt.[247] An dieser ausserordentlichen Gemeindeversammlung ging es im Wesentlichen darum, die Bürger vor der anstehenden Volksabstimmung über die Notwendigkeit und Bedeutung der Zonenplanung in der Gemeinde Freienbach zu informieren. Wie es im Antrag des Gemeinderats hiess, sei die Vorlage „ein wohl abgewogener Kompromiss, der sowohl die öffentlichen wie auch die privaten Inte-

[242] Informationsbroschüre ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 25. Februar 1972, „Antrag und Bericht des Gemeinderates", 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 1.
[243] Ebenda, S. 1.
[244] Ebenda, S. 1.
[245] Ebenda, S. 1.
[246] Ebenda, S. 1.
[247] Auszug aus dem Protokoll der ausserordentlichen Gemeindeversammlung, „Genehmigung des Baureglementes mit Zonenplan", Traktandum Nr. 1, 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.

ressen best möglichst berücksichtigt".[248] Der Gemeindepräsident verwies an der Gemeindeversammlung darauf, dass nach der Auflagefrist und der Bereinigung der Einsprachen durch den Regierungsrat zu diesem Zeitpunkt keine Änderungen mehr möglich seien. Er wies gleichzeitig darauf hin, dass die Bürger an der Urnenabstimmung vom 5. März 1972 über das Baureglement und den Zonenplan final zu entscheiden hätten.[249] Der für die Planwelten verantwortliche Raumplaner verwies anschliessend auf die Notwendigkeit einer Raumplanung in Zusammenhang mit der Bevölkerungs- und Raumentwicklung. „Wir haben keine Möglichkeiten, den Raum zu vermehren. Wir müssen uns mit dem Raum begnügen, der uns zur Verfügung steht. Die schweizerische Raumplanung rechnet mit 10 Millionen Einwohnern ca. im Jahre 2030 bis 2050. Die Nutzung des Bodens ist so einzurichten, dass auch unsere Nachkommen noch ein menschenwürdiges Dasein fristen können."[250] In weiteren Aussagen führte der Raumplaner aus, dass auch auf kantonaler und nationaler Ebene die raumplanerischen Bestrebungen vorangetrieben würden.[251] Diese Ausführungen verwiesen ein weiteres Mal darauf, dass sich die Situation in Freienbach keineswegs als einzigartig darstellte. Vielmehr entsprachen die Aussagen des Raumplaners dem damaligen Zeitgeist, hervorgegangen aus einer aktiven Problematisierung der Siedlungsausdehnungen in die Landschaft.[252]

Am 5. März 1972 wurde die Planwelt der Raumplanung mit dem dazugehörenden Baureglement der Gemeinde Freienbach dem Stimmvolk zur Abstimmung vorgelegt und mit 584 zu 424 Stimmen und 15 leeren Abgaben angenommen.[253] Der Regierungsrat bestätigte die durch die Urnenabstimmung beschlossene Planwelt mit Baureglement am 13. März 1972.[254]

2.2.1.3 Ziele und Inhalte der Zonenplanung Freienbach 1972

Die schliesslich verhandelten Zieldefinitionen wurden in Artikel 1 des neuen Baureglementes festgehalten, welches mit dem Zonenplan genehmigt wurde. „Das Baureglement bezweckt eine geordnete bauliche Entwicklung der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze der Wohn- und Arbeitshygiene, der Bau-, Siedlungs- und Verkehrstechnik, der Erschliessungsökonomie und des Natur- und Heimatschutzes."[255] Die allgemeine Formulierung fand in Aussagen des Sprechers der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" weitere Differenzierungen. „Das Hauptanliegen der Zonenplanung ist die Ausscheidung vom Baugebiet und nicht Baugebiet. Höchstens 10% des guten landwirtschaftlichen Bodens wird für die Bautätigkeit und Verkehrsanlagen beansprucht. Für die zu erwartenden 10 Millionen Einwohner in der Schweiz brauchen wir eine lebensfähige Landwirtschaft. Im Baugebiet soll mit einer möglichst rationellen Erschliessung eine möglichst grosse Nutzung erreicht werden. Die Streu-

[248] Informationsbroschüre ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 25. Februar 1972, „Antrag und Bericht des Gemeinderates", 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 2.
[249] Auszug aus dem Protokoll der ausserordentlichen Gemeindeversammlung, „Genehmigung des Baureglementes mit Zonenplan", Traktandum Nr. 1, 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 1.
[250] Ebenda, S. 2.
[251] Ebenda, S. 2.
[252] Gilgen (2005), S. 29.
[253] Cölestin Zehnder, „Abstimmungsergebnisse zu Baureglementen, zu Zonenplänen der Gemeinde Freienbach", 11. April 2007, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung (nicht veröffentlichte Zusammenstellung).
[254] Gemeinde Freienbach, Baureglement mit Zonenplan, von der Urnenabstimmung beschlossen am 5. März, vom Regierungsrat genehmigt am 13. März 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.
[255] Ebenda, S. 1.

bauweise ist eindeutig unwirtschaftlich."[256] Der Vertreter des Planungsbüros Stierli verwies zudem auf die Bestrebungen für einen Verkehrsplan sowie auf das Programm der öffentlichen Bauten und Anlagen, das für die im Zonenplan mögliche Einwohnerzahl ermittelt wurde.[257] Bis hierhin zeigte sich, dass die Raumplaner nicht unabhängig von disziplinären Einflüssen waren. Die Ziele und Aussagen deckten sich mit raumplanerischen Leitsätzen aus dieser Zeit, die schweiz- und europaweit Anwendung fanden. Befasst man sich beispielsweise mit den Leitsätzen der Arbeitsgruppe Kim, die 1971 einen Bericht zur Raumplanung der Schweiz schrieb, lassen sich Parallelen zu den Argumenten des Raumplaners erkennen. Ziele wie „hier bauen – dort nicht", „konzentriert bauen", „die Landwirtschaft erhalten", „die Landwirtschaft fördern" oder „gesunde Siedlungen bauen" wurden in diesem Leitbild festgehalten.[258] Dies weist darauf hin, dass Auseinandersetzungen zu dieser Zeit auf vielfältigen Ebenen der Raumplanung stattgefunden hatten. Die Ziele der Raumplanung entwickelten sich folglich nicht nur lokalspezifisch, sondern auch in einem gegenseitigen Austausch des Denkkollektivs der Raum- und Stadtplanung.[259]

Obwohl die Ziele und Interessen der Raumplaner innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse eingebracht und verhandelt werden mussten, fanden sie mehrheitlich Eingang in die Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972". Beispielsweise wurde festgelegt, dass die Ortschaften Bäch, Wilen, Freienbach, Pfäffikon und Hurden als selbstständige Siedlungseinheiten im Landschaftsbild in Erscheinung treten sollten.[260] In Hanglagen sah man in Rücksicht auf das Siedlungs- und Landschaftsbild nur zweigeschossige Bauten vor, während man in flacheren Lagen mehrgeschossige Bauten erlaubte. Für die Gewerbe- und Industriezonen waren im Bereich der heutigen A3 Anschlüsse vorgesehen, um die Emissionen auf die Wohngebiete zu mildern.[261] Diese, in die Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" übersetzten, räumlich qualifizierenden Aspekte der Planwelten verwiesen darauf, dass es den Raumplanern gelang, ihre Positionen innerhalb eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses aktiv zu vertreten.

Ein Vergleich mit zuvor festgehaltenen Aussagen zeigte aber auch, dass einzelne Ziele der Raumplanung während der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse der Planwelt keine Entsprechung fanden. Während ein Ziel der Raumplanung der haushälterische Umgang mit Land war und dementsprechend nur Land eingezont werden sollte, das auch in den nächsten 10–15 Jahren gebraucht würde, wurde in Freienbach nahezu die doppelte Menge an Zonen für Wohnen und Arbeiten ausgeschieden. Während man innerhalb von 15 Jahren mit einer Verdoppelung der Bevölkerung, also mit 15'800 Bewohnern, in der Gemeinde Freienbach rechnete, wurden Bauflächen für 28'530 Personen ausgeschieden.[262] Dafür gab es verschiedene Gründe. Es existierte bereits ein ausgebautes Kanalisationsnetz mit Abwasserreinigungsanlage. Der Ausbau der Wasserversorgung war ebenfalls fortgeschritten.

[256] Auszug aus dem Protokoll der ausserordentlichen Gemeindeversammlung, „Genehmigung des Baureglementes mit Zonenplan", Traktandum Nr. 1, 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 2-3.
[257] Ebenda, S. 3.
[258] Gilgen (2005), S. 18.
[259] Dies zeigen verschiedene Arbeiten auf, die sich mit der Entstehungsgeschichte der Raumplanung befassten. Vgl. Eisinger (2004), S. 24 ff.; Gilgen (2005), S. 15; Koch, Schmid (1999); Begriff Denkkollektiv siehe Fleck (1980), S. 54.
[260] Gemeinde Freienbach, Zonenplan 1972, Staatsarchiv Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung; Informationsbroschüre ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 25. Februar 1972, „Antrag und Bericht des Gemeinderates", 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 2.
[261] Informationsbroschüre ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 25. Februar 1972, „Antrag und Bericht des Gemeinderates", 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 2.
[262] Ebenda, S. 2.

Im Bericht des Gemeinderats über den Zonenplan von 1972 hiess es zudem, dass eine politische Rücksichtnahme auf Grundbesitz und wirtschaftliche Interessen für die grosszügige Einzonung verantwortlich sei.[263] Es zeigte sich, dass die Raumplaner in einzelnen Punkten nachgeben musste, um die Realisierungschancen anderer Ziele und Teilziele verbessern zu können. Die Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ kann damit als Resultat intensiver Verhandlungs- und Aushandlungsprozesse dargestellt werden.

2.2.1.4 Bedeutung der Raumordnung und Zonenplanung von 1972 in Bezug auf das Gwatt

Das neue Baureglement der Gemeinde Freienbach wuchs im Vergleich zum Baureglement vom 13. Mai 1960 von 2 auf 47 Seiten, wobei 15 Seiten Erklärungsskizzen umfassten. Bedeutend für die vorliegende Arbeit waren die Erneuerungen im Sinne einer Einbindung geforderter, räumlicher Qualität in die Bauordnung. Während es im Baureglement von 1960 unter Artikel 4 noch hiess, dass Neu- oder Umbauten nicht gegen den Heimatschutz und das Landschaftsbild verstossen dürften,[264] wurden im neuen Baureglement bezüglich Ausdehnung, Ausnützung und Grenzabständen restriktive Ansätze verfolgt, welche die bauliche Ordnung sichern und wiederherstellen sollten (Abb. 8).[265]

Gleichzeitig sah das Baureglement Ausnahmeregelungen für die restriktiven Bestimmungen vor. Im Baureglement wurde unter „II. Planungsmittel“ die Möglichkeit der Quartiergestaltungspläne eingeführt. Der Artikel 6 dieses Abschnitts besagte, dass zur guten quartier- oder ortsbaulichen Erschliessung und Gestaltung oder zur Überbauung neuer Baugebiete nach neuzeitlichen Grundsätzen der Gemeinderat bei einem zusammenhängenden Gebiet ab 5’000 Quadratmeter Quartiergestaltungspläne erlassen konnte. Der Gemeinderat erhielt damit die Möglichkeit, von der Zonenordnung abweichende, besondere Gestaltungsvorschriften aufzustellen. Als Einschränkung musste der Gestaltungsplan dafür eine zweckmässige Nutzung ermöglichen und durfte keine öffentlichen Interessen betreffen.[266] Weiter wurden eine angemessene Beziehung zur Umgebung, eine architektonisch „richtige“ Gestaltung sowie Gebäude- und Grenzabstände gemäss Baureglement vorausgesetzt.[267] Diese Ausnahmebestimmungen sollten in Bezug auf die zukünftigen räumlichen Entwicklungen im Gwatt noch eine bestimmende Bedeutung erhalten.

In der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ war etwas weniger als die Hälfte des Gwatt den Gewerbezonen zugeteilt. Diese Gewerbezonen grenzten nördlich an die Hauptstrasse Pfäffikon-Altendorf, östlich an den Autobahnzubringer Pfäffikon–Seedamm sowie südlich an die Autobahn A3. Die westlich an das Gwatt angrenzenden Zonen wurden in der Talebene den Wohn- und Gewerbezonen

[263] Ebenda, S. 2.
[264] Baureglement für die Gemeinde Freienbach, „Artikel 2“, 13. Mai 1960, vom Regierungsrat genehmigt am 8. Juni 1960, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.
[265] Die Art der Einschränkungen sind insbesondere im Anhang der Bauordnung ersichtlich. Dachaufbauten, Dacheinschnitte, Gefälle von Zufahrten, Ausnützungsziffer, Grenzabstände, Gebäudelängen, Staffelungen, Nebenbauten, Vorbauten, Baumabstände, Gebäudehöhe, Geschosszahl etc. waren erstmals baureglementarisch bestimmt; Gemeinde Freienbach, Baureglement mit Zonenplan, von der Urnenabstimmung beschlossen am 5. März, vom Regierungsrat genehmigt am 13. März 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 33-46.
[266] Ebenda, S. 7-8.
[267] Ebenda, S. 26.

mit vier Geschossen (WG4), den Wohnzonen mit vier Geschossen (W4), an der Hanglage den Wohnzonen mit drei Geschossen (W3) und den Wohnzonen mit zwei Geschossen (W2) zugeteilt.[268]

Wie die Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ zeigte, waren im Gwatt bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Bauten erstellt worden. Während man aufgrund der Lärmemissionen rund um den Autobahnzubringer bewusst Gewerbenutzungen ansiedeln wollte, zielte die Planwelt gegen das Dorfzentrum darauf hin, Wohnbauten zu erstellen, um einen räumlichen Übergang zum Dorfzentrum zu schaffen. Aufgrund des sensiblen Landschaftsbildes sollten an den Hanglagen nur Wohngebäude mit zwei Geschossen erstellt werden können (Abb. 9).[269]

2.2.2 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“

2.2.2.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Ausgangspunkt der Aktor-Netzwerkbildung waren eine zunehmende Bautätigkeit auf dem Gemeindegebiet, Anpassung gesetzlicher Bestimmungen und die Aufforderung des Kantons, die Bauzonenplanung anzugehen. Bis zu diesem Punkt der Mikrostudio Gwatt wurden die ersten gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse beschrieben. Dabei zeigte sich, dass die planerische Praxis vielfache Verknüpfungen, Verweise sowie Abhängigkeiten zu anderen Akteuren und Aktanten aufwiesen, die bereits vor Ort und Stelle waren.[270] Damit die Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ mit der Urnenabstimmung und ihrem Inkrafttreten aus der Sicht der Planer einen ersten erfolgreichen Schlusspunkt finden konnte, war die Allianz sämtlicher betroffener Akteure und bereits bestehender Akteurs-Netzwerke wie Gemeinderäte, Regierungsräte, Verwaltungen, Raumplaner, Fachleute, Bevölkerung oder Grundbesitzer notwendig. Diese Allianzbildung war insofern aus der Sicht der Planer auch erfolgreich, als es ihnen gelungen war, bestehende Gesetzgebungen, planerische Ziele und gesellschaftliche Bedürfnisse inhaltlich in den Zonenplan und die neue Bauordnung zu übersetzen und einzuweben. Wie sich im Vergleich von Forderungen der Planer und der Übersetzung der Ziele in die Planwelten zeigte, gelang es den Planern, eigene disziplinäre Anliegen in den Planwelten zu verankern. Aus städtebaulicher Sicht zeigen sich diese Verhandlungserfolge in der raumplanerischen Eingrenzung der Siedlungsfläche, der räumlichen Ausdifferenzierung, dem Planungskonzept der Infrastrukturen oder einer bautypologischen Berücksichtigung der Topografie.

2.2.2.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Raumplanung für eine wirtschaftliche Siedlungsform

In seiner Präsentation vor der Gemeindeversammlung vom 25. Februar 1972 beschrieb der Vertreter des Raumplanungsbüros Theo und Emil Stierli die Problematik der damaligen Siedlungsentwicklung und Bodenknappheit im Zusammenhang mit einer erwarteten demografischen Entwicklung bis ins Jahr 2050. In der Verknüpfung der Aspekte eines demografischen Wachstums und begrenzter Landressourcen resultierte aus der Sicht des Raumplaners die Notwendigkeit der Raumplanung. „Die Öffentlichkeit ist von Amtes wegen verpflichtet, zu sorgen, dass die Konfliktmöglichkeiten auf ein Minimum reduziert werden. Die Bodennutzungsansprüche müssen sinnvoll und zweckmässig auf einander abgestimmt werden. Das Hauptanliegen der Zonenplanung ist die Ausscheidung vom Baugebiet zum nicht Baugebiet. (...) Im Baugebiet soll mit einer möglichst rationellen Erschliessung eine möglichst grosse Nutzung erreicht werden.“[271] In dieser Aufgabenstellung wurden bereits Akteure und Rollenerwartungen benannt. Die Akteure waren zum einen jene, die für die öffentliche Ordnung ver-

[268] Gemeinde Freienbach, Zonenplan 1972, Staatsarchiv Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.
[269] Ebenda; Informationsbroschüre ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 25. Februar 1972, „Antrag und Bericht des Gemeinderates“, 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 2.
[270] Vgl. Latour (2007), S. 332.
[271] Auszug aus dem Protokoll der ausserordentlichen Gemeindeversammlung, „Genehmigung des Baureglementes mit Zonenplan“, Traktandum Nr. 1, 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 2-3.

antwortlich waren, zum anderen die, welche das Land zukünftig nutzen wollten. Aus der Sicht des Planers war damit bestimmt, welche Akteure in das Netzwerk eingebunden werden und welche Rolle sie einnehmen mussten, um die Realisierungschancen der Ziele der Raumplanung zu verbessern.

Wie man aus den Rekonstruktionen der gesellschaftlichen Zusammenhänge in Bezug auf die Planwelt „Raumplanung Freienbach 1972" erkennen konnte, war die Problematisierung der räumlichen Entwicklung auch in einem disziplinären Zeitgeist verwurzelt.[272] *Diese breit abgestützte Problematisierung hatte eine nicht zu unterschätzende Auswirkung auf die nächste Phase der Übersetzung.*

• Partnergewinnung – Schaffen von Entscheidungsgrundlagen

Um die Ziele der Raumplanung umsetzen zu können, mussten in den weiteren Aushandlungsprozessen die vorausgesetzten Allianzpartnerschaften der Akteure und Aktanten getestet werden. Zu einer Zeit, als die Raumplanung weder institutionalisiert noch etabliert war, hatten die Raumplaner durch erste Skizzen, Zahlenreihen und Szenarien Schnittstellen der Kommunikation zu den Gemeindeverantwortlichen herzustellen. Unter diesem Gesichtspunkt waren die erwähnten raumplanerischen, auf Freienbach bezogenen Arbeiten einer Gruppe der ETHZ wegweisend. Mit diesen Arbeiten gelang es den Planern, den in dieser Zeit tagtäglich mit unzähligen Baugesuchen konfrontierten Gemeindeverantwortlichen, einen Ausweg aus ihrem Dilemma fehlender Entscheidungsgrundlagen aufzuzeigen. Diese bis anhin noch lose geknüpften Netzwerkverbindungen zwischen den Raumplanern und den Gemeindeverantwortlichen wurden durch die raumplanerischen Interessen vonseiten des Bundes und des Kantons zusätzlich stabilisiert.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Die Raumplaner übernehmen die Raumplanung, eine Kommission sichert die gesellschaftliche Breite der Planwelt

Die massgebliche, selbst auferlegte Rolle im Falle des Raumplanungsbüros Stierli war es, eine wirtschaftliche Siedlungsform zu planen. Die Raumplaner zielten darauf ab, die Bodennutzungsansprüche mit quantifizierten Flächenvorgaben, gekoppelt an Nutzungsbestimmungen, sinnvoll und zweckmässig aufeinander abzustimmen.[273]

Durch das Etablieren und Einbinden einer Baukommission mit 37 Teilnehmern in das Aktor-Netzwerk der Raumplanung von 1972 konnte eine erste, breitere Öffentlichkeit in die konkreten Interessenverhandlungen einbezogen werden. Durch das Einbinden der Interessen und Kenntnisse dieser Interessenvertreter, wie Politiker, Fachleute, aber auch Grundeigentümer, verwoben sich die Planwelten der Raumplanung Freienbach 1972 mit einer grösseren Gruppe aus der Bevölkerung. Diese Erweiterung der bestehenden Allianzen wirkte sich auf eine Verfeinerung der Planinhalte aus. Gleichzeitig transformierte sich die Rolle des Raumplaners. Dieser hatte über die selbst auferlegte Aufgabe der Raumplanung nicht nur die eigenen, sondern auch die Ziele und Anliegen weiterer Akteure und Aktanten in seine Raumplanungskonzepte zu integrieren. Im Gegenzug verbesserten sich der Rückhalt der Planwelten in der Bevölkerung und damit die Realisierungschancen der wichtigsten raumplanerischen Ziele.

• Bewährungsprobe – Die Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" wird in der Urnenabstimmung angenommen

Ohne Rückhalt der Vertreter der genannten Baukommission, der vorprüfenden Behörden und Verwaltung auf der Ebene Gemeinde und Kanton oder ohne die Einbindung der bis zu diesem Zeitpunkt bekannten Einzelinteressen, wäre eine Präsentation der Planwelten der Raumplanung im Rahmen der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 25. Februar 1972 durch den Raumplaner nicht möglich gewesen. An dieser Gemeinde-

[272] Eisinger (2004), S. 47.
[273] Auszug aus dem Protokoll der ausserordentlichen Gemeindeversammlung, „Genehmigung des Baureglementes mit Zonenplan", Traktandum Nr. 1, 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 2.

versammlung zeigte sich, dass die Planer die Allianzen mit den bis anhin involvierten Akteuren stabil geknüpft hatten. Dies zeigten verschiedene Wortmeldungen einzelner involvierter Akteure, welche ausdrücklich die Annahme der Planwelten durch die Bevölkerung propagierten.[274]

Die Annahme der Planwelten an der Urnenabstimmung am 5. März 1972 durch die stimmberechtigte Bevölkerung zeigte auf, dass die gewählten Repräsentanten des Gemeinderats und auch der Baukommission einen entsprechenden Rückhalt in der Bevölkerung genossen. Die Bevölkerung fühlte sich durch die Gemeindevertreter und Vertreter der Baukommission in den Aushandlungsprozessen vertreten. Die Stimmberechtigten liessen sich mit der Annahme ohne grösseren Widerstand als Allianzpartner in die Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" einbinden. Die Planer konnten mit diesem Schritt die Realisierungschancen für den „Zonenplan Freienbach – 1972" verbessern, obgleich einzelne Voraussetzungen und Rollenerwartungen nach wie vor noch nicht getestet worden waren.

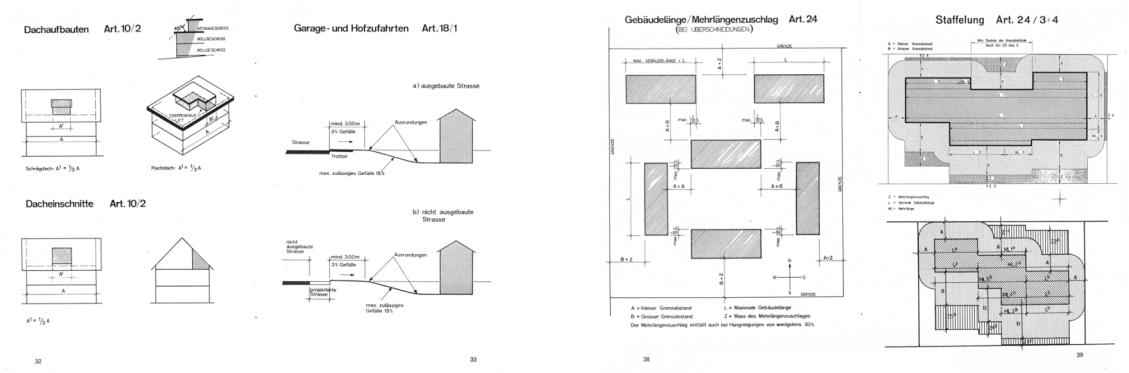


Abb. 8: Baureglement Gemeinde Freienbach, Auszug aus dem Anhang, 1972, Staatsarchiv Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.

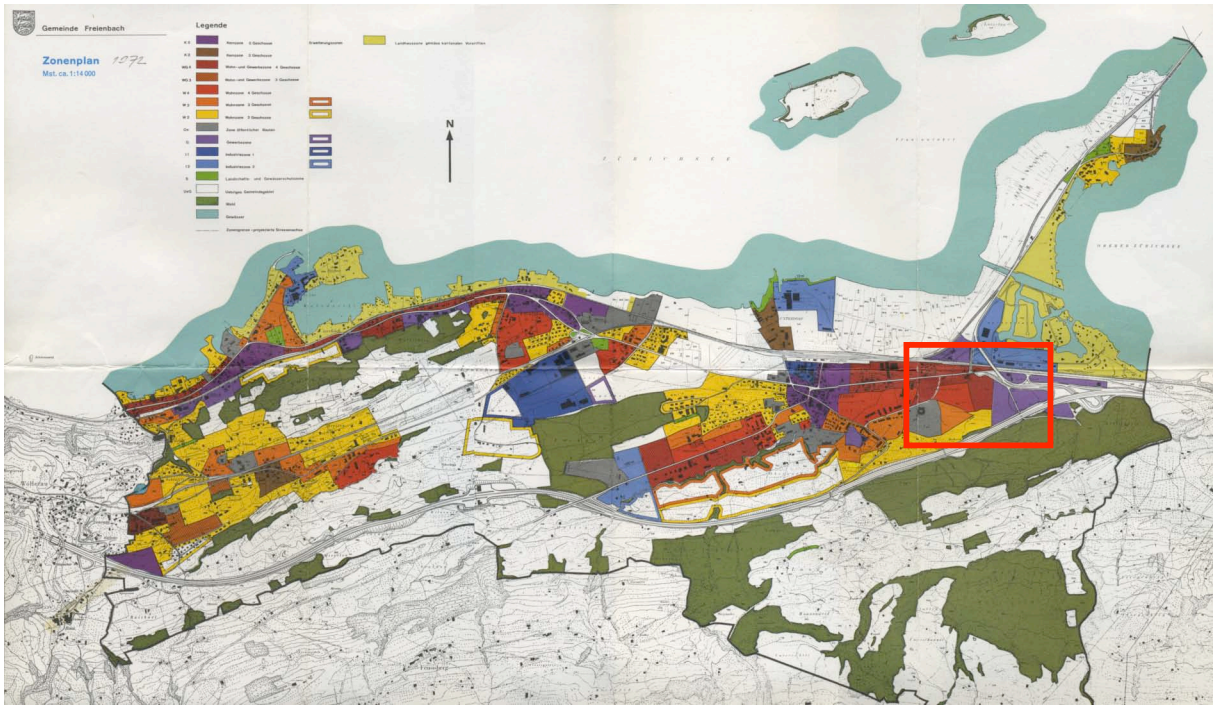


Abb. 9: Planungsbüro Stierli, „Zonenplan Gemeinde Freienbach", 1972, Staatsarchiv Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.

[274] Ebenda, S. 5.

2.3 Rückübersetzung der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

• SEEDAMMCENTER 1 1972

2.3.1 Die Planwelt „Seedammcenter – 1972“

2.3.1.1 Vorgeschichte – Charles Vögele, der Visionär

An der Entwicklung Freienbachs, insbesondere des Gebiets „Im Gwatt“, war eine Person massgeblich beteiligt: Charles Vögele. Seine Einführung in diesem Abschnitt verweist darauf, dass die lokale Raumentwicklung in einem engen Zusammenhang mit Einzelpersonen und Einzelentscheidungen stand, Entscheidungen, die im Rahmen von Übersetzungsprozessen raumwirksam wurden, ohne dass den Akteuren diese Folgen bei der Entscheidungsfindung bewusst gewesen wären.[275]

Charles Vögele wurde am 12. März im Jahre 1923 in Uznach als Sohn des Dorfschusters von Uznach geboren. In seiner Jugend lernte Vögele den kaufmännischen Beruf im Schuhhandel. Für seinen Vater baute er in den frühen 1950er-Jahren einen Versandhandel auf. Wenig später eröffnete Vögele eine Werbeagentur. Zu deren Kundenstamm gehörte unter anderem ein Laden für Motorradbekleidung. Inspiriert von dessen Geschäftsmodell eröffnete Vögele mit seiner Frau Agnes im Jahre 1955 in Zürich selbst einen Laden für Motorrad- und Regenbekleidung.[276] Dies war der Anfang der späteren Charles Vögele AG und Ausgangspunkt der Handlungsketten, die später zu einem Einkaufszentrum im Gwatt führen sollten.

Charles Vögele zeichnete aus, dass er Ideen und Visionen entwickelte und diese akribisch weiterverfolgte.[277] Vögele sah sich selber als Entwickler, welcher der modernen Familie den Einkauf erleichtern und die Gesellschaft modernisieren wollte. In diesem Zusammenhang vertiefte sich Vögele in Fragen des Konsumgüter-Vertriebs. Mit Studienreisen zu den neuesten Vertriebsstätten in Europa und Amerika erweiterte er seinen fachlichen Horizont. Vögele schaffte in seinem Unternehmen zudem mit der „Abteilung für die Erschliessung marktkonformer Gewerbe- und Verkaufsflächen“ eine Stelle, die sich mit Standortevaluationen für Einkaufshäuser und deren Promotion und Entwicklung beschäftigte. Als erstes Projekt von Vögele gilt die Umfunktionierung der Zürcher Bahnhofshalle zu einem Innenstadt-Shopping-Center.[278] Anfang der 1970er-Jahre erkannte Vögele, dass sich die Verkaufsflächen-Explosion der 1960er-Jahre allmählich ihrem Ende zuneigen würde. So kümmerte sich Vögele vermehrt um die Verbesserung ineffizienter Verkaufsflächen und Vertriebssysteme.[279] Er entwickelte dabei die Vision eines Einkaufszentrums. Das Einkaufszentrum sollte „das Musterbeispiel eines gesellschaftskonformen Objekts moderner Konsumgütervermittlung“ werden.[280] Was Vögele unter „gesellschaftskonform“ verstand, beantwortete er in einem Interview in der Seedammcenter-Revue. „Gesell-

[275] Eisinger, Schneider (2003), S. 392.
[276] Lüönd (2002).
[277] Dies bestätigten mehrere Gesprächspartner, die mit ihm verhandelten oder mit ihm zusammenarbeiteten. Interview mit Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters, 20. Juli 2007; Hanspeter Gisler, Zentrumsleiter Seedammcenter, 23. Juli 2007; Peter Dettwyler, ehemaliger Mitarbeiter der Charles Vögele AG, 31. Juli 2007; Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[278] Anonym (1974a).
[279] Ebenda.
[280] Ebenda.

schaftskonform heisst, dass es (das Einkaufszentrum; Anm. Kurath) nicht nur der so genannten Konsumgesellschaft, sondern der Gesellschaft im weitesten Sinne dienen kann. Mit anderen Worten: Es soll nicht nur fürs Einkaufen gut sein, sondern gleichzeitig auch vielseitigen Interessen so dienen, dass nicht durch Gutes und Neues auch belastendes Schlechtes mitgeschaffen oder hervorgerufen wird. Ich (Charles Vögele; Anm. Kurath) meine damit Verkehrsprobleme, Umweltverschmutzung, Infrastrukturbelastungen und nicht zuletzt unvernünftiges Anheizen der Konsumlust und damit Schaffung soziologischer Probleme. In diesem Sinne wird das Seedamm-Center sicher einem echten Bedürfnis entsprechen – als kulturelle Begegnungsstätte wie auch als Konsumgüter-Vermittler, der das Grossstadt-Angebot in die Region bringt."[281]

2.3.1.2 Der Standortentscheid zu Gunsten von Freienbach

An welchem Standort die Vision für ein Einkaufszentrum ihre Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit finden sollte, war keineswegs vorbestimmt, sondern verdichtete sich erst im Lauf eines längeren Prozesses. Mehrere Personen waren involviert, darunter Peter Dettwyler. Dettwyler war Anfang der 1970er-Jahre Direktor und Projekt-Manager der Abteilung „Erschliessung markt-konformer Gewerbe- und Verkaufsflächen". Aus einem Interview in der Seedammcenter-Revue ging hervor, dass Dettwyler zusammen mit Vögele Amerika bereist hatte, um die modernsten Shoppingcenter und Einkaufsviertel zu studieren. Die besten Ideen sollten für die Schweiz übernommen werden.[282]

Doch zunächst musste ein Standort gefunden werden. Neben Pfäffikon befassten sich Dettwyler und Vögele unter anderem mit der Gemeinde Lachen in der Region March sowie mit der Region Mels, wo bereits das Einkaufszentrum Pizol Park der Genossenschaft Migros existierte. Nach Abwägung der wichtigsten Vor- und Nachteile drängte sich der Standort Pfäffikon/Freienbach im Kanton Schwyz in den Vordergrund.[283]

Zwar war Dettwyler und Vögele bekannt, dass man Einkaufszentren nicht entlang natürlicher Grenzen wie grosser Flüsse, hoher Berge oder gar Seen errichten sollte. Der Seedamm aber, als Verbindung von Rapperswil und Pfäffikon und damit als Verbindung des Ostufers mit dem Westufer des Zürcher Sees, vermochte die Bedenken gegenüber dem See als natürliche Grenze weitgehend zu entkräften. Als weiterer Pluspunkt galt die im Jahre 1968 eröffnete Autobahn A3 zwischen Richterswil und Pfäffikon. Die Weiterführung in die Nachbarregion March sowie in die Kantone St. Gallen und Glarus war geplant und sollte 1973 abgeschlossen sein. Die ausgebauten Erschliessungswege vergrösserten das Einzugsgebiet des Standorts Pfäffikon massgeblich. Hinzu kam, dass zu dieser Zeit das linke Zürichsee-Ufer mit den Siedlungen Thalwil, Wädenswil, Horgen, Richterswil, Wollerau, Freienbach und Lachen zwar über ein grosses Käuferpotenzial verfügte, jedoch, abgesehen von Thalwil und Horgen, kaum über entsprechende Einkaufsmöglichkeiten und Parkplätze. Es existierten nur kleinere Läden, sodass die Wohnbevölkerung bis anhin gezwungen war, grössere Einkäufe in Zürich zu tätigen. Die im Vergleich zu anderen Kantonen liberale Gesetzgebung bezüglich der Ladenöffnungszeiten im Kan-

[281] Ebenda.
[282] Anonym (1974b), S.11.
[283] Interview mit Peter Dettwyler, ehemaliger Mitarbeiter der Charles Vögele AG, 31. Juli 2007.

ton Schwyz erwies sich als weiterer Standortvorteil.[284] Für Pfäffikon sprach zudem, dass Vögele dort in der Nähe aufgewachsen war, die Region also sehr gut kannte. Dass gerade zu dieser Zeit der Hauptsitz der Firma von Charles Vögele von Winterthur nach Rapperswil, also in die unmittelbare Nachbarschaft von Pfäffikon, verlegt wurde, sah man ebenfalls als Vorteil an. Vorsichtige Umsatzberechnungen rundeten das Evaluationsverfahren ab. Die Zahlen waren vielversprechend.[285]

Dass Freienbach, am äussersten Rand der Grossregion Zürich gelegen, bezüglich der Auseinandersetzung um die Realisierung eines Einkaufzentrums kein Einzelfall war, zeigten Entwicklungen in Mels/Sargans oder Spreitenbach. Der Trend neuer Einkaufszentren hatte keineswegs nur eine lokale oder schweizerische Färbung. Fachzeitschriften in Deutschland beschäftigten sich beispielsweise zur selben Zeit mit ähnlichen Entwicklungen. „Ladensterben der kleinen Läden" titelte ein Sonderdruck der Deutschen Bauzeitung im Jahre 1971.[286] Darin hiess es, dass in der damaligen Bundesrepublik Deutschland von 290'000 Lebensmittelgeschäften mindestens 130'000 eingehen würden. Man sprach von einer „systembedingten Expansion" der Firmen, gleichzeitig von einer Konzentration, einem baulichen „Aneinanderrücken der Verkaufsgelegenheiten", jeweils „Verkaufszentrum" oder – kundenfreundlicher –„Kaufzentrum" genannt. Gemeinsamkeiten wiesen die beschriebenen neuen Zentren bezüglich der Standortwahl auf. Sämtliche Zentren befanden sich in einer städtischen Randlage in Konkurrenz zum Stadtzentrum. „Wen reut es, wenn so die Landschaft und noch ein intaktes Dorfbild vor die Hunde gehen?"[287] Spätestens diese Frage machte die ambivalente Haltung der Fachwelt gegenüber den Entwicklungen bezüglich der Einkaufszentren deutlich. Der Blick der Fachzeitschriften auf die Schweiz war nicht weniger kritisch. Als Beispiel wurde das eben fertiggestellte Einkaufszentrum in Spreitenbach genannt. „Beispiel 1 – aus der Schweiz, da tut es weniger weh – cityfernes Gesamtangebot mit Parkplatzverlockung."[288]

2.3.1.3 Die Korporation Pfäffikon als bewährter, lokaler Partner in der Gemeinde Freienbach

Einen weiteren wichtigen Faktor bei der Standortevaluation für ein Einkaufszentrum stellten für Charles Vögele und Peter Dettwyler bestehende Geschäftsbeziehungen dar. Erste Kontakte zur Gemeinde Freienbach hatten sich Anfang der 1970er-Jahre ergeben, als das Unternehmen von Charles Vögele in Pfäffikon eine Lagerhalle zu errichten beabsichtigte.[289] Als Grossgrundbesitzerin war die Korporation Pfäffikon ideale Ansprechpartnerin. Da dieser Kontakt für die weitere Entwicklung entscheidend wird, soll hier kurz auf das Wesen der Korporation eingegangen werden.

Die Geschichte der Korporation Pfäffikon reicht bis ins 16. Jahrhundert zurück. Aus dem Jahre 1593 stammen die ältesten bekannten Schriftstücke der Korporation Pfäffikon, die damals noch „Genossame Pfäffikon" genannt wurde. Die Korporation war gewissermassen ein Vorläufer heutiger politisch-administrativer Organisationen, die sich in einer lokalen Gemeinschaft im Sinne einer Genossenschaft auf wirtschaftliche, politische oder rechtliche Aufgaben spezialisiert hatte. So war denn auch vorwie-

[284] Anonym (1974f).
[285] Ganzer Abschnitt basierend auf Interview mit Peter Dettwyler, ehemaliger Mitarbeiter der Charles Vögele AG, 31. Juli 2007.
[286] Anonym (1971a), S. 525.
[287] Ebenda, S. 525.
[288] Ebenda, S. 525.
[289] Ansprachetext von Peter Dettwyler anlässlich einer Pressekonferenz vom 28. Januar 1983 über die Warenverteil-Zentrale der Charles Vögele AG im Hurdnerfeld, Pfäffikon, 28. Januar 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse.

gend die Wald- und Forstwirtschaft genossenschaftlich organisiert und machte zu Beginn einen Grossteil des Korporationseinkommens aus. Im Jahre 1823 kamen Einnahmen aus dem Steinbruch Gwatt hinzu. Im Jahr 1895 begann die Korporation Wasserquellen zu fassen und das Wasser dem Dorf Pfäffikon als Trinkwasser zur Verfügung zu stellen.[290]

Bis Anfang der 1970er-Jahren war es gemäss Ulrich K. Feusi, dem heutigen Präsidenten der Korporation, üblich, dass die Korporation ihren Bürgern günstig Bauland verkaufte. Mit der Einführung der Zonenplanung im Jahre 1972 änderte sich das. Da das Land mit der Zonenplanung in unterschiedliche Zonen eingeteilt wurde, wurden die jeweiligen Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt. Diese Anpassung wirkte sich unmittelbar auf den Wert der Grundstücke aus. Um daraus entstandene Bevor- und Benachteiligungen der Korporationsbürger zukünftig zu vermeiden, beschloss die Korporation Pfäffikon, Bauland nur noch im Baurecht abzugeben. Die Korporation blieb damit Grundeigentümerin und konnte für die zeitlich begrenzte Nutzung einen Baurechtszins verlangen. Damit fand die Korporation wieder zu ihrer ursprünglichen Aufgabe, der Bewirtschaftung ihres Gutes, zurück.[291] Im Vorwort eines Buchs über die Geschichte der Korporation Pfäffikon aus dem Jahr 1958 wurde diese Ausrichtung beschrieben: „Seit vielen Jahren befasst sich der Vorstand nicht nur mit der ordentlichen Verwaltung der Güter und Vermögenswerte der Genossame Pfäffikon. Er suchte und sucht nach Möglichkeiten und Wegen, den Ertrag dieser Güter zu steigern. Der Erfolg dieser Ertragssteigerung, sowie die günstige Wirtschaftslage – Kiesgruben – und Holzerträge! – ermöglichten den Bau von Waldstrassen, den Ausbau der Wasserversorgung, grössere Bodenverbesserungen, den Erwerb von Liegenschaften und Waldungen, die Erhöhung des Austeilgeldes auf gesicherter Grundlage usw. Wir freuen uns über diese gute Entwicklung und wollen auf diesem Wege rüstig weiterschreiten.“[292]

Nach Einschätzung von Ulrich K. Feusi hatte der Umstand, dass die Korporation den Verhandlungen mit Vögele und seinen Visionen mit einer gewissen Offenheit gegenüberstand, auch damit zu tun, dass die Korporationsbürger mit Mitbestimmungsrecht nicht im Korporationsgebiet der Gemeinde wohnhaft sein mussten. Diese Offenheit habe die Entwicklung Freienbachs gar erst ermöglicht und unterscheide die Korporation massgeblich von anderen Korporationen beispielsweise in der Innerschweiz.[293] Obwohl lokal verbunden, konnte die Korporation so mit überregionalen gesellschaftlichen Erkenntnisständen operieren.

Nach diesem Vorspann über Funktion und Handlungseigenschaften der Korporation kann zu den ersten Kontakten zwischen der Korporation Pfäffikon und der Charles Vögele AG übergegangen werden.

2.3.1.4 Die Warenverteil-Zentrale der Charles Vögele AG als Grundlage für weitere Geschäfte

Ende der 1960er-Jahre zeigte sich, dass die Speditionsabteilung der Charles Vögele AG allmählich zu klein wurde. Aus diesem Grund sollte eine neue Verteilzentrale möglichst in der Nähe des Firmensit-

[290] Henggeler (1958), S. 145; www.8808.ch, Zugriff 11. Oktober 2007.
[291] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[292] Hiestand et al. (1958), S. 7.
[293] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.

zes in Rapperswil errichtet werden.[294] So verhandelte Peter Dettwyler im Namen der Charles Vögele AG mit der Korporation Pfäffikon über eine Baulandabgabe im Baurecht in Pfäffikon.[295]

Die Korporation konnte diesbezüglich ein ideales Grundstück im Hurdnerfeld nördlich des Gwatt offerieren und am 25. Mai 1971 reichte die Charles Vögele AG bei der Gemeinde Freienbach ein Gesuch für den Bau eines zweistöckigen Lagergebäudes von rund 3'500 Quadratmeter Bruttofläche mit separatem Garagenbau ein.[296]

Bei der Überprüfung der Planunterlagen stellte die Baukommission eine Unstimmigkeit fest. In der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972", welche zur selben Zeit vom 21. Mai bis 21. Juni 1971 öffentlich auslag, war im Bereich der geplanten Lagerhalle eine Landhauszone vorgesehen.[297] Damit widersprach die geplante Nutzung des Grundstücks durch die Charles Vögele AG den gerade erst verhandelten Zonenbestimmungen.

Aufgrund dieser neuen Situation initiierte die Korporation Pfäffikon als Landbesitzerin einen Zonenabtausch zwischen der Landhauszone und einer angrenzenden Industriezone von rund 17'000 m^2.[298] Da es sich beim Abtauschgebiet um eine ausgewiesene Industriezone handelte, auf der sich bereits Einfamilienhäuser befanden, stand dem Abtausch nichts im Wege.[299] Am 27. August 1971 konnte der Gemeinderat von Freienbach, nach der Bewilligung der Zonenplanänderung durch den Regierungsrat des Kantons Schwyz, die Baubewilligung für das Verteilzentrum erteilen.[300]

Damit waren nicht nur wichtige Kontakte geschaffen. Mit der Fertigstellung des Baus im Jahre 1972 und mit der erfolgreichen Rückübersetzung der Interessen des Aktor-Netzwerks „Lagergebäude mit Garagentrakt" in die Siedlungswirklichkeit bewährte sich die Zusammenarbeit zwischen der Korporation und der Charles Vögele AG auch ein erstes Mal.

2.3.1.5 Verdichtung des Standortentscheids auf das Gwatt

Bis zu diesem Zeitpunkt wiesen die ersten vagen Verhandlungen bezüglich des geplanten Einkaufszentrums kaum einen spezifisch räumlichen Bezug auf. Langsam, aber sicher verdichteten sich jedoch die Indizien zugunsten eines Standortes im Raum Pfäffikon. Welche räumlichen Auswirkungen und Qualitäten dieses Projekt mit sich bringen würde, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt oder bildlich gesprochen äusserst unscharf.

---

[294] Ansprachetext von Peter Dettwyler anlässlich einer Pressekonferenz vom 28. Januar 1983 über die Warenverteil-Zentrale der Charles Vögele AG im Hurdnerfeld, Pfäffikon, 28. Jan. 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse, S. 2.
[295] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[296] Baugesuch Nr. 26/71, „2-stöckiges Lagergebäude mit separatem Garagenbau", Eingang 25. Mai 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse.
[297] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Lagergebäude und Garagentrakt auf dem Grundstück Kat. Nr. 772", 9. Juni 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse.
[298] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Lagergebäude und Garagentrakt auf dem Grundstück Kat. Nr. 772", 12. Juli 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse; Brief der Korporation Pfäffikon an Gemeinderat Freienbach „Zonierung resp. Abtausch des Pachtareals Charles Vögele AG, 8. Juni 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse.
[299] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bauwesen allgemein – Baubewilligungen Charles Vögele", Traktandum Nr. 745, 18. Juni 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse.
[300] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen Charles Vögele AG, Lagerhalle, Lagergebäude und Garagentrakt auf dem Grundstück Kat. Nr. 772", Traktandum Nr. 1039, 27. August 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse.

Da sich der Standort Pfäffikon für die Vertreter der Charles Vögele AG tatsächlich zu eignen schien, bemühten sie die bestehenden Geschäftsbeziehungen zur Korporation Pfäffikon. Es zeigte sich, dass aufgrund der ersten Entwürfe der späteren Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ ein Einkaufszentrum in Freienbach in der Gewerbezone rechtlich die grössten Realisierungschancen hatte. An diesem Punkt der geschichtlichen Rekonstruktion zeigte sich eine erste, wenn auch passive Einflussgrösse der Raumplanungswelt auf die Siedlungswirklichkeit. Auch wenn die Verhandlungen rund um die Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ noch nicht abgeschlossen waren, wirkten sich die raumplanerischen Bestrebungen einer geordneten Siedlungsentwicklung über die Nutzungsbestimmungen bereits auf die Standortwahl aus. Trotzdem war dieser Einfluss nicht allein entscheidend. Da die Korporation Pfäffikon in Freienbach über mehrere gewerblich nutzbare Grundstücke verfügte, war der definitive Standort eines Einkaufszentrums innerhalb der Gewerbegebiete noch offen. Auf die Standortfrage wirkte sich in einem weiteren Schritt der Autobahnanschluss bei Pfäffikon aus. Vögele und Dettwyler erkannten, dass für ein künftiges Einkaufszentrum nach amerikanischem Vorbild ein mehr oder weniger direkter Autobahnanschluss unumgänglich war.[301]

Dass auch die Vertreter der Gemeinde Freienbach dem Vorhaben Einkaufszentrum nicht abgeneigt waren, zeigte sich in der grundsätzlichen Gesprächsbereitschaft, was im Rahmen von Gemeindeprotokollen zahlreich dokumentiert ist. Die Vertreter der im Einzugsgebiet von Zürich gelegenen und damals als Wohndorf noch eher ein Aussenseiterdasein fristenden Gemeinde, begrüssten die Entwicklung, welche den Standort Pfäffikon in ein neues Licht rücken sollte.[302]

Aufgrund dieser hier rekonstruierten Versammlung von Akteuren und Aktanten an Ort und Stelle, sowie den weiteren bereits beschriebenen massgebenden Faktoren wie Einzugsgebiet, frühere Partnerschaften, Verfügbarkeiten, Interessen, Erschliessung oder Nutzungsmöglichkeiten verdichtete sich der Standortentscheid für ein Einkaufszentrum auf den Standort Gwatt.

Im Verlauf der Standortklärung entfaltete sich das Aktor-Netzwerk in Bezug auf die Vision eines Einkaufszentrums Handlung für Handlung. Im Rahmen der bis anhin erfolgreichen Aushandlungen waren die Allianzen zwischen den genannten Akteuren und Aktanten auch aufgrund der Vorgeschichte relativ stabil geknüpft. Damit war die Rückübersetzung der Interessen der Charles Vögele AG in die Siedlungswirklichkeit noch keineswegs gesichert. Die Verhandlungen mussten durch die Sprecher des Aktor-Netzwerks „Einkaufszentrum im Gwatt“ multilateral mit weiteren möglichen, zum Aktor-Netzwerk dazustossenden, relevanten und einflussreichen Allianzpartnern fortgeführt werden.

2.3.1.6 Einbindung des Architekten

Nachdem der Standortentscheid getroffen war, mussten Dettwyler und Vögele in einem weiteren Schritt einen Architekten in ihr Aktor-Netzwerk für die Vision eines Einkaufszentrums einbinden. Auch hier schauten sich die beiden nach einem handlungsfähigen Allianzpartner mit Erfahrung im Bau von Einkaufszentren um.

---

[301] Interview mit Peter Dettwyler, ehemaliger Mitarbeiter der Charles Vögele AG, 31. Juli 2007.
[302] Ebenda.

Aus der Sichtweise des Architekten Felix Rebmann bezeichnete der erste Kontakt mit Charles Vögele den Anfang einer neuen Geschäftsbeziehung. Doch auch diese sich anbahnende Beziehung zwischen dem Architekten und dem Auftraggeber war keineswegs zufällig. Die ersten feinen Verwebungen mit dem Netzwerk „Seedammcenter 1 – 1972“ hatten schon vor der ersten physischen Begegnung der beiden Akteure stattgefunden.

Felix Rebmann galt in den 1970er-Jahren bereits als Fachmann auf dem Gebiet von Einkaufszentren. Im Frühjahr 1970 wurde in Spreitenbach, etwa zehn Kilometer nördlich von Zürich, das damals grösste Einkaufszentrum der Schweiz eröffnet. Rebmann war für den Entwurf und die Planung dieses Einkaufszentrums von 220 Meter Länge, rund 90 Metern Breite und 2’200 Gratisparkplätzen verantwortlich.[303] Nach der Fertigstellung des Einkaufzentrums in Spreitenbach sei er, Felix Rebmann, von Heinz Breuninger für eine Teilnahme an einem Wettbewerb für ein Einkaufszentrum in Ludwigsburg (Deutschland) angefragt worden. Obwohl er damals nur den zweiten Preis bekam, habe Breuninger die Zusammenarbeit mit ihm bewusst gesucht. So kam es für Rebmann zum Auftrag für das „Breuningerland“,[304] das im Jahre 1973 eröffnet wurde.[305]





Abb. 10 (links): Felix Rebmann, Shoppingcenter Spreitenbach, Eröffnung 1970, aus: Deutsche Bauzeitung, Die Bauzeitung, Sonderdruck, 5-1971, S. 526-527, ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv

Abb. 11 (rechts): Felix Rebmann, Breuningerland, Eröffnung 1973, aus: Deutsche Bauzeitung, Die Bauzeitung, Sonderdruck, 9-1975, S. 47-48, Archiv Regierungspräsidium Stuttgart

Eines Tages sei Charles Vögele in seinem Büro gestanden und habe sich für seine Arbeiten in Spreitenbach und Ludwigsburg interessiert gezeigt, sagte Rebmann in einem Interview. Noch am selben Tag habe er den Vertrag für den Entwurf des Seedammcenters unterschrieben. Danach reiste Rebmann mit Vögele nach Amerika. Das Interesse von Charles Vögele an amerikanischen Shopping-Malls sei auch der Grund gewesen, weshalb ein amerikanisches Büro, Copeland, Novak and Israel aus New York, den Auftrag für den Innenausbau des Seedammcenters erhalten hätte.[306] Damit hatte sich Rebmann abzufinden.

[303] Anonym (1971b), S. 526-529.
[304] Interview mit Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters, 20. Juli 2007.
[305] Anonym (1975), S. 47-48.
[306] Interview mit Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters, 20. Juli 2007.

Mit dieser Vorgeschichte waren die Rahmenbedingungen für den Bau des Seedammcenters zum Zeitpunkt der Beauftragung des Architekten bereits eng gesetzt. Der Standort sei bestimmt gewesen, und er, Rebmann, musste wohl oder übel darauf vertrauen, dass die Lage gut sei. Über Städtebau habe man nie gesprochen.[307] Gleichzeitig war auch die Ausgestaltung des zukünftigen Seedammcenters bereits festgelegt. Als Vorgabe dienten die amerikanischen Vorbilder sowie die von Rebmann bereits umgesetzten „europäischen-schweizerischen" Varianten. Bei der Verortung des zukünftigen Einkaufszentrums in der Gewerbezone Gwatt wirkten die im Rahmen der Zonenplanverhandlung gefällten Entscheide bezüglich der Bauvorschriften bereits mit, und dies, obwohl die Verhandlungen über die Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" noch nicht abgeschlossen waren. Die Aufgabe Rebmanns bestand darin, diese Rahmenbedingungen in ein räumliches Konzept zu übersetzen.

2.3.1.7 Inhalte der Planwelt des Architekten

Im Entwurf eines ersten Vorprojekts für den Standort Gwatt führte der Architekt Felix Rebmann die zuvor genannten unterschiedlichen Aktor-Welten Standortplanung, Einkaufszentren Rebmann, Einkaufszentren Amerika, lokale Raumplanung wie auch die eigene entwerferische Haltung erstmals zusammen.

Wie Rebmann erwähnte, war Charles Vögele vor allem am Projekt Breuningerland interessiert. Vögele habe ihn eines Tages gefragt: „Bauen Sie mir so etwas wie beim Breuninger?", und er habe geantwortet: „Nein, ich mache Ihnen ein Schmuckkästchen!" Mit dieser Aussage habe sich Vögele zufriedengegeben.[308] Selbst wenn diese Anekdote stark überzogen scheint, zeigt sie doch, dass Netzwerkknoten auch mit kleinen Gesten und Überzeugungskraft gefestigt oder aufgebaut werden können. Gleichzeitig erlaubt dies einen interessanten Einblick in den Entwurfsprozess, der weniger von einem einsamen Geist in einem Elfenbeinturm dominiert, als vielmehr gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt war.[309] Inmitten dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit bewegte sich der Architekt und konstruierte die Inhalte seiner Entwürfe. Damit liess sich in den ersten Entwurfsschritten eine Planwelt schaffen, die weitgehend von sämtlichen bis anhin genannten Akteuren im Netzwerk getragen werden konnte.

Zuvor allerdings mussten widersprüchliche Fakten einander gegenübergestellt und abgewogen werden. So war es beispielsweise nicht möglich, die Idee eines Einkaufzentrums mit den bestehenden Bauvorschriften in Einklang zu bringen. Der Entwurf war damit von vornherein auf Ausnahmebewilligungen angewiesen. Allein dieses Faktum verhinderte ein stillschweigendes Einbinden beispielsweise der Baubehörden in das Aktor-Netzwerk der Planwelt „Seedammcenter – 1972". Obwohl vom Gesetz her möglich, erforderte das Abweichen von den Normen eine lange Reihe intensiver Verhandlungen mit den verantwortlichen kommunalen und kantonalen Behörden.

Diese Verhandlungen begannen bereits im Vorfeld des eigentlichen Bewilligungsverfahrens. Vor Abgabe des Baugesuchs für den Neubau eines Einkaufszentrums äusserten einzelne Ratsmitglieder der Gemeinde Freienbach in einer Gemeinderatssitzung Bedenken bezüglich der Strassenplanung beim

[307] Ebenda.
[308] Interview mit Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters, 20. Juli 2007.
[309] Vgl. Latour (2000), S. 36 ff.

Einkaufszentrum im Gwatt. So wurde bereits im Juli 1971 an einer Gemeinderatsitzung beschlossen, dass das Problem verkehrssicherer und ausreichender Zufahrtsmöglichkeiten zu lösen sei.[310] Diesbezüglich wurden die Vertreter der Charles Vögele AG aufgefordert, sich mit einer Delegation des Kantons Schwyz und den Vertretern der Gemeinde Freienbach am 8. Juli 1971 auszusprechen. An derselben Sitzung wurde die Notwendigkeit einer Gesamtverkehrsplanung des Gwatt diskutiert. Die Charles Vögele AG hatte abzuklären, ob eine Gesamtplanung zusammen mit der Genossenschaft Migros in Erwägung gezogen werden sollte. Die Genossenschaft Migros war Eigentümerin der westlich vom geplanten Einkaufszentrum gelegenen Parzelle. Sie hatte die Parzelle gemäss Aussagen von Ulrich K. Feusi einst einem Mittelsmann abgekauft, der wiederum das Grundstück zuvor von der Korporation Pfäffikon erworben hatte.[311] Es kann davon ausgegangen werden, dass auch den Strategen der Genossenschaft Migros die sehr gute Erschliessungslage des Standorts Gwatt nicht entgangen war. Davon zeugte auch die Absicht der Genossenschaft Migros, dort ebenfalls ein Einkaufszentrum zu errichten.[312] Ausgehend von der Vision Seedammcenter und unter Einbeziehung eines möglichen Projekts der Genossenschaft Migros ermittelte man folglich einen Bedarf von rund 1'200 Parkplätzen, die zukünftig im Gwatt bereitgestellt werden mussten.[313]

Am 11. Februar 1972 besprach der Gemeinderat von Freienbach eine Planeingabe der Korporation Pfäffikon, die als Grundeigentümerin ein generelles Konzept für die Erschliessung des geplanten Seedammcenters im Gwatt einreichte. Die Korporation beabsichtigte, diese Erschliessungsvariante allen betroffenen Grundeigentümern zukommen zu lassen und nach deren Zustimmung das Projekt dem Gemeinderat für das definitive Auflage- und Genehmigungsverfahren zu unterbreiten.[314] Die Genossenschaft Migros war in diese Planung nicht involviert.

Der Erschliessungsplan der Korporation fand Eingang in die Planwelt „Seedammcenter – 1972", welche die Charles Vögele AG am 4. Februar 1972 als Baubewilligungsgesuch bei der Gemeindebauverwaltung von Freienbach einreichte, allerdings aufgrund eines offensichtlichen Missverständnisses zwischen der Charles Vögele AG und der Korporation Pfäffikon vor Absprache mit den betroffenen Grundstückbesitzern, insbesondere der Genossenschaft Migros.[315]

Auf einer Grundstücksfläche von 30'000 Quadratmeter sollte ein vierstöckiges Gebäude mit Dachaufbau und Luftschutzkeller, mit 19'400 Quadratmeter Bruttogeschossfläche und 117'200 Kubikmeter Bauvolumen errichtet werden. 24 Läden mit einer Gesamtfläche von 15'860 Quadratmeter und einem Büroanteil von 120 Quadratmeter waren im geplanten Seedammcenter vorgesehen.[316] Im Rahmen dieser Übersetzungen von Einzelinteressen durch den Architekten in die Planwelt „Seedammcenter – 1972" ergab sich eine räumliche Konkretisierung. Dies zeigte insbesondere auch eine erste Visualisie-

[310] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bauwesen allgemein, Tiefbau Strassen, Strassenplanung beim Einkaufszentrum Gwatt", Traktandum-Nr. 759, Juli 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[311] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[312] Ebenda.
[313] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bauwesen allgemein, Tiefbau Strassen, Strassenplanung beim Einkaufszentrum Gwatt", Traktandum-Nr. 867, 23. Juli 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[314] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche Seedammcenter, Strassenplanung Gwatt", Traktandum-Nr. 168, 11. Februar 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[315] Baugesuch Nr. 7/72, „Einkaufszentrum ‚Seedammcenter' Pfäffikon", Eingang 4. Februar 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[316] Ebenda, S. 1.

rung durch das Planungsbüro Rebmann. Nicht nur hatte sich die Position des zukünftigen Seedammcenters im räumlichen Kontext des Standorts Gwatt verdichtet. Mit den ersten Skizzen und Plänen waren auch Ausdehnungen, Fronten, Sichtbezüge, Richtungen bestimmt.[317] Zum ersten Mal wurden auch die möglichen räumlichen Auswirkungen auf die Siedlungswirklichkeit erkennbar (Abb. 12).

2.3.2 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Seedammcenter – 1972"

2.3.2.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Ausgangspunkt für die Bildung des Aktor-Netzwerks rund um den Architekten Felix Rebmann war die Absicht Charles Vögeles, im Gwatt zu bauen, sowie die Verfügbarkeit von Bauland im Besitz der Korporation Pfäffikon. Als Aufgabenstellung definierte Rebmann für sich selbst, eine Form für ein Einkaufszentrum zu finden, welche die eigenen sowie die Anforderungen seitens der Charles Vögele AG erfüllte. Vergleicht man die verschiedenen weiteren Einkaufszentren von Felix Rebmann – Breuningerland, Shoppingcenter Spreitenbach und das Seedammcenter –, fällt trotz der für diese Zeit zumindest in der Schweiz ungewohnten Bauvolumina ein Willen zur Gestaltung auf. Die jeweiligen Projekte waren konzeptionell durchgestaltet. Das Material wurde bewusst gewählt und aus damaliger Sicht differenziert eingesetzt. Einzig die kontextuelle Einbindung der jeweiligen Entwürfe schien weniger im Interesse Rebmanns zu liegen. Die Projekte, insbesondere auch das Vorprojekt „Seedammcenter – 1972", negierten als Baukörper den Kontext. Dies lag wohl auch an der Grösse des Volumens, die eine landschaftliche Einpassung erschwerte. Rebmann entwarf vielmehr ein in sich stimmiges Gebäude, welches in Materialwahl und Form Bezüge zu einer zeitgemässen Entwurfshaltung der 1970er-Jahre erkennen liess. Dies verwies darauf, dass Rebmann als Architekt und Absolvent der ETHZ in das damalige Denkkollektiv der Architekten eingebunden und am Diskurs und Austausch beteiligt war.

2.3.2.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Ein Einkaufszentrum nach amerikanischem Vorbild

Rebmann versprach Vögele ein „Schmuckkästchen".[318] Als Architekt problematisierte Rebmann insbesondere die Umsetzung qualitativ-räumlicher Aspekte. Er wollte nicht ein zweites Breuningerland erstellen, sondern Vögele ein eigenständiges, der Situation angepasstes Einkaufshaus präsentieren. In dieser Situation erwartete Rebmann von Vögele als Auftraggeber, dass dieser seine Ambitionen unterstützte. Von den Bewilligungsbehörden hingegen erwartete Rebmann, dass diese die aufgrund des Raumprogramms erforderliche Übergrösse im Rahmen von Sonderbewilligungen genehmigten. Und von der unmittelbaren Nachbarschaft erhoffte er, dass diese sich zumindest nicht gegen das Projekt stellen würden.

• Partnergewinnung – ein „Schmuckkästchen"

In Bezug auf die erforderlichen Ausnahmebewilligungen für das Einkaufszentrum konnten die architektonischen Ambitionen seitens Rebmann auch als Verhandlungsangebot oder als Ausgleichsmassnahme verstanden werden. Architektur alleine als Grundlage für eine Allianzpartnerschaft mit den Gemeindebehörden schien nicht zu genügen. Obwohl sich die Gemeindevertreter grundsätzlich für das Projekt eines Einkaufszentrums im Gwatt interessierten, zeichnete sich eine mögliche Allianz mit den Gemeindevertretern vorerst nicht ab. Umgekehrt gelang es Rebmann, Vögele für sein „Schmuckkästchen" zu begeistern. Rebmann lieferte die erwartete Qualität. Charles Vögele schien damit zufriedengestellt.[319]

[317] Felix Rebmann, „Visualisierung Einkaufszentrum Seedammcenter Pfäffikon", Eingang Bauverwaltung Freienbach am 4. Februar 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[318] Interview mit Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters, 20. Juli 2007.
[319] Ebenda.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Vögele steht hinter Rebmann, die Mall-Gestaltung übernimmt ein amerikanisches Architekturbüro

Wie Rebmann im Interview betonte, soll sich Vögele insbesondere in den Verhandlungen mit den Gemeindevertretern hinter die Inhalte Rebmanns gestellt haben. Aus diesem Grund habe er Vögele immer dann zu Besprechungen mit den Gemeindevertretern mitgenommen, wenn sich wichtige Entscheidungen, die Architektur betreffend, anbahnten.[320] Dieses Vertrauen schenkte Vögele Rebmann allerdings nicht bei der Innengestaltung. Hier bestimmte Vögele, dass ein Büro mit spezifischer Erfahrung die Mall entwerfen sollte. Diese klare Rollenverteilung war gewissermassen Bestandteil der Auftragsvereinbarung und von Rebmann, wollte dieser den Auftrag wahrnehmen, auch zu akzeptieren. Mit dieser inhaltlichen Verschiebung der Rollen war es Rebmanns Aufgabe, die architektonischen, räumlich-qualitativen Inhalte in den Aushandlungsprozess der Planwelt „Seedammcenter – 1972" einzubringen und die Fassadengestaltung, die räumliche und konstruktive Grundstruktur des Gebäudes wie auch die Parkierungsanlage zu entwickeln.

• Bewährungsprobe – Die Planwelt „Seedammcenter 1 – 1972" wird als Baugesuch eingereicht

Der Entscheid, das Vorprojekt Rebmanns als Baugesuch bei der Gemeinde einzureichen, stellte aus der Sicht des Architekten die Bewährungsprobe für die Planwelt dar. Rebmanns Entwurf, also seine Übersetzung der verschiedenen Rahmenbedingungen in eine unter architektonischen Gesichtspunkten geformte Planwelt, erforderte die Zustimmung der bis zu diesem Zeitpunkt entscheidungsberechtigten Akteure des Aktor-Netzwerks „Einkaufszentrum". Wie die Eingabe am 4. Februar 1972 bewies, erhielt Rebmann diese Zustimmung von den zu diesem Zeitpunkt relevanten Akteuren der Bauherrschaft und der Korporation als Baurechtsgeberin. Die Planwelt „Seedammcenter – 1972" repräsentierte mit der Baueingabe die Interessen des Aktor-Netzwerks in der Vorprojektphase.

Obwohl über Bauordnung und Zonenplan passiv in das Aktor-Netzwerk der Vorprojektphase integriert, hatten weder die Raumplanung noch die Bauverwaltungen, -behörden oder politischen Vertreter der Gemeinde Einfluss auf den Entscheid der Baueingabe. Mitsprachemöglichkeit erhielten diese Akteure erst in der Phase des Baubewilligungsverfahrens im Rahmen der Rückübersetzung der Planwelt „Seedammcenter – 1972". Zum Zeitpunkt der Baueingabe setzten Vögele, Dettwyler, Rebmann und die Vertreter der Korporation Pfäffikon die Zustimmung der Behörden und Verwaltungen auf der Ebene der Voraussetzung.

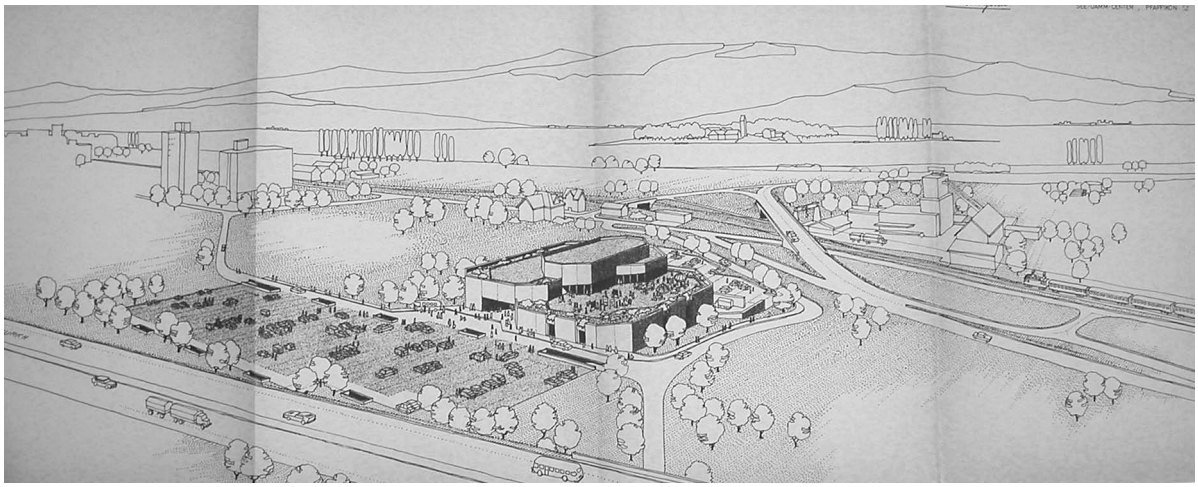


Abb. 12: Felix Rebmann, „Visualisierung Einkaufszentrum Seedammcenter Pfäffikon", Eingang Bauverwaltung Freienbach am 4. Februar 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

[320] Ebenda.

2.3.3 Die Rückübersetzung der Planwelt „Seedammcenter – 1972“ in die Siedlungswirklichkeit

Der Zeitpunkt der Eingabe der Baubewilligung kann als Übergang der Phase der Entstehung von Planwelten in die Phase der Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit beschrieben werden. Ab dem Moment der öffentlichen Bekanntmachung und der Auflage der Baueingabe am 11. Februar 1972 begannen die gesellschaftliche Verwebungen der Planwelt „Seedammcenter – 1972“.[321] Bis anhin war vom Knüpfen der ersten vagen Netzwerke die Rede gewesen, davon, dass sich Akteure über ihre Interessen fanden und an Allianzbildungen arbeiteten. Dass Charles Vögele früh mit der Korporation Pfäffikon und der Gemeinde Freienbach wie auch mit dem Architekten Kontakt aufnahm, rührte aus dem Umstand, dass Vögele starke Verbündete benötigte. Nur mit diesen Allianzpartnern konnte er die Realisierungschancen des Vorhabens Seedammcenter langfristig verbessern. Um eine Zuspitzung des Vorhabens auf ein konkretes Vorprojekt überhaupt zu ermöglichen, mussten die Strukturen schlank gehalten werden, also wurden nur die scheinbar relevantesten Akteure ins Aktor-Netzwerk integriert. Mit ihnen wurde in einem ersten Schritt aktiv verhandelt, in Bezug auf die Gemeinde auch nur vorverhandelt. Die aus der Sichtweise des Netzwerks weniger relevanten Akteure wurden hingegen von den Entscheidungsprozessen ausgegrenzt.

Mit der öffentlichen Auflage des Vorprojekts wurde den „Aussenstehenden“ zum ersten Mal klar, welche Rollen ihnen zugedacht waren. Zeigte sich, dass sich ein Akteur oder Aktant dieser Rolle verweigerte, musste die Rolle neu verhandelt werden. Wie das aussehen konnte, zeigt der nächste Abschnitt.

2.3.3.1 Erste Verhandlungen der Planwelt „Seedammcenter – 1972“ – Einsprache Migros

Mit der Abgabe des Baugesuchs und der öffentlichen Planauflage bekundete Charles Vögele seinen Willen, seine Vision eines Einkaufszentrums in Freienbach auch zu realisieren. Nur etwaige Gegner konnten das Vorhaben gefährden. Daher war die Charles Vögele AG darauf angewiesen, diese als Allianzpartner ins Aktor-Netzwerk „Einkaufszentrum“ zu integrieren. Beispielsweise stellte die Nachbarin Genossenschaft Migros eine potenzielle Gegnerschaft dar. Dass keine Vorverhandlungen mit der Genossenschaft Migros stattgefunden hatten, hing offensichtlich damit zusammen, dass die Charles Vögele AG davon ausging, dass sich die Migros stillschweigend in die Allianz „Seedammcenter“ einbinden liess.

Um die Realisierungschancen eines eigenen Projekts am Standort Gwatt nicht zu gefährden, stellte sich die Genossenschaft Migros gegen allfällige Einschränkungen und verweigerte sich in diesem Sinne der ihr zugedachten Rolle des stillschweigenden Nachbarn. Diese Verweigerung leitete ein langwieriges juristisches Seilziehen zwischen der Charles Vögele AG und der Genossenschaft Migros ein.

[321] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche, Charles Vögele AG, Einkaufszentrum „Seedammcenter“ Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 331, 10. März 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

Am 1. März 1972 erreichte die Gemeinde Freienbach die Einspracheschrift der Genossenschaft Migros gegen das Baugesuch für das geplante Seedammcenter.[322] Das publizierte Bauvorhaben verletze in mehrfacher Hinsicht das Baureglement und den Zonenplan der Gemeinde Freienbach und verstosse gegen das kantonale Baugesetz, so die Einleitung des Rechtsanwalts der Migros. Im Wesentlichen beanstandete dieser die Gebäudelänge, die beim eingereichten Vorprojekt 81 Meter anstelle der erlaubten 60 Meter betrage. Zusätzlich wurde die Gebäudehöhe von 15 Metern bei zulässigen 12 Metern beanstandet. Auch der geplante Grenzabstand unterschritt mit 8 Metern den gesetzlich vorgeschriebenen Abstand um einen Meter. Die Genossenschaft Migros reklamierte weiter, dass die geplante Erschliessungsstrasse der Korporation Pfäffikon über ihr Grundstück führe, ohne dass diese darüber informiert worden sei. „Durch das Bauvorhaben würde das Grundstück der Einsprecherin in rechtswidriger Weise in Anspruch genommen, sodass unter diesem Gesichtspunkt eine Baubewilligung nicht erteilt werden kann."[323] Angesichts der aus der Sicht der Genossenschaft Migros vielfältigen Verletzungen des Baureglements stellte der Rechtsanwalt abschliessend die Frage, „ob das Bauprojekt eigentlich unter völliger Ausserachtlassung des Baureglementes erstellt worden ist".[324]

Am 13. März wurde die einsprechende Partei, Genossenschaft Migros, wie die beiden Gegenparteien, Charles Vögele AG und die Korporation Pfäffikon, zum Vermittleramt im Gemeindehaus in Pfäffikon vorgeladen.[325] Aus diesen Vermittlungen gingen bald erste Verhandlungsresultate hervor. Vögele, das Ziel der Umsetzung seiner Vision des Seedammcenters verfolgend, zeigte sich in einzelnen Punkten kompromissbereit. So sollte das Projekt verkleinert, der Grenzabstand gegenüber der Liegenschaft der Genossenschaft Migros hingegen vergrössert werden.[326] Auch bezüglich der geplanten Erschliessungsstrasse kam er der Genossenschaft Migros entgegen. Für die Vertreter der Charles Vögele AG waren damit die Einsprachepunkte erledigt. Mit der Überarbeitung der Planwelt „Seedammcenter – 1972" wurde Felix Rebmann beauftragt.[327]

2.3.3.2 Falsche Geländeaufnahmen

Ungelegen kam die Einsprache der Genossenschaft Migros dem Architekten Felix Rebmann und Peter Dettwyler, dem Vertreter der Charles Vögele AG, nicht. Aufgrund falscher Angaben zur Topografie des Geländes war Felix Rebmann bei seinem ersten Entwurf von einem nahezu flachen Gründstück ausgegangen. Dies zeigte insbesondere die Visualisierung, welche den Planunterlagen der ersten am 4. Februar 1972 eingegangenen Baueingabe beigelegt war.[328] Auffallend war die flache Anordnung der Parkfläche südlich des geplanten Seedammcenters. Unter dieser Parkierungsfläche war ein Parkhaus geplant. Wie in Amerika üblich, hatte Rebmann auch in Spreitenbach und beim Breuningerland die Parkierungsflächen rund um das Einkaufszentrum angelegt. Dies hatte er auch beim Seedamm-

[322] Baueinsprache, „Genossenschaft Migros, Zürich gegen Charles Vögele AG und die Korporation Pfäffikon gegen das im Amtsblatt Nr. 6, 1972, S. 185 publizierte Bauvorhaben", 1. März 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[323] Ebenda, S. 3.
[324] Ebenda, S. 3.
[325] Schreiben des Vermittleramtes der Gemeinde Freienbach an Charles Vögele AG, Korporation Pfäffikon, Genossenschaft Migros, „Vorladung an das Vermittleramt", 4. März 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[326] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche, Charles Vögele AG, Einkaufszentrum „Seedammcenter" Pfäffikon", Traktandum-Nr. 560, 21. April 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[327] Brief der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Baugesuch Seedamm-Center", 4. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[328] Felix Rebmann, „Visualisierung Einkaufszentrum Seedammcenter Pfäffikon", Eingang Bauverwaltung Freienbach am 4. Februar 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

center so vorgesehen.[329] Das Gelände jedoch war mehr als doppelt so steil wie ursprünglich angegeben, und so war das Projekt akut gefährdet, da sich nicht mehr genügend Parkierungsfläche auf der Parzelle unterbringen liessen. Das reale Gelände verweigerte sich als Akteur gewissermassen der Voraussetzung der Planwelt „Seedammcenter – 1972“, flach zu sein. Um die Realisierungschancen des Seedammcenters zu verbessern, mussten die Planwelten angepasst werden. Rebmann entwickelte in der Folge eine Parkierung mit Rampen entlang des südlich gelegenen Hangs. Zudem plante er eine befahrbare Passerelle zum Dach des Einkaufszentrums, um darauf weitere Parkierungsflächen anbieten zu können.[330]

Dass es nicht zu einem Verhandlungsabbruch beispielsweise im Rahmen eines Rückzugs des Planungsauftrags durch Vögele, einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses zwischen Dettwyler und der Charles Vögele AG oder im schlimmsten Falle einer Aufgabe des Vorhabens durch die Charles Vögele AG kam, lag daran, dass Rebmann unmittelbar auf die neu bekannt gewordenen Umstände reagierte und eine neue Parkierungsanordnung entwickelte. Da der Fokus von Charles Vögele damals auf den Verhandlungen mit der Genossenschaft Migros lag, sich Rebmann wie auch Dettwyler ruhig und sachlich verhielten, erfuhr kaum jemand von den aufgetauchten Schwierigkeiten.[331] Die neue Parkierungslösung konnte mit den aus dem Aushandlungsprozess geforderten Änderungen nahezu unbemerkt in die zweite Baueingabe einfliessen. Damit betraf die erste grössere Abänderung der Planwelt „Seedammcenter 1 – 1972“ weniger die Gebäudehöhe und den Grenzabstand als vielmehr die Abänderung der Umgebungs- und Parkierungsanlage.

2.3.3.3 Das zweite Baugesuch als Folge der Verhandlungsresultate und Fehlinformationen

Während der Planänderungen erkundigten sich die Vertreter der Charles Vögele AG beim Gemeinderat, ob für ein abgeändertes Projekt eine nochmalige Planauflage erforderlich sei. Da es sich bei der Überarbeitung des Vorprojekts um eine Verkleinerung handelte, beschloss der Gemeinderat, auf eine erneute Ausschreibung des Bewilligungsgesuchs zu verzichten. Der Gemeinderat setzte jedoch für die Aufnahme des Bewilligungsverfahrens den Rückzug der noch hängigen Baueinsprache durch die Genossenschaft Migros gegen das erste Baugesuch voraus.[332]

Eine entsprechende Einigung zwischen der Genossenschaft Migros, der Charles Vögele AG und der Korporation Pfäffikon war in Verhandlung. Es zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt ab, dass sich die Genossenschaft Migros einverstanden erklären würde, dass die Erschliessungsstrasse für das zukünftige Einkaufszentrum über ihr Grundstück führt. Im Gegenzug forderten die Vertreter der Genossenschaft Migros allerdings, dass die Korporation Pfäffikon einen Realersatz für die beanspruchte Grundstücksfläche von 1’330 Quadratmeter leiste. Weiter verlangte die Genossenschaft Migros, dass ihr das unentgeltliche Anschlussrecht an die Strasse zugesichert werde. Diesbezüglich sollte der gesamte Strassenbau derart dimensioniert werden, dass jederzeit ohne zusätzliche behördliche Auflagen und Kosten die uneingeschränkte Erschliessung der gesamten Grundstücksparzelle der Migros

[329] Interview mit Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters, 20. Juli 2007.
[330] Ebenda.
[331] Ebenda.
[332] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche, Charles Vögele AG, Einkaufszentrum „Seedammcenter“ Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 560, 21. April 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

möglich war. Als Verhandlungs-Zusatz versuchte sich die Genossenschaft Migros ihre weitere Zukunft am Standort Gwatt abzusichern. Zudem zeigten sich die Firma Charles Vögele AG und die Korporation Pfäffikon bereit, zukünftig auf jegliche Einsprache gegenüber Planungen auf der Parzelle der Genossenschaft Migros, die im Rahmen der geltenden Bauordnungen und Ausnahmebestimmungen in ähnlichen Dimensionen wie beim Projekt Seedammcenter geplant würden, zu verzichten.[333] Die Migros wollte im Gegenzug ihre Einsprache zurückziehen und keine Einsprache mehr gegen ein überarbeitetes und verkleinertes Projekt erheben.[334]

Bereits am 5. Mai 1972 reichte die Charles Vögele AG das zweite Baubewilligungsgesuch bei der Gemeindeverwaltung Freienbach ein, obwohl die Verhandlungen zwischen der Genossenschaft Migros und der Charles Vögele AG noch nicht abgeschlossen war und die Genossenschaft Migros ihre Einsprache zu diesem Zeitpunkt noch nicht zurückgezogen hatte.[335]

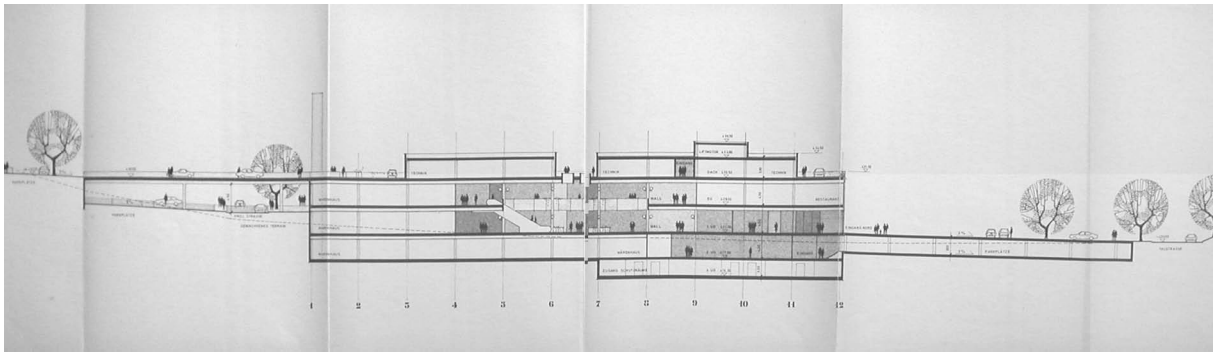


Abb. 13: Felix Rebmann, „Längsschnitt 1:200, Abänderungsprojekt 1, Seedammcenter Pfäffikon“, Baueingabe am 5. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

Dass die Vertreter der Charles Vögele AG die zweite Baueingabe vor Unterzeichnung der Vereinbarung und Rückzug der Einsprache durch die Genossenschaft Migros bei der Gemeinde Freienbach eingereicht hatten, zeigte, welche Priorität das Projekt für Charles Vögele haben musste. In diesem Zusammenhang war auch verständlich, weshalb die Charles Vögele AG im Rahmen der Aushandlungsprozesse gegenüber der Genossenschaft Migros deren Forderungen weitgehend zu entsprechen beabsichtigte. Um die Realisierungschancen der eigenen Interessen in Bezug auf die Vision Seedammcenter zu verbessern, drängte sich den Vertretern der Charles Vögele AG eine Vereinbarung mit der Genossenschaft Migros auf. Die Verhandlungsbereitschaft seitens der Charles Vögele AG wurde wiederum von der Genossenschaft Migros genutzt. Das Projekt zu verhindern, war der Migros kaum möglich, ohne damit gleichzeitig ihre eigenen Ziele eines Einkaufszentrums auf der Nachbarparzelle zu gefährden. Dafür zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt für die Genossenschaft Migros eine Gelegenheit ab, für ihre eigenen Ideen und Ziele am Standort Freienbach die besten Bedingungen zu schaffen. Diese Chance wusste die Genossenschaft Migros zu nutzen, wie es die bereits beschriebenen Inhalte der bevorstehenden Einigung zeigten.

---

[333] Vereinbarung zwischen der Genossenschaft Migros und der Charles Vögele AG, Korporation Pfäffikon, „Privatrechtliche und öffentlichrechtliche Einsprache gegen das Bauvorhaben Charles Vögele AG – Neuerstellung einer Erschliessungsstrasse im ‚Gwatt‘ 8808 Pfäffikon SZ“, 25. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9, S. 2.
[334] Ebenda, S. 3
[335] Baugesuch Nr. 7/72, „Einkaufszentrum ‚Seedammcenter‘ Pfäffikon“, Eingang 5. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

2.3.3.4 Aushandlung der Erschliessungsstrasse des Seedammcenters – kreuzungsfreier Anschluss an die bestehende Kantonsstrasse

Trotz der anfänglich massiven Kritik an der Erschliessung des Gwatt seitens der Genossenschaft Migros genehmigte der Gemeinderat von Freienbach das generelle Projekt der Erschliessungsstrasse des Seedammcenters der Korporation Pfäffikon vom 23. Februar 1972.[336] Während der 30-tägigen öffentlichen Auflagefrist war keine Einsprache gegen das Projekt eingegangen.[337] Es kann davon ausgegangen werden, dass die Verhandlungen bezüglich der Baueinsprache gegen das Seedammcenter zwischen der Charles Vögele AG, der Korporation Pfäffikon und der Migros Genossenschaft zu diesem Zeitpunkt bereits weit fortgeschritten waren[338] und es dürfte auch nicht mehr im Interesse der Genossenschaft Migros gelegen haben, gegen das Erschliessungs-Bewilligungsgesuch der Korporation Pfäffikon Einsprache zu erheben.

Trotzdem – solange die Genossenschaft Migros die Einsprache gegen das Bewilligungsgesuch „Seedammcenter – 1972“ nicht wirklich zurückgezogen hatte, blieben die Rückübersetzung des Seedammcenters, wie auch die Rückübersetzung der Erschliessung in die Siedlungswirklichkeit blockiert. Diese Verzögerung veranlasste die Vertreter der Charles Vögele AG, die Blockade trotz der Verhandlungsbereitschaft der Genossenschaft Migros zu umgehen. Am 19. Mai 1972 reichte der Rechtsvertreter der Charles Vögele AG bei der Bauverwaltung der Gemeinde Freienbach Planwelten für eine neue Linienführung der Erschliessungsstrasse ein.[339] Diese tangierte die Parzelle der Genossenschaft Migros nicht mehr. Die Projektänderung sollte durch den Gemeinderat bewilligt werden und die am 23. Februar 1972 bewilligte Erschliessungsplanung ersetzen. Im Begleitbrief kommentierte der Rechtsvertreter, dass diese Massnahme notwendig geworden sei, „weil sich die Genossenschaft Migros Zürich noch nicht durchringen konnte, ihr mündlich längst in Aussicht gestelltes Versprechen wahrzumachen und die Bewilligung zu erteilen, für die Erschliessungsstrasse das Land der Genossenschaft mitzubenutzen“.[340] Zusammenfassend hielt der Rechtsvertreter der Charles Vögele AG fest, „dass alle von der Genossenschaft Migros Zürich vorgebrachten öffentlichen und privaten Einsprachegründe durch das neue Projekt gegenstandslos geworden sind, so dass die Einsprache der Genossenschaft Migros als gegenstandslos dahingefallen ist“.[341]

Nach dieser Aktion war wiederum die Genossenschaft Migros gefordert. Hätte sie die Vereinbarung mit der Charles Vögele AG und der Korporation Pfäffikon am 25. Mai 1972 nicht unverzüglich unterschrieben, hätte die Migros im Zusammenhang mit der neuen Erschliessungsstrasse sämtliche bis zu diesem Zeitpunkt erlangten Verhandlungsvorteile wie kostenloses Anschlussrecht an die Erschliessung oder Einspracheverzicht der Charles Vögele AG und der Korporation Pfäffikon gegenüber zukünftigen Projekten der Genossenschaft Migros ganz oder teilweise verloren. Mit der Unterschrift der

[336] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche Seedammcenter, Strassenplanung Seedammcenter“, Traktandum-Nr. 582, 21. April 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[337] Ebenda.
[338] Vereinbarung zwischen der Genossenschaft Migros und der Charles Vögele AG, Korporation Pfäffikon, „Privatrechtliche und öffentlichrechtliche Einsprache gegen das Bauvorhaben Charles Vögele AG – Neuerstellung einer Erschliessungsstrasse im ‚Gwatt‘ 8808 Pfäffikon SZ“ 25. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[339] Schreiben des Rechtsvertreters der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach und die Genossenschaft Migros, „Seedamm-Center in Pfäffikon“, 19. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[340] Ebenda, S. 2.
[341] Ebenda, S. 1.

Genossenschaft Migros unter die bereits erwähnte schriftliche Vereinbarung konnte der zweite Erschliessungsvorschlag durch die Charles Vögele AG und die Korporation Pfäffikon abgewendet werden. Der Umweg des Aktor-Netzwerks „Seedammcenter" über die Erschliessungsalternative war offenbar notwendig, um den Verhandlungsdruck auf die Genossenschaft Migros zu erhöhen und diese zum Einlenken zu bewegen.

Dem Vorwärtsdrang der Charles Vögele AG standen die langen Dienstwege der Migros von der Geschäftsleitung der Migros Zürich bis zur Genossenschafts-Verwaltung entgegen.[342] So sollte der verhandelte Rückzug der Einsprache erst am 11. September 1972 durch den Rechtsvertreter der Genossenschaft Migros tatsächlich auch eingelöst werden.[343]

In der Zwischenzeit stellten sich bei der Baukommission der Gemeinde Freienbach Bedenken gegenüber dem vorgelegten Erschliessungsprojekt der Korporation Pfäffikon ein. Kritisch betrachtet wurden insbesondere der Anschluss der Schützenstrasse, an die spätere Gwattstrasse, und an die Kantonsstrasse. Um unliebsame Überraschungen zu vermeiden, „die auch die Gemeinde belasten würden, muss von Anfang an diesem Problem die volle Aufmerksamkeit geschenkt werden".[344] Aus diesen Überlegungen erfolgte der Antrag der Baukommission an den Gemeinderat, dass vor der Erteilung der Baubewilligung für das Seedammcenter von der Charles Vögele AG und der Korporation Pfäffikon eine kreuzungsfreie Einfahrt, also eine Überführung der neuen Erschliessungsstrasse in die Kantonsstrasse, zu verlangen sei. Die Baukommission verlangte zudem, dass die Überführung vor der Aufnahme der Bauarbeiten für das Seedammcenter erstellt werden sollte.[345]

Diesem Antrag der Baukommission folgte der Gemeinderat an der Bewilligungsverhandlung des zweiten Baugesuchs für das Seedammcenter am 26. Mai 1972 nicht.[346] Für den Anschluss an die Kantonsstrasse habe die Bauherrschaft die Ausfahrtbewilligung und Projektgenehmigung vom Kanton einzuholen. Die Art und Weise des Anschlusses liege im Entscheidungsbereich des Kantons.[347] Im Sinne der im Baureglement verankerten Bestimmungen über die Arealüberbauungen und Gestaltungspläne beabsichtigte der Gemeinderat, die nach wie vor notwendigen Ausnahmen bezüglich der Gebäudelänge und -höhe zu gewähren. Es handle sich beim vorgelegten zweiten Baugesuch um ein „sehr ansprechendes Projekt, das eine Ausnahme in Bezug auf die Gebäudelänge, bzw. Gebäudebreite rechtfertigt".[348] Da mittlerweile auch die schriftliche Vereinbarung zwischen der Genossenschaft Migros, der Korporation Pfäffikon und der Charles Vögele AG vorlag, welche besagte, dass die Migros die Baueinsprache unter den nun herrschenden Umständen zurückziehen werde, beschloss der Gemeinderat, das Baugesuch des abgeänderten Projekts vom 5. Mai 1972 für den Bau des Seedammcenters mit Auflagen zu bewilligen.[349]

---

[342] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[343] Schreiben des Rechtsanwaltes der Genossenschaft Migros an den Gemeinderat Freienbach, Rückzug der unter dem 1. März 1972 abhängig gemachten Baueinsprache gegen die Charles Vögele AG und Korporation Pfäffikon, 11. September 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[344] Auszug aus dem Teilprotokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Rapperswil", 24. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9, S. 1.
[345] Ebenda.
[346] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 7/72, Einkaufszentrum „Seedammcenter" Pfäffikon", Traktandum-Nr. 810, 26. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[347] Ebenda, S. 2.
[348] Ebenda, S. 1
[349] Ebenda, S. 2

Die Auflage umfasste zwei Hauptpunkte. Zum einen musste das Strassenprojekt dem Kanton zur Genehmigung und zur Erteilung der Ein- und Ausfahrtbewilligung unterbreitet werden. Zum anderen wurde bestimmt, dass mit den Hochbauarbeiten für das Seedammcenter erst begonnen werden durfte, wenn die Erschliessungsstrasse im Rohbau erstellt worden war.[350]

Umgehend wurde der Rohbau der Erschliessungsstrasse in Angriff genommen.[351] Bereits im November 1972 war die Erschliessungsstrasse fertiggestellt, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Frage der Anschlüsse an die Kantonsstrasse zwischen der Korporation Pfäffikon, der Charles Vögele AG und den Vertretern des Kantons Schwyz noch nicht geklärt war.[352] Dieses risikoreiche Vorgehen bewies die Ernsthaftigkeit, mit welcher Charles Vögele und seine Allianzpartner die Vision vorantreiben wollten. Vögele wollte keine weitere Zeit verlieren. Mit dem ersten Spatenstich der baulichen Umsetzung der Erschliessungsstrasse zeigten sich die ersten räumlichen Auswirkungen der Vision Einkaufszentrum in der Siedlungswirklichkeit des Gwatt.

Bezüglich der Baueingabe für den Neubau des Seedammcenters waren damit die Verhandlungen mit den Gemeindevertretern und der Genossenschaft Migros soweit abgeschlossen. Die Aktor-Netzwerke der Genossenschaft Migros, des Gemeinderats und der Baukommission konnten vorerst an das dadurch gestärkte Aktor-Netzwerk der Planwelt „Seedammcenter – Mai 1972“ gebunden werden. Da die Erschliessungsfrage der Kreuzung noch mit den zuständigen Behörden des Kantons Schwyz verhandelt werden musste, musste das neu formierte Aktor-Netzwerk „Seedammcenter“ weitere Verhandlungen mit den Vertretern des Kantons aufnehmen.

Im Januar 1973 erarbeitete das Ingenieurbüro Hiestand und Büttner Erschliessungsvarianten für das Gebiet „Äusseres Gwatt“.[353] Auftraggeber waren der Kanton Schwyz und die Gemeinde Freienbach. Die Studie diskutierte anhand von vier Varianten des Verkehrsknotens Gwatt-/Schützenstrasse und Kantonsstrasse die jeweiligen Vor- und Nachteile. Während die Varianten 1 und 2 konventionelle Kreuzungspunkte darstellten, waren die Variante 3 und 4 als kreuzungsfreie Knoten ausgebildet.[354] Die Variante 4 sah dabei die grosszügigste Lösung mit Brücke und ausgreifender Brückenauffahrt vor. Diesbezüglich stellte die Variante 3 eine reduzierte und weniger raumgreifende Form der Variante 4 dar. Gemäss Studienverfassern galt die Variante 4 „verkehrstechnisch“ als „Ideallösung“, hatte aber aufgrund der beschränkten Platzverhältnisse und hohen Erstellungskosten offensichtlich auch Nachteile.[355] Die Verfasser der Studie schlugen die Variante 3 vor. Sie sei nach Abwägung der Vor- und Nachteile zwar nicht die perfekteste, dafür aber vernünftigste Lösung.[356]

In den folgenden Monaten fanden intensive Verhandlungen zwischen der Gemeinde Freienbach, dem Kanton Schwyz und der Charles Vögele AG statt. Am 25. Mai 1973 schrieb der Vertreter der Charles

[350] Ebenda, S. 3
[351] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 7/72, Einkaufszentrum ‚Seedammcenter‘ Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 810, 26. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[352] Schreiben des Rechtsvertreters der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Seedamm-Center“, 9. November 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9, S. 5
[353] Ingenieurbüro Hiestand und Büttner, „Variantenstudie und deren Kosten Erschliessung „Äusseres Gwatt“, Januar 1973“, 26. Januar 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9
[354] Ebenda, S. 1-3
[355] Ebenda, S. 2.
[356] Ebenda, S. 3

Vögele AG dem Gemeinderat von Freienbach, dass die Charles Vögele AG den Entscheid gefällt habe, die kreuzungsfreie Einfahrt von der Schützenstrasse in die Kantonsstrasse zu erstellen und im Sinne der Verhandlungen auch zu finanzieren.[357] Im selben Schreiben stellte die Charles Vögele AG gleichzeitig Forderungen an die Gemeinde Freienbach. So erhoffte sich die Charles Vögele AG, dass sich die Gemeinde beim Kanton dafür einsetze, den vom Kanton angemeldeten Wünschen nach einer Einfahrt- und Beschleunigungsspur nicht nachkommen zu müssen. Als weitere Forderung sollte sich die Gemeinde bei der kreuzungsfreien Erschliessung mit einem Betrag von 220'000 sFr. an den geschätzten Baukosten von rund 1.6 Mio. sFr. beteiligen.[358]

Insbesondere auf den letzten Punkt wollte sich die Baukommission nicht einlassen. Sie beharrte auf ihrer Position, dass die Strasseneinfahrt öffentlich bleiben und ohne Einkauf der Gemeinde von der Öffentlichkeit benutzt werden können musste. Ob sich hingegen Drittparteien wie beispielsweise die Genossenschaft Migros beteiligen müssten, sei dann Sache der Bauherrschaft.[359] Die Baukommission stellte erneut den Antrag an den Gemeinderat, das Erschliessungsvorhaben erst zu bewilligen, wenn es vom Regierungsrat des Kantons genehmigt respektive dessen Forderungen erfüllt worden seien.[360]

Am 22. Mai 1973 und am 8. Juni 1973 wurden weitere Verhandlungen mit den Vertretern des Kantons und den Vertretern des Aktor-Netzwerkes „Seedammcenter" geführt.[361] Resultat dieser Zusammentreffen war, dass sich das Baudepartement des Kantons bereit zeigte, das Vorprojekt der kreuzungsfreien Erschliessung zu genehmigen, allerdings unter der Auflage, dass eine Verzögerungsspur auf der Südseite der Churerstrasse angelegt werde.[362] In der Baukommissionssitzung vom 18. Juni 1973 wurde ergänzend beschlossen, dass die Erwartungen gegenüber den am Bau der Überführung beteiligten Parteien im Rahmen eines Vertrags genau festgehalten werden sollten.[363]

2.3.3.5 Verzögerungen und weitere Projektänderungen

Die Verhandlungen zwischen dem Aktor-Netzwerk „Seedammcenter", den Projektgegnerschaften und den kommunalen und kantonalen Verwaltungen verzögerten den Rückübersetzungsprozess nachhaltig. Allein zwischen der ersten Baueingabe für das Seedammcenter bis zur Erstellung der Erschliessungsstrasse im Rohbau lagen rund neun Monate. In dieser Zeitspanne änderten sich die Rahmenbedingungen in Bezug auf die Planwelt „Seedammcenter – Mai 1972". Ebenfalls änderten sich auch die Bedürfnisse und Interessen des Aktor-Netzwerks „Seedammcenter". So zeichnete sich beispielsweise eine unerwartete Nachfrage nach Verkaufsflächen im zukünftigen Seedammcenter ab. Insbesondere interessierte sich die Warenhausgruppe Vilan als Grossmieter für Verkaufsflächen.[364] Aus

[357] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Zürcherstrasse 9, 8640 Rapperswil", 4. Juni 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9, S. 1
[358] Ebenda, S. 2-3
[359] Ebenda, S. 3
[360] Ebenda, S. 4
[361] Schreiben des Gemeinderates Freienbach an das Baudepartement des Kantons Schwyz, „874-6.3/34.12 Seedammcenter / Anschluss Churerstrasse in Pfäffikon", 15. Juni 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9
[362] Ebenda.
[363] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Zürcherstrasse 9, 8640 Rapperswil – Kreuzungsfreie Ein- und Ausfahrt Schützenstrasse/Churerstrasse", 18. Juni 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9, S. 4
[364] Schreiben des Rechtsvertreters der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Seedamm-Center", 9. November 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9, S. 4

diesem Grund wollte man im Untergeschoss auf unterirdische Parkplätze verzichten.[365] Der dadurch frei gewordene Raum sollte als Verkaufsfläche umgenutzt werden.[366] Dafür war bezüglich der zweiten Baueingabe eine Nutzungsänderung zu beantragen. Gleichzeitig musste die Raumhöhe des Untergeschosses an die neue Nutzung angepasst werden. Für die verlorenen Parkplätze im Untergeschoss zeichnete sich für die Charles Vögele AG südöstlich ihrer Baurechtsparzelle eine Lösung ab. Sie verhandelte mit dem Besitzer der Nachbarparzelle, um darauf die verlorenen Parkplätze zu realisieren.[367]

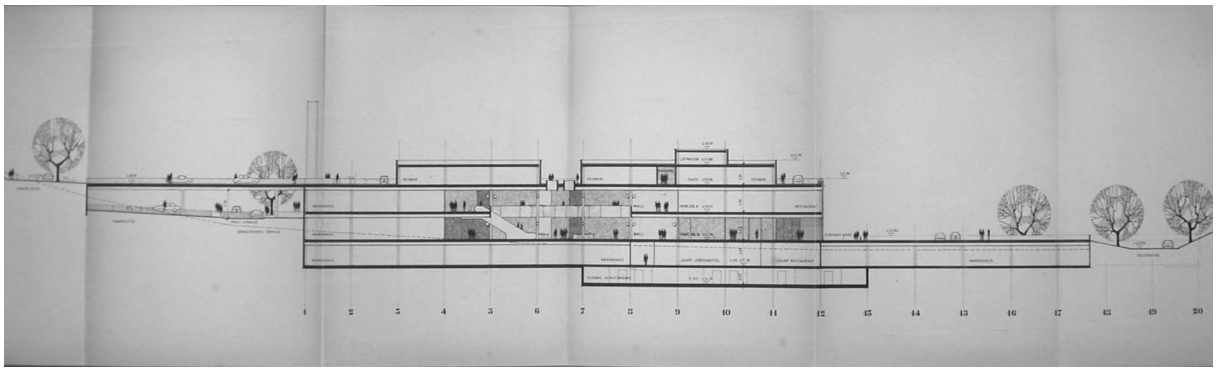


Abb. 14: Felix Rebmann, „Längsschnitt 1:200, Abänderungsprojekt 2, Seedammcenter Pfäffikon“, zweite Abänderung mit Verkaufsflächen-Erweiterung im Untergeschoss, erstellt im Oktober 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

Aufgrund der notwendigen Anpassungen wurde im Oktober 1972 die zweite Abänderung der Planwelt „Seedammcenter – 1972“ als Baugesuch bei der Gemeinde Freienbach eingereicht.[368] Um den Gemeinderat auf die Wichtigkeit der Projektänderungen hinzuweisen, schrieb der Rechtsvertreter der Firma Charles Vögele AG einen Brief an den Gemeinderat Freienbach.[369] Im Schreiben betonte der Rechtsvertreter die Dringlichkeit einer Baubewilligung, da die Projektänderungen vornehmlich das Untergeschoss beträfen. Der Rechtsanwalt verwies auf den Umstand, dass die Rohbauarbeiten für die Erschliessungsstrasse bereits abgeschlossen seien und die Baugrube für das geplante Seedammcenter bereits fertig ausgehoben war.[370] „Eine Verzögerung der Baubewilligung hätte weitere, erhebliche Auswirkungen; auf die Darstellung all dieser Auswirkungen will ich bewusst verzichten.“[371] Um den Entscheid des Gemeinderats zusätzlich zu erleichtern, nahm der Rechtsanwalt im selben Schreiben brieflich zu bereits mündlich vernommenen Einwänden seitens der Baukommission gegen die Projektänderung Stellung. So merkte er an, dass die Bauherrschaft bereit war, allfällige Auflagen in Bezug auf die Gestaltung der Parkierungsanlage zu akzeptieren.[372] Zudem räumte der Rechtsanwalt Bedenken über eine allfällige Knappheit der Parkierungsmöglichkeiten bezüglich der Verkaufsflächenvergrösserung aus. Er informierte den Gemeinderat, dass die Verhandlungen mit dem Nachbarn erfolgreich abgeschlossen werden konnten. So sollten auf dem neu hinzugepachteten Land rund 300 Ersatzplätze zusätzlich bereitgestellt werden.[373]

---

[365] Ebenda, S. 3
[366] Ebenda, S. 1
[367] Ebenda, S. 4
[368] Felix Rebmann, Baueingabepläne 1:200, zweite Planänderung, „Abänderungsprojekt 2, Seedammcenter Pfäffikon“, erstellt im Oktober 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[369] Schreiben des Rechtsvertreters der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Seedamm-Center“, 9. November 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[370] Ebenda, S. 5.
[371] Ebenda, S. 6.
[372] Ebenda, S. 2
[373] Ebenda, S. 3-4

An der Gemeinderatssitzung vom 16. November 1972 wurden die genannten Abänderungen der Planwelt „Seedammcenter – Mai 1972“ bewilligt.[374]

Im März 1973 tauchten Anzeichen für eine dritte Projektänderung auf. Die Firma Charles Vögele hatte zwischenzeitlich beschlossen, den Sitz der Verwaltung von Rapperswil nach Pfäffikon zu verlegen.[375] Im Protokoll des Gemeinderats wurde diesbezüglich erwähnt, eine Delegation des Gemeinderats habe sich der Probleme der Projektänderung im Rahmen einer Aufstockung des Bürotrakts angenommen. In nächster Zeit sollte eine entsprechende dritte Projektänderung eingereicht werden.[376]

Gleichzeitig nahm der Gemeinderat Freienbach Kontakt zum Raumplanungsbüro Stierli auf. Dieses Raumplanungsbüro war, wie bereits beschrieben wurde, verantwortlich für die Erstellung der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“. In einem Brief an das Planungsbüro wurde dieses zur Stellungnahme bezüglich der Änderung der Arealüberbauung aufgrund der Aufstockung des Seedammcenters mit Verwaltungs- und Bürogeschoss gebeten. Die Vertreter des Planungsbüros sollten prüfen, „ob die Voraussetzungen für die Änderung der Arealüberbauung ‚Seedammcenter Pfäffikon‘ gegeben sind und ob die erforderlichen Ausnahmen betreffend Gebäudelänge und -breite, sowie Gebäudehöhe gewährt werden können“.[377] Das Planungsbüro Stierli sah von einer Begutachtung des Änderungsantrags einer Arealüberbauungsplanung ab, die man nicht von Anfang an begleitet habe.[378]

Am 30. März 1973 wurde eine dritte Projektänderung „Attikageschoss Einkaufszentrum ‚Seedammcenter‘ Pfäffikon“ eingereicht.[379] Vorgesehen war die zusätzliche Bereitstellung von 1’970 m^2 Büros und Lagerräumen auf dem Dach des Zentrums (Abb. 15).[380] Das Gesuch fiel in die Zeit der parallel laufenden und bereits beschriebenen, verschärften Verhandlungen zwischen der Charles Vögele AG und der Gemeinde Freienbach bezüglich der finanziellen Beteiligung an der kreuzungsfreien Erschliessung.[381] In einem Brief an den Gemeinderat bemängelte der Vertreter der Charles Vögele AG den Umstand der fortwährenden Verzögerungen und beschrieb die Verhandlungen als „langwierig“.[382]

In der Baukommissionssitzung vom 4. Juni 1973, bei welcher der Brief vorgelesen wurde, zeigte sich die Kommission empört über den „anmassend und arrogant abgefassten Brief“ und wies die Anschuldigungen energisch zurück.[383] Der verschärfte Ton bewegte die Baukommission, den bereits mehrfach vorgetragenen Forderungen der Baukommission gegenüber dem Gemeinderat erneut Nachdruck

[374] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 7/72, Einkaufszentrum „Seedammcenter“ Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 6.3, 16. November 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[375] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Zürcherstrasse 9, 8640 Rapperswil“, 7. Mai 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9, S. 1
[376] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Charles Vögele AG, Seedammcenter“, Traktandum-Nr. 456, 23. März 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[377] Schreiben des Gemeinderates Freienbach an das Raumplanungsbüro Stierli, „Arealüberbauung der Fa. Charles Vögele AG, Einkaufszentrum Seedammcenter mit Verwaltungs- und Bürogeschoss, 25. März 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[378] Schreiben des Planungsbüros Stierli an den Gemeinderat Freienbach, „Arealüberbauung Firma Charles Vögele AG, Äusseres Gwatt, Pfäffikon“, 30. April 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[379] Baugesuch Nr. 20/73, „Attikageschoss Einkaufszentrum ‚Seedammcenter‘ Pfäffikon“, Eingang 30. März 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[380] Ebenda.
[381] Siehe Kapitel 2.3.3.4 Verhandlung der Erschliessungsstrasse des Seedammcenters – kreuzungsfreier Anschluss an die bestehende Kantonsstrasse.
[382] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Zürcherstrasse 9, 8640 Rapperswil“, 4. Juni 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9, S. 1
[383] Ebenda, S. 3.

zu verleihen und die Baubewilligungen für Abänderungen erst auszusprechen, wenn sich die Situation um die kreuzungsfreie Erschliessung des Gwatt an die Kantonsstrasse geklärt habe und vertraglich geregelt war.[384]

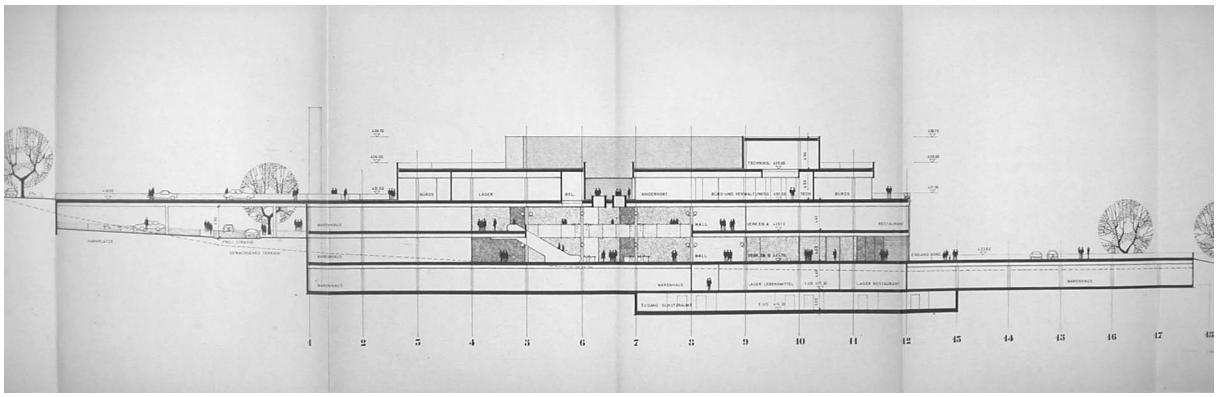


Abb. 15: Felix Rebmann, „Längsschnitt 1:200, Abänderungsprojekt 3, Seedammcenter Pfäffikon“, dritte Abänderung mit Erweiterung des Attikageschosses, erstellt im März 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

Damit trat das ein, was die Baukommission ursprünglich verhindern wollte. Bereits beim ersten Abänderungsgesuch der Planwelt „Seedammcenter – 1972“ beantragte die Baukommission, mit der Bewilligung des Baugesuchs zu warten, bis alle Verhandlungen abgeschlossen seien.[385] Man wollte die Druckmittel für die Verhandlungen mit der Firma Charles Vögele AG nicht aus den Händen geben. Bei einer Bewilligung mit Auflagen sei es danach viel schwieriger, mit der Bauherrschaft zu verhandeln, hielten sie im Protokoll der Baukommissionssitzung vom 24. Mai 1972 fest.[386] Auch am 4. Juni 1973 wurde vermerkt, dass auf alle Fälle vermieden werden sollte, „nochmals unter Druck der Bauherrschaft einen überstürzten Entscheid zu fällen“.[387]

In einem Brief vom 14. Juni 1973 erfolgte die umgehende Reaktion der Charles Vögele AG.[388] Darin wurde bestätigt, dass die Gemeinde sich nicht an den Kosten der kreuzungsfreien Erschliessung beteiligen müsse. Als Gegenzug jedoch wünschte sich die Charles Vögele AG die sofortige Baubewilligung für die Planwelt „Seedammcenter – 1973“. Damit hatten die Vertreter der Gemeinde Freienbach ihr Verhandlungsziel fürs Erste erreicht. Die Kommission beschloss, den Antrag an den Gemeinderat, den Quartiergestaltungsplan sowie die Projektänderungen für die Aufstockung zu genehmigen.[389] Trotzdem sollte die Baubewilligung erst erteilt werden, wenn der Vertrag zwischen der Gemeinde Freienbach, dem Kanton Schwyz, der Korporation Pfäffikon und der Charles Vögele AG bezüglich der kreuzungsfreien Erschliessung rechtskräftig unterschrieben war. Es wurde zudem festgelegt, dass mit dem Attikageschoss erst begonnen werden dürfe, wenn „das Überführungsprojekt endgültig bereinigt und genehmigt ist“.[390]

---

[384] Ebenda, S. 3-4.
[385] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Zürcherstrasse 9, 8640 Rapperswil“, 24. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9, S. 1.
[386] Ebenda.
[387] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Zürcherstrasse 9, 8640 Rapperswil“, 4. Juni 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9, S. 3
[388] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Zürcherstrasse 9, 8640 Rapperswil“, 18. Juni 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[389] Ebenda, S. 4.
[390] Ebenda, S. 5

Am 22. Juni 1973 verhandelte der Gemeinderat die dritte Projektänderung in zwei Abschnitten.[391] Der erste Abschnitt betraf die aufgrund der Projektänderung notwendige Gestaltungsplanänderung. Der zweite Abschnitt betraf die eigentliche Baubewilligung des Seedammcenters.

Bei der Verhandlung der Quartiergestaltungsplanänderung wurde festgehalten, dass während der Auflagefrist von 30 Tagen keine Einsprachen eingegangen seien. Zudem wurde festgehalten, dass es sich trotz der Projektänderung nach wie vor „um ein ansprechendes Projekt" handle. „Durch die Änderung, das heisst durch die Aufstockung, bleibt die angemessene Beziehung zur baulichen und landschaftlichen Umgebung erhalten. Die Ausnahme für die Überschreitung der zulässigen Gebäudehöhe um 2.60 m von 12 m auf 14.60 m ist vertretbar."[392] Unter diesen Voraussetzungen wurde der Gestaltungsplan genehmigt. Als einzige Auflage forderte der Gemeinderat, dass die Mindestzahl von 1'000 Parkplätzen jederzeit zu gewährleisten und grundbuchamtlich zu sichern sei.[393]

Im zweiten Abschnitt verhandelte der Gemeinderat Freienbach das eigentliche Baugesuch für die dritte Projektänderung der Planwelt „Seedammcenter – 1972". Im Beschluss folgte der Gemeinderat dem Antrag der Baukommission, dass mit den Bauarbeiten erst begonnen werden dürfe, „wenn das Projekt für die kreuzungsfreie Ein- und Ausfahrt (Überführung) Schützenstrasse / Kantonsstrasse endgültig bereinigt und genehmigt ist und allfällige Einsprachen erledigt sind".[394]

In einer weiteren Auflage tauchte erstmals ein weiteres Anzeichen für eine mögliche Projektverzögerung auf. Die Baubewilligung des Seedammcenters wurde in Abhängigkeit zum Bundesbeschluss über Massnahmen zur Stabilisierung des zu diesem Zeitpunkt boomenden Baumarktes gebracht.[395] Grössere Bauvorhaben sollten gemäss Beschluss des Bundesrates zurückgestellt werden, um die damalige Hochkonjunktur zu regulieren. Dieser Beschluss trat am 10. Januar 1973 mit der Verabschiedung durch den schweizerischen Bundesrat in Kraft.[396] Es zeichnete sich jedoch bald ab, dass das Vorhaben Seedammcenter davon nicht betroffen war, da sich Teile der Anlage bei Inkrafttreten des Notrechts bereits in Ausführung befanden und die Charles Vögele AG gleichzeitig andere geplante Projekte wie eine Kunstgalerie und eine Freizeitanlage zurückstellte.[397]

Die weiteren Verzögerungen im Zusammenhang mit den Verhandlungen rund um die Strassenanschlüsse an die Kantonsstrasse führten zu weiteren Veränderungen der Rahmenbedingungen. Am 5. Juni 1973 ging ein viertes Abänderungsgesuch der Planwelt „Seedammcenter – 1972" bei der Ge-

---

[391] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Quartiergestaltungsplan Charles Vögele AG, Büro- und Verwaltungsgeschoss beim Einkaufszentrum „Seedammcenter" Pfäffikon", Traktandum-Nr. 969, 22. Juni 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[392] Ebenda, S. 1.
[393] Ebenda, S. 2.
[394] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 20/73, Charles Vögele AG, Büro- und Verwaltungsgeschoss 1. Bauetappe beim Einkaufszentrum ‚Seedammcenter' Pfäffikon", Traktandum-Nr. 970, 22. Juni 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[395] Ebenda.
[396] Anonym (1973). Die dringlichen Konjunkturbeschlüsse waren gesetzlich mit dem Notrecht einer Konjunkturpolitik in der Verfassung verankert. Das Notrecht war weniger ein Instrument der Dämpfung, als vielmehr ein Instrument zur Lenkung der Konjunktur. Ausgangspunkt für das Inkrafttreten des Notrechts war die Hochkonjunktur der Schweizer Wirtschaft Anfang der 1970er-Jahre, welche sich insbesondere in einem bis heute nicht mehr erreichten Bauboom auswirkte.
[397] Schreiben des Beauftragten für die Stabilisierung des Baumarktes an die Charles Vögele AG, Rapperswil, „Bundesbeschluss über die Massnahmen zur Stabilisierung des Baumarktes / Hallenbad und Kunstausstellung, Seedamm-Center, Pfäffikon", 19. Juni 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

meindebauverwaltung ein. Es betraf den Notausgang vom unterirdischen Verkaufsgeschoss auf den Parkplatz Nord.[398] 24 Tage später wurde das Gesuch durch den Gemeinderat genehmigt.[399]

Mit Beschluss vom 27. Juli 1973 stimmte der Gemeinderat Freienbach, mit der Abstimmung vom 27. August 1973 die Korporation Pfäffikon dem von der Baukommission einst geforderten Vertrag zwischen der Gemeinde Freienbach, der Korporation Pfäffikon und der Charles Vögele AG bezüglich der kreuzungsfreien Erschliessung des Seedammcenters zu.[400] Mit Eintrag in das Grundbuch wurde die Vereinbarung vom 29. August 1973 rechtskräftig. In dieser Vereinbarung wurde festgelegt, (1) dass die Gemeinde Freienbach die Bauherrschaft und der Kanton Schwyz die Oberbauleitung für den kreuzungsfreien Anschluss an die Kantonsstrasse übernimmt, (2) dass die Korporation Pfäffikon das Land unentgeltlich zur Verfügung stellt, (3) dass die Überführung nach ihrer Eröffnung als öffentlich erklärt wird, für jedermann frei benutzbar ist und (4) dass die Baukosten die Firma Charles Vögele trägt, wobei die Vertreter des Kantons Schwyz 350'000 sFr. in Aussicht stellten.[401]

Da während der Auflagefrist des kreuzungsfreien Erschliessungsprojekts, welches trotz andersweitiger Empfehlung der Variante 4 der Variantenstudie Hiestand/Büttner entsprach, keine Einsprachen eingingen, konnte das Erschliessungsprojekt durch den Regierungsrat bewilligt werden.

Der gesellschaftliche Aushandlungsprozess zeichnete sich bis zu diesem Zeitpunkt dadurch aus, dass sich unterschiedliche Ideen und Interessen der Vertreter der Gemeinde Freienbach, des Kantons Schwyz, der Charles Vögele AG, der Korporation Pfäffikon, der Genossenschaft Migros wie auch weiteren Akteuren immer wieder in Gesprächen, in Diagrammen, Texten verknüpften und sich schliesslich in Planwelten verdichteten. Da die notwendigerweise zu besetzenden Rollen im Rückübersetzungsprozess der Erschliessung in der Vereinbarung zwischen den einzelnen Parteien geklärt waren, stand der Ausführung nichts mehr entgegen.

Mit der wenig später eintreffenden Bewilligung für den kreuzungsfreien Anschluss der Seedammcenter-Erschliessung an die Kantonsstrasse durch den Regierungsrat des Kantons Schwyz waren sämtliche Auflagen in Bezug auf vorangegangene Baubewilligungen erfüllt. Die Ausführung des Seedammcenters mit dem zusätzlichen Attika- und Technikgeschoss konnte in Angriff genommen werden.

Anfang November 1973 reichte die Charles Vögele AG dann noch ein fünftes Abänderungsgesuch der ursprünglichen Planwelt „Seedammcenter – 1972" bei der Gemeindeverwaltung ein. Das Technikgeschoss auf dem Dach sollte zusätzlich vergrössert und die Raumaufteilung geändert werden.[402] Am

[398] Baugesuch Nr. 34/73, „Seedammcenter Pfäffikon, Ausgang Parkplatz Nord", Eingang 5. Juni 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[399] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 34/73, Charles Vögele AG, Überbauung ‚Seedammcenter' Ausgang Parkplatz Nord, Pfäffikon", Traktandum-Nr. 1013, 29. Juni 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[400] Vereinbarung zwischen der Gemeinde Freienbach, Korporation Pfäffikon, Charles Vögele AG, „Erschliessung kreuzungsfreier Anschluss an Center-Erschliessungsstrasse/Stegstrasse/Schützenstrasse an die Kantonsstrasse", 29. August 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[401] Ebenda.
[402] Baugesuch Nr. 62/73, „Einkaufszentrum, technisch bedingte Vergrösserung des Technikgeschosses", Eingang 8. November 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

28. Dezember 1973, nach einer dreissigtägigen Auflagefrist ohne Einsprachen gegen die Änderung des Gestaltungsplans, bewilligte der Gemeinderat von Freienbach auch dieses Gesuch.[403]

Die letzte Projektänderung in Zusammenhang mit dem Seedammcenter umfasste Anpassungen in der Gesamtsituation mit Bepflanzung und Parkierung. Die Projektänderung wurde am 15. Januar 1974 auf der Gemeindeverwaltung von Freienbach eingereicht.[404] In seiner Sitzung vom 1. März 1974 genehmigte der Gemeinderat die Anpassungen ohne weitere Auflagen.[405]

Dem Abschluss der Bauarbeiten stand demnach seitens der Gemeinde nichts mehr entgegen. Knapp sieben Monate später, am 4. Oktober 1974, konnte das Seedammcenter morgens um 10 Uhr mit einem grossen Fest eröffnet werden.[406]

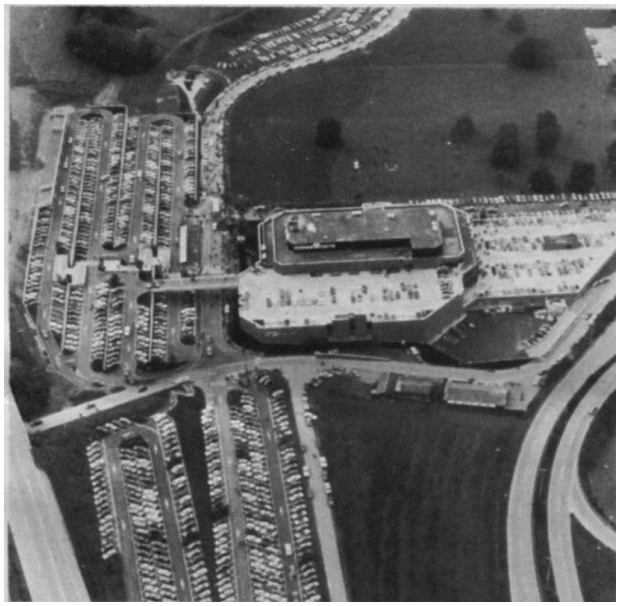




Abb. 16 (links): Luftaufnahme und Öffnungszeiten nach der Eröffnung vom 4. Oktober 1974, aus: Seedammcenter-Revue November 1974, Archiv Seedammcenter (Fotograf unbekannt).

Abb. 17 (rechts): Öffnungszeiten nach der Eröffnung vom 4. Oktober 1974, aus: Seedammcenter-Revue November 1974, Archiv Seedammcenter.

Mit der erfolgreichen Rückübersetzung der Planwelt in die Siedlungswirklichkeit über eine Zeitspanne von über zweieinhalb Jahren verknüpft war ein aktives und stetiges Einbinden der in die Prozesse neu eingreifenden Akteure und Rahmenbedingungen. Ebenso ein stetiges Taktieren. Während beispielsweise das Aktor-Netzwerk rund um die Charles Vögele AG, die Korporation Pfäffikon und Felix Rebmann über das Vorziehen von Bauarbeiten gegenüber der Gemeinde Freienbach Druck machten, wussten der Gemeinderat und die Baukommission der Gemeinde Freienbach ihrerseits den Umstand der aufeinanderfolgenden Abänderungsgesuche in den Verhandlungen taktisch zu nutzen.

[403] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Gestaltungsplan, Baubewilligungen, Gesuch Nr. 62/73, Charles Vögele AG, Abänderung des Technikgeschosses und des Anlieferhofes“, Traktandum-Nr. 2015, 28. Dezember 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[404] Baugesuch Nr. 3/74, „Einkaufszentrum, Parkplatz Süd, Gesamtsituation, Bepflanzung“, Eingang 15. Januar 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[405] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 3/74, Charles Vögele AG, Seedammcenter, Genehmigung Bepflanzungsplan“, Traktandum-Nr. 363, 1. März 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[406] Anonym (1974c).

Sämtlichen in das Aktor-Netzwerk „Seedammcenter“ involvierten Akteuren und Aktanten gelang es, ihre Interessen und Ziele einzubringen und über den Entwurf des Seedammcenters erfolgreich zu verhandeln. Der Entwurf des Seedammcenters wurde an die Bedingungen der Topografie und des Baugrunds angepasst. Die Genossenschaft Migros konnte die Realisierungschancen ihrer Projekte auf der Nachbarparzelle verbessern. Die Gemeinde Freienbach musste keinen Anteil an der kreuzungsfreien Erschliessung zahlen. Der Kanton erhielt eine Erschliessung, die seinen Normen und Vorgaben entsprach. Die Korporation konnte sich an den zukünftigen Einnahmen über den Baurechtszins erfreuen. Rebmann konnte als Architekt ein weiteres Einkaufszentrum realisieren. Dieses System „heiliger Allianzen“, das nur über das Verknüpfen von teilweise kontroversen Zielen im Sinne von Win-Win-Situationen geschaffen werden konnte, war notwendig, um die Rückübersetzung des Seedammcenters in die Siedlungswirklichkeit abzusichern.[407]

2.3.3.6 Einbindung der Bevölkerung in das Projekt

Vögele war mit seinem Vorhaben nicht nur auf seine Mitarbeiter, seinen Architekten, den Baurechtsgeber, den Gemeinderat oder die Vertreter des Kantons Schwyz angewiesen. Sollte seine Idee langfristig erfolgreich und in der Region nachhaltig verankert sein, mussten auch weitere gesellschaftliche Interessen, beispielsweise aus der Bevölkerung Freienbachs wie auch des gesamten Einzugsgebiets, ins Aktor-Netzwerk „Seedammcenter“ eingebunden werden.

Es war Charles Vögele und Peter Dettwyler aufgrund ihrer Erfahrungen durchaus bekannt, dass sich bei einem Einkaufszentrum dieser Grössenordnung die ortsansässigen Detaillisten mit ihren dörflichen Ladenstrukturen vor der neuen Konkurrenz fürchteten. Als Reaktion zu erwarten war demnach, dass die Detaillisten das Projekt mit allen Mitteln bekämpfen würden. Die konkrete Gefahr für das Projekt hätte darin bestanden, dass sich Politiker, Angehörige der Korporation Pfäffikon oder ein Grossteil der regionalen Bevölkerung mit den Detaillisten solidarisierten. Wäre es den Detaillisten vor oder nach der Eröffnung gelungen, das Interesse dieser Akteure für das Ziel beispielsweise einer „intakten und ungefährdeten Dorfwirtschaft“ zu gewinnen, wäre Vögeles Ansinnen akut gefährdet gewesen. Das Aktor-Netzwerk „Seedammcenter“ war darauf angewiesen, dass sich die Bevölkerung in ihr Netzwerk einbinden liess und für eine „moderne Einkaufsmöglichkeit mit konzentrierter Auswahl“ zu interessieren begann.[408]

Der langfristige Erfolg des Unternehmens war davon abhängig, dass sich genügend Kunden, aber auch Arbeitnehmer in der Region finden liessen. Die Planwelten der Standortplanung durch die Charles Vögele AG gingen von dieser Nachfrage, also diesem Interesse aus. Der Erfolg anderer Einkaufszentren, beispielsweise in Spreitenbach oder Mels/Sargans, zeigte, dass das Konzept „Grosseinkaufszentrum“ funktionieren konnte. Nichtsdestotrotz erforderte die Realisierungsphase, vor allem die Zeit nach der Eröffnung, dass die personellen und materiellen Ressourcen den Rollen der Planwelt entsprechend eingebunden werden konnten.

[407] Vgl. Callon (2006), S. 150.
[408] Vgl. Ebenda, S. 152.

Diesen potenziellen „Gefahren“ entgegnete die Charles Vögele AG bereits früh mit Werbeaktionen, Aufklärung, aber auch konkreten Projekten, beispielsweise für die Jugend von Pfäffikon. Wie die folgenden Abschnitte zeigen, wirkten sich auch diese gesellschaftlichen Interessensverhandlungen früher oder später auf die Siedlungswirklichkeit aus.

2.3.3.7 Modernisierung auch gegen den Willen ortsansässiger Detaillisten

Mit der ersten Baueingabe im März 1972 begann auch die Öffentlichkeitsarbeit, bei welcher es hauptsächlich darum ging, Position zu beziehen und Überzeugungsarbeit zu leisten. So fand am 23. März 1972 auf Einladung des Handwerker- und Gewerbevereins Freienbach-Pfäffikon eine erste öffentliche Informationsveranstaltung zum Vorhaben „Seedammcenter“ durch Peter Dettwyler statt.[409] Dettwyler zeigte die Vorteile einer in Standort und Leistung ausgewählten Konzentration von Angebot und Dienstleistungen auf. Diese Vorteile unterlegte er mit Zahlen aus den zu dieser Zeit bereits eröffneten Einkaufszentren in Spreitenbach und Mels/Sargans.[410] Um der Diskussion im Anschluss der Präsentation zuvorzukommen, stellte Dettwyler eventuell auftretende Fragen gleich selbst. Die erste Frage befasste sich mit der Konkurrenz zwischen dem Einkaufszentrum und den ortsansässigen Detaillisten. Die Detaillisten würden aus Erfahrung und Auswertungen bestehender Situationen die Konkurrenz spüren, in eine Stagnation geraten, aber nach einer Anpassung des Sortiments eine „merkliche Umsatzvermehrung“ erfahren.[411] Mit der zweiten Antwort bejahte Dettwyler die Frage, ob Detaillisten von Pfäffikon sich im Shopping-Center einmieten könnten.

Es zeigte sich also, dass die Vertreter des Aktor-Netzwerks „Seedammcenter“ auf eine Gegnerschaft vorbereitet waren. Dass sich die Vorbehalte nicht ganz ausräumen liessen, wurde zwei Jahre später anlässlich der Eröffnung des Seedammcenters deutlich. So wurde die Konkurrenzsituation vom damaligen Regierungsrat des Kantons Schwyz, Josef Feusi, wie auch vom damaligen Gemeindepräsidenten Karl Hefti angesprochen. Beide bekundeten, nicht ängstlich, aber doch besorgt um das weitere Wohlergehen des gewachsenen Gewerbes zu sein.[412] Charles Vögele reagierte auf diese Besorgnis mit klaren Worten. Das Seedammcenter störe überalterte Strukturen sowie das Gleichgewicht des gewachsenen Marktes nicht empfindlich. Es rege indessen manch einen an, seine Vertriebsform zeitgerecht zu modernisieren.[413]

In einem Interview, abgedruckt im Höfner Volksblatt, drückte sich Vögele dezidierter aus: „Jeder neuen Betriebsform wird angekreidet, sie störe alte Gleichgewichte. Das stimmt bis zu einem gewissen Grad. Mit dem alten ideologischen Dampfhammer hält man indessen die Wirtschaft nicht in Fluss, und es gehört zu den Gesetzmässigkeiten der freien Marktwirtschaft, dass leistungsschwache Vertriebsformen durch leistungsfähige abgelöst werden müssen. Und die Leistung ist nun einmal die Basis unseres Wohlstandes! (…) Und eines hat absolute Bedeutung bei der Beurteilung, in welchem Ausmass das Gleichgewicht des gewachsenen Marktes in der Region gestört werden kann, die Tatsache nämlich, dass volle 2/3 der Konsumgüter-Eindeckungen auch bislang nicht in der Region, sondern bei

[409] Anonym (1972).
[410] Ebenda.
[411] Ebenda.
[412] Anonym (1974g).
[413] Ebenda.

Grossverteilern in der Stadt vorgenommen würden."[414] Damit hatten Vögele und Dettwyler die Hauptargumente, die für das Seedammcenter sprachen, geliefert. Dass in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten Argumente bezüglich Wachstum, Veränderung und Fortschritt zogen, war wohl beiden bewusst.

2.3.3.8 Die intendierte Gesellschaftskonformität des Seedammcenters

Vögele stellte sich auch der Kritik, Einkaufszentren würden ausschliesslich seinen wirtschaftlichen Interessen dienen. „Während in der ursprünglichen Form das Shopping Center fast ausschliesslich der Konsumgüterverteilung zu dienen hatte, haben neben den üblichen ökonomischen Funktionen eines Einkaufszentrums auch vermehrt die sozialen Verflechtungen eines solchen Objektes erhebliche Bedeutung, wenn seine gesellschafts-politische Stellung nicht weiterhin angefochten sein soll."[415]

Diesbezüglich liessen sich Charles Vögele, Peter Dettwyler, aber auch weitere ins Projekt integrierte Akteure verschiedene räumliche und programmatische Angebote einfallen, die aktiv angepriesen und vermarktet wurden. Vögele erwähnte im Zusammenhang mit dem Seedammcenter immer wieder den „gesellschaftsdienlichen Charakter" des Einkaufszentrums, dem wie keinem Einkaufszentrum zuvor Achtung geschenkt worden sei. Die Grundidee des Seedammcenters basiere auf der Einsicht, dass private Initiative mehr als bisher dem Gemeinwohl zu dienen habe. Dies werde im Seedammcenter in einem weiteren Rahmen umgesetzt, ohne dass öffentlich-rechtliche Vorschriften dies verlangen würden. Diesbezüglich habe das Seedammcenter die Aufgaben der öffentlichen Hand selber wahrgenommen und lasse entsprechende Infrastrukturen der Öffentlichkeit zugute kommen. Weiter werde auch der Fiskus profitieren. Einkommensteile, die früher in die grossen Konsumzentren wanderten, werden künftig in der Region ausgegeben werden. Somit sei die Bevölkerung der Region für das Einkaufen und vieles andere nicht mehr auf die entfernte Stadt angewiesen.[416] Ins Zentrum seiner Argumentation für das Seedammcenter stellte Vögele die kulturelle und gesellschaftliche Funktion in der Region aufgrund der explizit ausgelegten „Multifunktionalität" des Gebäudes und seiner Umgebung. Das Seedammcenter schaffe ein neues Zentrum kulturellen und gesellschaftlichen Lebens, das für jedermann zugänglich sei.[417] Vögele verknüpfte gesellschaftliche Anliegen mit seiner Vision eines Einkaufszentrums. Diese Verknüpfungen hatten einen direkten Einfluss auf Form, Materialität und Typologie des Einkaufszentrums wie auch dessen Umgebung.

Hauptattraktion des eröffneten Seedammcenters war eine Bühne für Theateraufführungen, Konzerte, Modenschauen, Kunstausstellungen, Messen und Sportveranstaltungen, die sich im Boden der Mall versenken liess. Da in Freienbach zu dieser Zeit ähnliche Einrichtungen fehlten, wurde das Einkaufszentrum zeitweise zum kulturellen und gesellschaftlichen Mittelpunkt der Region. Das Programm, jeweils in der Hauszeitschrift „Seedammcenter-Revue" publiziert, zeigte auf, dass namhafte Theaterleute, Musiker und Prominente dieser Zeit in der Mall auftraten. Dazu gehörten beispielsweise der Schauspieler Walter Roderer mit Auftritten in der Eröffnungswoche, die Schlagersängerin Piera Mar-

[414] Anonym (1974h).
[415] Ebenda.
[416] Ebenda.
[417] Ebenda.

tell mit Auftritten im Oktober und November 1974 oder der Schweizer Autorennfahrer und Vize-Weltmeister von 1974, Gian-Claudio „Clay“ Regazzoni.[418]

Weiter wurden gesellschaftliche Anlässe wie gemeinsame Raclette-Essen oder Talentshows organisiert. Dass für Vögele die gesellschaftliche Einbindung des Einkaufszentrums von zentraler Bedeutung war, zeigte sich darin, dass Aktionen nicht nur einen verkaufsfördernden Aspekt hatten. Ein Grossteil der Unterhaltungen war auf das Wochenende, also Samstagabende und Sonntage, angesetzt. Zu diesen Zeiten hatten die Geschäfte im Seedammcenter geschlossen. Hanspeter Gisler, der heutige Zentrumsleiter des Seedammcenters, konnte sich als Zeitzeuge in einem Interview erinnern, wie er als Kind das Einkaufzentrum erlebt hatte. So habe man damals die Mall jeweils aufwändig mit Vorhängen und Sitztribünen in einen Theatersaal umgewandelt. Die Mall sei während der Vorstellungen ziemlich voll gewesen, weshalb an einen normalen Kundenfluss nicht zu denken gewesen wäre. Man habe das darum auch auseinandergehalten. Man wollte der Bevölkerung etwas bieten mit dem natürlichen Nebeneffekt, dass sich der Bekanntheitsgrad des Einkaufszentrums steigerte.[419]



Abb. 19/20: Stimmungsbilder der Mall nach der Eröffnung vom 4. Oktober 1974, aus: Seedammcenter-Revue Oktober 1974, Archiv Seedammcenter (Fotograf unbekannt).

Selbst die Anliegen der Kinder und deren Eltern wurden berücksichtigt. Die Charles Vögele AG organisierte einen Spielplatz-Gestaltungswettbewerb, bei welchem Schüler und Schülerinnen in Klassenverbänden ihre Ideen präsentieren konnten.[420] Ein Comicstrip in der Jugendausgabe der Seedammcenter-Revue zeigte die erzieherische Absicht hinter dieser Aktion auf. Der Strip zeigte einen Jungen, der das Seedammcenter entdeckte. Von den vielen Leuten und den Shows in der Mall eingeschüchtert, entdeckte die Comicfigur den Kinderhort. Die Hortleiterin wies ihm den Weg auf den Kinderspielplatz.[421] Die Aussage des Comics richtete sich auch an die Eltern der Kinder und an Erwachsene, die befürchteten, dass der Aufenthalt von Kindern in Konsumtempeln diesen nicht bekömmlich wäre. In-

[418] Vgl. Seedammcenter-Revue, Oktober und November 1974, Archiv Seedammcenter
[419] Interview mit Hanspeter Gisler, Zentrumsleiter Seedammcenter, 23. Juli 2007
[420] Anonym (1974d), S. 25.
[421] Anonym (1974e)., S. 25.

dem aber Kindern jeglichen Alters ein Aufenthaltsort entsprechend ihren Bedürfnissen versprochen wurde, sollten auch diese Vorbehalte dem Neuen gegenüber ausgeräumt werden.

Dass diese Bestrebungen kultureller und gesellschaftlicher Einbindung auch im Zusammenhang mit den zu dieser Zeit noch in der Planungsphase befindlichen Bauvorhaben der Kunstgalerie und dem Hallenbad Anklang fanden, liess sich anhand verschiedener Aussagen anlässlich der Eröffnung des Seedammcenters dokumentieren. So meinte der damalige Gemeindepräsident Karl Hefti, man begrüsse die Bestrebungen der Bauherrschaft, das Seedammcenter nicht nur als kommerzielle, zentralisierte Einkaufsmöglichkeit einzurichten, sondern mit den vorhandenen Anlagen wie Bühne, den geplanten Veranstaltungen sowie dem projektierten Hallenbad und der Kunstgalerie eine Stätte der Begegnung für unsere Bevölkerung zu schaffen. „Damit werden Aufgaben erfüllt, die sonst der öffentlichen Hand zufallen."[422] Ein 32-jähriger Realschullehrer meinte: „Für grössere Einkäufe mussten wir bisher meistens nach Zürich fahren. Jetzt finden wir diese Angebote praktisch vor der Haustüre. Mir persönlich gefällt vor allem, dass das Seedamm-Center auch vermehrt kulturelle Veranstaltungen in die Region bringt."[423] Werner Vetterli, ein damals durch die Sendung „Aktenzeichen XY ungelöst" bekannter TV-Kommentator, äusserte sich zum Programm. „Am Veranstaltungskalender sieht man, dass hier Schlagworte wie Multifunktion, kulturelle Begegnungsstätte, Bereicherung der Region usw. nicht nur leere Versprechungen sind."[424]

Zum 30-jährigen Jubiläum des Einkaufszentrums im Jahre 2004 wurde die erfolgreiche Verhandlungsgeschichte rund um das Seedammcenter in einem Flugblatt zusammengefasst. „Visionen in Tat umzusetzen – dafür war der Initiator, Erbauer und Eigner des Seedamm-Centers, Charles Vögele (1923–2002) bekannt. Seine Idee, in der Region am Oberen Zürichsee, in der Gemeinde Freienbach ein Einkaufscenter zu erstellen, war zur damaligen Zeit heftigen Kritiken ausgesetzt. Vertreter der Gemeinde wie auch des Umwelt- und Landschaftsschutzes meldeten zahlreiche Bedenken an und machten es dem Initiator nicht leicht, sein Objekt zu verwirklichen. Die von langer Hand und mit äusserster Sorgfalt geplante Projektierung fand letztendlich dennoch Zustimmung der verantwortlichen Behörden und dies wohl nicht zuletzt auch hinsichtlich der Zusage, dass die gesamte Infrastruktur, einschliesslich der neu zu erstellenden Zufahrtswege und der direkten Anbindung an die Autobahn – von der schliesslich alle umliegenden Gemeinden profitieren konnten – gesamtheitlich vom Erbauer übernommen wurde."[425]

2.3.4 Die lokale planerische Praxis des Seedammcenters

2.3.4.1 Die emergente Rolle des Architekten

Ausgangspunkt der Rückübersetzung der Planwelt „Seedammcenter – 1972" war die Allianzpartnerschaft zwischen Architekt, Bauherrschaft und Baurechtsgeberin. Weitere Kontakte waren vorerst nur vage bestimmt und deren Allianzbereitschaft kaum getestet. Es zeigte sich, dass Rebmann als Architekt im Rahmen der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse im Verfolgen seiner räumlich-qualitativen Ziele und der Ziele des Aktor-

[422] Anonym (1974i), S. 3.
[423] Anonym (1974j), S. 3.
[424] Anonym (1974k), S. 11
[425] „Das Seedamm-Center in Pfäffikon", in: Jubiläumsbroschüre 2004, Archiv Seedammcenter

Netzwerks im weiteren Verlauf der Geschichte gefordert war. Die nach der Baueingabe folgenden stetigen Verschiebungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die insgesamt sechs Baugesuche und fünf Anpassungen der ursprünglichen Planwelt nach sich zogen, forderten Rebmanns entwerferische Fähigkeiten. Trotz einiger massiver Kontroversen um die Ausnahmebewilligung, um die Rahmenbedingungen der Erschliessung oder um die Einsprache der Genossenschaft Migros gelang es Rebmann, die konzeptionellen Rahmenbedingungen seines Entwurfs bei aller Verschiebung der Interessen und Ziele des Aktor-Netzwerks in der Phase der Rückübersetzung aufrechtzuerhalten. Es zeigte sich, dass sich Rebmann in seiner Vorgehensweise nicht gegen Entscheide von „aussen" stellte, sondern immer gestalterische Lösungen für die sich neu formierende Situationen suchte. Diese Beobachtungen bewiesen, dass Rebmann innerhalb der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse seine räumlich-qualitativen Ziele verfolgte und dies zum Inhalt seiner Rolle als Architekt bestimmte. Dennoch transformierte sich in der Phase der Rückübersetzung die Rolle des Architekten als voraussetzender Entwerfer zur Rolle des Dienstleisters, der zwar in die Verhandlungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eingebunden war, diesen aber gleichzeitig auch zu entsprechen hatte.

Städtebaulich zog der Neubau aufgrund seiner Lage und damals noch ungewohnten Grösse die Aufmerksamkeit auf sich und machte gleichzeitig die Allianzen zwischen architektonischer Ambition und ökonomischen Interessen des Aktor-Netzwerks ablesbar. Das Seedammcenter zeigte sich als relativ ambitioniertes Einzelobjekt, das selber nicht auf Stadtentwicklung setzte. Im Gegensatz dazu sahen die Projektentwickler der Charles Vögele AG das Seedammcenter als Baustein der Arealentwicklung und als zukünftiger gesellschaftlicher Brennpunkt.

2.3.4.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Akteure verwehren die Allianzpartnerschaft

Die erste Aufgabenstellung und ersten Rollenerwartungen wurden im Rahmen der Planwelt „Seedammcenter – 1972" bereits beschrieben. Der weitere Verlauf der Geschichte zeigte, dass sich nicht alle Akteure und Aktanten in ihre im Vorfeld fixierte Position zwingen liessen. Dies veranlasste den Architekten zu einer inhaltlichen Verschiebung der Aufgabenstellung. Im Vordergrund stand nun das Ziel, die fehlenden Entsprechungen für das Bauvorhaben zu finden.

• Partnergewinnung – Verhandlungen mit Akteuren und Aktanten

Einer Allianz mit dem Aktor-Netzwerk „Seedammcenter" widerstrebten gewisse Akteure und Aktanten. So liess sich beispielsweise die Genossenschaft Migros nicht in die Rolle des Nachbarn zwängen, der dem Projekt stillschweigend zuzustimmen hatte. Die Genossenschaft sah die Realisierungschancen eigener Ziele auf dem neben der Parzelle des Seedammcenters gelegenen Grundstücks als gefährdet an. Entsprechend forderte die Genossenschaft andere Bedingungen, um die eigenen Realisierungschancen zu verbessern. Ebenfalls entsprach die Topografie des Geländes nicht den Annahmen und Voraussetzungen der Planer. Die tatsächlichen Geländebedingungen verhinderten die Rückübersetzung der Parkieranlage. Zu guter Letzt verweigerten die Vertreter der Gemeinde ihre Zustimmung für das Bauvorhaben, da sie eine Verschlechterung der Erschliessungssituation von Pfäffikon befürchteten.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Das Aktor-Netzwerk kommt den Anliegen der Migros und den Vertretern der Gemeinde Freienbach entgegen und passt das Freiraumkonzept den wirklichen Rahmenbedingungen an

In dieser Situation, in welcher sich die Rückübersetzungsproblematik der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit in ihrem ganzen Ausmass zeigte, war es die Aufgabe des Architekten, die Verhandlungen mit den querliegenden Akteuren und Aktanten aufzunehmen und die entsprechenden Verhandlungsresultate in sein Konzept einzubinden. Der Entwurf musste unter anderem den Forderungen der Genossenschaft Migros nach einem grösseren Grenzabstand und einer geringeren Objektgrösse, den Forderungen der Gemeindevertreter nach einer besseren Erschliessung sowie den Rahmenbedingungen des Geländegefälles angepasst werden. Aufgrund der gesellschaftlichen Abhängigkeiten der Rückübersetzung des Bauprojekts und der Aktor-Netzwerkbildungen, zeigten sich bei diesem Beispiel erste eindrückliche Verschiebungen der Machtverhältnisse durch ursprünglich

relativ unbedeutende Akteure wie beispielsweise der Topografie, die eine Anpassung des Entwurfs notwendig machte.

• Bewährungsprobe – Das Seedammcenter wird eröffnet

Mit dem verhandelten Projekt gelang es dem Aktor-Netzwerk „Seedammcenter" im Zusammenhang mit den Interessen und Zielen der Migros und den Vertretern der Gemeinde Freienbach, Win-Win-Situation zu schaffen und den Rahmenbedingungen der Topografie zu entsprechen. Der Abschluss der Einspracheverhandlungen und die Bewilligung des Baugesuchs erwiesen sich als wichtige Bewährungsprobe in der Phase der Rückübersetzung des Seedammcenters in die Siedlungswirklichkeit. Der Architekt konnte aufgrund dieser Entsprechungen die Rückübersetzung Schritt für Schritt weiterverfolgen. Eine weitere Bewährungsprobe in der Verantwortung des Architekten bestand in der Eröffnung des Seedammcenters. Aus der Sicht des Architekten stellte dieser Schritt den erfolgreichen Abschluss der Rückübersetzung der Interessen und Ziele des sukzessive erweiterten Aktor-Netzwerks „Einkaufszentrum Seedamm" in die Siedlungswirklichkeit des Gwatt dar.

2.3.4.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Seedammcenter"

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.



Abb. 18: Pfäffikon-Freienbach SZ im Jahre 1975, Blick nach Westen mit neu erstelltem Seedammcenter (Fotografie: U. Christen, Pfäffikon, 1975).

• KULTURZENTRUM UND ALPAMARE

2.3.5 Die Planwelt „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974“

2.3.5.1 Vorgeschichte – erste Baueingaben

Mit dem letzten Bewilligungsentscheid der sechsten Baueingabe für das geplante Seedammcenter-Projekt vom 1. März 1974 an der Gemeinderatssitzung lösten sich die bestehenden Netzwerke nicht auf. Vielmehr zeichnete sich in neuen Visionen des Charles Vögele eine Neuformierung der bestehenden Netzwerke ab. Bereits an ebenjener Gemeinderatssitzung vom 1. März 1974 informierte Peter Dettwyler als Vertreter der Charles Vögele AG den Rat über weitere Projektideen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Seedammcenter; vorgesehen war eine gemeinsame Nutzung der Parkplätze und Kundenflüsse. Eine Kunstgalerie für Auktionen und Ausstellungen sowie eine Freizeitanlage mit geheizten Freibädern, Brandungswellenbad, Sauna, Solarium und Fitnessraum befanden sich in der Projektentwicklungsphase. Wie Dettwyler ausführte, war die multifunktionelle Nutzung Bestandteil einer gesamtheitlichen Vision Charles Vögeles, Einkauf, Kultur und Freizeitsport auf engstem Raum anzubieten. Dettwyler führte weiter aus, dass die Finanzierung sichergestellt sei und die Projekte in der Gesamtanlage eine Aufwertung für die Gemeinde und für die Region darstellen würden.[426]

Die Präsentation der Projektideen weckte das Interesse der Ratsmitglieder. Der mögliche Einbau eines Lernschwimmbeckens in der Freizeitanlage für die Schulen der Gemeinde wurde diskutiert.[427] Im Interesse der Charles Vögele AG lag es, die Gemeinde möglichst früh und verbindlich ins Aktor-Netzwerk „Kunstgalerie“ und „Freizeitanlage“ einzubinden. Da das zukünftige Angebot einer Freizeitanlage eine offensichtlich bereits bestehende Nachfrage der Gemeinde deckte, konnten die Knoten des Netzwerks an dieser ersten Sitzung konkreter ausgebildet werden.

Mit der Korporation Pfäffikon als Grundstückseigentümer waren sich Charles Vögele und Peter Detwyler bereits zuvor einig geworden. Aufgrund der guten Erfahrungen aus der mehrjährigen Zusammenarbeit waren die Rollen der Charles Vögele AG als Projektentwickler und die der Korporation Pfäffikon als Baurechtsgeber innerhalb des Aktor-Netzwerks vorbestimmt. Der gesellschaftliche Grundstein war gelegt, ohne dass sich zu diesem Zeitpunkt bereits konkrete räumliche Auswirkungen auf das Gwatt abzeichneten.

Am 17. Mai 1974 reichte die Charles Vögele AG als Bauherr das Baugesuch Nr. 42/74 für das „Alpamare Schwimmzentrum“ und das Baugesuch Nr. 43/74 für die „Kunstgalerie“ auf der Gemeindeverwaltung Freienbach ein.[428]

Das Schwimmzentrum Alpamare sollte in südwestlicher Richtung des damals kurz vor der Eröffnung stehenden Seedammcenters und angrenzend an die damalige N3 und heutige A3 positioniert werden.

---

[426] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche Seedammcenter / Erweiterungsbauten“, Traktandum-Nr. 330, 1. März 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[427] Ebenda.
[428] Baugesuch Nr. 42/74, „Alpamare Schwimmzentrum“, Eingang 17. Mai 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum; Baugesuch Nr. 43/74, „Kunstgalerie“, Eingang 17. Mai 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

In den ersten Zeichnungen reihten sich unterschiedliche Bäder wie Thermalhallenbad mit Freibecken, Lehrschwimmbecken, Thermalbad mit Freibecken sowie Wellenbad aneinander. Auf der Nordseite der Bäder war ein Eingangsbereich mit Umkleidezone vorgesehen. Die Südfassade war durch Vor- und Rücksprünge gegliedert. In deren Vorbereich waren die Liegewiesen rund um die Freibecken angeordnet. Ein bestehendes Waldstück trennte die Liegewiesen wiederum von der Autobahn. Als Projektverfasser unterzeichnete der Architekt Rolf Leuzinger aus Pfäffikon.[429]

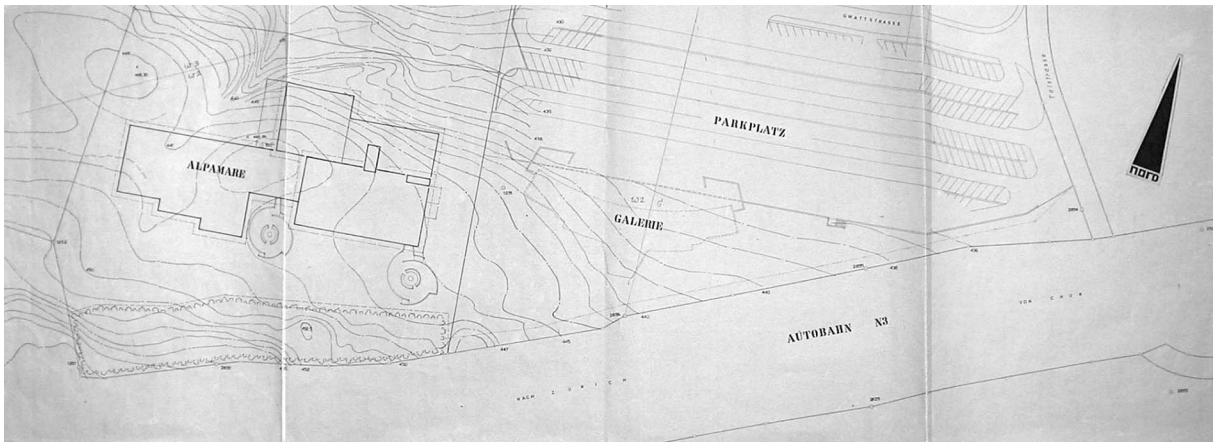


Abb. 21: Rolf Leuzinger, „Situation 1:500, Alpamare“, Seedammbad Alpamare südlich Seedammcenter, westlich Kunstgalerie, ohne Datum, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

Die Kunstgalerie war unmittelbar östlich des Schwimmzentrums geplant. Ein im Grundriss geschwungener, symmetrischer Körper mit rhythmisierter Dachform aus Metallprofilpanelen sollte die Ausstellungsflächen mit einer Galerie und einem Vortragsaal beherbergen. Die konkave Seite der geschwungenen Form zeigte Richtung Zürichsee und bildete einen Aussenplatz. Direkt dem geplanten Gebäude vorgesetzt, befanden sich die neu erstellten Parkplätze für das Seedammcenter. Als Projektverfasser unterzeichnete die Generalunternehmung Ligrufa AG aus Zürich, die auch für die Bauausführung zuständig war.[430] Den Entwurf des Gebäudes hingegen besorgte das amerikanische Architekturbüro Copeland, Novak and Israel aus New York, das bereits mit der Ausgestaltung der Mall des Seedammcenters beauftragt worden war.[431]

Obwohl sich für die beiden Projekte Kunstgalerie und Alpamare zumindest zu diesem Zeitpunkt die Firma Charles Vögele AG als Bauherrin verantwortlich zeigte und die Baugesuche gleichzeitig eingereicht wurden, unterschieden sie sich in ihrem Erscheinungsbild grundlegend. Weder formale, räumliche noch landschaftsarchitektonische Verbindungen liessen sich erkennen. Die einzige Gemeinsamkeit der Projekte reduzierte sich auf die parallel zur Autobahn gelegene Erschliessungsstrasse für Wartung und Betrieb im rückwärtigen Bereich der beiden Anlagen sowie auf die Mitbenutzung der Parkierungsanlage des Seedammcenters.[432]

---

[429] Baugesuch Nr. 42/74, „Alpamare Schwimmzentrum“, Eingang 17. Mai 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum; Rolf Leuzinger, Grundrisse 1:100, „Seedammbad Alpamare“, Eingang 17. Mai 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

[430] Baugesuch Nr. 43/74, „Kunstgalerie“, Eingang 17. Mai 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

[431] Eröffnungsbroschüre, „Seedamm Kulturzentrum, Pfäffikon / SZ“, ohne Datum, Archiv Seedamm Kulturzentrum, S. 7.

[432] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche Seedammcenter / Erweiterungsbauten“, Traktandum-Nr. 330, 1. März 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

Am 19. Juni 1974 zeichneten sich erste Verzögerungen der Projektentwicklung ab. Wie im Zusammenhang mit dem Seedammcenter bereits erwähnt, traten die Bestimmungen für die Stabilisierung des Baumarktes vom 10. Januar 1973 für beide Bauvorhaben in Kraft.[433] Der Beauftragte des Bundes für die Stabilisierung des Baumarktes sprach für das Schwimmzentrum eine einjährige Ausführungssperre aus. Die Kunstgalerie wurde mit einer 18-monatigen Ausführungssperre belegt.[434]

Da die Bausperre erst mit dem Datum der Baubewilligung in Kraft trat, wurden die Planwelten für die Kunstgalerie und das Seedammbad Alpamare mit Hochdruck weitergetrieben. Die Vertreter der Charles Vögele AG wollten, „dass der Start zu dieser zwangsläufigen Wartezeit so rasch als möglich erfolgt".[435]

Beim Vorhaben Seedammbad Alpamare kam es aufgrund einer Einsprache während der Auflagefrist durch das Forstamt des Kantons Schwyz zu einer weiteren Verzögerung.[436] Der zuständige kantonale Revierförster stellte bei der Überprüfung des Baugesuchs fest, dass der Baumbestand, welcher sich beim alten Schiessstand auf der Nordseite des geplanten Gebäudes befand, als Wald zu betrachten sei. Entsprechend musste ein Abstand von 10 Metern eingehalten werden.[437] Bei einer gemeinsamen Begehung am 10. Juli 1974 wurde dieser Umstand verhandelt. Der Architekt Leuzinger schlug vor, das gesamte Schwimmzentrum in südlicher Richtung zu verschieben, um den geforderten Grenzabstand einzuhalten.[438]

Zur gleichen Zeit wurde bereits wieder bekannt gegeben, dass aufgrund von Lockerungsbestimmungen in Bezug auf die Stabilisierung des Baumarktes das Vorhaben Schwimmzentrum Alpamare ab Anfang 1975 nicht mehr der Bausperre unterlag. Aus diesem Grund beabsichtigte die Bauherrschaft, das Projekt zügig voranzutreiben. Nach der räumlichen Verschiebung des geplanten Schwimmzentrums lag es am kantonalen Revierförster, der neuen Situation zuzustimmen. Da man aufgrund der Projektänderungen und den Verhandlungen mit dem Forstamt mit Verzögerungen rechnete, forderte Peter Dettwyler als Vertreter der Charles Vögele AG die Vertreter der Gemeinde Freienbach auf, das Projekt Kunstgalerie sowie deren Erschliessungsstrasse vorgängig zu bewilligen.[439] Das Vorziehen der „Service-Strasse" war gemäss Dettwyler notwendig, um die Arbeiten im Bereich der Parkierungsflächen des kurz vor der Eröffnung stehenden Seedammcenters abschliessen zu können. Das Seedammcenter sollte gemäss Dettwyler mit einer einladenden Umgebungsgestaltung aufwarten.[440]

Da bis zu diesem Zeitpunkt weder das Projekt „Service-Strasse" noch das Projekt „Kunstgalerie" von der Baukommission der Gemeinde Freienbach behandelt worden war, konnte der Gemeinderat an der

[433] Anonym (1973); Siehe Kapitel 2.3.3.5 Verzögerungen und weitere Projektänderungen.
[434] Schreiben des beauftragten für die Stabilisierung des Baumarktes an die Charles Vögele AG, Rapperswil, „Bundesbeschluss über die Massnahmen zur Stabilisierung des Baumarktes / Hallenbad und Kunstausstellung, Seedamm-Center, Pfäffikon", 19. Juni 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[435] Schreiben der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Baugesuche für Kunstgalerie und Alpamare", 12. Juli 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[436] Ebenda.
[437] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche Charles Vögele AG, Alpamare Schwimmzentrum und Kunstgalerie", Traktandum-Nr. 1235, 19. Juli 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[438] Ebenda.
[439] Schreiben der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Baugesuche für Kunstgalerie und Alpamare", 12. Juli 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum, S.2
[440] Ebenda.

Sitzung vom 19. Juli 1974 keinen Beschluss fassen.[441] Stattdessen konnte an derselben Sitzung wider Erwarten die öffentlich-rechtliche Einsprache des Kreisforstamtes gegen das Alpamare Schwimmzentrum erledigt werden. Da Leuzinger dem Kreisforstamt einen neuen Situationsplan mit dem nach Süden verschobenen Projekt vorgelegt hatte, zog das Kreisforstamt seine Einsprache vom 13. Juli 1974 zurück.[442]

2.3.5.2 Einbezug des Raumplaners – Forderung eines Quartiergestaltungsplans

Um die Baugesuche „Kunstgalerie" und „Schwimmzentrum Alpamare" zu prüfen und mit den Zonenbestimmungen abzugleichen, liess der Gemeinderat die beiden Baugesuche dem Raumplanungsbüro Stierli für eine Stellungnahme zukommen. Dieses legte am 12. August 1974 einen achtseitigen Bericht vor.[443] Im Bericht begrüsste das Planungsbüro die Platzierung der beiden Projekte. Es sei besser, Bauten wie Galerie oder Bad entlang der Autobahn zu erstellen, als Wohngebäude. (Damit widersprach das Planungsbüro eigenen Festlegungen, festgehalten in ihrem Zonenplan aus dem Jahre 1972.) Zudem seien die beiden Projekte aus raumplanerischen Überlegungen in unmittelbarer Nähe zum neuen Einkaufszentrum bereichernd.[444] Da die Parzellen, auf welchen die geplanten Projekte vorgesehen waren, gemäss der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" den Nutzungsbestimmungen der Wohnzone 2 (W2), der Wohnzone 3 (W3) sowie der Gewerbezone unterlagen, empfahl Stierli langfristig eine gesamtheitliche Umwidmung in eine Gewerbezone.[445] Die Raumplaner begrüssten die unterschiedliche Ausbildung der Gebäudekörper in Form und Volumen und deklarierten dies als „kein Nachteil, sondern Bereicherung".[446] Aufgrund des Bauvolumens waren bei beiden Planwelten „Kunstgalerie – 1974" und „Alpamare – 1974" Ausnahmen von der Bauordnung bezüglich der Gebäudelänge und -höhe notwendig. Da die Grösse von Projekt und Grundstück jedoch den Anforderungen für einen Quartiergestaltungsplan entsprachen, waren gemäss Planungsbüro Stierli diese Ausnahmen vertretbar.[447]

Anstelle von zwei Quartiergestaltungsplänen schlug das Raumplanungsbüro Stierli den Zusammenschluss der beiden Projekte zu einem Quartiergestaltungsplan vor, auch weil sich ein und derselbe Bauherr für die beiden Projekte verantwortlich zeigte.[448] Hintergrund dieser Überlegungen war weniger die Absicht einer einheitlichen Gestaltung als vielmehr eine Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungsabläufe. Ergänzend empfahl das Büro dem Gemeinderat, Fassadenpläne mit eingetragener Farbgestaltung wie auch einen Umgebungsgestaltungsplan als Auflage für eine Bewilligung zu fordern. Man hielt dies für notwendig, um eine gute Einfügung der Anlagen in das Landschafts- und Ortsbild zu gewährleisten.[449]

---

[441] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche Charles Vögele AG, Alpamare Schwimmzentrum und Kunstgalerie", Traktandum-Nr. 1235, 19. Juli 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[442] Ebenda.
[443] Schreiben des Planungsbüros Stierli an den Gemeinderat Freienbach, „Quartiergestaltungsplan für Galerie und Hallenbad beim Einkaufszentrum Fa. Ch. Vögele AG in Pfäffikon", 12. August 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[444] Ebenda, S. 3
[445] Ebenda, S. 3.
[446] Ebenda, S. 4.
[447] Ebenda, S. 6.
[448] Ebenda, S. 1.
[449] Ebenda, S. 4.

Im Protokoll der Baukommissionssitzung vom 19. August 1974 wurde der Bericht zusammenfassend dargelegt. „In Bezug auf die grundsätzlichen raumplanerischen Überlegungen kann zu den Projekten […] gesagt werden, dass Pfäffikon durch das Einkaufszentrum und die projektierten, angegliederten Bauten, Hallen-/Thermalbad und Galerie eine eindeutige Attraktivitätssteigerung erfährt.“[450]

Mit dieser Rekonstruktion der gesellschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Anlagen waren die Netzwerke für die Planwelt des „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare, – 1974“ robust geknüpft. Politiker, Bauverwaltung, Baurechtsgeber, Forstamt wie auch der verantwortliche Raumplaner liessen sich in das Netzwerk einbinden. Die Charles Vögele AG sah damit die Realisierungschancen ihrer Projekte zunehmend verbessert. Aber auch die übrigen involvierten Akteure erzielten in den Verhandlungen vorzeigbare Resultate. Die Gemeinde, vertreten durch Politiker und Bauverwaltung, erhielt kostenlos öffentlich zugängliche Einrichtungen wie Kunstgalerie und Schwimmzentrum. Das Forstamt konnte ihrem Auftrag der Bewirtschaftung und Schutz des Waldes gerecht werden, indem eine Verschiebung des Projekts erreicht wurde. Die Sprecher der Raumplanungswelt sahen die Realisierungschancen einer qualitativ-räumlichen Siedlungsentwicklung verbessert, indem sie eine Stellungnahme zu den Projekten abgeben konnten.

Damit war der Quartiergestaltungsplan jedoch noch nicht bewilligt. Vom Bericht des Raumplanungsbüros Stierli angeregt, beschloss die Baukommission, dem Gemeinderat einen Antrag auf Umwidmung des Bauareals von W2, W3 und Gewerbezone in eine einheitliche Gewerbezone vorzulegen.[451] Diesem Antrag entsprach der Gemeinderat am 23. August 1974.[452] Die Umzonung sollte in der Folge durch den Regierungsrat des Kantons Schwyz bestätigt werden. Entgegen früheren Bestimmungen strebte der Regierungsrat jedoch mittlerweile auch bei kleinen Zonenänderungen einen Beschluss der Gemeindeversammlung an und sistierte deshalb den Gemeinderatsbeschluss bezüglich der Umzonung.[453] Die neuere Praxis der Auslegung des kantonalen Baugesetzes durch den Regierungsrat des Kantons Schwyz hatte zur Folge, dass der Kompetenz des Gemeinderats bezüglich Umzonungen enge Grenzen gesetzt worden waren.

Ein Rechtsgutachten sollte Klarheit über das weitere Vorgehen verschaffen. Drei Fragen wurden durch den Gemeinderat formuliert. Die Frage, ob eine Umzonung für die fraglichen Grundstücke rechtlich zulässig sei, beantwortete der beauftragte Jurist in seinem Bericht vom 19. September 1974 abschlägig.[454] Da keinesfalls von kleinen Änderungen gesprochen werden konnte, musste eine allfällige Umzonung von der Gemeindeversammlung beschlossen werden. Auf die zweite Frage, ob der Gemeinderat befugt sei, für die beiden Bauvorhaben eine Ausnahmebewilligung zu erteilen, antwortete der Jurist mit Ja.[455] Bezüglich der dritten Frage, ob mit der Baubewilligung die Auflage verbunden

[450] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Zürcherstrasse 9, 8640 Rapperswil“, 19. August 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[451] Ebenda, S. 3.
[452] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche Charles Vögele AG, Alpamare Schwimmzentrum und Kunstgalerie“, Traktandum-Nr. 1602, 4. Oktober 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[453] Ebenda.
[454] Schreiben des beauftragten Juristen zur Abklärung der Rechtsgültigkeit von Umzonungen durch den Gemeinderat an den Gemeinderat Freienbach, „Bemerkungen zu den Bauvorhaben der Firma Charles Vögele AG, Rapperswil: Erstellung eines Schwimmzentrums und einer Kunstgalerie, Pfäffikon“, 19. September 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[455] Ebenda, S. 2.

werden könne, dass der jeweilige Grundeigentümer der Parzellen sein Einverständnis für eine spätere Umzonung in eine Gewerbezone erklärt, schlug der Jurist eine vertragliche Festlegung vor.[456]

Diese Abklärungen führten dazu, dass an der Gemeinderatssitzung vom 4. Oktober 1974 der Beschluss Nr. 1384 vom 23. August 1974 bezüglich einer Umzonung der Parzellen mit dem „Kunstgalerie“ und dem „Alpamare“ definitiv aufgehoben wurde.[457] An derselben Sitzung genehmigte der Gemeinderat die Ausnahmebewilligungen bezüglich Gebäudelängen und -höhen bei der Kunstgalerie und beim Alpamare aufgrund der Bestimmung für Arealüberbauungen.[458] In einem weiteren Traktandum wurde die Arealüberbauung grundsätzlich bewilligt.[459] Voraussetzung für die Bewilligung der einzelnen Projekte und damit der Baufreigabe war, dass die genehmigte Arealüberbauung im Grundbuch gesichert wurde.[460] Zudem musste zusätzlich ein unterzeichneter Quartiergestaltungsplan im Massstab 1:500 mit beiden Projekten, der Servicestrasse, dem Fussweg und Darstellung der Grünflächen zur Genehmigung durch den Gemeinderat eingereicht werden.[461]

Die Planwelten „Kunstgalerie – 1974“ und „Alpamare – 1974“ fanden damit ihre Übersetzung in die Planwelt „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974“. Von diesem Moment an können der Rückübersetzungsprozess des Quartiergestaltungsplans und die damit verbundenen weiteren gesellschaftlichen Verwebungen der Planwelt „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974“ verfolgt werden.

2.3.6 Die planerische Praxis der Planwelt „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974“

2.3.6.1 Die emergente Rolle des Raumplaners

In diesem Abschnitt werden die Aushandlungsprozesse nicht wie beim Seedammcenter aus der Sicht des Architekten, sondern aus der Sicht des Raumplaners beschrieben, welcher von den Vertretern der Gemeinde in die Verhandlung der Baugesuche einbezogen wurde. Die vorhandene Faktenlage eignet sich dazu, bei diesem Beispiel die emergente Rolle des Raumplaners in der Rückübersetzung seiner Planwelt „Zonenplanung Freienbach 1972“ darzulegen.

Die raumplanerischen Ziele um den „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974“ unterschieden sich aufgrund des fortgeschrittenen Aushandlungsprozesses von jenen beim „Zonenplan Freienbach – 1972“. Da die zentralen raumplanerischen Anliegen, wie reduzierte Bauvolumen an Hanglagen, aufgrund des sich neu formierten gesellschaftlichen Kontextes der Aktor-Netzwerke „Alpamare“ und „Kunstgalerie“ offensichtlich übertstimmt wurden, hatten die Raumplaner verbleibende räumlich-qualitative Aspekte wie Eingliederung in die Landschaft, architektonische Gestaltung, Bepflanzung und Begrünung oder Aspekte des Planungsverfahrens neu zu verhandeln.[462]

[456] Ebenda, S. 3.
[457] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche Charles Vögele AG, Alpamare Schwimmzentrum und Kunstgalerie“, Traktandum-Nr. 1602, 4. Oktober 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[458] Ebenda, S. 3.
[459] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche Charles Vögele AG, Alpamare Schwimmzentrum und Kunstgalerie“, Traktandum-Nr. 1609, 4. Oktober 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[460] Ebenda, S. 3.
[461] Ebenda, S. 4.
[462] Schreiben des Planungsbüros Stierli an den Gemeinderat Freienbach, „Quartiergestaltungsplan für Galerie und Hallenbad beim Einkaufszentrum Fa. Ch. Vögele AG in Pfäffikon“, 12. August 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

Aus städtebaulicher Sicht stellten die Bauvorhaben der Kunstgalerie und Alpamare eine ideale Ergänzung und regionale Angebotserweiterung am Standort Gwatt dar, obgleich der Standortentscheid ausserhalb der damaligen Siedlungsgebiete in Bezug auf die raumplanerischen Ziele einer konzentrierten und kontrollierten Siedlungsentwicklung entgegenlief.

2.3.6.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Begutachtung von Baueingaben

Die Vertreter der Gemeinde ersuchten die damals für die Entwicklung der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" verantwortlichen Raumplaner um ein Gutachten. Entsprechend sahen sie sich diese veranlasst, auf die Missstände aus planerischer Sicht hinzuweisen und den Gemeinderat in der Rolle des „Ausführenden" zu beraten. Aus Sicht der Planer bestand damit die Möglichkeit, die ursprünglich formulierten Ziele der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" in den Aushandlungsprozess des Bewilligungsverfahrens einzubringen.

Da die Planwelten „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974" bereits konkrete Aussagen über Grösse und Gestaltung der Anlagen machten, war die Einflussmöglichkeit der Raumplaner jedoch sehr begrenzt. Dies zeigten die Kritikpunkte der Raumplaner, die eigentliche Nebenschauplätze betrafen. Die wesentlichen Aspekte des Aktor-Netzwerks „Alpamare" und „Kunstgalerie" waren zu diesem Zeitpunkt bereits ausgehandelt und in die Planwelten übersetzt. Dazu gehörte auch, dass die geplanten Gebäude nicht den ursprünglichen Zonenvorgaben der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" entsprachen. Dieser aus Sicht der Raumplanung eigentlich schwerwiegende Punkt wurde durch die Raumplaner in Anbetracht der eigenen offenbar aussichtslosen Ausgangssituation nicht weiter kritisiert. Die Interessensallianz der Aktor-Netzwerke rund um die Kunstgalerie und das Alpamare hatte zu diesem Zeitpunkt offensichtlich grösseren gesellschaftlichen Rückhalt als die ursprünglichen Interessensallianzen der Raumplanung. Diese hatten sich entsprechend den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verschieben.

• Partnergewinnung – Vereinfachung der Verfahrensabläufe und Siedlungsqualität

Mit dem Argument, das Verfahren zu vereinfachen, stiessen die Vertreter des Planungsbüros Stierli bei den Vertretern der Gemeinde auf offene Ohren. Dementsprechend leicht war es, den Gemeinderat mit dem Interessensnetzwerk der Gutachter zu verknüpfen. Obwohl die ersten gesellschaftlichen Verwebungen der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" erste Unterspülungen der raumplanerischen Interessen darstellten, zeigten sich die Interessennetzwerke bezüglich einer räumlich-qualitativen Siedlungsentwicklung nach wie vor intakt. Daher gelang es den Planern, den Gemeinderat wenigstens dazu zu bringen, sich für die Notwendigkeit eines Fassaden- und Farbgestaltungsplans wie auch eines Bepflanzungskonzeptes zu interessieren.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Die Raumplaner als Gutachter von Nebenschauplätzen

Obwohl ursprünglich einmal mit dem Zonenplan von 1972 das Ziel verfolgt wurde, an den Hanglagen nur kleinformatige Gebäude zu erstellen,[463] schien dies zumindest im Gebiet des „äusseren Gwatt" kein Thema mehr. Durch den Neubau des Seedammcenters hatte sich der räumliche Kontext derart transformiert, dass der Wille zur Anpassung des Zonenplans und der Umwidmung der W2-Zonen in eine Gewerbezone schlussendlich den stillschweigenden Zuspruch durch die Planer fand. Die Planer erkannten den Mehrwert der geplanten Anlagen für die Öffentlichkeit und sahen deshalb von kaum durchsetzbaren Forderungen wie der Beibehaltung der Vorgaben des rechtsgültigen Zonenplanes ab. Damit verschob sich die Rolle des Raumplaners, der für die Raumplanung der gesamten Gemeinde Freienbach verantwortlich war, zur Rolle eines Kommentators von Einzelheiten und Nebenschauplätzen.

[463] Informationsbroschüre ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 25. Februar 1972, „Antrag und Bericht des Gemeinderates", 25. Februar 1972, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 2.

*• **Bewährungsprobe – Der Gemeinderat folgt den Empfehlungen der Raumplaner***

Die Bewährungsprobe des Gutachtens der Raumplaner zeigte sich darin, dass der Gemeinderat den Forderungen nach einer Verfahrensvereinfachung wie auch nach einem Fassadenplan als Auflage für die Bewilligung entsprach. Damit konnten die Raumplaner ihre verbleibenden Interessen in die vorverhandelten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einbringen und diese in das Interessensgefüge des Aktor-Netzwerks „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974“ übersetzen. In Bezug auf die ursprünglichen Ziele der Raumplanung aus dem Jahre 1972 kann aus Sicht der Planer jedoch kaum von einer erfolgreichen Rückübersetzung der Interessen gesprochen werden.

2.3.7 Die Rückübersetzung der Planwelt „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974“ in die Siedlungswirklichkeit

2.3.7.1 Planung und Bau der Kunstgalerie

Am 8. September 1975 – rund 16 Monate nach der ersten Eingabe der Baugesuche für das Alpamare und die Kunstgalerie – ging ein zweites Baubewilligungsgesuch für die Kunstgalerie bei der Gemeinde Freienbach ein.[464] Abgesehen von einem zusätzlichen Untergeschoss, einer Verringerung der Gebäudelänge um rund 9 Meter und einer Verbreiterung von rund 3 Meter hatte sich das Gebäude in seiner Form nur unwesentlich verändert. Aus diesem Grund beantragte die Baukommission, der Gemeinde Freienbach die Baubewilligung zu erteilen.[465]

Am 18. September 1975 unterschrieben der damalige Präsident der Korporation Pfäffikon, die Vertreter der Charles Vögele AG und die Vertreter des geplanten Seedammbades eine Erklärung. Diese besagte, dass sämtliche Unterzeichnenden bei einer Revision des Zonenplans und einer Zuordnung der Bauparzelle zur Zone für Gewerbebauten auf eine Einsprache verzichteten.[466] Mit der Erklärung entsprach das Aktor-Netzwerk „Kunstgalerie“ den Bewilligungsauflagen der Gemeindevertreter Freienbachs.

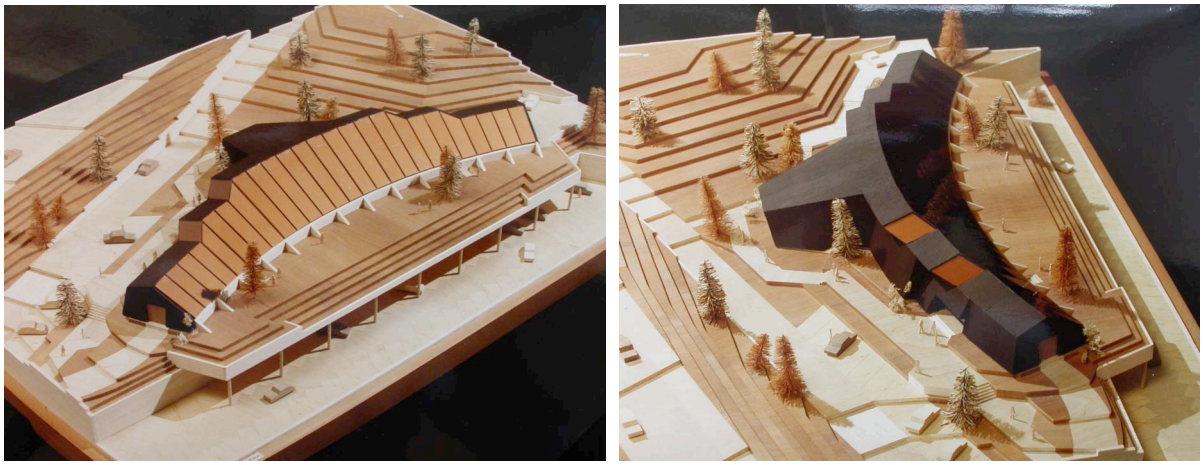


Abb. 22/23: Copeland, Novak, Israel, New York, „Modell 1:500, Kunstgalerie“, Baueingabe am 17. Mai 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

[464] Baugesuch Nr. 52/75, „Kunstgalerie“, Eingang 8. Januar 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kunstgalerie.
[465] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Zürcherstrasse 9, 8640 Rapperswil, Kunstgalerie“, 9. September 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kunstgalerie, S. 3
[466] Erklärung der Charles Vögele AG, Korporation Pfäffikon, Bad-Seedamm AG, „Verzicht auf Einsprache gegenüber einer späteren Umzonung“, 18. September 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kunstgalerie.

Am 28. Oktober 1975 kündigte sich eine weitere Verzögerung an. Die Bauverwaltung des Kantons Schwyz stellte im Rahmen einer Prüfung des Baugesuchs fest, dass die Kunstgalerie Seedammcenter Pfäffikon auch unter dem Gesichtspunkt der Nationalstrassengesetzgebung beurteilt und bewilligt werden musste.[467] Die für die Galerie und das Alpamare vorgesehene Zulieferstrasse und Parkplatzerschliessung lag innerhalb der Baulinie der Autobahn N3. Um die Verzögerung in Grenzen zu halten, bot das kantonale Amt an, für den ausserhalb der Baulinie stehenden Baukörper der Galerie die kantonalen, bau- und feuerpolizeilichen Bewilligungen zu erteilen, damit der Gemeindevorstand das Gesuch trotzdem behandeln konnte. Die innerhalb der Baulinien gelegenen Erschliessungsbauten aber durften erst nach der erforderlichen Bewilligung durch die Bundesinstanz und den Kanton begonnen werden.[468]

Am 31. Oktober 1975 erteilte der Gemeinderat Freienbach mit dem Beschluss Nr. 1813 die Baubewilligung für die Bauteile der Kunstgalerie ausserhalb der Baulinie der Autobahn.[469]

Drei Monate später erfolgte eine weitere Baueingabe für das Vorhaben Kunstgalerie.[470] Im Wesentlichen handelt es sich um eine weitere Verbreiterung des Projekts und eine damit einhergehende Vergrösserung um 150 Quadratmeter.[471] Noch am selben Tag genehmigte der Gemeinderat diese Projektänderung.[472]

Am 6. Februar 1976 erreichte die Baubewilligung Peter Dettwyler von der Charles Vögele AG. Eine derart schnelle Arbeit scheinbar nicht gewohnt, verfasste dieser im Namen der Charles Vögele AG ein Dankesschreiben bezüglich des reibungslosen Ablaufs des Verfahrens an den Gemeinderat.[473]

Der Brief widerspiegelte aber auch den Prozess der Rückübersetzung von Planwelten in die Wirklichkeit. Die Planwelt „Kunstgalerie – 1974“ stellte zu diesem Zeitpunkt eine Reduktion der Interessen des Aktor-Netzwerks „Kunstgalerie“ bezüglich architektonischer Schwerpunkte und formaler Vorstellungen dar und suggerierte gleichzeitig eine problemlose Rückübersetzung des Bauvorhabens in die Siedlungswirklichkeit. In der Phase der Rückübersetzung wurde die Idee der geschwungenen Grundrissform und der komplizierten Dachgeometrie Schritt für Schritt mit statischen und konstruktiven Anforderungen konfrontiert. So mussten zunehmend mehr Informationen in die Ausführungspläne integriert werden, was Projektanpassungen bedingte und zu den beschriebenen mehrfachen Baugesuchen führte. Dettwyler schrieb: „Obwohl wir meinten, mit der Konzeption der Kunstgalerie recht gut vertraut zu sein, hat sich nun doch gezeigt, dass die nicht alltägliche Architektur dieses Objektes ihre Tücken in sich birgt, die erst im Verlauf der Bauphase ersichtlich wurden.“[474]

---

[467] Schreiben der Kantonalen Baukontrolle Schwyz an die Charles Vögele AG, „Kunstgalerie Seedammcenter Pfäffikon“, 28. Oktober 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kunstgalerie.
[468] Ebenda.
[469] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuche Charles Vögele AG, Alpamare Schwimmzentrum und Kunstgalerie“, Traktandum-Nr. 1813, 31. Oktober 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kunstgalerie.
[470] Baugesuch Nr. 52/75, „Kunstgalerie“, Eingang 29. Januar 1976, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kunstgalerie.
[471] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen/Gesuch 52/75, Charles Vögele AG, Kunstgalerie“, Traktandum-Nr. 140, 29. Januar 1976, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kunstgalerie.
[472] Ebenda.
[473] Schreiben der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Projektänderung Seedamm-Galerie“, 9. Februar 1976, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kunstgalerie.
[474] Ebenda, S. 1

Am 1. April 1976 wurden mit der Verfügung des Baudepartements des Kantons Schwyz auch die Bauten innerhalb der Baulinien der Autobahn N3 bewilligt. Voraussetzung für diese Bewilligung war eine Nachprüfung des Ausführungsprojekts durch das Baudepartement des Kantons Schwyz und eine Genehmigung durch das Eidgenössische Departement des Innern.[475]

In diesem Zusammenhang sei nochmals auf den von Peter Dettwyler geäusserten Wunsch im Schreiben vom 12. Juli 1974 hingewiesen.[476] Dettwyler versuchte innerhalb möglichst kurzer Zeit die Bewilligung für die Erschliessungsstrasse zu erhalten, damit die Umgebungsarbeiten für die Eröffnung des Seedammcenters im Oktober 1974 abgeschlossen werden konnten. In der Folge zeigte es sich, dass die Planwelt „Kunstgalerie" den Zielen und Absichten der in die Planwelt eingebundenen Akteure zwar entsprach, sich aber die Rückübersetzung der Planwelten aufgrund fehlender, durch das Aktor-Netzwerk „Kunstgalerie" vorausgesetzter, weiterer Zusagen und Bewilligungen verzögerte. Diese Zusagen und Bewilligungen mussten erst in zähen Verhandlungen und im gemeinsamen Aushandeln von Win-Win-Situationen erarbeitet werden.

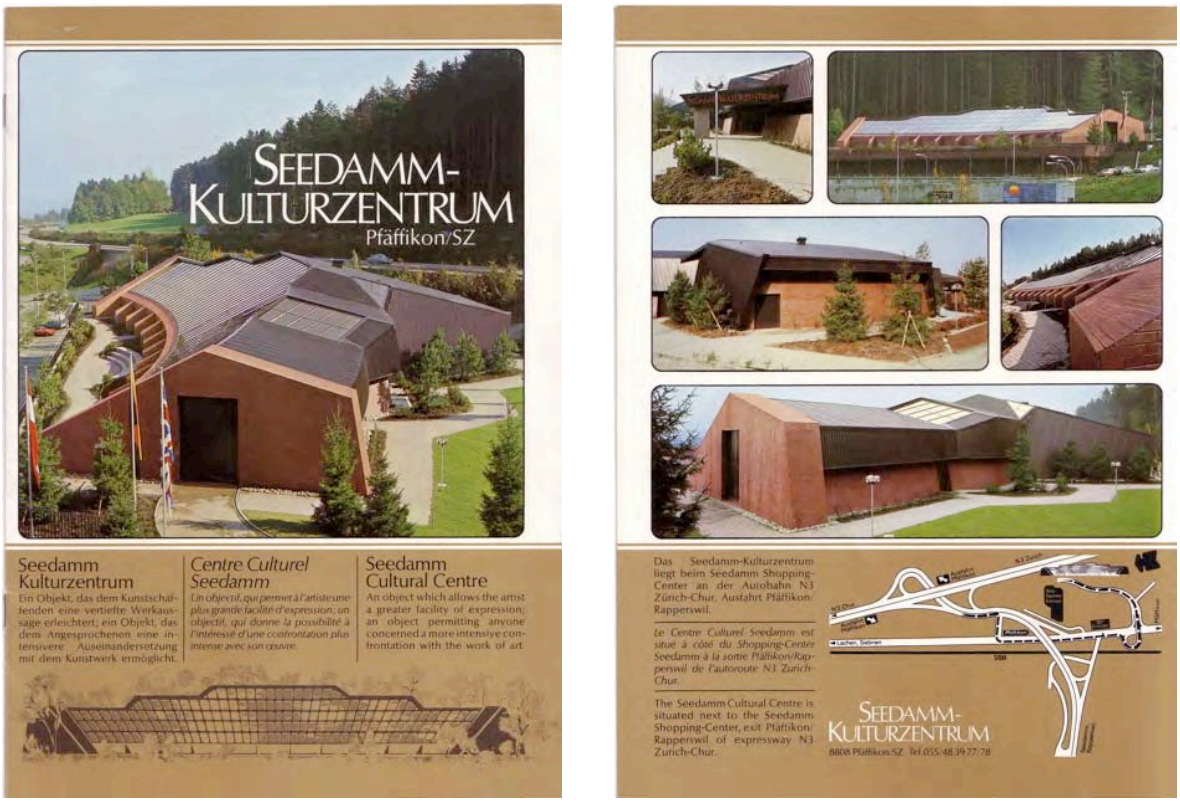


Abb. 24/25: Eröffnungsbroschüre, „Seedamm Kulturzentrum, Pfäffikon / SZ", ohne Datum, Archiv Seedamm Kulturzentrum, Stiftung Charles und Agnes Vögele (Fotograf unbekannt).

Der Erfolg der Rückübersetzung über zum Teil langwierige Aushandlungs- und Anpassungsrunden zeichnete sich erst ab, nachdem sich Kanton wie auch Bund in das Aktor-Netzwerk „Kunstgalerie-Quartiergestaltungsplan" hatten integrieren lassen. Diese über Verträge, Verfahren und Bewilligungen stabilisierten Allianzen zwischen den sich in Form, Bedeutung und Zuständigkeiten unterscheidenden

[475] Verfügung des Baudepartementes des Kantons Schwyz, „N3 km 134.880 – 135.080, Pfäffikon. Bewilligung eines Bauvorhabens innerhalb der Baulinie", 1. April 1976, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[476] Schreiben der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Baugesuche für Kunstgalerie und Alpamare", 12. Juli 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum

Akteuren waren Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Vorhabens Kunstgalerie in die Siedlungswirklichkeit. Mit jedem Verhandlungsresultat, jeder Schraube und jedem Anstrich wurde die Planwelt „Kunstgalerie-Quartiergestaltungsplan“ ein Stück weit weiter in die Wirklichkeit übersetzt.

Mit einer Ausstellung der Arbeiten von Hans Erni zum Thema „Ein Weg zum Nächsten“ vom 6. November bis 12. Dezember 1976 wurde die Kunstgalerie als Seedamm Kulturzentrum eröffnet.[477]

2.3.7.2 Planung und Bau des Alpamare Bad- und Freizeitzentrums

Während sich die architektonische Erscheinung der Kunstgalerie über die zahlreichen Übersetzungsschritte von den Planwelten der Kunstgalerie bis zur gebauten Realität des Kulturzentrums nur wenig veränderte und sich Verwebungen mit der Wirklichkeit mehrheitlich im Detail abzeichneten, wandelte sich das Projekt Alpamare grundlegend.

Zum einen änderte sich die Bauherrschaft. Die Charles Vögele AG suchte noch vor der ersten Baueingabe einen Projektpartner, welcher Erfahrungen und Kompetenz im Bäderbereich einbringen und die Finanzierung übernehmen konnte. Mit Max Höfter konnte ein Pionier der Bad- und Freizeitanlagen in Europa in das Projekt eingebunden werden. Höfter hatte 1965 die Geschäftsführung der um 1860 gegründeten und 1926 von Anton Höfter aufgekauften Jodquellen AG in Bad Tölz/Deutschland übernommen. Dieselbe Gesellschaft war gleichzeitig Eckpfeiler des Aufstiegs von Bad Tölz zu einem internationalen Kurort gewesen. Max Höfter eröffnete im Jahre 1970 mit dem „Alpamare“ in Bad Tölz das erste Brandungswellenbad Deutschlands, eine Mischung aus amerikanischem Wasserpark und europäischer Therme.[478] Sein Konzept schien vielversprechend und erfolgreich, sodass die Charles Vögele AG mit Höfter in Kontakt trat. Dass diese Partnerschaft von langer Hand vorbereitet war, zeigen Vorverträge zwischen der Charles Vögele AG und Max Höfter vom 7. Februar und 16. Juni 1973 bezüglich Projektierung und Realisierung einer Kurbadanlage in Pfäffikon.[479] Daher tauchte auch bereits bei der ersten Baueingabe der Name „Alpamare“ in den Bewilligungsunterlagen auf.

Eine definitive vertragliche Vereinbarung zwischen der Charles Vögele AG und der zwischenzeitlich durch Max Höfter gegründeten Bad Seedamm AG kam am 18. September 1975 zustande.[480] Die Absichten und Leistungen der Vertragsparteien wurden darin festgesetzt. So wünschte sich die Charles Vögele AG die „Ermöglichung einer zusätzlichen Attraktivität als Ergänzung zum multifunktionellen Seedamm-Center“. Als Leistung sicherte die Charles Vögele AG aufgrund der Erfahrungen mit dem Seedammcenter die Frequenz für das beabsichtigte Kurbad zu, lieferte die Kontakte insbesondere zum Baurechtsgeber Korporation Pfäffikon, führte das Baubewilligungsverfahren durch und stellte die Erschliessung und Parkierung des Seedammcenters zur Verfügung.[481] Im Vordergrund Höfters stand der „Betrieb eines finanziell ertragreichen Kurbades“. Als Leistung beabsichtigte Höfter das technische

[477] „Ausstellungen Seedamm-Kulturzentrum, 1976–2007“, www.seedamm-kultur.ch, Zugriff 15. November 2007.
[478] Presseinformation Alpamare Bad Tölz, www.alpamare.de, Zugriff 15. November 2007; Geschichte der Jodquellen AG, www.wandelhalle-toelz.de, Zugriff 15. November 2007.
[479] Vereinbarung zwischen Charles Vögele AG, Rapperswil, und Bad Seedamm AG, Pfäffikon, „Ermöglichung einer zusätzlichen Attraktivität als Ergänzung zum multifunktionellen Seedamm-Center und Errichtung und Betrieb eines finanziell ertragreichen Kurbades“, 18. September 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Quartiergestaltungsplan Alpamare, S. 1.
[480] Ebenda.
[481] Ebenda, S. 1-2.

„Know-How“ sowie die fachlichen Planungsunterlagen zu liefern und die Finanzierung des Vorhabens zu übernehmen.[482]

Der einzige Vorbehalt, welcher die Inkraftsetzung der Erklärung gefährdete, betraf die gesetzlichen Regelungen bezüglich des Erwerbs eines Baurechts durch Personen im Ausland gemäss der Lex Furgler.[483] Mit der Lex Furgler, einem Gesetz, das den Immobilienerwerb in der Schweiz durch Ausländer beschränkte, reagierte die Schweiz in den 1970er-Jahren auf die boomartige, wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit. Das Gesetz sollte verhindern, dass schweizerischer Boden im Übermass in ausländische Hände gelangte. Gleichzeitig sollte es einen Beitrag im Kampf gegen Inflation und Spekulation leisten und damit einer Zersiedelung der Landschaft entgegenwirken.[484]

Die zweite Veränderung betraf das Projekt „Schwimmzentrum Alpamare“ selber. Rolf Leuzinger, der Architekt des Hallenbades der Bad Seedamm AG, überarbeitete im Frühjahr 1975 das Vorprojekt, indem er den geplanten Bau verkleinerte und kompakter anlegte. In einer ersten Etappe sollten die Eingangszone, Umkleideräume, Solarium, Wellenbad und zwei Freibäder umgesetzt werden.[485] Die Baukommission der Gemeinde Freienbach bemerkte in ihrem Protokoll vom 2. Juni 1975, dass man nicht von einer ersten Etappe des genehmigten Arealüberbauungsprojekts vom 4. Oktober 1974 sprechen könne. Es handle sich vielmehr um die Abänderung eines bewilligten Projekts.[486] Aufgrund der Randlage des Grundstücks sah die Baukommission folglich von einer erneuten öffentlichen Ausschreibung des Projekts ab. Da sich das Baugrundstück bezüglich der Ästhetik nicht an einer empfindlichen Lage neben der Autobahn, dem Seedammcenter oder der Kantonsschule, sondern am Bauzonenrandgebiet befand und das überarbeitete Projekt eine Verkleinerung des über den Quartiergestaltungsplan bewilligten Projekts darstellte, beantragte die Baukommission beim Gemeinderat, der Baueingabe zuzustimmen.[487]

Am 22. September 1975 stellte Rolf Leuzinger beim Gemeinderat den Antrag, mit den Bauarbeiten beginnen zu dürfen. Obwohl die Bewilligung nach Lex Furgler seitens des Bundes mündlich zwar seit längerer Zeit bestand, schriftlich aber noch nicht vorlag, war die Bad Seedamm AG bereit, mit den Erdarbeiten auf eigenes Risiko zu beginnen.[488]

Der Gemeinderat folgte dem Antrag Leuzingers am 24. September 1975 und erteilte die Bewilligung für die Erdarbeiten. Falls die Baubewilligung für das Gebäude selber nicht erfolgen sollte, hatte die Bad Seedamm AG den natürlichen Zustand des Baugrundstücks auf eigene Kosten wiederherzustellen.[489] Nachdem der Entscheid bezüglich des Erwerbs von Grundstücken durch Personen aus dem

[482] Ebenda, S. 2.
[483] Ebenda, S. 2.
[484] Verein Schweizerischer Archivarinnen und Archivare, Grundstückerwerb durch Personen im Ausland, Zusammenfassung, 14. September 2000, www.vsa-aas.org, Zugriff 2. September 2008; die Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft „Argumentarium/Fakten und Zahlen zur Lex Friedrich“, 12. April 1995, www.admin.ch, Zugriff 19. November 2007.
[485] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Zürcherstrasse 9, 8640 Rapperswil, Alpamare Schwimmzentrum, Pfäffikon“, 2. Juni 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[486] Ebenda.
[487] Ebenda.
[488] Schreiben von Rolf Leuzinger, Pfäffikon an den Gemeinderat Freienbach, „Betr. Hallenbad Seedamm Center, Bad Seedamm AG“, 22. September 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[489] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Charles Vögele AG, Rapperswil, bzw. künftige Rechtsnachfolgerin Bad Seedamm AG, Alpamare-Schwimmzentrum, Pfäffikon, vorzeitiger Baubeginn“, Traktandum-Nr. 1564, 24. September 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9. Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

Ausland am 10. November 1975 zugunsten von Max Höfter gefällt worden war, folgte der Gemeinderat dem Antrag der Baukommission für die definitive Baubewilligung am 14. November 1975.[490]

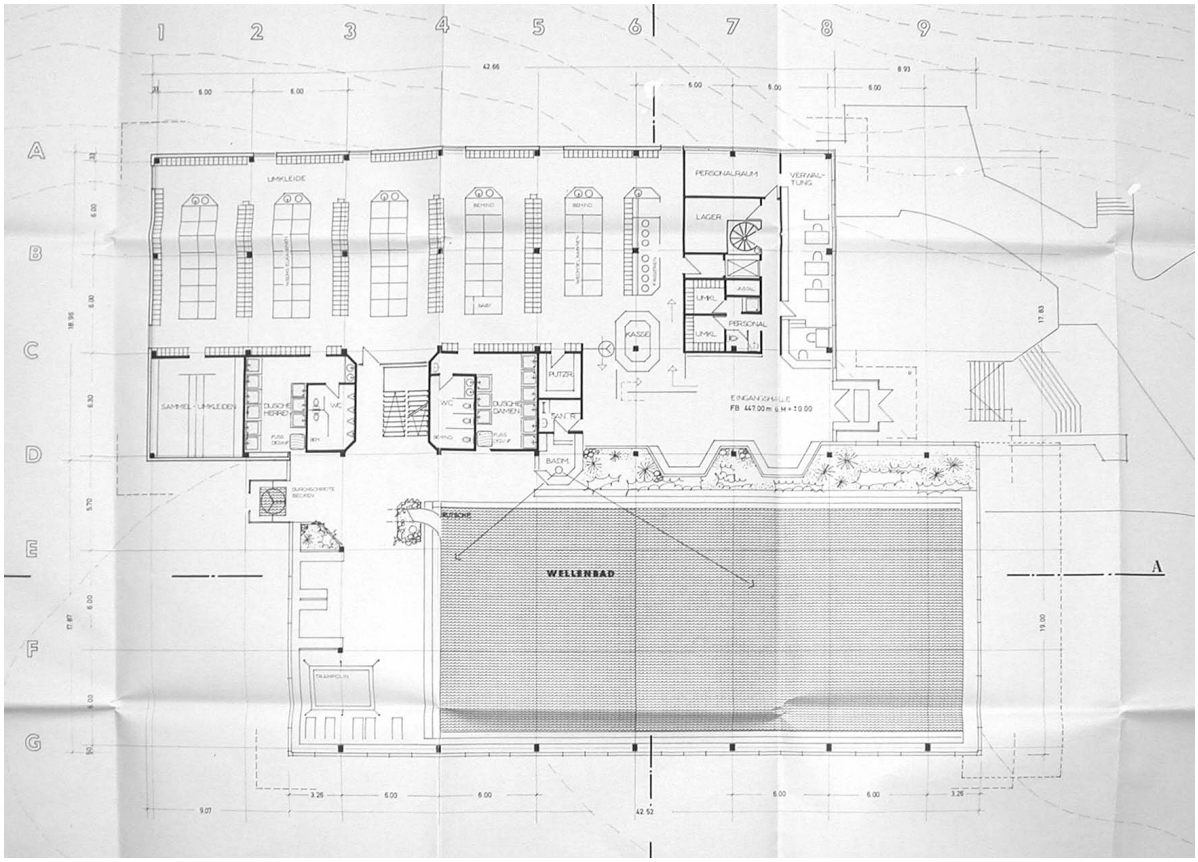


Abb. 26: Rolf Leuzinger, „Erdgeschoss 1:100, Alpamare“, überarbeitete Eingabe Alpamare, April 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.

Mit der Baubewilligung stand der weiteren Umsetzung der Absichten des Aktor-Netzwerks „Alpamare“ scheinbar nichts mehr im Weg. In der Tagespresse wurde bald darauf von der Aufrichtefeier berichtet, die am 2. September 1976 stattfand.[491] An diesem Richtfest nahmen rund 230 Personen teil, die sich in einem Rundgang von den fortschreitenden Bauarbeiten überzeugen konnten. In seiner Rede zur Aufrichtefeier zeigte sich Architekt Rolf Leuzinger erfreut über die gute Zusammenarbeit zwischen Bauherrschaft, Bauleitung, Unternehmungen und Handwerkern während der bisherigen Bauphasen. Die voraussichtliche Eröffnung wurde auf Anfang 1977 bekannt gegeben.[492] Diese kurze Zusammenfassung der bisherigen Geschehnisse auf dem Bau durch den Architekten Rolf Leuzinger war bezeichnend für den Verlauf der Aktor-Netzwerk-Bildung und unterstrich ein weiteres Mal die Notwendigkeit von Allianzen, um Realisierungschancen von Zielen und Interessen zu verbessern. Nur eine gute und entgegenkommende Zusammenarbeit zwischen den involvierten Akteuren und Aktanten während der Projektentwicklungs-, der Planungs- und auch der Bauphase versprach eine erfolgreiche Rückübersetzung von Planwelten in die Siedlungswirklichkeit.

[490] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 70/75, Bad Seedamm AG, Pfäffikon, Alpamare Bad- und Freizeitzentrum, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 1916, 14. November 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[491] Anonym (1976a).
[492] Ebenda.

Wenige Wochen später erfolgte am 15. Oktober 1976 in der Tagespresse die Meldung „Grossbrand in Pfäffikon“.[493] Das Dach des sich im Bau befindlichen Gebäudes fing bei der Verarbeitung der Bitumenbahnen Feuer, wodurch ein Schaden in Millionenhöhe entstand.[494] Dieser Vorfall erforderte weitere Verhandlungen, diesmal mit Schadens- und Bauexperten, Fachleuten und Versicherungen, sowie eine Entscheidung über den Fortbestand des Projekts. Beinahe hätte das Feuer als nichtmenschlicher Akteur die Rückübersetzung der Planwelt „Alpamare“ verhindert. Die Schäden hielten sich jedoch in Grenzen und konnten ausgebessert werden. Die Bauarbeiten wurden wieder aufgenommen.

Diese glückliche Wendung bewies der 14. Juli 1977. An diesem Tag stellte Max Höfter der versammelten Presse die Angebote der kurz vor der Eröffnung stehenden Freizeitanlage vor.[495] Brandungsbad, Sprudelwarmfreibad mit Kaltwasserbecken, Jod-Sole-Warmfreibad, Jodquell-Inhalatorium, Solarium, Ruhe- und Bestrahlungsraum, Herren- und Damensauna, Badepark mit Liegewiese und Volleyballfeld, Rutschen und Restauration waren soweit erstellt. Im Höfner Volksblatt fanden darüber hinaus zwei weitere Aspekte besondere Aufmerksamkeit. Zum einen wurde von den Hygiene-Massnahmen berichtet: Nicht nur sollten die Werte regelmässig kontrolliert, sondern auch transparent zugänglich gemacht werden. Trotzdem oder gerade deshalb würde kein Bademützenzwang herrschen. Der zweite Aspekt betraf die Umwelt: Wärmerückgewinnung, starke Umwälzung aller Wasserbassins, um Wärmeverlust und Frischwasserbedarf zu reduzieren, wie auch mehrfache Verwendung von Frischwasser wurden angepriesen.[496]

Am Freitag, den 15. Juli 1977, wurde das Alpamare mit rund 400 geladenen Gästen eröffnet.[497] Mit der Eröffnung und der Übergabe an die Nutzer am Mittwoch, den 20. Juli 1977, war der Aushandlungsprozess rund um das fertiggestellte Alpamare allerdings noch nicht vollständig abgeschlossen. So stand beispielsweise die Planung und Rückübersetzung der Parkplätze noch aus. Nachdem der Gemeinderat am 23. Januar 1976 eine Bewilligung erteilte, wurde die Anlage kurz darauf umgesetzt.[498] Auch die Auseinandersetzung rund um die als Wald deklarierte Baumgruppe beim alten Scheibenstand war noch nicht abgeschlossen. Die Korporation Pfäffikon als Baurechtsgeberin reichte beim Kanton ein Rodungsgesuch für das Waldstück ein.[499] Während das Waldstück drei Jahre zuvor noch eine Verschiebung des geplanten Objekts und damit eine Anpassung der Planwelt erfordert hatte, zeigte sich der Regierungsrat des Kantons Schwyz diesmal mit der Korporation Pfäffikon einvernehmlich. Da der Bestand von 28 Bäumen in die Gestaltung der Gartenanlage einbezogen wurde, entschied sich der Regierungsrat, im Einverständnis mit dem Forstamt wie auch dem Natur- und Landschaftsschutz, dem Gesuch zu entsprechen. Im Gegenzug zeigte sich die Korporation Pfäffikon bereit, auf ihren Grundstücken eine Fläche von acht Are Wald wiederaufzuforsten.[500] Die Entlassung

[493] Anonym (1976b).
[494] Ebenda.
[495] Anonym (1977a).
[496] Ebenda.
[497] Anonym (1977b).
[498] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 70/75, Bad Seedamm AG, Pfäffikon, Alpamare Bad- und Freizeitzentrum, Pfäffikon, Genehmigung Parkplatzanlage“, Traktandum-Nr. 104, 23. Januar 1976, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[499] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Forstpolizei: Rodungsgesuch der Korporation Pfäffikon, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 1395, 2. August 1977, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[500] Ebenda, S. 2.

der Bäume aus den Bestimmungen des Forstrechts hatte zur Folge, dass der Gemeinderat ein geplantes Volleyballfeld, das sich zuvor zu nahe am Waldrand befunden hätte, bewilligen konnte.[501]

Nach der Erstellung der Anlage liess sich eine Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und bewilligten Baugesuchsplänen feststellen. Da das Gelände um drei Meter abgegraben wurde, war die Nordfassade, anstatt wie geplant zweigeschossig, dreigeschossig ausgeführt. Entgegen der letzten bewilligten Baueingabe verschob sich der Haupeingang. Sämtliche Tür- und Fensterpartien ebenso wie die Grundrisse unterschieden sich von den Angaben in den Baugesuchsplänen. Ein zweites Untergeschoss wurde zusätzlich erstellt.

Dem Gemeinderat blieb nichts anderes übrig, als die geschaffenen Tatsachen im Nachhinein als Projektänderungen zu genehmigen.[502] Dies verwies darauf, dass sich vermeintliche Vereinbarungen in den fortlaufenden Aushandlungsprozessen relativieren konnten. Am Ende gelang es dem Aktor-Netzwerk „Alpamare“, die eigenen Planwelten, wenn auch aufgrund gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse zahlreich umgeformt, erfolgreich in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen.

2.3.8 Die lokale planerische Praxis von Kulturzentrum und Alpamare

2.3.8.1 Die emergente Rolle der Architekten und Raumplaner

Ausgangslage für die weitere Entfaltung der Aktor-Netzwerke „Alpamare“ und „Kulturzentrum“ waren das Bewilligungsgesuch für den „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974“ sowie die Interessen und Ziele der Charles Vögele AG, welche weiterverfolgt und ihre Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit finden sollten.

Wie sich in Bezug auf die Entstehungsgeschichte der Planwelt „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974“ zeigte, beschränkte sich der Einsatz der Raumplaner innerhalb der Projektverhandlungen auf das Verfassen eines achtseitigen Berichts. Die Raumplaner vertrauten offenbar auf die Transportfähigkeit dieses Aktanten. In der übrigen Zeit der Entstehung der Planwelten und deren Rückübersetzung waren die Interessen der Raumplanung nur passiv über den Zonenplan von 1972, die Bauordnung von 1972 und den achtseitigen Bericht und damit äusserst vage und interpretierbar im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess vertreten.

Der eigentliche Projektverfasser des Kulturzentrums, das amerikanische Architekturbüro Copeland, Novak and Israel aus New York, war verantwortlich für den Entwurf des Kulturzentrums. Das Büro war jedoch nicht selber an den lokalen städtebaulichen Aushandlungsprozessen beteiligt. Die Verhandlungen der Planwelten übernahmen lokale Planungsbüros, die wiederum aufgrund ihrer eigenen Interessen und Fähigkeiten die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse mitgestalteten. Die Aufgabe des Büros Copeland, Novak and Israel war in der Folge, die sukzessive verhandelten Tatsachen in ihr architektonisches Konzept einzubinden und so die Planwelten gesellschaftlich tragbar zu machen.

Leuzinger als Entwerfer des Alpamare gelang es ebenfalls, trotz sich permanent verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen die sukzessive verhandelten Inhalte in ein architektonisches Konzept zu integrieren. In dieses konnten Wünsche und Forderungen der Bauherrschaft, der Gemeindevertreter, des Kantons und wei-

[501] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 70/75, Bad Seedamm AG, Pfäffikon, Alpamare Bad- und Freizeitzentrum, Pfäffikon, Genehmigung von Projektänderungen“, Traktandum-Nr. 218, 3. Februar 1978, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare, S. 2.
[502] Ebenda, S. 1.

terer Akteure eingebunden werden. Der Architekt Leuzinger als Akteur im Aushandlungsprozess zeichnete sich dadurch aus, dass er aktiv an den Verknüpfungen des Aktor-Netzwerks mitarbeitete und so seine Interessen in die für die Rückübersetzung notwendigen Allianzpartnerschaften einbinden konnte. Dieses Vorgehen bezeichnet den emergenten Alltag eines Architekten, der sich kontinuierlich im Büro, an diversen Sitzungen und auch auf der Baustelle an Entscheidungsfindungen beteiligt und um die Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit besorgt ist.

Städtebaulich zeigten sich das Alpamare wie auch das Kulturzentrum als räumlich und funktional unabhängige Einzelbauten. Beim Alpamare war die Allianz aus architektonischer Ambition und ökonomischem Interesse der Betreiber sichtbar, beim Kulturzentrum hingegen die Allianz aus architektonischer Ambition und funktionalem Interesse der Ausstellungsmacher. Die Absichten der Architekten zielten weder beim Alpamare noch beim Kulturzentrum auf Stadtentwicklung ab. Die städtebauliche Komponente einer anvisierten Prosperität des Gwatt durch Angebotssteigerung wurde hier wie bereits beim Seedammcenter weder durch die Raumplanung oder Architekten, sondern durch die Projektentwickler der Charles Vögele AG hinzugefügt.

2.3.8.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „QGP Kunstgalerie und Alpamare – 1974“

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.

• MIGROL-TANKSTELLE

2.3.9 Planwelt „Migrol-Tankstelle – 1979“ und deren Rückübersetzung

2.3.9.1 Vorgeschichte – Parkplatzerweiterung Seedammcenter

In den vier Jahren nach der Eröffnung des Seedammcenters zeichnete sich ein Parkplatzproblem jeweils in der zweiten Jahreshälfte ab. Dies stand in Zusammenhang mit einer regeren Benützung der Freizeit- und Bäderanlage Alpamare im Herbst und Winter.[503]

Peter Dettwyler informierte den Gemeinderat in einem Brief vom 14. August 1978, dass es der Charles Vögele AG nach langwierigen Verhandlungen mit der Genossenschaft Migros gelungen war, eine Grundstücksfläche auf dem unmittelbar westlich gelegenen Nachbargrundstück für die Dauer von maximal fünf Jahren zu pachten.[504] Die 230 zusätzlichen Parkplätze sollten nur genutzt werden, wenn die anderen Parkplätze ausgelastet waren.[505] Von der Gemeinde erwartete die Charles Vögele AG nun eine umgehende Behandlung und Erteilung einer Baubewilligung für die provisorischen Parkplätze.[506] Das Parkplatzkonzept bewilligte der Gemeinderat vier Tage später am 18. August 1978.[507]

[503] Schreiben der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Seedamm-Center, Notparkplätze“, 14. August 1978, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[504] Ebenda.
[505] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 71/78, Charles Vögele AG, provisorische Parkplatzanlage, Gwattstrasse 7a“, Traktandum-Nr.: 1232, 18. Aug. 1978, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[506] Schreiben der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Seedamm-Center, Notparkplätze“, 14. August 1978, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[507] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 71/78, Charles Vögele AG, provisorische Parkplatzanlage, Gwattstrasse 7a“, Traktandum-Nr.: 1232, 18. Aug. 1978, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.

2.3.9.2 Interessenskonflikte zwischen der Planwelt „Migrol-Tankstelle – 1979“ und der Parkierung der Charles Vögele AG auf der Parzelle der Genossenschaft Migros

Knapp ein Jahr nach der Pachtvereinbarung zwischen der Charles Vögele AG und der Genossenschaft Migros reichte die Tochtergesellschaft Migrol der Genossenschaft Migros am 29. Mai 1979 ein Baugesuch für ein Tankstellenprojekt mit Servicegebäude und Waschstrasse auf ebendiesem Grundstück ein.[508] Die ausgesprochen gute Verkehrslage und die Ausrichtung des Seedammcenters auf den privaten Autoverkehr prädestinierte das Grundstück für diese Nutzung. Kurz darauf verzögerte sich die Angelegenheit seitens der Genossenschaft Migros und führte erst am 29. April 1980 zu einer erneuten, modifizierten Baueingabe.[509]

Das zweite Baugesuch war Ausgangspunkt für einen Interessenskonflikt rund um die Erschliessungsstrassen im Gwatt, welche die Charles Vögele AG im Zusammenhang mit dem Neubau des Seedammcenters zu erstellen hatte. Am 23. Mai 1980 erhob der Rechtsvertreter der Seedamm Immobilien AG - einer Tochtergesellschaft der Charles Vögele AG als neue Eigentümerin des Seedammcenters Einsprache gegen das Baugesuch einer Tankstelle im Gwatt.[510] Der Vertreter der Seedamm Immobilien AG kritisierte, dass die bisherigen Bestrebungen seitens der Charles Vögele AG und der neu gegründeten Seedamm Immobilien AG, Auflagen von Kanton und Gemeinde bezüglich Strassenverbreiterung, Strassenüberführung und störungsfreiem öffentlichem Strassenverkehr zu erfüllen, mit den Bestrebungen der Genossenschaft Migrol in Frage gestellt würden. Der Rechtsanwalt beanstandete insbesondere, dass der für die Erschliessung notwendige Linksabbieger von der Gwattstrasse auf die Parzelle der Migros voraussichtlich für einen Rückstau über die Gwattstrasse in die Kantonsstrasse sorgen würde. Trotz des Interessenskonfliktes zeigte sich die Seedamm Immobilien AG verhandlungsbereit und lösungsorientiert. „Meine Klientschaft fühlt sich zu dieser Einsprache verpflichtet, da alles unternommen werden muss, die Strassenverhältnisse zu verbessern, nicht zu verschlechtern. Deshalb ist meine Klientschaft auch bereit, mit der Migrol-Genossenschaft konkret zu verhandeln und die Zufahrt von Osten her ab dem Areal Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG zu gewähren.“[511]

Weshalb diese Verhandlungsbereitschaft? Kurz zuvor, am 3. April 1979, hatte die Seedamm Immobilien AG eine Baueingabe für die Erweiterung des Seedammcenters und den Neubau der Verwaltung Charles Vögele AG bei der Gemeinde Freienbach eingereicht.[512] In diesem Zusammenhang wäre es für die Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG hinderlich gewesen, Konflikte mit der Genossenschaft Migros unnötig zu schüren.

In der Folge wurde eine öffentlich beurkundete Vereinbarung zwischen der Genossenschaft Migros, der Tochtergesellschaft Migrol, der Charles Vögele AG und der Seedamm Immobilien AG bezüglich

---

[508] Baugesuch Nr. 49/79, „Tankstelle mit Servicegebäude und Waschstrasse “, Eingang 29. Mai 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[509] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 49/79, Migrol Genossenschaft Tankstelle mit Servicegebäude und Waschstrasse“, Traktandum-Nr.: 1361, 10. Okt 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[510] Schreiben des Rechtsvertreters der Seedamm Immobilien AG, „Baueinsprache gegen das Bauvorhaben der Migrol-Genossenschaft , Zürich“, 23. Mai 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[511] Ebenda, S. 2.
[512] Baugesuch Nr. 32/79, „Erweiterung (und Umbau) Seedammcenter, Neubau Verwaltung Ch. Vögele AG“, Eingang 3. April 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.

der Migrol-Tankstelle und den nachbarlichen Beziehungen verfasst.[513] Diese Vereinbarung diente nicht nur zur Lösung des Erschliessungskonfliktes, sondern wurde von beiden Seiten strategisch genutzt, mögliche spätere Konflikte vorausschauend zu verhandeln.

Die Seedamm Immobilien AG wollte mit ihrer Einsprache gegen die Tankstelle der Genossenschaft Migros verhindern, dass sich aufgrund der verkehrlichen Beeinträchtigungen die Realisierungschancen der geplanten Seedammcentererweiterung nicht verschlechterten. Einen möglichen Rückstau in die Gwatt- und damit indirekt in die Kantonsstrasse durch eine zusätzliche Tankstelleneinfahrt galt es um jeden Preis zu verhindern. Gleichzeitig versuchten die Seedamm Immobilien AG die Realisierungschancen ihrer Interessen in Bezug auf die Parkmöglichkeiten zu verbessern. In den Aushandlungen mit der Genossenschaft Migros gelang es den Vertretern der Seedamm Immobilien AG, die provisorischen Abstellplätze auf dem Migros-Grundstück in einen ordentlichen Parkplatz umzuwandeln. Zudem konnte der Pachtvertrag um zehn Jahre verlängert werden.[514] Zur Verbesserung der Verkehrsabläufe auf der Gwattstrasse verpflichtete sich die Genossenschaft Migros, Landfläche für eine Fahrspurverbreiterung der Gwattstrasse an die Gemeinde Freienbach abzutreten.[515] Die Seedamm Immobilien AG zeigte sich im Gegenzug bereit, die anfallenden Kosten für die weiteren Infrastruktur- und Erschliessungsmassnahmen Gwattstrasse im Zusammenhang mit der Seedammcentererweiterung zu übernehmen.[516] Allerdings wurde vereinbart, dass sich die Genossenschaft Migros im Falle eines Neubaus eines Einkaufzentrums auf ihrer Parzelle anteilmässig an den Infrastrukturkosten beteiligen würde.[517]

Die Genossenschaft Migros nutzte die Verhandlungen, wie bereits bei früheren Einspracheverhandlungen im Jahre 1972, die Realisierungschancen eines eigenen Einkaufszentrums auf ihrer Parzelle längerfristig zu sichern. So wurde gar eine Verbindung zwischen dem bestehenden Seedammcenter und einem möglichen neuen Einkaufszentrum der Migros vereinbart.[518]

Am 10. Oktober 1980 zog die Seedamm-Immobilien AG ihre Einsprache gegen die geplante Migrol-Tankstelle zurück.[519] Eine zweite Einsprache seitens der Korporation Pfäffikon wegen befürchteter Lärmbelästigung der Nachbargrundstücke durch den Tankstellenbetrieb ging als Bestandteil der Baubewilligung in die Auflagen ein.[520] Im Rahmen der Bewilligungsverhandlung des Baugesuchs der Migrol-Tankstelle lehnte der Gemeinderat Freienbach die Zufahrt von der Gwattstrasse definitiv ab. Die Zufahrt hatte wie von der Seedamm Immobilien AG in der Einspracheschrift vorgeschlagen, über das Seedammcenter-Areal zu erfolgen.[521] Am 10. Oktober 1980 bewilligte der Gemeinderat die Service-Station mit Tankstelle und Waschstrasse unter den bekannten Bedingungen (Abb. 27).[522]

---

[513] Vereinbarung zwischen der Genossenschaft Migros, der Migrol-Genossenschaft, der Charles Vögele AG und der Seedamm-Immobilien AG, „betreffend Migrol-Tankstelle in Pfäffikon SZ, nachbarliche Beziehungen etc." 6. Oktober 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[514] Ebenda, S. 2-3.
[515] Ebenda, S. 4.
[516] Ebenda, S. 4.
[517] Ebenda, S. 7.
[518] Ebenda, S. 4.
[519] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 49/79, Migrol Genossenschaft, Tankstelle mit Servicegebäude und Waschstrasse", Traktandum-Nr. 1361, 10. Okt. 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[520] Ebenda, S. 1.
[521] Ebenda, S. 2.
[522] Ebenda, S. 2-3.

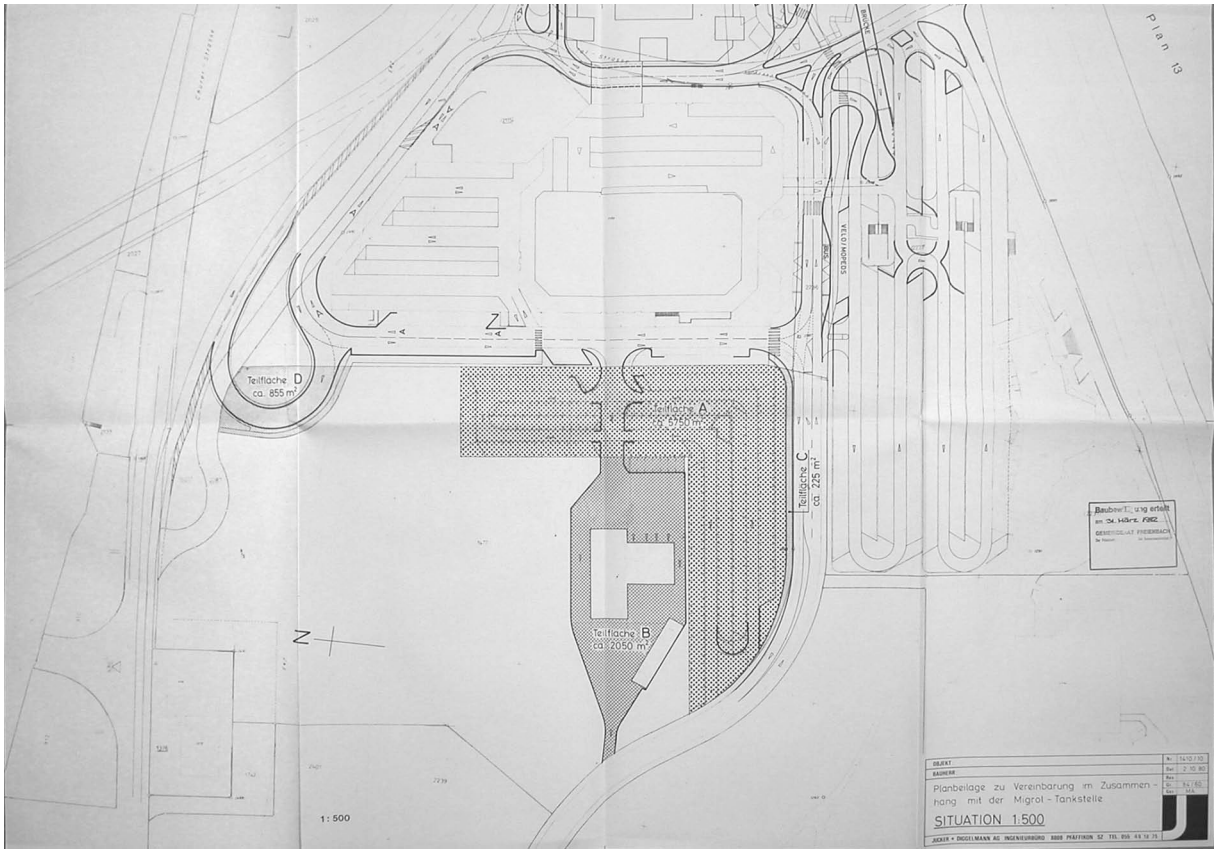


Abb. 27: Jucker Diggelmann AG, „Situation Parkierung / Tankstelle 1:500“, Planbeilage zu Vereinbarung im Zusammenhang mit der Migrol-Tankstelle, 2. Oktober 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.

Die Erschliessung über die Parzelle des Seedammcenters bewilligte der Gemeinderat am 7. November 1980 nur unter der Auflage, dass der Linksabbieger von der Gwattstrasse auf die Parzelle bis zum 31. Dezember 1981 zu erstellen sei.[523] Da die Migrol-Genossenschaft mit der Seedamm Immobilien AG vereinbart hatte, dass der Abbieger erst mit dem Bau der Erweiterung des Seedammcenters erstellt werden müsse, führte die Auflage der Gemeinde zu einer Verwaltungsbeschwerde seitens der Migrol-Genossenschaft beim Regierungsrat des Kantons Schwyz.[524] Als Reaktion verfügte der Gemeinderat von Freienbach einen sofortigen Baustopp, da die Bauarbeiten für die Tankstelle bereits in vollem Gange waren.[525] Dieser Schritt hatte wiederum eine weitere Verwaltungsbeschwerde seitens der Migrol-Genossenschaft gegen den Baustoppbeschluss zur Folge.[526] Das Justizdepartement des Kantons Schwyz erarbeitete einen Vergleich. In diesem Vergleich wurde vorgeschlagen, dass die Linksabbiegerspur oder andere Formen der Verkehrssanierung unabhängig von der geplanten Erweiterung des Seedammcenters erstellt werden müssten, wenn unbefriedigende Verkehrsverhältnisse im Bereich der Gwattstrasse auftreten sollten.[527] Der Vergleich wurde am 16. Juli 1981 durch die Migrol-

[523] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 49/79, Migrol Genossenschaft, Tankstelle mit Servicegebäude und Waschstrasse, Projektänderung“, Traktandum-Nr. 1458, 7. November 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[524] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 49/79, Migrol Genossenschaft, Tankstelle mit Servicegebäude und Waschstrasse, Beschwerde“, Traktandum-Nr. 1628, 12. Dezember 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[525] Ebenda, S. 2.
[526] Verwaltungsbeschwerde in Sachen der Migrol-Genossenschaft gegen die Gemeinde Freienbach, „Aufhebung Baustopp“, 7. Januar 1981, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[527] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Verfahrenssache Migros Genossenschaft gegen Gemeinderat Freienbach, Baubewilligung, sowie Genossenschaft Migros gegen den Gemeinderat Freienbach, betreffend Baustop“ 28. Juli 1981, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a, S. 3.

Genossenschaft und am 22. Juli 1981 durch den Gemeinderat angenommen, woraufhin die beiden Verwaltungsbeschwerden der Genossenschaft Migros gegen die Gemeinde Freienbach am 28. Juli 1981 abgeschrieben werden konnten.[528] Die Bauarbeiten konnten wieder aufgenommen und die Tankstelle mit Waschstrasse fertiggestellt werden.

Der Verhandlungsverlauf zeigte auf, dass nicht nur Architekten oder Planer das Baugeschehen bestimmten. Vielmehr wurden die Projekte zwischen unterschiedlichen Akteuren wie Nachbarn, Juristen, Grundbesitzer, Bauherrschaft, Architekten, Behörden oder Verwaltungen mit unterschiedlichen und durchaus auch gegensätzlichen Interessen ausgehandelt.

2.3.10 Die lokale planerische Praxis der Migrol-Tankstelle

2.3.10.1 Die emergente Rolle der Planer

Kontroversen rund um die Parkplatzsituation im Gwatt sowie das Interesse der Genossenschaft Migros, von der Zunahme des privaten Automobilverkehrs zu profitieren, stellten den Ausgangspunkt der Handlungsketten der Planer dar. In Bezug auf die qualitativ-räumlichen Aspekte nahmen die Planer in diesem Aushandlungsprozess keine erwähnenswerte Rolle ein. Die Tankstelle mit Waschstrasse wie auch der Parkplatz waren durch Normen und Prototypen vorbestimmt. Die Planer handelten vielmehr als Moderatoren, die das Versammeln und Übersetzen von verschiedenen Fakten und Interessen in Pläne und Zeichnungen übernahmen. In ihren Planwelten erfassten und moderierten sie die unterschiedlichen Interessen der Vertreter der Charles Vögele AG und der Genossenschaft Migros räumlich und konstruierten zumindest in der Realität der Planwelten deren reibungsloses Nebeneinander. Eigene räumlich-qualitative Interessen wurden in den Aushandlungsprozess nicht eingebracht oder fanden keine gesellschaftliche Entsprechung. Die Darstellung der Planwelten verhalfen dafür einer räumlichen Klärung der einzelnen Positionen unter den involvierten Akteuren.

Städtebaulich initiierten die Projektentwickler der Genossenschaft Migros diese Angebotserweiterung im Gwatt. Die Architekten und Planer vermochten weder städtebaulich noch architektonisch einen adäquaten Beitrag zu dem mittlerweile inhaltlich verdichteten Gefüge des Gwatt zu leisten.

2.3.10.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Migrol-Tankstelle“

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.



Abb. 28: Migrol-Tankstelle im Gwatt (Fotografie: U. Christen, Pfäffikon SZ, 2003).

[528] Ebenda, S. 4.

• ERWEITERUNG SEEDAMMCENTER UND NEUBAU VERWALTUNG

2.3.11 Die Planwelt „Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung Charles Vögele AG – 1979“

2.3.11.1 Vorgeschichte – Keine Erweiterung möglich?

Dass das Seedammcenter in Kombination mit dem Kulturzentrum und dem Alpamare eine Erfolgsgeschichte war, liess sich aus den Auseinandersetzungen und Verhandlungen um zusätzliche Parkplätze und die Optimierung der Erschliessung rund um die Migrol-Tankstelle ableiten. Der Erfolg zeigte sich zudem in Form von Mietanfragen und Vergrösserungsforderungen durch Mieter.[529]

Mit diesem Druck konfrontiert, stellte sich Ende der 1970er-Jahre die Frage nach den räumlichen Erweiterungsmöglichkeiten des Seedammcenters am Standort Gwatt. Die Parzelle westlich des Seedammcenters war im Besitz der Genossenschaft Migros. Die Auseinandersetzungen zwischen der Charles Vögele AG und der Genossenschaft Migros zeigten, dass die Genossenschaft Migros kaum an einem Verkauf des Grundstücks oder einer Vergabe des Baurechts an die Charles Vögele AG interessiert war. Das Areal nördlich des Seedammcenters war durch den Autobahnzubringer Pfäffikon-Seedamm begrenzt. Eine nordseitige Erweiterung war deshalb kaum möglich. Südlich des Seedammcenters setzten die Topografie, die bereits erstellten Parkplätze und das Kulturzentrum und Alpamare einem allfälligen Erweiterungsprojekt Grenzen. Als einzige Möglichkeit verblieb nur noch eine ostseitige Erweiterung. Das östlich angrenzende, dreieckige Grundstück zwischen Seedammcenter, Autobahnzubringer und Autobahn war damals im Besitz des Kantons Schwyz. Unglücklicherweise plante der Kanton Schwyz zu dieser Zeit darauf eine kantonale Motorfahrzeugprüfhalle.[530]

Da die Charles Vögele AG aufgrund ihrer vielfältigen Geschäftsbeziehungen in ständigem Kontakt zur Korporation Pfäffikon stand, war die Korporation über den Erweiterungsdruck und die Erweiterungsabsichten der Charles Vögele AG informiert. Um ihrem langjährigen Geschäftspartner zu einer Lösung seines Erweiterungsproblems zu verhelfen, organisierten die Vertreter der Korporation Pfäffikon einen runden Tisch mit Vertretern des Kantons Schwyz und der Charles Vögele AG und bereiteten gleichzeitig einen Lösungsansatz vor. Der Kanton Schwyz sollte seine Parzelle östlich des Seedammcenters gegen eine westlich der Genossenschaft Migros gelegene Parzelle der Korporation Pfäffikon tauschen.[531]

Der Vorschlag wurde von den Vertretern des Kantons Schwyz positiv aufgenommen und am 20. April 1978 in Form eines Tauschvertrags zwischen dem Baudepartement des Kantons Schwyz und der Korporation Pfäffikon besiegelt.[532] Mit dieser Aktion seitens der Korporation Pfäffikon wurden die Voraussetzungen für die Erweiterung des Seedammcenters im Baurecht auf der Parzelle östlich des bestehenden Seedammcenters geschaffen.

---

[529] Interview mit Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters, 20. Juli 2007.
[530] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[531] Ebenda.
[532] Schreiben des Baudepartementes des Kantons Schwyz an die Korporation Pfäffikon, „Prüfhalle Pfäffikon“, 10. Mai 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 3+5.

2.3.11.2 Auf bewährten Aktor-Netzwerken aufbauen

Für die Erweiterung des Seedammcenters bestand damit bereits eine Allianz zwischen dem Kanton Schwyz, der Korporation Pfäffikon und der Charles Vögele AG, einzig basierend auf schriftlich und mündlich formulierten Interessen.

Nachdem die Standortfrage für die Erweiterung des Seedammcenters geklärt war, erging der Planungsauftrag an den Architekten. Auch hier griff die Charles Vögele AG auf bewährte Partner zurück: den Architekten Felix Rebmann für die architektonische Konzeption, das Architekturbüro Copeland, Novak and Israel aus New York für die Mallgestaltung und die Baufirma Göhner für die Ausführungsplanung und Bauleitung. Ulrich K. Feusi verwies in diesem Zusammenhang auf die Art und Weise, wie Charles Vögele seine Geschäfte führte. „Wenn man Vögele gut bediente, dann gab es auch keine Änderungen in den Aufträgen. Darum hatten Rebmann und Göhner auch die Erweiterung des Seedammcenters geplant."[533]

2.3.11.3 Die ersten Planwelten der Erweiterung des Seedammcenters und Neubau Verwaltung der Charles Vögele AG

Eine erste Planwelt für die Erweiterung des Seedammcenters wurde im Gemeinderat im Juli 1978 vorbesprochen.[534] Dabei war von einem fünfgeschossigen Gebäude im Osten des Seedammcenters die Rede. Die beiden unteren Geschosse waren als Parkfläche, die übrigen für den Verkauf ausgelegt. Als problematisch angesehen wurde der Einbezug der Talstrasse in die Erweiterungsplanung. Diese befand sich im Eigentum der Gemeinde und begrenzte bis anhin das Seedammcenter gegen Osten. Der Luftraum eines Teilbereichs der Talstrasse sollte von der geplanten Erweiterung überbaut werden. Gleichzeitig wurde die neue Gesamt-Überlänge des geplanten Bauvolumens diskutiert, die von rund 70 Metern auf 180 Meter anwuchs.[535]

Das definitive Baugesuch für die Erweiterung sollte erst neun Monate später eingereicht werden.[536] Grund waren Überlegungen zum Standort der Verwaltung des Konzerns der Charles Vögele AG.

In den vergangenen Jahren hatte die Charles Vögele AG das Wachstum des Vögele-Konzerns vorangetrieben. Die erfolgreiche Umsetzung der Wachstumsstrategie erforderte nun eine Vergrösserung der Verwaltung. Aus diesem Grund wurde auch die Standortfrage der Verwaltung neu aufgenommen.

Die Erweiterungspläne des Seedammcenters veranlasste die Charles Vögele AG, die Verlagerung der Hauptverwaltung von Rapperswil nach Freienbach anzustreben, auch weil in Freienbach mittlerweile die Verteilzentrale der Charles Vögele AG im Hurdnerwäldli von rund 3'400 m^2 im Jahre 1972 auf eine Gesamtfläche von 10'100 m^2 im Jahre 1977 erweitert worden war.[537]

---

[533] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[534] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, Baubewilligungen, Charles Vögele AG, Rapperswil, Erweiterung Seedammcenter", Traktandum-Nr. 1120, Juli 1978, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[535] Ebenda.
[536] Baugesuch Nr. 32/79, „Erweiterung (und Umbau) Seedammcenter, Neubau Verwaltung Charles Vögele AG", Eingang 3. April 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[537] Ansprache von Herrn Peter Dettwyler anlässlich der Pressekonferenz vom 28. Januar 1983 über die Warenverteil-Zentrale der Charles Vögele AG in Pfäffikon SZ, 28. Januar 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse

Am 3. April 1979 reichte die Seedamm-Immobilien AG als Tochtergesellschaft der Charles Vögele AG ein Gesuch für die Erweiterung des Seedammcenters mit einem Neubau für die Verwaltung der Charles Vögele AG ein.[538] Das Baugesuch sah einen sechsstöckigen Erweiterungsbau mit 522 Fahrzeug-Abstellplätzen und rund 10'500 m^2 Laden- und Ausstellungsfläche sowie einen achtgeschossigen Verwaltungsbau mit rund 2'900 m^2 Bürofläche vor.[539]

2.3.12 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung Charles Vögele AG – 1979"

2.3.12.1 Die emergente Rolle des Architekten

Felix Rebmann, als Architekt für die Erweiterung des Seedammcenters beauftragt, übernahm eine ähnliche Aufgabe wie beim Entwurf der Planwelt „Seedammcenter 1 – 1972". Er kümmerte sich um die konzeptionelle und architektonische Entwicklung des Erweiterungsbaus.

Wie Rebmann in einem Interview ausführte, hatte er ursprünglich nicht mit einer Erweiterung des Seedammcenters gerechnet. Dies sei auch beim Entwurf der Planwelt „Seedammcenter – 1972" nie ein Thema gewesen. „Leider wusste ich nicht von Anfang an, dass die Erweiterung im Jahre 1985 kommt. Sonst hätte ich eine schöne Form entworfen. Jetzt ist's das Schmuckkästchen und daneben halt noch ein zweites."[540] Dem pragmatisch veranlagten Rebmann gelang es in der Phase der Entstehung der Planwelt erneut, die Interessen der in das Netzwerk involvierten Akteure der Charles Vögele AG, der Seedamm-Immobilien AG und der Korporation Pfäffikon in ein architektonisches Konzept zu integrieren und mit seinem Entwurf die Allianzen für seinen Erweiterungsentwurf erneut zu knüpfen. Wie bei den Verhandlungen rund um die Planwelt „Seedammcenter – 1972" war das konsequente Einbinden unterschiedlicher Interessen innerhalb eines architektonischen Konzepts das Erfolgsrezept Rebmanns auch für die Planwelt „Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung Charles Vögele AG – 1979".

Aus städtebaulicher Sicht war es die Absicht von Rebmann, mit dem Verwaltungsbau einen räumlichen Akzent im heterogenen Gefüge des Gwatt zu setzen.

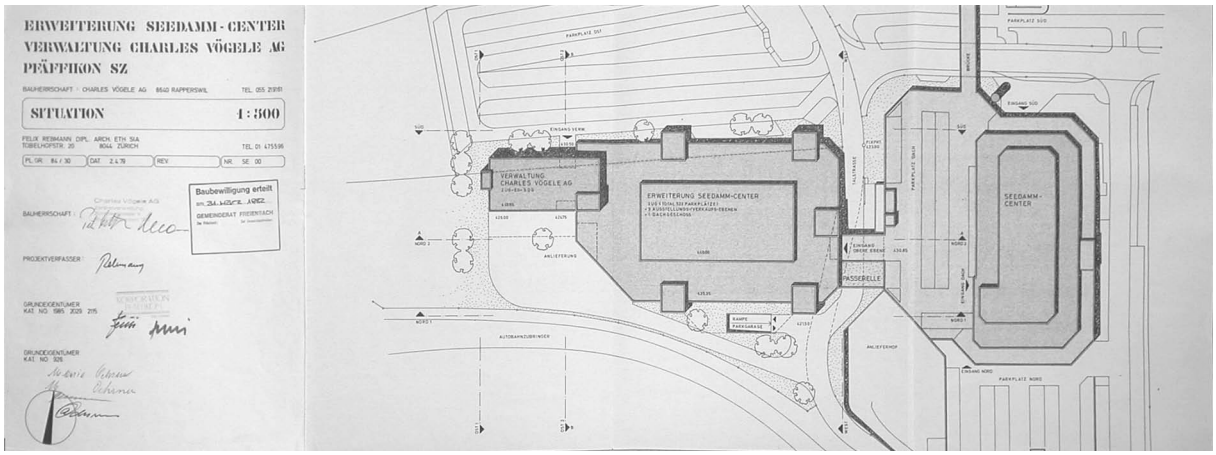


Abb. 29: Felix Rebmann, "Situation 1:500, Erweiterung Seedamm-Center Verwaltung Charles Vögele AG, Pfäffikon SZ", Baueingabe am 2. März 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.

[538] Baugesuch Nr. 32/79, „Erweiterung (und Umbau) Seedammcenter, Neubau Verwaltung Charles Vögele AG", Eingang 3. April 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[539] Ebenda.
[540] Interview mit Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters, 20. Juli 2007.

2.3.13 Die Rückübersetzung der Planwelt „Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung Charles Vögele AG – 1979“ in die Siedlungswirklichkeit

2.3.13.1 Forderung eines Direktanschlusses des Seedammcenters an die Autobahn A3

Das Baugesuch vom 3. April 1979 veranlasste die Gemeinde Freienbach im Rahmen des Bewilligungsverfahrens von der Seedamm Immobilien AG, erneut eine verkehrstechnische Untersuchung der Gesamterschliessung des Gwatt zu fordern. Mit der Studie wurde das Ingenieurbüro SNZ beauftragt.[541] Das Ingenieurbüro kam zum Schluss, dass die Verkehrsbehinderungen auf der Churerstrasse nicht auf den Anschluss der Gwatt- an die Churerstrasse, sondern vielmehr auf die Parkplatzorganisation und die konfliktreiche Verkehrsführung im Bereich des Dorfzentrums von Pfäffikon/ Freienbach zurückzuführen sei.[542] Nach dieser Untersuchung erging durch die Seedamm Immobilien AG auf Wunsch der Gemeinde Freienbach und des Kantons Schwyz ein weiterer Auftrag an das Ingenieurbüro SNZ. Dieses sollte einen Teilanschluss des Seedammcenters an das übergeordnete Strassennetz Seedamm/Autobahn N3 prüfen.[543] In dieser zweiten Studie kamen die Vertreter des Ingenieurbüros zu dem Ergebnis, dass ein Teilanschluss des Seedammcenters an die Autobahn technisch möglich, aber mit Nachteilen hinsichtlich Verkehrsablauf, -führung und -sicherheit sowie einer Reduktion der Parkfelder verbunden sei. Das Ingenieurbüro empfahl abschliessend die Beibehaltung der damaligen äusseren Verkehrserschliessung, kombiniert mit organisatorischen Verbesserungsmassnahmen.[544]

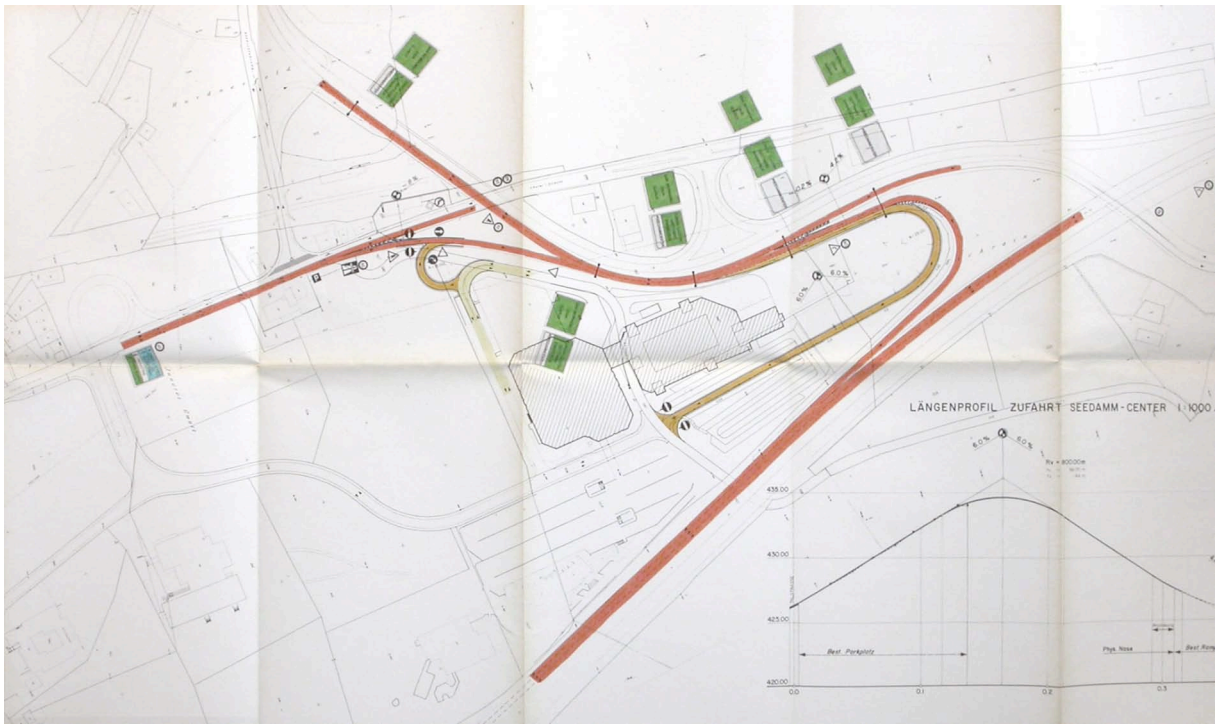


Abb. 30: SNZ Ingenieure, „Situation 1:1000, Erweiterung Seedamm-Center, Pfäffikon, Teilanschluss Seedamm/N3“, Eingabe am 18. Juli 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.

[541] SNZ Ingenieure, Verkehrstechnische Untersuchung für einen Teilanschluss des Seedamm-Centers an das übergeordnete Strassennetz Seedamm/N3, „Erweiterung Seedamm Center Pfäffikon SZ“, 21. Mai 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[542] Ebenda.
[543] SNZ Ingenieure, Ergänzende verkehrstechnische Untersuchung eines Teilanschlusses Seedamm/N3, „Erweiterung Seedamm Center Pfäffikon SZ“, 18. Juli 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[544] Ebenda, S. 5-6.

Obwohl von den Ingenieuren von SNZ nicht empfohlen, wurde der Teilanschluss weiterverfolgt. Da er aber mit der A3 eine Bundesbaute betraf, mussten Verhandlungen mit dem Bundesamt für Strassenbau geführt werden.

Wie bereits bei der Planung des Seedammcenters zu Beginn der 1970er-Jahre war abzusehen, dass es auch bei diesem Bewilligungsverfahren zu Verzögerungen kommen würde. Ungeduldig beanstandete Charles Vögele dies in einem Schreiben. Aus der Antwort des Gemeindetechnikers der Gemeinde Freienbach vom September 1979 wurde ersichtlich, dass die Gemeindeverwaltung und Charles Vögele mit unterschiedlichen Zeithorizonten arbeiteten.[545] Der Gemeindetechniker verwies auf den normalen Ablauf eines Baugesuchs. Dieses musste von Gesetz wegen in das Verfahren des Quartiergestaltungsplans und in das Verfahren der Baubewilligung aufgeteilt werden. Wie der Gemeindeschreiber festhielt, fehlten für eine Baubewilligung kantonale und kommunale Bewilligungen sowie ein Entscheid des Regierungsrats bezüglich der Sonderregelungen für Gebäudelänge, -höhe und Strassenabstand. „Ich bin sicher, dass es nirgends zu absichtlichen Verzögerungen gekommen ist. Der bisherige Zeitaufwand steht im Verhältnis zur Grösse und Bedeutung des Bauobjektes."[546]

Erst sechs Monate nach Eingabe genehmigte der Gemeinderat am 12. Oktober 1979 und der Regierungsrat des Kantons Schwyz am 7. Januar 1980 den Gestaltungsplan. Die Bewilligung zur Erweiterung des Seedammcenters durch den Gemeinderat war nach wie vor an die Genehmigung des Teilanschlusses an die Autobahn durch Bund und Kanton gebunden.[547]

Dass es weitere unvorhergesehene Verzögerungen geben sollte, lässt sich dem Briefverkehr zwischen der Charles Vögele AG und dem Baudepartement des Kantons Schwyz entnehmen.[548] Der Kantonsingenieur teilte mit, dass es ihm trotz wiederholter Bemühungen nicht gelungen sei, mit dem zuständigen Sachbearbeiter des Bundesamtes für Strassenbau zu einer Lösung zu kommen. Entsprechend stand die Genehmigung für den Teilanschluss noch aus. Aus diesem Grund bat der Kantonsingenieur den Direktor des Bundesamtes für Strassenbau mehrmals persönlich, sich dieser Sache anzunehmen. Daraufhin sicherte der Direktor des Bundesamtes für Strassenbau am 29. März 1980 dem Kantonsingenieur mündlich zu, in ein bis zwei Wochen eine Stellungnahme abzuliefern.[549] Einen Monat später gab der Strasseninspektor in einer Zusammenkunft zwischen der Gemeinde, dem Kanton und der Seedamm-Immobilien AG bekannt, dass der Direktor des Bundesamtes für Strassenbau mündlich die Genehmigung des geplanten Autobahnzubringers zugesichert habe. Peter Dettwyler wurde daraufhin umgehend ersucht, die Detailprojektplanung in Auftrag zu geben. Da die geplante Erschliessung in einem kleinen Teilbereich über die Parzelle der Genossenschaft Migros geführt wer-

[545] Schreiben des Gemeindetechnikers der Gemeinderat Freienbach an Charles Vögele, „Bewilligungsverfahren Seedamm-Center-Erweiterung", 12. September 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[546] Ebenda, S. 3.
[547] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 32/79, Seedamm-Immobilien AG, Erweiterung des Seedammcenters und Neubau eines Verwaltungsgebäudes, Quartiergestaltungsplan", Traktandum-Nr.1430, 12. Oktober 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15; Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Quartiergestaltungsplan, Erweiterung Seedammcenter", Traktandum-Nr. 51, 7. Januar 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[548] Schreiben des Baudepartementes des Kantons Schwyz an die Charles Vögele AG, „Erweiterung Seedamm-Center, Verkehrserschliessung", 31. März 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[549] Ebenda.

den musste, zweifelte Dettwyler angesichts der zeitgleich aufbrechenden Interessenskonflikte an der Kooperationsbereitschaft der Genossenschaft Migros.[550]

Wie sich zeigte, waren die Bedenken Dettwylers unberechtigt. Mit der aus den Konflikten um die Eschliessung der Migrol-Tankstelle entstandenen Vereinbarung, konnte auch dieser Sachverhalt des direkten Autobahnanschlusses einvernehmlich verhandelt und geklärt werden.[551]

Die zeitlichen Verzögerungen waren in der Tat unumgänglich, da das Aktor-Netzwerk rund um die Planwelt „Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung Charles Vögele AG – 1979“ auf die Allianz des Bundes und der Genossenschaft Migros angewiesen war. Diese Allianz war wiederum Voraussetzung, um die Vertreter der Gemeinde stabil in das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Seedammcenter“ einzubinden. Jede neu sich abzeichnende, notwendige Allianzpartnerschaft, die sich jeweils aufgrund der Problemstellungen aufdrängte, wirkte sich aufgrund begrenzter Bearbeitungsökonomien und zunehmender Verwaltungskomplexitäten des Netzwerks auf eine Verlängerung der gesellschaftlichen Zeit der Rückübersetzung des jeweiligen Vorhabens aus.

2.3.13.2 Auswirkungen der Verzögerungen auf das Erweiterungsprojekt

Der Umstand, dass nicht nur der Quartiergestaltungsplan, sondern mittlerweile auch der Autobahn-Zubringer zumindest mündlich eine Zusage erlangt hatte, bewog Charles Vögele, erneut vorzugreifen. Der Rechtsvertreter der Charles Vögele AG setzte sich im Mai 1980 dafür ein, dass die Baubewilligung für die Erweiterung des Seedammcenters und den Neubau der Verwaltung erteilt werde. Der Rechtsvertreter ersuchte nachdrücklich um die Bewilligung, damit die Detailplanung und -projektierung auf einer gesicherten Basis in Angriff genommen werden konnte.[552]

Dieser Forderung entsprach der Gemeinderat nicht, da die Bewilligungen des Kantons und des Bundes nur in Form mündlicher Zusagen vorlagen. Eine erste Genehmigung erteilte das Bundesamt für Strassenbau erst am 9. Oktober 1980. Eine weitere Genehmigung der technischen Details des Ausführungsprojektes musste aber noch eingeholt werden.[553] Zwei Monate später, am 17. Dezember 1980, erfolgte die definitive Genehmigung für das Erschliessungswerk mit geringfügigen Projektauflagen durch das Bundesamt für Strassenbau im Auftrag des Eidgenössischen Departementes des Innern.[554] Aufgrund dieses Entscheides bewilligte auch das Baudepartement des Kantons Schwyz den Autobahnzubringer am 12. Januar 1981.[555] In der Rechnungsstellung der Gemeinde Freienbach für

---

[550] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Quartiergestaltungsplan, Seedamm-Immobilien AG, Erweiterung des Seedammcenters und Neubau eines Verwaltungsgebäudes, Nationalstrasse, direkte Zu- und Wegfahrt zum Seedammcenter“, Traktandum-Nr.:652, 2. Mai 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[551] Vereinbarung zwischen der Genossenschaft Migros, der Migrol-Genossenschaft, der Charles Vögele AG und der Seedamm-Immobilien AG, „betreffend Migrol-Tankstelle in Pfäffikon SZ, nachbarliche Beziehungen etc.“ 6. Oktober 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a; Siehe Kapitel 2.3.9.2 Interessenskonflikte zwischen der Planwelt „Migrol-Tankstelle – 1979“ und der Parkierung der Charles Vögele AG auf der Parzelle der Genossenschaft Migros.
[552] Schreiben des Rechtsvertreters der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Erweiterung Seedamm-Center in Pfäffikon“, 13. Mai 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[553] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Quartiergestaltungsplan, Seedamm-Immobilien AG, Erweiterung des Seedammcenters und Neubau eines Verwaltungsgebäudes, Nationalstrasse, direkte Zu- und Wegfahrt zum Seedammcenter“, Traktandum-Nr.1371, 22. Oktober 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[554] Verfügung, „271/ms/65 N 3 Km 135.260, Anschlussbauwerk Pfäffikon: Bewilligung eines Bauvorhabens innerhalb der Baulinie, 12. Januar 1981, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[555] Ebenda.

Genehmigungsgebühren und Kosten für kantonale und eidgenössische Bewilligungen an die Seedamm-Immobilien AG wurde vermerkt, dass nun die Baubewilligung ausgefertigt werden könne.[556]

Die zu erwartenden Kosten für die Seedammcentererweiterung mit Direktanschluss an die Autobahn führten dazu, dass die Charles Vögele AG über Einsparmöglichkeiten nachdenken musste. Im Oktober 1980 standen Änderungen bezüglich Materialwahl, Verzicht auf das unterste Parkgeschoss, Nutzungsänderungen von Lager- in Verkaufsfläche, Einbezug der Treppenhäuser in den Baukörper und eine Verkleinerung des Technikgeschosses zur Diskussion.[557]

Damit zeigte sich, wie konkret die Aushandlungsprozesse und Verzögerungen zu neuen Bedürfnissen und Rahmenbedingungen führten, die eine längere Phase der Überprüfung der Planwelt notwendig machten. Erst knapp ein Jahr nach dem Bewilligungsentscheid für den Teilanschluss durch den Bund und den Kanton reichte die Charles Vögele AG/Seedamm Immobilien AG ein überarbeitetes Projekt bei der Gemeindeverwaltung Freienbach ein. Dieses wurde am 31. März 1982 durch den Gemeinderat Freienbach genehmigt.[558]

2.3.13.3 Projektanpassungen während der Bauphase

Nach Erhalt der Bewilligung für die Erweiterung des Seedammcenters konnte mit den Strassenbauarbeiten im September 1982,[559] mit dem Erweiterungsbau am 17. Februar 1983 begonnen werden. Die Eröffnung der Seedammcentererweiterung und des Verwaltungsgebäudes war im Frühjahr 1985 vorgesehen.[560]

Dem Baubericht konnten folgende Abläufe entnommen werden:[561] „Am 17. Februar 1983 wurde mit den Bauarbeiten, bestehend aus 3 Verkaufsebenen mit zusammen ca. 500 Autos begonnen. Die Baugrube, ca. 90 Meter lang und 40 Meter breit, musste der schwierigen Baugrundverhältnisse wegen mit gegen 19 Meter hohen Rühlwänden und hunderten von Ankern abgesichert werden. Der erschwerte Aushub – es mussten ca. 18'000 Kubikmeter Fels gesprengt und ca. 85'000 Kubikmeter Aushubmaterial abtransportiert werden – war Voraussetzung für die anschliessenden Rohbauarbeiten, welche für das Einkaufscenter im Mai und die Zentralverwaltung im Juli 1984 termingerecht abgeschlossen werden konnten. Die umfangreichen und intensiven Ausbauarbeiten mit den gesamten haustechnischen Infrastrukturen dauerten für das Center bis Mitte März und für die Zentralverwaltung bis Ende März 1985. Gleichzeitig mit den Hochbauarbeiten waren weiträumige Strassenbau- und Umgebungsarbeiten auszuführen. Ganze Strassenzüge erfuhren Umgestaltungen. Brücken und Kunst-

[556] Schreiben vom Gemeinderat Freienbach an die Seedamm-Immobilien AG, 106-6.3/34.3 Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltungsgebäude, Zu- und Wegfahrt", 30. Januar 1981, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[557] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Quartiergestaltungsplan, Seedamm-Immobilien AG, Erweiterung des Seedammcenters und Neubau eines Verwaltungsgebäudes, Nationalstrasse, direkte Zu- und Wegfahrt zum Seedammcenter", Traktandum-Nr. 1371, 22. Oktober 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[558] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 32/79, Seedamm-Immobilien AG, Erweiterung des Seedammcenters und Neubau eines Verwaltungsgebäudes", Traktandum-Nr. 439, 31. März 1982, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[559] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 32/79, Seedamm-Immobilien AG, Erweiterung des Seedammcenters und Neubau eines Verwaltungsgebäudes", Traktandum-Nr. 935, 3. August 1982, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[560] Aktennotiz Gemeindekanzlei Freienbach, „Betrifft Erweiterung Seedammcenter",3. November 1982, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[561] Anonym (1985), S. 28-31.

bauten mussten neu erstellt werden und das gesamte Verkehrskonzept mit allen Nebenanschlüssen und Abhängigkeiten wurde neu konzipiert. Diese umfassenden Strassenbauarbeiten mussten und konnten weitgehend vor dem Winter 1984/85 abgeschlossen werden."[562]

Dieser Beschrieb verwies auf die Rahmenbedingungen der Rückübersetzung der Planwelten auf der Baustelle. Aufgrund neuer Erkenntnisse und Grenzen der baulichen Möglichkeiten, beispielsweise in Bezug auf den Baugrund, mussten vor Ort Details verhandelt werden. Noch während der Bauphase wurde aufgrund der neuen Rahmenbedingungen am 27. Juli 1983 ein Gesuch für eine Projektänderung eingereicht.[563] Die Projektänderung umfasste eine Verbreiterung der Passerelle über die Talstrasse zwischen Seedammcenter und deren Erweiterung, eine zusätzliche Eingangspartie auf der Südseite des Verwaltungsgebäudes, Vergrösserung des Verwaltungsgebäudes Richtung Osten und die Erhöhung des Verwaltungsgebäudes.[564] Die Projektänderung als Resultat gesellschaftlicher Interessensverschiebungen wurde kurz darauf bewilligt. Damit konnte der Rückübersetzungsprozess der bis zu diesem Zeitpunkt verhandelten Planungsinhalte über die Baumaschinen in die Siedlungswirklichkeit weiter angetrieben werden.

Am 14. März 1985 wurde der Erweiterungsbau des Seedammcenters mit einem neuen Gesamtvolumen von 275'000 Kubikmeter, einer Brutto-Verkaufsfläche von 25'600 Quadratmeter mit nahezu einer Verdoppelung der eingemieteten Geschäftsanzahl von 25 auf 47 sowie 5'100 Quadratmeter Brutto-Bürofläche der Verwaltung eröffnet.[565]

2.3.14 Die lokale planerische Praxis der Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung Charles Vögele AG

2.3.14.1 Die emergente Rolle des Architekten

Wie Rebmann in einem Interview erzählte, kümmerte sich vor allem Peter Dettwyler um die Verhandlungen mit dem Gemeinderat sowie den Vertretern des Kantons und Bundes rund um die Erweiterung und Konzeption des Autobahnanschlusses. Aufgabe Rebmanns hingegen war es, sich um Konzeption und Gestaltung der Gesamtanlage zu sorgen. Diese Aufgabe beschränkte sich nicht nur auf die Zeit des Entwurfs der Planwelt „Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung Charles Vögele AG - 1979". Sie erweiterte sich wie bereits bei der ersten Phase des Seedammcenters auch auf die Rückübersetzungsphase der Planwelt in die Siedlungswirklichkeit. Die gestalterische Leitung wahrnehmend, gelang es Rebmann auch bei der Erweiterung des Seedammcenters, die aus den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen hervorgegangenen, sukzessiven Anpassungsforderungen und Interessensverschiebungen der Planwelten in sein architektonisches Konzept zu integrieren. Umgekehrt gelang es Rebmann, seine Allianzpartner auf seine adaptierenden Konzeptionslösungen einzuschwören. Gleichzeitig ermöglichten es diese Übersetzungsschritte den dadurch gebildeten Aktor-Netzwerken, neue Allianzpartner wie Gemeindevertreter, Mieter oder Unternehmer für das Vorhaben zu interessieren und schlussendlich zu gewinnen.

[562] Ebenda, S.31.
[563] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 32/79, Seedamm-Immobilien AG, Erweiterung Seedammcenters und Neubau Verwaltungsgebäude, Projektänderung", Traktandum-Nr. 274, 9. März 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[564] Ebenda.
[565] Anonym (1985), S. 31.

Aus städtebaulicher Sicht gelang es Rebmann, sein Ziel der architektonischen Ausformulierung des Verwaltungstraktes erfolgreich in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen. Noch heute bildet diese Konzeption einen Orientierungspunkt im zwischenstädtischen Gefüge.

2.3.14.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Rückübersetzung der Planwelt „Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung Charles Vögele AG – 1979" in die Siedlungswirklichkeit

Mit dem Entwerfen der ersten Planwelten wurde eine Reihe von Rollenerwartungen formuliert, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht getestet worden waren. Das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Seedammcenter" ging davon aus, dass die Vertreter der Gemeinde und des Kantons dem Vorhaben zustimmten, die Nachbarschaft das Projekt stillschweigend akzeptierte und der Baugrund keine unerwarteten Schwierigkeiten bereitstellen würde. Da die genannten Akteure und Aktanten den Voraussetzungen in der Folge nicht entsprachen, musste die Aufgabenstellung neu formuliert werden. Die Aufgabe der Architekten und Planer war es, neue Strategien für die Integration der fehlenden Entsprechungen zu entwickeln und wo notwendig Anpassungen der Planwelten vorzunehmen.

• Partnergewinnung – Kooperationsbereitschaft

Die Partnergewinnung konnte beim Beispiel der Gemeindevertreter nur über das Aufzeigen der Möglichkeiten eines Anpassens und Verbesserns der Verkehrsanbindung des Seedammcenters an die bestehende Kantonsstrasse und Autobahn geschehen. In dem Sinne mussten die Verkehrsplaner zusammen mit dem Architekten, Vertretern der Seedamm Immobilien AG und der Charles Vögele AG sowie Vertretern der Gemeinde, des Kantons und des Bundes einen Erschliessungsplan erarbeiten, der sämtlichen Interessen des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Seedammcenter" wie auch des Aktor-Netzweres „Erschliessung Freienbach" entsprach.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Die Vertreter der Gemeinde fordern, die Planer entwerfen und die Seedamm Immobilien AG und Charles Vögele AG übernehmen die Organisation und Finanzierung

Im Rahmen der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse rund um die verbesserte Erschliessung des Gwatt bildeten sich auch die Rollen und Identitäten der einzelnen Akteure und Aktor-Netzwerke präziser aus. Die Seedamm Immobilien AG und Charles Vögele AG übernahmen die Finanzierung der Erschliessungsplanung. Die Planer und Architekten suchten nach einer idealen Verkehrsführung, die den Ablauf des Seedammcenters nicht behindern und gleichzeitig für verbesserte verkehrliche Zustände im Gwatt sorgen würde. Die Bewilligungsbehörden der Gemeinde, des Kantons und des Bundes zeigten sich im Gegenzug bereit, die baulichen Anlagen im Rahmen der Erweiterung des Seedammcenters zu genehmigen.

• Bewährungsprobe – Die Erweiterungsvorhaben des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Seedammcenter" werden bewilligt und gebaut

Mit der Genehmigung der Erweiterungs- und Erschliessungspläne der Seedamm Immobilien AG und der Charles Vögele AG durch die entsprechenden Bewilligungsbehörden, zeigte sich, dass diese ihr Interesse an einer einwandfreien Erschliessung des Gwatt und der Gemeinde Freienbach gewährt sahen. Zumindest konnten die Planer und Architekten mit den überarbeiteten Planwelten aufzeigen, dass sich die Realisierungschancen einer besseren Erschliessung nicht verschlechterten. Mit der Bewilligung liessen sich die Behörden gleichzeitig als Allianzpartner in das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Seedammcenter" einbinden. Eine weitere Bewährungsprobe im Rahmen der lokalen städtebaulichen Praxis stellte der Beginn der Aushubarbeiten dar. Nur durch zusätzlichen technischen (Sprengstoff) und finanziellen Aufwand gelang es den Planern und Unternehmen, den Baugrund soweit vorzubereiten, dass die Bauarbeiten weitergeführt werden konnten. Aus der Sicht der Architekten stellte die Eröffnung der neu erstellten Bauten die letzte Bewährungsprobe im Sinne der erfolgreichen Rückübersetzung der Ziele des Aktor-Netzwerks in die Siedlungswirklichkeit dar.

2.3.14.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung Charles Vögele AG“

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.



Abb. 31: Seedammcenter im Jahre 1990, mit Erweiterung und Verwaltung mit Blick Richtung „Hurdnerfeld“ (Fotografie U. Christen, Pfäffikon SZ, 1990).

2.4 Raumplanung in Freienbach im Jahre 1982

2.4.1 Transformation der Siedlungswirklichkeit zwischen 1972 und 1982

Der Entwicklungsschub, welcher sich seit 1972 in der Siedlungswirklichkeit, auch im Gwatt, abzeichnete, veränderte das Bild der Gemeinde Freienbach, insbesondere im Osten von Pfäffikon. Ein Einkaufszentrum inklusive Erweiterungsbau und Verwaltung, neue Erschliessungsstrukturen und Parkierung, Kultur- und Freizeitzentrum, eine Tankstelle mit Waschstrasse sowie eine Motorfahrzeugprüfhalle transformierten eine landwirtschaftlich geprägte Kulturlandschaft vom Ende der 1960er-Jahre zu einer soziotechnischen Stadtlandschaft der 1970er-Jahre. Die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse und deren Übersetzung in die Siedlungswirklichkeit am Beispiel der räumlichen Entwicklung des Gwatt wurden in den vorhergehenden Kapiteln und Abschnitten dargestellt.

Auch wenn mit dem Baugesuch vom 25. Mai 1971 für das erste Lagergebäude der Charles Vögele AG in Freienbach während der Entstehungszeit der Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1972“ ein „Vorbote“ auftauchte, die räumliche Entwicklung der 1970er-Jahre rund um das Seedammcenter hatten die Verfasser der Nutzungsplanung aus dem Jahre 1972 nicht voraussehen können.[566] Zu diesem Zeitpunkt konnte niemand ahnen, dass mit dem ersten Knüpfen von Kontakten zwischen der Charles Vögele AG und der Korporation Pfäffikon, welche für das Lagerhausprojekt erforderlich war, die Basis für ein zukunftsfähiges und vor allem stabiles Netzwerk gebildet wurde, welches sich für die meisten folgenden räumlichen und gesellschaftlichen Transformationen der Siedlungswirklichkeit „Gwatt“ verantwortlich zeigte.

Wie beschrieben wurde, bewirkte bereits dieser „Vorbote“ eine erste Abänderung der vom 21. Mai bis 21. Juni 1971 öffentlich aufgelegten Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“, noch bevor diese überhaupt rechtskräftig wurde.[567] Schon bald darauf zeigte sich, dass die Gewerbezone am Standort Gwatt zu klein dimensioniert war. Eine erste Anpassung der Zonenplanung Gwatt kündigte sich mit dem Bau des Seedammcenters an. Im Laufe der Zeit wurden angrenzende Wohnzonen der Prägung W2 und W3 Schritt für Schritt durch Kultur-, Freizeit- und Einkaufsnutzungen beansprucht. Die dadurch ausgelöste Erosion der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ übersetzte sich auch auf die folgenden Projektverhandlungen. Vereinbarungen bezüglich einer späteren Umwidmung der Wohn- in Gewerbezonen wurden mit den entsprechenden Grundeigentümern sowie Baurechtsnehmern und dem Gemeinderat von Freienbach ausgehandelt.[568]

Damit zeigte sich bereits wenige Jahre nach der gesellschaftlichen Anerkennung der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ durch die Gemeindeabstimmung vom 5. März 1972, dass die Planwelten aufgrund sich verändernder Interessen, unvorhersehbarer Ereignisse und Verschiebungen innerhalb der Aktor-Netzwerk-Gefüge wenn überhaupt nur vereinzelt eine gesellschaftliche Entsprechung finden würden.

[566] Baugesuch Nr. 26/71, „2-stöckiges Lagergebäude mit separatem Garagenbau“, Eingang 25. Mai 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse.
[567] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Lagergebäude und Garagentrakt auf dem Grundstück Kat. Nr. 772“, 9. Juni 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Hurdnerwäldlistrasse
[568] Erklärung der Charles Vögele AG, Korporation Pfäffikon, Bad-Seedamm AG, „Verzicht auf Einsprache gegenüber einer späteren Umzonung“, 18. September 1975, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kunstgalerie.

2.4.2 Die lokale planerische Praxis der Zonenplanung Freienbach bis 1982

2.4.2.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Augenfällig war, dass das für die Raumplanung Freienbachs zuständige Planungsbüro in der Phase der Rückübersetzung ihrer Planwelt „Zonenplan 1972" nur zweimal direkt in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse integriert wurde. Zum ersten Mal war dies der Fall, als der Gemeinderat das Planungsbüro um eine Stellungnahme zum fünften Baugesuch für das Seedammcenter bat.[569] Das Raumplanungsbüro lehnte jedoch die Möglichkeit ab, innerhalb der Aushandlungsprozesse aktiv die eigenen, disziplinären Interessen zu vertreten.[570] Anders verhielt sich das Planungsbüro bei einer zweiten Anfrage durch den Gemeinderat Freienbach. Dieses Mal sollte das Planungsbüro die Planwelten der Kunstgalerie und des Schwimmzentrums Alpamare begutachten. Zwar ergriffen hier die Planer die Chance, ihre Interessen in den Aushandlungsprozess der Planwelten einzubringen, reduzierten aber ihre Tätigkeit auf das Abfassen eines achtseitigen Berichts.[571] Die damals bereits offensichtliche Erosion der ursprünglichen raumplanerischen Ziele, wie das Freihalten der Hanglagen von Grossbauten zum Schutze des Landschafts- und Dorfbildes, wurde stillschweigend zur Kenntnis genommen. Pauschale gestalterische Forderungen nach einem Fassadenplan wurden erhoben, ohne weitere normative Forderungen zu stellen. Anstatt parallel mit der Zusammenlegung der beiden Planwelten in einen Quartiergestaltungsplan aktiv eine räumlich-qualitative Gestaltung des gesamten Freiraums der Kultur-, Freizeit- und Einkaufsanlage zu fordern, beharrten die Planer einzig auf der Verfahrensvereinfachung durch die Zusammenlegung der Gestaltungspläne für das Kulturzentrum und Alpamare.[572]

Im Übrigen verliessen sich die Raumplaner bei den eigenen Planwelten darauf, dass diese die raumplanerischen Inhalte transportierten und die Ziele der Raumplanung einforderten. Dabei unterschätzten die Planer die Wirkung der Planwelten als Mittler. Aufgrund eigener Handlungstheorien reagierten die Akteure und Aktanten im Sinne der eigenen Interessen und nicht im Sinne der Raumplanung. Da die Planer über die Planwelten nur passiv in die Aushandlungsprozesse integriert waren, konnten auch keine proaktiven Verhandlungen zugunsten raumplanerischer Interessen geführt werden.

2.4.2.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung

• Dissidenz – Partnergewinnung und Rollenbildung scheitern

Nach der Problematisierung der räumlichen Entwicklung und der Formulierung der Rollenerwartungen im Rahmen der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" und in der Bauordnung konnten in den darauf folgenden Jahren innerhalb der gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen rund um die diversen Bauvorhaben keine erfolgreiche Partnergewinnung und Rollenbildung im Zeichen der Interessen der Raumplanung mehr stattfinden. Den Raumplanern gelang es in dieser Hinsicht nicht, auch in der Phase der Rückübersetzung der Zonenplanung in die Siedlungswirklichkeit Allianzen für die Planwelten und Interessen der Raumplanung von 1972 aufzubauen. Dies zeigte sich insbesondere in den zahlreichen Unterspülungen der planerischen Interessen im Gwatt nach 1972. Die Planer als aktive Verhandlungspartner waren nicht oder nur am Rande in den zuvor rekonstruierten gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen anzutreffen. Mit diesem Rückzug der Raumplaner aus den Aushandlungsprozessen und dem passiven Voraussetzen der Planerziele in den Planwelten der Zonenplanung zeichnete sich aufgrund offensichtlich fehlender gesellschaftlicher Entsprechungen ein Bruch innerhalb der in den Planwelten vorausgesetzten Übersetzungsschritten ab.

[569] Schreiben des Gemeinderates Freienbach an das Raumplanungsbüro Stierli, „Arealüberbauung der Fa. Charles Vögele AG, Einkaufszentrum Seedammcenter mit Verwaltungs- und Bürogeschoss, 25. März 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[570] Schreiben des Planungsbüros Stierli an den Gemeinderat Freienbach, „Arealüberbauung Firma Charles Vögele AG, Äusseres Gwatt, Pfäffikon", 30. April 1973, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[571] Schreiben des Planungsbüros Stierli an den Gemeinderat Freienbach, „Quartiergestaltungsplan für Galerie und Hallenbad beim Einkaufszentrum Fa. Ch. Vögele AG in Pfäffikon", 12. August 1974, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[572] Ebenda.

Aufgrund der Passivität der Raumplaner wirkten sich die gesellschaftlichen Verwebungen der Planwelten mit der Wirklichkeit aus Sicht der Raumplanung unkontrolliert aus, was ein Vergleich der Vorgaben und Intentionen der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" mit der Siedlungswirklichkeit im Gwatt um 1982 eindrücklich zeigt. Unzählige Ausnahmebewilligungen, Missverständnisse, Interpretationen der von den Raumplanern sich selbst überlassenen Zonenplanwelt und Bauordnung führten aus raumplanerischer und städtebaulicher Sicht zu einer Reihe unspezifischer und zusammenhangloser Rückübersetzungen einzelner Planwelten in die Siedlungswirklichkeit. In diesen Momenten der Rückübersetzung wurde der Raumplaner nicht mehr als Sprecher der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" wahrgenommen.

Die Behörden, Baukommission und Bauverwaltung, welche die Interessen der Raumplanung in der Phase der Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit vertreten sollten, verfolgten aufgrund ihrer politischen und gesellschaftlichen Einbindung in den Alltag der Gemeinde Freienbach eigene Handlungstheorien, welche sich teilweise den Interessen der Raumplanung gegenüberstellten. Auch sie zeigten sich als Mittler in Handlungsketten und nicht wie davon ausgegangen als Transporteure von Inhalten. Aufgrund von Ausnahmebewilligungen wurden die ursprünglichen Interessen und Ziele des Aktor-Netzwerks „Raumplanung Freienbach" mehrheitlich unterlaufen.

Wenn überhaupt konnten räumlich-qualitative Aspekte nur sehr spezifisch und nur im Rahmen der aktiv und entsprechend erfolgreich umgesetzten architektonischen Zielsetzungen beispielsweise der Architekten Rebmann, Copeland Novak and Israel und Leuzinger im Zusammenhang mit ihren Neubauten für das Seedammcenter, das Alpamare oder das Kulturzentrum festgestellt werden. Diese Interessen und Zielsetzungen konzentrierten sich jedoch auf die Objekte selber, ohne landschaftsräumliche, städtebauliche oder raumplanerische Potentiale gezielt auszureizen. Die einzigen zentralen programmatischen, städtebaulichen Impulse wurden von den Projektentwicklern gesetzt, die über die Verdichtung der Angebote schwerpunktmässig wirtschaftliche Ziele verfolgten und sich im Rahmen von Verhandlungsprozessen gegenüber anderen, aus Sicht dieser Akteure unnötigen Interessen geschickt zu entziehen wussten.

2.4.2.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Zonenplanung Freienbach" mit Fokus Gwatt bis 1982

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.

2.4.3 Die Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1982"

Erstaunlicherweise wurden die zuvor beschriebenen, erforderlichen Anpassungen der Nutzungsbestimmungen des Gebiets „Gwatt" nicht mit dieser Revision der Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1972" vorgenommen. Mit der Revision wurden einerseits geringfügige Anpassungen an die sich veränderten kantonalen und nationalen Gesetzgebungen nachvollzogen. Ein zweiter grundlegender Aspekt der Revision war die Anpassung der Praxistauglichkeit der Planungsinstrumente.

2.4.3.1 Auswirkung der rechtlichen und planerischen Praxis auf die Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1982"

Die Mikrostudie Gwatt vermag nur einen sehr beschränkten Einblick in die schweiz- und europaweiten räumlichen Entwicklungen der 1960er- bis 1970er-Jahre zu bieten. Im Vergleich zu anderen Gebietstransformationen zeigte sich jedoch, dass ähnliche gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu ähnlich weit reichenden Siedlungstransformationen führten. Im Rahmen dieser fragmentarischen und teilweise dispersen Entwicklung fand auch die Diskussion um die institutionelle Verankerung der Raumplanung auf Bundesebene ihre Fortsetzung.

Ein erster Höhepunkt der raumplanerischen Bestrebungen in der Schweiz wurde im Jahre 1969 mit der Teilrevision der schweizerischen Bundesverfassung erreicht.[573] Durch eine Volksabstimmung mit Volks- und Ständemehr wurde dem Bund im Bereich der Raumplanung eine Grundsatzgebungskompetenz eingeräumt.[574] Die Verantwortung für die raumplanerische Gesetzgebung lag seither gemeinsam bei Bund und Kantonen. Diese neue Ordnung bewirkte vertiefte landesplanerische Aktivitäten. Sie wurden im Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ bereits am Beispiel der Aktivitäten in Freienbach erwähnt. Gleichzeitig begannen das ORL-Institut der ETH und eine Expertenkommission auf Bundesebene an einem ersten Gesetzesentwurf für ein Raumplanungsgesetz zu arbeiten.[575]

Das ORL-Institut der ETH präsentierte im Jahre 1974 einen Gesetzesentwurf, der am 4. Oktober 1974 vom Parlament beschlossen wurde.[576] Der Gesetzesentwurf arbeitete damals mit bodenrechtlich und volkswirtschaftlich ausgeprägten Instrumenten wie Mehrwertabschöpfung, Zonenexpropriation, volkswirtschaftlicher Ausgleich, die für die schweizerische Bevölkerung zu sehr als Eingriff in das Eigentum empfunden wurden. Gegen das Bundesgesetz wurde am 31. Januar 1975 das Referendum ergriffen.[577] Am 13. Juni 1976 lehnte das stimmberechtigte Schweizer Volk das Bundesgesetz mit 51.1 Prozent ab.[578]

Drei Jahre später wurde am 22. Juni 1979 ein weiteres Raumplanungsgesetz erlassen, gegen welches kein Referendum ergriffen wurde. Damit hatte die Schweiz ein Raumplanungsgesetz, das Akzente „auf Planungsgrundsätze, auf die Instrumente der Sach-, Richt- und Nutzungspläne, auf die konzeptionelle und programmatische gesamträumliche Entwicklung unter Abstimmung aller raumwirksamen Tätigkeiten, gerichtet auf eine geordnete Besiedlung des Landes sowie die zweckmässige, haushälterische Nutzung des Bodens“[579] setzte. Mit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1980, wurde die Raumplanung in erster Linie in Form von Sachplänen zur Aufgabe des Bundes, in Form von Richtplänen zur Aufgabe der Kantone und in Form von Zonenplänen zur Aufgabe der Gemeinden erklärt.

Da das neue Raumplanungsgesetz auf den bereits beschriebenen raumplanerischen Auseinandersetzungen der 1950er- bis 1970er-Jahre aufbaute, kann das Gesetz als ein Instrument verstanden werden, welches zwar auf Bundesebene verankert wurde, in der Planungspraxis aber, wie das Beispiel der Zonenplanung Freienbach von 1972 zeigte, schon längere Zeit Anwendung fand. Trotzdem, die Aktualität des Themas zusammen mit weiteren Veränderungen gesellschaftlicher und technischer Rahmenbedingungen führte dazu, dass die Revision der Zonenplanung und Baugesetzgebung Freienbachs Anfang der 1980er-Jahre in Angriff genommen musste.

Ein weiterer Hauptgrund für die Überarbeitung der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ bezog sich auf den Alltag der Planung. Die wichtigste Veränderung der Planwelt „Zonenplan Freienbach

[573] Lendi (2006), S. 66.
[574] Gilgen (2005), S. 24.
[575] Ebenda; Lendi (2006), S. 66.
[576] Lendi (2006), S. 71.
[577] Ebenda.
[578] „Bundesgesetz vom 04.10.1974 über die Raumplanung“, www.admin.ch, Zugriff am 4. Februar 2008
[579] Lendi (2006), S. 71.

1982“ betraf den Massstab der Zonenplandarstellung.[580] Wie sich zeigte, konnte der Verlauf der Zonengrenze im Massstab 1:5’000 des Zonenplans von 1972 nur ungenau ermittelt werden.[581] Dieser Umstand barg Konfliktpotential, weil der Verlauf der Zonengrenzen falsch interpretiert wurde. Um klare Verhältnisse zu schaffen, beschloss der Gemeinderat, die Pläne zukünftig im Massstab 1:2’000 darzustellen.[582]

Die Vorgeschichte der Entstehung der Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1972“ und der sich abzeichnenden Rückübersetzungsproblematik wurde damit zur Grundlage für die Überarbeitung der Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1972“ und in die Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1982“ übersetzt.

2.4.3.2 Bauordnung Freienbach 1982

Mit der Anpassung der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“ wurde auch das Baugesetz verändert. Im Antrag des Gemeinderats zur Genehmigung des abgeänderten Baureglementes wurde vermerkt, dass sich die Bauvorschriften vom 13. März 1972 im Grossen und Ganzen weitgehend bewährt hatten.[583] Trotzdem zeichneten sich im Verlaufe der zehnjährigen Praxis einige Unklarheiten ab. Diese bezogen sich vor allem auf die Breite von Erschliessungsstrassen, die Unterstützung von Energiemassnahmen, eine Abgeltungsberechnung für Abstellplätze, Seeuferschutzzonen oder den Baubezug.[584] Zudem musste das Baureglement in erster Linie auch an die neuen gesellschaftlichen Bestimmungen des Planungsgesetzes in der Bundesverfassung angepasst werden.

In Bezug auf die im Gwatt relevanten Arealüberbauungen und Quartiergestaltungspläne wurden in der revidierten Bauordnung von 1982 im Vergleich zur alten Bauordnung nur geringfügige Änderungen vorgenommen. Der Artikel 6 über Quartiergestaltungspläne beider Bauordnungen blieb grundsätzlich gleich.[585] Kurz zusammengefasst beschrieb der Artikel 6 der Bauordnungen die Möglichkeit des Erlasses von Sonderbauvorschriften durch den Gemeinderat ab einer zusammenhängenden Grundstückfläche von 5’000 Quadratmeter. Diese Sonderbauvorschriften im Rahmen von Quartiergestaltungsplänen unterlagen dem Auflage- und Einspracheverfahren des kantonalen Baugesetzes.[586] Das hiess, die Gestaltungspläne mussten durch den Regierungsrat genehmigt werden. Die Abänderungen der Bauordnung betrafen das Kapitel IX und den Artikel 40. In der Bauordnung von 1972 hiess das Kapitel IX „Besondere Vorschriften für Arealüberbauungen“.[587] In der Bauordnung von 1982 wurde das Kapitel IX in „Besondere Vorschriften für Quartiergestaltungspläne“ umbenannt.[588] Der Begriff

[580] Auszug aus dem Protokoll der ausserordentlichen Sitzung des Gemeinderates, „8. Genehmigung der Änderung des Zonenplanes“, 5. November 1982, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 28.
[581] Gemeindeversammlung, „Traktandum 8, Genehmigung der Änderung des Zonenplanes“, 5. November 1982, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.
[582] Ebenda.
[583] Gemeindeversammlung, „Traktandum 7, Genehmigung des abgeänderten Baureglementes“, 5. November 1982, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.
[584] Ebenda.
[585] „Bauordnung mit Zonenplan Gemeinde Freienbach 1972“, Urnenabstimmung 5. März 1972, Genehmigung Regierungsrat 13. März 1972, S. 8; „Bauordnung mit Zonenplan Gemeinde Freienbach 1982“, Urnenabstimmung 28. November 1982, Genehmigung Regierungsrat 22. Februar 1983, S. 8
[586] Ebenda.
[587] „Bauordnung mit Zonenplan Gemeinde Freienbach 1972“, Urnenabstimmung 5. März 1972, Genehmigung Regierungsrat 13. März 1972, S. 25.
[588] „Bauordnung mit Zonenplan Gemeinde Freienbach 1982“, Urnenabstimmung 28. November 1982, Genehmigung Regierungsrat 22. Februar 1983, S. 24.

„Arealüberbauung“ wurde fallen gelassen. Inhaltlich umschrieb der Artikel 40 der Bauordnung bei beiden Bauordnungen dasselbe. Er legte die Ausnahmemöglichkeiten von den üblichen Gesetzen fest, die im Rahmen von Quartiergestaltungsplänen durch den Gemeinderat erlassen werden konnten. Der Artikel 40 stellte gewissermassen eine Verfeinerung des Artikels 6 der Bauordnung der Gemeinde Freienbach dar. Der Unterschied zwischen der Bauordnung von 1972 und der von 1982 lag im Verfahrensbeschrieb. In der Bauordnung von 1972 hiess es einzig, dass bei Baugesuchen mit Sonderbewilligungsanträgen als Erstes der Quartiergestaltungsplan abgegeben werden musste.[589] Diese vage Beschreibung hatte zur Folge, dass in der Planungspraxis der 1970er-Jahre bei abgegebenen Unterlagen kein Unterschied zwischen Baugesuch und Quartiergestaltungsplan gemacht wurde. Im Rahmen der Aushandlungsprozesse um die Baubewilligung für das Kulturzentrum und das Alpamare wurden beispielsweise dieselben Planunterlagen einmal als Quartiergestaltungsplan und einmal als Baugesuch abgegeben und behandelt. Erst bei der Erweiterung des Seedammcenters wies der Gemeindeschreiber von Freienbach auf die Bedeutung und Notwendigkeit der zwei unterschiedlichen Verfahren hin.[590] Der Absatz 7 des Artikels 40 der revidierten Bauordnung von 1982 schrieb neu genau vor, was ein Bewilligungsgesuch für einen Quartiergestaltungsplan im Gegensatz zu Baubewilligungen für Bauprojekte bezüglich Massstab, Inhalt oder Darstellungsart zu enthalten hatte.[591]

2.4.3.3 Annahme des Zonenplans und der Bauordnung durch die Bevölkerung

Das öffentliche Auflageverfahren der Bauordnung wurde vom 20. Juli bis 20. August 1981 durchgeführt. Während dieser Zeit gingen 25 Einsprachen ein. Nach einer ersten Bereinigung wurde das Gesetz zusammen mit dem revidierten Zonenplan nochmals vom 25. Juni bis zum 26. Juli 1982 öffentlich aufgelegt.[592] Neun Grundeigentümer erhoben gegen den Zonenplan Einsprache. Diese Einsprachen konnten im Anschluss ebenfalls erfolgreich verhandelt werden.[593]

Am 28. November 1982 stimmte die stimmberechtigte Wohnbevölkerung der Gemeinde Freienbach bei einer Wahlbeteiligung von 28.24 Prozent beiden Vorlagen zu. Das Baureglement erhielt dabei 1’057 Zu- und 487 Gegenstimmen, der Zonenplan 1’056 Zu- und 473 Gegenstimmen, bei einer Enthaltung von 221 respektive 227 Stimmen.[594]

Mit der Genehmigung durch den Regierungsrat des Kantons Schwyz am 22. Februar 1983 konnte die überarbeitete und angepasste Planwelt ihrer Bestimmung übergeben werden, um in weiteren Rückübersetzungsschritten erneut gesellschaftlichen Verwebungen und Verhandlungsprozessen ausgesetzt zu werden.[595]

---

[589] „Bauordnung mit Zonenplan Gemeinde Freienbach 1972“, Urnenabstimmung 5. März 1972, Genehmigung Regierungsrat 13. März 1972, S. 27.
[590] Schreiben des Gemeindetechnikers der Gemeinderat Freienbach an Charles Vögele, „Bewilligungsverfahren Seedamm-Center-Erweiterung“, 12. September 1979, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[591] „Bauordnung mit Zonenplan Gemeinde Freienbach 1982“, Urnenabstimmung 28. November 1982, Genehmigung Regierungsrat 22. Februar 1983, S. 25.
[592] Gemeindeversammlung, „Traktandum 7, Genehmigung des abgeänderten Baureglementes“, 5. November 1982, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.
[593] Gemeindeversammlung, „Traktandum 8, Genehmigung der Änderung des Zonenplanes“, 5. November 1982, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.
[594] Cölestin Zehnder,“ Abstimmungsergebnisse zu Baureglementen, zu Zonenplänen der Gemeinde Freienbach“, 11. April 2007, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, (nicht veröffentlichte Zusammenstellung).
[595] „Bauordnung mit Zonenplan Gemeinde Freienbach 1982“, Urnenabstimmung 28. November 1982, Genehmigung Regierungsrat 22. Februar 1983, S. 46.

2.4.4 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Raumplanung Freienbach - 1982“

2.4.4.1 Die emergente Rolle des Raumplaners

Ausgangspunkt der Aktor-Netzwerk-Bildung waren die sich verändernden Gesetzgebungen, räumlichen Entwicklungen, bestehenden Handlungsketten im Gwatt sowie ein in Bezug auf die Parzellen ungenauer Verlauf der Zonengrenzen. Die planerische Praxis der Planwelt „Raumplanung Freienbach – 1982“ zeigte sich dennoch wenig spektakulär. Der bestehende Zonenplan von 1972 sollte differenzierter und in grösserer Massstäblichkeit dargestellt werden. Gleichzeitig sollten eventuelle Ungenauigkeiten mit den Behörden, Verwaltungen und Grundstückseigentümern geklärt werden. Damit wurden im Aushandlungsprozess der Zonenplanung von 1982 keine neuen planerische Ziele und Interessen in die Planwelt „Raumplanung Freienbach – 1982“ integriert. Aufgrund geringfügiger Änderungen und der in Bezug auf die Interessen der Raumplanung noch stabilen Allianzen, bedurfte die Planwelt „Raumplanung Freienbach – 1982“ keiner weiteren gesellschaftlichen Verhandlungen. Die Annahme der Planwelt geschah dadurch mehrheitlich stillschweigend.

2.5 Rückübersetzung der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1982“ über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

• QUARTIERGESTALTUNGSPLANWELTEN DER GENOSSENSCHAFT MIGROS

2.5.1 Planwelt „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros – 1984“ und deren Rückübersetzung

Die Genossenschaft Migros als Eigentümerin der Parzelle westlich des Seedammcenters wurde bereits aufgrund ihrer Einsprache gegen das erste Seedammcenter-Projekt und durch das Tankstellenprojekt ihrer Tochtergesellschaft Migrol-Genossenschaft mehrere Male erwähnt. In diesem Abschnitt werden die gesellschaftlichen Verhandlungen der Interessen der Genossenschaft Migros auf der Nachbarparzelle des Seedammcenters rekonstruiert.

2.5.1.1 Gottlieb Duttweiler und die Genossenschaft Migros

Wie auch bei der Charles Vögele AG wurde die Migros Genossenschaft durch ihren Gründer geprägt. Gottlieb Duttweiler kam am 15. August 1888 in Zürich auf die Welt. Nach einer kaufmännischen Lehre wurde er Teilhaber der Firma, bei welcher er die Lehre absolvierte. Nach der Liquidierung des Geschäfts wanderte Duttweiler mit seiner Familie nach Brasilien aus, wo er eine Kaffeeplantage führte.[596] Die klimatischen Bedingungen setzten der Familie allerdings stark zu. Ein Jahr später kehrte er mit seiner Familie zurück in die Schweiz. Hier verarbeitete Duttweiler seine Erfahrungen im Handelsgeschäft und als Kaffeepflanzer. Duttweiler schwebte eine Verkaufsorganisation ohne Zwischenhandel vor. Am 15. August 1925 gründete er im Alter von 37 Jahren die Migros AG.[597] Zu diesem Zweck kaufte er sich fünf Lastwagen und bestückte diese mit Kaffee, Reis, Zucker, Teigwaren, Kokosfett und Seife, die er bis zu 40 Prozent günstiger als die Konkurrenz anbot.[598] Dies mag Ursache dafür gewesen sein, dass die Geschäftsidee Duttweilers bei Politikern, Gewerbe und Gewerkschaften unbeliebt war. Trotz anfänglicher Schwierigkeiten entwickelte sich die Genossenschaft Migros in guten Zeiten und wurde in schweren Zeiten ein fester Wert der schweizerischen Arbeitgeberschaft, die eine unternehmerische Verantwortung gegenüber ihren Kunden und Mitarbeitenden übernahm.[599] Während die Grundidee stets dieselbe blieb, ging das Unternehmen in seiner Strukturierung mit der Zeit. Im Jahre 1941 wurde die Aktiengesellschaft in eine Genossenschaft umgewandelt.[600] Im Jahre 1962 verstarb Gottfried Duttweiler im Alter von 74 Jahren.[601] In den 1970er-Jahren baute die Genossenschaft Migros ihr erstes Einkaufszentrum, „Pizol-Park“, in Mels, Kanton St. Gallen.[602] Unzählige weitere kleinere und grössere Zentren folgten. Heute zählt die Migros zu einer der 500 grössten Firmen der Welt und ist damit auch grösster Detailhändler der Schweiz.[603]

---

[596] Widmer (2006).
[597] „Das erste Jahr“, www.migros.ch, Zugriff am 5. Februar 2008.
[598] „Der Pionier Gottlieb Duttweiler (1888–1962)“, www.migros.ch, Zugriff am 5. Februar 2008.
[599] Widmer (2006).
[600] Ebenda.
[601] „Der Pionier Gottlieb Duttweiler (1888–1962)“, www.migros.ch, Zugriff am 5. Februar 2008.
[602] „Die wichtigsten Daten der Migros“, www.migros.ch, Zugriff am 5. Februar 2008.
[603] „Der Pionier Gottlieb Duttweiler (1888–1962)“, www.migros.ch, Zugriff am 5. Februar 2008.

2.5.1.2 Der Quartiergestaltungsplan für ein Einkaufszentrum

Erste Überbauungsabsichten auf der Nachbarparzelle des Seedammcenters wurden in einer Vereinbarung bezüglich des Seedammcenter-Neubaus von 1972 zwischen der Genossenschaft Migros und der Charles Vögele AG vorverhandelt. Damit die Genossenschaft Migros bereit war, ihre Einsprache gegen die Planwelt „Seedammcenter – 1972“ zurückzuziehen, musste die Charles Vögele AG einen Einspracheverzicht für Grossprojekte seitens der Migros unterzeichnen.[604] In einer weiteren Vereinbarung aus dem Jahre 1980 zwischen der Genossenschaft Migros, der Migrol-Genossenschaft, der Charles Vögele AG und der Seedamm Immobilien AG bezüglich der damals geplanten Migrol-Tankstelle und nachbarlicher Beziehungen stand geschrieben, dass die Migros nicht ausschliesse, in absehbarer Zeit auf ihrer Parzelle ein Einkaufszentrum zu realisieren.[605]

Die Voraussetzungen für den Bau eines Einkaufszentrums am Standort Gwatt schien Anfang der 1980er-Jahre aus Perspektive der Genossenschaft Migros ideal, da das Gwatt mittlerweile durch das Seedammcenter, Kulturzentrum und Alpamare weit herum bekannt war. Dieselben Einrichtungen garantierten, dass genügend Laufkundschaft vorhanden war. Aufgrund des Erfolgs des Seedammcenters liess sich zudem das Potenzial für ein weiteres Einkaufszentrum abschätzen.

Am 18. Juni 1984 reichte die Genossenschaft Migros Zürich, die sich als Bauherrin, Projektverfasserin und Eigentümerin verantwortlich zeichnete, ein Quartiergestaltungsplangesuch für ein „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm Pfäffikon SZ“ ein.[606] Der eingereichte Quartiergestaltungsplan umfasste ein dreigeschossiges Gebäude mit den Aussenmassen 97,75 auf 54,50 m, mit einer Bruttogeschossfläche von 14’300 Quadratmeter und einem Volumen von rund 88’500 Kubikmeter.[607] Damit war das Gebäude betreffend Volumen und Geschossfläche rund ein Drittel kleiner als die erste Etappe des Seedammcenters. In einem ersten Schritt sollte das Gebäude jedoch nur ein- bis zweigeschossig erstellt und allenfalls in einem zweiten Schritt aufgestockt werden.[608] Offen blieb in den Baugesuchsunterlagen die Frage, mit welcher Nutzung die Migros in das Gebäude einziehen wollte.

Elf Tage später wurde im „Amtsblatt“, „Höfner Volksblatt“, „Bote der March und Höfe“ sowie „Schwyzer Demokrat“ die öffentliche Auflage des Gestaltungsplans vom 29. Juni bis 30. Juli 1984 verkündet.[609]

Mit der Abgabe des Gestaltungsplangesuchs waren auf der Seite der Genossenschaft Migros die Allianzen zwischen Auftraggeber, Architekten und Investoren stabil geknüpft. Das Aktor-Netzwerk „Einkaufszentrum Migros“ setzte mit seiner Abgabe voraus, dass seine Planwelt und die darin integrierten Interessen auf gesellschaftliche Entsprechung stossen würden.

---

[604] Vereinbarung zwischen der Genossenschaft Migros und der Charles Vögele AG, Korporation Pfäffikon, „Privatrechtliche und öffentlichrechtliche Einsprache gegen das Bauvorhaben Charles Vögele AG – Neuerstellung einer Erschliessungsstrasse im ‚Gwatt‘ 8808 Pfäffikon SZ“, 25. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 9.
[605] Vereinbarung zwischen der Genossenschaft Migros, der Migrol-Genossenschaft, der Charles Vögele AG und der Seedamm-Immobilien AG, „betreffend Migrol-Tankstelle in Pfäffikon SZ, nachbarliche Beziehungen etc.“ 6. Oktober 1980, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 7a.
[606] Baugesuch Quartiergestaltungsplan QGP, „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm Pfäffikon SZ“, Eingang 18. Juni 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros, S. 1.
[607] Ebenda.
[608] Ebenda, S. 2.
[609] Schreiben der Gemeindekanzlei in Pfäffikon an „Amtsblatt“, „Höfner Volksblatt“, „Bote der March und Höfe“ sowie „Schwyzer Demokrat“, „Gemeinde Freienbach, Gestaltungsplan“, 20. Juni 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.

2.5.1.3 Gegenwehr – Einsprachen und Gutachten

Bislang war es die Charles Vögele AG gewesen, die Neubauprojekte zu erstellen beabsichtigte und deswegen auf einvernehmliche Lösungen mit der Genossenschaft Migros angewiesen war. Dies erklärte die bereits bekannten Eingeständnisse seitens der Charles Vögele AG gegenüber der Genossenschaft Migros. Mit der Eingabe des Quartiergestaltungsplans für das Einkaufszentrum Migros verschob sich dieses Abhängigkeitsverhältnis. Aufgrund der zahlreichen Vorverhandlungen von einem einvernehmlichen Klima ausgehend, informierte die Genossenschaft Migros die Vertreter der Charles Vögele AG vor Eingabe und Auflage des Quartiergestaltungsplans über ihr Vorhaben.[610] Wie sich zeigte, schätzte die Genossenschaft Migros die aktuelle gesellschaftliche Situation im Gwatt falsch ein.

Der Rechtsanwalt der Charles Vögele AG und der Seedamm-Immobilien AG reagierte auf diese Voreinformation am 4. Juni 1984 umgehend mit einem Schreiben an den Gemeinderat Freienbach.[611] In diesem Schreiben erwähnte der Rechtsanwalt, dass die Charles Vögele AG und die Seedamm Immobilien AG der Projektskizze der Migros nicht vorbehaltlos grünes Licht geben könnten, und forderte, die eingereichte Planwelt „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros – 1984“ einer fachlichen Stellungnahme unterziehen zu lassen.[612]

Am 30. Juli 1984, dem letzten Tag der Auflagefrist, reichten die Charles Vögele AG und die Korporation Pfäffikon je eine Einsprache gegen den Gestaltungsplan der Migros ein.[613] Die Charles Vögele AG vertrat den Standpunkt, dass nach kommunalem und kantonalem Recht die Voraussetzungen für eine Zulassung des Gestaltungsplans nicht gegeben seien. Zulässig sei dieser ohnehin nur, wenn eine zweckmässigere Nutzung, die Förderung einer ansprechenden ortsbaulichen Gestaltung und keine Verletzung öffentlicher Interessen daraus hervorgehen würde.[614] Dies allerdings wurde dem Quartiergestaltungsplan der Genossenschaft Migros, gestützt auf zwei Gutachten, welche die Charles Vögele AG durch das Planungsbüro Feusi und Partner AG und das Architekturbüro Zehnder hatte erstellen lassen, abgesprochen.[615]

Das Planungsbüro Feusi und Partner AG bezweifelte insbesondere, dass der vorliegende Plan die Voraussetzungen und Bedingungen eines Quartiergestaltungsplans nach Bauordnung erfüllte. Der Gestaltungsplan bringe keine wesentlichen Vorteile gegenüber der zonengemässen Bauweise. Weder werde dadurch die ortsbauliche Gestaltung verbessert, noch könnten grössere zusammenhängende Grünflächen erstellt werden. Zudem seien Fussgänger- und Fahrverkehr nicht getrennt, wie es der Gestaltungsplan nach Bauordnung verlangte. Die Ausnahmen vom Baugesetz würden lediglich die Wirtschaftlichkeit des Projektes bezwecken und könnten durch keine Qualitätsverbesserung an ande-

[610] Schreiben des Rechtsvertreters der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Überbauung in Gwatt“, 4. Juni 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[611] Ebenda.
[612] Ebenda.
[613] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen Genossenschaft Migros, Zürich, Quartiergestaltungsplan „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm, Einsprache“, Traktandum-Nr. 1528, 28. Dezember 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[614] Schreiben der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Gestaltungsplan Migros“, 30. Juli 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros, S. 1.
[615] Ebenda, S. 2.

rer Stelle kompensiert werden.[616] Da die Parzelle der Genossenschaft Migros gemäss Zonenplan von 1972 der Wohn- und Gewerbenutzung WG4 zugedacht war, hielt das Gutachten fest, dass in Wohn- und Gewerbezonen WG4 höchstens mässig störende Betriebe gestattet seien. Die vorgesehene Nutzung würde aber der Kategorie „stark störend" zufallen und sei deshalb am vorgesehenen Standort nicht zulässig.[617] Bezüglich der Parkplätze wurde festgestellt, dass nach Baugesetz bei der angegebenen Bruttogeschossfläche mindestens 286 Parkplätze erforderlich waren. Die Gutachter verwiesen darauf, dass von den ausgewiesenen 382 Parkplätzen 181 bis ins Jahr 1995 an die Charles Vögele AG vermietet waren. Damit würden rund 85 Parkplätze fehlen.[618] Weiter machten die Gutachter auf Verfahrensfehler aufmerksam. So fehle nach kantonalem Recht gemäss Hochbauverordnung ein Schattenwurfdiagramm, zudem sei für das Gestaltungsplangesuch ein Baugesuchs-Formular verwendet worden, obwohl es sich nicht um ein solches handele.[619]

Das Architekturbüro Zehnder beanstandete überdies, dass das Vorhaben der Genossenschaft Migros in Bezug auf Nutzung und Lärmemissionen nicht den Zonenvorgaben entspreche. Die Verkaufsflächen würden nicht dem Quartier, sondern der Regionalversorgung dienen, verbunden mit dem entsprechenden Anlieferungs- und Kundenverkehr auch ausserhalb normaler Arbeitszeiten.[620] Eine angemessene Beziehung von Baukörper samt Parkplatz zur baulichen und landschaftlichen Umgebung konnten die Gutachter grundsätzlich nicht feststellen. Die Aussagen bezüglich Gebäudeform und Gebäudehöhe seien gemäss Gesuchsformular unbestimmt, der Gestaltungsplan ungenügend.[621] Auch bezüglich der Parkplätze hielt Zehnder fest, dass eine allfällige Mitbenutzung des Seedammcenter-Parkings den Interessen der Charles Vögele AG widerspreche.[622]

Auf diese Einsprache reagierte die Genossenschaft Migros, vertreten durch ihren Rechtsanwalt, in Form einer Vernehmlassung an den Gemeinderat Freienbach. Als ersten Punkt seiner Vernehmlassungsschrift verwies der Rechtsvertreter auf die zwischen der Charles Vögele AG und der Genossenschaft Migros bereits bestehenden Vereinbarungen inklusive des Einspracheverzichts hin.[623] Die Einsprachen würden insofern gegen das Vertrauensprinzip verstossen.[624] In der Zusammenfassung der Vernehmlassung fand der Rechtsanwalt klare Worte.

„Die Einspracheargumentation muss deshalb sehr erstaunen, weil an die Adresse der Einsprachegegnerin (Migros Genossenschaft; Anm. Kurath) Vorbehalte gemacht werden, welche sich in erster Linie die Einsprecherin (Charles Vögele AG; Anm. Kurath) selber machen müsste:

---

[616] Planungsbüro Feusi und Partner AG, Pfäffikon, Gutachten über die Einhaltung der Bauvorschriften, „Gestaltungsplan der Genossenschaft Migros Zürich vom 29. Juni 1984", 12. Juli 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros, S. 3.
[617] Ebenda, S. 5.
[618] Ebenda, S. 6.
[619] Ebenda, 5-6.
[620] Architekturbüro Zehnder, Glattbrugg, Stellungsnahme zum Quartiergestaltungsplan, „Bauherrschaft Genossenschaft Migros Zürich", 29. Juli 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros, S. 2.
[621] Ebenda, S. 3.
[622] Ebenda, S. 4.
[623] Vernehmlassung zu einer Einsprache in Sachen Charles Vögele AG gegen Genossenschaft Migros Zürich, „Betr. Gestaltungsplan Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm", 27. August 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros, S. 3.
[624] Ebenda, S. 5.

• Es werden die Höhen- und Längendimensionen des Migros-Projektes beanstandet, obwohl dieses weniger hoch und weniger voluminös ist als das Seedammcenter.

• Die Einsprecherin meint, das Verkaufscenter der Migros sei zonenwidrig, der Neubau sollte Wohnungen enthalten, obwohl das Seedamm-Center mit einem erheblich grösseren Geschäftsvolumen ohne Wohnungen das lokale Bild eines typischen Einkaufsquartiers vorgeprägt hat.

• Das Vorhaben der Einsprachegegnerin wird als übermässig immissionsträchtig hingestellt, obwohl sein Einwirkungsgrad auf die Umgebung geringer sein wird als derjenige des bestehenden, im übrigen sicher nicht übermässig störenden Seedamm-Centers.

• Gerügt wird sodann, dass das angefochtene Projekt zu wenig Raum für zusammenhängende Grünflächen biete, derweil das diesbezügliche Angebot der Einsprecherin wesentlich geringer ist.

• Der Tadel, dass das umstrittene Projekt sich als Fremdkörper in der Umgebung ausnehmen würde, erstaunt sehr, nachdem die Plangestaltung gerade der von der Einsprachegegnerin geprägten Umgebung angepasst ist.

• Unverständlich ist die Behauptung der fehlenden Trennung des Fussgängerverkehrs vom Fahrverkehr, nachdem die Verkehrserschliessung für beide Parteien dieselbe ist.

• Die Forderung, die Einsprachegegnerin müsse Tiefgaragen bauen, hört sich eigenartig an aus dem Munde einer Partei, die über Terrain Autoabstellplätze in einer weit und breit einzigartigen Grössenordnung anbietet.“[625]

Der Rechtsvertreter schloss die Zusammenfassung mit den Worten:

„Es bleibe einstweilen dahingestellt, inwieweit Angst vor dem geschäftlichen Wettbewerb das effektive Motiv für die vorliegende Einsprache ist. Selbstverständlich ist, dass das Baupolizeirecht nicht das adäquate Mittel ist, um in den wirtschaftlichen Wettbewerb einzugreifen.“[626]

Zugegebenermassen standen die Argumente der Gutachter auf schwachen Beinen. Argumente bezüglich landschaftlicher und architektonischer Einbindung wie auch bezüglich der Verfahrensfehler schienen angesichts der vorgefundenen Situation im Gwatt übertrieben.

Dass die Genossenschaft Migros als Tiefpreisanbieter auch bei Charles Vögele wenig beliebt war, war zudem kein Geheimnis. Auf die Frage, ob die Migros neben dem Seedammcenter bauen werde, antwortete Vögele anlässlich einer Pressekonferenz im März 1985, dass er mit allen seinen Kräften gegen das Projekt vorgehen würde. „Die Migros ist ohnehin ein Staat im Staat, und wieso soll sie sich jetzt ausgerechnet auch dorthin setzen, wo andere etwas aufgebaut haben?“[627]

---

[625] Ebenda, S. 12-13.
[626] Ebenda, S. 13
[627] Aussage Charles Vögele anlässlich einer Pressekonferenz der Vögele Unternehmungen im März 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.

Die zweite Einsprache ging von der Seite der Korporation Pfäffikon aus. Die erste rudimentäre Fassung vom 30. Juli 1984 umfasste zwei Punkte. Die Erschliessung des Grundstücks der Migros sei nicht gewährleistet, zudem müssten die im Jahre 1972 getroffenen Vereinbarungen zwischen der Genossenschaft Migros und der Korporation Pfäffikon den heutigen Verhältnissen angepasst werden.[628] Da die Einsprache jedoch nicht korrekt und präzise ausformuliert war, setzte der Gemeinderat eine Frist zur Ergänzung der Einsprache an, welche von der Korporation aus organisatorischen Gründen nicht eingehalten werden konnte.[629] Daher ersuchte sie den Gemeiderat um eine weitere Fristverlängerung vom 15. Dezember 1984 auf den 20. Januar 1985. Der Gemeinderat bewilligte jedoch nur eine Fristverlängerung bis zum 15. Januar 1985.[630] Die detaillierte Einsprache erfolgte am 15. Januar 1985 in Form eines einseitigen Schreibens an den Gemeinderat.[631] In diesem wurde festgehalten, dass ein Erschliessungsrecht zugunsten der Genossenschaft Migros über den Direktzubringer von der Autobahn über die Anlage des Seedammcenters respektive das Grundstück der Korporation mit Baurecht der Firma Charles Vögele AG nicht gegeben war. Gemäss Korporation konnte die Genossenschaft Migros mit dieser Zufahrt nicht rechnen.[632]

Der Rechtsanwalt der Genossenschaft Migros verwies auch hier auf die Vereinbarung vom 6. Oktober 1980 zwischen der Charles Vögele AG und der Genossenschaft Migros.[633] Mit dieser Vereinbarung wurde der Genossenschaft Migros das Recht eingeräumt, über das Baurechtsareal der Charles Vögele AG zum Autobahnzubringer zu gelangen und denselben zu benutzen. Im Gegenzug stellte die Genossenschaft Migros Land für das Autobahnanschlussbauwerk zur Verfügung. Der Rechtsanwalt hielt fest, dass ohne dieses Land der Zubringer nicht befahren werden konnte. „Wenn man der Korporation Pfäffikon folgend die (…) gegenseitige Rechtseinräumung für den Autobahn-Zubringer als ungültig erklären wollte, hätte dies folgende Konsequenz: Die Klientschaft (Genossenschaft Migros; Anm. Kurath) müsste als Eigentümerin eines Teils des Bodens des Anschlusswerkes im Falle der Ungültigkeit des Vertrages (…) die weitere Benutzung ihres Grundeigentums (…) untersagen; damit würde die Befahrung des Autobahn-Zubringers verunmöglicht.“[634]

Zwischenzeitlich hatte auch der Gemeindetechniker Freienbachs die Quartiergestaltungsplanunterlagen der Genossenschaft Migros begutachtet und Stellung zu den Einsprachen der Charles Vögele AG und der Korporation Pfäffikon genommen.[635] Der Bericht des Gemeindetechnikers umfasste rund 25 Seiten und ging Punkt für Punkt die Vorgaben der Baugesetzgebung durch. Den meisten Punkten der erwähnten Einsprachen pflichtete der Gemeindetechniker nicht bei.

---

[628] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Genossenschaft Migros Zürich, Geschäfts- und Gewerbehaus mit Parkplatzerweiterung“, 19. November 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros, S. 16.
[629] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Genossenschaft Migros Zürich, Quartiergestaltungsplan „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm, Einsprache“, Traktandum-Nr. 1521, 14. Dezember 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[630] Ebenda.
[631] Schreiben der Korporation Pfäffikon an den Gemeinderat Freienbach, „Quartiergestaltungsplan „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm, Genossenschaft Migros Zürich, Einsprache“, 15. Januar 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[632] Ebenda.
[633] Schreiben des Rechtsanwaltes der Genossenschaft Migros an den Gemeinderat Freienbach, „Einsprache Korporation Pfäffikon gegen Quartiergestaltungsplan Migros“, 28. Februar 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros, S. 1.
[634] Ebenda, S. 2.
[635] Auszug aus dem Protokoll der Hochbaukommission, „Genossenschaft Migros Zürich, Geschäfts- und Gewerbehaus mit Parkplatzanlage, Quartiergestaltungsplan“, 19. November 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.

Die Baukommission, welche diesen Bericht verhandelte, befürchtete allgemein aufgrund der sich abzeichnenden Entwicklungen im Gwatt mehr Autoverkehr und eine zunehmende Verschiebung der Einkaufsgewohnheiten vom Dorfzentrum Pfäffikon zum nahe gelegenen Einkaufszentrum.[636] Unter anderem Zweifel am Quartiergestaltungsplan der Genossenschaft Migros liess die Unbestimmheit des Verwendungszwecks des geplanten Gebäudes durch die Migros aufkommen. Befürchtet wurde eine allfällige Verwendung als Zentrallager anstelle eines Einkaufszentrums, auch wenn die geplante Parkplatzanlage gegen die Nutzung als Zentrallager sprach.[637] Die Baukommission beantragte beim Gemeinderat, die Gesuchstellerin des Quartiergestaltungsplans zu einer Aussprache einzuladen.[638]

Die Aussprache zwischen den Vertretern der Gemeinde Freienbach und den Vertretern der Genossenschaft Migros fand am 9. Januar 1985 statt.[639] Die Aussprache wurde in einem Brief des Gemeinderats Freienbach an die Genossenschaft Migros schriftlich zusammengefasst. Darin wurde festgehalten, dass der aktuell vorliegende Quartiergestaltungsplan nicht bewilligt werden könne. Weitere Unterlagen mussten nachgeliefert werden. Die Migros wurde zu einer genauen Angabe über die Zweckbestimmung des Projekts verpflichtet. Die architektonische Gestaltung, insbesondere die Südfassade, die Passerelle hinüber zum Seedammcenter sowie die Bepflanzung musste verbessert werden. Einzelne Grenz- und Gebäudeabstände mussten vergrössert werden. Weiterhin wurde verlangt, dass der Verkehrsablauf genau geplant und ein Gutachten dazu eingeholt werden musste. Dabei sollten 50 Prozent der Parkflächen möglichst unterirdisch angelegt werden. Der Gemeinderat forderte zudem, dass, wenn man bei der Gebäudelänge eine Ausnahme machen würde, wenigstens die Gebäudehöhe reduziert werden sollte.[640]

2.5.1.4 Überarbeitung der Planwelt „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros – 1984“

Der Rechtsanwalt der Genossenschaft Migros reagierte knapp zwei Monate später auf das Schreiben des Gemeinderats vom 18. Januar 1985. In seinem Brief gab der Rechtsanwalt im ersten Abschnitt die genauere Zweckbestimmung für das Vorhaben bekannt.[641] Im Gebäude sollten Verkaufsflächen und Infrastrukturen für den Detailhandel bereitgestellt werden. Die Migros Genossenschaft beabsichtigte am Standort Gwatt ein Do-it-yourself- bzw. Hobby-Center und eine Lebensmittelabteilung zu erstellen. Weiter gab er bekannt, dass sich der Quartiergestaltungsplan in Überarbeitung befinde. In diesem Zusammenhang wies der Vertreter der Genossenschaft Migros zudem darauf hin, dass gestalterische Fragen im Baubewilligungsverfahren zu regeln seien.[642] Gleichzeitig merkte der Rechtsanwalt an, dass insbesondere die Passerelle hinüber zum Seedammcenter zurückgestellt werden müsse. Obwohl sich die Charles Vögele AG im Rahmen der Vereinbarungen rund um die Migrol-Tankstelle dazu verpflichtet hatte, waren die Vertreter der Charles Vögele AG diesbezüglich nicht zu

[636] Ebenda, S. 21.
[637] Ebenda, S. 22.
[638] Ebenda, S. 22.
[639] Schreiben des Gemeinderates Freienbach an die Genossenschaft Migros Zürich, „Baubewilligung/Quartiergestaltungsplan „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm, Pfäffikon“, 18. Januar 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[640] Ebenda.
[641] Schreiben des Rechtsanwaltes der Genossenschaft Migros an den Gemeinderat Freienbach, „Quartiergestaltungsplan Migros für Bauvorhaben auf Kat. Nr. 1477“, 28. Februar 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[642] Ebenda, S. 1-2.

Gesprächen bereit.[643] Einzig mit der Forderung nach unterirdischen Parkierungsflächen zeigte sich die Genossenschaft Migros nicht einverstanden. Diese sei unverhältnismässig im Vergleich zum Seedammcenter, die über Parkplätze im Freien in vierstelliger Zahlenordnung verfüge.[644]

Am 23. Dezember 1985 liess die Genossenschaft Migros dem Gemeinderat Pfäffikon die überarbeiteten Pläne zukommen.[645] Das Bauvolumen wie die Gebäudehöhe waren reduziert worden. Damit lagen auch die Grenzabstände über dem vorgeschriebenen Abstandsmindestmass.[646] Selbst dem Wunsch nach unterirdischen Parkplätzen wurde entsprochen. 154 Parkplätze sollten auf der Nordseite des Hauptvolumens überdacht angelegt werden.[647]

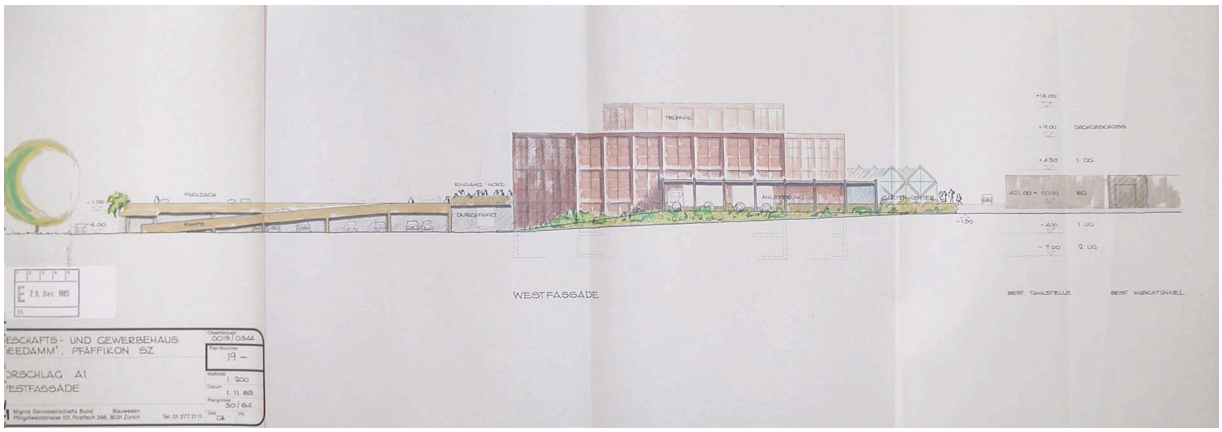


Abb. 32: Migros Genossenschaft Bund, „Westfassade 1:200, Geschäfts- und Gewerbehaus Seedammcenter Pfäffikon SZ“, erste Abänderung mit zweigeschossiger Parkierung, 1. November 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.

Die der Eingabe beigelegte verkehrstechnische Beurteilung der äusseren Erschliessung des Migros-Do-it-yourselfs-Centers verfasste die SNZ Ingenieure AG.[648] Die Ingenieure befanden, dass mit der bestehenden Erschliessung beim abendlichen Spitzenverkehr wie auch während normaler Verkehrszeiten selbst im verkehrsreichsten Monat Dezember nicht mit aussergewöhnlichen Behinderungen zu rechnen sei. Einzig an Wochenenden im Dezember könnten sich im Rahmen des Weihnachtsgeschäfts Behinderungen bei der Ein- und Ausfahrt ab der Gwattstrasse ergeben.[649]

2.5.1.5 Anhaltende verkehrstechnische Bedenken der Gemeindevertreter

Obwohl man in Pfäffikon dem wirtschaftlichen Wachstum nicht abgeneigt war und grundsätzlich Gewerbe und Dienstleistungen unterstützen und ansiedeln wollte, fanden die Skeptiker in Bezug auf die verkehrliche Situation in Freienbach zunehmend Gehör. Damit gelang es den Skeptikern, ein Aktor-Netzwerk aufzubauen, welches in erster Linie das Verkehrsproblem gelöst haben wollte. Dem wachsenden Netzwerk gelang es Schritt für Schritt, grosse Teile der Bewohner von Pfäffikon wie auch Poli-

[643] Ebenda, S. 2.
[644] Ebenda, S. 4.
[645] Schreiben des Rechtsanwaltes der Genossenschaft Migros an den Gemeinderat Freienbach, „Bauvorhaben Migros auf Kat. Nr. 1477“, 23. Dezember 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[646] Ebenda, S. 2-3.
[647] Ebenda, S. 4.
[648] SNZ Ingenieure AG, Verkehrstechnische Beurteilung der äusseren Erschliessung, „Gemeinde Pfäffikon SZ, Migros Do-It-Yourself“, 1. Oktober 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[649] Ebenda, S. 8.

tiker, Behörden und Verwaltung stabil an sich zu binden. Diese Entwicklung hatte für die Realisierung der Interessen der Genossenschaft Migros wie auch die der Charles Vögele AG im Gwatt einschneidende Folgen. Das Schreiben des Gemeinderats Freienbach an den Rechtsvertreter der Genossenschaft Migros machte die Konsequenzen dieser Entwicklung deutlich.[650] „Nach reiflicher Überlegung ist der Gemeinderat zur Auffassung gelangt, dass ohne Verbesserung der Verkehrssituation, vorwiegend mit direkten Zu- und Anfahrten ab der Autobahn zu den Abstellplätzen und wenn möglich Schaffung von Parkplätzen unter Terrain bzw. Parkhäusern, die Erteilung weiterer Bewilligungen im Raume Gwatt kaum mehr vertretbar ist.“[651]

Generell stellten die Vertreter der Gemeinde Freienbach im Gwatt eine kontroverse Situation fest. Das Seedammcenter sollte mit der Erweiterung und zusammen mit dem Alpamare laut Berechnungen des Gemeindetechnikers bezogen auf die Verkaufsflächen rund 2’320 Parkplätze aufweisen. Vorhanden waren 1’525 Parkplätze. Gleichzeitig stieg das Verkehrsaufkommen von 1970 bis 1985 um 69 Prozent. Diese Zahlen zeigte die Problematik der Verkehrssituation im Gwatt auf. „Einerseits genügen die vorhandenen Parkplätze aufgrund der heutigen Nutzung für die bestehenden Gebäude nicht, was zu wildem Parkieren im Land und auf Trottoirflächen führt und zudem Stau verursacht. Andererseits befürchtet man, mit der Schaffung zusätzlicher Parkplätze eine Verbesserung der Attraktivität und dadurch mehr Verkehr, wobei die durchschnittliche Spitzenbelastung der Strassen schon heute die maximalen Richtwerte der VSS-Normen erreicht. Das projektierte Geschäfts- und Gewerbehaus der Migros wird noch zusätzlichen Verkehr bringen.“[652]

Damit war die Rückübersetzung der Ziele der Genossenschaft Migros akut gefährdet, da die erforderlichen Studien und Expertisen sämtliche Vorhaben im Gwatt mittelfristig blockierten.

2.5.1.6 Verhandlungsunterbrechungen

Trotz aller Bedenken setzte sich der Gemeinderat Freienbachs für eine Lösung der verkehrlichen Probleme ein und lud die Genossenschaft Migros und die Charles Vögele AG am 24. Juni 1986 zu einer grundsätzlichen Aussprache ein.[653]

Den Vorschlag des Gemeinderats, die aktuelle Erschliessungssituation zusammen mit den Vertretern der Genossenschaft Migros an einem Tisch zu besprechen, lehnte die Charles Vögele AG ab. Der Rechtsanwalt der Charles Vögele AG machte darauf aufmerksam, dass zwischen der Migros Genossenschaft und der Charles Vögele AG ein Interessengegensatz bestehe, da die Einsprache gegen den Gestaltungsplan Einkaufszentrum Migros seitens der Charles Vögele AG noch hängig war. Die Charles Vögele AG forderte aus diesem Grund, wenn überhaupt, getrennte Verhandlungen.[654]

---

[650] Schreiben des Gemeinderates Freienbach an den Rechtsvertreter der Genossenschaft Migros, „Bauvorhaben Genossenschaft Migros Zürich, QGP „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm, Gwattstrasse“, 2. Juni 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[651] Ebenda.
[652] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Parkplatzprojekt Charles Vögele AG, Pfäffikon, Baubewilligungen Genossenschaft Migros, Zürich, Quartiergestaltungsplan „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm“ Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 817, 12. Juni 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[653] Ebenda.
[654] Ebenda, S. 3.

Die Genossenschaft Migros hingegen nahm das Verhandlungsangebot der Gemeindebehörden und der Gemeindeverwaltung an. Die Vertreter der Migros zeigten sich in Bezug auf die weiteren Forderungen der Gemeinde kooperativ und lösungsorientiert. Trotzdem stellten die Gemeindevertreter Freienbachs am Ende der Verhandlungen ein weiteres Mal klar, dass keine Bewilligungen erteilt würden, solange kein Ausweg aus der Verkehrsmisere aufgezeigt werden könne.[655]

Vorerst bedeutete dies das Ende der Aushandlungsprozesse rund um die Planwelt „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros“. Da aufgrund der Verhandlungsresultate und erneuter Interessensverschiebungen ohnehin eine neue Eingabe des Gestaltungsplans notwendig wurde, schrieb der Gemeinderat das Quartiergestaltungsplangesuch der Genossenschaft Migros vom 18. Juni 1984 ab.[656]

Im Jahre 1987 reichte die Genossenschaft Migros erneut einen Quartiergestaltungsplan für ein um 40 Prozent vergrössertes Projekt ein.[657] Auch diesem war kein Erfolg beschieden. Das Aktor-Netzwerk „Verkehrsproblem Pfäffikon“ war nach wie vor stabil geknüpft. So gelang es der Genossenschaft Migros nicht, die notwendigen Allianzen und Mehrheiten für ihre Planwelt „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros – 1987“ zusammenzubringen.

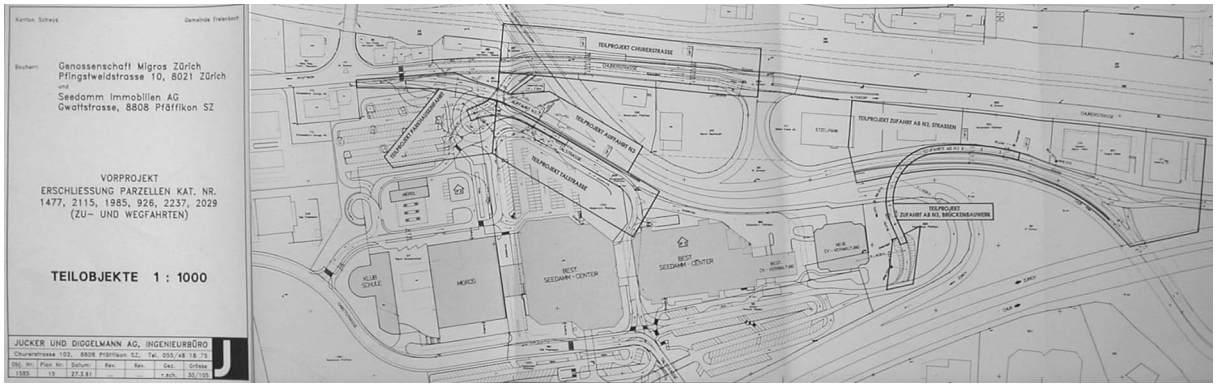


Abb. 33: Jucker und Diggelmann AG, „1:1000, Vorprojekt Erschliessung Parzellen Nr. 1477, 2115, 1985, 926, 2237, 2029“, 27. März 1971, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter.

Nachdem die verkehrstechnischen Untersuchungen im Jahre 1990 weit fortgeschritten waren, nahm die Genossenschaft Migros einen erneuten Anlauf, eine Projektstudie für ein Hobby- und Garten-Center mit Verkaufsmarkt für Lebensmittel mit den Gemeindevertretern und Vertretern der Charles Vögele AG zu verhandeln. Nach wie vor wurde eine akzeptable Verkehrslösung in den Vordergrund gestellt.[658]

---

[655] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Genossenschaft Migros Zürich, Quartiergestaltungsplan „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 1038, 14. August 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.

[656] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuch, Genossenschaft Migros Zürich, Quartiergestaltungsplan Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 1665, 19. Dezember 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.

[657] Erwähnt in: SNZ Ingenieure AG, Verkehrstechnische Untersuchung der äusseren Erschliessung, „Geschäftshaus ‚Seedamm‘ und Parkierung ‚Seedamm-Center‘“, 6. Mai 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplanerweiterung Seedammcenter, S. 1.

[658] Aktennotiz der Aussprache zwischen Vertretern der Gemeinde Freienbach, Charles Vögele AG und der Genossenschaft Migros, „Genossenschaft Migros Zürich, Präsentation Projektstudie Verkehrskonzept, 30. August 1990“, 12. September 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.

Ulrich Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon und Planer, der in dieser Funktion an späteren Studien der Genossenschaft Migros am Standort Pfäffikon beteiligt war, vermutete zudem, dass nicht nur die Verzögerungen des Vorhabens aufgrund der Verkehrsprobleme die Realisierungschancen verunmöglichten. „Bei der Migros sassen die verantwortlichen Leute nur rund zweieinhalb Jahre in der jeweiligen Abteilung. Dann stiegen sie auf. So kamen immer neue Personen. Gleichzeitig gab es auch immer neue Entwicklungen. Die Konzepte änderten relativ schnell."[659]

Dies verweist darauf, dass mehrere Faktoren bei den Aushandlungsprozessen eine Rolle spielten. Die Allianzfindung wurde nicht nur durch eine ablehnende Haltung der Gemeindevertreter erschwert. Unstimmigkeiten und Wechsel der internen Strukturen der Genossenschaft Migros wie auch sich verändernde Bedürfnisse und Märkte waren ebenso entscheidend. Damit konnte bis auf Weiteres keine Rückübersetzung der Planwelten der Genossenschaft Migros am Standort Gwatt in die Siedlungswirklichkeit stattfinden. Die Skizzen, Studien und Pläne der Migros verschwanden in den Schubladen der Planer und Verwaltungen.

2.5.2 Die lokale planerische Praxis des Quartiergestaltungsplans Einkaufszentrum Migros

2.5.2.1 Die emergente Rolle des Architekten und der Planer

Der zunehmende Erfolg des Seedammcenters sowie die Absichten und Ziele der Genossenschaft Migros stellten den Ausgangspunkt der lokalen städtebaulichen Praxis in Bezug auf die Aushandlungsprozesse eines Einkaufszentrums der Migros im Gwatt dar. Die Planer auf der Seite der Genossenschaft Migros hatten von Anfang an einen schweren Stand. Trotz aller Bemühungen, Interessen der Gemeinde und der Charles Vögele AG in die Planwelt „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros" einzuweben, gelang es ihnen selbst mit überarbeiteten Planwelten nicht, die unterschiedlichen Parteien zu überzeugen und entsprechende Allianzpartnerschaften zu bilden. Dies hatte weniger mit den ursprünglich kritisierten, fehlenden, räumlich-qualitativen Aspekten zu tun, als vielmehr mit den grundsätzlichen Positionen der Charles Vögele AG, der Korporation Pfäffikon und den Vertretern der Gemeinde Freienbach. Die Charles Vögele AG wollte eine Konkurrenz durch die Genossenschaft Migros am Standort Gwatt verhindern. Die Korporation Pfäffikon als Geschäftspartner der Charles Vögele AG solidarisierte sich mit deren Interessen und Zielen. Die Gemeindevertreter wollten in erster Linie die verkehrliche Situation lösen und weitere Verkehrszunahmen verhindern. Beide Interessenslagen liessen sich nicht mit den Interessen der Migros Genossenschaft vereinen. Unter diesen Voraussetzungen war es dem Aktor-Netzwerk „Quartiergestaltungsplan Migros" unmöglich, die für eine Rückübersetzung der Planwelt „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros" notwendigen Allianzen zu knüpfen.

Eine weitere Rolle in diesem Aushandlungsprozess um den „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros" nahmen die Vertreter des Planungsbüros Feusi und des Architekturbüros Zehnder ein. Diese Akteure begutachteten im Auftrag der Charles Vögele AG den durch die Genossenschaft Migros eingereichten „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros – 1984". Den Planern und Architekten dachte die Charles Vögele AG eine strategische Rolle im Aushandlungsprozess zu. Die Architekten und Planer als Sprecher der Charles Vögele AG sollten im Dreieck der Interessensverhandlung zwischen der Charles Vögele AG, der Genossenschaft Migros und den Vertretern der Gemeinde Freienbach eine Interessensverschiebung zugunsten der Charles Vögele AG bewirken.[660] Ihre Gutachten sollten die Vertreter der Gemeinde davon abhalten, sich ins Aktor-Netzwerk der Planwelt „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros" einbinden zu lassen.

[659] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[660] Callon (2006), S. 152.

In den Auseinandersetzungen um die eigenen Interessen unterschätzten die Migros wie auch die Charles Vögele AG, dass sich mit den Verkehrsproblemen auf den Haupterschliessungsstrassen der Gemeinde Freienbach ein weiteres weit gespanntes Aktor-Netzwerk gebildet hatte. Dem Aktor-Netzwerk „Verkehrsproblem Pfäffikon" gelang es, den Verkehr derart zu problematisieren, dass sich die Vertreter der Gemeinde Freienbach in dieses einbinden liessen. Diese Situation führte zu den bereits erwähnten Verhandlungsblockaden seitens der Gemeinde Freienbach. Die rasante räumliche Entwicklung im Gwatt war damit vorerst an ihre gesellschaftlichen Grenzen gestossen. Um im Gwatt die Realisierungschancen ihrer Ziele zu verbessern, hatten die Aktor-Netzwerke „Seedammcenter" und „Quartiergestaltungsplan Migros" im Verlauf der weiteren Geschichte die Interessen des Aktor-Netzwerks „Verkehrsproblem Pfäffikon" zu verhandeln und mit den eigenen Zielen zu verbinden. Dies war der einzige Weg, um über eine weitere Interessens- und Machtverschiebung die gesellschaftliche Blockade wieder aufzulösen.

2.5.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros"

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.

• DRITTE ERWEITERUNG SEEDAMMCENTER MIT VERWALTUNG CHARLES VÖGELE AG

2.5.3 Die Planwelt „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage – 1986"

2.5.3.1 Vorgeschichte – Parkplatzerweiterung, Verzögerung und Interessensverschiebung

Im Juni 1986 verhandelte die Charles Vögele AG mit dem Gemeinderat Freienbach über eine Parkplatzerweiterung östlich des bestehenden Erweiterungsbaus des Seedammcenters.[661] Aufgrund der durch die Gemeinde Freienbach im Zusammenhang mit dem Quartiergestaltungsplan der Genossenschaft Migros initiierten Abklärungen der verkehrstechnischen Erschliessung des Gwatt wirkten sich die Verzögerungen auch auf die Entwicklungsabsichten des Aktor-Netzwerks „Seedammcenter" aus.

Im Dezember 1986 wurde erstmals ersichtlich, dass die Charles Vögele AG nicht nur eine Erweiterung der Parkplätze, sondern auch eine Erweiterung des Verwaltungstraktes beabsichtigte. In einem Brief an den Gemeinderat informierte Peter Dettwyler die Gemeinde über das Vorhaben. Wie Dettwyler ausführte, wies der Verwaltungsneubau der zweiten Erweiterung des Seedammcenters bereits beim Bezug im Jahre 1985 keinerlei Platzreserven mehr auf. Mit dem weiterhin erfreulichen Geschäftsgang der Charles Vögele AG stieg der Platzbedarf noch an. Dies führte gemäss Dettwyler bereits ein Jahr nach Neubezug zu nicht mehr vertretbaren Zuständen.[662]

2.5.3.2 Inhalte der Planwelt der Generalunternehmung Göhner AG

Aus diesem Grund entwickelte die Generalunternehmung Göhner, die bislang die von Felix Rebmann entworfenen Einskaufszentren ausführte, ein erstes Vorprojekt für eine Erweiterung der Verwaltung. Diese Planwelt „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage" wurde am 30. De-

[661] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Parkplatzprojekt Charles Vögele AG, Pfäffikon, Baubewilligungen Genossenschaft Migros, Zürich, Quartiergestaltungsplan „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm" Pfäffikon", Traktandum-Nr. 817, 12. Juni 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[662] Schreiben der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Seedamm-Center; Gesuch um Änderung des Gestaltungsplanes", 15. Dezember 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.

zember 1986 im Auftrag der Bauherrin Seedamm Immobilien AG bei der Gemeindeverwaltung Freienbach eingereicht.[663] Als Bauherrin wurde die Seedamm Immobilien AG als Tochtergesellschaft der Charles Vögele AG im Baugesuch aufgeführt. Grundeigentümerin war auch hier die Korporation Pfäffikon. Die Seedamm Immobilien AG erwarb das Land von ihrem langjährigen Geschäftspartner, der Korporation Pfäffikon, im Baurecht.[664]

Der neue Verwaltungstrakt mit den Grundrissmassen von 42,3 x 36,6 Metern sollte östlich an das bestehende Seedammcenter angegliedert werden. Das Gebäude wies sich durch einen nahezu quadratischen und symmetrisch angeordneten Grundriss mit zentralem Erschliessungshof aus (Abb. 34). Dieser sollte von einer 7,5 Meter hohen Glaskuppel überdacht werden. Es war geplant, den zweistöckigen Bürotrakt auf Stützen zu stellen (Abb. 35).

Unter dem Bürotrakt angeordnet sollte sich je ein Parkgeschoss im Erdgeschoss wie im Untergeschoss befinden. Eine 17 Meter lange Passerelle auf der Ebene des ersten Obergeschosses sollte die Verbindung zwischen der geplanten und der bestehenden Verwaltung sicherstellen. Auf der östlichen Seite des Erweiterungstraktes, im Restraum zwischen Autobahn, Autobahnanschluss und geplantem Gebäude, sollten weitere Parkplätze im Freien entstehen.[665]

2.5.4 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage – 1986“

2.5.4.1 Die emergente Rolle der Planer

Ausgangspunkt für die Interaktion der Planer war das Interesse der Erweiterung der Verwaltung durch die Charles Vögele AG am Standort Gwatt. Die beauftragten Planer entwickelten in der Folge einen Entwurf, der in erster Linie die Interessen des Auftragsgebers in Planwelten übersetzte. Während sich die geplanten Fassaden der Verwaltungstrakterweiterung dem übrigen Seedammcenter anglichen, wies das Gebäude eine eigenständige Typologie auf. Der wenig inspirierte Grundriss mit zentralem Erschliessungshof erzeugte jedoch keine räumlichen Spannungen. Die Proportion der Glaskuppel stand im Missverhältnis zum Bürotrakt. Der fehlende Bodenkontakt des Gebäudes verstärkte dies noch. Räumlich-qualitative Ambitionen verfolgten die Planwelt und damit deren Sprecher kaum. Ein wohl grösseres Ziel der Göhner AG war es, die eigenen Auftragsbücher zu füllen, die Kosten unter Kontrolle zu halten und die Charles Vögele AG als Auftraggeber für weitere Projekte zu gewinnen.

2.5.4.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Ein Dreieck der Interessensverhandlung aufbauen

Weshalb Felix Rebmann als Architekt des Seedammcenters und der Erweiterung mit Verwaltungstrakt nicht auch die Erweiterung des Verwaltungstraktes entwarf, lässt sich aus den vorhandenen Unterlagen nur bedingt nachvollziehen. Rebmann übernahm im Zusammenhang mit dem Seedammcenter in der Phase der Rückübersetzung jeweils die gestalterische Begleitung des Bauvorhabens und übergab der Generalunternehmung Göhner AG die Ausführungs- und Detailplanung sowie die Bauleitung.[666] Damit war die Göhner AG enger in die Aushandlungsprozesse der Rückübersetzung involviert als Rebmann. Aufgrund dieser Situation entstand ein

[663] Baugesuch Nr. 108/86, „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage“, Eingang 30. Dezember 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.
[664] Ebenda.
[665] Generalunternehmung Göhner AG, Pläne der Baueingabe 1:200, „Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG, 8808 Pfäffikon“, Eingang 30. Dezember 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.
[666] Interview mit Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters, 20. Juli 2007.

Dreieck der Interessensverhandlung zwischen der Charles Vögele AG/Seedamm Immobilien AG, der Göhner AG und dem Architekturbüro Felix Rebmann.[667] Rebmann konnte als bisheriger Auftragnehmer der Entwurfs- und Konzeptionsarbeit auf Folgeaufträge hoffen. Gleichzeitig konkurrierte die Göhner AG mit ihm um die Position als Auftragnehmer für Planerleistungen. Es kann davon ausgegangen werden, dass im Rahmen dieser Aushandlungen die Charles Vögele AG gegenüber der Generalunternehmung Göhner AG den zusätzlichen Raumbedarf thematisierte. Die Göhner AG erkannte ihre Chance und offerierte der Charles Vögele AG, die Planung in Angriff zu nehmen. Die Planer entwarfen ein Gebäude und setzten voraus, dass sich die Charles Vögele AG, die Bewilligungsbehörden, kantonale Planer und die Verkehrskonzepte in den Entwurf integrieren liessen.

• Partnergewinnung – Erste Skizzen als Überzeugungsarbeit

Der Entwurf für die Erweiterung der Verwaltung des Seedammcenters schien die Vertreter der Charles Vögele AG zu überzeugen. Der Generalunternehmung gelang es so, die Charles Vögele AG als Allianzpartner zu gewinnen und für sich selber den gesamten Planungsauftrag zu sichern.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Von der Rolle des Ausführenden zur Rolle des Gesamtplanenden

Mit der geleisteten Überzeugungsarbeit und dem zugesprochenen Planungsauftrag gelang es der Göhner AG, ihre Rolle als Ausführende in die der Gesamtplanenden zu übersetzen. Damit verdrängte die Göhner AG das Architekturbüro Rebmann als bisherigen Verfasser der Erstentwürfe.

• Bewährungsprobe – Die Göhner AG wird Sprecher der Planwelt „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage – 1986“

Auch hier galt der Entscheid, das Gesuch für die Baubewilligung einzureichen, als Bewährungsprobe für die bis zu diesem Zeitpunkt aufgebauten Allianzen in Bezug auf die Planwelt „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage – 1986“. Mit dem Zeitpunkt der Nennung der Göhner AG als Verfasser der Planwelten wurde die Göhner AG gleichzeitig zu deren Sprecher.[668]

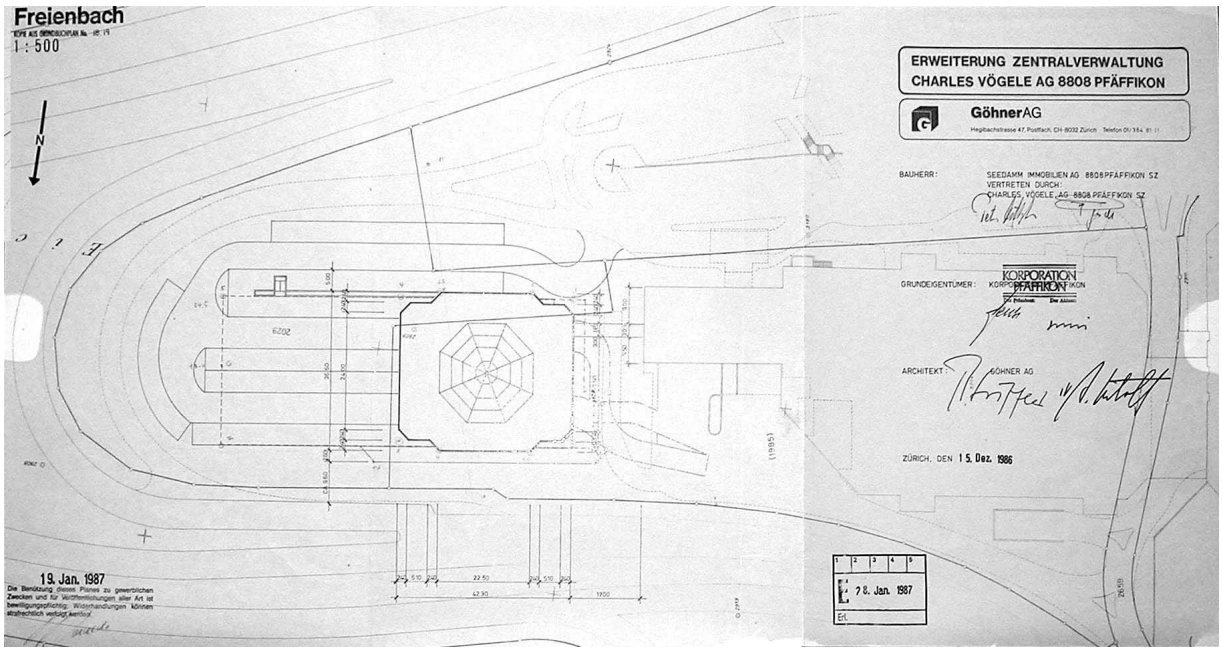


Abb. 34: Generalunternehmung Göhner AG, „Situation 1:500, Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG, 8808 Pfäffikon“, 15. Dezember 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.

[667] Callon (2006), S. 152.
[668] Schreiben der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Seedamm-Center; Gesuch um Änderung des Gestaltungsplanes“, 15. Dezember 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.

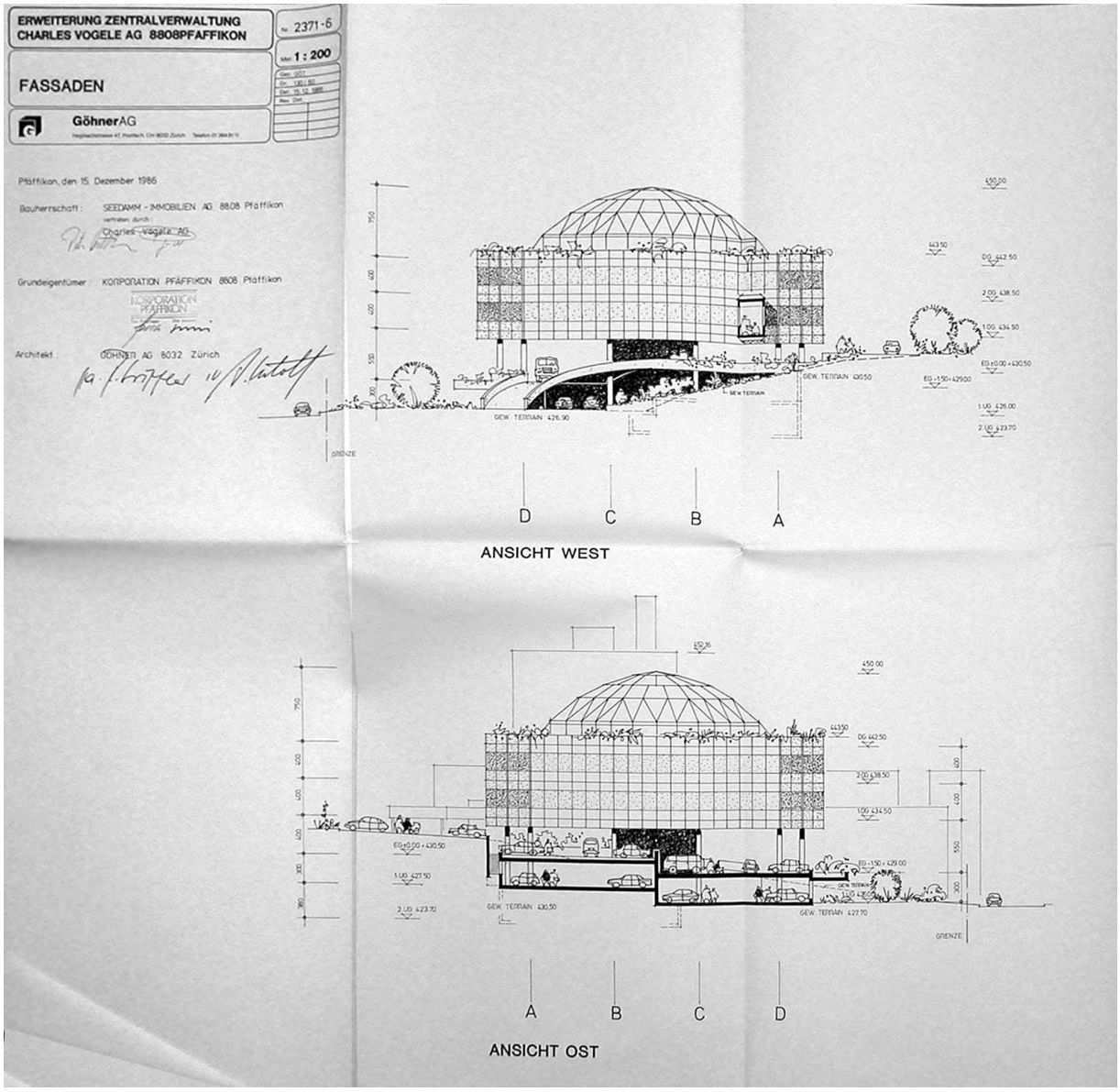


Abb. 35: Generalunternehmung Göhner AG, „Fassaden West und Ost 1:200, Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG, 8808 Pfäffikon“, 15. Dezember 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.

2.5.5 Rückübersetzung der Planwelt „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage – 1986“

In ersten Vorabklärungen entschied der Gemeinderat von Freienbach, dass die Eingabe verfahrenstechnisch als Änderung des bestehenden Quartiergestaltungsplans aus dem Jahre 1980 mit Änderungen im Jahre 1984 zu erfolgen hatte. Dies wurde angeordnet, obwohl das Grundstück, auf welchem die Verwaltungserweiterung errichtet werden sollte, bislang nicht Bestandteil der Gestaltungspläne war.

Im Zusammenhang mit den bereits beschriebenen Erschliessungs- und Verkehrsproblemen rund um das Seedammcenter und den Verhandlungen mit der Migros Genossenschaft waren einer Rückübersetzung dieses Vorhabens der Charles Vögele AG enge Grenzen gesetzt. Nach wie vor beharrten die

Vertreter der Gemeinde Freienbach darauf, dass der Quartiergestaltungsplan nur bewilligt werden könne, wenn auch das Verkehrsproblem gelöst werde.[669]

Die Charles Vögele AG vertrat jedoch den Standpunkt, dass sie mit einer Erweiterung des Parkplatzangebots zur Lösung des Problems beitragen und mit den Büroräumlichkeiten keinen Zusatzverkehr generieren würden. Die Charles Vögele AG hoffte zudem, der Gemeinderat werde den Umstand zu würdigen wissen, dass das Unternehmen seinen Hauptsitz gerade von Rapperswil nach Pfäffikon verlegt hatte.[670]

Entsprechend dem Verfahrensablauf wurden sowohl die Quartiergestaltungsplanänderung als auch das Baugesuch im Amtsblatt Nr. 1 vom 9. Januar 1987 publiziert und die Planwelten somit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.[671]

2.5.5.1 Bewilligungsverhandlung der Planwelten – nicht bewilligt

Aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen der Genossenschaft Migros und der Charles Vögele AG während der letzten Jahre zeichnete sich eine Einsprache der Genossenschaft Migros gegen das Quartiergestaltungsplangesuch ab. Die Genossenschaft Migros wollte verhindern, dass sie die Verkehrsproblematik bei einer allfälligen Bewilligung des Gestaltungsplans und der Baueingabe für das Erweiterungsvorhaben der Charles Vögele AG in Zukunft alleine zu bewältigen hatte.

So gingen seitens der Genossenschaft Migros gleich zwei Einsprachen gegen die Planwelt der Charles Vögele AG ein.[672] Die erste Einsprache befasste sich mit dem eigentlichen Baubewilligungsgesuch, während sich die zweite Einsprache auf das Bewilligungsgesuch des Quartiergestaltungsplans bezog. Da es sich bei beiden Eingaben um mehr oder weniger die gleichen Inhalte handelte, unterschieden sich die jeweiligen Einspracheschriften kaum. Bemängelt wurden beim Baugesuch die zu grossen Höhendimensionen des Projekts, die Gebäudelänge, die Verkehrserschliessung, die Ästhetik und die Grenzabstände.[673] Bei der Einsprache gegen den Quartiergestaltungsplan wurde hauptsächlich das Gestaltungsplanverfahren infrage gestellt. Während die Gesuchssteller von einer Quartiergestaltungsplanänderung sprachen, reklamierten die Einsprechenden, dass es sich hier gar nicht um eine *Änderung* des Quartiergestaltungsplans handele. Vielmehr müsse von einem neuen Quartiergestaltungsplan gesprochen werden, da die Erweiterung der Verwaltung auf einer Parzelle geplant war, die in dem bestehenden Quartiergestaltungsplan gar nicht enthalten war. Die Einspre-

[669] Schreiben des Gemeinderates Freienbach an den Rechtsvertreter der Genossenschaft Migros, „ Bauvorhaben Genossenschaft Migros Zürich, QGP „Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm, Gwattstrasse“, 2. Juni 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[670] Schreiben der Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Seedamm-Center; Gesuch um Änderung des Gestaltungsplanes“, 15. Dezember 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.
[671] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 108/86, Seedamm-Immobilien AG, Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage und Parkplatzanlagen“, Traktandum-Nr. 888, 26. Juni 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center, S.1.
[672] Baueinsprache der Genossenschaft Migros Zürich gegen „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage und Parkplatzanlage an der Gwattstrasse in Pfäffikon SZ der Seedamm-Immobilien AG, Pfäffikon“, 27. Januar 1987, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center; Baueinsprache der Genossenschaft Migros Zürich gegen „Gestaltungsplanänderung der Seedamm-Immobilien AG, Pfäffikon“, 27. Januar 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.
[673] Baueinsprache der Genossenschaft Migros Zürich gegen „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage und Parkplatzanlage an der Gwattstrasse in Pfäffikon SZ der Seedamm-Immobilien AG, Pfäffikon“, 27. Januar 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.

chenden wollten erreichen, dass das Gesuch aufgrund formaler Unstimmigkeiten abgelehnt werden musste.

Ziel der Genossenschaft Migros war es nicht, das Projekt zu verhindern. Dies bezeugte die Aussage, dass die Migros Genossenschaft keineswegs die bauliche Ausweitung und Entwicklung der Charles Vögele AG zu verunmöglichen beabsichtigte. Die Genossenschaft wollte vielmehr erreichen, dass „die anstehenden Probleme in gegenseitigem Gespräch einvernehmlich einer beide Seite befriedigenden Lösung zugeführt werden können“.[674]

Auf dieses Verhandlungsgebot wollte die Charles Vögele AG nicht eingehen. In den zwei Vernehmlassungen des Rechtsanwaltes der Charles Vögele AG wurden über insgesamt 20 Seiten die Gegenargumentationen in das Verfahren eingebracht.[675]

Grundsätzlich bestritt der Rechtsanwalt der Charles Vögele AG die Einsprachebefugnis der Genossenschaft Migros. Das Vorhaben sollte rund 250 Meter von der Parzelle der Einsprecherin entfernt erstellt werden. Eine direkte Sichtverbindung der Parzelle der Genossenschaft Migros auf die geplante Verwaltungserweiterung war sehr eingeschränkt.[676] Von einem eigenen, unmittelbaren und schützenswerten Interesse könne daher nicht gesprochen werden, da auch die notwendige Erschliessung für die Erweiterung die Erschliessung der Parzelle der Migros in keinem Falle tangiere. „Die Erschliessung erfolgt, soweit Neues erstehen soll, ausschliesslich auf dem Areal der Bauherrin, in einer Distanz von rund 250 m von der Einsprecherin (Genossenschaft Migros; Anm. Kurath) entfernt.“[677] Zur Einsprache gegen das Verfahren einer Gestaltungsplanänderung, meinte der Rechtsanwalt, dass es rechtlich belanglos sei, ob die Eingabe als Gestaltungsplanänderung oder Quartier-gestaltungsplan bezeichnet würde.[678] In beiden Vernehmlassungen kam der Rechtsanwalt zu dem Schluss, dass beide Einsprachen der Genossenschaft Migros unbegründet und daher abzulehnen seien.[679]

Der Gemeinderat verhandelte am 26. Juni 1987 die Einsprachen und Vernehmlassungen.[680] Rechtlich wurden die Einsprachen trotz der Begründung des Anwaltes der Charles Vögele AG zugelassen.[681] Unter anderem stützte der Gemeinderat bei der Verhandlung die Einsprache der Genossenschaft Migros bezüglich Gebäudehöhe wie -länge. Nach Berechnungen des Gemeindetechnikers hatte der

---

[674] Baueinsprache der Genossenschaft Migros Zürich gegen „Gestaltungsplanänderung der Seedamm-Immobilien AG, Pfäffikon“, 27. Januar 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center, S. 6.
[675] Vernehmlassung in Sachen Seedamm-Immobilien AG vertreten durch die Charles Vögele AG gegen Genossenschaft Migros Zürich, „betreffend Baubewilligung“, 20. März 1987, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center; Vernehmlassung in Sachen Seedamm-Immobilien AG vertreten durch die Charles Vögele AG gegen Genossenschaft Migros Zürich, „betreffend Quartiergestaltungsplan“, 20. März 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.
[676] Vernehmlassung in Sachen Seedamm-Immobilien AG vertreten durch die Charles Vögele AG gegen Genossenschaft Migros Zürich, „betreffend Baubewilligung“, 20. März 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center, S. 2-3.
[677] Ebenda, S. 3.
[678] Vernehmlassung in Sachen Seedamm-Immobilien AG vertreten durch die Charles Vögele AG gegen Genossenschaft Migros Zürich, „betreffend Quartiergestaltungsplan“, 20. März 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center, S. 3.
[679] Vernehmlassung in Sachen Seedamm-Immobilien AG vertreten durch die Charles Vögele AG gegen Genossenschaft Migros Zürich, „betreffend Baubewilligung“, 20. März 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center, S. 15; Vernehmlassung in Sachen Seedamm-Immobilien AG vertreten durch die Charles Vögele AG gegen Genossenschaft Migros Zürich, „betreffend Quartiergestaltungsplan“, 20. März 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center, S. 5.
[680] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 108/86, Seedamm-Immobilien AG, Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage und Parkplatzanlagen“, Traktandum-Nr. 888, 26. Juni 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.
[681] Ebenda, S. 2.

projektierte Bau in Bezug auf das kommunale Baugesetz eine Überhöhe von mehr als 2 Metern.[682] Die neue Gebäudelänge wurde aufgrund der Passerelle auf das ganze Seedammcenter gerechnet und überstieg so mit 271,70 Metern das 4,5-Fache des nach Baugesetz Erlaubten. Der Gemeinderat war nicht mehr bereit, eine weitere Ausnahmegenehmigung zu erteilen, und schlug daher vor, die Passerelle unter Terrain zu verlegen.[683] Man wollte das Gebäude, wenn überhaupt, nur als freistehendes Gebäude mit einer maximalen Höhe von 15 Metern bewilligen. Die bauliche Gestaltung hinsichtlich Glaskuppel sowie Positionierung des Baukörpers in Bezug auf den Bestand wurde hingegen grundsätzlich infrage gestellt.[684]

Diese Einwände des Gemeinderats betrafen vor allem die lokal-räumlichen Belange. Zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem Seedammcenter rügte der Gemeinderat Freienbach die stetigen Sonderbewilligungsforderungen für die Bauten der Charles Vögele AG. Der Gemeinderat Freienbach setzte die Ausnahmebewilligungen einer „kalten" Zonenplanänderung gleich. „Grundsätzlich sollten sich Projekte der Zonenplanung und den Bauvorschriften anpassen und nicht umgekehrt."[685] Man hielt fest, dass Sonderbauvorschriften innerhalb von Gestaltungsplänen im Interesse einer zweckmässigen Überbauung des Quartiers bewilligt werden könnten. Daraus sollte aber auch eine bessere architektonische und ortsbauliche Gestaltung hervorgehen.[686]

Aufgrund der nach wie vor bestehenden Verkehrsproblematik in Pfäffikon blieb der Gemeinderat bei seiner Position. Bewilligungen sollten keine erteilt werden, solange keine wesentliche Verbesserung der Erschliessung des Gwatt geschaffen worden sei. Zumindest müsse sichergestellt werden, dass Neubauten zukünftige Verkehrslösungen nicht behinderten. Das Ziel einer Verkehrserschliessung im Gebiet „Gwatt" mit direkter Zu- und Abfahrt ab der Autobahn sollte nach wie vor verfolgt werden. Der Gemeinderat sah dieses Ziel aufgrund des Baugesuches für den Verwaltungsneubau als gefährdet.[687]

„Zusammenfassend ergibt sich, dass wegen massiver Überschreitungen von Bauvorschriften, insbesondere Gebäudelänge, Gebäudehöhe, Firsthöhe, Verletzung von Grenzabstandsbestimmungen, ungenügende Einordnung in die bauliche und landschaftliche Umgebung und Mängel der Verkehrserschliessung keine Bewilligung erteilt werden kann. Positive Gründe, die eine Ausnahme von den Normalbauvorschriften rechtfertigen, liegen nicht vor. Bei der vorliegenden QGP-Änderung sind weder gestalterische noch ortsbauliche Vorteile ersichtlich."[688]

Das Aktor-Netzwerk „Verwaltungserweiterung" hatte demnach in weiteren Schritten die Ergebnisse aus den Erschliessungsstudien der Verkehrsplaner und den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Gemeinde Freienbach, des Kantons Schwyz sowie der Genossenschaft Migros abzuwarten und die jeweiligen Verhandlungsresultate in ihren Planwelten zu vereinen.

[682] Ebenda, S. 3-4.
[683] Ebenda, S. 5.
[684] Ebenda, S. 8.
[685] Ebenda, S. 9.
[686] Ebenda, S. 10.
[687] Ebenda, S. 5-6.
[688] Ebenda, S. 11.

2.5.5.2 Untersuchung zur äusseren Erschliessung des Gwatt

Im weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Verhandlungen des Aktor-Netzwerks „Verwaltungserweiterung“ stand die Frage im Vordergrund, ob die beabsichtigte Verwaltungserweiterung der Charles Vögele AG eine allfällige Zufahrt von der A3 auf das Areal künftig verhindern würde. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, sah die Charles Vögele AG das Erschliessungsproblem des Gwatt gelöst. Die Genossenschaft Migros hingegen strebte eine ganzheitliche Lösung der Gesamterschliessung des Areals an. Mittlerweile war klar, dass beide Parteien Lösungen präsentieren mussten, um die Realisierungschancen ihrer Projekte zu verbessern. Damit zeichnete sich ab, dass die Genossenschaft Migros wie auch die Charles Vögele AG zusammenarbeiten mussten, um in naher Zukunft die für eine Rückübersetzung der einzelnen Planwelten notwendigen Allianzen zu finden.

Gegen Ende des Jahres 1987 erarbeitete das Ingenieurbüro SNZ im Auftrag der Genossenschaft Migros und der Charles Vögele AG eine Ideenskizze für eine verbesserte Zufahrt von der A3 auf das Areal des Seedammcenters und die Parzelle der Migros (Abb.36).[689] Der Vorschlag beinhaltete einen Abzweiger von der Abfahrt der A3 Richtung Seedamm-Rapperswil. Der Abzweiger sollte über eine Brücke über die Abfahrt geführt und östlich vorbei am projektierten Verwaltungstrakt an das Areal des Seedammcenters angeschlossen werden. Die Planer und Vertreter der Gemeinde und des Kantons beabsichtigten, den Teilanschluss an die A3 und den Seedamm nach Rapperswil zu einem Vollanschluss auszubauen. Der zukünftige Abzweiger sollte die direkte Zufahrt ab der Autobahn in das Gwatt gewährleisten und damit die Kantonsstrasse zwischen Pfäffikon und Seedammcenter entlasten.[690]

Mittels einer Verkehrsstudie der SNZ Ingenieure liess sich zeigen, dass der vorgesehene Erweiterungsbau der Charles Vögele AG einen möglichen zusätzlichen Direktanschluss an die Autobahn nicht tangierte.

Dies gab den Plänen für die Erweiterung der Verwaltung der Charles Vögele AG und Seedamm Immobilien AG wieder Aufwind. Nach wie vor unter Erweiterungsdruck stehend, passte die Göhner AG im Auftrag der Charles Vögele AG die Baueingabe für das Erweiterungs-vorhaben an und legte sie zur Vorbeurteilung dem Gemeinderat Freienbach vor. Am 22. Dezember 1987 erkundigte sich die Seedamm Immobilien AG im Auftrag der Charles Vögele AG beim Gemeinderat, ob das abgeänderte Projekt grundsätzlich bewilligungsfähig wäre.[691] Diese Anfrage beantwortete der Gemeinderat positiv, da das Bauvorhaben eine zukünftige Erschliessung des Gwatt nicht behinderte und die geplanten Hochbauten die baupolizeilichen Bestimmungen der Bauordnung einhielten.[692]

---

[689] Aktennotiz der SNZ Ingenieure, „Erweiterung Verwaltungsgebäude Ch. Vögele“, 7. Dezember 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15; SNZ Ingenieure AG, Planskizze 1: 500, „Direkte Zufahrt von der N3 in das Areal des Seedamm-Centers, Generelle Abklärungen der geometrischen Machbarkeit in Einklang mit Erweiterung Verwaltungsgebäude Ch. Vögele AG“, 17. Dezember 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.

[690] SNZ Ingenieure AG, Planskizze 1: 500, „Direkte Zufahrt von der N3 in das Areal des Seedamm-Centers, Generelle Abklärungen der geometrischen Machbarkeit in Einklang mit Erweiterung Verwaltungsgebäude Ch. Vögele AG“, 17. Dezember 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.

[691] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Seedamm Immobilien AG, Pfäffikon, Erweiterung Verwaltungsgebäude, Pfäffikon, Studie“, Traktandum-Nr. 1719, 22. Dezember 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.

[692] Ebenda, S. 2.

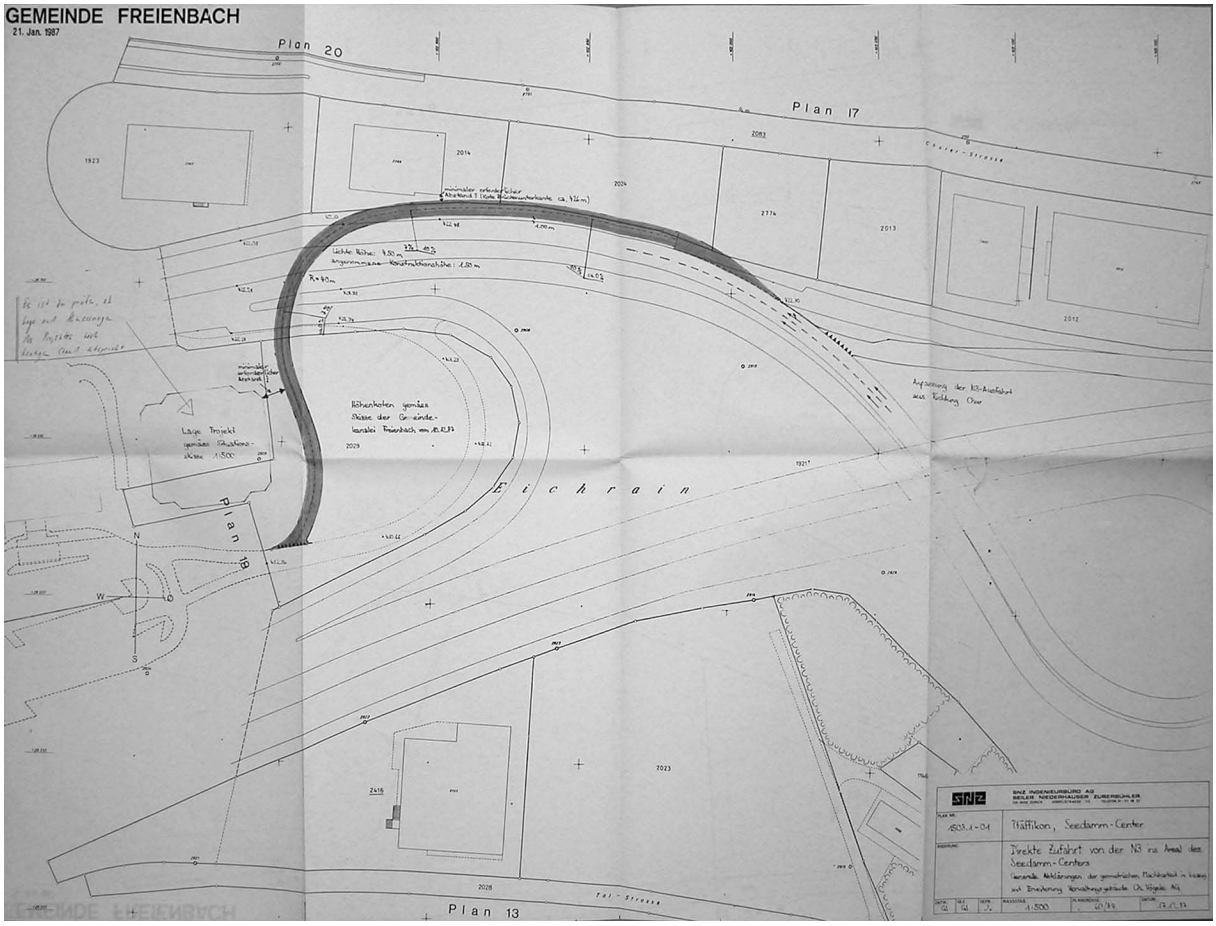


Abb. 36: SNZ Ingenieure AG, „Planskizze 1: 500, Direkte Zufahrt von der N3 in das Areal des Seedamm-Centers. Generelle Abklärungen der geometrischen Machbarkeit in Einklang mit Erweiterung Verwaltungsgebäude Ch. Vögele AG“, 17. Dezember 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.

Die verkehrstechnischen Untersuchungen waren jedoch noch nicht abgeschlossen. Im Mai 1988 legte das Ingenieurbüro SNZ die Ergebnisse einer gesamtheitlichen Studie zur äusseren Erschliessung des Gwatt vor.[693] In der Studie wurden die verkehrlichen Auswirkungen der geplanten Bauvorhaben der Genossenschaft Migros, hervorgehend aus den Quartiergestaltungsplänen der Migros aus dem Jahre 1985 und 1987, sowie des bestehenden Seedammcenters mit Verwaltungen untersucht.

Im neunseitigen Bericht zeigte das Ingenieurbüro SNZ drei Massnahmen zur Verbesserung der aktuellen Verkehrssituation im Gwatt auf. Als erste Massnahme sollte die Genossenschaft Migros und die Korporation Pfäffikon Land entlang der Gwattstrasse zur Verfügung stellen, damit ein zusätzlicher Fahrstreifen angelegt werden konnte. Dieser sollte einen allfälligen Rückstau ins übergeordnete System vermeiden. Als zweite Massnahme forderten die Ingenieure eine verbesserte Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr, um den Bedarf an Parkplatzflächen zu senken. Die dritte Massnahme verlangte ebenfalls die Verfügbarkeit von Land für die durch die SNZ-Ingenieure Ende 1987 skizzierte direkte Zufahrt von der A3 ins Gwatt. Die Kosten für die gesamten Erschliessungsmassnahmen wurde mit rund 2,5 Millionen Schweizer Franken veranschlagt.[694]

[693] SNZ Ingenieure AG, Verkehrstechnische Beurteilung der äusseren Erschliessung, „Geschäftshaus ‚Seedamm‘ und Parkierung ‚Seedamm-Center‘ Pfäffikon“, 6. Mai 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.
[694] Ebenda, S. 8-9.

2.5.5.3 Bewilligungsverhandlung des überarbeiteten Gestaltungsplans – bewilligt

Vor diesem Hintergrund reichte die Seedamm Immobilien AG am 10. Mai 1988 ein erneutes Gesuch für die Bewilligung des Gestaltungsplans „Erweiterung der Zentralverwaltung der Charles Vögele AG“ ein.[695] Gleichzeitig wurden wie auch beim ersten Gesuch dieselben Planunterlagen als Baubewilligungsgesuch eingereicht.[696] Die Projektänderungen folgten den Vorgaben der Bauverwaltung und des Gemeinderats von Freienbach. Das Gebäude wurde in der Höhe reduziert, die 7,5 Meter hohe Glaskuppel über dem Erschliessungshof durch ein einfaches und knapp 2 Meter hohes Oberlicht ersetzt. Die Parkierung im Untergeschoss wurde auf eine Ebene reduziert und das ehemals offene Erdgeschoss in ein drittes Bürogeschoss umgewandelt. Die Fassade konnte dadurch kompakter und ruhiger gestaltet werden. Die bei der ersten Bewilligungsverhandlung kritisierte Verbindung zwischen den Verwaltungen der Charles Vögele AG wurde neu unterirdisch angelegt. Gleichzeitig war eine ebenerdige, überdachte Verbindung zum bestehenden Verwaltungstrakt vorgesehen. Von den ursprünglich geplanten 390 Parkfeldern auf der Südseite wurden auf Anraten der Gemeinderäte rund 350 Parkfelder weggelassen. In der Situation verschoben die Planer das Gebäude, wie im Rahmen der ersten Bewilligungsverhandlung gefordert, einige Meter nach Süden.[697]

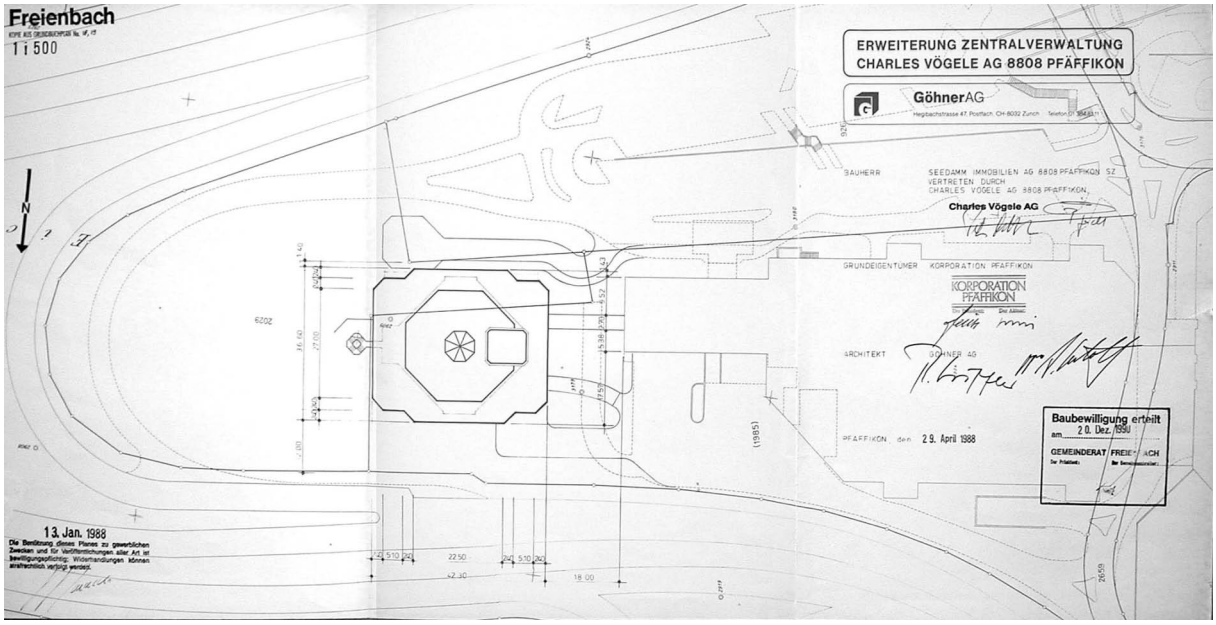


Abb. 37: Generalunternehmung Göhner AG, „Situation 1:500, Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG 8808 Pfäffikon“, 23. April 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter.

Die Planunterlagen wurden im Rahmen des Bewilligungsverfahrens vom 20. Mai bis am 20. Juni im Bauamt Pfäffikon aufgelegt.[698] Nach der Zusammenarbeit zwischen der Genossenschaft Migros und der Charles Vögele AG im Rahmen der Verkehrsstudien war nicht vorauszusehen, dass die Genos-

[695] Baugesuch Quartiergestaltungsplan, „Erweiterung der Zentralverwaltung Charles Vögele AG“, Eingang 10. Mai 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.
[696] Baugesuch Nr. 52/88, „Erweiterung der Zentralverwaltung Charles Vögele AG“, Eingang 10. Mai 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[697] Generalunternehmung Göhner AG, Baueingabepläne 1:200, „Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG 8808 Pfäffikon“, Eingang 10. Mai 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter.
[698] Schreiben der Gemeindekanzlei Pfäffikon an die Redaktion Amtsblatt, „Gemeinde Freienbach „Gestaltungsplanänderung Erweiterung Zentralverwaltung, Seedamm-Immobilien AG, Pfäffikon“, 17. Mai 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter.

senschaft Migros gegen das Bauvorhaben Erweiterung Zentralverwaltung der Charles Vögele AG Einsprache erheben würde. Diese erfolgte jedoch am 8. Juni 1988.[699]

Die Genossenschaft Migros forderte darin unter anderem, dass die Ergebnisse aus den gemeinsam in Auftrag gegebenen Verkehrsstudien zuerst konkretisiert und in den Quartiergestaltungsplan eingearbeitet werden müssten, bevor der Neubau bewilligt werden könnte.[700] Nach wie vor rügte die Genossenschaft Migros, dass die Gebäudehöhe überschritten wurde. Zu diesem Schluss kam sie, weil sie sich im Gegensatz zur Gesuchsstellerin nicht auf die Dachkante, sondern auf den obersten Punkt der Kuppel als Referenzmass bezog.[701] Auch die Gebäudelänge wurde bemängelt. Hier rechneten die Vertreter der Genossenschaft Migros die Nottreppe und die Passerelle zur Gebäudelänge hinzu.[702] Als neuer Mangel wurde beanstandet, dass der Bauherrschaft und dem Verfasser der Baueingabe ein formaler Fehler unterlaufen sei. Planeingaben müssten nach Baugesetz im Massstab 1:100 und nicht im Massstab 1:200 eingegeben werden.[703]

Auf diese Einsprache entgegneten die Vertreter der Charles Vögele AG, dass aufgrund der vorliegenden Verkehrsstudie grundsätzlich grünes Licht für den Erweiterungsbau gegeben werden könne.[704] Die Forderung nach einer konkreten Ausarbeitung der Erschliessung von der A3 wurde dementsprechend als „Verzögerungsvorschlag“ gewertet. Auch die übrigen Beschwerdepunkte wurden auf insgesamt 10 Seiten angefochten.[705]

Am 24. August 1988 trafen sich Vertreter der Charles Vögele AG mit dem Gemeinderat, um das weitere Vorgehen zu besprechen.[706] Insbesondere sollten drei Forderungen des Gemeinderats als Voraussetzung für die Bewilligungserteilung verhandelt werden. So sollte sich die Seedamm Immobilien AG bereit erklären, das für die direkte Zufahrt ab der N3 benötigte Land sowie zwei Millionen Franken für die Zufahrt in Form einer Bankgarantie sicherzustellen. Als dritten Punkt forderte der Gemeinderat Freienbachs die Bereitschaft der Charles Vögele AG zur Mitarbeit bei der Erstellung der Zufahrt.[707]

Am 13. Oktober 1988 bestätigte die Charles Vögele AG schriftlich die Bereitschaft, den Forderungen des Gemeinderats zu entsprechen.[708]

Am 11. November 1988 wurden im Gemeinderat das Baugesuch sowie das Gesuch zur Quartiergestaltungsplanänderung und die Einsprache der Genossenschaft Migros abschliessend verhandelt.[709] In

---

[699] Baueinsprache der Genossenschaft Migros Zürich gegen das Bauvorhaben der Seedamm Immobilien AG vertreten durch die Charles Vögele AG, 8. Juni 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[700] Ebenda, S. 4.
[701] Ebenda, S. 5.
[702] Ebenda, S. 7.
[703] Ebenda, S. 7.
[704] Vernehmlassung der Seedamm Immobilien AG gegen die Einsprache der Genossenschaft Migros, „Baugesuch und Gestaltungsplanänderung für die Erweiterung Zentralverwaltung“, 4. Juli 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter, S. 3.
[705] Ebenda.
[706] Schreiben des Gemeinderates an den Rechtsanwalt der Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG, „Baubewilligungen / Quartiergestaltungsplanänderung an der Tal-/Gwattstrasse der Seedamm-Immobilien AG, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter.
[707] Ebenda.
[708] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Seedamm Immobilien AG vertreten durch die Charles Vögele AG, Pfäffikon, Erweiterung Zentralverwaltung, QGP-Änderung“, Traktandum-Nr. 1500, 11. November 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter, S. 7.
[709] Ebenda.

einer Abwägung kam der Gemeinderat zu dem Schluss, dass die Erweiterung im Verhältnis zur Gesamtanlage des Seedammcenters nicht stark ins Gewicht falle.[710] „Der geplante Anbau tritt überwiegend wie ein separates Gebäude in Erscheinung."[711] Unter diesen Voraussetzungen und insbesondere aufgrund der Zugeständnisse seitens der Charles Vögele AG, war der Gemeinderat Freienbach bereit, den Quartiergestaltungsplan für die Erweiterung der Verwaltung der Charles Vögele AG zu bewilligen und ersuchte anschliessend den Regierungsrat, der Quartiergestaltungsplanänderung zuzustimmen.[712]

Den eigentlichen Wendepunkt des gesamten Bewilligungsverfahrens stellten hier die Verhandlungsresultate zwischen der Charles Vögele AG und dem Gemeinderat Freienbach dar. Die Untersuchungen der SNZ Ingenieure bewiesen, dass ein Direktanschluss des Seedammcenters an die Autobahn A3 möglich war. Das geplante Erweiterungsprojekt des Verwaltungstrakts verhinderte dies nicht. Damit sah der Gemeinderat Freienbach seine Interessen bezüglich einer „funktionierenden" Verkehrserschliessung Pfäffikons gewahrt. Dank ihrer Bereitschaft, Land zur Verfügung zu stellen, sowie einer finanziellen Garantie für das Erschliessungsprojekt liess sich der Gemeinderat endgültig in das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Verwaltungstrakt" einbinden und als wichtiger Allianzpartner für das Vorhaben der Charles Vögele AG gewinnen.

2.5.5.4 Verwaltungsbeschwerde der Genossenschaft Migros

Es erwartete kaum jemand, dass die Genossenschaft Migros ihre Einsprache gegen den Quartiergestaltungsplan der Charles Vögele AG in die nächste rechtliche Instanz, das Justizdepartement des Kantons Schwyz, weiter zog. Am 20. Dezember 1988 verfügte das Justizdepartement, dass die Charles Vögele AG und der Gemeinderat Freienbach bis zum 16. Januar 1989 ein Vernehmlassungsschreiben zu verfassen hatten.[713] Diese Frist wurde später auf Anfrage der Beschwerdegegner bis zum 11. Februar 1989 verlängert.[714]

Nach Erhalt der Vernehmlassungsschreiben hatte der Regierungsrat des Kantons Schwyz die Anklageschrift der Genossenschaft Migros gegen die Vernehmlassungen der Gemeinde Freienbach und der Charles Vögele AG abzuwägen. Inhaltlich unterschieden sich die Anklage und die Vernehmlassung nicht von den Argumenten der Anklage und Vernehmlassung auf kommunaler Rechtsebene. Die Parkierungsproblematik, Gebäudehöhe und -länge sowie das formale Planungsverfahren standen nach wie vor im Mittelpunkt der einzelnen Darstellungen.[715]

---

[710] Ebenda, S. 7.
[711] Ebenda, S. 8.
[712] Ebenda, S. 8; Ebenda, S. 9.
[713] Beschwerdesache Genossenschaft Migros gegen Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG und Gemeinderat Freienbach, „Verfügung des Justizdepartementes des Kantons Schwyz", 20. Dezember 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter.
[714] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Quartiergestaltungsplan-Änderung", Traktandum-Nr. 1474, 16. August 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter.
[715] Beschwerde in Sachen Genossenschaft Migros Zürich gegen Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG und Gemeinderat Freienbach, „betr. Quartiergestaltungsplan", 12. Dezember 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter; Vernehmlassung des Gemeinderates Freienbach, „betreffend Quartiergestaltungsplanänderung", 10. Februar 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter; Vernehmlassung der Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG, „betreffend Quartiergestaltungsplanänderung", 31. Januar 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter.

Der Regierungsrat bemängelte in seiner Einspracheverhandlung des Quartiergestaltungsplanverfahrens vom 16. August 1989 die Gleichzeitigkeit von Baugesuchsausschreibung und Gestaltungsplanänderung. Dies sei zwar zulässig, führe aber zu Verfahrenskomplikationen, da sich Auflagen im Bewilligungsverfahren des Gestaltungsplans in der Regel auch auf die Bewilligung des Bauprojekts auswirkten.[716] Weiter hielt der Regierungsrat fest, dass das Grundstück, auf welchem die Erweiterung gebaut werden sollte, nie Bestandteil eines Gestaltungsplans war. Somit könne es sich beim vorliegenden Projekt auch nicht um eine Änderung, sondern höchstens um eine Erweiterung des bestehenden, rechtskräftigen Gestaltungsplans handeln.[717] In der vorliegenden Form beurteilte der Regierungsrat des Kantons Schwyz den Gestaltungsplan für die Verwaltungserweiterung als gesetzwidrig. Der Regierungsrat befand, dass von der gesetzlichen Ordnung her das Projekt als Baugesuch im Bewilligungsverfahren geprüft werden müsste oder wenn die Gemeinde darauf bestehe eine gesetzeskonforme Quartiergestaltungsplanerweiterung zu verlangen sei.[718] Die übrigen Einsprachepunkte bezüglich Gebäudehöhe und -länge wies der Regierungsrat ab.[719]

2.5.5.5 Bewilligungsverhandlung des Baugesuchs

Dass die Charles Vögele AG nach wie vor daran interessiert war, die Erweiterung der eigenen Zentralverwaltung möglichst rasch in die Siedlungswirklichkeit zu überführen, zeigte ein Brief des Rechtsanwaltes der Charles Vögele AG.[720] Darin forderte er vom Gemeinderat Freienbach, dass das hängige Baubewilligungsverfahren fortgesetzt und innerhalb nützlicher Frist die Baubewilligung ausgesprochen werde.[721] Anbetracht der zeitlichen Verzögerungen von mittlerweile zweieinhalb Jahren erfolgte diese Forderung nicht unerwartet.

Trotz des Drucks, den die Charles Vögele AG machte, verzögerte sich das Bewilligungsverfahren weiter. Obwohl die Erteilung der Bewilligung während des zweiten Bewilligungsverfahrens aufgrund der Zugeständnisse der Charles Vögele AG bereits zugesichert worden war, forderte der Gemeinderat ein weiteres Mal konkretere Verkehrsstudien. Die Studien der SNZ Ingenieure bezüglich einer direkten Zufahrt von der Autobahn A3 auf das Areal des Seedamm-Centers sollten auch von Kantonsvertretern auf ihre Realisierbarkeit überprüft werden.[722]

Das Tiefbauamt des Kantons Schwyz erstellte im Januar 1990 den technischen Bericht „Zufahrt Seedammcenter Gwatt N3 Zürich/Chur – Center".[723] Es kam darin zu dem Schluss, dass sich das Verkehrsproblem in Freienbach zunehmend verschlechterte. Da das Umfahrungsprojekt Bonaccio, das zur Entlastung des Verkehrs in Pfäffikon parallel zu den verkehrstechnischen Untersuchungen im

[716] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Quartiergestaltungsplan-Änderung", Traktandum-Nr. 1474, 16. August 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter, S. 6.
[717] Ebenda, S. 7.
[718] Ebenda, S. 12.
[719] Ebenda, S. 21.
[720] Schreiben des Rechtsanwaltes der Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG an den Gemeinderat Freienbach, „Erweiterung Zentralverwaltung der Charles Vögele AG", 29. August 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartier-gestaltungsplan Seedammcenter.
[721] Ebenda.
[722] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „ Baubewilligungen, Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG, Erweiterung Zentralverwaltung, Pfäffikon, Beschwerdeentscheid", Traktandum-Nr. 1546, 9. September 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter.
[723] Tiefbauamt Kanton Schwyz, Technischer Bericht des Kantons Schwyz, „Zufahrt Seedammcenter ‚Gwatt' N3 Zürich / Chur – Center", 29. Januar 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.

Gwatt entwickelt wurde, aufgrund fehlender Kredite und Umweltverträglichkeitsprüfung in absehbarer Zeit nicht umgesetzt werden konnte, schenkten auch die Kantonsvertreter der Autobahnzufahrt zum Areal des Seedammcenters erhöhte Aufmerksamkeit.[724]

Das Tiefbauamt untersuchte zwei Anschlussvarianten, die sich vor allem von der Verkehrsführung, weniger von der Geometrie her unterschieden. Wie die Studien zeigten, konnte der geplante Anschluss der Kantonsingenieure nach wie vor gut an der beabsichtigten Verwaltungserweiterung der Charles Vögele AG vorbeigeführt werden.[725]

Da sich der gesamte Anschluss innerhalb des Nationalstrassenperimeters befand, war dieser ein Bestandteil der Nationalstrasse und benötigte die Bewilligung des Bundes. Das Bundesamt für Strassenbau hatte über die definitive Ausgestaltung und Ausführung zu entscheiden. Aus diesem Grund wurden die Planwelten für eine Vorabklärung dem Bundesamt für Strassenbau zugestellt. Diese Vorabklärung ergab, dass der geplante Anschluss grundsätzlich bewilligungsfähig war.[726]

Mit dieser positiven Stellungnahme des Bundes zeichnete sich die längst erwartete Bewilligungserteilung für die Erweiterung der Verwaltung ab. Einzig die noch hängige Einsprache der Genossenschaft Migros gegen das Baugesuch war problematisch.[727] Daher suchten Vertreter der Charles Vögele AG das Gespräch mit Vertretern der Genossenschaft Migros. Daraufhin zeichnete sich Rücknahme des Einspruchs ab. Der Zeitpunkt liess sich jedoch nicht voraussagen.[728] In einer weiteren Verhandlung entschied der Gemeinderat, die Baubewilligung unabhängig von der definitiven Rücknahme des Einspruchs der Genossenschaft Migros zu erteilen. Dieser Entscheid baute auf der Tatsache auf, dass der Regierungsrat im Rahmen der Ausführungen zum Quartiergestaltungsplan vom 16. August 1989 die Einsprachepunkte der Genossenschaft Migros gegen das Baugesuch nicht stützte.[729] Eine allfällige Verwaltungsbeschwerde der Genossenschaft Migros beim Regierungsrat des Kantons Schwyz war damit wenig erfolgversprechend. In der Aktennotiz wurde jedoch festgehalten, dass die Ausgangslage für eine Baubewilligung ohne Auflagen, wie von den Vertretern der Charles Vögele AG gefordert, sehr schlecht sei. Von der Öffentlichkeit werde die Verwirklichung des Anschlussbauwerks an die Autobahn zur Entlastung der Kantonsstrasse gewünscht.[730]

Am 20. Dezember 1990 urteilte der Gemeinderat ein drittes Mal über die Erweiterung des Verwaltungstrakts der Charles Vögele AG am Standort Gwatt.[731] Diesmal wurden die Planwelten wie vom Regierungsrat gefordert als ordentliches Baugesuch verhandelt. In seinen Ausführungen bezüglich der Einsprache der Genossenschaft Migros folgte der Gemeinderat denjenigen des Regierungsrats.

---

[724] Ebenda, S. 1.
[725] Ebenda, S. 11.
[726] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „ Baubewilligungen, Gesuch Nr. 52/88, Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG, Erweiterung Zentralverwaltung, Pfäffikon, Direkte Zufahrt N3 – Seedamm-Center“, Traktandum-Nr. 1246, 15. Oktober 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[727] Aktennotiz Bauamt Freienbach, „6.3 – Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG – Besprechung vom 12. November 1990“, 30. November 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[728] Ebenda, S. 2.
[729] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Quartiergestaltungsplan-Änderung“, Traktandum-Nr. 1474, 16. August 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter, S. 16-25.
[730] Aktennotiz Bauamt Freienbach, „6.3 – Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG – Besprechung vom 12. November 1990“, 30. November 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15, S. 2.
[731] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „ Baubewilligungen, Gesuch Nr. 52/88, Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG, Erweiterung Zentralverwaltung, (Bürogebäude und Personalparking, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 1556, 20. Dezember 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.

Das Projekt wurde als alleinstehendes Gebäude als zonen- und gesetzeskonform beurteilt und bewilligt.[732] Damit die Realisierungschancen des Autobahnanschlusses unabhängig von der Erstellung der Erweiterung der Verwaltung langfristig gesichert waren, verpflichtete der Gemeinderat Freienbach die Charles Vögele AG, den Betrag von zwei Millionen Franken in Form einer Bankgarantie mit einer Laufzeit von mindestens zehn Jahren zu sichern. Zudem musste die Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG das unbeschränkte Fuss- und Fahrzeugrecht auf dem Grundstück, auf welchem die Autobahnausfahrt erstellt werden sollte, grundbuchamtlich sicherstellen lassen.[733] Da auf die Bewilligung keine Verwaltungsbeschwerde seitens der Migros Genossenschaft erfolgte, konnte nach ziemlich genau vier Jahren Verhandlungszeit mit der Ausführungsplanung für die Verwaltungserweiterung begonnen werden.

2.5.5.6 Änderungsgesuch – Vergrösserung der Tiefgarage

In der Phase der Ausführungsplanung änderten sich die Bedürfnisse der Charles Vögele AG. Die Planwelt „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage – 1988“ wurde durch die Planer den neuen Gegebenheiten angepasst. Am 3. Dezember 1991 reichte die Seedamm Immobilien AG ein Gesuch für die unterirdische Vergrösserung der Garage östlich der sich im Bau befindlichen Zentralverwaltung ein.[734]

Mit dieser neuen Eingabe sollte die Tiefgarage um rund 100 Parkplätze erweitert werden. Da die projektierte Tiefgarage direkt unterhalb des geplanten A3-Anschlusses zu liegen kommen sollte, wurde in den Vorverhandlungen zwischen der Bauherrschaft und dem Gemeinderat Freienbach vereinbart, dass die Stützpfeiler des Anschlusses später auf der Garage errichtet werden konnten.[735]

In der Bewilligungsverhandlung beurteilte der Gemeinderat das Projekt als Tiefbaute. Damit waren die Zonenvorgaben beispielsweise bezüglich der Gebäudelänge nicht mehr relevant. Trotzdem mussten die Gesuchspläne von Kanton und Bund geprüft werden, da die Planwelten der Garagenerweiterung den Autobahnanschluss und die Baulinien der Autobahn A3 tangierten. Mit dem Regierungsratsbeschluss Nr. 92-175 vom 10. Juli 1992 wurden der Gemeinde Freienbach die notwendigen kantonalen und eidgenössischen Bewilligungen zugestellt. Damit konnte das Erweiterungsvorhaben durch den Gemeinderat Freienbach am 16. Juli 1992 genehmigt werden.[736]

Für die definitive Baufreigabe war ein Abgleich der Detailpläne für die Tiefgarage mit den Ingenieurplänen des geplanten Autobahnanschlusses notwendig (Abb. 39). Am 27. Januar 1993 erfolgte die Baufreigabe der Verwaltungserweiterung mit Tiefgarage durch das Tiefbauamt.[737] Damit konnten die im Lauf der mittlerweile sechsjährigen, gesellschaftlichen Verhandlungsprozesse mehrere Male über-

[732] Ebenda, S. 9.
[733] Ebenda, S. 9-10.
[734] Baugesuch Nr. 107/91, „Vergrösserung der Garage der Zentralverwaltung Charles Vögele AG“, Eingang 3. Dezember 1991, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[735] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 107/91, Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG, Erweiterung der Parkierungsanlagen der Zentralverwaltung, Pfäffikon, Projekterweiterung“, Traktandum-Nr. 805, 16. Juli 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15. S. 1-2.
[736] Ebenda, S. 2.
[737] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 52/88 und 107/91, Seedamm Immobilien AG/Charles Vögele AG, Erweiterung Zentralverwaltung Bürogebäude und (Personal-Parking), Pfäffikon, Baukontrolle“, Traktandum-Nr. 199, 17. Februar 1993, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.

arbeiteten Planwelten „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage“ in die Siedlungswirklichkeit übersetzt werden.

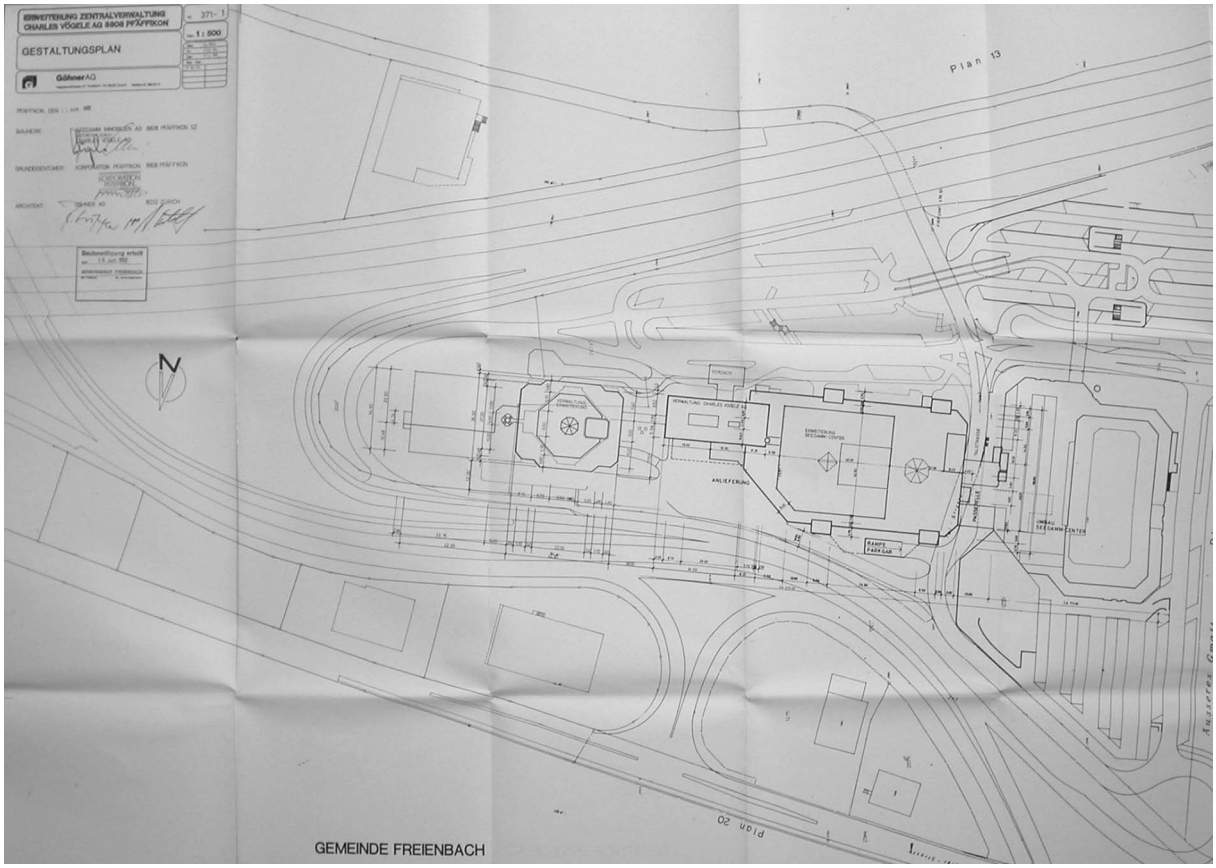


Abb. 38: Generalunternehmung Göhner AG, „Situation 1:500, Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG 8808 Pfäffikon“, Eingabe am 3. Dezember 1991, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.

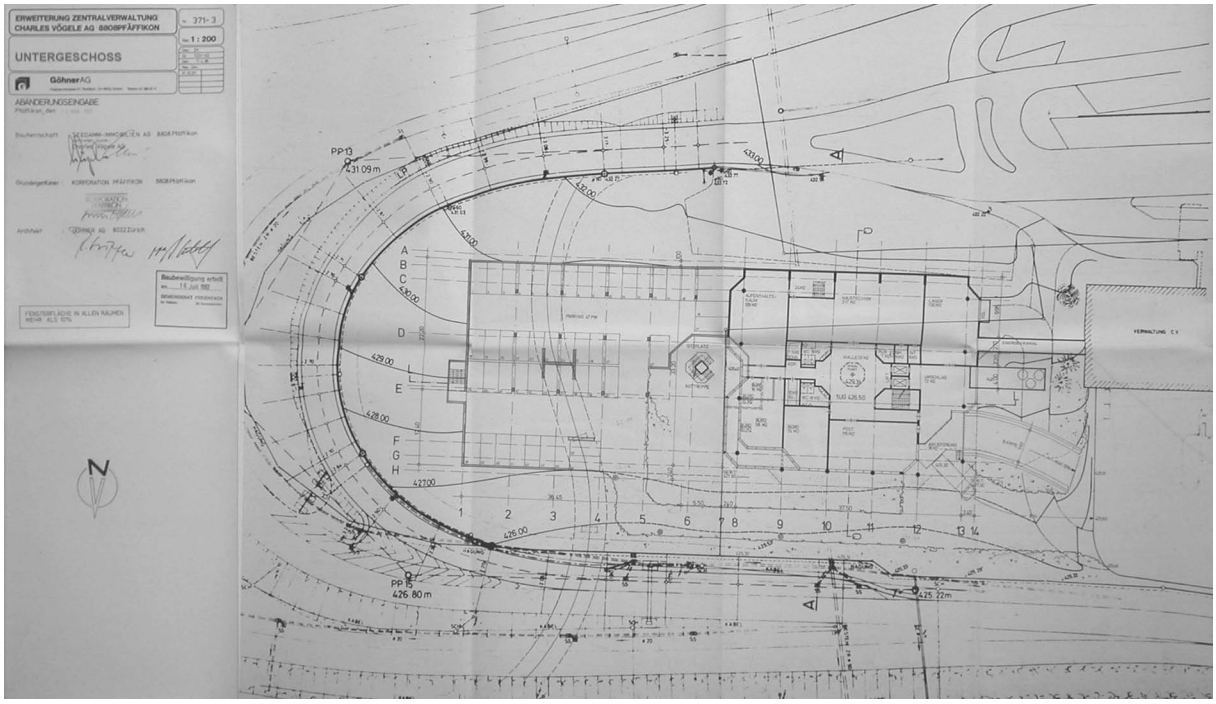


Abb. 39: Generalunternehmung Göhner AG, „Untergeschoss Garage 1:200, Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG 8808 Pfäffikon“, mit Stütze für späteren Autobahnanschluss, Eingabe am 3. Dezember 1991, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.

2.5.6 Die lokale planerische Praxis der Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage

2.5.6.1 Die emergente Rolle der Planer und Architekten

Ausgangspunkt der Handlungsketten des Architekten in der Phase der Rückübersetzung waren die Planwelt für die Verwaltungserweiterung und das anhaltende Interesse der Charles Vögele AG, trotz der allseitigen Widerstände an der Erweiterungsabsicht festzuhalten.

Die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse der Verwaltungserweiterung verzögerten sich aufgrund von Einsprachen, Lösung des Erschliessungsproblems von Pfäffikon und weiteren sich verändernden Bedürfnissen um knapp sieben Jahre. Innerhalb dieser Zeit hatte die Göhner AG als Planer unzählige Bedürfnisse und Interessen der in die Aushandlungsprozesse involvierten Akteure in ihre Planwelten aufzunehmen und diese auf Papier, Tabellen und Planwerke zu übertragen. Diese wiederum wurden aufgrund von Einsprachen angepasst und neu gezeichnet, bis die Baufreigabe erfolgen konnte. Mit jeder Projektänderung mussten die Planer mit ihrer Arbeit die bestehenden Allianzen von ihrer Arbeit von Neuem überzeugen, um weiterhin als Sprecher der Planwelten auftreten zu können. Ähnlich wie bei den Aushandlungsprozessen rund um den Gestaltungsplan der Genossenschaft Migros, versuchte jeder neu dazustossende Akteur auf die Planwelten Einfluss zu nehmen und seine Interessen wie Autobahnanschluss, Gestaltungsanforderungen oder Gebäudelängen in das bestehende Aktor-Netzwerk einzuweben.

Die Göhner AG musste diesen Interessen zusammen mit der Bauherrschaft und den Ingenieuren nachkommen, um die Gemeinde Freienbach als relevanten Allianzpartner verlässlich in das Aktor-Netzwerk integrieren zu können. Voraussetzung für den Erfolg des Aktor-Netzwerks war es, dass jeder einzelne der in das Aktor-Netzwerk integrierten Akteure seine Interessen verwirklichen oder zumindest deren Realisierungschancen verbessern konnte. Die Göhner AG erhielt einen Grossauftrag mit Planung und Ausführung. Die Charles Vögele AG konnte ihre Verwaltung vergrössern. Die Gemeinde Freienbach hatte mit ihren Interventionen alles daran gesetzt, dass sich die Realisierungschancen für ein Anschlusswerk an die A3 mit einem Neubau nicht verschlechterten.

Städtebaulich leistete der Entwurf und dessen Rückübersetzung weder räumlich noch städtebaulich einen relevanten Beitrag zum bestehenden Gefüge im Gwatt.

2.5.6.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage“

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.

• ERWEITERUNG ALPAMARE – RUTSCHBAHNEN UND PARKIERUNG

2.5.7 Die Planwelt „Erweiterung Freibecken/Anbau Alpamare – Gestaltungsplanänderung – 1982“ und „Rutschbahnen – Gestaltungsplanänderung – 1982“ der Bad Seedamm AG

2.5.7.1 Vorgeschichte

Parallel zu den Aushandlungsprozessen mit der Erweiterung des Seedammcenters und der Verwaltung wurde auch die Entwicklung des Alpamare durch die Bad Seedamm AG weitergetrieben. Im Vordergrund der Bemühungen stand die Attraktionssteigerung der Anlage mit neuen Angeboten.

Wie bereits in den Kapiteln über die Entstehungsgeschichte von Kulturzentrum und Alpamare beschrieben, wurden damals aus verfahrenstechnischen Gründen die beiden ursprünglich voneinander unabhängigen Planwelten in einem Quartiergestaltungsplan zusammengeführt. Hintergrund dieser Überlegungen war eine Vereinfachung und damit Beschleunigung der Bewilligungsabläufe.[738] Dass dieser Entscheid im ersten Moment den Aushandlungsprozess wirklich vereinfachte, aber auf längere Zeit gesehen das Gegenteil bewirkte, zeigten die weiteren Verhandlungsschritte.

2.5.7.2 Inhalte der Planwelten „Erweiterung Freibecken/Anbau Alpamare – Gestaltungsplanänderung – 1982“ und „Rutschbahnen – Gestaltungsplanänderung – 1982“

Am 13. Oktober 1982, also mehr als fünf Jahre nach der Eröffnung des Alpamare, reichte die Bad Seedamm AG zwei Gesuche für eine Änderung und Erweiterung des „Quartiergestaltungsplans Kulturzentrum und Alpamare – 1974“ ein. Das eine Gesuch, basierend auf der Planwelt „Erweiterung Freibecken/Anbau Alpamare – Gestaltungsplanänderung – 1982“, beabsichtigte die Erweiterung des Freibeckens und einen Anbau an die bestehenden Gebäude.[739] Das zweite Gesuch, basierend auf der Planwelt „Rutschbahnen – Gestaltungsplanänderung – 1982“, umfasste die Absicht einer Erweiterung der Rutschbahnanlagen.[740] Für beide Baugesuche zeichneten die Bad Seedamm AG als Bauherrin und der Architekt Rolf Leuzinger als Projektverfasser verantwortlich.

Als Zugabe zum innen liegenden Wellenbad und zu den bestehenden Freibecken sollte im Rahmen des Baugesuchs das Aussenbecken „Riomare“ erstellt werden. Das Riomare zeichnete sich durch eine mit Wasserdüsen betriebene Strömungssimulation aus. Die Freibeckenerweiterung zog einen Anbau an das bestehende Gebäude des Alpamare auf der Westseite nach sich, welches den Zugang zum neuen Freibecken von der Innenanlage des Alpamare gewährleisten sollte. Ergänzend war ein kleines Restaurant mit Aussensitzplatz geplant. Gleichzeitig wurde eine interne Rutschbahnanlage ins Untergeschoss des Riomare mitgeplant.[741]

Das zweite Gesuch betraf eine Gestaltungsplanänderung (Abb. 40). Der neue Gestaltungsplan sollte den gestalterischen Rahmen für spätere Rutschbahnen und Personenbeförderungsanlagen im Freien festlegen.[742] Vorgesehen war ein zukunftsgerichteter Endausbau mit mehreren sich überlagernden Rutschbahnen unterschiedlicher Länge sowie einer Gondelbahn zum Personentransport. Da die Parzelle, auf welcher die Rutschbahnen geplant waren, erst nach Erstellung des ersten Gestaltungsplans aus dem Jahre 1974 durch die Bad Seedamm AG im Baurecht von der Korporation Pfäffikon übernommen worden war, umfasste das Gesuch auch eine Quartiergestaltungsplanerweiterung auf ebendiese Parzelle.[743]

---

[738] Siehe Kapitel 2.3.5.2 Einbezug des Raumplaners – Forderung eines Quartiergestaltungsplans.
[739] Gesuch Quartiergestaltungsplanänderung, „Erweiterung Freibecken / Anbau Alpamare – Gestaltungsplanänderung“, Eingang 13. Oktober 1982, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[740] Gesuch Quartiergestaltungsplanänderung, „Rutschbahnen – Gestaltungsplanänderung “, Eingang 13. Oktober 1982, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[741] Rolf Leuzinger, Baueingabepläne 1:200, „Erweiterung Freibecken / Anbau Alpamare – Gestaltungsplanänderung“, Eingang 13. Oktober 1982, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[742] Protokoll der Einsprachverhandlung, „Erweiterung Alpamare, Erstellung einer Rutschbahnanlage mit Gondelbahn, Gestaltungsplanänderung“, 1. Februar 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[743] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Arealüberbauung, Bad Seedamm AG, Erweiterung Alpamare und Erstellung einer Rutschbahnanlage mit Gondelbahn, Gestaltungsplanänderung- und ergänzung“, Traktandum-Nr. 282, 11. März 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum, S. 1.

In zwei Vorentscheiden vom 22. Januar 1982 und 11. Juli 1982 nahm der Gemeinderat Stellung zum Vorhaben des Riomare und dem Gestaltungsplan für die Rutschbahnen.[744] Die Erweiterung des Gebäudes mit dem Riomare lag nach Ansicht des Gemeinderats im Rahmen des alten Gestaltungsplans und bedurfte daher keiner Änderung. Bei den Rutschbahnen selber war gemäss Entscheid des Gemeinderats keine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zu befürchten, da die Anlage durch geeignete Bepflanzungen abgeschirmt werden konnte. Einzig gegen die geplante, eingehauste Gondelbahn gab es Vorbehalte. Die Länge des dafür vorgesehenen Gebäudes von rund 117 Metern übertraf die nach Baugesetz für die Wohnzonen W2, W3 und W4 vorgeschriebene maximale Gebäudelänge von 40 Metern. Da das Erschliessungsgebäude dafür aber die zulässige Gebäudehöhe unterschritt, signalisierte der Gemeinderat der Bad Seedamm AG, keine Einwände gegen das Projekt zu erheben.[745] Mit der Eingabe der Planwelten am 13. Oktober 1982 wurde das Bewilligungsverfahren eröffnet. Bis zu diesem Zeitpunkt begrenzte sich das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Alpamare“ auf das direkte Einbeziehen von einigen wenigen Akteuren. Dass sich die weiteren relevanten Akteure und Aktanten in die vorgesehenen Rollen einfügen würden, setzte das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Alpamare“ voraus.

2.5.8 Die planerische Praxis der Planwelt „Erweiterung Freibecken/Anbau Alpamare – Gestaltungsplanänderung – 1982“ und „Rutschbahnen – Gestaltungsplanänderung – 1982“

2.5.8.1 Die emergente Rolle des Architekten

Der Erfolg und die stetig sich ändernden Anforderungen an ein konkurrenzfähiges Freizeitbad bildeten den Ausgangspunkt für die Interaktionen des Architekten. Bezüglich der Planwelten „Erweiterung Freibecken/Anbau Alpamare – Gestaltungsplanänderung – 1982“ und „Rutschbahnen – Gestaltungsplanänderung – 1982“ zeigte sich der involvierte Architekt in seiner emergenten Rolle als Moderator. In dieser Rolle versammelte dieser die Interessen der involvierten Akteure in die Planwelten, ohne erfolgreich eigene räumliche oder architektonische Interessen einzubringen. Vielmehr gelang es ihm, technische Lösungen für die gestellten Aufgaben zu finden und planerisch aufzubereiten.

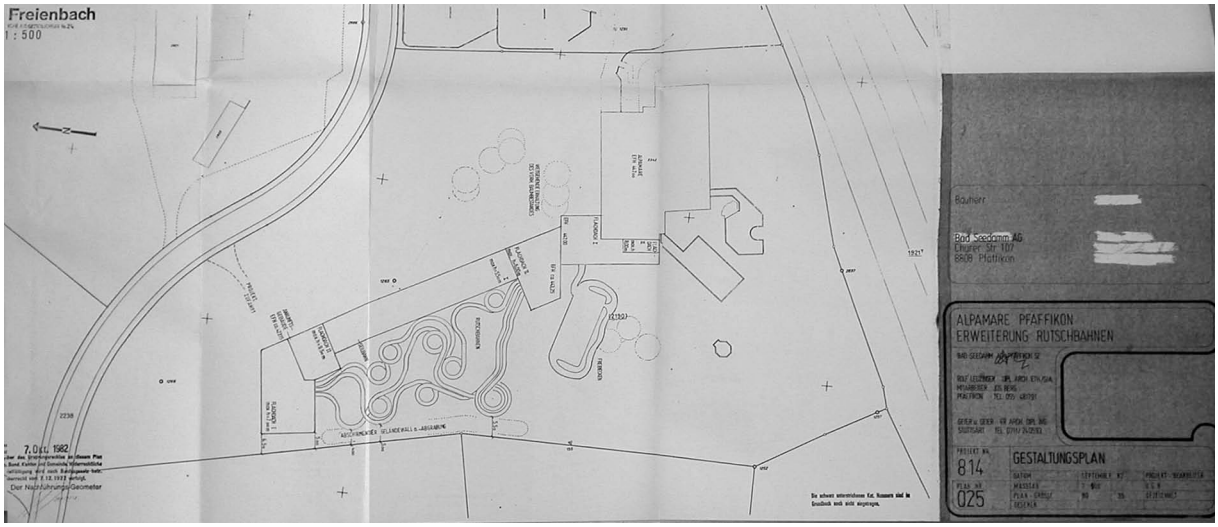


Abb. 40: Rolf Leuzinger, „Gestaltungsplan 1:500, Alpamare Pfäffikon, Erweiterung Rutschbahnen“, September 1982, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.

[744] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Arealüberbauung, Bad Seedamm AG, Erweiterung Alpamare und Erstellung einer Rutschbahnanlage mit Gondelbahn, Gestaltungsplanänderung- und ergänzung“, Traktandum-Nr. 282, 11. März 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[745] Ebenda, S. 1.



Abb. 41: Landschaft unterhalb des Alpamare (oben links) ca. 1982, vor dem Bau der Rutschbahnen zur Zeit des Bewilligungsgesuchs für die Quartiergestaltungsplanerweiterung, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum (Fotograf unbekannt, ca. 1982).

2.5.9 Rückübersetzung der Planwelten „Erweiterung Freibecken/Anbau Alpamare – Gestaltungsplanänderung – 1982“ und „Rutschbahnen – Gestaltungsplanänderung – 1982“

Während der öffentlichen Auflagefrist der beiden Baugesuche reichte der Rektor der kantonalen Mittelschule als Nachbar des Alpamare am 15. Dezember 1982 eine Einsprache gegen die Erweiterung des Alpamare durch eine Rutschbahnanlage mit Gondelbahn ein.[746] Darin kritisierte er die Nähe der Erweiterung mit dem „Charakter immissionsträchtiger Vergnügungsstätten“ zum Schulgebäude. Der Rektor befürchtete, dass der Schulbetrieb durch die neue Anlage empfindlich gestört würde, „da die akustischen und optischen Auswirkungen dieser Anlagen zwangsläufig ein Übermass an Störungen auf die Umgebung mit sich bringen würde“.[747] So forderte er von den Vertretern der Gemeinde, dass die Schule vor übermässigen Immissionen geschützt werde, sowie die Verweigerung der Bewilligung.[748]

Die Einsprache gefährdete das Vorhaben des Netzwerks „Erweiterung Alpamare“ massgeblich. Da die Parzelle der Kantonsschule direkt an die Baurechtsparzelle der Bad Seedamm AG grenzte, war der Rektor als Vertreter der Kantonsschule zur Einsprache gegen das Baugesuch berechtigt. Um die Realisierungschancen trotzdem aufrechtzuerhalten, war die Bad Seedamm AG darauf angewiesen, den Rektor als Sprecher der Kantonsschule als Allianzpartner zu gewinnen. Die eine Möglichkeit bestand

[746] Einsprache des Rektors der Kantonsschule Pfäffikon SZ, „Einsprache gegen Erweiterung Alpamare, Erstellung einer Rutschbahnanlage mit Gondelbahn“, 15. Dezember 1982, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[747] Ebenda, S. 2.
[748] Ebenda, S. 2.

darin, dafür zu sorgen, dass die Einsprache abgelehnt wird. Hoffnung versprach auch die zweite Möglichkeit der direkten Verhandlung mit dem Rektor der Schule. Beide Strategien wurden verfolgt.

Die Vertreter der Bad Seedamm AG versuchten in einem ersten Schritt, dem Rektor der Kantonsschule den Quartiergestaltungsplan näherzubringen. In der Vernehmlassungsschrift des Rechtsanwaltes der Bad Seedamm AG beschrieb dieser die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens. Die Sitzung mit dem Architekten, dem Rektor und Vertretern der Bad Seedamm AG habe gezeigt, dass der Rektor für eine „objektiv-sachliche Betrachtung der Angelegenheit" nicht zu gewinnen sei.[749]

Folglich wurde die zweite Strategie der rechtlichen Anfechtung der Einsprache verfolgt. Auffallend war der gewählt scharfe Ton der Vernehmlassungsschrift. „Die materielle Einsprachebegründung erschöpft sich in der allgemeinen Floskel, dass die Rutschbahnanlage ‚akustische und optische Auswirkungen' zur Folge hätte, welche übermässige Immissionen darstellen würden. (…) Der Einsprecher ist nicht in der Lage, seine Behauptung, dass die Bauherrschaft durch übermässige Einwirkungen auf das Grundeigentum des Kantons übergreifen würde, irgendwie glaubhaft darzustellen. Es ist zum vornherein klar, dass derjenige, der mutwillig, ohne sachliches Motiv plausibel anmelden zu können, inhibitiert, mit seinem Einspruch nicht gehört werden kann."[750]

Am 1. Februar 1983 berief der Gemeinderat von Freienbach eine weitere Einspracheverhandlung ein.[751] Eingeladen waren Vertreter des Gemeinderats, der Gemeindeverwaltung, der Korporation Pfäffikon, der Bad Seedamm AG, des Kantons sowie der Rektor der Kantonsschule. In dieser Besprechung kritisierte der Rektor den Ton der Vernehmlassungsschrift und bekräftigte ein weiteres Mal die Bedenken bezüglich der akustischen und optischen Einflüsse. Insbesondere wollte er grundsätzliche Bedenken auch im Zusammenhang mit weiteren Ausbauten äussern.[752]

Als Antwort bekräftigten die Bauherrschaft wie der Architekt, dass keine Lärmemissionen zu befürchten wären, da die Rutschbahnen halbseitlich geschlossen und die optische Wirkung zur Kantonsschule hin mit einer angepassten Bepflanzung verbessert werden könnte.[753] Die Vertreter der Korporation Pfäffikon erwähnten in diesem Zusammenhang, im Baurechtsvertrag mit der Bad Seedamm AG sei festgehalten, dass kein übermässiger Lärm entstehen dürfe.

Am Ende der Besprechung versicherten die Vertreter der Bad Seedamm AG, dass jederzeit die Möglichkeit bestehe, auf die Vorschläge der Kantonsschule einzugehen. Die entsprechenden Details könnten allerdings erst im Baugesuch geklärt werden. Im Rahmen des Gestaltungsplans sei diese Auseinandersetzung noch verfrüht.[754]

---

[749] Vernehmlassung in Sachen Kanton Schwyz vertreten durch den Rektor der Kantonsschule Pfäffikon gegen Bad Seedamm AG, „betr. Gestaltungsplan", 19. Jan. 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum, S. 3.
[750] Ebenda, S. 3.
[751] Protokoll der Einsprachverhandlung, „Erweiterung Alpamare, Erstellung einer Rutschbahnanlage mit Gondelbahn, Gestaltungsplanänderung", 1. Februar 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[752] Ebenda, S. 1.
[753] Ebenda, S. 1-2.
[754] Ebenda, S. 2.

Kurz nach der Verhandlung setzte der Rechtsanwalt der Bad Seedamm AG einen an das Rektorat der Kantonsschule Pfäffikon adressierten Brief auf.[755] In diesem fasste er die Verhandlungsresultate zusammen und sicherte die Berücksichtigung der Interessen der Kantonsschule zu. Dafür forderte der Rechtsvertreter als Gegengeschäft den Rückzug der Einsprache. Um weiteren Druck aufzubauen, hielt der Rechtsanwalt fest, dass das Projekt der Bad Seedamm AG grundsätzlich rechtlich nicht erfolgreich angefochten werden könne, da die optischen und akustischen Emissionen im Rahmen des Zulässigen lägen. „Wenn wegen spezieller Bedürfnisse und Wünsche seitens der Schule der Blick auf eine rechtlich nicht zu beanstandende Anlage und einen gesetzlich statthaften Betrieb unterbunden werden will, wäre es an sich die Sache der Schule, die von ihr infolge ihrer besonderen Anliegen als nötig erachteten Sichtbarrieren zu erstellen. Die Bad Seedamm AG dokumentiert damit, dass sie Ihnen diesen Sichtschutz abnimmt, ihre gutnachbarliche Kulanz.“[756] Obwohl zumindest aus Sicht der Bad Seedamm AG kein Vergleich notwendig gewesen wäre, wurde dieser dem Rektorat trotzdem unterbreitet. Dies sollte vor allem das Verfahren abkürzen.

Unter diesen Voraussetzungen willigte der Rektor der Kantonsschule ein und bestätigte den Vergleich mit einem Brief vom 17. Februar 1983.[757] Dies wurde in der Gemeinderatssitzung vom 25. Februar 1983 zur Kenntnis genommen. Die Einsprache des Rektors wurde durch den Gemeinderat Freienbach abgeschrieben.[758] Einhergehend mit der Rücknahme der Einsprache des Rektors wurden die Knoten des Aktor-Netzwerks „Rutschbahnen – Gestaltungsplanänderung“ neu geknüpft. Die Kantonsschule als anfänglicher Gegenspieler des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Alpamare“ konnte auf dem Aushandlungsweg als Allianzpartner gewonnen werden.

Am 11. März 1983 verhandelte der Gemeinderat die Gestaltungsplanänderung und -ergänzung. In seiner Abwägung stützte er sich auch auf zwei vorab von ihm ausgesprochene Vorentscheide.[759]

Der Anbau an das bestehende Gebäude und die Erweiterung der Aussenanlage bedurften gemäss Entscheid des Gemeinderats keiner Gestaltungsplanänderung. Beim Bewilligungsgesuch „Rutschbahnen – Gestaltungsplanänderung“ sah der Gemeinderat den Umstand der Überlänge des Gebäudes für die Personenbeförderungsanlage durch die geringe Höhe desselben kompensiert und stimmte ihm folglich am 11. März 1983 zu.[760]

Da das Gesuch der Gestaltungsplanänderung für die Rutschbahnerweiterungen auch der Bewilligung durch den Regierungsrat des Kantons Schwyz bedurfte, wurde dieses an den Regierungsrat weiterge-

[755] Schreiben des Rechtsanwaltes der Bad Seedamm AG an das Rektorat der Kantonsschule Pfäffikon, „Gestaltungsplan Bad Seedamm AG“, 7. Februar 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[756] Ebenda, S. 2-3.
[757] Schreiben des Rektors der Kantonsschule Pfäffikon an die Bad Seedamm AG, „Gestaltungsplan Bad Seedamm AG“, 17. Februar 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[758] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gestaltungsplanänderung und -ergänzung, Bad Seedamm AG, Erweiterung Alpamare, Erstellung einer Rutschbahnanlage mit Gondelbahn“, Traktandum-Nr. 222, 25. Februar 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[759] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Arealüberbauung, Bad Seedamm AG, Erweiterung Alpamare und Erstellung einer Rutschbahnanlage mit Gondelbahn“, Traktandum Nr. 282, 11. März 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[760] Ebenda, S. 2.

leitet. Dieser stimmte am 5. April 1983 den Anpassungen zu, da die Änderungen nicht dem ursprünglichen Zweck des Gestaltungsplans aus dem Jahre 1974 widersprachen.[761]

2.5.9.1 Erste Erweiterung Alpamare: Anbau Alpamare und Erweiterung Freibecken

Im Gegensatz zur Rutschbahnanlage waren der Anbau und die Erweiterung des Freibeckens im Zusammenhang mit dem Riomare nie umstritten. In einem Gutachten vom 4. März 1983 hielt der Gemeindetechniker fest, dass der Anbau des Alpamare mit Erweiterung eines Freibeckens sofort bewilligt werden könnte.[762] Am 18. Juli 1983 kam es durch die Bad Seedamm AG zur Eingabe einer überarbeiteten Planwelt „Anbau Alpamare Erweiterung Freibecken – 1983“ an die Gemeindeverwaltung. Das Baugesuch wurde am 4. November 1983 bewilligt, da sich das Vorhaben nach wie vor im Rahmen des Gestaltungsplans aus dem Jahre 1974 und der Baugesetzgebung bewegte.[763] Damit konnten die Bauarbeiten in Angriff genommen werden.

Während der Ausführungsplanung und zur Zeit der ersten Bauarbeiten gab es weitere Planungsanpassungen in Bezug auf das bewilligte Projekt. Diese wurden am 4. Juli 1984 auf der Gemeindeverwaltung von Freienbach eingereicht.[764] Die Bad Seedamm AG beabsichtigte den geplanten Anbau um eine Grundfläche von rund 6 x 20 Metern zu vergrössern. Da die Projektänderung den baulichen Umfang der im Quartiergestaltungsplan-Verfahren bewilligten Bauten nicht überschritt und keine kommunalen und kantonalen Bauvorschriften verletzt wurden, bewilligte der Gemeinderat von Freienbach auch diese Planänderung.[765]

Da sämtliche verhandelten Interessen der mittlerweile robust geknüpften Allianz zwischen Gemeinderat, Nachbarschaft und Verwaltungen trotz der geringfügigen Abänderungen gewahrt blieben, konnten die Bauarbeiten mit den neuesten Anpassungen fortgeführt werden.

2.5.9.2 Zweite Erweiterung Alpamare: Rutschbahngebäude mit gedecktem Aufgang

Nachdem die Planwelt „Rutschbahnen – Gestaltungsplanänderung“ durch Gemeinderat und Regierungsrat bewilligt werden konnten, reichte die Bad Seedamm AG als Sprecherin des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Alpamare“ am 3. August 1983 das Baubewilligungsgesuch für die Erweiterung der Rutschbahnen bei der Gemeindeverwaltung Freienbach ein. Es umfasste den Neubau von Rutschbahnen mit Auffanggebäude und gedecktem Aufgang.[766] Entgegen dem am 11. März 1983 bewilligten Gestaltungsplan der Rutschbahnanlage, sollte die zweite Erweiterung sehr kompakt gehalten und

[761] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Quartiergestaltungsplan Alpamare KTN 2190 und 2237, Gwattstrasse, Pfäffikon, Genehmigung der Änderung“, Traktandum Nr. 617, 5. April 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[762] Gutachten des Gemeindetechnikers, „Erweiterung Alpamare, Erstellung einer Rutschbahnanlage mit Gondelbahn, Bad Seedamm AG“, 4. März 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[763] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 85/83, Bad Seedamm AG, Rutschbahngebäude mit Ankunftsgebäude und gedecktem Aufgang und Projektänderung beim Anbau Alpamare und Freibecken“, Traktandum-Nr. 1205, 4. November 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[764] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 85/83, Bad Seedamm AG, Rutschbahngebäude mit Ankunftsgebäude und gedecktem Aufgang und Projektänderung beim Anbau Alpamare Projektänderung beim Anbau Alpamare, Erweiterung Freibecken“, Traktandum-Nr. 1196, 5. Oktober 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[765] Ebenda.
[766] Baugesuch Nr. 85/83, „Rutschbahnen, Auffanggebäude und Aufgang“, Eingang 3. August 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.

direkt an das Untergeschoss des Riomare angegliedert werden. Damit konnten lange Fusswege für die Badegäste vermieden, die akustischen und optischen Auswirkungen auf die Umgebung besser kontrolliert und die Kosten für den Bau reduziert werden. Am 4. November 1983 wurde diese zweite Erweiterung zusammen mit der ersten Erweiterung des Freibeckens durch den Gemeinderat bewilligt.[767] Als Auflage forderte der Gemeinderat einen Umgebungs- und Bepflanzungsplan, der vor Baubeginn dem Gemeinderat zur Genehmigung eingereicht werden musste.[768]

Knapp ein Jahr später stellte die Bad Seedamm AG das Gesuch, die Baubewilligung für die zweite Erweiterung um ein Jahr zu verlängern.[769] Wie es im Protokoll des Gemeinderats hiess, sollte das Gesuch zurückgestellt werden, weil die Bauarbeiten der ersten Etappe noch nicht abgeschlossen waren.[770] Da die ein Jahr gültigen Baubewilligungen mit Begründung nach Baugesetz um ein weiteres Jahr verlängert werden konnten, beschloss der Gemeinderat am 2. November 1984, dem Verlängerungsgesuch zu entsprechen. Die Baubewilligung wurde bis zum 16. November 1985 verlängert.[771]

Gegen Ende der verlängerten Bewilligungsdauer wurde die zweite Erweiterung der Anlage in Angriff genommen. Da an die Baubewilligung der zweiten Erweiterung die Auflage gebunden war, vor Baubeginn einen Umgebungs- und Bepflanzungsplan durch den Gemeinderat genehmigen zu lassen, wurde dieser im Auftrag der Bad Seedamm AG durch ein Büro für Gartengestaltung eingereicht. Der Gemeinderat bewilligte diesen Umgebungs- und Bepflanzungsplan am 22. November 1985, und so konnte mit den Bauarbeiten der zweiten Erweiterung des Alpamare begonnen werden.[772]

2.5.9.3 Dritte und vierte Erweiterung Alpamare

Bereits am 14. November 1984 reichte die Bad Seedamm AG ein Baugesuch für eine dritte Erweiterung der Rutschbahnanlage ein. Obwohl die Planwelt der Baueingabe von der am 5. April 1983 durch den Regierungsrat genehmigten Gestaltungsplanerweiterung abwich, beantragte die Baukommission beim Gemeinderat, dem Gesuch zuzustimmen. Da der Gestaltungsplan nur in einem relativ geringen Umfang übertreten wurde, bewilligte der Gemeinderat die dritte Erweiterung am 25. Januar 1985.[773]

Noch im Dezember 1984 wurde die vierte, diesmal mit einer Gestaltungsplanänderung verbundene Erweiterung der Rutschbahnanlage im Amtsblatt ausgeschrieben.[774] Gemäss den Planwelten des

---

[767] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 85/83, Bad Seedamm AG, Rutschbahngebäude mit Ankunftsgebäude und gedecktem Aufgang und Projektänderung beim Anbau Alpamare und Freibecken“, Traktandum-Nr. 1205, 4. November 1983, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[768] Ebenda, S. 2.
[769] Schreiben der Bad Seedamm AG an den Gemeinderat Freienbach, „Baubewilligung 85/83 vom 4. November 1983“, 23. Oktober 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[770] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 85/83, Bad Seedamm AG, Rutschbahnanlage mit Ankunftsgebäude und gedecktem Aufgang“, Traktandum-Nr. 1320, 2. November 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[771] Ebenda.
[772] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 85/83, Bad Seedamm AG, Rutschbahnanlage mit Ankunftsgebäude und gedecktem Aufgang, Umgebungsgestaltung“, Traktandum-Nr. 1375, 22. November 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[773] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 124/84, Bad Seedamm AG, Anbau Alpamare (3. Erweiterung), Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 107, 25. Januar 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[774] Schreiben der Gemeindekanzlei an die Redaktion Amtsblatt, Schwyz, „Gemeinde Freienbach / Gestaltungsplan-Änderung“, 10. Dezember 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

Architekten sollte die gesamte Rutschbahnanlage neu konzipiert werden.[775] Entgegen der ursprünglichen Absicht, den nördlich vorgelagerten Hang des Alpamare zu überbauen, wurde das Erweiterungskonzept einer kompakten Anlage im Bereich des Untergeschosses des Freibeckens „Riomare“ weiter verfolgt.



Abb. 42: Rolf Leuzinger, „Vierte Erweiterung 1:100, Alpamare Pfäffikon, Erweiterung Freibecken“, 30. Oktober 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.

Mit dieser weiteren Gestaltungsplanänderung waren die Vertreter der Gemeinde nicht einverstanden. In einer Besprechung am 6. März 1985 informierte der Gemeinderat die Bad Seedamm AG über die Problematik mehrmaliger Quartiergestaltungsplanänderungen, die jeweils auch beim Regierungsrat des Kantons eingereicht werden mussten. In derselben Besprechung hielt die Bad Seedamm AG fest, dass sich die Bedürfnisse ihrerseits immer wieder änderten und sie deshalb auf eine gewisse Flexibilität angewiesen wäre.[776]

In einem Schreiben des Gemeinderats an die Bad Seedamm AG vom 25. März 1985 hielt der Gemeinderat fest, dass das Gesuch der Gestaltungsplanänderung vom Dezember 1984 nicht bewilligt

[775] Rolf Leuzinger, Baueingabepläne 1:100, „Alpamare Pfäffikon Erweiterung Freibecken“, 30. Oktober 1984, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[776] Schreiben des Gemeinderates Freienbach an die Bad Seedamm AG, „271-6.3 Erweiterung Alpamare mit Wasserrutschbahnhalle (4. Erweiterung)“, 25. März 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

werden könne, obwohl die Überdachung der Rutschbahnen begrüsst würde.[777] Das neue Projekt widerspreche dem am 11. März 1983 durch den Gemeinderat bewilligten und vom Regierungsrat bestätigten Gestaltungsplan. Mit der erneuten Gestaltungsplanänderung könne dieses bewilligte Gesamtkonzept nicht mehr umgesetzt werden. Da es der Bad Seedamm AG nach eigenen Aussagen nicht möglich war, auf längere Zeit verbindlich zu planen, schlug der Gemeinderat der Bad Seedamm AG vor, die Gesamtplanung zu überarbeiten und Baubereiche festzulegen, innerhalb derer die Bad Seedamm AG ihre Bedürfnisse im Laufe der Zeit abdecken könnten.[778] Mit diesem Vorschlag einer Gestaltungsplankonzeption, die aufgrund der Planungsfelder offener und adaptierfähiger war als die bisherigen Gestaltungspläne, zeigte der Gemeinderat einen zukunftsfähigen Ausweg aus der Planungsproblematik der Bad Seedamm AG auf.

Knapp eineinhalb Monate später meldete sich die Bad Seedamm AG schriftlich beim Gemeinderat Freienbach, sie hätten die Gesamtplanung überarbeitet. Im selben Schreiben ersuchte die Bad Seedamm AG um einen Besprechungstermin.[779]

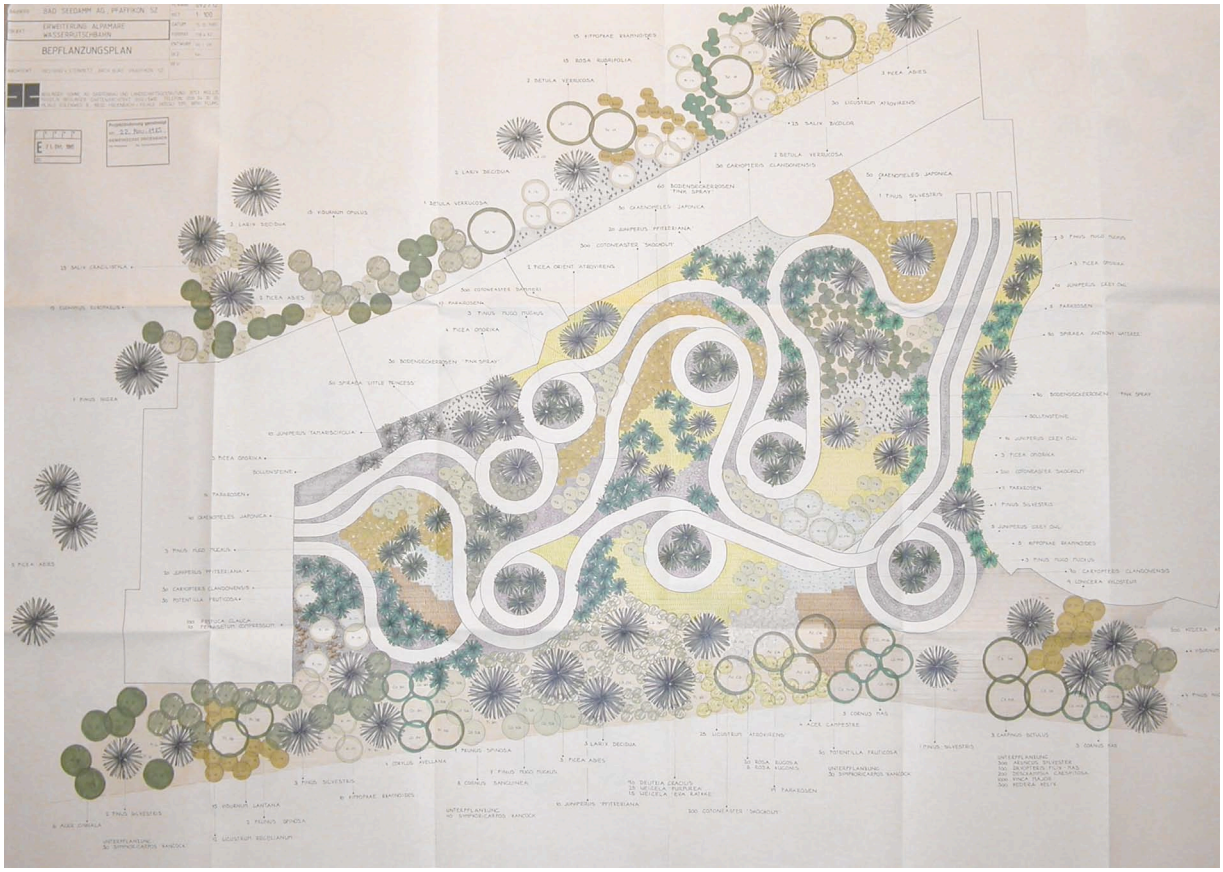


Abb. 43: Beglinger und Söhne Landschaftsgestaltung, „Bepflanzungsplan 1:100, Erweiterung Alpamare Wasserrutschbahnen“, 15. Oktober 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.

Wie sich in späteren Planwelten zeigte, griff die Bad Seedamm AG mit ihren Allianzpartnern wieder auf die ursprüngliche Idee der Hangbebauung zurück, die bereits im Gestaltungsplan von 1983 angedacht war. Dementsprechend wurde die geplante vierte Erweiterung der Rutschbahnanlage nicht er-

[777] Ebenda, S. 2.
[778] Ebenda, S. 2.
[779] Schreiben der Bad Seedamm AG an den Gemeinderat Freienbach, „Erweiterung Alpamare“, 15. Mai 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

stellt. Die Bad Seedamm AG nahm mit ihren Architekten und Fachplanern die Planung der Grossrutschen auf der nördlichen Parzelle des Alpamare wieder auf. Im Oktober 1985 bewilligte der Gemeinderat einen Umgebungsplan mit entsprechender Rutschbahnanlage (Abb.43). Anstelle der ursprünglich geplanten Gondelbahn war zur Personenbeförderung neu ein eingehauster Fussweg vom Auffanggebäude hoch zum Alpamare geplant.[780]



Abb. 44: Studio Heiner Rodel Landschaftsarchitekt, „Umgebungsgestaltung Rutschbahn 1:200, Alpamare“, 23. Mai 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.

[780] Beglinger und Söhne Landschaftsgestaltung, Bepflanzungsplan 1:100, „Erweiterung Alpamare Wasserrutschbahnen“, 15. Oktober 1985, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.

Ein weiterer vom Gemeinderat genehmigter Umgebungsplan aus dem Jahre 1989 zeigte erneute Änderungen auf (Abb.44). Insbesondere wurde die Anzahl der Rutschbahnen vergrössert. Dieser Planungsstand verweist konzeptionell erstmals in die Richtung, wie die Anlage später erstellt wurde.

2.5.9.4 Aufhebung des Gestaltungsplans Kulturzentrum-Alpamare im Bereich Alpamare

Im Laufe der Zeit zeigte sich, dass der Gestaltungsplan „Quartiergestaltungsplan Alpamare und Kulturzentrum – 1974“ und auch die Gestaltungsplanerweiterung „Gestaltungsplanänderung Alpamare – Rutschbahnen – 1982“ für die Bad Seedamm AG ein zu enges Korsett darstellten. Beispielsweise war eine geplante Erweiterung des Thermalbadangebots aufgrund des bestehenden Gestaltungsplans „Quartiergestaltungsplan Alpamare und Kulturzentrum – 1974“ kaum möglich.[781] Die Planungen verzögerten sich, weil erneut eine Gestaltungsplanänderung notwendig gewesen wäre. Dies führte dazu, dass die Bad Seedamm AG das Instrument des Gestaltungsplans für ihre eigene Anlage zunehmend infrage stellte.[782]

Mit dem Ziel der Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens leitete die Bad Seedamm AG wenig später das Aufhebungsverfahren der Gestaltungspläne auf den Baurechtsparzellen des Alpamare ein. Die Bad Seedamm AG unterbreitete am 2. Februar 1994 dem Gemeinderat von Freienbach den Antrag auf Aufhebung des Gestaltungsplans Kulturzentrum-Alpamare im Bereich Alpamare.[783] Ohne einen Entscheid des Gemeinderats Freienbach abzuwarten, überreichte die Bad Seedamm AG am 31. Mai 1994 denselben Antrag dem Regierungsrat des Kantons Schwyz. Das Justizdepartement forderte die Bad Seedamm AG daraufhin in einem Schreiben vom 5. August 1994 auf, den korrekten Ablauf des Verfahrens mit einer erstinstanzlichen Bewilligung durch den Gemeinderat einzuhalten.[784] Dieser entsprach am 25. August 1994 dem Antrag, den Gestaltungsplan aufzuheben.[785] Aufgrund dieses Entscheids beantragte die Bad Seedamm AG am 9. September 1994 erneut die Aufhebung des Gestaltungsplans beim Regierungsrat des Kantons Schwyz. Die prüfenden Organe des Kantons Schwyz machten die Bad Seedamm AG darauf aufmerksam, dass die Aufhebung und der Verzicht auf einen Gestaltungsplan bei Abweichungen von der Regelbauweise die Änderungs- und Ausbauvorhaben erschweren oder verunmöglichen könnten. In diesem Zusammenhang fand am 30. Januar 1995 ein Gespräch zwischen Vertretern des Kantons und den Vertretern der Bad Seedamm AG statt. Der Bad Seedamm AG wurde bei diesem Gespräch nahegelegt, zu überprüfen, inwiefern künftige Projekte im Rahmen der Regelbauweise erstellt werden können. Die Bad Seedamm AG solle dann entscheiden, ob sie am Aufhebungsverfahren festhalten wolle.[786] Da sich die Vertreter der Bad See-

[781] Baugesuch Nr. 81/94, „Bad Seedamm AG, Erweiterung des bestehenden Thermal-Freibeckens“, Eingang 9. Juni 1994, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[782] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Abänderung des Quartiergestaltungsplanes Kulturzentrum, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 99, 17. August 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare, S. 4.
[783] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen / Gesuch Nr. 81/94, Bad Seedamm AG, Erweiterung des bestehenden Thermal-Freibeckens“, Traktandum-Nr. 446, 15. Mai 1997, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[784] Schreiben des Justizdepartements Kanton Schwyz an Rechtsanwalt der Bad Seedamm AG, „Neuanlagen im Alpamare in Pfäffikon, Gemeinde Freienbach“, 18. Juni 1997, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare, S. 1.
[785] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen / Gesuch Nr. 81/94, Bad Seedamm AG, Erweiterung des bestehenden Thermal-Freibeckens“, Traktandum-Nr. 446, 15. Mai 1997, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[786] Schreiben des Justizdepartements Kanton Schwyz an Rechtsanwalt der Bad Seedamm AG, „Neuanlagen im Alpamare in Pfäffikon, Gemeinde Freienbach“, 18. Juni 1997, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare, S. 1-2.

damm AG bei den Vertretern des Kantons Schwyz nicht mehr meldeten, erkundigte sich das Bauamt Freienbach schriftlich, wie die Bad Seedamm AG entschieden hätte. Im Antwortschreiben vom 5. August 1996 befand die Bad Seedamm AG ohne weitere Begründungen, dass sie am Verfahren um Aufhebung des Gestaltungsplans festhalten wolle. Am 16. November 1996 erfolgte die Genehmigung der Aufhebung des Gestaltungsplans „Alpamare-Kulturzentrum“ und der Gestaltungsplanerweiterung „Gestaltungsplanänderung Alpamare – Rutschbahnen – 1982“ durch den Regierungsrat.[787]

Es zeigte sich, dass das eingeleitete Verfahren nicht die Beschleunigung des Gesuchs für die Erweiterung des Freibeckens erwirkte, sondern im Gegenteil zu weiteren Verzögerungen führte. So musste das Bewilligungsverfahren für die Erweiterung des Thermalbeckens sistiert werden, bis das Aufhebungsverfahren des Gestaltungsplans abgeschlossen war. Der Gemeinderat von Freienbach bewilligte das Erweiterungsprojekt erst am 15. Mai 1997.[788]

Die Verzögerungen des Baugesuchs über einen Zeitraum von rund drei Jahren nahm die Bad Seedamm AG vertreten durch ihren Anwalt zum Anlass, ein Beschwerdeschreiben an den Regierungsrat des Kantons Schwyz zu verfassen.[789] In diesem schrieb der Rechtsanwalt, dass sich die Bad Seedamm AG benachteiligt fühle und verärgert sei, da durch die Verzögerungen eine „konkurrenzfähige Unternehmensführung“ faktisch verhindert würde.[790] Der eigentliche Anlass für das Ärgernis war der Umstand, dass die Bad Seedamm AG drei Jahre nach Gesuchstellung mit der Bewilligung für die Thermalbaderweiterung nichts mehr anzufangen wusste. „Fortkommen und Erfolg des Alpamare hangen davon ab, dass in den USA neu entwickelte und kurzfristig erprobte Anlagen innert zwei Jahren hier erstellt werden können und nicht erst 5–6 Jahre später. Die Attraktion von Einrichtungen, die tausende von Schweizern schon mehrere Jahre zuvor in amerikanischen Wasserparks gesehen und erlebt hatten, ist nach so langer Zeit zu gering, als dass ein Unternehmer das Risiko der entsprechenden hohen Investitionskosten übernehmen könnte.“[791]

Der Vorsteher des Justizdepartementes reagierte als Vertreter des Gesamtregierungsrats auf dieses Schreiben, indem er den Sachverhalt erläuterte und die Entscheidungsschritte rekonstruierte.[792] Der Regierungsrat zeigte auf, zu welchem Zeitpunkt die Bad Seedamm AG selber Verzögerungen verursacht hatte, und führte eine Situation an, in der sich die Bad Seedamm AG über längere Zeit nicht geäussert hatte, wie sie das Verfahren weiter fortzuführen gedachte. Damit war erwiesen, dass die Vorwürfe ungerechtfertigt waren und das Verfahren im Rahmen des Möglichen speditiv bearbeitet wurde.[793]

Die Erweiterung des Thermalbeckens wurde nie ausgeführt. Erweiterungen der Anlage durch Abbruch und Neubau von Rutschbahnen in den Folgejahren zeigten, dass auch ohne Gestaltungsplan Baube-

[787] Ebenda, S. 2.
[788] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen / Gesuch Nr. 81/94, Bad Seedamm AG, Erweiterung des bestehenden Thermal-Freibeckens“, Traktandum-Nr. 446, 15. Mai 1997, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[789] Schreiben des Anwaltes der Bad Seedamm AG an den Regierungsrat des Kantons Schwyz, „Neuanlagen im Alpamare in Pfäffikon SZ, 2. Juni 1997, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[790] Ebenda, S. 1.
[791] Ebenda, S. 2.
[792] Schreiben des Justizdepartements Kanton Schwyz an Rechtsanwalt der Bad Seedamm AG, „Neuanlagen im Alpamare in Pfäffikon, Gemeinde Freienbach“, 18. Juni 1997, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Alpamare.
[793] Ebenda, S. 2.

willigungen erteilt werden konnten. Die Befürchtungen des Regierungsrats und der Verwaltungen des Kantons Schwyz, dass die einzelnen Anlagen nur über Gestaltungspläne bewilligungsfähig waren, erwiesen sich als unbegründet.

2.5.10 Die lokale planerische Praxis der Erweiterung Alpamare – Rutschbahnen und Riomare

2.5.10.1 Die emergente Rolle des Architekten

Die Arbeit des Architekten war in der Phase der Rückübersetzung „seiner" Planwelten erneut von inhaltlichen Wechseln geprägt, die von an ihn und seine Allianzpartner herangetragen wurden. So war der Aushandlungsprozess vor allem von Auseinandersetzungen um Einflüsse der amerikanischen Freizeitkultur und von Verfahrensoptimierungen geprägt, die stetige Umplanungen erforderten. Auch hier zeigte sich die Rolle des Architekten als Dienstleister, der offenbar sämtlichen Planungsänderungen Folge leistete, ohne eigene konzeptionell-architektonische Vorgaben erfolgreich einbringen zu können. Dies bestätigt das Bild der heutigen Anlage, die sich insbesondere bei der Rutschbahn als heterogenes Ensemble, als Summe von Einzellösungen darstellt.

Aus städtebaulicher und landschaftsräumlicher Sicht wiesen einzig die Freiraumplanungen des Gesamtareals erste räumlich-qualitative Aspekte auf. Die Landschaftsarchitekten versuchten im Auftrag der Bad Seedamm AG und unter Beaufsichtigung der Vertreter der Gemeinde, den Freiraum zu gliedern und zu bepflanzen. Auch hier zeigte sich jedoch, dass sich die verhandelten Interessen der Freiraumgestaltung des Aktor-Netzwerks „Alpamare" auf die eigene Parzelle begrenzten und im weiteren Verlauf der Aushandlungsprozesse nur stellenweise eine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit fanden.

2.5.10.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Rückübersetzung der Planwelten „Erweiterung Alpamare" in die Siedlungswirklichkeit

In der Phase der Rückübersetzung war es in erster Linie die Aufgabe der Planer und Architekten, die Realisierungschancen der in den Planwelten formulierten Interessen und Wünsche des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Alpamare" zu verbessern. Mit den Planwelten zusammen wurden die Rollenerwartungen an weitere Akteure formuliert, die es im weiteren Verlauf der Übersetzungen zu testen galt.

• Partnergewinnung – Einbinden eines Gegners in das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Alpamare"

Wie sich zeigte, liess sich beispielsweise das Aktor-Netzwerk „Kantonsschule", vertreten durch ihren Sprecher, nicht in die vorgesehene Rolle des den Eingriff erduldenden Nachbars einbinden. Um die Rückübersetzung des Erweiterungsvorhabens nicht zu gefährden, musste ein Weg der Partnergewinnung gesucht werden. Dies konnte nur gelingen, wenn es den Planern gelang, die Interessen der Kantonsschule bezüglich des Lärm- und Sichtschutzes in ihre Planwelten einzubinden. Dies machte eine Überarbeitung der Planwelten und ein Einbinden von Landschaftsarchitekten in das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Alpamare" notwendig.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Die Bad Seedamm AG kommt dem Rektor der Kantonsschule entgegen

Mit den Verhandlungen der Forderungen der Vertreter der Kantonsschule, die in einen schriftlich formulierten Vergleich und in die angepassten Planwelten übersetzt wurden, konnte der Nachbar als Allianzpartner für die Erweiterungsabsichten des Alpamare gewonnen werden. Dafür war ein Zugeständnis an Lärm- und Sichtschutzmassnahmen seitens der Bad Seedamm AG notwendig. Aufgrund dieser Verhandlungsresultate transformierte sich die Rolle des Nachbarn vom stillschweigenden Akteur zum Akteur, dem es gelang, die Machtverhältnisse derart zu verschieben, dass dieser den Inhalt der räumlichen Transformationen mitbestimmen konnte.

• Bewährungsprobe – Der Rektor der Kantonsschule zieht die Einsprache zurück

Aufgrund der Zugeständnisse seitens der Bad Seedamm AG sahen sich die Vertreter der Kantonsschule in ihrer neuen Rolle mit Mitbestimmungsrecht bestätigt. Damit waren die Verbindungen zwischen den Allianzpartnern des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Alpamare“ und der Kantonsschule zumindest für den Moment stabil geknüpft. Von der Seite des Allianzpartners Kantonsschule wurde der Weg für eine Rückübersetzung der Rutschbahnanlagen in die Siedlungswirklichkeit freigegeben. Mit dem Bau der Anlagen zeigte sich, dass es den Planern im weiteren Verlauf des Rückübersetzungsprozesses erfolgreich gelungen war, innerhalb der eigenen Interessenübersetzungen des Aktor-Netzwerks „Alpamare“ auch den übrigen soziotechnischen Rahmenbedingungen zu entsprechen. Die Eröffnung der Anlagen stellte für die Planer die finale Bewährungsprobe dar. Sie hatten ihre Aufgabe offenbar zur Zufriedenheit der Auftraggeber erfüllt.

2.5.10.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Alpamare – Rutschbahnen und Riomare“

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.

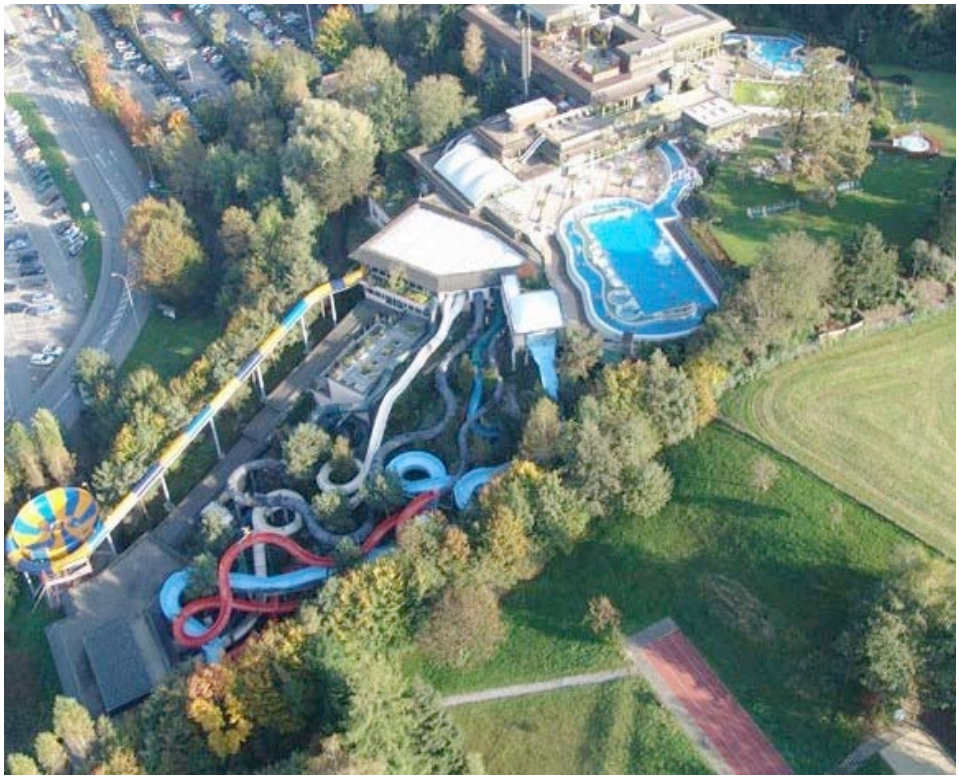


Abb. 45: Das Alpamare, wie es sich heute zeigt. Das grosse Freibad Riomare befindet sich oberhalb der Mitte. Unterhalb befinden sich die zweite und dritte Erweiterung mit der späteren Rutschbahnanlage, www.alpamare.ch, Zugriff 13. September 2008 (Fotograf unbekannt).

• ERWEITERUNG KULTURZENTRUM

2.5.11 Die Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1989“ der Charles Vögele AG

2.5.11.1 Vorgeschichte

Rund sechseinhalb Jahre nach der Eröffnung des Seedamm Kulturzentrums kommunizierte Charles Vögele gegenüber der Gemeinde Freienbach die Absicht einer Erweiterung. Grund für die Erweiterung bildete hauptsächlich die mittlerweile angewachsene Kunstsammlung. Zudem stiegen die Anzahl der Anfragen für Ausstellungsmöglichkeiten seitens der Künstler und Institutionen.[794] Die Generalunternehmung Hiestand und Steinmetz aus Pfäffikon wurde Ende der 1980er Jahre beauftragt, ein Vorprojekt für eine Erweiterung zu erarbeiten.

2.5.11.2 Inhalte der Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1989“

Am 21. Juni 1989 reichte die Charles Vögele AG die Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1989“ bei der Bauverwaltung der Gemeinde Freienbach zur Bewilligung einer Quartiergestaltungsplanänderung ein.[795] Der Standort des geplanten Annex-Baus sollte sich südwestlich des bestehenden Kulturzentrums zwischen Kulturzentrum und Autobahn befinden. Der Baukörper mit einer Länge von 80 Metern und einer Höhe von knapp 16 Metern zeichnete sich durch eine sechseckige, schiefwinklig gegliederte Grundrissform aus. Nach Vorbild des Guggenheim Museums in New York diente eine Spirale als zentrale Erschliesssung. Diese Spirale verband die jeweils halbgeschossig versetzten Ebenen über drei Ausstellungs-Stockwerke miteinander. Diese Versetzung von jeweils 1,6 Metern sollte gemäss Schreiben des Vertreters der Generalunternehmung Hiestand und Steinmetz dem Besucher Anreize bieten, immer wieder weiter zu steigen. Dieselbe halbgeschossige Versetzung gliederte wiederum das projektierte Volumen in zwei gleichmässige Kuben, welche auf einem Eingangs-Sockelgeschoss mit Empfangshalle und Cafeteria zu stehen kommen sollten. Die Fassaden entwickelten sich von diesem Sockelgeschoss bis zum ersten Obergeschoss nach aussen, um sich in der oberen Hälfte wieder zu verjüngen. Diese formalen Bestrebungen sollten gemäss Hiestand und Steinmetz zu einem nicht alltäglichen Objekt neben dem bestehenden Kulturzentrum führen.[796]

> **2.5.12 Die planerische Praxis der Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1989“**
>
> ***2.5.12.1 Die emergente Rolle der Planer***
>
> *Ausgangspunkt für die Aushandlungsprozesse waren die stetig anwachsende Kunstsammlung und neue Bedürfnisse seitens der Kunstvermittlung. Wie die Planer festhielten, sei in der Folge der Zusammenarbeit mit Herrn Charles Vögele ein multifunktionaler Bau entstanden. „Die klaren und interessanten geometrischen Formen sowie die ausgewogenen Kubaturen dürfen sich neben dem bestehenden Kulturzentrum als nicht alltägli-*

[794] Informationsbroschüre, „Seedamm Kulturzentrum, Der Annex-Bau, Ein Annex-Bau – warum? Wie sieht er aus? Seine Funktion“, August 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[795] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Charles Vögele AG, Abänderung des Quartiergestaltungsplanes Kulturzentrum Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 99, 17. August 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[796] Schreiben der Hiestand + Steinmetz Ingenieure an die Gemeinde Freienbach, „Erweiterung Seedamm-Kulturzentrum“, 21. September 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.

ches Objekt zeigen."[797] Diese Aussagen und die Verweise auf das Guggenheim Museum, New York, das Erni Haus in Luzern und „diverse andere Museen" bezeugten die Absicht der Planer, eine anspruchsvolle und repräsentative Architektur zu erstellen.

2.5.12.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Erweiterung Kulturzentrum

Ähnlich wie bei der Verwaltung der Charles Vögele AG wurde auch beim Kulturzentrum der Generalplaner, der beim Projekt zuvor die Ausführung betreut hatte, mit der Neu- und Gesamtplanung der Erweiterung beauftragt. Damit baute die neue Allianz für die Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1989" zwischen dem Auftraggeber Charles Vögele AG und dem Planer Generalunternehmung Hiestand und Steinmetz auf bestehenden Netzwerkverbindungen auf. Wie der ambitionierte Entwurf zeigte, stellten sich die Planer der Generalunternehmung die Aufgabe, ein räumlich anspruchsvolles Gebäude zu entwerfen. Die Planer beabsichtigten, die Rolle des entwerfenden und bestimmenden Architekten einzunehmen, der selbstbewusst räumlich-qualitative Interessen einforderte.

• Partnergewinnung – Internationale Referenzbilder

Um die Akteure des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Kulturzentrum" von ihrer Arbeit zu überzeugen, bauten die Vertreter der Generalunternehmung ihren Entwurf auf internationalen Referenzen wie dem New Yorker Guggenheim-Museum auf und stellten ihren Entwurf damit in Relation zu bedeutenden architektonischen Zeitzeugen. Gleichzeitig versuchte das Planerbüro, den neuen Entwurf inhaltlich mit dem bestehenden Bau zu verknüpfen. Entsprechend wurden für die Fassadenverkleidung ähnliche Materialien vorgeschlagen, beispielsweise Wellaluprofilbleche und Keramikplatten.[798] Ausschlaggebend für die stabile Knüpfung des Netzwerks für die Planwelten der Architekten war eine enge und intensive Zusammenarbeit mit dem Bauherrn Charles Vögele, welcher den Entwurf mitprägte.[799]

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Der Planer als ambitionierter Entwerfer und der Bauherr als kritischer Mitarbeiter

Die Planer konnten mit ihren ersten Entwürfen die Rolle des ambitionierten Entwerfers aushandeln. Das bedeutete nicht die totale Entwurfsfreiheit. Wie die enge Zusammenarbeit mit Charles Vögele zeigte, übernahm dieser die Rolle des kritischen Auftraggebers, der seine eigenen Vorstellungen und Interessen in den Entwurfsprozess einzubringen wusste. Die eingeschlagene Vorgehensweise der Planer, internationale Referenzen mit bekannten Materialien zu verbinden, und die Zusammenarbeit mit Vögele erwiesen sich aus der Sichtweise der Architekten als Erfolg versprechend, da sich dadurch die notwendigen Allianzen für ihren Entwurf scheinbar einfacher bilden liessen. Gleichzeitig zeigte sich, dass die ambitioniert eingeleitete, architektonische Ausbildung der Erweiterung an die Grenzen der Fähigkeiten der Entwerfer stiess. Bereits im Entwurf zeigte sich, dass die Qualitäten der genannten Vorbilder in den eigenen Planwelten in keiner Weise ausgespielt werden konnten.

• Bewährungsprobe – Die Planer werden zum Sprecher ihres Entwurfs

Mit dem Beginn des Bewilligungsverfahrens wurden die Planer als Sprecher der Planwelten von den Allianzpartnern bestätigt. Dies zeigte sich insbesondere bei späteren Verhandlungen mit den Vertretern der Gemeinde, in der sich die Planer beispielsweise mit dem Argument qualitativ-räumlicher Einbussen gegen eine Reduzierung des Bauvolumens einsetzen. „Ihrem Wunsch, ein Stockwerk zu streichen, kann ich nicht entgegenkommen, da es sich nicht um ein Flachdach- oder Hochhaus handelt, bei welchem optisch ein Stockwerk mehr oder weniger keine Rolle spielt. Beim Annex-Bauprojekt würden sämtliche Proportionen zwischen Grundsockel und Kuben zerstört."[800]

[797] Ebenda, S. 2.
[798] Ebenda, S. 1.
[799] Ebenda, S. 2.
[800] Ebenda, S. 2.

2.5.13 Rückübersetzung der Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1989“

2.5.13.1 Bewilligungsverhandlung der Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1989“

Am 17. August 1989 setzte sich die Baukommission der Gemeinde Freienbach mit der Projekteingabe der Kulturzentrumserweiterung auseinander.[801] Da der Gestaltungsplan aus dem Jahre 1974 mit der späteren Umwidmung von Wohn- in Gewerbezonen bewilligt worden war, beurteilte die Baukommission den Annex-Bau nach den Vorschriften der Gewerbezone.[802] Ausschlaggebend für diesen Entscheid war auch der zu diesem Zeitpunkt in Bearbeitung befindliche Zonenplanentwurf, der den gesamten Perimeter des Gestaltungsplans Alpamare und Kulturzentrum der Gewerbezone zuzuteilen beabsichtigte.[803] Der projektierte Baukörper für die Erweiterung des Kulturzentrums übertraf mit einer Länge von 80 Metern und einer Höhe von knapp 16 Metern jedoch auch die baugesetzlichen Bestimmungen der Gewerbezonen. Die Baukommission bemängelte weiter den westlichen Grenzabstand hin zur Parzelle des Alpamare, der um mehr als vier Meter unterschritten wurde. Gleichzeitig war auch der Strassenabstand zu knapp bemessen. Zudem wurde das erforderliche Strassenlichtraumprofil aufgrund des Vordachs des Erweiterungsbaus nicht eingehalten.[804] Weiter stellte die Baukommission ein Parkplatzdefizit fest. Dies hing auch damit zusammen, dass am Standort des neu zu erstellenden Gebäudes Parkraum aufgehoben werden musste.[805] Die Baukommission der Gemeinde Freienbach formulierte für den Gemeinderat die Verhandlungsrichtlinien bezüglich der Erweiterungsabsichten des Kulturzentrums der Charles Vögele AG. So befanden sie, dass die First- und Gebäudehöhe nicht toleriert werden könne, der Strassenabstand vergrössert, das Lichtraumprofil eingehalten werden müsse und die Erweiterung keinesfalls als etwaige Verkaufsfläche genutzt werden dürfe. Die Gebäudeüberlänge hingegen sei zu tolerieren.[806]

Noch vor der eigentlichen Verhandlung im Gemeinderat wurde den Gemeinderatsmitgliedern seitens der Charles Vögele AG der mehrere Seiten umfassende Bericht „Der Annex-Bau – warum? Wie sieht er aus? Seine Funktionen“ zugestellt.[807] In diesem Bericht wurden die Erweiterungsabsichten detaillierter erläutert, Hintergründe und Ziele beschrieben.

In der Gemeinderatsitzung vom 8. September 1989 wurde eine Grundsatzdiskussion über den durch die Erweiterung des Kulturzentrums zu erwartenden Mehrverkehr geführt.[808] Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an die Aushandlungen rund um die dritte Erweiterung des Seedammcenters mit Verwaltung der Charles Vögele AG und den Quartiergestaltungsplan der Genossenschaft Migros zur selben Zeit. Der Gemeinderat von Freienbach kam diesmal zu dem Ergebnis, dass die Gemeinde

[801] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Gwattstrasse 15, Pfäffikon, Abänderung Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 99, 17. Aug. 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[802] Ebenda, S. 1.
[803] Ebenda, S. 6.
[804] Ebenda, S. 2-3.
[805] Ebenda, S. 3.
[806] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Gwattstrasse 15, Pfäffikon, Abänderung des Quartiergestaltungsplanes Kulturzentrum, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 99, 17. August 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum, S. 4.
[807] Informationsbroschüre, „Seedamm Kulturzentrum, Der Annex-Bau, Ein Annex-Bau – warum? Wie sieht er aus? Seine Funktion“, August 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[808] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Baubewilligungen, Charles Vögele AG, Gwattstrasse 15, Pfäffikon, Abänderung des Quartiergestaltungsplanes Kulturzentrum, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 947, 8. September 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum, S. 2.

nicht alle Bauvorhaben mit der Begründung von Mehrverkehr ablehnen könne. Schlussendlich folgte er dem Antrag der Baukommission, Auflagen bezüglich Strassenabstand und Gebäudehöhe zu erlassen. Die Höhenbeschränkung verschärfte der Gemeinderat gar noch, indem er von den Projektierenden forderte, das ganze Gebäude „um ein Geschoss, d.h. um 3.30 m zu reduzieren".[809] Wie der Gemeinderat in einem Schreiben an die Charles Vögele AG formulierte, konnte folglich für das Vorhaben in der vorliegenden Form keine Baubewilligung in Aussicht gestellt werden.[810]

Um den Sachverhalt mündlich zu besprechen, lud der Gemeinderat die Vertreter des projektverfassenden Büros Hiestand und Steinmetz zusammen mit der Bauherrschaft zu einer Zusammenkunft am 20. September 1989 ein.[811]

Auf die einberufene Besprechung reagierte das Generalunternehmen Hiestand und Steinmetz mit einem Brief an die Gemeinde Freienbach.[812] Die Vertreter des Büros Hiestand und Steinmetz nahmen unter anderem Stellung zur Forderung, das Gebäude um ein Stockwerk zu reduzieren. Dieser Forderung könne nicht entsprochen werden. Die Planer befürchteten eine „Zerstörung" der Proportionen.[813] Stattdessen legten die Projektverfasser einen Kompromissentwurf vor, der die Gebäudehöhe des östlichen Gebäudeteils um 80 cm respektive um 1,6 Meter beim westlichen Gebäudeteil reduzierte. Abschliessend hielten die Planer fest, dass Charles Vögele beabsichtigte, mit einer Ausstellung zum Thema „Moderne Kunst – unsere Gegenwart" im Rahmen der Veranstaltungen zur geplanten Schweizer Landesausstellung „CH 91" im Erweiterungsbau ein kulturelles Ereignis in Freienbach anzubieten.[814] Insbesondere mit der letzten Aussage versuchte die Generalunternehmung Hiestand und Steinmetz, gesellschaftlichen Druck aufzubauen, indem sie auf Charles Vögele als kulturellen Förderer und die Bedeutung des Vorhabens für die Gemeinde verwies. So sollte der Annex-Bau zusätzlich an Bedeutung gewinnen und den Gemeinderat zu einer raschen Bewilligung des Baugesuchs verleiten.

Am 29. September 1989 besprach der Gemeinderat den Inhalt des Briefes und den überarbeiteten Entwurf.[815] Die Forderung nach der Reduktion des Gebäudes um das Mass von 3.30 Metern wurde zwar fallen gelassen. Dennoch hielt der Gemeinderat an der zonengemässen maximalen Gebäudehöhe fest. Der Gemeinderat bemerkte, er habe keinen Grund, Ausnahmen zu bewilligen. Der Charles Vögele AG wurde schriftlich mitgeteilt, dass auch für den überarbeiteten Entwurf keine Baubewilligung in Aussicht gestellt werden könne.[816]

---

[809] Ebenda, S. 2.
[810] Schreiben des Gemeinderates Freienbach an die Charles Vögele AG, „947-6.3 Abänderung Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum Pfäffikon", 18. September 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[811] Schreiben des Gemeinderates Freienbach an die Charles Vögele AG, „Einladung zu einer Besprechung betreffend QGP-Änderung Kulturzentrum", 13. September 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[812] Schreiben der Hiestand + Steinmetz Ingenieure an die Gemeinde Freienbach, „Erweiterung Seedamm-Kulturzentrum", 21. September 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[813] Ebenda.
[814] „CH-91" war ein Konzept für eine geplante Landesausstellung der Schweiz zu ihrer 700-Jahr-Feier zur Gründung der Schweiz im Jahre 1991. Die geplante Landesausstellung wurde nach mehreren Anläufen im Jahre 2002 als Expo 02 umgesetzt; Schreiben der Hiestand + Steinmetz Ingenieure an die Gemeinde Freienbach, „Erweiterung Seedamm-Kulturzentrum", 21. September 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[815] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Charles Vögele AG, Gwattstrasse 15, Pfäffikon, Abänderung des Quartiergestaltungsplanes Kulturzentrum, Pfäffikon", Traktandum-Nr. 1049, 29. September 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[816] Schreiben des Gemeinderates an die Charles Vögele AG, „947-6.3 Abänderung Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum Pfäffikon", 9. Oktober 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.

2.5.13.2 Bewilligungsverhandlung Gestaltungsplanänderung

Am 23. November 1989 reichte die Generalunternehmung das zum zweiten Mal überarbeitete Projekt als Gesuch für die Gestaltungsplanänderung und die Baubewilligung ein.[817] Detaillierte Unterlagen ermöglichten eine bessere Lesbarkeit der vorgelegten Planwelt. Ein Architekturmodell zeigte zudem das Verhältnis zum bestehenden Kulturzentrum auf.[818]

In einem nachgereichten Schreiben versuchte Charles Vögele persönlich, den Gemeinderat für das Projekt zu gewinnen. Vögele verwies auf die politische, schulische und kulturelle Dimension des Projekts. Mit dem Schreiben verband Charles Vögele die Hoffnung, seine Ideen „auch zu Ihrem (Gemeinderat; Anm. Kurath) Anliegen machen zu können und danke Ihnen schon jetzt für jegliche Unterstützung".[819] Damit versuchte Charles Vögele – wie zuvor die Vertreter des Generalunternehmens –, den Gemeinderat für eine stabile Allianzpartnerschaft zu gewinnen.

Die Baukommission der Gemeinde Freienbach war sich bezüglich der Qualitäten der Architektur und der Integration des Baukörpers in die bauliche Umgebung nach wie vor unsicher und ersuchte deshalb um eine Stellungnahme durch die kantonale Denkmalpflege. Die Baukommission stellte zudem fest, dass der vorliegende Entwurf die erlaubte Gebäudehöhe nach Bauordnung noch immer um 28 cm überragte. Weiter bemängelte sie den nach wie vor zu geringen Grenzabstand zur Parzelle des Alpamare und die Verlegung der Zufahrt auf dessen Gelände, ohne dass eine schriftliche Zustimmung der Bad Seedamm AG vorhanden war.[820] Die Zustimmung wurde von den Projektierenden vorausgesetzt.[821]

Die fehlende Zustimmung sorgte dafür, dass die Bad Seedamm AG während der offiziellen Einsprachefrist eine privatrechtliche Einsprache gegen das Baugesuch erhob. Die Bad Seedamm AG wollte mit der Einsprache klare Verhältnisse schaffen. So kam es im Februar 1990 zu einem Vergleich zwischen der Charles Vögele AG und der Bad Seedamm AG.[822] Der Vergleich regelte insbesondere die Eingriffe in das Grenzgebiet und die Aufgabenverteilung bezüglich der Wiederherstellung der Behindertenparkplätze und Umgebungsgestaltung. Diese Aufgabe hatte die Charles Vögele AG zu übernehmen. Im Gegenzug gewährte die Bad Seedamm AG ein Grenzbaurecht zur Parzelle der Bad Seedamm AG. Zudem wurde vereinbart, dass die Charles Vögele AG keinen Einspruch gegen zwei geplante Alpamare-Lichtreklamen auf ihrer Parzelle erhob. Angesichts dieses Vergleichs zog die Bad Seedamm AG ihre Einsprache zurück.[823]

---

[817] Baugesuch Nr. 127/89, „Erweiterung Kulturzentrum Pfäffikon", Eingang 23. November 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[818] Generalunternehmung Hiestand und Steinmetz, Baueingabepläne 1:100, „Erweiterung Kulturzentrum in Pfäffikon", Eingang 23. November 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[819] Schreiben von Charles Vögele AG an den Gemeinderatsschreiber, „Erweiterung Seedamm-Kulturzentrum durch Annex-Bau", 14. Dezember 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[820] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Gesuch Nr. 127/89, Charles Vögele AG, Gwattstrasse 15, Pfäffikon, Erweiterung des Kulturzentrums, Pfäffikon", 14. März 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[821] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Gwattstrasse 15, Pfäffikon, Erweiterung des Kulturzentrums, Pfäffikon", 14. März 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[822] Vergleich zwischen Bad Seedamm AG gegen Charles Vögele AG, „Vergleich betreffend Bauvorhaben", unterschrieben am 2. Februar 1990 von der Bad Seedamm AG und am 7. Februar 1990 von der Charles Vögele AG, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[823] Verfügung des Einzelrichters des Bezirks Höfe in Sachen Bad Seedamm AG gegen Charles Vögele AG, „Vergleich betreffend privatrechtliche Baueinsprache", 8. Februar 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.

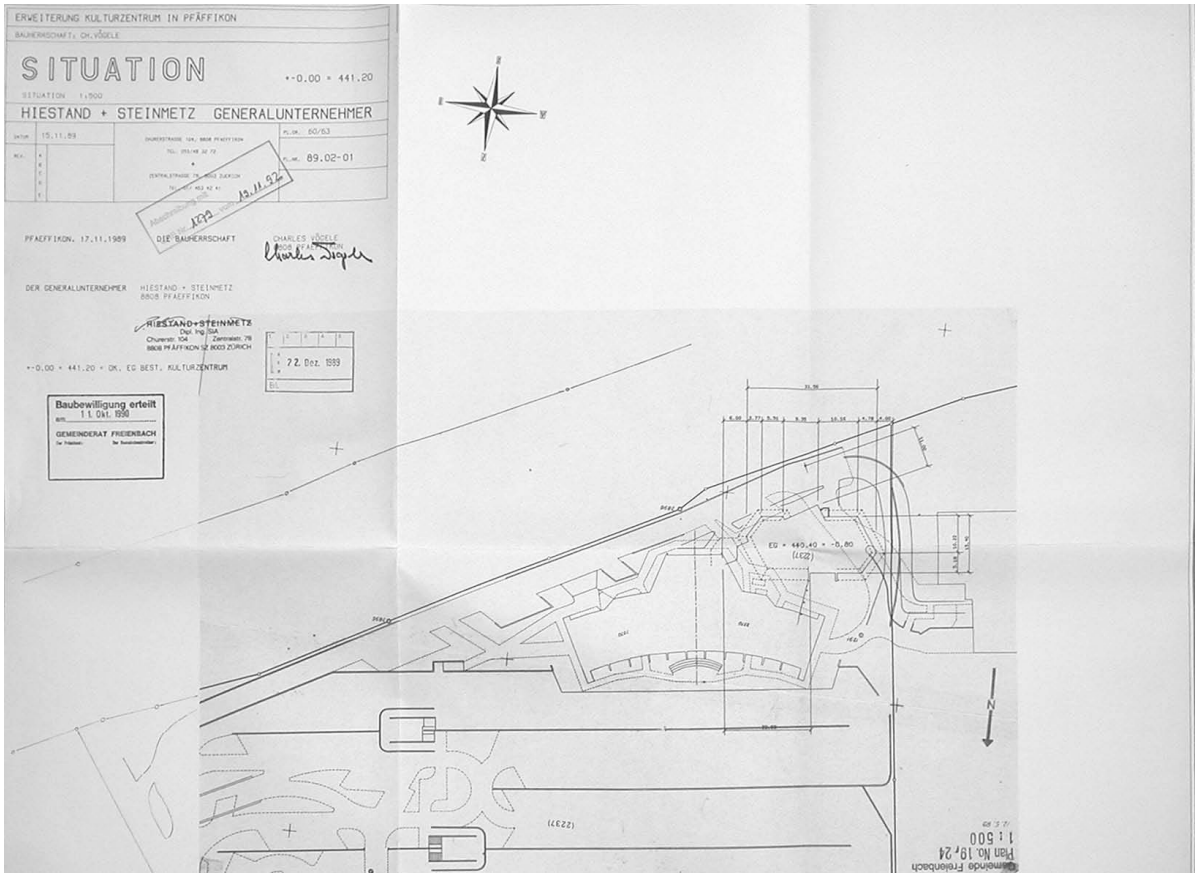


Abb. 46: Generalunternehmung Hiestand und Steinmetz, „Situation 1:500, Erweiterung Kulturzentrum in Pfäffikon“, 15. November 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.

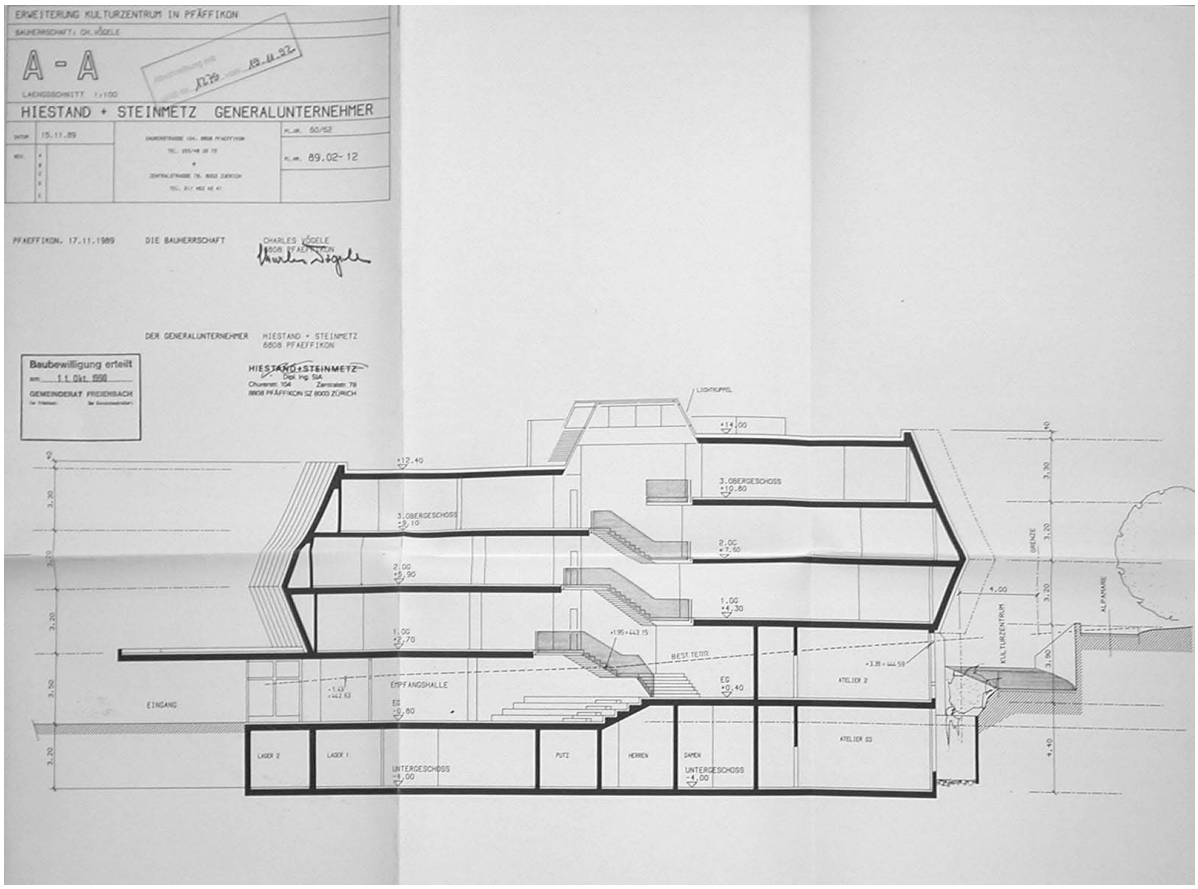


Abb. 47: Generalunternehmung Hiestand und Steinmetz, „Längsschnitt 1:100, Erweiterung Kulturzentrum in Pfäffikon“, 15. November 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.

An der Baukommissionsversammlung vom 2. April 1990 lag der von der Baukommission angeforderte Bericht des kantonalen Denkmalpflegers vor. Dieser beurteilte die Architektur und die landschaftliche Integration des Kulturzentrum-Erweiterungsbaus. Er kam zum Schluss, dass der Eingriff aufgrund des nicht exponierten Standortes und des relativ schlichten Baukörpers verantwortbar sei. Gemäss Denkmalpfleger sei darauf achtzugeben, dass die Farbgebung des Erweiterungsbaus dunkel und unauffällig sei und vor Baubeginn ein Bepflanzungsplan eingereicht werde.[824]

Damit konnte am 11. April 1990 die Gestaltungsplanverhandlung im Gemeinderat in Angriff genommen werden.[825] Bezüglich des mehrfach kritisierten Strassenabstandes auf der Nordseite wurde eine Ausnahmebewilligung erteilt, da die Strasse internen Charakter hatte. Einzig das Lichtprofil von einer Durchfahrtshöhe von 4,20 Metern musste eingehalten werden.[826] Bezüglich der Parkierung wurden insgesamt 22 neue Parkfelder, acht davon als Ersatz bestehender, verlangt. Die Berechnung der Parkfelder bezog sich auf die Anzahl der geplanten Sitzplätze der Cafeteria und die Grösse der Ausstellungsflächen mit einer totalen Nutzfläche von 1'241 Quadratmetern.[827] Bezüglich der Gebäudehöhe folgte der Gemeinderat dem Antrag der Baukommission, bei der Gebäudehöhe keine Ausnahmebewilligung zu erteilen. Um die Baufreigabe zu erhalten, musste das Projekt in der Höhe um 28 cm reduziert werden.[828]

Trotz Beanstandungen wurde das Abänderungsgesuch des Quartiergestaltungsplans bewilligt. Voraussetzung für die Baubewilligung war jedoch, dass die zuvor erwähnten Bedingungen und Auflagen eingehalten wurden.[829] Mit diesem Entscheid konnte das Gesuch zur Bestätigung an den Regierungsrat des Kantons Schwyz weitergeleitet und durch diesen bewilligt werden.

2.5.13.3 Verhandlung der überarbeiteten Baubewilligung

In einem Schreiben an den Gemeinderat vom 12. Juni 1990 informierte der Vertreter der Generalunternehmung Hiestand und Steinmetz über den Stand der Planung der Erweiterung des Kulturzentrums.[830] Die geforderten 22 Parkplätze sollten östlich des bestehenden Kulturzentrums erstellt werden. Weiter wurde mitgeteilt, dass die Gebäudehöhe, das Lichtraumprofil der Strasse sowie die Angaben zur farblichen Ausgestaltung im Detailprojekt eingearbeitet würden. Damit sah die Generalunternehmung die Auflagen und Forderungen seitens der Gemeinde als erfüllt und stellte beim Gemeinderat den Antrag auf eine vorzeitige Baubewilligung für das Verlegen der Strasse zwischen Kulturzentrum und Alpamare. Da zu diesem Zeitpunkt die Bestätigung für die Gestaltungsplanänderung des Regierungsrats des Kantons Schwyz noch ausstand, zeigte sich die Bauherrin Charles Vögele AG bereit, das Risiko einer verweigerten Bewilligung zu übernehmen. Als Grund für diese Eile wurde ein

[824] Auszug aus dem Protokoll der Baukommission, „Charles Vögele AG, Gwattstrasse 15, Pfäffikon, Abänderung des Quartiergestaltungsplanes Kulturzentrum, Pfäffikon", 2. April 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[825] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, QGP-Änderung, Charles Vögele AG, Gwattstrasse 15, Pfäffikon, Erweiterung des Kulturzentrums, Pfäffikon", Traktandum-Nr. 489, 11. April 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[826] Ebenda, S. 3.
[827] Ebenda, S. 4.
[828] Ebenda, S. 2.
[829] Ebenda, S. 5-6.
[830] Schreiben der Generalunternehmung Hiestand + Steinmetz an den Gemeinderat Freienbach, „489.6.3 Erweiterung Kulturzentrum Gwattstrassse Pfäffikon, QGP-Änderung; Gesuch um vorzeitige Baubewilligung für die Vorbereitungsarbeiten, 12. Juni 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.

weiteres Mal die Landesausstellung „CH 91“ zur 700-Jahr-Feier der Schweiz angegeben, die zeitlich immer näher rückte. Man sei mit dem Projekt in Verzug und müsse deshalb möglichst schnell mit den Bauarbeiten beginnen.[831]

Am 28. Juni 1990 stimmte der Gemeinderat dem Gesuch um vorzeitigen Baubeginn zu.[832] Die fehlende Bestätigung des Regierungsrats erfolgte wenig später mit dem Regierungsratsbeschluss Nr. 1371 vom 7. August 1990.[833] Am 11. Oktober 1990 erteilte der Gemeinderat die gesamte Baufreigabe, ohne allerdings ein überarbeitetes Projekt vorliegen zu haben.[834]

2.5.13.4 Verlängerung und Abschreibung der Baubewilligung

Dem Baugesetz nicht entsprechende Projektierungen, damit zusammenhängende Aushandlungen und Behördengänge verzögerten das gesamte Bewilligungsverfahren derart, dass das Ziel der Eröffnung des Kulturzentrums im Rahmen der „CH 91“ unrealistisch wurde.[835] Da die Eröffnung im Frühjahr 1991 nun nicht erreicht werden konnte, nahm auch der Ausführungsdruck ab. Selbst im September 1991 war die Detailplanung der Erweiterung noch nicht abgeschlossen.[836] Daher konnte mit dem Bau des Kulturzentrums vor Ablauf der Baubewilligung im Oktober 1991 auch nicht mehr begonnen werden. Aus diesem Grund ersuchte die Charles Vögele AG am 30. September 1991 beim Gemeinderat um eine Verlängerung der Baubewilligung. Diesem Gesuch entsprach der Gemeinderat und verlängerte diese bis zum 23. Oktober 1992.[837] Als auch im Oktober 1992 mit den Bauarbeiten nicht begonnen wurde, schrieb die Gemeinde die Baubewilligung ab.[838]

Wie sich in einer späteren Neuauflage der Erweiterungsplanung zeigte, brach die Allianz um das Erweiterungsprojekt des Kulturzentrums der Generalunternehmung Hiestand und Steinmetz vollends auseinander. Innerhalb der einsetzenden Kontroversen um den Erweiterungsentwurf kam es damit zur Phase der Dissidenz und zum vollständigen Verhandlungsabbruch zwischen den Allianzpartnerschaften.[839] In einer späteren Neuauflage der Erweiterungsplanungen sollte durch einen neuen Planer ein vollkommen anderes Projekt entwickelt werden.

---

[831] Ebenda.
[832] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, QGP-Änderung, Charles Vögele AG, Erweiterung des Kulturzentrums, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 857, 28. Juni 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[833] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Erweiterung des Kulturzentrums, Pfäffikon, Genehmigung einer Gestaltungsplanänderung“, Traktandum-Nr. 1371, 7. August 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[834] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 127/89, Charles Vögele AG, Erweiterung des Kulturzentrums, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 1208, 11. Oktober 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[835] Die eigentliche Landesausstellung wurde später auf die 150-Jahr-Feier der Bundesverfassung im Jahre 1998, dann ein zweites Mal aufs Jahr 2001 und ein drittes Mal aufs Jahr 2002 verschoben. www.hls-dhs-dss.ch, Zugriff am 18. April 2008.
[836] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 127/89, Charles Vögele AG, Erweiterung des Kulturzentrums, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 1196, 17. Oktober 1991, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[837] Ebenda.
[838] „Nach Paragraf 86 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) und Art. 45 Ziff. 2 des Baureglementes (BR) kann die Baubewilligung nur einmal um ein Jahr verlängert werden.“ Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 127/89, Charles Vögele AG, Erweiterung des Kulturzentrums, Pfäffikon, Abschreibung der Baubewilligung“, Traktandum-Nr. 1279, 19. November 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[839] Vgl. Callon (2006), S. 166.

2.5.14 Die lokale planerische Praxis der Erweiterung Kulturzentrum bis 1990

2.5.14.1 Die emergente Rolle der Planer

Wie sich zeigte, nahmen die Vertreter der Generalunternehmung ihre Rolle als Sprecher der Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1990" ernst. In ihren Schreiben liessen sie erkennen, dass sie ihre räumlich-qualitativen Interessen proaktiv verteidigen und aktiv vertreten wollten. So konnte in weiteren Aushandlungsschritten die erste Konzeption, welche auf internationalen Vorbildern aufbaute, weiterentwickelt werden, die involvierten Akteure hingegen immer wieder von der „Richtigkeit" dieses Entwurfes überzeugt werden. Im späteren Verlauf der Rückübersetzungsprozesse kam es zunehmend zu Kontroversen zwischen Bauherrschaft, Kanton, Bund, Gemeinde und Architekten, die Verzögerungen der Ausführungsplanung und damit Verschiebungen des Baubeginns bewirkten. In dieser Zeit gelang es den Planern immer weniger, die involvierten Akteure von ihrer Arbeit und Planwelt zu überzeugen. So konnte beispielsweise der persönliche Wunsch von Charles Vögele, das Kulturzentrum im Rahmen der „CH-91" zu eröffnen, nicht mehr erfüllt werden. Weitere solche Unstimmigkeiten im Gefüge des Aktor-Netzwerks führten zum Abbruch der Projektverhandlungen und zur Trennung von Auftraggeber und Planern. Diese wurden ihrer Rolle enthoben, und die Planwelt verschwand in den Schubladen des Gemeindearchivs.

2.5.14.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Seedamm Kulturzentrum"

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.

• HOTEL UND KONGRESSZENTRUM AM SEEDAMM

2.5.15 Die Planwelt „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm – 1992"

2.5.15.1 Vorgeschichte

Die gute Erschliessung Freienbachs mit Autobahn und Bahn, die Nähe zu Zürich und der offensichtliche Erfolg des Seedammcenters veranlasste auch andere Akteure und Akteurs-Gruppen, Nutzungskonzepte am Standort Pfäffikon zu entwickeln. Insbesondere auf das Gebiet „im Sack" nordwestlich des Seedammcenters, innerhalb des Gleisdreiecks der Eisenbahnlinie Zürich–Chur und Pfäffikon–Rapperswil sowie dem Autobahnzubringer Rapperswil, konzentrierte sich das Interesse für eine weitere Entwicklung. Auch hier lag der Anfang sich später abzeichnender Landschaftstransformationen in der Bildung erster lockerer und unverbindlicher Allianzen, die im Folgenden rekonstruiert werden.

Erste Pläne für einen Hotelneubau im Gleisdreieck gab es im Jahre 1984.[840] Am 19. Juni 1987 wurde im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens zum ersten Mal ein konkretes Projekt mit Hotel, Kongresshaus, Tiefgarage, Suiten, Tennis-, Park- und Strassenanlagen am Standort „im Sack" veröffentlicht.[841] Als Bauherrin unterzeichnete die Hotel Seedamm AG. Hauptaktionär und Mitbegründer der

[840] Weinmann (1995).
[841] Auszug aus dem Protokoll der Hochbaukommission, „Gestaltungsplan, PTT Generaldirektion, Zürich, Hotel Seedamm AG, Pfäffikon Gestaltungsplan ‚im Sack', Pfäffikon – bisherige Bewilligungsverfahren", Traktandum-Nr. 137, 2. November 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack".

Hotel Seedamm AG war die Generalunternehmung Mächler und Ramensperger aus Lachen.[842] Bereits früh in die Projektentwicklung involviert war auch die Korporation Pfäffikon als Grundstücksbesitzerin des Gleisdreiecks. Ulrich K. Feusi, damaliger Aktuar und späterer Präsident der Korporation, war von der Hotel Seedamm AG für die Planung des Hotelkonzepts beauftragt worden.[843]

Im Januar 1988 beurteilte der Gemeinderat ein erstes Baugesuch aufgrund nicht befriedigender Erschliessung, Verletzung der Bauvorschriften und Beeinträchtigung der Grundwasserschutzzone abschlägig.[844] Auch die Schweizerischen Bundesbahnen und die Schweizerische Südostbahn erhoben Einsprache gegen das Baugesuch. Sie befürchteten Einschränkungen allfälliger späterer Gleistrassenerweiterungen, falls die Planwelt für eine Hotelanlage eine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit „im Sack“ finden würde.[845] Zur selben Zeit fanden im Zusammenhang mit der Erweiterung des Seedammcenters und den Bauabsichten der Genossenschaft Migros intensive Verhandlungen bezüglich verkehrstechnischer Probleme statt.[846] Wie bereits beschrieben wurde, stellte sich der Gemeinderat zu diesem Zeitpunkt auf den Standpunkt, dass das Verkehrsproblem im Dorfzentrum von Pfäffikon zunächst gelöst sein müsse, bevor weitere Projekte bewilligt werden könnten.[847] Aus diesem Grund verweigerte der Gemeinderat auch dem Bauvorhaben der Hotel Seedamm AG die Bewilligung. Zudem verfügte der Gemeinderat, dass eine etwaige erneute Eingabe eines überarbeiteten Baugesuches solange sistiert bleibe, bis die Verkehrsfrage im Dorfzentrum abschliessend geklärt sei.[848]

Gegen diesen Gemeinderatsentscheid erhob die Hotel Seedamm AG am 4. März 1988 eine Verwaltungsbeschwerde beim Regierungsrat des Kantons Schwyz. Am 14. Februar 1989 wurde die Beschwerde der Hotel Seedamm AG vom Regierungsrat teilweise gutgeheissen, insbesondere was die präventive Sistierung eines überarbeiteten Projekts anbelangte.[849]

Zwischenzeitlich initiierten Bewohner der Gemeinde Freienbach eine Gemeindeinitiative mit dem Ziel, das Gewerbegebiet „im Sack“ in Landwirtschaftsgebiet umzuzonen. Zum Zeitpunkt des Baugesuchs war das Gleisdreieck als Gewerbezone ausgewiesen, da auf dem Grundstück ursprünglich eine Giesserei und eine Zimmerei angesiedelt waren. Da sich aber auf der anderen Gleisseite in nordwestlicher Richtung am Seeufer die Moorlandschaft Frauenwinkel befand, wollten Umweltschützer mit der Umzonungsinitiative das Hotelprojekt verhindern und den Perimeter der Moorlandschaft Frauenwinkels auf das Gebiet „im Sack“ ausweiten.[850]

---

[842] Schäppi (1990).
[843] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[844] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „In der Beschwerdesache der Hotel Seedamm AG gegen den Gemeinderat Freienbach, die Schweizerischen Bundesbahnen und die Schweizerische Südostbahn“, Traktandum-Nr. 267, 14. Februar 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[845] Ebenda, S. 2.
[846] Siehe Kapitel 2.5.1 Die Planwelt „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros – 1984“ und deren Rückübersetzung; 2.5.3 Die Planwelt „Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage – 1986“.
[847] Schreiben des Gemeinderates Freienbach an den Rechtsvertreter der Genossenschaft Migros, „Bauvorhaben Genossenschaft Migros Zürich, QGP ‚Geschäfts- und Gewerbehaus Seedamm, Gwattstrasse‘“, 2. Juni 1986, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Migros.
[848] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „In der Beschwerdesache der Hotel Seedamm AG gegen den Gemeinderat Freienbach, die Schweizerischen Bundesbahnen und die Schweizerische Südostbahn“, Traktandum-Nr. 267, 14. Februar 1989, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“, S. 2.
[849] Ebenda, S. 24.
[850] Schäppi (1990).

Da die Bevölkerung Freienbachs der Initiative nicht zustimmte und der Entscheid für eine Sistierung weiterer Baubewilligungen im Gwatt und „im Sack“ durch den Regierungsratentscheid vom 14. Februar 1989 aufgehoben wurde, konnte das Aktor-Netzwerk rund um das Hotelprojekt seine Interessen weiter verfolgen. Am 29. Dezember 1989 wurde ein überarbeitetes Projekt im Rahmen eines erneuten Bewilligungsverfahrens publiziert.[851] Im Gegensatz zum ersten Vorprojekt verzichtete das Aktor-Netzwerk „Hotel Seedamm“ auf die im Rahmen der ersten Baueingabe als zonenwidrig eingestuften 49 Hotelsuiten.[852]

Die neue Eingabe des Hotelprojekts mobilisierte erneut Vertreter des Natur- und Landschaftsschutzes, welche bereits während der ersten Baugesuchsphase mit der Umzonungsinitiative aktiv geworden waren. Der Verband zum Schutze des Landschaftsbildes wie auch andere Organisationen befürchteten eine „Verschandelung des Landschaftsbildes und massive Störungen für die Naturschutz- und Rietlandschaft“. Zudem geisselten die Umweltschützer „die neuerlichen Hotelpläne als neuen Anschlag auf den Frauenwinkel“.[853]

Mit der erneuten Mobilisierung durch die Umweltschutzverbände erreichte die Diskussion um das Gebiet „im Sack“ eine nationale Dimension. Ursache für diese Entwicklung war auch die Eidgenössische Volksinitiative zum Schutz der Moore – die Rothenthurm-Initiative –, die am 6. Dezember 1987 vom Schweizer Volk angenommen wurde. Entsprechend musste die Bundesverfassung um folgenden Abschnitt ergänzt werden: „Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung sind Schutzobjekte. Es dürfen darin weder Anlagen gebaut, noch Bodenveränderungen irgendwelcher Art vorgenommen werden. Ausgenommen sind Einrichtungen, die der Aufrechterhaltung des Schutzzweckes und der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung dienen.“[854] Als Übergangsbestimmung wurde festgelegt, dass Anlagen, Bauten und Bodenveränderungen, welche dem Zweck der Schutzgebiete widersprachen und nach dem 1. Juni 1983 erstellt worden waren, zu Lasten der Ersteller abgebrochen und rückgängig gemacht werden mussten.[855]

Streitpunkt zwischen den Umweltschützern, der Gemeinde und der Hotel Seedamm AG war insbesondere die Frage, ob der Baugrund „im Sack“ der schützenswerten Moorlandschaft Frauenwinkel zugehörig war. Vertreter der grössten Schweizer Umweltschutzorganisationen wie der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) und WWF Schweiz, waren der Meinung, dass das vorgesehene Baugrundstück „im Sack“ Teil einer Landschaft sei, die in naher Zukunft mit grösster Wahrscheinlichkeit im Rahmen des neuen Verfassungsartikels in das Inventar der Moorlandschaften von nationaler Bedeutung aufgenommen würde. Den Umweltschutzorganisationen ging es dabei auch um einen Grundsatzentscheid, den sie nötigenfalls bis vor das Bundesgericht bringen würden.[856] Die Vertreter der Hotel Seedamm AG hielten zusammen mit ihren Verbündeten am Standpunkt fest, dass es sich

[851] Auszug aus dem Protokoll der Hochbaukommission, „Gestaltungsplan, PTT Generaldirektion, Zürich, Hotel Seedamm AG, Pfäffikon Gestaltungsplan ‚im Sack‘, Pfäffikon – bisherige Bewilligungsverfahren“, Traktandum-Nr. 137, 2. November 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[852] Schäppi (1990).
[853] Ebenda.
[854] www.admin.ch, Zugriff am 17. Mai 2008, Auslöser für die Volksinitiative war die Gefährdung des Moores bei Rothenthurm SZ durch einen geplanten Armeewaffenplatz.
[855] Ebenda.
[856] Schäppi (1990).

beim Baugebiet keineswegs um eine schützenswerte Moorlandschaft handelte, da sich auf dem Grundstück seit jeher Gewerbebauten befunden hätten und es seit 1972 im Zonenplan als Gewerbezone ausgewiesen war.[857]

Der Konflikt erhielt zusätzlichen Auftrieb, weil Vertreter des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) bei ihrem ersten Inventarentwurf den Perimeter der Moorlandschaft auch um das Gebiet „im Sack" legten. Damit war zumindest im Entwurf auch das Gebiet „im Sack" als Moorlandschaft von nationaler Bedeutung deklariert. Um diesen Sachverhalt drehten sich insbesondere die folgenden Kontroversen zwischen Umweltschutz und Projektentwickler am Standort „im Sack".[858]

Aufgrund der sich abzeichnenden Gegnerschaften, Verhandlungen und fortwährenden Verzögerungen stockte das Unternehmen Hotel- und Kongressneubau zunehmend. Das Aktor-Netzwerk „Moorschutz Frauenwinkel" auf der Seite der Umweltschutzverbände wie auch das Aktor-Netzwerk „Verkehrsproblem im Gwatt" auf der Seite der Gemeinde war zu diesem Zeitpunkt derart stark geknüpft, dass sich die Realisierungschancen der Interessen des Aktor-Netzwerks „Hotelneubau im Sack" zunehmend verschlechterten.

2.5.15.2 Die PTT als Allianzpartner steigt ein – Neue Inhalte der Planwelt

Anfang der 1990er-Jahre zeichnete sich eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse ab. Die schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafenbetriebe (PTT) beabsichtigten, schweizweit fünf neue Ausbildungsstätten zu erstellen. Hans Giger war der damalige Fernmeldedirektor der PTT mit dem Einzugsgebiet Kanton Schwyz, Zürich und Glarus. Giger verfügte über gute Kontakte in den Kanton Schwyz und startete eine Anfrage an die Region Freienbach, ob man sich für eine Ausbildungsstätte einsetzen würde.[859]

Gemäss Ulrich K. Feusi stiess Giger mit dieser Anfrage in Freienbach auf offene Ohren. Der Standort Pfäffikon hatte sich im Laufe der Zeit nicht nur zum regionalen Einkaufszentrum, sondern auch zum Ausbildungsstandort der Region Ausserschwyz entwickelt. In den 1970er-Jahren gab es in Pfäffikon bereits eine Berufsschule und eine landwirtschaftliche Schule. Ein weiterer Eckpunkt der Entwicklung zum Ausbildungsstandort bildete der Bau der Kantonsschule. Gemäss Ulrich K. Feusi war in den 1970er-Jahren für den Neubau der Kantonsschule ursprünglich ein Standort in der Nachbargemeinde Lachen vorgesehen gewesen. Die Grundstückspreise aber erschienen dem Kanton überzogen. Die Korporation Pfäffikon unterbreitete in diesem Moment im Auftrag der Bürger dem Kanton Schwyz die Offerte, 10'000 Quadratmeter Land zwischen der damals schon bestehenden Berufsschule westlich des damals geplanten Alpamare zur Verfügung stellen. Da habe der Kanton keine andere Wahl mehr gehabt, als das Projekt der Kantonsschule nach Pfäffikon zu verlegen.[860] Das Interesse der Gemeinde

[857] Ebenda.
[858] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Standort für die Schaffung eines technischen Ausbildungszentrums der PTT in Pfäffikon", Traktandum-Nr. 1861, 5. November 1991, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack", S. 2.
[859] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[860] Ebenda.

an einem Ausbau Freienbachs zum Bildungsstandort führte dazu, dass die Projektidee eines Ausbildungszentrums der PTT unterstützt wurde.

Ein Zufall wollte es, dass sich Hans Giger und Ulrich K. Feusi – beide Major in der Schweizer Armee – etwa zur selben Zeit kennenlernten. Als Feusi, damals Aktuar der Korporation Pfäffikon, bei einem Besuch Gigers in Freienbach auf den Bildungsstandort Pfäffikon zu sprechen kam, wusste Giger bereits, dass die Korporation Pfäffikon im „Roggenacker" und beim Gleisdreieck „im Sack" Bauland in der Gewerbezone besass. Giger zeigte sich an diesen Standorten interessiert. Im Rahmen erster Verhandlungen habe man sich auf den „Roggenacker" konzentriert, da dieses Gebiet besser erschlossen war. Es stellte sich heraus, dass der Standort für einen Ausbildungsbetrieb zu weit weg vom Dorf weg war. Zusammen mit dem Gemeindepräsidenten, der Korporation und der PTT diskutierte man danach den Standort „Im Sack".[861]

Die Hotel Seedamm AG verfügte am Standort Gwatt jedoch bereits über einen Baurechtsvertrag mit der Korporation Pfäffikon. Da die Hotel Seedamm AG einen Vorteil darin erkannte, Hotel und Ausbildungsstätte miteinander zu vereinen, zeigte sie Interesse an einer Zusammenarbeit mit der PTT. Die Hotel Seedamm AG trat rund 10'000 Quadratmeter von ihrem Baurechtsvertrag ab, damit das Ziel eines Ausbildungszentrums der PTT weiter verfolgt werden konnte.[862]

Das Einbinden der PTT als neuen Allianzpartner hatte einen nicht unwesentlichen Nebeneffekt. Mit der PTT konnte ein Betrieb des Bundes in das Aktor-Netzwerk „Hotelneubau im Sack" integriert werden. Dadurch gewann das Vorhaben an kantonaler und nationaler Bedeutung, was die Realisierungschancen der Interessen der Hotel Seedamm AG und der Korporation Pfäffikon steigerte. Die wichtigsten Netzwerkknoten konnten neu geknüpft und stabilisiert werden. Das Planungsbüro Feusi und Partner, welches bereits das vorangehende Projekt der Hotel Seedamm AG entwickelt hatte, erhielt auch den Projektierungsauftrag für das Ausbildungszentrum der PTT. Damit wurde Ulrich K. Feusi in seiner Doppelfunktion als Planer und neu gewählter Präsident der Korporation Pfäffikon von den Allianzpartnern bestätigt. In dieser Konstellation konnte die Planung für das neue Ausbildungszentrum der PTT mit Hotel und Kongressräumlichkeiten der Hotel Seedamm AG in Angriff genommen werden.

Der erste Entwurf des Ausbildungszentrums mit Hotel umfasste zwei Ausbauetappen. Gemäss Raumprogramm sollten die Ausbildungsräume in einer ersten Phase rund 6'280 Quadratmeter Betriebsräume umfassen. In einer zweiten Phase sollten die Betriebsräume um 2'760 Quadratmeter erweitert werden. Für allgemeine Räume wurden in der ersten Phase 2'220 Quadratmeter eingeplant mit Erweiterungsmöglichkeit um 420 Quadratmeter. Total sollte das Ausbildungszentrum in der ersten Phase 8'500 Quadratmeter, in der zweiten Phase 11'680 Quadratmeter Geschossfläche umfassen. Für den Hotelkomplex wurden eine Eingangshalle, Konferenz- und Banketträume von 290 Quadratmeter, 98 Hotelzimmer, eine Pizzeria mit 270 Quadratmeter, ein Restaurant mit 220 Quadratmeter sowie Sport- und Freizeiträume von 220 Quadratmeter eingeplant.[863]

---

[861] Ebenda.
[862] Ebenda.
[863] Bericht zu Quartiergestaltungsplan und Richtprojekt, „Quartiergestaltungsplan ‚im Sack' 8808 Pfäffikon", 24. August 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack".

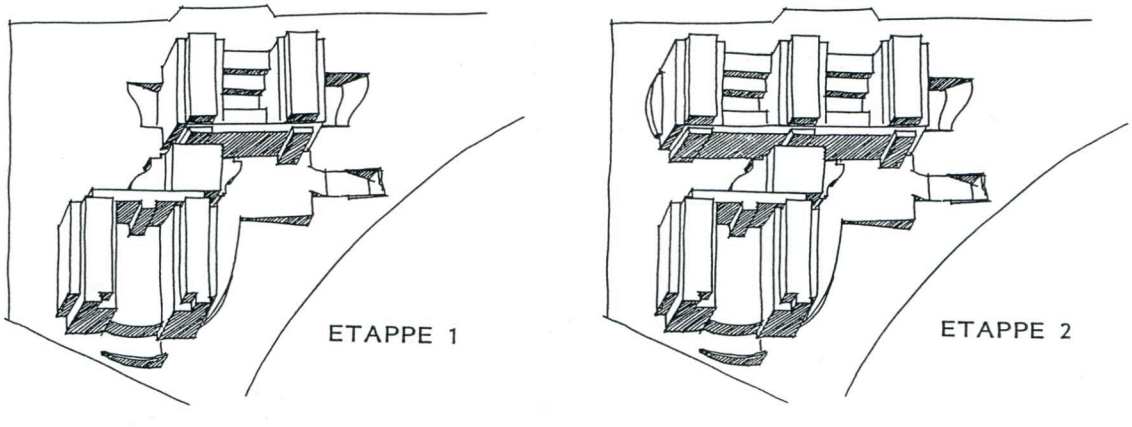


Abb. 48: Planungsbüro Feusi und Partner AG, Etappen aus: „Bericht zu Quartiergestaltungsplan und Richtprojekt, Quartiergestaltungsplan im Sack, 8808 Pfäffikon“, 24. August 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan im Gwatt.

Das Raumprogramm führte zu einem zweiteiligen Ensemble. Das Ausbildungszentrum wurde im südlichen Bereich des Gleisdreiecks entlang der SBB-Bahnlinie Zürich–Chur, das Hotel in nordöstlicher Richtung entlang dem Autobahnzubringer Rapperswil–Pfäffikon situiert. Als Verbindungsstück diente die Eingangshalle. Die Etappierbarkeit der Anlage begrenzte sich auf das Ausbildungszentrum. Dieses konnte sich in östlicher Richtung ausdehnen. Von der Architektursprache her, wies die Anlage postmoderne Züge auf. Die geplante Materialisierung war geprägt von mondäner Hotel- und Kongressarchitektur aus Glas und Naturstein.

Im Bericht zum Gestaltungsplan wurde das Projekt folgendermassen beschrieben: „Das Richtprojekt arbeitet deshalb mit einfachen Baukuben, die repetiert werden. Untereinander sind die Kuben – sowohl im Bereich Ausbildungszentrum als auch im Hotelbereich – mit grosszügigen, transparenten Stahl-Glas-Passagen verbunden. Diese Glas-Zwischenbauten sollen der Überbauung Transparenz und Leichtigkeit verleihen sowie Durchblicke ermöglichen. Die durch die Zwischenräume gebildeten Höfe ermöglichen die Belichtung sämtlicher Geschosse, wobei das zweite Untergeschoss durch pyramidenartige Oberlichter belichtet wird. Im Gegensatz zu den filigranen Glasbauten stehen die muralen, geschlossenen Stirnseiten der Hauptgebäude und Erschliessungskerne. Durch die Glasbauten wird so das kammartige Organisationsprinzip der Anlage von aussen und vom Erschliessungsgang aus lesbar.“[864]

2.5.16 Die planerische Praxis der Planwelt „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm – 1992“

2.5.16.1 Die emergente Rolle der Planer

Die zahlreichen Vorprojekte und zähen Aushandlungsprozesse im Vorfeld der Planungen des Hotel- und Kongresszentrums, die Initiative der Korporation Pfäffikon, die Gegnerschaft von der Seite des Umweltschutzes und die Absicht der PTT, in der Innerschweiz ein Ausbildungszentrum zu erstellen, war Ausgangspunkt dieser Aktor-Netzwerk-Bildungen. Die Ziele des für die Planungsarbeiten beauftragten Büros Feusi und Partner AG waren

[864] Ebenda, S. 29.

durch die Rollen Feusis als Inhaber des Planungsbüros und Präsident der Korporation Pfäffikon bestimmt. Das zukünftige Ausbildungs-, Hotel- und Kongresszentrum sollte auf einer Parzelle der Korporation Pfäffikon errichtet werden. Das Projekt sollte möglichst wirtschaftlich konzeptionalisiert werden, um eine angemessene Rendite abzuwerfen. Dies sollte einen ansprechenden Baurechtszins für die Korporation Pfäffikon einbringen. Gleichzeitig sollten die räumlich-qualitativen Vorstellungen der Feusi und Partner AG in dem Vorhaben eines Ausbildungs-, Hotel- und Kongresszentrum adäquater Architektur umgesetzt werden.

2.5.16.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Raumentwicklung zur Bewirtschaftung des Landbesitzes und Planungsauftrag

Das Planungsbüro Feusi und Partner AG nahm mit ihrem Protagonisten Ulrich K. Feusi im Vergleich zu Planern und Architekten, deren Rollen in anderen Zusammenhängen beschrieben worden sind, eine Sonderrolle ein. Einerseits wurde das Büro Feusi durch die Hotel Seedamm AG zum Planer der zukünftigen Planwelt bestimmt. In der Funktion als Aktuar und später als Präsident der Korporation Pfäffikon nahm Feusi gleichzeitig die Rolle des Sprechers der Korporation Pfäffikon und damit die Rolle des Grundstückbesitzers ein. Aufgrund dieser sehr spezifischen Doppelrolle hiess die Aufgabenstellung nicht nur Umsetzung eines vorgegebenen Raumprogramms, sondern Projektentwicklung auf einer Parzelle der Korporation Pfäffikon. Da frühere Planwelten am Widerstand der Umweltschützer, der Bahnunternehmen und der Gemeinde scheiterten, war Feusi als Sprecher der Planwelten „Hotelneubau im Sack" auf Akteure angewiesen, die das Blatt zu wenden vermochten.

• Partnergewinnung – Interessenten mit konkreten Angeboten an sich binden

Da bei den ersten Planwelten die Allianzen für deren Rückübersetzung nicht zustande kamen, war auch die Rolle Feusis als Planer akut gefährdet. Die spätere Einbindung der PTT zeigte sich diesbezüglich als ein Glücksfall. Die PTT als Bundesbetrieb konnte auf gewichtige Netzwerk-Verbindungen zum Kanton und Bund zurückgreifen, die dem Aktor-Netzwerk „Hotelneubau im Sack" neue Impulse verlieh. Mit der Einbindung des Aktor-Netzwerkes „PTT" in das Aktor-Netzwerk „Hotelneubau im Sack" zeichnete sich auch eine deutliche Verbesserung der Realisierungschancen der einzelnen Interessenlagen ab. Erst diese Konstellation stimmte das erweiterte Akteur-Netzwerk zuversichtlich, sich gegen die Interessen der Umweltschützer, der Bahnen und der Gemeinde behaupten zu können. Hier war es das Verdienst des Planers Feusi, der den Kontakt zur PTT herstellen und die Interessen der PTT an einem Schulungsstandort in der Region Ausserschwyz mit einem konkreten Angebot in das Aktor-Netzwerk „Hotelneubau im Sack" einbinden konnte.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Ulrich K. Feusi wird als Planer bestätigt

Feusi wurde in seiner Rolle als Planer und als Vertreter der Korporation Pfäffikon auch nach der Neuformation des Aktor-Netzwerks bestätigt. Damit konnte Feusi die Planung des Ausbildungs-, Hotel- und Kongresszentrums weiter verfolgen. Im Entwurf der Anlage liessen sich die Vorlieben des Planungsbüros Feusi und Partner für wirtschaftliche Konzepte und postmoderne Formen und Materialwahl ausmachen. Es konnte offensichtlich seine Interessen im Kontext der Aushandlungsprozesse durchsetzen. Umgekehrt erfüllten die erarbeiteten Planwelten die Erwartungen der PTT und der Bad Seedamm AG.

• Bewährungsprobe – Feusi macht sich in doppelter Hinsicht unentbehrlich

In seiner Doppelfunktion als Planer und Vertreter der Baurechtsgeber nahm Feusi eine zentrale Figur im Aktor-Netzwerk „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm – 1992" ein. Als Präsident der Korporation Pfäffikon war er als Sprecher dieses Bürger-Netzwerks demokratisch bestätigt. Und auch als Planer, der die Interessen seiner Allianzpartner in die Planwelten zu verweben vermochte, wurde Feusi als Sprecher der Planwelten des Aktor-Netzwerks „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm – 1992" mehrfach bestätigt. Feusi gelang es, mehrere Akteure hinter sich zu vereinen und eine entsprechende Position im Aktor-Netzwerk aufzubauen, die ihn wie kaum einen anderen unentbehrlich machte.

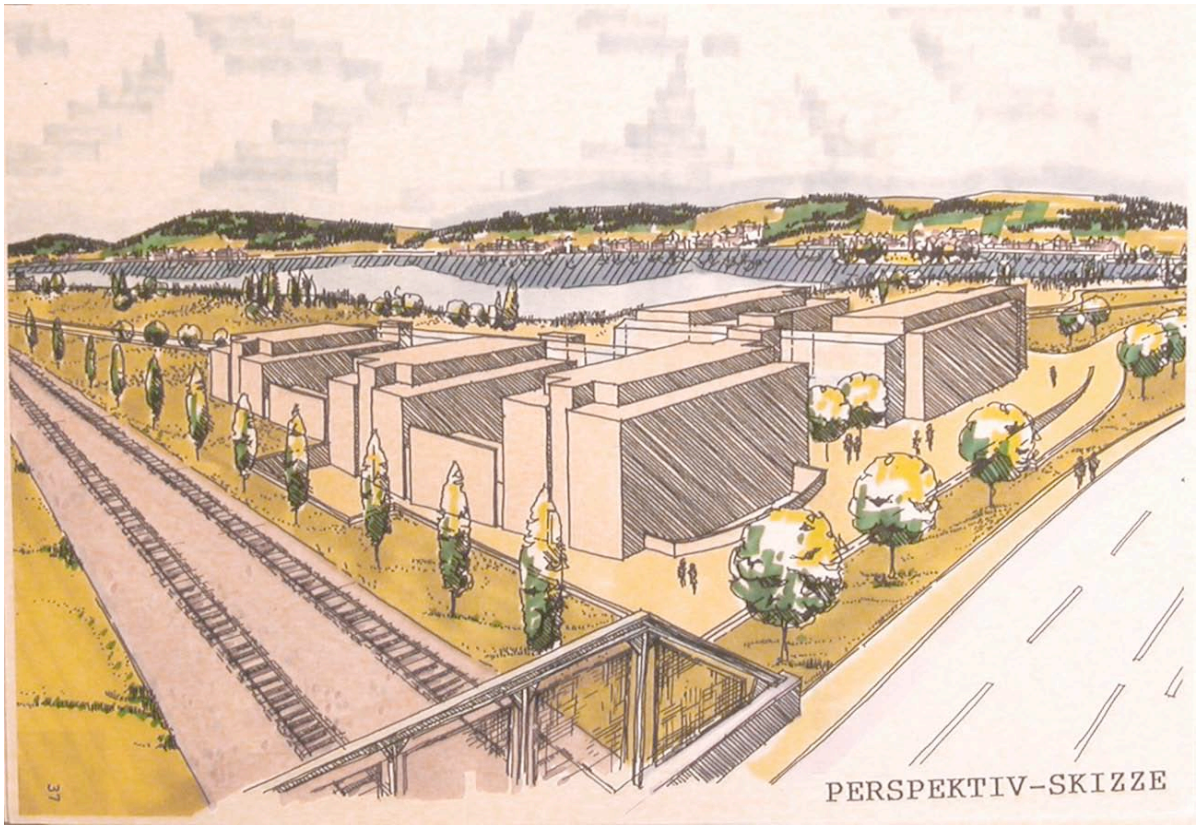


Abb. 49: Planungsbüro Feusi und Partner AG, Perspektive aus: „Bericht zu Quartiergestaltungsplan und Richtprojekt, Quartiergestaltungsplan im Sack, 8808 Pfäffikon“, 24. August 1992, Mappe Quartiergestaltungsplan im Gwatt.

2.5.17 Rückübersetzung der Planwelt „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm – 1992“

Die Vorgeschichte zeigte, dass von der Seite des Umwelt- und Naturschutzes mit erheblicher Gegnerschaft gegen jegliche Bauvorhaben „im Sack“ zu rechnen war. Ein weiteres Mal lässt sich in diesem Sinne ein Dreieck der Interessensverhandlungen erkennen. Beide, sowohl die Hotel Seedamm AG mit der PTT als auch die Umweltschützer, waren auf die Bewilligungsbehörden angewiesen, um die Realisierungschancen der eigenen Interessen zu verbessern. Wäre es den Umweltschützern im Vorfeld oder im Rahmen der Bewilligungsverhandlungen aufgrund ihrer Argumente gelungen, die Bewilligungsbehörden an sich zu binden, wäre das Vorhaben des Aktor-Netzwerks „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm“ akut gefährdet gewesen. Eine Baubewilligung hätte verweigert werden können. Demzufolge wurde es für das Aktor-Netzwerk „Hotel- und Kongresszentrum“ umso wichtiger, im Vorfeld der Bewilligungsverhandlungen die Interessen der Bewilligungsbehörden zu verhandeln und in die Planwelten einzuweben. Eine frühe Allianzpartnerschaft mit den Bewilligungsbehörden verbesserte die Chancen auf ein reibungsloses Bewilligungsverfahren.

Trotz geringer Erfolgsaussichten kam das Aktor-Netzwerk „Hotel- und Kongresszentrum“ mit geringfügigen Projektanpassungen auch den Anliegen der Umweltschützern entgegen, in der Hoffnung eine rasche, einvernehmliche Lösung zu finden. Dieses strategische zeigt sich in den folgenden Rekonstruktionen.

2.5.17.1 Forderung nach Umwidmung des Gleisdreiecks von einer Gewerbe- in eine Landwirtschaftszone

Aufgrund der Androhung seitens der Umweltschutzorganisationen, die Verhandlungen für einen Grundsatzentscheid bis vors Bundesgericht zu ziehen, befürchtete das Aktor-Netzwerk „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm“ zeitraubende Verzögerungen. Um dies zu verhindern, zeigte sich das Aktor-Netzwerk entgegenkommend, indem freiwillig ein Umweltverträglichkeitsbericht in Auftrag gegeben wurde.[865]

In einem Brief des Verbandes zum Schutze des Landschaftsbildes am Zürichsee (VSLZ) an den Fernmeldedirektor Hans Giger, reagierte der Verband auf den Umweltverträglichkeitsbericht.[866] Der Verband beanstandete, dass im Umweltverträglichkeitsbericht der hohe landschaftliche Wert des Areals und der Umfang des Eingriffs in das Landschaftsbild kaum gewürdigt worden seien. Das neue Projekt weise zudem im Vergleich zum Projekt von 1987, gegen welches der Verband bereits am 9. Juli 1987 Einsprache erhoben hatte, ein fast verdoppeltes Gebäudevolumen auf. „Wir ersuchen um Verständnis, wenn wir uns für eine echte Abwägung der beiden öffentlichen Interessen Hotel/Standort PTT und Landschaft von nationaler Bedeutung mit den uns verfügbaren Kräften einsetzen.“[867] Der freiwillig erstellte Umweltverträglichkeitsbericht verfehlte offensichtlich die erwünschte Wirkung.

In der Zwischenzeit hatten die Umweltschutzverbände einen neuen Angriffspunkt zur Verhinderung einer Überbauung des Gebiets „im Sack“ gefunden. Anfang der 1990 Jahre leitete die Gemeinde eine Überarbeitung der Zonenplanung ein. Vom 7. Juni bis zum 8. Juli 1991 wurden die revidierten Zonenpläne zur Einsprache öffentlich aufgelegt. Aufgrund diverser Einsprachen mussten die Planwelten daraufhin überarbeitet werden. Vom 8. November bis 9. Dezember 1991 wurde der Zonenplan ein zweites Mal aufgelegt.[868] Der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN), der Schwyzer Naturschutzbund (SNB) und die WWF Sektion Schwyz erhoben am 16. Januar 1992 gemeinsam Einsprache gegen die Zonenplanung und forderten die Umwidmung des Gebiets „im Sack“ von einer Gewerbe- in eine Landwirtschaftszone. Der Gemeinderat wies die Einsprache ab.[869]

Gegen diesen Entscheid beschwerten sich die Umweltschutzorganisationen am 5. März 1992 beim Regierungsrat des Kantons Schwyz. Die Umweltschutzorganisationen forderten den Regierungsrat auf, den Entscheid des Gemeinderats zurückzuweisen, damit das Gebiet „im Sack“ von der Gewerbezone in die Landwirtschaftszone umgewidmet werde.[870]

Da der rechtliche Sachverhalt durch die kantonalen Behörden abgeklärt werden musste, wurde die Verhandlung der Einsprache vertagt.

---

[865] Bericht zur Umweltverträglichkeit, „Hotel und Kongresszentrum Seedamm“, Verfasser, Dr. H. Wanner AG, 3. Dezember 1990, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[866] Schreiben des Verbandes zum Schutze des Landschaftsbildes am Zürichsee an den Fermeldedirektor H. Giger, „Telecom-Ausbildungszentrum Pfäffikon SZ / Hotel Seedamm AG, Gemeinde Freienbach SZ“, 26. Juni 1991, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[867] Ebenda.
[868] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Beschwerdesache SBN, SNB, WWF Schweiz und WWF Sektion Schwyz gegen den Gemeinderat Freienbach, betreffend Ortsplanung“, Traktandum-Nr. 1801, 20. Oktober 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“, S. 1.
[869] Ebenda, S. 2.
[870] Ebenda, S. 2.

2.5.17.2 Aushandlungen mit Bund, Kanton und Gemeinde

Parallel zu den Verhandlungen mit Umweltschutzorganisationen fanden auch Orientierungen und Verhandlungen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene statt. So informierte der Fernmeldedirektor Hans Giger am 13. August 1991 den Gemeinderat Freienbach zum ersten Mal offiziell über das geplante PTT-Ausbildungszentrum.[871] Der Gemeinderat äusserte sich im Gegensatz zu früheren Bauvorhaben im Gebiet „im Sack" grundsätzlich positiv gegenüber dem vorgestellten Projekt. So sei das Ausbildungszentrum mit den technisch hochstehenden Ausbildungsmöglichkeiten und qualifizierten Arbeitsplätzen willkommen. Der Gemeinderat zeigte sich auch daran interessiert, die geplanten Räumlichkeiten mitzubenutzen oder gegenüber Dritten zu öffnen. Auch bezüglich der Verkehrsproblematik sah der Gemeinderat eine Verbesserung, da dieser davon ausging, dass die Kursbesucher der PTT mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen würden.[872]

Aufgrund des zunehmenden öffentlichen Interesses und der Bedeutung für die Entwicklung der Region Ausserschwyz, setzte sich auch der Regierungsrat des Kantons Schwyz für das Vorhaben der PTT und der Hotel Seedamm AG ein. Sorgen bereitete dem Regierungsrat der Perimeterkonflikt zwischen dem Inventarentwurf des BUWALs und dem rechtsgültigen Zonenplan.[873] Der Inventarentwurf stufte den Frauenwinkel mit Gleisdreieck als Landschaft von nationaler Bedeutung ein. Der Zonenplan deklarierte das Gleisdreieck „im Sack" seit 1972 als Gewerbezone. Der Regierungsrat erkannte, dass, sofern der Perimeter der vorgesehenen Moorlandschaft Frauenwinkel nicht geändert werden könne, im Gebiet „im Sack" kein Ausbildungszentrum der PTT entstehen können wird.[874]

Der Regierungsrat setzte sich für eine Klärung dieses Konfliktverhalts zugunsten des Bauvorhabens der PTT und der Hotel Seedamm AG ein. In einem Brief vom 15. November 1991 an den Schweizerischen Bundesrat forderte der Regierungsrat des Kantons Schwyz, „dass alle rechtskräftig der Bauzone zugewiesenen Gebiete im Kanton Schwyz aus dem Inventar der Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung entlassen werden. (…) Es geht nicht an, mit der Veröffentlichung von Inventarentwürfen die Rechtsunsicherheit noch zu verschärfen (…), die namentlich in rechtskräftigen Bauzonen für Kanton, Gemeinden und Grundeigentümer untragbar sind."[875]

Im konkreten Falle des geplanten Ausbildungszentrums der PTT verwies der Regierungsrat auf die Bedeutung des Vorhabens für den Kanton Schwyz. „Der Kanton Schwyz ist auf Impulse, die von einem solchen Ausbildungszentrum ausgehen, angewiesen, helfen sie doch gerade in einem Kanton, der selbst keine Hochschulen und keine Höheren Technischen Lehranstalten beherbergt, bei der

---

[871] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Baugesuche Telecom-Ausbildungszentrum, Hotel Seedamm AG, Pfäffikon", Traktandum-Nr. 991, 29. August 1991, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack".

[872] Ebenda, S. 2; Schreiben des Gemeinderates Freienbach an die Fernmeldedirektion Hans Giger, „991-6.3 Telecom-Ausbildungszentrum, Pfäffikon, Hotel Seedamm AG, Pfäffikon", 3. September 1991, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack".

[873] Siehe Kapitel 2.5.15.1 Vorgeschichte.

[874] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Standort für die Schaffung eines technischen Ausbildungszentrums der PTT in Pfäffikon", Traktandum-Nr. 1861, 5. November 1991, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack", S. 2.

[875] Schreiben des Landammannes und Regierungsrates des Kantons Schwyz an den Schweizerischen Bundesrat, „Entwürfe eines Inventars und einer Verordnung über den Schutz der Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung; Objekt Nr. 351 ‚Frauenwinkel' Freienbach SZ", 15. November 1991, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack", S. 2.

Vermittlung neuer Technologien entscheidend mit. Von einem solchen Ausbildungszentrum gehen Synergien aus, die wir als mittel- und langfristige Entwicklungspotentiale für die Region und unseren Kanton betrachten. Die Realisierung des Ausbildungszentrums darf daher aus regionalpolitischen Gründen nicht in Frage gestellt werden."[876] Der Regierungsrat machte den Bundesrat darauf aufmerksam, dass ein Verbleib des Frauenwinkels im Inventar der Moorlandschaften die Realisierung des Vorhabens „zumindest ungemein erschweren, wenn nicht verunmöglichen" würde.[877]

Am 9. März 1992 fand eine Ortsbegehung des Gleisdreiecks „im Sack" mit Vertretern des BUWALs, dem PTT-Generaldirektor und Vertretern der Schwyzer Regierung statt.[878] Der Vertreter des BUWAL machte darauf aufmerksam, dass aus präjudiziellen Gründen eine vorzeitige definitive Abgrenzung der Moorlandschaft nicht möglich sei. In Bezug auf das Gleisdreieck spiele insbesondere der Sichthorizont für die Beurteilung der Moorlandschaft eine besondere Rolle. Die Regierungsvertreter hingegen wollten in erster Linie eine Entlassung des Gleisdreiecks aus dem Inventar-Perimeter erwirken, um den in der Planung weit fortgeschrittenen Ausbildungs- und Hotelkomplex nicht weiter zu verzögern. Die Regierung des Kantons Schwyz stellte sich auf den Standpunkt, dass das Problem eines optimalen Sichthorizontes nicht mit einem übertriebenen Perimeter, sondern vielmehr mit einer optimalen Gestaltung der geplanten Anlagen zu lösen sei. Der anwesende Direktor des BUWAL forderte den Regierungsrat auf, diese Aussage schriftlich an das BUWAL zu adressieren. Danach könne man einen Entscheid bis Ostern 1992 erwarten.[879] Am 18. März 1992 wurde das geforderte Schreiben verfasst und dem Direktoren des BUWAL zugestellt.[880]

Der Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern teilte den bundesrätlichen Entscheid dem Landammann des Kantons Schwyz am 13. April 1992 schriftlich mit.[881] Grundsätzlich hielt der Bundesrat fest, dass aufgrund des Verfassungszusatzes durch die Annahme der Rothenthurm-Initiative sämtliche Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung geschützt seien. „Ihrer generellen Forderung (…), es seien in Ihrem Kanton sämtliche Gebiete, die rechtskräftig einer Bauzone zugewiesen sind, aus dem Moorlandschaftsinventar zu streichen, können wir nicht stattgeben (…)."[882] In Bezug auf das Gleisdreieck zeigten sich das BUWAL und der Bundesrat jedoch einsichtig. Sie erachteten, dass die von der PTT geforderte Herausnahme des Geländedreiecks aus dem Perimeter der Moorlandschaft aufgrund der besonderen Lage, umgeben von Strasse und Bahnlinien, zu verantworten sei.[883] Dazu gab es auch eine rechtliche Begründung. Da das PTT-Vorhaben eine Bundesaufgabe darstellte, stand dieses rechtlich über dem Natur- und Heimatschutz. Im Gegenzug waren die PTT und der Bund grundsätzlich dazu verpflichtet,

[876] Ebenda, S. 3-4.
[877] Ebenda, S. 4.
[878] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Moorlandschaft Nr. 351 ‚Frauenwinkel'; Entlassung des Standortes des geplanten Ausbildungszentrums der PTT aus dem provisorischen Perimeter", Traktandum-Nr. 499, 17. März 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack", S. 1.
[879] Ebenda, S. 2.
[880] Schreiben des Landammannes und Regierungsrates des Kantons Schwyz an das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, „Moorlandschaft Nr. 351 ‚Frauenwinkel'; Entlassung des Standortes des geplanten Ausbildungszentrums der PTT aus dem provisorischen Perimeter", 18. März 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack".
[881] Schreiben des Vorstehers des Eidg. Departement des Innern an den Landammann und Regierungsrat des Kantons Schwyz, „Moorlandschaft Nr. 351 Frauenwinkel, Gemeinde Freienbach", 13. April 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack".
[882] Ebenda, S. 3.
[883] Ebenda, S. 2.

natur- und landschaftsschützerischen Bestrebungen Rechnung zu tragen. Aufgrund der Argumente konnte das Gleisdreieck aus dem Inventar entlassen werden. Gleichzeitig war die PTT verpflichtet, eng mit dem BUWAL zusammenzuarbeiten, um die angrenzende Moorlandschaft möglichst nicht zu beeinträchtigen.[884]

2.5.17.3 Erste Abweisung der Beschwerde bezüglich einer Umzonung des Gleisdreiecks

Unter dieser neuen Voraussetzung konnte die im Rahmen der Zonenplanrevision der Gemeinde Freienbach eingegangene Beschwerde des SBN, SNB, WWF Schweiz und WWF Sektion Schwyz am 20. Oktober 1992 vom Regierungsrat des Kantons Schwyz behandelt werden.[885] Aufgrund des geltenden Rechts erwiesen sich der WWF Schweiz und der SBN als nicht einspracheberechtigt. Als gesamtschweizerische Organisationen und nicht direkt betroffene Grundeigentümer hatten diese per Gesetz im Zonenplanverfahren keine Einsprachelegitimation. Die noch verbleibenden Einsprachen wies der Regierungsrat ab[886] und stützte den Entscheid auf vorhandene Expertisen ab. Diese kamen zum Schluss, dass das Gleisdreieck aufgrund der von Verkehrsinfrastrukturen begrenzten Situation einen Landschaftsausschnitt darstelle, „der weder durch Schönheit, noch durch Naturnähe oder Weite geprägt ist“.[887] Zudem sei keine wesentliche Beeinträchtigung von Natur und Landschaft zu erwarten. Etwaigen Beeinträchtigungen könnte durch eine „landschaftsgerechte Überbauung sowie projektbegleitende Massnahmen zur Einschränkung der Nutzung des Naturschutzgebietes als Naherholungsgebiet wirkungsvoll begegnet werden“.[888]

Gegen diesen Entscheid erhoben die Umweltschutzorganisationen beim kantonalen Verwaltungsgericht erneut Einsprache.

2.5.17.4 Bewilligungsverfahren Gestaltungsplan Ausbildungszentrum mit Hotel

Aufgrund der Aushandlungsresultate und Gerichtsentscheide bereiteten die Vertreter der PTT und der Hotel Seedamm AG die Eingabe des Bewilligungsgesuchs für den Gestaltungsplan „im Sack“ vor. Und dies, obwohl die Beschwerde der Umweltschutzorganisationen am Verwaltungsgericht bezüglich einer Umwidmung des Gleisdreiecks „im Sack“ noch hängig war. Am 27. August 1992 reichte die PTT Generaldirektion und die Hotel Seedamm AG das vom Planerbüro Feusi und Partner AG vorbereitete Gesuch für die Bewilligung des Gestaltungsplans mit Richtprojekt für das Ausbildungszentrum mit Hotel auf der Gemeindeverwaltung von Freienbach ein.[889] Der Gestaltungsplan „im Sack“ mit Richtprojekt wurde vom 4. September bis am 5. Oktober 1992 öffentlich aufgelegt.[890]

---

[884] Ebenda, S. 3.
[885] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Beschwerdesache SBN, SNB, WWF Schweiz und WWF Sektion Schwyz gegen den Gemeinderat Freienbach, betreffend Ortsplanung“, Traktandum-Nr. 1805, 20. Oktober 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“, S. 11.
[886] Ebenda, S. 11.
[887] Ebenda, S. 7.
[888] Ebenda, S. 9.
[889] Auszug aus dem Protokoll der Hochbaukommission, „Gestaltungsplan, PTT Generaldirektion, Zürich, Hotel Seedamm AG, Pfäffikon Gestaltungsplan ‚im Sack‘, Pfäffikon“, Traktandum-Nr.: 137, 2. November 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[890] Ebenda, S. 2.

Die Möglichkeit der Einsprache gegen den Gestaltungsplan ergriffen wiederum die bereits bekannten Umweltschutzorganisationen VSLZ, SNB, SBN, WWF Sektion Schwyz und WWF Schweiz. Hinzu kam die Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege (SL).[891]

Am 3. Dezember 1992 beschäftigte sich der Gemeinderat mit dem Bewilligungsgesuch und den Einsprachen.[892] Es zeigte sich, dass hier, wie auch beim Zonenplanverfahren, der SBN, der WWF Schweiz und die SL als Bundesorganisationen nicht einspracheberechtigt waren. Dasselbe galt in Bezug auf das Gestaltungsplanverfahren auch für die kantonalen Organisationen des WWF und des SNB, die, anders als beim Zonenplanungsverfahren, beim Gestaltungsplanverfahren nicht einspracheberechtigt waren. Einzig dem VSLZ als Liegenschaftsbesitzer im Frauenwinkel sprach der Gemeinderat eine Einspracheberechtigung zu. Zwar lag das Grundstück der VSLZ nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gleisdreieck, aber die 140 Meter Entfernung liessen aufgrund der örtlichen Bezogenheit eine Einsprachebefugnis zu. Trotz des Ausschlusses der meisten Umweltschutzorganisationen signalisierte der Gemeinderat, Anliegen und Einsprachepunkte der Organisationen in ihrer Beurteilung des Bewilligungsgesuchs zu berücksichtigen.[893]

In ihren Einsprachen bemängelten die Umweltschutzorganisationen die Gestaltung des Bauvorhabens hinsichtlich Höhe, Gebäudelänge, Kubaturen und Gliederung. Zudem stellten sich die Organisationen die Frage, ob die Gestaltung den Anforderungen landschaftsgerechter Bauweise zu genügen vermöge. Grundsätzlich wurde bezweifelt, dass die Umgebung des Ausbildungszentrums landschaftsgerecht, im Sinne eines harmonischen Übergangs von der Gewerbezone ins Schutzgebiet, bepflanzt werden könne.[894]

Bezüglich der Einwände der Umweltschutzverbände meinte der Gemeinderat, dass die Beanspruchung von Sonderbauvorschriften im Rahmen des Gestaltungsplans bescheiden sei. Eine Sonderbewilligung für die Gebäudelänge könne durch eine sachgerechte Gliederung und Bepflanzung sowie Materialisierung gemildert werden. Die Situierung des Richtprojekts zeige auch auf, „dass auch hochstämmige Bäume grossflächig bzw. reihenweise gesetzt werden können. Es schade dabei nichts, wenn einzelne Bauprojekte oder Teile davon weiterhin vom See her eingesehen werden können, denn es könne und müsse von den Projektierenden keineswegs gefordert werden, dass die gesamte Überbauung hinter den Bäumen zu verschwinden hat.“[895] Der Gemeinderat befand abschliessend, es sei statthaft, die notwendigen Ausnahmen hinsichtlich der Gebäudehöhe bei einer teilweisen Überschreitung von drei Metern und einer beidseitigen Überschreitung der Gebäudelänge um nahezu 100 Prozent zu gewähren. „Eine angemessene Beziehung zur baulichen und landschaftlichen Umgebung resultiert insofern, als vom See her die Hochhäuser in der ‚Breiten‘, Alpamare, Seedammcenter und Defensor eine nicht unwesentliche Hintergrundkulisse bilden. Durch die Begrünung der Dachflächen und eine partielle Bepflanzung kann eine landschaftliche Eingliederung erreicht werden.“[896]

---

[891] Ebenda, S. 3.
[892] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bewilligungen, Gestaltungsplan, PTT Generaldirektion, Zürich, Hotel Seedamm AG, Pfäffikon, Gestaltungsplan im Sack, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 1348, 3. Dezember 1992, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[893] Ebenda, S. 4.
[894] Ebenda, S. 8.
[895] Ebenda, S. 8.
[896] Ebenda, S. 13.

In der weiteren Abwägung behandelte der Gemeinderat die Verkehrsprobleme der Gemeinde. Mittlerweile hatte sich die verkehrliche Situation im Dorfzentrum insofern entschärft, als dass im Oktober 1992 ein Gesamtkonzept Verkehrsentlastung Freienbach präsentiert wurde. Bei diesem Gesamtkonzept war die Umfahrungsstudie Bonaccio nördlich entlang der SBB-Linie ein zentraler Bestandteil. Da die geplante Umfahrungsstrasse über das Gleisdreieck führen sollte, legte der Gemeinderat fest, dass entsprechender Raum freigelassen werden musste. Ähnliches galt für die Verbreiterungsabsichten der SOB der Gleisanlage Pfäffikon–Rapperswil. Der Raum für die Umfahrungsstrasse und die Gleiserweiterung musste durch die Zustimmung der Grundeigentümerin und der Bauherrschaft sichergestellt werden. Beide Freiflächen sollten im Rahmen von Baulinien im Gestaltungsplan gesichert und als Übergangszonen zum angrenzenden Moor ausgestaltet werden. Da auch weitere Punkte wie Grenz- und Strassenabstände, Abstellplätze oder Umweltverträglichkeit keine grösseren Einwände zuliessen, bewilligte der Gemeinderat den Gestaltungsplan.[897]

2.5.17.5 Verwaltungsbeschwerde gegen die Gestaltungsplanbewilligung

Die Bewilligung des Gestaltungsplans „im Sack“ durch den Gemeinderat löste im Januar 1993 eine Verwaltungsbeschwerde, adressiert an den Regierungsrat, aus.

Die SL wie auch der WWF Schweiz, SBN, WWF Sektion Schwyz und SNB fanden sich mit der nicht anerkannten Einsprachelegitimation gegen den Gestaltungsplan „im Sack“ nicht ab und wollten über den Beschwerdeweg eine Legitimation erwirken. In ihrer Argumentation bezogen sich die Rechtsvertreter der Umweltschutzorganisationen auf das im Bundesgesetz über Natur- und Heimatschutz verankerte Verbandsbeschwerderecht, welches bundesrechtlich zugelassenen Organisationen – dazu gehörten die besagten Umweltschutzorganisationen – die Zulassung zum kantonalen Beschwerdeverfahren ermöglichte.[898]

Auch der VSLZ leitete eine Verwaltungsbeschwerde ein, obwohl auf seine Einsprache, wenn auch ablehnend, eingegangen wurde.[899] Der Verband forderte nach wie vor eine Projektredimensionierung und die Sicherung der landschaftlichen Übergänge. Der Verband begründete diese Forderungen damit, dass aufgrund der Empfindlichkeit des Nachbargrundstücks Frauenwinkel „die Erteilung von weit überdimensionierten Ausnahmebewilligungen hinsichtlich Gebäudehöhe und Gebäudelängen in keiner Weise vertretbar ist“.[900] Grundsätzlich forderte der Verband, dass so lange kein Entscheid zur Veränderung der Bauparzelle gefällt werden dürfe, bis abschliessend über den genauen Verlauf des Moorlandschaftsperimeters im Frauenwinkel entschieden worden sei.[901]

Am 2. März 1993 verfügte das Justizdepartement des Kantons Schwyz eine Sistierung des Beschwerdeverfahrens bezüglich des Gestaltungsplans „im Sack“. Der Regierungsrat wollte den zu die-

[897] Ebenda, S. 13.
[898] Schreiben der Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege an den Regierungsrat des Kantons Schwyz, „Verwaltungsbeschwerde betreffend Gestaltungsplan ‚Im Sack‘, Freienbach SZ“, 20. Januar 1993, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[899] Schreiben des Verbandes zum Schutze des Landschaftsbildes am Zürichsee an den Regierungsrat des Kantons Schwyz, „Verwaltungsbeschwerde“, 26. Januar 1993, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[900] Ebenda, S. 2.
[901] Ebenda, S. 2.

sem Zeitpunkt noch offenen Entscheid des Verwaltungsgerichts bezüglich der Umzonung des Gleisdreiecks abwarten.[902]

2.5.17.6 Weitere Abweisungen von Beschwerden gegen Zonen- und Gestaltungsplan

Die Einsprache der Umweltschutzverbände gegen den Zonenplan wurde am 22. April 1993 am Verwaltungsgericht verhandelt. Dabei stützte das Verwaltungsgericht den regierungsrätlichen Entscheid, die vom Gemeinderat geplante Belassung des Gleisdreiecks „im Sack“ in der Gewerbezone zu bestätigen. Die Verwaltungsbeschwerden bezüglich der Zonenplanungsrevision wurden damit abgewiesen.[903]

Aufgrund dieses Entscheids konnte das Justizdepartement des Kantons Schwyz die Sistierung des Beschwerdeverfahrens gegen das Bewilligungsgesuch Gestaltungsplan mit Richtprojekt Ausbildungszentrum aufheben und die Beschwerdeverhandlungen am 2. Juni 1993 in Angriff nehmen.[904]

In einem ersten Teil der Beschwerdeabwägung behandelte der Regierungsrat die Einsprachelegitimation der Umweltschutzorganisationen. In diesem Punkt bestärkte der Regierungsrat die Position des Gemeinderats. Nach Planungs- und Baugesetz bestand für die Natur- und Heimatschutzverbände nur bei Zonen- und Erschliessungsplanung, nicht aber bei Gestaltungsplanverfahren eine Einsprache- und Rechtsmittelbefugnis.[905] Selbst dem VSLZ sprach der Regierungsrat im Gegensatz zum Gemeinderat die Einsprachelegitimation ab. Zwar besitze der Verband ein Grundstück im Frauenwinkel. Dieses befinde sich jedoch 140 Meter vom Gleisdreieck entfernt. Damit läge kein Recht auf Einsprache als Nachbar vor, da beispielsweise keine direkten Auswirkungen wie Schattenwurf zu erwarten seien. Auch ideelle Interessen wie Aussichtsschutz wurden aberkannt, da dies nur dort eingefordert werden könne, wo sich Menschen dauernd oder zumindest regelmässig aufhielten.[906] Auch auf der Ebene des Bundesrechts konnte den Umweltschutzorganisationen kein Anrecht auf Einsprache beschieden werden, da der Perimeter des Moorschutzinventars, wie bereits beschrieben wurde, im Rahmen der Perimeterverhandlungen zwischen der Hotel Seedamm AG, der PTT und dem BUWAL mittlerweile korrigiert worden war. Damit befand sich das Gebiet „im Sack“ nicht mehr innerhalb einer Moorlandschaft nationaler Bedeutung. Die Beschwerdebefugnis nationaler und kantonaler Organisationen erlosch damit. Auch konnte nach Umweltschutzgesetz kein Verbands-beschwerderecht geltend gemacht werden, da aufgrund der Projektgrösse keine Umweltverträglichkeitsprüfungspflicht vorlag.[907]

In einem zweiten Teil der Auseinandersetzung mit den Beschwerden ging der Regierungsrat auf die Beschwerdepunkte zusammenfassend ein, obwohl den Umweltschutzorganisationen die Beschwerdebefugnis abgesprochen worden war. Bezüglich der Beeinträchtigung der Moorlandschaft durch den

---

[902] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Beschwerdesache VSLZ, SL, SBN, SNB, WWF Schweiz und WWF Sektion Schwyz gegen den Gemeinderat Freienbach, Hotel Seedamm AG, PTT Generaldirektion, betreffend Gestaltungsplan (im Sack)“, Traktandum-Nr. 916, 2. Juni 1993, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“, S. 5; Siehe Kapitel 2.5.17.1 Forderung nach Umwidmung des Gleisdreiecks von einer Gewerbe- in eine Landwirtschaftszone.
[903] Ebenda, S. 5.
[904] Ebenda, S. 5.
[905] Ebenda, S. 7-9.
[906] Ebenda, S. 9-11.
[907] Ebenda, S. 11-15.

geplanten Neubau befand der Regierungsrat, dass gegenüber dem bereinigten Perimeter des Moorschutzinventars genügend Pufferfläche vorhanden sei. In den Ausführungen zu Gebäudelänge und -höhe folgte der Regierungsrat den Argumenten des Gemeinderats. Im Zusammenhang mit dem Richtprojekt könne weder von Allerweltsarchitektur noch von Grobklotzigkeit oder gar einer Chinesischen Mauer gesprochen werden. Der Regierungsrat beschied der Architektur aufgrund der aufgelockerten Bauweise, den transparenten Stahl-Glas-Passagen und der Unterteilung des Komplexes durch niedrige Zwischenbauten genügend gestalterische Qualität.[908] Auch die Einordnung des Projekts in die Landschaft könne nicht beanstandet werden. Eine Begrünung der Dachflächen und eine partielle Bepflanzung mit Bäumen würde die landschaftliche Eingliederung ermöglichen. Eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes konnte der Regierungsrat ebenfalls nicht erkennen, zumal vom See her gesehen die Hintergrundkulisse das Projekt teilweise überragte.[909] Abschliessend machte der Regierungsrat darauf aufmerksam, dass es sich beim vorgelegten Gestaltungsplan nur um ein Richtprojekt handelte. Eine detaillierte Interessenabwägung bezüglich Gestaltung und Einordnung könne erst nach Vorliegen eines konkreten Projekts im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens vorgenommen werden.[910] Der Regierungsrat wies daher gestützt auf seine Ausführungen sämtliche Beschwerden ab.[911]

2.5.17.7 Vergleich zwischen Umweltschutzorganisationen, PTT und Hotel Seedamm AG

Ausser dem VSLZ legten sämtliche bisher involvierten Umweltschutzorganisationen Beschwerde beim Verwaltungsgericht gegen die vorinstanzlichen Entscheide ein.[912] Mit dem Eingang der Beschwerde beantragten die Umweltschutzorganisationen gleichzeitig eine vorläufige Sistierung des Verfahrens. Die Sistierung wurde beantragt, da sich eine Einigung zwischen den Beschwerdeführern und den Beschwerdegegnern abzeichnete. Die PTT zeigte sich gegenüber den Umweltschutzorganisationen bereit, betreffend Erscheinungsbild und Umgebungsgestaltung des Ausbildungszentrums nach einer einvernehmlichen Lösung zu suchen.[913] Der Weg der Beschwerde mit gleichzeitiger Sistierung hatte den Vorteil, dass das Beschwerdeverfahren beim Verwaltungsgericht aufrechterhalten und gleichzeitig Raum für aussergerichtliche Verhandlungen zwischen den in den Prozess involvierten Akteuren geschaffen werden konnte.

Die Sistierung und die damit verbundene gegenseitige Bereitschaft, sich an einem Verhandlungstisch zusammenfinden, zeigte auch auf, dass die involvierten Parteien ihre Strategie ändern mussten, um ihre Interessen weiter verfolgen zu können. Insbesondere für die Umweltschutzorganisationen schien der Erfolg ihrer Bestrebungen im Rahmen des sich abzeichnenden Verlaufs des rechtlichen Verfahrens immer weniger gesichert. Die Gefahr war gross, dass die Beschwerden der Umweltschutzorganisationen gegen den Gestaltungsplan „im Sack“ auch vom Verwaltungsgericht abgewiesen wurden,

[908] Ebenda, S. 18.
[909] Ebenda, S. 19
[910] Ebenda, S. 20.
[911] Ebenda, S. 21.
[912] Zwischenbescheid vom 30. Juni 1993 des Verwaltungsgerichtes des Kantons Schwyz, „Beschwerdesache SL, SNB, SBN, WWF Schweiz und WWF Sektion Schwyz gegen den Regierungsrat des Kantons Schwyz, Gemeinderat Freienbach, Hotel Seedamm AG und Generaldirektion PTT“, betreffend Gestaltungsplan „Im Sack“, Traktandum-Nr. 602/93z und 603/93z, 30. Juni 1993, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[913] Ebenda, S. 2.

zumal dieser auch bereits bei den Einsprachen gegen den Zonenplan den gemeinderätlichen Entscheid stützte. Verhindert werden konnte das Projekt zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. Das Ziel der Umweltschutzorganisationen konnte nur noch sein, wenigstens einen Teilerfolg zu verbuchen. Den Umweltorganisationen verblieb in diesem Moment einzig die Zeit als Verhandlungsfaktor. Mit ihren Einsprachen konnten sie den Baubeginn weiter verzögern. Aus diesem Grund waren beide Parteien an einer Lösung am Verhandlungstisch interessiert.

Die mittlerweile rechtlich gestärkte Position des Aktor-Netzwerks „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm" stimmte dieses bezüglich einer erfolgreichen Umsetzung ihrer Interessen immer zuversichtlicher. Das Netzwerk konnte davon ausgehen, dass die Forderungen der Umweltschutzorganisationen aufgrund der neuen Faktenlage kaum mehr gegen die Grundinteressen des Netzwerkes verstossen würden. Ansonsten blieb der PTT und der Hotel Seedamm AG immer noch der Verfahrensweg, der in der momentanen Situation als erfolgversprechend galt. Im Aushandlungsprozess mit den Umweltschutzorganisationen war dieser Sachverhalt eine Rückversicherung und zugleich Druckmittel. An den Verhandlungstisch wollten die PTT und die Hotel Seedamm AG, um den Verfahrensweg abzukürzen.

Am 16. August 1993 stimmten sämtliche in den Beschwerdeprozess involvierten Parteien einem Vergleich zu.[914] So verpflichtete sich die Bauherrschaft, aufgrund eines redimensionierten Raumbedarfs der PTT auf die projektierten Attikageschosse zu verzichten. Weiter wurden die PTT und die Hotel Seedamm AG verpflichtet, bei der Gestaltung der Umgebung eine von den Umweltschutzorganisationen ausgewählte Fachperson beizuziehen und für deren Honorar aufzukommen. Der letzte Punkt umfasste die Aufhebung eines Bahnübergangs vom Gleisdreieck in den Frauenwinkel und die Integration eines 70 Meter langen Landstreifens nördlich der geplanten Bauten in die Umgebungsgestaltung. Dieser Reststreifen sollte insbesondere für Aufwertungsmassnahmen im Sinne eines Biotops verwendet werden. Auch hier hatte die Bauherrschaft für die Kosten aufzukommen. Als Gegenleistung wollten die Umweltschutzorganisationen ihre Beschwerden zurückziehen.[915]

Mit dem Vergleich und dem kurz darauf folgenden Rückzug der Einsprachen konnte das Beschwerdeverfahren durch das Verwaltungsgericht am 18. August 1993 als gegenstandslos abgeschrieben werden.[916] Damit wurde die Bewilligung des Gestaltungsplans durch den Gemeinderat rechtskräftig. Der Regierungsrat bestätigte den Entscheid am 28. September 1993.[917]

---

[914] Entscheid vom 18. August 1993 des Verwaltungsgerichtes des Kantons Schwyz, „Beschwerdesache SL, SNB, SBN, WWF Schweiz und WWF Sektion Schwyz gegen den Regierungsrat des Kantons Schwyz, Gemeinderat Freienbach, Hotel Seedamm AG und Generaldirektion PTT", betreffend Gestaltungsplan „Im Sack", Traktandum-Nr. 602/93z und 603/93z, 18. August 1993, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack".
[915] Ebenda, S. 3; Vercellone (1993).
[916] Entscheid vom 18. August 1993 des Verwaltungsgerichtes des Kantons Schwyz, „Beschwerdesache SL, SNB, SBN, WWF Schweiz und WWF Sektion Schwyz gegen den Regierungsrat des Kantons Schwyz, Gemeinderat Freienbach, Hotel Seedamm AG und Generaldirektion PTT", betreffend Gestaltungsplan „Im Sack", Traktandum-Nr. 602/93z und 603/93z, 18. August 1993, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack", S. 4.
[917] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Schwyz, „Gestaltungsplan ‚Im Sack', Freienbach, Genehmigung", Traktandum-Nr. 1689, 28. September 1993, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack", S. 6.

2.5.17.8 Baufreigabe Ausbildungszentrum mit Hotel PTT und Hotel Seedamm AG

Am 11. Mai 1984 wurde das aufgrund der Verhandlungen des Gestaltungsplans überarbeitete Bauvorhaben mit den Vertretern der Gemeinde Freienbach vorbesprochen.[918] Der Gemeinderat besprach das Projekt in einer weiteren Sitzung am 19. Mai 1994.[919] Das Vorprojekt wurde durch den Gemeinderat als bedarfsorientiert, kostenoptimiert, konkurrenzfähig und als Planung ohne überdotierte Reserven taxiert. An der Gemeinderatsitzung formulierte der Gemeinderat weitere Interessen und Wünsche in Bezug auf das Bauprojekt. So sollte die Baueingabe bei der Gemeinde so schnell wie möglich erfolgen, damit die Abstimmung zwischen der geplanten Umfahrungsstrasse Bonnacio und dem Bauprojekt geklärt werden konnte. In Bezug auf die Materialwahl und Umgebungsgestaltung sollte die Bauherrschaft in Kontakt mit einer Delegation des Gemeinderats treten. Hinsichtlich des geplanten Saals mit Platz für 340 Personen bei Bankett- und 500 Personen bei Konzertbestuhlung wurde die Möglichkeit einer autonomen Nutzung beispielsweise durch die Gemeinde, Vereine oder weitere Institutionen gewünscht. Als letzter Punkt forderte der Gemeinderat, dass die Parzelle „im Sack“ aus baurechtlicher Sicht und im Rahmen der Vereinbarungen mit den Umweltschutzorganisationen möglichst optimal genutzt werde, da in der Gemeinde Freienbach nachweislich zu wenig Gewerbeland vorhanden war.[920]

In der Zwischenzeit wurde das Vorprojekt in Bezug auf die geplante Umfahrungsstrasse Pfäffikon durch das Ingenieurbüro Ernst Basler und Partner geprüft.[921] Deren Beurteilung wurde am 16. Juni 1994 im Gemeinderat verhandelt.[922] Es wurden nur geringfügige Konflikte zwischen dem Umfahrungsprojekt und dem Bauvorhaben festgestellt.

Am 30. Juni 1994 informierte der Fernmeldedirektor der PTT, dass der Verwaltungsrat der PTT den Baukredit für das Ausbildungszentrum der Telecom PTT in Pfäffikon Schwyz zusammen mit einem weiteren Ausbildungszentrum in Martigny am 29. Juni 1994 bewilligt hatte.[923] Giger teilte dem Gemeinderat Freienbach mit, dass in Kürze das Baubewilligungsverfahren eingeleitet werden könne. Der Baubeginn wurde für Anfang 1995, die Eröffnung für Mitte 1998 geplant.[924]

Über eine Medieninformation wurde die Öffentlichkeit über das Neubauvorhaben informiert. Die Telecom PTT lege grössten Wert auf eine berufliche Grundausbildung, eine dauernde Fortbildung und auf gezielte Vorgesetztenschulung. Bis anhin fand die Ausbildung zentral in Bern statt. Die Verteilung der Ausbildungszentren nach Martigny, Olten und Pfäffikon solle zukünftig lange und zeitaufwändige Anfahrtswege für Kursteilnehmer verkürzen. Ursprünglich hätten sich für die Standorte über 60 Städte und Gemeinden beworben. Gegenüber den Einsprachen seitens der Umweltorganisationen zeigte

---

[918] Schreiben der Feusi + Partner AG an den Gemeinderat Freienbach, „9024 Pfäffikon SZ – Telecom Ausbildungszentrum mit Hotel“, 13. Mai 1994, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[919] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ausbildungszentrum Telecom PTT in Pfäffikon Information Aussprache vom 11. Mai 1994“, Traktandum-Nr. 536, 19. Mai 1994, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[920] Ebenda, S. 3.
[921] Schreiben der Ernst Basler und Partner AG an die Gemeindeverwaltung Freienbach, „Vorprojekt Telecom – Ausbildungszentrum – Planungszone Umfahrung“, 31. Mai 1994, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[922] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gestaltungsplan PTT Generaldirektion Zürich, Hotel Seedamm AG, Pfäffikon, Planungszone Umfahrungsstrasse“, Traktandum-Nr. 659, 16. Juni 1994, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[923] Schreiben der Direktion Rapperswil Telecom PTT an den Gemeinderat Freienbach, „Ausbildungszentrum der Telecom PTT in Pfäffikon SZ“, 30. Juni 1994, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan „im Sack“.
[924] Ebenda.

man sich versöhnlich. So seien die Umweltschutzverbände zu keinem Zeitpunkt Gegner gewesen, sondern Vertreter anderer Interessen, die man bewusst einzubinden versucht habe.[925]

Diese Aussage wies darauf hin, dass aus einer vorhergehenden Projektgegnerschaft auf dem Verhandlungsweg eine Allianzpartnerschaft gewachsen war, die auf gegenseitigen Zugeständnissen beruhte. Die Hotel Seedamm AG und die PTT versprachen Kompensationsmassnahmen und eine landschaftliche Eingliederung des Bauvolumens mit entsprechender Bepflanzung auf eigene Kosten. Die Umweltschutzorganisationen liessen sich dafür indirekt in das Aktor-Netzwerk „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm“ einbinden. Die Kräfteverhältnisse hatten sich aufgrund der Allianzbildungen zwischen der PTT, der Hotel Seedamm AG und den politischen Veranwortlichen auf Ebene Bund, Kanton und Gemeinde endgültig zugunsten des Aktor-Netzwerks „Kongresszentrum mit Hotel“ verschoben.

Ein Jahr später, am 24. August 1995, verkündete ein Artikel im Tages-Anzeiger den Start zum 110-Millionen-Neubau am Seedamm.[926]

2.5.17.9 Dissidenz – Ausstieg des Hauptaktionärs während der Bauphase

Im Frühjahr 1996, nach halbjähriger Bauzeit, verkündigte der *March-Anzeiger* einen Planungs- und Baustopp des Ausbildungs-, Hotel- und Kongresszentrums.[927] Grund für diesen Unterbruch war die Ankündigung der Generalunternehmung Mächler und Ramensperger gegenüber der PTT, aus der Hotel Seedamm AG auszusteigen. Eine höhere Standardfestlegung des Hotels hatte zu erheblichen Mehrkosten geführt. Eine Aktienkapitalerhöhung der Hotel Seedamm AG hätte durchgeführt werden sollen. Dazu war die Generalunternehmung Mächler und Ramensperger finanziell nicht in der Lage. Die Generalunternehmung beabsichtigte zudem, sich auf ihre Haupttätigkeit, den Immobilienbereich, zu konzentrieren.[928]

Das Bauvorhaben des Aktor-Netzwerks „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm“ war durch die Dissidenz eines Hauptakteurs akut gefährdet. Den verbleibenden Akteuren musste es gelingen, einen Ersatz zu finden, um die Realisierungschancen der eigenen Interessen aufrechtzuerhalten. Im Interesse der regionalen Wirtschaft wurde von allen Seiten Wert darauf gelegt, dass ein Investor aus der Region das Aktienkapital der Generalunternehmung Mächler und Ramensperger übernahm. Nach etlichen Verhandlungen zeigte sich die IWB Generalunternehmung aus Pfäffikon bereit, das Aktienpaket zu übernehmen. Die IWB war, wie es im Zeitungsartikel hiess, eine dem projektierenden Planer und Korporationspräsidenten Ulrich K. Feusi nahestehende Unternehmung.[929]

Voraussetzung für die Übernahme des Aktienpakets seitens der IBW Generalunternehmung war, dass ihr der Auftrag als Generalunternehmer für die Erstellung Ausbildungs-, Hotel- und Kongresszentrums

[925] Feichtinger (1994).
[926] Weinmann (1995).
[927] Anonym (1996).
[928] Ebenda.
[929] Ebenda. Die IWB Generalunternehmung ging aus der Feusi und Partner AG hervor und ist eine Tochterfirma der Feusi und Partner AG, www.iwb-gu.ch , Zugriff 27. Mai 2008

übertragen wurde. Die Generalunternehmung Mächler-Ramensperger zeigte sich mit diesem Schnitt einverstanden. Am 8. März 1996 wurden die entsprechenden Verträge unterzeichnet.[930]

Die neue Allianzbildung zwischen PTT, Hotel Seedamm AG und IBW Generalunternehmung erwies sich für das Bauvorhaben als Glücksfall. Ein Hauptakteur des Aktor-Netzwerks konnte durch einen Akteur mit ähnlichen Interessen ersetzt werden. Da der neue Allianzpartner, die IBW Generalunternehmung, in der Person von Ulrich K. Feusi als Planer des Projekts und Vertreter des Baurechtsgebers bereits ins Netzwerk integriert und dessen Interessen in die Planwelten eingewoben waren, mussten keine neuen Verhandlungen und Projektänderungen vorgenommen werden. Die Planung wie auch die Bauarbeiten konnten ohne grössere Verzögerungen wieder aufgenommen werden.

Trotz der Turbulenzen mit dem Absprung eines Hauptakteurs und der Integration eines neuen Allianzpartners konnte der Zeitplan eingehalten werden. Am 19. August 1998 nahm das Ausbildungs-, Hotel- und Kongresszentrum Hotel Seedamm Plaza seinen Betrieb auf.[931]

Mit der Eröffnung des Ausbildungs-, Hotel- und Kongresszentrums war der Erfolg der Rückübersetzung der Planwelt „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm – 1992“ in die Siedlungswirklichkeit besiegelt. Dieser Erfolg wurde zwar durch die Gründerakteure von Anfang an vorausgesetzt, war jedoch zu keinem Zeitpunkt gesichert. Der Entstehungsprozess des Aktor-Netzwerks wies einige kritische Momente wie Einsprachen der Umweltschützer, Konflikt zwischen Inventarentwurf für Moorlandschaften und Zonenplan, Absprung der Generalunternehmung während der Bauphase auf. Die Verbindungen des Aktor-Netzwerks „Hotel- und Kongresszentrum“ stabil zu verweben, gelang nur durch intensive Verhandlungen, das Integrieren weiterer Akteure sowie ein kontinuierliches Anpassen der Strategien und Handlungstaktiken der einzelnen Hauptakteure.

2.5.18 Die lokale planerische Praxis des Hotel- und Kongresszentrums am Seedamm

2.5.18.1 Die emergente Rolle des Architekten

In einem Interview in der Ausserschwyzer Zeitung wurde Ulrich K. Feusi gefragt, ob er je Zweifel am Gelingen des Projektes gehabt hätte. Feusi antwortete: „Ein solches Projekt kann man nur realisieren, wenn man keine Zweifel hat. Nein, ich habe nie gezweifelt. Trotz vielen und grossen Veränderungen, zum Beispiel dem Wechsel von der PTT zur Telecom und zur heutigen Swisscom, haben wir das Ziel nie aus den Augen verloren und uns darauf konzentriert – und es trotz allen Veränderungen bei der Bauherrschaft zu einem guten Ende geführt. (…) Heikle Probleme sind Herausforderungen. Und Herausforderungen zu meistern, ist ja gerade das, was Freude macht und den Stolz auf das gelungene Werk erhöht. Die grossen Herausforderungen bei diesem Projekt waren sicher die Erstellung des richtigen Fundaments für den ganzen Komplex und die Tatsache, dass wir einen Bauplan einzuhalten hatten, in dem das Wetter nicht eingetragen worden war. Freude macht, dass wir diese und andere Herausforderungen gemeistert haben.“[932]

Die Worte von Ulrich K. Feusi beschreiben die planerische Praxis in knappen Worten. Feusi verfolgte offensichtlich seine Interessen und Ziele innerhalb der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse und suchte für anstehende Probleme Lösungswege. Seine Aussagen zeigen auf, dass es beim Reagieren auf sich abzeich-

[930] Anonym (1996).
[931] Weinmann (1998); Hauck (1998).
[932] Hauck (1998).

nende Probleme und beim Lösen von Problemen insbesondere auf ein proaktives Handeln ankommt. Nur so können eigene Interessen in den Aushandlungsprozess eingebracht und Allianzpartnerschaften stetig neu bestätigt und geknüpft werden.

Städtebaulich wurde mit dem Neubau des Hotel- und Kongresszentrums das reichhaltige Freizeitangebot im Gwatt ergänzt. Der Standort Gwatt wurde dadurch zu einer immer bedeutenderen Adresse in der Zentralschweiz und emanzipierte sich zunehmend von den umliegenden Stadtzentren Zürich oder Rapperswil. Fehlende Überlegungen zur räumlichen Verwebung der bestehenden Anlagen führten zum heute noch ablesbaren Nebeneinander von unabhängigen Interessengefügen, die ihr vorhandenes synergetisches Potenzial nicht ausschöpfen können.

2.5.18.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm“

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.



Abb. 50: Flugaufnahme Pfäffikon SZ aus dem Jahre 1999, mit Seedammcenter, Kulturzentrum, Alpamare und Seedamm Hotel Plaza, www.freienbach.ch, Zugriff 15. September 2008, (Fotograf unbekannt, 1999).

2.6 Raumplanung Freienbach im Jahre 1993

2.6.1 Transformation der Siedlungswirklichkeit zwischen 1982 und 1993

Die Prognose der Raumplaner von 1972, die innerhalb von 15 Jahren eine Verdoppelung der Bevölkerung der Gemeinde Freienbach auf 15'800 Einwohner voraussagte, war nach rund 21 Jahren noch nicht eingetreten. Im Jahre 1993 zählte Freienbach 11'800 Einwohner und verfügte über ein Angebot von rund 6400 Arbeitsplätzen.[933] Ähnlich wie bei der Bevölkerungsprognose stellte sich auch bei der räumlichen Entwicklung Freienbachs die prognostizierte Dynamik nicht ein. Die ehemals ausgewiesenen Bauzonen verfügten somit noch über Reserven.

Die angesprochenen Verkehrsprobleme in Freienbach, insbesondere im Gwatt, führten zur Verzögerung der Bewilligungsverfahren und damit zu einer Verlangsamung der räumlichen Transformation. Zusammen mit den Kontroversen über die räumliche und verkehrliche Entwicklung des Gwatt führte dies sogar zum Abbruch der Verhandlungen rund um die Planungsvorhaben Gestaltungsplan Genossenschaft Migros und Erweiterung Kulturzentrum. Dafür prägten die trotz der widrigen Umstände erfolgreichen Rückübersetzungen wie die Erweiterung der Verwaltung der Charles Vögele AG und des Alpamare, insbesondere des Neubaus des Seedamm Hotel Plaza, das Siedlungsbild des Gwatt nachhaltig. Dazu beigetragen hatten auch die räumlichen Transformationen der hier nicht behandelten Planwelten am westlichen Rande des Gwatt wie der 1983 bewilligte Baubedarf und spätere Coop Do It, das 1987 bewilligte Gewerbehaus Seedamm AG an der Adresse Gwattstrasse 1 oder der 1987 bewilligte Feuerwehrstützpunkt mit Gemeindewerkhof.

Dass die Entwicklungen im Gwatt von 1972 bis 1982 nicht mit den ursprünglichen Erwartungen, Absichten und Voraussetzungen der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972" korrespondierten, wurde bereits angesprochen. Im Jahre 1972 sahen räumlich-qualitative Überlegungen übersetzt in den Zonenplan an den Hängen entlang der Autobahn A3 kleinmassstäbliche Bauten vor. Dies hatte zur Einzonung der Hanglagen in zweigeschossige Wohnzonen W2 geführt. Mit den Wohnzonen W3, W4 und der Wohn- und Gewerbezone WG4 sollten räumliche Übergänge von der Gewerbezone Gwatt zur Kernzone ausgebildet werden.

Die tatsächliche räumliche Entwicklung im Gwatt folgte zwischen 1972 bis 1993 einer geradezu gegenteiligen Richtung. Anstelle der durch die Raumplaner vorausgesetzten Wohn- und Einfamilienhäuser wurden Teile des Alpamare, des Kulturzentrums, des Seedammcenters und deren Erweiterungen, die Migrol-Tankstelle, die Prüfhalle des Strassenverkehrsamtes, der Baubedarf und spätere Coop Do It, das Gewerbehaus und der Feuerwehrstützpunkt mit Gemeindewerkhof – im engeren Sinne alles reine Gewerbenutzungen – in den Wohnzonen W2, W3, W4, WG4 erstellt. Die Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1972" und die revidierte Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1982" setzten offensichtlich Allianzbildungen voraus, die nicht den tatsächlichen Interessen entsprachen.

[933] Bericht und Antrag zur Gemeindeversammlung vom 5. November 1993, „Traktandum 1, Ortsplanung Freienbach", 30. September 1993, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 9.

Anstelle einer durch die Raumplanung intendierten wohl proportionierten Körnung der Siedlungswirklichkeit in Bezug auf die Topografie fanden überdimensionierte und teilweise automonumentale Rückübersetzungen der Aktor-Netzwerk-Interessen in die Siedlungswirklichkeit statt. Statt als raumplanerisch erwünschter räumlich-qualitativer Übergang zwischen dem ursprünglichen Dorfzentrum und der Gewerbezone, zeigte sich das Gwatt als eine räumlich fragmentierte und ausdifferenzierte Stadtlandschaft.

Die einzige Zielvorstellung der Zonenplanung von 1972 und 1983, die sich, betrachtet man die gesamte Gemeinde, wahrnehmbar auf die Siedlungswirklichkeit auswirkte, betraf die Begrenzung des Siedlungsgebiets. Die konzeptionelle Festlegung „hier bauen – dort nicht" bewirkte, dass sich, abgesehen von land- und forstwirtschaftlichen Nutzbauten und Verkehrs- wie Versorgungsinfrastrukturen, die baulichen Entwicklungen innerhalb der festgelegten Zonengrenzen abspielten. Anbetracht der Tatsache, dass die Zonen 1972 sehr grosszügig angelegt wurden, stellt sich heute die Frage, inwiefern die Einhaltung der Bauzonengrenzen dem alleinigen Verdienst der Raumplanung zuzuschreiben ist, oder eben auch weitere soziotechnische Faktoren, wie Wirtschaftlichkeit der Erschliessung, Erreichbarkeit, Nähe zu Zentren etc., das Ihre zu dieser erfolgreichen Fügung beigetragen haben.

2.6.2 Die lokale planerische Praxis der Zonenplanung Freienbach bis 1993

2.6.2.1 Die emergente Rolle der Planer

Die beschriebenen Interessensverhandlungen, Verschiebungen der Machtpositionen und die damit verbundenen räumlichen Transformationen bildeten den Ausgangspunkt für die Überarbeitung der Zonenplanung. Die Rolle der Raumplaner bei der Entstehung der Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1972" wie auch bei der ersten Rückübersetzungsphase wurde bereits als passiv beschrieben. Dies änderte sich auch in der Zeitspanne von 1982 bis 1993 nicht. Raumplanerische und städtebauliche Bestrebungen und Ziele wurden durch die Raumplanung meist nur passiv durch gesetzliche Bestimmungen in Form der Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1982" in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen vertreten. Aufgrund der zunehmenden Brüche in der Übersetzungskette gelang es der Raumplanung nicht mehr, auf die gesellschaftlichen Raumproduktionsprozesse zu reagieren. Die Raumplanung wurde ersetzt durch eine neuartige Form der Raumproduktion, „die Stadt nicht plant, sondern herstellt".[934]

2.6.2.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung

• Dissidenz – Partnergewinnung und Rollenbildung fehlen

Aufgrund der Eigendynamik der räumlichen Entwicklung und der Häufung der Ausnahmebewilligungen durch die politischen Ämter wurde der Raumplaner als Sprecher für die Raumplanungswelten zunehmend infrage gestellt und Schritt für Schritt entbehrlich. Gleichzeitig vergrösserte sich damit der Interpretationsspielraum der raumplanerischen und städtebaulichen Forderungen. Es oblag den Architekten, sich die Freiräume innerhalb der Voraussetzungen zu suchen, und es oblag den Bautechnikern und Gemeinderäten, Sonderbewilligungen zu beurteilen und abzuwägen. Damit wurden die Instrumente der Raumplanung in die Hände von Akteuren gelegt, die andere Interessen vertraten und verfolgten. Die Architekten konzentrierten sich auf ihre Objekte und architektonische Aspekte. Die Bewilligungsbehörden suchten nach Möglichkeiten, wirtschaftliches und damit räumliches Wachstum mit Ausnahmebewilligungen zu ermöglichen. Die Bauverwaltungen kontrollierten, ob die Aus-

[934] Luchsinger (2008), S. 280.

nahmebewilligungen durch die Architekten auch eingehalten wurden. Bauherren und Investoren versuchten die so entstehenden Verhandlungsspielräume geschickt auszunutzen, um die Rückübersetzungschancen der eigenen Interessen zu verbessern.

Raumplanerische Interessen fanden kaum mehr Eingang in die Aushandlungsprozesse, wurden als nicht relevant eingestuft oder deren Notwendigkeit gar nicht erst verstanden. Räumlich-qualitative Intentionen parzellengrenzenüberschreitender Beziehungen und Übergänge zwischen den Objekten wurden so in keinem der besprochenen Fallbeispiele in die Aushandlungsprozesse eingebracht. Dies hatte zur Folge, dass sich sämtliche Interessen der Aktor-Netzwerke auf die Bauvorhaben und deren Nutzungsmöglichkeiten konzentrierten und Fragen einer städtebaulichen Beziehungsfähigkeit zur Umgebung konsequent ausgrenzten.

2.6.2.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Zonenplanung Freienbach" mit Fokus Gwatt bis 1993

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.

2.6.3 Die Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1993" mit Bauordnung

2.6.3.1 Inhalte der Planwelt „Zonenplanung Freienbach – 1993"

Eine erste Möglichkeit für eine Anpassung der Diskrepanz zwischen Zonenplan und Siedlungswirklichkeit bot sich mit der Zonenplanrevision von 1982. Diese wurde damals nicht ergriffen, sondern erst mit der Revision von 1993 in Angriff genommen.

Wie es im Bericht und Antrag zur Gemeindeversammlung vom 5. November 1993 hiess, war das Siedlungswachstum der letzten Jahrzehnte Grund für die Inangriffnahme der Revision der Ortsplanung und Bauordnung Ende der 1980er Jahre.[935] Durch das grosse Siedlungswachstum seien einerseits Vorstellungen der damaligen Planung überholt worden. Andererseits hätten sich die Entwicklungs- und Gestaltungsabsichten der Behörden wie auch der Bevölkerung in wesentlichen Punkten geändert. „Ein verlangsamtes Wachstum, die Begrenzung des Siedlungsraumes, die Verdichtung nach innen, die Erhaltung charakteristischer Landschaften – um einige Beispiele zu nennen – wurden zu wichtigen Aspekten für die Gestaltung unseres Lebensraumes."[936]

Am 17. Januar 1986 wählte der Gemeinderat eine elfköpfige Kommission zur Revision der Ortsplanung und Bauordnung.[937] In 56 Sitzungen beschäftigte sich die Kommission zusammen mit den Raumplanern mit den Zonenplänen der fünf Dörfer der Gemeinde Freienbach. Bis anhin umfasste der Zonenplan lediglich Bauzonen. Was ausserhalb lag, galt als übriges Gemeindegebiet. Neu wurde der Zonenplan über das ganze Gemeindegebiet angelegt. Darin sollten neben Bauzonen auch Landwirtschaftszonen, Schutzzonen und andere Zonen vorkommen. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen entwickelte die Kommission ein Leitbild als Grundlage für die Überarbeitung des Zonenplans. Es umfasste Vorstellungen und Wünsche bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Gemeinde Freienbach und fand eine Gliederung in verschiedene Unterthemen.

---

[935] Bericht und Antrag zur Gemeindeversammlung vom 5. November 1993, „Traktandum 1, Ortsplanung Freienbach", 30. September 1993, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 2.
[936] Ebenda, S. 2.
[937] Ebenda, S. 3.

- Siedlung: „Entwicklungsberuhigung durch massvolle Einzonung, Verminderung des Pendlerdefizites durch Schaffung von Arbeitsplätzen, Förderung des Wohneigentums durch verdichtete Bauweise, bessere Verfügbarkeit des Baulandes anstreben durch Unterstützung von Erschliessungsprojekten, Gestaltung der Dorfkerngebiete durch entsprechende Bauvorschriften und ansprechende Gestaltung der Verkehrs- und Freifläche, erhöhte Lebensqualität durch die Schaffung von Grünräumen und Trenngürteln.“[938]

- Landschaften/Landwirtschaft: „Erhaltung von Naturobjekten, Naturschutzgebieten und Kulturlandschaften durch Unterschutzstellung, Zurverfügungstellung geeigneten Kulturlandes für die Landwirtschaft, vermehrter Seezugang für die Öffentlichkeit durch geeignete Zonenvorschriften.“[939]

- Verkehr: „Steigerung der Wohnqualität durch Gestaltung der Strassenräume, Sicherheit für Fussgänger und Radfahrer, Sicherstellung von Landflächen für geeignete Umfahrungsstrassen.“[940]

- Öffentliche Anlagen: „Ausscheiden von genügenden Landreserven für Schulen, Sport, Verwaltung und Ver- und Entsorgungsanlagen.“[941]

Im Anschluss an die Kommissionsarbeit wurden die Zonenplanentwürfe durch den Gemeinderat in mehreren Aushandlungssitzungen behandelt und am 19. Dezember 1988 dem Justizdepartement zur rechtlichen Vorprüfung zugestellt.[942] Nach der Vorprüfung eröffnete der Gemeinderat zusammen mit den Raumplanern am 20. November 1990 ein Mitwirkungsverfahren für die Bevölkerung der Gemeinde Freienbach. An drei Abenden konnte sich die Bevölkerung mit den überarbeiteten Planwelten der Ortsplanung und der Bauordnung auseinandersetzen und schriftlich dazu Stellung nehmen. Diese Möglichkeit wurde mit über 100 eingetroffenen Anregungen aktiv genutzt. Aufgrund der eingereichten Wünsche wurden verschiedene Änderungen bei der Ortsplanung vorgenommen. Die erste öffentliche Auflage der Zonenpläne und des Baureglements fand vom 7. Juni bis 8. Juli 1991 statt. Die insgesamt 75 eingereichten Einsprachen wurden behandelt, wovon 59 abgelehnt und deren 16 entsprochen werden konnte.[943] Unter den Einsprachen befanden sich auch welche der Umweltschutzorganisationen, die eine Umwidmung der Gewerbezone „im Sack“ in eine Landwirtschaftszone anstrebten.[944]

Vom 8. November bis am 9. Dezember 1991 wurden die überarbeiteten Planwelten ein zweites Mal aufgelegt. In dieser Frist erhoben die Umweltschutzorganisationen wiederum Einsprache gegen die Zonenplanrevision. Wie bereits beschrieben, wurden diese Einsprachen bis zum Verwaltungsgericht weitergezogen. Das Verwaltungsgericht stützte die Beschwerden nicht. Damit verblieb das Gebiet „im Sack“ in der Gewerbezone. Die aus den Beschwerden gegen das Baureglement resultierenden Abänderungen der Ortsplanung und insbesondere des Baureglementes wurden am 2. Juli 1993 ein drittes Mal aufgelegt. Nach dieser Auflage konnte die Ortsplanung der Volksabstimmung zugeführt werden.[945]

---

[938] Ebenda, S. 4.
[939] Ebenda, S. 4.
[940] Ebenda, S. 4.
[941] Ebenda, S. 4.
[942] Ebenda, S. 3.
[943] Ebenda, S. 3.
[944] Siehe Kapitel 2.5.17.1 Forderung einer Umzonung des Gleisdreicks von der Gewerbezone in eine Landwirtschaftszone.
[945] Bericht und Antrag zur Gemeindeversammlung vom 5. November 1993, „Traktandum 1, Ortsplanung Freienbach“, 30. September 1993, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 4.



Abb. 51: Remund und Kuster Büro für Raumplanung AG, „Vorlage für die Gemeindeversammlung vom 5. November 1993, MST: 1:7500, Zonenplan Siedlung Pfäffikon“, Volksabstimmung am 28. November 1993, 5. Mai 1972, Archiv Bauamt Freienbach.

Der Gemeinderat beschrieb im Bericht und Antrag zur Zonenplanrevision den rechtlichen Aushandlungsprozess sehr nüchtern. „Es liegt in der Natur der Sache, dass in der Bodenpolitik Konflikte unvermeidbar sind, weil Zielvorstellungen aus den verschiedensten Kreisen sich einander oftmals diametral gegenüber stehen. Nur wenn alle Beteiligten bereit sind, die berechtigten Anliegen der anderen Seite anzuerkennen, können Kompromisse gefunden werden, die letztlich im Interesse aller zu einer ausgewogenen Lösung führen.“[946]

Am 28. November 1993 stimmte die Bevölkerung der Gemeinde Freienbach über die Ortsplanung und das neue Baureglement ab. Mit einer Beteiligung von 38,5 Prozent stimmten 2167 dafür, 592 dagegen, und 159 gaben ihren Stimmzettel leer ab.[947] Mit der Annahme der Revision konnte die Planwelt dem Regierungsrat des Kantons Schwyz übergeben werden. Dieser genehmigte die Ortsplanung am 29. März 1994, woraufhin die Unterlagen rechtskräftig wurden.[948]

2.6.3.2 Änderungen der Nutzungsplanung Freienbach und des Baureglements im Vergleich zur Ortsplanung von 1972 am Beispiel Gwatt

Im Vergleich zum Nutzungsplan von 1972 wurden mit der Genehmigung der Ortsplanung im Gwatt vor allem die sich in den 1970er Jahren abzeichnenden Korrekturen wahrgenommen. Das Areal der Prüfhalle des kantonalen Strassenverkehrsamtes, welche teilweise in der Wohn- und Gewerbezone WG4 und der Wohnzone W4 lag, sowie das Areal des Feuerwehrstützpunktes mit Gemeindewerkhof, welcher in der Wohnzone W4 erstellt wurde, wurden der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (ZöBA) zugeteilt. Die Parzelle der 1973 bewilligten und teilweise in den Wohnzonen W3 und W2 erstellten Kantonsschule wurde ebenfalls in die ZöBA umgewidmet. Die übrigen Parzellen im Gwatt, auf denen sich Teile des Seedammcenters, Migrol-Tankstelle, Baubedarf, Alpamare, Kulturzentrum und Gewer-

[946] Ebenda, S. 3.
[947] Cölestin Zehnder, „Abstimmungsergebnisse zu Baureglementen, zu Zonenplänen der Gemeinde Freienbach“, 11. April 2007, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung (nicht veröffentlichte Zusammenstellung).
[948] Protokoll der Gemeindeversammlung, „Traktandum 11, Zonenplanänderungen Windeggweg, Eulen, Summelen, Inneres Gwatt, Seedamm, Landwirtschaftliche Schule“, 13. April 2000, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung.

behaus befanden, die in Wohnzonen W2, W3, W4 sowie Wohn- und Gewerbezonen WG4 erstellt wurden, wurden der Zone für Gewerbenutzung zugeführt.

Im Gegensatz zur Nutzungsplanung fand bei der Baugesetzgebung mit der Revision von 1983 eine grössere Anpassung statt, weswegen hier auch der Vergleich der Baugesetzgebung von 1983 mit der neuen Gesetzgebung von 1993 gewählt wurde. Zudem wurden nur die für das Gwatt relevanten veränderten Bestimmungen der Gewerbezonen beigezogen.

Abänderungen gab es in Bezug auf die Gewerbezonen hinsichtlich minimaler Grenzabstände, welche neu mindestens drei Meter im Gegensatz zu zweieinhalb Metern aufweisen mussten. Die maximale Gebäudelänge verblieb bei 60 Metern, während die Gebäudehöhe von 12 auf 13 Meter und die Firsthöhe von 15 auf 17 Meter angepasst wurde. Der Zusatz bezüglich Ausnahmebedingungen wurde neu formuliert, inhaltlich aber nicht verändert. Im Sinne der Förderung einer ansprechenden, ortsbaulichen Quartiergestaltung konnte der Gemeinderat im Rahmen von Gestaltungsplänen nach wie vor Ausnahmen von internen Grenz- und Gebäudeabständen, Mehrlängenzuschlägen sowie von den Gebäudelängen und -höhen, Geschosszahlen und Anzahl Wohnungen gewähren. Neu genügte eine Mindestfläche von 3000 Quadratmeter im Gegensatz zu 5000 Quadratmeter, um einen Gestaltungsplan zu erlassen.[949] Mit den Anpassungen des Zonenplans bei der Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1993“ wurden im Gegensatz zur Planwelt „Zonenplan Freienbach – 1972“, der hauptsächlich noch mit räumlich-qualitativen Zielen arbeitet, die räumlichen Entwicklungen mehr oder weniger nachgezeichnet. Die im Zusammenhang mit der Erweiterung der Verwaltung der Charles Vögele AG im Jahre 1987 angesprochene und reklamierte kalte Zonenplanänderung wurde damit indirekt Wirklichkeit.[950]

2.6.4 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Raumplanung Freienbach – 1993“

2.6.4.1 Die emergente Rolle der Planer

Die Raumplaner frischten mit der Planwelt „Raumplanung Freienbach – 1993“ mehr oder weniger die Ziele aus dem Jahre 1972 auf. Neue quantitative Ziele wie Entwicklungsberuhigung durch massvolle Einzonung, Nachverdichtung, Verminderung des Pendlerdefizites oder qualitative Ziele wie erhöhte Lebensqualität durch die Schaffung von Grünräumen wurden hinzugefügt. Die Ziele wurden erstmals im Sinne eines Leitbildes formuliert und in Bezug zu einzelnen Massnahmen im Zonenplan von 1993 gestellt. Mit dieser Verwebung der Ziele und Interessen der Raumplaner in ihre Planwelt schien die Raumplanung bestens vorbereitet für die zukünftigen räumlichen Entwicklungen.

2.6.4.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Zonenplanung an gesellschaftliche Bedingungen anpassen

Die Zonenplanung Freienbachs wurde aufgrund der Diskrepanzen zwischen der Siedlungswirklichkeit und der Planwelt von 1972 in Angriff genommen. Gleichzeitig sollten neue gesellschaftliche Bedürfnisse in die Planwel-

[949] „Bauordnung mit Zonenplan Gemeinde Freienbach 1982“, Urnenabstimmung 28. November 1982, Genehmigung Regierungsrat 22. Februar 1983; „Baureglement Ortsplanung Freienbach“, Urnenabstimmung 28. November 1993, Genehmigung Regierungsrat 29. März 1994.

[950] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 108/86, Seedamm-Immobilien AG, Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage und Parkplatzanlagen“, Traktandum-Nr. 888, 26. Juni 1987, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedamm-Center.

ten eingewoben werden. Damit war die Aufgabenstellung an die Planer inhaltlich formuliert. Die Raumplaner, diesmal Vertreter des Planungsbüros Remund und Kuster, nahmen die Vorgaben auf und ergänzten sie. So kamen aus der Sicht der Raumplanung zur Begrenzung des Siedlungsraums neue Themen wie Verdichtung nach innen oder die Erhaltung charakteristischer Landschaften hinzu.[951] Wie bereits im Jahre 1972 standen auch diese Ziele im Zusammenhang mit einem international geführten Diskurs, welcher das europaweite Phänomen der dispersen Siedlungsentwicklung um 1970/1980 thematisierte und entsprechende Lösungsansätze diskutierte.[952] Mit der Aufgabenstellung einer modifizierten Zonenplanung verbunden war auch eine Reihe von Rollenerwartungen an die Auftraggeber, Verwaltungen, Bevölkerung, Wirtschaft oder technische Entwicklungen, die erst noch ihre gesellschaftlichen Entsprechungen finden mussten.

• Partnergewinnung – Überzeugungsarbeit der Raumplaner innerhalb Kommissionen und Bevölkerung

Den Raumplanern wurde eine 11-köpfige Kommission zur Seite gestellt, die in einer ersten Phase die Planwelten zu verhandeln hatten. Dabei lag es an den Planern, mit ihren Plänen, Skizzen, Diagrammen und Tabellen Interessen abzuwägen, in ihre Arbeiten einzubinden und dadurch Schritt für Schritt erste vage Allianzpartner zu finden. Nachdem die erarbeiteten Planwelten durch die Kommission mehrheitlich unterstützt wurden, wurde ein nächster Schritt eingeleitet. Im Rahmen eines Mitwirkungsverfahrens erhielt die Bevölkerung die Möglichkeit, ihre Interessen zu kommunizieren und in die Aktor-Netzwerke einzubringen. In der Folge wurden diese Interessen und Wünsche der Bevölkerung innerhalb der Kommission verhandelt und in die Planwelten eingewoben. Diese Arbeit bildete das Feld erster vager Allianzbildungen mit der Bevölkerung. Gewissermassen wurde ein Bestehen der Planwelten innerhalb der Gesellschaft vorsondiert.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Langwierige Aushandlungsrunden vor den gerichtlichen Institutionen

Die Auflagefrist wurde zum ersten wirklichen Testfall der Planwelten. Ihr Erfolg hing davon ab, ob und wie die Allianzen innerhalb der Aushandlungsprozesse bestehen konnten. Beispielsweise konnte es auch den Umweltschutzorganisationen durch Öffentlichkeitsarbeit oder in einem engeren Sinne durch ein Interessement (Partnergewinnung) gelingen, einzelne Akteure aus der noch vagen Allianz rund um den Zonenplan der Planer und Kommission an ihre Interessen zu binden. Eine Verschiebung der Allianzen aufgrund von Dissidenzen zugunsten der Umweltschützer hätte unweigerlich zum Scheitern der Planwelt „Zonenplanung Freienbach 1993" führen können. Diesbezüglich wegweisend war der Moment, als es den politischen Allianzpartnern der „Zonenplanung Freienbach 1993" gelang, die Wissenschaftler und Raumplaner des BUWAL mit einer Überarbeitung des Perimeters des Moorschutzinventars als zusätzliche Partner zu gewinnen. Damit wurde eine rechtliche Grundlage geschaffen, die es dem Regierungsrat und dem Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz ermöglichte, die Einsprachen beispielsweise der Umweltschutzorganisationen abzuweisen. Dieselbe Machtverschiebung verbesserte damals auch die Realisierungschance des Hotel- und Kongresszentrums im Gleisdreieck.

• Bewährungsprobe – Die „Raumplanung Freienbach – 1993" wird in der Urnenabstimmung angenommen

Nach einer Reihe schwieriger gerichtlicher Verhandlungen stellte auch hier die Urnenabstimmung die eigentliche Bewährungsprobe der Planwelt „Raumplanung Freienbach – 1993" dar. Mit Annahme der Planwelt durch die Bevölkerung fand sie zumindest für diesen Moment eine gesellschaftliche Entsprechung. Die Bevölkerung sah ihre Interessen in der Raumplanung mit Zonenplan und Baureglement gewahrt, und eine Mehrheit betrachtete die Realisierungschancen ihrer Interessen sogar als verbessert oder sah sie zumindest nicht als gefährdet an. Dadurch wurden die Planwelt „Raumplanung Freienbach – 1993" und mit ihr die Planer als Sprecher der Allianz aus Gemeindebehörden, -verwaltung, Regierungsräten, Kommission, Mitwirkenden, Bevölkerung, Planern und Gerichten bestätigt.

---

[951] Bericht und Antrag zur Gemeindeversammlung vom 5. November 1993, „Traktandum 1, Ortsplanung Freienbach", 30. September 1993, Staatsarchiv Kanton Schwyz, Gemeinde Freienbach, Raumplanung, S. 2.
[952] Fürst, Scholles (2008), S. 36.

2.7 Rückübersetzungen der Planwelt der Raumplanung über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

• ERWEITERUNG KULTURZENTRUM

2.7.1 Die Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1998“ der Charles Vögele AG

2.7.1.1 Vorgeschichte

Die Entstehungsgeschichte und die Aktor-Netzwerk-Bildung rund um das 1976 eröffnete Kulturzentrum und das 1993 an der Detailplanung, Absage der Landesausstellung CH 91 und einer Prioritätenverschiebung seitens der Bauherrschaft gescheiterte Erweiterungsprojekt wurden bereits rekonstruiert.

Als Grund für die Wiederaufnahme der Erweiterungsabsicht fünf Jahre später nannte Ulrich K. Feusi die damalige Absicht des mittlerweile 74-jährigen Charles Vögele, sein Firmenimperium neu zu strukturieren.[953] So wurden 1997 100 Prozent des Aktienkapitals der Charles Vögele Holding AG an die neu gegründete Allux Holding übertragen. Die Allux Holding wurde später in Charles Vögele Holding AG umbenannt.[954] Die Seedamm Immobilien AG und mit ihr die Gebäude und Anlagen des Seedammcenters mit Verwaltung verblieben in der Familie von Charles und Agnes Vögele.[955] In diesem Zusammenhang beabsichtigten Charles Vögele und seine Frau Agnes, das Kulturzentrum in eine Stiftung zu überführen.[956] Gleichzeitig sollte das Kulturzentrum erweitert werden, da das Platzproblem nach wie vor bestand.[957]

Gemäss Ulrich K. Feusi sollte die Überführung in eine Stiftung nach ausdrücklichem Wunsch von Charles Vögele nur geschehen, wenn sich die Korporation Pfäffikon bereit zeigte, die Baurechtsparzelle, auf welcher das Kulturzentrum stand, der Stiftung zu verkaufen. Vögele wollte eine Stiftung vermeiden, die mit einem Baurecht verbunden war.[958]

Obwohl die Korporation Pfäffikon Mitte der 1970er-Jahre den Entschluss gefällt hatte, kein Land der Korporation mehr zu verkaufen, sondern nur noch im Baurecht abzutreten, beantragte der Verwaltungsrat, den Korporationsbürgern Charles und Agnes Vögele respektive ihrer Stiftung das Land zu verkaufen. Für diesen Antrag gab es gemäss Feusi zwei Gründe. Zum einen war Vögele ein wichtiger Kunde der Korporation. Die Korporation Pfäffikon hatte seinem Unternehmen die Entwicklung im Gwatt und die Mehreinnahmen durch den Baurechtszinsertrag zu verdanken. Gleichzeitig bestand die Gefahr, dass Vögele sein Kulturzentrum verlegte.[959] Da Vögele in Bern im Jahre 1976 auch die Galerie Jürg Stuker AG übernommen hatte,[960] war dieses Szenario nicht unbegründet. Damit dieses Szenario nicht eintreffe, habe sich auch die Gemeinde Freienbach eingesetzt. Denn für die Gemeinde

[953] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[954] www.charles-voegele.com, Zugriff am 8. Mai 2008.
[955] Interview mit Hanspeter Gisler, Zentrumsleiter Seedammcenter, 23. Juli 2007.
[956] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[957] Feusi und Partner AG, Kurzbericht zu Gestaltungsplan und Richtprojekt, „Annexbau Seedamm Kulturzentrum, 8808 Pfäffikon, Änderung Gestaltungsplan“, 10. März 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[958] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[959] Ebenda.
[960] www.charles-voegele.com, Zugriff am 8. Mai 2008; www.galeriestuker.ch, Zugriff am 8. Mai 2008

habe das Kulturzentrum über die Jahre an Bedeutung gewonnen.[961] Aufgrund dieser Zusammenhänge konnte Vögele erste Allianzen bilden, welche die Realisierung einer Stiftung er-möglichen würden. Im Jahre 1998 wurde sie schliesslich gegründet.[962]

Da Vögele bezüglich des Landverkaufs mit dem Präsidenten der Korporation Pfäffikon, Ulrich K. Feusi, verhandelte, der auch Inhaber des gleichnamigen Planungsbüros war, lag es nahe, dass die beiden über die Details des beabsichtigten Kulturzentrum-Erweiterungsbaus ins Gespräch kamen. Das Büro Feusi und Partner AG erhielt daraufhin den entsprechenden Auftrag. Wie bereits beim Seedamm Hotel Plaza war Feusi damit in zweifacher Funktion in das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Kulturzentrum“ eingebunden: als Planer und als Korporationspräsident.

2.7.1.2 Inhalte der Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1998“

Da das Büro Feusi und Partner AG für die Erweiterung des Kulturzentrums ein neues, sich mit dem bereits abgeänderten Gestaltungsplan von 1989 nicht zu vereinbaren lassendes Projekt entwickelte, musste eine weitere Gestaltungsplanänderung angegangen werden. Die Gestaltungsplanänderung mit Richtprojekt sah am selben Standort wie das Erweiterungsprojekt von 1989 einen rechteckigen, fünfgeschossigen Bau vor. Im Vergleich zum Projekt von 1989 benötigte der Erweiterungsbau der Feusi und Partner AG weniger Grundfläche. Dafür wurde ein Stockwerk mehr eingeplant. Die Nutzflächen und das Angebot blieben gleich.[963] Der Baukörper zeichnete sich durch seine kubische Wirkung aus. Eine einseitig auf der Breitseite des Volumens geplante Erschliessungszone mit Lift und Treppe erschloss jeweils die Ausstellungs-, Konferenz- und Büroräume.[964] Die Fassade sollte ganzflächig aus Glas bestehen, um dem Glaskubus eine transparente und filigrane Wirkung zu verleihen. Bewusst sollte sich der Annexbau bezüglich der Materialwahl und der Volumetrie vom bestehenden Kulturzentrum abheben.[965] Im Rahmen des Gestaltungsplans wurde die Gebäudehöhe auf maximal 18 Meter festgelegt.[966]

Die Planwelt der Planer Feusi und Partner AG, der Korporation Pfäffikon und der Stiftung Seedamm Kulturzentrum wurde am 12. März 1998 als Baugesuch bei der Gemeindeverwaltung Freienbach eingereicht.[967]

[961] Interview mit Ulrich K. Feusi, Präsident der Korporation Pfäffikon, 23. August 2007.
[962] www.seedamm-kultur.ch, Zugriff am 8. Mai 2008
[963] Feusi und Partner AG, Kurzbericht zu Gestaltungsplan und Richtprojekt, „Annexbau Seedamm Kulturzentrum, 8808 Pfäffikon, Änderung Gestaltungsplan“, 10. März 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[964] Feusi und Partner AG, Baueingabepläne 1:200, „Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG 8808 Pfäffikon“, Eingang 10. Mai 1988, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Seedammcenter.
[965] Feusi und Partner AG, Kurzbericht zu Gestaltungsplan und Richtprojekt, „Annexbau Seedamm Kulturzentrum, 8808 Pfäffikon, Änderung Gestaltungsplan“, 10. März 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[966] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 30/98, Seedamm Immobilien AG, Pfäffikon, Gestaltungsplan Seedamm Kulturzentrum, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 365, 14. Mai 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum, S. 2.
[967] Änderung des Gestaltungsplanes Seedamm-Center/Kulturzentrum, Pfäffikon, Sonderbauvorschriften, „Annexbau Seedamm Kulturzentrum, Pfäffikon“, 12. März 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

2.7.2 Die planerische Praxis der Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1998“

2.7.2.1 Die emergente Rolle der Planer

Das Scheitern früherer Projektverhandlungen, die Neuorganisation der Charles Vögele AG und das nach wie vor bestehende Bedürfnis einer baulichen Erweiterung des Kulturzentrums waren Ausgangspunkt der Handlungstätigkeiten des Architekten. Von den Projektverfassern wurde die Absicht des Entwurfs mit folgenden Worten beschrieben: „Erweiterung Kulturzentrum Pfäffikon: Die al-Ka'ba der Kulturliebenden. Der schwarze Block im Kampf wider den grauen Alltag. Die Black Box mit den verborgenen Geheimnissen der zeitgenössischen Kunst. Das alles assoziiert der schwarze Kristall des Seedamm Kulturzentrums dem vorüberbrausenden Autobahntouristen und den sich erholenden Badegästen des angrenzenden Alpamare. Zur Förderung des Kultur- und Kunstverständnisses wurde dieser streng kubische, fast würfelförmige Baukörper ins Leben gerufen. (…) Der homogene Glaskörper mit den Büros der Verwaltung sitzt auskragend und schattenspendend auf einem muralen Sockel aus Sichtbackstein, welcher die Ausstellung beherbergt. Ein Spiel mit Licht und Schatten. Eine Hommage an die Glasarchitektur.“[968]

Der Inhalt dieser Aussage beschreibt die Interessen, welche die Architekten im Rahmen der gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen insbesondere auch in der Phase der Rückübersetzung zu vertreten beabsichtigten.

2.7.3 Rückübersetzung der Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1998“

2.7.3.1 Bewilligungsverhandlung Gestaltungsplanänderung

Die Pläne für das Änderungsgesuch Quartiergestaltungsplan lagen vom 20. März bis zum 20. April 1998 bei der Bauverwaltung der Gemeinde Freienbach auf.[969] Innerhalb dieser Frist gab es keine Einsprachen gegen die Gestaltungsplanänderung. Im Gemeinderat verhandelt wurde das Gestaltungsplangesuch am 14. Mai 1998.[970] Die Baukommission des Gemeinderates hielt fest, dass die im Gestaltungsplan festgelegte Höhenkote von 495,20 Meter über Meer eine maximale Gebäudehöhe von 18 Metern ermöglichte. Diese 18 Meter lagen um sechs Meter über der Höhe des Erweiterungsprojekts aus dem Jahre 1989 und fünf Meter über der 1993 im Baugesetz festgelegten Gebäudehöhe von 13 Metern.[971] Somit überragte der Erweiterungsbau des Kulturzentrums die Bauten des Alpamare. Das bestehende Kulturzentrum und die geplante Erweiterung übertrafen zudem zusammen die in Gewerbezonen zugelassene Gesamtlänge von 60 Metern um 15 Meter. Im Vergleich zum Vorgängerprojekt war die Gesamtlänge jedoch rund fünf Meter kürzer. Dass sich der Erweiterungsbau mit dieser Höhenentwicklung und der Andersartigkeit vom bestehenden Kulturzentrum absetzte, wurde als Vorteil angesehen, da gemäss Beurteilung des Gemeinderats mit dieser Anordnung keine Riegelwirkung entstand.[972] Während beim Erweiterungsprojekt von 1989 noch 22 Parkplätze verlangt wurden, nahm der Gemeinderat jetzt Abstand von dieser Forderung. Aufgrund der als nicht verbindlich festgelegten Nutzung im Gestaltungsplan könne ein zusätzlicher Bedarf an Parkfeldern nicht bestimmt werden. Der Gemeinderat anerkannte, dass das Seedammcenter, das Alpamare und das Kulturzentrum die Park-

[968] Vgl. www.feusi-partner.ch , Zugriff am 14. Mai 2008
[969] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 30/98, Seedamm Immobilien AG, Pfäffikon, Gestaltungsplan Seedamm Kulturzentrum, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 365, 14. Mai 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum, S. 1.
[970] Ebenda.
[971] Ebenda, S. 2.
[972] Ebenda, S. 3.

flächen gemeinsam nutzten.[973] Einziger Punkt, der nach Ansicht des Gemeinderats der Anpassung bedurfte, war der südliche Abstand zur Autobahn A3. Gemäss kommunalem wie kantonalem Baugesetz war ein Grenzabstand von mindestens 50 Prozent der Gebäudehöhe einzuhalten. Dieser Abstand wurde um 55 cm unterschritten und musste entsprechend korrigiert werden.[974] Da keine weiteren Einwände gegen die Gestaltungsplanänderung vorhanden waren, bewilligte der Gemeinderat diese mit der erwähnten Auflage am 14. Mai 1998.[975]

Damit konnte das Gesuch an den Regierungsrat weitergereicht werden. Dieser folgte den Argumenten des Gemeinderats und bewilligte am 30. Juni 1998 ebenfalls die Gestaltungsplanänderung. Einziger Vorbehalt bezüglich der Notzufahrt zum Alpamare bestand darin, dass diese, als innerhalb der Baulinie der A3 liegende Bauteile, von Bund und Kanton zu bewilligen waren.[976]

2.7.3.2 Bewilligungsverfahren Baugesuch

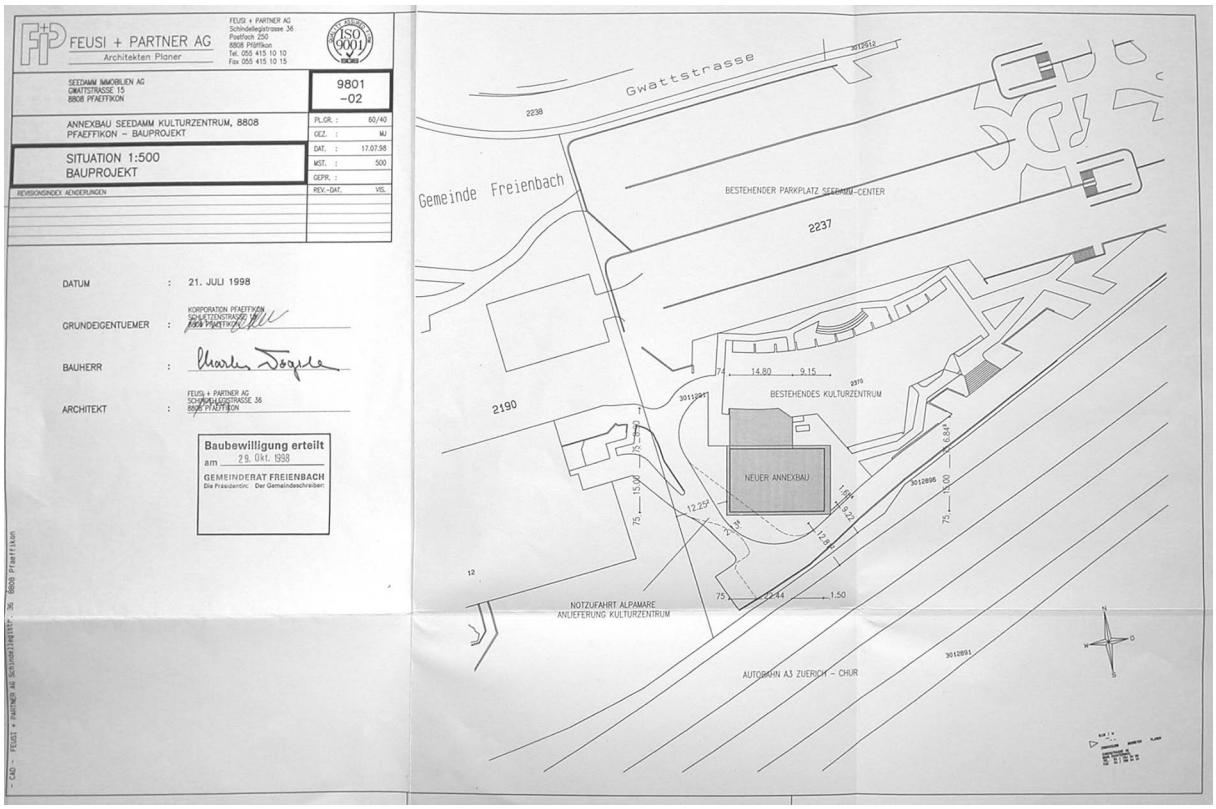


Abb. 52: Feusi und Partner AG, „Situation 1:500, Bauprojekt, Annexbau Seedamm Kulturzentrum 8808 Pfäffikon – Bauprojekt“, Eingabe am 21. Juli 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.

21 Tage nach der Bewilligung der Gestaltungsplanänderung durch den Regierungsrat reichten die Seedamm Immobilien AG als Vertreter von Charles Vögele, die Feusi und Partner AG als Projektverfasser und die Korporation Pfäffikon als Grundeigentümer das Baugesuch für den Annexbau See-

[973] Ebenda, S. 3-4.
[974] Ebenda, S. 3.
[975] Ebenda, S. 4.
[976] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Änderung Gestaltungsplan Seedamm Kulturzentrum, Pfäffikon, Gemeinde Freienbach, Genehmigung“,Traktandum-Nr. 1231/1998, 30. Juni 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

damm Kulturzentrum ein.[977] Das Gesuch wurde vom 20. Juli bis am 20. August 1998 öffentlich aufgelegt.[978]

Am 18. August 1998, noch während der Auflagefrist, behandelte die Baukommission der Gemeinde Freienbach das Baugesuch. Die Kommission stellte fest, dass das Projekt, entgegen dem Richtprojekt der Gestaltungsplanänderung, über ein Technikgeschoss oberhalb des vierten Geschosses verfügte. Dieses überschritt die im Gestaltungsplan festgelegte Höhe von 18 Metern. Im ursprünglichen Richtprojekt war für die Technikanlagen noch ein Raum im Untergeschoss vorgesehen. Da mit dem neuen Projekt die maximale Gebäudehöhe überschritten wurde, beantragte die Baukommission, der Gemeinderat solle das Projekt nicht bewilligen bzw. zwecks Überarbeitung zurückweisen.[979]

Zur gleichen Zeit verhandelten Vertreter der Bad Seedamm AG mit Vertretern der Seedamm Immobilien AG bezüglich der Grenzregelungen zwischen den beiden jeweiligen Baurechtsparzellen. Im Rahmen einer Vereinbarung wurde festgelegt, dass die Seedamm Immobilien AG als Bauherrin die Kosten für die Planung wie für die Strassen-, Parkplatz- und Lärmschutzwallverlegung grenzüberschreitend zu übernehmen hatte.[980] Zudem mussten gemäss Vereinbarung die Planunterlagen vor der definitiven Eingabe als Bewilligungsgesuch und ein weiteres Mal vor Baubeginn der Bad Seedamm AG vorgelegt und von dieser bewilligt werden. Die Seedamm Immobilien AG hatte den Zugang zum Alpamare während der Bauzeit uneingeschränkt zu gewährleisten.[981] Der Vergleich wurde während der Einsprachefrist dem Gemeinderat überreicht. Dieser integrierte den Vergleich als Bestandteil der Baubewilligung in das Bewilligungsverfahren.[982]

In der Zwischenzeit wurde auch das vom Regierungsrat des Kantons Schwyz geforderte Bewilligungsverfahren für die Verschiebung und Erstellung der Notzufahrt innerhalb der Baulinie der Autobahn A3 eingeleitet. Bewilligt wurde es, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), am 29. September 1998 durch das Baudepartement des Kantons Schwyz .[983]

Auf diese Bewilligungen, Beurteilungen und Verhandlungsresultate stützte der Gemeinderat in der Bewilligungsverhandlung vom 29. Oktober 1998 seinen Bewilligungsentscheid.[984] Entgegen dem Antrag der Baukommission, das Projekt nicht zu bewilligen und zwecks Überarbeitung zurückzuweisen,

---

[977] Baugesuch Nr. 88/98, „Annexbau Seedamm-Kulturzentrum“, Eingang 21. Juli 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.
[978] Auszug aus dem Protokoll der Hochbaukommission Freienbach, „Gesuch Nr. 88/98, Seedamm Immobilien AG, Pfäffikon, Erweiterung des Kulturzentrums mit Ausstellungs- und Büroräume, Wegverlegung, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 140, 18. August 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum, S. 1.
[979] Ebenda, S. 4.
[980] Vergleich zwischen Bad Seedamm AG gegen Charles Vögele AG, „Vergleich betreffend Bauvorhaben“, unterschrieben am 2. Februar 1990 von der Bad Seedamm AG und am 7. Februar 1990 von der Charles Vögele AG, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[981] Vereinbarung zwischen der Seedamm Immobilien AG und der Bad Seedamm AG, „Erweiterung des Kulturzentrums“, 20. August 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[982] Schreiben des Rechtsanwalts der Bad Seedamm AG an den Gemeinderat Freienbach, „Bauvorhaben Erweiterung Kulturzentrum“, 20. August 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[983] Verfügung des Baudepartementes des Kantons Schwyz, „N3/Abschnitt Wollerau-Pfäffikon, km 134.95; Verlegung einer Teilstrecke der bestehenden Notzufahrt zum Alpamare/Kulturzentrum sowie Erstellung von vier Parkfeldern innerhalb der Nationalstrassen-Baulinie in Pfäffikon; Erteilung Näherbaurecht“, 29. September 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[984] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 88/98, Seedamm Immobilien AG, Pfäffikon, Erweiterung des Kulturzentrums mit Ausstellungs- und Büroräumen, Wegverlegung, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 835, 29. Oktober 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Quartiergestaltungsplan Kulturzentrum.

bewilligte der Gemeinderat das Baugesuch. Als Auflage forderte der Gemeinderat einen Bepflanzungsplan und erwartete im Rahmen des Detailprojekts präzisere Aussagen über die Fassadengestaltung, die dem Gemeinderat vorzulegen waren. Bezüglich der Gebäudehöhe verlangte er, dass die Gebäudehöhe gemäss Gestaltungsplan eingehalten werde.[985]

2.7.3.3 Projektänderungen, -erweiterungen beim Detailprojekt

Bereits einen Tag vor der Bewilligung des Baugesuchs durch den Gemeinderat reichte das Planungsbüro Feusi und Partner AG am 28. Oktober 1998 Unterlagen für eine Projektänderung ein. Es sollte demnach ein zweites Untergeschoss erstellt werden. Bereits am 7. Dezember 1998 wurde das Gesuch im Auftrag der Bauherrschaft Seedamm Immobilien AG ohne Begründung wieder zurückgezogen.[986]

Im Rahmen der Detailplanung wurden die im Rahmen der Baubewilligung formulierten Auflagen eingearbeitet und das Projekt zusammen mit Fachplanern der Statik und Haustechnik umfassender weiterentwickelt. Bei der Detailplanung wurde nach einer neuen räumlichen Lösung gesucht, um die Gebäudehöhe inklusive Technikaufbau einhalten zu können. Die Anzahl der Geschosse wurde von vier auf drei reduziert, ohne die Gebäudehöhe zu verändern. Der Dachaufbau für die Technik wurde reduziert. Mit der Detailplanung konnten auch nähere Angaben zur Fassadengestaltung gemacht werden, welche gemäss Bewilligungsauflage vom 29. Oktober 1998 dem Gemeinderat vor Baubeginn vorzulegen waren. Gleichzeitig kamen die Planer den Bedürfnissen nach mehr Raum im Untergeschoss, wie bei der zurückgenommenen Projekteingabe vom 28. Oktober 1998, teilweise nach. Die Projektentwickler formulierten das Resultat der verfolgten räumlichen Absichten und Ziele, die mit weiteren Spezialisten entwickelt und verhandelt werden mussten, folgendermassen: „Ein System mit integrierten Lamellenstoren zwischen aussenliegenden Sonnen- und innenliegenden Schallschutzgläsern bildet die ausdrucksstarke Glasfassade und schützt den Kunstliebhaber vor den Einflüssen der Umgebung. Im Innern bildet ein massiver Kern und Pfeiler entlang der Fassaden (um stützenfreie Grundrisse zu erhalten) das statische System. Mit Leichtbauwänden wurde die Flexibilität der Raumeinteilung erreicht. Eine aufwändige Haustechnik mit Gebäudeleitsystem versorgt die hellen Büroräume in den Obergeschossen und die Ausstellung im Erdgeschoss mit den nötigen Medien.“[987] Mit dem Bewilligungsgesuch des Detailprojekts wurde zusätzlich eine Baubewilligung für einen Garagenanbau beantragt.

Am 11. November 1999 verhandelte der Gemeinderat das Detailprojekt sowie das neue Baugesuch für den Garagenanbau.[988] Das Fassadenkonzept wie auch die Projektänderungen wurden von der Baukommission im Vorfeld gutgeheissen und vom Gemeinderat bewilligt. Obwohl der beabsichtigte Garagenanbau ausserhalb der im Gestaltungsplan definierten Baubereiche lag, wurde dieser bewilligt,

---

[985] Ebenda, S. 4.
[986] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 119/98, Seedamm Immobilien AG, Pfäffikon, Erweiterung des Kulturzentrums Projektänderung durch zusätzliches Untergeschoss, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 1019, 22. Dezember 1998, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.
[987] www.feusi-partner.ch, Zugriff am 14. Mai 2008.
[988] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baubewilligungen, Gesuch Nr. 88/98, Charles Vögele, Altendorf, Garagenanbau, Projektänderung bei der bewilligten Erweiterung des Kulturzentrums mit Ausstellungs- und Büroräumen, Pfäffikon“, Traktandum-Nr. 989, 11. November 1999, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Kulturzentrum.

da der Anbau sich aus Sicht des Gemeinderats den übrigen bestehenden Volumen unterordnete und zudem für das Gesamtbild kaum relevant war.[989] Damit konnte mit den Hochbauarbeiten begonnen werden.

Auch bei diesem Bauvorhaben waren bei der Übersetzung der Ideen in Planwelten und deren Weiterentwicklung in Ausführungspläne, wie auch bei deren Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit spezifische Eigenschaften der in das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Kulturzentrum" involvierten Akteure erforderlich. Am Beispiel der Planer, in diesem Fall der Feusi und Partner AG, hörte sich dies folgendermassen an: „Der Neubau wurde in den beiden unteren Geschossen mit dem bestehenden Gebäude verbunden, was Eingriffe in die vorhandene Bausubstanz und diverse Anschlussarbeiten erforderlich machte. Nur durch seriöse Koordination konnte die Baute unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Betriebes im bestehenden Kulturzentrum realisiert werden."[990]

Der Erweiterungsbau des Seedamm Kulturzentrums wurde im Jahre 2000 eröffnet.[991]

2.7.4 Die lokale planerische Praxis der Erweiterung Kulturzentrum

2.7.4.1 Die emergente Rolle des Architekten

Mit dieser Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte der Erweiterung des Kulturzentrums konnte ein weiteres Mal beobachtet werden, dass eine Rückübersetzung von scheinbar logischen und in sich schlüssigen Planwelten von den Planern weit mehr erforderte, als Ziele, Ideen und Absichten in einer Anfangsphase zu formulieren, um dann deren Rückübersetzung abzuwarten. Die erfolgreiche Rückübersetzung konnte sich in diesem Fall nur einstellen, weil die Vertreter der Feusi und Partner AG zusammen mit der Seedamm Immobilien AG ihre Ziele proaktiv verfolgten und ihre Ideen und Absichten zu ihrer jeweils eigenen Zufriedenheit aushandeln konnten. Bei diesem Beispiel zeichnete sich ein weiteres Mal die Hartnäckigkeit und Intuition eines Charles Vögele ab, mit welcher es ihm und seinen Vertretern gelang, Netzwerke zur richtigen Zeit aufzulösen, Akteure auszuwechseln, um schlussendlich die zu einem zukunftsfähigen Netzwerk notwendigen Akteure zu verknoten. Dabei war Vögele auf die Arbeit der Planer angewiesen, welche die Wechsel und damit Änderungen in den Interessen des Aktor-Netzwerks aufzunehmen wussten. Nur mit dieser aktiven Teilnahme der Planer an der Netzwerkbildung und Allianzfindung sowie den unzähligen Übersetzungen der Interessen von ersten Skizzen in Planwelten über Verhandlungsprotokolle in Detailpläne und über die Baumaschinen konnte eine er-folgreiche Rückübersetzung der Interessen des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Kulturzentrum" in die Siedlungswirklichkeit soziotechnischer Stadtlandschaften stattfinden.

2.7.4.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Interessen Verknüpfen

Die Aufgabenstellung und die damit im Zusammenhang stehenden Rollenerwartungen gegenüber den relevanten Akteuren waren bereits im Jahre 1989 formuliert worden. Damals gelang es den Planern aufgrund von Verzögerungen, mangels Verhandlungsspielraum und Interessensverschiebungen nicht, stabile Allianzen und damit eine Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit zu erwirken. Ende der 1990er-Jahre nahm das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Seedamm Kulturzentrum" einen erneuten Anlauf, seine Interessen und Ziele zu realisieren. Das Planerbüro Feusi und Partner AG erhielt den Auftrag, die verschiedenen Interessen in

[989] Ebenda, S. 2.
[990] www.feusi-partner.ch, Zugriff am 14. Mai 2008.
[991] www.seedamm-kultur.ch, Zugriff am 27. Mai 2008

eine Planwelt zu integrieren. Mit der ersten Ausformulierung eines Entwurfs waren verschiedenste Rollenerwartungen verbunden, die erst noch eine Entsprechung finden mussten.

• Partnergewinnung – Nachbarn ansprechen

Wie sich zeigte, gestaltete sich diesmal das Ansprechen der relevanten Allianzpartner als weniger zeitraubend. Der Grund dafür lag darin, dass die meisten Voraussetzungen der neuen Planwelten bereits zehn Jahre zuvor ein erstes Mal verhandelt worden waren. Die Anliegen der Bad Seedamm AG bezüglich des Grenzbaurechts konnten diesmal beispielsweise aussergerichtlich verhandelt werden.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Bund und Kanton bewilligen die Bauten innerhalb der Baulinie der A3, die Bad Seedamm AG gewährt das Grenzbaurecht, die Gebäudehöhe des Kulturzentrums wird angepasst.

Die Nachbarn Bad Seedamm AG, Kanton Schwyz und Bund liessen sich im Rahmen der Bewilligungsverhandlungen der Planwelten für die Erweiterung des Kulturzentrums ohne grössere Auflagen und Verzögerungen als Allianzpartner in das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Seedamm Kulturzentrum“ einbinden. Die Planwelten erfuhren insofern eine Überarbeitung, als dass die Gebäudehöhe der im Gestaltungsplan festgelegten Höhe angepasst werden musste. Diesbezüglich hielt der Gemeinderat an seiner Position fest. Als Reaktion darauf wurden durch das Aktor-Netzwerk „Erweiterung Seedamm Kulturzentrum“ Erweiterungen im Untergeschoss des Erweiterungsbaus eingeplant, die der Gemeinderat bewilligte.

• Bewährungsprobe – Baubeginn

Nachdem sämtliche relevanten Rollen und Interessen verhandelt worden waren, konnte die Baubewilligung durch den Gemeinderat, den Kanton Schwyz und den Bund für die Erweiterung des Kulturzentrums ausgesprochen werden. Mit den weiteren Aushandlungen um Konstruktion, Statik, Verwendung von Materialien, Techniken konnte das Aktor-Netzwerk weitere Verbindungen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit aufbauen. Bewährung und Erfolg der Planer als Sprecher der Planwelten „Erweiterung Kulturzentrum“ zeigten sich in der erfolgreichen Rückübersetzung des Bauvorhabens in die Siedlungswirklichkeit. Damit zeigte sich auch, dass die Rolle des Sprechers der Planwelten mit jedem neu zum Aktor-Netzwerk dazustossenden Akteur neu ausgehandelt werden musste. Die Bewährung des Sprechers hier am Beispiel der Feusi und Partner AG äusserte sich vor allem darin, dass es den Planern gelang, innerhalb des räumlichen Konzepts der Planwelten Interessen und Ziele anderer zu integrieren und das so inhaltlich verdichtete Konzept in weiteren gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen proaktiv zu vertreten.

2.7.4.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Kulturzentrum“

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.

2.8 Das Gwatt heute und morgen

Mit der Erweiterung des Kulturzentrums im Jahre 2000 fanden die grossmassstäblichen Transformationen der Siedlungswirklichkeit „Gwatt“, die mit den Verhandlungsgesprächen zwischen der Korporation Pfäffikon und Vertretern der Charles Vögele AG bezüglich des Neubaus einer Lagerhalle und später des Baus eines Einkaufszentrums Anfang der 1970er-Jahre begonnen hatten, ihre erste Beruhigung. Nach der Erweiterung des Seedamm Kulturzentrums fanden weitere, aber im Verhältnis zu den früheren Entwicklungen unbedeutende Transformationen statt. Dazu gehörten die laufenden Erweiterungen des Alpamare, eine Fassaden- und Dachsanierung sowie die Neugestaltung der Eingangsbereiche des Seedammcenters.[992]

Weitere einschneidende Veränderungen der Siedlungswirklichkeit zeichnen sich in Form von neuen Planwelten, Interessensbekundungen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen bereits ab. So gibt es gemäss Hanspeter Gisler, Leiter des Seedammcenters, konkrete Bestrebungen für Erweiterungs- und Neubauprojekte im Gwatt durch die Seedamm Immobilien AG zusammen mit der Genossenschaft Migros. Die beiden Akteure haben erkannt, dass die Realisierungschancen ihrer Interessen mit vereinter Kraft verbessert werden können. Die Aktor-Netzwerke der „Erweiterung Seedammcenter“ und „Entwicklung Liegenschaft Migros“ sollen deshalb verknüpft werden und eine erstarkte Allianzpartnerschaft bilden.[993]

Planwelten für die Vorhaben der Seedamm Immobilien AG und der Genossenschaft Migros wurden bereits erstellt. So plant die Migros auf ihrer Parzelle einen Neubau, der über eine Passerelle mit dem bestehenden Seedammcenter verbunden werden soll. Die Seedamm-Immobilien AG hingegen beabsichtigt eine Aufstockung der Terrasse des ersten Teils des Seedammcenters, die heute noch als Parkplatz dient. Für den Ersatz der Parkfelder auf dem Migros-Areal und dem Dach des Seedammcenters soll südöstlich des Seedammcenters ein Parkhaus errichtet werden. Nachdem die Planwelten der SNZ Ingenieure aus dem Jahre 1987 für eine Direkterschliessung durch die Autobahn A3 bis heute keine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit fanden, wird auch diese Idee wieder weiterverfolgt.[994]

Die Planwelten der Seedamm Immobilien AG und der Genossenschaft Migros wurden Ende der 1990er-Jahre in Form eines gemeinsamen Gestaltungsplans bei der Gemeindeverwaltung eingereicht. Gegen das Gesuch legte der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) im Rahmen des Bewilligungsverfahrens Einsprache ein. Die Einsprache wurde vom VCS bis vor das Bundesgericht weitergezogen. Der VCS kritisierte insbesondere die Parkplatzanzahl und die fehlende Parkplatzbewirtschaftung.[995] Das Bundesgericht entschied, die vorinstanzlichen Urteile aufzuheben und die Beschwerde des VCS gutzuheissen, da unter anderem für die Parkplatzbewirtschaftung eine rechtliche Grundlage fehlte.[996]

---

[992] Projekterläuterungen der Feusi und Partner AG, „0322 Sanierung Seedamm-Center, 8808 Pfäffikon, Fassaden- und Dachsanierung, Neugestaltung der Eingangsbereiche“, 16. Februar 2004, Archiv Bauamt Freienbach, Mappe Gwattstrasse 15.
[993] Interview mit Hanspeter Gisler, Zentrumsleiter Seedammcenter, 23. Juli 2007.
[994] Gips-Modell der Planwelt von 1998, ausgestellt im Erweiterungsbau Seedamm Kulturzentrum; Interview mit Hanspeter Gisler, Zentrumsleiter Seedammcenter, 23. Juli 2007.
[995] Interview mit Hanspeter Gisler, Zentrumsleiter Seedammcenter, 23. Juli 2007.
[996] Bundesgerichtsentscheid, „VCS gegen Genossenschaft Migros Zürich und Gemeinderat Freienbach, Regierungsrat und Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz, Änderung eines Gestaltungsplans zur Erweiterung eines grossen Einkaufszentrums; umweltrechtliche Anforderungen, insbesondere Massnahmenplan und Parkplatzbeschränkung“, BGE 131 II 103, 4. Jan. 2005.

Für diese hatte der Kanton Schwyz zu sorgen. Im Juli 2006 wurden die mittlerweile aufgearbeiteten Grundlagen des Kantons Schwyz veröffentlicht. Darin wurde definiert, wie viele Parkplätze pro Verkaufsfläche oder pro Bruttogeschossfläche benötigt werden. Zudem wurde neu vorgeschrieben, dass ein Schrankensystem zur Parkplatzbewirtschaftung eingesetzt werden müsse. Aufbauend auf diesen Vorgaben befindet sich das Projekt nun in Überarbeitung.[997]

2.9 Die Stadtlandschaft Gwatt im Diskurs der Zwischenstadt

Auch wenn sich die Geschichte der Siedlungswirklichkeit im Gwatt städtebaulich und raumplanerisch wenig spektakulär zeigte, die unzähligen Entscheidungen und Verhandlungsrunden wirkten sich raumbestimmend auf die Siedlungswirklichkeit von heute aus. Vergleicht man die Fotografien von 1960 mit solchen aus dem Jahre 2002, zeigt sich die Dynamik der räumlichen Entwicklung im dortigen Gewerbegebiet eindrücklich. Als Resultat der zuvor vielschichtig beschriebenen Interessensübersetzungen entwickelte sich die Stadtlandschaft Gwatt über die Jahre zu einer Freizeit-, Kultur- und Einkaufslandschaft und wurde zu einem zentralen Ort des regionalen Alltags und der Freizeit, der heute über 1'000 Arbeitsplätze aufweist. Insbesondere an Samstagen sind die rund 2'000 Besucherparkplätze rund um das Seedammcenter überbelegt. Das Gwatt ist unter dem Begriff „Seedamm" überregional zu einem festen Wert und Begriff geworden.





Abb. 53: Freienbach mit Gwatt und Seedamm (Fotografie U. Christen, Pfäffikon, 1960).

Abb. 54: Freienbach mit Gwatt (Fotografie Walter Reichmuth, Lachen, 2002).

2.9.1 Elemente der Zwischenstadt „im Gwatt"

Im städtebaulichen Diskurs der Elemente oder DNA der Zwischenstadt sind es unterschiedliche Elemente, welche das Gwatt als Zwischenstadt charakterisieren.[998] „Ränder" im Sinne von Kontaktlinien zwischen „Stadt" und „Landschaft" lassen sich im Übergang der noch unbebauten Wiese der Parzelle der Genossenschaft Migros zum benachbarten Seedammcenter finden.[999] Der fraktale Charakter der Zwischenstadt kommt deutlich zum Vorschein. Ein „temporäres Zentrum" befindet sich im Vorbereich des Hotel Plaza.[1000] Eine temporäre Zeltinfrastruktur wird zusammen mit dem Seedammhotel Plaza professionell betrieben. Messen, Shows, Modeevents, Produktepräsentationen oder Sportanlässe

[997] Interview mit Hanspeter Gisler, Zentrumsleiter Seedammcenter, 23. Juli 2007.
[998] Bormann et al. (2005), S. 16ff.
[999] „Ränder" als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 17.
[1000] „Temporäre Zentren" als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 18.

finden dort ihre Lokalität. „Blinde Flecken“ als extensiv genutzte Flächen im Gefüge der Zwischenstadt prägen das Gebiet Gwatt mit. Die sogenannten Restflächen sind Resultat gescheiterter Planungsvorhaben oder der Zwischennutzung von Parzellen, die auf eine Entwicklung warten.

Im Raum Gwatt präsent sind „XXL-Strukturen“.[1001] Die autarken, kontextnegierenden Grossstrukturen des Seedammcenters mit seinen Erweiterungen zusammen mit dem Alpamare oder dem Seedammhotel Plaza weisen eine überregionale Bedeutung auf und stehen in einer direkten Beziehung zur Hauptinfrastrukturlinie der Autobahn A3. Während das Seedammcenter und das Kulturzentrum ein vorwiegend regionales Einzugsgebiet aufweisen, ist das Alpamare schweizweit ein Begriff. Das Einzugsgebiet reicht von der Westschweiz bis nach Süddeutschland. Insbesondere das Seedammcenter ist ein markantes Merkzeichen der Stadtlandschaft, sichtbar von der Autobahn, der Kantonsstrasse und von den Passagierbooten auf dem Zürichsee. Als markantes „Band“ in der Stadtlandschaft Freienbach zeigen sich sowohl die Autobahn A3 wie auch die das Gwatt begrenzende Kantonsstrasse.[1002]



Abb. 55: Ränder als Kontaktlinie zwischen Stadt und Landschaft, Blick von der Kantonsstrasse Richtung Süden. Im Vordergrund Grundstück der Genossenschaft Migros, links saniertes Seedammcenter, im Hintergrund Seedamm Kulturzentrum mit Erweiterungsbau, rechts Alpamare (Fotografie Stefan Kurath, 2007).



Abb. 56: Blinde Flecken im Gefüge des Gwatt, Blick vom Seedammcenter auf die Parzelle der Genossenschaft Migros (Fotografie Stefan Kurath, 2007).

[1001] „XXL-Strukturen“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 19.
[1002] „Bänder“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 20.



Abb. 57: XXL-Strukturen als Merkzeichen in der Stadtlandschaft. Parkdeck des ersten Teils des Seedammcenters mit sanierter Fassade des Seedammcenters. Im Hintergrund Erweiterung Verwaltungsbau (Fotografie Stefan Kurath, 2007).



Abb. 58: Die Autobahn A3 als Band, welches den Raum in Längsrichtung verbindet und in Querrichtung trennt. Blick über die A3 auf den Verwaltungsbau der Charles Vögele AG und dessen Erweiterung (Fotografie Stefan Kurath, 2007).



Abb. 59: Klone aus Tankstelle, Coop Do It, Gewerberäumen. Blick von den Parkfeldern unterhalb des Seedamm Kulturzentrums Richtung Zürichsee und Migrol-Tankstelle (Fotografie Stefan Kurath, 2007).

Der Kreuzungspunkt des Seedamms, der Kantonsstrasse und der A3, führt zu einem hohen Vernetzungsgrad des angrenzenden Gebiets. Das Gwatt gehört heute somit zu den am besten erschlossenen Gebieten der Region Ausserschwyz. Das Gwatt ist auch geprägt und insbesondere umgeben von

„Klonen“.[1003] Diese zeichnen sich durch monokulturelle Siedlungs- und Gewerbeflächen mit minimaler Ortsspezifik zwischen den Infrastrukturlinien Autobahn und Kantonsstrasse aus. Zwischen Bahnhof und Seedammcenter, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gwatt, befindet sich auch die historische Siedlungsfläche von Pfäffikon. Strassenzüge und Platzkanten prägen das heutige Bild. Dieser „Kern“ der Stadtlandschaft lässt eine regionale Identifizierung zu und ist Zeuge einer früheren Siedlungsform, die jedoch durch alltägliche Transformationen durch Interessensübersetzungen von neuen Elementen durchdrungen wurde.[1004]

2.9.2 Raumzusammenhänge der Zwischenstadt „im Gwatt“

Betrachtet man das Gwatt unter dem Blickpunkt der Raumzusammenhänge, die in „Zwischen Stadt Entwerfen“ bestimmt wurden, zeigen sich in der Überlagerung der zuvor beschriebenen Einzelelemente räumliche und funktionale Wechselwirkungen.[1005] Das Gwatt ist dabei Teilstück eines „komprimierten Raumes“ des südseitigen Zürichseeufers.[1006] Das Gebiet ist durch die Infrastrukturlinien des Seedamms, der Kantonsstrasse, der Autobahn A3 und der Eisenbahn mit anderen Teilräumen wie Zürich, Rapperswil, Sargans, Zug oder Einsiedeln vernetzt. Das Netz der Infrastrukturlinien bildet auch hier das „Kontinuum der Zwischenstadt“. In der Region Ausserschwyz und Zürichsee bildet das gut erreichbare Gwatt einen relevanten Punkt im „konzentrischen Stadtgeflecht“. Ebenfalls lässt sich im Gwatt eine „entflochtene Öffentlichkeit“ erkennen.[1007] Die in Einkaufszentrum, Alpamare, Kulturzentrum oder Seedamm Plaza temporär und dezentral situierten Teilöffentlichkeiten sind Folge übersetzter Einzelinteressen, die sich aufgrund der bekannten gesellschaftlichen Allianzen und Partnerschaften im Gwatt kumulierten. Die Überlagerung der Einzelelemente der Zwischenstadt zeigt auch im Gwatt eine „Mehrfachcodierung“ des Raums.[1008] Mit dem Nebeneinander von Brachflächen, Reststücken, Klonen, XXL-Strukturen oder temporären Zentren entstehen gegenseitige Durchdringungen und Abhängigkeiten. Eine eindeutige Definition von Stadt und Landschaft ist daher nicht möglich. Das Gwatt lässt sich damit als Resultat eines „Patchwork Urbanismus“ darstellen.[1009]

Wie bereits beschrieben, hat sich das Gwatt zu einer regional bedeutsamen Alltagslandschaft in der Region im Sinne eines „neuen Zentrums“ entwickelt.[1010] „Diese (die neuen Zentren; Anm. Kurath) sind oft autarke, kontextnegierende Attraktoren (Künstliche Welten) mit überregionaler Bedeutung. Der zentralörtliche Zusammenhang zwischen der Grösse des Siedlungskörpers und seiner Stellung in der Hierarchie der Zentrenbedeutung löst sich auf: vom hierarchischen Stadt-Land-Prinzip zu einem Netzwerk zunehmend autarker Stadt-Teile. Die neuen Zentren kopierten ursprünglich klassische Bestandteile der alten Innenstadt, gehen mittlerweile aber über das reine Imitat hinaus und erreichen eigene räumliche Qualitäten.“[1011] Diese „Emanzipation der Peripherie“ lässt sich am Beispiel des Gwatt eindrücklich erkennen.[1012] Die Region Ausserschwyz und Oberer Zürichsee hat sich unter an-

[1003] „Klone“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 21.
[1004] „Kerne“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 22.
[1005] Ebenda, S. 24.
[1006] Der „komprimierte Raum“ als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 25.
[1007] Die „entflochtene Öffentlichkeit“ als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 26.
[1008] Die „Mehrfachcodierung“ als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 27.
[1009] „Patchwork Urbanismus“ als (fehlender) Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 28.
[1010] „Neues Zentrum“ als Zeichen der „Emanzipation der Peripherie“, ebenda, S. 29.
[1011] Ebenda, S. 29.
[1012] Die „Emanzipation der Peripherie“ als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 29.

derem durch dieses neue Zentrum von der früheren Abhängigkeit zur Stadt und Agglomeration Zürich emanzipieren können.

2.9.3 Städtebauliches Potenzial des Gwatt

Mit dem Beschreiben der Elemente und Raumzusammenhänge des Gwatt lässt sich die Vollständigkeit und -wertigkeit der Stadtlandschaft „Gwatt“ erkennen. Während die weiteren Fallbeispiele eher als einzelne Elemente der Zwischenstadt aufgefasst werden können, zeigt sich das Gwatt gewissermassen als Miniatur einer Stadtlandschaft, die sämtliche Charakterisierungen aufweist. Entsprechend ist das städtebauliche und raumplanerische Potenzial sehr vielfältig.

Der emergente Standort des Kulturzentrums im Gwatt zeichnete sich bereits in den Anfängen durch die unmittelbare Nachbarschaft von Seedammcenter und Alpamare und den direkten Autobahnanschluss aus. Die Konzeption einer gesamtheitlichen Einkaufs-, Kultur- und Freizeitlandschaft ausserhalb eines Stadtzentrums war damals schweizweit einmalig. Aus ebenjenen Komponenten besteht auch heute noch das Standortpotenzial des Seedamm Kulturzentrums.

• Betrachtet man die funktionalräumlichen Zusammenhänge der Pendlerverflechtungen des Metropoltanraums Zürich, zeigt sich in Bezug auf die 1970er-Jahre eine eindrückliche Erweiterung des unmittelbaren Einzugsgebiets.[1013] Der Standort des Seedamm Kulturzentrums als Teil der nahtlos zusammenhängenden Zürichsee-Stadt mit den Eckpunkten Zürich, linkes Zürichseeufer, Freienbach, Rapperswil, Goldküste rückte ins Zentrum der Metropolitanregion Zürich. Dass das Entwicklungspotenzial der Zürichsee-Stadt und damit auch des Seedamm Kulturzentrums nach oben hin offen ist, zeigt unter anderem die Vision „Super-Zürich“ des niederländischen Architekturbüros MVRDV, die eine Konzentration der schweizweiten Raumentwicklungen rund um den Zürichsee prolongiert.[1014]

• Im Vergleich mit aktuellen städtebaulichen Entwicklungen am Beispiel des Einkaufs- und Erlebniszentrums Westside in Brünnen bei Bern lassen sich Parallelen zu den jeweils angestrebten Nutzungsmischungen an einem zentral erschlossenen Standort ausserhalb eines Stadtzentrums erkennen. Der 32-jährige Vorsprung des Seedamm Kulturzentrums und der damit verbundene schweizweite Bekanntheitsgrad verweisen auf ein zusätzliches marketingrelevantes Standortpotenzial des Seedamm Kulturzentrums.

• Lokal-räumlich könnten städtebauliche Massnahmen regionalplanerischer Bedeutung wie der Ausbau des sich seit den 1980er-Jahren in Planung befindlichen Vollanschlusses des Standorts Gwatt an die A3, die Verdichtung von Parkierungsanlage und -angeboten sowie die Zugänglichkeit der Einkaufs-, Kultur- und Freizeitlandschaft Seedamm das Entwicklungspotenzial des Seedamm Kulturzentrums zusätzlich stärken.

Vergleicht man die Vision eines multifunktionalen regionalen kulturellen und gesellschaftlichen Zentrums von Charles Vögele in Freienbach aus den 1970er-Jahren mit heute, beweist sich deren unter-

[1013] Blöchlinger (2005).
[1014] MVRDV (2003), S. 360.

nehmerische und zukunftsweisende Richtigkeit. Aus städtebaulicher und regionalplanerischer Sicht sollte diese Vision deshalb weiter – und weiterhin stringent – verfolgt werden.

Im Kontext der beschriebenen Verkehrsproblematik zeigt sich auch klar und deutlich, dass die klassische Planung im Gwatt bereits an ihre Grenzen gestossen ist. Die verkehrstechnischen Ideallösungen stossen auf vehemente Gegenwehr. Zur weiteren Entwicklung des Gebiets müssen daher zwingend die offensichtlich vielfältig vorhandenen gesellschaftlichen Verflechtungen als Ausgangspunkt und Katalysatoren aufgenommen und in einen konzeptionellen städtebaulichen Entwurf übersetzt werden. Dieser wird dann die zur Rückübersetzung notwendigen Allianzpartnerschaften finden, wenn er auf informelle Prozesse setzt und über einen innovativen Umgang mit dem „Verkehrsproblem“ mögliche Auswege aus der Planungsmisere aufzeigt. Über das Zulassen von Aneignungen, Umwertungen und Anreicherungen der bestehenden Brach- und Restflächen könnten in einem ersten Schritt temporär neue zwischenstädtische Qualitäten wie neu konzipierte Freiräume oder Kreativgesellschaften entwickelt und zu Attraktoren aufgebaut werden, die sich in ein informelles oder öffentliches Verkehrskonzept integrieren lassen. Aus diesen Prozessen lassen sich urbane Programme entwickeln und das Gwatt zu einer spezifischen Stadtlandschaft in der Region Zürichsee aufbauen, das sich nicht nur von den grossen Zentren, sondern auch von den Verkehrsproblemen emanzipiert.

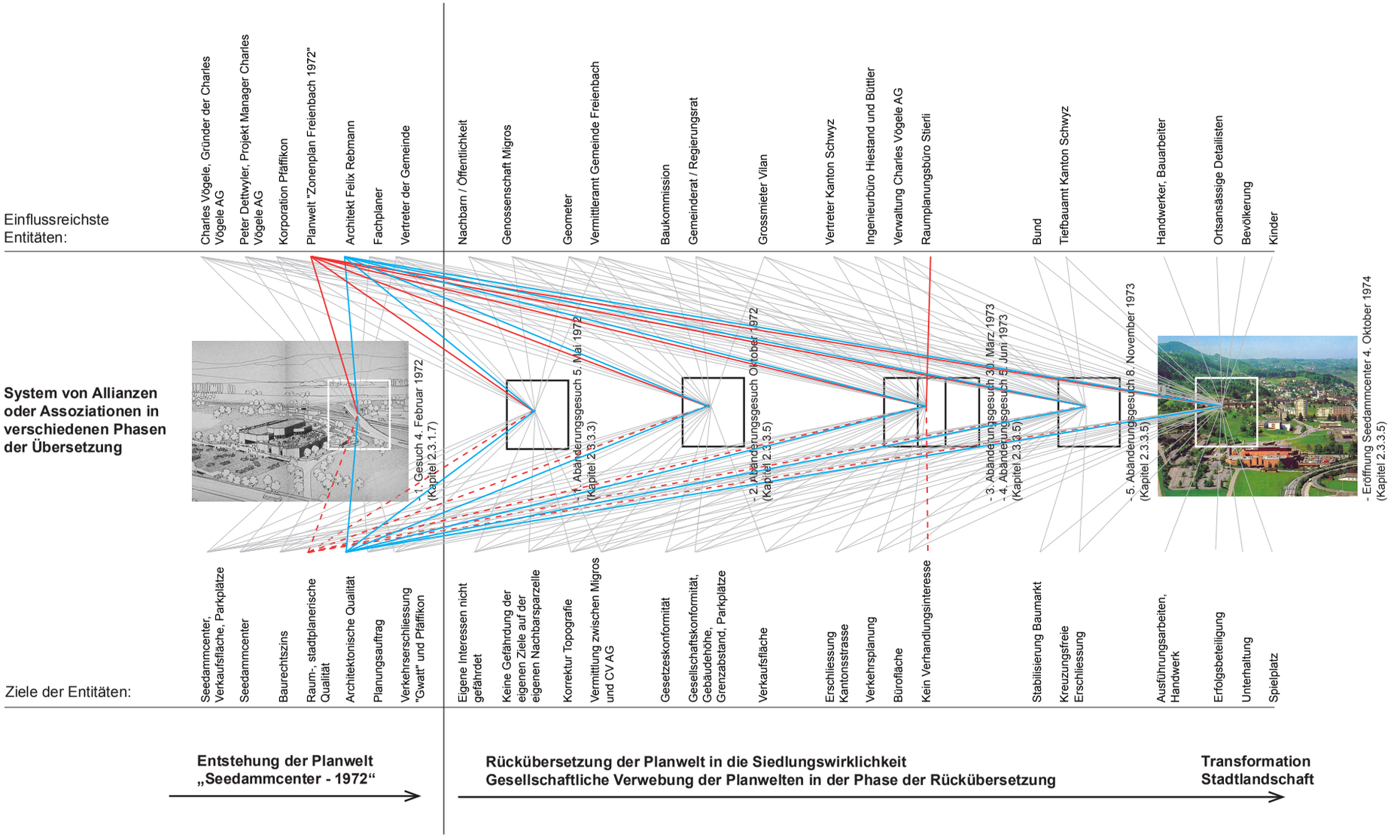
Eine räumlich-qualitative Entwicklung des Gebiets bedingt auch dessen gestalterische Aufwertung, welche die Elemente der Zwischenstadt aufnimmt, deren Qualitäten stärkt und innerhalb eines städtebaulichen Konzepts ausformuliert. Gestalterisches Potenzial weisen insbesondere die Ränder und Bänder auf, die mit architektonischen und landschaftsarchitektonischen Massnahmen betont werden müssten. Gleichzeitig könnte damit eine stärkere gestalterische Differenzierung der heterogenen Räume einhergehen. Wo notwendig, sollten die räumlichen Übergänge zwischen den einzelnen Elementen ebenfalls gestärkt bzw. neu geschaffen werden. Durch die gestalterische Verknüpfung der Elemente und das Schaffen der Übergänge könnten die räumlichen Qualitäten der Zwischenstadt wie entflochtene Öffentlichkeit, Mehrfachcodierung, Heterogenität besser betont und nicht nur infrastrukturell, sondern auch räumlich-gestalterisch vernetzt werden. Derartige Eingriffe könnten im Gwatt zusätzliche räumliche Mehrwerte herbeiführen, die aufgrund eines unstrukturierten Nebeneinanders von scheinbaren Zufälligkeiten heute noch brachliegen. Konkret würde beispielsweise ein solche räumlich-gestalterische Aufwertung und Vernetzung gerade die ursprünglichen und heute noch wesentlichen Bestandteile des Gwatt wie Kulturzentrum, Alpamare und Einkaufszentrum zusammenführen, die ursprünglich angedachten Synergien auch räumlich aufgreifen und damit wieder stärken sowie die fehlenden räumlichen Beziehungen zum Dorfkern und zum Bahnhof herstellen.

2.10 Visualisierung der Aktor-Netzwerke mit Einflussnahme auf die Transformation der Stadtlandschaft am Beispiel Gwatt und Umgebung, Freienbach

Siehe Anhang am Anschluss an die erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ.

ANHANG ERSTE MIKROSTUDIE

Visualisierungen Aktor-Netzwerke



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

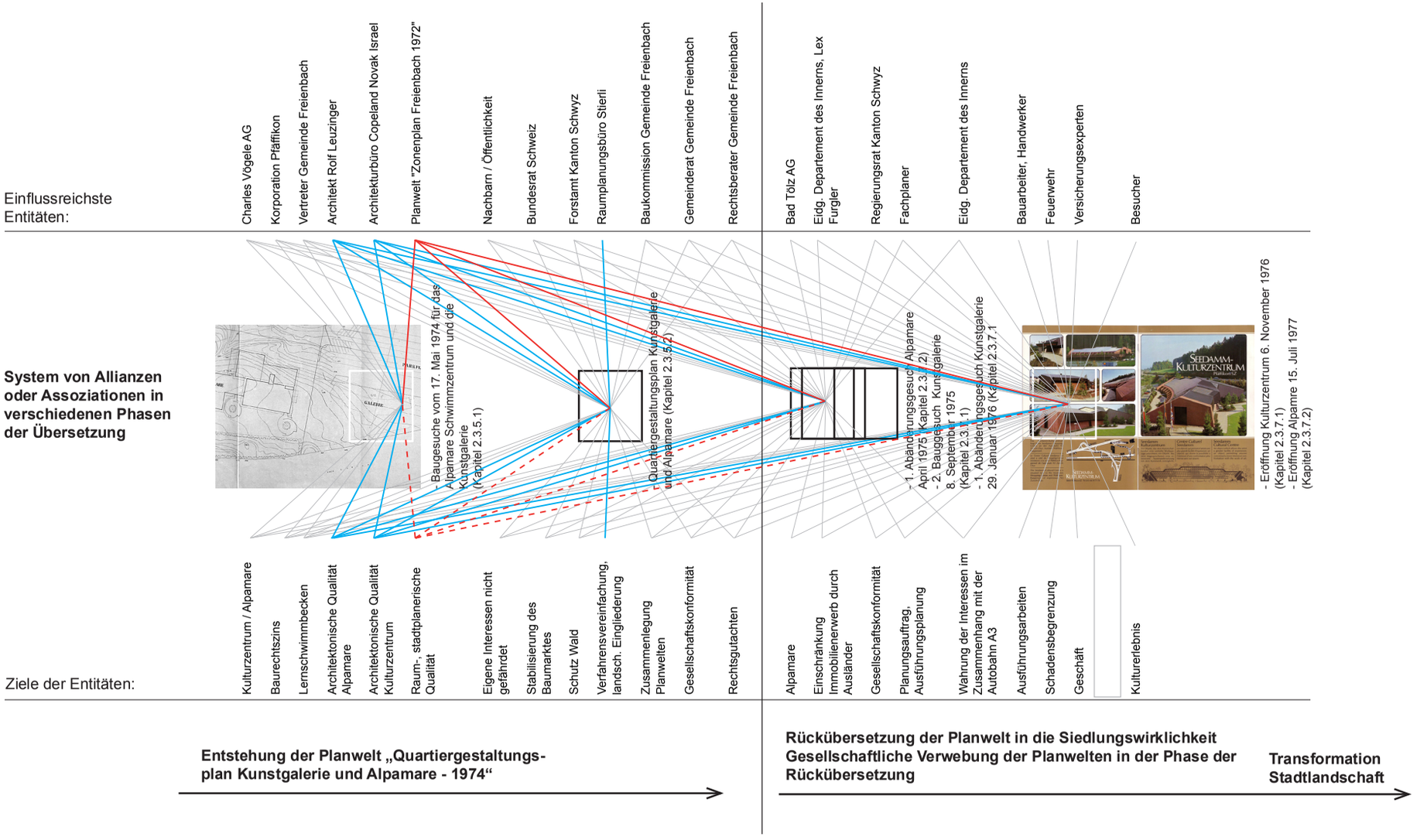
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

2.3.4.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Seedammcenter“



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

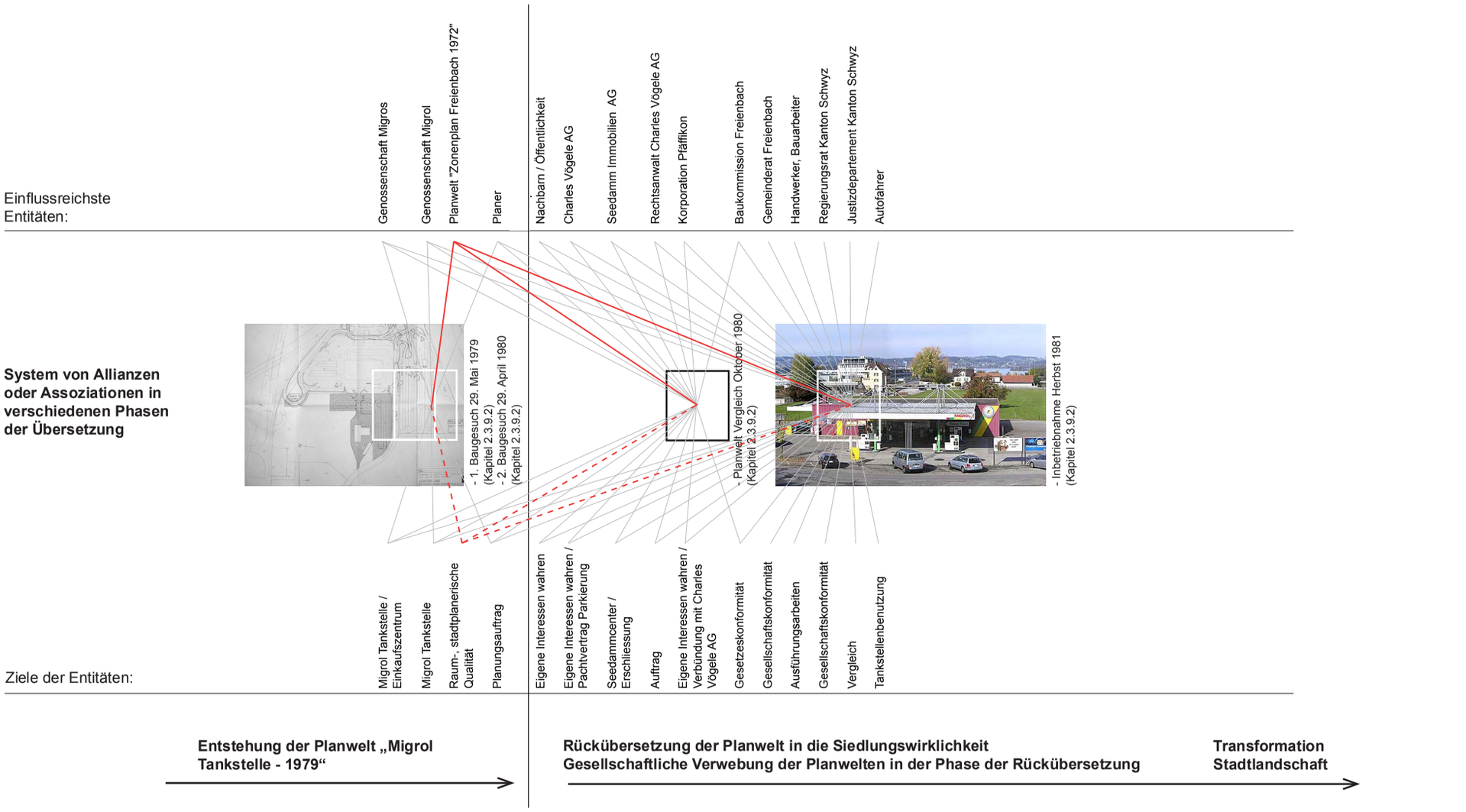
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

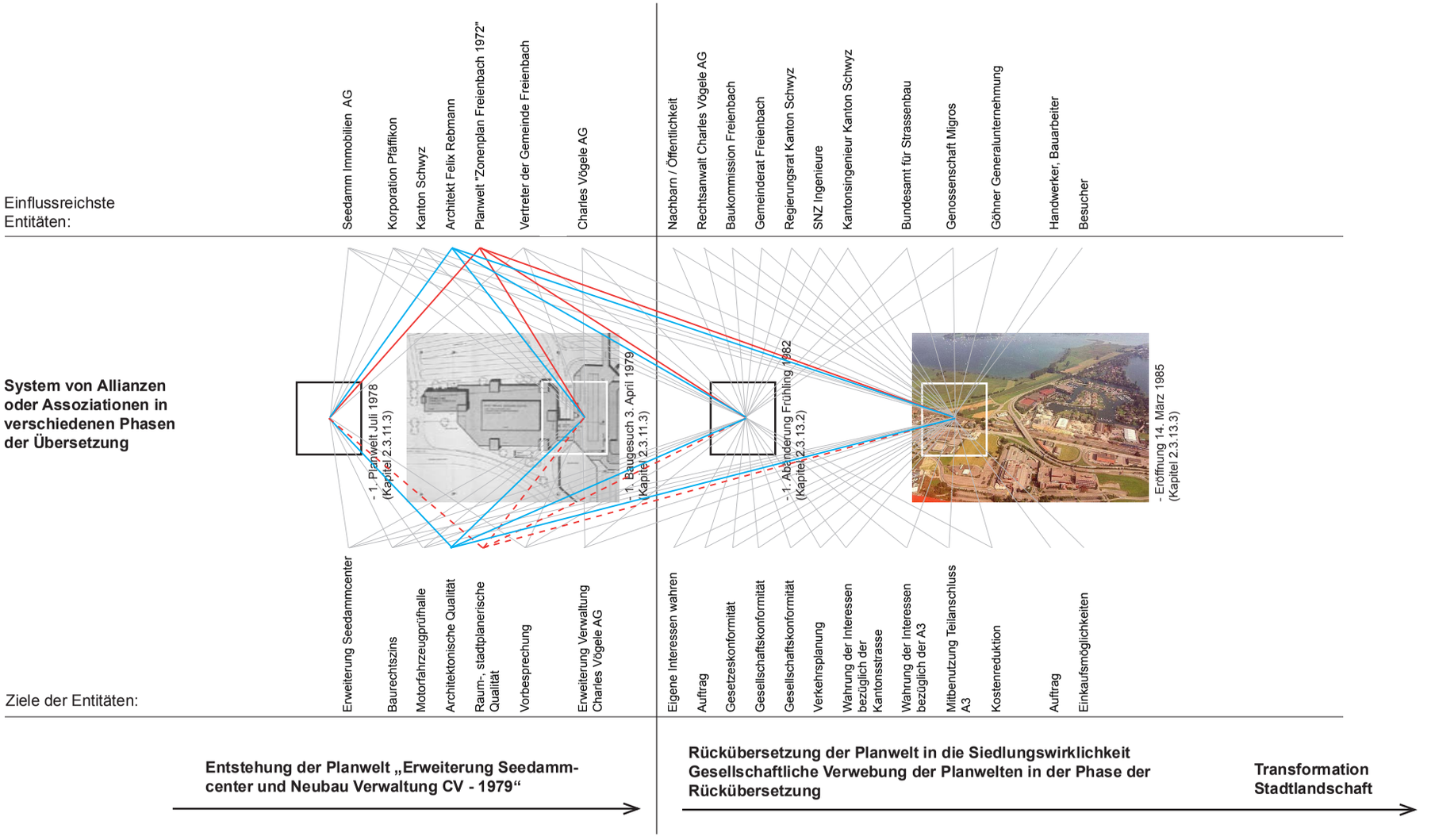
(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

2.3.8.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks
„Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare“



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

2.3.10.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Migrol Tankstelle“



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

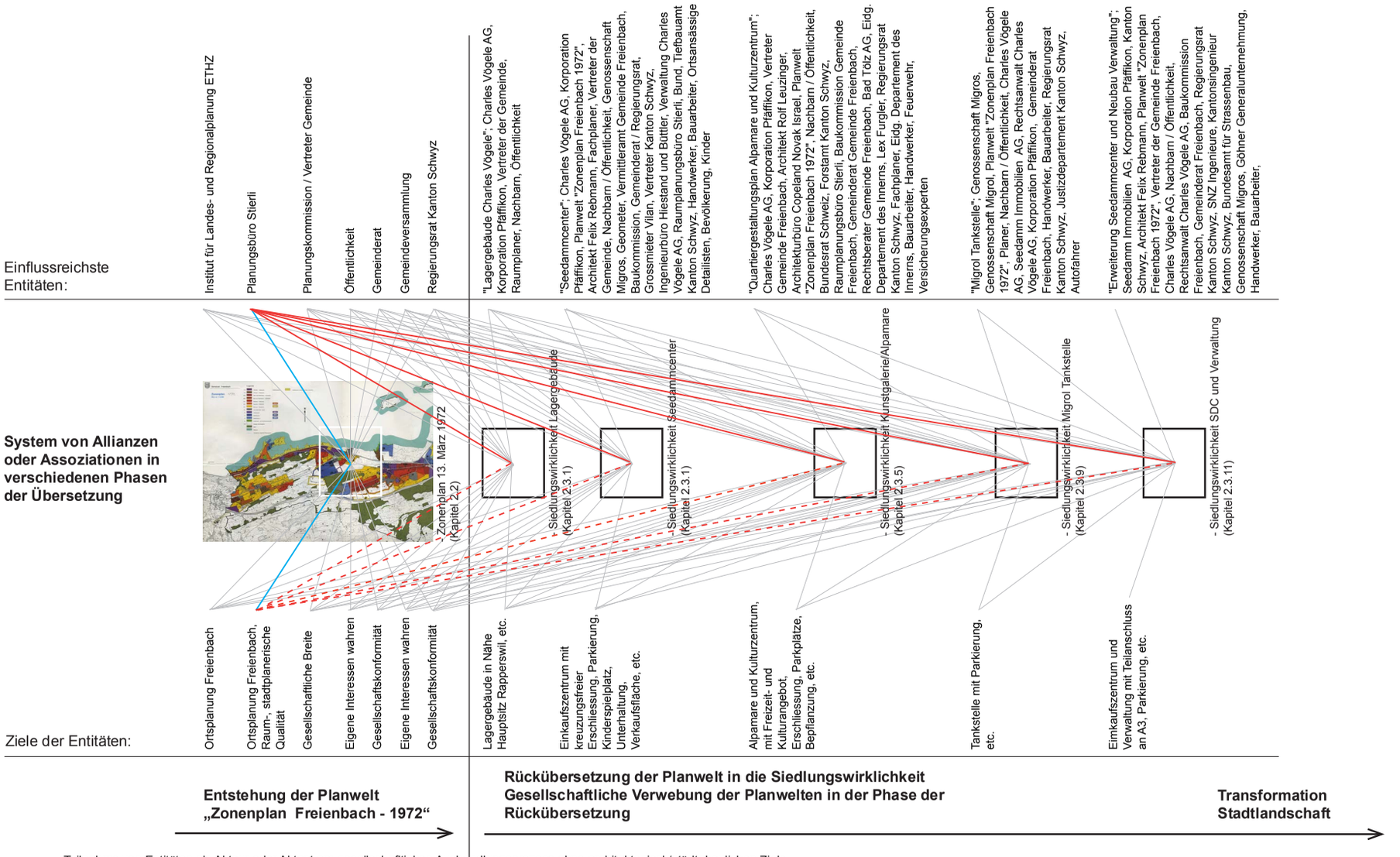
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

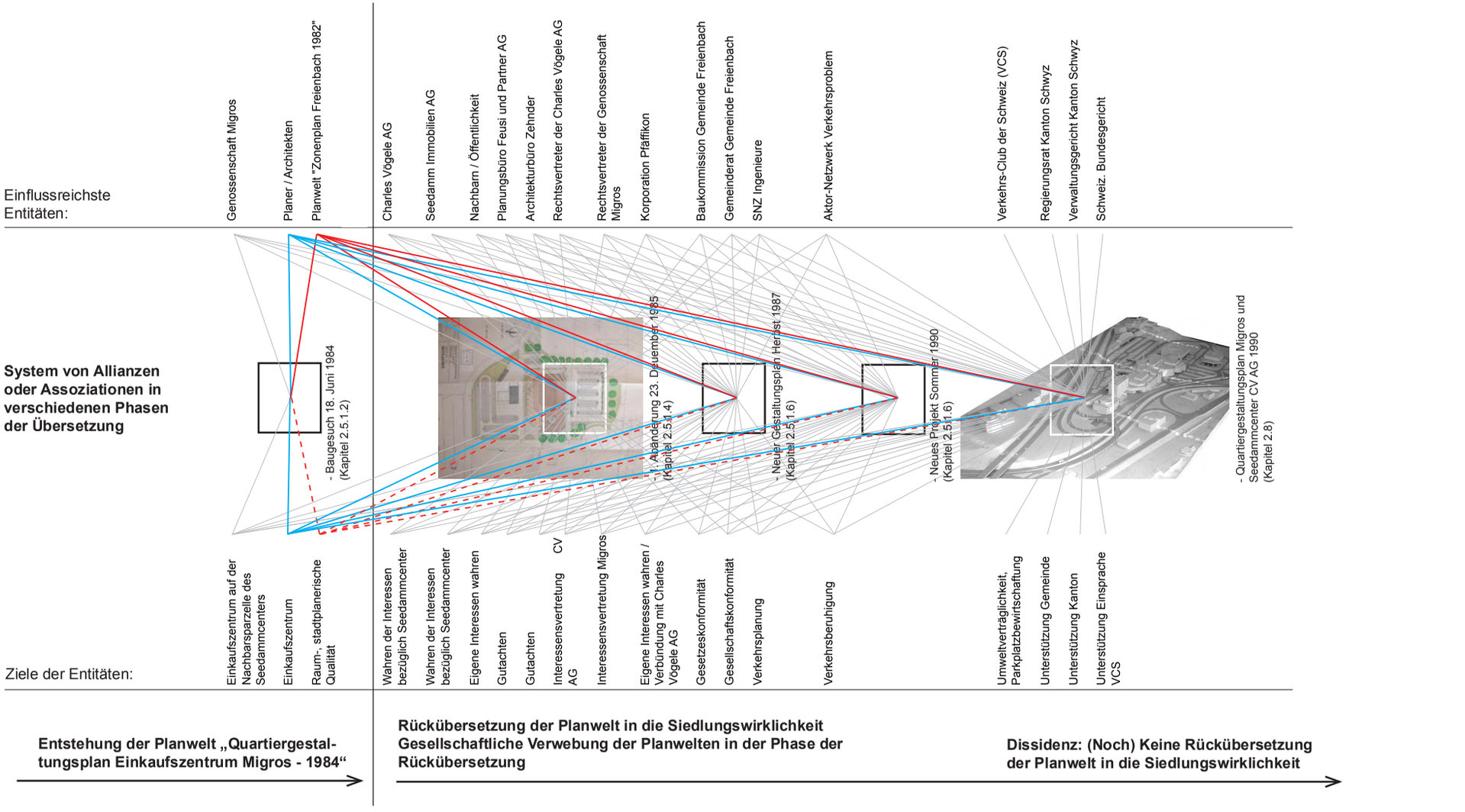
(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

2.3.14.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks
„Erweiterung Seedammcenter und Neubau Verwaltung CV“



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

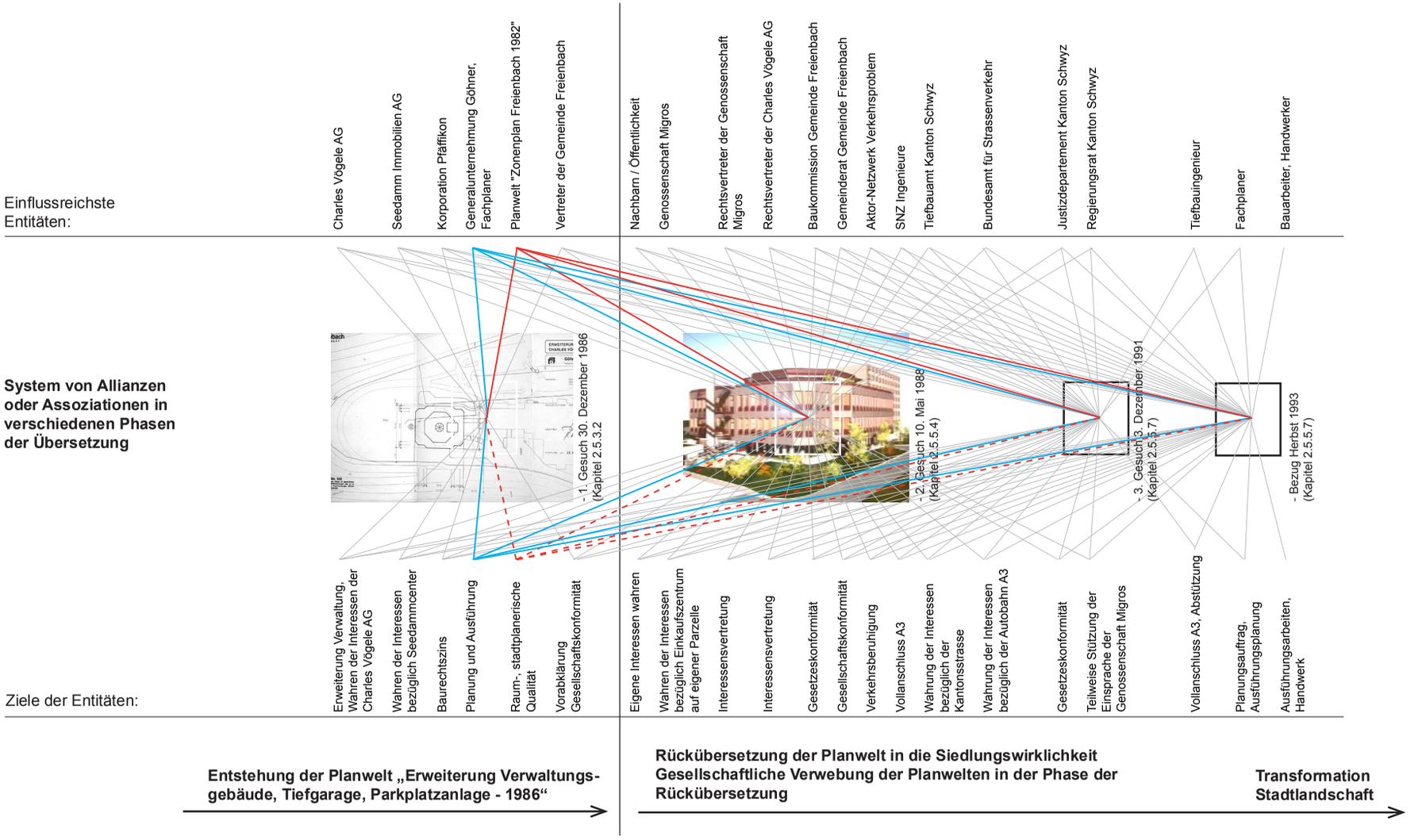
2.4.2.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks
„Zonenplanung Freienbach“ mit Fokus Gwatt bis 1982



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.
- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen
- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

2.5.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros“



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

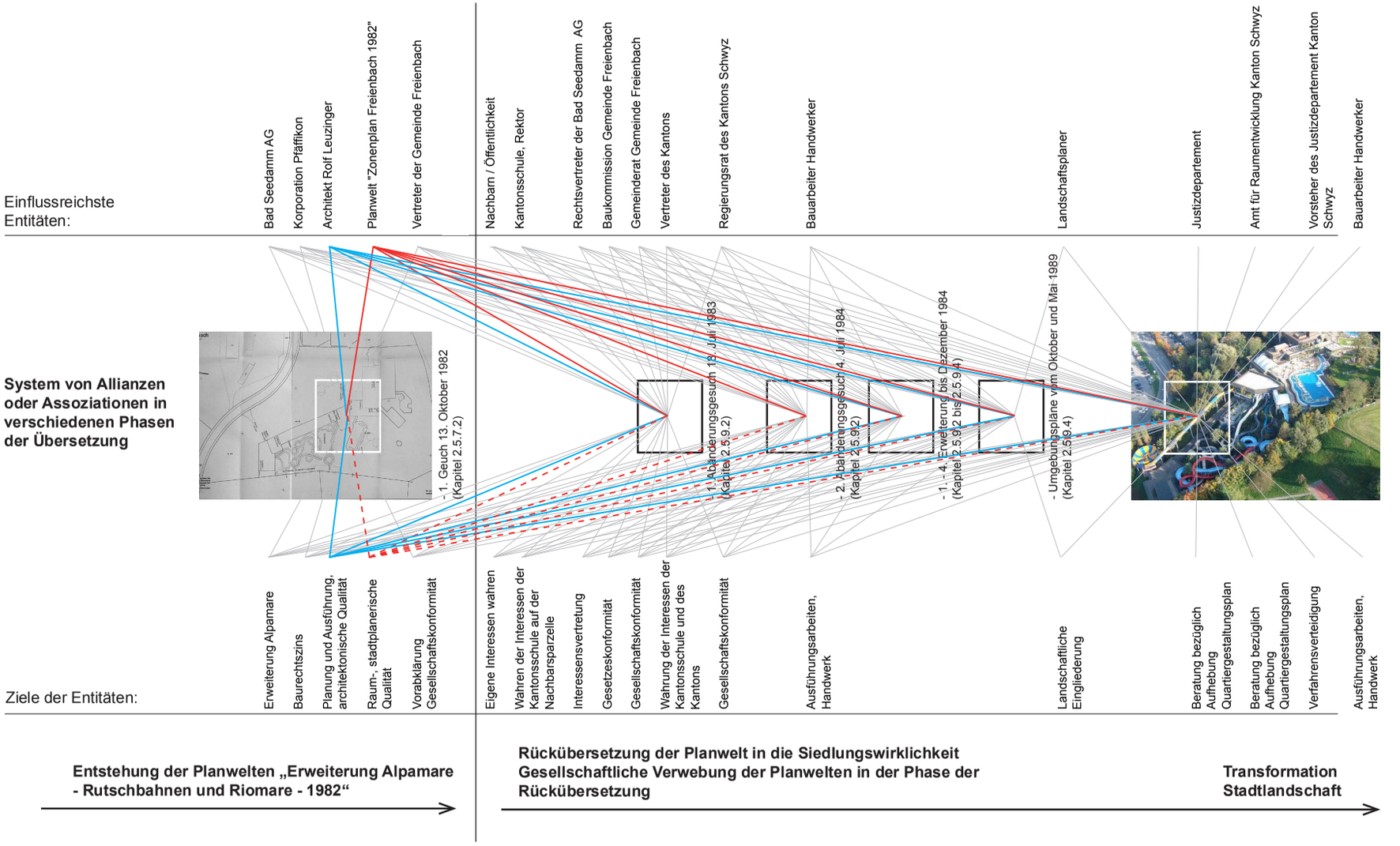
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

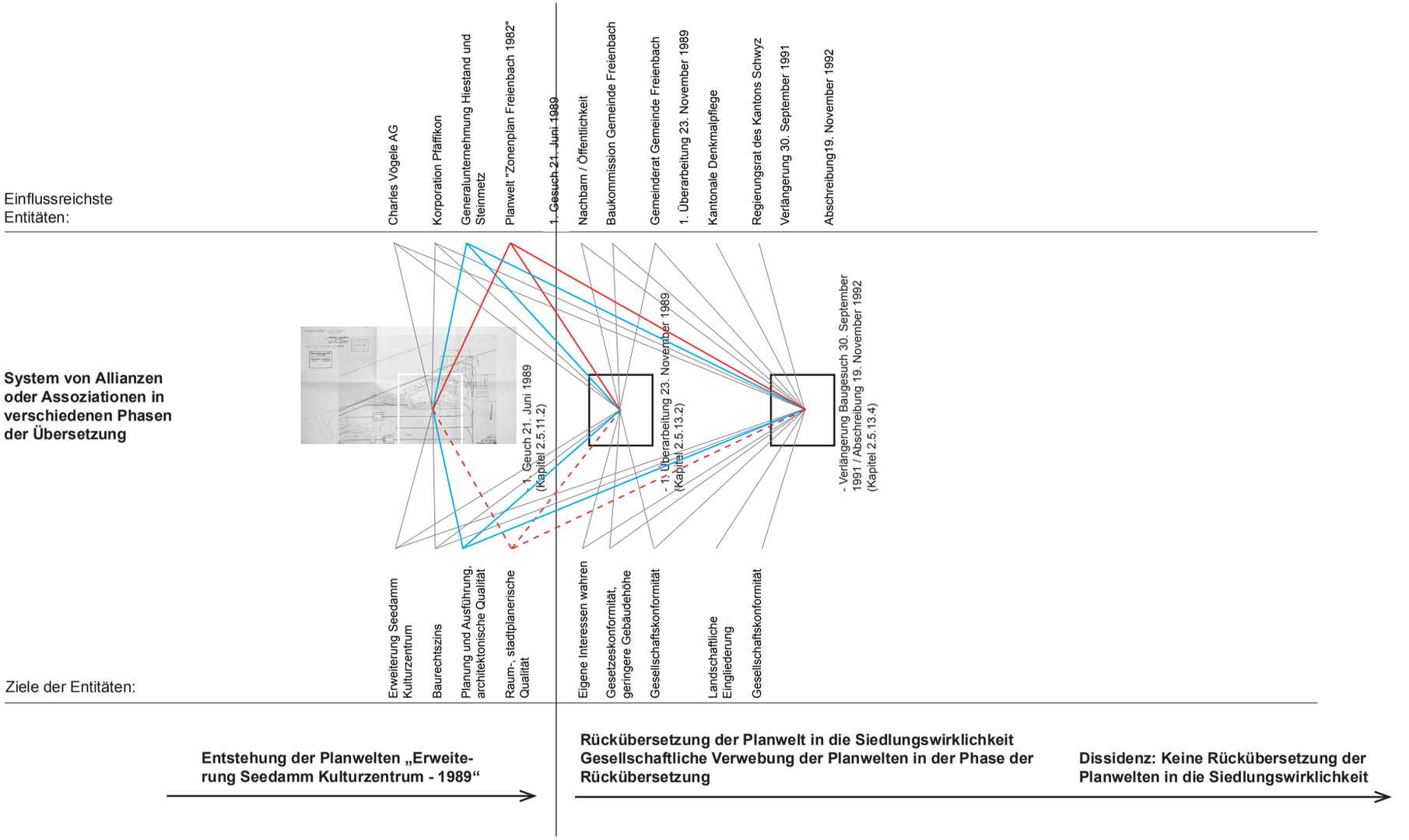
2.5.6.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks
„Erweiterung Verwaltungsgebäude, Tiefgarage, Parkplatzanlage“



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.
- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen
- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

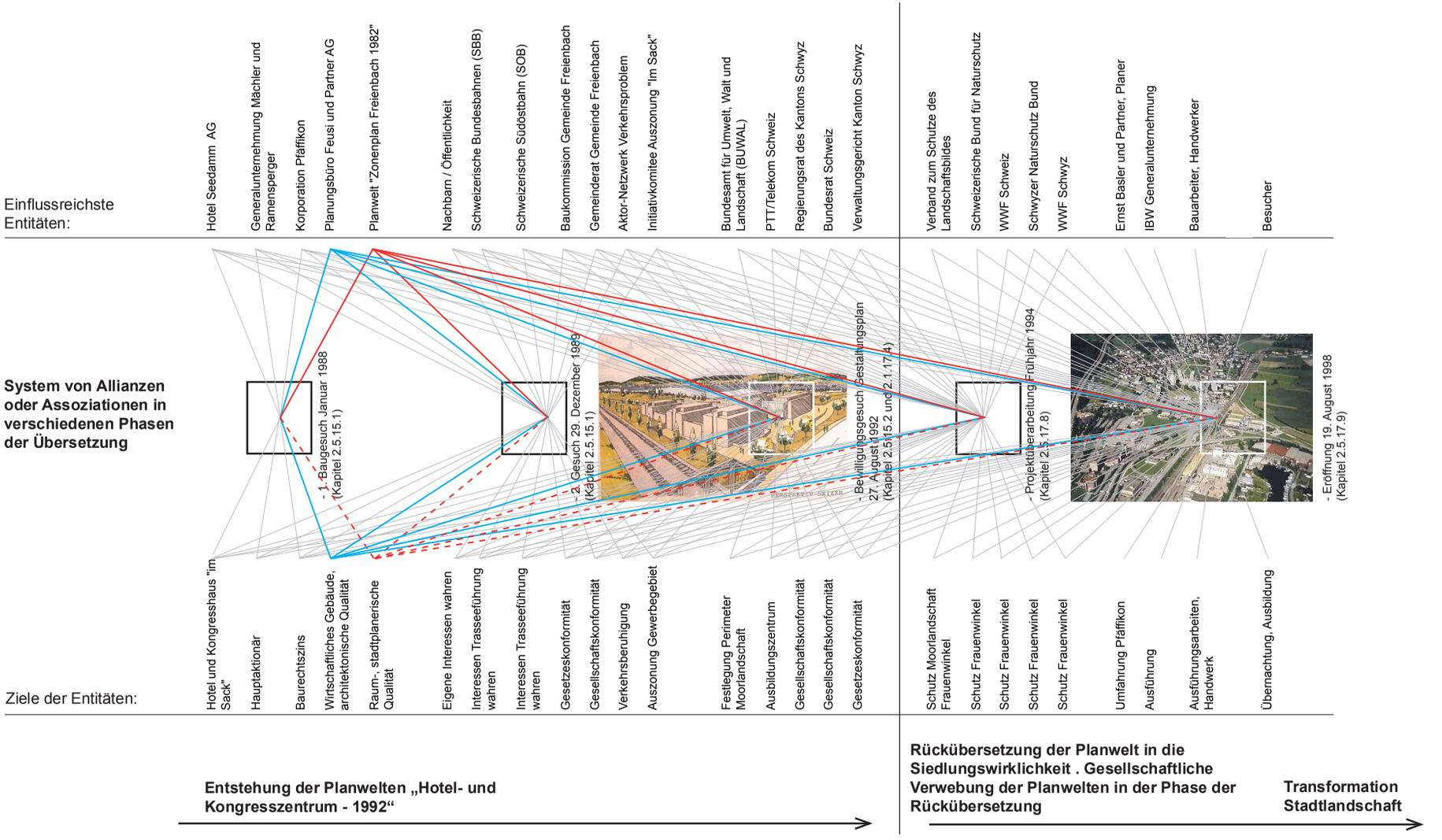
2.5.10.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks
„Erweiterung Alpamare - Rutschbahnen und Riomare“



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.
- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen
- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

2.5.14.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Seedamm Kulturzentrum“



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

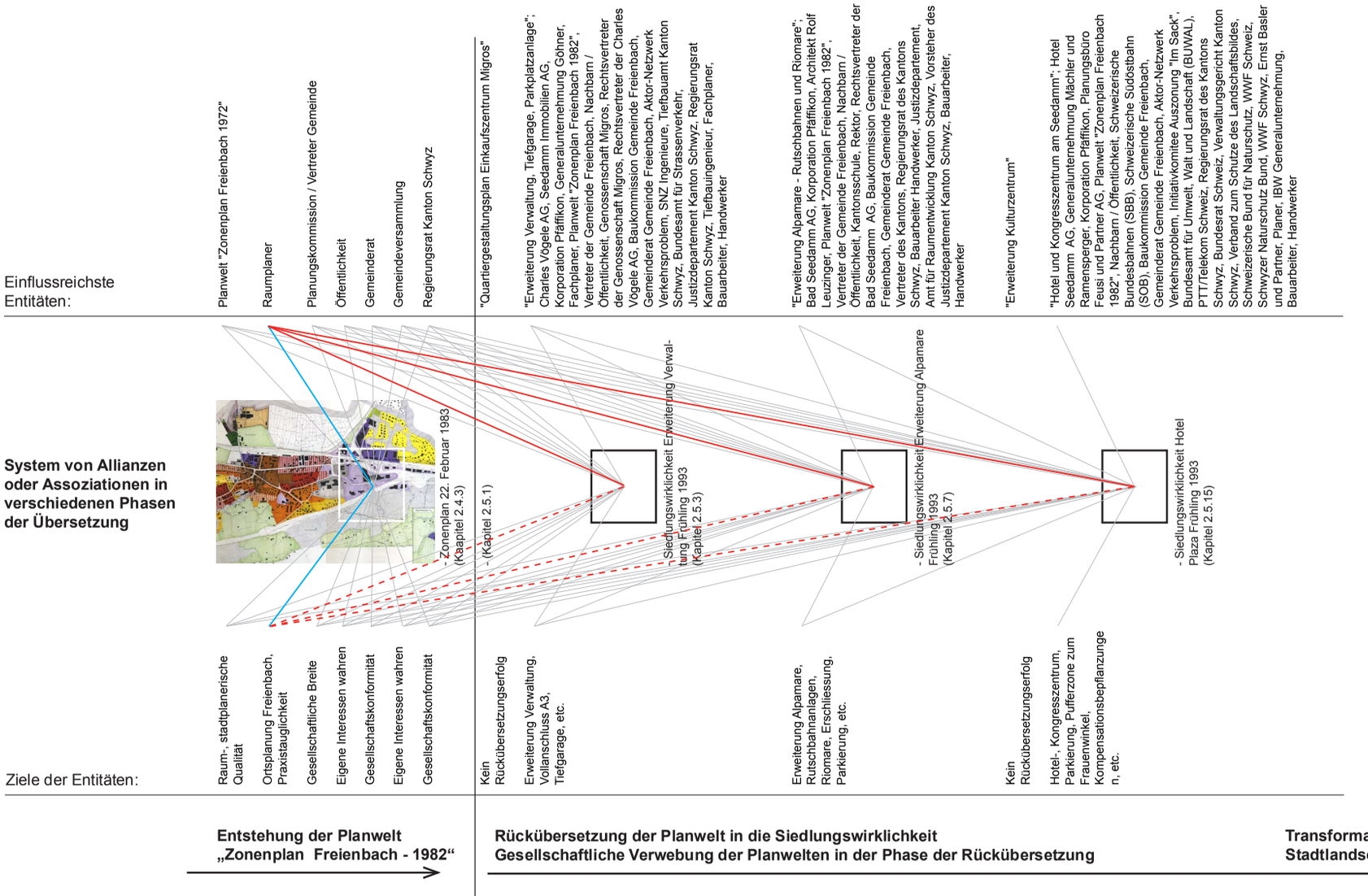
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

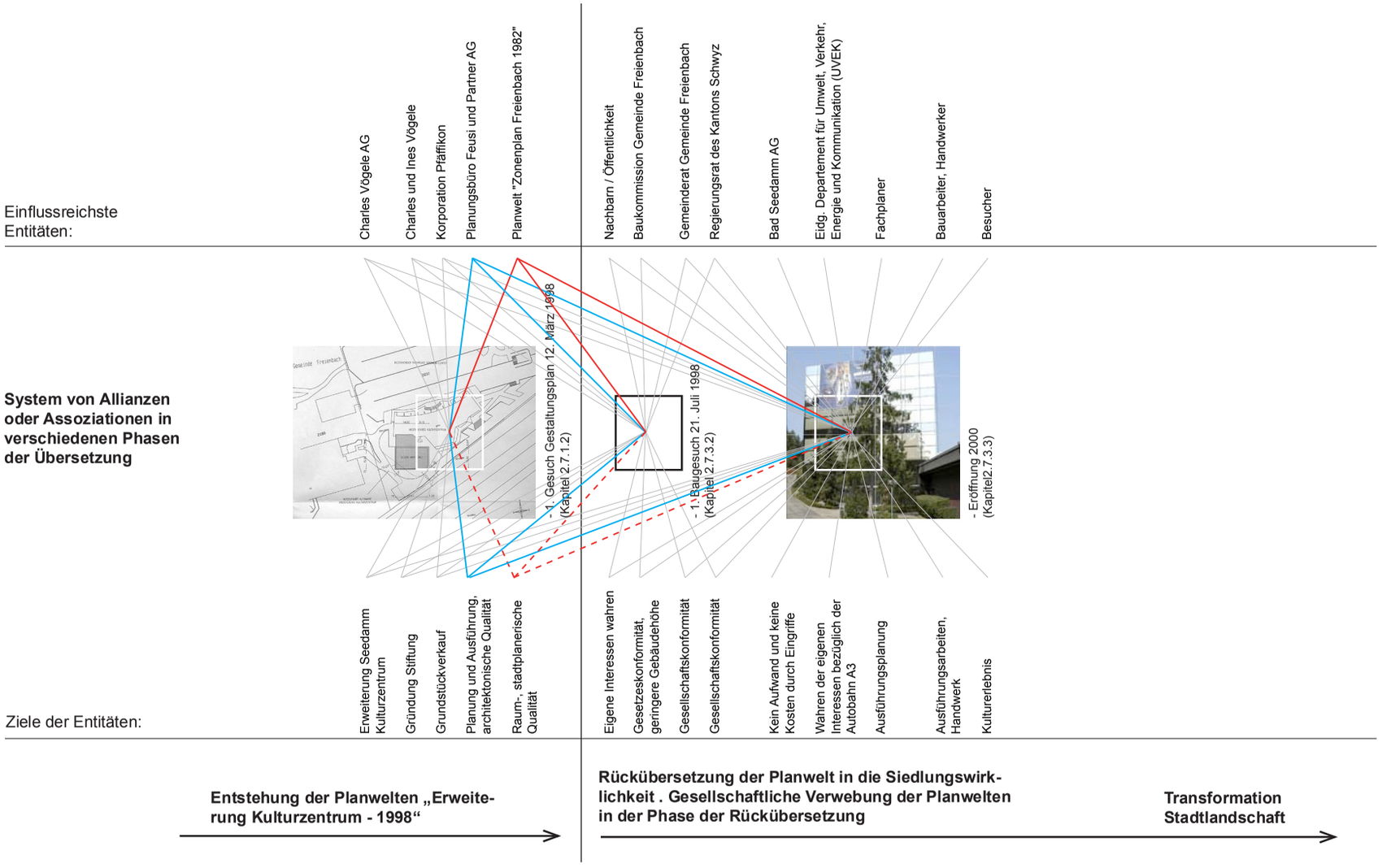
(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

2.5.18.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Hotel- und Kogresszentrum Plaza“



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

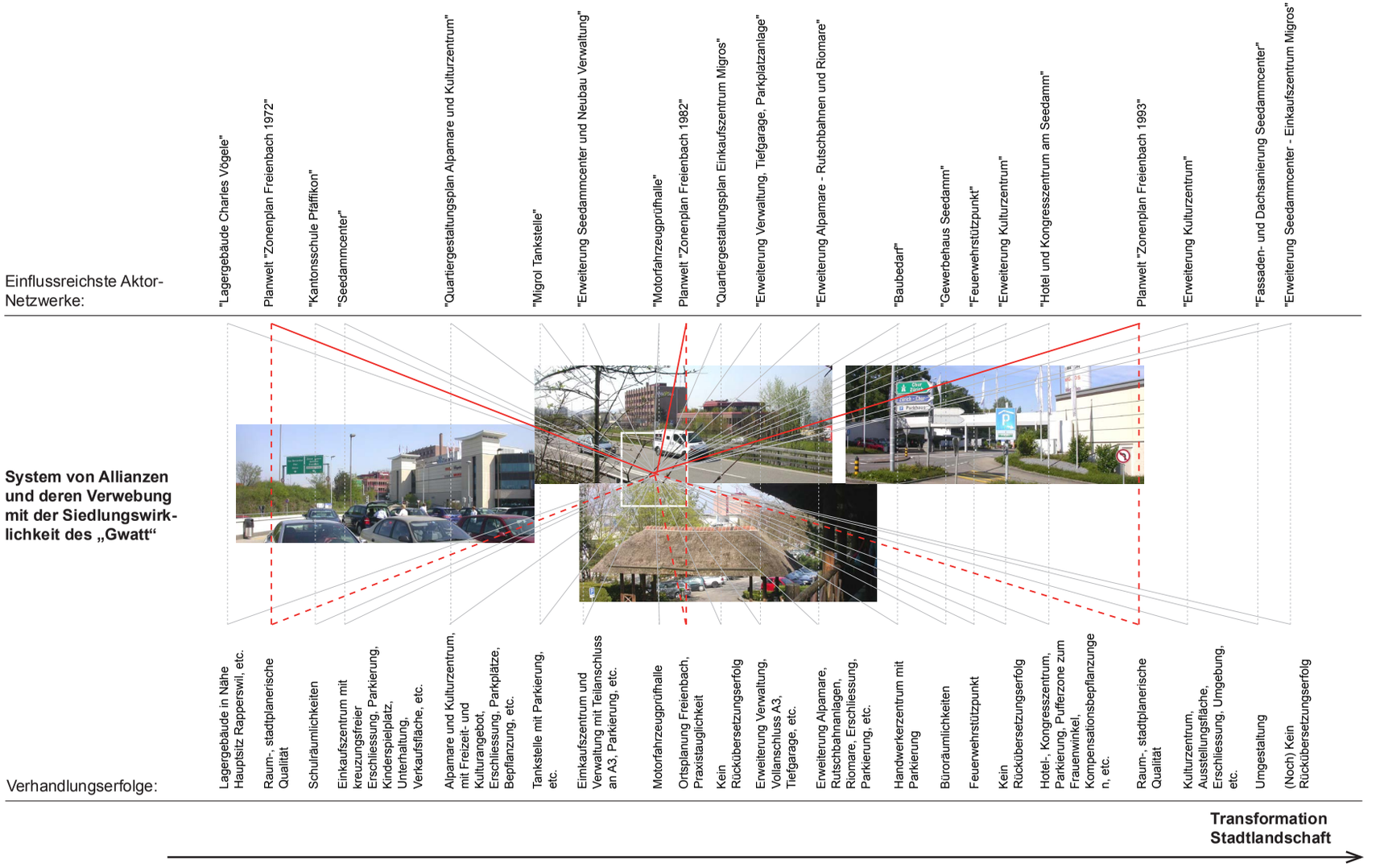
2.6.2.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerkes „Zonenplanung Freienbach“ mit Fokus Gwatt bis 1993



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.
- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen
- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

2.7.4.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Erweiterung Kulturzentrum“



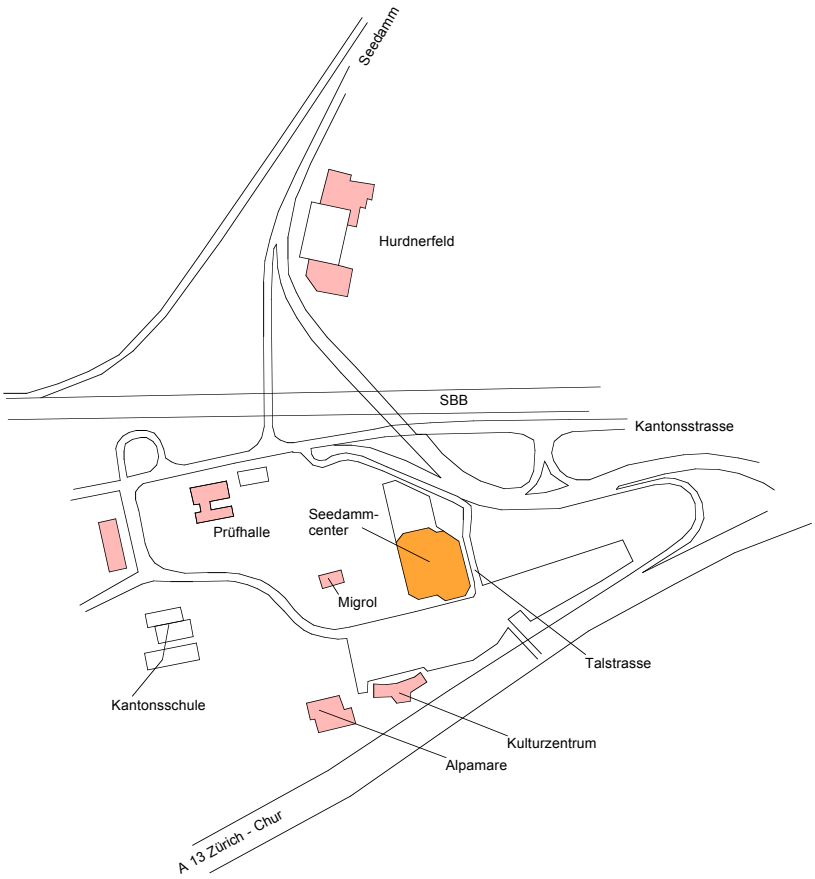
- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

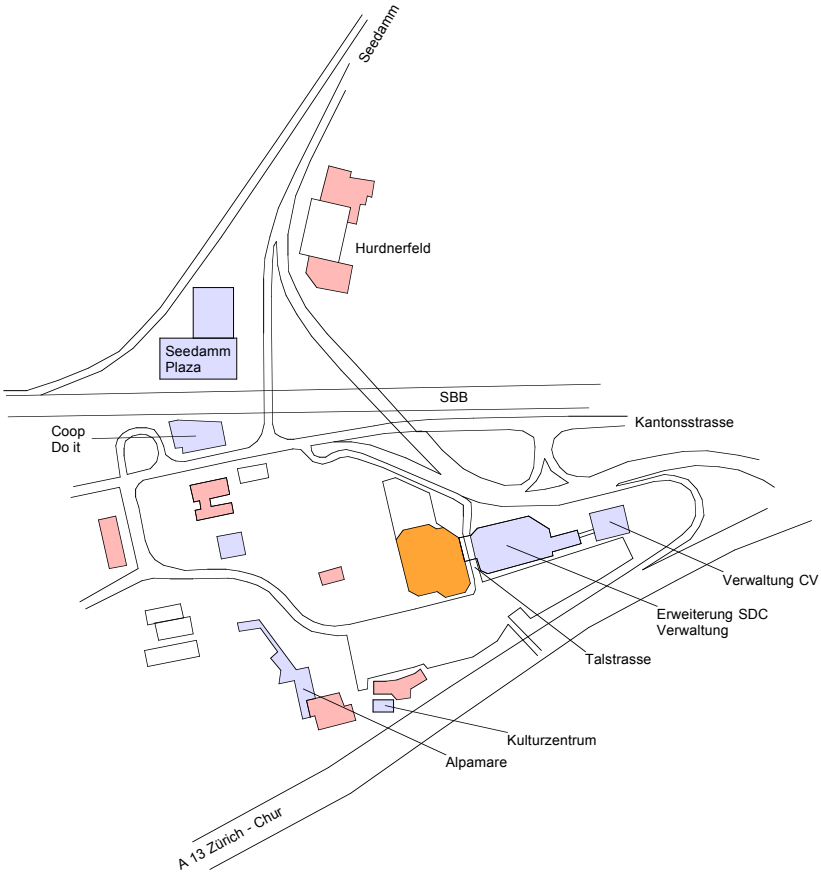
- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

2.10 Visualisierung der Aktor-Netzwerke mit Einflussnahme auf die Transformation der Stadtlandschaft am Beispiel Gwatt und Umgebung, Freienbach

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)



Erste Bauten im Gwatt im Zeitraum von 1972 (orange) bis 1982



Bauten im Gwatt im Zeitraum von 1982 bis 1998

(Eigene Darstellung)

ZWEITE MIKROSTUDIE

IM FORST, SCHAAN

3.0 Zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan

3.1 Einführung ins Untersuchungsgebiet

3.1.1 Die Gemeinde Schaan heute

Das zweite Untersuchungsgebiet dieser Arbeit befindet sich in der Gemeinde Schaan im Fürstentum Liechtenstein. Geografisch liegt die Gemeinde am Fusse der Gebirgskette des Rätikon und grenzt westlich an das Ufer des Rheins. Das Rätikon ist dabei gleichzeitig Grenzgebiet der drei Staaten Schweiz, Liechtenstein und Österreich, wobei der Rhein auf der östlichen Landesseite von Liechtenstein die Grenze zur Schweiz bildet. Auf der schweizerischen Uferseite gegenüber von Schaan befindet sich die Gemeinde Buchs SG. Die Gemeinden Buchs und Schaan liegen im Alpenrheintal, das sich vom Zusammenfluss des Vorder- und Hinterrheins im bündnerischen Reichenau bis an den Einfluss des Rheins in den Bodensee erstreckt und Teile der schweizerischen Kantone Graubünden und St. Gallen, das Fürstentum Liechtenstein und Teile des österreichischen Vorarlbergs umfasst.

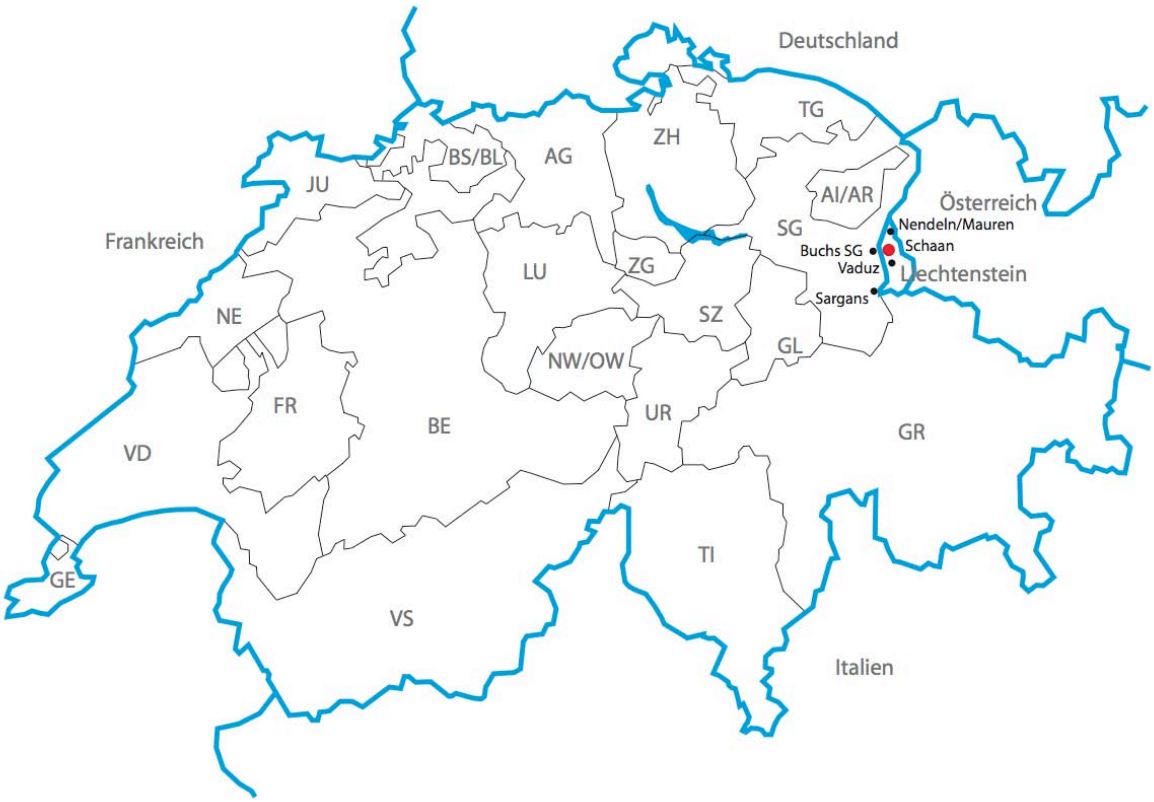


Abb. 61: Schweiz mit Gliederung der Kantone sowie angrenzenden Ländern und der Lokalisierung relevanter Ortschaften für die vorliegende Mikrostudie (eigene Darstellung).

Nördlich von Schaan verläuft die Grenze zum Unterland des Fürstentums. Es gehört damit, wie auch die südlich angrenzende Gemeinde Vaduz, die Gemeinden Planken, Triesenberg, Triesen und Balzers, dem Wahlkreis des Liechtensteiner Oberlandes an.

Die Siedlung Schaan ist eine der ältesten Siedlungen des Fürstentums. Urkundlich wurde Schaan das erste Mal im Jahre 850 erwähnt.[1015] Der Ursprung des Siedlungsgebiets von Schaan liegt am Fusse eines Berghanges, am Übergang in die Talsohle. Im Laufe der Zeit und insbesondere durch die Rheinkorrektion und -melioration Anfang des 20. Jahrhunderts konnte die Talsohle Schritt für Schritt für landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden.[1016] Mit der wirtschaftlichen Entwicklung und einer expandierenden Industrialisierungsphase nach dem Zweiten Weltkrieg dehnten sich die Siedlungen in Liechtenstein zunehmend in diese gewonnenen Flächen aus.[1017] Heute sind die Siedlungskörper Schaan, Vaduz und Triesen grösstenteils zusammengewachsen und bilden eine einheitlich disperse Siedlungslandschaft mit rund 15'500 Bewohnern.

Die expandierende Industrie wirkte sich auf das Bevölkerungswachstum und die Pendlerverflechtungen aus. Zwischen 1951 und 1960 wuchs die Bevölkerung Liechtensteins um 20,9 Prozent, von 1961 bis 1970 gar um 28,4 Prozent. Bereits ab 1950 gab es in Liechtenstein mehr Arbeitsplätze, als von Liechtensteinern besetzt werden konnten. Von 1941 bis 1978 verfünffachte sich die Zahl der industriellen Arbeitsplätze in Liechtenstein. „Dieser Aufschwung wurde von der Industrie, aber auch zunehmend vom Dienstleistungsgewerbe getragen, wobei das überdimensionierte Wachstum von Industrie und Dienstleistungssektor nicht ohne auswärtige Arbeitskräfte möglich gewesen wäre. Während 1960 rund 1'700 Arbeitnehmer aus Österreich und der Schweiz zupendelten, waren es 1980 schon 3'179 bei 733 Auspendlern."[1018]

Mit rund 5'800 Einwohnern ist Schaan heute einwohnermässig die grösste Gemeinde Liechtensteins. Rund 700 Gross- bis Kleinbetriebe bieten innerhalb des Gemeindegebiets rund 7'000 Arbeitsplätze an.[1019] Die Hilti AG, welche bei dieser Mikrostudie eine zentrale Stellung einnimmt, ist dabei als Grossbetrieb mit bald 2'000 Arbeitsplätzen einer der grössten Arbeitgeber des Landes und der Region.[1020]

Schaan preist sich heute als „attraktive Wohngemeinde mit grosszügigen Freizeitanlagen und einem bemerkenswerten kulturellen Angebot" an. „Die einwohnerreichste Gemeinde Liechtensteins, in der Landesmitte am Fusse des Drei-Schwestern-Massivs gelegen, übt seit langem eine grosse Anziehungskraft aus. Das Zusammenleben und Zusammenarbeiten von Menschen aus über 50 Nationen prägt Schaan, das als Standort grosser Konzerne eine gewisse Internationalität ausstrahlt und sich dennoch den Reiz und die Lebensqualität einer intakten Dorfgemeinschaft bewahren konnte. Schaan verbindet das Liechtensteiner Oberland mit dem Unterland, ist Grenzgemeinde zur Schweiz, Einkaufsmetropole und Verkehrsknotenpunkt des Landes."[1021]

[1015] www.liechtenstein.li, Zugriff am 9. Dezember 2008.
[1016] Kaiser (1993a), S. 67; Götz (1993), S. 12; Kaiser (1993b), S. 104. Siehe auch Kapitel 5.1.3 der vierten Mikrostudie.
[1017] Broggi (1988), S. 72.
[1018] Ebenda, S. 73.
[1019] www.schaan.li, Zugriff am 9. Dezember 2008.
[1020] Interview mit Andreas Maitz, Leiter zentrale Dienste der Hilti AG, 8. November 2007.
[1021] www.schaan.li, Zugriff am 9. Dezember 2008.

3.1.2 Die Gemeinde Schaan im Kontext statistischer Raumgliederungen heute

Gemäss Bundesamt für Statistik bilden die liechtensteinischen Gemeinden Schaan und Vaduz zusammen mit der schweizerischen Gemeinde Buchs eine eigene Agglomeration.[1022] Die Agglomeration Buchs-Schaan-Vaduz zählt im schweizerischen Kontext zu den momentan am stärksten wachsenden Agglomerationsgebieten überhaupt.[1023] Auffällig ist ebenfalls die starke Zunahme des PKW-Pendlerverkehrs. Zwischen 1970 und 2000 wuchs das Pendlervolumen fast um 70 Prozent. Dabei haben insbesondere die kurzen Distanzen bis zu einer Viertelstunde sehr stark zugenommen, und der prozentuale Anteil der Verwendung des Automobils hat sich mehr als verdoppelt.[1024] Folgt man aktuellen Prognosen, wie jenen des St. Galler Planungsbüros Strittmatter aus dem Jahre 2003, so dürften sich in den nächsten Jahren diese Prozesse in beschleunigter Form fortsetzen.[1025]

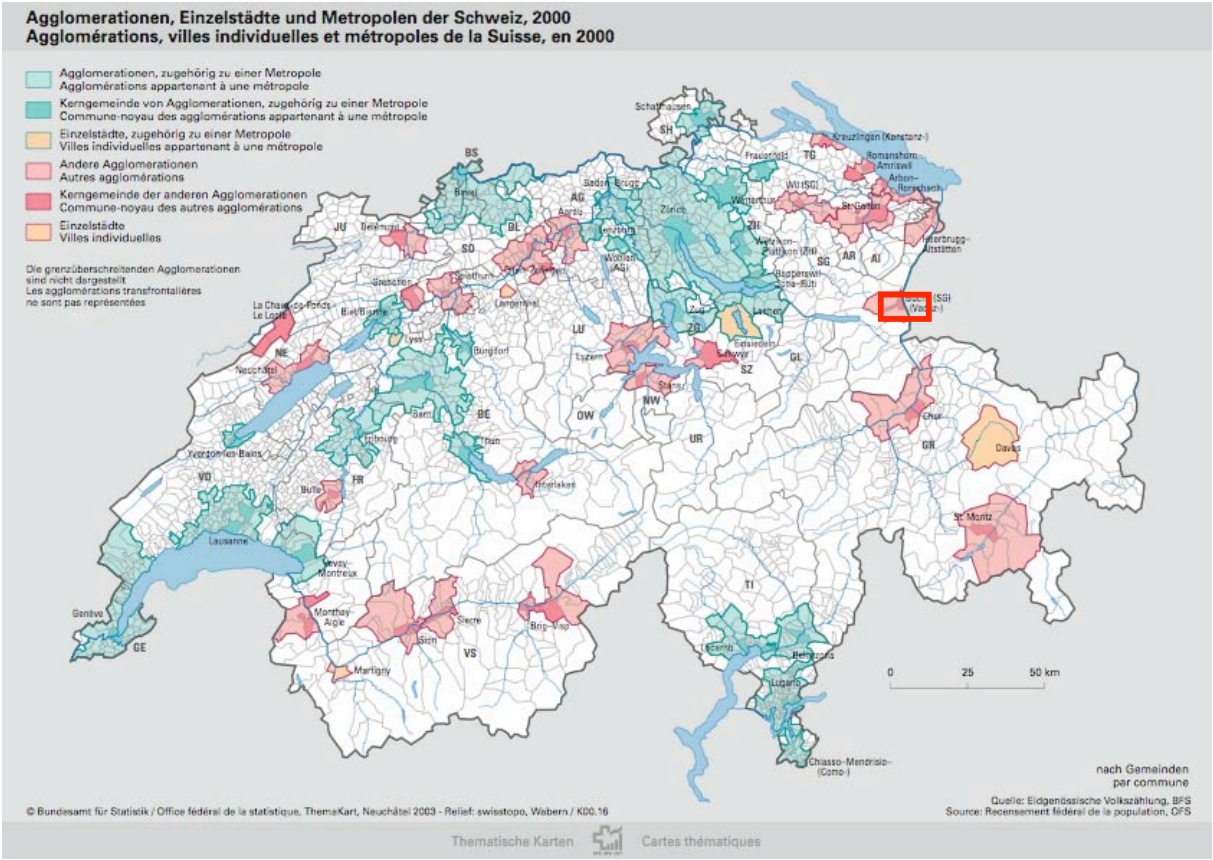


Abb. 62: Bundesamt für Statistik, „Agglomerationen“, Stand 2000.

Im Metropolitanraumkonzept von Avenir Suisse wird die Agglomeration Buchs-Liechtenstein keiner Metropolitanregion zugeteilt. Die Agglomeration Buchs-Liechtenstein bildet zwar einen eigenen Wirt-

[1022] Die Agglomerationen werden im Bundesamt für Statistik (BFS) nach statistischen Kriterien definiert. Zu diesen Kriterien gehören die Einwohnerzahl und die Bevölkerungsentwicklung, der bauliche Zusammenhang, das Verhältnis der Erwerbstätigen zur Wohnbevölkerung, die Wirtschaftsstruktur und die Verflechtung mit der Kernzone durch Pendler. Agglomerationen sind zusammenhängende Gebiete mehrerer Gemeinden mit insgesamt mindestens 20’000 Einwohnern. Bundesamt für Statistik, „Agglomerationen, Einzelstädte und Metropolen der Schweiz“, Stand 2000, www.bfs.admin.ch, Zugriff am 20. August 2008.
[1023] Eisinger, Kurath (2006), S. 32.
[1024] www.pendlerstatistik.admin.ch, Zugriff am 9. Dezember 2008.
[1025] Strittmatter AG, Einwohner und Arbeitsplätze. Grundlagenanalyse und Prognose. St. Gallen, Januar 2003.

schaftsraum mit lokal-räumlichen Verflechtungen, dieser ist aber in der Wahrnehmung der Avenir Suisse in einem gesamtschweizerischen Kontext zu unbedeutend.[1026]

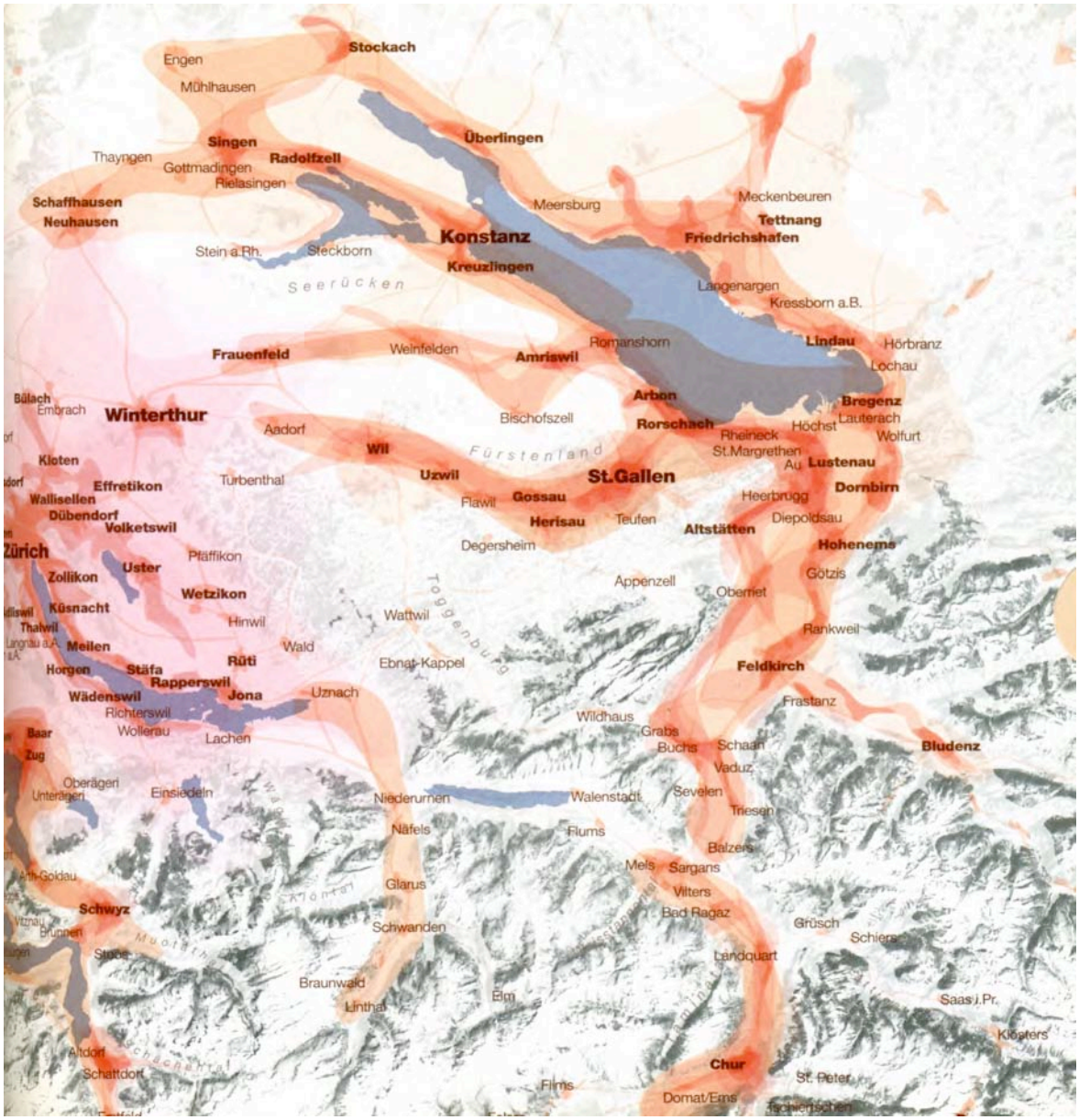


Abb. 63: ETH Studio Basel, Ausschnitt aus der Karte „Die Schweiz – Ein städtebauliches Portrait – Städtenetze“, Diener et al., (2006), S. 649.

Eine Studie des ETH Studio Basel, die das Bild von Avenir Suisse verfeinerte und nebst dem Raumnutzungsmuster weitere räumliche und konzeptionelle Faktoren berücksichtigte, sieht die Agglomeration Buchs-Liechtenstein als Teil des Städtenetzes Bodensee.[1027] Die Agglomeration Buchs-Liechtenstein lässt sich gemäss der Studie als Ausläufer der Vorarlberger Rheintalstadt mit den Städten Feldkirch, Altstätten, Hohenems, Dornbirn und Bregenz ausmachen. Das Städtenetz der Region Werdenberg und des Fürstentums Liechtenstein wird zumindest räumlich vorwiegend durch die Ge-

[1026] Blöchliger (2005).
[1027] „Städtenetze bilden sich aus kleinen und mittleren Zentren, die ausserhalb der Einzugsgebiete der Metropolitanregionen liegen. (…) Die Netzwerke der Städtenetze sind vor allem regional und national ausgerichtet, erreichen international jedoch nur geringe Bedeutung. Sie haben eine mittlere Dichte und eine mittlere Heterogenität.“ Diener et al., (2006), S. 650; Diener et al., (2006), S. 669.

meinden Grabs, Buchs, Sevelen, Schaan, Vaduz und Triesen gebildet. Dieses Städtenetz bildet das Bindeglied zwischen der Vorarlberger Rheintalstadt und dem Stadtnetz Domat/Ems-Chur-Sargans. Die Rückräume der Agglomeration Buchs-Liechtenstein grenzen gemäss Studie an die Stillen Zonen und weisen auf der Schweizer Seite ein Alpine Resort beim Wintersportort Wildhaus auf.[1028] Weitet man die Studie auf das Fürstentum aus, könnte das Gebiet Malbun östlich der Agglomeration ebenfalls als Alpine Resort deklariert werden.

Im lokalen Wirtschaftsraum Werdenberg-Liechtenstein zeichnet sich eine aussagekräftige Wohn-Arbeitsort-Pendlerverflechtung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und den Nachbarregionen ab. Im Jahre 2005 pendelten 1'594 Personen mit Wohnort in der Schweiz an einen Arbeitsstandort in der Gemeinde Schaan. 359 Personen mit Wohnort Buchs pendelten regelmässig nach Schaan. Aus Grabs pendelten täglich 122, aus Sevelen 113, aus Gams 82 und aus Chur 41 Personen nach Schaan. In die Gemeinde Schaan pendelten im Jahr 2005 ebenfalls regelmässig 2'147 Personen aus Österreich. Ihren Wohnsitz hatten davon 487 in Feldkirch, 150 Personen in Rankweil, 137 Personen in Frastanz, 90 Personen in Nenzing, 83 Personen in Gisingen und 81 Personen in Dornbirn. Aus Deutschland pendelten 96 Personen zu. Umgekehrt pendelten nur 166 Personen von Schaan an einen anderen Arbeitsplatzstandort. Zwei Personen pendelten nach Deutschland und sechs Personen nach Österreich. In die Schweiz pendelten immerhin noch 157 Personen. Der Hauptzielort war dabei die Gemeinde Buchs mit 50 Pendlern, gefolgt von der Gemeinde Grabs mit 15 Pendlern.[1029]

Diese Daten belegen eine über die letzten Jahrzehnte immer intensivere Verflechtung und gleichzeitige Ausdifferenzierung einzelner Teilgebiete zwischen dem eher wohnorientierten Buchs und seiner Umgebung sowie dem Arbeitsstandort Liechtenstein/Oberland.[1030] Die sehr ausgeprägte Pendlerverflechtung steht unter anderem in einem engen Zusammenhang mit einer stringenten Ausländerpolitik des Fürstentums Liechtenstein, das die Wohnsitznahme durch Ausländer aufgrund begrenzter Landressourcen erheblich einschränkt. Umgekehrt dazu wachsen die Arbeitsplatzangebote der wirtschaftlich erfolgreichen Industrie-, Gewerbe- und Finanzbetriebe zunehmend.

3.1.3 „Im Forst" und Umgebung vor 1954

Das Gebiet Im Forst, das hier im Mittelpunkt der Untersuchung steht, befindet sich am nördlichen Ende des Siedlungsgebiets von Schaan. Die ersten siedlungsräumlichen Transformationen dieses Gebiets, Standort des heutigen Hilti-Hauptsitzes, setzten im Jahre 1954 ein. Das sich zu diesem frühen Zeitpunkt weit ausserhalb des Siedlungsgebiets befindliche Areal wurde damals noch landwirtschaftlich genutzt. Die raum- und ortsplanerischen Bestrebungen waren zu dieser Zeit noch nicht weit fortgeschritten. Die planerischen Mittel beschränkten sich auf das Baugesetz des Landes. Ein erster Zo-

[1028] „Sie (die Stillen Zonen; Anm. Kurath) dienen als Erholungsgebiete, als Knoten dezentraler Freizeitaktivitäten, als Terrains für Sport oder überregionale, spezialisierte Konsumangebote. Damit weiten sich die Radien der Pendlerkulturen aus. Sie unterwerfen die Stillen Zonen einer langsamen, zunächst schlecht sichtbaren Transformation. Zuerst werden die leer gewordenen Gebäude der alten Dörfer von weit pendelnden Zuzügern beansprucht. Umgekehrt beginnen die Dorfbewohner an anderen Orten zu arbeiten, ohne das Dorf zu verlassen." „Alpine Resorts beschreiben urbane Gebiete in den Bergen, die nicht Teil von Städtenetzen oder Metropolitanregionen sind und keine andere wichtige ökonomische Funktion aufweisen als den Tourismus." Ebenda, S. 900.

[1029] Amt für Volkswirtschaft Liechtenstein, „Pendler per 31. Dezember 2005, Vollzeit und Teilzeit", Statistik zur Verfügung gestellt durch das Amt für Volkswirtschaft Liechtenstein.

[1030] Eisinger, Kurath (2006), S. 32.

nenplanentwurf für das Gemeindegebiet sollte erst im Jahre 1958 im Gemeinderat diskutiert werden.[1031] Die frühen Anfänge der Siedlungswirklichkeit „Im Forst“ wurden entsprechend vornehmlich durch Akteure und Aktanten bestimmt, die sich weniger durch raumbezogenes Handeln auswiesen, als vielmehr ihre wirtschaftsorientierten Visionen verwirklichen wollten.

Um die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse und ihre Auswirkungen auf die Siedlungswirklichkeit des Gebietes im Forst rekonstruieren zu können, muss die Entstehungsgeschichte der heutigen Firma Hilti AG in die Untersuchungen miteinbezogen werden. Einhergehend mit dem Erfolg des Unternehmens und der steigenden Nachfrage nach Produkten der Hilti AG, wuchsen der Bedarf an Produktionsflächen und der Verwaltungsaufwand des Unternehmens. Entsprechend übersetzten sich diese Handlungsketten in Form von Produktionshallen und Verwaltungsbauten auf den Raum. Umgekehrt begrenzten lokal vorhandene personelle, materielle und räumliche Ressourcen die Entwicklungsmöglichkeiten im Forst.

3.1.4 Die verwendeten Quellen

Die folgende Mikrostudie „Im Forst, Schaan“ basiert auf Beschlussprotokollen der Gemeinderatssitzungen und Baukommissionen sowie auf Auszügen von Planunterlagen, die in einem Zusammenhang mit den Entwicklungen nördlich des Dorfzentrums von Schaan standen. Diese Unterlagen konnten im Archiv der Gemeindebauverwaltung Schaan und der Gemeinde Schaan ausfindig gemacht werden. Einzelne Auseinandersetzungen, insbesondere diejenigen um die Verkehrsplanung in Schaan, wurden den von der Gemeinde Schaan archivierten Regionalzeitungen entnommen. Ausführliche problemzentrierte qualitative Interviews mit Michael Hilti, Verwaltungsrat der Hilti AG, Andreas Maitz, Leiter zentrale Dienste der Hilti AG, Florin Frick, Architekt und Raumplaner, Hansjörg Hilti, Architekt, und Edi Risch, Leiter der Bauverwaltung der Gemeinde Schaan, dienten auch hier zur Verfeinerung der Faktenlage und für ein besseres Verständnis der Zusammenhänge.

Wegen der Datensperrfrist sowie aus datenschutzrechtlichen Gründen werden in den folgenden Ausführungen die Personen anonymisiert. Aus diesem Grund werden nur die Funktionen und Positionen der anonymisierten Personen angegeben. Ausnahmen bilden autorisierte Aussagen oder Aussagen, die in Zeitungsartikeln oder Magazinen der Öffentlichkeit zugänglich sind.

[1031] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bauzonenplan“, Sitzung-Nr. 22, 10. Juni 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1954.

3.2 Erste landschaftliche Transformationen im Forst durch die Hilti oHG

3.2.1 Die Anfänge der Hilti oHG

Im Jahre 1933 erhielt Eugen Hilti, Inhaber einer mechanischen Werkstatt in Schaan, eine Konzession zur Anfertigung von Sägen und Zündkerzenkörpern. Gleichzeitig betrieb er eine Autoreparaturwerkstatt. Zusammen zählten die beiden Unternehmen im Jahre 1939 rund 15 Angestellte.[1032] Im Gegensatz zu seinem älteren Bruder Eugen hatte Martin Hilti in jungen Jahren eine akademische Laufbahn eingeschlagen und studierte Mathematik und Geodäsie. Mit 22 Jahren hängte er ein Studium in Maschinen- und Fahrzeugbau an.

Die Kindheit der beiden Brüder war durch die sehr einfachen Verhältnisse des Landes Liechtenstein zur Zeit des Zweiten Weltkriegs geprägt. Sie wuchsen mit einem weiteren Bruder in einem Elternhaus auf, welches dem Fortschritt positiv gegenüberstand und seinen Kindern auch eine gute Ausbildung ermöglichen konnte. Diese Rahmenbedingungen führten dazu, dass Martin und Eugen Hilti sehr genau wussten, dass man tüchtig sein musste, wenn man etwas verändern will.[1033]

Diese Erkenntnis war auch Anlass dafür, dass Eugen und Martin Hilti im Jahr 1941 die Hilti oHG gründeten.[1034]

Der Standort der Firma befand sich damals an der Landstrasse inmitten des Dorfzentrums von Schaan. Die ersten Jahre des Unternehmens entwickelten sich zäh. So mussten im Jahre 1944 Lohnarbeiten anderer Grossunternehmen aus der Region übernommen werden.[1035] Der Arbeitnehmerbestand schwankte in dieser Zeit erheblich. Er erreichte einen Höchststand von rund 100 Personen und im Zuge der Absatzkrisen infolge Kriegsende im Jahre 1948 einen Tiefststand von rund 60 Personen. Im selben Jahr begannen die Gebrüder Hilti mit Versuchen auf dem Gebiet der Befestigungstechnik. Später folgten erste Versuche in der Schlag- und Schussmontage. Martin Hilti erkannte das unternehmerische Potenzial insbesondere für Bolzensetzgeräte. Das Unternehmen erwarb die Rechte und Patente und begann mit der Eigenproduktion und der Entwicklung von Prototypen. Die Anzahl der Beschäftigten stieg in der Folge bis 1954 auf 120 Personen an. Mit diesem Einstieg in die Befestigungstechnik wurde ein nie erahnter Aufschwung eingeleitet.[1036]

3.2.2 Ein neuer Standort für die Hilti oHG in Schaan

Bald einmal wurden die Räumlichkeiten an der Landstrasse im Dorfzentrum von Schaan zu eng. Gemäss Aussagen von Michael Hilti, Sohn von Martin Hilti und heutiges Verwaltungsratsmitglied der Hilti AG, führten Martin und Eugen Hilti mit dem damaligen Nachbarn Gespräche über mögliche räumliche Erweiterungen am Standort im Dorfzentrum. Der Nachbar soll allerdings zu hohe Forderungen gestellt haben, sodass sich die Gebrüder Hilti nach Alternativen umsehen mussten.[1037] Die Gebrüder Hilti tra-

[1032] Wenaweser, Wanger (2000), S. 49.
[1033] Hilti (1995), S.19.
[1034] Wenaweser, Wanger (2000), S. 49.
[1035] Ebenda, S. 49; Hilti (1995), S. 53.
[1036] Wenaweser, Wanger (2000), S. 51; Hilti (1995), S. 53-54.
[1037] Interview mit Michael Hilti vom 12. Dezember 2007.

ten mit ihrem Anliegen vor den damaligen Gemeinderat von Schaan. Gemäss Protokoll der Gemeinderatssitzungen fragten Martin und Eugen Hilti um 1'500 bis 2'000 Klafter Land für neue Fabrikräumlichkeiten an.[1038] Umgerechnet umfasste diese Anfrage einen halben bis etwa drei Viertel Hektar Land. Der Gemeinderat forderte von der Hilti oHG, dass die Wünsche betreffend Bauplatz genauer präzisiert würden, bevor auf eine weitere Behandlung der Angelegenheit eingegangen werden könne.[1039] Am 15. Mai 1954 trat die Hilti oHG mit konkreteren Wünschen an den Gemeinderat heran. So ersuchten die Vertreter der Firma um Überlassung von 10'000 Klaftern, also rund 3,6 Hektar Baugrund, im ausserhalb des bestehenden Siedlungsgefüges gelegenen Gebiet Im Forst. Davon sollten 1,8 Hektar zur sofortigen Überbauung zur Verfügung stehen. Für die restlichen 1,8 Hektar wünschte sich das Unternehmen ein Vorkaufsrecht während vier Jahren. Die Firma offerierte für das Land einen Preis von 1,1 Franken pro Quadratmeter. Im Bewusstsein, dass dies einen niedrigen Landpreis darstellte, verwiesen die Gebrüder Hilti bereits zu diesem Zeitpunkt auf die Bedeutung des Unternehmens als Arbeitgeber in der Gemeinde. Der Gemeinderat liess sich davon wenig beeindrucken. Zwar erklärte er sich zum Verkauf von 1,1 Hektar bereit, den Verkaufspreis aber legte er auf 1,4 Franken pro Quadratmeter fest. Sollte weiterer Geländebedarf für betriebseigene Bauten bestehen, wollte er dies dem Unternehmen gegen ein neu zu vereinbarendes Entgelt zur Verfügung stellen.[1040]

Der Schaaner Gemeinderat setzte nach diesen Vorverhandlungen einen Verkaufsvertrag auf, welcher den Gebrüdern Hilti nicht zu passen schien. Sie setzten kurzerhand einen neuen Vertrag auf. Im Gegensatz zum Vertrag der Gemeinde enthielt der Vertrag der Firma Hilti oHG unter anderem ein auf 25 Jahre befristetes Vorkaufsrecht von Bauland im Forst zu einem Preis von 1,4 Franken pro Quadratmeter. Weiter legte das Unternehmen im Vertrag fest, dass es den eigenen Wasserbedarf aus einer nahen Quelle decken durfte. Der Gemeinderat zeigte sich nicht einverstanden und bestand auf der Gültigkeit des eigenen Vertrags. Die Gebrüder Hilti lenkten daraufhin ein. Am 12. Juni 1954 wurde der Vertrag durch den Gemeinderat von Schaan unterschrieben.[1041]

Damit dauerte es von der ersten Behandlung der Landanfrage bis zum Vertragsabschluss knapp drei Monate. Die beschriebenen ersten erfolglosen Verhandlungen mit dem Nachbarn und die späteren erfolgreichen Verhandlungen mit dem Gemeinderat bahnten die zukünftigen Entwicklungen im Forst vor. Der Entscheid für den Standort nördlich des Siedlungsgebiets im Gebiet Forst an der Feldkircherstrasse war demnach geprägt von verschiedenen Interessensabwägungen. Die Hilti oHG suchte ein weiträumiges Baugebiet, welches auch zukünftige Fabrikationserweiterungen nicht verhinderte. Gleichzeitig war der Gemeinderat von Schaan daran interessiert, dass die Firma ihren Standort nach ausserhalb des Siedlungsgebiets verlegte. Da es im Dorfzentrum aus der Sicht des Gemeinderats kaum mehr Entwicklungspotenzial gab, eröffnete eine Aussiedlung der Hilti oHG neue Möglichkeiten

[1038] Ein Klafter entspricht 3,59665 Quadratmeter.
[1039] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Maschinenbau Hilti Baugrund", Sitzung-Nr. 9, 13. März 1954, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1954.
[1040] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Maschinenbau Hilti Gesuch um käufliche Überlassung von Baugelände im Forst", Sitzung-Nr. 16, 15. Mai 1954, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1954.
[1041] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Maschinenbau Hilti Bauplatz Forst", Sitzung-Nr. 19, 12. Juni 1954, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1954.

für die Zentrumsentwicklung, insbesondere bezüglich der Strassenerweiterungen.[1042] Der Standortentscheid für Forst stand auch in einem Zusammenhang mit der Bodenbeschaffenheit des Gebiets. Am Hangfuss gelegen, verfügte Forst über einen guten Baugrund, während beispielsweise im Bereich des Talbodens mit wenig festem Baugrund hätte gerechnet werden müssen.[1043] Ein weiterer Faktor für die Aussiedlung war gemäss Michael Hilti auch der Landpreis. Er war zur damaligen Zeit ausserhalb des Dorfs bedeutend niedriger als innerhalb.[1044] Der Standortentscheid verdichtete sich folglich wie bereits beim Seedammcenter in Freienbach SZ im Laufe der Verhandlungen aufgrund verschiedenster relevanter Faktoren.

• ERSTE BAUTEN IM FORST

3.2.3 Die ersten Bauten im Gebiet Im Forst

Etwas mehr als einen Monat nach Abschluss des Grundstücksverkaufs bewilligte der Gemeinderat von Schaan am 17. Juli 1954 das erste Baugesuch für eine neue Fabrik im Forst. Am 30. Juli 1954 erfolgte die Bewilligung durch das fürstliche Bauamt des Landes, welches die Bewilligungen der Gemeindebehörden gemäss Baugesetz des Landes zu bestätigen hatte.[1045]



Abb. 64: Briefkopflogo der Maschinenbau Hilti oHG mit dem ersten Fabrikbau im Forst. Die tatsächliche Umsetzung wies geringere Ausmasse auf. Siehe Abb. 65. Archiv Gemeinde Schaan.

Der Lageplan der geplanten neuen Fabrik zeigte ein L-förmiges Gebäude, welches in einer weiteren Phase zu einem U ergänzt werden sollte. Auch eine weitere Halle in diesem U war bereits geplant. Die erste Etappe der geplanten zweigeschossigen Fabrik beanspruchte eine Grundfläche von knapp 1'000 Quadratmetern. Die Planwelt für die erste Etappe zeigte im Erdgeschoss eine Küche, Speisezimmer, Garderoben, Portierbüro und einen Warteraum. Im Obergeschoss waren die Härterei, ein Lager, ein Vorführraum und eine Kleinwohnung angeordnet.[1046] Noch im selben Jahr fanden die

[1042] Siehe die späteren Abtauschverhandlungen bezüglich dem Betriebsgebäude im Dorfzentrum von Schaan. Der Abtausch und Abbruch ermöglichte eine Verbreiterung der Landesstrasse im Dorfzentrum. Kapitel 3.4.9 Weitere Umstände einer erfolgreichen Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit im Forst bis 1974.
[1043] In späteren Verhandlungen bezüglich der Einzonung dieses Gebiets wurde der ausgesprochen gute Baugrund hervorgehoben, Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Zonenplanrevision ‚Schaan Ost' (Konzeptbehandlung)", Traktandum-Nr. 157, 29. Juni 1994, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1994, S. 9; Interview mit Michael Hilti vom 12. Dezember 2007.
[1044] Interview mit Michael Hilti vom 12. Dezember 2007; Interview mit Edi Risch vom 21. November 2007; Interview mit Florin Frick vom 28. November 2007.
[1045] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Fabrikneubau", 30. Juli 1954, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 932.
[1046] Verfasser unbekannt, Situationsplan 1:1'000, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, Juli 1954, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 932.

Planwelten eine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit, woraufhin die neuen Räumlichkeiten im Forst bezogen werden konnten.[1047]

Es ist nicht weiter erstaunlich, dass die Planwelt der Hilti oHG für das erste Fabrikgebäude ohne weitere raumplanerischer oder architektonische Auflagen gewissermassen in einem Schnellverfahren bewilligt wurde. In den 1950er-Jahren wurden im Fürstentum Liechtenstein raumplanerische Themen noch kaum diskutiert. Bauten ausserhalb des Siedlungsgebiets sorgten damals kaum für Aufmerksamkeit. Den baulichen Vorhaben der Hilti oHG entgegen kam auch der Umstand, dass sich die umliegenden Parzellen des Grundstücks „Im Forst" grossmehrheitlich im Besitz der Gemeinde Schaan befanden. Da gemäss Baugesetz des Landes nur Grundstücksanlieger gegen ein Bauprojekt einspracheberechtigt waren und die Vertreter der Gemeinde mit dem Verkauf des Gründstücks „Im Forst" mit der Hilti oHG bereits eine Allianz eingegangen waren, waren die Realisierungschancen von baulichen Vorhaben zumindest zu diesem Zeitpunkt kaum gefährdet. Weiter war das Unternehmen von der Bewilligung der Planwelten durch das Fabrikinspektorat mit Sitz in St. Gallen abhängig; es war verantwortlich für das Einhalten arbeitshygienischer Vorschriften. Mit dem Übersetzen dieser Interessen in die Planwelten konnte das Inspektorat als Allianzpartner in das Aktor-Netzwerk für den Fabrikneubau eingebunden werden. Zuletzt musste es noch gelingen, die Vertreter des Bauamts Schaan und des fürstlichen Bauamts des Landes als relevante Akteure in das Aktor-Netzwerk „Fabrikneubau im Forst" zu integrieren. Dies gelang stillschweigend, wenn die Vorgaben des Baugesetzes des Landes eingehalten wurden.[1048] Vor dem Jahre 1961 umfasste das Landesbaugesetz nur wenige wichtige Bestimmungen, die jeweils auf einem Blatt im Anhang der Baubewilligungen zusammengefasst waren.[1049] Jene Bestimmungen waren damit Akteure und Aktanten, die das Handeln der Entwerfer der jeweiligen Planwelten nachhaltig beeinflussten, da nur über die Berücksichtigung der Rahmenbedingungen eine Allianzpartnerschaft mit den Verwaltungen, Behörden und Nachbarn möglich war.

Im Vergleich zur heutigen Zeit waren die Aktor-Netzwerke im Jahre 1954 aufgrund der wenig ausdifferenzierten Interessenslagen und gesetzlichen Bestimmungen übersichtlich. Die Abläufe innerhalb der Aktor-Netzwerke konnten effizient gehalten werden. Dieser Umstand verhalf dazu, dass die Hilti o.H.G. ihre Raumknappheit im Rahmen der Bau- und Hygienegesetze und aufgrund diverser Interessen am wirtschaftlichen Wachstum des Unternehmens und der Gemeinde relativ zügig lösen konnte.

Am 4. November 1954 folgte ein weiteres Baugesuch und die Bewilligung desselben für den Anbau eines Eisenlagers an das bestehende Fabrikgebäude.[1050] Wenig später wurde am 15. Februar 1955 eine zweite Fabrikhalle mit rund 1'000 Quadratmetern bewilligt.[1051] Im Untergeschoss dieser Halle waren der Versand mit Lager, im Obergeschoss die Fabrikation geplant.[1052] Im Gegensatz zum Eisen-

[1047] Wenaweser, Wanger (2000), S. 51; Hilti (1995), S. 55.
[1048] Die hier genannten Akteure hatten die Baugesuche zu beurteilen und zu bewilligen. Die Bewilligungsbefürwortungen lassen sich auf den Planunterlagen in Form von Stempeln und Unterschriften der jeweiligen Ämter rekonstruieren.
[1049] Vgl. Baubewilligungen für das Gebiet „Im Forst" zwischen 1954 und 1961, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.
[1050] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Anbau Eisenlager", 4. November 1954, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 920; Verfasser unbekannt, Situationsplan 1:1'000, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, Oktober 1954, Bauakten-Nr. 920, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.
[1051] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Fabrikneubau Hilti", 15. Februar 1955, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 950.
[1052] Verfasser unbekannt, Situationsplan 1:1'000, bewilligt am 15. Februar 1955, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 950.

lager, welches trotz Bewilligung nie gebaut wurde, entsprach das Projekt der Fabrikhalle dem ersten Gesamtkonzept der Fabrik, das dem Gemeinderat bereits schon am 30. Juli 1954 vorgelegt worden war.

Im Januar 1956 wurde ein weiteres Gesuch für die Erweiterung von Lagerräumen und der Betriebsschlosserei bewilligt.[1053] Am 7. Mai 1956 erfolgte die Bewilligung für einen Anbau an der Nordseite der ersten Bauetappe. Damit wurden die Härterei und das Lager erweitert.[1054] Ein Jahr und drei Monate später wurde ein erneuter Erweiterungsbau für Lager- und Montagezwecke vom fürstlichen Bauamt bewilligt.[1055] Dieser wurde vorerst als demontierbares Provisorium eingereicht, nach einer Planänderung aber als definitiver Bau bewilligt.[1056] Im Juni 1958 erfolgte eine Eingabe für eine neue Lagerhalle.[1057] Ein Jahr später wurden die ursprünglichen Pläne des ursprünglichen U-Konzeptes weiterverfolgt. Der Kopfbau der bestehenden Fabrikanlage, welche die Briefköpfe des Unternehmens schmückte, sollte entlang der Feldkircherstrasse in südlicher Richtung mit Büro- und Archivräumen erweitert werden.[1058] Am 25. August 1959 wurden diese Planwelten bewilligt.[1059]

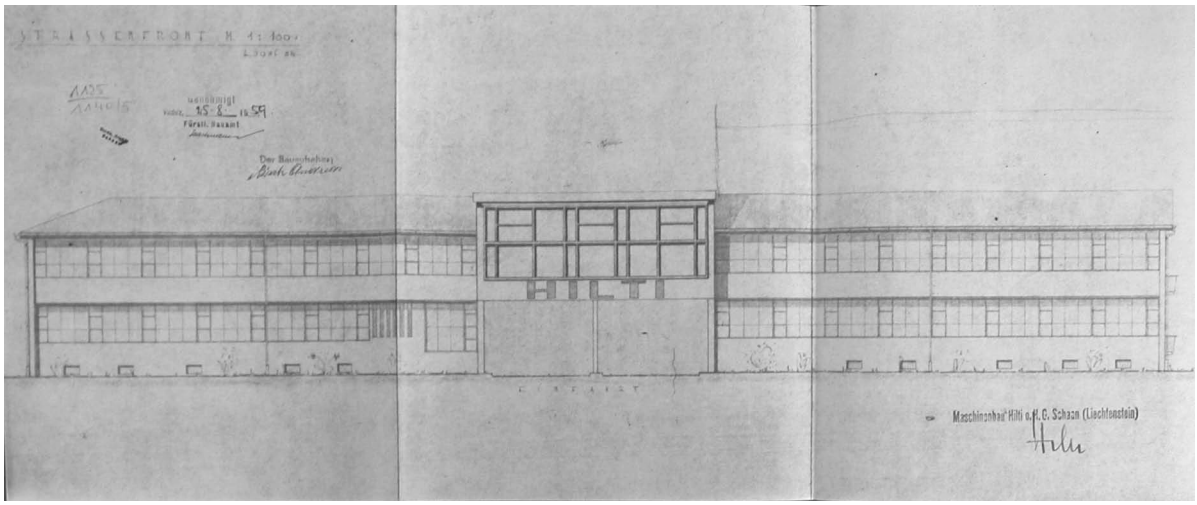


Abb. 65: Verfasser unbekannt, „Strassenfront 1:100“, Anbau an erstes Fabrikgebäude entlang der Feldkircherstrasse. Der rechte Flügel sollte erweitert werden, bewilligt am 25. August 1959, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1125.

Im Jahre 1960 wurde ein weiterer Fabrikanbau in südlicher Richtung geplant. Die Halle sollte der Bolzen- und Nagelproduktion dienen. Der geplante Hallenneubau hatte ein im Verhältnis zu den übrigen Bauten enormes Ausmass. Die zweigeschossige Sheddachhalle mit rund 4’700 Quadratmetern

[1053] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Lageräume und Betriebsschlosserei“, 16. Januar 1956, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 976.
[1054] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Erweiterungsneubau“, 7. Mai 1956, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 968; Verfasser unbekannt, Situationsplan 1:1’000, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Erweiterungsneubau“, Mai 1956, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 968.
[1055] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Erweiterungsbau für Lager und Montagezwecke“, 24. August 1957, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1058.
[1056] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Maschinenbau Hilti Forst, Plan für Lager-Montagehalle“, Sitzung-Nr. 26, 1. August 1957, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1957; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baupläne Maschinenbau Hilti für eine Fabrikhalle im Forst“, Sitzung-Nr. 28, 22. August 1957, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1957.
[1057] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Lagerhalle“, 27. Juni 1958, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1099.
[1058] Schreiben der Maschinenbau Hilti o.H.G. an die löbl. Gemeindevorstehung Schaan, 1. August 1957, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1058.
[1059] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Bürobau-Erweiterung“, 25. August 1959, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1102; Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Fabrik-Anbau Büro und Archivräume“, 25. August 1959, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1125.

Grundfläche sollte nahezu eine Verdoppelung der bisherigen Nutzfläche ermöglichen. Auch die Kopffassade entlang der Feldkircherstrasse wurde durch dieses Vorhaben mehr als verdoppelt.[1060]

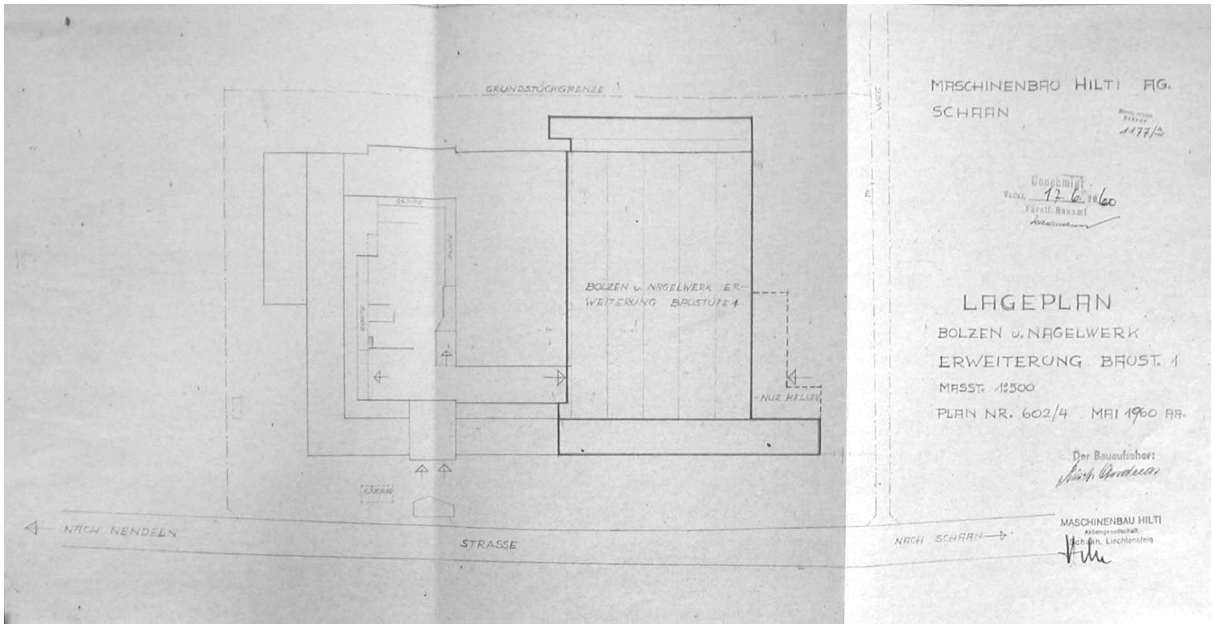


Abb. 66: Verfasser unbekannt, „Lageplan Bolzen und Nagelwerk 1:500“, rechts vom Hauptgebäude, bewilligt am 17. Juni 1960, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1177.

Die Rückübersetzungen der hier beschriebenen Planwelten in die Siedlungswirklichkeit des Forsts zwischen 1954 bis 1961 wurden kaum von grösseren Kontroversen begleitet. Auch waren die Planwelten für die Hallengebäude beispielsweise im Vergleich zu den in der Mikrostudie Gwatt behandelten Anlagen und Bauten einfach gestrickt. Das Raumprogramm liess sich in einfachen Hallenbauten mit Nebengebäuden unterbringen. Die technischen und materiellen Lösungen waren einfach zu konstruieren und umzusetzen. So waren in diesen ersten Jahren zwischen den Planwelten und den tatsächlichen Rückübersetzungen in die Siedlungswirklichkeit kaum Unterschiede auszumachen, es sei denn, die Planwelten fanden, wie beispielsweise beim Eisenlager oder dem einen Hallenprovisorium, aufgrund inhaltlicher Verschiebungen in der Unternehmensstrategie keine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit.

3.2.4 Umstände einer erfolgreichen Rückübersetzung der ersten Planwelten

Von der Ausdehnung und Auswirkung auf die Siedlungswirklichkeit her gesehen, stellte die am 17. Juni 1960 durch das fürstliche Bauamt bewilligte Erweiterung der Fabrikanlage einen ersten Höhepunkt in der Geschichte der Raumentwicklung des Hilti-Areals „Im Forst“ dar. Dass diese Entwicklung überhaupt möglich war, hing von mehreren Faktoren ab.

Eingeleitet wurde die Entwicklung durch den nicht vorhersehbaren Erfolg des Unternehmens. Die Befestigungsgeräte fanden einen guten Absatz, bargen aber ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Um die-

[1060] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Fabrik-Anbau“, 17. Juni 1960, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1177; Verfasser unbekannt, Situationsplan 1:500, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, bewilligt am 17. Juni 1960, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1177.

ses Risiko zu reduzieren, begann das Unternehmen andere Techniken zu erforschen. Mit der Erfindung des DX-Schubkolbenprinzips konnten selbst bei Fehlanwendungen die Gefahr schwerer Verletzungen reduziert werden.[1061] Das System kam im Jahre 1957 auf den Markt. Passend zum System wurden Bolzen- und Nagelsortimente entwickelt, die unterschiedlichen Kriterien zu Härte und Zähigkeit zu genügen hatten. Gemäss Firmenchronik erzielte das Unternehmen mit diesem Sortiment einen weit höheren Umsatz als mit den Befestigungsgeräten. Die Unternehmensführung entschied, den Systemansatz weiterzuverfolgen.[1062] Zur selben Zeit entwickelte das Unternehmen Hilti eine Vermarktungsstrategie und vergrösserte die eigenen Absatzmärkte in Europa und Übersee, indem es in den wichtigsten Ländern Marktorganisationen gründete. Mit dieser Entwicklung einhergehend stieg auch der Umsatz rasant an. Ausgehend von den erwähnten 6,7 Millionen Franken Umsatz im Jahre 1954, stieg der Umsatz bis zum Jahre 1961 auf 40 Millionen an.[1063]

Die räumliche Entwicklung im Forst stand in einem direkten Zusammenhang mit dem Erfolg der Firmengeschichte. Ohne gesellschaftliche Nachfrage nach dem damaligen Produktesortiment der Hilti oHG hätte es keine Sortimenterweiterung gegeben. Ohne die Möglichkeit zur räumlichen Erweiterung wäre das Unternehmen umgekehrt an die Produktionsgrenzen gestossen und hätte keine neuen Geschäftsfelder eröffnen können. Die Verfügbarkeit von Land am Standort Im Forst war somit ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung des Unternehmens.

Dass eine zukünftige wirtschaftliche Entwicklung auch mit den unmittelbaren räumlichen Erweiterungsmöglichkeiten am Standort Im Forst zusammenhing, hatten die Vertreter der Hilti oHG früh erkannt. Auch wenn sich sämtliche bis anhin beschriebenen räumlichen Entwicklungen innerhalb der im Jahre 1954 gekauften Baulandparzelle unterbringen liessen, hatten die Gebrüder Hilti die Bedeutung von Landbesitz auch im Hinblick auf den steigenden Landpreis erkannt. So war es nicht weiter erstaunlich, dass die Hilti oHG in einer ersten Anfrage an den Gemeinderat bereits 3,6 Hektar Land haben wollte. Da die Vertreter der Gemeinde darauf nicht eingehen wollten und sich nur zum Verkauf von 1,1 Hektar Land bereiterklärten, versuchten die Vertreter der Hilti oHG, zumindest ein Vorkaufsrecht über 25 Jahre mit einem gleich bleibenden Baulandpreis auszuhandeln. Bekanntlich wurde dies abgelehnt.[1064] Man kann davon ausgehen, dass der Gemeinderat sich ähnliche Gedanken bezüglich steigender Nachfrage im Zusammenhang mit dem Landpreis machte. Dies liess sich beispielsweise einen Monat nach dem ersten Vertragsabschluss über die genannten 1,1 Hektar erkennen. Das Unternehmen wollte weiteres Land zukaufen. Zu diesem Zeitpunkt aber verlangte der Gemeinderat bereits den doppelten Preis von 2,8 Franken pro Quadratmeter.[1065] Am 23. Juni 1960 erreichte den Gemeinderat von Schaan eine weitere Anfrage von den Vertretern der Hilti oHG für einen Landkauf südlich, nördlich und östlich der bestehenden Anlage. Das Unternehmen Hilti beabsichtigte, seine Liegenschaft um 2,2 Hektar Land zu erweitern. Dafür bot das Unternehmen rund 1,8 Hektar Land im Ge-

[1061] Die von der Hilti o.H.G. verwendete Schussmontage benötigte Pulverkraft, deren absolute Energie nicht dosiert werden konnte. Das DX-Schubkolbenprinzip relativierte die absolute Energie, indem die Energie nicht mehr direkt auf den Bolzen übertragen wurde, sondern auf einen dazwischen geschalteten Schubkolben. Hilti (1995), S. 55.
[1062] Ebenda, S. 56.
[1063] Hilti (1995), S. 56-57.
[1064] Siehe Kapitel 3.2.2 Ein neuer Standort für die Hilti o.H.G. in Schaan.
[1065] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Maschinenbau Hilti, Kaufpreis für eine Teilfläche im Forst“, Sitzung-Nr. 22, 24. Juli 1954, Archiv Gemeinde Schaan, Protokoll 1954.

meindegebiet von Schaan als Realersatz an.[1066] Im Zusammenhang mit den zu dieser Zeit einsetzenden Raumplanungsbestrebungen in Schaan entstanden neue Rahmenbedingungen beim Landverkauf und –kauf. Da der angebotene Realersatz der Hilti oHG ausserhalb der damals gerade diskutierten Bauzone lag, wurde dieser von der Gemeinde mit einem tieferen Preis bewertet. Umgekehrt verlangte der Gemeinderat für das gewünschte Grundstück „Im Forst“ nun einen Betrag von 5,56 Franken pro Quadratmeter.[1067] Damit hatte sich der Bodenpreis im Forst innerhalb von sechs Jahren vervierfacht.

Diese Entwicklung zeigte eine gegenseitige Abhängigkeit und offenbarte einen heiklen Balanceakt zwischen angepasster Forderung und maximalem Profit. Zur Sicherstellung des wirtschaftlichen Erfolgs des Unternehmens war die Maschinenbau Hilti oHG auf günstigen Boden angewiesen, um weitere Investitionen in die Produktionsanlagen tätigen zu können. Der Gemeinderat wollte als Vertreter der Öffentlichkeit als Gegenleistung für das Land im Forst aber einen möglichst hohen Verkaufsertrag erwirtschaften. Um Arbeitsplätze und Steuereinnahmen nicht zu gefährden, durften die Gemeindevertreter den Landpreis jedoch nicht zu hoch ansetzen. Mit überzogenen Forderungen wären beide Strategien nicht aufgegangen. So musste man sich im Sinne einer ausgehandelten Win-Win-Situation in der Mitte treffen.

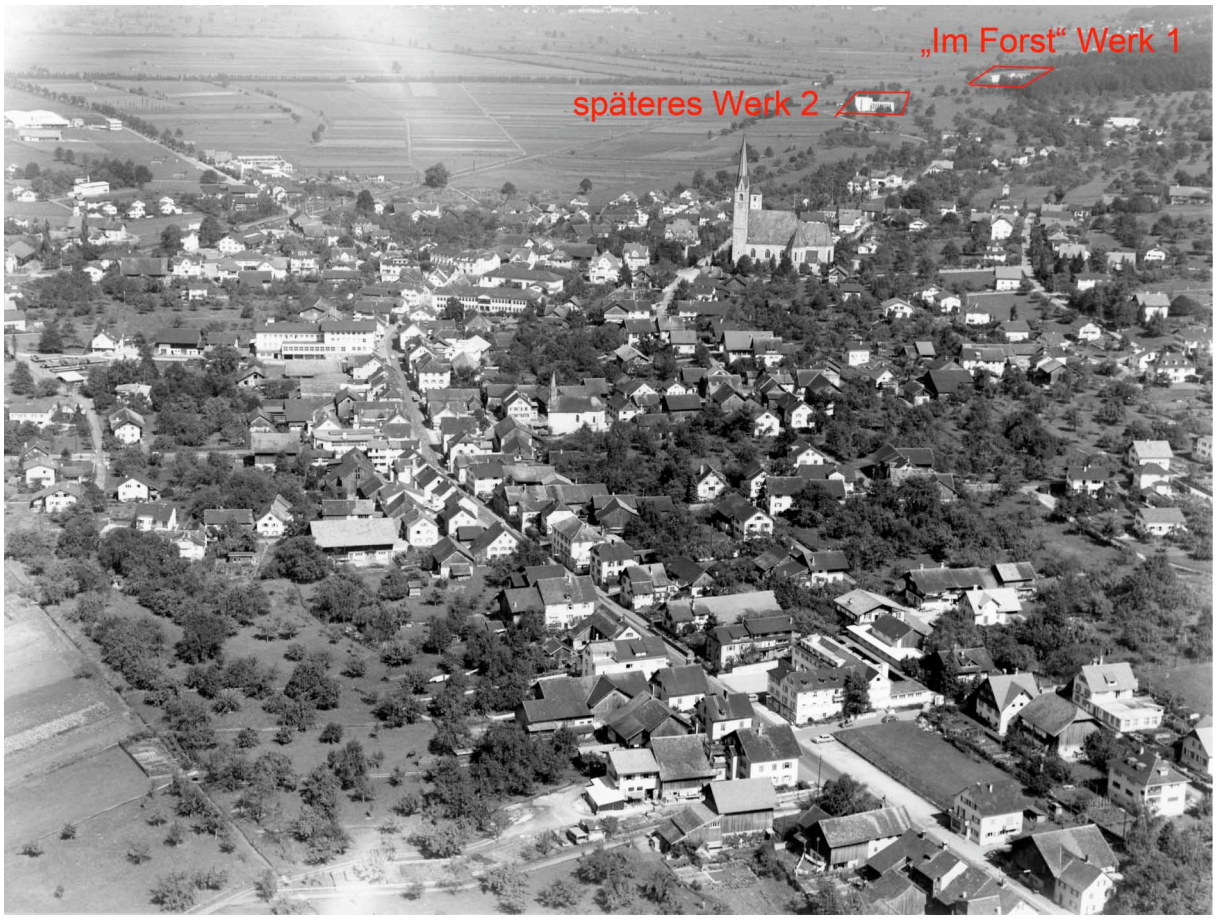


Abb. 67: Schaan im Jahre 1958 mit ersten baulichen Entwicklungen im „Forst“ und am Standort des späteren Werk 2 der Hilti AG, Archiv Gemeinde Schaan, (Fotografie Swissair, 1958)

[1066] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Maschinenbau Hilti AG Gesuch um Überlassung von Baugelände im Forst“, Sitzung-Nr. 21, 23. Juni 1960, Archiv Gemeinde Schaan, Protokoll 1960.
[1067] Auszug aus dem Protokoll des Gemeindrates, „Überlassung von Gemeindeboden an die Firma Maschinenbau Hilti AG im Forst“, Sitzung – Nr.: 23, 14. Juli 1960, Archiv Gemeinde Schaan, Protokoll 1960.

3.3 Raumplanung in Schaan im Jahre 1961

3.3.1 Die Planwelt „Bauzonenplan Schaan – 1961“

3.3.1.1 Die ersten Ortsplanungsverhandlungen in Schaan

Aus Art. 3 Abs. 1 des Liechtensteinischen Baugesetzes aus dem Jahre 1947 ergab sich im Fürstentum Liechtenstein zwar die Zuständigkeit der Gemeinden für die Ortsplanung, im Einvernehmen mit der Regierung des Landes.[1068] Die Notwendigkeit der Raum- oder Ortsplanung wurde in der Region Alpenrheintal-Liechtenstein jedoch erst Mitte der 1950er-Jahre aktiv thematisiert.

In einem Zeitungsartikel vom 11. September 1954 schrieb der Ingenieur und Grundbuchgeometer H. Frommelt aus Vaduz über die Notwendigkeit von Bauordnung und Bauzonenplan.[1069] „Auf Grund der schlechten Erfahrungen (mit der Kostenentwicklung infolge der Streubauweise; Anm. Kurath) bemühen sich die Gemeinden bei uns und in viel grösserem Massstab auch im Ausland, innerhalb eines gesetzlichen Rahmens die bauliche Entwicklung der hemmungslosen Streubauweise zu unterbinden und stattdessen einer zweckmässigen Gesamtplanung einzuordnen. Dies wird im Wesentlichen durch zwei Mittel angestrebt: Die Gemeindebauordnung und den Überbauungsplan.“[1070]

Es ist nicht weiter verwunderlich, dass die raumplanerischen Bestrebungen in Liechtenstein zu einem ähnlichen Zeitpunkt einsetzten, wie dies auch in der Gemeinde Freienbach SZ (vgl. erste Mikrostudie: Im Gwatt, Freienbach SZ) geschah. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass Raumplanung bereits seit Beginn der 1940er-Jahre im Unterricht der ETHZ gelehrt wurde und sich im Bewusstsein der Architektur- und Planerkreise in der Schweiz und in Liechtenstein verankerte. Im Rahmen des periodisch stattfindenden internationalen Congrès International d’Architecture Moderne (CIAM) wurden städtebauliche und raumplanerische Themen auch europaweit diskutiert und von Architekten und Planern zunehmend aktiv nach aussen getragen.[1071]

Im Zusammenhang mit den sich langsam abzeichnenden räumlichen Entwicklungen der Nachkriegszeit gelang es in den 1950er Jahren auch den Planern in Liechtenstein, die Aufmerksamkeit für raumplanerische Aufgabenstellungen von Akteuren auch ausserhalb der Planungsdisziplinen zu erlangen. In Liechtenstein wurde so im Jahre 1954 in der Gemeinde Vaduz der erste Zonenplan mit Bauordnung erlassen.[1072]

Der einsetzende langsame, aber stetige wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg führte auch in Schaan zu einer Aufbruchstimmung, die sich auch auf die Raumentwicklung auswirkte. An der Gemeindeversammlung vom 3. März 1958 wurde die bestehende raumrechtliche und -planerische Situation erläutert. Der Gemeindevorsteher erklärte gegenüber der Gemeindeversammlung, dass auf dem Gebiet des Bauwesens in der Gemeinde unbefriedigende Verhältnisse bestehen würden. So sei an allen Ecken und Enden gebaut worden. Steigende Bodenpreise und ausserordentlich hohe Kosten

[1068] Broggi (1988), S. 79.
[1069] Frommelt (1954a).
[1070] Ebenda.
[1071] Eisinger (2004), S. 47.
[1072] Broggi (1988), S. 79.

für Strassen und Wasserleitungen seien die Folge. Diesem dargestellten Umstand folgte der Ruf nach einer Ortsplanung für die Gemeinde Schaan. Zum Zwecke einer geregelten Bauweise müsse das Baugesetz des Landes aus dem Jahre 1947[1073] um eine eigene Gemeindebauordnung und einen Bauzonenplan ergänzt werden, beendete der Gemeindevorsteher seine Beobachtungen.[1074]

In derselben Gemeindeversammlung vom 3. März 1958 stellten die Vertreter der Gemeinde von Schaan den Antrag, den Gemeinderat zu verstärken, um die Arbeit für ein Gemeinde-Baugesetz und einen Bauzonenplan zu bewältigen. Diesem Antrag stimmte die Gemeindeversammlung zu. In der Folge wurde der Gemeinderat von Schaan von fünf auf acht Personen erweitert.[1075] Kurz darauf wurde mit dem 27. März 1958 der erste Termin für eine Aussprache in Sachen Ortsplanung festgelegt.[1076] Bei dieser Aussprache informierte Ingenieur Frommelt die Anwesenden über den Umfang eines Zonenplans, die Kompetenzen des Gemeinderats und was durch eine gemeindeeigene Bauordnung geregelt werden sollte. Im Anschluss führte Frommelt in die bereits getätigten Vorarbeiten in Form erster Planwelten ein. Eine weitere Kommission wurde bestellt, welche den erweiterten Gemeinderat unterstützen sollte.[1077]

Am 3. Juni 1958 erfolgte eine erste Lesung der Bauordnung. Diese wurde mehrheitlich angenommen. Geringfügige Änderungen umfassten vorwiegend sprachliche Korrekturen.[1078]

Sieben Tage später, am 10. Juni 1958, wurde ein erster Bauzonenplanentwurf diskutiert. Der Planer Frommelt erklärte und begründete in einem ersten Schritt die Begrenzung der einzelnen Zonen und gab Auskunft über die den jeweiligen Zonen zugewiesenen Bauvorschriften. Im Anschluss wurden verschiedene Änderungsanträge der Gemeinderäte verhandelt.[1079] Am 17. Juni 1958 besprach der Gemeinderat den Bauzonenplan ein zweites Mal. Wieder eine Woche später fand eine dritte Aushandlungsrunde statt.[1080] In dieser letzten Aushandlungsrunde entschied sich der Gemeinderat, den soweit gefestigten Plan dem Architekten Hans Marti aus Zürich zum Studium und zur Beurteilung vorzulegen.[1081]

Hans Marti, geboren 1913, war nach einem Architekturstudium an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und der Tätigkeit im Zentralbüro der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung seit 1947 als selbstständiger Raumplaner tätig.[1082] Marti war in den 1950er- und auch in den

[1073] Vgl. Liechtensteinisches Landesgesetzblatt – Baugesetz, Fürstentum Liechtenstein (1947).
[1074] Protokoll über die Gemeindeversammlung, „Wahl verstärkten Gemeinderates zur Ausarbeitung eines Bauzonenplanes und einer Gemeindebauordnung“, Sitzung-Nr. 9a, 3. März 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1075] Protokoll über die Gemeindeversammlung, „Wahl verstärkten Gemeinderates zur Ausarbeitung eines Bauzonenplanes und einer Gemeindebauordnung“, Sitzung-Nr. 9a, 3. März 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1076] Auszug aus dem Protokoll des Gemeindrates, „Bauzonenplan und Bauordnung“, Sitzung-Nr. 15, 20. März 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1077] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bauzonenplan und Bauordnung“, Sitzung -Nr. 13a, 27. März 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1078] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „1. Lesung der Bauordnung“, Sitzung-Nr. 21, 3. Juni 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1079] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bauzonenplan“, Sitzung-Nr. 22, 10. Juni 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1080] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Behandlung des Bauzonenplanes“, Sitzung-Nr. 24, 17. Juni 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Behandlung des Bauzonenplanes“, Sitzung-Nr. 26, 24. Juni 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1081] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Behandlung des Bauzonenplanes“, Sitzung-Nr. 26, 24. Juni 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1082] Ruedin, Hanak (2008), S. 1.

1960er-Jahren wesentlicher Impulsgeber zur Entwicklung neuer und angemessener raumplanerischer Instrumente.[1083] Von diesem Engagement zeugen verschiedene Artikel in den 1950er-Jahren in der Schweizerischen Bauzeitung, darunter „Der Schattenwurf von Gebäuden“ (1952), „Der Ausnützungskoeffizient als Mittel zur Begrenzung der baulichen Ausnützung von Grundstücken“(1954), „Freifläche und Ausnützung“ (1954), „Erhöhte Ausnützung im Baugebiet“ (1957), „Gedanken zur Beurteilung von Hochhausprojekten“ (1957). In der Zeitschrift Plan schrieb er über „Erfahrungen und Zukunftsaufgaben der schweizerischen Landesplanung“ (1951) sowie „Aus der Praxis der Ortsplanungen“ (1949).[1084]

„Doch dieses Arbeiten auf der fachlichen Ebene wären nutzlos ohne Überzeugungskraft auf der politischen Ebene sowie in der Auseinandersetzung mit Grundeigentümern, Developern und Bürgerinnen und Bürgern. Sie alle gilt es anzuhören, sie alle gilt es in den Jugendjahren der schweizerischen Landesplanung von den Anliegen der Landesplanung, des Heimatschutzes, der massvollen Entwicklung der Siedlungen, des Bewahrens und Sicherns von Lebensqualität zu überzeugen. Während der 1950er Jahre und vor allem während der stürmischen 1960er Jahre bedeutet Landesplanung in der praktischen Ausübung Arbeit vor Ort in den Gemeinden im Rahmen von Orts- und Regionalplanungen. (…) Hans Marti sucht stets den persönlichen Kontakt und lässt die eigene Überzeugungsarbeit walten. Er wird nur selten müde, in fast endlos sich aneinanderreihenden, immer neuen Anläufen die Entscheidungsträger – trotz Fehlen der dringend notwendigen gesetzlichen Grundlagen – auf den landesplanerischen Weg zu (ge-)leiten.“[1085] Die in diesem Kommentar beschriebenen Bemühungen bezeugten Handlungsketten, die sich über Martis Austausch mit Planern aus England und den Niederlanden und seinem zunehmenden Bekanntheitsgrad bis nach Schaan ausdehnten.[1086]

Am 20. August 1958 wurde das von Architekt Marti erstellte Gutachten besprochen. Die Mängel betrafen einige spezifische Unstimmigkeiten zwischen Bauordnung und Zonenplan, die auf einer nächsten Sitzung abgeklärt und bereinigt werden sollten.[1087]

Am 21. Oktober 1958 wurden nach mehrfachen Verhandlungen der unterschiedlichen Interessen, Stimmungen und Abwägbarkeiten und mehrmaligen Anpassungen der Planwelten der Zonenplan und die endgültige Fassung der Bauordnung durch den Gemeinderat einstimmig angenommen.[1088] Am 22. Dezember 1958 wurde der verstärkte Gemeinderat informiert, dass das Regierungsratskollegium des Landes Liechtenstein die Bauordnung am 4. Dezember 1958 genehmigt hatte.

Damit konnte die Bauordnung veröffentlicht werden. Sie sollte am 13. Januar 1959 in Kraft treten. Beim Zonenplan wurden weitere geringfügige Korrekturen vorgenommen. Eine längere Diskussion über die Einteilung von Land in Reservezonen verwies darauf, dass einige Vertreter im Gemeinderat eine zu starke Einschränkung der baulichen Entwicklung durch den Zonenplan befürchteten. Die Dis-

[1083] Koch (2008), S. 39.
[1084] Die Artikel sind in der Publikation „Hans Marti – Pionier der Raumplanung“ gesammelt, Ruedin, Hanak (2008).
[1085] Koll-Schretzenmayr (2008), S. 34.
[1086] Ab den 1960er-Jahren war Hans Marti auch als Planer in der Nachbargemeinde von Schaan tätig. In Vaduz war er in die Kernplanung, diverse Quartierpläne, Beratungen und Architekturwettbewerbe eingebunden. Ruedin, Hanak (2008), S. 223.
[1087] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Gutachten von Architekt Hans Marti über den Bauordnungs- und Zonenplanentwurf“, Sitzung-Nr. 33, 20. August 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1088] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Gemeinde-Bauordnung“, Sitzung-Nr. 39, 21. Oktober 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.

kussion wurde eingestellt, nachdem Ingenieur Frommelt darauf verwiesen hatte, dass der Gemeinderat nach geltendem liechtensteinischem Baurecht eine Umwandlung der Reservezonen in Bauzonen ohne grössere Schwierigkeiten jederzeit vornehmen konnte. Damit konnte auch der Aushandlungsprozess rund um die Zonenplanung abgeschlossen werden. Der erneut angepasste Zonenplan wurde daraufhin durch den Gemeinderat bewilligt. Der verstärkte Gemeinderat konnte damit im Anschluss an die Versammlung wieder aufgelöst werden.[1089]

Am 15. Januar 1959 beschloss der Gemeinderat, den Zonenplan vom 17. bis 31. Januar 1959 öffentlich aufzulegen. In der Landeszeitung sollte auf die Möglichkeit der schriftlichen Einsprache aufmerksam gemacht werden.[1090] Die Planwelt „Bauzonenplan Schaan" repräsentierte zu diesem Zeitpunkt die Interessen und Ziele der zu diesem Zeitpunkt in die Aushandlungsprozesse involvierten Akteure und Aktanten. Über das öffentliche Auflegen der Planwelten sollten die bis zu diesem Zeitpunkt vorausgesetzten Rollenverteilungen und Allianzpartnerschaften ein erstes Mal getestet werden.

Während der Einsprachefrist gegen die Planwelt „Bauzonenplan Schaan – 1961" vom 17. bis 31. Januar 1959 gingen 13 Einsprachen ein. In der Regel gingen diese von Einzelpersonen oder Erbengemeinschaften mit Landbesitz im Gemeindegebiet Schaan aus, die in der Planwelt des Bauzonenplans in erster Linie eine Einschränkung in der Nutzung ihres Eigentums sahen.[1091] Hauptsächlich ging es bei den Einsprachen darum, Grundstücke in die Zonenplanung mit einzubeziehen. Am 19. Februar 1959 beschloss der Gemeinderat, mit den Einsprechenden Kontakt aufzunehmen und die einzelnen Interessen zu verhandeln.[1092]

Nach den Verhandlungen mit den 13 Parteien konnten die Einsprachen im Gemeinderat am 12. März 1959 ein weiteres Mal behandelt werden. Sechs der insgesamt 13 Einsprachen konnten einvernehmlich gelöst werden. In diesen Fällen wurde den Einsprechenden zugesichert, dass in der Reservezone liegende Grundstücke bei Bedarf jederzeit eingezont werden würden. In einem anderen Fall wurde eine geplante Grünzone im Nutzungsplan nicht umgesetzt, da die davon betroffenen Besitzer ansonsten ihre Zusage für eine Grundstücksnutzung im Rahmen einer Gewässerkorrektion zurückgezogen hätten. Drei weitere Einsprachen wurden abgelehnt. Vier Einsprachen konnten nicht abschliessend behandelt werden, da weitere Abklärungen notwendig waren.[1093] Im Verlauf weiterer Verhandlungen über eineinhalb Jahre wurden die verbleibenden Einsprachen, die eine Einzonung ihres Grundstücks forderten, vom Gemeinderat im Rahmen verschiedener Sitzungen abgelehnt.[1094] Als Argumente gegen eine Einzonung von Grundstücken ausserhalb der Bauzonen galten insbesondere die hohen Kos-

[1089] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Inkrafttreten der Bauordnung", Sitzung-Nr. 48, 22. Dezember 1958, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1090] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Auflage des neuen Bauzonenplanes 14 Tage", Sitzung-Nr. 2, 15. Januar 1959, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1958.
[1091] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Einsprachen gegen den Zonenplan", Sitzung-Nr. 4, Februar 1959, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1959.
[1092] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Einsprachen gegen den Zonenplan", Sitzung-Nr. 7, 19. Februar 1959, Archiv Gemeinde Schaan; vgl. Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Einsprachen gegen den Zonenplan", Sitzung-Nr. 8, 26. Februar 1959, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1959.
[1093] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Verhandlung der Einsprachen gegen den Bauzonenplan", Sitzung-Nr. 10, 12. März 1959, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1959.
[1094] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Behandlung der Einsprachen gegen den Zonenplan", Sitzung-Nr. 25, 6. Juli 1959, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1959; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Behandlung der Einsprachen gegen den Zonenplan", Sitzung-Nr. 28, 25. August 1960, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1959; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Behandlung der Einsprachen gegen den Zonenplan", Sitzung-Nr. 29, 5. September 1960, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1959.

ten zur Erschliessung der entsprechenden Grundstücke mit Wasser und Elektrizität. „Nach längeren Beratungen beschliesst der Gemeinderat die (…) Einsprachen definitiv abzulehnen, da er sich bei den heutigen Verhältnissen in keiner Weise veranlasst sieht, die ohnehin weit verzweigten Bauzonen derartig zu erweitern, um die Grundstücke (…) noch einer Bauzone angliedern zu können."[1095] Um die Freigabe des Zonenplans zu bewirken, schlug der Gemeinderat denjenigen, die mit der Ablehnung ihrer Einsprache nicht einverstanden waren, einen Landabtausch mit Grundstücken in Gemeindebesitz vor. Mit diesem Verfahrensvorschlag konnten auch die letzten Verhandlungen beendet werden.[1096]

Am 4. Mai 1961, nach Abschluss der Einspracheverhandlungen, bewilligte die fürstliche Landesregierung den Bauzonenplan endgültig.[1097] Am 22. Juni 1961 beschloss der Gemeinderat die Drucklegung des Bauzonenplans der Gemeinde Schaan im Massstab 1:10'000 mit einer Auflage von 500 Exemplaren.[1098] Damit konnte der Bauzonenplan der Bauordnung beigelegt werden und bildete ab diesem Moment eine weitere Rahmenbedingung für zukünftige Verhandlungen von Planwelten im Gemeindegebiet von Schaan.

3.3.1.2 Ziele und Inhalte der Planwelt „Bauzonenplan Schaan – 1961"

Im bereits angesprochenen Zeitungsartikel im Liechtensteiner Volksblatt vom 11. September 1954 zeigte sich die Problematisierung der Siedlungsentwicklung aus der Sichtweise des Ingenieurs H. Frommelt. „Seit mehreren Jahren herrscht in unserem Land eine überaus rege Bautätigkeit. In einigen Gemeinden dürften das die Gemeinderäte am meisten zu spüren bekommen. Es vergeht kaum eine Sitzung, in welcher nicht irgend ein Bauvorhaben das Traktandum schmückt. Ein trügerischer Schmuck allerdings, denn allzu oft stellen sich da Probleme, die sich nur äusserst schwer und unbefriedigend lösen lassen. Gilt es doch, das Interesse der Gemeinde zu wahren und andererseits den Bedürfnissen der Bauinteressenten entgegenzukommen."[1099] Frommelt stellte bereits in den 1950er-Jahren eine Bedrohung der wogenden Felder, grünen Wiesen und Weiden sowie Wälder fest. Weiter folgerte er, dass, wenn diese Entwicklung weiter anhalten würde, Bodenzerstückelung, eine steigende Baulandpreise und eine Verschlechterung der Wegeverhältnisse zu erwarten seien. Zudem befürchtete Frommelt eine zunehmende Behinderung der Bodenbewirtschaftung durch die Land- und Forstwirtschaft. Dies alles würde aufgrund steigender Erschliessungskosten zu einer Verschuldung der Gemeinde führen. „Es soll Kreise geben, welche den Bestrebungen der Ortsplanung das öffentliche Interesse Absprechen. Wer die obigen Darlegungen überdenkt, kann doch nicht im Ernst bezweifeln, dass es um öffentliches Interesse geht, wenn es darauf ankommt, ob eine Gemeinde zehntausende von Franken, die immerhin Steuergelder sind, sinnlos ausgeben soll oder ob sie von solchen Ausgaben bewahrt werden kann. Darüber hinaus geht es auch noch um Fragen der sinnvollen Ortsgestal-

[1095] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Behandlung der Einsprachen gegen den Zonenplan", Sitzung-Nr. 29, 5. September 1960, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1959.
[1096] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Einsprache gegen den Bauzonenplan", Sitzung-Nr. 2, 12. Januar 1961, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1959.
[1097] Vermessungsbüro H. Frommelt, Vaduz, Bauzonenplan Gemeinde Schaan Mst: 1:10'000, genehmigt vom Gemeinderat am 22. Dezember 1958, genehmigt vom Regierungsrat am 4. Mai 1961, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.
[1098] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Drucklegung des Bauzonenplanes als Beilage zur Bauordnung für 500 Exemplare", Sitzung-Nr. 22, 22. Juni 1961, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1959.
[1099] Frommelt (1954a).

tung."[1100] In einem Folgeartikel, erschienen am 14. September 1954, beschrieb Frommelt die Notwendigkeit von Bauordnung und Bauzonenplan. Beim Bauzonenplan handle es sich um eine vorsorgliche Massnahme, die allerdings in dem Augenblick gelöst sein sollte, wenn die Bautätigkeit einsetze, schrieb Frommelt. „Wenn irgendwo neue Quartiere der Bebauung überlassen werden, muss zuerst eine Frage gelöst sein: brauchen wir neue Strassen? Wenn ja, wo sollen diese zu liegen kommen, wie breit müssen sie nach unserem heutigen Ermessen sein, welche Baubestände sind notwendig usw.? Hier gilt vor allem das alte Wort: Vorsorgen ist besser als heilen. Jedenfalls ist es auch viel billiger."[1101] In dieser Problematisierung der Raumentwicklung aus der spezifischen Sichtweise eines Ingenieurs und Geometers zeigten sich auch die Inhalte der Ortsplanung von 1961.

Die Bauzonenplanung für Schaan, deren Entwicklungsprozess hier rekonstruiert wurde, machte keine spezifischen Aussagen in Bezug auf die Entwicklungen im Forst. Das Gebiet mit den ersten Fabrikbauten der Hilti oHG östlich der Feldkircherstrasse wurde grosszügig der Industriezone zugeteilt. Die Grosszügigkeit lässt sich aus dem Umstand erkennen, dass im Verhältnis von damals zu heute nur eine unwesentliche Vergrösserung der Gewerbezone im Forst stattgefunden hatte, während sich die Flächenbeanspruchungen durch die Fabrikanlagen an diesem Standort vervielfachten.[1102] Da, wie man bereits erfahren konnte, auch die Gemeinde das Potenzial der Entwicklungen des Unternehmens Hilti im Forst erkannte, gab es damals, wenn auch ausserhalb des bestehenden Siedlungsgebietes gelegen, kaum Argumente gegen diese aus Sicht des Unternehmens weitsichtige Einzonung in die Industriezone.

3.3.2 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Bauzonenplan Schaan – 1961"

3.3.2.1 Die emergente Rolle der Architekten und Planer

Verglichen mit den Zielen der Raumplanung in Freienbach, die zur selben Zeit formuliert wurden, zeigte sich in Schaan eine ähnliche Problematisierung der unkontrollierten Siedlungsentwicklung. Dies verweist auf die Zusammenhänge des damaligen Zeitgeistes in Bezug auf die Raumplanung, welche von Institutionen, Planern und Architekten zu dieser Zeit vertreten wurde. Dieser Zeitgeist stellte den Ausgangspunkt der Interaktionen der Raumplaner in Schaan dar. Im Unterschied zu den Diskussionen in Freienbach stellte Frommelt weniger räumlich-qualitative Aspekte als vielmehr infrastrukturelle und finanzielle Aspekte in den Vordergrund. Dies verweist auf zwar ähnliche Grundbestrebungen, aber auch auf jeweils unterschiedliche Interessen, welche die Planer in den beiden Gemeinden, aus verschiedenen Disziplinen wie Architektur oder Ingenieur- und Vermessungswesen kommend, vertraten. Im konkreten Fall des Ingenieurs Frommelt zeigte sich, dass dieser, als Geometer ausgebildet, sich intensiver mit Themen wie Strassenbreite und Steuerabgaben und weniger mit räumlich-qualitativen Themen befasste. Es zeigte sich, dass nebst der Problematisierung der Siedlungsentwicklung auch das Einbringen der spezifischen disziplinären Interessen des Geometers Bestandteil seiner emergenten Rolle wurde.

[1100] Ebenda.
[1101] Frommelt (1954b).
[1102] Vermessungsbüro H. Frommelt, Vaduz, Bauzonenplan Gemeinde Schaan Mst: 1:10'000, genehmigt vom Gemeinderat am 22. Dezember 1958, genehmigt vom Regierungsrat am 4. Mai 1961, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.

3.3.2.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Ausufernde Raumentwicklung und Forderung nach Planung

In verschiedenen Zeitungsberichten machte Ingenieur Frommelt auf die unbefriedigenden und unkoordinierten Umstände der räumlichen Ausweitung im Zusammenhang mit den durch die öffentliche Hand zu erstellenden Infrastrukturbauten aufmerksam. Ausweg aus dieser unbefriedigenden Situation konnte aus Sicht des Planers nur die Raumplanung bieten. Indem es ihm gelang, die Vertreter der Gemeinde Schaan für raumplanerische Fragestellungen zu sensibilisieren, verdichtete sich auch die Aufgabenstellung in Richtung Orts- und Infrastrukturplanung. Eine erfolgreiche Raumplanung setzte jedoch voraus, dass sich die Interessen der Grundstückseigentümer, Bewirtschafter und Nutzer der Grundstücke mit den Interessen der Raumplanung vereinbaren liessen. In den ersten Übersetzungen der Interessen der Raumplaner in eine Planweltskizze wurden diese Voraussetzungen visualisiert und ein System von Allianzen bestimmt. Die Voraussetzungen wie auch die Allianzen waren aber zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs getestet worden.

• Partnergewinnung – Infrastrukturelle Planung zur Kostenreduktion

Um das Ziel einer Raumplanung weiterverfolgen zu können, musste es den Planern gelingen, verlässliche Allianzen für ihre Planwelten aufzubauen. Mit dem Argument, dass Planung unter anderem das Ziel hat, die räumliche Entwicklung mit der Bereitstellung von Infrastrukturbauten wie Strassen oder Wasser- und Elektrizitätsanschlüssen zu koordinieren, gelang es den Planern, die öffentliche Hand für die Raumplanung zu interessieren. Die Vertreter der Gemeinde Schaan erhofften sich von der Raumplanung ein Instrument zur Reduktion der Kosten bei den Infrastrukturbauten. Grundstücksbesitzer mit Landbesitz in der Nähe des bestehenden Siedlungsgebietes hingegen erhofften sich durch die Einzonung und die dadurch gesicherte Erschliessung der Grundstücke eine Wertsteigerung ihres Eigentums. Damit war auch deren Interesse geweckt. Skeptisch zeigten sich Grundstücksbesitzer, Bewirtschafter und Nutzer von Grundstücken, die im Rahmen der Raumplanung eine Nutzungsänderung erfahren sollten. Diese Akteure mussten im Rahmen von weiteren Aushandlungsprozessen konkret von den Vorteilen der Raumplanung überzeugt werden.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Grosszügige Zonen und das Versprechen vereinfachter Einzonungen

Um die relevanten Allianzpartner definitiv zu gewinnen, musste es den Planern gelingen, die Vorteile für alle involvierten Akteure in den Planwelten auszuweisen und zu kommunizieren. Um die Realisierungschancen der Planwelt zu verbessern, waren die Planer gezwungen, ihre Interessen der Begrenzung der Siedlungsfläche mit den unterschiedlichen Ansprüchen der Grundstückseigentümer zu verhandeln. Auch die Vertreter der Gemeinde wollten mit einer zu rigiden Zonenplanung die Entwicklung und das Wachstum der Gemeinde nicht gefährden. Prognosen, basierend auf dem Bauboom der Nachkriegszeit, brachten die gesellschaftlichen Argumente für grosszügige Einzonungen. Um auch die Grundstücksbesitzer mit Landbesitz am Rande der geplanten Bauzonen für die Planwelten der Raumplanung zu gewinnen, wurde diesen bei Bedarf eine vereinfachte Einzonung versprochen. Nur aufgrund dieser Versprechung zeigten sich die jeweiligen Akteure bereit, die Rolle des Grundstücksbesitzers als Grundstückbesitzer mit raumplanerischen Einschränkungen auf das Eigentum einzunehmen. Durch die konkreten Vorschläge zur Einbindung der jeweiligen Akteure über Versprechungen, Verschiebungen der Inhalte der Raumplanungsskizzen und Landabtausch gelang es den Planern, die Allianzen zunehmend zu stabilisieren. Die hier beschriebenen Kontroversen führten dazu, dass sich die Rolle des Planers vom „alles bestimmenden" zum „moderierenden" und „diplomatisch vorgehenden" Planer transformierte.

• Bewährungsprobe – Die Planwelt „Bauzonenplan Schaan – 1961" wird gedruckt

Nach zahlreichen Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern sowie mehrfacher Genehmigung durch den Gemeinderat Schaan und das Landesbauamt konnten die Einsprachen gegen den Bauzonenplan erledigt und die verschiedenen Interessen in die Planwelten integriert werden. Mit der aktiven und stillschweigenden Zu-

stimmung der von den Massnahmen der Planung betroffenen Akteure und Aktanten, gelang es den Planern, eine mehrheitsfähige Planwelt zu entwickeln. Die für die Planwelt relevanten Akteure und Aktanten konnten damit zumindest zu diesem Zeitpunkt stabil in das Aktor-Netzwerk „Bauzonenplan Schaan – 1961“ eingebunden werden. Die Raumplaner und die Planwelten wurden dadurch zum Sprecher des Aktor-Netzwerks. Mit der Drucklegung des Bauzonenplans wurde ein neuer Mittler in die Handlungsketten integriert, der sich als Beilage zur kommunalen Bauordnung auf zukünftige Planungshandlungen auswirken sollte. Wie sich zeigen sollte, beinhalteten die hier bereits verhandelten Planwelten nach wie vor eine Reihe von Voraussetzungen, die noch nicht getestet werden konnten oder gar aufgrund von späteren Inhalts- und Interessenverschiebungen keine Entsprechungen finden konnten.

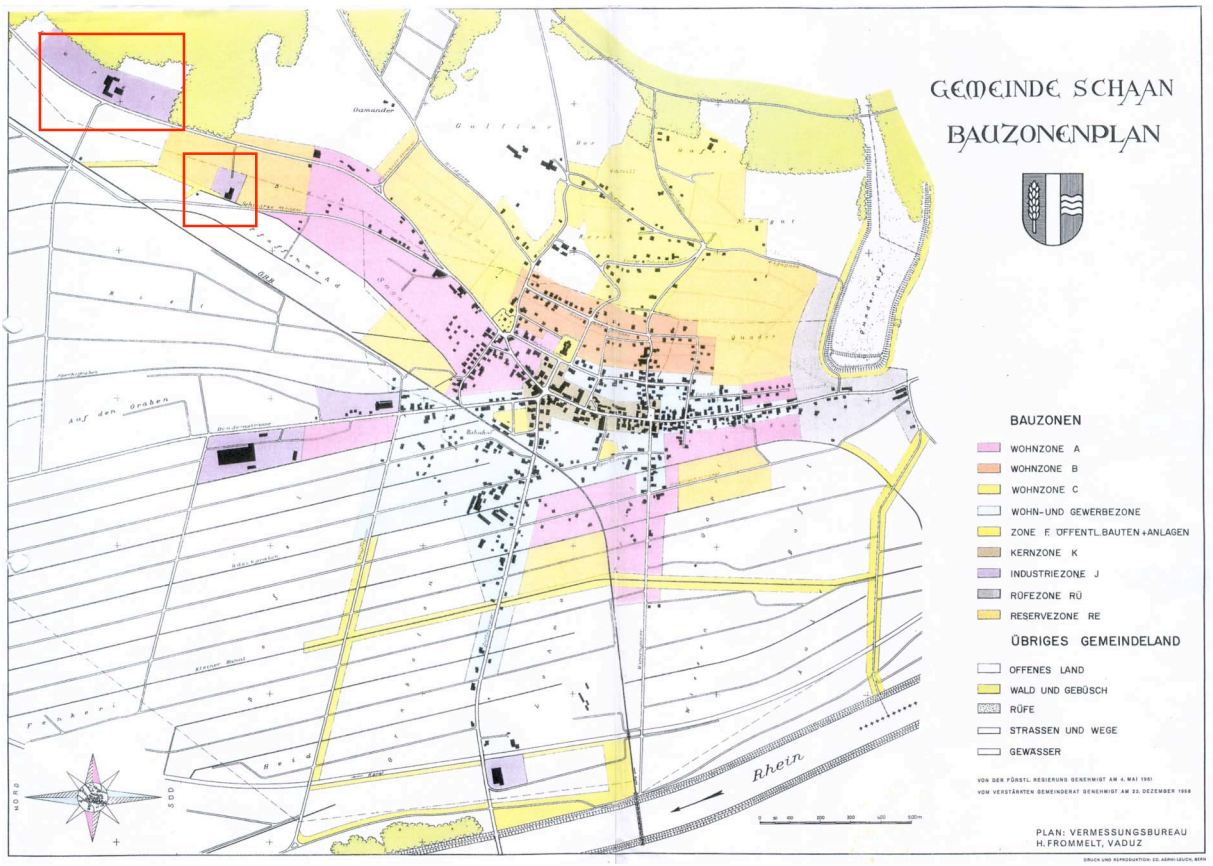


Abb. 68: Vermessungsbüro H. Frommelt, „Zonenplan Gemeinde Schaan“ aus dem Jahre 1961 mit Standorten der Hilti oHG im Forst (oben linkes) und am Standort des späteren Werk 2, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.

3.4 Rückübersetzung der Planwelt „Bauzonenplan Schaan – 1961“ über die Firmenentwicklung und Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

• DAS UNTERNEHMEN HILTI ZWISCHEN 1961 UND 1974

3.4.1 Das Unternehmen Hilti AG zwischen 1961 und 1974

Im Jahre 1960 wurde die Firma Hilti oHG in die Hilti Aktiengesellschaft (AG) umbenannt.[1103] Vier Jahre später verstarb Eugen Hilti.[1104] Martin Hilti war von nun an alleiniger Geschäftsleiter. Die 1960er-Jahre der Firma Hilti AG waren gemäss Firmenchronik geprägt von einer Wachstums- und Diversifikationsphase, in welcher der Wandel von einer produkt- zu einer marktorientierten Unternehmung vollzogen wurde. Dies wirkte sich auch auf das Vertriebssystem aus, das auf eine zentral gesteuerte Produktion und dezentral abgestimmte Marketingpolitik ausgerichtet werden musste. Die neue Ausrichtung führte zunehmend auf eine Zentralisierung der Datenverarbeitung in Schaan.[1105] Gleichzeitig wurde die Bearbeitung der Märkte reorganisiert, indem die Zuständigkeiten in Schaan auf fünf eigenständige Marktregionen verteilt wurden, was eine exaktere Ausrichtung des Unternehmens ermöglichte. Da es am Standort Schaan zunehmend schwieriger wurde, Arbeitnehmer zu finden und die Kapazitäten der Produktion und des Vertriebs nicht mehr ausreichten, wurden Teile der Produktion aus dem Werk 1 mit Standort Im Forst an neue Firmenstandorte ausgelagert. In der Firmenchronik wurde diese Neugliederung als Regionalisierung des Vertriebs beschrieben.[1106]

So wurde das in Mauren/Liechtenstein ansässige Unternehmen Contina AG durch die Hilti AG übernommen. In diesem Werk, dem neuen Werk 3 der Hilti AG, wurden von diesem Zeitpunkt an Bohrhämmer produziert. Im Jahre 1970 übernahm die Hilti AG in Thüringen im benachbarten Vorarlberg/Österreich ein ehemaliges Textilunternehmen. In dieses neue Werk, das Werk 4 der Hilti-Gruppe, wurden die lohn- und kapitalintensiven Produktionsprozesse verlegt. Im Jahre 1971 übernahm die Hilti AG in Minneapolis/USA ein Dübelwerk mit 50 Arbeitnehmern und integrierte das Werk als Werk 5 in die Werkbezeichnung der Hilti AG. Dies hatte den Vorteil, dass der Vertrieb für den amerikanischen Markt aufgrund einer Produktion vor Ort vereinfacht und kostengünstiger ausgestaltet werden konnte. Gleichzeitig konnte die Hilti AG mit einer eigenen Produktion in Amerika den strengen US-Vorschriften gerecht werden. Aufgrund der sich abzeichnenden Zoll- und Handelsschranken der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde der Aufbau der Produktion in der EWG vorangetrieben.[1107] Aus diesem Grund übernahm die Hilti AG im Jahre 1971 in Kaufering/Deutschland eine weitere Produktionsanlage mit 125 Mitarbeitern als Werk 6.[1108]

Ebenfalls wurde die Forschungs- und Entwicklungsabteilung verlagert. Dies geschah allerdings innerhalb des Gemeindegebiets von Schaan. Die Hilti AG übernahm im Jahre 1960 die Liegenschaften der Firma Emimeta in Schaan in der Nähe des Werks 1, unterhalb der Feldkircherstrasse.

[1103] www.hilti.li, Zugriff 9. Juni 2008.
[1104] Ebenda.
[1105] Hilti (1995), S. 62.
[1106] Ebenda, S. 65.
[1107] Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist der Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft EG. Diese wiederum ist eine der drei Säulen der Europäische Union EU. www.bundesregierung.de, Zugriff 9. Juni 2008
[1108] Hilti (1995), S. 65-66.

Die Geschichte des übernommenen Areals der Emimeta begann wie auch die Geschichte des Werks 1 Anfang der 1950er-Jahre. Zu diesem Zeitpunkt führte Karl Wahl, ein deutscher Staatsangehöriger, zusammen mit einem weiteren Geschäftspartner Konzessionsverhandlungen mit der Gemeinde Schaan und der Regierung Liechtensteins. Die Unternehmer bewarben sich um eine Konzession zur Herstellung von fotografischen Farbfiltern, welche ihnen am 18. Juli 1954 von der Regierung des Fürstentums Liechtenstein erteilt wurde.[1109] Im Jahre 1955 erstellte das Unternehmen am nördlichen Siedlungsrand von Schaan ein L-förmiges Produktionsgebäude. Der Bau, ausgeführt als ausgefachte Stahlbetonkonstruktion, enthielt Räume für Filmaufnahmen und Vorführungen sowie im Obergeschoss Büros und Labore.[1110]

Die Hilti AG übernahm die Fabrikanlage im Jahre 1960 als Werk 2 der Hilti-Gruppe.[1111] Bald stieg der Bedarf an hochqualifizierten Mitarbeitern auch in der Abteilung für Forschung und Entwicklung. Die Hilti AG war wie bereits bei den Produktionseinheiten gezwungen, Teile der Entwicklungsabteilungen ins Ausland zu verlagern. Im Jahre 1971 wurde aus diesem Grund ein Entwicklungsbüro für den Anlagenbau in Glasgow/UK gegründet. Im Jahre 1973 folgte die Gründung der Hilti Entwicklungs GmbH in München. Dort wurde die Entwicklung der Bohr- und mechanischen wie chemischen Dübeltechnik vorangetrieben. Die Entwicklungsabteilung für den Bereich Bohrmontage verblieb in Schaan.[1112]

Auch im Zusammenhang mit der Finanzplanung wurden verschiedene Standorte bedacht. Hintergrund für die Verteilung der Standorte war eine international koordinierte Finanzpolitik des Unternehmens. Zwischen 1957 bis 1971 stieg der Umsatz von 18 auf 376 Millionen Schweizer Franken. Steuerliche Vorteile und eine Rückstellungspolitik führten in den 1960er-Jahren zu einer soliden Substanz. Damit konnten weitere Investitionen zunehmend aus Eigenmitteln gedeckt werden. Gleichzeitig wurden Hausbanken auf der ganzen Welt in die Finanzierungskette involviert.[1113]

Mit dem finanziellen Wachstum, den Erweiterungen der Produktionstandorte und der Diversifizierung der Produktpalette stieg die Belegschaft weltweit auf 4'720 Personen an. Im Jahre 1971 arbeiteten dabei 65 Prozent der Belegschaft in Vertrieb und Verkauf und nur 35 Prozent in der Produktion.[1114]

Gemäss Firmenchronik wurde zwischen 1972 und 1975 die Konsolidierung der Wachstums- und Diversifizierungsphase eingeleitet. Es galt die Erfahrungen innerhalb der Gruppe auszuschöpfen. So bildete die Basis der Unternehmenspolitik das „Hilti-Marktwert-System". Dies betraf das Erfassen der Kundenbedürfnisse und die Weitergabe der Informationen an die Marketing-, Entwicklungs- und Produktionsabteilungen. Damit konnten die Abläufe zwischen den Marktorganisationen und den Entwicklungs- und Produktionsstätten verbessert werden.[1115] Zum Hilti-Marktwert-System hinzu kamen das „Total Quality Management" zur Qualitätskontrolle und das zusammen mit der Hochschule St. Gallen entwickelte „Hilti-Management-Modell". Mit diesen neuen Strukturen wurde ein Geschäftslei-

[1109] Wenaweser, Wanger (2000), S. 33.
[1110] Erteilung der Baubewilligung durch das Fürstliche Bauamt, „Fabrikneubau", 27. Januar 1955, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 961; Ingenieurbüro Arthur Frick, Situationsplan 1:1'000, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, Fabrikneubau", bewilligt am 27. Januar 1955, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 961.
[1111] Ebenda, S. 64; Wenaweser, Wanger (2000), S. 49.
[1112] Hilti (1995), S. 66.
[1113] Ebenda, S. 66.
[1114] Ebenda, S. 72.
[1115] Ebenda, S. 73.

tungsgremium gebildet, dessen Vorsitz Martin Hilti übernahm. Durch diese neue Hierarchieebene konnte Martin Hilti als alleiniger Geschäftsleiter entlastet werden.[1116]



Abb. 69: Marktregionen der Hilti AG im Jahre 1974, aus Geschäftsbericht 1974, Archiv Hilti AG.



Abb. 70: Werke der Hilti AG in Schaan, Mauren, Thüringen, Kaufering, Minneapolis und Forschungs-/Vertriebsstellen in München, Buchs und Manchester im Jahre 1974, aus Geschäftsbericht 1974, Archiv Hilti AG.

Zur Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums war das Unternehmen aus räumlichen, finanziellen und personellen Gründen auf Standort- und Markterweiterungen angewiesen. Die Übernahme von bestehenden Werken löste dabei die Personal- und Produktionsengpässe seitens der Hilti AG. Mit den Erweiterungen der Marktregionen und den Verlagerungen der Produktionsstandorte setzte die Hilti AG Impulse für lokal-räumliche Transformationen an verschiedenen Standorten der Welt. Die Erweiterun-

[1116] Ebenda, S. 74-75.

gen wirkten sich damit aufgrund der Rückübersetzung der Planwelten des Unternehmens auch auf die jeweiligen Siedlungswirklichkeiten in Mauren, Thüringen, Kaufering, Minneapolis oder Schaan aus (Abb. 70). Der räumliche Erweiterungsdruck verteilte sich von Schaan ausgehend global auf die einzelnen Firmenstandorte und wirkte sich dort lokal-spezifisch aus.

Obwohl aus verschiedenen zuvor bereits genannten Gründen der internationale Ausbau der Hilti AG vorangetrieben wurde, bedeutete dies keinesfalls einen Entwicklungsstopp in Schaan. Im Gegenteil, die Wachstums- und Diversifizierungsstrategie der 1960er- und 1970er-Jahre wirkte sich beim Werk 1 Im Forst und Werk 2 unterhalb der Feldkircherstrasse eindrücklich auf die Siedlungswirklichkeit aus.

• ERWEITERUNGSBAU FÜR LAGERZWECKE

3.4.2 Planwelt „Erweiterungsbau für Lagerzwecke – 1963“ und deren Rückübersetzung

Am 13. August 1963 wurde am Standort des Werks 1, Im Forst, ein Erweiterungsbau für Lagerzwecke und Büros durch das fürstliche Bauamt bewilligt.[1117] Der Anbau mit einer Grundabmessung von rund 340 Quadratmetern sollte gemäss Planwelten östlich der bereits errichteten Mittelhalle, bewilligt am 15. Februar 1955, erstellt werden.[1118] Zum ersten Mal wurden mit der Bewilligung Auflagen ausgesprochen. Das Unternehmen Hilti AG wurde zu einer planerischen Gesamtaufnahme der Kanalisationsleitungen und Kläranlagen auf dem Areal aufgefordert.[1119]

• ERWEITERUNGS- UND ERSATZBAU ERSTE ETAPPE

3.4.3 Planwelt „Erweiterungs- und Ersatzbau erste Etappe – 1965“ und deren Rückübersetzung

Knapp zwei Jahre später reichte die Hilti AG am 28. Juni 1965 ein Gesuch für eine Erweiterung der Anlage an das Bauamt der Gemeinde ein.[1120] Zum ersten Mal fand nicht nur eine additive Erweiterung statt. Die Planwelten der Erweiterung erforderten den Abbruch einzelner Gebäudeteile im Rückbereich der bestehenden Fabrikgebäude entlang der Feldkircherstrasse. Diverse Nebenbauten aus den Jahren 1954 bis 1956 sollten durch eine zweigeschossige Halle für den Werkzeugbau mit einer Abmessung von 15 mal 58 Meter ersetzt werden. Die geplante neue Halle sollte auch den im Laufe der baulichen Entwicklung zwischen 1954 bis 1965 entstandenen Innenhof belegen. In der Situation für den Neubau waren bereits zwei weitere Bauetappen eingezeichnet. Die Halle sollte zu einem späteren Zeitpunkt zuerst in nördlicher und in einer weiteren Etappe in südlicher Richtung erweitert werden.[1121] Auch an diese Bewilligung waren Bedingungen und Auflagen geknüpft. Das Liechtensteinische Bauamt interessierte sich insbesondere für eine genügende Anzahl an Lüftungsöffnungen der Räume und

[1117] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Erweiterungsbau für Lagerzwecke und Büros“, 13. August 1963, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1318.
[1118] Verfasser unbekannt, Situationsplan 1:500, Grundrisse, Schnitte und Fassaden 1:100, „Erweiterungsbau für Lagerzwecke und Büros“, bewilligt am 13. August 1963, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1318.
[1119] Erteilung der Baubewilligung durch das fürstliche Bauamt, „Bedingungen zum Baugesuch Hilti AG Schaan: Anbau Montagelager und technische Büros (Ostanbau). Abwasserentgiftungsanlage (Nordanbau)“, 13. August 1963, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1318.
[1120] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Fabrik Erweiterung, Hof- und Galvanik-Überbauung, Bauetappe 1“, 28. Juni 1965, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1413.
[1121] Verfasser unbekannt, Situationsplan 1:1’000, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Fabrik Erweiterung, Hof- und Galvanik-Überbauung, Bauetappe 1“, bewilligt am 28. Juni 1965, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1413.

Heizungsanlagen.[1122] Das eidgenössische Fabrikinspektorat erinnerte in einem vierseitigen Schreiben an die wichtigsten Punkte der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsplatzsicherheit. Unter anderem wurde die Auflage verfasst, dass sämtliche Räume, Arbeitsplätze und Verkehrswege inner- und ausserhalb der Gebäude gute Lichtverhältnisse aufweisen mussten. Weiter wurde verlangt, dass Wandfenster so anzuordnen seien, dass von den Arbeitsplätzen aus ein Blick ins Freie möglichst nicht behindert werde. Die übrigen Auflagen befassten sich mit sicherheitstechnischen Einrichtungen.[1123]

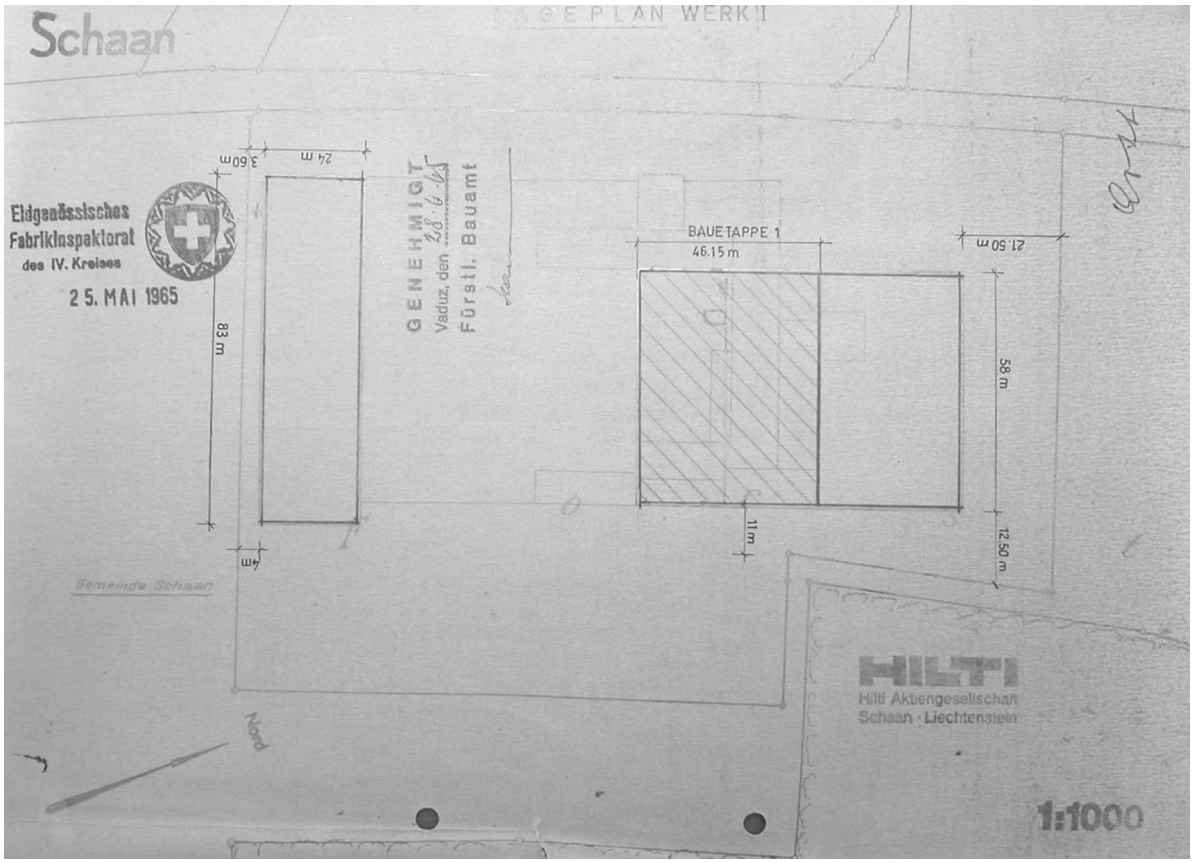


Abb. 71: Verfasser unbekannt, „Lageplan Werk 1, 1:1'000, Fabrik Erweiterung, Hof- und Galvanik-Überbauung, Bauetappe 1", bewilligt am 28. Juni 1965, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1413.

• OSTERWEITERUNG DRITTE ETAPPE

3.4.4 Planwelt „Dritte Erweiterungsetappe Ost – 1965" und deren Rückübersetzung

Obwohl zwei weitere Etappen für eine Anlagenerweiterung bei der Planung vom 28. Juni 1965 angedacht wurden, ersuchte die Hilti AG um ein weiteres Baugesuch für die Erweiterung der Fabrikanlage in Richtung Osten. Diese Erweiterung wurde als dritte Bauetappe bezeichnet. Diese neue dritte Etappe ersetzte die dritte Etappe der Planwelt vom 28. Juni 1965.[1124] Die zweite Ausbauetappe sollte vorerst übersprungen werden.

[1122] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Bedingungen des Liechtensteinischen Bauamtes zum Baugesuch Hilti AG Schaan", 28. Juni 1965, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1413.
[1123] Bedingungen des Eidgenössischen Fabrikinspektorates des IV. Kreises, St. Gallen zum Baugesuch der Hilti AG Schaan, „Planvorlage betreffend Hof- und Galvaniküberbauung (Bauetappe I)", 15. Juni 1965, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1413.
[1124] Siehe Kapitel 3.4.3 Planwelt Erweiterung- und Ersatzneubau erste Etappe – 1965.

Die Verschiebung vom vorgesehenen südlichen Standort der dritten Etappe hatte einen einfachen Grund. Mit einem Grundmass von rund 95 auf 57 Metern erreichte die zur Produktionssteigerung notwendige räumliche Erweiterungsmassnahme am Standort Im Forst einen erneuten Höhepunkt.[1125] Die Erweiterung setzte Landbesitz voraus, über welchen das Unternehmen jedoch nicht verfügte. So lud das Unternehmen den Gemeinderat am 13. April 1966 zu einer „Konferenz und Besichtigung im Werk 1“ ein.[1126] Die Vertreter des Unternehmens wollten die Möglichkeit nutzen, die Gemeinderäte über die Wachstumsziele und die damit verbundenen Erweiterungsabsichten zu informieren. Gleichzeitig sollten die Landkaufverhandlungen mit dem Gemeinderat aufgenommen werden. Am 21. April 1966 behandelte der Gemeinderat den Kaufantrag der Hilti AG für rund 1,3 Hektar Land. Das Unternehmen wünschte sich an der Nordseite des Fabrikareals 0,32 Hektar, an der Ostseite 0,47 Hektar und an der Südseite 0,54 Hektar für die Fabrikerweiterungen. Teilweise bot das Unternehmen Hilti AG Realersatz für die Grundstücke an.[1127] Auf dieses Gesuch hin beschloss der Gemeinderat, eine Kommission mit den Verhandlungen zu beauftragen. Diese Kommission erarbeitete einen Vorschlag. So sollte für ein Grundstück der Gemeinde im Forst ein Preis von 34,75 Franken pro Quadratmeter vom Unternehmen Hilti AG verlangt werden. Dieser Verkaufspreis stellte das Sechsfache des Kaufpreises von Land im Jahre 1960 dar. Am 12. Mai 1966 befasste sich der Gemeinderat Schaan mit dem Vorschlag der Kommission. Bezüglich des Landverkaufspreises wurde seitens einzelner Gemeinderäte ein alternativer Vorschlag von 25 Franken pro Quadratmeter unterbreitet. Eine erste Abstimmung kam zu keinem Resultat. Nach längerer Diskussion stimmte der Gemeinderat in einer zweiten Abstimmung dem Antrag von einem Verkaufspreis von 25 Franken pro Quadratmeter zu.[1128] Erst im Laufe dieser Zukäufe von Land war es der Hilti AG möglich, die geplante Süd- und Norderweiterung weiterzuverfolgen. Da die Hilti AG in südlicher Richtung nach wie vor über zu wenig Land verfügte, wurde die als Süderweiterung beabsichtigte dritte Etappe durch eine Osterweiterung ersetzt. Bevor das Bewilligungsverfahren für den geplanten Erweiterungsbau eingeleitet werden konnte, mussten die zugekauften Grundstücksflächen jedoch erst noch als Industriezone eingezont werden. „Die Einbeziehung des Bauplatzes in die Industriezone wurde am 13. Juli 1966 vom Gemeinderat beschlossen und am 16. August 1966 von der Regierung genehmigt.“[1129] Kurz darauf bewilligte das Liechtensteinische Bauamt am 23. September 1966 das Baugesuch für die neue dritte Etappe der Erweiterung.[1130]

Diese dritte Bauetappe umfasste eine eingeschossige überhöhte Sheddach-Halle und einen viergeschossigen Zwischenbau als Verbindungsstück zwischen Alt- und Neubestand sowie zur Überbrückung der bestehenden Hangneigung. Im Zwischenbau wurden im Erdgeschoss Garderoben, Aufenthaltsräume für die Lehrlinge, eine Lehrlingswerkstätte, in den Obergeschossen ein eigenes Planungs-

[1125] Planungsbüro Hilti AG, Situationsplan 1:1’000, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Fabrik Erweiterung, Hof- und Galvanik-Überbauung, 3. Etappe“, bewilligt am 23. Sept. 1966, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1488.
[1126] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Firma Hilti AG. Einladung an den Gemeinderat zu einer Konferenz“, Sitzung-Nr. 16, 6. April 1966, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1966.
[1127] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Hilti AG, Gesuch um Überlassung von Baugrund im Forst gegen Realersatz“, Sitzung-Nr. 17, 21. April 1966, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1966.
[1128] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Firma Hilti AG, Bewertung des von ihr gewünschten Baugrundes im Forst, sowie des von ihr angebotenen Realersatzes“, Sitzung-Nr. 20, 12. Mai 1966, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1966.
[1129] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Fabrik Erweiterung, Hof- und Galvanik-Überbauung, 3. Etappe“, 23. September 1966, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1488.
[1130] Ebenda.

büro und weitere Grossraumbüros untergebracht. In der Halle wurden die Gerätefertigung, Automatendreher und ein Rohmateriallager eingeplant.[1131]

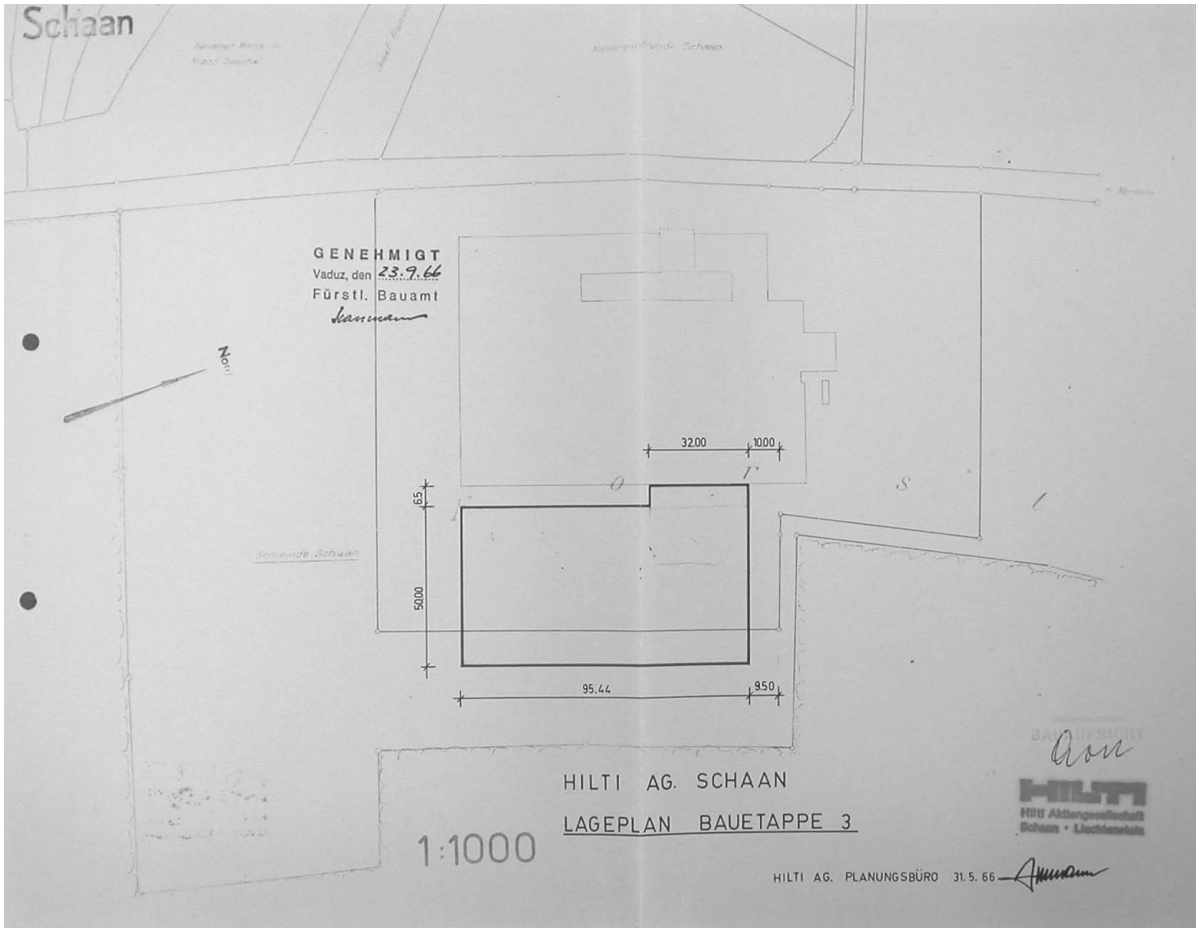


Abb. 72: Planungsbüro Hilti AG, „Lageplan Bauetappe 3, 1:1'000, Fabrik Erweiterung, Hof- und Galvanik-Überbauung, 3. Etappe", bewilligt am 23. September 1966, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1488.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Osterweiterung zeigte sich, dass sich verschiedene Rahmenbedingungen auf einst erstellte Planwelten auswirkten und diese mit Einschränkungen sogar verunmöglichten, da die ursprünglichen Voraussetzungen teilweise keine gesellschaftlichen Entsprechungen gefunden hatten. Das für die Erweiterung notwendige Grundstück liess sich beispielsweise nicht als Akteur in das Aktor-Netzwerk einbinden, da die Besitzverhältnisse dies nicht zuliessen. Dies führte dazu, dass die geplante dritte Etappe der Planwelten vorerst aufgegeben und neu angegangen werden mussten.

• ERWEITERUNGSBAU ZWEITE ETAPPE

3.4.5 Planwelt „Erweiterungsbau zweite Etappe – 1969" und deren Rückübersetzung

Am 18. Juni 1969 bewilligten die Ämter die zuvor zurückgestellte zweite Etappe der Erweiterung in Richtung Norden.[1132] Der Hallenneubau mit Sheddach und den Abmessungen von rund 110 mal 48

[1131] Planungsbüro Hilti AG, Situationsplan 1:1'000, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Fabrik Erweiterung, Hof- und Galvanik-Überbauung, 3. Etappe", bewilligt am 23. September 1966, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1488.

Metern sowie einem zweiten Hallenteil mit Flachdach von rund 76 mal 48 Metern stand in den Abmessungen der eben erst erstellten dritten Erweiterung in nichts nach. Die zweigeschossigen Hallen sollten im Obergeschoss den Werkzeugbau und im Erdgeschoss ein Fertiglager mit Rüstplatz beherbergen. Westseitig unter der Halle befanden sich ebenerdig ein Grossraumbüro sowie Räumlichkeiten für Versand, Werbungsabteilung, Fertiglager und Versand.[1133] Die Planwelt der Erweiterung fand kurze Zeit nach der Bewilligung ihre Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit.

• VERWALTUNG ERSTE ETAPPE

3.4.6 Planwelt „Verwaltungsbau – 1973“ und deren Rückübersetzung

Mit dem Ausbau der Produktionsstandorte in Amerika und Europa wuchs auch der Verwaltungsaufwand der Hilti AG. Im Jahre 1972 zeichnete sich der Ausbau der Verwaltungsräumlichkeiten am Standort Schaan ab.

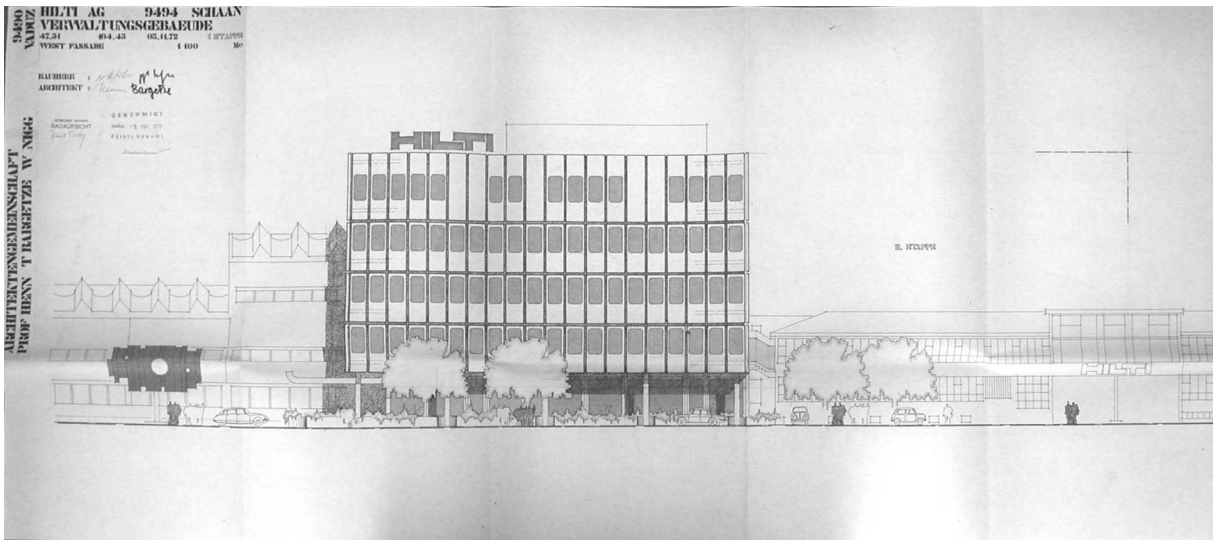


Abb. 73: Architektengemeinschaft Henn, Bargetze, Nigg, „Westfassade 1:100, Verwaltungsgebäude 1. Etappe“, 1. Etappe, Erweiterungsmöglichkeit nach rechts, 3. November 1972, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1826.

Die Architektengemeinschaft Henn, Bargetze und Nigg entwarf ein Vorprojekt für ein neues Verwaltungsgebäude. Das Projekt sollte in zwei Etappen erstellt werden. Die erste Etappe umfasste eine nahezu quadratische Grundrissfigur mit einer Abmessung von rund 34 mal 33 Metern. Der Neubau sollte nördlich des ersten Fabrikbaus aus dem Jahre 1954 erstellt werden. Das Erdgeschoss sollte einen grosszügigen Empfang mit Nebenräumen aufweisen. Die oberen vier Geschosse umfassten Einzelbüros mit Besprechungs- und Gruppenräumen. Gleichförmige vorgehängte Fassadenelemente mit abgerundeten Glasöffnungen bewirkten eine strenge Gliederung der Fassade. Über eine Zurücksetzung des Erdgeschosses und eine Überhöhung der Fassadenelemente des obersten Geschosses strebten die Architekten eine waagerechte Gliederung des Volumens an. Die teilweise geschlossenen Fassadenelemente des überhöhten Obergeschosses bewirkten zudem eine leichte Auflösung des

[1132] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Erweiterungsbau 2. Etappe“, 18. Juni 1969, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1642.
[1133] Planungsbüro Hilti AG, Situationsplan 1:1’000, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Erweiterungsbau 2. Etappe“, bewilligt am 18. Juni 1969, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1642.

starren Rasters der Fassade der unteren Geschosse. Der Entwurf zeichnete sich dadurch aus, dass der Neubau in südlicher Richtung erweitert werden konnte, ohne den spezifischen Charakter zu verlieren. Eine solche Erweiterung setzte allerdings den Teilabbruch des Kopfbaus aus dem Jahre 1954 voraus.[1134]

Die Architekten übergaben das Vorprojekt am 3. November 1972 der Bauherrschaft. Am 5. Dezember 1972 übergab diese die Planwelten zur Genehmigung der Gemeindeverwaltung von Schaan. Nach der Bewilligung durch den Gemeinderat wurde das Baugesuch an das Liechtensteinische Bauamt zur weiteren Genehmigung weitergeleitet. Dieses wiederum teilte der Hilti AG am 18. Januar 1973 mit, dass ihr Bauvorhaben aufgrund der Gebäudehöhe entsprechend dem Baugesetz des Landes nur über besondere Bestimmungen für Arealüberbauungen bewilligt werden könne. In einem Schreiben der Hilti AG an die Gemeindeverwaltung beantragten die Vertreter der Hilti AG daraufhin eine Bewilligung des Projekts im Rahmen der Sondervorschriften einer Arealüberbauung. Gleichzeitig baten sie den Gemeinderat, den Bewilligungsantrag aus terminlichen Gründen möglichst umgehend zu behandeln und danach an die Landesverwaltung weiterzuleiten.[1135] An der Sitzung des Gemeinderats vom 25. Januar 1973 beschloss der Gemeinderat, die Ausnahmebewilligung bezüglich der Mehrhöhe zu erteilen. In einem Schreiben an den Regierungsrat des Fürstentums Liechtenstein bat der Gemeinderat den Regierungsrat, der Ausnahmebewilligung ebenfalls zuzustimmen.[1136] Dieser Aufforderung kam die Regierung am 30. Januar 1973 nach.[1137] Das Liechtensteinische Bauamt stellte daraufhin die Baubewilligung am 5. Februar 1973 aus.[1138]

An die Ausnahmebewilligung waren Auflagen gebunden.[1139] So sollte zur landschaftlichen Eingliederung des Hilti-Areals entlang der Feldkircherstrasse eine Baumallee erstellt werden.[1140] Dieses Vorgehen zeigte erste planungsstrategische Ansätze der Bauverwaltungen, die mit Gegenforderungen die im Laufe der räumlichen Transformation entstandenen räumlich-qualitativen Mängel aufzuheben suchten.

Die Ausführung des Projekts übernahm das Basler Planungsbüro Burckhardt und Partner. Es nahm markante architektonische Anpassungen vor. Einzig das Volumen wurde belassen. Die strukturierte Fassade der Architektengemeinschaft Henn, Bargetze und Nigg wurde durch eine einfache vorgehängte Glasfassade mit gleichmässigem Raster ersetzt. Am 23. März 1973 wurden die Anpassungen als Planänderungen bei der Bauverwaltung der Gemeinde eingereicht und durch diese bewilligt.[1141] Damit erfuhr die ursprüngliche Planwelt des Architekturbüros Henn, Bargetze und Nigg während der

---

[1134] Architektengemeinschaft Henn, Bargetze, Nigg, Situationsplan 1:500, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Verwaltungsgebäude 1. Etappe“,3. November 1972, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1826.
[1135] Schreiben der Hilti AG an die Gemeindeverwaltung Schaan, „Baugenehmigung Verwaltungsgebäude“, 23. Januar 1973, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1826.
[1136] Schreiben des Gemeinderates Schaan an die Regierung des Fürstentums, „Verwaltungsgebäude Hilti AG“, 26. Januar 1973, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1826.
[1137] Schreiben der Regierung des Fürstentums Liechtenstein an das Liechtensteinische Bauamt, „Arealüberbauung der Firma Hilti AG“, 5. Februar 1973, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1826.
[1138] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Verwaltungsgebäude“, 5. Februar 1973, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1826.
[1139] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Spezielle Hinweise und Bedingungen, Erteilung der Baubewilligung durch Liechtensteinische Bauamt“, 5. Feb 1973, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1826.
[1140] Erteilung der Baubewilligung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentum Liechtensteins, „Neubau Informationszentrum“, 31. März 1980, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2190.
[1141] Burckhardt und Partner, Basel, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Verwaltungsgebäude“, 21. März 1973, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1826.

Ausführungsplanung aufgrund fortlaufender Aushandlungsprozessen zwischen Auftraggebern, Folgeplanern und weiteren neu involvierten Akteuren und Aktanten in wesentlichen architektonischen Punkten inhaltliche Verschiebungen. Ebenfalls entsprach die Hilti AG auch nicht der Auflage der Baubehörden, eine Baumallee zur landschaftlichen Eingliederung zu erstellen.[1142]

• HALLE FÜR OBERFLÄCHENBEHANDLUNG

3.4.7 Planwelt „Halle für Oberflächenbehandlung – 1973“ und deren Rückübersetzung

Am 22. November 1973 wurde eine Halle für die Oberflächenbehandlung von Maschinenkomponenten vom Liechtensteinischen Bauamt bewilligt. Die eingeschossige Halle wies eine Abmessung von rund 44 mal 24 Metern auf.[1143] Knapp ein Jahr später sollte eine weitere eingeschossige Reparaturhalle mit der Abmessung von rund 51 mal 25 Metern erstellt werden. Diese wurde am 24. Juli 1974 bewilligt.[1144] Verhandlungswillen zeigten die Vertreter der Hilti AG und der Gemeinde Schaan insbesondere beim geplanten Neubau für einen Öltank auf dem Firmenareal. Der Gemeinderat wollte eine Bewilligung nicht aussprechen, denn die Planwelt setzte ein Grenzbaurecht an die Parzellengrenze des Nachbargrundstücks im Besitz der Gemeinde Schaan voraus. Der Gemeinderat war zudem der Meinung, dass sich die Hilti AG bei dem von der Genossenschaft für Heizölhaltung im Fürstentum Liechtenstein geplanten und von der Gemeinde unterstützten Tanklager unmittelbar nördlich an das Hilti-Areal angrenzend beteiligen sollte.[1145] Entsprechend wollten die Vertreter der Gemeinde Schaan dem in den Planwelten der Hilti AG vorausgesetzten Grenzbaurecht nicht entsprechen. Kurzerhand zeigte sich die Hilti AG bereit, Anteilscheine am Tanklager zu kaufen und sich zudem in diesem Tank eine Million Liter Öl zu sichern. Als Gegenleistung verlangte die Hilti AG jedoch erneut die Bewilligung eines eigenen Öltanklagers.[1146] Mit diesem Handel zeigte sich der Gemeinderat einverstanden und genehmigte die Bewilligung.[1147] Damit konnten beide Akteure ihre Interessen wahren. Die Gemeinde erreichte eine Mitbeteiligung an der Genossenschaft für Heizölhaltung seitens der Hilti AG, und die Hilti AG konnte ihr Bauvorhaben umsetzen und sich langfristig Ölvorräte sichern.

• WERK 2 IN SCHAAN

3.4.8 Planwelten und deren Rückübersetzungen beim Werk 2 bis 1974

Im Jahre 1960 übernahm die Hilti AG die Räumlichkeiten der Emimeta Fabrikations-Anstalt. Das Unternehmen Hilti AG errichtete darin seine Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Die Anlage wur-

---

[1142] Erteilung der Baubewilligung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentum Liechtensteins, „Neubau Informationszentrum“, 31. März 1980, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2190.
[1143] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Halle für Oberflächenbehandlung“, 22. November 1973, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1882.
[1144] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Neubau Hilfsbetriebe, Anbau“, 3.Oktober 1974, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1912.
[1145] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Grenzabstandnachsicht für Öllagerbehälter Hilti AG“, Sitzung-Nr. 7, 14. Februar 1974, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1974.
[1146] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Stellungsnahme der Firma Hilti AG betr. Verweigerung der Baugenehmigung für einen Öltank“, Sitzung-Nr. 37, 13. August 1974, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1974; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuch Hilti AG Öltanklager“, Sitzung-Nr. 40, 29. August 1974, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1974.
[1147] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuch Hilti AG Öltank“, Sitzung-Nr. 42, 5. September 1974, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1974.

de als Werk 2 in das Unternehmen integriert. Nach der Übernahme der Anlage wurden nur geringfügige Veränderungen der Räumlichkeiten vorgenommen.

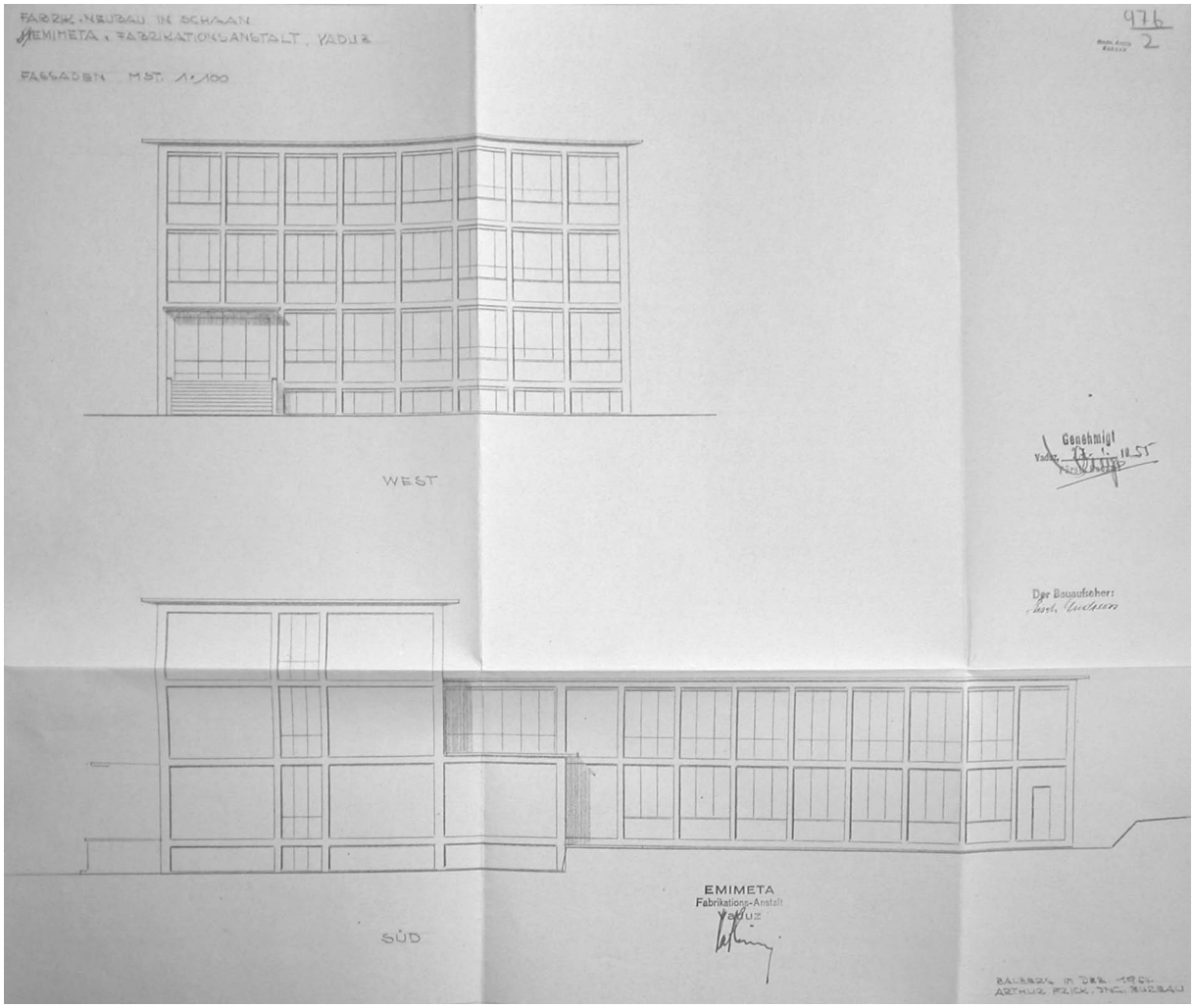


Abb. 74: Arthur Frick, Ingenieurbüro Balzers, „ Fassaden 1:100, Emimeta Fabrikationsanstalt“, Dezember 1954, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 961.

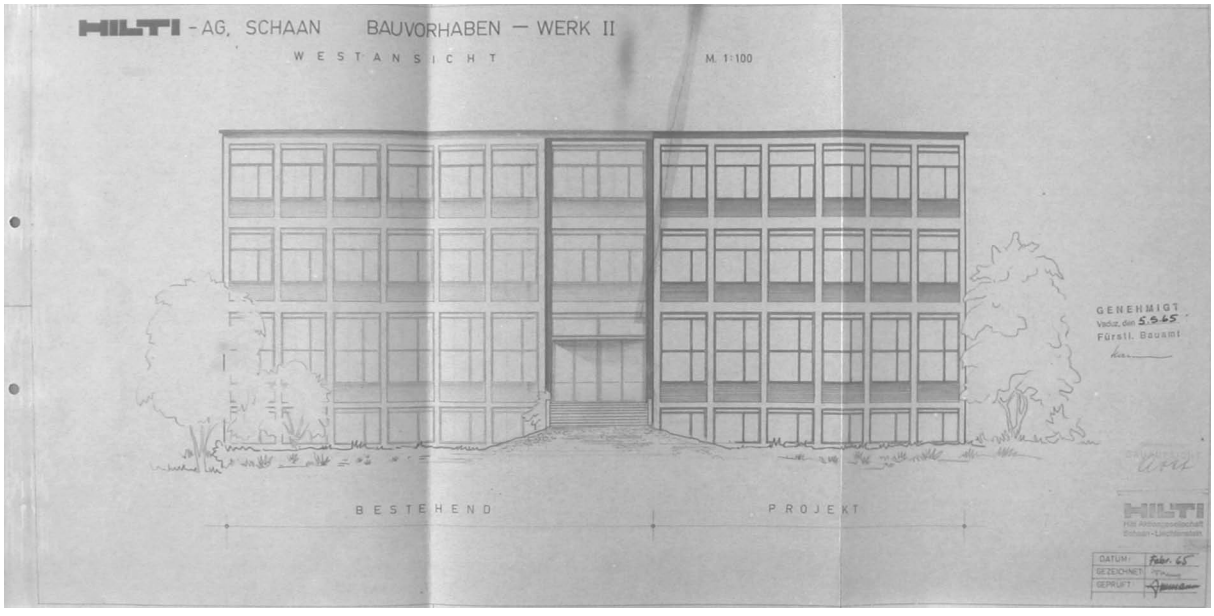


Abb. 75: Verfasser unbekannt, „Westfassade 1:100, Bauvorhaben Werk 2“, Februar 1965, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1399.

Fünf Jahre später strebte die Hilti AG die Erweiterung des Werks 2 in südlicher Richtung an. Die Baubewilligung für den Anbau wurde am 5. Mai 1965 ausgesprochen.[1148] In diesem Anbau mit Untergeschoss, Erdgeschoss und zwei Obergeschossen sollten Räumlichkeiten für die Grundlagenforschung, Entwicklung, Planung und Konstruktion untergebracht werden.[1149] Drei Jahre später bewilligte das Liechtensteinische Bauamt am 12. Juli 1968 eine weitere Erweiterung des Werks 2. Die Erweiterung in Richtung Osten wurde als Bauversuchshalle bzw. Versuchswerkstätte deklariert und wenig später erstellt.[1150]

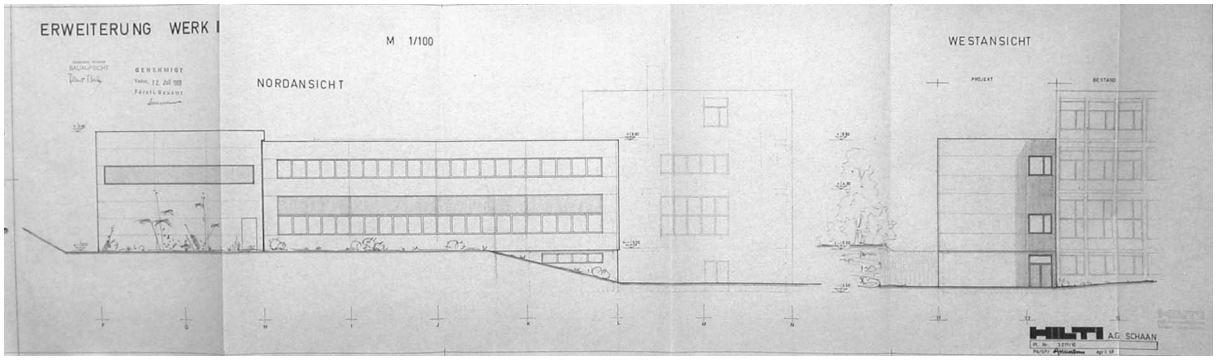


Abb. 76: Verfasser unbekannt, „Nordansicht, Westansicht 1:100, Erweiterung Werk 2“, bewilligt am 12. Juli 1968, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1588.

3.4.9 Umstände einer erfolgreichen Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit „Im Forst“ bis 1974

Langfristig hingen die Rückübersetzungen sämtlicher zuvor beschriebener und auch zukünftiger Planwelten von weiteren Faktoren wie der Wasserversorgung des Forst und der Verfügbarkeit von Land ab. Entsprechend fanden diesbezüglich im Zeitraum von 1962 bis 1974 intensive Verhandlungen zwischen den Vertretern der Hilti AG und den Gemeindebehörden statt.

Im Jahre 1962 zeichnete sich ab, dass das eigene Wassererschliessungsnetz im Forst für die Produktionsanforderungen der Hilti AG nicht mehr genügte. Die Hilti AG trat in Kontakt zum Gemeinderat von Schaan. Der Gemeinderat hielt schriftlich fest, dass eine Wasserversorgung des Forsts durch das Gemeindewasserwerk nur unter Auflagen gewährt werden könne. Die Hilti AG hatte die Hälfte der Erstellungskosten der Leitungen zu übernehmen. Ein Wasserzins von jährlich 15’000 Franken für 100’000 Kubikmeter Wasser wurde festgelegt. Jeder Mehrbezug sollte zum normalen Tarif in Rechnung gestellt werden. Die Dauer des Vertrags war auf zehn Jahre festgelegt.[1151] Diese Vorgaben wurden später in einen Vertrag mit acht Punkten umgewandelt.[1152] Um die Realisierungschancen der eigenen Planwelten nicht zu verschlechtern, musste die Hilti AG den Forderungen des Gemeinderats

[1148] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Anbau an das Werk II“, 5. Mai 1965, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1399.
[1149] Verfasser unbekannt, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Anbau an das Werk II“, bewilligt am 5. Mai 1965, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1399.
[1150] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Bauversuchshalle – Versuchswerkstätte“ 12. Juli 1968, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1588.
[1151] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Wasserversorgung der Hilti AG durch die Gemeindewasserversorgung“, Sitzung-Nr. 37, 15. November 1962, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1962.
[1152] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Hilti AG Wasserversorgung“, Sitzung-Nr. 42, 20. Dezember 1962, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1962; Vertragsentwurf zwischen der Gemeinde Schaan und der Hilti AG, „Bedingungen“, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1177.

wohl oder übel Folge leisten. Ohne die zusätzliche Wasserversorgung durch die Gemeinde war der Produktionsstandort im Forst akut gefährdet.

Im Jahre 1966 zeichnete sich im Zusammenhang mit der beabsichtigten Erweiterung der Produktionsanlagen erneut eine Wasserknappheit ab. In einem Schreiben vom 22. Juli 1966 setzte die Hilti AG den Gemeinderat darüber in Kenntnis, dass die Wasserversorgung ungenügend war. Das Unternehmen führte aus, dass der derzeitige Bedarf rund elf Liter pro Sekunde betrage und im nächsten Jahr auf rund zwölf bis 13 Liter steigen werde.[1153] Der Gemeinderat beschloss, eine rund einen Kilometer lange Wasserleitung zu erstellen. Die Kosten für die Leitung wurden teilweise vom Land Liechtenstein übernommen, der verbleibende Betrag zwischen der Gemeinde und der Hilti AG aufgeteilt.[1154]

Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre wurden wiederholt Verhandlungen bezüglich Wasserzins geführt, unter anderem auch weil der bisherige Vertrag gegen Ende 1969 auslief.[1155] Im Januar 1969 wurde der Wasserzins für den Wasserbedarf, der die vertraglich festgelegten 100'000 Kubikmeter Wasser pro Jahr übertraf, auf zehn Rappen pro Kubikmeter Wasser festgelegt.[1156]

Im Jahre 1973 wurden die Verhandlungen zwischen der Gemeinde und der Hilti AG bezüglich des Wasseranschlusses fortgeführt.[1157] Die ersten Verhandlungsrunden scheiterten an den Forderungen seitens der Gemeindevertreter. Der Gemeinderat blieb jedoch bei der Forderung von pauschal 90'000 Franken pro Jahr für eine Bezugsmenge von 500'000 Kubikmeter Wasser. Bei einer Überschreitung der festgelegten maximalen Wassermenge sollten 30 Rappen pro Kubikmeter Mehrbezug bezahlt werden. Zusätzlich wollte der Gemeinderat von der Hilti AG für die aufgewendete elektrische Energie zur Aufbereitung des Wassers weitere fünf Rappen pro Kubikmeter Wasser verlangen. Der Vertrag sollte rückwirkend auf den 1. Januar 1970 abgeschlossen werden. Strategisch bot der Gemeinderat eine alternative Abrechnungsmethode an. Falls der Vertragsabschluss nicht zustande kommen sollte, hätte der Gemeinderat den damals üblichen Wasserzins von 30 Rappen pro Kubikmeter gefordert.[1158] Am 15. November 1973 lag der vom Unternehmen Hilti AG unterschriebene Vertrag dem Gemeinderat vor.[1159]

Damit zeigte sich nebst der personellen Ressourcen, der finanziellen Mittel oder dem wirtschaftlichen Erfolg der Hilti AG das Wasser als Aktant, der die Handlungsketten und die Wachstumsbestrebungen des Unternehmens am Standort wesentlich mitbestimmte.

[1153] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Hilti AG Wasserversorgung im Werk 1", Sitzung-Nr. 33, 27. Juli 1966, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1966.
[1154] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Revision der Gemeindebauordnung", Sitzung-Nr. 50, 30. November 1966, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1966.
[1155] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Hilti AG. Berechung des Wasserzinses für das Werk I im Forst", Sitzung-Nr. 3, 14. Jan. 1969, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1969; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Baugesuch der Firma Hilti AG, Sitzung des Gemeinderates", Sitzung-Nr. 22, 27. April 1973, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1973.
[1156] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Hilti AG. Berechung des Wasserzinses für das Werk I im Forst", Sitzung-Nr. 3, 14. Januar 1969, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1969.
[1157] Die Scana AG war eine Konservenfabrik mit Gründung 1. Juni 1936 die 1973 in Hilcona AG für moderne Ernährung umbenannt wurde (Wenawaser, Wenger 2000, S. 71ff). Mitbegründer des Unternehmens war Toni Hilti (1914 bis 2006), ein Bruder von Eugen und Michael Hilti AG, vgl. Liechtensteiner Industriepionier Toni Hilti gestorben, in: www.nachrichten.ch, Zugriff 27. Juni 2008
[1158] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Fixierung eines Wasserzinses für die Industrie, Sitzung des erweiterten Gemeinderates", Sitzung-Nr. 22, 27. April 1973, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1973.
[1159] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Wasserlieferungsvertag mit der Firma Hilti AG", Sitzung-Nr. 57, 15. November 1973, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1973.

Wie bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren nahm die Verfügbarkeit von Land im Forst eine weitere zentrale Stelle bei der räumlichen Entwicklung des Unternehmens ein. Mit den grossen geplanten Hallenerweiterungen stiess das Wachstum der Produktionsanlagen an die Grenzen des Grundbesitzes des Unternehmens. Da die Erweiterung der Produktionsanlagen gleichzeitig mehr Arbeitsplätze schuf, trat unmittelbar ein neues Platzproblem auf. Die Nachfrage nach Parkflächen auf dem Firmenareal wuchs, da mit wirtschaftlichem Wachstum, steigendem Wohlstand und zunehmender Verfügbarkeit von Automobilen sich die Arbeitnehmer zunehmend mit Motorfahrzeugen vom Wohn- an den Arbeitsstandort bewegten. Kurz nach dem Abschluss der Kaufverträge im Zusammenhang mit den grossen Anlagenerweiterungen im Mai 1966[1160] ersuchte die Hilti AG ein weiteres Mal um die Überlassung von 0,79 Hektar Land nördlich und 0,45 Hektar Land südlich des Werks 1. Der Gemeinderat stimmte dem Antrag zu.[1161]

In den folgenden Jahren erfolgten weitere Landverhandlungen zwischen der Gemeinde und der Hilti AG. 1968 wurden Kauf- und Tauschverhandlungen für 1,4 Hektar Land an der Nordseite des Werks 1 geführt.[1162] Bereits wenige Monate später wurden erneute Tauschverhandlungen aufgenommen.[1163]

Mitte 1970 benötigte die Hilti AG nach eigenen Angaben weitere 2,88 Hektar Land. Das Unternehmen beabsichtigte Grundstücke im Besitz der Hilti AG gegen Land am Standort „Im Forst" einzutauschen.[1164] In einer Gemeinderatssitzung vom 30. Juli 1970 hielt der Gemeinderat im Protokoll fest, „dass vorerst nur das Grundstück in der Gallina (Grundstück westlicher Siedlungsrand Schaan; Anm. Kurath) eingetauscht werden soll, damit noch eine Bodenreserve im Forst vorhanden ist. Die Gemeinde ist am Altbau der Firma Hilti AG interessiert und die Verhandlungen sind sicher leichter, wenn die Gemeinde im Forst noch Boden besitzt."[1165] Die Vertreter der Gemeinde Schaan wollten damit ihre Verhandlungsposition gegenüber der Hilti AG in Bezug auf das Forst und auch in Bezug auf den alten Produktionsstandort der Hilti oHG im Dorfzentrum Schaans bewahren. Um die Verhandlungsposition insbesondere bezüglich des Altbaus im Dorfzentrum zusätzlich zu verbessern, entschied sich der Gemeinderat dazu, Grundstücke im Forst grundsätzlich für die Hilti AG zu reservieren.[1166] Die Verhandlungen für den besagten Landtausch dauerten knapp ein Jahr, da auch Nebeneffekte des Landverkaufs wie Grundstücksgewinnsteuern verhandelt werden mussten.[1167] Zusätzlich zum Abschluss

[1160] Siehe Kapitel 3.4.4 Planwelt „Dritte Erweiterungsetappe Ost – 1965" und deren Rückübersetzung.
[1161] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Firma Hilti AG, Gesuch um Überlassung von 700 Klafter Baugrund im Forst.", Sitzung-Nr. 25, 6. Juni 1966, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1966.
[1162] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bodentausch mit der Firma Hilti AG", Sitzung-Nr. 32, 29. Juli 1968, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1968; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bodentausch mit der Firma Hilti AG", Sitzung-Nr. 38, 2. Oktober 1968, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1968; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Abtausch mit der Hilti AG", Sitzung-Nr. 51, 17. Dezember 1968, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1968.
[1163] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Grundstückbewertung Hilti AG", Sitzung-Nr. 33, 3. Juli 1969, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1969.
[1164] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Landabtausch mit Firma Hilti AG", Sitzung-Nr. 18, 30. April 1970, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1970.
[1165] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bodentausch mit der Firma Hilti AG", Sitzung-Nr. 32, 30. Juli 1970, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1970; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Industriezonenerweiterung bei der Hilti AG", Sitzung-Nr. 23, 29. April 1971, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1971.
[1166] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Industriezonenerweiterung bei der Hilti AG", Sitzung-Nr. 23, 29. April 1971, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1971.
[1167] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Grundstückabtausch mit Firma Hilti AG", Sitzung-Nr. 37, 24. September 1970, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1970; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Hilti AG Grundstücksgewinnsteuer bei Bodentäuschen", Sitzung-Nr. 40, 8. Oktober 1970, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1970; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Hilti AG Grundstücksgewinnsteuer bei Bodentäuschen", Sitzung-Nr. 41, 15. Oktober 1970, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1970.

der Kaufverträge war die Hilti AG auch darauf angewiesen, dass das zugekaufte Land der Industriezone zugeteilt wurde. Dies bewilligte der Gemeinderat von Schaan am 29. April 1971.[1168]

Im Jahre 1972 ging die Strategie der Gemeindevertreter bezüglich des Altbaus der Hilti AG im Dorfzentrum von Schaan auf. Die Hilti AG war bereit, der Gemeinde den Altbau an der Landstrasse zu überlassen, wenn sie als Gegenhandel Land im Forst erhalten sollten. Für das Grundstück im Dorfzentrum erhielt die Hilti AG rund viermal mehr Land im Forst zugeteilt. Für das Gebäude selber bezahlte die Gemeinde rund 400'000 Franken. Dieser Preis wurde zur Hälfte vom Land Liechtenstein übernommen.[1169] Der Altbau im Dorfzentrum sollte aus verkehrstechnischen Gründen abgerissen werden. Mit dem Abriss sollten die Übersichtlichkeit auf der Landstrasse verbessert und im Dorfzentrum Parkierungsflächen geschaffen werden können.[1170]

Zusammen mit dem Tausch der Altbauliegenschaft mit Land im Forst konnten weitere 0,72 Hektar Land durch das Unternehmen Hilti AG zugekauft werden. Rund 1,4 Hektar Land wurden des Weiteren dem Unternehmen für rund 1,95 Franken pro Quadratmeter und Jahr im Baurecht zur Verfügung gestellt.[1171]

Im Jahre 1973 stellte das Unternehmen einen erneuten Antrag auf weitere 2,8 Hektar Bauland. Dieser Antrag erfolgte parallel zu den Verhandlungen rund um den Wasserzins, die zuvor beschrieben wurden. Der Gemeinderat nutzte diese parallel verlaufenden Aushandlungsprozesse als Druckmittel, um die Verhandlungen über den Wasserzins möglichst rasch und zugunsten der Gemeinde abschliessen zu können. Der Gemeinderat beschloss, keine weiteren Landverhandlungen zu führen, bevor nicht die Angelegenheit mit dem Wasserzins gelöst sei.[1172] Nach Vertragsabschluss im November 1973 wurden die Verhandlungen bezüglich Landverkauf wieder aufgenommen. Der Gemeinderat war allerdings der Ansicht, dass dem Unternehmen von nun an Land nur zugeteilt werden sollte, wenn eine konkrete Bauabsicht vorhanden war.[1173]

3.4.10 Die lokale planerische Praxis der Planwelten und Rückübersetzungen „Im Forst" zwischen 1961 bis 1974

3.4.10.1 Die emergente Rolle der Architekten und Planer

Insbesondere in diesen rekonstruierten Verhandlungsketten zeigte sich die relative Position der Planer und Architekten der Fabrikanlagen und Produktionshallen. In den Aushandlungsprozessen waren sie Akteure unter vielen, deren Aufgabe es war, die Interessen und Vorgaben der Bauherrschaft, die Produktionsbedingungen,

[1168] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Industriezonenerweiterung bei der Hilti AG", Sitzung-Nr. 23, 29. April 1971, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1971.
[1169] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Tausch mit der Firma Hilti AG", Sitzung-Nr. 66, 7. Oktober 1972, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1972.
[1170] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Beschlussfassung über den Abbruch der beiden Altobjekte Hilti AG und Marxer", Sitzung-Nr. 16, 9. Mai 1975, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1975; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Auftragserteilung für die Abbrucharbeiten Hilti AG Altbau", Sitzung-Nr. 29, 30. Oktober 1975, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1975.
[1171] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Tausch mit der Firma Hilti AG", Sitzung-Nr. 19, 13. April 1972, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1972.
[1172] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Gesuch der Hilti AG", Sitzung-Nr. 19, 12. April 1973, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1973.
[1173] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Abtretung mehrer 1000 Klafter Boden an die Firma Hilti AG", Sitzung-Nr. 59, 22. November 1973, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1973.

die Interessen der Bauverwaltungen und der Inspektorate, die Rahmenbedingungen des Landbesitzes oder statische Bedingungen zu versammeln und in räumliche Konzepte zu übersetzen. Innerhalb dieser Aushandlungsprozesse schien es den involvierten Planern und Architekten nicht zu gelingen, räumlich-qualitative Interessen einzubringen. Städtebaulich und raumplanerisch widersprachen die räumlichen Entwicklungen im Forst den Zielen einer geordneten und kontrollierten Raumentwicklung der damaligen Zeit. Die sporadischen Erweiterungen der Werke 1 und 2 mit Zweckbauten, Parkierungsanlagen und Verwaltungsbauten liessen räumliche Qualitäten vermissen. Die innere Logik der Additionen beruhte vornehmlich auf Betriebsabläufen und gerade vorhandenen Bauplätzen.

Eine Ausnahme bildete der Versuch der Architektengemeinschaft Henn, Bargetze, Nigg, bei ihrem Entwurf für die Verwaltung architektonische Mittel einzusetzen und diese in die Aushandlungsprozesse einzubringen. Mit der Übergabe der Ausführungsplanung an ein anderes Planungsbüro mit anderweitigen Interessen verwoben sich die Planwelten der Architektengemeinschaft mit neuen Vorstellungen und Konstruktionsprinzipien. Die anfänglichen architektonischen Qualitäten gingen aufgrund der Verwebung der architektonischen Ambitionen mit wirtschaftlichen Überlegungen und Optimierungen teilweise verloren.

Eine weitere Ausnahme bildete der Versuch der Bauverwaltungen des Landes und der Gemeinde, ihre Interessen einer landschaftlichen Eingliederung des Werks 1 in den Aushandlungsprozess rund um die räumlichen Entwicklungen einzubringen. Da die Verwaltungen im Anschluss der ausgesprochenen Bewilligungen und Baufreigaben zu sehr auf die Wirkungskraft der Auflagen in der Bewilligungsschrift vertrauten und die eigenen Anliegen in den fortschreitenden Verhandlungsrunden durch die Verwaltungen selber nicht aktiv vertreten wurden, gelang es dem Aktor-Netzwerk „Entwicklung Hilti Werk 1", dieses Ansinnen aus den Rückübersetzungsprozessen der eigenen Planwelten wieder auszugrenzen.

Aus den Aushandlungsprozessen resultierten ein Reihe von Macht-, Interessens- und Rollenverschiebungen, die in diesem Ausmass nicht vorhersehbar waren und zu Verwässerungen raumplanerischer und architektonischer Intentionen führten. Regionalplanerisch gewannen die Hilti-Werke 1 und 2 in Schaan als Arbeitsplatzstandort und Baustein einer regionalen Wertschöpfungskette im Laufe der Zeit an Bedeutung.

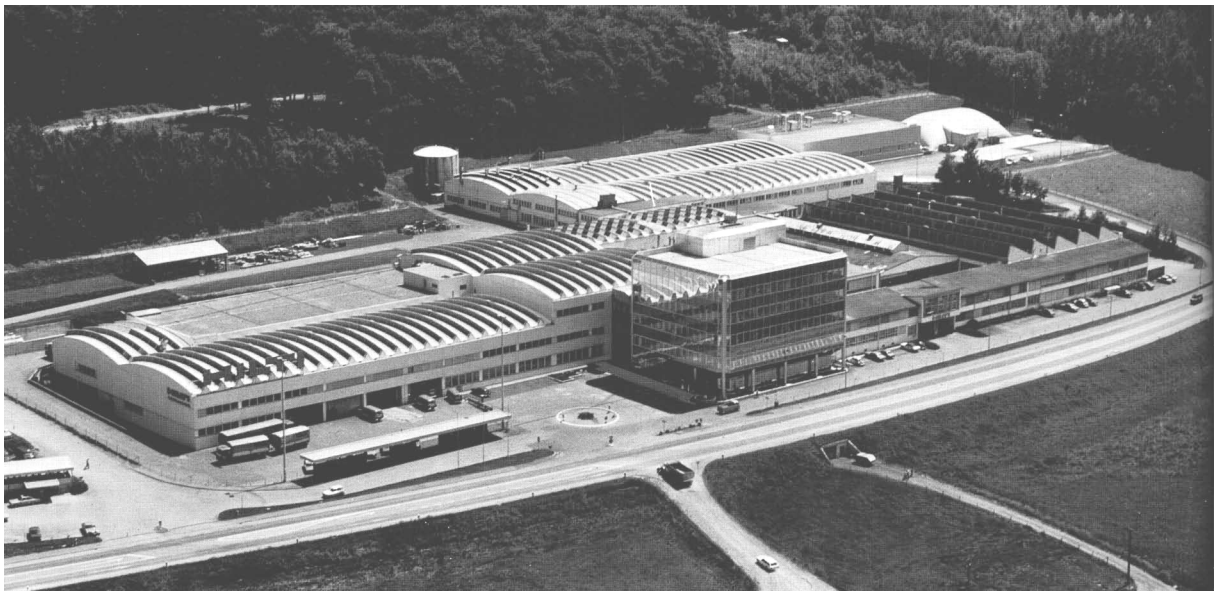


Abb. 77: Hilti-Werk 1 in Schaan mit neuem Verwaltungsgebäude und den drei Etappen der Hallenerweiterungen hinter dem Verwaltungsgebäude und im Osten sowie Norden der Anlage, aus: Geschäftsbericht 1975 der Hilti AG, Archiv Hilti AG (Fotograf unbekannt).

3.5 Raumplanung in Schaan im Jahre 1974

3.5.1 Transformation der Siedlungswirklichkeit von 1961 bis 1974

Die Siedlungswirklichkeit „Im Forst“ und am Standort des heutigen Werks 2 in Schaan veränderte sich zwischen 1961 bis 1974 weiterhin grundlegend. Im Jahre 1961, bei der Lancierung des ersten Bauzonenplans, standen nur wenige Bauten mit geringem räumlichem Ausmass auf dem jeweiligen Firmenareal der Werke 1 und 2 der Hilti AG. Im Laufe der Zeit veränderten sich die Volumen der Bauten an beiden Standorten deutlich. Die Produktionsflächen bei Werk 1 vervielfachten sich, was Höhe, Breite und Länge betraf. Die Arbeitnehmerzahl stieg von anfänglich wenigen hundert auf über tausend Angestellte alleine am Standort Schaan. Mit diesem Wachstum einhergehend musste sowohl die Strassenerschliessung verbessert als auch die Parkplätze für die Angestellten beträchtlich erweitert werden. Der wirtschaftliche Erfolg bewirkte unweigerlich eine Transformation der Landschaft. Ähnliches zeigte sich beim Werk 2. Dessen Grundfläche vervielfachte sich zwar ebenfalls deutlich, nahm aber nicht im selben Umfang zu. Werk 1 wie auch Werk 2 wurden dadurch zu markanten Punkten in der offenen Landschaft am nördlichen Siedlungsrand von Schaan.

Parallel zum Wachstum der Industrieanlagen der Hilti AG veränderte sich auch die Siedlungswirklichkeit im Industrie- und Gewerbegebiet im Rietacker nordwestlich des Siedlungsgebiets von Schaan. Dort wurden bis ins Jahr 1974 mehrere grossmassstäbliche Gewerbebauten erstellt. Ebenfalls dehnte sich das übrige Siedlungsgebiet innerhalb der Bauzonengrenzen von 1961 merklich aus.

Die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Erfolg, technischen Errungenschaften, der Schaffung von Arbeitsplätzen, Zunahme von Verkehr und gestiegener Wohnungsnachfrage offenbarten sich nicht nur im Kleinen. Die Versammlung der Entitäten, die daraus entstehenden Handlungsketten und Transformationen der Siedlungswirklichkeit gingen nicht nur vom Werk 1 aus und begrenzten ihre Wirkungen auch nicht einzig auf das Gemeindegebiet von Schaan. Sie betrafen die gesamte Region des Alpenrheintals.

Dass diese Entwicklungen nicht den Vorstellungen der Raumplaner entsprachen, zeigt sich an den verschiedenen Forderungen in der Phase der ersten Problematisierung der Raumentwicklungen in den 1950er- und 1960er-Jahren. Obwohl sämtliche liechtensteinischen Gemeinden mit Ausnahme der Gemeinde Triesenberg ab 1962 sich mit der eigenen Ortsplanung zu beschäftigen begannen und im Jahre 1964 auch die Landesplanung Liechtensteins in Angriff genommen wurde, erfüllten sich die raumplanerischen Zielvorstellungen einer erhofften Eindämmung der Siedlungsausdehnungen in die Landwirtschaftsgebiete nicht.[1174] Aufgrund zu grosszügiger Auslegung der Bauzonen und üppiger Finanzierung der Baulanderschliessung durch die Gemeinden liessen sich gesellschaftliche Entsprechungen für diese Forderung nach Eindämmung der Siedlungsentwicklung nicht erwirken.[1175]

[1174] Broggi (1988), S. 80.
[1175] Ebenda, S. 81.

3.5.2 Die lokale planerische Praxis der Zonenplanung von Schaan bis 1974

3.5.2.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

In den Verhandlungen rund um Werk 1 und 2 tauchte der Raumplaner als Akteur nicht auf. Einzig die Planwelt „Bauzonenplan Schaan – 1961" trat als Sprecher der im Jahre 1961 verhandelten Interessen auf. Da die Planwelt Bestandteil der Bauordnung war, musste der Bauzonenplan in die Handlungsketten der Aktor-Netzwerke „Erweiterungen im Forst" integriert werden. Diese Integration erfolgte stillschweigend für den Fall, dass die in der Bauordnung formulierten Rahmenbedingungen für Industriezonen eingehalten wurden. War dies nicht möglich, mussten die Planer und Architekten die neuen Umstände mit den Baubehörden der Gemeinde und des Kantons aushandeln. Folge waren Sonderbewilligungen bezüglich der Bauhöhe des Verwaltungsbaus oder Erweiterungen der Bauzonen. Während sich die Raumplaner zuvor durch ihre Planwelten vertreten liessen, wurden sie in den Verhandlungen bezüglich Mehrhöhe und/oder Zonenerweiterung durch die Bauverwaltungen vertreten. Auch wenn die Verhandlungsresultate und deren spätere Rückübersetzungen in die Siedlungswirklichkeit städtebaulich und raumplanerisch kaum weiter relevant waren, zeigten sich doch die Brüche in den Interessensübersetzungen durch die Raumplaner. Während die Raumplaner davon ausgingen, dass die Planwelt „Bauzonenplan Schaan – 1961" und die Baubehörden ihre Interessen unmittelbar transportierten, zeigte sich, dass diese in Wirklichkeit als Mittler die Verhandlungsketten beeinflussten.[1176] Während der Bauzonenplan als Handlungsträger fungierte, entfaltete dieser aufgrund der Handlungstheorien der Baubehörden und Bauherrschaften eigene Wirkungen.[1177] Intendierte Handlungsketten der Raumplaner entfalteten damit unbeabsichtigt soziotechnische Übersetzungen, welche die eigenen Ziele unterwanderten.

3.5.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Zonenplanung Schaan" mit Fokus Forst bis 1974

Siehe Anhang am Anschluss an die zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan.

3.5.3 Die Planwelt „Gesamtplanung Schaan – 1974"

Der Bauzonenplan aus dem Jahre 1961 stellte eine Planwelt dar, welche räumliche Entwicklungen vorwegnahm und dementsprechend Voraussetzungen für zukünftige Entwicklungen zusammenfasste. Dass diese Voraussetzungen nicht überall gesellschaftliche Entsprechungen fanden, konnte durch die Rekonstruktion der Rückübersetzungen von Planwelten zwischen 1961 bis 1974 in die Siedlungswirklichkeit deutlich aufgezeigt werden. Als Beispiel für fehlende gesellschaftliche Entsprechungen standen die im Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung im Forst notwendigen Neueinzonungen der sukzessiv neu zugekauften Grundstücksflächen.

Zu den fortlaufenden Anpassungen hinzu kam, dass in den raumplanerischen Überlegungen der Gemeindebehörden und -verwaltungen die Folgen der räumlichen Entwicklung, wie z.B. die Zunahme des Quell-, Pendel- und Transitverkehrs durch die zunehmende Anzahl an Arbeitsplätzen und Produktionssteigerungen am Standort Schaan, lange Zeit nicht problematisiert wurden. Im Jahre 1963 wurden alleine auf der Hauptverkehrsstrasse von Vaduz nach Schaan rund 765 Personenwageneinheiten pro Stunde gezählt. Fünf Jahre später waren es 1'103 Personenwageneinheiten pro Stunde. Gemäss Berechnungen eines Ingenieurbüros sollte die Anzahl der Durchfahrten bis ins Jahr 1995 auf 2'185 Personenwageneinheiten pro Stunde steigen. Auf der Strasse von Schaan nach Buchs wurden 1963 rund 365 Personenwageneinheiten pro Stunde gezählt, 1968 waren es bereits 453. Die Prognose für

[1176] Vgl. Latour (2007), S. 66.
[1177] Vgl. ebenda, S. 100.

das Jahr 1995 belief sich auf 752 Personenwageneinheiten pro Stunde. Auf der Strasse von Schaan nach Nendeln wurden im Jahre 1963 rund 447 und 1968 rund 568 Personenwageneinheiten pro Stunde gezählt. Die Prognose für das Jahr 1995 betrug 1'432 Personenwageneinheiten pro Stunde.[1178]

Diese neuen Rahmenbedingungen und inhaltlichen Verschiebungen der Zonenplanungsbestrebungen zeigten bald die Notwendigkeit einer ersten Revision der Raumplanung und der Bauordnung aus dem Jahre 1961 auf.

3.5.3.1 Erste Revision der Bauordnung im Jahre 1966

Am 22. März 1966 stellte der Gemeinderat den Antrag, dass sich der Gemeinderat mit der Revision der Bauordnung befassen sollte, „damit die bis heute bei der praktischen Anwendung derselben zu Tage getretenen Mängel ausgemerzt werden können".[1179] Im September 1966 wurde dem Gemeinderat ein Revisionsvorschlag vorgestellt. Dieser befasste sich insbesondere mit präziseren Definitionen spezifischer Zonenvorschriften wie Ausnützungsziffer, Kellergeschoss, Dachgeschoss, niedere Anbauten, Niveaupunkt, Fristhöhe, Ausnahmen bei Gebäudehöhe und -länge sowie zulässige Höchstmasse.[1180] Der Vorschlag wurde im Gemeinderat behandelt und stellenweise abgeändert. Nach einer insgesamt dreifachen Lesung der Bauordnung wurde diese vom Gemeinderat am 30. November 1966 einstimmig genehmigt und der liechtensteinischen Regierung zur Genehmigung zugestellt.[1181]

3.5.3.2 Verkehrsplanungen in Schaan

Aufgrund der zunehmenden Belastung der Bevölkerung durch den Strassenverkehr und der Prognose einer zukünftigen Verdoppelung der Verkehrsbelastung in den nächsten zwanzig bis dreissig Jahren, gaben die Vertreter der Gemeinde die Verkehrsplanung von Schaan in Auftrag. Am 29. Februar 1968 orientierten Vertreter des Ingenieurbüros Sennhauser, Werner und Rauch den Gemeinderat über den ersten Stand ihrer Untersuchungen und Planungen. Da eine Verbreiterung der Hauptverkehrsachse der Landstrasse im Dorfzentrum von Schaan kaum möglich schien, schlugen die Ingenieure eine Umfahrungsstrasse vor. Die Umfahrungsstrasse sollte möglichst nahe am Siedlungsgebiet vorbeigeführt werden. Ziel der Verkehrplaner war es, die neue Strasse möglichst entlang des Hangfusses zu erstellen, um aufgrund eines prognostizierten, schlechten Baugrundes in der Talebene Mehrkosten zu vermeiden.[1182] Weiter erklärten die Raumplaner die Trennung der ausgeschiedenen Bauzone von der reinen Landwirtschaftszone durch die Umfahrungsstrasse als planerischen Vorteil.[1183] Der Gemeinde-

[1178] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Information über die neue Variante betreffend Umfahrungsstrasse", Sitzung-Nr. 62, 10. Dezember 1969, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1969.
[1179] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Revision der Gemeindebauordnung", Sitzung-Nr. 13, 22. März 1966, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1966.
[1180] Revisions-Vorschlag, „Bauordnung der Gemeinde Schaan", September 1966, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1966; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Revision der Gemeindebauordnung", Sitzung-Nr. 40, 10. Oktober 1966, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1966.
[1181] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Revision der Gemeindebauordnung", Sitzung-Nr. 49, 30. November 1966, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1966.
[1182] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Orientierung über den Stand der neuen Strassenplanung der Gemeinde", Sitzung-Nr. 7, 29. Februar 1968, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1968.
[1183] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Information über die neue Variante betreffend Umfahrungsstrasse", Sitzung-Nr. 62, 10. Dezember 1969, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1969.

rat beschloss nach dieser Orientierung, mit Grundeigentümern und der Bürgerversammlung in Kontakt zu treten. Im März sollte zusammen mit Vertretern der Regierung und des Landesbauamts die Linienführung festgelegt werden. Am 13. März 1968 legte das Ingenieurbüro Sennhauser, Werner und Rauch weitere Varianten der Linienführung der Umfahrungsstrasse vor. Der Gemeinderat wollte allerdings die erste Variante der Erschliessungsstrasse entlang des Siedlungsgebiets beibehalten.[1184]

Mehr als eineinhalb Jahre später präsentierten die Verkehrsplaner eine neue Linienführung der Umfahrungsstrasse entlang des Rheindamms. Die Verschiebung der Linienführung vom Siedlungsrand an den Rheindamm erfolgte aufgrund inhaltlicher Abstimmungen der Verkehrsplanung von Schaan mit der Verkehrsplanung des Landes, die parallel zu den Planungsbestrebungen in Schaan initiiert wurden. Ein Vertreter des Landesbauamts begründete die neue Linienführung mit den Planungen der Autobahn N13 und des Anschlussbauwerks bei Buchs auf der schweizerischen Seite des Rheins.[1185] Bei der neuen Variante der Strassenführung auf dem Gemeindegebiet von Schaan wurde eine Linie mit einer grösstmöglichen Nähe zum N13-Anschlussbauwerk in Buchs SG gesucht.[1186]

In einem Plan stellte der damalige Ressortleiter des Bauwesens des Liechtensteinischen Bauamts dar, dass ohne die Umfahrungsstrasse der Verkehr im Land und auf dem Gemeindegebiet von Schaan in Zukunft nicht mehr bewältigt werden könnte. In weiteren Plänen zeigte der Ressortleiter auf, wie sich der Verkehr in einer teilweisen und einer vollständigen Umsetzung der bis zu diesem Zeitpunkt getätigten Verkehrsplanung auf das Verkehrsnetz verteilen würde. Die Planwelten zeigten, dass nur eine vollständige Umfahrungsstrasse eine massive Entlastung der anderen Strassen und des Dorfzentrums von Schaan erwirken würde.[1187]

Mit diesen Plänen und Erläuterungen gelang es den Planungsfachleuten, die anderen involvierten Akteure von der Notwendigkeit der Verkehrsplanung in Schaan und im Land zu überzeugen. Dieser Moment stellte eine charakteristische Phase der Netzwerkbildung dar. Einzelne Akteure, hier die Verkehrsplaner, problematisierten mit ihren Berechnungen und Planwelten den Verkehr im Zusammenhang mit einer zukünftigen Verkehrsentwicklung. Gleichzeitig gewannen dieselben Akteure über ihre Lösungsansätze, dargestellt in Form von Planwelten, das Interesse der anderen Akteure für ihre eigenen Interessen der Verkehrsplanung. Mit dieser Interessensbindung gelang es, erste stabile Allianzen für die Verkehrsplanung zu knüpfen. Die Planer machten sich dadurch für die Problemlösung unentbehrlich und übernahmen die Rolle des Sprechers innerhalb des Aktor-Netzwerks „Verkehrsplanung“. Mit dieser Ernennung konnten die Planungen weiterverfolgt und damit neue, für das Aktor-Netzwerk relevante Akteure und Aktanten angesprochen und mobilisiert werden.

Da die bisherigen Planungsarbeiten auf Statistiken und Prognosen und in diesem Sinne auf Vereinfachungen der Wirklichkeit basierten, stützten sich die Arbeiten auf Voraussetzungen ab, die ihre weiteren gesellschaftlichen Interessen erst noch finden mussten. Für die Rückübersetzung der Planwelt in die Siedlungswirklichkeit war beispielsweise auf dem Schaaner Gemeindegebiet eine Fläche von 25

[1184] Ebenda.
[1185] Siehe vierte Mikrostudie: „5.0 A13 Autobahnabschnitt Haag –Trübbach“.
[1186] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Information über die neue Variante betreffend Umfahrungsstrasse“, Sitzung-Nr. 62, 10. Dezember 1969, Archiv Gemeinde Schaan, Protokoll 1969.
[1187] Ebenda.

Hektar notwendig, um darauf die vierspurige und 4,7 Kilometer lange Strasse erstellen zu können. Für den Verkauf dieser 25 Hektar mussten sich erst noch die Grundbesitzer in die Planwelten einbinden lassen.[1188] Ebenfalls waren die zu erwartenden Kosten bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht berechnet. Die erfolgreiche Rückübersetzung der Planwelt setzte jedoch voraus, dass die Mittel für den Neubau aufgebracht werden könnten. Der weitere Verlauf der Geschichte wird zeigen, dass die Planung unter anderem an diesen Voraussetzungen scheiterte.

3.5.3.3 Inhalte der umfassenden Ortsplanung und Revision der Bauordnung in Schaan

Mit der Verkehrsplanung begann das Ingenieurbüro Sennhauser, Werner und Rauch, auch die ungenügende Ortsplanung von Schaan zu problematisieren. Am 13. August 1970 präsentierte das Büro Pläne der Gesamtplanung der Gemeinde Buchs im Kanton Zürich. Diese sollten die Vorteile einer umfassenden Ortsplanung aufzeigen und das Interesse der Gemeindebehörden wecken. Der Gemeinderat beschloss, dem Ingenieurbüro, welches mittlerweile in Sennhauser und Rauch umbenannt wurde, die umfassende Ortsplanung von Schaan zu einem Betrag von 48'000 Franken in Auftrag zu geben.[1189]

Am 6. April 1972 stellten Vertreter des Ingenieurbüros Sennhauser und Rauch ihre raumplanerischen Untersuchungen und ersten Planungsskizzen dem versammelten Gemeinderat von Schaan vor. Sie stellten fest, dass die Zonengrenzen des bestehenden Zonenplans aus dem Jahre 1961 oft willkürlich und ohne Rücksichtnahme auf Grundstückseigentum und Parzellengrenzen verliefen. Zudem wurde bemängelt, dass nicht das gesamte Gemeindegebiet in die Planung einbezogen worden war. In einem weiteren Schritt wurden statistische Daten aus der Volkszählung ausgewertet und präsentiert. Die Planer hielten fest, dass in Liechtenstein der hohe Anteil an Personenwagen im Verhältnis zur Bevölkerung auffällig war.[1190] Aufgrund der protokollierten Gespräche und Entscheidungen liess sich erkennen, dass sich die Planer wie auch die Gemeindevertreter hauptsächlich um die Zukunft der verkehrlichen Erschliessung Schaans sorgten. Die räumliche Entwicklung stand in den zahlreichen Diskussionen im Hintergrund.

Am 8. November 1973 orientierte ein Vertreter des Büros Sennhauser und Rauch ein weiteres Mal über den Stand der Planung. Dabei präsentierte dieser einen Landschaftsplan, einen ergänzten und erweiterten Zonenplan, den Strassenplan, der zu diesem Zeitpunkt vom Gemeinderat bereits genehmigt war, sowie einen Plan für öffentliche Anlagen und Bauten. Ein Realisierungs- und Versorgungsplan sollte noch nachgeliefert werden.[1191]

In derselben Sitzung wurden ein zweites Mal die Kosten der Planungsarbeiten verhandelt. Drei Jahre zuvor ging man gemäss Offerte des Ingenieurbüros Sennhauser und Rauch davon aus, dass sich die

---

[1188] Ebenda, S. 1.
[1189] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanung", Sitzung-Nr. 35, 13. August 1970, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1970.
[1190] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Verkehrsplanung und Bauzonenplan", Sitzung-Nr. 17, 6. April 1972, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1972.
[1191] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Besuch des Ortsplaners Herr Büchi von der Firma Sennhauser, Werner und Rauch – Orientierung über den bisherigen Stand der Ortsplanung", Sitzung-Nr. 56, 8. November 1973, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1973.

Kosten auf 48'000 Franken belaufen würden. Dieser Rahmenkredit war längst überschritten. So stellte das Planungsbüro eine Rechnung von 70'000 Franken für die bereits geleistete Arbeit. Dieser Nachtragskredit wurde vom Gemeinderat bewilligt. Gleichzeitig wünschte der Gemeinderat eine genaue Aussage seitens des Planungsbüros, wie viel die Gesamtplanung schlussendlich kosten werde.[1192] Eine Woche später legte das Planungsbüro eine Offerte für die Ortsplanung von 250'000 Franken vor.[1193] Damit hatte sich der Preis in Bezug auf die ursprüngliche Offerte verfünffacht, was auch in einer Klammerbemerkung im Protokoll der Gemeinderatssitzung angemerkt wurde. Von der Notwendigkeit und Schlüssigkeit der Aussagen der Planer und deren Planwelten nach wie vor überzeugt, willigte der Gemeinderat ein und genehmigte den Kredit für die Gesamtplanung.[1194] Dieser kleine Exkurs verdeutlicht die scheinbare Unentbehrlichkeit der Planer zu diesem Zeitpunkt des Planungsstandes.

In weiteren Sitzungen wurden die Planwelten der Ortsplanung vertieft diskutiert. Insbesondere im Zusammenhang mit den Zonenbestimmungen rund um das Werk 2 der Hilti AG gab es längere Diskussionen. So sollte das Werk 2 gänzlich aus der Bauzone entlassen werden.[1195] Das Grundanliegen des Gemeinderats war es, die räumlichen Entwicklungen der Hilti AG zukünftig auf das Werk 1 zu beschränken. Nach längeren Verhandlungen beschloss der Gemeinderat, aus rechtlichen Gründen die Industriezone beim Werk 2 zu belassen. Diese sollte jedoch auf ein Minimum reduziert werden. Mit diesem Vorgehen war auch der Vertreter des Liechtensteinischen Bauamts einverstanden.[1196]

Am 28. März 1974 wurden der Bauzonenplan, der Verkehrsplan und der Plan für öffentliche Bauten und Anlagen ein letztes Mal diskutiert. Am Ende der Diskussion wurde einstimmig beschlossen, für diese drei Richtpläne das Gut-zum-Druck zu erlassen.[1197]

In einem nächsten Schritt nahm der Gemeinderat die Überarbeitung der revidierten Bauordnung aus dem Jahre 1966 in Angriff. Geringfügigen Änderungen stimmte der Gemeinderat ohne grössere Einwände zu. Über einige Punkte, welche bei der Lesung Anlass zur Diskussion gaben, wurde separat abgestimmt. So legte der Gemeinderat unter anderem fest, dass bei der Industriezone keine Ausnützungsziffer festgelegt werden solle. Nach dem Ende der Verhandlungen war der Gemeinderat einstimmig damit einverstanden, dass der Bauzonenplan zusammen mit der Bauordnung öffentlich aufgelegt werde.[1198]

[1192] Ebenda, S. 3.
[1193] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanung Schaan", Sitzung-Nr. 57, 15. November 1973, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1973.
[1194] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Fortsetzung der Orientierung des Planungsbüros Sennhauser, Werner und Rauch im Beisein von Herrn Architekt Walch", Sitzung-Nr. 61, 29. November 1973, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1973.
[1195] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Information über den neuen Bauzonenplan", Sitzung-Nr. 59, 22. November 1973, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1973; Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Gesamtkredit für die Ortsplanung", Sitzung-Nr. 61, 29. November 1973, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1973.
[1196] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanung", Sitzung-Nr. 16, 28. März 1974, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1974.
[1197] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Bauzonenplan", Sitzung-Nr. 16, Blatt II, 28. März 1974, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1974.
[1198] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Besuch des Herrn Büchi – Genehmigung der Schaaner Bauordnung und Fixierung eines Datums für die Planauflage", Sitzung-Nr. 60, 5. Dezember 1974, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1974.

Mit diesem Entscheid sahen die Akteure des Aktor-Netzwerks „Gesamtplanung Schaan“ die gesamtheitliche Ortsplanung als abgeschlossen an. Zumindest innerhalb des Aktor-Netzwerks waren die Inhalte bis zu diesem Zeitpunkt ausgehandelt und untereinander abgeglichen.

Trotz diesem eigentlichen Abschluss brauchte es wenig, um die Planwelten der „Gesamtplanung Schaan – 1974“ zumindest teilweise zu destabillisieren. Eine erste Bewährungsprobe hatten die Planwelten bereits mit der Neuwahl des Gemeinderats im Jahr 1975 zu bestehen. Die Allianz zwischen den Gemeinderäten, den Planern und Fachleuten für die beschlossene Gesamtplanung von 1974 geriet durch diese neuen Konstellationen ins Wanken. Neue Akteure mit neuen Interessen mussten in die bestehenden Allianzen integriert und in Planwelten übersetzt werden. Eckpunkte der Planung und Bauordnung mussten wieder aufgenommen, abgeklärt und neu verhandelt werden.[1199] Eine Bestätigung des Zonenplans durch den Regierungsrat wurde deshalb nicht weiter angestrebt.

Da im Fürstentum Liechtenstein die Gemeinden in der Ausgestaltung ihrer Ortsplanung weitgehend autonom sind,[1200] setzte der Gemeinderat von Schaan die Planwelten der „Gesamtplanung Schaan – 1974“ im Sinne einer Übergangslösung dennoch als behördenverbindlich und verwaltungsanweisend ein.[1201] Die einzelnen Korrekturen durch die Gemeinderäte, aber auch die Einsprachen der betroffenen Bevölkerung wurden im Verlauf der folgenden Jahre parallel und im Einzelfall verhandelt.[1202]

Mit diesem Sachverhalt begann die Rückübersetzung und damit die gesellschaftliche Verwebung der Planwelt „Gesamtplanung Schaan – 1974“, bevor die Phase der Entstehung der Planwelten richtig abgeschlossen werden konnte. Entsprechend fehlt heute in den Archiven ein Zonenplan, der die Inhalte der Aushandlungsprozesse in den 1970er-Jahren repräsentiert.[1203]

3.5.4 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Gesamtplanung Schaan – 1974“

3.5.4.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Ausgangssituation für die Handlungen der Raumplaner waren die räumlichen Entwicklungen in der Vergangenheit sowie die Bestrebungen für eine gesamtheitliche Orts- und Verkehrsplanung, welche die bestehenden Planwelten aus dem Jahre 1961 zunehmend infrage stellten. Die Raumplaner übernahmen in einem ersten Schritt die Rolle der lösungsorientierten Berater, die über die Problematisierung der Verkehrsplanung die gesamte Ortsplanung zu überarbeiten beabsichtigten, dabei aber hauptsächlich verkehrstechnische Interessen vertraten. Aufgrund dieser einseitigen Konzentration auf die Verkehrsproblematik gelang es den Raumplanern in ihren Planwelten nicht, städtebaulich relevante Impulse zu setzen, die an räumliche und gesellschaftliche Potenziale angeknüpft hätten.[1204]

[1199] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Neuerliche Behandlung der bereits genehmigten Gemeinde-Bauordnung“, Sitzung-Nr. 13, Blatt II, 3. April 1975, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1975.
[1200] Vgl. Liechtensteinisches Landesgesetzblatt – Baugesetz, Fürstentum Liechtenstein (1947); Broggi (1988), S. 79; Meier (2009), S. 66.
[1201] Als Hinweis dazu gilt die Anmerkung auf dem Zonenplan von 1983. Darauf steht geschrieben, dass der Zonenplan seinen Ursprung im Jahr 1974 hat und bis Mai 1983 nachgeführt wurde.
[1202] Ospelt (2001), S. 29-32.
[1203] Abgesehen vom Zonenplan aus dem Jahre 1983, der ein nachgeführter Zonenplan des Zonenplanes von 1974 darstellt.
[1204] Vgl. die in diesem Zusammenhang rekonstruierten, verhandelten Inhalte der Gesamtplanung aus dem Jahre 1974 und der bis ins Jahr 1983 nachgeführte Zonenplan.

3.5.3.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – vorprogrammierter Verkehrskollaps

Die Rekonstruktion der Anfänge der Ortsplanung von 1974 zeigte eindrücklich, wie Planer insbesondere in den Anfängen der Raumplanung die räumliche oder verkehrliche Entwicklung zu problematisieren wussten. Mit Übersetzungen von Daten und Statistiken gelang es den Planern, eine raumplanerisch problematische zukünftige Entwicklung der Gemeinde Schaan aufzuzeigen. Für die Lösung der verkehrlichen Probleme mussten sich Gemeinderäte, Grundstücksbesitzer, Bürger und Bürgerinnen jedoch in die Aktor-Netzwerke integrieren lassen. Dies war als Voraussetzung bereits aus den ersten Planskizzen erkennbar.

• Partnergewinnung – Umfahrungsstrasse als Ausweg

Indem die Planer Ortsplanungen anderer Gemeinden vorstellten, gelang es ihnen, die Gemeindevertreter von einer notwendigen Ortsplanung, aber auch den Fähigkeiten der Planer zu überzeugen. Sensibilisiert durch die Problematisierung des Verkehrs aufgrund von eindrücklichen Verkehrsprognosen, begannen sich die Gemeinderäte für die Arbeit der Planer zu interessieren. Ebenfalls für die Verkehrsproblematik des Landes sensibilisiert, liessen sich die Vertreter der Regierung bereits früh in das sich langsam ausgreifende Aktor-Netzwerk „Verkehrsplanung Schaan" integrieren. Vertreter der Gemeinde wie auch die Vertreter des Landes erhofften sich eine Verbesserung der verkehrlichen Zukunftsaussichten des Landes und der Gemeinde Schaan.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Die Verkehrsplaner übernehmen die Ortsplanung, die Gemeinde die Finanzierung

Indem die Planer mit der Umfahrungsstrasse erste Lösungsansätze für die Verkehrsproblematik aufzeigten, gelang es den Planern, die Verkehrsplanung direkt an die Ortsplanung zu koppeln. Damit übernahmen die Verkehrsplaner auch die Aufgabe der Raumplanung. Diese Aufgabenerweiterung übersetzte sich direkt auf die finanziellen Auslagen, was wiederum die Gemeindevertreter aufforderte, die Rolle des zahlenden Auftraggebers zu übernehmen. Bereits engmaschig in das Aktor-Netzwerk „Verkehrs- und Ortsplanung Schaan" eingebunden, mussten die Gemeindevertreter auch diesen Teil der Rolle übernehmen, um die Realisierungschancen einer besseren verkehrlichen Zukunft nicht zu gefährden.

• Bewährungsprobe – Verabschiedung der Planwelten durch die Gemeinderäte und Vertreter des Kantons

Mit der Bestätigung der Planwelten der Verkehrs- und Ortsplanung durch den Gemeinderat und die Vertreter der Landesregierung war das Aktor-Netzwerk zumindest für einen kurzen Zeitpunkt stabil geknüpft. Die Aktanten Verkehrsplan und Ortsplan aus dem Jahre 1974 vertraten von nun an behördenverbindlich die verhandelten Interessen des Aktor-Netzwerks „Gesamtplanung Schaan" bei zukünftigen räumlichen Entwicklungsabsichten.

3.6 Rückübersetzung der Planwelt „Gesamtplanung Schaan – 1974“ über Firmenentwicklung und Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

• DAS UNTERNEHMEN HILTI ZWISCHEN 1974 UND 1982

3.6.1 Das Unternehmen Hilti AG zwischen 1974 bis 1982

Die räumliche Entwicklung von Werk 1 und 2 der Hilti AG zwischen 1961 bis 1974 stand in einem direkten Zusammenhang zum wirtschaftlichen Erfolg der Wachstums- und Diversifizierungsphase und der folgenden Konsolidierungsphase des Unternehmens Hilti AG. Dies zeigten die in den vorangegangenen Kapiteln beschriebenen Rückübersetzungen von Fabrikhallen und Nebenbauten in die Siedlungswirklichkeit.

Mit einer Rezession der 1970er-Jahre einhergehend, relativierten sich die Wachstumsbestrebungen des Unternehmens. Parallel dazu führte die bestehende Organisationsstruktur der Hilti-Gruppe zu Fehlentscheiden. So stiegen die Investitionen um 140 Prozent und verblieben auf diesem hohen Niveau. Mit den gleichzeitigen Umsatzeinbussen sank der Eigenfinanzierungsgrad auf unter 40 Prozent des Gesamtkapitals. Das Unternehmen konnte nur über eine Aktienkapitalerhöhung finanziell abgesichert werden.[1205]

Mit der unbefriedigenden Entwicklung des Unternehmens konfrontiert, sah sich Martin Hilti veranlasst, die Organisation des Konzerns neu zu strukturieren. Rationalisierungen erforderten erneute Verlagerungen der Produktionen in die USA und nach Grossbritannien. Die Auslandsproduktion hatte zur Folge, dass in den Produktionsländern teilweise selbstständige Versorgungsräume geschaffen werden konnten, in denen Produktion und Vertrieb miteinander verbunden wurden. Die Versorgungsräume in den USA, Europa und Asien sollten zudem die negativen Auswirkungen der Währungsschwankungen ausgleichen. Eine neue Managementstruktur hatte zukünftig das Management zu entlasten, indem die Kompetenzen und Aufgaben der regional ausgerichteten Marketing Manager erweitert wurden. Zusätzlich wurde die Diversifikation der Produktepalette weiter gefördert. Speziell dem Zubehör für die Direkt- und Bohrmontage wollte Hilti eine höhere Bedeutung zukommen lassen. Mit diesen Anpassungen und einer gleichzeitigen Erholung der Markwirtschaft konnte die wirtschaftliche Situation des Unternehmens stabilisiert werden.[1206]

Die erneute positive Entwicklung des Unternehmens veranlasste den Gründer Martin Hilti, die Zukunft des Unternehmens zu sichern. Zur finanziellen Sicherung seines Lebenswerks errichtete Hilti eine Stiftung nach Liechtensteinischem Recht. Dies war nur durch einen Aktien-Erbverzicht der Mitglieder der Familie von Martin Hilti möglich. Die Aktien konnten so im Jahre 1980 in den Martin-Hilti-Familien-Trust überführt werden.[1207] Die Ziele der Stiftung wurden auf die Förderung der Kontinuität, die Sicherheit und Weiterentwicklung des Hilti-Konzerns sowie die Wahrung der materiellen und ideellen Interessen der Familie Hilti ausgerichtet. Im Zentrum der ideellen Interessen standen die Unterstüt-

[1205] Hilti (1995), S. 75.
[1206] Ebenda, S. 81-83.
[1207] Geschäftsbericht 2003 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 29.

zung von Projekten in den Bereichen Kultur, Soziales, Ausbildung, Wissenschaften sowie die Förderung des Unternehmertums.[1208]

Bereits Anfang der 1980er-Jahre bremste eine weitere Rezession auf dem amerikanischen und europäischen Baumarkt das Umsatzwachstum des Unternehmens ein weiteres Mal. Der Abschwung zog eine erneute Reorganisation des Betriebs nach sich. Eine intensivere Zusammenführung der einzelnen Werke in einen internationalen Produktionsverbund wurde angestrebt. Gleichzeitig wurde Zeit und Geld in die Ausbildung und Persönlichkeitsentwicklung der Arbeitnehmer investiert.

Die initiierten Massnahmen führten zu einer Steigerung der Effizienz. So verzeichnete die Hilti AG im Jahre 1984 aufgrund der Kosteneinsparungen, Marketinganstrengungen und Modernisierung der Vertriebssysteme, aber auch aufgrund einer Erstarkung des US-Dollars eine Gewinnsteigerung um 39 Prozent.[1209]



Abb. 78: Die Marketingorganisationen der Hilti-Gruppe im Jahre 1983, aus: Geschäftsbericht 1983 Hilti AG, Archiv Hilti AG.

Das Wachstum der Hilti AG, die Rezessionen und die damit verbundene Neuorganisation des Unternehmens wirkten sich weltweit auf die Raumproduktionsprozesse an den jeweiligen Standorten aus. Im Jahre 1970 liessen die Entscheidungsträger der Hilti AG beträchtliche Investitionen in die Infrastruktur der Werke in den USA einfliessen. Der selbstständige Versorgungsraum USA als gleichzeitiger Hauptmarkt verlangte nach einer Erweiterung der Produktionsbasis. Im Jahre 1975 wurde in Stanford, Connecticut, ein neues Verwaltungsgebäude erstellt. Im Jahre 1978 kaufte die neu gegründete Holding Hilti of America in Tulsa im Bundesstaat Oklahoma ein 30'000 Quadratmeter umfassendes

[1208] Geschäftsbericht 2003 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 29; www.hilti.ch, Zugriff am 6. August 2008.
[1209] Ebenda, S. 91.

Areal. Ein Jahr später wurde das Dübelwerk dorthin verlagert. Im Jahre 1981 wurde in Jackson, Mississippi, eine Bohrerfabrik übernommen und in den Versorgungsraum Western Hemisphere integriert.[1210] In Europa wurde im Jahre 1975 in Strass bei Ulm in Deutschland ein weiteres Werk der Hilti Gruppe erstellt. In diesem Werk sollten Produkte aus Kunststoff hergestellt werden.[1211]

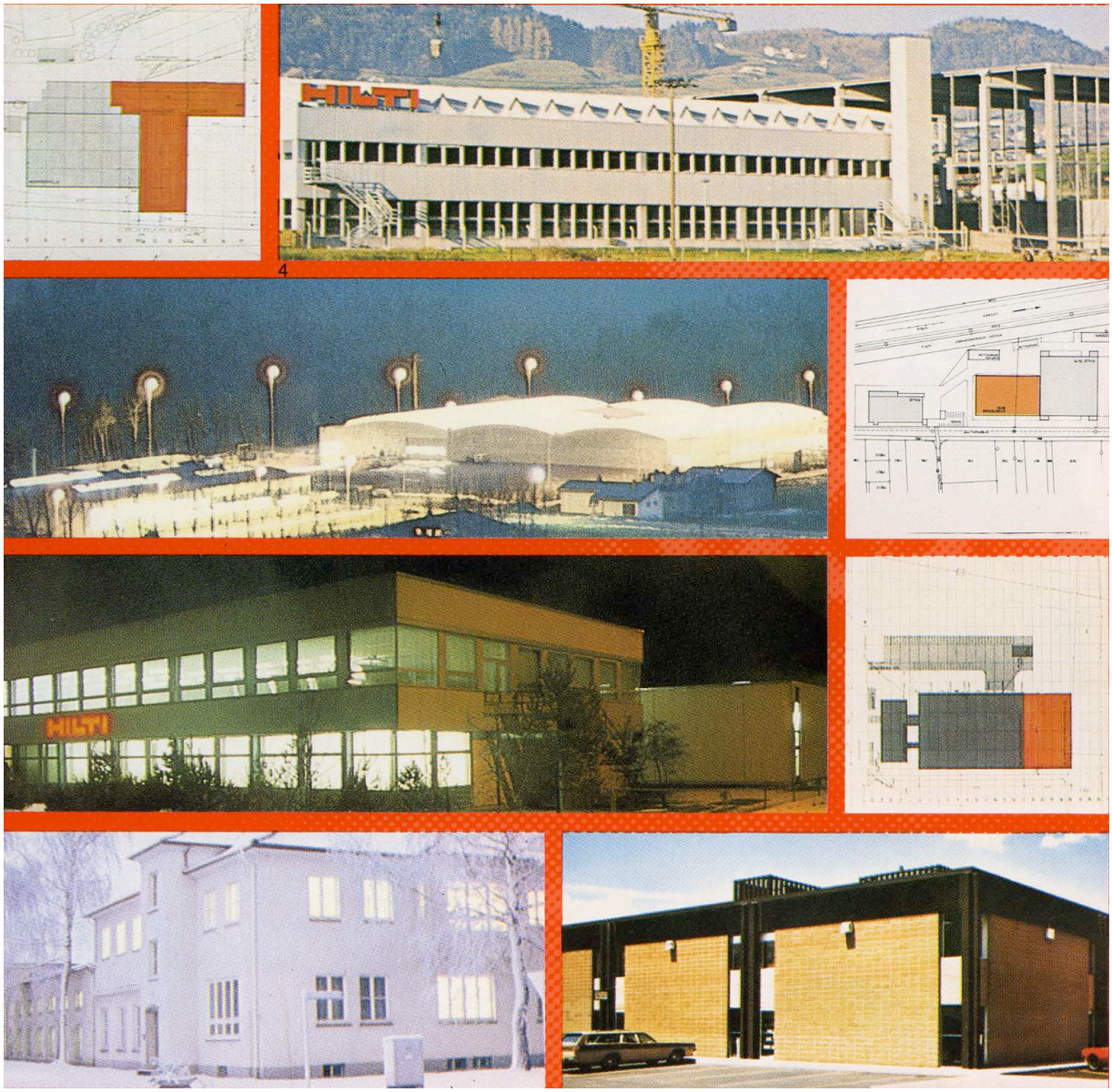


Abb. 79: Die Werke der Hilti AG in Mauren, Thüringen, Kaufering, Strass, Minneapolis, aus: Geschäftsbericht 1977 Hilti AG, Archiv Hilti AG (Fotograf unbekannt).

Die weltweiten Verlagerungen der Produktion in die einzelnen Versorgungsräume und die inhaltlichen Verschiebungen der Unternehmensstruktur zogen am Firmenhauptsitz in Schaan eine Intensivierung der zentralen Verwaltungsaufgaben nach sich. Der am 23. März 1973 bewilligte und daraufhin erstellte Verwaltungsneubau an der Feldkircherstrasse setzte diesbezüglich ein erstes Zeichen.[1212] Wie die folgenden Rekonstruktionen aufzeigen, war dies der Ausgangspunkt für die Entwicklung des Produktionsstandortes Schaan hin zum Verwaltungs-/Ausbildungsstandort der Unternehmensgruppe Hilti AG.

[1210] Ebenda, S. 83.
[1211] Ebenda, S. 83.
[1212] Siehe Kapitel 3.4.6 Planwelt „Verwaltungsbau – 1973“ und deren Rückübersetzung.

• TRAININGSZENTRUM WERK 1 DER HILTI AG

3.6.2 Planwelt „Trainingszentrum Werk1 – 1975“ und deren Rückübersetzung

Nach dem im Jahre 1974 fertiggestellten Verwaltungsneubau auf dem Areal des Werks 1 wurde Anfang 1975 die Planung für ein Schulungs- und Trainingscenter in Angriff genommen. Die neue Anlage sollte auf 700 Quadratmetern Räumlichkeiten für die Schulung und das Training des Hilti-Personals bereitstellen. Die Ambition des Unternehmens, in die Ausbildung der eigenen Arbeitnehmer zu investieren, fand damit eine erste konkrete räumliche Umsetzung.[1213] Als Gebäude war ein eingeschossiger Pavillon vorgesehen, der im Systembau erstellt werden sollte. Aus der Systemgrundstruktur, bestehend aus einem gleichschenkligen Dreieck, entwickelte sich eine strenge, vieleckige Grundrissarchitektur.[1214]

Das Projekt wurde am 21. April 1975 beim Bauamt Schaan eingereicht und am 6. Juni 1975 durch das Liechtensteinische Bauamt bewilligt.[1215] Wenig später wurde mit dem Bau begonnen. Drei Jahre später wurde das Gebäude geringfügig erweitert.[1216]

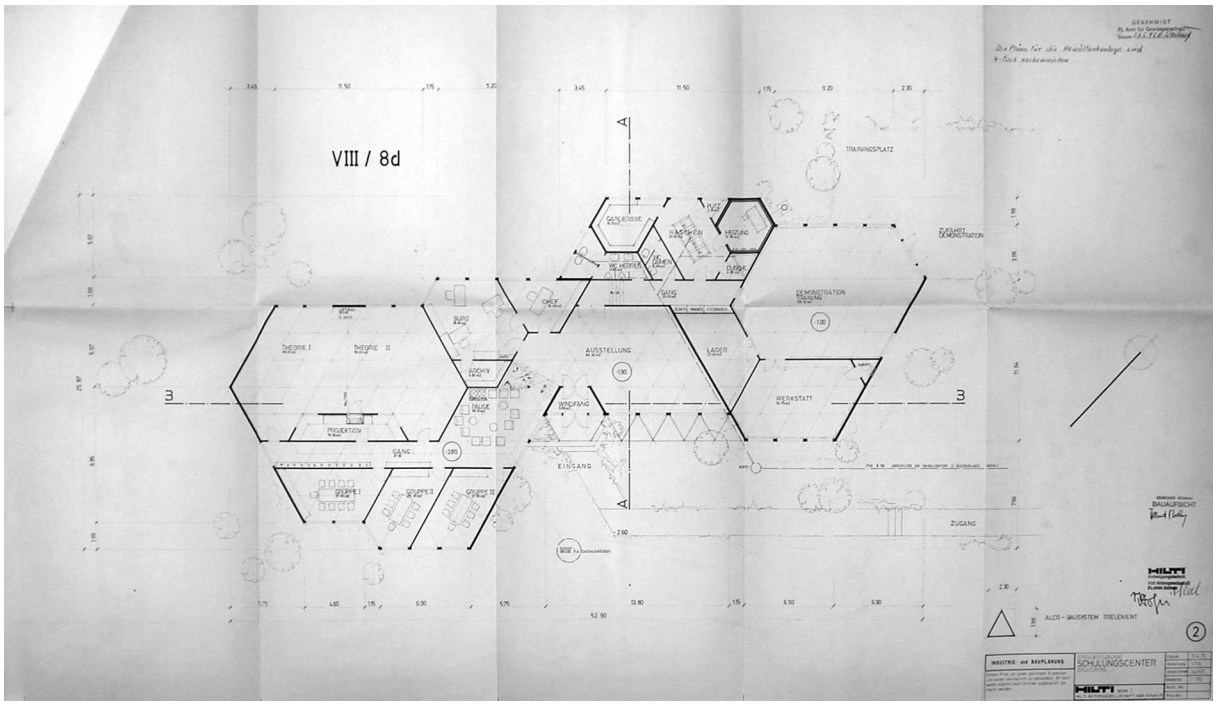


Abb. 80: Verfasser unbekannt, „Grundriss, 1:100, Eingabepläne Schulungszentrum“, erstellt 15. April 1975, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1944.

[1213] Hilti (1995), S. 19.
[1214] Verfasser unbekannt, Situationsplan 1:1’000, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Schulungscenter“, bewilligt am 6. Juni 1975, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1944.
[1215] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Schulungscenter“, 6. Juni 1975, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 1944.
[1216] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Neubau Informationszentrum“, 22. Dezember 1978, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2190.

• UMFAHRUNGSSTRASSE SCHAAN, ERSCHLIESSUNG HILTI AG

3.6.3 Die Planwelt „Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan – 1976“

Im Rahmen der Gesamtplanung der Gemeinde Schaan wurden die Bestrebungen rund um die Verkehrs- und Ortsplanung Anfang bis Mitte der 1970er-Jahre bereits beschrieben.[1217] Insbesondere die Planung der Hauptverkehrslinie des Landes und damit die Planung der Umfahrungsstrasse von Schaan und Vaduz wurde in den kommenden Jahren weiterverfolgt.

Die Umfahrungsstrasse sollte von Vaduz herkommend, bis zur Rheinbrücke entlang des Rheindamms an den Ortschaften vorbei, bis zum Werk 1 der Hilti AG an die Feldkircherstrasse geführt werden. Die Umfahrungsstrasse hatte die Funktion eines Vorverteilers für den lokalen Nahverkehr zu übernehmen.[1218] Da die Umfahrungsstrasse gleichzeitig die Haupterschliessung des Landes darstellte, war als Träger des Unternehmens das Land zuständig.

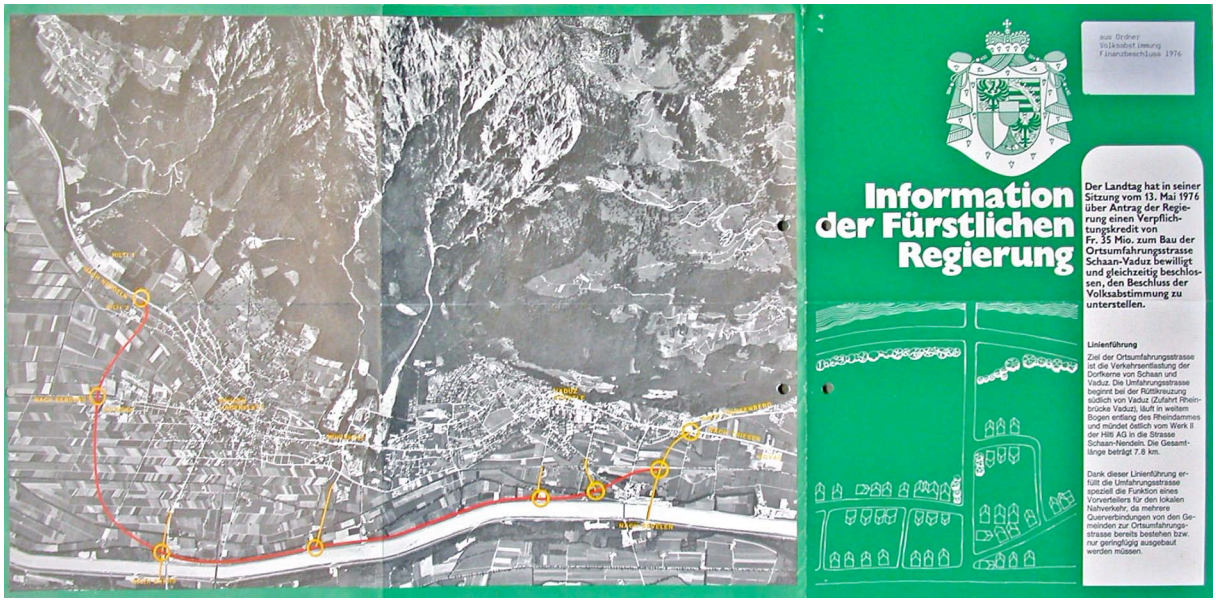


Abb. 81: Information der Fürstlichen Regierung, „Ortsumfahrungsstrasse Schaan-Vaduz“, 1976, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.

Die geplante Landesstrasse zwischen Vaduz und Schaan entsprach mit einer Länge von 7,8 Kilometern und einer Breite von 7,5 Metern einer Hauptverkehrsstrasse mit zwei Fahrspuren und zwei Abstellstreifen. Der einst vorgesehene vierspurige Ausbau war in der Zwischenzeit aufgegeben worden. Seitliche Lärmschutzwälle hatten dafür zu sorgen, dass die Erholungszonen entlang des Rheindamms durch den Verkehrslärm möglichst nicht belastet wurden. Gleichzeitig sollten die bepflanzten Dämme für eine optisch einwandfreie Einfügung der Strasse in das Landschaftsbild dienen. Die Erstellungskosten des Gesamtbauwerks waren mit rund 35 Millionen Franken veranschlagt. Die Erstellung des Strassenwerks setzte rund 16,6 Hektar Bauland voraus. 60 Prozent des Bodens, auf dem die Strasse erstellt werden sollte, befand sich bereits im Besitz der von der Umfahrungsstrasse betroffenen Ge-

[1217] Siehe Kapitel 3.5.3.2 Erste Verkehrsplanungen in Schaan.
[1218] Information der Fürstlichen Regierung, „Ortsumfahrung Schaan-Vaduz“, 1976, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Ordner Volksabstimmung Finanzbeschluss 1976, S. 1.

meinden. Die restlichen benötigten Grundstücke sollten durch Kauf, Landumlegung sowie Gebäudeauslösungen erworben werden.[1219]

Insgesamt rechneten die Verkehrsplaner mit einer Bauzeit von fünf bis sieben Jahren. Diese Zeitspanne ermöglichte eine etappenweise Finanzierung des Projekts. Mit der Etappierung der Finanzauslösungen sollte eine zusätzliche steuerliche Belastung der Bewohner des Landes Liechtenstein vermieden werden.[1220]

Die Umfahrungsstrasse stellte auch für die Hilti AG einen erheblichen Mehrwert dar. Das Unternehmen hätte mit dem Strassenneubau vom Werk 1 aus einen mehr oder weniger direkten Zugang zum geplanten Autobahnanschluss A13 bei Buchs erhalten. Insbesondere der Vertrieb von Produktionswaren, die Zulieferung von Rohstoffen, aber auch die Erreichbarkeit der Werke 1 und 2 für das Personal wären vereinfacht worden, ohne das Dorfzentrum von Schaan weiterhin zu belasten.

Die mit zahlreichen Statistiken und Szenarien unterlegte Planwelt für die Umfahrungsstrasse wurde dem Landtag des Landes vorgelegt. Dieser hatte über den Antrag der Regierung für einen Verpflichtungskredit von 35 Millionen Franken zu bestimmen. Am 13. Mai 1976 bewilligte der Landtag den Kredit. In derselben Versammlung fällte der Landtag den Entscheid, den Beschluss der Volksabstimmung zu unterstellen.[1221] Auf verfassungsrechtlicher Ebene wäre dieser Schritt nicht notwendig gewesen. Der Entscheid basierte vielmehr auf früheren Auseinandersetzungen bezüglich Strassenbauvorhaben zwischen Vertretern der Regierung und der Bevölkerung. Im Jahre 1972 wollte eine Volksinitiative grössere Strassenbauvorhaben von der jeweiligen Zustimmung des Volkes abhängig machen. Die Initiative wurde für verfassungswidrig erklärt. Um den Initianten entgegen zu kommen, einigte sich das Parlament darauf, künftig umfangreichere Strassenbauvorhaben vor das Volk zu bringen.[1222]

Mit der Bewilligung der Planwelten „Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan – 1976“ durch den Landtag und mit dem Entscheid, den Beschluss durch eine Volksabstimmung bestätigen zu lassen, wurde der Übergang in die Phase der Rückübersetzung eingeleitet.

3.6.4 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan – 1976“

3.6.4.1 Die emergente Rolle der Verkehrsplaner

Mit der Bestätigung der Verkehrsplaner als Sprecher der Verkehrsplanung durch den Gemeinderat und die Vertreter der Regierung im Jahre 1974, konnten die Planer ihre Arbeit weiter vertiefen. Das Aktor-Netzwerk „Verkehrsplanung Liechtenstein“ weitete sich Entität für Entität weiter aus. Die Aufgabe der Planer war es, die Verhandlungen mit den neu zu integrierenden Akteuren und Aktanten aufzunehmen, um diese verbindlich in die Gesellschaft des Netzwerks einzuführen. Über detailliertere Planungen und gesellschaftliche Verwebungen relativierten sich die Voraussetzungen des Richtplans. Präzisere Kenntnisse bezüglich des Bauuntergrunds, der Topografie, der Notwendigkeit von Schallschutzmassnahmen sowie der Besitzverhältnisse hatten inhaltliche Anpassungen zur Folge und führten zu Übersetzungen der Planwelten in Untergrundprofile, Kostenschätzungen oder Grundbuchanpassungen. Die Planwelten dienten dabei als Kommunikationsmittel, die aufzeigten, dass die

[1219] Ebenda, S. 2.
[1220] Ebenda, S. 2.
[1221] Ebenda, S. 1.
[1222] Anonym (1976c).

Interessen sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bekannter und relevanter Akteure gewahrt oder zumindest deren Realisierungschancen nicht gefährdet waren.

Die Zustimmung des Landtags für den Baukredit war ein Zeichen dafür, dass es den Planern mit ihrer Vermittlungs- und Übersetzungsarbeit gelungen war, sämtliche zu diesem Zeitpunkt relevanten Akteure und Aktanten in ein Netzwerk einzubinden. Obwohl die ersten Planwelten aufgrund der manigfaltigen Aus-handlungsrunden gesellschaftliche Verwebungen erfuhren, beruhten die Planwelten zu diesem Zeitpunkt nach wie vor auf einer ganzen Reihe von Voraussetzungen, die erst noch ihre gesellschaftliche Entsprechung finden mussten. Dieser Umstand verwies darauf, dass eine erfolgreiche Rückübersetzung der Planwelt „Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan – 1976" in die Siedlungswirklichkeit noch keineswegs gesichert war.

3.6.5 Rückübersetzung der Planwelt „Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan – 1976" in die Siedlungswirklichkeit

3.6.5.1 Vorverhandlungen der Volksabstimmung

An einer Informationsveranstaltung über die Umfahrungsstrasse versammelten sich am 13. September 1976 in Schaan rund 80 interessierte Personen aus Schaan. Die Veranstaltung wurde von der Ortsgruppe der Fortschrittlichen Bürger Partei (FBP) organisiert. Der Schwerpunkt der Information umfasste die Problematik der Verkehrsentwicklung im Land.[1223]

Die Vertreter der Planwelt „Umfahrungsstrasse" begründeten in dieser Veranstaltung die Notwendigkeit einer Umfahrungsstrasse. Verschiedene aufgeworfene Alternativen wurden diskutiert und relativiert. Die Verkehrsplaner führten aus, dass die sich zu dieser Zeit am schweizerischen Rheinufer im Bau befindliche Autobahn N13 für das Fürstentum Liechtenstein nur eine geringe Entlastung bringen würde.[1224] Es wurde aufgezeigt, dass der Verkehr trotz einer angenommenen 25-prozentigen Entlastung des bestehenden liechtensteinischen Strassennetzes durch die N13 bis zum Jahre 1990 in Liechtenstein trotzdem um das 1,3-Fache zunehmen würde. Auch eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs stelle gemäss Verkehrsplaner keine Alternative zur Umfahrungsstrasse dar. Langfristig habe in Liechtenstein auch in Zukunft der private Verkehr Vorrang. Gegen Ende der Informationsveranstaltung sprachen die Vertreter der Gemeinde darüber, welche Auswirkungen eine Ablehnung des Umfahrungsprojekts haben würde. Die Vertreter der Gemeinde wollten in diesem Falle die Planung der Fahrspurerweiterung in den Ortschaften weiterverfolgen. Man machte darauf aufmerksam, dass dieser Entscheid mit einem Abbruch verschiedener Hausreihen und Einzelbauten verbunden war. Aus Rücksicht auf den Charakter der Ortschaften hatte man bis zu diesem Zeitpunkt ein solches Vorgehen vermeiden wollen.[1225]

In den Tagen vor dem Abstimmungstermin wurden die Planwelten der Umfahrungsstrasse kontrovers diskutiert. Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) setzte sich in einer Stellungnahme im Liechtensteiner Volksblatt für ein Ja zur Umfahrungsstrasse ein. „Die LGU glaubt, dass generell eine Umfahrung, wie an anderen Orten aufgezeigt, zu einer Revitalisierung der Siedlungen

[1223] Meier (1976).
[1224] Siehe vierte Mikrostudie „ A13 Autobahnabschnitt Haag–Trübbach".
[1225] Meier (1976).

führen kann, also wieder etwas zur Lebensqualität beitragen kann. Wir glauben, dass mit der Wahl des vorgeschlagenen Trasses von den intern in Diskussion gestandenen Varianten, die am wenigsten immissionsträchtige darstellt (sic), welche bei geschickter landschaftspflegerischer Begleitplanung und weiteren baulichen Massnahmen einiges an Schaden wieder mildern kann."[1226] Diese Aussage einer Gesellschaft, die sich für Umweltschutz einsetzt, mag überraschen. Zu diesem Widerspruch nahm die LGU selber Stellung. „Jeder Strassenbau in der Landschaft stellt eine Umweltzerstörung dar. In unserem Falle gilt es aber abzuwägen, welcher Einfluss sich auf die Umwelt als schwerwiegender erweist: Sind es die heutigen Zustände mit Luft-, Lärm- und Stress-Situationen im Siedlungsraum mit den alarmierenden Werten der Luftverschmutzung? (…) Oder sind die zu erwartenden Eingriffe in unseren Erholungsräumen als schwerwiegender zu bewerten?"[1227]

Einen Tag später appellierten die beiden am meisten betroffenen Gemeinden Vaduz und Schaan mit Zeitungsinseraten unter der Überschrift „Fakten" an die Solidarität aller Liechtensteiner Stimmbürger und ersuchten diese um ein Abstimmungs-Ja.[1228]

Dass sich die Realisierungschancen des Umfahrungsprojekts durch den öffentlichen Diskurs zunehmend verschlechterten, zeichnete sich früh ab. Bereits an der Informationsversammlung vom 13. September 1976 soll eine pessimistische Stimmung vorgeherrscht haben. Die Fronten zeigten sich verhärtet. Argumente wie Ausverkauf des Bodens, Schwächung der Landwirtschaft, Naherholungszonen-Zerstörung standen im Vordergrund der Gegnerschaften. Zudem wurde befürchtet, dass der Verkehr in dem Masse zunehme, wie man Strassen dazubaue.[1229] Schwierig gestaltete sich aber vor allem auch der Umstand, dass das ganze Land über ein Umfahrungsprojekt abstimmen musste, von dem vor allem zwei Gemeinden profitieren konnten.

3.6.5.2 Nach der Volksabstimmung vom 19. September 1976

„Dass an einer Landesabstimmung ein Projekt abgelehnt wird, das nur zwei Gemeinden betrifft, ist auch nicht weiter verwunderlich."[1230] So fasste Florin Frick den negativen Entscheid der Volksabstimmung über die Umfahrungsstrasse vom 19. September 1976 zusammen. Die Abstimmungsresultate widerspiegelten diese Aussage. Nur gerade 19,8 Prozent der Stimmberechtigten Liechtensteins sprachen sich für das Umfahrungsprojekt aus. Die Planwelten wurden mit 3'027 Nein- gegen 746 Ja-Stimmen abgelehnt.

In einer ersten Analyse des Ergebnisses kritisierten die Zeitungen die Regierungs- bzw. Gemeindevertreter von Vaduz und Schaan. Diese hätten im Vorfeld die zum Teil sehr düsteren Prognosen der Verkehrsplaner zu wenig kommentiert. Zudem konnte sich keine der beiden Gemeinden aufraffen, eine offizielle Informationsveranstaltung abzuhalten. Gemäss Interpretation der Redaktion des Liechtensteiner Vaterlandes waren die Stimmbürger scheinbar nicht gewillt, eine der wenigen Erholungszo-

[1226] Anonym (1976d).
[1227] Ebenda.
[1228] Anonym (1976e).
[1229] Anonym (1976f).
[1230] Interview mit Florin Frick vom 28. November 2007.

nen Liechtensteins einem Strassenprojekt zu opfern.[1231] Das Liechtensteiner Volksblatt interpretierte das Abstimmungsresultat als eine „unmissverständliche Absage an das kompromisslose Fortschrittsdenken, das in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch in Liechtenstein vorherrschte und nicht zuletzt im Landesstrassenbau mit seinen deutlichsten Niederschlag fand. (…) Was am Sonntag ausserdem klar zum Ausdruck kam, war ein summiertes Unbehagen des Bürgers gegenüber allen Planern und ihren Prognosen.“[1232]

Mit dem Nein der Bevölkerung war die Planwelt „Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan“ vorübergehend vom Tisch. Die Interessen des Aktor-Netzwerks „Umfahrungsstrasse“ kollidierten mit den kontroversen Interessen der stimmberechtigten Bevölkerung. Mit der Ablehnung der Umfahrungsstrasse durch das Stimmvolk wurden die Regierungsvertreter mit Stimmgewalt aus dem Aktor-Netzwerk „Umfahrungsstrasse“ herausgetrennt. Die Regierung Liechtensteins konnte das Vorhaben der Umfahrungsstrasse nicht weiter unterstützen. Zur Lösung der lokalen Verkehrsprobleme in Schaan mussten damit die Aktor-Netzwerke wieder neu aufgebaut werden. Wie bereits im Vorfeld der Abstimmung in einem Zeitungsartikel angesprochen, stellte die Ablehnung des Verkehrswerks bezüglich verkehrstechnischer Lösungen für die Gemeinde Schaan und das ganze Land eine Stunde Null dar.[1233]

3.6.6 Die lokale planerische Praxis der Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan

3.6.6.1 Die emergente Rolle der Planer

Mit dem Entscheid des Landtags, die Umfahrungsstrasse dem Volksentscheid zuzuführen, hatten die Verkehrsplaner als Sprecher des Aktor-Netzwerks „Umfahrungsstrasse“ ihre Überzeugungsarbeit nicht mehr nur in den Gemeinden Schaan und Vaduz, sondern im ganzen Land zu leisten. Den Planern musste es gelingen, die stimmberechtigte Bevölkerung des Landes Liechtenstein für die Verkehrsproblematik in Schaan und Vaduz zu sensibilisieren und in das lokale Aktor-Netzwerk einzubinden. Während sich bis zu diesem Zeitpunkt die Aushandlungsprozesse für die Planer als übersichtlich gestalteten, änderte sich dies nun nachhaltig. Aufgrund der Eigendynamik, die der Aushandlungsprozess mit der politisch verordneten regionalen Ausweitung der Verhandlungsbereitschaft annahm, liess sich der Aushandlungsprozess durch die Planer kaum mehr aktiv mitgestalten.

3.6.6.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Zur Verbesserung der Realisierungschancen der Umfahrungsstrasse muss die stimmberechtigte Bevölkerung dem Vorhaben entsprechen

Mit diesem neuen Ausgangpunkt transformierte sich auch die Aufgabenstellung der Verkehrsplaner. Es musste ihnen nicht mehr nur gelingen, Behörden, Verwaltungen, Grundstücksbesitzer oder Grundstücksnutzer von den Mehrwerten einer Verkehrsplanung zu überzeugen. Neu musste es den Planern mit ihren Argumenten und Angeboten auch gelingen, die stimmberechtigte Bevölkerung Liechtensteins stabil in das Aktor-Netzwerk „Umfahrungsstrasse“ einzubinden.

• Partnergewinnung – weniger Staus

Die Verkehrsplaner konfrontierten die Bevölkerung des Landes wie zuvor die Gemeinde- und Regierungsräte mit Prognosen einer Verkehrszunahme und ausgearbeiteten Lösungsvorschlägen. Diesbezüglich wurden Ver-

[1231] Anonym (1976g).
[1232] Anonym (1976h).
[1233] Meier (1976).

kehrszählungen aufbereitet und in Aussagen übersetzt, die beispielsweise bei einem Umfahrungsstrassenneubau weniger Verkehrsstaus in den Siedlungskernen von Schaan und Vaduz prognostizierten. Mit diesen Aussagen erhofften sich die Verkehrsplaner, ihre Interessen mit den Interessenslagen der Dorfkernbewohner von Schaan und Vaduz verbinden zu können, um diese als Allianzpartner zu gewinnen. Gleichzeitig erhoffte sich das bestehende Aktor-Netzwerk „Umfahrungsstrasse" die Solidarität der übrigen Landesbewohner für die Verkehrsproblematik in Schaan und Vaduz.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Auch die Bevölkerung der nicht betroffenen Gemeinden muss zustimmen

Da die Umfahrungsstrasse mehrheitlich den Bewohnern der Gemeinden Vaduz und Schaan einen Vorteil verschaffen sollte, war es kaum möglich, eine Mehrheit der Landesbevölkerung für die Umfahrungsstrasse zu sensibilisieren oder gar als Partner zu gewinnen. Im Gegenteil – da eine Mehrheit der Bevölkerung Einschränkungen des Naherholungsgebiets, höhere Steuerabgaben und eine Verkehrszunahme in den eigenen Gemeinden vermutete, befürchtete ein Grossteil der stimmberechtigten Bevölkerung von Liechtenstein eine Gefährdung der Realisierungschancen ihrer eigenen Interessen. Entsprechend liess sich die stimmberechtigte Bevölkerung nicht in die Rolle des solidarischen Allianzpartners einbinden und verweigerte sich gegenüber weiteren Aushandlungsprozessen, indem sie die Umfahrungsstrasse an der Urnenabstimmung ablehnte.

• Dissidenz und Verhandlungsabbruch – die Umfahrungsstrasse findet nicht die notwendige Entsprechung

Die Verweigerung der Bevölkerung hatte unmittelbare Folgen auf das Aktor-Netzwerk „Umfahrungsstrasse". Die Regierungsräte und der Landtag waren als Vertreter der Bevölkerung des Landes an die Volksmeinung gebunden. Entsprechend mussten sie aufgrund des Neins der stimmberechtigten Bevölkerung Netzwerkverbindungen auflösen. In diesem Sinne gelang es der Gegnerschaft der Umfahrungsstrasse in dieser Dreiecksbeziehung, relevante Akteure wie den Regierungsrat und den Landtag aus dem Netzwerk zu lösen und auf die Seite der Mehrheit der Bevölkerung zu ziehen, die sich gegen eine Umfahrungsstrasse aussprach. Diese Handlungskette hatte eine Kräfteverschiebung zur Folge, welche die Rückübersetzung der Umfahrungsstrasse von Schaan und Vaduz vorerst verunmöglichte.

3.6.6.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan"

Siehe Anhang am Anschluss an die zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan.



Abb. 82: Hilti AG, Werk 2, aus: Geschäftsbericht 1979 Hilti AG, Archiv Hilti AG (Fotograf unbekannt).



Abb. 83: Hilti AG Werk 1 mit Trainingszentrum links oben, aus: Geschäftsbericht 1978 Hilti AG, Archiv Hilti AG (Fotograf unbekannt).

• INFORMATIONSZENTRUM WERK 1 DER HILTI AG

3.6.7 Planwelt „Informationszentrum Hilti AG, Schaan – 1980“ und deren Rückübersetzung

3.6.7.1 Inhalte der Planwelt „Informationszentrum Hilti AG, Schaan – 1980“

Anfang 1980 reichte die Architektengemeinschaft Rausch-Ladner-Clerici aus Rheineck im Auftrag der Hilti AG ein Bewilligungsgesuch für den Bau eines Informationszentrums beim Bauamt der Gemeinde Schaan ein. Der geplante Neubau sollte im nördlichen Teil des Werks 1 unterhalb des Trainingszentrums aufgestellt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde das Gelände landwirtschaftlich genutzt.

Die Planwelt sah ein Gebäude in L-Form vor. Aufgrund der Neigung des Terrains sollten die zwei Niveaus der beiden Gebäudebalken halbgeschossig versetzt werden (Abb. 84). Der östliche Balken mit einer West-Ost-Ausrichtung quer zum Tal sollte ein Erdgeschoss, vier Obergeschosse und ein Attikageschoss aufweisen. Geplant waren Büros und Ausbildungsräume für Lehrlinge. Der zweite Gebäudebalken, parallel zur Feldkircherstrasse stehend, wies ein überhohes Laborgeschoss, zwei überhohe Oberschosse für die Speditions- und Gestaltungsabteilung sowie ein Attikageschoss mit Büroräumen auf.[1234] Insgesamt waren 2’500 Quadratmeter Büroflächen sowie 3’000 Quadratmeter Gewerbe- und Industrieflächen mit einem Bauvolumen von 23’950 Kubikmetern geplant.[1235]

[1234] Architektengemeinschaft Rausch-Ladner-Clerici, Rheineck, Situationsplan 1:1’000, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Neubau Informationszentrum“, bewilligt am 14. Jan. 1980, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2190.
[1235] Baugesuchsformular „Neubau Informationszentrum“, Eingangsdatum 14. Januar 1980, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2190.

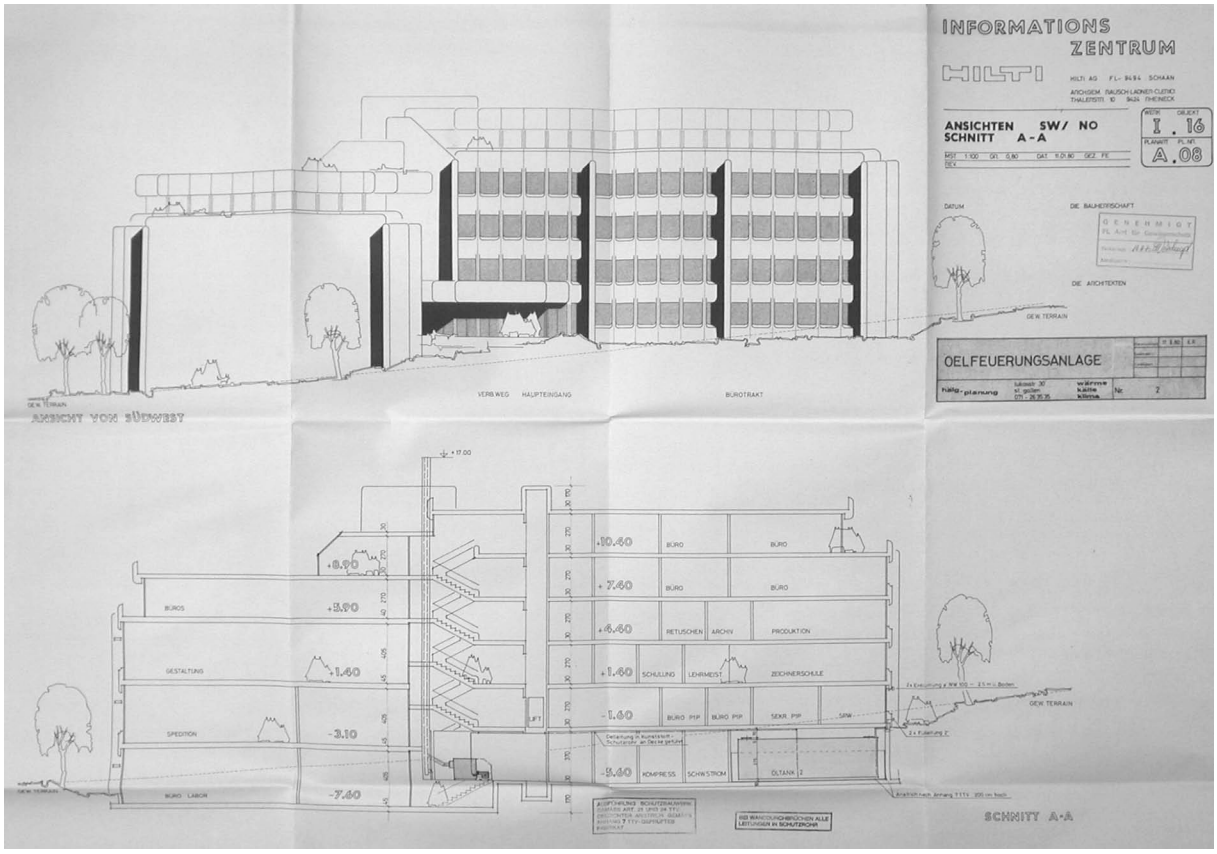


Abb. 84: Architektengemeinschaft Rausch-Ladner-Clerici, Rheineck, „Eingabeplan 1:100, Informationszentrum Hilti AG“, 11. Januar 1980, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2190.

3.6.7.2 Aushandlung der Baubewilligung

Wie bereits beim Verwaltungsbau aus dem Jahre 1973/74 wurde beim geplanten Neubau des Informationszentrums die gesetzlich erlaubte Gebäudehöhe für Industrie- und Gewerbebauten von drei Geschossen mit einem Gesamtmass von 11 Metern überschritten.[1236] Diese Überschreitung erforderte eine Ausnahmebewilligung ausgestellt durch den Gemeinderat und die Vertreter der Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Die Behörden der Gemeinde Schaan verankerten im Bewilligungsschreiben vom 18. März 1980 verschiedene Planungsgrundsätze, aufgrund derer die Erteilung einer Ausnahmebewilligung ermöglicht werden konnte.[1237] Daraus erwuchsen Auflagen, die mit der Erstellung des Neubaus ausgeführt werden mussten.

Die Auflagen legten fest, dass entlang der Feldkircherstrasse eine hochstämmige Begrünung angepflanzt werden musste. Mit dieser konkreten Forderung einer landschaftlichen Einbindung des Werks 1 der Hilti AG wurden die Forderungen aus dem Jahre 1973/74 wiederholt ausgesprochen.[1238] Denn die damals ausgesprochene Auflage war bis zu diesem Zeitpunkt nicht umgesetzt worden. Die aufgefrischte Auflage sollte nun im Zuge der nächstfolgenden Bautätigkeit erfüllt werden. Um eine Auflockerung der Überbauung zu erreichen, sollten zusätzliche, hochstämmige Bäume innerhalb des Areals

[1236] Siehe Kapitel 3.4.6 Planwelt „Verwaltungsbau – 1973“ und deren Rückübersetzung.
[1237] Erteilung Baubewilligung durch das Landesbauamt Landesverwaltung Fürstentum Liechtensteins, „Neubau Informationszentrum, 2.0 Bauvorschriften, 2.2 Auflagen“, 31. März 1980, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2190.
[1238] Siehe Kapitel 3.4.6 Planwelt „Verwaltungsbau – 1973“ und deren Rückübersetzung.

gesetzt werden.[1239] Was in einem ersten Abschnitt der Auflage noch allgemein verfasst wurde, wurde in einem zweiten Abschnitt präzisiert. „Es wird darauf hingewiesen, dass die hochstämmige Bepflanzung entlang der Landstrasse im Herbst 1980 durchzuführen ist. Die Bäume haben im Pflanzzeitpunkt eine freie Stammhöhe von ca. 3.50 m und eine Gesamthöhe von ca. 5.00 – 6.00 m aufzuweisen. Geeignet sind standortgerechte Laubbäume, wie Linden, Ahorn usw. Der Beizug eines Fachmannes ist empfehlenswert.“[1240]

Als weitere Auflage hatte das Unternehmen in naher Zukunft für das Werk 1 der Hilti AG ein internes Verkehrskonzept zu entwickeln. Die Erschliessung hatte von der bestehenden zentralen Ein- und Ausfahrt an der Feldkircherstrasse zu erfolgen. Eine geplante Zusatzerschliessung auf dem Areal eigens für das Informationszentrum wurde in diesem Zusammenhang nicht bewilligt. Weiter verlangten die Bewilligungsbehörden, dass sämtliche Parkplätze auf dem Areal selber untergebracht wurden. Bei zunehmender Überbauung des Werkareals hatte die Parkierung von Fahrzeugen in Zukunft in Parkgaragen auf dem Areal zu erfolgen. Eine allfällige Verlagerung der Firmenparkplätze nach ausserhalb des Areals sollte damit bereits in dieser frühen Phase verhindert werden.[1241] Im Zusammenhang mit diesen Auflagen hatte das Unternehmen dem Landesbauamt innerhalb von sechs Wochen einen Umgebungsplan vorzuzeigen. Eine vorgängige Absprache und Koordination mit den Baubehörden wurde empfohlen.[1242]

Einen letzten Kritikpunkt formulierte das Landesbauamt bezüglich der Dachaufbauten. Diese würden zu dominierend wirken und müssten verkleinert werden. Die Änderungen mussten dem Landesbauamt nochmals zur Genehmigung vorgelegt werden.[1243]

Mit diesen Auflagen bewilligte das Landesbauamt das Projekt am 31. März 1980.[1244]

Offensichtlich verfolgten die Bauämter andere Ziele als die für die Planwelt des Informationszentrums verantwortlichen Akteure. Da die Hilti AG eine schnellst mögliche Realisierung des Informationszentrums anstrebte, ging sie auf die Anliegen der Bauämter ein.

3.6.8 Die lokale planerische Praxis des Informationszentrums am Standort Werk 1

3.6.8.1 Die emergente Rolle der Planer

Die Architektengemeinschaft Rausch-Ladner-Clerici versammelte für die Planwelt des Informationszentrums die Interessen der Bauherrschaft, die eigenen Interessen sowie Informationen aus Topografie und Baugrundbeschaffenheit. Im Übersetzungsprozess verknüpften die Architekten die unterschiedlichen Anliegen und Rahmenbedingungen zu einem architektonischen Konzept, das in erster Linie den Ansprüchen der Bauherrschaft und der Topografie gerecht wurde. Bezüglich der baugesetzlichen Bestimmungen setzte die Architektenge-

[1239] Erteilung der Baubewilligung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentum Liechtensteins, „Neubau Informationszentrum, 2.0 Bauvorschriften, 2.2 Auflagen“, 31. März 1980, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2190, S. 2.
[1240] Ebenda, S.3.
[1241] Ebenda, S. 2.
[1242] Ebenda, S.3.
[1243] Ebenda, S. 3.
[1244] Erteilung der Baubewilligung durch das Liechtensteinische Bauamt, „Neubau Informationszentrum“, 31. März 1980, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2190.

meinschaft bereits bei der Erstellung der Planwelten eine Ausnahmebewilligung für die angestrebte Gebäudehöhe voraus.

Die Gemeinde- und Landesverwaltungen nahmen diese Ausgangslage des Gesuchs für eine Ausnahmebewilligung zum Anlass, ihre Interessen bezüglich der landschaftlichen Eingliederung der Gesamtanlage ein zweites Mal zu verankern. Da, um die Realisierungschancen des Informationszentrums zu verbessern, das Unternehmen Hilti AG auf die Ausnahmebewilligung durch die Bauämter angewiesen war, gelang es den Planern der Gemeinde- und Landesverwaltung, die Ziele einer landschaftlichen Eingliederung in der Baubewilligung zu verankern. Damit konnten innerhalb der Aushandlungsprozesse beide Parteien ihre Verhandlungsziele erreichen. Im weiteren Verlauf der Rückübersetzung zeigte sich, dass das Aktor-Netzwerk „Informationszentrum" sein Bauprojekt erfolgreich in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen vermochte, während die Interessen einer landschaftlichen Eingliederung des Werks 1 vom selben Aktor-Netzwerk ein weiteres Mal fallen gelassen wurden.

Städtebaulich bildete das Informationszentrum einen räumlichen Abschluss des Werks 1 gegen Norden und eine neue Adresse der Hilti AG an der Feldkircherstrasse.

3.6.8.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Informationszentrum Hilti AG, Schaan"

Siehe Anhang am Anschluss an die zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan.

• GROSSVERSUCHSHALLE WERK 2

3.6.9 Planwelt „Grossversuchshalle – 1977" und deren Rückübersetzung

Am 19. August 1977 reichte die Hilti AG für den Standort Werk 2 in Schaan ein Baugesuch für eine Grossversuchshalle ein. Mit diesem Vorhaben wurde die zweite Etappe der bereits im Juli 1968 bewilligten Versuchswerkstätten angegangen.[1245] Der L-förmige Anbau mit einem Grundmass von rund 60 mal 16 Metern sollte im Erdgeschoss als überhohe Halle ausgestaltet werden. Im ersten Obergeschoss waren Büros geplant.[1246] Dem Gesuch für den Neubau der Halle wurde am 23. Dezember 1977 entsprochen.[1247]

[1245] Siehe Kapitel 3.4.8 Planwelten und deren Rückübersetzungen beim Werk 2 bis 1974.
[1246] Suter und Suter, Zürich, Baueingabepläne 1:100, „Grossversuchshalle", bewilligt am 23. Dezember 1977, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2065.
[1247] Erteilung der Baubewilligung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentum Liechtensteins, „Grossversuchshalle", 23. Dezember 1977, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2065.

3.7 Raumplanung in Schaan im Jahre 1982

3.7.1 Transformation der Siedlungswirklichkeit

Im Zusammenhang mit der Gesamtplanung von 1974 wurde beschrieben, dass sich der Aushandlungsprozess nach der Genehmigung der Planwelten durch den Gemeinderat und die Regierungsvertreter verzögerte. In der Übergangszeit diente die Gesamtplanung als Richtplan und Entscheidungsgrundlage für die Verwaltungen und Behörden. Die raumplanerischen Anliegen wurden in der Folge Schritt für Schritt angegangen und in einzelnen Aktor-Netzwerkgruppen ausgehandelt.

Die Interessen und Ziele, die im Rahmen der Richtplanung Verkehr verhandelt und später in die Planwelt „Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan – 1976“ übersetzt wurden, fanden jedoch keine gesellschaftlichen Entsprechungen. Das Scheitern dieser Planwelten führte dazu, dass die Verkehrsplanung auf Gemeindeebene neu aufgerollt werden musste, da die Verkehrsprobleme in Schaan trotz der Ablehnung der stimmberechtigten Bevölkerung des Landes nach wie vor einer Lösung bedurften. Die rege Bautätigkeit der vergangenen Jahrzehnte hatte ihre Spuren in der Siedlungslandschaft Schaans ebenfalls hinterlassen. Wie bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren erfuhren weitere landwirtschaftlich geprägte Landstriche eine zunehmende Urbanisierung. Insbesondere die Verhandlungs- und Übersetzungsprozesse bezüglich der Industrie- und Gewerbebauten im Norden Schaans transformierten das Landschaftsbild nachhaltig. „Mit dem Automatisierungsprozess wachsen die jährlichen Flächenansprüche. Der produktions- und arbeitstechnischen Situation wird durch massive Erweiterung der Industrieflächenareale entsprochen, ohne dass damit auch eine Zunahme der Arbeitsplätze verbunden wäre.“[1247] Diese Nachfrage an Erweiterungen und die mit den Automatisierungsprozessen zusammenhängenden Bauvolumen und Grundabmessungen der Industriebauten hatten Volumetrien zur Folge, die das Landschaftsbild zusätzlich in ungewohntem Masse transformierten und die Forderungen der Raumplaner und Architekten nach ortsspezifischen Entwicklungen arg strapazierten. Die übrigen Siedlungsgebiete in Schaan dehnten sich aufgrund des industriellen Wachstums, der Investitionen in die Baulanderschliessung durch die Gemeinden und der Eigenheimförderung durch den Staat ebenfalls weiter aus.

Obwohl die Gesamtplanung des Siedlungsgebiets von Schaan bereits in den 1950er Jahren in Angriff genommen wurde, liess sich deren Erfolg im Vergleich zur Siedlungswirklichkeit der 1980er-Jahre und den ebenfalls in den 1950er Jahren formulierten Planungszielen als bescheiden beschreiben. Das Verkehrsproblem konnte wie bereits festgehalten nicht gelöst werden. Von den Planern angestrebte räumliche Qualitäten liessen sich kaum erwirken. Das Dorfzentrum büsste aufgrund von Strassenverbreiterungen, des zunehmenden Durchgangsverkehrs und einer gleichzeitigen Zunahme der Standortattraktivität für Dienstleistungsunternehmen an Wohnqualität ein. Die Verschlechterung der Wohnqualität und Verteuerung der Wohnlage im Dorfzentrum hatte eine Verlagerung der Wohnbauten in die strassenabgewandten Räume und an den Dorfrand zur Folge, während sich das Bild des Dorfzentrums von Schaan über Strassenverbreiterungen, neue Parkierungsflächen und den Bau grossflächiger Ladenlokale in den Erdgeschossen nachhaltig transformierte. „Die Landschaft musste durch die

[1247] Broggi (1988), S. 99.

Bautätigkeit nicht nur einen direkten, quantitativen Schwund an Grundflächen über sich ergehen lassen (…), sondern auch einen qualitativen Verlust durch Zerstörung der Siedlungsstruktur."[1248]

3.7.2 Die lokale planerische Praxis der Ortsplanung von Schaan bis 1982

3.7.2.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Zahlreiche Aushandlungs- und Übersetzungsprozesse bezüglich Neubauten, Umbauten oder Strukturveränderungen zwischen 1974 und 1982 prägten die lokale planerische Praxis der Gemeinde Schaan. Die Handlungsketten wurden dabei raumplanerisch vorwiegend durch die Planwelten der Ortsplanung und die Bauordnung der Gemeinde und des Landes mitgeprägt. Als weitere Mittler im Rückübersetzungsprozess übernahmen die Verwaltungen die Kontrollen der Baueingaben und Baugesuche. Die Erweiterungen der Zonen, die Detaillösungen oder die Ausnahmebewilligungen wurden durch den Gemeinderat und die Verwaltungen verhandelt. Die Ortsplaner waren ausser im Vorfeld der Abstimmung zur Umfahrungsstrasse und in einzelnen Versammlungen des Gemeinderats kaum je selber proaktiv an den Aushandlungsprozessen beteiligt. Dies führte zu Brüchen im Bezug zu ursrpünglichen Inhalten und Zielen sowie zu einer Unterspülung der Interessen der Raumplanung, da die Behörden, Verwaltungen, Bauordnungen und Planwelten nicht die Interessen der Raum- bzw. Verkehrsplaner und Architekten transportierten, sondern diese vielmehr zugunsten der eigenen Interessenslagen verschoben. Mit diesen inhaltlichen Verschiebungen übersetzten sich die Interessen der Akteure und Aktor-Netzwerke in die Siedlungswirklichkeit, ohne sich der räumlichen Folgewirkungen bewusst zu sein.

3.7.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Bauzonenplanung Schaan" mit Fokus Forst bis 1982

Siehe Anhang am Anschluss an die zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan.



Abb. 86: Die Siedlungswirklichkeit der Gemeinde Schaan um 1983 mit den Werken 1 und 2 am nördlichen Siedlungsrand von Schaan, Archiv Gemeinde Schaan (Fotografie Swissair, 1983).

[1248] Ebenda, S. 90.

3.7.3 Die Planwelt „Bauzonenplan Schaan – 1982“

Bereits beschrieben wurde, dass es dem Planungsbüro Sennhauser und Rauch nach einer anfänglich überzeugenden Darstellung der raumplanerischen Probleme in den 1960er-Jahren nicht gelang, die Allianzen mit den Gemeinderäten und Verwaltungen zu stabilisieren. Dies führte soweit, dass dem Planungsbüro Sennhauser und Rauch der Auftrag zur Ausarbeitung der Ortsplanung entzogen wurde. „(…) übrig blieben einige Entwürfe und Fragmente, jedoch kaum etwas Verbindliches“, hiess es Jahre später in einer Zusammenfassung der Planungsbestrebungen innerhalb des Gemeindegebiets von Schaan.[1249] Die Planwelten aus den 1970er-Jahre scheiterten am Fehlen rechtlicher, politischer und gesellschaftlicher Entsprechungen. Erst gegen Ende der 1970er-Jahre nahmen die Vertreter der Gemeinde Schaan die Raum- und Ortsplanung wieder in Angriff und bestellten eine Planungskommission.

Am 5. Mai 1977 besprach der Gemeinderat einen ersten überarbeiteten Verkehrsplan. Für die Verbindung der Benderertrasse mit der Feldkircherstrasse nördlich des Werks 2 der Hilti AG übernahm die Kommission eine Linienführung entlang der Bauzonengrenze mit möglichst grosser Nähe zum bestehenden Siedlungsgebiet, wie sie bereits im Zusammenhang mit den ersten Verkehrsplanungen im Jahre 1968 diskutiert wurde. Da diese Variante die Hilti AG generell betraf und teilweise deren Grundbesitz tangierte, wurde die Variante im Vorfeld auch mit Vertretern des Unternehmens diskutiert. Der Gemeinderat genehmigte den überarbeiteten Verkehrsplan am 5. Mai 1977.[1250]

Mit der Überarbeitung der Verkehrsplanung übersetzte die Planungskommission die neue Linienführung der Verbindungsstrasse in den Bauzonenplan. Nach wie vor schien jedoch kaum gesellschaftlicher Druck vorhanden zu sein, die Planung des Siedlungsgebiets weiterzuentwickeln. In Bezug auf die Zonenplanung gab es immer wieder längere Planungsstillstände, in denen wenig bis nichts passierte.

Dass die räumlichen Transformationen ihre Spuren insbesondere auch in den Dorfzentren hinterliessen, wurde erwähnt. Sensibilisiert für diese Problematik stellten die Architekten Hansjörg Hilti und Raimund Hassler im Jahre 1978 beim Gemeinderat den Antrag für eine Planungsstudie zur Erhaltung des Dorfbildes. Die Baukommission der Gemeinde Schaan befürwortete die Auftragserteilung. Der Gemeinderat sprach sich in der Folge für eine Auftragserteilung aus.[1251]

Am 6. Juli 1978 präsentierten Hansjörg Hilti und Raimund Hassler dem Gemeinderat das Ergebnis ihrer Arbeit. Die beiden Architekten zeigten Bestandsaufnahmen des Dorfbildes von Schaan. Sie illustrierten anhand von Karten- und Planmaterial die wichtigsten Ereignisse der baulichen Entwicklungen von 1900 bis 1978.[1252]

[1249] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanungsrevision – Richtplan zur Ortsplanung und Bauordnung“, Sitzung-Nr. 63, 15. März 1995, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1995.
[1250] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Änderung im neuen Zonenplan“, Sitzung-Nr. 166, 5. Mai 1977, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1977.
[1251] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Eingabe von Hansjörg Hilti und Raimund Hassler betr. Dorfbildgestaltung“, Traktandum-Nr. 13, 12. Januar 1978, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1978.
[1252] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Dorfbildgestaltung“, Traktandum-Nr. 255, 6. Juli 1978, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1978.

Der Gemeinderat entschied, die Bestandsaufnahmen der Wohnbevölkerung Schaans zugänglich zu machen.[1253] Die daraufhin organisierte Ausstellung Ende 1978 diente als Testlauf für die Inangriffnahme der weiteren Ortsplanung. Aufgrund eines positiven Echos in Bezug auf die Arbeiten von Hilti und Hassler befürwortete die Baukommission, weitere Geldmittel für Planungsstudien im Dorfzentrum zur Verfügung zu stellen. Auch der Gemeinderat war aufgrund des positiven Echos der Meinung, dass weitere Planungsschritte seitens der Bevölkerung erwünscht seien, und erhoffte sich von den Studien interessante Denkanstösse zur Entwicklung des Dorfbildes.[1254]

Bereits beschrieben wurde, dass die Einsprachen, die während der öffentlichen Auflage der Ortsplanung im Jahre 1974 eingingen, durch den Gemeinderat von Schaan über mehrere Jahre nicht abschliessend behandelt werden konnten. Erst nach drei Jahren schloss der Gemeinderat die ersten Einspracheverhandlungen ab.[1255] Einige der Einsprachen mussten gar über die Regierung des Fürstentums Liechtenstein und die Verwaltungsbeschwerdeinstanz verhandelt werden. Übrig blieben drei Einsprachefälle, die auch nach mehreren Gesprächen in den Folgejahren, insbesondere in den Jahren 1980 und 1981, zu keinem Ergebnis führten.[1256]

In einem Schreiben vom 13. November 1981 schlug der Gemeinderat Schaan der Regierung des Landes vor, den Zonenplan in Kraft zu setzen und die drei noch nicht abgeschlossenen Einsprachen auszuklammern.[1257] Diesem Vorschlag folgte die Regierung und setzte den Zonenplan aus dem Jahre 1974 am 29. Dezember 1981 mit sieben Jahren Verspätung in Kraft.[1258] Diese institutionelle Verankerung des Bauzonenplans wirkte sich jedoch kaum auf das bisherige Vorgehen der lokalen planerischen Praxis aus. Bis ins Jahr 1983 wurden sukzessive Einzelanpassungen am Zonenplan vorgenommen.[1259]

3.7.4 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Zonenplan Schaan – 1982“

3.7.4.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Mit dem Regierungsratsbeschluss und ohne Einsprachen fand das Richtplanverfahren seinen ordentlichen Abschluss. Inhaltlich hatte sich abgesehen von der neuen Linienführung der Umfahrungsstrasse und von ein paar geringfügigen Anpassungen im Vergleich zu den Planwelten von 1974 kaum etwas verändert. Den Raumplanern gelang es kaum, wesentliche neue räumliche oder gesellschaftliche Impulse für die Ortsplanung hinzuzufügen. Die Mehrheit des Aktor-Netzwerks „Zonenplan Schaan“ verschloss sich gegenüber solchen Interes-

[1253] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, Traktandum-Nr. 365, 28. September 1978, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1978.
[1254] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsbildplanung – Kostenvoranschlag für weiterführende Planungspunkte“, Sitzung-Nr. 466 14. Dezember 1978, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1978.
[1255] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, Sitzung-Nr. 140, 21. April 1977, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1977.
[1256] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanung/Zonenplan Vorgeschichte“, Sondersitzung-Nr. 148, 12. Juni 1991, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1991.
[1257] Ebenda.
[1258] Auszug aus dem Protokoll der Regierung, RB: 6252/40/81, 29. Dezember 1981, Landesarchiv Liechtenstein, Vaduz. Diese Zeitspanne mag unwirklich erscheinen. Der Eintrag im Protokoll des Gemeinderates vom 4. Februar 1982 zeigt beide Daten, das von der Genehmigung durch den Gemeinderat im Jahre 1974 und das der Genehmigung durch den Regierungsrat im Jahre 1982. Genauer Wortlauf: „Der neue Zonenplan wurde am 5.12.1974 vom Gemeinderat bewilligt und am 29.12.1981 vom Regierungsrat genehmigt und ist am 14.01.1982 öffentlich kundgemacht worden.“ Wie bereits beschrieben, muss der fehlende politische und rechtliche Druck für diesen Umstand als Erklärung beigezogen werden. Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Neuer Zonenplan (Rückzonierung)“, Sitzung-Nr. 526, 4. Februar 1982, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1982.
[1259] Ingenieurbüro Frommelt AG, Zonenplan Gemeinde Schaan, nachgeführt bis Mai 1983, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.

sen. Die Aufgabe der Raumplaner war in der Folge, die gesellschaftlichen Interessen und räumlichen Entwicklungen in ihre Planwelten aufzunehmen und nachzuzeichnen.

Ausnahme bildete die Initiative der beiden Architekten Hansjörg Hilti und Raimund Hassler, denen es über die Ausstellung ihrer Arbeit zum Ortsbild von Schaan zumindest kurzfristig gelang, die disperse Siedungsentwicklung und deren negative Auswirkungen auf das Siedlungsbild zu thematisieren. Langfristig versandete aber auch diese Sensibilisierung im Kontext der alltäglichen Einzelentscheidungen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse, welche die architektonischen und raumplanerischen Ambitionen aufgrund von wirtschaftlichen, kulturellen, familiären oder technischen Rahmenbedingungen und Zielstellungen unterliefen. Die vage geknüpften Allianzen für eine Gestaltung des Ortsbildes wurden entsprechend bald wieder aufgekündigt, ohne dass diese sich räumlich auswirken konnten.

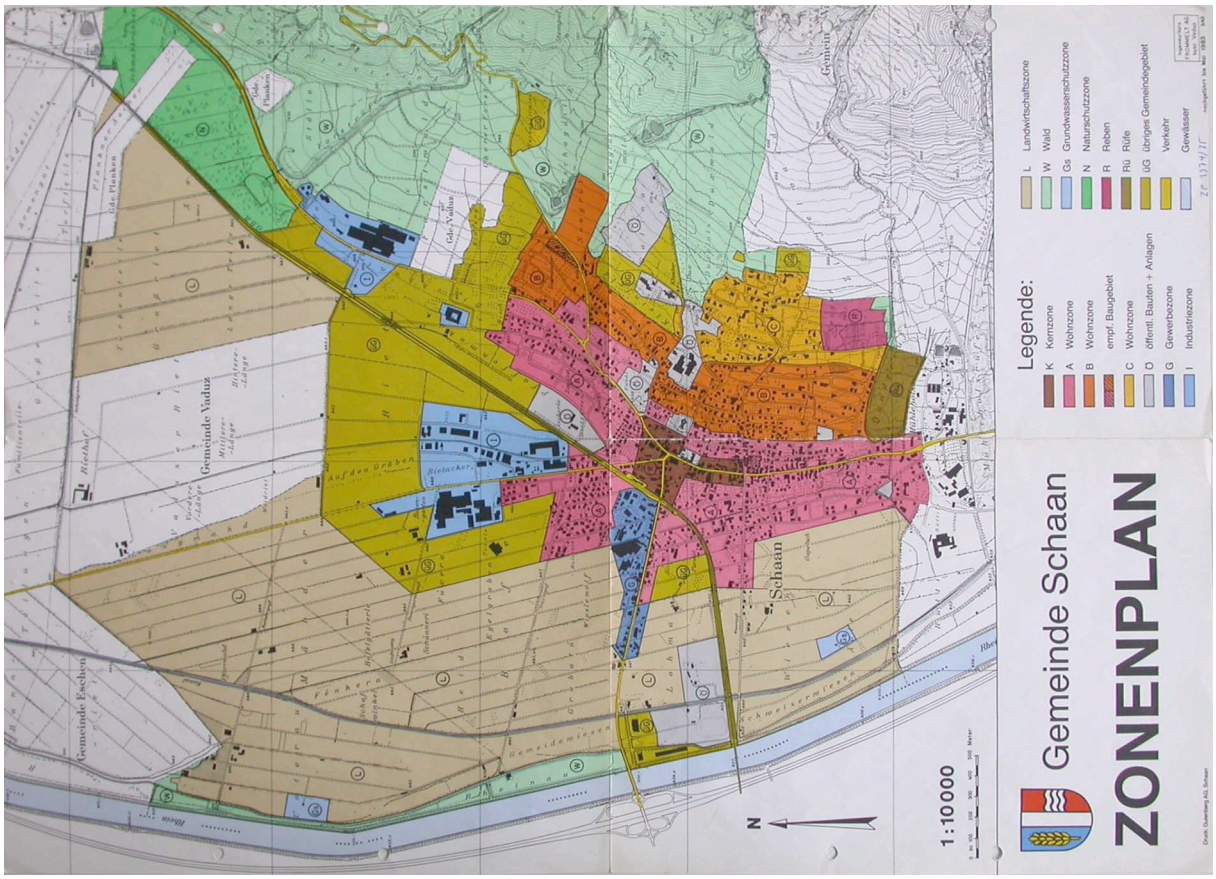


Abb. 87: Ingenieurbüro Frommelt AG, „Zonenplan Gemeinde Schaan“, nachgeführt bis Mai 1983, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.

3.8 Rückübersetzung der Planwelt „Zonenplan Schaan – 1982“ über Firmenentwicklung und Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

• DAS UNTERNEHMEN HILTI ZWISCHEN 1982 UND 1995

3.8.1 Das Unternehmen Hilti AG zwischen 1982 und 1995

Die Zeitspanne zwischen 1983 und 1986 wird in der Firmenchronik als die Zeit der Divisionalisierung beschrieben. Im Zuge einer erneuten kritischen Situationsanalyse wurde erkannt, dass zu wenige neue und teilweise nicht kundengerechte Produkte auf den Markt gebracht wurden, die zudem zu lange Markteinführungszeiten aufwiesen. Aus diesem Grund wurden vier Produktdivisionen eingerichtet. Jede Division war von nun an verantwortlich für eigene Produkteinnovationen wie auch die Versorgung der Märkte.[1260]

Als Erstes wurde der Geschäftsbereich der Dübeltechnik aufgebaut. Die Selbstständigkeit des Bereichs mit eigener Entwicklung, eigenem Marketing, eigener Produktion, Logistik und eigenem Controlling sollte das Wachstum des Geschäftsbereichs fördern. Damit konnte auch die bis zu diesem Zeitpunkt etwas einseitige Ausrichtung des Unternehmens auf die Maschinenproduktion entschärft werden. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der Divisionalisierung der Dübeltechnik wurden auch die Divisionalisierung von Direktmontage und Bohrmontage weiterverfolgt. Mit der Selbstständigkeit der Divisionen musste auch die Aufgabenstellung der Forschungsabteilungen neu definiert werden. Sie erhielten die Aufgabe, neue Technologiefelder zu erschliessen und für Innovationen im Materialsektor zu sorgen. Im Jahre 1986 erfolgte der Einstieg in die Bauchemie, da der zunehmende Renovationsbedarf im Baubereich spezielle Dichtungsmassen und Montageschäume erforderte.[1261]

Mit der Einführung der Marktregionen in den 1970er-Jahren und der Produktdivisionen in den 1980er-Jahren gab die Unternehmensführung der Hilti AG die ursprünglich rein funktionale Organisationsstruktur definitiv auf. Die erneute Umstrukturierung erforderte eine Erweiterung der Führungsspitze des Unternehmens durch eine Konzernleitung.[1262]

Aufgrund der neuen Unternehmensstruktur war auch die Belegschaft des Unternehmens gefordert. Veränderungen in Marktbearbeitung und -anforderungen, unterschiedliche Kundenbedürfnisse und sich verändernde Technologien bedingten eine Unternehmenskultur, die eine offene Zusammenarbeit, Selbstverantwortung der Arbeitnehmer und Notwendigkeit der Innovation und ständigen Verbesserung förderte.

Die weltwirtschaftlichen Umstände im Jahre 1989 verlangten eine weitere Anpassung der Unternehmenspolitik. Innerhalb von drei Jahren wurde die „Strategie 2000“ mit Vision und Leitbild erarbeitet. Die Strategie baute auf bestehenden Stärken auf. Gleichzeitig wurden neue Komponenten wie die klare Marktsegmentierung und damit die weitere Spezialisierung des Direktvertriebs sowie weltweit einheitliche Grundkonzepte der Marktbearbeitung und Vertriebssteuerung eingeführt. Ein weiteres Mal

[1260] Hilti (1995), S. 96.
[1261] Ebenda, S. 96-97.
[1262] Ebenda, S. 96.

wurden die Produktionsstandorte reorganisiert, indem die Unternehmensleitung jedem Standort spezifische Technologien und Prozesse zuordnete. Dies hatte eine neue Arbeitsteilung der Werke untereinander und eine Verringerung der Fertigungstiefe pro Werk zur Folge. In einem weiteren Schritt wurden die strategischen Erfolgspositionen und Kernfähigkeiten des Unternehmens definiert.[1263]

Aufgrund der zahlreichen und fortwährenden Optimierungen im Zusammenhang mit den weltwirtschaftlichen Entwicklungen konnte bereits im Jahre 1989 eine erneute Umsatzsteigerung um 22 Prozent verbucht werden. Damit überschritt die Hilti AG zum ersten Mal die Zwei-Milliarden-Grenze.[1264]

Im selben Jahr übergab der mittlerweile 74-jährige Martin Hilti den Vorsitz der Konzernleitung seinem damals 43-jährigen Sohn Michael. Im Jahre 1994 führte das Unternehmen auf der Führungsebene die grundsätzliche Trennung von Konzernleitung und Verwaltungsrat ein. Michael Hilti übernahm das Präsidium des Verwaltungsrats. Martin Hilti wurde dessen Ehrenpräsident. Mit der Trennung des Verwaltungsrats von der Konzernleitung und der Übernahme des Verwaltungsratspräsidiums durch Michael Hilti wurde die operative Führung des Unternehmens Pius Baschera übergeben und kam damit erstmals in familienfremde Hände.

Wie bereits in den Vorjahren führten marktwirtschaftliche Überlegungen, organisatorische Veränderungen und technologische Spezialisierungen der Werke in den 1980er- und 1990er-Jahren zu räumlichen Modifizierungen und Anpassungen der bestehenden Anlagen. Gleichzeitig gewann die Öffnung des Marktes im asiatischen Raum an Bedeutung. Eine Zusammenarbeit mit chinesischen Partnern ermöglichte den Einstieg vor Ort. Gemäss einem Interview mit Michael Hilti war es insbesondere im asiatischen Raum wichtig, dass das Unternehmen über Partnerschaften bereits früh gesellschaftliche Verwebungen mit den lokalen Gesellschaften anstrebte. Andreas Maitz, Leiter der zentralen Dienste, spezifizierte diese Abhängigkeiten bezüglich der Verlagerung der Produktionen in den Fernen Osten: „Es war sicher ein Thema, dass, wenn man den Markt China erschliessen möchte, man auch dort produzieren muss. Solange solche Gesetzmässigkeiten vorhanden sind, gibt es keine anderen Möglichkeiten, als in China einen Standort aufzubauen.“[1265] Im Jahre 1995 konnte die Produktion in China gestartet werden. Dies führte zu einer effizienteren Marktbearbeitung im asiatischen Raum.[1266]

Eine ähnliche Strategie verfolgte die Hilti AG auch in Ungarn. Nachdem in Ungarn seit 1990 in bestehenden Hallen eine Zusammenarbeit mit lokalen Partnerschaften angestrebt wurde, konnte im Jahre 1994 die Produktion in eigenen Hallen aufgenommen werden.[1267]

Im Jahre 1995 war die Hilti Aktiengesellschaft ein in weltweit über 100 Ländern tätiges Unternehmen mit insgesamt 12’000 Beschäftigten.[1268] Am Standort Schaan bewegte sich die Arbeitnehmergrösse bei rund 1’500 Angestellten.[1269]

[1263] Ebenda, S. 104.
[1264] Ebenda, S. 104.
[1265] Interview mit Andreas Maitz vom 8. November 2008.
[1266] Hilti (1995), S. 112.
[1267] Ebenda, S.113.
[1268] Ebenda, S. 113.
[1269] Interview mit Michael Hilti vom 12. Dezember 2007.

Mit dem weltweiten Ausbau der Produktionsstandorte und den damit zusammenhängenden sich vergrössernden und zunehmend verwobenen Verwaltungsstrukturen hielt auch die Tendenz des allmählichen Ausbaus der Zentralverwaltung am Standort Schaan in den Jahren 1981 bis 1995 Schritt. Dass der Entscheid des Ausbaus der Zentralverwaltung des Unternehmens auf den Standort Schaan fiel, war gemäss Michael Hilti insbesondere auf die im Laufe der Zeit gewachsenen gesellschaftliche Verwebungen in Schaan zurückzuführen. „In erster Linie hat sich der Standort Schaan aus der Firmengeschichte heraus entwickelt. Gleichzeitig empfinden wir eine sehr starke Verbundenheit und Loyalität mit den langjährigen Mitarbeitern, die hier in der Region wohnen. Zudem ist der Standort Liechtenstein europaweit sehr zentral.“[1270]

• ANBAU UND AUFSTOCKUNG DER HAUPTVERWALTUNG WERK 1

3.8.2 Planwelten „Anbau an die Hauptverwaltung – 1985“ und „Aufstockung Anbau der Hauptverwaltung – 1986“ und deren Rückübersetzung

Ende 1984 wuchs das Bedürfnis nach einer Erweiterung des Verwaltungsgebäudes an der Feldkircherstrasse, welche schon im Jahre 1973 bewilligt worden war. Bei der Planwelt von 1973 hatten die Planer diese Erweiterungsmöglichkeit des Gebäudes bereits aufgezeigt.[1271] Die Erweiterung sollte in diesem Sinne umgesetzt werden. Es war geplant, den Anbau in Bezug auf die bestehenden Verwaltungsgebäude leicht zurückgesetzt und um ein Geschoss reduziert zu erstellen. Das Projekt sah einen Ausbau um ein Geschoss zu einem späteren Zeitpunkt vor (Abb. 88).

Materialwahl und Ausgestaltung des zurückversetzten Erdgeschosses beim Vorprojekt für die Erweiterung wurden dem bestehenden Verwaltungsbau angepasst. Im Vergleich zum Projekt aus dem Jahre 1973, das als Glaskörper ohne Fensterbetonung ausgebildet war, wurden beim Entwurf für den Anbau die Fenster von der Fassadenebene zurückgesetzt. Mit dieser Massnahme sollte der Anbau eine horizontale Gliederung erhalten.[1272]

Selbst durch das Weglassen des obersten Geschosses überragte das Vorprojekt die in der Bauordnung des Landes festgelegte Gebäudenhöhengrenze. Diesbezüglich musste wie bereits bei der ersten Etappe eine Ausnahmegenehmigung von Gemeinderat und Regierung eingeholt werden. Nach deren Erhalt wurde das Projekt am 5. Februar 1985 durch die Landesverwaltung bewilligt.[1273] Wie bereits bei der ersten Etappe des Verwaltungsbaus im Jahre 1973 und im Zusammenhang mit der Bewilligung des Neubaus für ein Informationszentrums im Jahre 1980 war dies mit der Auflage verbunden, das Areal mit hochstämmigen Bäumen zu bepflanzen.[1274] Jetzt jedoch musste das Unternehmen einen Umgebungsgestaltungsplan an das Gemeinde- und das Landesbauamt nachliefern.[1275]

[1270] Ebenda.
[1271] Siehe 3.4.6 Planwelt „Verwaltungsbau – 1973“ und deren Rückübersetzung.
[1272] Zentrales Bauwesen Hilti AG, Situationsplan 1:500, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Anbau an die Hauptverwaltung“, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2460.
[1273] Erteilung der Baubewilligung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtensteins, „Anbau an die Hauptverwaltung“, 5. Februar 1985, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2460.
[1274] Siehe 3.4.6 Planwelt „Verwaltungsbau – 1973“ und deren Rückübersetzung und 3.6.8 Planwelt „Informationszentrum Hilti AG, Schaan – 1980“ und deren Rückübersetzung.
[1275] Erteilung der Baubewilligung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtensteins, „2.0 Bauvorschriften, 2.2 Auflagen“, 5. Februar 1985, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2460.

Der Erweiterungsbau setzte den Teilabbruch des bis zu diesem Zeitpunkt das Strassenbild der Hilti AG mitprägenden Baus der ersten Fabrikformation der Hilti AG am Standort Forst voraus. Diese Arbeiten wurden kurz nach der Bewilligungserteilung in Angriff genommen.

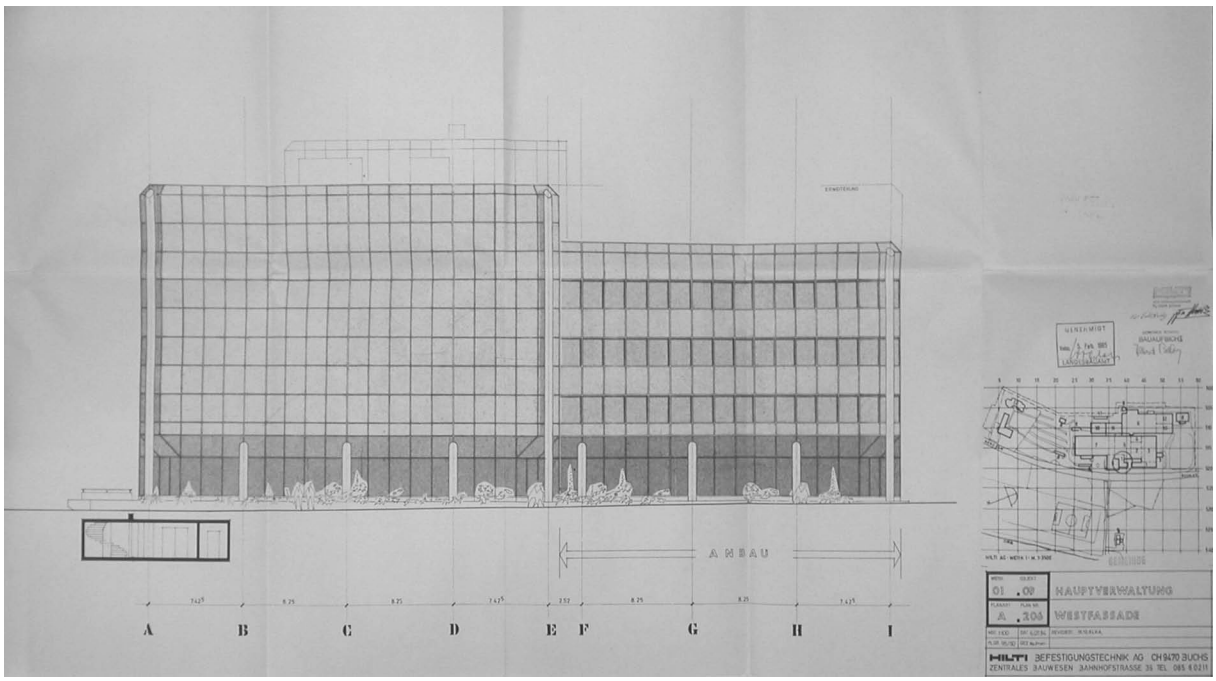


Abb. 88: Zentrales Bauwesen Hilti AG, „Westfassade 1:100, Anbau an die Hauptverwaltung“, 6. Juli 1984, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2460.

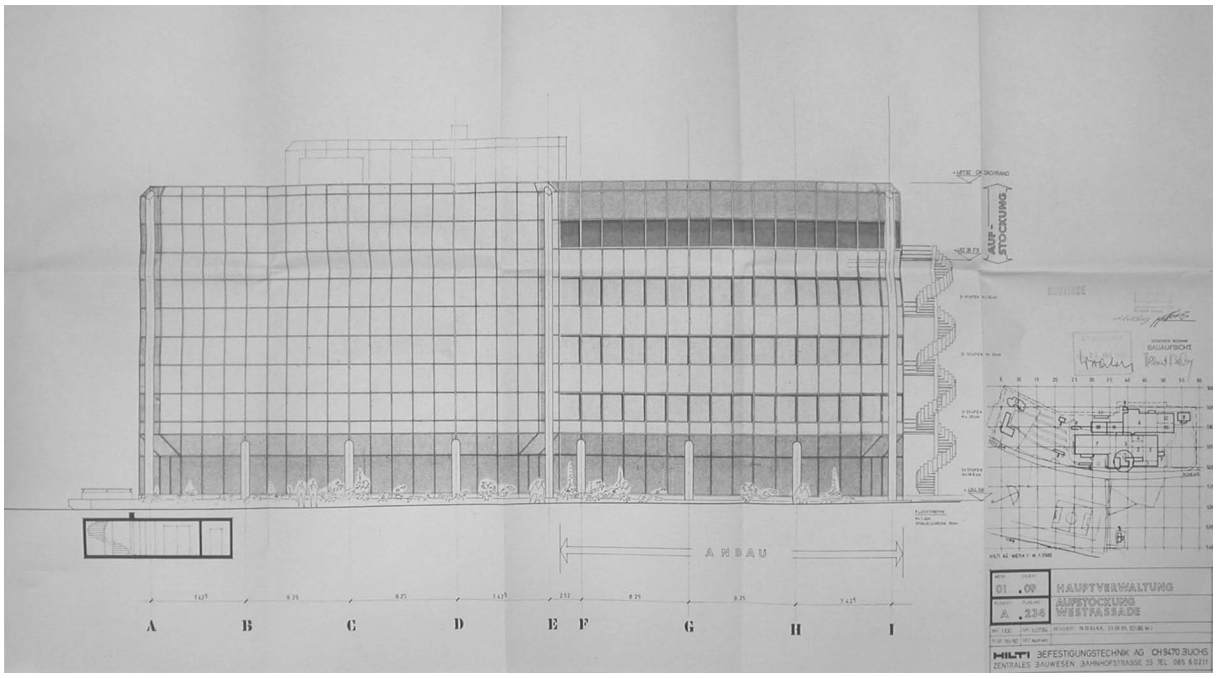


Abb. 89: Zentrales Bauwesen Hilti AG, „Westfassade 1:100, Aufstockung vom Anbau der Hauptverwaltung“, 10. Januar 1986, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2529.

Wenige Monate nach Fertigstellung des Hauptverwaltungsanbaus reichte die Hilti AG bei den Bauämtern am 20. Januar 1986 ein Baugesuch zu dessen Aufstockung ein (Abb.89). Die zweite Etappe sollte damit dieselbe Höhe wie der bestehende Bau der Hauptverwaltung erhalten. Das Geschoss sollte

Raum für zusätzliche 450 Quadratmeter Bürofläche bieten.[1276] Auch für dieses Gesuch musste eine Ausnahmegenehmigung bei der Gemeinde und der Landesregierung eingeholt werden. Der Gemeinderat stimmte dem Gesuch am 29. Januar 1986 zu.[1277] Die Bewilligung der Regierung traf wenig später ein, sodass das Landesbauamt am 27. März 1986 die Aufstockung genehmigen konnte.[1278]

• GENERELLER SCHAANER VERKEHRSPLAN – ERSCHLIESSUNG HILTI AG – KONSULTATIV-ABSTIMMUNG 1988

3.8.3 Die Planwelt „Genereller Schaaner Verkehrsplan – 1988“

Bezüglich der verkehrstechnischen Erschliessung der Werke 1 und 2 hatte sich nach der Abstimmungsniederlage der Umfahrungsstrasse in den 1970er-Jahren und mit den folgenden Verkehrsplanungsbestrebungen nichts verändert. Der Zugang der Arbeitnehmer sowie die Anlieferung und der Abtransport der Produktionsteile führten mehrheitlich nach wie vor über das Dorfzentrum von Schaan.

Auch nach dem Nein zur Volksabstimmung vom 19. September 1976 blieb die Verkehrsplanung ein Hauptthema der Ortsplanung Schaans.[1279] Am 14. November 1984 diskutierte der Gemeinderat von Schaan erneut über die Verkehrsplanung innerhalb des Gemeindegebiets. „Schaan hat sich in früheren Jahren immer gerühmt, den Verkehrsknotenpunkt unseres Landes zu haben. Dieser Ruhm ist jetzt zu einer grossen Belastung geworden.“[1280] Eine Gegenüberstellung des Einwohnerwachstums zwischen 1960 und 1983 von Schaan (plus 55 Prozent), des Landes (plus 61 Prozent) und Anzahl Motorfahrzeuge am Lindenplatz im Dorfzentrum (plus 600 Prozent) zeigte ein eindrückliches Missverhältnis der Verkehrs- im Vergleich zur Bevölkerungszunahme auf. Dieses übermässige Verkehrswachstum war nicht nur auf eine Zunahme des Ziel- und Quellverkehrs zurückzuführen, sondern auch auf den Durchgangsverkehr.[1281]

In derselben Gemeinderatssitzung wurden verschiedene Problemstellen der aktuellen Verkehrsplanung angesprochen. Im Vordergrund der Auseinandersetzung standen Fragen zum Umgang mit der Bahnlinie der Österreichischen Bundesbahn (ÖBB). Diese trennte die Gemeinde Schaan in zwei Teile. Eine Automatisierung der Bahnübergangsschranken im Siedlungsgebiet sollte kurzfristig angegangen werden. Gleichzeitig lag eine Studie bezüglich der Absenkung des Bahnkörpers vor. Ebenfalls im Mittelpunkt stand die Umfahrungsstrasse des Industriegebiets Rietacker im Norden von Schaan als Verbindung der Feldkircherstrasse, ausgehend vom Werk 1 der Hilti AG, bis zur Zollstrasse. Dort sollte der direkte Anschluss an die N13 bei der Ausfahrt Buchs SG auf der schweizerischen Seite des Rheinufers gesucht werden. Unter anderem wurde diesbezüglich eine Verkehrsführung der Umfah-

[1276] Baugesuch an Gemeinde Schaan und das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtensteins, „Aufstockung vom Anbau der Hauptverwaltung“, Eingang Gemeinde 20. Januar 1986, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2529.
[1277] Schreiben der Gemeindevorstehung der Gemeinde Schaan an die Regierung des Fürstentums Liechtenstein, „Ausnahmebewilligung für die Aufstockung des Anbaus der Hauptverwaltung der Hilti AG, Werk 1, Schaan“, 3. Februar 1986, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2529.
[1278] Erteilung der Baubewilligung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtensteins, „Aufstockung Hauptverwaltung“, 27. März 1986, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2529.
[1279] Siehe Kapitel 3.6.6 Rückübersetzung der Planwelt „Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan – 1976“ in die Siedlungswirklichkeit.
[1280] Auszug aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung über Verkehrsplanung, 14. November 1984, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1984, S. 1.
[1281] Ebenda, S. 1.

rungsstrasse in einem Tunnelbauwerk im Untergrund des Siedlungsgebiets von Schaan und Vaduz angedacht. Gleichzeitig erkannte der Gemeinderat, dass rein verkehrliche Massnahmen im Dorfzentrum, wie der Abbruch von Bauten im Dorfzentrum zur Strassenverbreiterung, immer auch dem Dorfbild schadeten.[1282]

Grundsätzlich vertrat der Gemeinderat die Haltung, dass die Führung des Verkehrs zur Entlastung der Bevölkerung ausserhalb des Dorfkerngebiets zu erfolgen habe. Unschlüssig und verunsichert zeigte sich der Gemeinderat insbesondere bezüglich der Reihenfolge der erforderlichen Massnahmen. In der weiteren Diskussion wurde bestimmt, dass eine Kommission die Orts- und insbesondere die Verkehrsplanung weiterführen sollte.[1283]

Im November 1986 stellte die Verkehrsplanungsgruppe, bestehend aus sieben Vertretern aus Politik, Ingenieurwesen, Architektur und Stadtplanung, den „Entwurf zum generellen Verkehrsplan Schaan" vor. Die Arbeit beinhaltete schwerpunktmässig eine Einleitung, einen Aufgabenbeschrieb, eine Ergebniszusammenfassung und je einen Abschnitt zum Motorfahrzeug-, Fussgänger-, Radfahr- und öffentlichen Verkehr innerhalb des Gemeindegebiets von Schaan. [1284] Der Bericht zeichnete sich durch seine Sorgfalt und durch seine breite inhaltliche Abstützung aus. Themen wurden vielfältig angesprochen und eine Vielzahl an Lösungsansätzen aufgezeigt.

Der zusammenfassende Verkehrsrichtplan baute mehrheitlich auf den vorhandenen Strassen- und Wegbeziehungen auf. Der Richtplan sah für die Strassen Kategorien wie Fuss- und Radwegverbindungen, Sammel-, Hauptverkehrs- und Hochleistungsstrasse vor. Einige wenige Ergänzungen der Verbindungen, insbesondere bei den Fuss- und Radwegverbindungen, waren vorgesehen. Bezüglich der Rückbesinnung auf bestehende Strukturen in der Strassenführung stellte die geplante Umfahrungsstrasse von Werk 1 bis Zollstrasse eine Ausnahme dar. Der Hauptverkehr sollte langfristig auf dieser Strasse um das Dorfzentrum geführt werden, während die Feldkircherstrasse, die Landesstrasse und die Zollstrasse lediglich als Hauptverteilsstrassen innerhalb des Siedlungsgebiets dienen sollten.[1285]

„Die generelle Verkehrsplanung beachtet in hohem Masse den Schutz der Bewohner vor den Immissionen des Motorfahrzeugverkehrs und will möglichst gefahrlose Verbindungen für Fussgänger und Radfahrer anbieten. Voraussetzung dazu sind alternative Verbindungen zum Schutz der schwachen Verkehrsteilnehmer und die Kanalisierung des Motorfahrzeugverkehrs auf die ihm zugewiesenen Strassen. Weil aber das gesamte Verkehrsaufkommen in der Gemeinde zu hoch ist, kann mit Verkehrsberuhigung allein das Ziel nicht erreicht werden. Der ortsfremde Verkehr muss auf eine Umfahrungsstrasse verwiesen werden. Damit uns in Zukunft durch die stetige Zunahme des Verkehrs die erreichten Vorteile nicht wieder aus der Hand gleiten, muss durch eine massive Förderung des öffentlichen Verkehrs ein weiteres Anwachsen des motorisierten Privatverkehrs verhindert werden."[1286]

[1282] Ebenda, S. 2.
[1283] Ebenda, S. 3.
[1284] Verkehrsplanungsgruppe Schaan, „Entwurf zum generellen Verkehrsplan", November 1986, Archiv Gemeinde Schaan.
[1285] Verkehrsplanungsgruppe Schaan, „Verkehrsrichtplan Schaan", in: Entwurf zum generellen Verkehrsplan, November 1986, Archiv Gemeinde Schaan, S. 8
[1286] Verkehrsplanungsgruppe Schaan, „Entwurf zum generellen Verkehrsplan", Nov. 1986, Archiv Gemeinde Schaan, S. 7.

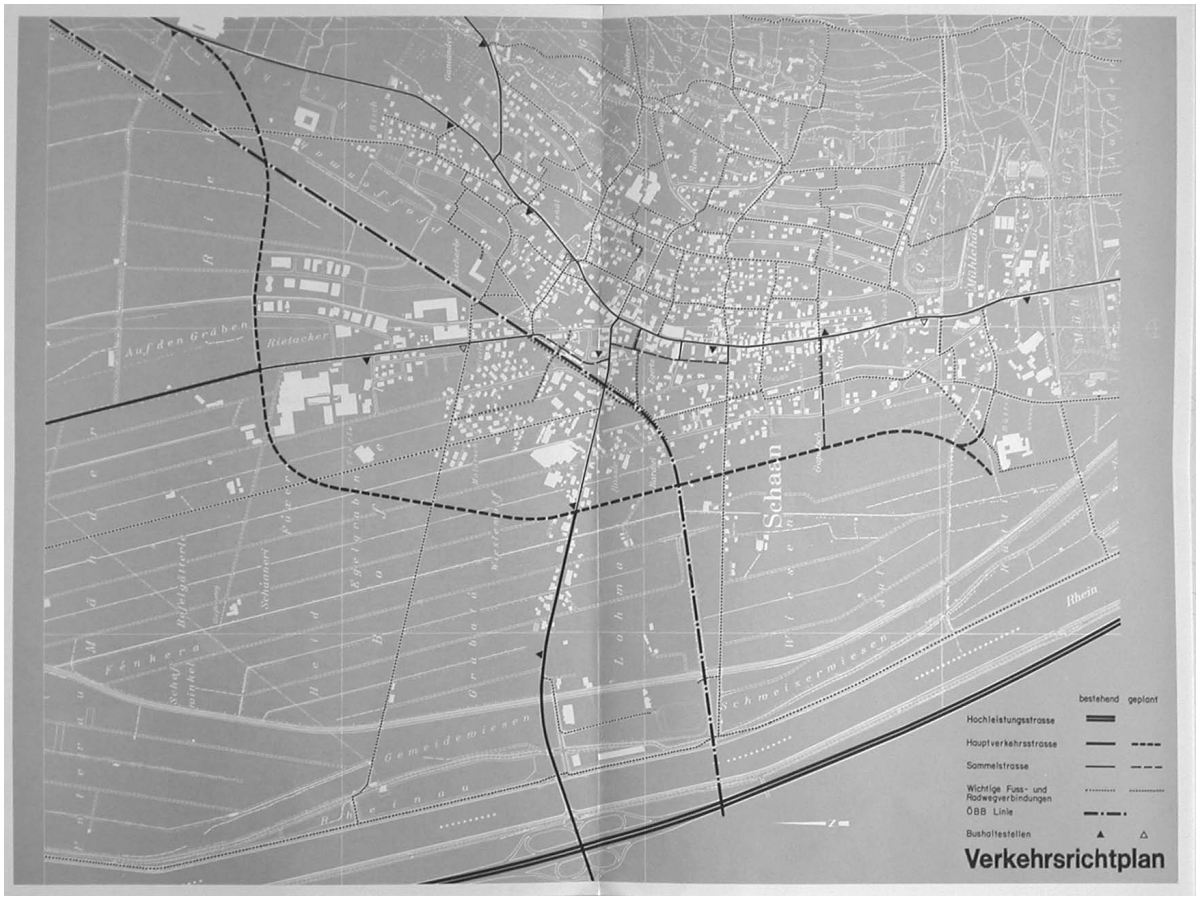


Abb. 90: Verkehrsplanungsgruppe Gemeinde Schaan, „Verkehrsrichtplan“, Entwurf zum generellen Verkehrsplan, November 1986, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.

Für das Areal der Werke 1 und 2 der Hilti AG bedeuteten die Planungsbemühungen wie bereits die Verkehrsplanungen in den 1970er-Jahren eine erhebliche Verbesserung der Erschliessung des Firmenhauptsitzes. Aus diesem Grund erhielten die Planungsbestrebungen explizit die Unterstützung durch die Hilti AG.[1287]

Anfang 1987 legte die Verkehrsplanungsgruppe den Entwurf des generellen Verkehrsplans dem Gemeinderat von Schaan dar. Zusammen wurde entschieden, die Arbeit im Rahmen einer Ausstellung und Diskussionsveranstaltung den Bewohnern von Schaan vorzustellen.[1288]

3.8.4 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Genereller Schaaner Verkehrsplan – 1988“

3.8.4.1 Die emergente Rolle des Raumplaners

Ausgangspunkt für die erneute Inangriffnahme des Verkehrsproblems waren die 1976 an der Urne gescheiterte Verkehrsplanung von Schaan, sowie eine stetige Zunahme des Verkehrs im Dorfzentrum in den 1980er Jahren. Die Planer der durch den Gemeinderat eingesetzten Verkehrsplanungsgruppe erarbeiteten im Vergleich zu den früheren Verkehrsplanungen eine differenzierte und vielschichtige Grundlage für den Entwurf eines generellen Verkehrsplans. Bezüglich der Haupterschliessungsstrasse, die bis anhin als Umfahrungsstrasse geplant war, klärte die Planungsgruppe verschiedene Varianten mit Tunnelführung, Führung entlang dem Bahntrassee oder

[1287] Interview mit Michael Hilti vom 12. Dezember 2007
[1288] Schaan heute, Informations-Bulletin der Gemeinde Schaan, „Sonderausgabe Verkehrsplanung“, Sonder-Ausgabe Nr. 69, Juni 1988, Archiv Gemeinde Schaan, S. 5.

entlang Bauzonengrenze ab. Die disziplinäre Breite der Planungsgruppe verhinderte einseitig verkehrstechnische Lösungsansätze. Gleichzeitig konnten aufgrund dieser interdisziplinären Ausrichtung bereits bei der Erstellung der Planwelten verschiedene Aspekte wie Raumvernetzung, Siedlungsqualitäten, Wohnqualitäten und weitere gesellschaftliche Bedürfnisse in die Verhandlungsprozesse eingebracht und verhandelt werden. Zum ersten Mal beabsichtigten die Verkehrsplaner, auch die Öffentlichkeit in den Diskurs der Verkehrsplanung einzubeziehen. „Auch im Sinne einer speditiven Lösung der Verkehrsprobleme kann der Einbezug der Öffentlichkeit nicht ausgelassen werden. Die Realisierung unbestrittener Massnahmen kann schon im nächsten Jahr angegangen werden."[1289] Die gesellschaftliche Resonanz bezüglich der Planwelten und Lösungsansätzen sollte damit erhört werden, um die Realisierungschancen einer Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit abschätzen zu können. Aufgrund dieser Rückmeldungen wollten die Planer eine zukunftsfähige Strategie der Rückübersetzung der Interessen des Aktor-Netzwerkes „Verkehrsplanung Schaan" festlegen.

3.8.5 Rückübersetzung der Planwelt „Genereller Schaaner Verkehrsplan - 1988"

3.8.5.1 Informationsveranstaltungen, Diskussionen und Gutachten

An den Diskussionsveranstaltungen zwischen Verkehrsplanungsgruppe und Bevölkerung zeichnete sich ab, dass viele der vorgestellten Massnahmen, wie Bevorzugung des Fussgänger- und Fahrradverkehrs durch Schaffung von Fussgängerbereichen, geschützten Übergängen über die Hauptstrasse, Verbreiterung der Trottoirs und separate Führung der Radfahrer entlang der Hauptstrasse, wie auch eine geordnete Erschliessung und ansprechende Dorfbildgestaltung mehrheitlich befürwortet wurden. Kontrovers diskutiert wurde nach wie vor die Linienführung der geplanten Umfahrungsstrasse. Zentral war die Frage, wie stark die Umfahrungsstrasse das Zentrum entlasten könne. Grundsätzlich wurde allgemein geschätzt, dass in den Arbeiten und Unterlagen der Planungsgruppe nicht nur einseitig die Vorteile, sondern auch die Nachteile der Planungen diskutiert wurden. Dies stärkte gemäss Wortmeldungen das Vertrauen der Bevölkerung in die Verkehrsplanungskommission.[1290]

Parallel zu der Informationsveranstaltung bat der Gemeinderat die Vertreter des Landesbauamts um Stellungnahme zum angefertigten generellen Schaaner Verkehrsplan. Das in der Folge erstellte Gutachten befasste sich mit mehreren Punkten der Verkehrsplanung. Die Vertreter des Landes beurteilten den generellen Verkehrsplan grundsätzlich als geeignet, Verkehrsprobleme und zu lösen. Die Realisierung einer Entlastungsstrasse wurde als sinnvoll erachtet, da mittelfristig nicht damit gerechnet werden könne, dass der Individualverkehr abnehmen werde. Bemängelt wurde, dass nach wie vor viele Fragen, insbesondere zu Realisierbarkeit einzelner Infrastrukturumlegungen, Kosten oder Weiterführungen des Verkehrsnetzes ausserhalb des Gemeindegebiets, nicht beantwortet wurden.[1291]

Um Klarheit über die gesellschaftlichen Ansprüche gegenüber einer zukünftigen Verkehrsplanung zu erhalten, entschied der Gemeinderat von Schaan, einzelne Punkte der aktuellen Verkehrsplanung einer Konsultativabstimmung zuzuführen. Die Bevölkerung sollte die Möglichkeit erhalten, zu den einzelnen Lösungsansätzen und Bausteinen der generellen Verkehrsplanung Stellung zu nehmen. Je

[1289] Verkehrsplanungsgruppe Schaan, „Entwurf zum generellen Verkehrsplan", Nov. 1986, Archiv Gemeinde Schaan, S. 4.
[1290] Schaan heute, Informations-Bulletin der Gemeinde Schaan, „Sonderausgabe Verkehrsplanung", Sonder-Ausgabe Nr. 69, Juni 1988, Archiv Gemeinde Schaan, S. 5.
[1291] Ebenda, S. 8.

nach Ausgang der Abstimmung wollte der Gemeinderat zusammen mit der Planungskommission die Prioritäten und den weiteren Verlauf der Verkehrsplanungen festlegen. Als Abstimmungsdatum legte der Gemeinderat den 3. Juli 1988 fest.[1292]

3.8.5.2 Konsultativabstimmung Genereller Schaaner Verkehrsplan

Die stimmberechtigte Wohnbevölkerung Schaans hatte über sechs Hauptpunkte des Verkehrsplanungskonzepts zu entscheiden. Die erste Abstimmungsfrage betraf die Art der Ausführung des ersten Abschnitts einer Entlastungsstrasse, die gleichzeitig die erste Etappe der seit Langem geplanten Umfahrungsstrasse darstellte. Der Abschnitt zwischen Feldkircher- und Bendererstrasse sollte westlich vom Werk 1 der Hilti AG an der Feldkircherstrasse ansetzen und nördlich des Werks 2 ins Industrie- und Gewerbegebiet Rietacker führen. Die diesbezügliche Abstimmungsfrage wurde in drei weitere Unterfragen gegliedert, welche die Art und Weise der Kreuzungsführung mit der Bahnlinie der ÖBB betrafen. Es gab die Wahl zwischen einer niveaugleichen Kreuzung von Bahn- und Autoverkehr (1), einer Überführung des Autoverkehrs über die Bahnlinie (2) oder einer Unterführung des Autoverkehrs unter der Bahnlinie hindurch (3). Die zweite Abstimmungsfrage betraf ein kurzes, neu zu erstellendes Strassenstück, das als zweite Teilentlastungsstrasse entlang der Bahnlinie der ÖBB insbesondere den Verkehr von der Bendererstrasse in die Zollstrasse überleiten sollte. Dieser Abschnitt hätte zu einer weiteren verkehrlichen Entlastung des Lindenplatzes im Dorfzentrum Schaans führen sollen.[1293]

Die dritte Abstimmungsfrage betraf eine generelle Umfahrungsstrasse, beginnend beim ersten Teilabschnitt im Rietacker entlang der Bahnlinie bis in die Zollstrasse führend. Als Variante dazu stand der zweite Abschnitt der Umfahrungsstrasse, beginnend beim Gewerbegebiet Rietacker und westlich des Siedlungsgebiets vorbei bis in die Zollstrasse und weiter bis nach Vaduz führend, zur Abstimmung.[1294] Die vierte bis sechste Abstimmungsfrage befasste sich mit Verkehrsberuhigungsmassnahmen innerorts. So beschäftigte sich die vierte Frage mit der Umgestaltung der bestehenden Strassen; Fussgängern und Fahrradfahrern sollte dadurch mehr Platz und Sicherheit eingeräumt werden. Die fünfte Frage forderte den Entscheid zwischen einem Ausbau des Fussgänger- und Radwegnetzes oder dem Belassen im damaligen Ausbaustandard. Mit der sechsten Frage sollte entschieden werden, ob der öffentliche Verkehr mit mehr Haltestellen und einem Ortsbusnetz verbessert werden sollte.[1295]

Am 18. und 28. Juni 1988 informierte das Liechtensteiner Volksblatt umfassend über die bevorstehende Konsultativabstimmung. Vor- und Nachteile zu den einzelnen Punkten wurden diskutiert.[1296] In einem Zusatz befasste sich das Volksblatt mit den Chancen und Grenzen der Verkehrsplanung. Als Chance wurde die Möglichkeit gezielter Massnahmen zur Verbesserung des bestehenden Verkehrssystems genannt, „welche gesamthaft von einer eher chaotischen Situation in eine geordnete Dorfentwicklung überführen“.[1297] Die Grenzen der Verkehrsplanung legte das Volksblatt ebenso klar dar. „Die Gemeinde Schaan oder das Land kann keine Verkehrsplanung veranlassen, welche uns einer-

[1292] Ebenda, S. 24.
[1293] Ebenda, S. 17-19.
[1294] Ebenda, S. 20.
[1295] Ebenda, S. 21.
[1296] Anonym (1988a).
[1297] Anonym (1988b).

seits den Segen der uneingeschränkten Mobilität garantiert und uns andererseits von den negativen Auswirkungen eben dieser Mobilität verschont.“[1298]

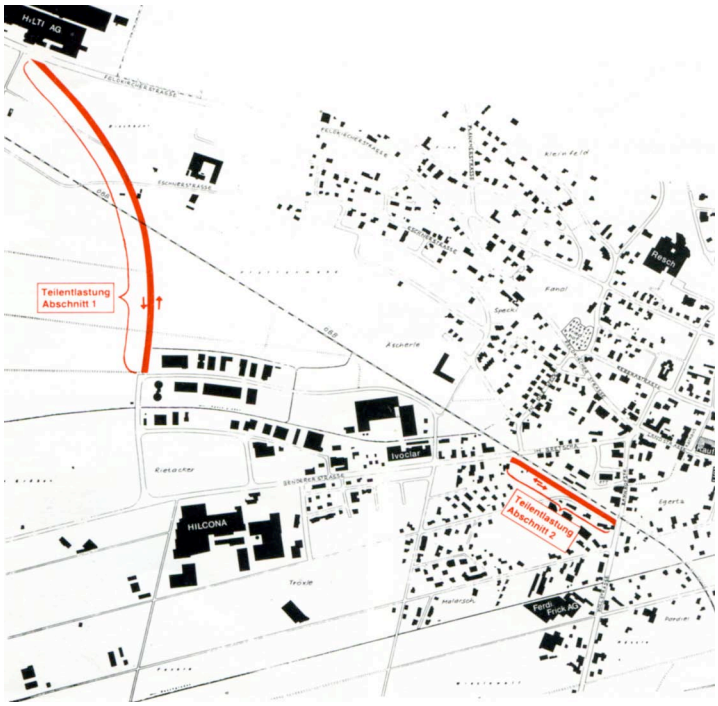


Abb. 91: Skizze zu Frage 1 und 2, „Die Teilentlastung“, der Konsultativabstimmung über den generellen Verkehrsplan, aus: Abstimmungsunterlagen, „Kurzzusammenfassung der 3 Lösungsmöglichkeiten, Konsultativabstimmung – Genereller Schaaner Verkehrsplan“, Archiv Gemeinde Schaan.



Abb. 92: Skizze zu Frage 3, „Die Umfahrungsstrasse“, der Konsultativabstimmung über den generellen Verkehrsplan, aus: Abstimmungsunterlagen, „Kurzzusammenfassung der 3 Lösungsmöglichkeiten, Konsultativabstimmung – Genereller Schaaner Verkehrsplan“, Archiv Gemeinde Schaan.

[1298] Ebenda.

Die Tageszeitung Liechtensteiner Vaterland kritisierte am 29. Juni 1988 die Abstimmungsvorlagen weit schärfer als ihre Konkurrenz. Die Redaktion der Zeitung stellte sich auf den Standpunkt, dass die vorgestellten Lösungsansätze der Verkehrskommission vor allem neue Probleme schafften. Es müsse bezweifelt werden, ob es möglich sei, ein Strassendorf wie Schaan einfach durch Behinderungen in ein „wirtschaftstotes Residenzviertel" umzufunktionieren. Mit dieser Aussage bezog sich das Blatt insbesondere auf die geplanten Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Dorfzentrum. „Schaan ist nämlich das pulsierende Wirtschaftszentrum unseres Landes mit einer Reihe von grossen Industrie- und zahlreichen Gewerbebetrieben, die durch eine so tiefgreifende Blockierung der inneren Verkehrswege zweifellos ganz erheblich behindert wären (…)."[1299] Grundsätzlich stellte sich das Liechtensteiner Vaterland auf den verkehrsfreundlichen Standpunkt, dass Strassen Lebensadern besiedelter Gebiete sind und deshalb offengehalten, verbessert und sicherer gemacht werden müssten, „damit der Verkehrsfluss möglichst ungehindert passieren kann".[1300] Trotzdem wurde die Linienführung der Umfahrungsstrasse als wenig zielführend betrachtet, da wertvolles Bauland geopfert werden müsse und zudem die Siedlungsränder durch die zu erwartenden Verkehrsemissionen unnötig belastet würden. Die Zeitungsredaktion befürwortete diesbezüglich eine Linienführung der Umfahrungsstrasse über den Rheindamm, wie sie in den 1970er-Jahren diskutiert worden war.[1301]

Diese kontroverse Auseinandersetzung zeigte die Bedeutung und Bandbreite der Argumentationen von Befürwortern und Gegnerschaft auf. Da es in dieser Phase für die Verkehrsplanungskommission insbesondere darum ging, Teile der Bevölkerung als Akteure in die Aktor-Netzwerke der Verkehrsplanung zu integrieren, war der Erfolg dieses Unterfangens davon abhängig, inwiefern es den Gegnerschaften gelang bzw. nicht gelang, die Akteure mit ihren Argumentationen auf ihre Seite ziehen. Aus diesem Grund war es verständlich, dass der Gemeindevorstand Schaans die Initiative ergriff und auf die Kritik der Redaktion des Vaterlandes reagierte. „Kritisch sein ist Aufgabe der Presse, doch darf nach unserer Meinung damit nicht die wertvolle Arbeit der Verkehrsplanungsgruppe und der Gemeindebehörden in dieser Art herabgewürdigt werden."[1302] Im selben Schreiben wurden verschiedene Punkte, die nicht korrekt oder mit falschen Zahlen angegeben waren, richtiggestellt.[1303]

Auf den Leserbriefseiten der regionalen Tageszeitungen meldeten sich bezüglich der Konsultativabstimmung eher kritische Stimmen. Es wurde argumentiert, dass neue Strassen mehr Verkehr bringen würden.[1304] Wieder andere verwiesen auf bereits bestehende Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Schaan und deren fehlende Wirkungen.[1305] Ein weiteres Argument gegen die Umfahrungsstrasse baute auf einer positiven Beziehung zu Natur und Heimat und den Verlust von Ackerland und intakten Landschaften auf.[1306] Ein weiterer Leserbriefschreiber kritisierte, dass bei der ersten Frage die grundsätzliche Erstellung der Teilentlastung nicht zur Diskussion stünde und nur noch über die Art und Weise der Ausführung abgestimmt werden könnte. In demselben Leserbrief wurde angefügt, dass Umfah-

[1299] Anonym (1988c).
[1300] Ebenda.
[1301] Ebenda.
[1302] Schierscher (1988).
[1303] Ebenda.
[1304] Ospelt (1988).
[1305] Walser (1988).
[1306] Frommelt (1988).

rungsstrassen keine Verkehrsentlastung, sondern eine Verlagerung des Verkehrs zuungunsten der Wohnquartiere bringen würden.[1307]

Während im Rahmen erster Informationsveranstaltungen die Stimmung gegenüber dem Verkehrsrichtplan noch gut gewesen war, kippte diese im weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse.

Am 3. Juli 1988 gingen von 2'140 Stimmberechtigten der Gemeinde Schaan 1'291 Stimmberechtigte, also rund 60 Prozent, zur Abstimmung. Ausser bei zwei Nebenpunkten trafen sämtliche Ansätze der Verkehrsrichtplanung auf Ablehnung. Bei der ersten Frage zur Art und Weise der Ausführung des Teilabschnitts 1 stimmten 232 für eine niveaugleiche Kreuzung, 161 für eine Überführung und 148 für eine Unterführung des Autoverkehrs. Aus der Tatsache, dass bei dieser Frage 370 Stimmberechtigte leer eingaben und weitere 334 Antworten auf diese Frage als ungültig erklärt wurden, schloss die Redaktion der Tageszeitung Vaterland, dass der Bau der Teilentlastung, obwohl von den Planern vorausgesetzt, infrage gestellt war. Auch der Teilabschnitt 2 der Teilentlastung wurde mit 416 zu 721 Stimmen abgelehnt. Die Gesamtumfahrung des Dorfes wurde mit 319 zu 861 Stimmen abgelehnt. Der Ansatz der Umgestaltung der bestehenden Strassen wurde mit 506 zu 657 Nein-Stimmen verworfen. Einzig den Ausbau des Fussgänger- und Radwegnetzes befürwortete die stimmberechtigte Bevölkerung von Schaan mit 781 zu 393 Stimmen. Dem Ausbau und der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs wurde äusserst knapp mit 587 zu 567 Stimmen sowie 70 Enthaltungen und 21 ungültigen Stimmen zugestimmt.[1308]

In einer ersten Reaktion begrüssten der damalige Gemeindevorsteher von Schaan wie auch der Leiter der Planungsgruppe Verkehr die rege Teilnahme an der Konsultativabstimmung. Beide zeigten sich auch durch die erhaltenen Aussagen befriedigt und wollten eine Abstimmungsanalyse des Gemeinderats und der Verkehrsplanungsgruppe abwarten. Der Ortsvorsteher meinte zudem, dass das Erfreulichste die Diskussion rund um den Verkehrsplan gewesen sei. Ein Grossteil der Bevölkerung habe sich mit dem Thema Verkehrsplanung befasst und sich dazu auch geäussert.[1309]

Dass sich mit der Umfrage die Realisierungschancen sämtlicher Hauptpunkte des Verkehrrichtplans massgeblich verschlechterten, war hingegen eine Tatsache, welcher sich der Gemeinderat und die Planungsgruppe stellen mussten. Wie sich zeigte, war die Verunsicherung jedoch derart gross, dass über längere Zeit der Verkehrsrichtplan nicht weiter bearbeitet wurde.

3.8.6 Die lokale planerische Praxis des Generellen Schaaner Verkehrsplans

3.8.6.1 Die emergente Rolle der Planer

Die Aufgabe der Planer war es, in der Phase der Rückübersetzung der Planwelten mit der Strategie der Partizipation eine Mehrheit der Bevölkerung für die Verkehrslösungen zu vereinen und als Akteure in das Aktor-Netzwerk „Verkehrsplanung" einzubinden. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten verschiedene Phasen der Üb-

[1307] Jehle, Jehle (1988).
[1308] Anonym (1988d); Anonym (1988e).
[1309] Anonym (1988f).

ersetzung durchschritten werden.

3.8.6.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Lösung des Verkehrsproblems und Mitsprachemöglichkeit der Bevölkerung

Aus den fehlenden gesellschaftlichen Entsprechungen gegenüber verschiedensten Planerforderungen in der Vergangenheit schlossen die verantwortlichen Planer und Gemeindevertreter, dass der Bevölkerung in Sachen Verkehrsplanung ein Mitspracherecht zugestanden werden musste, um die Realisierungschancen der Rückübersetzung der Verkehrsplanungen zu verbessern. Entsprechend stellten sich die Planer nicht nur die Aufgabe, Lösungsansätze für die nach wie vor vorherrschende Verkehrsproblematik aufzuzeigen, sondern diesbezüglich auch die Bevölkerung zu den einzelnen Punkten zu befragen. Die Bevölkerung sollte über diese Befragung in die Verkehrsplanung eingebunden werden.

• Partnergewinnung – Konsultativabstimmung

Mittels Ausstellungen und Informationsveranstaltungen sowie einer Konsultativabstimmung gelang es den Planern, die Bevölkerung proaktiv anzusprechen. In einer ersten Phase schien dies erfolgreich zu sein. Da das Thema der Verkehrsplanung in der Gemeinde Schaan seit vielen Jahren auf der politischen und planerischen Agenda stand, war auch das Interesse entsprechend gross. Das Ziel der Planer war es, durch ihre Überzeugungsarbeit einen Grossteil der Bevölkerung für eine Gesamt- oder zumindest Teillösung des Verkehrsproblems als Allianzpartner zu gewinnen.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung

Die einzelnen Fragen der Konsultativabstimmung zielten darauf ab, Verhandlungsspielraum bereitzustellen und Verhandlungsbereitschaft seitens der Planer gegenüber der Bevölkerung zu signalisieren. Explizit wollten es die Planer vermeiden, die Bevölkerung mit planerischen Voraussetzungen zu konfrontieren. Dieses Mitspracherecht sollte es den einzelnen Akteuren innerhalb der Bevölkerung vereinfachen, sich in die Rolle eines mitbestimmenden Akteurs einzufügen und sich als Allianzpartner spezifischer Lösungsansätze einbinden zu lassen.

• Dissidenz und Verhandlungsabbruch – sämtliche Planungsbestrebungen der Verkehrsplanungsgruppe finden keine gesellschaftliche Entsprechungen

Im Vorfeld der Abstimmung wurden die verkehrs- und raumplanerischen Inhalte zunehmend kontrovers diskutiert. Der Gegnerschaft der Verkehrsplanung gelang es zunehmend, Teile der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Obwohl mehrere Möglichkeiten aufgezeigt wurden, der Bevölkerung ein Mitspracherecht bei der Verkehrsplanung gewährt und entsprechend Verhandlungsspielraum offen gelassen wurde, gelang es den Planern nicht, die notwendigen Allianzpartnerschaften für die Verkehrsplanung zu knüpfen. Es zeigte sich, dass eine lösungsorientierte Verkehrsplanung kurz- bis mittelfristig keine gesellschaftliche Entsprechung finden würde.

3.8.6.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Genereller Schaaner Verkehrsplan“

Siehe Anhang am Anschluss an die zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan.

• ERWEITERUNGSBAU BÜROHAUS NORD

3.8.7 Planwelt „Erweiterungsbau Bürohaus Nord – 1989“ und deren Rückübersetzung

Unabhängig von den gescheiterten Verkehrsplanungsbestrebungen setzten sich die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse bezüglich der weiteren räumlichen Entwicklungen auf dem Areal der Werke 1 und 2 der Hilti AG am Standort Schaan fort.

Am 24. Januar 1989 reichte das Unternehmen Hilti AG in der Bauverwaltung der Gemeinde Schaan das Baugesuch für das Bürohaus Nord ein.[1310] Ein langgezogener, West/Ost-orientierter, fünfgeschossiger Verwaltungsbau mit den Grundmassen von rund 14 auf 61 Meter sollte vor das Bürohaus Nord gestellt werden.[1311]

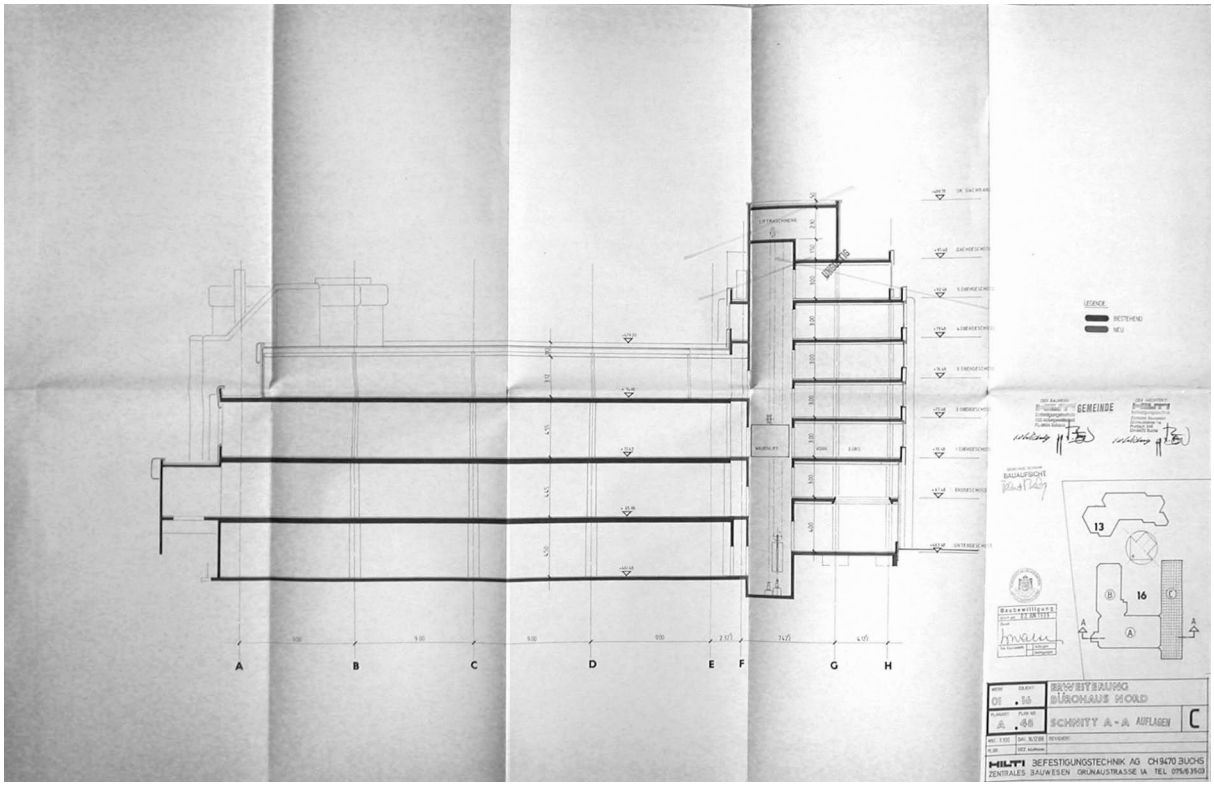


Abb. 93: Zentrales Bauwesen Hilti AG, „Querschnitt 1:100, Erweiterung Bürohaus Nord“, 16. Dezember 1988, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.

Gebäudehöhe, Geschossanzahl wie auch die Gebäudelänge verlangten nach einer Ausnahmebewilligung durch den Gemeinde- und Regierungsrat, die von der Bauherrschaft wie auch den Planern vorausgesetzt wurde. Der Gemeinderat erteilte die Ausnahmebewilligung am 1. März 1989 und ersuchte in einem Schreiben an die Regierung des Fürstentums Liechtenstein diese, der Ausnahmebewilligung ebenfalls zuzustimmen.[1312] Die Regierung behandelte das Gesuch am 9. Mai 1989.[1313] Sie erteilte die

[1310] Baugesuch an Gemeinde Schaan und das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein, „Anbau Bürohaus Nord“, Eingang Gemeinde 24. Januar 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.
[1311] Zentrales Bauwesen Hilti AG, Situationsplan 1:500, Grundrisse, Schnitt und Fassaden 1:100, „Anbau Bürohaus Nord“, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.
[1312] Schreiben des Gemeindebaubüros an die Regierung des Fürstentums Liechtenstein, „Ausnahmebewilligung für den Erweiterungsbau Bürohaus Nord der Hilti AG, Montagetechnik Werk 1, auf der Parzelle Kat. Nr. 8d/VIII in Schaan“, 7. März 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.

Ausnahmebewilligung ebenfalls, allerdings unter der Auflage, dass das Betriebsgebäude die baugesetzlich vorgeschriebene Höhe von 20 Metern nicht überschreiten dürfe. Der Regierungsrat beanstandete bei den eingereichten Planwelten das Attikageschoss, das nicht den Bestimmungen des Baugesetzes entsprach. Es überschritt die baugesetzlich zulässigen 50 Prozent Grundfläche bezogen auf die Geschossfläche. Zudem war der notwendige 45 Grad Rücksprung von der Gebäudekante bei 20 Metern nicht überall eingehalten. Aufgrund dieser nicht eingehaltenen Vorgaben wurde das Gebäude höher als 20 Meter und damit nicht als bewilligungskonform taxiert. Um eine Entsprechung durch die Bewilligungsbehörden zu erlangen, musste das Attikageschoss also redimensioniert werden. Im Zusammenhang mit der Ausnahmebewilligung wurde als weitere Auflage die in den vergangenen Jahren bereits mehrfach ausgesprochene Forderung nach einer Bepflanzung entlang der Feldkircherstrasse wiederholt. Explizit forderten die Vertreter der Bauämter diesmal einen Bepflanzungsplan zur Eingliederung des Werks 1 in die Landschaft.[1314]

Als Reaktion auf diese Forderungen sicherte die Hilti AG dem Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein am 24. Mai 1989 die Bereitschaft zu, die Auflagen bezüglich der maximalen Bauhöhe von 20 Metern, der Anpassung des Attikageschosses an die gesetzlichen Vorgaben sowie des Bepflanzungsplans zu erfüllen. Im selben Schreiben ersuchten die Vertreter der Hilti AG um die Erteilung der Baubewilligung, damit mit den Bauarbeiten unverzüglich begonnen werden könne.[1315]

Am 2. Juni 1989 stellte das Hochbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein die Baubewilligung aus.[1316] Im Anhang der Baubewilligung formulierte es erneut die Auflagen bezüglich Attikageschoss, Bepflanzung des Areals, Aufzugsanlagen, Brandschutzkonzept, Gewässerschutz und Parkierungsnachweis. Um dieses Mal das Ziel einer ansprechenden Eingliederung des Areals von Werk 1 in die Landschaft zu erreichen, präzisierte das Amt die Anforderungen der Auflage. „Die Ausnahmebewilligung ist mit der ausdrücklichen Auflage verbunden, dass zur Einbindung des Gesamtareals der Hilti AG in das Landschaftsbild eine entsprechende Bepflanzung angebracht wird. Bereits in früheren Ausnahmeentscheiden der Regierung sind inzwischen rechtskräftige Auflagen zur angemessenen Bepflanzung entlang der Feldkircherstrasse und des Areals verbunden worden. Allerdings sind diese Auflagen nur teilweise erfüllt worden. Mit Schreiben vom 24. Mai 1989 hat die Firma Hilti bestätigt, eine entsprechende Bepflanzung vorzunehmen. Für diese Bepflanzung ist ein Bepflanzungsplan auszuarbeiten. Dieser Bepflanzungsplan kann richtigerweise nur von diesbezüglichen Fachleuten ausgearbeitet werden, der bis spätestens 1. Oktober 1989 dem Hochbauamt nachzureichen ist. Es wird dringend empfohlen, die Ausarbeitung dieses Bepflanzungsplanes in enger Zusammenarbeit mit dem Baubüro der Gemeinde Schaan und dem Hochbauamt vorzunehmen.“[1317]

[1313] Schreiben der Regierung des Fürstentums Liechtenstein an die Gemeindevorstehung Schaan, „Ausnahmeansuchen zum Baugesuch der Firma Hilti AG, Befestigungstechnik“, 10. Mai 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.
[1314] Ebenda.
[1315] Schreiben der Hilti AG an das Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein, „Baugesuch Anbau Bürohaus Nord“, 24. Mai 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.
[1316] Baubewilligung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein, „Anbau Bürohaus Nord“, 2. Juni 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.
[1317] Erteilung der Baubewilligung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein, „Spezielle Bauvorschriften 3.2“, 2. Juni 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.

Im Verlauf des Monats Juni 1989 wurden die Pläne des überarbeiteten Attikageschosses dem Hochbauamt des Landes Fürstentum Liechtenstein vorgelegt. In einem Schreiben des Vorstehers des Bauamts an das für die Planwelten verantwortliche Planungsbüro der Hilti AG in Buchs SG bemängelte der Vorsteher die Planänderung erneut. Aufgrund möglicher Erweiterungsabsichten hätten die Planer des Bürobaus auf der nordöstlichen Seite des geplanten Baus nicht dem gesetzlich vorgeschriebenen Rücksprung von 45 Grad entsprochen. Der Vorsteher der Bauverwaltung forderte jedoch einen allseitigen Rücksprung der Fassade, damit die Gebäudehöhe von 20 Metern optisch in keinem Falle überragt werde. Um ein weiteres Hin und Her zwischen Planungsbüro und Bauverwaltung zu vermeiden, formulierte der Bauvorsteher seine Haltung bezüglich des Projekts und seiner Rolle unmissverständlich. „Ich meine, es wäre für die Firma Hilti, für ihre Bauabteilung und zweifellos auch für die Baubehörden zielführend, wenn nun mit einer wirklich rechtskonformen, architektonisch hochstehenden Planung in den nächsten Tagen ein abschliessend bewilligungsfähiges Attikageschoss den Baubehörden zur Genehmigung vorgelegt würde.“[1318]

Am 19. Oktober 1989 bewilligte das Hochbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein die mittlerweile angepassten Planwelten.[1319]

Im Oktober 1989 reichte die Hilti AG, wie vom Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein gefordert, das Bepflanzungskonzept ein. Als Grundsatz für die Bepflanzung formulierte der Fachplaner das Hauptziel einer landschaftlichen Eingliederung des Werkgeländes in die Umgebung. Als weiteres Ziel sollte die Bepflanzung als optische Abschirmung beziehungsweise Auflockerung der Bauvolumen und innerhalb des Geländes als Aufkammerung der unterschiedlich genutzten Räume dienen. In Anpassung an den umgebenden Waldbestand sollten standorttypische und einheimische Arten als Weiterführung des angrenzenden Laubmischwaldes verwendet werden. Entlang der Feldkircherstrasse war zudem eine Allee zwischen Strasse und Werkgelände geplant.[1320] „Die alleeähnliche Anordnung der Bäume ist einerseits eine Folge des beschränkten Pflanzraumes zwischen Strasse und Werkgelände, nimmt aber andererseits die geometrischen Formen des architektonisch ansprechend gestalteten Hiltigebäudes auf. Südlich und nördlich (…) wird mit Hilfe von neu vorgesehenen Strauchgruppen eine Auflösung der Alleestruktur angestrebt.“[1321] Für das gesamte Areal sollten für die Bepflanzung rund acht verschiedene Baumsorten, 13 verschiedene Straucharten und drei verschiedene Bodendeckerarten verwendet werden (Abb.94). Die Gesamtkosten wurden mit 60’000 Franken veranschlagt.[1322]

Am 15. Januar 1990 wurde der Bepflanzungsplan vom Hochbauamt des Landes genehmigt. Für die Realisierung des Bepflanzungsvorschlags wurde eine Frist von drei Jahren ab Bewilligungsdatum gewährt.[1323]

[1318] Schreiben des Vorstehers des Hochbauamtes des Fürstentums Liechtenstein an die Planungsabteilung der Firma Hilti AG in Buchs SG, „Erweiterung Bürohaus Nord Bauakt Nr. 73.1989.882“, 12. Juni 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.
[1319] Baubewilligung Planänderung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein, „Planänderung zur Baubewilligung vom 2. Juni 1989“, 19. Okt. 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.
[1320] Mario F. Broggi AG, Ingenieure und Planer, „Bepflanzung Hilti AG Schaan, Werk 1, Vaduz“, Oktober 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784, S. 1.
[1321] Ebenda, S. 2
[1322] Ebenda, S. 6-7
[1323] Schreiben des Vorstehers des Hochbauamtes des Fürstentums Liechtenstein an die Firma Hilti AG in Buchs SG, „Planänderung zu Ihrem Bauvorhaben ‚Anbau Bürohaus Nord‘“, Bauakt Nr. 73.1989.882, 15. Januar 1990, Archiv Bauamt Schaan, Bauakten-Nr. 2784.

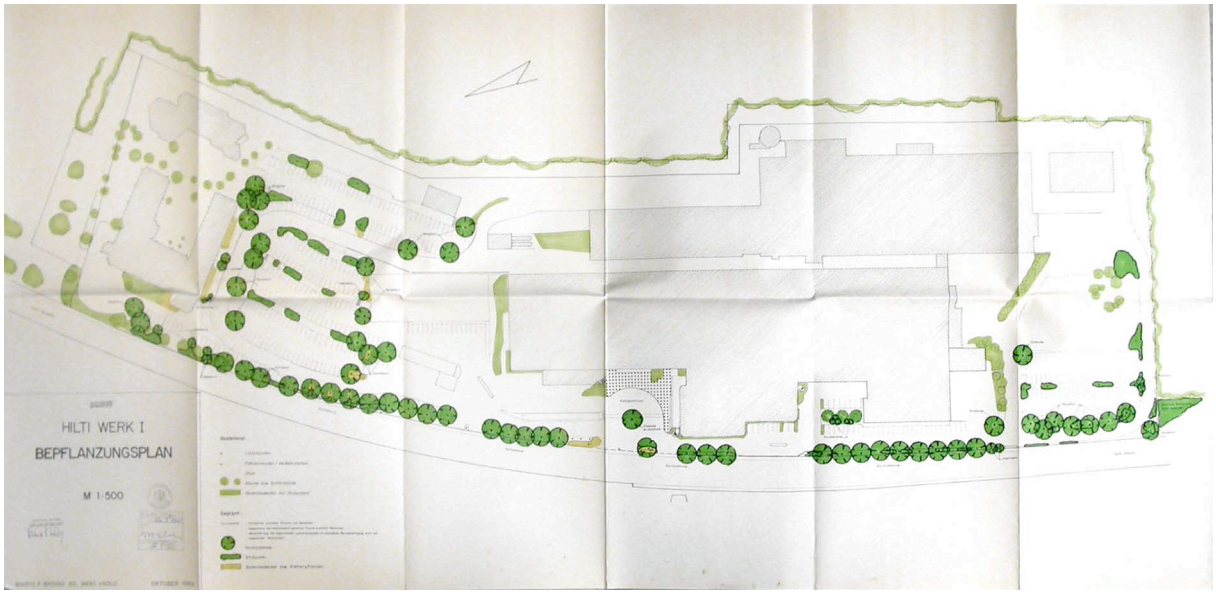


Abb. 94: Mario F. Broggi AG, „Bepflanzungsplan Hilti Werk 1, 1:500, Erweiterung Bürohaus Nord“, Oktober 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2784.

Mit dem Erfüllen dieser Auflage lieferte die Hilti AG den letzten Baustein zur Allianz zwischen Bauherrschaft, Planungsbüros, Bauverwaltungen und Behörden. Das zu diesem Zeitpunkt stabil geknüpfte Aktor-Netzwerk ermöglichte so die verfahrenstechnisch gesicherte Weiterführung der bereits in Angriff genommenen Bauarbeiten, die bald darauf abgeschlossen werden konnten.

3.8.8 Die lokale planerische Praxis des Erweiterungsbaus Bürohaus Nord

3.8.8.1 Die emergente Rolle der Planer

Ausgangspunkt der Handlungstätigkeit der Planer war der Bedarf nach neuen Büroräumlichkeiten. Als Aufgabe definierten sie dabei den Entwurf eines den Interessen der Bauherrschaft entsprechenden Bürohauses. Dabei spekulierten die Planer des Bürohauses Nord – wie bereits andere Planer vor ihnen – hinsichtlich der Gebäudehöhe auf eine Ausnahmebewilligung durch die Behörden. Als Gegenleistung forderten die Verwaltungen und Behörden erneut die längst fällige landschaftliche Eingliederung des Werks 1 in die Umgebung. Da in früheren Rückübersetzungsprozessen die Verhandlungsversprechen seitens des Aktor-Netzwerks „Werk 1 Hilti“ nicht eingelöst worden waren, verlangten die Planer der Gemeinde und des Landes diesmal einen Bepflanzungsplan. Dieser war Voraussetzung, um die Baufreigabe zu erhalten. Dadurch, dass das Aktor-Netz-Werk einen Landschaftsplaner integrieren musste, stieg der Druck einer Rückübersetzung der Bepflanzungsziele in die Siedlungswirklichkeit. Zusätzlich erhöhten die Verwaltungen den Umsetzungsdruck, indem eine Frist von drei Jahren anberaumt wurde. Diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse hatte zur Folge, dass das Unternehmen Hilti AG den Forderungen der Behörden diesmal entsprach.

Städtebaulich und landschaftsräumlich zeigte sich jedoch bereits in den Planwelten, dass selbst landschaftsarchitektonische Massnahmen nicht über die Heterogenität und ungewöhnliche Massstäblichkeit der Bauten auf dem Areal des Werks 1 der Hilti AG in Schaan hinwegtäuschen konnten.

• PARKPLÄTZE SÜD

3.8.9 Planwelt und Rückübersetzung „Parkplätze Süd“

Im April 1986 entwickelte ein Ingenieurbüro aus Triesen am südlichen Ende von Werk 1 ein terrassiertes Parkierungskonzept für 92 Parkplätze.[1324] Am 24. April 1989 reichte die Hilti AG das Gesuch für besagte Parkierungsanlage beim Gemeindebauamt ein.[1325] Das Hochbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein bewilligte es am 29. Juni 1989.[1326] Bereits im März 1990 sollte das Konzept der Parkierungsanlage um 48 Parkplätze erweitert werden. Diese Erweiterungen bewilligte das Landesbauamt am 15. Mai 1990.[1327]

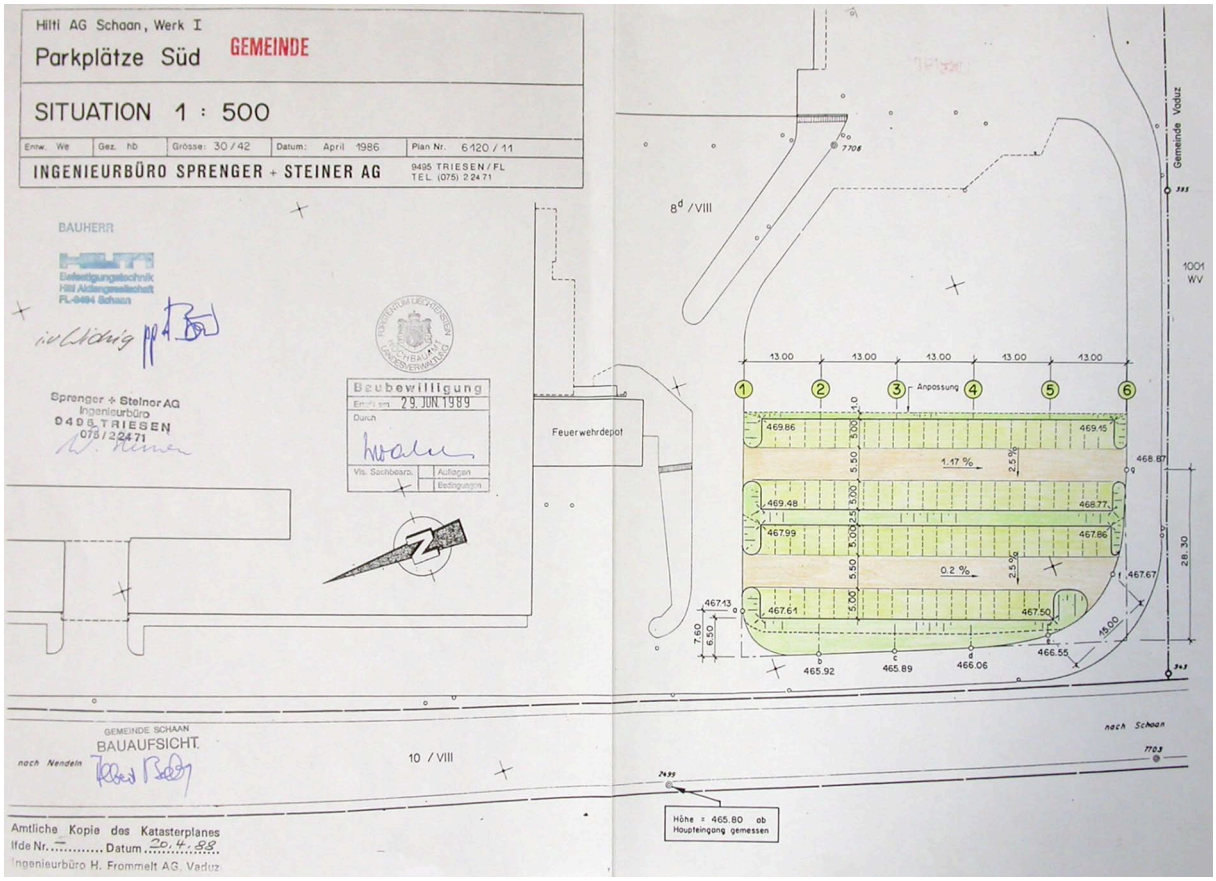


Abb. 95: Ingenieurbüro Sprenger und Steiner AG, „Situation 1:500, Parkplätze Süd“, April 1986, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2800.

Mit dieser Parkierungsanlage konnten frühere Auflagen bezüglich der Erstellung eines Parkierungskonzepts erfüllt werden.[1328] Die neuen Parkierungsmöglichkeiten entschärften das Parkierungsproblem auf dem Areal und verbesserten die Bedingungen für die zupendelnden Arbeitnehmer.

[1324] Sprenger und Steiner AG, Situationsplan 1:500, „Parkplätze Süd“, Erstellungsdatum April 1986, Bewilligungsdatum 29. Juni 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2800.
[1325] Baugesuch an Gemeinde Schaan und das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein, „Parkplätze Süd“, erstellt 24. April 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2800.
[1326] Sprenger und Steiner AG, Situationsplan 1:500, „Parkplätze Süd“, Erstellungsdatum April 1986, Bewilligungsdatum 29. Juni 1989, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2800.
[1327] Sprenger und Steiner AG, Situationsplan 1:500, „Erweiterung Parkplätze Süd“, Erstellungsdatum März 1990, Bewilligungsdatum 15. Mai 1990, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 2867.
[1328] Siehe beispielsweise im Zusammenhang mit dem Bürohaus Nord, Kapitel 3.8.7 Planwelt „Erweiterungsbau Bürohaus Nord – 1989“ und deren Rückübersetzung.

• HINWEISTAFEL DER FIRMA HILTI AG IN SCHAAN

3.8.10 Bewilligungsgesuch Hinweistafel der Firma Hilti AG

Im Juni 1992 trat die Firma Hilti AG mit einem konkreten Problem an den Gemeinderat heran. In der Vergangenheit sei es immer wieder vorgekommen, dass Lieferanten, welche die Hilti AG zu später Stunde belieferten, ihre Ware bei der Druckerei Hilty abstellten. Um zukünftig solche Missverständnisse zu vermeiden, beabsichtigte das Unternehmen Hilti AG, am Ortseingang von Schaan eine Hinweistafel anzubringen.[1329]

Die Baukommission, welche dieses Gesuch zu beurteilen hatte, beantragte eine Ablehnung des Gesuchs. Die Mitglieder der Kommission befürchteten einen Tafelwald am Ortseingang von Schaan, insbesondere wenn andere Unternehmen ebenfalls ähnliche Tafeln anbringen wollten.[1330]

In der entsprechenden Verhandlung innerhalb des Gemeinderats bat ein Gemeinderatsmitglied das Gremium, das Gesuch zu bewilligen. Die Hilti AG sei ein bedeutender Arbeitgeber und Steuerzahler, was eine tolerante Haltung rechtfertige. Der Vorstoss hatte Erfolg. Der Gemeinderat genehmigte das Bewilligungsgesuch mit neun Ja-Stimmen und drei Enthaltungen.[1331]

Dieser Nebenschauplatz zeigte ein weiteres Mal die gesellschaftlichen Verknüpfungen des Unternehmens mit der Gemeinde, den Gemeindevertretern und der Bevölkerung auf. Die Baukommission, mit Fachleuten bestückt, hatte die Aufgabe, Baugesuche auf ihre Zweckmässigkeit und Gesetzeskonformität zu untersuchen. In diesem Rahmen wurden auch die Auswirkungen auf die Siedlungswirklichkeit berücksichtigt. Die Baukommission befürchtete eine Entstellung des Dorfeingangs durch Hinweistafeln. Mit der ablehnenden Haltung gegenüber den Hinweistafeln bewies die Baukommission ihre Haltung bezüglich räumlicher Anliegen. Dass der Gemeinderat sich gegen den Antrag stellte, zeigte eine Ausrichtung der Gemeindevertreter, die stärker mit Anliegen der Politik und Wirtschaft verwoben war. Aufgrund der gesellschaftlichen Bedeutung der Hilti AG im Aktor-Netzwerk der Gemeinde gelang es ihr, „stillschweigend“ eine Mehrheit der im Gemeinderat vertretenen Akteure auf ihre Seite zu ziehen.

• WEITERE BAUTEN UND ERWEITERUNGEN IM WERK 1 BIS 1995

3.8.11 Weitere Planwelten und Rückübersetzungen bis 1995

Am 22. Dezember 1992 leitete die Gemeindevorstehung von Schaan ein von ihr bewilligtes Ausnahmegesuch für eine Produktionshalle der Hilti AG mit den Abmessungen von 140 auf 50 Metern an das Hochbauamt des Landes weiter. Es handelte sich bei dem geplanten Neubau um einen Ersatz für

[1329] Auszug aus dem Protokoll des Gemeindrates, „Hinweistafel der Firma Hilti AG an der Zollstrasse – Bewilligungsgesuch“, Sitzung-Nr. 159, 10. Juni 1992, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1992.
[1330] Ebenda.
[1331] Ebenda.

eine alte Halle, deren Abbruch bereits bewilligt worden war (Abb. 96).[1332] Dem Gesuch entsprach das Hochbauamt des Landes am 19. Januar 1993.[1333]

Am 3. Januar 1994 gingen gleich zwei Baugesuche ein. Zum einen sollte die „Alte Verwaltung“ umgebaut und aufgestockt werden.[1334] Gleichzeitig sollten die Fassaden der Produktionshallen nördlich der „Alten Verwaltung“ entlang der Feldkircherstrasse saniert werden.[1335] Beide Gesuche bewilligte das Hochbauamt des Landes am 13. April 1994.[1336]

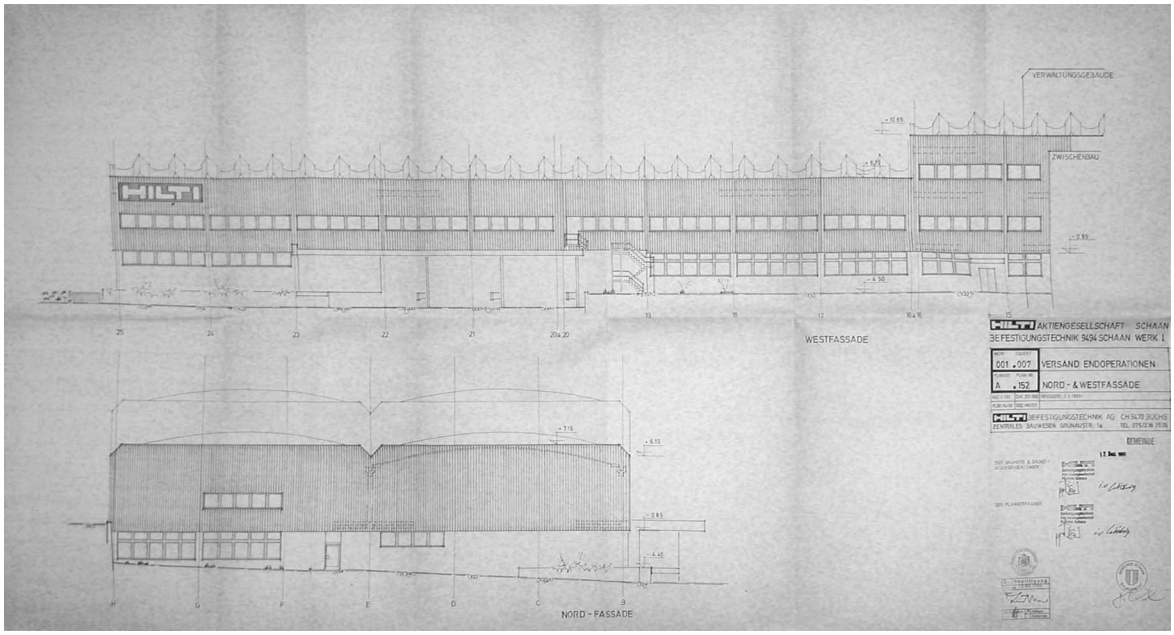


Abb. 96: Zentrales Baubüro Hilti AG, „Nord- und Westfassade 1:100, Versand Endoperationen, bewilligt am 13. April 1994, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3178.

[1332] Schreiben der Gemeindevorstehung an das Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein, „Ausnahmeansuchen zum Baugesuch Produktionshalle, Werk 1 Hilti AG Schaan auf der Parzelle 8d/VIII, Industriezone“, 22. Dezember 1992, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3088.
[1333] Baubewilligung durch das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein, „Produktionshalle“, 19. Januar 1992, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3088.
[1334] Baugesuch an Gemeinde Schaan und Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein, „Aufstockung und Umbau Alte Verwaltung“, Eingang am 3. Januar 1994, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3177.
[1335] Baugesuch an Gemeinde Schaan und das Landesbauamt der Landesverwaltung des Fürstentums Liechtenstein, „Fassadensanierung Gebäude 007“, Eingang am 3. Januar 1994, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3178.
[1336] Baubewilligung durch das Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein, „Aufstockung und Umbau Alte Verwaltung“, 13. April 1994, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3177; Baubewilligung durch das Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein, „Fassadensanierung Gebäude 007“, 13. April 1994, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3178.

3.8 Raumplanung in Schaan im Jahre 1995

3.8.1 Transformation der Siedlungswirklichkeit zwischen 1982 und 1995

Die räumlichen Transformationen zwischen 1981 und 1995 beim Werk 1 der Hilti AG zeigten sich im Vergleich zu den Vorjahren wenig spektakulär und von geringem Ausmass. Die grösste Veränderung stellten der Anbau des Bürohauses Nord und die Vergrösserung der Parkierungsflächen dar.

Im Zusammenhang mit der Bewilligung und der Rückübersetzung des Bürohauses Nord im Werk 1 gelang es den Behörden erstmals, die mittlerweile 17-jährige Forderung nach einer landschaftlichen Eingliederung des Areals durchzusetzen. Die räumliche und visuelle Entfaltung dieser Massnahme sollte aufgrund der Pflanzenwahl und des langsamen Wachstums der Baumallee allerdings noch einige Jahre andauern, weshalb auf Fotografien des Werks 1 um 1994 die landschaftsarchitektonischen Massnahmen in Anbetracht der Dimensionen des Areals als wenig wirkungsvoll erscheinen (Abb. 98).

Vergleicht man die Luftaufnahmen des Siedlungsgebiets von Schaan aus dem Jahre 1983 (Abb. 86) mit jenen von 1995 (Abb. 97), zeigt sich eine zunehmende Ausdehnung der Siedlungsfläche an allen Ecken und Enden des Gemeindegebiets, insbesondere im Gewerbegebiet Rietacker und an den Siedlungsrändern Schaans. Bei einem Vergleich der Luftaufnahmen aus dem Jahre 1994 mit dem Zonenplan von 1983, sieht man, dass die Erweiterungen mehrheitlich innerhalb der Bauzonen stattgefunden hatten. Aufgrund der grosszügigen Einzonung in den 1960er- und 1970er-Jahren bestand daher kein Anlass, die Zonengrenze massgeblich zu verändern. Dennoch zeigte sich, dass im Vergleich der Planungsbestrebungen im Jahre 1982/1983 und der Siedlungswirklichkeit von 1995, die ursprünglichen raum-planerischen Forderungen der Planer in einigen Punkten keine gesellschaftlichen Entsprechungen fanden. Einen ersten offenkundigen Rückschlag der Bauzonen- und Ortsbildplanung der frühen 1980er-Jahre stellten die negativen Resultate der Konsultativabstimmung zur Verkehrsplanung im Juli 1988 dar.[1337] Den Planern, Behörden und Politikern war es damals aufgrund der gegnerschaftlichen Allianzen nicht gelungen, die für eine Rückübersetzung der Planwelten notwendigen Allianzen mit Grundbesitzern und einer Mehrheit der Bevölkerung der Gemeinde Schaan zu bilden, insbesondere was die Verkehrsplanung betraf.

Auch in Bezug auf die zahlreichen Einzelverhandlungen und Ausnahmebewilligungen zwischen 1982 bis 1995 zeigte sich die Schwierigkeit, gesamtplanerische Inhalte in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen. In kontroversen Situationen mussten für die einzelnen Interessensvertreter wie Grundstücksbesitzer oder Baurechtsnehmer individuelle Lösungen gefunden werden. Entweder verhandelten die entsprechenden Akteure mit den Gemeindebehörden über einen allfälligen Landabtausch bzw. über lokale Anpassungen des Zonenplans, oder sie bestritten den Rechtsweg, um zu ihrem Recht zu kommen.[1338] In diesen lokalen und spezifischen Aushandlungen hatten gesamtplanerische Inhalte gegenüber partikulären Interessen und Eigentum einen schweren Stand. Mit diesen Realitäten kon-

[1337] Siehe Kapitel 3.8.5.2 Konsultativabstimmung.
[1338] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanung/Zonenplan“, Traktandum-Nr. 148, 12. Juni 1991, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1991, S. 2.

frontiert, erfuhren die Planwelten der Raumplaner nur eine fragmentarische Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit.

3.8.2 Die lokale planerische Praxis der Zonenplanung von Schaan bis 1995

3.8.2.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Bei den rekonstruierten Aushandlungsprozessen der Raumplanungs- und Projektwelten im Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung auf dem Hilti Areal Werk 1 zeigte sich, dass bei der Bildung von Allianzen Interessen verhandelt wurden und die daraus entstandenen Interessensgebilde sukzessive als Ideenskizzen, Tabellen, Pläne oder statische Berechnungen Übersetzungen in Planwelten fanden. Mit jeder neuen Versammlung und Zielverhandlung der Akteure und Aktanten und den zahlreichen Übersetzungsrunden von Mittler zu Mittler fand eine Transformation des Interessensgebildes, der Planwelten und schlussendlich der Siedlungswirklichkeit statt.

Diese sukzessive Verwebung der Planungsinhalte mit gesellschaftlichen Interessen erklärt, weshalb kommunizierte Bauetappen abgeändert, Fassaden angepasst, Ausnahmebewilligungen angefordert oder raumplanerische Vorgaben nicht eingehalten wurden. Zwar verbesserten die inhaltlichen Verschiebungen die Realisierungschancen der einzelnen Planwelten Schritt für Schritt, gleichzeitig aber zeigten sie die Grenzen der Planer und Architekten auf. Da insbesondere die Raumplaner bei der Rückübersetzung ihrer Planwelten im Rahmen der Aushandlungsprozesse auf Projektebene nicht teilnahmen oder teilnehmen konnten, wurden deren Inhalte sukzessive durch Ausnahmebewilligungen oder Anpassungen ausgegrenzt. Inhalte fanden nur fragmentarische Übersetzungen in die Siedlungswirklichkeit der zunehmend reifenden Stadtlandschaft Schaans.

3.8.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Zonenplanung Schaan“ mit Fokus Forst bis 1995

Siehe Anhang am Anschluss an die zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan.



Abb. 97: Die Siedlungswirklichkeit der Gemeinde Schaan um 1995 mit den Werken 1 und 2 am nördlichen Siedlungsrand von Schaan, Archiv Gemeinde Schaan (Fotografie Photoramacolor Meyrin).



Abb. 98: Das Werk 1 der Hilti AG im Jahre 1994, aus: Geschäftsbericht 1995 Hilti AG, Archiv Hilti AG (Fotograf unbekannt).

3.8.3 Die Planwelt „Richtplan Ortsplanung Schaan – 1995“

3.8.3.1 Vorgeschichte

Im Jahre 1988 entschied der Gemeinderat von Schaan, die Revision der bestehenden Bauordnung in Angriff zu nehmen. In der Diskussion einer ersten Fassung forderten Vertreter des Gemeinderats, dass auch der Zonenplan revidiert werden sollte. Der Gemeinderat entschied, die Bauordnung vorzuziehen. Aufgrund möglicher Einsprachen gegen den Zonenplan befürchtete man grössere Verzögerungen.[1339] Die erste Fassung wurde daraufhin überarbeitet, die Änderungswünsche des Gemeinderats, der Baukommission und des Liechtensteiner Hochbauamts eingearbeitet.[1340] Am 20. Dezember 1989 verabschiedete der Gemeinderat die revidierte Bauordnung der Gemeinde Schaan.[1341]

Im Juni 1989 wurde die Zonenplanung Schaans in Angriff genommen. Ingenieur- und Architekturbüros mit Sitz in Schaan wurden zur Offertstellung für die Ortsplanung und die Zonenplanrevision eingeladen. Etwas mehr als drei Monate später erhielt das Architekturbüro Frick den Auftrag, Grundlagen wie Ist-Zustand, Entwicklungsprognosen und Festlegung der Planungsziele für die Revision des Zonenplans auszuarbeiten.[1342]

Am 12. Juni 1991 präsentierte das Planungsbüro Frick im Rahmen einer Sondersitzung des Gemeinderats die raumplanerischen Grundlagen. Das Planungsbüro erklärte, dass grundsätzlich genügend Bauzonen für die unterschiedlichen Bedürfnisse vorhanden seien. Man könne davon ausgehen, dass

---

[1339] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Diskussion über den Entwurf für die neue Gemeindebauordnung“, Traktandum-Nr. 53, 8. März 1988, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1988.
[1340] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Behandlung der neuen Bauordnung“, Traktandum-Nr. 292, 6. Dezember 1989, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1989.
[1341] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Verabschiedung der neuen Bauordnung“, Traktandum-Nr. 307, 20. Dezember 1989, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1989.
[1342] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanung/Zonenplan“, Traktandum-Nr. 148, 12. Juni 1991, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1991, S. 3.

das Bevölkerungswachstum in naher Zukunft nicht wesentlich zunehmen würde. Als Hauptziel der weiteren Planungsbestrebungen solle der Ortskern von Schaan wieder bewohnbar gemacht und eine weitere Ausdehnung des Siedlungsgebiets in die Kulturlandschaft eingedämmt werden.[1343]

Aufgrund der vorhandenen Unterlagen beschloss der Gemeinderat die Weiterbearbeitung der Orts- und Zonenplanung durch das Planungsbüro Frick.[1344] Eine Sonderkommission „Orts- und Zonenplanrevision" bestehend aus sechs Mitgliedern, davon zwei Gemeinderäte, ein Vertreter des Baubüros der Gemeinde, ein Fachmann und ein Politiker, sollte die Planungsarbeiten begleiten.[1345]

3.8.3.2 Teilrichtplan Dorfzentrum und Leitbild Ortsplanung 1992

Im weiteren Vorgehen der Ortsplanung wurde der Richtplan für die zukünftige Entwicklung des Dorfzentrums erarbeitet. In einer Sondersitzung am 13. November 1991 zum Richtplan Dorfzentrum zeigte das Planungsbüro Frick in einem ersten Schritt die Abhängigkeiten zwischen der Ortsplanung, dem Verkehrsrichtplan und dem Richtplan Dorfzentrum auf.[1346] Im Anschluss an die Präsentation wurden Diskussionen zu verschiedenen Problemkreisen des Richtplans Dorfzentrum geführt. Der Gemeinderat befürchtete bei einer geplanten Erhöhung der Ausnützungsziffer ein Überangebot an Geschäftsräumen im Dorfzentrum bei einer gleichzeitigen Reduktion des Wohnanteils aufgrund einer zu erwartenden Zunahme des Strassenverkehrs. Ebenfalls wurde der Wirkungsgrad einer geplanten Parallelstrasse zur Landesstrasse im Dorfzentrum angezweifelt. Die Fachleute erhofften sich von diesem verkehrsplanerischen Eingriff eine Steigerung der Wohn- und Lebensqualität sowie der Verkehrssicherheit. Der Gemeinderat befürchtete eine Aufteilung und Verlagerung des Verkehrsproblems und Verzögerungen der Planung aufgrund erforderlicher, langwieriger Baulandumlegungen. Ebenfalls diskutiert wurde ein Industriezubringer vom Werk 1 der Hilti AG bei der Feldkircherstrasse zur Bendererstrasse. Dieser Streckenabschnitt war bereits Bestandteil der Konsultativabstimmung zum generellen Schaaner Verkehrsplan im Jahre 1988 gewesen.[1347] Wie aus dem Protokoll der Gemeinderatsversammlung hervorging, war dieser Streckenabschnitt zur Entlastung des Lindenplatzes zumindest aus Sicht des Gemeinderats nach wie vor beschlossene Sache. Als Alternative schlugen die Fach-planer vor, die Kreuzungssituation beim Lindenplatz durch eine Ampelanlage zu entschärfen.[1348]

Der Gemeinderat entschied, in einer der folgenden Sitzungen über den Teilrichtplan Dorfzentrum zu bestimmen. Gleichzeitig wurde das Planungsbüro beauftragt, die Pläne beim Tiefbauamt des Landes zur ersten Einsichtnahme einzureichen.[1349]

Auf dem Teilrichtplan Dorfzentrum aufbauend, erarbeitete das Planungsbüro Frick ein Leitbild für die Ortsplanung. Als allgemeine Zielsetzungen wurde festgehalten, dass der Boden haushälterisch zu nutzen sei, die natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Luft, Wasser, Wald und die Landschaft zu

[1343] Ebenda, S. 4.
[1344] Ebenda, S. 4.
[1345] Ebenda, S. 5.
[1346] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Richtplan Dorfzentrum", Traktandum-Nr. 277, 13. November 1991, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1991, S. 3.
[1347] Siehe Kapitel 3.8.5.2 Konsultativabstimmung Genereller Schaaner Verkehrsplan.
[1348] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Richtplan Dorfzentrum", Traktandum-Nr. 277, 13. November 1991, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1991, S. 4.
[1349] Ebenda, S. 7.

schützen, wohnliche Siedlungen und die räumlichen Voraussetzungen für die Wirtschaft zu schaffen und zu erhalten seien. Die Erneuerung und Entwicklung habe nach innen zu erfolgen. Die Ortsplanung solle zur Koordination und als Leitlinie der Siedlungsentwicklung wirken sowie die Bevölkerung durch gezielte Informationspolitik in den Planungsprozess einbinden. Die Ortsplanung sollte zudem stärker an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Perspektiven der Gemeinde angepasst werden.[1350]

Die in diesem Rahmen festgehaltenen allgemeinen Ziele des Leitbildes stellten jedoch keineswegs lokal-spezifische Ziele dar, die auf der Eigenart des Siedlungsgefüges aufbauten. Die Forderungen standen vielmehr in einem engen Zusammenhang mit den sich in den 1990er-Jahren aufdrängenden europaweiten Nachhaltigkeits- und Naturschutzdiskussionen in der Politik, insbesondere aber auch den Planungsdisziplinen.[1351] Abgesehen von der Forderung, die Raumplanung an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Perspektiven der Gemeinde anzupassen, widerspiegelten die Ziele die disziplinären Forderungen der Raumplanung aus den 1980er- und 1990er-Jahren mit einer Verbesserung der Wohnqualität, Verdichtung nach innen und Eindämmung der verkehrlichen Emissionen im Siedlungsgebiet.[1352] Inwiefern sich diese Ideale mit den Realitäten des Alltags vereinbaren liessen, musste sich erst noch beweisen.

Das ortsplanerische Leitbild der Gemeinde Schaan wurde mit dem Gemeinderatsbeschluss an der Gemeinderatssitzung vom 25. März 1992 verabschiedet.[1353]

3.8.3.3 Inhalte des Richtplans der Ortsplanung

Nachdem das Leitbild verabschiedet wurde, nahm die Planungskommission die Revision der gesamten Ortsplanung in Angriff. Um die Revision handhabbar zu machen, wurde das Verfahren in die Gemeindegebiete Schaan West und Schaan Ost aufgeteilt. Am 31. März 1993 behandelte der Gemeinderat die Anpassungen des Gebiets Schaan West. Nach einer Absprache mit der Stabsstelle für Landesplanung des Fürstentums Liechtenstein genehmigte der Gemeinderat den Revisionsentwurf am 1. Dezember 1993.[1354]

In der Folge wurde das Planungsgebiet Schaan Ost in mehreren Sitzungen behandelt und aufgearbeitet. Im Zusammenhang mit den Werken 1 und 2 der Hilti AG zu sehen war der Revisionsentscheid, das Gebiet Im Forst unterhalb des Werks 1 und der Feldkircherstrasse von der Industriezone in die übrige Gemeindezone umzuwidmen. Es handelte sich dabei um die Umwidmung von Grundstücken, die in den 1980er-Jahren im Rahmen von Kaufverhandlungen sukzessive durch den Gemeinderat der Industriezone zugeschlagen worden waren. Das Gebiet sollte gemäss Planungsbestrebungen des

[1350] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanungsrevision – Richtplan zur Ortsplanung und Bauordnung", Traktandum-Nr. 63, 15. März 1995, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1995.
[1351] Körner (2005), S. 18; ebenda, S. 80.
[1352] Übersicht über die Leitsätze des schweizerischen Raumplanungsbericht 1987 zusammengefasst im Lehrbuch „Kommunale Raumplanung in der Schweiz", Gilgen (2005), S. 19; Zusammenfassung der bodenpolitischen Ziele der Schweiz nach Wachter im Jahre 1993, Ebenda, S. 39.
[1353] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanungsrevision – Richtplan zur Ortsplanung und Bauordnung", Traktandum-Nr. 63, 15. März 1995, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1995.
[1354] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Zonenplanrevision ‚Schaan Ost' (Konzeptbehandlung)", Traktandum-Nr. 157, 29. Juni 1994, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1994.

Gemeinderats jedoch vorläufig der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben. Gleichzeitig beschloss der Gemeinderat, bei einem allfälligen Bedarf die Erweiterung der Industrie- und Gewerbezone in diesem Gebiet vorzunehmen.[1355]

Am 29. Juni 1994 konnte der Teilrichtplan Schaan Ost an der Gemeinderatssitzung behandelt werden.[1356] Nach einer längeren Diskussion wurde er genehmigt und der Stabsstelle für Landesplanung in Vaduz zur Prüfung übergeben.[1357]

Die wichtigsten Inhalte der revidierten Ortsplanung waren:

• Schaffen eines langfristig haltbaren Siedlungsabschlusses gegenüber den Grünbereichen, Waldrand und Landwirtschaftszone
• Anpassen der Bauzonen an den effektiven Bestand
• Reduzieren von ungenutzten Flächen der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen
• Schützen der Grundwasserreserven und Ausscheiden einer grossflächigen Grundwasserschutzzone
• Freihalten eines Trassees für eine Entlastungsstrasse zur zukünftigen Verkehrsentlastung des Siedlungsgebiets.[1358]

Die revidierte Ortsplanung, bestehend aus den Teilrichtplänen „Schaan Ost“ und „Schaan West“, stellte das langfristige Grundkonzept der zukünftigen Ortsplanungsrevision dar. Entlang der Richtpläne sollten die bis zu diesem Zeitpunkt ausgehandelten Inhalte etappenweise Umsetzung in den rechtsgültigen Zonenplan finden. „Dieser Weg (Anpassung der Zonenplanung in mehreren kleinen, überschaubaren Abschnitten als Reaktion auf die Zeitverzögerung beim Verfahren zwischen 1974 und 1982; Anm. Kurath) bringt wesentlich mehr Rechtssicherheit und weniger Ärger als eine Gesamtauflage wie bei der letzten Zonenplanrevision, welche Mitte 1974 aufgelegt und Ende 1982 mit rund einem Dutzend noch unerledigten Beschwerden in Kraft gesetzt wurde.“[1359]

Die Richtpläne der Ortsplanungsrevision selber waren nur für die Behörden wegleitend, nicht aber für die Grundeigentümer.[1360] Für die Wahl des schrittweisen Vorgehens gab es einen weiteren Grund. „Richtpläne werden aufgestellt, um frühzeitige Gedanken über ortsbauliche Entwicklungen festzuhalten. Richtpläne sollen aber nicht bis zur Genehmigung der Regierung getrieben werden. Änderungen oder neue Erkenntnisse müssen somit immer wieder von der Regierung genehmigt werden. Dies würde die Gemeindeautonomie wieder um ein Stück einschränken.“[1361] Das Aktor-Netzwerk „Ortsplanung Schaan“ wollte die Regierung als umtriebigen Akteur möglichst lange aus den Aushandlungsprozessen ausschliessen, um möglichst viel Verhandlungsspielraum im Umgang mit betroffenen Akteuren und Aktanten offen zu lassen.

[1355] Ebenda, S. 10.
[1356] Ebenda, S. 9.
[1357] Ebenda, S. 11.
[1358] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanungsrevision – Richtplan zur Ortsplanung und Bauord-nung“, Traktandum-Nr. 63, 15. März 1995, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1995, S. 4.
[1359] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanungsrevision – Richtplan zur Ortsplanung und Bauordnung“, Sondersitzung Nr. 63, 15. März 1995, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1995, S. 5.
[1360] Ebenda, S. 5.
[1361] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Revision des Baugesetzes – Vernehmlassung“, Traktandum-Nr. 183, 10. Juli 1991, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1991, S. 9-10.

Ebenfalls am 15. März 1995 genehmigte der Gemeinderat die parallel zur Ortsplanung nach 1989 erneut überarbeitete Bauordnung der Gemeinde Schaan.[1362] In Bezug auf das Forst hatte die Revision der Bauordnung keine bedeutenden Auswirkungen.

Nach der Vorgenehmigung durch den Regierungsrat des Landes und mit der formellen Genehmigung durch den Gemeinderat war das Aktor-Netzwerk der Planwelt „Richtplan Ortsplanung Schaan – 1995“ zwischen Behörden, Verwaltungen, einzelnen Gemeinderäten, Planungskommissionsmitgliedern, Fachplanern und weiteren Verhandlungspartnern soweit stabil geknüpft, dass die Übersetzung des Richtplans in den Zonenplan in Angriff genommen werden konnte. Die Voraussetzung des Gemeinderats, mit einem schrittweisen Vorgehen eine reibungslosere Rückübersetzung des Richtplans in den Zonenplan und danach in die Siedlungswirklichkeit zu gewährleisten, musste erst noch auf ihre gesellschaftliche Entsprechung warten.

3.8.4 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Richtplan Ortsplanung Schaan – 1995“

3.8.4.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Aus der Sicht des Aktor-Netzwerks der Ortsplanung von Schaan waren die vorhergehenden Ortsplanungen wenig erfolgreich. Zahlreiche Ziele konnten aufgrund fehlender gesellschaftlicher Entsprechungen nicht erreicht werden. Dies stellte den anspruchsvollen Ausgangspunkt der weiteren Tätigkeiten der Planer dar. Entsprechend passten die Planer die Strategie der Rückübersetzung an und setzten auf eine schrittweise Übersetzung der planerischen Inhalte in die Siedlungswirklichkeit. Zur Begleitung dieser Einzelschritte wurde im Vorfeld ein Richtplan erstellt, der vielschichtig auf Verkehr, Ortsbild, Wohnqualitäten abgestimmt war. Die Planer hatten entsprechend ihrer disziplinären Interessen die bis zu diesem Zeitpunkt bekannten, relevanten Akteure und Aktanten der Gemeinde zu versammeln, deren Interessen und Ziele zu verhandeln und in die Planwelten der Richtplanung zu übersetzen. Entsprechend mussten auch hier verschiedene Übersetzungsphasen durchschritten werden.

3.8.4.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Ortsplanungsrevision in regelmässigen Abständen

Zahlreiche Ortsplanungsanpassungen der vergangenen Jahre und die fortgeschrittene Zeitspanne nach der letzten Revision machten eine Überarbeitung der Planwelten erforderlich. Entsprechend erhielten die Raumplaner die Aufgabe, die Ortsplanung zu aktualisieren. Eine breit abgestützte Voruntersuchung des Bestandes sollte die notwendigen Grundlagen für die Revision bieten und damit die Realisierungschancen der Ortsplanung verbessern. Eine erfolgreiche Ortsplanungsrevision setzte voraus, dass die Vertreter der Gemeinde, die Grundstücksbesitzer, die Bevölkerung, aber auch die Regierungsvertreter in einem ersten Schritt den Inhalten der Ortsplanung zustimmten und zu einem späteren Zeitpunkt diesen auch entsprachen.

• Partnergewinnung – Das Leitbild der Ortsplanung

Die Planer verhandelten zusammen mit der Planungskommission im weiteren Verlauf der Ortsplanung ein Leitbild, welches die wichtigsten Ziele der Ortsplanung zusammenfasste. Hervorgehoben wurde, dass die Ortsplanung enger an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde Schaan angepasst werden sollte. Ebenfalls waren die Ziele der Leitplanung wie Verbesserung der Wohnqualität, Verdichtung nach innen und Eindämmung der verkehrlichen Emissionen im Siedlungsgebiet so formuliert, dass die relevan-

[1362] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanungsrevision – Richtplan zur Ortsplanung und Bauordnung“, Sondersitzung Nr. 63, 15. März 1995, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1995, S. 5.

ten Akteure und Aktanten der Gemeinde möglichst breit angesprochen wurden und für die Belange der Ortsplanung sensibilisiert werden konnten.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Der Planer übersetzt die Interessen in den Richtplan, die Gemeinderäte bestätigen und korrigieren die Inhalte

In der Weiterbearbeitung der Ortsplanung hatten die Planer nun die Aufgabe, die verschiedenen im Leitbild zusammengefassten Interessen in den Richtplan zu übersetzen. Diese Übersetzung erforderte ein konzeptionelles Gerüst, das die verschiedenen Inhalte aufzunehmen vermochte und in einen räumlichen Bezug setzte. Die Rolle der Gemeindevertreter wie auch der Vertreter der Regierung war es, ihre Interessen in diesen Übersetzungsprozess einzubringen und zu verhandeln. Die verantwortlichen Planer und Gemeindevertreter wählten mit dem Richtplanungsverfahren einen Weg, der einen Grossteil der relevanten Akteure und Aktanten möglichst lange von den Aushandlungsprozessen ausklammerte. Die Verhandlungen mit den jeweilig betroffenen Akteuren und Aktanten sollten erst im Laufe einer schrittweisen und lokal-spezifischen Rückübersetzung aufgenommen werden, um aufgrund einzelner Einsprachen nicht die Realisierungschance der gesamten Ortsplanung zu gefährden. Obwohl die Raumplaner aktiv versuchten, ihre Inhalte in die Planwelten einzubringen, gelang es ihnen nicht, neue planerische Massstäbe zu setzen. Vielmehr zeigte sich, dass innerhalb der in früheren Jahren bereits ausgehandelten Inhalte neue Impulse bereits in der Entstehungsphase der Planwelten auf wenig gesellschaftliche Entsprechung stiessen.

• Bewährungsprobe – Der Richtplan wird formell genehmigt

Den Planern gelang es, ein Richtplankonzept zu erstellen, das den Interessen der involvierten Akteure entsprach oder zumindest deren Realisierungschancen nicht verschlechterte. Mit der Bestätigung des Richtplans durch die verschiedenen Akteure wurden die Raumplaner und die Planwelten zum Sprecher des Aktor-Netzwerks „Ortsplanungsrevision Schaan – 1995“ bestimmt. Dies legitimierte sie im weiteren Verlauf der Rückübersetzung, mit weiteren Akteuren und Aktanten in Kontakt zu treten und sich in deren Handlungsketten einzufügen.

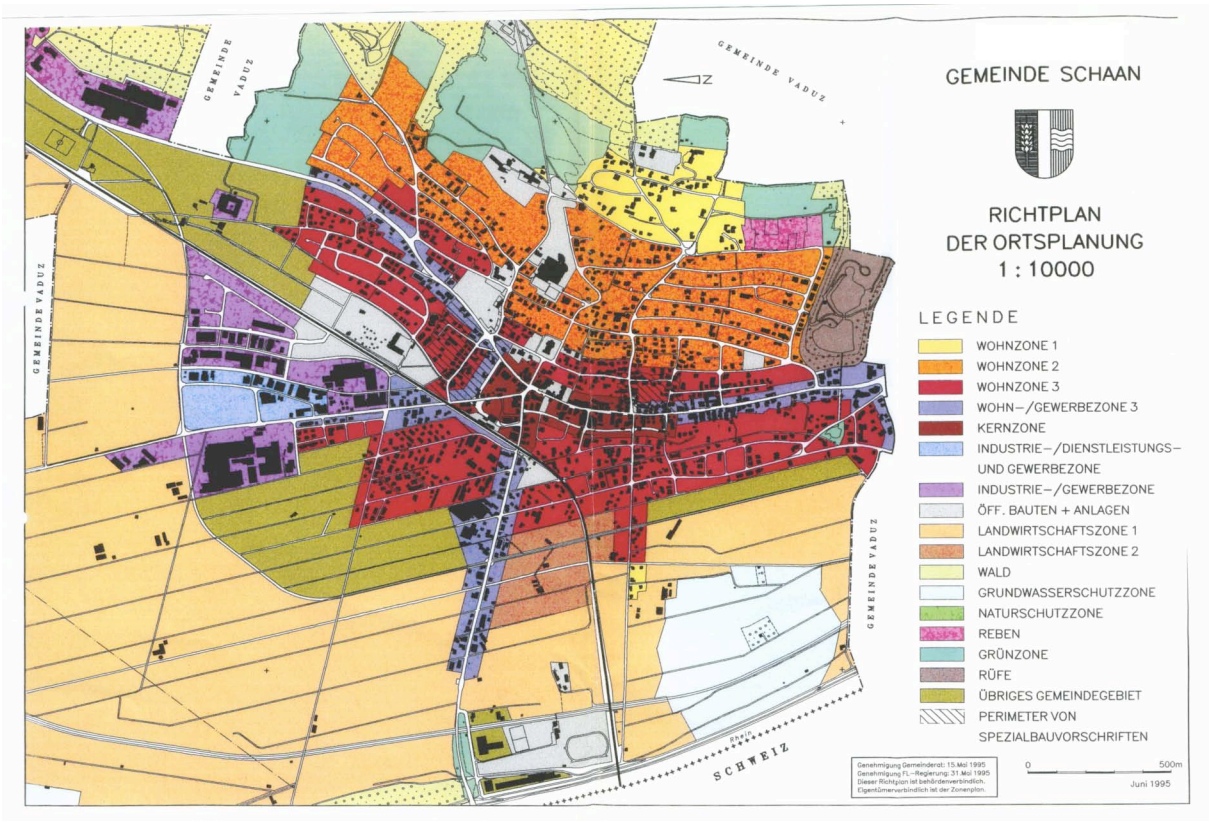


Abb. 99: Verfasser unbekannt, „Richtplan Gemeinde Schaan“, Juni 1995, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.

3.9 Rückübersetzung der Planwelt „Richtplan Ortsplanung Schaan – 1995“ über Firmenentwicklung und Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

3.9.1 Korrekturen der Umsetzungsstrategie Richtplan Ortsplanung Schaan

Die schrittweise Anpassung des Zonenplans an den neu erarbeiteten Richtplan der Gemeinde Schaan wurde unmittelbar nach der Genehmigung durch den Gemeinderat in Angriff genommen. Acht Teilrevisionen des Zonenplans, als Lose bezeichnet, wurden vorbereitet. Diese sollten gleichzeitig öffentlich aufgelegt werden, stellten jedoch je eigene Verfahren dar.[1363]

Keines dieser ersten Lose betraf das Gebiet Im Forst. Die angesprochene Umwidmung von der Industrie- und Gewerbezone unterhalb der Feldkircherstrasse beim Werk 1 in die Zone übriges Gemeindegebiet sollte erst mit dem Los 17 im Zusammenhang mit der geplanten Umfahrungsstrasse Feldkircherstrasse-Bendererstrasse angegangen werden.[1364] Trotzdem werden hier die Aushandlungsprozesse der ersten sieben Lose kurz weiterverfolgt, um erste Problemstellen im Zusammenhang mit der Rückübersetzung des Richtplans zu skizzieren.

Das gewählte Verfahren mit vorgezogenem Richtplan und späterer Übersetzung in den Zonenplan zeigte bald einmal erste Schwachstellen. Da der Richtplan vom aktuell gültigen Zonenplan abwich, entstand innerhalb der Gemeindeorgane eine Kontroverse, insbesondere wenn es darum ging, laufende und neue Baubewilligungsverfahren zu genehmigen. Sich der Problematik bewusst, legte die Ortsplanungskommission eine Strategie über Ausnahmeregelungen fest. Grundsätzlich sollten keine Neu- oder Umbauten verhindert werden, diese aber hatten dem bestehenden Zonenplan grundsätzlich zu entsprechen. Das hatte zur Folge, dass der neue Richtplan bei allfälligen Projektübersetzungen in die Siedlungswirklichkeit, noch bevor er seine Wirkung entfalten konnte, Anpassungen in Bezug auf den bestehenden Zonenplan erfuhr. Dennoch sollte es aber auch möglich sein, Bauten bei genügender Begründung nach den Bestimmungen des neuen Richtplans zu erstellen. Dies hatte wiederum Ausnahmebewilligungen und damit inhaltliche Verschiebungen des rechtsgültigen Zonenplans zur Folge.[1365]

Bereits am 5. Juli 1995, noch während der eigentlichen Auflagefrist, zeichnete sich ab, dass das Los 2, „Neugrüt, Galina, Duxplatz, Norawesle, Klifeld“, aufgrund von Einsprachen für längere Zeit blockiert werden sollte. Da ein Teil des Gebiets im Besitz der Gemeinde Schaan war und strategisch als Realersatz und damit Verhandlungsgut bei gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen bei der Rückübersetzung der übrigen Lose oder von Infrastrukturanlagen eingeplant war, verschlechterten sich die Realisierungschancen des neuen Richtplans.

Nach Abklärungen mit dem Hochbauamt des Landes eröffnete sich die Möglichkeit, jenen Teilbereich des Loses, gegen den keine Einsprache erhoben worden war, vom Rest der Zonenplanänderung ab-

[1363] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Zonenplanrevision“, Traktandum-Nr. 117, 24. Mai 1995, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1995.
[1364] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Genehmigung Etappenplan Zonenplanrevision“, Traktandum-Nr. 6, 15. Januar 1997, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1997.
[1365] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Richtplan zur Ortsplanung - Ausnahmeregelungen“, Traktandum-Nr. 118, 24. Mai 1995, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1995.

zutrennen und diesen als genehmigt zu betrachten.[1366] So kündigte sich früh eine fragmentarische Übersetzung der neuen raumplanerischen Richtziele in die Siedlungswirklichkeit an. Die sich im Zusammenhang mit den ersten sieben Losen abzeichnenden Schwierigkeiten bei der Übersetzung des Richtplans auf den Zonenplan schienen eine weiteres Mal für sich und damit für die verwobenen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse und gegen die erhofften speditiveren Abläufe zu sprechen.

Die Übersetzung des Loses 17, das auch das Forst umfasste, wurde Ende der 1990er-Jahre in Angriff genommen. Die Hilti AG forderte, dass die vorgesehene Rückzonierung der eigenen Grundstücke unterhalb der Feldkircherstrasse nochmals überdacht werde. Das Gebiet diene dem Unternehmen als strategische Landreverse. Für die Hilti AG war zentral, dass ihr Bauland an das Bahngleis der ÖBB stiess und das Unternehmen damit über einen Bahnanschluss verfügte.[1367] Die Einflussnahme auf die Planwelt der Richtplanung und Zonenplanänderung war erfolgreich. Ein Streifen zwischen der Feldkircherstrasse und dem Bahngleis wurde in der Industrie- und Gewerbezone belassen. Ein Teil der Grundstücke, parallel zur Feldkircherstrasse verlaufend, wurde, wie im Richtplan vorgesehen, der Zone übriges Gemeindegebiet zugeschlagen.[1368] Diese Anpassung verwies darauf, dass sich zwischen 1995 und 1999 die Ausrichtung der Bodenpolitik der Firma Hilti AG offensichtlich den Verschiebungen in der firmeneigenen Standortpolitik anpasste, was sich wiederum auf die Handlungsketten der Ortsplanung auswirkte und zu Korrekturen in der Richtplanung führte.

• DAS UNTERNEHMEN HILTI ZWISCHEN 1995 UND HEUTE

3.9.2 Das Unternehmen Hilti AG zwischen 1995 und heute

Mittel- und Nordeuropa waren im Jahr 1996 von einem baukonjunkturellen Einbruch betroffen. Die weltweite Diversifizierung der Produktion und Absatzmärkte der vergangenen Jahre erwies sich als Stabilitätsfaktor und ermöglichte 1996 eine Umsatzsteigerung von neun Prozent auf 2,2 Schweizer Franken.[1369]

Im Leistungsbericht des Unternehmens wurde 1996 als Übergangsjahr beschrieben. In diesem Jahr wurden wichtige Weichen für die zukünftige Entwicklung der Hilti AG gestellt. Eine genauere Überprüfung des Unternehmens zeigte, dass die Hilti AG langfristig profitabel und deutlich schneller wachsen könnte als der Markt.[1370] Entsprechend wurde die Grundstrategie des Unternehmens überarbeitet. Der Name dieser neuen Konzernstrategie, Champion 3C, baute auf den drei C, stehend für Customer, Competence und Concentration, auf. „Die Strategie besagt, dass wir uns voll und ganz auf die existierenden Kernkompetenzen, wie die herausragende Produkt- und Anwendungsinnovation, eine kosteneffiziente Fertigung und Beschaffung, den weltweiten Direktvertrieb sowie ein effektives Marketing konzentrieren wollen.“[1371]

[1366] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Zonenplanrevision“, Traktandum-Nr. 177, 5. Juli 1995, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1995.
[1367] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Tauschkonzeptvorschlag Hilti AG in den Gebieten Beschbünt und Undera Forst“, Traktandum-Nr. 90, 21. April 1999, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1999.
[1368] Vgl. den Zonenplan vom März 1997 und den Zonenplan aus dem Jahre 2000, Archiv Gemeinde Schaan.
[1369] Leistungsbericht 1996 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 5.
[1370] Ebenda, S. 5.
[1371] Leistungsbericht 1997 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 5.

Das Jahr 1997 war ein Trauerjahr für die Hilti AG. Martin Hilti, der Mitbegründer und langjährige Vorsteher des Unternehmens, starb am 19. August 1997 nach längerer Krankheit im Alter von 82 Jahren.[1372]

Im Jahr 1998 zeigte die neue Strategie „Champion 3C" erstmals ihre Wirkung. Trotz schwieriger marktwirtschaftlicher Umstände in Asien, Russland und Brasilien gelang es der Hilti AG relativ zur Marktentwicklung, ein profitables Wachstum auszuweisen.[1373] Diese Tendenz des profitablen Wachstums bestätigte sich auch in den folgenden Jahren.[1374]

Das Jahr 2001 stellte sich marktwirtschaftlich gesehen als Jahr der Ernüchterung heraus. Der einsetzende wirtschaftliche Abwärtstrend wurde durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA zusätzlich verstärkt. Diesem konjunkturellen Abwärtstrend konnte sich die Hilti AG zwar nicht entziehen, trotzdem konnte sie ihre Marktposition verbessern.[1375] Dieser Trend setzte sich auch in den Folgejahren fort. Während Weltwirtschaft und Bauindustrie schwierige Jahre verbuchen mussten, konnte die Hilti-Gruppe weitere Marktanteile dazugewinnen.[1376]

Im Jahre 2004 erholte sich insbesondere der Bausektor vom Tief der vergangenen Jahre und setzte zu einem Höhenflug an.[1377] So konnte im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr das Betriebsergebnis um 31 Prozent auf 422 Millionen Franken gesteigert werden.[1378] Im Jahr 2007 konnte dieses Ergebnis um weitere 26 Prozent auf 533 Millionen Franken verbessert werden.[1379]

Im Jahre 2006 übergab Michael Hilti das Verwaltungsratspräsidium seinem Nachfolger Pius Baschera, der wiederum den Vorsitz der Konzernleitung an Bo Risberg übergab. Mit dieser Rochade wurde der zweite Generationswechsel des Unternehmens eingeleitet.

Die Produktions- und Entwicklungsstandorte waren nach 1995 schwerpunktmässig bestimmt. Tulsa USA, Tlalnepantla Mexico, West Bromwich GB, Kecskement HUN, Schaan LI, Thüringen A, Strass D, Kaufering D und Zhanijang China galten als Produktions-, Kaufering DE, München DE und Schaan LI hingegen als Entwicklungsstandorte.[1380] In den folgenden Jahren gab es nur noch kleinere Standortanpassungen oder Erweiterungen. 1996 kam Nersingen in Deutschland als Produktionsstandort hinzu.[1381] Im Jahre 1997 wurde der Produktionsstandort in Tlalnepantla Mexico nach Mexico City und der Entwicklungsstandort München nach Kaufering verlegt.[1382] Im Jahr 2000 wurde der Produktionsstandort in Grossbritannien aufgegeben.[1383] Dafür wurde in der Schweiz im Jahr 2001 ein neuer Produktionsstandort für die Lasertechnologie in Amriswil eröffnet.[1384] Im Jahre 2004 vergrösserte die Hilti-Gruppe die Werke am Standort in Zhanijang und baute einen zweiten Produktionsstandort in Shang-

[1372] Anonym (1997), S. 3.
[1373] Leistungsbericht 1998 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 5.
[1374] Leistungsbericht 1999 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 4.
[1375] Geschäftsbericht 2001 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 7.
[1376] Geschäftsbericht 2002 Hilti AG, Archiv Hilti AG; Geschäftsbericht 2003 Hilti AG, Archiv Hilti AG.
[1377] Geschäftsbericht 2004 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 11.
[1378] Jahresbericht 2006 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 3.
[1379] Jahresbericht 2007 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 3.
[1380] Geschäftsbericht 1995 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 19.
[1381] Leistungsbericht 1996 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 15.
[1382] Leistungsbericht 1997 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 15.
[1383] Annual Report 2000 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 15.
[1384] Geschäftsbericht 2001 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 30.

hai auf.[1385] 2007 nahm die Hilti AG im liechtensteinischen Nendeln ein neues Logistik-Zentrum in Betrieb. Mit nahezu 30'000 Palettenplätzen war es das grösste automatisierte Hilti-Lagerhaus welt-weit. Mit dem neuen Zentrum sollte das Ziel, mehr als 90 Prozent der Kundenbestellungen am Folgetag der Aufgabe auszuliefern, erreicht werden. In Nordamerika und Osteuropa plante die Hilti AG zu diesem Zeitpunkt bereits weitere Lagerhäuser.[1386]

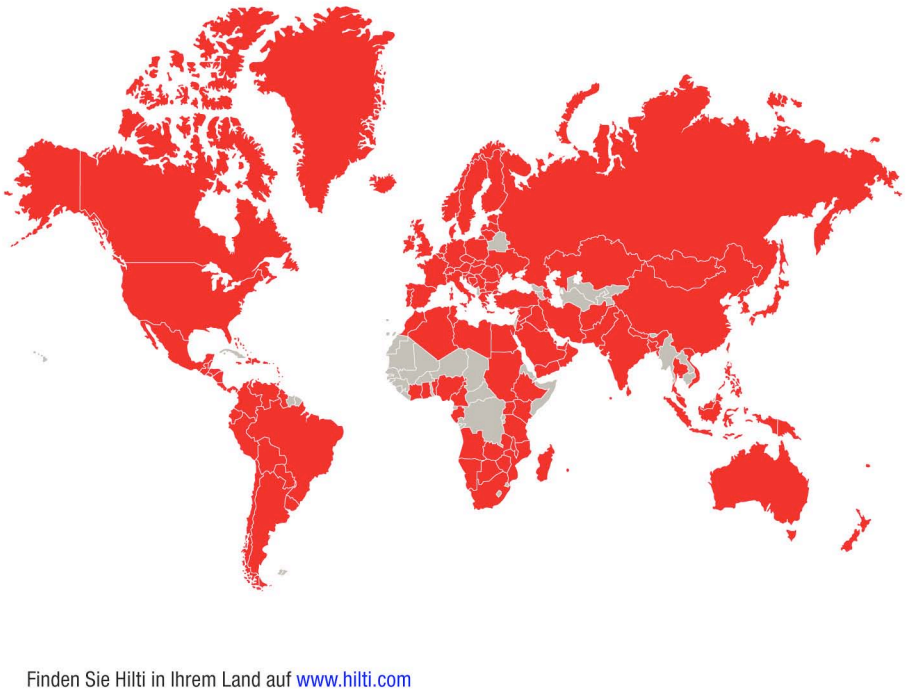


Abb. 100: Vertriebsnetz der Hilti AG nach Länder, aus: Geschäftsbericht 2004 Hilti AG, Archiv Hilti AG.

Auch in Schaan zeigte sich vorerst ein Rückgang der lokalen baulichen Entwicklungen auf dem Areal der Werke 1 und 2 der Hilti AG. Wie in den folgenden Ausführungen zu sehen sein wird, wurden schrittweise kleinere Anpassungen und Veränderungen vorgenommen. Im Jahre 1999 zeichnete sich ein weiteres Mal die lang erwartete Rückübersetzung der Umfahrungsstrasse von der Feldkircherstrasse beim Werk 1 zur Bendererstrasse ab. Ein weiterer Ausbau des Firmenhauptsitzes sollte erst ab 2004 in Angriff genommen werden.

• INITIATIVE LEBENSWERTES SCHAAN – UMFAHRUNGSSTRASSE

3.9.3 Planwelt „Initiative lebenswertes Schaan Umfahrungsstrasse – 1999“ und deren Rückübersetzung

Bereits mehrfach wurden die Bemühungen um die Verkehrsplanung im Gemeindegebiet Schaan in dieser Arbeit rekonstruiert. 1976 wurde im Rahmen einer landesweiten Volksabstimmung eine Umfahrung von Schaan und Vaduz entlang des Rheindamms von der stimmberechtigten Bevölkerung des

[1385] www.hilti.ch, Zugriff am 06. August 2008.
[1386] Jahresbericht 2006 Hilti AG, Archiv Hilti AG, S. 18.

Landes abgelehnt. 1988 lancierte die Gemeinde eine Konsultativabstimmung bezogen auf den zuvor erstellten Verkehrsrichtplan. Auch hier fanden die Bestrebungen der Planer und Vertreter der Gemeinde keine gesellschaftliche Entsprechung.[1387] Trotz der negativen Stimmung einer Umfahrungsstrasse gegenüber hielten die Planer und Gemeindevertreter an dieser Option fest. Im Rahmen des Richtplans von 1995 wurde das „Freihalten eines Trassees für eine Entlastungsstrasse zur zukünftigen Verkehrsentlastung des Siedlungsgebietes" als Ziel formuliert.[1388] In den Folgejahren wurde dieses Ziel durch Landerwerb im Bereich des Trassees durch die Gemeinde weiterverfolgt.[1389]

Im Jahre 1999 zeigten sich einzelne Bewohner der Gemeinde Schaan unzufrieden bezüglich der aktuellen verkehrlichen Situation. Insbesondere Anwohner der Feldkircher-, der Landes-, der Zoll- und der Bendererstrasse sowie Anwohner des Lindenplatzes und angrenzender Quartiere fühlten sich durch den zunehmenden Quell- und Pendlerverkehr belästigt. Aus diesem Grund initiierten einzelne Vertreter der Anwohner eine Initiative, welche den Gemeinderat beauftragten sollte, „eine entscheidungsfähige Vorlage für die Entlastung des Dorfes mittels einer Umfahrungsstrasse zu erarbeiten".[1390] Im Zuge einer Urnenabstimmung sollte über einen Rahmenkredit in Höhe von 350'000 Schweizer Franken entschieden und die Planung vorwärts getrieben werden.

Michael Hilti, damaliger Präsident des Verwaltungsrats der Hilti AG, setzte sich als Mitglied des Initiativkomitees aktiv für dieses Bestreben ein. „Beim Planungskredit für den Zubringer ging es aber nicht um die Firma Hilti, sondern um das gesamte Industrie- und Gewerbegebiet und nicht zuletzt auch um die Wohnqualität von Schaan. In den ganzen vergangenen Jahren hat man konsequent die Industrie und das Gewerbe in nördlicher wie nordwestlicher Richtung aufgebaut. Das macht auch Sinn. Aber gleichzeitig wurde verpasst, bezüglich der Zubringer eine entsprechende Entlastung für das Dorf zu bringen."[1391]

Im Vorfeld der Abstimmung vom 25./27. Juni 1999 griffen Gegner der Umfahrungsstrasse die Initiative auf breiter Front an. Die Umweltschutzorganisationen bemängelten im Falle einer neuen Umfahrungsstrasse den Landverbrauch zulasten der Landwirtschaft und Erholungszonen. Die politische Gruppierung „Freie Liste Schaan" befürchtete eine massive verkehrliche Zunahme durch den Transitverkehr, wenn in Schaan die Umfahrungsstrasse gebaut würde. „Wer immer den Bau einer Umfahrungsstrasse unter allen Umständen durchzwängen will, muss sich darüber im klaren sein, dass damit endgültig die Schwerverkehrschleuse im Rheintal geöffnet und damit Liechtenstein Teil der alpenquerenden Transitstrecke mit europäischer Bedeutung wird."[1392] Ursache für diese Befürchtung war die fehlende Verbindung zwischen den parallel verlaufenden Rheintalautobahnen auf der schweizerischen und der österreichischen Seite. Mit einem Direktanschluss der Feldkircherstrasse an die Zollstrasse und damit den Autobahnanschluss A13/Buchs befürchtete die Gegnerschaft eine Attraktivitätssteigerung für den Transitverkehr. Der Vorstand des Verkehrs-Club Liechtenstein hielt fest, dass neue Strassen generell

[1387] Anonym (1988f).
[1388] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Ortsplanungsrevision – Richtplan zur Ortsplanung und Bauordnung", Traktandum-Nr. 63, 15. März 1995, Archiv Gemeinde Schaan, Protokolle 1995, S. 4.
[1389] Eine Information der Gemeinde Schaan, Gemeindeabstimmung vom 25. und 27. Juni 1999 über die Initiative für ein lebenswertes Schaan „Umfahrungsstrasse", Archiv Gemeinde Schaan.
[1390] Ebenda.
[1391] Interview mit Michael Hilti, 12. Dezember 2007.
[1392] Anonym (1999a).

die Attraktivität für den motorisierten Strassenverkehr steigerten. Sie schlugen anstelle einer Umfahrungsstrasse den Ausbau der Fuss- und Radwege vor. Zudem sollte der Ortsbus gefördert, Tempo-30-Zonen geschaffen, die Parkplatzbewirtschaftung verbessert, das Mobilitätsmanagement der Unternehmen in Angriff genommen und Güterverlagerung auf die Bahn vorgenommen werden.[1393] Kontroverse Wortmeldungen erschienen im Vorfeld der Abstimmung auf den Leserbriefseiten des Liechtensteiner Vaterlandes und des Liechtensteiner Volkblattes. Die einen fürchteten eine Zunahme des Verkehrs, die anderen erhofften sich eine Entlastung durch die Umfahrung.[1394]

Am Sonntag, den 28. Juni 1999, lehnte das Schaaner Stimmvolk den Planungskredit für eine Umfahrungsstrasse mit 54,8 Prozent respektive 760 zu 672 Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 57,6 Prozent ab.[1395]

Gründe für diese Ablehnung gab es viele. Michael Hilti kritisierte die eher passive Haltung des Gemeinderats, welcher wohl befürchtete, dass die für den Gemeinderat vordringlicheren verkehrstechnischen Massnahmen im Dorfzentrum gefährdet wären.[1396] Diese Vermutung bestätigte sich zumindest teilweise in der Botschaft des Gemeinderats zum Abstimmungstext. Dort stand geschrieben, dass Planung und Bau der in den behördenverbindlichen Richtplanungen vorgesehenen Strassen im Zentrum und im übrigen Gemeindegebiet durch die Initiative weder vernachlässigt noch verhindert werden dürften. Diese Wortmeldung führte im Vorfeld zu einigen Missverständnissen. Die Initiative wurde von der Gegnerschaft als Mogelpackung beschrieben. Die stimmberechtigte Bevölkerung verknüpfte die Informationen um die Umfahrungsstrasse der Initianten mit den polarisierenden Verkehrsberuhigungsmassnahmen und der parallelen Führung der Landesstrasse im Dorfzentrum, wie dies der Teilrichtplan Dorfzentrum vorsah.[1397] Teile der Bevölkerung, die sich nicht grundsätzlich gegen eine Umfahrung selber stellten, sahen diese Massnahmen als eine Behinderung im Alltag, weshalb sie die Initiative ablehnten.[1398] Damit gelang es der Gegnerschaft der Initiative, über geschickte Argumentationen Schritt für Schritt einzelne Akteure in ihr Aktor-Netzwerk der „Umfahrungsstrassengegnerschaft“ zu binden. Für den Zeitraum des Abstimmungswochenendes verschob sich das Mehrheitsverhältnis zuungunsten der Initianten. Damit war den Aktor-Netzwerken rund um Umfahrungsstrasse und Verkehrsplanung einmal mehr kein Erfolg beschieden. Die Rückübersetzung der Planwelt „Umfahrungsstrasse“ rückte ein weiteres Mal in weite Ferne.

• ANBAU MIT PARKPLATZERWEITERUNG UND COILLAGER

3.9.4 Planwelt und Rückübersetzung „Anbau mit Parkplatzerweiterung – 2002“ und „Coillager – 2004“

Parallel zu den Aushandlungsprozessen der Umfahrungsstrasse wurden auf dem Areal der Werke 1 und 2 der Hilti AG weitere räumliche Anpassungen angedacht. Am 17. September 2002 reichte die

[1393] Anonym (1999b).
[1394] Liechtensteinisches Vaterland und Liechtensteiner Volksblatt vom 19. bis 25. Juni 1999, Archiv Gemeinde Schaan.
[1395] Vogt (1999).
[1396] Interview mit Michael Hilti, 12. Dezember 2007.
[1397] Siehe Kapitel 3.8.3.2 Teilrichtplan Dorfzentrum und Leitbild Ortsplanung 1992.
[1398] Bras (1999).

Hilti AG beim Bauamt der Gemeinde Schaan ein Baugesuch für einen unterirdischen Anbau und eine Parkplatzerweiterung ein. Der Anbau sollte im Hof des Bürohauses Nord und des Informationszentrums erstellt werden. Die geplante Parkplatzerweiterung umfasste zwölf Parkplätze. Das Vorhaben wurde am 30. Oktober 2002 durch das Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein bewilligt.[1399]

Zwei Jahre später reichte das Unternehmen am 12. März 2004 ein Gesuch für die Erstellung eines Lagers für Metallbänder bei der Gemeindeverwaltung Schaan ein.[1400] Am südöstlichen Bereich des Werks 1 oberhalb der Parkierungsanlage Süd war das Coillager mit den Grundmassen von rund 24 auf 34 Meter geplant.[1401] Da das Coillager an die bestehenden Werkhallen angebaut wurde, war eine Sonderbewilligung notwendig, da sich die Gesamtgebäudelänge der Anlage von 270 Metern somit auf 294 Meter ausdehnte. Der Gemeinderat bewilligte diese Ausnahme in der Sitzung vom 1. April 2004 und leitete das Gesuch an das Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein weiter.[1402] Am 19. April 2004 bewilligte das Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein das Gesuch ebenfalls.[1403]

• TRAININGSZENTRUM UND BÜROHAUS OST

3.9.5 Die Planwelt „Trainingszentrum und Bürohaus Ost – 2004“

Anfang der 2000er-Jahre beschloss die Geschäftsleitung der Hilti AG, den im Jahre 1975 als Trainingszentrum erstellten und 1978 erweiterten Pavillon abzureissen und durch einen Repräsentationsbau zu ersetzen.[1404] Da das Trainingszentrum ein Prestigeobjekt werden sollte, entschied sich die Konzernleitung, Vorprojektstudien in Auftrag zu geben. Berücksichtigt für diese Aufgabe wurden in einem ersten Schritt fünf Architekturbüros. Dieser Entscheid stellte für die Unternehmensgruppe eine neue Vorgehensweise in der Planung ihrer Neubauten dar. Bis anhin hatte das Unternehmen mit Ausnahmen die meisten Neubauten in Eigenregie geplant. Da mittlerweile mehrere Architekturbüros Kunden der Hilti AG waren, wollte man mehreren Büros die Möglichkeit geben, die Auftraggeber mit einem guten Projekt zu überzeugen. Gleichzeitig erhoffte man sich eine Bandbreite von Ideen für ein zeitgemässes Trainings- und Bürogebäude. Die Wahl fiel am Ende des Verfahrens auf das Projekt des vorarlbergischen Architekturbüros Baumschlager und Eberle.[1405]

Nach einigen betrieblichen Anpassungen des Entwurfs wurde das Baugesuch am 31. August 2004 bei der Bauverwaltung der Gemeinde Schaan eingereicht. Im Vorbereich des Haupteingangsgeschosses war eine vom Landschaftsarchitekturbüro Vogt aus Zürich entworfene Platzgestaltung mit strengen Birkenquadern geplant. Von der repräsentativen Vorfahrt sollte ein Windfang in eine grosszügige Empfangshalle mit Lounge führen. In den eingereichten Planwelten entwickelte sich das Foyer über

[1399] Erteilung der Baubewilligung durch das Hochbauamt des Fürstentum Liechtensteins, „Unterirdischer Anbau und Parkplatzerweiterung“, 30. Oktober 2002, Archiv Bauamt Schaan, Bauakten-Nr. 3703.
[1400] Baugesuch durch die Firma Hilti AG, „Neubau Coillager“, Eingang Bauverwaltung 12. März 2004, Archiv Bauamt Schaan, Bauakten-Nr. 3894.
[1401] Baueingabe Situation, 1:1’000, „Neubau Coillager“, Verfasser: Hasler Architekturbüro, Eingang Bauverwaltung 12. März 2004, Archiv Bauamt Schaan, Bauakten-Nr. 3894.
[1402] Schreiben der Gemeindevorstehung an die Hilti AG, „Entscheidung zum Baugesuch vom 14. März 2004 betreffend Neubau Coillager“, 1. April 2004, Archiv Bauamt Schaan, Bauakten-Nr. 3703.
[1403] Erteilung der Baubewilligung durch das Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein, „Coillager“, 19. April 2004, Archiv Bauamt Schaan, Bauakten-Nr. 3703.
[1404] Siehe Kapitel 3.6.3 Planwelt „Trainingszentrum Werk 1 – 1975“ und deren Rückübersetzung; Abbruchbewilligung „Abbruchgesuch Trainingscenter“, 7. September 2004, Archiv Bauamt Schaan, Bauakten-Nr. 3921.
[1405] Interview mit Andreas Maitz, Leiter zentrale Dienste, vom 8. November 2007.

einen Luftraum in das erste Obergeschoss. In diesem Geschoss waren mehrere Schulungsräume geplant. Im zweiten und dritten Obergeschoss waren Büroräumlichkeiten vorgesehen. Im zweigeschossigen Sockelgeschoss sollten eine Tiefgarage sowie weitere Schulungs- und Nebenräume untergebracht werden.

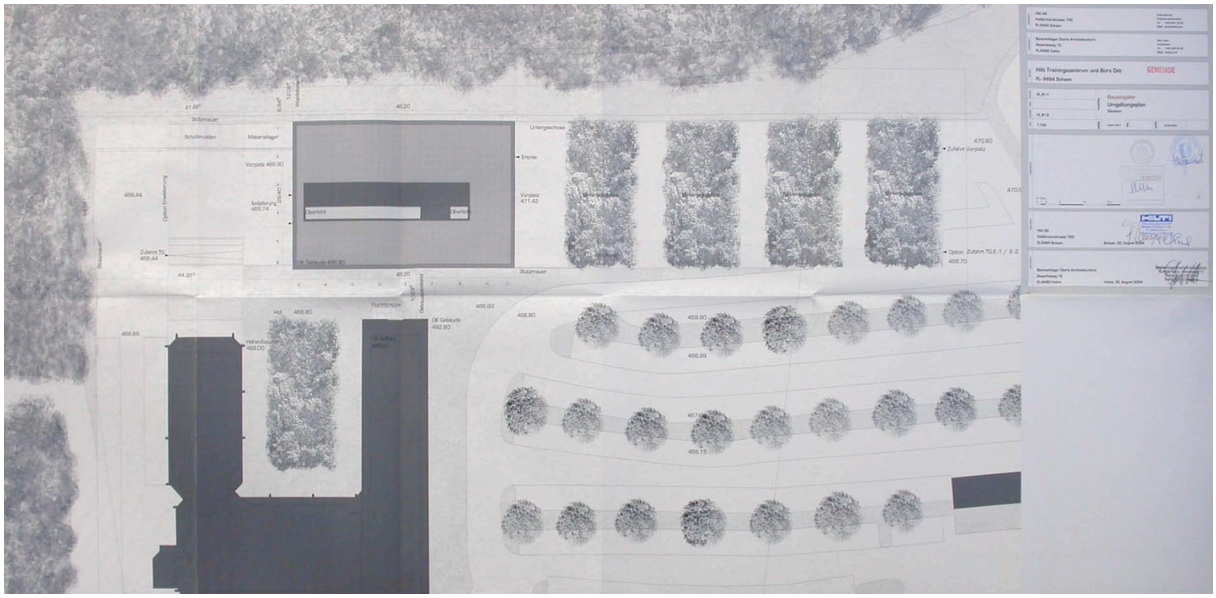


Abb. 101: Baumschlager Eberle, Vaduz/Lochau und Vogt Landschaftsarchitekten, Zürich, „Umgebungsplan 1:100, Hilti Trainingszentrum und Büro Ost“, 30. August 2004, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3933.

Das Gebäudekonzept zeichnete sich durch eine rechteckige Grundrissfigur mit einem leicht aus dem Zentrum geschobenen Erschliessungskern mit Oberlichtern aus. Um den Erschliessungskern herum waren die Räumlichkeiten mit Fassadenanstoss geplant. Um einen Bezug zur umgebenden naturnahen Landschaft herzustellen, sollte die Fassade mit einer Vormauerung aus geschichteten Natursteinen versehen werden.[1406] Das Gebäude übertraf mit 20 Metern die zonengerechte Gebäudehöhe. Über Sonderbewilligungen war es nach Baugesetz möglich ein Gebäude mit einer Maximalhöhe von 20 Metern zu erstellen. Die Gebäudelänge des aufgrund der Hangneigung gegen Westen sichtbaren Sockels betrug 57 Meter. Das Volumen ab Erdgeschoss hatte ein Ausmass von rund 29 auf 36 Meter.[1407] Damit war die in den Bauzonen erlaubte Gebäudelänge der Regelbauweise von 30 Metern einseitig nicht eingehalten. Die Architekten und Bauherrschaft setzten offenbar mehrfach Sonderbaubewilligungen voraus, um die Realisierungschancen ihrer Interessen zu verbessern.

3.9.6 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Trainingszentrum und Bürohaus Ost – 2004“

3.9.6.1 Die emergente Rolle der Architekten

Die Architekten, beauftragt durch einen Studienauftrag, hatten die Aufgabe, einen Gebäudetyp zu entwickeln, der nebst den Nutzungsanforderungen und Bauvorschriften repräsentativen Ansprüchen zu genügen vermochte. Um die Realisierungschancen der eigenen Arbeit zu verbessern, musste es den Architekten gelingen, eine Allianz mit dem Auftraggeber zu knüpfen. Zusammen mit den Interessen der Bauherrschaft und den eigenen disziplinären Interessen versammelten die Architekten weitere Aktanten wie Topografie, Fassadenmaterialien,

[1406] Anonym (2007a).
[1407] Baumschlager und Eberle, Baueingabepläne 1:100, „Neubau Trainingszentrum und Büro Ost“, Eingang Bauverwaltung 31. August 2004, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3933.

Kosten und Akteure wie die Landschaftsarchitekten, um in der Verhandlung mit diesen Entitäten ein einzigartiges, auf die lokale Situation angepasstes räumliches Konzept zu entwickeln. Im Gegensatz zu den anderen beteiligten Architekturbüros gelang es dem Architekturbüro Baumschlager und Eberle, einen Entwurf zu erarbeiten, in welchem die Bauherrschaft die grössten Realisierungschancen ihrer eigenen Interessen erkannte. Mit der Wahl des Entwurfs ging das Unternehmen Hilti AG mit dem Architekturbüro Baumschlager und Eberle eine Allianzpartnerschaft ein und legitimierte dieses zur Weiterbearbeitung und Vertretung der Projektidee gegenüber weiteren Allianzpartnern.

3.9.7 Rückübersetzung der Planwelt „Trainingszentrum und Bürohaus Ost – 2004"

Die baurechtliche Überprüfung der Baueingabe durch die Baukommission ergab, dass ein Parkierungs- wie auch ein Energienachweis fehlten. Zudem war im Fassadenplan der benötigte Technikaufbau auf dem Dach nicht eingezeichnet. Diese Unterlagen mussten nachgeliefert werden. Bezüglich der Gebäudehöhe und -länge stellte die Baukommission an den Gemeinderat den Antrag, der Baueingabe zuzustimmen und eine Ausnahmebewilligung auszusprechen.[1408]

Am 15. September 2004 reichte das Architekturbüro Baumschlager und Eberle die fehlenden Unterlagen nach. Der Parkierungsnachweis zeigte in Bezug auf die Berechnungsart der Bauordnung Mängel auf. Es fehlten rund zehn Parkplätze. Um den Forderungen der Gemeindebehörden zu entsprechen und die Realisierungschancen des Trainingszentrums zu verbessern, mussten die fehlenden Parkfelder in die Planwelten eingearbeitet werden.[1409]

Trotz der Mängel entsprach der Gemeinderat dem Antrag der Baukommission, bewilligte die Baueingabe mit der notwendigen Ausnahmebewilligung für die Überhöhe und reichte das Gesuch an das Hochbauamt des Landes weiter. Das Hochbauamt prüfte das Gesuch und bewilligte es am 16. November 2004.[1410]

Im Dezember 2004 legte das Unternehmen den überarbeiteten Parkierungsnachweis vor.[1411] Damit entsprach das Aktor-Netzwerk „Trainingszentrum" sämtlichen Auflagen und gewann dadurch die Vertreter der Gemeinde und des Landes als Allianzpartner. Die Planungen konnten weiterverfolgt und später die Bauarbeiten in Angriff genommen werden. Da das aktuelle Freiraumkonzept nicht dem im Dezember 2004 überarbeiteten Parkierungsnachweis entsprach, mussten die Landschaftsarchitekten das Konzept den neuen Rahmenbedingungen anpassen.

Am 6. Juni 2006 reichte die Hilti AG, vertreten durch das Architekturbüro, ein erstes Planänderungsgesuch bei der Bauverwaltung der Gemeinde Schaan ein. Diese umfasste kleine Änderungen in den Grundrissen und Fassaden, die aus den Auseinandersetzungen der Bauherrschaft und Architekten mit dem Raumprogramm, der Materialisierung und den Detaillösungen erforderlich wurden. Die Bewil-

[1408] Protokoll Sitzung der Baukommission, „Behandlung Baugesuch Neubau Trainingscenter", 1. September 2004, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3933.
[1409] Protokoll Sitzung der Baukommission, „Behandlung Baugesuch Neubau Trainingscenter", 15. September 2004, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3933.
[1410] Baubewilligung, „Trainingszentrum und Büro Ost", 16. November 2004, Archiv Bauamt Schaan, Bauakten-Nr. 3933.
[1411] „Parkierungsnachweis Standort Feldkircherstrasse 100, Schaan", 20. Dezember 2004, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3933.

ligung für diese Anpassungen erteilte das Hochbauamt des Landes am 11. Juli 2006.[1412] Damit konnten die Bauarbeiten weiter fortgeführt werden. Gegen Ende des Jahres 2006 konnten das neue Trainingszentrum und Büro Ost bezogen werden.[1413]

Während der Bauphase passte das Landschaftsarchitekturbüro Vogt die Planwelten der Freiraumanlage den Parkplatzanforderungen an. Die klare und auf das Bauvolumen ausgerichtete Platzgestaltung der ersten Baueingabe wurde durch eine organische Parkanlage ersetzt. Mit der neuen Anordnung konnten zusätzlich rund 20 Parkplätze geschaffen werden. Auch die Bepflanzungsart wurde angepasst, weil die Birkenkuben der ersten Baueingabe von der Bauherrschaft abgelehnt worden waren. Diese befürchtete im Zusammenhang mit dem Laub, Blütenstaub und den abfallenden Blüten der Birken Probleme mit dem Autolack. Anstelle der Birken wurden Pflanzenarten in das Projekt eingearbeitet, die einen Bezug zu den nachbarschaftlichen Moorlandschaften herstellen sollten.[1414] Das überarbeitete Freiraumkonzept wurde am 9. Mai 2007 im Rahmen einer eingereichten zweiten Planänderung durch das Hochbauamt bewilligt.[1415]

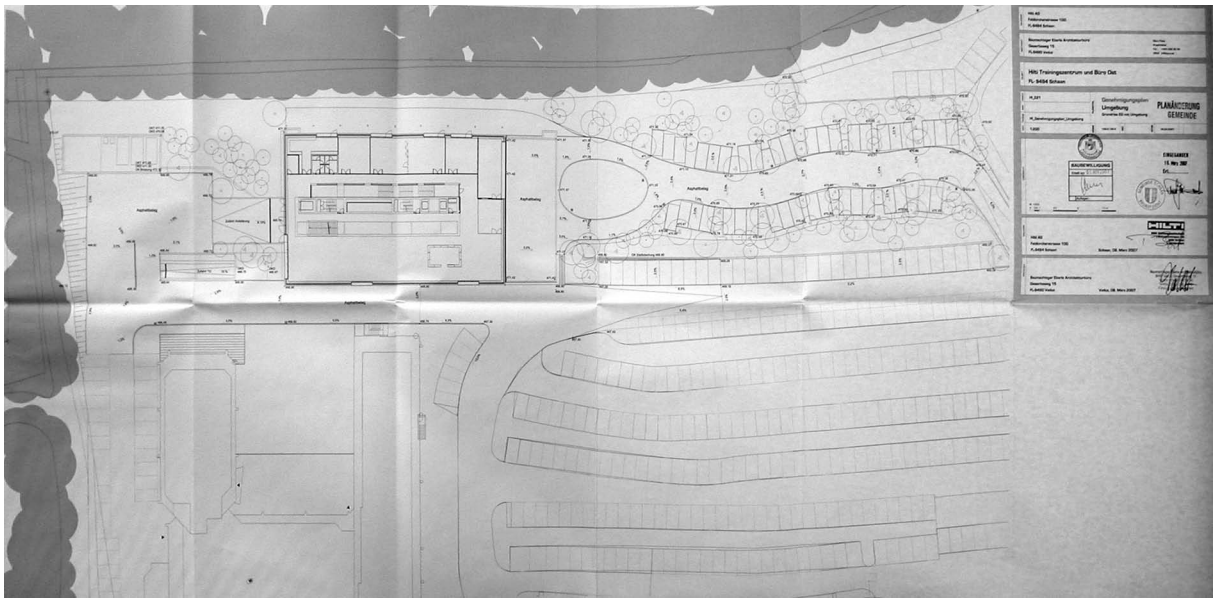


Abb. 102: Baumschlager Eberle, Vaduz/Lochau und Vogt Landschaftsarchitekten, Zürich, „Umgebung/Planänderung 1:100, Hilti Trainingszentrum und Büro Ost“, 8. März 2007, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3933.

Mit dieser Bewilligung konnten die überarbeiteten und mittlerweile detaillierten Planwelten den Bauarbeitern und Landschaftsgärtnern übergeben werden. Diese übersetzten die Planwelten mit ihren Baggern, Schaufeln und Pflanzsetzlingen in die Siedlungswirklichkeit. Mit diesen letzten Übersetzungen konnten die Bauarbeiten abgeschlossen und das neue Trainingszentrum und Bürohaus in Betrieb genommen werden.

[1412] Bewilligung der ersten Planänderung durch das Hochbauamt des Fürstentum Liechtensteins „Trainingszentrum und Büro Ost“, 11. Juli 2006, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3933.
[1413] www.baumschlager-eberle.com, Zugriff am 19. August 2008.
[1414] Interview mit Andreas Maitz, Leiter zentrale Dienste der Hilti AG, 8. November 2007.
[1415] Bewilligung der zweiten Planänderung durch das Hochbauamt des Fürstentums Liechtenstein „Trainingszentrum und Büro Ost / Umgebungsgestaltung“, 9. Mai 2007, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan, Bauakten-Nr. 3933.

3.9.8 Die lokale planerische Praxis des Trainingszentrums und Bürohauses Ost

3.9.8.1 Die emergente Rolle der Planer

Die lokale städtebauliche Praxis zeigte, dass es die Aufgabe des Architekten war, Änderungswünsche seitens der Bauherrschaft und Erkenntnisse bezüglich Materialverhalten oder Machbarkeit aufzunehmen und auf sämtliche inhaltlichen Verschiebungen entwerferisch zu reagieren. Dies war nur aufgrund einer engen Begleitung der Planungs- und Ausführungsarbeiten durch die Architekten möglich, die bestrebt waren, die Rahmenbedingungen und Interessenslagen eines jeden neuen in das Aktor-Netzwerk dazustossenden Akteurs und Aktanten in den Entwurf einzuarbeiten. Diese Strategie verhinderte allfällige Verhandlungsabbrüche innerhalb der Aktor-Netzwerke und verbesserte dadurch die Realisierungschancen der eigenen architektonischen Interessen.

3.9.8.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Rückübersetzung der Planwelten und Unterstützung durch Bauherrschaft

Nachdem die Architekten mit der Eingabe des Baugesuchs als Sprecher des Aktor-Netzwerks „Trainingszentrum" bestätigt wurden, ging es darum, in der Phase der Rückübersetzung die Planwelten weiterzuentwickeln. Um die Realisierungschancen des Entwurfs zu verbessern, mussten detaillierte Ausführungspläne erstellt werden. Die detaillierten Pläne zeigten Schritt für Schritt auf, welche der für die Rückübersetzung notwendigen Allianzpartnerschaften mit Fachspezialisten, Technikern, Bauarbeitern, Handwerkern Technologien, Materialien oder Werkzeuge erst noch hergestellt werden mussten. Zu diesem Zeitpunkt wurden diese zukünftigen Allianzen für eine erfolgreiche Rückübersetzung noch vorausgesetzt. Sie mussten in einem weitern Verlauf jedoch erst noch getestet werden.

• Partnergewinnung – Überarbeitung der Planwelten

Mit dem erhöhten Detaillierungsgrad zeigte sich, dass nicht alle Akteure und Aktanten die vorausgesetzten Rollen einzunehmen bereit waren. Veränderte Bedürfnisse bei der Bauherrschaft oder Schwierigkeiten bei der Konstruktion der Details führten zu Interessensverschiebungen zwischen den Akteuren des Aktor-Netzwerks. Um Verhandlungsabbrüche zu verhindern, hatten die Architekten die Planwelten zu überarbeiten und zu beweisen, wie sich die neuen Interessen, Ziele und Rahmenbedingungen der Akteure und Aktanten in das architektonische Konzept einbinden lassen würden. Nur über diese Bereitschaft zu Anpassungen gelang es den Architekten, Schritt für Schritt die notwendigen Akteure und Aktanten als Allianzpartner für eine erfolgreiche Rückübersetzung der Planwelten zu gewinnen.

• Aushandlungsprozess und Rollenerwartung – Neuer Entwurf der Freiraumgestaltung für die Bauherrschaft

Die zahlreichen Aushandlungen der Bedürfnisse und Rahmenbedingen bewirkten, dass sich Einzelheiten in Grundrissen und Fassaden veränderten, die sich allerdings ins Gesamtkonzept integrieren liessen. Im Gegensatz dazu mussten die Landschaftsarchitekten ein neues Freiraumkonzept entwickeln. Die Baubehörden verlangten zusätzliche Parkplätze, zudem liess sich die Birkenbepflanzung nicht mit den Interessen der Bauherrschaft vereinen. Diese beiden Interessenskonflikte hatten zur Folge, dass sich keine Allianzen zwischen Bewilligungsbehörden, Bauherrschaft und Landschaftsarchitekten bilden liessen. Die Landschaftsarchitekten hatten ein Konzept zu entwickeln, das sowohl den eigenen wie auch den Interessen der Bauherrschaft entsprach.

• Bewährungsprobe – Erfolgreiche Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit

Mit jedem Schritt der Weiterentwicklung des Baugesuchs über die Ausführungspläne und deren Übersetzungen auf Bauarbeiter und die Baumaschinen wurden das Aktor-Netzwerk erweitert und die jeweiligen Interessen und Rahmenbedingungen immer wieder aufeinander abgestimmt. Jede Erweiterung stellte eine Bewährungsprobe des Netzwerks dar. Mit der erfolgreichen Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit hatte

sich das Aktor-Netzwerk bewährt. Die hohe architektonische Qualität des Neubaus zeigte, dass die Architekten ihre Interessen innerhalb der gesellschaftlichen Aushandlungsrunden hartnäckig zu verfolgen und trotz der Aushandlungsrunden erfolgreich in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen wussten.

3.9.8.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Trainingszentrum und Bürohaus Ost“

Siehe Anhang am Anschluss an die zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan.



Abb. 103: Trainingszentrum und Bürohaus Ost der Hilti AG in Schaan, Archiv Hilti AG (Fotograf unbekannt).

3.10 Im Forst heute und morgen

3.10.1 Werk 1 und 2 der Hilti AG heute

Der über mehrere Jahrzehnte gewachsene Standort der Hilti AG im Forst wies in den letzten rund 20 Jahren im Vergleich zu den Anfangsjahren eine verlangsamte räumliche Entwicklung auf. Wie bereits beschrieben, liess sich dies auf die Verlagerung der flächenintensiven Produktionsstätten ins Ausland und die Stärkung des Standorts Schaan als Verwaltungszentrale mit geringerem Flächenanspruch zurückführen. Im Vergleich zu früheren Planungsständen vergrösserten sich dafür in den letzten Jahrzehnten die Parkierungsflächen. Zunehmender Wohlstand und Mobilisierung, aber auch die restriktive Wohnsitzpolitik des Fürstentums Liechtenstein trugen das Ihre zum Pendlerverhalten der Arbeitnehmer bei.

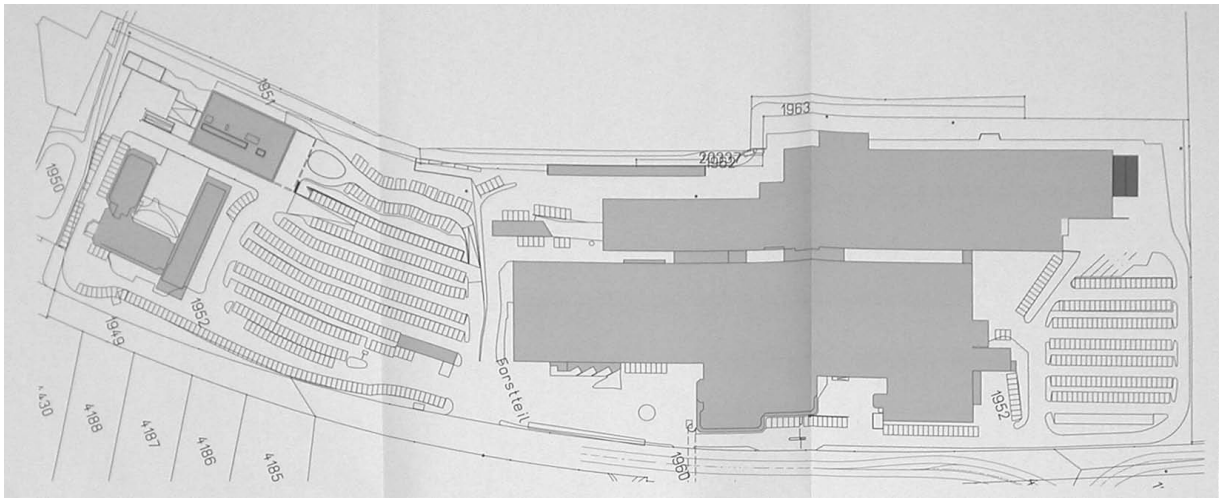


Abb. 104: Zentrales Bauwesen Hilti AG, „Gesamtsituation 1:1'000, Hilti AG Werk 1“, 15. März 2007, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.

3.10.2 Das Innovationszentrum der giuliani.hönger Architekten

Aktuellste Planungen zeigen, dass die räumliche Entwicklung der Standorte von Werk 1 und 2 längst nicht abgeschlossen ist. Im Zusammenhang mit der Konzernstrategie „Champion 3C“ begann das Unternehmen Hilti AG, die Standortentwicklung und -planung in Schaan für die nächsten Jahrzehnte weiterzutreiben. Im Rahmen des „Standortentwicklungskonzeptes 2015“ entschied das Unternehmen Hilti AG, im Undera Forst zwischen Werk 1 und Werk 2 auf firmeneigenen Grundstücken ein Innovationszentrum mit rund 600 neuen Arbeitsplätzen zu errichten.[1416]

Für das Innovationszentrum mit mehreren Büroräumlichkeiten, Laborausstattungen, Versuchsfeldern und Prototypenfertigung wurde wie bereits bei Büro Ost ein Architekturwettbewerb organisiert. 14 Architektenteams aus der Schweiz, Österreich, Deutschland und Liechtenstein wurden eingeladen, gegen Ende November 2007 ihre Beiträge abzugeben.[1417] Voraussetzung für die Teilnahme war gemäss

[1416] Interview mit Andreas Maitz, Leiter zentrale Dienste der Hilti AG, 8. November 2007.
[1417] Medienmitteilung der Hilti AG, „Neubau in Schaan: Das Hilti Innovations-Zentrum Endausscheidung im Architekturwettbewerb“, 21. Januar 2008, www.vssm.ch /de/newsarchiv, Zugriff 19. August 2008.

Andreas Maitz, dass die Architekten sowohl die hiesigen Bauaktivitäten kannten als auch über SIA-Normen und Standortverhältnisse informiert waren.[1418]

Vorgabe war es, einen „great place to work" zu schaffen. Dabei sollte das Gebäude gemäss Bauherrschaft möglichst funktional sein. Gleichzeitig wurde erwartet, dass die Architektur als Innovationsfaktor zur Unternehmenskultur und Arbeitsmotivation beitrage. „Das heisst, die Leute sollten zusätzliche Motivation finden, ihre Arbeit noch besser zu machen."[1419] Gleichzeitig hatten die Architekten die Bauvorschriften streng einzuhalten. Beispielsweise galt eine Bauhöhe von 20 Metern als verbindlich.[1420]

Mit diesen strikten Rahmenbedingungen wollte das Unternehmen möglichst früh projektgefährdende Auseinandersetzungen mit Bauverwaltungen und -behörden der Gemeinde und des Landes vermeiden. Zu dieser Strategie gehörte auch, dass die Vertreter der Hilti AG den Gemeinderat von Schaan von Anfang an über die Ziele der Standortentwicklung 2015 informierten. Auch bei der Wettbewerbsjurierung nahm der Bauvorsteher der Gemeinde Einsitz im Beurteilungsgremium, damit bei diesem Entscheidungsschritt die Anliegen der Gemeinde vertreten waren. „Wir sehen uns als Partner der Gemeinde und nicht als Gegner, und so pflegen wir auch den Informationsaustausch und das gegenseitige Gespräch. Es ist wichtig, dass beide Seiten wissen, was die andere Seite will bzw. wo Bedürfnisse, Unklarheiten oder Ängste bestehen. Wir sind bis anhin mit dieser Politik sehr gut gefahren und pflegen diese auch in Zukunft weiter. Nur so kann das notwendige gegenseitige Vertrauen aufgebaut werden. Das Vertrauen brauchen wir in unseren wechselseitigen Beziehungen."[1421] Michael Hilti sprach damit direkt die Bedeutung von Allianzbildungen an, die notwendig sind, um die Realisierungschancen der eigenen Interessen zu verbessern.

Am 21. Januar 2008 informierte die Hilti AG in einer Medienmitteilung über den Wettbewerbsentscheid. Drei Architekturbüros, giuliani.hönger (CH), erhard+partner (LI) und kadawittfeldarchitektur (D), waren ausgewählt worden, ihre Projekte zu überarbeiten; alle drei Projekte hatten die Jury, bestehend aus internen und externen Experten aus den Bereichen Architektur sowie Forschung und Entwicklung, durch ihr hohes funktionales und architektonisches Niveau überzeugt. Zudem entsprachen sie den gestellten Anforderungen für ein zukunftsweisendes Raumkonzept mit inspirierenden Arbeitsbereichen.[1422]

Am 15. April 2008 verkündete das Liechtensteiner Volksblatt den endgültigen Entscheid der Jury. Das Zürcher Architekturbüro giuliani.hönger hatte den Zuschlag für das 100-Millionen-Projekt erhalten. Das geplante Innovationszentrum solle rund 18´000 Quadratmeter an Nutzfläche für Büro- und Besprechungsräume, Versuchshallen, Labors und Werkstätten umfassen. Gemäss Jurypräsident und Hilti-Konzernleitungsmitglied Stefan Nöken entspreche der Entwurf des Zürcher Architekturbüros den Anforderungen nach einer offenen und modernen Architektur. Zugleich erfülle der Entwurf die hohen

[1418] Interview mit Andreas Maitz, Leiter zentrale Dienste der Hilti AG, 8. November 2007.
[1419] Ebenda.
[1420] Ebenda.
[1421] Interview mit Michael Hilti, Verwaltungsrat der Hilti AG, 12. Dezember 2007.
[1422] Medienmitteilung der Hilti AG, „Neubau in Schaan: Das Hilti Innovations-Zentrum Endausscheidung im Architekturwettbewerb", 21. Januar 2008, www.vssm.ch /de/newsarchiv, Zugriff am 19. August 2008.

Erwartungen an Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Sollten die Vorbereitungen nach Plan laufen, werde mit dem Bau im Jahre 2009 begonnen und dieser 2011 fertiggestellt sein.[1423]

Gemäss Michael Hilti stellt das Innovationszentrum das bisher grösste Bauvorhaben des Unternehmens dar. Die Entwicklung gehe dahin, am Hochlohnstandort Schaan qualitativ hochstehende Arbeitsschritte mit einer hohen Wertschöpfung zu fördern. Dazu habe man sich entschieden.[1424] Der Entscheid für den Bau eines neuen Innovationszentrums in Schaan sei ein klares Bekenntnis zum Standort Liechtenstein.[1425]

3.10.3 Aussichten auf die Richtplanung im Zusammenhang mit dem Innovationszentrum

Um das Vorhaben Innovationszentrum inklusive Erweiterungen zu realisieren, waren im Vorfeld des Wettbewerbs auch Absprachen mit den Richtplanern und der Bauverwaltung erforderlich. Gemäss Florin Frick, Architekt und Richtplaner, habe man von der Seite der Gemeinde Schaan darauf hingearbeitet, dass das Unternehmen Hilti AG seine Standortplanung angehe. Gleichzeitig relativierte Frick den Einfluss der Richt- und Zonenplanung auf Industriebetriebe, welchen man kaum räumliche Konzepte aufzwingen könne. „Die Industrie hat eine ganz andere Denkweise. Für sie ist ein Gebäude nicht Teil der Umwelt, für sie ist das Gebäude Facility, also Teil der Einrichtung. Das Gebäude ist ein Teil wie eine Maschine. Wird ein neues Gebäude benötigt, muss man das Gebäude so planen, wie und wo man es gerade braucht. Es braucht unheimlich viel subtile Arbeit, Industriebetriebe von zwar flexiblen, aber langfristigen Konzepten zu überzeugen. Egal wo man schaut, Industriebetriebe sind alle situativ gewachsen. (…) Was die Firma Hilti mittlerweile eingesehen hat, ist, dass sie für ihr Areal eine Grobrichtplanung machen sollte. Das ist alles, was wir erreichen können und auch wollen.“[1426]

Aus Sicht der Raumplaner war die Grobrichtplanung des Unternehmens ebenfalls notwendig, um die Richtplanung der Gemeinde mit den Erweiterungsabsichten der Hilti AG im Undera Forst abzugleichen. Gleichzeitig dienten die Planungen als Hilfsmittel, gegenseitige Wünsche und Ziele zu visualisieren. Der Bereich des Undera Forst war in der Vergangenheit bereits mehrfach von einem Hin und Her zwischen Planerwünschen und Unternehmensforderungen betroffen gewesen (Abb. 105). Man habe sich bei den Revisionen der Zonenplanungen teilweise Wunschvorstellungen hingegeben. Später habe man erkannt, dass bei Zonenplanrevisionen auch die Realität zu berücksichtigen sei.[1427]

„Im Richtplan ist heute ein Teil des Landes neben dem Werk 1 als übriges Gemeindegebiet eingezont. Das ist weder eine Bau- noch eine Landwirtschafts- noch ein Grünzone. Es ist noch nicht definiert, eigentlich ein Unding, ein stückweit auch Spekulationszone. Das Land hätte befürwortet, dass man das Gebiet in die Landwirtschaftszone umzont. Wir wollten aber nicht soweit gehen, weil wir die Zukunft in diesem Gebiet nicht einschätzen konnten. Es war dann aber doch überraschend, dass eine Entwicklung so schnell stattfinden würde.“[1428]

[1423] Pläne und Visualisierungen des Entwurfs sind bis zu diesem Zeitpunkt der Arbeit durch die Geschäftsleitung der Hilti AG noch keine freigegeben worden; Anonym (2008).
[1424] Interview mit Michael Hilti, Verwaltungsrat der Hilti AG, 12. Dezember 2007.
[1425] Anonym (2008).
[1426] Interview mit Florin Frick, Architekt und beauftragter Richtplaner der Gemeinde Schaan, 28. November 2007.
[1427] Ebenda.
[1428] Interview mit Edi Risch, Leiter der Bauverwaltung der Gemeinde Schaan, 21. November 2007.

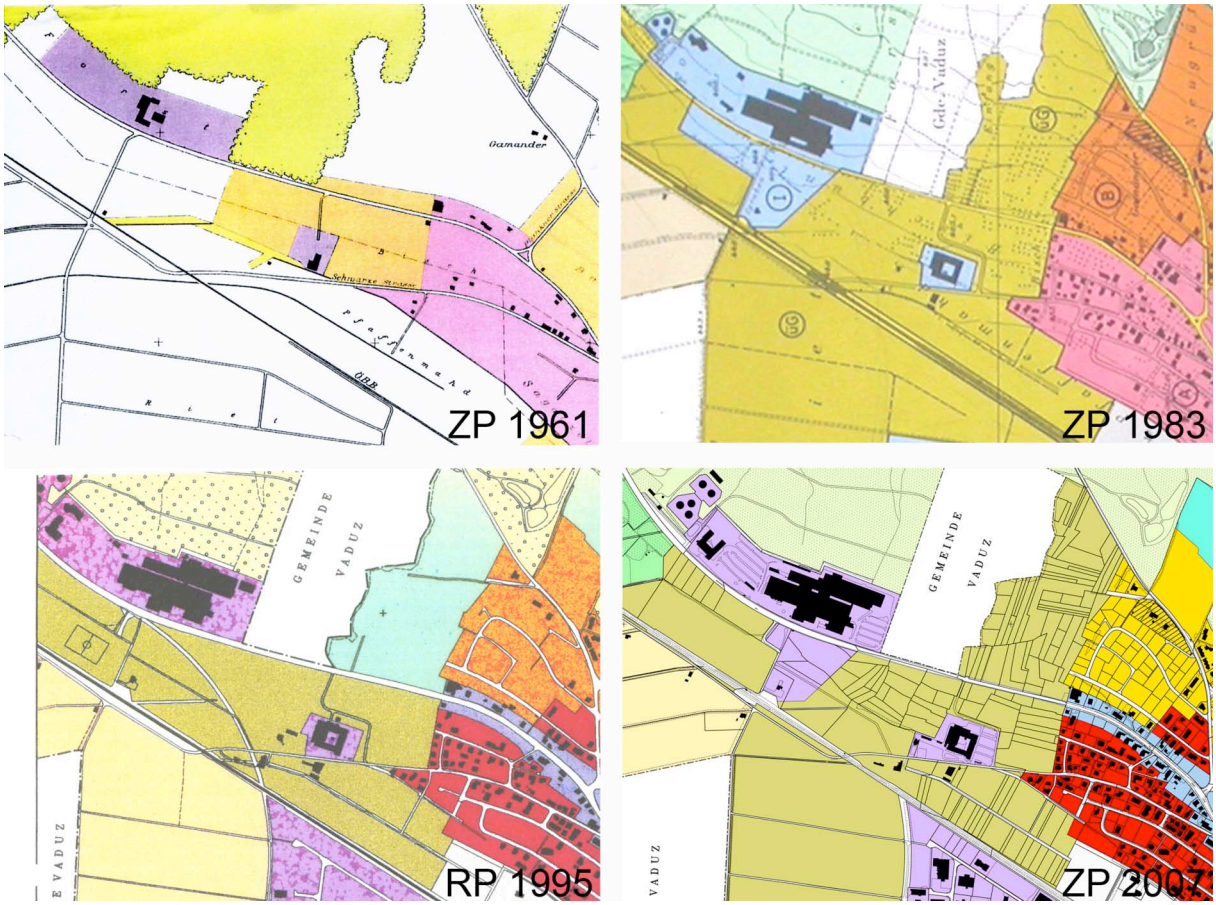


Abb. 105: Ein- und Umzonungen sowie Raumtransformationen rund um Werk 1 und 2 der Hilti AG. Zonen- und Richtpläne aus dem Jahre 1974 / 1983 / 1995 / 2007, Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan.

Im Undera Forst werde es, so Frick weiter, aufgrund der Standortplanung der Hilti AG mittel- bis langfristig Einzonungsbestrebungen geben. Ein anderer Standort wäre für das Unternehmen unrealistisch, zumal ein Grossteil des Landes im Undera Forst bereits der Hilti AG gehört. Die Planungsbestrebungen würden allerdings nicht nur die Grundstücke der Hilti AG betreffen. Auch die Gemeinde Schaan besitze im Undera Forst Boden. Langfristig werde damit die Ortsplanung so angepasst, dass die Realisierungschance einer Arbeitszone für industrielle Zwecke im Gebiet unterhalb der Feldkircherstrasse, dem Gebiet Undera Forst, verbessert werde.[1429] In Schaan selber gebe es gemäss Edi Risch keinen Ort mit vergleichbarem Potenzial für eine derartige Weiterentwicklung. Das Werk 2 der Hilti AG befinde sich schon nahe an der Wohnzone. Eine Entwicklung in Richtung Wohngebiet wolle man nicht weiter fördern. Also anerkenne man das grosse Entwicklungspotenzial im Undera Forst.[1430]

Da diese Anpassungen eine öffentliche Auflage des Zonenplans notwendig machen und Einsprachen gegen die Umzonierung gegenwärtig durchaus möglich sind, ist der gesellschaftliche Aushandlungsprozess diesbezüglich noch lange nicht abgeschlossen. Bei einer Rückübersetzung der mittel- bis langfristig angestrebten Umzonung könnte sich durchaus eine Gegnerschaft bilden. Insbesondere eine befürchtete Zunahme des Pendlerverkehrs und eine Verschärfung des Verkehrsproblems am Lindenplatz in Schaan könnte Anlass dazu sein. Edi Risch bestätigte diese Möglichkeit. „Was wir erwarten, ist ein Widerstand von den Organisationen VBL, VCL, LGU. Diese haben in Nendeln bezüg-

[1429] Interview mit Florin Frick, Architekt und beauftragter Richtplaner der Gemeinde Schaan, 28. November 2007.
[1430] Interview mit Edi Risch, Leiter der Bauverwaltung der Gemeinde Schaan, 21. November 2007.

lich des Neubaus des Hochregallagers der Hilti AG bereits Widerstand geleistet. Hauptgrund dafür ist der Pendlerverkehr. Dieser Konflikt ist schon länger vorhanden."[1431] Darüber, dass eine mögliche Weiterentwicklung der Hilti AG durch eine Ablehnung der Einzonung verhindert werden könnte, ist sich auch Michael Hilti bewusst. Diesbezüglich relativiert er aber. „Das könnte man selbstverständlich annehmen. Ich gehe allerdings nicht davon aus, dass dies eintreffen wird. Wir bieten viele Arbeitsplätze, sind ein wichtiger Steuerzahler, leben mit der Gemeinde eine gute Partnerschaft, und ich denke, dass die Gemeinde grösstmögliches Interesse hat, die Entwicklung eines solchen Unternehmens in ihrem Gemeindegebiet auch zu unterstützen. Es würde auch sehr wenig Sinn machen, wenn die Gemeinde auf der einen Seite Anstrengungen unternimmt, neue Unternehmen nach Schaan zu bringen, und auf der andern Seite bestehende und bewährte Unternehmen in ihrer Entwicklung hemmt."[1432]

Die Rekonstruktion der aktuellen Verhandlungen zeigt die fortgeschrittene Beziehung zwischen dem Unternehmen und der Gemeinde sowie die Erwartung eines gesellschaftlichen Rückhalts der beabsichtigten Raumentwicklung durch die Hilti AG. Die Allianzen zwischen den momentan involvierten Akteuren und Akteur-Netzwerken sind aufgrund zahlreicher Abkommen, Treffen und Auseinandersetzungen stabil geknüpft. Viele Punkte des aktuellen Planungsstandes beruhen allerdings nach wie vor auf einer Reihe von Voraussetzungen. Offen bleibt die Frage, inwieweit es allenfalls einer Gegnerschaft oder globalen Einflüssen, wie im Zusammenhang mit der aktuellen Finanzkrise, gelingen könnte, die bestehenden Allianzen zu destabilisieren.



Abb. 106: Was sich hier als eindeutig landwirtschaftlich genutzte Landschaft darstellt, wird sich in den nächsten Jahren mit dem geplanten Innovationszentrum links der Feldkircherstrasse und gegenüber dem Werk 1 der Hilti AG nachhaltig transformieren (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

3.11 Die Stadtlandschaft Gwatt im Diskurs der Zwischenstadt

Mit rund 7'000 Arbeitsplätzen ist der Standort Schaan eines der grösseren Arbeitsplatzzentren der Region Alpenrheintal. Mit rund 1'500 und bald 2'000 Arbeitsplätzen ist die Hilti AG einer der grössten Arbeitgeber.[1433] In der Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte hat sich gezeigt, dass das Unter-

[1431] Ebenda.
[1432] Interview mit Michael Hilti, Verwaltungsrat der Hilti AG, 12. Dezember 2007.
[1433] Siehe Kapitel 3.1.1 Die Gemeinde Schaan heute.

nehmen in Abhängigkeit zu Investitionen, Innovationen, Absatzmärkten, neuen Standorten, insbesondere aber auch spezifisch-lokalen Rahmenbedingungen, qualifizierten Arbeitnehmern, Verfügbarkeit von Land, gesellschaftlichem Rückhalt oder Parkplatzangebot Schritt für Schritt gewachsen ist. Im Rahmen von tagtäglichen Entscheidungen und Verhandlungen zeigt sich das Resultat der lokalen städtebaulichen Praxis der Werke 1 und 2 als zwei Cluster umgeben von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grünflächen. Die beiden Cluster sind geprägt durch die schrittweise Addition von Einzelbauten einer gewerblichen und industriellen Alltagsarchitektur. Die Zusammenstellung der Bauten entspricht einer inneren und schrittweisen Logik, die im Laufe der Jahre permanent an die Betriebsabläufe angepasst worden ist. Die Zwischenräume innerhalb der Cluster haben sich zu regelrechten Autolandschaften entwickelt. Auch hier zählt die funktionale Logik, die Nähe des Fahrzeugs zum Arbeitsplatz mehr als räumlich-qualitative Aspekte. Nur verschiedene Fragmente wie einzelne Verwaltungsbauten oder das Trainingszentrum zeugen davon, dass in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen der Anlage auch architektonische, landschaftsarchitektonische oder gar städtebauliche Aspekte mehr oder weniger erfolgreich Eingang gefunden haben. Trotzdem entfalten heute die Cluster in der gesamträumlichen Betrachtung eigene Qualitäten, die durchaus raumplanerisches und städtebauliches Entwicklungspotenzial aufweisen.

3.11.1 Werk 1 und Werk 2 als Elemente der Zwischenstadt

In der Lesart der DNA der Zwischenstadt lassen sich Werk 1 und Werk 2 der Hilti AG als zentrale Elemente in den zwischenstädtischen Diskurs einbringen.[1434] Werk 1 lässt sich als „XXL-Struktur“ beschreiben; es zeigt sich als autarke und kontextnegierende Grossstruktur. Aufgrund seiner Bedeutung als Arbeitsstätte und seiner räumlichen Präsenz ist das Werk 1 Merkzeichen in der Stadtlandschaft.[1435] Die Zwischenräume bei Werk 1 und Werk 2 erweisen sich dabei als „blinde Flecken“, die als flächenbeanspruchende Parkierungsanlagen extensiv genutzt werden und in ihrer Zugänglichkeit begrenzt sind.[1436] Der Umriss der Werke bildet als Kontaktlinie zwischen Siedlungs- und landwirtschaftlich genutzter Landschaft „Ränder“.[1437] Diese Übergänge erzeugen den fraktalen Charakter der Stadtlandschaften.

3.11.2 Raumzusammenhänge der Zwischenstadt Im Forst

Die Fallstudie „Schaan-Forst“ entfaltet nicht die räumliche Vielschichtigkeit wie beispielsweise die Fallstudien „Freienbach-Gwatt“ oder „Ems-West“, die eine Vielzahl an Elementen und Übergangszonen auf engem Raum aufweisen. Dennoch zeigt sich auch hier der räumlich disperse „Patchwork Urbanismus“ aus unterschiedlichsten, in sich homogenen Strukturen.[1438] Über die Bahn- und die Strassenverkehrsinfrastrukturlinien sind die einzelnen Patches miteinander vernetzt. Die Infrastrukturlinien bewirken eine Komprimierung des Raums und bilden das Stadtgeflecht der konzentrischen Stadt mit

[1434] Bormann et al. (2005), S. 16.
[1435] „XXL-Strukturen“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 20.
[1436] „Blinde Flecken“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 19.
[1437] „Ränder“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 21.
[1438] „Patchwork Urbanismus“ als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 28.

untereinander verbundenen Wohn-, Arbeits- und Freizeitangeboten.[1439] In diesem Stadtgeflecht entstand im Laufe der Zeit eine Durchdringung und Abhängigkeit der einzelnen Elemente, die im Sinne einer Mehrfachcodierung von Ökologie, Landwirtschaft, Gewerbe, Wohnen und Freizeit eine eindeutige Definition von Stadt und Landschaft nicht mehr ermöglicht. Am Beispiel Forst zeigt sich dies insbesondere darin, dass vermeintlich landwirtschaftlich genutzte Flächen als Industrie- und Gewerbezonen eingezont sind und bereits Projekte geplant sind, die mittelfristig die bestehende Landschaft nachhaltig transformieren werden.

3.11.3 Städtebauliches Potenzial des Forst

Werk 1 und Werk 2 der Hilti AG zeigen sich zurzeit als separate Cluster aus einem Konglomerat einzelner Hallen und Verwaltungsbauten. Städtebaulich sind die Ränder der Anlagen wenig spezifiziert. Teilweise greifen grossflächige Parkierungsanlagen in die umliegenden Kulturlandschaften. Eine räumliche Ausdifferenzierung und landschaftliche Eingliederung der Anlagen wurde in den vergangenen Jahren zwar vielfach verhandelt, jedoch kaum und nur sehr widerwillig umgesetzt. Angesichts der aktuellen Planungen zum Innovationszentrum kann davon ausgegangen werden, dass der Neubau bei Werk 1 eine räumliche Fassung der Gesamtanlage bewirken wird. Dass das Unternehmen Hilti AG mittlerweile an einer räumlichen und architektonischen Qualifizierung seiner Werke Interesse zeigt, sah man bereits beim Neubau des Informationszentrums der Architekten Baumschlager und Eberle oder beim Neubau des Logistikzentrums in Nendeln. Städtebaulich zeigt sich das Potenzial einer möglichen Ausgestaltung des Übergangs von bebauter zu nicht bebauter Stadtlandschaft am Standort der Werke 1 und 2. Eine solche Qualifizierung dieses städtebaulich strategischen Punktes könnte eine verstärkte Adressbildung des nördlichen Siedlungseingangs und eine verbesserte räumliche Orientierung nach sich ziehen. In Anbetracht einer nordseitigen Ausdehnung des Siedlungsgebiets könnten die Werke räumlich als klar definierter Anfangs- oder Endpunkt eine langfristige Setzung als Siedlungsabschluss darstellen. Über die angestrebte Diversifizierung der Nutzung der Werke als Innovations-, Informations-, Ausbildungs- und Produktionsstandorte und eine wünschenswerte Öffnung nach aussen durch Cafeteria, Hilti-Museum und Geräte-Testcenter könnten die Cluster einen städtebaulichen Mehrwert schaffen, der den Ort für die Öffentlichkeit attraktiv macht. Diese Eingriffe hätten eine Wahrnehmungsverschiebung der Werke 1 und 2 von „ausserhalb des Siedlungsgebiets von Schaan“ nach „innerhalb des Stadtgeflechts Alpenrheintal“ zur Folge. Dadurch könnten die Werke als neues Zentrum und Brennpunkt mit Wiedererkennungswert in den Mittelpunkt des Stadtgeflechts rücken und ausgehend von den Nutzungsüberlagerungen neue gesellschaftliche Prosperitäten begründen.

> ***3.12 Visualisierung der Aktor-Netzwerke mit Einflussnahme auf die Transformation der Stadtlandschaft am Beispiel Forst und Umgebung, Schaan***
>
> *Siehe Anhang am Anschluss an die zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan.*

[1439] Der „komprimierte Raum“ als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 25.



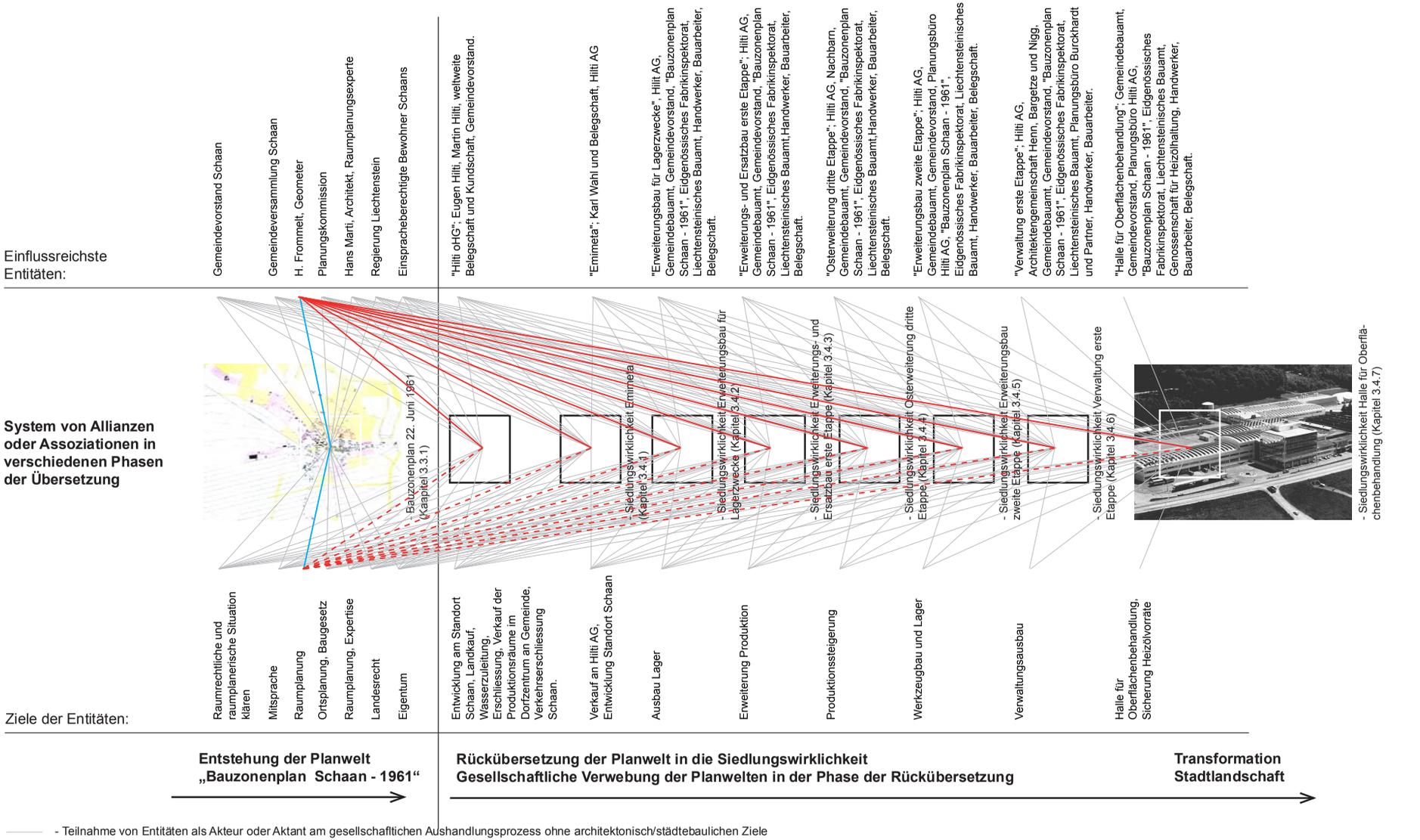
Abb. 107: Das Werk 1 der Hilti AG als „XXL-Struktur“ und Merkzeichen in der bestehenden Landschaft (Fotografie Stefan Kurath, 2008).



Abb. 108: Das Werk 2 der Hilti AG. Zu sehen sind die fraktalen Ränder der Zwischenstadt sowie die dem Gebäude vorgelagerten Parkierungsflächen als „blinde Flecken“ der Stadtlandschaft (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

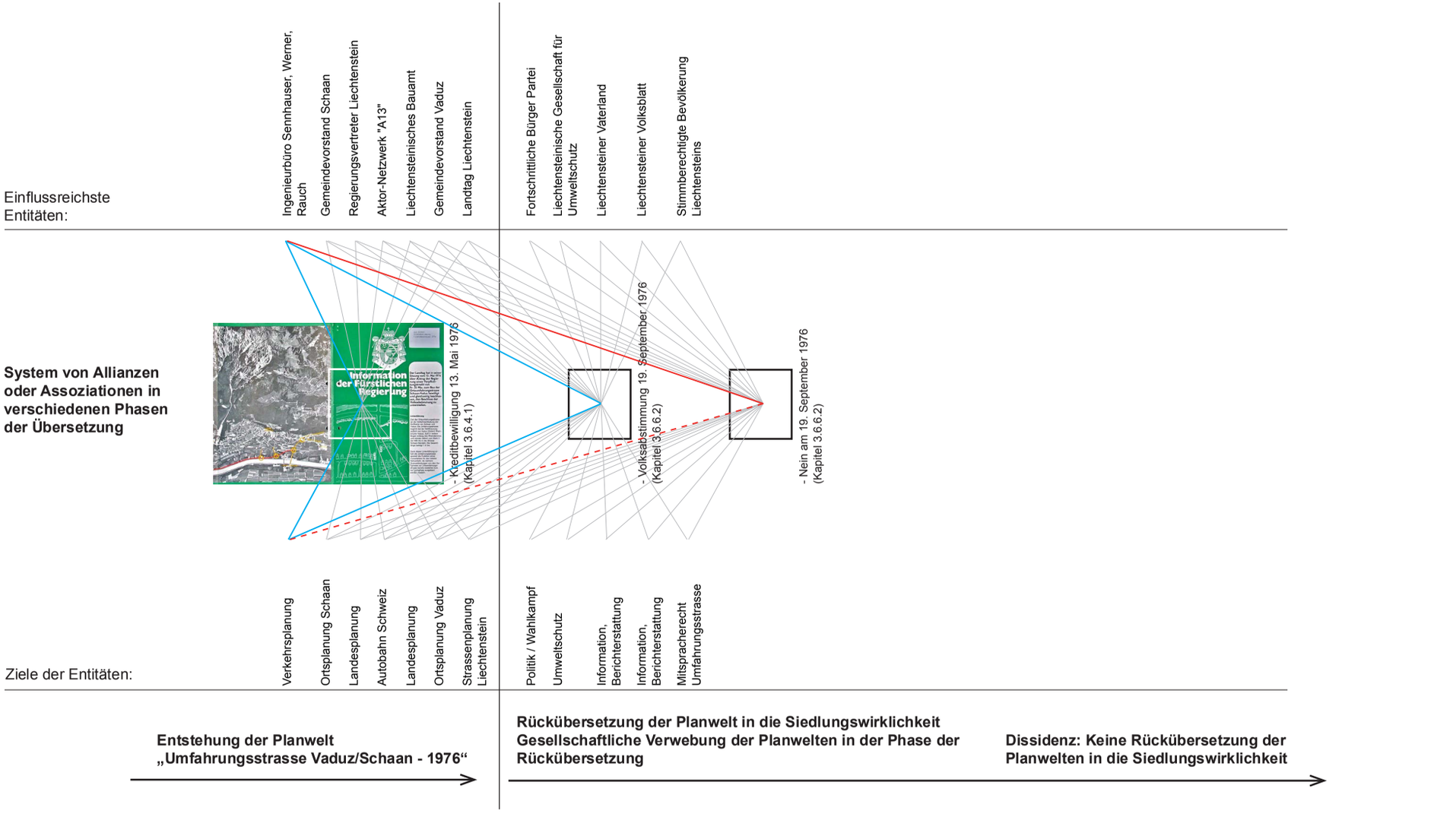
ANHANG ZWEITE MIKROSTUDIE

Visualisierungen Aktor-Netzwerke



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

3.5.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Bauzonenplan Schaan“ mit Fokus Forst bis 1974



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

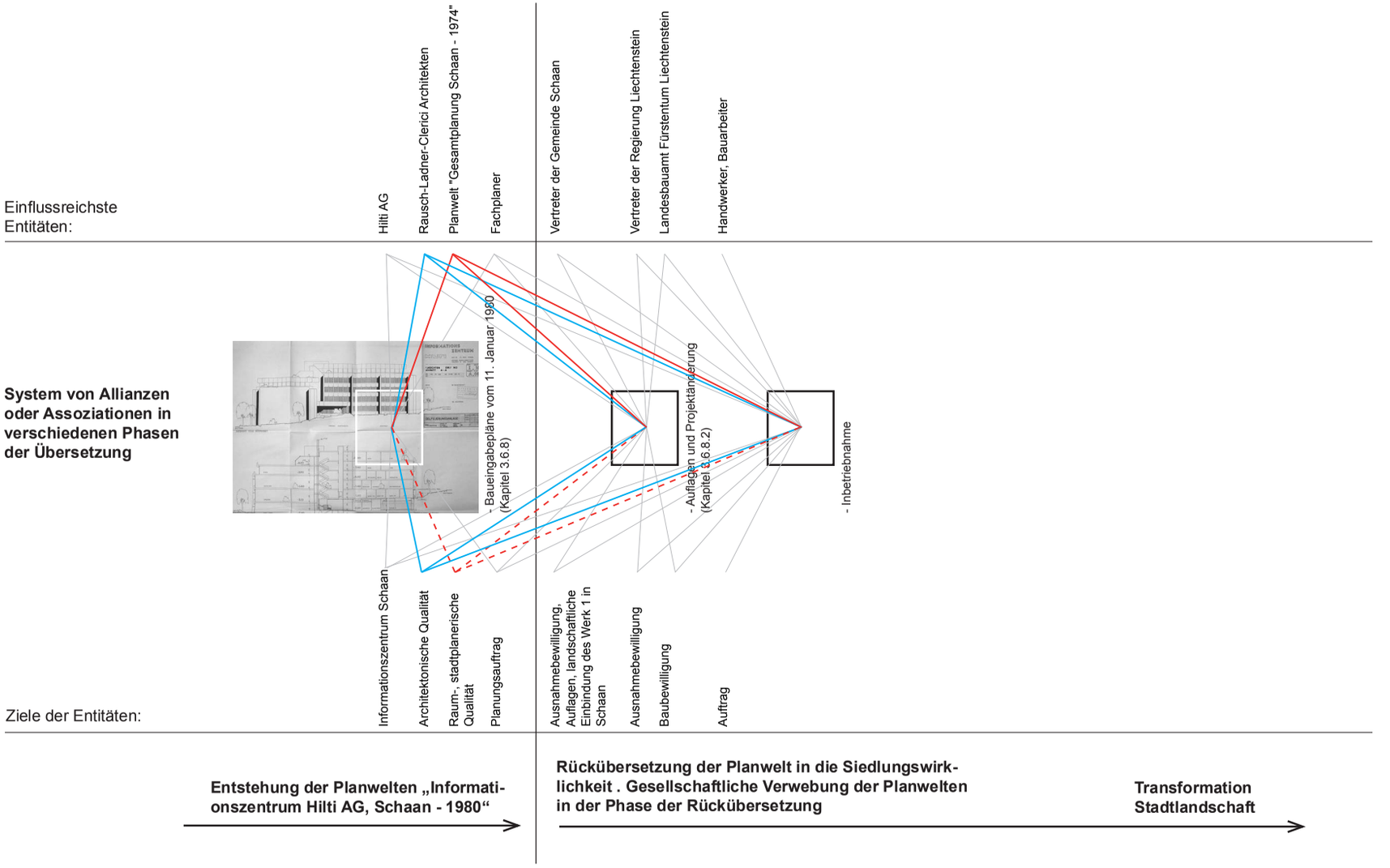
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

3.6.6.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Umfahrungsstrasse Vaduz/Schaan“



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

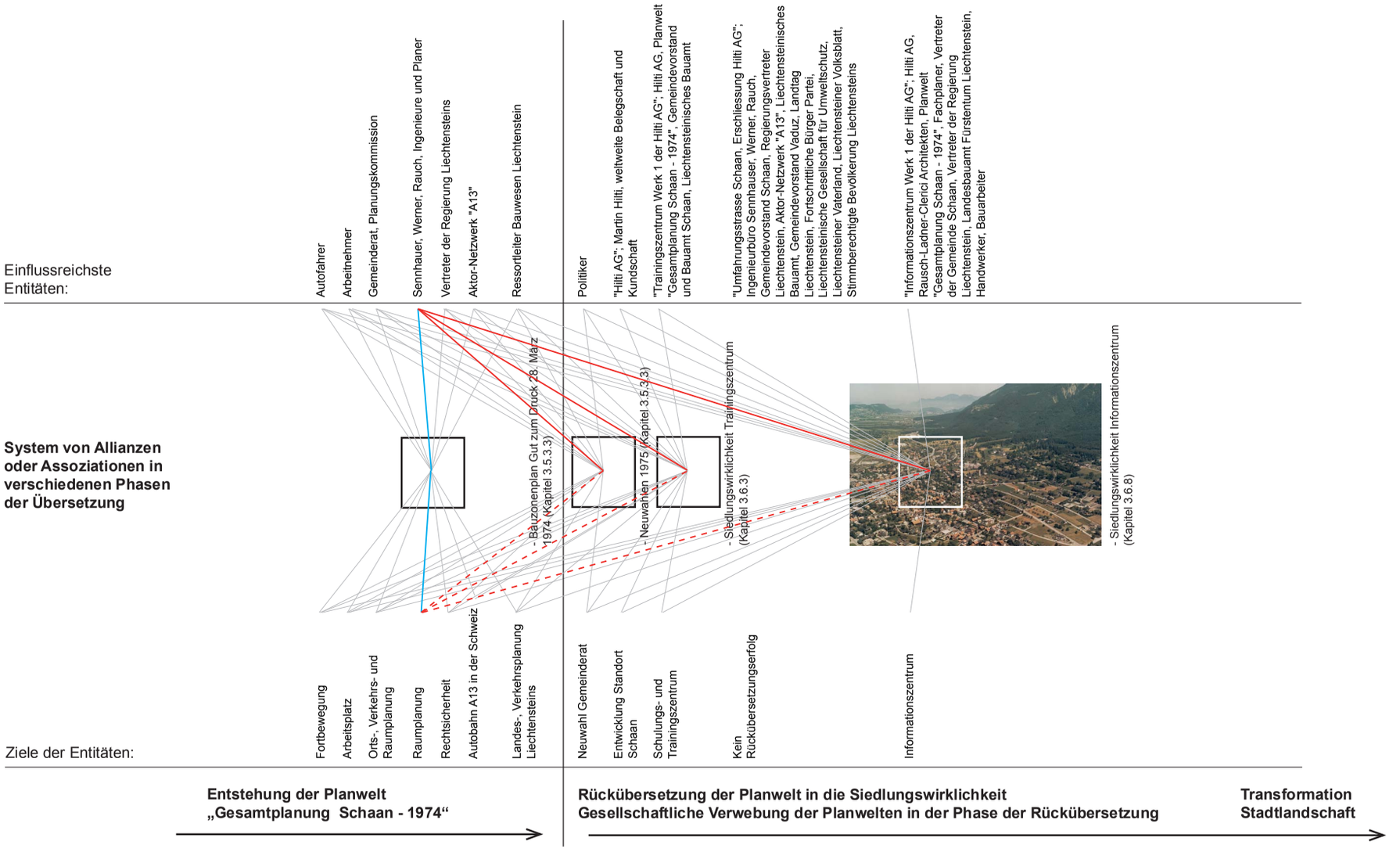
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

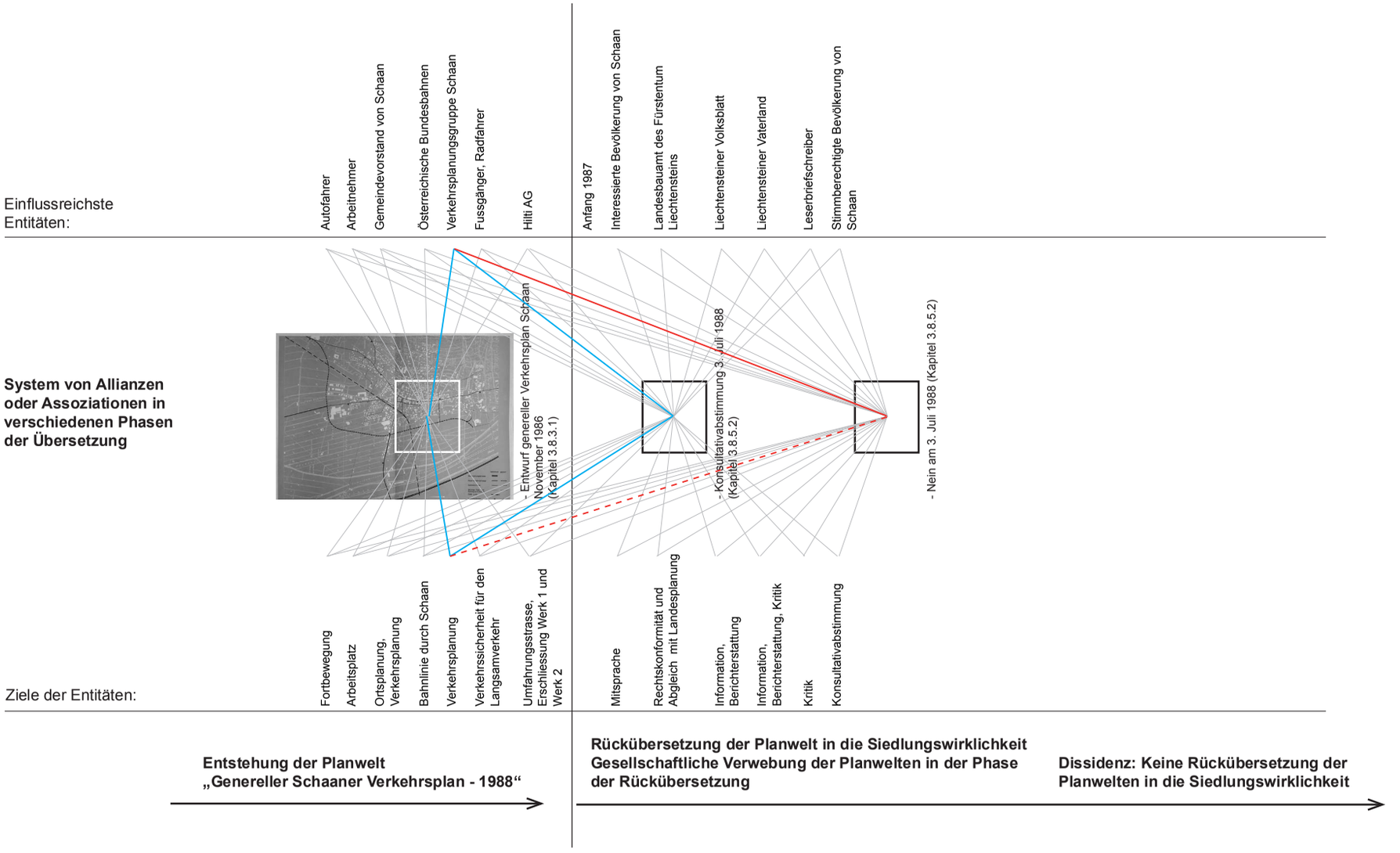
(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

3.6.9.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Informationszentrum Hilti AG, Schaan“



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

3.7.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Gesamtplanung Schaan“ mit Fokus Forst bis 1982“



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

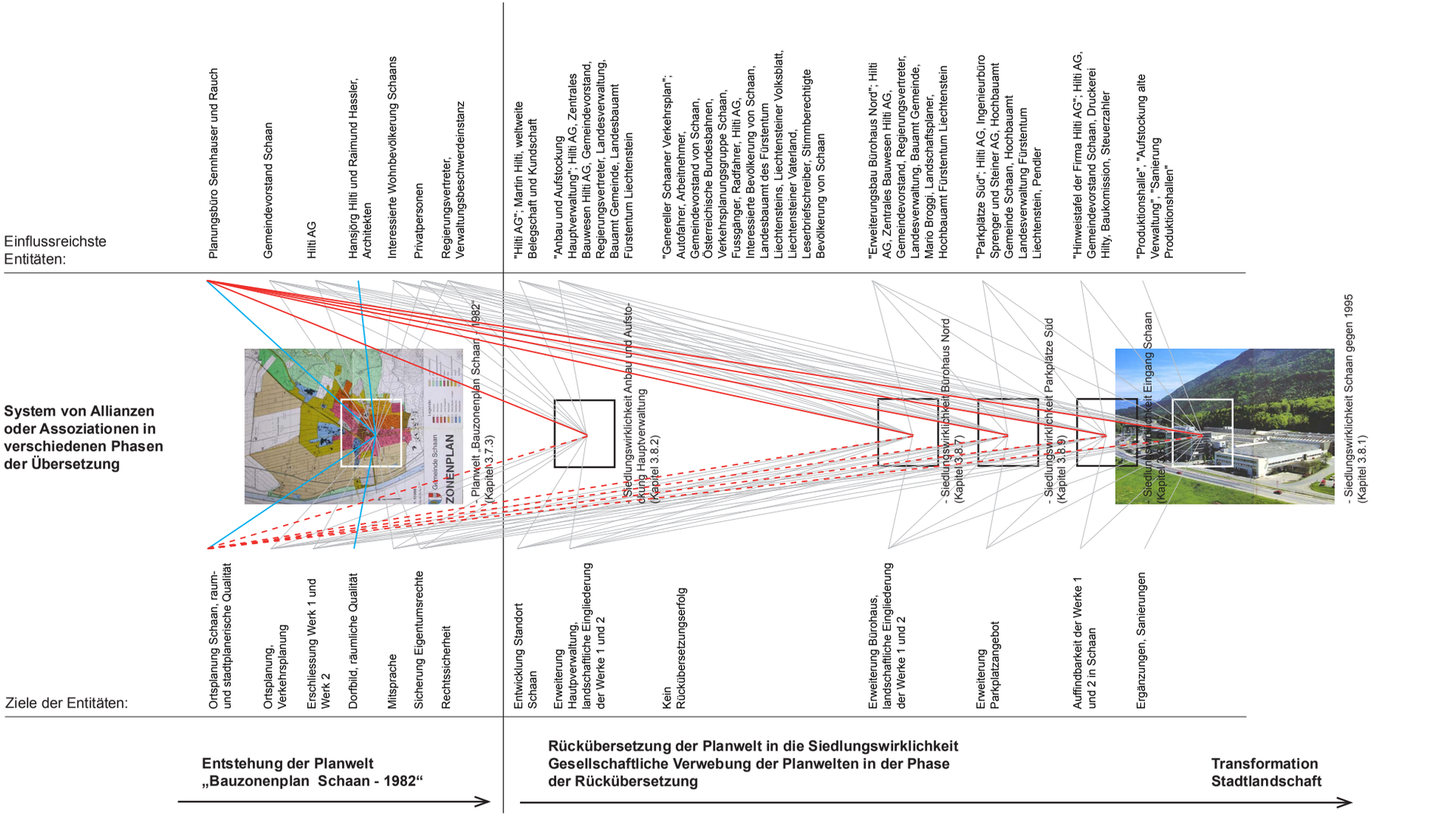
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

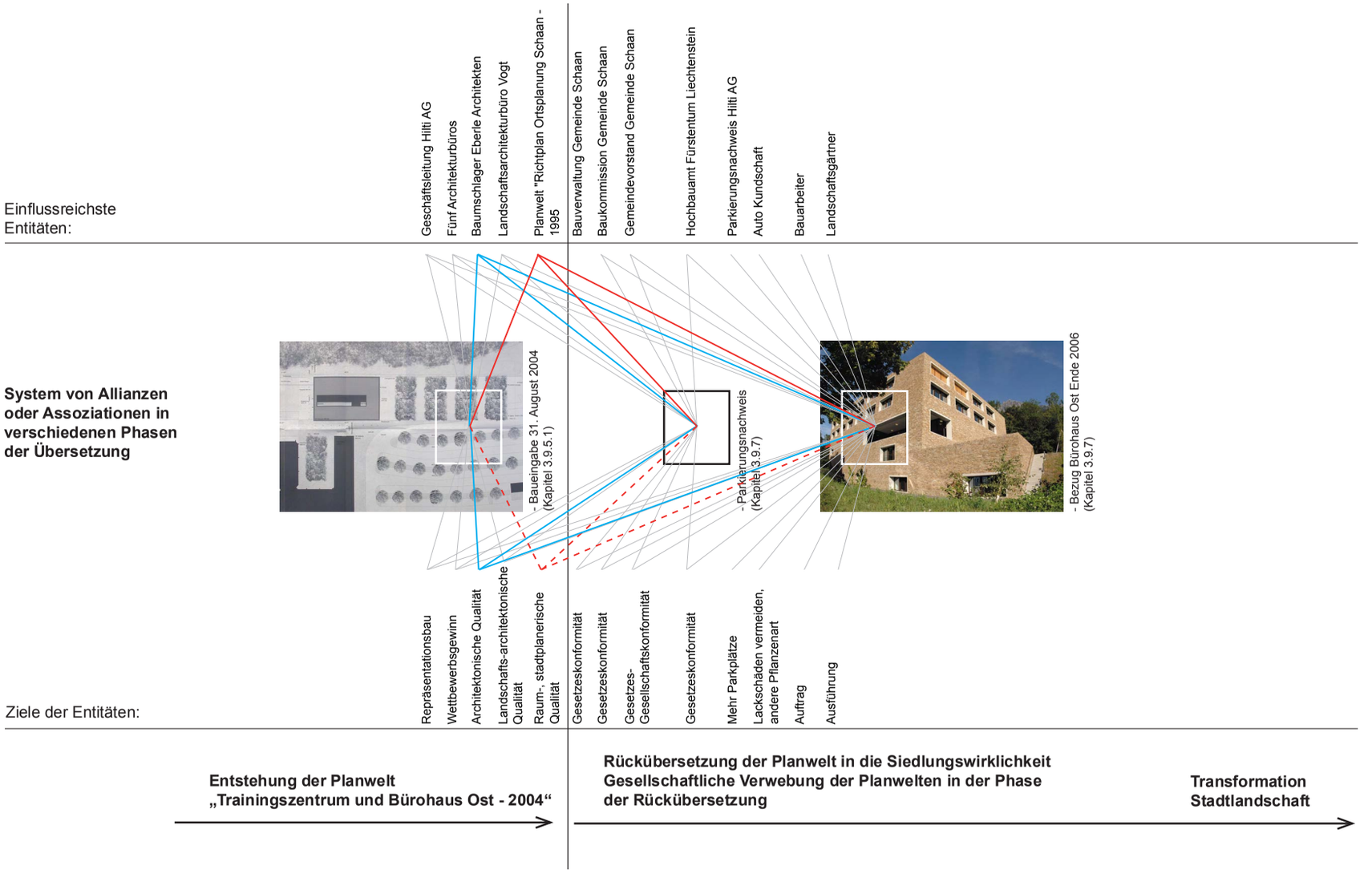
(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

3.8.6.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks
„Genereller Schaaner Verkehrsplan“



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

3.8.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks
„Bauzonenplan Schaan“ mit Fokus Forst bis 1995



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

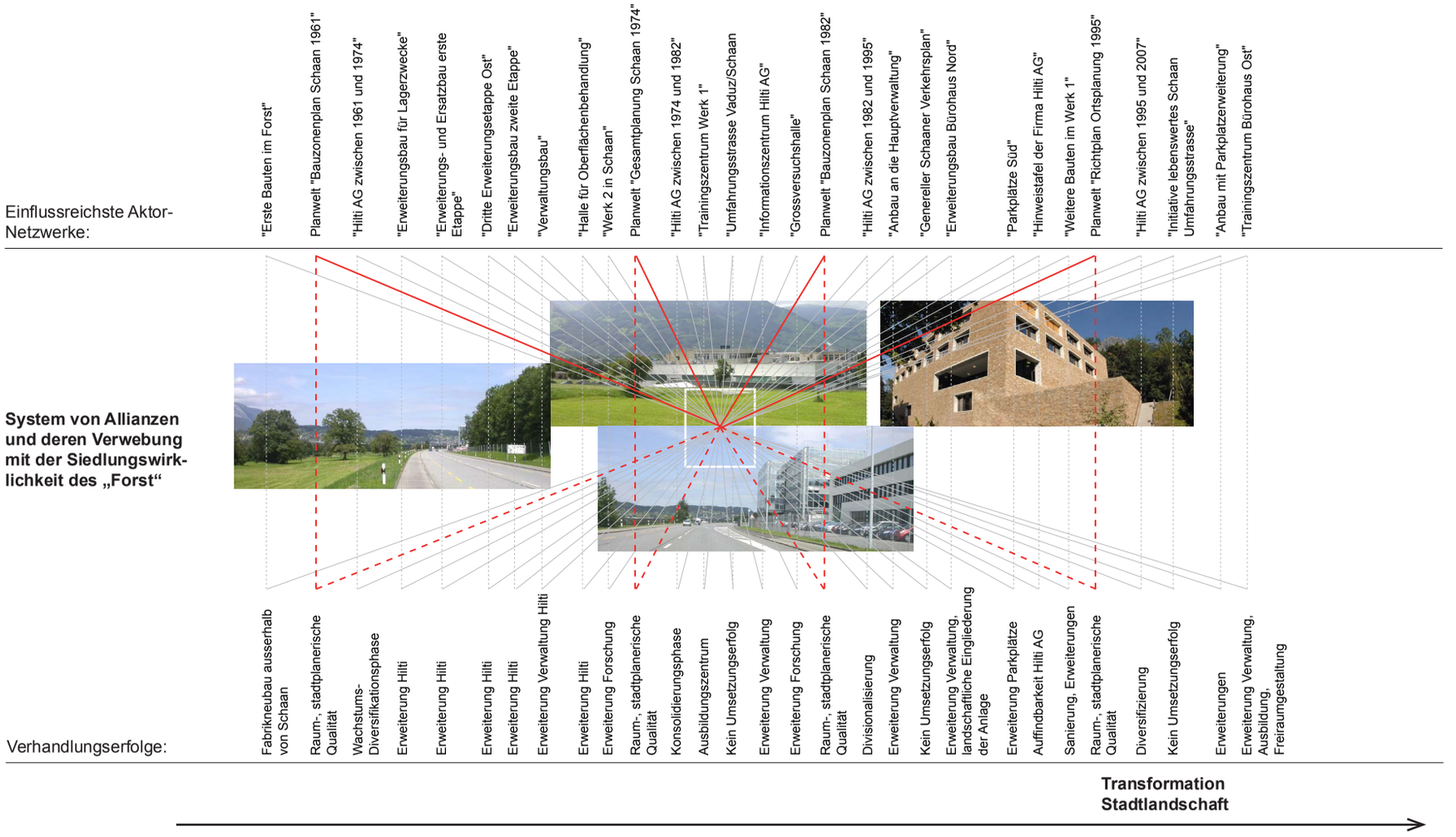
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

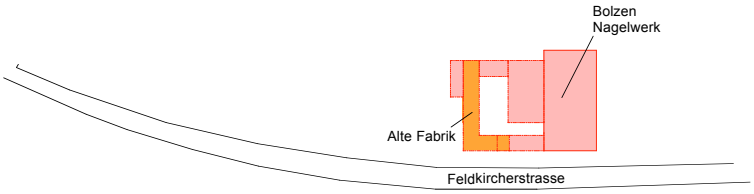
(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

3.9.8.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks
„Trainingszentrum und Bürohaus Ost“

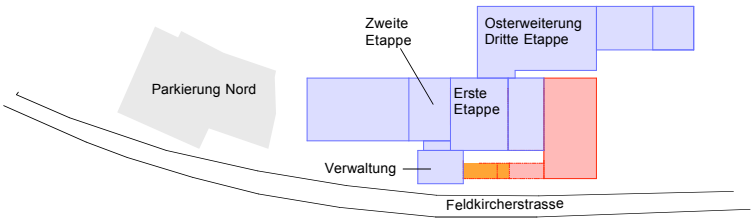


3.12 Visualisierung der Aktor-Netzwerke mit Einflussnahme auf die Transformation der Stadtlandschaft am Beispiel Forst und Umgebung, Schaan

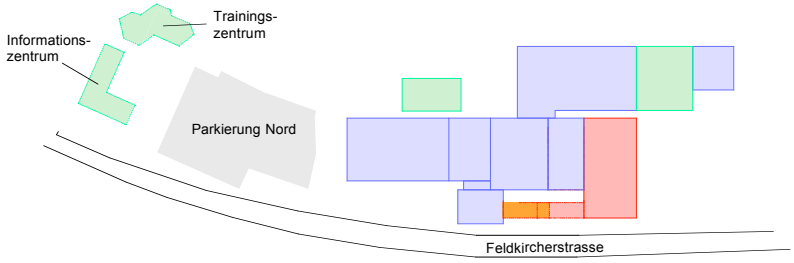
(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)



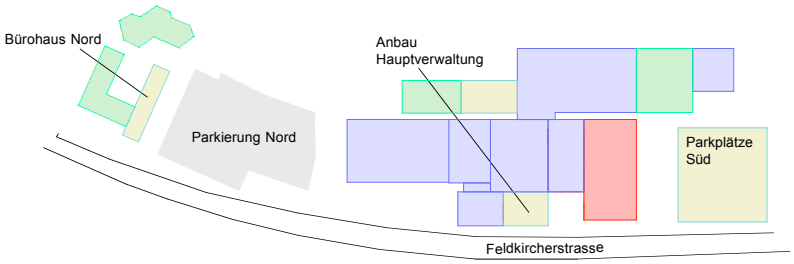
Erste Bauten im Forst im Zeitraum von 1954 (orange) bis 1961



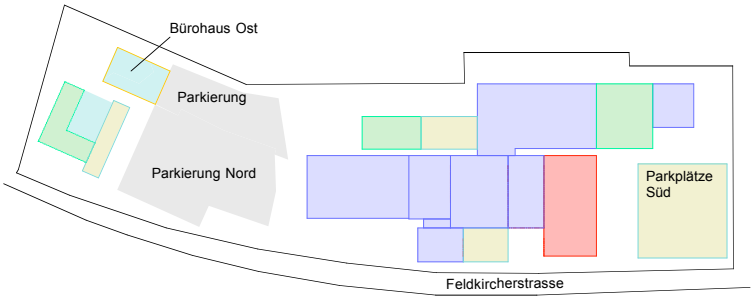
Entwicklung im Forst im Zeitraum von 1961 bis 1974



Entwicklung im Forst im Zeitraum von 1974 bis 1982



Entwicklung im Forst im Zeitraum von 1982 bis 1995



Entwicklung im Forst im Zeitraum von 1995 bis 2007

(Eigene Darstellung)

DRITTE MIKROSTUDIE

EMS-WEST, DOMAT/EMS

4.0 Dritte Mikrostudie: Ems-West, Domat/Ems

4.1 Einführung ins Untersuchungsgebiet

4.1.1 Die politische Gemeinde Domat/Ems heute

Das dritte Untersuchungsgebiet Ems-West liegt in der Gemeinde Domat/Ems im Kanton Graubünden. Die drei Nachbargemeinden Domat/Ems, Reichenau-Tamins und Felsberg bilden am Zusammenfluss des Vorder- und Hinterrheins bei Reichenau westlich von Domat-Ems einen geografischen Anfangspunkt des Alpenrheintals.



Abb. 109: Schweiz mit Gliederung in Kantone und Lokalisierung relevanter Ortschaften in Bezug auf die vorliegende Mikrostudie (eigene Darstellung).

Das Siedlungsgebiet Domat/Ems liegt in der Sohle des Churer Rheintals. Die gleichmässige Ebene der Talsohle als Resultat einer früheren Aufschotterung des Rheins und die 13 Hügel, die aus der letzten Eiszeit als Folge eines Bergsturzes hervorgegangen sind, prägen das Landschafts- und Siedlungsbild von Domat/Ems.[1440] Diese eigentliche Tumalandschaft ist eingetragen im Bundesinventar

[1440] Pfiffner (2005), S. 3.

über Landschaften und Naturobjekte von nationaler Bedeutung.[1441] Die nähere Umgebung der Gemeinde ist geprägt von den eindrücklichen Gebirgsketten des Calanda und Dreibündenstein.

Domat/Ems war ursprünglich ein bescheidenes Bauerndorf westlich der Kantonshauptstadt Chur. Erste Impulse für eine Entwicklung des Siedlungsgebiets gab der Neubau der Eisenbahnlinie Thusis–Chur im Jahre 1896, die damals südlich des Dorfzentrums vorbeiführte. Die stetig verbesserte Erschliessung durch Bahn und Strasse sowie das im Laufe der Zeit zunehmende Arbeitsplatzangebot liessen Anfang des 20. Jahrhunderts einen wirtschaftlichen Aufschwung erhoffen.[1442] Der Bau der Holzverzuckerungs AG (HOVAG) und heutigen Ems-Chemie AG im Jahre 1941 führte zusammen mit einem wirtschaftlichen Wachstum in der Region und der zunehmenden Mobilität der Talbewohner zu einem eindrücklichen Bauboom in der Umgebung von Chur und Domat/Ems. „Bevölkerung und Arbeitsplätze nahmen sprunghaft zu. In der Folge entwickelte sich in einem veritablen Bauboom die Streubauweise rings um das Dorf (Domat/Ems; Anm. Kurath), besonders in den Obstgärten und Wiesen in südlicher Richtung (über die RhB-Gleise hinaus) und in westlicher Richtung."[1443]

Heute preist die politische Gemeinde Domat/Ems die strategisch gute Lage der Gemeinde am oberen Ende des Alpenrheintals in unmittelbarer Nähe zu Chur. Insgesamt bieten 200 Betriebe rund 2'800 Arbeitsplätze an. Der Internetauftritt der Gemeinde stellt wirtschaftlich gesehen das Gefüge weltweit tätiger Unternehmen wie Ems-Chemie AG, Freymatic AG oder UHDE Inventa Fischer AG in den Vordergrund. Die Gemeinde profitiere zudem von hervorragenden Infrastrukturen und dem breiten Bildungsangebot der Kantonshauptstadt. „Entsprechend seiner Lage im Ferienland Graubünden bietet Domat/Ems einen überaus hohen Erholungswert im Verbund mit sämtlichen Annehmlichkeiten eines modernen Wohnortes: Schöne Wohnlagen, moderne Wohnungen, lebendiges Dorfleben, Kulturanlässe, fortschrittliche Schulen, attraktive Sport- und Erholungsangebote, anziehende Landschaft, Einkaufsgelegenheiten, effiziente Verkehrsnetze, günstige Lage neben dem Grosszentrum Chur (…)."[1444]

4.1.2 Die Gemeinde Domat/Ems im Kontext statistischer Raumgliederungen heute

Domat/Ems ist gemäss den Auswertungen des statistischen Amtes der Schweiz keiner Metropole zugehörig. Dafür liegt die Gemeinde im Einzugsgebiet der Agglomeration Chur, die sich von der Ortschaft Rhäzüns südlich von Domat/Ems bis nach Landquart erstreckt (Abb. 110).[1445] Mit rund 7'000 Einwohnern ist Domat/Ems heute die viertgrösste Gemeinde des Kantons Graubünden.[1446]

Im funktionalräumlichen Konzept von Avenir Suisse gehört die Gemeinde Domat/Ems ebenfalls keiner Metropolitanregion an.[1447] Die lokal-räumlichen Verflechtungen des Wirtschafts- und Lebensraums Churer Rheintal sind in einem gesamtschweizerischen Kontext wenig bedeutend. Wirtschaftlich gese-

[1441] BLN-Nr. 1911, Tumalandschaft bei Domat/Ems.
[1442] Willi (2005a), S. 45-46.
[1443] Bundi (2005), S. 124.
[1444] www.domat-ems.ch, Zugriff am 21. Oktober 2008.
[1445] Die Agglomerationen werden im Bundesamt für Statistik (BFS) nach statistischen Kriterien definiert. Zu diesen Kriterien gehören die Einwohnerzahl und die Bevölkerungsentwicklung, der bauliche Zusammenhang, das Verhältnis der Erwerbstätigen zur Wohnbevölkerung, die Wirtschaftsstruktur und die Verflechtung mit der Kernzone durch Pendler. Agglomerationen sind zusammenhängende Gebiete mehrerer Gemeinden mit insgesamt mindestens 20'000 Einwohnern. Bundesamt für Statistik, „Agglomerationen, Einzelstädte und Metropolen der Schweiz", Stand 2000, www.bfs.admin.ch, Zugriff am 20. August 2008.
[1446] www.domat-ems.ch, Zugriff am 21. Oktober 2008.
[1447] Blöchliger (2005).

hen ist das Rheintal den Randregionen der Schweiz zugehörig. In der Karte „Urbaner Potenziale“ des ETHZ-Studios Basel ist Domat/Ems Teil des Städtenetzes Bodensee.[1448] Als eine der letzten Stationen findet das Städtenetz Bodensee in Domat/Ems einen Abschluss. Nach Definition des Studios Basel liegt die Gemeinde Domat/Ems im Umfeld von „Alpinen Brachen“ und den „Alpinen Resorts“ Flims-Laax, Lenzerheide und Arosa (Abb. 111).[1449]

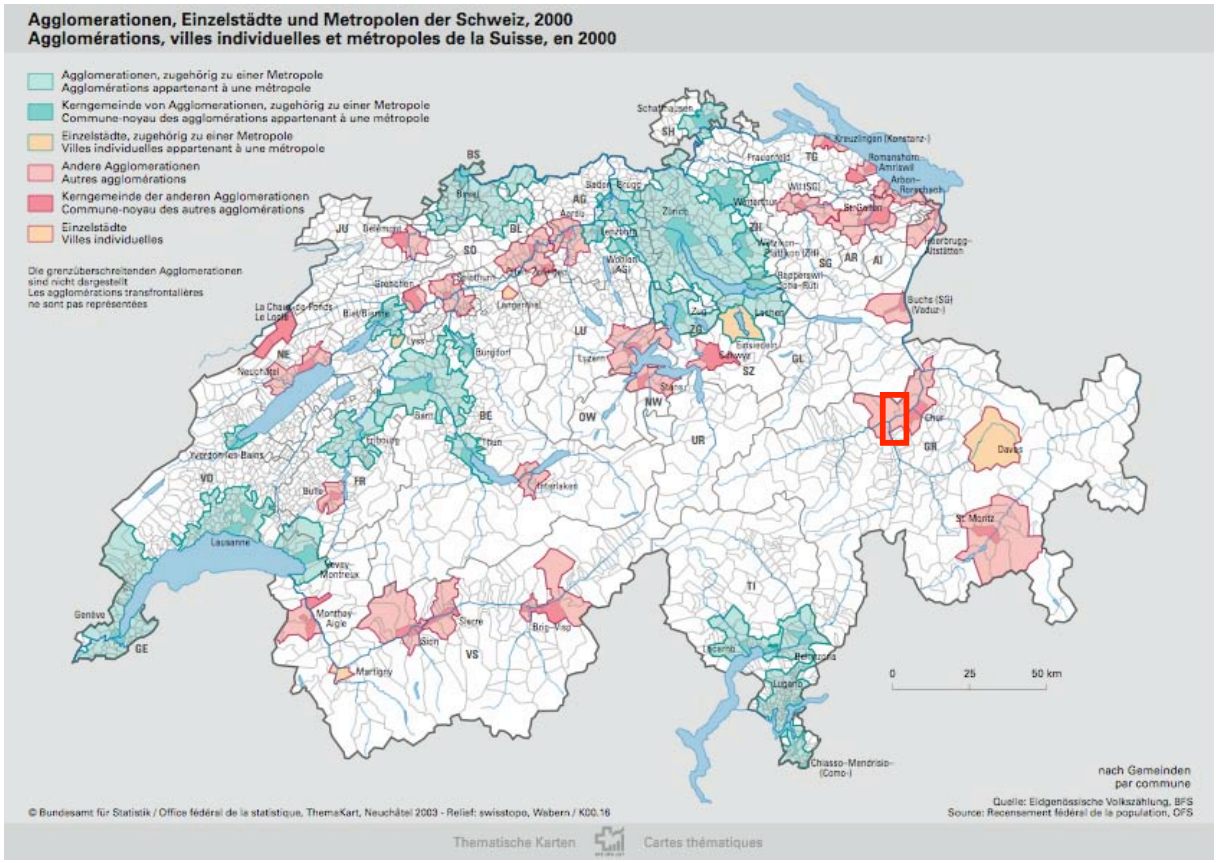


Abb. 110: Bundesamt für Statistik, „Agglomerationen“, Stand 2000.

Nach den Kategorien der Gemeindetypologien des Bundesamtes für Statistik ist die Gemeinde Domat/Ems nach Stand der Volkszählung aus dem Jahre 2000 eine Arbeitsplatzgemeinde und suburbane Gemeinde nicht-metropolitaner Regionen.[1450]

Im lokalen Wirtschaftsraum Churer Rheintal zeichnet sich eine aussagekräftige Pendlerverflechtung zwischen der Gemeinde Domat/Ems und den Nachbargemeinden, insbesondere mit der Kantonshauptstadt Chur ab. Von den im Jahr 2000 in Domat/Ems wohnhaften 4’348 Erwerbstätigen und Schülern arbeiteten und lernten 2’137 Personen in Domat/Ems. 2’211 Personen pendelten regelmässig in eine andere Gemeinde. Von den 2’211 Wegpendlern wechselten 1’671 Personen vom Wohnort

[1448] „Städtenetze bilden sich aus kleinen und mittleren Zentren, die ausserhalb der Einzugsgebiete Metropolitanregionen liegen. (…) Die Netzwerke der Städtenetze sind vor allem regional und national ausgerichtet, erreichen international jedoch nur geringe Bedeutung. Sie haben eine mittlere Dichte und eine mittlere Heterogenität.“ Diener et al. (2006), S. 650.

[1449] „Alpine Brachen sind Zonen des Niedergangs und der langsamen Auszehrung. Ihr gemeinsames Merkmal ist eine anhaltende Abwanderung. Alpine Brachen umfassen jene Gebiete der Alpen, die weder durch Städtenetze an die urbane Ökonomie angeschlossen sind noch eine nennenswerte eigene Tourismusindustrie aufbauen konnten.“ Ebenda, S. 930.
„Alpine Resorts beschreiben urbane Gebiete in den Bergen, die nicht Teil von Städtenetzen oder Metropolitanregionen sind und keine andere wichtige ökonomische Funktion aufweisen als den Tourismus.“ Ebenda, S. 900.

[1450] Eine Gemeinde mit über 5’000 Einwohnern ist dann eine Arbeitsplatzgemeinde, wenn das Verhältnis der Anzahl Arbeitsplätze in Bezug auf die Erwerbstätigen grösser als 75 % ist. Eine Gemeinde gilt als suburban, wenn unter anderem bei mehr als 2’000 Einwohnern der Mehrfamilienhausanteil grösser als 50 % ist. Schuler et al. (2005), S. 123.

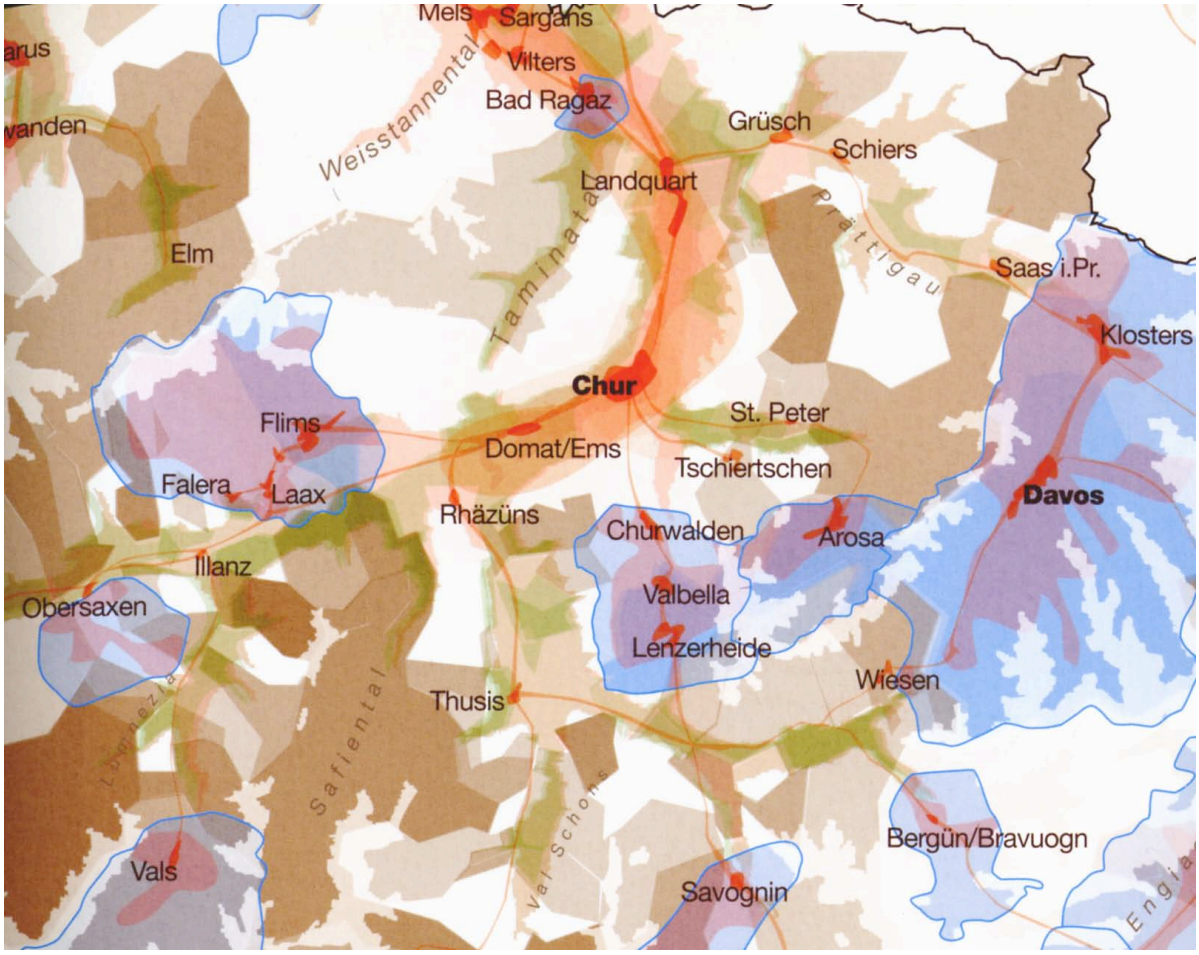


Abb. 111: Studio Basel ETHZ, Ausschnitt aus der Karte „Die Schweiz – Ein städtebauliches Portrait – Materialien“ mit dem Städtenetz Domat/Ems, Chur, Landquart, Sargans, Bodensee, den alpinen Brachen und den alpinen Resorts Flims/Laax, Lenzerheide, Arosa, Davos, aus: Diener et al. (2006), S. 1015.

Domat/Ems an den Arbeits- und Ausbildungsstandort Chur. An zweiter Stelle mit nur noch 73 Pendlern tauchte die Gemeinde Bonaduz und an dritter Stelle die Gemeinde Igis mit 47 Pendlern auf. Im Gegensatz zum sehr konzentrierten Wegpendeln von Domat/Ems nach Chur, waren die meisten von den tagtäglich 1’425 Zupendlern in den Nachbargemeinden Chur mit 461, Bonaduz mit 93, Tamins mit 67, Felsberg mit 53, Trin mit 53 oder Rhäzuns mit 44 Personen wohnhaft.[1451]

4.1.3 Ems-West vor 1988

Lange Zeit blieben die ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen westlich vom Dorfzentrum unangetastet. Einzig das Gebiet der früheren Holzverzuckerungs AG (HOVAG) und der heutigen Ems-Chemie AG war seit den 1940er-Jahren grösseren Veränderungen und Erweiterungen ausgesetzt. Mit dem Spatenstich am 2. August 1941 und der Inbetriebnahme der HOVAG im Herbst 1942 war der Grundstein für die einschneidenden räumlichen Entwicklungen gelegt. Mit der Umstellung des Betriebs von der Holzverzuckerung über Treibstoff- zu Viehfutter- und später Kunststoffproduktion einhergehend fand eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Anlagen und damit räumliche Ausdehnung der Gesamtanlage statt. Heute umfasst das Areal der Ems-Chemie rund 65 Hektar Land.[1452]

[1451] Bundesamt für Statistik, „Pendlerstatistik“, Stand Volkszählung Schweiz 2000, www.media-stat.admin.ch/stat/pendler, Zugriff am 21. Oktober 2008.
[1452] Fetz (2005b), S. 95.



Abb. 112: Domat/Ems mit dem Gebiet Ems-West und den drei Teilgebieten Vial, Vogelsang und Marchesa. Die heutige Ems-Chemie befindet sich zwischen den Gebieten Vial und Vogelsang, Archiv Amt für Raumplanung Graubünden. (Fotograf unbekannt, 1978).

Das Gebiet westlich des Dorfzentrums war vor den 1960er-Jahren für den Motorfahrzeugverkehr nur durch die Kantonsstrasse von Chur über Domat/Ems nach Reichenau und Bonaduz erschlossen. Parallel zur Kantonsstrasse lagen bereits damals die Bahngleise der RhB. Mit dem Neubau der Nationalstrasse A13 Anfang der 1960er-Jahre und dem doppelspurigen Ausbau in den Jahren 1983 und 1989 erhielt Domat/Ems zusammen mit Reichenau-Tamins einen Autobahnanschluss.[1453] Mit diesem Anschluss war das Gebiet Ems-West bestens erschlossen. Trotzdem dauerte es noch einige Zeit, bis in unmittelbarer Nachbarschaft der Ems-Chemie weitere Raumnutzungen dazukamen. Die folgenden Ausführungen befassen sich mit den gesellschaftlichen Verhandlungsprozessen der Raumplanungswelten im Gebiet Ems-West und den Rückübersetzungen in die Siedlungswirklichkeit seit 1988.

4.1.4 Die verwendeten Quellen

Die Rekonstruktion der Verhandlungs- und Übersetzungsprozesse im Rahmen dieser dritten Mikrostudie Ems-West basierte auf Beschlussprotokollen der Gemeinderatssitzungen und Baukommissionen sowie auf Auszügen von Planunterlagen, die in einem Zusammenhang mit den Entwicklungen westlich des Dorfzentrums von Domat/Ems stehen. Diese Unterlagen konnten im Bau- und Gemeindearchiv der Gemeinde Domat/Ems ausfindig gemacht werden. Ein Grossteil der Datensätze rund um

[1453] Bundi (2005), S. 125.

das Teilgebiet Vial mit den Neubauten des Unternehmens Stallinger stammt aus den Zeitungsarchiven der Regionalzeitungen. Ausführliche, problemzentrierte, qualitative Interviews mit Markus Haltiner, Amt für Wirtschaft und Tourismus, mit Richard Atzmüller, Leiter Richtplanung und Grundlagen Kantonale Richtplanung Amt für Raumentwicklung Kanton Graubünden, und mit Martin Krispler, Pressesprecher der Stallinger Swiss Timber in Domat/Ems, dienten auch hier zur Verfeinerung der Faktenlage und für ein besseres Verständnis der Zusammenhänge.

Wegen der Datensperrfrist sowie aus datenschutzrechtlichen Gründen werden in den folgenden Ausführungen die Personen anonymisiert. Aus diesem Grund werden nur die Funktionen und Positionen der anonymisierten Personen angegeben. Ausnahmen bilden autorisierte Aussagen oder Aussagen, die in Zeitungsartikeln oder Magazinen der Öffentlichkeit zugänglich sind.

4.2 Raumplanung Domat/Ems im Jahre 1988

4.2.1 Die Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“

4.2.1.1 Vorgeschichte – Ortsplanungsbestrebungen 1960, 1963 und 1975 in Domat/Ems

Das Ende des Zweiten Weltkriegs, die Erschliessung durch Bahn und Strassenverkehr, die zunehmende Mobilität der Bevölkerung sowie eine steigende Anzahl von Arbeitsplätzen in Domat/Ems durch die Holzverzuckerungs AG und das Kraftwerk Reichenau Ende der 1950er-Jahre waren einige der wesentlichen Einflüsse, die sich auf eine starke Zunahme der Bevölkerung in Domat/Ems auswirkten. Damit verbunden war eine Ausdehnung des Siedlungsraums von Domat/Ems in südlicher und westlicher Richtung. Mit dem Bauvorhaben der Nationalstrasse A13, deren Linienführung Ende der 1950-Jahren bereits bekannt war, sah sich die Behörde von Domat/Ems zur Planung des Raums und der Infrastrukturen aufgefordert.[1454]

Als Grundlagen der planerischen Bestrebungen von Domat/Ems dienten wie bereits in Freienbach SZ und Schaan die allgemeinen Vorarbeiten der 1943 gegründeten Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP) sowie der im gleichen Jahr gegründeten Zentrale für Landesplanung an der ETHZ.[1455] Mit diesen Grundlagen gelang es den von der Gemeinde Domat/Ems beauftragten Planern, die Vertreter der Gemeinde und Teile der Bevölkerung für die konkreten Anliegen und Ziele einer umfassenden Raumplanung zu sensibilisieren.

Im Jahre 1960 erliess die Gemeinde Domat/Ems als eine der ersten Gemeinden im Kanton Graubünden eine Bauordnung mit Zonenplan.[1456] Der Zonenplan umfasste eine Dorfkernzone, eine Industriezone, eine offene Wohnzone, eine Mehrfamilienhauszone, eine Industriezone, eine Zone für öffentliche Bauten und Anlagen sowie die Zone „übriges Gemeindegebiet“.[1457] Die Hügel der Tumalandschaft waren bereits bei diesem ersten Zonenplan vom Baugebiet ausgenommen.[1458] Die Schutzbestimmungen zusammen mit den Bestimmungen der Raumplanung bewirkten damit einen zentralen Beitrag zur heutigen landschaftsräumlichen Qualität von Domat/Ems. Die Bauzonen der Planwelt des Zonenplans wurden in zwei Etappen unterteilt. In den Gebieten der ersten Etappe war die Erschliessung durch Verkehrsanlagen, Wasser-, Energieversorgung und Abwasserbeseitigung bereits gewährleistet. In den Gebieten der zweiten Etappe waren noch keine Strassen und Werkleitungen erstellt.[1459] Das hier näher betrachtete Gebiet Ems-West war mehrheitlich der Zone „übriges Gemeindegebiet“ zugeteilt. Eine Ausnahme bildete das Teilgebiet Marchesa, das der zweiten Etappe innerhalb der Bauzone zugeteilt war.[1460]

Die Bauordnung enthielt damals Bestimmungen bezüglich Zuständigkeit, Bewilligungsverfahren, Grenzabständen, Gebäudedimensionen und Ausnahmen im Zusammenhang mit Quartierplänen.

[1454] Bundi (2007), S. 117-118.
[1455] Ebenda, S. 21.
[1456] Ebenda, S. 9.
[1457] Ebenda, S. 118.
[1458] Armin Räber, Zonenplan 1960, Gemeinde Domat/Ems, Archiv Bauamt Domat/Ems.
[1459] Bauordnung für die Gemeinde Domat/Ems, 9. Juni 1960, vom kleinen Rat genehmigt am 18. Juli 1960, Archiv Bauamt Domat/Ems, S. 4.
[1460] Armin Räber, Zonenplan 1960, Gemeinde Domat/Ems, Archiv Bauamt Domat/Ems.

Räumlich-qualitative Bestimmungen legte der Abschnitt XI. „Natur- und Heimatschutz“ fest. „Bauprojekten, welche das Strassen-, Orts- oder Landschaftsbild verunstalten, ist die Genehmigung zu verweigern, auch wenn die übrigen baupolizeilichen Vorschriften eingehalten sind.“[1461] Die Bestimmungen gingen in einem Folgeartikel gar noch weiter. „Die Gemeinde kann zur Verschönerung des Orts- und Landschaftsbildes freiwillig oder auf dem Weg der Expropriation Bauland erwerben oder mit einem dauernden Bauverbot belegen.“ [1462] Ziel der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1960“ und der Bauordnung war es, Ordnung in die Ende der 1950er-Jahre aufkommende, „unerwünschte Bauweise mit Mischformen“ zu bringen.[1463] Mit diesen formulierten Zielen schien die räumliche Qualifizierung des Siedlungsgebiets von Domat/Ems gesichert.

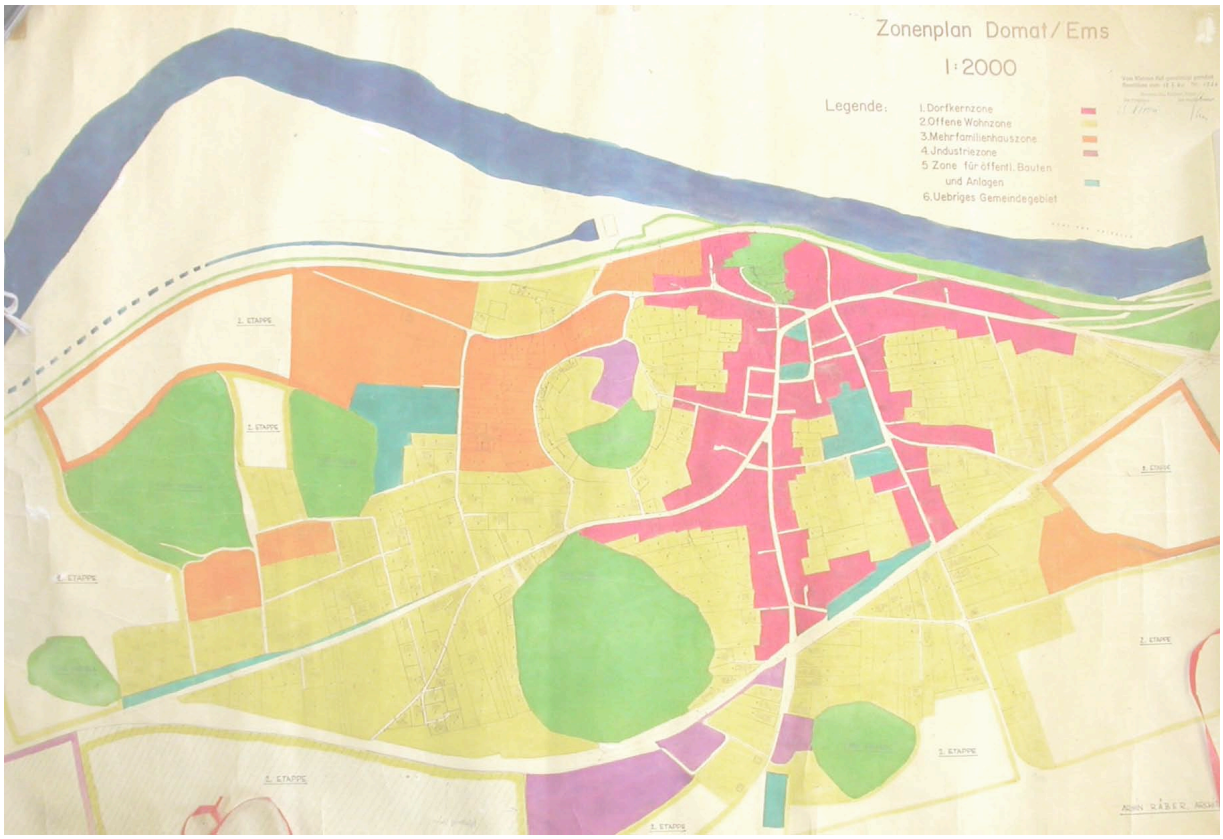


Abb. 113: Armin Räber, „Zonenplan Gemeinde Domat/Ems“, 1960, Archiv Bauamt Domat/Ems.

Wie sich bald zeigte, waren die erste und zweite Etappe der Bauzonen im „Zonenplan Domat/Ems – 1960“ zu gross angelegt. Der Zonenplan von 1960 war eine untaugliche Grundlage, um die öffentlichen Werke zu dimensionieren, wie der Planer Erwin Bundi festhielt.[1464] Die neu beigezogenen Fachleute, der Ingenieur Karl. J. Fetz und E. Bundi, arbeiteten in den Folgejahren an einem Richtplan für die Gemeinde. Im Jahre 1963 präsentierten die beiden einen Vorentwurf eines generellen Verkehrs- und Grünzonenplans.[1465] Das Verkehrskonzept sah eine grosszügige Quartiererschliessung östlich, südlich und westlich des Bahngleises inklusive einer Umfahrung des Dorfzentrums vor. Im Jahre 1964

[1461] Bauordnung für die Gemeinde Domat/Ems, 9. Juni 1960, vom kleinen Rat genehmigt am 18. Juli 1960, Archiv Bauamt Domat/Ems, S. 19.
[1462] Ebenda, S. 19.
[1463] Bundi (2007), S. 118.
[1464] Ebenda, S. 118.
[1465] Ingenieurbüro K.J. Fetz, Zürich, Übersichtsplan 1:10’000, „Vorentwurf für allg. Verkehrsplan, Grünzonenplan, Quartierplan öst. Rhäth. Bahn“, 14. Oktober 1963, Archiv Bauamt Domat/Ems.

folgte ein neuer Zonenrichtplan. Dieser legte für das Gebiet Ems-West im Teilgebiet Vogelsang und dem Areal der heutigen Ems-Chemie eine Industrienutzung fest. Das Teilgebiet Marchesa lag neu innerhalb einer Freihaltezone. Teile des Gebiets Vial waren der Waldzone und dem übrigen Gemeindegebiet zugeteilt.[1466] Das Ziel des Richtplans war es, unter Berücksichtigung der Infrastruktur die bestehenden Bauzonen zu verkleinern und zu etappieren. Die Planwelten wurden durch den Gemeindevorstand bewilligt und dienten fortan als Grundlage für die Erarbeitung weiterer Quartierplanungen.[1467]

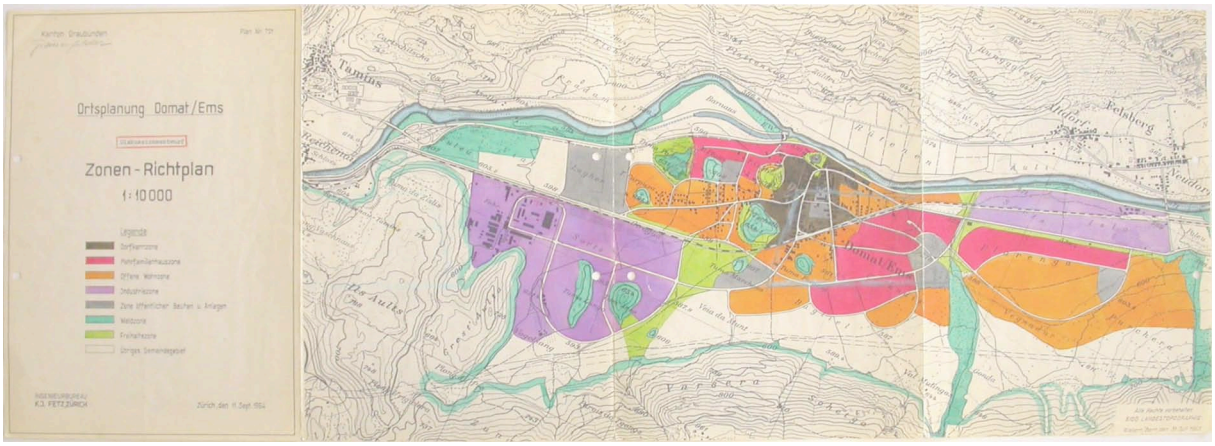


Abb. 114: K.J. Fetz, Zürich, „Zonen-Richtplan Gemeinde Domat/Ems“, 1964, Archiv Bauamt Domat/Ems.

Die Zunahme der Baugesuche während der 1960er-Jahre sowie neue gesetzliche Vorgaben auf Bundesebene führten am 10. April 1970 zum Beschluss der Gemeindeversammlung zur Durchführung einer erneuten Ortsplanung. Zehn Tage später wurde das Planungsbüro Stauffer Studach aus Chur mit den Planungen beauftragt. Die Planungsarbeiten sollten von einer sechsköpfigen Planungskommission begleitet werden.[1468] In den folgenden Monaten wurde ein Leitbild erstellt, der Landschafts- und Nutzungsrichtplan erarbeitet und mit dem Gemeinderat und der Planungsskommission verhandelt. Im Oktober 1971 erstellte ein beigezogener Verkehrsfachmann ein Gutachten über den Ortsplanungsentwurf. Im Oktober 1972 präsentierten die Raumplaner die detaillierten Pläne ein weiteres Mal dem Gemeinderat. Im November und Dezember 1972 erfolgte eine öffentliche Auflage der Planunterlagen. Ebenfalls im Dezember 1972 informierten die Planer und Vertreter der Gemeinde die Bevölkerung von Domat/Ems über ihre Planungsbestrebungen. Knapp ein Jahr später verabschiedete der Gemeinderat die Ortsplanungsunterlagen zur Vorprüfung durch die Vertreter des Kantons.[1469] Der Vorprüfungsbericht des Kantons wie auch das in der Zwischenzeit rechtskräftig gewordene kantonale Raumplanungsgesetz verlangten nach einer nochmaligen Überarbeitung und Ergänzung der Ortsplanung mit generellem Erschliessungsplan und neuen Zoneneinteilungen wie Landwirtschafts-, Schutz-, Erholungs- oder Gefahrenzonen.[1470] Im Herbst 1974 wurde der Zonenplan ein weiteres Mal öffentlich aufgelegt und die Einsprachen verhandelt. Wie sich anhand von Lesermeldungen in der Lokalpresse abzeichnete, bildete sich eine Gegnerschaft gegen die Ortsplanungsbestrebungen. Insbesondere kri-

[1466] Ingenieurbüro K.J. Fetz, Zürich, Zonen-Richtplan 1:10’000, „Ortsplanung Domat/Ems“, 11. September 1964, Archiv Bauamt Domat/Ems.
[1467] Bundi (2007), S. 118.
[1468] Planungsbüro Stauffer Studach, Ergänzung zum Erläuterungsbericht vom Okt./Nov. 1973, „Ortsplanung Domat/Ems“, Januar 1976, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1973 bis 1975, S. 3.
[1469] Ebenda, S. 4.
[1470] Ebenda, S. 2; Bundi (2007), S. 119.

tisierte die Opposition die Ausrichtung der Zonenplanung und des Leitbildes auf eine zukünftige Bevölkerungszahl von 12'000 bis 14'000 Einwohnern.[1471] Die Kontroverse um die Planungsbestrebungen hatte zur Folge, dass die stimmberechtigte Wohnbevölkerung den revidierten Zonenplan am 8. Dezember 1974 mit 406 Ja-Stimmen zu 1'016 Nein-Stimmen ablehnte.[1472] Damit gelang es dem Aktor-Netzwerk „Ortsplanung Domat/Ems" mit Fachplanern, Politikern, Gemeindevertretern und Vertretern des Kantons trotz einer breit abgestützten Interessenseinbindung und Informationsoffensive nicht, einen Grossteil der stimmberechtigten Bevölkerung für eine notwendige Allianzpartnerschaft zu gewinnen.

Nach einer eingehenden Analyse des Abstimmungsresultates wurden die Planungsarbeiten fortgeführt. Auf Basis der Zeitungsartikel und Inserate, die im Vorfeld der Abstimmung erschienen waren und massgeblich zu einer Ablehnung der Ortsplanung beigetragen hatten, wurde das Leitbild überarbeitet. Die zukünftige Bevölkerungszahl wurde auf 10'000 Einwohner angepasst. Entsprechend wurden die Wohnzonenerweiterungen der zweiten Etappe reduziert. Gleichzeitig wurden das Ausmass der Wohnzonen W3 und W4 stark verkleinert und die reduzierten Flächen der Wohnzone W2 zugewiesen. Die W2-Zonen südlich der Bahngleise wurden dem „übrigen Gemeindegebiet" zugeteilt.[1473] Da das Baugesetz bei der Volksabstimmung nicht beanstandet worden war, wurde es nur geringfügig angepasst.[1474] Nach einer erneuten öffentlichen Auflage des Zonenplans im Oktober 1975 und einer Vorprüfung durch den Kanton wurde die Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1975" am 7. Dezember 1975 der Urnenabstimmung zugeführt. Diesmal befürwortete das Stimmvolk der Gemeinde Domat/Ems die Pläne der Ortsplanung und das Baugesetz mit 582 zu 282 Stimmen.[1475] Durch die Übersetzung der Interessen und Ziele der Wohnbevölkerung konnte sie dieses Mal für eine Allianzpartnerschaft mit dem Aktor-Netzwerk „Zonenplanung Domat/Ems" gewonnen werden.

Mit den Anpassungen auf Basis der ersten Abstimmungsniederlage zeichnete sich ab, dass aufgrund gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, ausgefochten über Inserate und Zeitungsartikel, bereits in der Planungsphase die Absichten und Ziele der Planer unterlaufen wurden. Die W3- und W4-Zonen beispielsweise hatten eine verdichtete Siedlungsentwicklung bewirken sollen. Mit der Umwidmung von W4- und W3-Zonen in Einfamilienhauszonen aber wurde nun genau diejenige Siedlungsform gefördert, welche von den Planern gemeinhin als Verursacher der Ausdünnung der Siedlungslandschaften angeprangert wurde. Zumindest gelang es dafür den Planern, die gesamte Zonenfläche von 206,8 auf 188,5 Hektaren zu redimensionieren, um der Ausdehnung des Siedlungsgefüges in die landwirtschaftlich genutzte Landschaft engere Grenzen zu setzen.[1476]

Bezüglich der für die Mikrostudie relevanten Teilgebiete zeichnete sich beim Teilgebiet Vogelsang im Vergleich zum Richtplan von 1964 eine Redimensionierung der Industriezone ab. Die frei gewordene Fläche wurde dem übrigen Gemeindegebiet zugeteilt. Das Teilgebiet Marchesa wurde aus der Frei-

[1471] Planungsbüro Stauffer Studach, Ergänzung zum Erläuterungsbericht vom Okt./Nov. 1973, „Ortsplanung Domat/Ems", Januar 1976, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1973 bis 1975, S. 6.
[1472] Ebenda, S. 5.
[1473] Ebenda, S. 6.
[1474] Ebenda, S. 7.
[1475] Die Bestätigung der Zonenplanung erfolgte durch den Regierungsrat des Kantons Graubündens im Jahre 1976 mit Beschluss Nr. 1448.
[1476] Ebenda, S. 8-9.

haltezone entlassen und neu wieder einer zweiten Etappe der Wohnzone W2 und der Zone für öffentliche Bauten zugeteilt. Das Gebiet Vial wurde als Sport- und Erholungszone bestimmt.[1477]

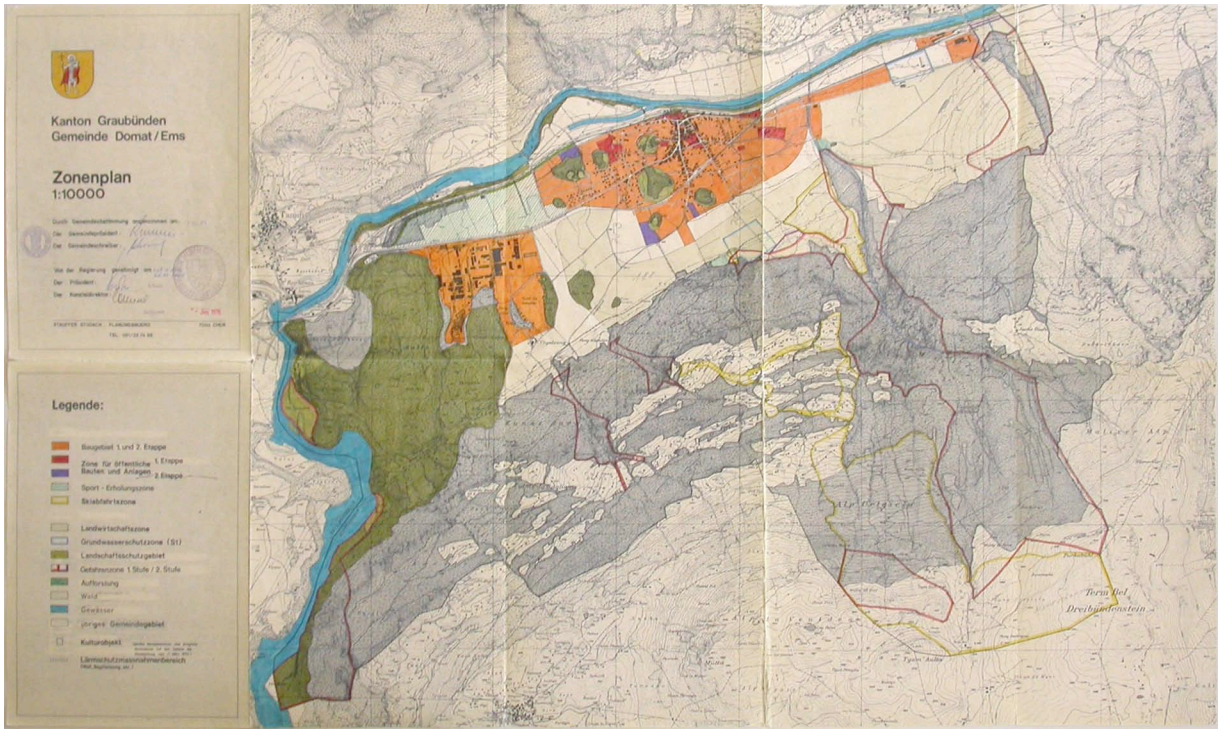


Abb. 115: Stauffer, Studach, Büro für Raumplanung, „Zonenplan Gemeinde Domat/Ems“, 1975, Archiv Bauamt Domat/Ems.

4.2.1.2 Inhalte und Verhandlungen der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“

Ausgelöst durch eine zunehmende Sensibilisierung der Bevölkerung für Fragen des Umweltschutzes und des haushälterischen Umgangs mit den Bodenreserven, wurden auf eidgenössischer Ebene zwischen 1975 und 1988 zahlreiche raumplanungsrelevante Gesetze erlassen. Zu diesen gehörte hauptsächlich das Bundesgesetz als Folge der Verankerung der Raumplanung in der Bundesverfassung im Jahre 1979 sowie das angepasste Gewässerschutz- und Umweltschutzrecht.[1478] Ein weiterer Grund für die Revision lag ebenfalls im eidgenössischen wie kantonalen Raumplanungsgesetz, welche festlegten, dass Nutzungs- und Richtpläne regelmässig spätestens alle zehn Jahre zu überprüfen und nötigenfalls den veränderten Verhältnissen anzupassen waren.[1479] Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen führten zudem zu einer Verlagerung der Interessen und Ziele der Raumplanung in Domat/Ems. Mitte der 1980er-Jahre begann die Einwohnerzahl zu stagnieren. Während noch bei den Verhandlungen der Planungswelten von 1974 und 1975 über die Auslegung der Ortsplanung auf 10’000 oder 14’000 Personen diskutiert wurde, zeigte sich allmählich, dass die Gemeinde Domat/Ems diese Einwohnerzahl nicht erreichen würde. Diese pendelte sich damals bei rund 6’000 Einwohnern ein. Während frühere Ortsplanungen vorwiegend von der Bereitstellung von genügend Bauland und

[1477] Planungsbüro Stauffer Studach, Chur, Zonenplan 1:10’000, an der Urnenabstimmung vom 7. Dezember 1975 angenommen, Archiv Bauamt Domat/Ems.
[1478] Gemeinde Domat/Ems, Botschaft für die Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 1988, „Erlass eines neuen Baugesetzes, eines neuen Zonenplanes mit generellem Gestaltungsplan und eines neuen generellen Erschliessungsplanes“, 4. Dezember 1988, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1988, S. 2; Bundi (2007), S. 21-25.
[1479] Gemeinde Domat/Ems, Botschaft für die Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 1988, „Erlass eines neuen Baugesetzes, eines neuen Zonenplanes mit generellem Gestaltungsplan und eines neuen generellen Erschliessungsplanes“, 4. Dezember 1988, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1988, S. 2

der Planung notwendiger Infrastrukturen geprägt waren, rückten zunehmend Aspekte wie Verbesserung der Wohnqualität, der sparsame Umgang mit den Bodenreserven und der Schutz des Ortsbildes in der Kernzone in den Vordergrund.[1480]

Am 14. Dezember 1985 entschied sich der Gemeinderat von Domat/Ems, eine fünfköpfige Kommission bestehend aus Vertretern der Gemeinde, zwei Planern und einem Juristen, für eine umfassende Überprüfung der Ortsplanung einzusetzen.[1481]

Verschiedene Behörden, Organisationen und private Personen wurden eingeladen, ihre Meinungen, Ziele und Interessen darzulegen. Auf dieser Basis wurde der Zonenplan revidiert und am 1. Dezember 1986 anlässlich einer Informationsveranstaltung ein erstes Mal der Bevölkerung vorgelegt. Für das ebenfalls revidierte Baugesetz leitete die Planungskommission ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren ein. Die Abänderungsvorschläge aus der Orientierungsveranstaltung und der Vernehmlassung wurden in die Planwelten der Ortsplanung sowie in das Baugesetz eingearbeitet. Vom 22. August bis 10. September 1988 erfolgte die öffentliche Auflage der überarbeiteten Unterlagen. Nach der Behandlung der Einsprachen verabschiedete der Gemeinderat den Zonenplan und das Baugesetz zuhanden einer Volksabstimmung.[1482]

Am 4. Dezember 1988 nahm die stimmberechtigte Bevölkerung der Gemeinde Domat/Ems den revidierten Zonenplan und das Baugesetz an.[1483]

„Mit diesem Vorgehen war gewährleistet, dass sich die Bevölkerung und die interessierten privaten Kreise frühzeitig mit den Revisionsvorschlägen vertraut und ihre Vorstellungen bekanntmachen konnten. Die Behörden haben sich bemüht, diese möglichst zu berücksichtigen. Dass dies nicht in allen Punkten möglich war, liegt in der Natur dieser sehr komplexen Totalrevision.“[1484] Mit diesen Worten fasste der Gemeinderat von Domat/Ems den gesellschaftlichen Aushandlungsprozess zusammen. Mit der Volksabstimmung zeigte sich der Erfolg des Vorgehens zumindest für den Gemeinderat, der das positive Abstimmungsresultat als politischen Erfolg verbuchen konnte. Das offensive Vorgehen der Planer und Vertreter der Gemeinde verhalf bereits früh eine Allianzpartnerschaft mit Teilen der Bevölkerung einzugehen, sowie das Aktor-Netzwerk für die Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“ weit zu verknüpfen und zu stabilisieren.

Die Planungsunterlagen konnten mit der Zustimmung der Stimmbevölkerung dem Regierungsrat des Kantons Graubündens zur Genehmigung zugestellt werden.

Die Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“ baute konzeptionell auf den Vorgaben der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1975“ auf. Im Unterschied zum Zonenplan von 1975 wurden Etappen beim Zonenplan von 1988 präziser unterschieden und ausgewiesen. So blieb die Zonenfläche bei der Ems-

[1480] Ebenda, S. 2.
[1481] Ingenieur- und Vermessungsbüro J. Grünenfelder AG, Domat/Ems, Bericht zur Abgabe der Ortsplanungsakten nach der Genehmigung durch die Urnengemeinde, „Ortsplanungs-Revision Domat/Ems“, 31. Januar 1989, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1988, S. 1.
[1482] Ebenda, S. 3.
[1483] Ebenda, S. 1.
[1484] Gemeinde Domat/Ems, Botschaft für die Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 1988, „Erlass eines neuen Baugesetzes, eines neuen Zonenplanes mit generellem Gestaltungsplan und eines neuen generellen Erschliessungsplanes“, 4. Dezember 1988, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1988, S. 3.

Chemie zwar gleich gross wie 1975. Beim Teilgebiet Vogelsang zwischen dem Tuma Calchera, Tuma Lunga und Chrest Aulta zeigte sich jedoch eine Unterteilung der Industriezone und deren Erweiterungsmöglichkeiten. Das Teilgebiet Marchesa wies planerisch keine Veränderungen auf. Das Gebiet war nach wie vor als Quartier der zweiten Etappe Wohnzone W2 und Zone für öffentliche Bauten zugeteilt. Das Gebiet Vial dagegen gehörte nach wie vor zur Sport- und Erholungszone. Allerdings unterteilte der überarbeitete Zonenplan das Vial neu in überbaubar und nicht überbaubar. Der an das Siedlungsgebiet angrenzende Teil des Vial wurde als überbaubar eingestuft, während die Freihaltezone in Richtung Waldzone und Autobahnanschluss Domat/Ems-Reichenau als nicht überbaubar eingeteilt wurde. Zusätzlich wurde eine Zone für öffentliche Bauten gegenüber der Zufahrt zur Ems-Chemie ausgeschieden. In dieser Zone sollten in naher Zukunft rund 700 Parkplätze für die Ems-Chemie erstellt werden.[1485]



Abb. 116: Ingenieur- und Vermessungsbüro J. Grünenfelder AG, „1:5'000, Talgebiet, Zonenplan Gemeinde Domat/Ems", 1988, Archiv Bauamt Domat /Ems.

Im Auszug des Protokolls des Regierungsrats des Kantons Graubünden zeigte sich, dass die Ortsplanungsentscheidungen der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988" nicht in allen Punkten den Vorstellungen des Amts für Raumplanung Graubünden und des Regierungsrats entsprachen.[1486]

Der Regierungsrat kritisierte in Anlehnung an die Beurteilung durch das Amt für Raumplanung die Grösse der Bauzonen. „Wird die Überbauung gemäss Trend der letzten 30 Jahre fortgesetzt, so kann für die nächsten 15 Jahre mit einem Wohnbaulandbedarf von rund 20–25 ha gerechnet werden. Die Reserve an eingezontem Wohnbauland übersteigt somit den Bedarf für die nächsten 15 Jahre im Sinne von Art. 15 RPG."[1487]

Auch die Planungsabsichten bezüglich dem Teilgebiet Marchesa gab Anlass zu Kritik. So wurde ein

[1485] Ingenieur- und Vermessungsbüro J. Grünenfelder AG, Zonenplan Gemeinde Domat/Ems, 1:5'000, Talgebiet, 1988, Archiv Bauamt Domat/Ems.
[1486] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Zonen- und genereller Gestaltungsplan 1:5'000 Talgebiet und Berggebiet / Zonen- und genereller Gestaltungsplan 1:2'000 Talgebiet, Domat/Ems", Traktandum-Nr. 1923, 10. Juli 1989, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1988.
[1487] Ebenda, S. 2.

Konflikt zwischen den im kantonalen Richtplan vom 18. Januar 1988 festgelegten Fruchtfolgeflächen und den Bestimmungen der Wohnzonen und der Zone für öffentliche Bauten der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“ festgestellt.[1488] Die Konfliktfläche umfasste rund 7 ha. „Im Interesse der Landwirtschaft und einer verdichteten Bauweise wird die Genehmigung der Wohnzone 2 und der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen im Umkreis der Tuma Marchesa mithin an die Auflage geknüpft, dass der Gemeinderat von seiner (…) festgelegten Befugnis (im Baugesetz; Anm. Kurath) zur Herbeiführung einer Nutzungskonzentration innerhalb des Quartierplangebietes Gebrauch macht. (…) Zur Überprüfung der Auflage wird der Gemeinderat angehalten, den Quartierplan spätestens vor dessen Mitteilung (…) der Regierung zuzustellen.“[1489] In diesem Zusammenhang ebenfalls bemängelt wurde das grosszügige Ausscheiden von Zonen „übriges Gemeindegebiet“ als Bauland-Reservezone im Teilgebiet Vogelsang und südlich des Siedlungsgebiets von Domat/Ems. „In den Zonenplänen sind nun zahlreiche grossflächige Gebiete mit gut geeignetem Landwirtschaftsland resp. Fruchtfolgeflächen nicht der Landwirtschaftszone, sondern dem übrigen Gemeindegebiet zugewiesen worden. Die entsprechenden Flächen umfassen nicht weniger als 78 ha. Diese Planung widerspricht nicht nur den (…) bundesrechtlichen Bestimmungen (…), sondern auch der konstanten Genehmigungspraxis der Regierung. Nach dieser Praxis sind die Landwirtschaftszonen aus raumplanerischen und landwirtschaftspolitischen Gründen grundsätzlich bis an die Bauzonengrenzen heranzuziehen, und die Ausscheidung von übrigem Gemeindegebiet wird lediglich ausnahmsweise für solche landwirtschaftlichen Flächen toleriert, die als Reservebaugebiet für eine nächste Planungsperiode (15–25 Jahre) im Sinne einer richtplanmässigen Prognose vorgesehen werden.“[1490] Aufgrund dieser Beurteilung genehmigte der Regierungsrat diese Zoneneinteilung der übrigen Gemeindezone nicht, obwohl dadurch ein Vertreter der Gemeinde Domat/Ems in den Verhandlungen im Grossen Rat die Gemeindeautonomie in Belangen der Raumplanung infrage gestellt sah.[1491]



Abb. 117: Ingenieur- und Vermessungsbüro J. Grünenfelder AG, „Richtplan 1:5’000 Gemeinde Domat/Ems“, Konflikte der Zone übriges Gemeindegebiet (blau) und Bauzone (rot) mit festgelegten Fruchtfolgeflächen, August 1988, Domat/Ems, Archiv Bauamt Domat/Ems.

[1488] „Bei Fruchtfolgeflächen (FFF) handelt es sich um besonders geeignetes Ackerland zur Sicherung der Ernährungsbasis in Zeiten gestörter Zufuhr. FFF wurden in einer Richtplanungsanpassung im Jahre 1988 festgelegt (…).“ Amt für Raumplanung, Kantonaler Richtplan (RIP 2000), 2000, S. 36.
[1489] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Zonen- und genereller Gestaltungsplan 1:5’000 Talgebiet und Berggebiet / Zonen- und genereller Gestaltungsplan 1:2’000 Talgebiet, Domat/Ems“, Traktandum-Nr. 1923, 10. Juli 1989, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1988, S. 3.
[1490] Ebenda, S. 5.
[1491] Ebenda, S. 5-6.

Bezüglich dem Gebiet Vial beanstandete der Regierungsrat mögliche Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzungen von Sport-, Erholungszonen sowie Parkplatzanlage für die Ems-Chemie. „Aufgrund dieser unterschiedlichen Funktionen und im Hinblick auf eine zweckmässige Nutzung dieses landschaftlich interessanten und empfindlichen Areals wird der Gemeinde empfohlen, die künftige Gestaltung und Überbauung des Gebietes in einem generellen Gestaltungsplan (…) festzulegen. Dabei sind u.a. die Lage und Gestaltung der Bauten im überbaubaren Teil der Sport- und Erholungszone, die Gestaltung und landschaftliche Einordnung der Parkfläche in der Parkplatzzone inkl. Verknüpfung mit dem Industrieareal, der Schutz der wertvollen Hecken sowie die Art der Bepflanzung zu ordnen.“[1492]

Die durch den Regierungsrat formulierten Beanstandungen widerspiegelten die raumplanerischen Interessen des Amts für Raumplanung Graubünden. In Bezug auf die Verhandlungen der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“ wurden bereits zahlreiche Inhalte rekonstruiert, die nicht nur raumplanerischen, sondern vielmehr gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verpflichtet waren. Raumplanerische Interessen verwoben sich dabei mit diesen Interessen auch gegenüberstehenden Interessen. Erst dieser Umstand ermöglichte vielschichtige Allianzpartnerschaften, welche notwendig waren, um an einer Urnenabstimmung bestehen zu können. Entsprechend zeigte sich auch die Reaktion der Planungskommission auf die Kritik des Regierungsrats.

„Die Ortsplanungskommission ist dagegen, eine Bauzonenreduktion vorzunehmen. Die Gemeinde Domat/Ems ist stark abhängig von der EMS-Chemie. Sollte sich durch irgendwelche Neuproduktion ein grösserer Personalbedarf ergeben, müssten für diese Leute Wohnmöglichkeiten angeboten werden können.“[1493] Auf eine ähnliche Position stellte sich die Kommission bezüglich dem Gebiet Marchesa. „Trotz der Konfliktzone Fruchtfolgefläche/Bauzone kann die Gemeinde auf das Gebiet Tuma Marchesa als Baugebiet nicht verzichten. (…) Zudem ist dieses Gebiet hinsichtlich Wohnqualität bevorzugt (keine Lärmimmission).“[1494] Bezüglich der Zone übriges Gemeindegebiet hielt der Gemeinderat fest, dass diese nach wie vor landwirtschaftlich genutzt werden könne. „Um irgendwelche landwirtschaftlichen Bauten darin zu verhindern, soll dies nicht in die Landwirtschaftszone eingeteilt werden.“[1495]

Obwohl der Regierungsrat die Zone „übriges Gemeindegebiet“ nicht genehmigte, wurden die anderen Bestimmungen der Ortsplanung rechtskräftig. Die Planwelten der Ortsplanung konnten ab diesem Zeitpunkt von den Baubehörden der Gemeinde Domat/Ems als gesellschaftlich abgestimmtes und von der stimmberechtigten Wohnbevölkerung bestätigtes Planungsinstrument eingesetzt werden.

[1492] Ebenda, S. 4.
[1493] Planungsbüro J. Grünenfelder Domat/Ems, Bericht zur Abgabe der Ortsplanungsakten nach der Genehmigung durch die Urnengemeinde, „Ortsplanungs-Revision Domat/Ems“, 31. Januar 1989, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1988, S. 3.
[1494] Ebenda, S. 3.
[1495] Ebenda, S. 4.

4.2.2 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“

4.2.2.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Ausgangspunkt für die Ortsplanung von Domat/Ems in den 1980er-Jahren war die rund 25-jährige raumplanerische Vorgeschichte, welche die Inhalte auch der zukünftigen Planungsabsichten mehrheitlich vorbestimmte. Einen weiteren Ausgangspunkt stellten die sich im Laufe der Zeit wirtschaftlich und demografisch veränderten Rahmenbedingungen dar. Die im vorhergehenden Kapitel besprochenen Inhalte der Planwelt der Ortsplanung von Domat/Ems verwiesen darauf, dass es den Planern in den 1980er-Jahren nur bedingt gelang, raumplanerische Ziele in den revidierten Planwelten zu verankern. Abgesehen von infrastrukturellen Interessen sowie einzelnen funktionalen und technokratischen Bestimmungen fanden beispielsweise räumlich-qualifizierende Aspekte kaum Eingang in die Planwelten. Das Aktor-Netzwerk „Raumplanung Domat/Ems“ verwehrte sich gegenüber allzu einschränkende, raumplanerische Interessen. Die Planer übernahmen im Rahmen der Aushandlungsprozesse die Rolle des Dienstleisters und Beraters, welcher sämtliche gesellschaftlichen Interessen der räumlichen Nutzung möglichst konfliktfrei in den Planwelten nachzeichnete und die Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“ möglichst offen für zukünftige Ereignisse und räumliche Transformationen beliess. Dieses Vorgehen erwies sich zwar als erfolgreich, was die Bildung einer Allianzpartnerschaft für die eigenen Planwelten betraf. Städtebaulich und raumplanerisch konnten dadurch keine Akzente gesetzt werden.

4.2.2.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Revision der Planwelten von 1975

Mit der Beauftragung des Planungsbüros Grünenfelder aus Domat/Ems für die Revision der Zonenplanung war die Aufgabe verbunden, die veränderten gesellschaftlichen Bedürfnisse in die Planwelten der Ortsplanung zu übersetzen. Während die Ortsplanung noch in den 1960er- und 1970er-Jahren auf Bevölkerungs- und Flächenwachstum sowie Infrastrukturbereitstellung ausgerichtet war, rückten die Raumplaner nun neue Ziele wie Wohnqualität, den sparsamen Umgang mit Bodenreserven oder den Schutz des Ortsbildes in den Vordergrund.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigten gleichzeitig, dass die Raumplanung Mühe hatte, gesellschaftliche Entsprechungen für die raumplanerischen Inhalte zu finden. Ein Grund dafür lag in der oftmals fehlenden Verhandlungsbereitschaft und fehlenden Spielräumen der Raumplanung der 1950er- und 1960er- Jahre. Dies führte zu keinen oder nur fragmentarischen Rückübersetzungen der Planungsintentionen.[1496] Diese Erfahrungen des Scheiterns führten dazu, dass die Planer im weiteren Verlauf der Planungsbestrebungen versuchten, ihre planerischen Inhalte über Partizipationsprozesse, Vorverhandlungen, Umfragen zu generieren. Die Planer stellten sich die Aufgabe, möglichst viele Interessen in Bezug auf die zukünftigen Raumnutzungen zu versammeln, um diese in Planwelten zu versammeln. Die neue Aufgabenstellung – mit Planwelten gesellschaftlichen Forderungen und Interessen zu entsprechen – löste die frühere Aufgabenstellung – mit Planwelten die disziplinären Interessen einzufordern – ab.

• Partnergewinnung – Interessen wahren und breite Einbindung der Bevölkerung

Die neue Aufgabenstellung hatte zur Folge, dass sowohl die Bevölkerung, als auch die Behörden und Institutionen durch die Planer bereits im Vorfeld der Urnenabstimmung in die Aushandlungsprozesse der Ortsplanungsbestrebungen von 1988 einbezogen wurden. Ziel war es, durch die Partizipation zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Allianzpartner für die Ortsplanung zu gewinnen. Dazu war es notwendig, dass sich die Planer gegenüber räumlichen Entwicklungsinteressen der Ems-Chemie oder gegenüber Einzonungen von Bauland für finanzstarke Zuzügler offen zeigten. Es gelang den Planern auch, über das eingeschlagene Vorgehen die Vertreter der Gemeinde als Partner zu gewinnen, da diese in den Planwelten die Realisierungschancen der eigenen wirtschafts- und steuerpolitischen Interessen gewahrt sahen.

[1496] Eisinger (2004), S. 307.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Ems-Chemie als wichtigster Allianzpartner der Gemeinde

In den Unterlagen wurde erwähnt, dass die Ems-Chemie AG als wichtiger Akteur in Domat/Ems betrachtet wurde. Entsprechend hatten die Planer eine mögliche Zonen- und Parkplatzerweiterung durch die Planwelten der Ortsplanung von 1988 abzusichern. Als weitere wichtige Akteure wurden zukünftige Bewohner der Gemeinde Domat/Ems in die Aushandlungsprozesse einbezogen. Als gute Steuerzahler benötigten diese aus Sicht der verantwortlichen Politiker ruhige Einfamilienhauszonen. Den ursprünglichen Interessen der Raumplanung – eine Redimensionierung der Zonenflächen – standen dementsprechend politische Interessen, aber auch Interessen der Grundeigentümer eingezonter Grundstücke entgegen. Diese wollten keinen Wertverlust der Grundstücke durch Umzonungsbestrebungen erdulden. Damit spielte rückwirkend auch die Vergangenheit der Ortsplanung mit ihrer grosszügigen Zoneneinteilung eine gewichtige Rolle. In diesen kontroversen Situationen wurden die Interessen der Raumplanung zunehmend in den Hintergrund gedrängt und wenn möglich von den Verhandlungspartnern ausgeschlossen. Da sich die verantwortlichen Raumplaner in der Rolle des Dienstleisters und Beraters innerhalb der Raumproduktionsketten wohl zu fühlen schienen, forderten diese weiter auch keine Stärkung oder Anpassung der eigenen Rolle und Interessen der Raumplanung. Um die Realisierungschancen der Ortsplanungswelten zu verbessern, verschoben die Raumplaner ihre Interessen in Richtung der gesellschaftlich verankerten Ziele.

• Bewährungsprobe – Die Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“ wird an der Urnenabstimmung angenommen.

Den Planern gelang es offensichtlich, aus den unterschiedlichen Interessen eine Planwelt zu knüpfen, welcher sämtliche notwendigen Allianzpartner wie Planungskommissionsmitglieder, Gemeinderäte, Gemeindeverwaltung, eine Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung, Grundstückseigentümer oder Ems-Chemie als wichtigstem Arbeitgeber der Region zustimmen konnten. Dies führte dazu, dass die Planwelten der Ortsplanung am 4. Dezember 1988 von der Stimmbevölkerung mehrheitlich angenommen wurden. Zumindest zu diesem Zeitpunkt sahen sämtliche proaktiv in den Verhandlungsprozess involvierten Akteure ihre Realisierungschancen der eigenen Ziele und Interessen gewahrt. Mit der Bestätigung wurde die Planwelt zum neuen Sprecher des Aktor-Netzwerks „Ortsplanung Domat/Ems“ und als solcher als Planungsinstrument für zukünftige Raumentwicklungen verwendet.

4.3 Rückübersetzung der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“ über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

• GOLFPLATZ VOGELSANG

4.3.1 Die Planwelt „Richtplan Golfplatz Vogelsang – 1994“

Im Jahre 1992 wurde die Ortsplanung von Domat/Ems mit einer Nutzungsart konfrontiert, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nie thematisiert worden war. Eine Interessensgruppe bekundete die Absicht, in Domat/Ems einen Golfplatz zu erstellen.[1497] Verantwortlich für diese Bestrebungen war eine zunehmende Beliebtheit des Golfsports im In- und Ausland.[1498] Das Aktor-Netzwerk „Golfplatz in Domat/Ems“ war mit seinem Vorhaben nicht alleine. Nebst den bereits fünf bestehenden Golfplätzen in den Regionen Davos, Unterengadin, Mittelbünden, Oberengadin und Schanfigg befanden sich im Kanton Graubünden neun weitere Golfanlagen in Planung. Konkrete Pläne für Golfplätze in der Region Bündner Rheintal gab es in Domat/Ems und der Nachbargemeinde Bonaduz.[1499]

Die rege Nachfrage nach Golfplätzen verlangte nach einer regionalen Koordination. Mit der im revidierten kantonalen Raumplanungsgesetz vom 6. Dezember 1987 verankerten regionalen Richtplanung war es Gemeinden eines geografisch und wirtschaftlich zusammenhängenden Raums möglich, einen gemeinsamen Richtplan zu erstellen. Um für die regionale Richtplanung die Organisation und Finanzierung festzulegen, wurden an einer Plenarversammlung der Gemeinden des Bündner Rheintals am 18. September 1991 die dafür massgeblichen Bestimmungen beschlossen. In der Folge beauftragte der Vorstand der Plenarversammlung das Planungsbüro STW AG mit der Erarbeitung eines regionalen Richtplans für Golfplatzanlagen.[1500]

Die Planer des Planungsbüros STW AG kamen zum Schluss, dass sich die Region Bündner Rheintal sehr gut für Golfplätze eignete. „Die Region Bündner Rheintal ist aufgrund ihrer zentralen Lage in Nordbünden, der guten Erreichbarkeit über die Nationalstrasse N13 aus der Richtung St. Gallen bzw. Zürich und den benachbarten Regionen Prättigau, Schanfigg, Mittelbünden und Surselva sowie des milden Klimas und der langen Spielzeit bestens geeignet für einen Golfplatz.“[1501] Vom Golfplatz erwarteten die Planer regional eine wirtschaftliche Angebotserweiterung im Bereich des Sommer-Tourismus, auch wenn es in Bad Ragaz bereits einen Golfplatz gab und in der Nachbarregion Flims ein weiterer geplant war. Bedarfseinschätzungen der Richtplaner stützten diese Feststellung.[1502]

Die Planer evaluierten im Verlauf der Richtplanung mögliche Standorte für Golfplätze in der Region Rheintal. 14 mögliche Standorte wurden bewertet. Drei Standorte wurden aufgrund der Auswertungen näher untersucht. Aufgrund der grössten Distanz zum bereits bestehenden Golfplatz in Bad Ragaz wurden die Standorte Bonaduz und Domat/Ems gegenüber einem Standort in Igis nördlich der Kan-

[1497] „Regionaler Richtplan Bündner Rheintal, Objektblatt-Nr. 1.102 (Entwurf 7.93), Richtplanvorhaben: Golfplatzanlage“, Entwurf Juli 1993, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 3.
[1498] Kanton Graubünden, „Regionaler Richtplan Bündner Rheintal, Teilrichtplan Fremdenverkehr, Bericht zum Richtplanvorhaben Golfplatz“, Entwurf 15. Juli 1993, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 5.
[1499] Ebenda, S. 5.
[1500] Ebenda, S. 3.
[1501] Ebenda, S. 6.
[1502] Ebenda, S. 7-8.

tonshauptstadt Chur favorisiert. Die übrigen Standorte wurden aufgrund offensichtlicher Nachteile nicht weiter verfolgt.[1503]

Grundsätzlich kamen die Planer der Richtplanung zum Schluss, dass in der Region Churer Rheintal nur ein Golfplatzstandort bestehen könne. Diesbezüglich sollte die Realisierbarkeit von Golfplatzanlagen an den möglichen Standorten in Bonaduz, Domat/Ems und Igis abgeklärt werden. Aufgrund der Resultate sollte dann die Plenarversammlung der Gemeinden der Region Bündner Rheintal den geeignetsten Standort für eine Golfplatzanlage festlegen.[1504]

Zu den Abklärungen gehörten Erkundungen bezüglich Verfügbarkeit von Boden sowie Abtauschmöglichkeiten von landwirtschaftlich genutztem Boden, Standortuntersuchungen über die Auswirkungen auf die Umwelt oder Kartografierungen hinsichtlich der Fauna und Flora.[1505] Die Untersuchungen wurden durch verschiedene Fachleute vorgenommen und in den Planwelten des regionalen Richtplans zusammengefügt.

Im Rahmen der Konkretisierungen wurde parallel ein erstes Vorprojekt für einen Golfplatz im Gebiet Vogelsang ausgearbeitet. Das Ziel war es, „die Schaffung der räumlichen, planerischen und baulichen Voraussetzungen für die Realisierung eines Golfplatzes westlich des Dorfes im Raume Vogelsang an die Hand zu nehmen".[1506]

Die erste konkrete Projektstudie des Golffördervereins sah eine 27-Loch-Anlage auf einem Perimeter von rund 85 Hektar vor. Sie sollte im Bereich der Moränenhügel Tuma Lunga, Tum'Arsa und Tuma Calchera südöstlich der Ems-Chemie erstellt werden. Raumplanerisch war das Gebiet damals in die Landwirtschaftszone, Zone übriges Gemeindegebiet, Industriezone der zweiten Etappe und Forstwirtschaftszone unterteilt.[1507] Mit Ausnahme der Bereiche in der Industriezone war die beanspruchte Bodenfläche im kantonalen Richtplan als Fruchtfolgefläche eingetragen.[1508] Dieser Konflikt gefährdete das Projekt in seinen Grundzügen. Eine Lösung in Form einer Entlassung oder Umlegung des Fruchtfolgeperimeters musste gefunden werden. Da die Tumalandschaft von Domat/Ems und damit auch das Teilgebiet Vogelsang im Bundesinventar über Landschaften und Naturobjekte von nationaler Bedeutung aufgenommen waren, wurde das Golfplatzprojekt auch von den entsprechenden Schutzbestimmungen tangiert.[1509] Die Hügel wurden folglich nicht in die Spielanlage einbezogen. Sie bildeten vielmehr deren landschaftlichen Hintergrund. Für die von der Nutzungsänderung betroffenen sechs Landwirtschaftsbetriebe, die bis anhin das Land im Gebiet Vogelsang bewirtschaftet hatten, sollte ein Landabtausch angeboten werden.[1510]

[1503] Ebenda, S. 9-11.
[1504] Ebenda, S. 15.
[1505] Kanton Graubünden, „Regionaler Richtplan Bündner Rheintal, Teilrichtplan Fremdenverkehr, Bericht zum Richtplanvorhaben Golfplatz", Entwurf 15. Juli 1993, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 15.
[1506] Fetz (2005a), S. 81
[1507] Ingenieur- und Vermessungsbüro J. Grünenfelder, Zonenplan Gemeinde Domat/Ems, 1:5'000, Talgebiet, 1988, Archiv Bauamt Domat/Ems.
[1508] „Bei Fruchtfolgeflächen (FFF) handelt es sich um besonders geeignetes Ackerland zur Sicherung der Ernährungsbasis in Zeiten gestörter Zufuhr. FFF wurden in einer Richtplanungsanpassung im Jahre 1988 festgelegt (...)." Amt für Raumplanung, Kantonaler Richtplan (RIP 2000), 2000, S. 36.
[1509] BLN-Nr. 1911, Tumalandschaft bei Domat/Ems.
[1510] Entwurf „Regionaler Richtplan Bündner Rheintal, Teilrichtplan Fremdenverkehr, Bericht zum Richtplanvorhaben Golfplatz", 15. Juli 1993, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 13.

Mit dem Vorprojekt wurden eine ganze Reihe von Voraussetzungen formuliert, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit allen relevanten Akteuren und Aktanten verhandelt worden waren. Eine erfolgreiche Rückübersetzung der Planwelt in die Siedlungswirklichkeit setzte voraus, dass nebst der Bürgergemeinde und der Ems-Chemie AG auch rund 160 weitere Grundstückseigentümer mit der Nutzungsänderung einverstanden waren. Ausserdem musste das Vorhaben mit den Landschaftsschutzbestimmungen und den Bestimmungen des kantonalen Richtplans für Fruchtfolgeflächen vereinbar sein sowie eine Umzonung durch die kommunalen, kantonalen, eidgenössischen Behörden und die stimmberechtigte Bevölkerung von Domat/Ems gutgeheissen werden. Voraussetzung war zudem, dass sich die Landwirte ihrem Schicksal fügten und mit dem Abtausch von Land einverstanden erklärten, sich keine Gegnerschaft aus den Reihen von Umwelt- oder Landschaftsschutzverbänden bildete und sich die finanziellen Mittel für den Bau der Anlage auftreiben liessen. Im Grundsatz war das Vorhaben aber auch vom Standortentscheid der Plenarversammlung der Gemeinden der Region Bündner Rheintal abhängig.

Vom 30. Juli bis 28. September 1993 wurde der regionale Richtplan mit dem Richtplanvorhaben „Golfplatz“ in Domat/Ems öffentlich aufgelegt.[1511] In dieser Zeit war es den Bewohnern von Domat/Ems möglich, Anregungen und Vorschläge schriftlich beim Gemeindevorstand einzureichen.

Eine Ortspartei formulierte in der Folge den Vorschlag, das Golfplatzgebiet im Vogelsang einzugrenzen, um Landwirtschaftsbetriebe nicht zu gefährden und die Tumalandschaft zu schützen. Die Ortspartei brachte zudem den Vorschlag ein, den so redimensionierten Golfplatz in der Sport- und Erholungszone Vial zu ergänzen.[1512] Ein weiterer Grundstücksbesitzer, der vom Golfplatzvorhaben betroffen war, verlangte, dass seine Parzellen weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden können. Er sprach sich gleichzeitig gegen das Golfplatzvorhaben aus.[1513]

Am 1. Dezember 1993 entschied sich die Bürgergemeinde von Domat/Ems in einem Grundsatzentscheid mit 129 zu 4 Stimmen, ihr Land für den Golfplatz pachtweise zur Verfügung zu stellen.[1514] Die Ems-Chemie als Mitinitiant des Golfplatzes bot nicht nur ihr Land an, sondern auch ihre landwirtschaftlichen Gebäude auf dem Perimeter, die als Werkhof genutzt werden sollten.[1515] Weitere Abklärungen der Richtplaner zeigten, dass damit rund 95 Prozent des notwendigen Bodens verfügbar waren.[1516]

Die Aushandlungsergebnisse am Konkurrenzstandort Bonaduz und Igis waren ebenfalls zentral für die Verbesserung der Realisierungschancen eines Golfplatzes am Standort Domat/Ems. In Bonaduz lehnte die stimmberechtigte Bevölkerung bereits im Jahre 1984 eine Golfplatzanlage ab. Dieser Ablehnung begegneten die Projektbefürworter zehn Jahre später erneut. Die Gemeindeversammlung

[1511] Anzeigeaufgabe des Gemeindevorstandes an das Amtsblatt, „Regionale Richtplanung Bündner Rheintal, Informationsauflage Richtplanvorhaben, Golfplatz“, 30. Juli 1993, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang.
[1512] Schreiben des Präsidenten einer Ortspartei von Domat/Ems, „Regionale Richtplanung Bündner Rheintal – Informationsauflage Richtplanvorhaben Golfplatz“, 21. September 1993, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang.
[1513] Schreiben eines Grundstücksbesitzers an den Gemeinderat von Domat/Ems, „Stellungsnahme zum geplanten Golfplatz in Domat/Ems“, 22. September 1993, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang.
[1514] Fetz (2005a), S. 81
[1515] Kanton Graubünden, „Regionaler Richtplan Bündner Rheintal, Teilrichtplan Fremdenverkehr, Bericht zum Richtplanvorhaben Golfplatz“, 28. Juni 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 20.
[1516] Ebenda, S. 17.

von Bonaduz lehnte am 30. März 1994 eine Aufnahme eines eigenen Golfplatzes in den Richtplan ab.[1517] Der Standort Igis wurde aufgrund von mangelndem Interesse und fehlender Verfügbarkeit von Boden gar nicht erst weiter konkretisiert.[1518]

Unabhängig davon zeigte sich, dass sich die Umweltschutzorganisationen Bündner Naturschutzbund, Vereinigung Bündner Naturschutzorganisationen und WWF Graubünden auf den Standort Domat/Ems im Gebiet Vogelsang einigen konnten. Hervorgehoben wurden die gute Zufahrtsmöglichkeit und die Landschaftsverträglichkeit eines Golfplatzes im Bereich Vogelsang. Der WWF Graubünden drohte, dass bei einem allfälligen Standortentscheid für Bonaduz sämtliche Rechtsmittel ausgeschöpft würden. Im Gegenzug bot der WWF Hilfestellung bei der Projektentwicklung am Standort Domat/Ems an.[1519]

Nach den Vernehmlassungs- und Informationsrunden des Richtplanvorhabens in den Gemeinden der Region Bündner Rheintal konnte das Richtplanvorhaben am 7. April 1994 vom Vorstand der Plenarversammlungen der Gemeinden aus dem Rheintal zur Auflage verabschiedet werden.[1520]

Aufgrund der unterschiedlichen Verhandlungserfolge und -entscheide sah die Planwelt „Richtplan Golfplatz – 1994“ nur noch den Standort Domat/Ems vor. Damit war der Entscheid zugunsten von Domat/Ems ausgefallen, ohne dass die einzelnen Standorte in der Plenarversammlung gegeneinander antreten mussten.

Vom ersten Vorprojekt des Golfplatzes bis zum Abschluss des Richtplanverfahrens vergingen mehrere Monate. In dieser Zeit wurde das Projekt ein weiteres Mal überarbeitet und neu formulierten Bedürfnissen und Interessen angepasst. Die Anlage beanspruchte neu rund 100 Hektar. Das Planungsbüro Verderi integrierte auch die Industriereservezone der Ems-Chemie in das Projekt für die 27-Loch-Anlage. Die insgesamt drei Schlaufen der Anlage wiesen zusammen eine Länge von 3’110 Metern auf. Alle Schlaufen hatten ihren Anfangs- und Endpunkt bei einem geplanten Clubhaus.[1521] Als Standort für die Besucheranlage und das Clubhaus wurde ein Gebiet zwischen den beiden Hügeln Tuma Lunga und Tum’Arsa festgelegt.[1522] Das Clubhaus mit Restaurant und Bar sollte über rund 100 bis 120 Sitzplätze verfügen und einer erweiterten Kundschaft offen stehen (Abb. 118).[1523]

Mittlerweile zeigte sich, dass im Zuge der Realisierung des vergrösserten Golfplatzprojekts im Gebiet Vogelsang zwei Landwirtschaftsbetriebe aufgeben mussten. Für die übrigen von der Umnutzung betroffenen Landwirtschaftsbetriebe konnte Landersatz gefunden werden.[1524] Bezüglich des Konflikts mit

---

[1517] Schreiben der Regionalplanungsgruppe Bündner Rheintal, „Regionaler Richtplan Bündner Rheintal – Richtplanvorhaben Golfplatzanlage Auflageverfahren“, 8. April 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang.
[1518] Kanton Graubünden, „Regionaler Richtplan Bündner Rheintal, Teilrichtplan Fremdenverkehr, Bericht zum Richtplanvorhaben Golfplatz“, 28. Juni 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 9.
[1519] Ebenda, S. 19.
[1520] Schreiben der Regionalplanungsgruppe Bündner Rheintal, „Regionaler Richtplan Bündner Rheintal – Richtplanvorhaben Golfplatzanlage Auflageverfahren“, 8. April 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang.
[1521] Concepta AG, Büro für Umweltschutz, Davos-Platz, „Golfplatz Vogelsang Domat/Ems, Bericht über die Auswirkungen des Projektes auf relevante Umweltbereiche“, 8. November 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 5.
[1522] Kanton Graubünden, „Regionaler Richtplan Bündner Rheintal, Teilrichtplan Fremdenverkehr, Bericht zum Richtplanvorhaben Golfplatz“, 28. Juni 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 9.
[1523] Concepta AG, Büro für Umweltschutz, Davos-Platz, „Golfplatz Vogelsang Domat/Ems, Bericht über die Auswirkungen des Projektes auf relevante Umweltbereiche“, 8. November 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 5.
[1524] Kanton Graubünden, „Regionaler Richtplan Bündner Rheintal, Teilrichtplan Fremdenverkehr, Bericht zum Richtplanvorhaben Golfplatz“, 28. Juni 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 8.

den Fruchtfolgeflächen wiesen die Regionalplaner darauf hin, dass die Eigentumsverhältnisse wie auch die einfache Reaktivierung von Golfanlagen zu landwirtschaftlich nutzbaren Landflächen eine Umnutzung der Landwirtschaftszone in eine Golfanlage grundsätzlich zuliess. „Nach Ansicht des Bundesamtes für Raumplanung können selbst Golfplätze unter einschränkenden Voraussetzungen als Fruchtfolgeflächen angerechnet werden (Informationsheft BRP, 4/87).“[1525] Die kantonalen Richtplaner forderten, dass rund 70 Prozent des Golfareals jederzeit rekultivierbar blieben.[1526]



Abb. 118: Mario Verderi, Golfplanung, „Golfplatz Vogelsang Domat/Ems“, März 1994, Archiv Bauamt Domat /Ems.

Mit der Projektüberarbeitung und den abschliessenden Abklärungen der Richtplanung bestätigte die Plenarversammlung am 27. Juni 1994 den Richtplan Golfplatzanlage und reichte die Richtplanwelten bei der Regierung des Kantons Graubünden zur Genehmigung ein.[1527]

Dem Aktor-Netzwerk „Golfplatz in Domat/Ems“ gelang es damit erfolgreich, sämtliche regionalen und lokalen Interessen im Rahmen der Richtplanung auf den Standort Domat/Ems zu vereinen. Zumindest zu diesem Zeitpunkt standen die Realisierungschancen des Golfplatzvorhabens in Domat/Ems gut. Dennoch mussten im weiteren Verlauf der Rückübersetzung zahlreiche Voraussetzungen der Planwelten getestet werden und ihre gesellschaftlichen Entsprechungen finden.

[1525] Ebenda, S. 10.
[1526] Ebenda, S. 10.
[1527] Ebenda, S. 12.

4.3.2 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Richtplan Golfplatz Vogelsang – 1994“

4.3.2.1 Die emergente Rolle der Planer

Während bei Projektentwicklungen normalerweise die raumplanerischen Bestimmungen bereits zu einem früheren Zeitpunkt festgelegt und bei den ersten konkreten Projektverhandlungen in Form von Zonenplänen und Baugesetzgebungen eingebunden werden, verhielt sich dies im Fall des Golfplatzes Vogelsang umgekehrt. Im Teilgebiet Vogelsang gab eine Interessensgruppe für einen Golfplatz ein Vorprojekt in Auftrag, das ohne Zonenplanänderung rein planungsrechtlich keine Realisierungschancen hatte. Die Zonenbestimmungen der Gemeinde Domat/Ems sahen eine Nutzung für Golfanlagen bis zu diesem Zeitpunkt nicht vor. Um die Realisierungschancen der Golfplatzidee zu verbessern, mussten regional wie kommunal die raumplanerischen Rahmenbedingungen dem neuen Bedürfnis angepasst werden. Damit zeichnete sich bereits vier Jahre nach der Verabschiedung der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“ eine Verwebung der damaligen Intentionen und Voraussetzungen mit neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen ab.

Aufgrund dieser planerischen Ausnahmesituation waren zwei verschiedene Planerbüros aktiv in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse des Golfplatzes Vogelsang involviert. Auf der lokalen Ebene war der Planer der Golfplatzanlage in erster Linie gefordert, die eigenen Interessen und Ziele sowie die Interessen der Auftraggeber zusammen mit den topografischen, finanziellen, ökologischen, politischen sowie verkehrstechnischen Rahmenbedingungen zu verweben. Der Planer der Golfplatzanlage übernahm die Rolle des proaktiven Entwerfers und Spezialisten, der verschiedene Entitäten zu einer in sich landschaftsräumlich und spieltechnisch schlüssigen Planwelt verknüpfte. Die Planwelten zeugten davon, dass es ihm trotz der zahlreichen soziotechnischen Verwebungen gelang, eine dem Denkkollektiv des Golfsports entsprechende Spiellandschaft zu entwerfen.

Im Vordergrund der Bestrebungen der Richtplaner stand in erster Linie die Koordination der Golfplatzvorhaben in der Region Churer Rheintal. Damit verbunden war auch die Standortfrage, die regionalplanerisch beantwortet werden musste. Räumlich-qualitative Aspekte wurden zwar thematisiert, wurden aber auf dieser Massstabsebene und aufgrund der Abstraktheit der Aufgabenstellung nicht weiter verhandelt. Die Aushandlung räumlich-qualitativer Aspekte wurde gewissermassen dem Projektentwickler der Golfplatzanlage überlassen. Die Planer des Richtplans übernahmen die Rolle des Dienstleisters und Moderators, der unterschiedliche Standortinteressen abzuklären hatte und in die Verhandlungen der Plenarsitzungen der Regionsgemeinden einbrachte.

Die Planer auf der lokalen wie auch der regionalen Ebene entwarfen mit ihren Planwelten ein Netzwerk von Allianzpartnerschaften, die in der Phase der Rückübersetzung erst noch eine Bestätigung finden mussten.

4.3.3 Die Rückübersetzung der Planwelt „Richtplan Golfplatz Vogelsang – 1994“ in die Siedlungswirklichkeit

4.3.3.1 Projektüberarbeitung aufgrund neuer Rahmenbedingungen

Im April 1994 zeugten im Gebiet Vogelsang erstmals konkrete räumliche Transformationen von den erfolgreichen gesellschaftlichen Verhandlungsprozessen rund um die geplante Golfplatzanlage. Am 22. April 1994 wurde auf dem Grundstück der Bürgergemeinde eine provisorische Driving Range in Betrieb genommen.[1528]

Da die Golfplatzinitianten von Anfang an eine naturnahe Anlage im Sinn hatten, nahmen Umwelt- und Ökologieaspekte einen entsprechenden Stellenwert in der Erarbeitung der Ausführungspläne der ge-

[1528] Fetz (2005b), S. 81.

samten Anlage ein. So wurde von den Initianten eine Arbeitsgruppe Ökologie und Umwelt ins Leben gerufen, die das Ziel verfolgte, den Anliegen der Natur bei einer Golfplatzrealisierung gebührend Rechnung zu tragen.[1529] Die Arbeitsgruppe formulierte konkrete Massnahmen bezüglich der Gliederung des Gebiets, der Abstände zu Wald und Feldgehölzen, Naturhecken, Integrierung der Hügel, Neuanlage von Teichen und des Bestands eines Schuttauffangbeckens. Parallel zu dieser Arbeitsgruppe wurde das Büro für Umweltschutz, Concepta AG, beautragt, das bestehende Vorprojekt zu beurteilen. Die Vertreter der Concepta AG formulierten ebenfalls Massnahmen zur Verringerung von negativen Auswirkungen der Golfplatzanlage auf die Umwelt.[1530] Mit den Massnahmen wurden neue Interessen in die Verhandlung um den Golfplatz eingebracht, die, wollten die Golfplatzinitianten ihre ökologischen Anliegen ernst nehmen, in die Projektierung eingebunden werden mussten.

Mit fortschreitendem Kenntnisstand zeichnete sich ein Konflikt zwischen der geplanten Golfplatzanlage und den Erweiterungsabsichten der Ems-Chemie ab. Die Ems-Chemie ging ursprünglich davon aus, dass in der Erweiterungszone der Industriezone südlich der Emser-Werke eine vorübergehende Nutzung als Golfplatz möglich war. Wie sich zeigte, war planungsrechtlich die Ausscheidung einer provisorischen Golfplatzzone aber nicht möglich. Da die Ems-Chemie langfristig auf die zweite Etappe der Industriezone nicht verzichten konnte, war eine Umzonung und Beanspruchung dieses Geländes für den Golfplatz folglich nicht möglich.[1531] Eine Neuausrichtung der Planwelten wurde unumgänglich. Im November 1994 präsentierte das Planungsbüro für Golfplatzanlagen ein überarbeitetes Vorprojekt. Da ein Teil des Geländes der Ems-Chemie nicht mehr zur Verfügung stand, reduzierte sich der Perimeter von 100 auf rund 86,5 Hektar. Diese Reduzierung hatte eine Beanspruchungsverdichtung der 27-Loch-Anlage zur Folge. Aufgrund der Empfehlungen der Concepta AG wurde das Clubhaus und die Parkierung nach Norden in die Nähe der Emser-Werke verschoben. Aus Platzgründen erfuhr die Driving Range eine Drehung der Spielachse um 90 Grad. Die Spielweite verkürzte sich von 300 auf 200 Meter. Einzelne Spielbahnen mussten verschoben werden. Bei einer nochmaligen Beurteilung des Vorprojekts durch die Concepta AG wurde festgestellt, dass gegenüber früheren Projekten mehr Bepflanzung vorgesehen waren. „Es erfolgt eine Entwicklung Richtung Parklandschaft." Befürchtet wurde eine Verwischung der Kontraste zwischen den Hügeln und der Ackerbaufläche. Im Zusammenhang mit den Bestimmungen der Fruchtfolgeflächen wurde der neu entworfenen Anlage eine erschwerte Rückführung in landwirtschaftliche Nutzflächen vorausgesagt.[1532] Im Gegensatz zum letzten Vorprojekt zeichnete sich mit überarbeiteten Planwelten eine Lösung für den zweiten gefährdeten Landwirtschaftsbetrieb ab. Mit dem etappenweisen Ausbau des Golfplatzes sollte der Landwirtschaftsbetrieb in den Golfbetrieb integriert werden. Mit dieser Vereinbarung wurde das Ziel verfolgt, dass der Betreiber des Hofes sein Einkommen langfristig über die Landwirtschaft und durch den Unterhalt der Golfanlage erwirtschaften konnte.[1533]

[1529] Bericht der Arbeitsgruppe Ökologie und Umwelt zum Vorprojekt Golfplatz Vogelsang, Domat/Ems, „Natur- und Umweltanliegen", 31. August 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 2.
[1530] Concepta AG, Büro für Umweltschutz, Davos-Platz, „Golfplatz Vogelsang Domat/Ems, Bericht über die Auswirkungen des Projektes auf relevante Umweltbereiche", 8. November 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 5.
[1531] STW AG für Raumplanung, Chur, „Gemeinde Domat/Ems, Golfplatz Vogelsang, Planungs- und Mitwirkungsbericht", 24. April 1995, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 1-2.
[1532] Concepta AG, Büro für Umweltschutz, Davos-Platz, „Golfplatz Vogelsang Domat/Ems, Zusatzbericht zum Bericht über die Auswirkungen des Projektes auf relevante Umweltbereiche", 30. Dezember 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 5.
[1533] STW AG für Raumplanung, Chur, „Gemeinde Domat/Ems, Golfplatz Vogelsang, Planungs- und Mitwirkungsbericht", 24. April 1995, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang, S. 4.



Abb. 119: Mario Verderi, Golfplanung, „Golfplatz Vogelsang Domat/Ems“, November 1994, Archiv Bauamt Domat /Ems.

4.3.3.2 Anpassung Zonenplanung Domat/Ems

Mit der Verabschiedung der Richtplanung bereiteten die Vertreter der Gemeinde Domat/Ems die für die Rückübersetzung des Golfplatzes notwendige Zonenplanänderung vor. Wie bereits bekannt ist, war das Gebiet Vogelsang in Forstwirtschafts-, Landwirtschafts- und Industriezone sowie Zone übriges Gemeindegebiet eingeteilt. Planungsrechtlich musste das gesamte Gebiet in eine Golfplatzzone überführt werden.

Im August 1994 entschied der Gemeindevorstand, die Ortsplanung im Bereich Vogelsang zu ergänzen, obwohl der Richtplan Golfplatzanlagen durch den Regierungsrat noch nicht genehmigt war. Für die Arbeiten wurde das Planungsbüro STW AG aus Chur beauftragt. Dasselbe Büro erarbeitete bereits den regionalen Richtplan für die Golfplatzanlagen. Folgende Ziele und Grundsätze wurden diesbezüglich formuliert: „Planungsrechtlich die Voraussetzungen für eine 27-Loch-Anlage schaffen, und zwar auch dann, wenn der Bedarf momentan noch nicht ausgewiesen ist bzw. die Anlage nur in Etappen realisiert wird; eine Golfanlage planen, die in Etappen erstellt werden kann und damit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Trägerschaft und auf die verfügbaren Pachtverhältnisse von Bewirtschaftern nimmt; eine Golfplatzanlage schaffen, die sich gut in die Landschaft einfügt und eine ökologische Aufwertung des Geländes ergibt; eine definitive Zonenplan-Regelung im Zwischengelände Ems Chemie – Vogelsang – Giraglia erreichen, wobei insbesondere das übrige Gemeindegebiet weitgehend bereinigt werden soll; die Auflagen seitens des Regierungsbeschlusses vom 25. Oktober

1994, zum Richtplanvorhaben Golfplatz Domat/Ems, im Rahmen der Nutzungsplanung möglichst erfüllen; die gesamte Erschliessung sowohl für den motorisierten Individualverkehr wie auch für die Radfahrer und Fussgänger im Golfplatzgelände möglichst konfliktfrei gewährleisten; die Waldbewirtschaftung der verschiedenen Tumas innerhalb und am Rande des Golfplatzes möglichst uneingeschränkt sicherstellen."[1534]

Mit diesen Vorgaben, die mehr oder weniger sämtliche während der Vorprojektphase formulierten Interessen zusammenfassten, wurde das bestehende Golfplatzprojekt vom Planungsbüro Verderi durch die Raumplaner in einen Gestaltungsplan übersetzt. Dieser sollte dem Zonenplanverfahren beigelegt werden. Im Vorfeld des Zonenplanverfahrens wurde kurz nach der Genehmigung des Richtplans „Golfplatz" durch den Regierungsrat am 25. Oktober 1994 das Baugesetz überarbeitet und mit dem Artikel 52a „Golfplatzzone" ergänzt. Am 4. Dezember 1994 stimmten die Stimmbürger der Gemeinde Domat/Ems dieser Anpassung zu.[1535]

Vom 20. Januar bis 9. Februar 1995 wurde der revidierte Zonenplan des Gebiets Vogelsang im Bauamt der Gemeinde Domat/Ems öffentlich aufgelegt. Eine Einsprache konnte nach zwei Verhandlungsrunden abgewendet werden. Am 11. April 1995 orientierten der Gemeinderat, Vertreter des Golfördervereins, der Bürgergemeinde und der Ems-Chemie AG anlässlich einer Informationsveranstaltung die interessierte Wohnbevölkerung von Domat/Ems ausführlich über das Golfplatzprojekt. Am Wochenende vom 22./23. April1995 stimmte die stimmberechtigte Bevölkerung der Gemeinde Domat/Ems über die Revision ab. Die Vorlage wurde mit 620 zu 383 Stimmen angenommen.[1536] In der Folge wurden die Planunterlagen dem Regierungsrat des Kantons Graubünden zur Genehmigung zugeschickt. Die Genehmigung erfolgte am 11. Juli 1995.[1537] Damit konnten die bis zu diesem Zeitpunkt erforderlichen Allianzpartnerschaften geknüpft und das Aktor-Netzwerk „Golfplatz Vogelsang" soweit stabilisiert werden.

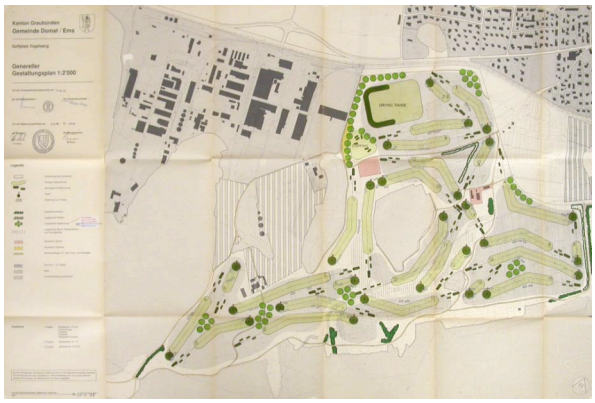




Abb. 120 (links): STW AG für Raumplanung, „Gestaltungsplan 1:2'000, Golfplatz Vogelsang Domat/Ems", vom Regierungsrat genehmigt am 11. Juli 1995, Archiv Bauamt Domat/Ems.

Abb. 121 (rechts): STW AG für Raumplanung, „Zonenplan 1:2'000, Golfplatz Vogelsang Domat/Ems", vom Regierungsrat genehmigt am 11. Juli 1995, Archiv Bauamt Domat/Ems.

[1534] Ebenda, S. 2-3.
[1535] Ebenda, S. 9.
[1536] Ebenda, S. 10.
[1537] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Graubündens, „Kanton Graubünden, Gemeinde Domat/Ems, Golfplatz Vogelsang",Traktandum-Nr. 1854, 11. Juli 1995, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Golfplatz Vogelsang.

4.3.3.3 Baubewilligung und Bau der Golfplatzanlage Vogelsang, Domat/Ems

Mit dieser breiten Allianz aus Mitgliedern des Golffördervereins, Gemeinderäten, Fachleuten, Umweltschutzvereinigungen, Grundeigentümern, Landwirten, Ems-Chemie AG, Vertretern des Kantons Graubünden, Mehrheit der abstimmenden Bevölkerung, Plenarversammlung der Gemeinden der Region Bündner Rheintal, welche ihre eigenen Interessen in den Golfplatzplänen gewahrt oder zumindest nicht gefährdet sahen, stand der Realisierung der Golfanlage kaum mehr etwas entgegen. Das Baubewilligungsverfahren konnte in Angriff genommen werden. Diesbezüglich war ein detailliertes Ausführungsprojekt zuhanden der Baubehörden und des Baubewilligungsverfahrens und BAB-Zustimmungsverfahrens (Bauen ausserhalb der Bauzonen) bei der Gemeinde und dem Kanton Graubünden einzureichen.[1538]

Am 28. Oktober 1995 gründete die Initiativgruppe des Golfplatzprojekts den Golfclub Domat/Ems. Im April 1997 konnten die ersten neun Löcher sowie die Trainingsanlagen eröffnet werden. Im September 1997 und im Herbst 1998 wurden die zweite und dritte Etappe eröffnet. Damit konnte der Spielbetrieb auf der ganzen 27-Loch-Anlage aufgenommen werden.[1539] Ein Vergleich zwischen dem letzten Vorprojekt und einem Luftbild der fertiggestellten Anlage zeigte, dass die Anlage mehr oder weniger der Planwelt des zweiten Vorprojekts entsprach.[1540] Aushandlungsprozesse und Interessensverschiebungen während der Ausführungsplanung und Ausführung führten zu geringfügigen Änderungen einzelner Abschlagwinkel und -weiten. Insbesondere östlich der Driving Range und im Bereich des in die Anlage integrierten Landwirtschaftsbetriebs im östlichen Bereich der Anlage gab es grössere Veränderungen und Anpassungen. Sieben Jahre nach der Eröffnung der Golfanlage wurde das Clubhaus mit dem im Gestaltungsplan vorgesehenen Restaurant- und Barbereich für 3,7 Millionen Franken erweitert.[1541] Bereits im Jahr 2003 war der Golfclub Domat/Ems mit 950 Mitgliedern der grösste Club des Kantons.[1542]

4.3.4 Die lokale planerische Praxis des Golfplatzes Vogelsang

4.3.4.1 Die emergente Rolle der Planer

Bereits beschrieben wurde, dass sich im konkreten Beispiel der Entstehungsgeschichte der Planwelten des Golfplatzes Vogelsang verschiedene Planer in verschiedenen Rollen begegneten. Dies war auch in der Phase der Rückübersetzung der Fall.

Um die Realisierungschancen der in der Planwelt „Richtplan Golfplatz Vogelsang – 1994“ kumulierten Zielvorstellungen aufrechtzuerhalten, mussten auf kommunaler und regionaler Ebene während der Phase der Rückübersetzung des Golfplatzes in die Siedlungswirklichkeit die vorausgesetzten Allianzpartnerschaften ihre gesellschaftlichen Entsprechungen finden. Da die Allianzen für ein Golfplatzprojekt in der Region Bündner Rheintal bereits in ihren Anfängen breit geknüpft waren, gelang es den Regionalplanern über gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, eine diesbezügliche Anpassung und Neuaufsetzung der regionalen und kommunalen Richtplanungswelten zu bewirken. Lokal-spezifische Interessen einer Golfanlage wurden dabei auf eine regionale Ebe-

[1538] Ebenda, S. 15-16.
[1539] Fetz (2005a), S. 81.
[1540] Mario Verderi, Golfplanung Golfplatz Vogelsang Domat/Ems, November 1994, Archiv Bauamt Domat/Ems; Übersichtskarte, Golfplatz Vogelsang Domat/Ems, 1998, (Fotografie Golfclub Domat/Ems)
[1541] „Emser weihen Golfclubhaus ein“, in: Südostschweiz, Donnerstag, 6. Juni 2002.
[1542] „Emser Golfclub auf Erfolgskurs“, in: Südostschweiz, Donnerstag, 31. Mai 2003.

ne übersetzt. Umgekehrt fanden gesellschaftliche Interessen einer regionalen Verteilung von Freizeitangeboten Eingang in die lokalen Planwelten.

Auch in der Phase der Rückübersetzung schien bei den Raumplanern die Moderation der multiversen Interessen stärker im Vordergrund zu stehen als das Einbinden und Vertreten räumlich-qualifizierender Interessen. Mit Ausnahme der technischen Erschliessungen wurden beispielsweise kaum räumliche Verbindungen und qualitative Einbindungen des Objekts Golfplatz Vogelsang in die Umgebung thematisiert. Obwohl die Raumplaner im Fall der Golfanlage Vogelsang eng in die Rückübersetzungsphase eingebunden waren, konnte ein Bruch in der Rückübersetzung der raumplanerischen und städtebaulichen Interessen aufgrund einer passiven Verhandlungsstrategie und fehlender gesellschaftlicher Entsprechung nicht verhindert werden.

Als erfahrener Entwerfer von Golfanlagen brachte der Golfplatzarchitekt auf der lokalen Ebene eigene spezifisch räumliche und landschaftsgestalterische Anliegen wie auch Anliegen des Denkkollektivs von Golfplatzentwicklern ein. Diese Rolle nahm der Planer auch bei der Rückübersetzung der Planwelten ein. Er verwob Interessen der in das Aktor-Netzwerk involvierten Akteure und Aktanten in seine Planwelten der Ausführung. Gleichzeitig verhandelte er proaktiv und erfolgreich eigene spezifisch golfplatzanlagenbezogene Interessen. Da der Planer der Golfanlage von der ersten Skizze bis zur letzten Schaufelbewegung der Bauarbeiter in den Prozess involviert war, gelang es dem Architekten trotz verhandlungsbedingter inhaltlicher Verschiebungen, die Transformation der Landschaft mit seinen landschaftsarchitektonischen Zielen mitzuprägen. Da das Aktor-Netzwerk „Golfplatz Vogelsang" eine räumliche Einbindung der Anlage ausserhalb des eigenen Perimeters nicht nachfragte und der Golfplatzgestalter dasselbe Anliegen nicht in die eigene Aufgabenstellung aufnahm, fanden landschaftsräumliche und städtebaulich-qualifizierende Anliegen keine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit.

4.3.4.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Golfplatz Vogelsang"

Siehe Anhang am Anschluss an die dritte Mikrostudie: Ems-West, Domat/Ems.



Abb. 122: Übersichtskarte, Golfplatz Vogelsang Domat/Ems (Fotografie Golfclub Domat/Ems, 1998).

• QUARTIER MARCHESA

4.3.5 Die Planwelt „Quartierplan Marchesa – 2000“

4.3.5.1 Vorgeschichte – Anpassungen der Zonenplanwelten aufgrund gesellschaftlicher Bedürfnisse

Das Gebiet Marchesa der Mikrostudie Ems-West südlich der Bahngleise und südwestlich des historischen Dorfkerns von Domat/Ems wurde bereits im Zuge der ersten Ortsplanung im Jahre 1960 der zweiten Etappe der Bauzone zugeteilt. Im Zonen-Richtplan von 1964 wurde ein Teilgebiet südlich des Tuma Marchesa als Zone für öffentliche Bauten und nördlich des Tuma Marchesa zur Freihaltezone umgewidmet. Im Rahmen der Revision des Zonenplans im Jahre 1975 entliessen die Raumplaner das Gebiet Marchesa aus der Freihaltezone und teilten das Gebiet als Wohnzone (W2) der zweiten Etappe ein. Die Zone für öffentliche Bauten wurde reduziert und verschob sich in Richtung Westen. Diese Zonenzuteilungen wurde bei einer erneuten Revision der Ortsplanung im Jahre 1988 belassen. Auf Forderungen des Amts für Raumplanung wie auch des Regierungsrats des Kantons Graubünden bezüglich einer Nutzungskonzentration und der Sicherung der Fruchtfolgeflächen im Gebiet Marchesa reagierten die Vertreter der Gemeinde wenig erfreut. Keinesfalls wollte man auf das Baugebiet rund um den Tuma Marchesa verzichten.[1543]

Die hier zusammengefassten Anpassungen der Planwelten verweisen auf den im Laufe der Zeit sich verändernden Interessensstand der lokalen städtebaulichen Praxis. Während sämtliche Planwelten der Zonen- und Ortsplanung auf eine geordnete räumliche Entwicklung abzielten, beabsichtigten die kumulierten Interessen in der Planwelt von 1960, möglichst viel Baugebiet planerisch zu erfassen. Das Ziel der Richtplanung von 1963 war wiederum eine räumlich-qualitative Entwicklung der Siedlung. In den Folgerevisionen von 1975 und 1988 ging es vornehmlich darum, den Bauzonenbestand zu wahren und neue gesellschaftliche Bedürfnisse in die Planwelten zu integrieren. Die Revision im Jahre 1995 nahm zusätzlich das Bedürfnis nach einer Golfanlage in die Planwelten der Raumplanung von Domat/Ems auf.

Die Nachfrage nach Bauland für Einfamilienhäuser stieg in der Zwischenzeit kontinuierlich an. Das Gebiet Marchesa wurde aufgrund der diesbezüglich prädestinierten Lage für eine Überbauung zunehmend interessant.

Bei den ersten Aushandlungsprozessen bezüglich einer Erweiterung des Siedlungsgebiets mit Wohnbauten in der Marchesa war ein Teil des Gebiets nach wie vor der Zone für öffentliche Bauten zugeteilt. Ursprünglich orientierte sich die Raumplanung an der Zielsetzung, genügend Raum für Gemeindebauwerke resp. Schulhäuser vorzumerken. In der Zwischenzeit wurden öffentliche Einrichtungen wie Gemeindewerkhof, Alters- und Pflegeheime oder Schulhäuser an anderen Standorten errichtet. Da die tatsächliche Siedlungsentwicklung der vergangenen Jahre nicht der prognostizierten Siedlungsentwicklung entsprach, konnte die Nutzungsbestimmung der bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht

[1543] Planungsbüro J. Grünenfelder Domat/Ems, Bericht zur Abgabe der Ortsplanungsakten nach der Genehmigung durch die Urnengemeinde, „Ortsplanungs-Revision Domat/Ems“, 31. Januar 1989, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1988, S. 3.

beanspruchten Zone für öffentliche Bauten im Gebiet Marchesa neuen Bedürfnissen angepasst werden. Aus diesem Grund entschied der Gemeinderat von Domat/Ems, den gesamten Perimeter des Gebiets Marchesa der Wohnzone W2 zuzuweisen.[1544]

Die Revision des Zonenplans wurde vom Planungsbüro STW AG aus Chur in Auftrag genommen. Die Anpassung des Zonenplans wurde vom 20. Dezember 1996 bis 10. Januar 1997 zur Einsprache und Mitwirkung durch die Bevölkerung aufgelegt. Da keine Einsprachen eingingen, legte der Gemeinderat die Vorlage der Gemeinde zur Abstimmung vor.[1545] Die Stimmberechtigten stimmten am 2. März 1997 der Revision zu. Die Unterlagen konnten zur Genehmigung dem Regierungsrat des Kantons Graubünden überreicht werden.[1546]

Der Regierungsrat behandelte das Ansuchen der Gemeinde Domat/Ems an seiner Sitzung vom 8. Juli 1997. Aufgrund der vorgelegten Zahlen bezüglich der vorhandenen Zonenflächen, deren Belegungsgrad und des voraussichtlichen Wachstums der Gemeinde genehmigte der Regierungsrat die Umwidmung der Zone für öffentliche Bauten in eine Wohnzone W2.[1547] Das Amt für Raumplanung machte in seinem Gutachten den Regierungsrat darauf aufmerksam, dass die Bauzonen der Gemeinde Domat/Ems nach wie vor in Konflikt mit den Fruchtfolgeflächen des kantonalen Richtplans standen. Entsprechend wiederholte der Regierungsrat eine Auflage, welche dieser bereits im Jahre 1989 formuliert hatte. „Der Konflikt zwischen der Bauzone und Fruchtfolgeflächen im Gebiet Tuma Marchesa besteht nach wie vor. Die Genehmigung der Wohnzone 2 im Zonenplan 1:2'000 Marchesa vom 2. März 1997 ist deshalb ebenfalls mit der Auflage zu verknüpfen, dass im Rahmen der Quartierplanung eine Nutzungskonzentration herbeizuführen ist und der Quartierplan vor dessen Mitteilung zur Kontrolle dieser Auflage der Regierung zuzustellen ist."[1548]

Die Forderung einer Nutzungskonzentration kollidierte mit den Interessen der Gemeindevertreter. Aus der Sicht der Vertreter der Gemeinde sollte das Gebiet Marchesa als zukünftiges Einfamilienhausquartier entwickelt werden. Bezüglich der Nutzungskonzentration befürchteten die Vertreter der Gemeinde erhebliche Verluste an Wohnqualität. Entsprechend verfasste der Gemeinderat von Domat/Ems ein Gesuch an das Amt für Raumplanung Graubünden. Er wollte die Nutzungskonzentrationspflicht im Quartierplangebiet Tuma Marchesa aufheben lassen. Als Gegenleistung unterbreitete der Gemeinderat dem Amt für Raumplanung das Angebot, im Rahmen einer nächsten Ortsplanungsrevision die bestehenden Konflikte zwischen Fruchtfolgeflächen und bestehenden Reservebauzonen zu lösen.[1549]

Das Amt für Raumplanung forderte daraufhin die Gemeinde auf, eine aktuelle Übersicht über das gesamte Gemeindegebiet bezüglich Stand der Überbauung, Erschliessung und Baureife einzureichen. Anhand dieser Zusammenstellung stellte sich heraus, dass die Gemeinde Domat/Ems aufgrund eines

---

[1544] STW AG für Raumplanung, „Gemeinde Domat/Ems, Teilrevision Zonenplan 1996, Bericht zur Umzonung Zone öffentlicher Bauten und Anlagen im Gebiet Marchesa", 10. März 1997, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Marchesa, S. 1.
[1545] Ebenda, S. 6.
[1546] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Zonenplan 1:2'000 Marchesa", Traktandum-Nr. 1614, 8. Juli 1997, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Marchesa, S. 1.
[1547] Ebenda, S. 3.
[1548] Ebenda, S. 2.
[1549] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Gesuch um Aufhebung der Nutzungskonzentrationspflicht im Quartierplangebiet Tuma Marchesa", Traktandum-Nr. 2065, 29. November 1998, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Marchesa, S. 2.

stetigen Siedlungswachstums zwischen 1989 und 1998 ohne die Freigabe des Quartiers Marchesa nur noch über 13 Hektar Bauland verfügte. Da für die nächsten Jahre ein Bedarf von rund 20 Hektar Bauland errechnet worden war, legitimierte sich eine Erweiterung der Bauzone um 7 Hektar. In Domat/Ems gab es jedoch keine Möglichkeit, diese Bauzone ohne Beeinträchtigung der Fruchtfolgeflächen bereitzustellen. „Im Interesse an der Bereitstellung bedarfsgerechter Bauzonen für die Siedlungsnutzung, welches ausnahmsweise eine Konsumation von Fruchfolgeflächen rechtfertigt", entliess der Regierungsrat im Einvernehmen mit dem kantonalen Amt für Raumplanung das Gebiet Marchesa aus dem kantonalen Richtplan für Fruchtfolgeflächen. Der Regierungsrat stellte in seiner Verhandlungssitzung fest, dass die Gemeinde mit der Befreiung der 7 Hektar umfassenden Wohnzone Marchesa nunmehr über eine Baulandreserve von 20 Hektar verfügte, „was als bedarfsgerecht bezeichnet werden kann".[1550]

Gleichzeitig zeigte sich der Regierungsrat erstaunt darüber, dass die Gemeinde bis zu diesem Zeitpunkt nicht der Aufforderung des Regierungsrats aus dem Jahre 1988 nachgekommen war, die Zonen des übrigen Gemeindegebiets zu reduzieren und den Landwirtschaftszonen zuzuführen.[1551] Während es den Gemeindevertretern offensichtlich gelang, über den Verhandlungsweg bezüglich der Interessen der Gemeinde Allianzpartnerschaften mit der Regierung und Verwaltung des Kantons aufzubauen, gelang dies umgekehrt den Vertretern des Kantons, welche die Erfüllung ihrer Interessen voraussetzten, nicht. Die raumplanerischen Forderungen der Vertreter des Kantons in der Gemeinde Domat/Ems fanden keine gesellschaftliche Entsprechung.



Abb. 123: Flugaufnahme Domat/Ems mit Emser-Werken, Golfplatz Vogelsang, den Teilgebieten Vial und Marchesa (Fotografie Golfclub Domat/Ems, 1998).

Die bisherigen Verhandlungen rund um das Quartier Marchesa hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf die Siedlungswirklichkeit ausgewirkt. Im Jahre 1998, kurz nach der Fertigstellung der Golfanlage im Teilgebiet Vogelsang, zeigte sich die Stadtlandschaft Ems-West, insbesondere das

[1550] Ebenda, S. 3.
[1551] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Gesuch um Aufhebung der Nutzungskonzentrationspflicht im Quartierplangebiet Tuma Marchesa", Traktandum-Nr. 2065, 29. November 1998, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Marchesa, S. 4; Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Zonen- und genereller Gestaltungsplan 1:5'000 Talgebiet und Berggebiet / Zonen- und genereller Gestaltungsplan 1:2'000 Talgebiet, Domat/Ems", Traktandum-Nr. 1923, 10. Juli 1989, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Ortsplanung 1988, S.3.

Teilgebiet Marchesa, baulich unangetastet. Der Tuma Marchesa stand süd-südwestlich des Siedlungsgebiets mitten im freien Feld.[1552]

4.3.5.2 Inhalte der Planwelt „Quartier Marchesa – 2000“

Mit den neuesten Aushandlungserfolgen des Aktor-Netzwerks „Quartier Marchesa“ war der Weg für die Erstellung eines Quartiergestaltungsplans mit Einfamilienhäusern frei. Das erklärte Ziel des Aktor-Netzwerks bestand darin, eine überdurchschnittliche Siedlungsqualität zu erreichen. Dazu mussten ein Quartiererschliessungsplan und ein Gestaltungsplan entworfen sowie eine Baulandumlegung vorgenommen werden. Wie bereits bei der Anpassung der Zonenbestimmungen in der Marchesa wurde das Raumplanungsbüro STW AG aus Chur mit den Planungsarbeiten beauftragt.[1553]

Der Perimeter des angestrebten Quartiers Marchesa umfasste 9,5 Hektar. Davon beanspruchte der Tuma Marchesa 1,8 Hektar. Dieser war besonderen Schutzanforderungen unterstellt und durfte baulich nicht tangiert werden.[1554] Bei der überbaubaren Quartiergrösse von 7,7 Hektar rechneten die Planer mit rund 200 Wohneinheiten. Die Planer formulierten als ihre Aufgabenstellung, „für diese Wohneinheiten geeignete Grundstücksformen zu bilden, die Feinerschliessung zu regeln und die individuelle Bebaubarkeit zu gewährleisten“.[1555] Sie verfolgten die Absicht, das verdichtete Bauen zu fördern, öffentliche und halböffentliche Freiräume zu sichern und zu gestalten sowie eine quartierbezogene Bebauungsstruktur zu entwickeln. Das Gesamtkonzept sollte die Qualität des Quartiers langfristig sicherstellen. „Für den einzelnen Grundeigentümer bedeutet dies nicht nur einen grossen Überbauungsspielraum, sondern vor allem eine hohe Wohnqualität über das gesamte Gebiet. Das ist gleichbedeutend auch mit einem höheren Wert des Bodens. Diese Verpflichtung zur gesamtheitlichen Quartiergestaltung ist als Teilkompensation für den Verzicht der Nutzungskonzentration zu verstehen.“[1556]

Die grösste Herausforderung stellte die bestehende Parzellierung des ursprünglich landwirtschaftlichen Gebiets dar. Die extreme Zerstückelung der Grundstücke stand vornehmlich in einem Zusammenhang mit der Erbteilung, bei welcher die Grundstücksparzellen unter den Nachkommen aufgeteilt wurden. Ein weiterer Grund für die Zerstückelung lag auch in der früheren Aufteilung des Bürgerbodens in Lose, die den Bürgern zur Bewirtschaftung zugeteilt worden waren. Zudem sollen auch die Bedürfnisse der Landwirte für die Zerstückelung der Grundstücke verantwortlich gewesen sein. Die Landwirte bevorzugten aufgrund der unterschiedlichen Bodenqualitäten eine Verteilung der eigenen Parzellen über das gesamte Gemeindegebiet von Domat/Ems. Dadurch konnten unterschiedliche Pflanzenkulturen ihren idealen Pflanzgrund finden. Die Zerstückelung führte erst mit der Modernisierung der Landwirtschaft zu vielen komplizierten Anfahrtswegen und grossem Arbeitsaufwand, was die Rentabilität der Landwirtschaftsbetriebe schmälerte.[1557]

[1552] Flugaufnahme Domat/Ems mit Emser-Werken, Golfplatz Vogelsang, den Teilgebieten Vial und Marchesa, 1998 (Fotografie Golfclub Domat/Ems)
[1553] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Gesuch um Aufhebung der Nutzungskonzentrationspflicht im Quartierplangebiet Tuma Marchesa“, Traktandum-Nr. 2065, 29. November 1998, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Marchesa, S. 4.
[1554] BLN-Nr. 1911, Tumalandschaft bei Domat/Ems.
[1555] STW AG für Raumplanung, „Kanton Graubünden, Gemeinde Domat/Ems, Quartierplan Marchesa, Quartierplanbericht“, 14. Januar 2000, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Marchesa, S. 1.
[1556] Ebenda, S. 2.
[1557] Fetz (2005a), S. 81.



Abb. 124: STW AG für Raumplanung, „Quartierplan Marchesa 1:1'000, Alter Besitzstand“, Gemeinde Domat/Ems, 14. Februar 2000, Archiv Bauamt Domat/Ems.

Rund 40 Grundeigentümer besassen im Gebiet Marchesa Grundstücke mit einer Fläche von 520 Quadratmetern bis zu einem Hektar.[1558] Diese Zerstückelung des Grundeigentums verunmöglichte eine sinnvolle Erschliessungs- und Bebauungsstruktur innerhalb der Bauzone.

Um die Realisierungschancen eines Quartierplans in der Marchesa zu verbessern, musste eine Neuverteilung der Parzellen angestrebt werden. Dazu mussten in einem ersten Schritt die Grundeigentümer gewonnen werden. Die Planer starteten im Frühjahr 1998 eine umfassende Eigentümerumfrage über Quartier- und Parzellenvorstellungen. Die Rücklaufquote der Umfragebögen betrug rund 90 Prozent.

Im Juni 1998 organisierten die Planer der STW AG eine Grundeigentümerversammlung. Im Rahmen dieser Versammlung wurden erste konkrete Quartierplankonzepte aufgezeigt. Danach erhielten die Grundeigentümer eine weitere Möglichkeit, ihre Interessen und Wünsche schriftlich einzubringen. Diese Interessen wurden durch den Gemeinderat, die Planungskommission und die Raumplaner verhandelt und zusammen mit weiteren gesellschaftlichen und raumplanerischen Interessen durch die Planer in die Planwelt „Quartierplan Marchesa – 2000“ übersetzt.[1559]

[1558] STW AG für Raumplanung, „Kanton Graubünden, Gemeinde Domat/Ems, Quartierplan Marchesa, Quartierplanbericht“, 14. Januar 2000, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Marchesa, S. 4.
[1559] Ebenda, S. 1-2.



Abb. 125: STW AG für Raumplanung, „Quartierplan Marchesa 1:1000, Quartiererschliessungsplan“, Gemeinde Domat/Ems, 14. Februar 2000, Archiv Bauamt Domat Ems.

Mit der Parzelleneinteilung entwickelten die Raumplaner eine Erschliessungsstruktur, die grundsätzlich flächensparend, quartierbezogen und logisch sein sollte. Die Haupterschliessung des Quartiers sollte von Süden erfolgen und zog sich rund um den Tuma Marchesa. Die Ausbaubreite der Strasse betrug inklusive Gehwegstreifen sechs Meter und sollte in das Eigentum der Gemeinde Domat/Ems übergehen. Aus Kostengründen wollte das Aktor-Netzwerk „Quartierplan Marchesa“ auf eine begleitende Bepflanzung des Strassenzugs mit Bäumen verzichten.[1560]

Das Bebauungskonzept folgte der Erschliessung und der Struktur der neu verhandelten Parzellengrenzen (Abb. 126). Um eine hohe Freiraumqualität für das einzelne Grundstück sowie einen prägenden Quartiereindruck zu sichern, legten die Planer eine grobe Überbauungsstruktur fest. Die Planer legten Baubereiche fest, die Einzelbauweisen wie auch geschlossene Bauweisen ermöglichten. Grundsätzlich sollten sich die Quartiergestaltungsplanvorschriften aber auf ein notwendiges Minimum beschränken; sie regelten „schwergewichtig die Erschliessung und die Gestaltung und verteilen die Kosten“.[1561]

Nachdem in Bezug auf den Quartiergestaltungsplan sämtliche bekannten gesellschaftlichen Interessen verhandelt und in die Planwelten übersetzt worden waren, wurde der Gestaltungsplan vom 21. Januar bis zum 9. Februar 2000 öffentlich aufgelegt. Bereits zwölf Tage nach Ablauf der Auflagefrist

[1560] Ebenda, S. 2.
[1561] Ebenda, S. 6.



Abb. 126: STW AG für Raumplanung, „Quartierplan Marchesa 1:1000, Quartiergestaltungsplan“, Gemeinde Domat/Ems, 14. Februar 2000, Archiv Bauamt Domat Ems.

stimmte der Gemeinderat am 21. Februar 2000 den Quartierplanvorschriften zu. Daraufhin konnten die Planwelten dem Regierungsrat zur Genehmigung zugestellt und von diesem bewilligt werden. Am 24. März 2000 erfolgte die Eintragung des Quartierplans „Marchesa“ in das Grundbuch der Gemeinde Domat/Ems.[1562] Damit traten die Vorschriften rechtlich in Kraft.

4.3.6 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Quartier Marchesa – 1992“

4.3.6.1 Die emergente Rolle der Planer

Um die Realisierungschancen eines Einfamilienhausquartiers rund um den Tuma Marchesa zu verbessern, waren mehrere Übersetzungsschritte notwendig. In einem ersten Schritt mussten die Interessen bezüglich einer Siedlungserweiterung mit der bestehenden Zonen- und Ortsplanung in Einklang gebracht werden. Diesbezüglich mussten die Planer zusammen mit Vertretern der Gemeinde raumplanerische Argumente für eine Umzonung finden, um das Amt für Raumplanung und den Regierungsrat als Allianzpartner für das Aktor-Netzwerk „Quartierplanung Marchesa“ gewinnen zu können. In einem weiteren Schritt mussten die Grundeigentümer zur Aushandlung ihrer Parzellengrenzen motiviert werden. Weiter mussten die Planer einen Quartiergestaltungsplan entwickeln, der die Interessen der kantonalen und kommunalen Behörden und Verwaltungen sowie die der Grundbesitzer berücksichtigte. Im Zentrum dieser Übersetzungsschritte agierten die Planer. Über Umfragen und Informationsveranstaltungen wurden im Vorfeld der eigentlichen Übersetzungsarbeit durch die Raumplaner die Interessen und Ziele der betroffenen Akteure zusammengetragen. Entsprechend dieser Erkenntnisse passten die Planer im Quartier Marchesa die Parzellenstruktur an und stellten Bebauungsregeln auf.

[1562] STW AG für Raumplanung, Quartiergestaltungsplan Quartierplan Marchesa 1:1000, Gemeinde Domat/Ems, 14. Februar 2000, Archiv Bauamt Domat/Ems.

Das Vorgehen der Planer hatte den Vorteil, dass sich die Realisierungschancen einer Quartiergestaltungsplanwelt verbesserten und eine allgemein anerkannte Lösung präsentiert werden konnte. Beim Einbringen eigener städtebaulicher und raumplanerischer Belange blieben die Planer sehr vage und zurückhaltend. Räumlich-qualitative Elemente der Planwelt wurden zwar angedacht und formuliert. Die Planer gestalteten die Rahmenbedingungen dafür jedoch sehr offen. Zentrale räumliche Elemente wie beispielsweise eine Baumbepflanzung entlang der Haupterschliessung wurden durch die Planer zwar in den Aushandlungsprozess eingebracht. Aufgrund einer Problematisierung der Kosten auf der Gegenseite liessen sich jedoch keine Allianzen finden. Argumente betreffend Kosten und gegen eine Einschränkung des Eigentums zeigten den Interessen der Raumplanung klare Grenzen auf.

4.3.6.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Umzonung und Parzellenverhandlung

Die Aufgabe, einen Quartierplan zu erstellen, ging unter anderem aus einer anhaltenden Nachfrage nach Bauland in Domat/Ems hervor. Die Vertreter der Gemeinde waren bestrebt, für die zukünftigen Bewohner von Domat/Ems Bauland mit hoher Wohnqualität anbieten zu können.[1563] *Entsprechend wurde die Aufgabe zur Erstellung eines Quartierplans den Planern übertragen. Ein Quartierplan rund um den Tuma Marchesa setzte voraus, dass es den Planern gelang, die Vertreter des Kantons, die Grundeigentümer oder die Parzellenstrukturen für eine Allianzpartnerschaft „Quartiergestaltungsplan Marchesa" zu gewinnen.*

• Partnergewinnung – Übriges Gemeindegebiet gegen Nutzungskonzentrationspflicht und Gestaltungsplan für bessere Wohnqualität und höheren Bodenwert

Das bis zu diesem Zeitpunkt bestehende Aktor-Netzwerk „Quartierplan Marchesa" eröffnete die ersten Verhandlungsrunden mit den Vertretern des Kantons, indem es diesen offerierte, der Aufforderung einer Umwidmung der Zonen übriges Gemeindegebiet in die Landwirtschaftszone nachzukommen. Als Gegenleistung sollte die bestehende Nutzungskonzentrationspflicht für das Quartier Marchesa aufgehoben werden. In einem zweiten Schritt lieferten die Planer Statistiken, die bewiesen, dass die Gemeinde Domat/Ems ohne das Gebiet Marchesa zu wenig Bauland für die nächsten 15 Jahre zur Verfügung hatte. Mit diesen Versprechungen und Zahlenreihen gelang es dem Aktor-Netzwerk, die Vertreter des Kantons für die Anliegen der Gemeinde zu interessieren.

Um die Realisierbarkeit der Inhalte des entworfenen Gestaltungsplans zu verbessern, musste es den Planern gelingen, die Grundeigentümer von der Notwendigkeit einer Umparzellierung zu überzeugen. Aufgrund eines durch die Planer versprochenen Mehrwerts des Baulands und gleichzeitiger Wahrung der individuellen Gestaltungsinteressen im neuen Quartier, waren die Argumente der Planer darauf ausgerichtet, das Interesse der Grundeigentümer für ein Quartiergestaltungsplanverfahren zu wecken.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Interessen abklären und individuelle Bebauungen zulassen

Da der Kanton das Interesse an der Entwicklung der Gemeinden höher einstufte als das Interesse an Fruchtfolgeflächen, liessen sich die Vertreter des Kantons mit dem Argument einer Baulandknappheit dazu bewegen, regionalplanerische Bestimmungen wie Fruchtfolgeflächen auf dem Gebiet Marchesa aufzuheben. Raumplanerisch war mit diesem ersten Verhandlungserfolg der Weg für den Gestaltungsplan im Sinne des Aktor-Netzwerks „Quartiergestaltungsplan Marchesa" frei gemacht.

Da den Grundeigentümern über Umfragen und Informationsveranstaltungen ein grosses Mitspracherecht zugebilligt wurde, war es diesen möglich, ihre Interessen in den Aushandlungsprozess einzubringen und zu verhandeln. Dadurch konnten die Grundeigentümer als Allianzpartner eingewoben werden. Um dem Versprechen der Berücksichtigung individueller Interessen auch im Gestaltungsplan Folge zu leisten, entwickelten die Planer einen offenen Gestaltungsplan mit minimalen Festlegungen.

[1563] Bundi (2005), S. 131.

• Bewährungsprobe – Der Gestaltungsplan wird angenommen

Mit der Zustimmung der Vertreter des Kantons und der Grundeigentümer konnte das Aktor-Netzwerk „Quartierplan Marchesa" um gewichtige Akteure und Aktor-Netzwerke erweitert werden, die dem von den Planern ausgearbeiteten Quartierplan auf breiter Front zustimmten. Mit dem Eintrag des Quartierplans ins Grundbuch wurde die Planwelt zum Sprecher bestimmt und konnte in der Folge als Planungsinstrument eingesetzt werden. Die Planwelt repräsentierte das Aktor-Netzwerk „Quartierplan Marchesa" und fasste die bis zu diesem Zeitpunkt verhandelten Interessen- und Ziellagen des Netzwerks zusammen.

4.3.7 Rückübersetzung der Planwelt „Quartier Marchesa – 1992" in die Siedlungswirklichkeit

4.3.7.1 Marchesa wächst schnell

Gründe für das erfolgreiche Quartierplanverfahren „Marchesa" gab es mehrere. Die Grundeigentümer waren einem höheren Landpreis gegenüber nicht abgeneigt. Das von den Planern und Gemeindevertretern unter Mitwirkung der Bevölkerung im Jahre 1998 entwickelte Leitbild der Gemeinde Domat/Ems sah ein kontinuierliches, aber zurückhaltendes Bevölkerungswachstum vor (Abb. 127). Entsprechend mussten die Gemeindevertreter dafür sorgen, dass langfristig genügend Bauland zur Verfügung stand. Aufgrund früherer gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse rund um die Ortsplanung favorisierte der Gemeinderat vorwiegend Bauland für Ein- und Zweifamilienhaussiedlungen.[1564] Hinzu kam, dass der Bevölkerungsanteil der Gemeinde Domat/Ems stetig anstieg. Von 1985 bis 1997 vergrösserte sich die Siedlungsfläche um 46 Prozent. Alleine von 1990 bis 2003 stieg der Wohnungsanteil um 16 Prozent. Diese Rahmenbedingungen fassten die Interessen einzelner Akteure und Aktor-Netzwerke zusammen, die eine breite Allianzbildung für den Quartierplan „Marchesa" erleichterten.

Nach Abschluss des Quartierplanverfahrens und nachdem gegen Ende 2000 die Erschliessungsarbeiten des Quartiers abgeschlossen werden konnten, wurden die ersten Ein- und Zweifamilienhäuser im Quartier Marchesa erstellt.[1565] Fünf Jahre später zeigte sich der Gemeindepräsident Peter Wettstein hinsichtlich der baulichen Entwicklung in der Marchesa überrascht. „Das 1998 erarbeitete Leitbild sieht ein kontinuierliches, aber zurückhaltendes Wachstum der Bevölkerung vor. In diesem Sinne wurden im Gebiet ‚Marchesa' neue Bauplätze bereitgestellt, welche in überraschend kurzer Zeit fast vollständig überbaut wurden."[1566] Innerhalb von fünf Jahren wurden im Quartier Marchesa über 120 Einfamilienhäuser gebaut. Im Jahre 2001 überschritt die Einwohnerzahl von Domat/Ems die Schwelle von 7'000 Einwohnern.[1567]

In einem Abschnitt im Dorfbuch von Domat/Ems zum Thema Architektur in Domat/Ems beschrieb der Kunsthistoriker Armon Fontana die Situation im Quartier Marchesa im Jahre 2005 als „architektonische Vielfalt an der Grenze zum Chaos".[1568] Als Kriterium für eine qualitätvolle Siedlungsgestaltung nannte Fontana nicht nur eine „gute" Architektursprache, sondern auch das Zusammenwirken der

[1564] Bundi (2007), S. 122-123.
[1565] Simmen (2000).
[1566] Bundi (2007), S. 122-123.
[1567] Anonym (2001).
[1568] Fontanta (2005), S. 145.

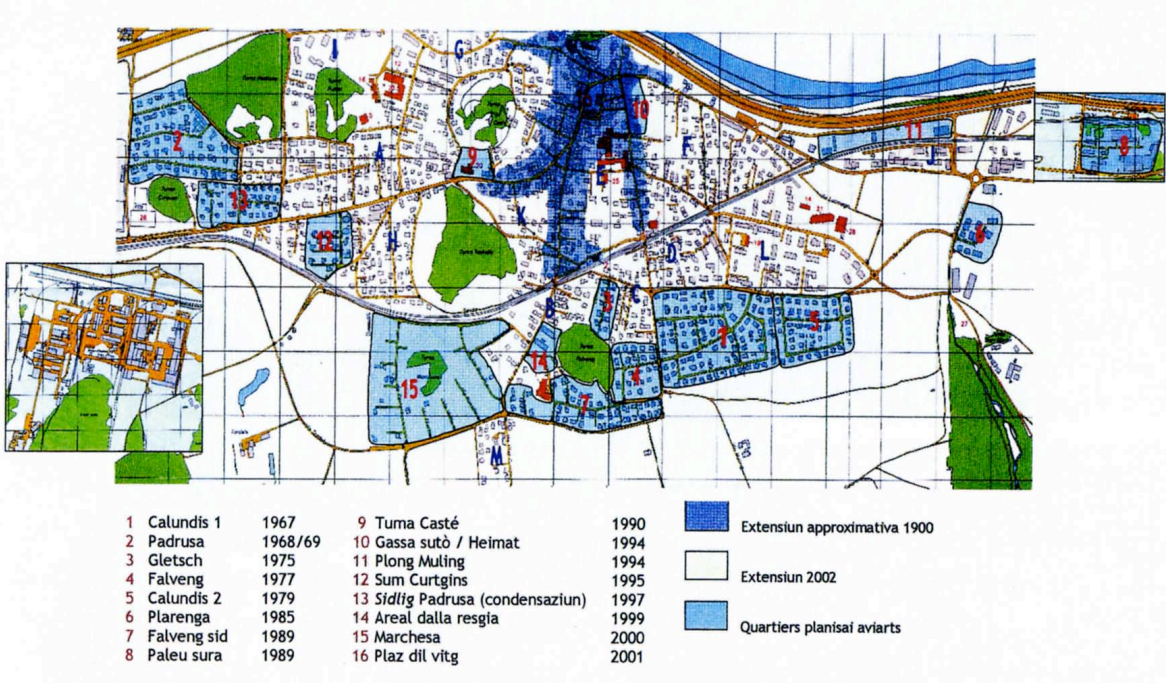


Abb. 127: Martin Camenisch, „Übersicht über die Quartierentwicklung von 1976 bis 2001 Gemeinde Domat/Ems“, aus: Bundi (2007), S. 120.

Bauten mit ihrer Umgebung. Im Gebiet Marchesa stellte Fontana einen Bruch im architektonischen Gesamterlebnis fest. „Dieses Quartier weist zwar insofern eine vermeintlich durchgeplante Anordnung auf, als es ausschliesslich aus Einfamilienhäuser besteht. Doch weisen die Häuser untereinander wenig Bezug auf, und in einen erkennbaren Dialog mit dem historischen Siedlungsraum treten sie schon gar nicht. Grund dafür ist eine weitgehend fehlende raumplanerische und architektonische Auseinandersetzung mit dem Ort und der unmittelbaren Umgebung.“[1569] Eine eigenständige architektonische Identität spricht Fontana dem Gebiet Marchesa ab.[1570] Besucht man das Quartier heute, bestätigt sich die Einschätzung von Fontana (Abb. 128/129). Den individuellen Interessen auf den jeweiligen Parzellen wurde offensichtlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt als den raumplanerischen Vorgaben. Einst vorgegebene Firstrichtungen wurden mit Flach-, Pult- oder Walmdächern umgangen, unterschiedlichste Strassenabstände, Gartenabgrenzungen, Materialien, Sprachen und Moden prägen das Bild. Absichten des Quartierplans zeigen sich einzig in den Belangen wie Erschliessung, Abfallsammelstellen und Strassenbeleuchtung. Räumlich-qualitative Aspekte fanden in der Phase der Rückübersetzung offensichtlich keine gesellschaftliche Entsprechung.

4.3.8 Die lokale planerische Praxis des Quartierplans Marchesa

4.3.8.1 Die emergente Rolle der Planer

Nachdem die Planwelten grundbuchamtlich verankert und damit rechtsgültig waren, zogen sich die Raumplaner aus den weiteren Aushandlungsprozessen des Quartiers zurück. Die Planwelt „Quartierplan Marchesa – 2000“ wurde in der Phase der Rückübersetzung mehrheitlich den Grundbesitzern, Bauherren, Architekten und Baubehörden überlassen. Die unzähligen Aktor-Netzwerke rund um die individuellen Einfamilienhäuser wussten ihre

[1569] Ebenda, S. 145.
[1570] Ebenda, S. 146.

Interessen in den Vordergrund zu stellen und den Quartierplan dahingehend geschickt zu interpretieren. Die Bauherren und teilweise auch Architekten zeigten wenig bis kein Verständnis für die im Quartierplan festgehaltenen räumlich-qualitativen Interessen der Raumplaner. Entsprechend grenzten die Aktor-Netzwerke die Interessen wie Einheitlichkeit, qualitätvolle Gestaltung oder konzeptionelle Kohärenz so weit wie möglich aus. Eine Rückübersetzung der Interessen der Planer fand nur dann statt, wenn diese normativ mit Ausnützungsziffer, Grenz- oder Strassenabständen festgelegt waren und durch die Bauverwaltung der Gemeinde auch überprüft und allenfalls zur Korrektur zurückgewiesen werden konnten. Allfällige Interventionen der Bauverwaltungen bezüglich Gestaltung erfolgten im Rahmen des Bewilligungsverfahrens zu einem Zeitpunkt, an dem ohne eine grundsätzliche Neukonzeption des Entwurfs kaum mehr relevante Anpassungen erfolgen konnten.

Der Vergleich zwischen dem realen Raum und den Planwelten der Raumplaner zeigt auf, dass es zu einem Verhandlungsabbruch zwischen den individuellen Aktor-Netzwerken der Einfamilienhäuser und den Interessen der Raumplaner kam. Da die Raumplaner in der Phase der Rückübersetzung die Rolle des begleitenden, nötigenfalls eingreifenden Planers nicht einnahmen und sich nur passiv durch den Quartiergestaltungsplan vertreten liessen, konnten sie dem Verhandlungsabbruch nicht entgegenwirken.

Regionalplanerisch erhielt das Quartier eine Bedeutung als Erweiterung des Siedlungsgefüges und Erweiterung des Wohnungsangebots im Churer Rheintal. Räumlich-qualitativ im Sinne des Denkkollektivs der Architekten und Stadtplaner weist das Quartier abgesehen von einzelnen Bauten bekannter Architekten keine spezifischen Qualitäten auf.

4.3.8.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Quartier Marchesa“

Siehe Anhang am Anschluss an die dritte Mikrostudie: Ems-West, Domat/Ems.





Abb. 128: Neubauquartier Marchesa, aus: Dorfbuch Domat/Ems (2005), S. 145.

Abb. 129: Neubauquartier Marchesa (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

4.4 Raumplanung in Domat/Ems im Jahre 2004

4.4.1 Transformation der Siedlungswirklichkeit in Ems-West zwischen 1988 bis 2004

Die Transformationen der Landschaftskammern Vogelsang und Marchesa resultierten aus zeitlich und inhaltlich voneinander unabhängigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, deren Inhalte immer nur schrittweise und stückhaft ihre Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit von Ems-West fanden.

Entsprechend der gesellschaftlichen und räumlichen Ausdifferenzierungen transformierte sich das Gebiet Ems-West zwischen 1988 und 2004 langsam, aber sicher von einer zusammenhängenden, landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft zu einer fragmentierten Freizeit- und Wohnlandschaft. Obwohl sie unmittelbar aneinander grenzten, wiesen die einzelnen stadtlandschaftlichen Elemente – Golfplatz Vogelsang, Quartier Marchesa sowie Emser-Werk – kaum grenzüberschreitende Bezüge auf. Zu unterschiedlich waren ihre gesellschaftlichen Kontexte und Codes, die sich für ausserhalb der eigenen zentralen Anliegen befindliche Interessen wie städtebauliche Zusammenhänge nicht begeistern konnten.

Ähnliches wiederholte sich innerhalb des Quartiers Marchesa. Die jeweiligen Verhandlungsgrenzen formten die Siedlungswirklichkeit eindrücklich. Sämtliche Kräfte der Bauherrschaften konzentrierten sich auf die Selbstverwirklichung innerhalb der Parzellengrenzen. Dies hatte auch im Quartier selber eine räumliche Ausdifferenzierung zur Folge, die ein Nebeneinander unterschiedlichster Interessenslagen verkörperte.

4.4.2 Die lokale planerische Praxis der Zonenplanung Domat/Ems von 1988 bis 2004

4.4.2.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Mit der Genehmigung der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988“ durch den Regierungsrat zogen sich die dafür verantwortlichen Planer in der Phase der Rückübersetzung aus den Aushandlungsprozessen zurück. Sie gingen davon aus, dass die unzähligen raumplanerischen Voraussetzungen, die Eingang in die Planwelten der Zonenplanung von 1988 gefunden hatten, unverändert transportiert und ihre gesellschaftlichen Entsprechungen selbstständig finden würden.

Da sich die Raumplaner der Rückübersetzungsphase ihrer Planwelten entzogen und raumplanerische Anliegen nicht aktiv in die Aushandlungsprozesse einbrachten, wurden die wenigen in der Entstehung der Planwelten der Zonenplanung von 1988 noch erfolgreich verhandelten raumplanerischen Intentionen spätestens jetzt durch die sich stetig neu formierenden Aktor-Netzwerke gänzlich ausgegrenzt.

Wegen solcher gesellschaftlicher Inhaltsverschiebungen änderten sich bald darauf die Rahmenbedingungen und Interessenslagen derart, dass sich eine gesellschaftliche Unterspülung der Planwelten abzeichnete. Als Beispiele dafür können eine ganze Reihe von Teilrevisionen und Perforierungen der bestehenden Zonenplanbestimmungen aufgezählt werden. Dazu gehören der beabsichtigte Parkplatzneubau im Gebiet Vial, die geplante Golfanlage im Gebiet Vogelsang oder die Quartierplanabsichten der Gemeindevertreter im Gebiet

Marchesa.[1572] Die Siedlungswirklichkeit transformierte sich dadurch aufgrund von Einzelübersetzungen, ohne dass ein raumplanerisches Konzept wie beispielsweise die Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988" als Rahmenbedingung berücksichtigt worden wäre.[1573]

4.4.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Zonenplanung Domat/Ems" mit Fokus Ems-West bis 2004

Siehe Anhang am Anschluss an die dritte Mikrostudie: Ems-West, Domat/Ems.

4.4.3 Die Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 2004"

Aufgrund der schrittweisen Teilrevisionen Mitte der 1990er-Jahre zeichnete sich Anfang 2000 eine allgemeine Revision der Ortsplanung ab. In erster Linie wünschte sich der Gemeinderat einen bereinigten Zonenplan, der sämtliche früheren Teilrevisionen und die daraus hervorgegangenen Teilzonenpläne zusammenfasste. Mit der Revision sollte auch den Auflagen des Regierungsrats aus dem Jahre 1989 und der im Zusammenhang mit der Aufhebung der Nutzungskonzentrationspflicht im Gebiet Marchesa wiederholten Aufforderung zur Umzonung des übrigen Gemeindegebiets in die Landwirtschaftszone entsprochen werden. Der Wechsel auf die digitale Zonenplanbearbeitung hatte zudem aufgrund eines höheren Detaillierungsgrades Unstimmigkeiten zur Folge. Diese sollten bereinigt werden.[1574]

Als Grundlage für diese Revision dienten nebst dem Zonenplan von 1988 und den darauf folgenden Teilrevisionen das ebenfalls im Jahre 1998 entwickelte Gemeindeleitbild, die regionalen und kantonalen Richtpläne, die Sachpläne des Bundes, das Natur- und Landschaftsinventar, das Siedlungs- und Ortsbildinventar, verschiedene Studien, ein Waldentwicklungsplan, landwirtschaftliche Planungen, Lärm- und Luftreinhaltungsgesetz sowie Studien zum Überbauungs- und Erschliessungsstand der Bauzonen in Domat/Ems.[1575] Die genauen Inhalte der Revision wurden in verschiedenen Arbeitssitzungen zwischen den Planern und Vertretern der Gemeinde ausgehandelt.[1576]

Bei den Anpassungen innerhalb des Siedlungsgebiets zeichneten sich bereits früh etliche Verzögerungen ab. Das Aktor-Netzwerk „Ortsplanung Domat/Ems" unterteilte das Verfahren in die Verfahren des Zonen- und generellen Gestaltungsplans Tuleu-Vogelsang 1:2'000 und des Zonen- und generellen Gestaltungsplans 1:10'000.[1577]

Dank der engen Zusammenarbeit mit der Kreisplanerin des Amts für Raumplanung Graubünden verzichteten die Vertreter der Gemeinde auf eine Vorprüfung der Anpassungen durch weitere Vertreter des Kantons. Die revidierte Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 2002" wurde vom 22. Februar bis 14. März 2002 und wegen einiger Anpassungen vom 23. August bis 12. September 2002 öffentlich aufge-

[1572] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Zonen- und genereller Gestaltungsplan 1:5'000 ZöBA Vial", Traktandum-Nr. 2785, 8. November 1995, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Revisionen Zonenplanung 1992 bis 1994, S. 9.
[1573] Siehe Kapitel 4.2.1.2 Inhalte und Verhandlungen der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 1988".
[1574] STW AG für Raumplanung, Gemeinde Domat/Ems, „Teilrevision Ortsplanung 2002, Planungs- und Mitwirkungsbericht", Dezember 2002, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Teilrevision Ortsplanung 2002, S. 3.
[1575] Bundi (2007), S. 120.
[1576] STW AG für Raumplanung, Gemeinde Domat/Ems, „Teilrevision Ortsplanung 2002, Planungs- und Mitwirkungsbericht", Dezember 2002, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Teilrevision Ortsplanung 2002, S. 3.
[1577] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Zonen- und genereller Gestaltungsplan 1:10'000, Domat/Ems", Traktandum-Nr. 1131, 12. August 2003, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Teilrevision Ortsplanung 2002, S. 2.

legt. Am 24. November 2002 wurde der Zonenplan der Urnenabstimmung zugeführt. Mit 1'233 zu 317 Stimmen wurde er angenommen.[1578]

Die wenig spektakulären Inhalte der Revision erleichterten die für die Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 2002" notwendige Bildung von Allianzpartnerschaften auf kommunaler Ebene zwischen Planern, Gemeinderäten, kantonalen Behörden, betroffenen Personen und der stimmberechtigten Bevölkerung. Die Unterlagen konnten in der Folge dem Regierungsrat des Kantons Graubünden zur Genehmigung zugeschickt werden.



Abb. 130: STW AG Büro für Raumplanung, „Zonen- und Genereller Gestaltungsplan 1:2'000", 2004, Gemeinde Domat/Ems, Archiv Bauamt Domat/Ems

In der Sitzung vom 12. August 2003 genehmigte der Regierungsrat die erste Tranche der Ortsplanungsrevision. Im Genehmigungsschreiben kritisierte der Regierungsrat jedoch die vorgelegten Planwelten. „Die Gemeinde hat es – von einigen Zonenanpassungen abgesehen – dabei bewenden lassen, eine rein formelle Neuauflage der rechtskräftigen Zonen- und generellen Gestaltungspläne vorzunehmen. (…) Eine solche Überprüfung (einer Gesamtbereinigung; Anm. Kurath) wäre zweifelfrei angezeigt, geht die Planung doch im Wesentlichen auf die Jahre 1987/88 zurück."[1579]

Kurz darauf erreichte ein Schreiben des Amts für Raumplanung Graubünden den Gemeindevorstand von Domat/Ems. Im Schreiben wurden, bezugnehmend auf die Kritik des Regierungsrats, verschiedene Konflikte und Fehlstellen in der Ortsplanung von Domat/Ems präzisiert. Unter anderem fehle ein Siedlungskonzept, das überkommunal mit dem regionalen Richtplan koordiniert sei. Weiter fehle der Nachweis für den neu ausgeschiedenen Flächenbedarf und die diesbezügliche Etappierung der Bau- und Gewerbezone. Ebenfalls vermisst wurden Angaben, wie eine gute Siedlungsgestaltung sichergestellt werden könne. Nach wie vor stellte das Amt für Raumplanung Konflikte mit den Fruchtfolgefläe-

[1578] Ebenda, S. 10.
[1579] Ebenda, S. 2-3.

chen des kantonalen Richtplans und den ausgewiesenen Bauzonen fest.[1580] In einem weiteren Schreiben wurden die Fehlstände ein zweites Mal ausformuliert. Sie betrafen den historischen Dorfkern, die Archäologiezone, den Bahnhof Reichenau, die Aufhebung des Heliports, den Bahnhof Felsberg, die Wintersportzone, die Geflügelfarm, die Sport- und Erholungszone, die Waldfeststellung, die Gefahrenzone, das Gebiet Cuschas, den Naturschutz, die Landschaftsschutzzone, die Baulinien, die Geltungsbereiche und Koordination mit der kantonalen Richtplanung.[1581] Der Gemeinderat reagierte auf die Aufforderung des Regierungsrats sowie der Vertreter des Amts für Raumplanung mit einem Gegenvorschlag. Aufgrund der angesprochenen Revisionspunkte erwarteten die Vertreter der Gemeinde einen grossen Zeitaufwand und entsprechende Zeitverzögerungen. Sie zogen es vor, die aktuelle Revision abzuschliessen. Anschliessend sollte das kommunale Baugesetz überarbeitet werden. Dies sei jedoch erst sinnvoll, nachdem die Revision des kantonalen Baugesetzes abgeschlossen wäre. „Aus den dargelegten Gründen ist die Gemeinde Domat/Ems deshalb der Auffassung, dass die von Ihnen aufgeführten Revisionspunkte und die Anpassung des Baugesetzes sinnvollerweise frühestens im Jahre 2005 in Angriff genommen werden können."[1582] Diesem Ansinnen entsprach der Regierungsrat. In der Folge wurde der zweite Teil der Ortsplanungsrevision abgeschlossen und der Regierung zur Genehmigung zugestellt. Der Regierungsrat genehmigte auch den zweiten Teil der Revision. In einer Auflage forderte der Regierungsrat, dass bei nächster Gelegenheit eine umfassende Überarbeitung der Ortsplanung in die Hand genommen werde.[1583]

4.4.4 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 2004"

4.4.4.1 Die emergente Rolle der Raumplaner

Ausgangspunkt der Interaktion der Raumplaner innerhalb der Prozesse der Raumproduktion waren die zahlreichen Anpassungen und Teilrevisionen des Zonenplans von 1988. Die Raumplaner erhielten die Aufgabe, die Zonenplanung der Gemeinde Domat/Ems zu aktualisieren. Aus der Korrespondenz zwischen der Gemeinde, dem Amt für Raumplanung Graubünden und dem Raumplanungsbüro STW AG zeigte sich, dass die Raumplaner der STW AG durch das Aktor-Netzwerk „Zonenplanung Domat/Ems" legitimiert waren, die Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 2004" als deren Sprecher zu vertreten. Offensichtlich war es den Planern gelungen, die Interessen und Ziele des Aktor-Netzwerks „Ortsplanung Domat/Ems" aufzunehmen und in die Planwelten der Ortsplanung von 2004 zu integrieren.

Wie die Inhalte der Planwelten und die Korrespondenz zwischen dem Amt für Raumplanung Graubünden und den Planern und Vertreter der Gemeinde aufzeigten, übernahmen die Planer der Gemeinde Domat/Ems in erster Linie die Rolle eines Dienstleisters, der mehrheitlich im Sinne seines Auftraggebers handelte. Die gesamten Inhalte der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 2004" basierten auf teilweise bereits bestehenden und neuen soziotechnischen Fakten wie Erschliessung, Bauzonengrösse, Arbeitsplatz-, Bevölkerungswachstum oder statistischen Prognosen, die allesamt auf eine Anpassung und Ausdehnung der Bauzone zielten, obwohl gerade dies nicht den disziplinären Zielen der Raumplanung wie Verdichtung nach Innen oder Begrenzung der Bauzonen entsprach.

[1580] Schreiben des Amtes für Raumplanung Graubünden an den Gemeindevorstand Domat/Ems, „Ortsplanungsrevision; Konflikte, Genehmigung", 18. Juli 2003, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Teilrevision Ortsplanung 2002, S. 2-3.
[1581] Schreiben des Amtes für Raumplanung Graubünden an den Gemeindevorstand Domat/Ems, „Teilrevision der Ortsplanung, Stellungsnahme", 14. Januar 2004, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Teilrevision Ortsplanung 2002.
[1582] Schreiben des Gemeindevorstandes Domat/Ems an das Amt für Raumplanung Graubünden, „Teilrevision Ortsplanung, Stellungsnahme ARP vom 14. Januar 2004", 15. März 2004, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Teilrevision Ortsplanung 2002.
[1583] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, „Zonen- und genereller Gestaltungsplan 1:2'000 Dorf, 1:2'000 Tuleu-Vogelsang, 1:2'000 Isla, 1:10'000, Domat/Ems", Traktandum-Nr. 1447, 18. Oktober 2004, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Teilrevision Ortsplanung 2002.

4.5 Rückübersetzung der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 2004“ über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

• GROSSSÄGEREI STALLINGER

4.5.1 Die Planwelt „Grosssägerei Stallinger – 2005“

Was sich bei der Ortsplanungsrevision im Jahre 2004 nicht abzeichnete, war eine Neunutzung des Gebiets Vial. In der Planwelt „Zonenplan Domat/Ems – 2004“ war das Gebiet vom Autobahnanschluss Domat/Ems-Reichenau bis zur Zone für öffentliche Bauten am westlichen Siedlungsrand von Domat/Ems nach wie vor der Sport- und Erholungszone wie der Waldzone zugeteilt. Diese Voraussetzungen sollten bereits ein Jahr nach der Verabschiedung der Planwelten der Ortsplanung infrage gestellt werden. Der folgende Abschnitt beschreibt eine Reihe soziotechnischer Aushandlungsprozesse, die sich in eine einschneidende Transformation der Siedlungswirklichkeit übersetzten.

4.5.1.1 Vorgeschichte – „Resgia“ und „Resgia II“

Als Gebirgskanton verfügt der Kanton Graubünden über einen grossen Waldanteil. Im Jahre 1999 wurden 307’000 Kubikmeter Holz genutzt. Davon waren rund 239’000 Kubikmeter Rundholz. Von diesem Rundholz verblieben 16 Prozent im Kanton. Der Rest des Rundholzes wurde in ausländische Märkte exportiert.[1584] Dieser Umstand zog Anfragen verschiedener Investoren für Sägewerke in Graubünden nach sich. Bereits in den 1990er-Jahren gab es eine konkrete Projektidee für ein Grosssägewerk im Kanton Graubünden. Das Projekt scheiterte aufgrund mangelnder Mitwirkungsbereitschaft seitens der Gemeinden und aufgrund von Risiken auf der Absatzseite.[1585] Trotz des Misserfolgs der Rückübersetzung war das politische und wirtschaftliche Interesse geweckt, das wirtschaftliche Potenzial von Holz durch ein Sägewerk und weiterverarbeitende Betriebe zu nutzen.[1586]

Aus diesem Interesse heraus bildete sich am Anfang des 21. Jahrhunderts eine Projekt- und Steuergruppe bestehend aus Regierungsräten des Kantons Graubünden, Vertretern der Organisation Graubünden Holz, des Amts für Wirtschaftsförderung, des Amts für Wirtschaft und Tourismus sowie des Amts für Wald, Vertretern aus der Forstwirtschaft sowie Vertretern eines Beratungsbüros. Das ins Leben gerufene Projekt „Resgia“ sollte die Machbarkeit eines international konkurrenzfähigen Sägewerks am Standort Graubünden klären. Im Vordergrund stand die Untersuchung von Möglichkeiten zur Steigerung der Holznutzung sowie der Verlängerung der Wertschöpfungskette der Wald- und Holzwirtschaft im Kanton Graubünden.[1587] Verschiedene Gespräche mit Besitzern von grösseren Sägewerken und mit möglichen Investoren aus dem In- und Ausland wurden geführt. Gleichzeitig wurde das Bedürfnis seitens der Waldbewirtschafter abgeklärt.[1588]

[1584] Schlussbericht Projektgruppe, „Projekt Resgia“, 10. September 2002, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 4.
[1585] Ebenda, S. 4.
[1586] Ebenda, S. 1.
[1587] Ebenda, S. 1.
[1588] Ebenda, S. 3.

Im Zentrum der Überlegungen der Projektgruppe stand ein Sägewerk mit internationalen Dimensionen.[1589] Diskutiert wurden drei Varianten. Die erste Variante umfasste eine Strukturoptimierung der bestehenden Sägereien. Als Risiken wurden die Komplexität von Kooperationsunternehmen, fehlende Mittel für Investitionen, nicht wettbewerbsfähige Einschnittkosten und ein fehlender Zugang zum Absatzmarkt festgestellt.[1590] Als zweite Variante wurde das Potenzial für ein mittelgrosses Sägewerk untersucht. Als Risiken galten die fehlende Sicherstellung einer optimalen und kostengünstigen Beschaffungslogistik, die ungenügende Anzahl qualifizierter Beschäftigter, schwer zu kontrollierendes Unternehmerverhalten und die Konkurrenz zu bestehenden Infrastrukturen.[1591] Als dritte Variante wurde die Realisierbarkeit einer Grosssägerei untersucht. Die Projektgruppe befürchtete bei einer Sägerei dieser Grössenordnung, dass eine notwendige Ernte- und Transportlogistik nicht zur Verfügung gestellt werden könne, eine ausreichende Rekrutierung von qualifizierten Beschäftigten nicht möglich sei, das Unternehmensverhalten nicht kontrolliert werden könne und die Wertschöpfungskette an Eigenständigkeit verlieren würde.[1592] Aufgrund der Diskussion und des Quervergleichs der drei Varianten favorisierte die Projektgruppe zu diesem Zeitpunkt ein Sägewerk vom Typ „mittelgrosses Sägewerk“. Als Entscheidungsgrundlage diente dafür die Einschätzung der Projektgruppe, wonach die Vision der eingeschlagenen Stossrichtung der Bündner Wald- und Holzwirtschaft entspräche, die Realisierungschancen am wahrscheinlichsten seien und eine aktive Mitsteuerung durch die öffentliche Hand bei einem mittelgrossen Sägewerk am ehesten möglich wäre.[1593]

Zur Rückübersetzung der Variante „mittelgrosses Sägewerk“ in die Siedlungswirklichkeit hatten mehrere Voraussetzungen ihre gesellschaftlichen Entsprechungen zu finden. Dazu gehörten unter anderem ein langfristig sichergestelltes und konstantes Rohstoffangebot, die Existenz eines Investors, ein optimaler Standort, investorenfreundliche Rahmenbedingungen, Kommunikation und Überzeugungsarbeit im Kanton.[1594]

Für die Weiterentwicklung des Projekts „Resgia“ bewirkte die Projektgruppe einen Regierungsratsbeschluss, der den Auftrag zur Weiterführung und Umsetzung der bisher geleisteten Vorarbeiten beinhaltete. Die Studie „Resgia II“ sollte im Zeitraum bis Ende 2004 erstellt werden.[1595]

Im Rahmen dieser Studie wurde beim Institut für Terrestrische Ökosysteme der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich eine Untersuchung zum Thema „Holzbeschaffung im Kanton Graubünden“ in Auftrag gegeben. Mittlerweile waren die Vertreter der Projektgruppe vom Ziel der Ansiedlung eines mittelgrossen Sägereibetriebs auf die Ansiedlung eines Grosssägewerks umgeschwenkt. An der Professur für Forstliches Ingenieurwesen sollten schwerpunktmässig vier Fragen bezüglich eines Grosssägewerks beantwortet werden.[1596]

[1589] Ebenda, S. 5.
[1590] Ebenda, S. 7.
[1591] Ebenda, S. 9.
[1592] Ebenda, S. 11.
[1593] Ebenda, S. 12-13.
[1594] Ebenda, S. 13.
[1595] Ebenda, S. 20-21.
[1596] Professur für Forstliches Ingenieurwesen, „Bericht ‚Resgia II‘ Roholzbeschaffung im Kanton Graubünden“, Januar 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. II.

• Warum braucht es ein Grosssägewerk im Kanton Graubünden?
• Wie gross ist die Rohholzmenge, welche aus den Wäldern des Kantons Graubünden auf wirtschaftliche Weise beschafft werden kann?
• Welche volkswirtschaftlichen Nutzeneffekte sind mit dem Grosssägewerk für den Kanton Graubünden verbunden?
• Welche politisch-administrativen Rahmenbedingungen sind nötig, um allfällige Hindernisse bei der Rohholzbeschaffung zu überwinden?

In einem über 30-seitigen Bericht wurden die Fragen beantwortet. Man kam unter anderem zu dem Schluss, dass ein Grosssägewerk den Zugang zu internationalen Märkten schaffe, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Kantons sichere und einen wichtigen Impuls für eine wirtschaftliche und zukunftsfähige schweizerische Holzwirtschaft darstelle.[1597] Als volkswirtschaftlichen Nutzen für den Kanton errechnete man ein zusätzliches Beschäftigungsvolumen von 460 bis 540 Vollzeitstellen und ein Umsatzvolumen von 99 bis 108 Millionen Franken. Das Institut erwartete einen Imagegewinn für den Kanton Graubünden und eine bessere Auslastung der öffentlichen Infrastruktur.[1598]

4.5.1.2 Der Standort Untervaz

Parallel zu den Arbeiten der Projektgruppe ging das Aktor-Netzwerk „Grosssägerei“ auf verschiedene potenzielle Investoren zu, die an neuen Produktionsstandorten interessiert waren. Bereits im Jahre 2004 verdichteten sich die Gespräche mit der Unternehmensgruppe der Holzindustrie Stallinger GmbH aus Österreich. Das Traditionsunternehmen Stallinger mit Hauptsitz im österreichischen Frankenmarkt hatte sich in den vergangenen Jahren auf die Produktion von Holzprodukten und den Holzhandel konzentriert. Zu dieser Zeit besass das Unternehmen bereits je eine Grosssägerei in Frankenmarkt und in Amstetten. Seit Anfang 2004 gehörte auch die auf Brettschichtholz spezialisierte Kaufmann Gruppe zum Unternehmen der Holzindustrie Stallinger AG.[1599]

Die Holzindustrie Stallinger war zu diesem Zeitpunkt der Verhandlungen nicht nur mit dem Kanton Graubünden, sondern auch mit weiteren möglichen Grosssägereistandorten in Hessen und in Österreich in Kontakt. Durch die Resgia-Studien sei man gemäss Markus Haltiner, Amt für Wirtschaft und Tourismus des Kantons Graubünden, in dieser Konkurrenzsituation gut vorbereitet gewesen. Entsprechend konnten die Vertreter des Kantons der Stallinger Gruppe interessante Angebote im Sinne der Wirtschaftsförderung unterbreiten.[1600] Bei voraussichtlichen Investitionen von 80 bis 100 Millionen Franken seitens der Stallinger GmbH stellte der Kanton einen Investitionsbeitrag in Höhe von acht Millionen Franken in Aussicht. Zudem wurden dem Unternehmen ein zinsgünstiges Darlehen und Steuererleichterungen zugesichert.[1601] Dies zusammen mit dem persönlichen Engagement einzelner Personen sei gemäss Haltiner ausschlaggebend für den Standortentscheid zugunsten von Graubünden gewesen.[1602]

[1597] Ebenda, S. 2.
[1598] Ebenda, S. 3.
[1599] www.stallinger.at, Zugriff 30. Oktober 2008.
[1600] Interview mit Markus Haltiner, Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, 2. April 2008.
[1601] Berger (2005a).
[1602] Interview mit Markus Haltiner, Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, 2. April 2008.

Auf die konkrete Standortfrage im Kanton ging das Aktor-Netzwerk „Grosssägerei“ erst ein, als klar war, dass Stallinger der richtige Partner war.[1603] Das Unternehmen legte die räumlichen Rahmenbedingungen fest, die es für eine Grosssägerei als notwendig erachtete. So war eine Betriebsfläche von 20 bis 30 Hektar erforderlich, die nicht unmittelbar an ein Wohngebiet angrenzte. Bezüglich der Erschliessung verlangte die Holzindustrie Stallinger GmbH einen möglichst nahen Autobahnanschluss sowie einen Anschluss an das Schienennetz von SBB und RhB. Da die beiden Bahnbetreiber unterschiedliche Spurbreiten aufwiesen, war ein Anschluss an beide Schienennetzwerke erforderlich, um das Rundholz innerhalb des Kantons an den Sägereistandort und von dort in die Schweiz und nach Europa zu versenden.[1604]

Vertreter des Amts für Wirtschaft und Tourismus und des Amts für Raumentwicklung befassten sich mit der Standortevaluation. Gemäss Richard Atzmüller vom Amt für Raumentwicklung hatte man sich auch bezüglich der Standortfrage gut vorbereitet. Seit längerer Zeit wurde ein Schwerpunkt auf die Regionalplanung gelegt. In der kantonalen Richtplanung wurden bereits zentrale Arbeitsstandorte vorbestimmt. Die wichtigsten Industrie- und Gewerbestandorte im Kanton waren raumplanerisch aufgearbeitet und die Regeln für eine Inbesitznahme aufgestellt. Im Rahmen einer Interessensabwägung gewichtete man an diesen Orten beispielsweise die Interessen einer wirtschaftlichen Entwicklung höher als die Interessen von Fruchtfolgeflächen. Trotzdem verzichtete das Amt für Raumplanung an diesen Standorten darauf, Industrie- und Gewerbezonen auf Vorrat anzulegen. In der Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden kam man zu dem Schluss, dass man Einzonungen an diesen Standorten erst anstreben sollte, wenn konkrete Projekte vorhanden waren. Mit dieser Baulandpolitik wollte man unter anderem Baulandspekulationen vermeiden.[1605]

Zusammen mit den Standortvorgaben der Stallinger GmbH erarbeiteten die kantonalen Ämter ein Papier zu möglichen Standorten. Aufgrund der Anforderungen der Holzindustrie Stallinger GmbH an den Bahnanschluss der Rhätischen Bahn (RhB) und der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) kam nur die Region Bündner Rheintal zwischen Domat/Ems und Maienfeld infrage. Nur diese Region verfügte im Kanton über einen Anschluss an sowohl Schmal- wie Normalspurbahnen. Für den Standortentscheid wurden je ein Standort in Untervaz und in Landquart im Bündner Rheintal, ein Standort in Fideris in der Region Prättigau sowie einer in Realta in der Region Heinzenberg-Domleschg näher untersucht.[1606] Wegen des fehlenden SBB-Anschlusses wurden die letzten beiden Standorte wieder fallen gelassen. Schliesslich umfasste das Standortpapier der kantonalen Ämter die zwei Standorte Untervaz und Landquart. [1607]

Die Vertreter des Amts für Raumentwicklung wollten mit diesem Projekt die Arbeitsplatzgebiete kantonaler Bedeutung stärken. Gleichzeitig sollten unrealistische und aufwändige Standorte ausgeschieden werden. Ein geeigneter Standort war aus Sicht des Amts für Raumentwicklung Landquart. Auf dem dort infrage kommenden Areal hatte man in den Jahren zuvor bereits ökologische Ersatzmassnahmen

[1603] Ebenda.
[1604] STW AG für Raumplanung, „Grosssägerei Stallinger, Bericht Standortevaluation“, 13. September 2005, Archiv Bauamt Domat /Ems, Mappe Stallinger, S. 1.
[1605] Interview mit Richard Atzmüller, Leiter Richtplanung, Amt für Raumentwicklung, 18. März 2008.
[1606] Walser (2005a).
[1607] Interview mit Richard Atzmüller, Leiter Richtplanung, Amt für Raumentwicklung, 18. März 2008.

für eine andere Nutzungsplanerweiterung umgesetzt. Im Gebiet der Ersatzmassnahmen eine Einzonung durchzuführen, erschien unrealistisch. Zudem lagen die Schienen der RhB nicht optimal. Sie hätten unter der Trasse der SBB durchgeführt werden müssen. Eine solche Massnahme aber hätte den Betrieb der SBB-Hauptverkehrslinie Chur-Zürich zu stark eingeschränkt und wäre von der SBB kaum bewilligt worden. Da sich das Amt für Wirtschaft und Tourismus trotzdem für den Standort Landquart einsetzte, wurde dieser in die Abklärungen einbezogen. In der Folge suchten Vertreter der Stallinger GmbH sowie des Kantons Graubünden die vorgeschlagenen Standorte in Untervaz und Landquart auf. Der Entscheid verdichtete sich aufgrund der idealen Rahmenbedingungen innerhalb kurzer Zeit auf den Standort Untervaz.[1608]

Die Zeitspanne zwischen dem „Resgia II"-Bericht bis zur Projekt- und Standortbekanntgabe in den Medien dauerte knapp drei Monate. Am 24. März 2005 verkündete die Bündner Tageszeitung „Südostschweiz" die Planung einer Grosssägerei in Untervaz.[1609] In Untervaz sollten jährlich 600'000 Kubikmeter Rundholz verarbeitet werden. Die geplante Einschnittmenge übertraf die im Kanton Graubünden verfügbare Einschnittmenge um das Doppelte. Der Rest sollte aus anderen Kantonen und aus dem benachbarten Ausland zugeliefert werden.[1610] In der Medienkonferenz wurde der geplante Baubeginn auf das Jahr 2006 angesetzt. Voraussetzung war ein definitiver Investitionsentscheid seitens der Stallinger-Gruppe bis Juni 2005. Bis dahin waren unter anderem noch Abklärungen bezüglich Verfügbarkeit von Boden, zu Umzonung und Umweltaspekten zu tätigen.[1611]

4.5.1.3 Gegnerschaften, Unzufriedenheiten und alternative Standorte

Die Projektidee einer Grosssägerei wurde im Kanton mehrheitlich positiv aufgenommen. Die Dachorganisationen der Bündner Wirtschaft begrüssten und unterstützten das Projekt. Es entspreche dem Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010, das eine Erhöhung der Wertschöpfung in der Forstproduktion forderte. Politisch wurde das Projekt von der SP und der FDP unterstützt. Die Parteien hielten in ihren Stellungnahmen fest, dass sie die pragmatische Vorgehensweise der Regierung unterstützten. Graubünden Holz, die Dachorganisation der Bündner Holzwirtschaft, begrüsste die neuen Perspektiven, die ein Grosssägewerk für den Kanton bringen würde. Dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber eingestellt zeigte sich auch der Bündner Bauernverband, wenngleich dieser den Verlust von 25 Hektar Acker- und Wiesenland kritisierte. Ein Holzverarbeitungsbetrieb gehöre nach Meinung des Bauernverbandes in den Wald und nicht in die Landwirtschaftszone.[1612] Dem Projekt gegenüber ebenfalls positiv eingestellt war der Waldwirtschaftsverband Selva, ein Verband der Waldbesitzer. Die Pläne für die Grosssägerei seien motivierend für die ganze Forstwirtschaft.[1613]

Eine Gegnerschaft gegen das geplante Werk zeichnete sich auf Seiten der Holzindustrie Schweiz und des Schweizer Sägewerkverbands ab. Sie taxierten das Projekt als überzogen. Die Grosssägerei könne höchstens zu einem Drittel mit Holz aus dem Kanton versorgt werden. Gleichzeitig wurde kriti-

[1608] Ebenda.
[1609] Berger (2005a).
[1610] Waser (2005a).
[1611] Waser (2005b).
[1612] Walser (2005b).
[1613] Waser (2005c).

siert, dass man mit Vergünstigungen ausländische Interessenten köderte, die einheimischen Unternehmen nie zukommen würden.[1614] In einem offenen Brief verlangten die Bündner Sägereien von der Bündner Regierung die gleiche finanzielle und fiskalische Unterstützung, wie sie dem Unternehmen Stallinger in Aussicht gestellt wurde.[1615]

Am 22. April 2005 vermeldeten die Zeitungen ein aufkommendes Unbehagen der Bevölkerung von Untervaz der geplanten Grosssägerei gegenüber. Dass die Bewohner von Untervaz erst über die Medien von dem Grossprojekt erfuhren, sorgte für zusätzlichen Unmut in der Gemeinde. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung boten die Vertreter des Aktor-Netzwerks „Grosssägerei" daraufhin den Bewohnern von Untervaz die Möglichkeit an, Fragen zu stellen. Kritisiert wurden in erster Linie die Voraussetzungen, die das Grossprojekt mit sich brachte. Sollte die Grosssägerei in Untervaz zustande kommen, müssten 25 Hektar Ackerland geopfert werden. Dies bedeutete, dass ein landwirtschaftlicher Hof seinen Betrieb aufgeben musste. Weiter besorgt zeigte sich die Bevölkerung auch gegenüber dem erwarteten Mehrverkehr durch Holztransporte.[1616]

Anfang Mai 2005 gerieten die Standortverhandlungen in Untervaz ins Stocken. Es zeichneten sich Probleme beim Landerwerb ab. Der von der Standortwahl der Firma Stallinger als Grundstücksbesitzer eines Grossteils der notwendigen 20 Hektar betroffene Landwirt hatte bis zu diesem Zeitpunkt sämtliche finanziellen Angebote ausgeschlagen.[1617] Eine allfällige Enteignung des Landes war aufgrund des kantonalen Rechts für Industriegebiete oder andere Baugebiete nicht möglich. Gegen einen alternativen Standort in der Gemeinde Untervaz stellten sich die Vertreter der Gemeinde selber. Während sich der favorisierte Standort in einer dem Dorf abgewandten Geländekammer befand, lag der zweite mögliche Standort gut sichtbar vor dem Siedlungsgebiet.[1618]

Es zeichnete sich ab, dass sich am Standort Untervaz die vorausgesetzten und für die Realisierung des geplanten Grosssägewerks notwendigen Allianzpartnerschaften zwischen Grundbesitzern, Bewohnern, Gemeindevertretern und kantonalen Ämtern und Behörden nicht bilden liessen. Die Projektidee einer Grosssägerei war akut gefährdet. Um die Realisierungschancen einer Grosssägerei im Kanton Graubünden zu verbessern, musste dringend ein alternativer Standort gefunden werden.

Nebst den beiden Standorten in Untervaz wurden neu Standorte in Zizers und Domat/Ems diskutiert. In einer dem Raumplanungsbüro STW AG in Auftrag gegebenen Standortevaluation wurden die Standorte Zizers-Rossried, Untervaz-Horn, Untervaz-Wingertli und Domat/Ems-Vial einander gegenübergestellt. In einer Bewertungsreihe lag der Standort Domat/Ems-Vial vor dem Standort Untervaz-Horn und vor den weit abgeschlagenen Standorten Zizers-Rossried oder Untervaz-Wingertli.[1619] Wie die Vorabklärungen aufzeigten, war beim Standort Domat/Ems das benötigte Bauland im Baurecht verfügbar. Da das Grundstück der Bürgergemeinde von Domat/Ems im Gebiet Vial teilweise bewaldet war, zweifelten die kantonalen Ämter am Erfolg eines Rodungsgesuches, das durch den Bund bewil-

[1614] Walser (2005b).
[1615] Berger (2005b).
[1616] Waser (2005d); Handschin (2005).
[1617] Berger (2005c).
[1618] Interview mit Richard Atzmüller, Leiter Richtplanung, Amt für Raumentwicklung, 18. März 2008.
[1619] STW AG für Raumplanung, „Standortevaluation Grosssägerei Stallinger, Bericht", 13. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.

ligt werden musste.[1620] Erschwerend kam hinzu, dass es sich beim besagten Waldstück um einen Erika-Föhrenwald handelte, einer gemäss Artikel 18 des Natur- und Heimatschutzgesetzes seltenen Waldgesellschaft.[1621]

4.5.1.4 Ein neuer Standort in Vial, Domat/Ems

Da die Vertreter des Kantons Graubünden an der Umsetzung eines Grosssägerei-Konzepts festhalten wollten, begann man trotz der Zweifel die Abklärungen in Domat/Ems zu intensivieren. Am 18. Mai 2005 meldete die „Südostschweiz": „Kanton setzt neu auf Domat/Ems".[1622] Gemäss Zeitungsbericht bekundeten die Vertreter der Gemeinde Domat/Ems ihr Interesse an der Ansiedlung des österreichischen Unternehmens Stallinger.[1623]

Auch am Standort Domat/Ems gab es positive Stimmen gegenüber einer Grosssägerei. Politische Vertreter der CVP wie der SVP waren grundsätzlich für die Ansiedlung der Grosssägerei im Vial. Dafür lehnte die SP den Standort für eine Grosssägerei in der Erholungszone Vial ab. „Es gebe in Domat/Ems durchaus Industriezonen, die für solche Projekte geschaffen seien, aus guten Gründen gebe es aber auch Sport- und Erholungszonen, die den politischen Schutz geniessen sollten."[1624]

Mit den Standortabklärungen und Verhandlungsverzögerungen entstand ein zunehmender Entscheidungsdruck. Der Bündner Wirtschaftsverband Selva befürchtete gar, dass der Kanton Graubünden eine Chance verpasse, wenn man nicht zu Konzessionen bezüglich Verlust von Landwirtschaftsboden, Beeinträchtigung von Erholungsgebieten oder Konkurrenzierung bestehender Sägewerke bereit sei.[1625] Unberechtigt waren die Befürchtungen nicht. Zwar war zu diesem Zeitpunkt entschieden, dass Stallinger bauen würde. Die Maschinen waren bestellt. „Es geht nur noch darum, ob die Sägerei in Graubünden oder in Deutschland gebaut wird."[1626] Die deutschen Bundesländer Bayern und Hessen standen nach wie vor in Verhandlung mit der Stallinger GmbH. Hessen war bereit, sich mit 25 Prozent an den Investitionskosten zu beteiligen.

Bezüglich der Landverhandlungen in Untervaz wurde im Juni 2005 ein weiterer Versuch unternommen, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Der Landwirt, der ein Teil des für die Grosssäge-

---

[1620] Ebenda; Waldgesetz WaG: Der Schweizer Wald gilt als eine der best geschützten Ressourcen in der Schweiz. Das in der Bundesverfassung verankerte Bundesgesetz über den Wald (Waldgesetz WaG) hält in Artikel 3 fest: „Die Waldfläche soll nicht vermindert werden." Unter Artikel 5 ist festgehalten: „Rodungen sind verboten." Die weiteren Absätze bestimmen über die Ausnahmen:
„2 Eine Ausnahmebewilligung darf erteilt werden, wenn der Gesuchsteller nachweist, dass für die Rodung wichtige Gründe bestehen, die das Interesse an der Walderhaltung überwiegen und zudem die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:
a. das Werk, für das gerodet werden soll, muss auf den vorgesehenen Standort angewiesen sein;
b. das Werk muss die Voraussetzungen der Raumplanung sachlich erfüllen;
c. die Rodung darf zu keiner erheblichen Gefährdung der Umwelt führen.
3 Nicht als wichtige Gründe gelten finanzielle Interessen, wie die möglichst einträgliche Nutzung des Bodens oder die billige Beschaffung von Land für nichtforstliche Zwecke."
Über Ausnahmebewilligungen entscheiden die Bundesämter und der Kanton. Im Falle einer Rodung entsteht eine Ersatzpflicht.
[1621] STW AG für Raumplanung, „Standortevaluation Grosssägerei Stallinger, Bericht", 13. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 5.
[1622] Berger (2005d).
[1623] Ebenda.
[1624] Willi (2005b).
[1625] Anonym (2005a).
[1626] Trachsel (2005).

rei benötigten Bodens besass, erklärte, dass er sich nur von seinem Land trennen werde, wenn ihm Realersatz angeboten würde.[1627]

In Domat/Ems zeigte sich der Gemeindevorstand besorgt bezüglich des Verlusts der ökologisch wertvollen Magerwiese und des Föhrenwaldes sowie des Naherholungsgebiets Vial. Der Vorstand beabsichtigte jedoch, diesen mit Aufwertungsmassnahmen an anderen Orten in der Gemeinde zu kompensieren.[1628] Für die Bahnerschliessung des Areals war es gemäss Aussagen des Gemeindepräsidenten von Domat/Ems möglich, die Werkgleise der Ems-Chemie AG mitzunutzen. Die Erschliessung mit der Bahn sollte vom Anschluss der Emser-Werke unter der RhB-Linie durchführen. Die Erstellungskosten für diese Unterführung wurden auf rund 7 bis 9 Millionen Franken geschätzt. Wer für die Kosten der Erschliessung aufzukommen hatte, stand damals noch offen.[1629]

Im Juni 2005 verhandelten Vertreter des Kantons Graubünden mit den beiden infrage kommenden Standortgemeinden über Inhalte der Absichtserklärungen zwischen der Gemeinde, dem Kanton und dem Unternehmen Stallinger. Die Absichtserklärung sollte bis Ende August unterzeichnet werden.[1630]



Abb. 131/132 : Magerwiese mit Erika-Föhrenwald, Archiv Stallinger (Fotografie: Stallinger Swiss Timber, 2005).

Die Abklärungen für den Standort Vial in Domat/Ems liefen auf Hochtouren. Für das Waldstück im Vial war eine Rodungsbewilligung notwendig. Da ein Rodungsgesuch aufwändig und selten erfolgreich war, versuchte das Aktor-Netzwerk „Grosssägerei Domat/Ems“ kurzerhand, das Rodungsgesuch argumentativ zu umgehen. Der Kanton stellte sich auf den Standpunkt, dass es nach Gesetz möglich wäre, einen Holzlagerplatz im Wald zu errichten. Da ein Grossteil des Areals der Grosssägerei als Holzlagerfläche genutzt werden sollte, wäre folglich kein Rodungsverfahren notwendig. Da die Fläche des Waldes mit 60’000 Quadratmeter die gesetzlich festgelegten 5’000 Quadratmeter überschritt, musste dieses Vorgehen beim Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft abgeklärt werden.[1631] Dieses hielt unmissverständlich fest, dass ein Rodungsgesuch notwendig sei. Die vorgesehene Einbindung des Waldes für die Realisierung eines industriellen Vorhabens käme einer Zweckentfremdung von Waldboden gleich.[1632] Damit zeichneten sich aufgrund des notwendigen Verfahrens mit öf-

[1627] Bisculm (2005).
[1628] Anonym (2005b).
[1629] Simmen (2005a).
[1630] Anonym (2005c).
[1631] Simmen (2005b).
[1632] Simmen (2005c).

fentlicher Auflage des Gesuchs und Einsprachemöglichkeiten der Bewohner und Umweltschutzverbände zeitliche Verzögerungen ab, die für die Standortverhandlungen des Kantons mit der Holzindustrie Stallinger GmbH wenig förderlich waren.

Im August unterzeichneten die beiden Standorte Domat/Ems und Untervaz die vorbereitete Absichtserklärung mit der Stallinger GmbH und dem Kanton Graubünden, obwohl die Probleme des Landverkaufs in Untervaz und der Waldrodung in Domat/Ems noch nicht gelöst waren. Mit der Absichtserklärung bekundete zumindest das Unternehmen Stallinger das Interesse am Standort Graubünden.[1633] Damit war ein eher vager Knoten des Aktor-Netzwerks zwischen dem Kanton Graubünden und dem Unternehmen Stallinger etwas fester geknüpft. Nach wie vor war unklar, ob die soziotechnischen Voraussetzungen für ein Grosssägewerk im Kanton auch ihre gesellschaftlichen Entsprechungen finden würden.

Am Standort Untervaz gesellte sich zum Problem des Landerwerbs ein zweites Problem. Eine Hochspannungsleitung war bei der Standortevaluation übersehen worden. In den Planwelten, mit denen die Ämter des Kantons arbeiteten, waren die Leitungen nicht eingetragen. Da das Konzept der Stallinger GmbH die Arbeitsplätze am Ort der Leitungsführung geplant hatte, kam es zu einem Konflikt mit den Bundesvorschriften zu Arbeitsplätzen. Aufgrund vorgegebener Abläufe konnte das Konzept der Sägerei nicht umgestellt werden. Eine Verlegung der Leitungsmasten wäre notwendig geworden. Dies war wiederum aus Kosten- und Zeitgründen kaum realisierbar.[1634]

Trotz der schwierigen Umstände bezüglich der Standortfrage fällte die Firma Stallinger GmbH am 16. August 2005 einen überraschenden Grundsatzentscheid. Stallinger legte fest, dass sie ihre Grosssägerei in der Schweiz und innerhalb der Schweiz in Domat/Ems realisieren wollten. Ausschlaggebend für den Entscheid war unter anderem, dass der Bündner Waldwirtschaftsverband Selva aufgrund einer Umfrage unter Gemeinden den Nachweis erbringen konnte, dass genügend Holz für die Sägerei geliefert werden konnte. Auch der Regierungsrat stellte sich hinter den Entscheid der Stallinger GmbH und sicherte dieser am Standort Domat/Ems dieselben finanziellen und fiskalischen Unterstützungen wie am Standort in Untervaz zu.[1635]

Mit diesen Zusagen waren die Allianzen zwischen dem Kanton, dem Holzwirtschaftsverband, den Gemeindevertretern von Domat/Ems und dem Sägereiunternehmen robust geknüpft. Diese Verknüpfungen vermochten auch letzte Versuche einer Wiedererwägung des Standortentscheides seitens der Vertreter der Gemeinde Untervaz nicht mehr zu lösen. Die Bauernfamilie hatte die Verhandlungen mit den Vertretern des Kantons abgebrochen, da es diesen nicht möglich war, einen aus Sicht des Landwirts angemessenen Realersatz anzubieten.[1636] Den Gemeindevertretern blieb es trotz Bemühungen verwehrt, eine entsprechende Standortalternative auf dem eigenen Gemeindegebiet zu finden.[1637] Diese Umstände zusammen mit dem Auftauchen der Hochspannungsleitung bedeuteten das definitive

[1633] Willi (2005c).
[1634] Simmen (2005d).
[1635] Simmen (2005e).
[1636] Simmen (2005f).
[1637] Schreiben des Gemeindevorstandes Untervaz an das Departement des Innern und der Volkswirtschaft des Kantons Graubünden, „Projekt Sägewerk: Standort Untervaz / Verfügbarkeit des notwendigen Landes“, 23. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.

Aus für den Standort Untervaz. Dem Standort Domat/Ems gelang es also im Vieleck der Interessensverhandlungen, die besten Argumente aufzulegen und das Aktor-Netzwerk „Grosssägerei" definitiv an sich zu binden.

4.5.1.5 Inhalte der Planwelt „Grosssägerei Stallinger" in Domat/Ems

In Domat/Ems waren mit den erfolgreichen Verhandlungen der Interessen zwischen den Allianzpartnern die grundlegendsten Verknüpfungspunkte und Inhalte für eine Übersetzung dieser in eine Planwelt „Grosssägerei Stallinger – Vial" gegeben. Die Planer des zukünftigen Werks in Domat/Ems waren gefordert, die regionalen, wirtschaftspolitischen und unternehmerischen Interessen zusammen mit lokal-spezifischen Rahmenbedingungen, Interessen und Zielen der Aktanten und Akteure in einem ersten Schritt auf einer konzeptionellen Ebene zusammenzufügen.

Die konzeptionelle Planwelt „Grosssägerei Stallinger – 2005" sah auf dem Gebiet Vial gegenüber der Ems-Chemie AG auf einer Fläche von rund 23 Hektar im nordwestlichen und südlichen Teil der Anlage einen Holzlagerplatz mit Entrindungsanlage vor. Eine Förder- und Sortieranlage sollte das Rundholz Richtung Osten zum nördlich an der Autobahn A13 gelegenen Sägewerk transportieren. Östlich der Sägereihalle waren die Trockenkammern geplant. Die Hobelhalle mit Paketierung und Versand bildete den östlichen Abschluss der Anlage. Rund um die Hobelhalle war der Lagerplatz für das Schnittholz geplant.[1638] Das vertriebene Schnittholz sollte für den konstruktiven und dekorativen Hausbau, in der Fertighaus- oder der Verpackungsindustrie verwendet werden.[1639] Östlich des Areals sollte Baugrund für weiterverarbeitende Betriebe reserviert werden, die später dazukommen sollten.[1640] Da in unmittelbarer Nähe zum neuen Areal der Stallinger GmbH gleichzeitig ein Biomassekraftwerk auf dem Areal der Emser-Werke geplant war, zeichneten sich Synergien in der Nutzung des Restholzes und der Abwärme für die Holztrocknung ab.[1641]

Das Areal sollte für die Lastwagen und den Personenverkehr unmittelbar neben der bestehenden Autobahnausfahrt Domat/Ems über einen Kreisel erschlossen werden. An der Einfahrt auf das Gelände war ein Bürogebäude geplant. Die Schienenstränge für die Normal- und Schmalspurbahn konnten an die Industriegleise der Emser-Werke angeschlossen werden. Der Anschluss ins Gelände musste unter der bestehenden Bahnlinie der RhB durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang zeichnete sich der grösste landschaftliche Eingriff ab. Da Güterzüge auf dem Areal waagrecht zu stehen kommen sollten und zudem die Erschliessung der Anlage mit der Bahn unter der bestehenden Bahnlinie durchgeführt werden musste, entschied man sich, das ganze Areal um mehrere Meter zu versenken. Das gesamte Gelände sollte auf das Niveau der Gleisunterführung ausnivelliert werden. Ein Aushubvolumen von rund 600'000 Kubikmeter wurde erwartet.[1642]

[1638] Ingenieurbüro Grünenfelder, Domat/Ems, Erschliessungen 1:1'000, Gross- Holzverarbeitungsbetrieb Vial", 7. Oktober 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.
[1639] www.stallinger-swisstimber.ch, Zugriff 4. November 2008.
[1640] Interview mit Markus Haltiner, Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, 2. April 2008.
[1641] STW AG für Raumplanung, „Standortevaluation Grosssägerei Stallinger, Bericht", 13. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 5.
[1642] STW AG für Raumplanung, „Ortsplanung Teilrevision, Industriezone Vial, Planungs- und Mitwirkungsbericht", 28. November 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 11.

4.5.2 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Grosssägerei Stallinger – 2005“

4.5.2.1 Die emergente Rolle der Planer

Bei der Grosssägerei Stallinger handelte es sich um eine Neunutzung im Gemeindegebiet von Domat/Ems, die in dieser Form und in diesem Ausmass nicht vorhersehbar war. Das Vorhaben erforderte dadurch eine Reihe von parallel verlaufenden raumplanerischen Verfahren, welche die planungsrechtliche Umsetzung der Grossanlage erst ermöglichten. Zwar hatten die Ämter des Kantons über ein Richtplanverfahren bereits einzelne Standorte im Kanton für flächenintensive Nutzungen an Arbeitsplatzstandorten vorgemerkt.[1643] Der genaue Standort für eine Grosssägerei musste jedoch in verschiedenen Schritten mit den Regionalplanern des Kantons in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen, Vertretern der Regierung und der jeweiligen Standortgemeinden multilateral verhandelt werden. Wie die Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte der Planwelt zeigte, waren in diesen Prozess unterschiedliche Planer in verschiedenen Rollen involviert.

Innerhalb der Standortverhandlungen gelang es den Raum- und Regionalplanern des Amts für Raumentwicklung sowie des Amts für Wirtschaft und Tourismus, ihre raumplanerischen und wirtschaftspolitischen Interessen einzubringen. Hauptverdienst des Amts für Wirtschaft und Tourismus war es, in Zusammenarbeit mit der Regierung, Vertretern anderer Ämter und Fachleuten, die damals aktuelle Holzwirtschaft im Kanton zu problematisieren und über eine proaktive Projektentwicklung die Aufmerksamkeit einzelner Investoren für das Rundholzvorkommen im Kanton Graubünden zu gewinnen. Dem Amt für Raumentwicklung gelang es, Mehrheiten gegen aus raumplanerischer Sichtweise untaugliche Standorte wie Landquart und Zizers zu bilden. Dadurch konnten diese Standorte ausgeschlossen werden.

Nachdem sich das Scheitern der Verhandlungen in Untervaz abzeichnete, war es das Verdienst beider Ämter, dass eine Standortalternative gefunden werden konnte, die mehrheitlich den raumplanerischen, wirtschaftlichen und unternehmerischen Zielen und Rahmenbedingungen der Akteure und Aktanten entsprach. Die Rolle der Richt- und Raumplaner in dieser Phase war es, ihre planerischen Interessen auszuformulieren und zu verhandeln sowie sie zusammen mit übrigen Interessen in ein räumliches Konzept zu übersetzen. Dass die Planer in dieser Phase aktiv am Aushandlungsprozess beteiligt waren, war dem gemeinsamen Entscheid des Amts für Raumentwicklung und den in der Richtplanung deklarierten Arbeitsplatzgemeinden, nicht vorsorglich Industrie- und Gewerbezonen für flächenintensive Nutzungen auszuscheiden, zu verdanken. Obwohl durch dieses Vorgehen Unsicherheiten wie Landverfügbarkeit, Realisierbarkeit von Grossprojekten, Gegnerschaften nicht ausgeschlossen werden konnten, sicherten sich die Ämter mit diesem Vorgehen eine aktive Teilnahme an den Aushandlungsprozessen, da etwaige Umzonungen für Grossprojekte in jedem Fall über die kantonalen Ämter abgewickelt werden mussten. Hätte man im Vorfeld bereits die für Grossprojekte notwendigen Zonen ausgeschieden, wären die Interessen der Regionalplaner nur passiv über die Planwelten der Zonenplanung und Richtplanung in den Standortverhandlungsprozessen vertreten gewesen. Dies hätte aufgrund der Interpretierfähigkeit dieser Planwelten zu den Interessen der Regionalplaner zuwiderlaufenden Eigendynamiken in der Standortfindung führen können.[1644]

Während die Regionalplaner die Interessen des Unternehmens in die Standortplanung übersetzten, übersetzten die Planer der Grosssägerei die Interessen des Unternehmens in einer ersten Phase konzeptionell in die jeweiligen lokal-spezifischen Standorte. Diese konzeptionellen Übersetzungen führten zu Erkenntnissen, die wiederum in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse des Standorts eingespiesen wurden. Unter anderem deshalb musste Untervaz aufgrund der Hochspannungsleitung, die nicht mit dem Konzept der Grosssägerei zu vereinen war, von der Standortdiskussion faktisch ausgeschieden werden.

[1643] Ebenda, S. 3.
[1644] Interview mit Richard Atzmüller, Leiter Richtplanung, Amt für Raumentwicklung, 18. März 2008.

In der Phase der Entstehung der Planwelt „Grosssägerei Stallinger – 2005" wurde das Vorhaben zunächst regional- und raumplanerisch auf einer konzeptionellen Ebene vorbestimmt, ohne dass lokal-spezifische räumlich-qualitative Aspekte eingebracht wurden. Die Planwelt bestand aus einer Festlegung des konkreten Standorts, der funktionalen Abläufe, der benötigten Fläche sowie aus technokratischen Bestimmungen der Grenzabstände und Ausdehnungen einzelner Teilgebiete. Räumlich-qualitative Belange wurden kaum verhandelt. Sie sollten erst später auf einer kommunalen Ebene Eingang in die Aushandlungsprozesse finden.[1645]

4.5.3 Die Rückübersetzung der Planwelt „Grosssägerei Stallinger – 2005" in die Siedlungswirklichkeit

4.5.3.1 Das Umzonungsverfahren

Die Planwelt „Grosssägerei Stallinger – 2005" setzte am Standort Vial unter anderem eine Umzonung des Geländes von der Forstwirtschafts-, Sport- und Erholungszone in eine Industriezone voraus. Dieses Verfahren wurde Anfang September 2005 in Angriff genommen. Die Inhalte der Planwelt „Grosssägerei Stallinger – 2005" sollten in die Ortsplanung der Gemeinde Domat/Ems übersetzt werden. Diesbezüglich musste das Baugesetz revidiert und der bestehende Zonenplan von Domat/Ems mit dem Zonenplan Vial 1:2'000, einem Zonenplan und generellen Gestaltungsplan 1:5'000, einem generellen Erschliessungsplan der Ver- und Entsorgung, einem generellen Erschliessungsplan für Verkehr sowie einem weiteren generellen Gestaltungsplan der Industriezone Vial ergänzt werden.[1646]

Im Baugesetz wurde festgelegt, dass die neu zu schaffende Industriezone ausschliesslich für den Zweck einer Grosssägerei mit direkt damit verbundenen Holzverarbeitungsbetrieben genutzt werden durfte.[1647] Der Zonenplan 1:2'000 legte die Nutzungsfläche des Areals fest. Vom gerodeten Wald sollte auf dem Areal rund ein Hektar Wald aufgeforstet werden. Das übrige Gebiet war für die Errichtung der Grosssägerei bestimmt. Der Zonenplan und generelle Gestaltungsplan 1:5'000 legte die Bereiche für die verbleibenden Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen in Ils Aults im westlichen Gemeindegebiet in der Nähe des Hinterrheins fest.[1648] Der generelle Erschliessungsplan für Ver- und Entsorgung wie auch für Verkehr definierte den Verlauf der Wasser-, Löschwasser- und Stromversorgung, der Kanalisation, des Förderbands für Rinde und Restholz sowie eine Dampfleitung zwischen dem Biomassekraftwerk beim Emser-Werk und der Trocknungsanlage der Grosssägerei.[1649] Der Erschliessungsplan Verkehr regelte die Erschliessung durch die Strasse, die Bahn, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr.[1650] Der generelle Gestaltungsplan legte die Gestaltung des Industriegeländes fest. Als Gestaltungselemente waren Böschungen und die Bepflanzung mit ortsüblichen Büschen und Bäumen geplant. Diese sollten insbesondere als Sichtschutz und Böschungssicherung entlang der

[1645] Ebenda.
[1646] STW AG für Raumplanung, „Ortsplanung Teilrevision, Industriezone Vial, Planungs- und Mitwirkungsbericht", 28. November 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 7.
[1647] Ebenda, S. 7.
[1648] Ebenda, S. 7-8.
[1649] Ebenda, S. 9.
[1650] Ebenda, S. 10

Autobahn und der Kantonsstrasse dienen.[1651] Die Gestaltungselemente standen ansonsten in keinem Zusammenhang mit städtebaulichen oder landschaftsräumlichen Gesamtüberlegungen.

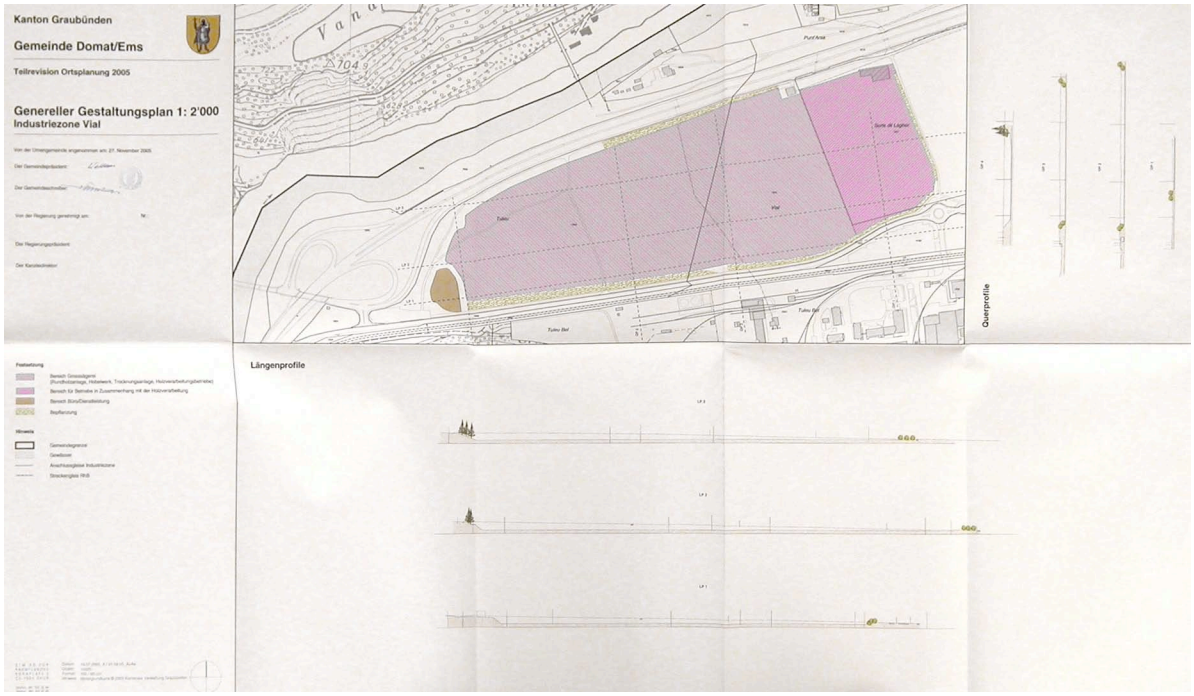


Abb. 133: STW AG Büro für Raumplanung, „Genereller Gestaltungsplan 1:2'000, Industriezone Vial", 21. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.

Am 9. September 2005 informierten die Initianten, Vertreter der Regierung, der Gemeindepräsident, der Bürgerpräsident, Vertreter der Gemeinde und des Ingenieurwesens die Bewohner von Domat/Ems über den Stand der Planungen.[1652] Rund 400 Personen aus Domat/Ems besuchten diese Veranstaltung. Bei den präsentierten Planwelten handelte es sich in diesem ersten Schritt um Lösungsvorschläge und Ideen bezüglich Werkkonzeption, Zonen- und Gestaltungsplanung sowie Ersatzmassnahmen im Bereich Umweltschutz. Befürchtungen bezüglich Lärm- und Staubemissionen entgegnete das Aktor-Netzwerk „Grosssägerei", indem aufgezeigt wurde, dass die Holzverarbeitung in geschlossenen Hallen vorgenommen und der Staub abgesaugt werden sollte. Bezüglich des erwarteten Mehrverkehrs bei den Zugfahrten durch das Siedlungsgebiet wurden Lösungswege aufgezeigt, wie mittels Unterführungen insbesondere beim Langsamverkehr Wartezeiten an den niveaugleichen Bahnübergängen verhindert werden konnten. Es wurde mit rund sechs bis acht zusätzlichen Bahnfahrten im Zusammenhang mit der Grosssägerei gerechnet. Diese standen den bereits bestehenden rund 160 Dorfdurchfahrten pro Tag gegenüber und wurden als geringe Zusatzbelastung bezeichnet. Gemäss Beobachtungen der Medien war die Anzahl der Befürworter der Grosssägerei in etwa gleich gross wie die Anzahl skeptisch eingestellter Bürger.[1653]

Vom 23. September bis 13. Oktober 2005 wurden die Planwelten der Zonenplanrevision öffentlich aufgelegt. Die Bevölkerung von Domat/Ems erhielt die Möglichkeit, Abänderungswünsche und Anträ-

[1651] Ebenda, S. 11.
[1652] Ebenda, S. 11.
[1653] Simmen (2005g).

ge bei der Gemeindeverwaltung einzureichen. Insgesamt wurden sechs Anträge eingereicht und anschliessend im Gemeinderat verhandelt.[1654] Der Gemeinderat selbst beabsichtigte aufgrund der Einsprachen und Interessensabwägungen bis zum 24. Oktober 2005 einen definitiven Entscheid bezüglich der Grosssägerei am Standort Domat/Ems zu fällen. Falls es im Gemeinderat zu einer Zustimmung des Projekts kommen sollte, war die Urnenabstimmung für die Bestätigung der Umzonung am 27. November 2005 geplant.[1655]

Um sich bezüglich der möglichen Emissionen durch das Werk ins Bild zu setzen, besuchte der Gemeindevorstand von Domat/Ems das Sägewerk der Holzindustrie Stallinger an ihrem Hauptsitz in Frankenmark. In der Sägerei in Frankenmark, das pro Jahr 800'000 Festmeter Rundholz verarbeitete, informierten sich die Gemeindebehörden über die Produktion und Verfahren in der Grosssägerei. Insbesondere der Umstand, dass das Werk in unmittelbarer Nähe von Einfamilienhaussiedlungen situiert war, fand bei den Gemeinderäten grosse Beachtung. Die Bedenken bezüglich der Lärm- und Staubemissionen konnten dabei mehrheitlich genommen werden.[1656] Mit diesem Besuch gelang es dem Unternehmen Stallinger GmbH, die Allianz mit den politischen Behörden der Gemeinde erneut zu festigen. Dies bestätigte der 24. Oktober 2005. An diesem Datum stimmte der Gemeinderat den Plänen des Unternehmens Holzindustrie Stallinger GmbH und der Teilrevision der Ortsplanung mit 15 zu 0 Stimmen definitiv zu. Mit diesem Entscheid konnte die Umzonungsvorlage der Urnenabstimmung zugeführt werden.[1657]

Vier Tage nach dem Gemeinderatsentscheid genehmigte die Bürgergemeinde mit 156 Ja- gegen 81 Nein-Stimmen, das Baurecht an das Unternehmen Stallinger zu vergeben. Die 23 Hektar Land sollten für jährlich 520'000 Franken Baurechtszins zur Verfügung gestellt werden.[1658]

Am 8. November 2005 erfolgte eine zweite öffentliche Orientierungsversammlung. Die Stimmung gegenüber dem Sägereiprojekt war mehrheitlich positiv. Die politischen Behörden wie die Bürgerversammlung, die politischen Parteien FDP, SVP, CVP und SP, die Regierung des Kantons und die Wirtschaftsverbände standen hinter dem Projekt einer Grosssägerei in Domat/Ems.[1659]

Im Zeitraum kurz vor der Urnenabstimmung versuchten Gegner der Grosssägerei die Bevölkerung von Domat/Ems auf ihre Seite zu ziehen. Mit Leserbriefen und anonymen Flugblättern sollte die Vergesellschaftung der Akteure und Aktanten zugunsten der Grosssägerei Stallinger verhindert werden. Die Argumente der Gegnerschaft waren jedoch nicht neu und die entsprechenden Haltungen bekannt.[1660] Unter anderem kritisierten die Gegner den Standort und die Grösse des Projekts. Weiter wurden bei einer allfälligen Umstellung der Waldbaustrategie im Kanton ökologische Konsequenzen befürchtet. Gemessen an den durch die Grosssägerei besetzten Hektar Land sei auch die Arbeits-

[1654] STW AG für Raumplanung, „Ortsplanung Teilrevision, Industriezone Vial, Planungs- und Mitwirkungsbericht", 28. November 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 11.
[1655] Ebenda, S. 14.
[1656] Berger (2005e); Walser (2005c).
[1657] Simmen (2005h); Willi (2005d).
[1658] Anonym (2005d); Anonym (2005e).
[1659] Simmen (2005i).
[1660] Ebenda.

platzausbeute zu gering. Weiter befürchteten die Kritiker Beeinträchtigungen des Dorfes während der Bauzeit aufgrund des Abtransports der 600'000 Kubikmeter Aushubmaterial.[1661]

Mit diesen Aktionen gelang es dem Aktor-Netzwerk „Projektgegnerschaft Grosssägerei", der Allianz für die Grosssägerei einige Bewohner der Gemeinde Domat/Ems zu entziehen. An der Urnenabstimmung vom 27. November 2005 entschieden sich die Stimmberechtigten bei einer Stimmbeteiligung von 51 Prozent mit 1'228 zu 1'015 nur knapp für die Vorlage der Umzonung.[1662]

Die letzte Hürde stellte die öffentliche Ausschreibung des Entscheids der Urnenabstimmung dar. Die nach kantonalem Raumplanungsgesetz erforderliche Beschwerdefrist gegen den Beschluss der Urnengemeinde dauerte vom 2. Dezember 2005 bis zum 2. Januar 2006.[1663] Während dieser Zeit war es Personen, die ein schutzwürdiges eigenes Interesse hatten oder nach Bundesrecht oder kantonalem Spezialrecht dazu legitimiert waren, möglich, gegen den Entscheid Einsprache zu erheben.[1664]



Abb. 134: Grünenfelder und Partner AG, „Erschliessungen 1:1'000, Gross-Holzverarbeitungsbetrieb Vial", 7. Oktober 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.

4.5.3.2 Das Rodungsverfahren

Wie bereits angesprochen wurde, setzte die Planwelt „Grosssägerei Stallinger – 2005" eine Rodung der rund 10 Hektar Föhrenwald voraus. Für diese Rodung war ein Gesuch an den Kanton und den Bund einzureichen. Dazu wurde ein Gutachten bei der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP-ASPAN) aus Bern in Auftrag gegeben. Der Gutachter sollte klären, ob die Rodungsvoraussetzungen in Domat/Ems für die 10 Hektar der gemäss Natur- und Heimatschutz unter Schutz stehenden Waldgesellschaft des Erika-Föhrenwaldes gegeben waren.[1665]

[1661] Simmen (2005j).
[1662] Simmen (2005k).
[1663] STW AG für Raumplanung, „Ortsplanung Teilrevision, Industriezone Vial, Planungs- und Mitwirkungsbericht", 28. November 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 12; Kantonales Raumplanungsgesetz Art. 48 Abs. 4.
[1664] Schreiben des Gemeindevorstandes an das Rhiiblatt, „Beschwerdeauflage Ortsplanung (mit Auflage Rodungsgesuch), 28. November 2008, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.
[1665] Gutachten VLP-ASPAN, „Gutachten betreffend die Rodung von 10 ha Wald zwecks Erstellung eines Grosssägewerks der Stallinger GmbH in der Gemeinde Domat/Ems, Kanton Graubünden", 18. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 3.

Das 11-seitige Gutachten argumentierte entlang der Richtlinien der Ausnahmebewilligungen gegen das Rodungsverbot. Drei Punkte waren für die Ausnahmebewilligungen ausschlaggebend.[1666]

• Das Werk muss auf den vorgesehenen Standort angewiesen sein.
• Das Werk muss die Voraussetzungen der Raumplanung sachlich erfüllen.
• Die Rodung darf zu keiner erheblichen Gefährdung der Umwelt führen.

Der Gutachter kam zu dem Schluss, dass wichtige, für die Erteilung einer Rodungsbewilligung erforderliche Voraussetzungen erfüllt waren. „So besteht ein die Walderhaltung überwiegendes öffentliches Interesse an der Realisierung des Vorhabens, und die raumplanerischen Voraussetzungen für die Erteilung der Rodungsbewilligung sind gegeben. Das Gebiet ist sowohl im kantonalen als auch im regionalen Richtplan als Industrie- und Arbeitsplatzstandort ausgewiesen. Es ist sehr gut erschlossen und grenzt an ein bestehendes, grosses Industrieareal sowie eine Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Der Boden gehört der Bürgergemeinde Domat/Ems und ist verfügbar. Bezüglich der Frage der Standortgebundenheit ist abschliessend zu klären, ob die Alternativstandorte wirklich nicht verfügbar sind. Bei einzelnen Standorten ist diese Frage noch nicht erhärtet. Ist die Verfügbarkeit des Landes zu verneinen, ist die Standortgebundenheit des Standortes Domat/Ems ausgewiesen.“[1667] Grundsätzlich zeigte sich der Gutachter dem Vorhaben einer Grosssägerei am Standort Domat/Ems gegenüber positiv eingestellt. „Mit der Rodungsbewilligung wird in einem raumplanerisch für eine industrielle Tätigkeit sehr gut geeigneten und richtplanerisch ausgewiesenen Gebiet ein strategisches und für den Kanton Graubünden bedeutsames Vorhaben ermöglicht.“[1668]

In der Folge klärten die Vertreter des Amts für Wirtschaft und Tourismus ein letztes Mal die Verfügbarkeit des Landes an den Standorten Untervaz und Zizers ab. Die Antwortschreiben der Gemeinden bestätigten, dass die Standorte definitiv nicht zur Verfügung standen.[1669] Mit dieser Bestätigung war aus Sicht der Gemeinderäte, der Vertreter des Kantons und des Gutachters die Standortgebundenheit des Stallinger-Werkes gegeben.[1670]

Noch offen war gemäss Gutachter die Frage, ob die Anliegen des Natur- und Heimatschutzes durch die geplanten Ersatzmassnahmen gebührend berücksichtigt wurden.[1671] Diesbezüglich mussten weitere Gutachten von Fachleuten eingeholt werden. In einem ersten Schritt untersuchte ein Forstingenieur und Ökologe den Föhrenbestand im Gebiet Vial. Er stellte fest, dass der Föhrenwald „als föhrenreiche Pionierphase mehr oder weniger buchenreicher Dauer- bzw. Schlussgesellschaften angesprochen werden“ kann. Ein Teil des Gebietes wurde als zwergstrauchreiche Bodenvegetation und als Föhren-Dauerstadium bestimmt. Entsprechend empfahl der Gutachter, Ausgleichsmassnahmen in

[1666] Ebenda, S. 3.
[1667] Ebenda, S. 14.
[1668] Ebenda, S. 2.
[1669] Schreiben des Gemeindevorstandes Untervaz an das Departement des Innern und der Volkswirtschaft des Kantons Graubünden, „Projekt Sägewerk: Standort Untervaz / Verfügbarkeit des notwendigen Landes“, 23. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger; Schreiben des Gemeindevorstandes Zizers an das Amt für Wirtschaft und Tourismus, „Anlage Grosssägerei Stallinger“, 20. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.
[1670] Berger (2005f); Simmen (2005l).
[1671] Gutachten VLP-ASPAN, „Gutachten betreffend die Rodung von 10 ha Wald zwecks Erstellung eines Grosssägewerks der Stallinger GmbH in der Gemeinde Domat/Ems, Kanton Graubünden“, 18. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 10.

ähnlichen Föhrenwäldern in angrenzenden Gebieten vorzunehmen.[1672] Für die Ersatzmassnahmen war das Gebiet Ils Aults in unmittelbarer Umgebung des Gebietes Vial vorgesehen. Die Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen für die Industriezone Vial wurden ebenfalls begutachtet.[1673] Ils Aults bestand aus einem Trockenwald, der Talterrasse Plong Vaschnaus und dem Auengebiet Isla Spinatsch am Ufer des Hinterrheins. In den Lebensraumtypen „Trockenwald mit trockener Waldweide", „Magerweiden" und „Auenwald" wurde das grösste Aufwertungspotenzial erkannt. Rund 7,5 Hektar Wald sollten im Gebiet Ils Aults aufgeforstet werden. Für den Ersatz der Magerweide sollten in Ils Aults artenarme Weiden über eine Förderung der Vernetzung des Gebiets, über Bewirtschaftungsauflagen und Düngeverbote in Teilen des Gebiets aufgewertet werden. Der Gutachter bewertete die geplanten Ersatzmassnahmen als qualitativ und quantitativ angepasst. Er empfahl das Konzept zur Genehmigung.[1674]

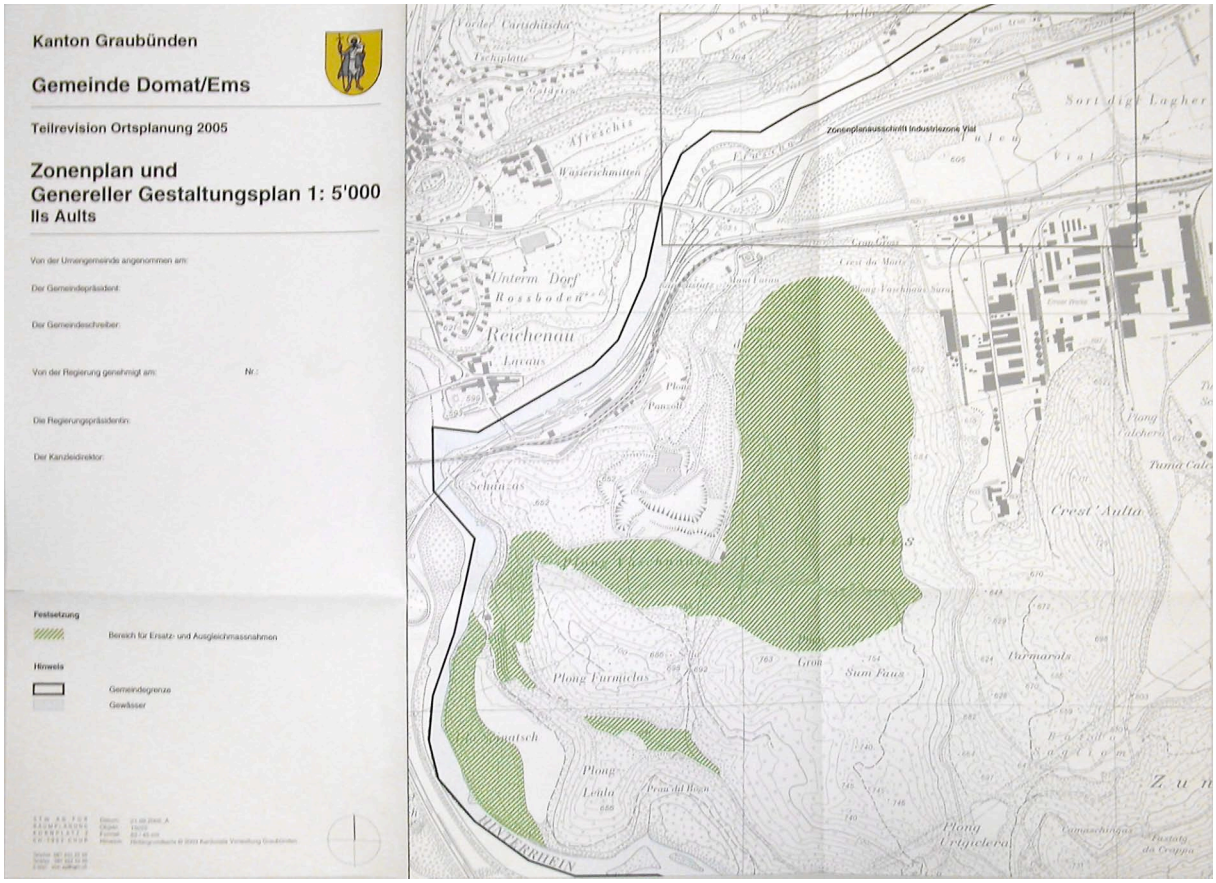


Abb. 135: STW AG Büro für Raumplanung, „Zonenplan und Genereller Gestaltungsplan 1: 5'000, Ils Aults", Gebiet für Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen in Nachbarschaft zur Industriezone „Vial", 21. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.

Noch während der Auflagefrist der revidierten Ortsplanung für das Gebiet Vial wurde auch das Rodungsgesuch mit den Gutachten zur Vorinformation öffentlich aufgelegt. Die eigentliche Auflage des Rodungsgesuchs sollte zusammen mit der Beschwerdeauflage der Ortsplanung vom 2. Dezember 2005 bis 2. Januar 2006 stattfinden.[1675]

[1672] Gutachten Föhrenbestand Vial, „Zur Beurteilung des Föhrenbestandes ‚Sägerei/Domat-Ems'", 18. November 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 4.
[1673] Bericht zu den Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen für die Industriezone Vial Domat/Ems, 23. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.
[1674] Ebenda, S. 2.
[1675] Schreiben der Gemeindebehörden an das Publikationsorgan Rhiiblatt, „Gemeinde Domat/Ems, Beschwerdeauflage Ortsplanung, 28. November 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.

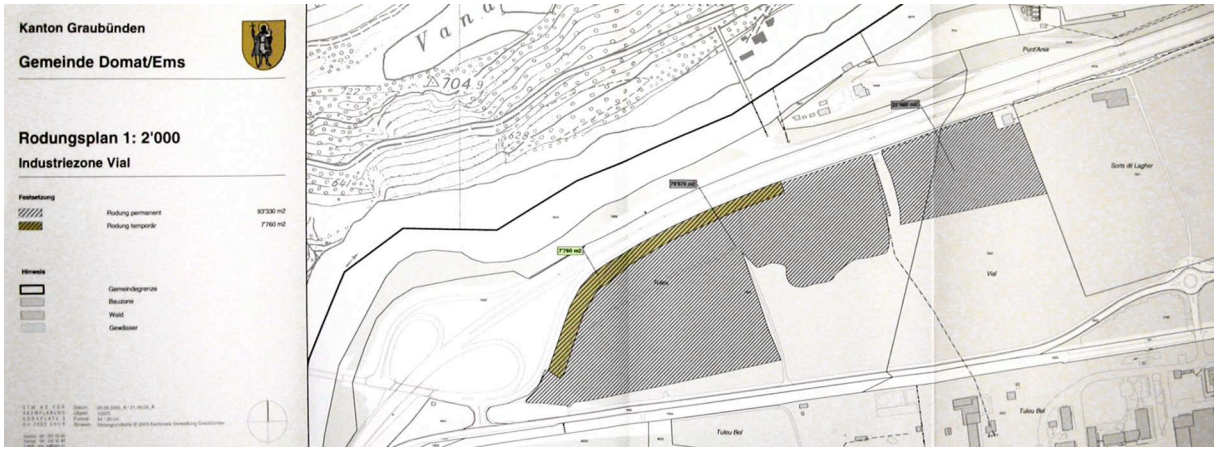


Abb. 136: STW AG Büro für Raumplanung, „Rodungsplan 1:2'000, Industriezone Vial", Rodung permanent und Rodung temporär, 20. September 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.

Da Einsprachen insbesondere von Umweltschutzorganisationen erwartet wurden, nahmen die Vertreter des Kantons und der Gemeinde früh Kontakt zu diesen Organisationen auf. Richard Atzmüller, Leiter der Richtplanung am Amt für Raumentwicklung, hielt die schwierige Situation der Umweltschutzverbände fest. „Die Verbände erkannten, dass es ein gutes Projekt für die Nutzung des Waldes war. Andererseits erkannte man die Grösse der Anlage und das Ausmass des Verkehrs."[1676] Im Laufe der Verhandlungen zeichnete sich ab, dass die Umweltorganisationen bereit waren, auf Einsprachen gegen die Grosssägerei zu verzichten. Dieser Verzicht war mit klaren Forderungen seitens des WWF, der Pro Natura, VCS und Stiftung Landschaftsschutz Schweiz verbunden. So musste zukünftig nachgewiesen und abgesichert werden können, dass langfristig der überwiegende Anteil von 40 bis 50 Prozent des zu verarbeitenden Rundholzes aus dem Kanton Graubünden stammte. Die Umweltverbände forderten, dass ein grösserer Anteil des Holzes mit der Bahn transportiert werde.[1677] Weiter wurde eine politische Absichtserklärung verlangt, dass im Kanton trotz Grosssägerei an der naturnahen Holzbewirtschaftung festgehalten werde. Dazu sollte unter Mitwirkung der Umweltschutzverbände ein Monitoring der Auswirkung der Sägerei auf Wald und Verkehr installiert werden. Bei den Begleitkommissionen der Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen forderten die Verbände Einsitz. Die Forderungen wurden in einem Positionenpapier der Umweltschutzverbände zusammengefasst und vom Regierungsrat des Kantons Graubünden unterzeichnet.[1678]

In der Zeit der Beschwerdenauflage des Entscheids der Urnenabstimmung bezüglich der Ortsplanung und der Auflage des Rodungsgesuchs vom 2. Dezember 2005 bis zum 2. Januar 2005 gingen keine Einsprachen gegen die geplante Grosssägerei ein.[1679] Damit gelang es dem Aktor-Netzwerk „Grosssägerei Domat/Ems" ein weiteres Mal, die Allianzpartnerschaften zu stabilisieren und die Rollen und Interessen sämtlicher involvierten Akteure und neu dazugestossenen Akteure und Aktanten erfolgreich auszuhandeln.

In der Folge mussten die Planwelten und das Rodungsgesuch dem Regierungsrat des Kantons Graubünden zur Genehmigung zugeschickt werden. Da im Rahmen des Mitberichtsverfahrens des Ro-

[1676] Interview mit Richard Atzmüller, Leiter Richtplanung, Amt für Raumentwicklung, 18. März 2008.
[1677] Simmen (2005l).
[1678] Anonym (2005f).
[1679] Anonym (2006a).

dungsgesuchs auch die Vertreter des Bundesamts für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) ihre Zustimmung zur Rodung des Föhrenwaldes gaben, war die Genehmigung durch die Regierung ein formeller Akt.[1680] „Die Realisierung eines Sägewerks entspricht angesichts der kantonalen Bemühungen zur besseren Nutzung des wirtschaftlichen Potentials des Holzes in den Bündner Wäldern einem kantonalen Interesse, welches das Interesse an der Walderhaltung aufgrund der erhofften Nutzungssteigerung zu überwiegen vermag. Ein vergleichbares Projekt ist in Graubünden nicht in Sicht, so dass schon aus diesem Grund eine Präjudizwirkung ausgeschlossen werden kann. (…) Aufgrund der erfolgten Abklärungen kann die Standortgebundenheit angesichts der beschränkten Möglichkeiten für Vorhaben dieser Grössenordnung sowie unter Berücksichtigung der guten Erschliessungssituation (Anschlussgeleise; Nähe Autobahnanschluss) als gegeben betrachtet werden.“[1681] Der Regierungsrat genehmigte am 24. Januar 2006 die Nutzungsplanung zur Realisierung eines Sägewerks im Gebiet Vial wie auch die Rodungsbewilligung.[1682]

4.5.3.3 Baubewilligungsverfahren, Bauphase und Inbetriebnahme

In der Folge konnte das Baubewilligungsverfahren angegangen werden. Die Vorarbeiten wurden aufgrund des Zeitdrucks bereits vor Beginn der erwähnten Auflageverfahren in Angriff genommen.[1683] Gleichzeitig machten sich die Vertreter der Gemeinde an die Planung der im Vorfeld der Urnenabstimmung zur Umzonung des Gebiets Vial versprochenen Fussgänger- und Langsamverkehrunterführungen. Die Kosten für die Anpassungen sollten sich auf insgesamt rund 1’485’000 Franken belaufen.[1684]

Am 24. Februar 2006 wurde die Baueingabe für die Produktions- und Lagerhallen bei der Gemeinde Domat/Ems eingereicht. Sie umfasste vier verschiedene Anlageteile wie Rundholz-Sortieranlage, die Produktionshalle selber, die Trockenkammern und die Verladestation. Es war vorgesehen, dass die Verladestation und die Sortieranlage nur überdacht und nicht durch eine Fassade abgeschlossen werden sollte. Da sich die Planer der Grosssägerei bewusst waren, dass dieser Entscheid umstritten sein könnte, wurde in den Planunterlagen vermerkt, dass nach der Inbetriebnahme Lärmmessungen vor Ort vorgenommen werden würden. Sollte sich eine Beeinträchtigung der angrenzenden Wohnsiedlungen abzeichnen, war man bereit, Teile der Anlage nachträglich einzuhausen.[1685]

Mit der Eingabe der Baubewilligung begann die öffentliche Auflage und die Einsprachefrist von 20 Tagen für die vom Vorhaben unmittelbar betroffenen Anwohner und Grundstücksbesitzer.[1686] Zwei Einsprachen wurden eingereicht. Die eine Einsprache der Anlieger forderte eine nachträgliche Umweltverträglichkeitsprüfung.[1687] Diese Forderung nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung wurde spä-

[1680] Waser (2006a).
[1681] Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Graubünden, „Projekt Sägewerk Gebiet ‚Vial‘, Gemeinde Domat/Ems, Genehmigungsbeschluss Nutzungsplanung und Rodungsbewilligung (Gesamtentscheid)“, 24. Januar 2006, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger, S. 14-15.
[1682] Ebenda, S. 15-20.
[1683] Schreiben des Gemeindevorstandes an das Amt für Raumentwicklung Graubünden, „Gemeinde Domat/Ems, Teilrevision der Ortsplanung, Ausscheidung Industriezone Vial, Rodungsgesuch Industriezone Vial“, 29. November 2005, Archiv Bauamt Domat/Ems, Mappe Stallinger.
[1684] Simmen (2006a).
[1685] Berger (2006a); Anonym (2006b).
[1686] Berger (2006a).
[1687] Anonym (2006b).

ter zurückgezogen. In einem weiteren Punkt forderten die Anlieger eine Aufschüttung eines Erdwalls gegen die Wohnquartiere hin. Diese Forderung wurde vom Gemeinderat aufgenommen.[1688] Die zweite Einsprache, ausgehend von der Kraftwerk Reichenau AG betreffend Transportleitungen, wurde abgewiesen.[1689]

Im April 2006 erteilte der Gemeinderat von Domat/Ems die Baubewilligung. Gleichzeitig unterzeichneten die mittlerweile gegründete Schweizer Niederlassung Stallinger Swiss Timber und die Bürgergemeinde Domat/Ems den Baurechtsvertrag. Der Spatenstich wurde auf den 28. April 2006 festgesetzt. Im Mai sollten die Aushubarbeiten beginnen.[1690]

Für die Bereitstellung und Erschliessung des Sägereiareals war die Gemeinde verantwortlich. Im Verlauf der Aushubarbeiten zeigte sich, dass sich die Ziele der Gemeindebehörden mit dem Verkauf der rund 600'000 Kubikmeter Aushubmaterial nicht erfüllen würden. Im Vorfeld war der Gemeinderat davon ausgegangen, dass die Gemeinde einen Gewinn von bis zu einer Million Franken erzielen könnte. Da es aber auf dem Markt kurz vor Baubeginn ein Überangebot an Kies gab, musste der Aushub in einem benachbarten Kieswerk zwischengelagert werden. Damit zeichnete sich ab, dass die Gemeinde keinen zusätzlichen Gewinn erzielen konnte.[1691]

Nach der Feier des Baubeginns am 28. April 2006 wurde mit den Aushubarbeiten fortgefahren. Drei Monate später liess sich die Dimension des Eingriffs erkennen. Die Baustelle im Vial gehörte zu den grössten Bauvorhaben des Kantons, die je in Angriff genommen wurden. Die Fläche umfasste rund 40 Fussballfelder. Das Volumen des Aushubs umfasste das 1300-Fache des Aushubs von Einfamilienhäusern.[1692] Die Aushubarbeiten erwiesen sich mühevoller als angenommen. Grosse Felsbrocken von früheren Felsstürzen kamen zum Vorschein. Diese mussten gesprengt und abgebaut werden. 17'000 Kubikmeter der Felsblöcke wurden später für Hochwasserschutzbauten verwendet.[1693] Ein weiteres Problem stellte aufgrund des heissen und trockenen Wetters die Staubentwicklung der Aushubarbeiten dar, die insbesondere Domat/Ems und die benachbarten Siedlungen belasteten.[1694] Um die Realisierungschancen der Grosssägerei zu verbessern, musste es dem Aktor-Netzwerk gelingen, die verweigerten Entsprechungen des Baugrunds mit Sprengstoff und Wasser herzustellen

Während der Aushubarbeiten wurde die Planung der Gebäude vorangetrieben. Die Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit war darauf angewiesen, dass die Arbeitsvolumen von den regionalen Baufirmen übernommen werden konnten. Mit der kantonalen Wirtschaftsförderung war eine Bevorzugung von regionalen Unternehmen bei konkurrenzfähigen Preisen abgesprochen. Im August wurden die Bauaufträge für die Produktionshallen vergeben. 90 Prozent des Auftragsvolumens von 15 Millionen Franken konnten in der Region Graubünden vergeben werden.[1695]

[1688] Simmen (2006b).
[1689] Willi (2006a).
[1690] Ebenda.
[1691] Simmen (2006b).
[1692] Waser (2006b).
[1693] Simmen (2006c).
[1694] Handschin (2006).
[1695] Simmen (2006d).



Abb. 137: Rückübersetzung der Planwelten, Archiv Stallinger (Fotografie Stallinger Swiss Timber, 2006).



Abb. 138: Transformationen der Stadtlandschaften, Archiv Stallinger (Fotografie Stallinger Swiss Timber, 2006).

Im September 2006 wurde bekannt, dass der Gleisanschluss zur Grosssägerei der Firma Stallinger anstatt der geplanten 8,8 Millionen 19,8 Millionen Franken kosten würde.[1696] Projektänderungen bei der Gleiserschliessung waren für diese Mehrkosten mitverantwortlich. Die Bewohner des Quartiers Marchesa, das in unmittelbarer Nachbarschaft zum damaligen Rangierbahnhof lag, wehrten sich gegen eine weitere Belastung des Quartiers durch zusätzliche Rangierarbeiten. Aus Angst vor Verzögerungen durch Einsprachen entschied sich der Gemeinderat, im Vorfeld der Urnenabstimmung die bestehende Rangierstation um 600 Meter in Richtung Ems-Chemie AG und Tegra-Biomassekraftwerk zu verschieben. Die Kosten der Verschiebung waren noch nicht in den kommunizierten Kosten von 8,8 Millionen Franken enthalten. Hinzu kamen Wünsche und Anpassungen seitens der Ems-Chemie und der Tegra während der Planungsphase. Weitere Gründe für diese Mehrkosten waren vom Bund zusätzlich verlangte Massnahmen zur Steigerung der Sicherheit bei der Rangierarbeit, Ungenauigkeiten bei der Berechnung der effektiven Projektkosten und eine Verteuerung der Baukosten aufgrund der Teuerung und regen Bautätigkeit in der Region. Im Gegensatz zum Aushub und der Bereitstellung des Areals, für welche die Gemeinde Domat/Ems aufkommen musste, war die Stallinger Swiss Timber Bauherrin der Gleisunterführung. Die Finanzierung sollte jedoch durch Beitragsgelder des Bundes und Kantons wie auch der Ems-Chemie und der Tegra unterstützt werden. In der Folge wurden die anfallenden Kosten neu aufgeteilt. Der Bund bezahlte 10,4 Millionen, der Kanton Graubünden 4,7 Millionen und die Stallinger Swiss Timber mit Ems-Chemie AG und Tegra zusammen ebenfalls 4,7 Millionen Franken für die Erstellung der Gleisunterführung.[1697]

Im Oktober 2006, nach sechsmonatiger Bauzeit, war der Lagerplatz vorbereitet und geteert. Die ersten Rundholzlieferungen konnten zugeführt werden, um das Rundholzlager für die spätere Produktion langsam aufzubauen.[1698] Im Februar 2007 wurde die Rundholzvermessungs- und Entrindungsanlage in Betrieb genommen, während die Bauarbeiten insbesondere am östlichen Teil des Werksgeländes und an den Hallen noch in vollem Gange waren.[1699]

Im März 2007 wurden die ersten Mitarbeiter rekrutiert. Aus den rund 400 eingegangenen Bewerbungen stellte das Unternehmen für die erste Laufphase des Werks 80 Personen ein. Der Unternehmenssprecher der Stallinger GmbH zeigte sich überrascht von der Vielzahl der Interessenten und über deren Qualifikationen. Entgegen Gerüchten aus der Bevölkerung stammten rund 90 Prozent der neu Beschäftigten aus der Region.[1700] Damit stellten sich frühere Befürchtungen seitens der Projektentwickler nicht ein, dass eine Grosssägerei am Fehlen qualifizierter Arbeitnehmer aus der Region scheitern könnte.[1701] Mit dem Einbezug der ersten Arbeitnehmer, den ersten Lieferungen des Rundholzes und den fortschreitenden Bauarbeiten konnten die Allianzpartnerschaften des Aktor-Netzwerks von der Projektphase über die Bauphase auf die Betriebsphase ausgeweitet werden. Indem die Voraussetzungen der Planwelten Schritt für Schritt ihre gesellschaftliche Entsprechungen fanden oder über den Verhandlungsweg den gesellschaftlichen Voraussetzungen angepasst wurden, zeichnete sich eine erfolgreiche Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit ab.

[1696] Simmen (2006e).
[1697] Ebenda.
[1698] Willi (2006b).
[1699] Anonym (2007b)
[1700] Kessler (2007).
[1701] Siehe 4.5.1.1 Vorgeschichte – „Resgia“ und „Resgia II“.



Abb. 139: Transformationen der Stadtlandschaften, Archiv Stallinger (Fotografie Stallinger Swiss Timber, 2007).

Am 19. April 2007, knapp ein Jahr nach Baubeginn, wurde der erste Baumstamm durchschnitten. Die Vertreter der Stallinger Swiss Timber rechneten, dass man in wenigen Tagen den Betrieb der Anlage aufnehmen konnte. Eine offizielle Eröffnung war geplant, sobald alle Arbeiten abgeschlossen waren.[1702] Am 8. Mai 2007 wurde die erste Bahnlieferung Holz auf das Areal gefahren.[1703]

Gegen Ende Juni wurde die Grosssägerei in Betrieb genommen. Am 6. Juni 2007 wechselte der Einschichtbetrieb mit neu rund 100 Angestellten in den Zweischichtbetrieb. In dieser Zeit wurde eine Einschnittmenge von 3'000 Kubikmetern Holz pro Tag erreicht. Das Resultat lag über den Erwartungen des Unternehmens. Bereits schraubte man das Ziel des Jahreseinschnittes von 600'000 Kubikmeter auf 1'000'000 Kubikmeter Rundholz. Für die Anpassung der Produktionsleistung verantwortlich war, dass mehr Holz als erwartet zur Verfügung stand. Rund 35 Prozent des Rundholzes stammte aus Graubünden, der Rest aus den übrigen Kantonen und aus dem Ausland.[1704]

Am Freitag, dem 26. Oktober 2007, wurde das Grosssägewerk der Firma Stallinger Swiss Timber AG in Domat/Ems mit den Worten „Die Vision ist Wirklichkeit – wir danken und eröffnen" offiziell eröffnet.[1705] Diese Eröffnungsworte verweisen auf die Spanne der gesellschaftlichen Zeit der räumlichen Transformationen. Während am Anfang Ideen kommuniziert und Interessen in Planwelten übersetzt wurden, verwoben sich bei der Rückübersetzung gesellschaftliche Ansprüche und Interessen mit die-

[1702] Anonym (2007c).
[1703] Anonym (2007d).
[1704] Berger (2007).
[1705] Willi (2007).

sen. Gesellschaftliche Verwebungen mit den Planwelten und Interessensverschiebungen innerhalb des Aktor-Netzwerks „Grosssägerei“ führten entsprechend zu Standortverschiebungen, zu Anpassungen der Planwelten und Strategien auf dem Baufeld, die sich schliesslich in die Siedlungswirklichkeit übersetzten.

Im Unterschied zu den ersten Planwelten begrenzte sich die Gleiserschliessung der gebauten Wirklichkeit auf die südliche Seite der Anlage entlang der Kantonsstrasse. Zulieferung auf den Lagerplatz, Entrindungs-, Sortieranlage, Aufladestation Holzschnitzel und Sägemehl wie auch Verladestation des Schnittholzes reihten sich entlang dieser Gleisanlage. Das Sägewerk, Hobelwerk und die Verpackungsstation wurden im Gegensatz zum ursprünglichen Konzept in einer kompakten Halle untergebracht. Die Trocknungsöfen wurden auf der Nordseite entlang der Autobahn angelegt. Östlich der Sägerei wurde der Lagerplatz für das Schnittholz angelegt. Durch die Konzentration und Neuorganisation der Anlage konnten Arbeitswege rationalisiert und Platz eingespart werden. Dafür konnten der Rundholzlagerplatz vergrössert und die Sortieranlage verlängert werden. Das Grundstück östlich des Werks, reserviert für weitere holzverarbeitende Betriebe, wurde belassen.[1706]

4.5.4 Die lokale planerische Praxis der Grosssägerei Stallinger

4.5.4.1 Die emergente Rolle der Planer

Die grösste Herausforderung für die in das Aktor-Netzwerk „Grosssägerei“ involvierten Planer war der Zeitdruck, unter welchem die unterschiedlichen Interessen der Akteure ausgehandelt und in räumliche Konzepte übersetzt werden mussten. Die Richt- und Raumplaner waren insbesondere bei der Standortfindung und -evaluation gefordert. Dabei ging es darum, die gesellschaftlichen Voraussetzungen der raumplanerisch idealen Standorte abzuklären und mit den Interessen einer Grosssägerei abzustimmen. Parallel dazu waren die Planer der Grosssägerei lokal-spezifisch gefordert, die Interessen der Grosssägerei konzeptionell an die soziotechnischen Rahmenbedingungen des Standorts Vial anzupassen. Die Planer waren, gemessen an der gesellschaftlichen Zeit der Siedlungswirklichkeit der heutigen Grosssägerei Stallinger, relativ lange in die raumbezogenen Aushandlungsprozesse involviert. Ein Grossteil der Interessen der Richt- und Raumplanung konnten dadurch eingebracht und aktiv verhandelt werden sowie teilweise über inhaltliche Verschiebungen soziotechnische Entsprechungen finden. Aus regionalplanerischer Sicht gelang es dem Aktor-Netzwerk „Grosssägerei Stallinger“, einen zentralen Akzent in der Siedlungswirklichkeit des Churer Rheintales zu setzen und die Prosperität der Region durch eine Verlängerung der Wertschöpfungskette der Wald- und Holzwirtschaft zu erhöhen.

Abgesehen von Begrünungsmassnahmen an der Parzellengrenze wurden räumlich-qualitative, städtebauliche und raumplanerische Interessen wie räumliche Klärungen und Vernetzungen der Grenzen und Übergänge zu anderen Elementen und Fragmenten der Zwischenstadt nicht in die Verhandlungen eingebracht oder fanden keine Entsprechungen, da sie nur passiv über Mittler wie Planwelten und Gesetzgebungen und nicht proaktiv durch die Planer selber eingebracht wurden.

4.5.4.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Planerische Voraussetzungen schaffen für die Ansiedlung einer Grosssägerei in Domat/Ems

Die Planwelt „Grosssägerei Stallinger – 2005“ war das Resultat von Aushandlungsprozessen zwischen Vertretern des Kantons, der Gemeinde, der Holzindustrie Stallinger und weiteren Fachleuten, dem Verhandlungsab-

[1706] Anlagekonzept heute, www.swisstimber.ch, Zugriff am 24. September 2008.

bruch der Bauernfamilie in Untervaz, dem Auffinden einer Starkstromleitung auf dem anfänglich favorisierten Standort Untervaz und schliesslich den definitiven Absagen der Gemeinden Untervaz und Zizers. In der Phase der Rückübersetzung der Planwelt war es die Aufgabe der Planer, für die unzähligen planweltlichen Voraussetzungen wie Rodung, Zustimmung zur Umzonung oder Fördergelder eine gesellschaftliche Entsprechung zu finden und inhaltliche Verschiebungen anzustreben.

• Partnergewinnung – Umweltschützer und Bevölkerung ins Netzwerk einbinden

Die Bedeutung der Grosssägerei im Zusammenhang mit der Wertschöpfung des einheimischen Holzes führte dazu, dass sich schnell stabile Verknüpfungen des Aktor-Netzwerks zu politischen und wirtschaftlichen Akteuren herstellen liessen. Waldbesitzer, Wirtschaftsförderer, kantonale Regierung und mit diesen sämtliche politischen Parteien des Kantons unterstützten das Projekt von Beginn an. Zwei Aktor-Netzwerke mussten noch als Allianzpartner des Aktor-Netzwerks „Grosssägerei Domat/Ems" gewonnen werden. Die stimmberechtigte Bevölkerung von Domat/Ems hatte über eine Umzonung des Gebiets Vial zu bestimmen. Die Umweltschutzverbände hatten die Möglichkeit zur Einsprache gegen das Vorhaben. Beide Gruppen konnten mit ihren Entscheidungen die Realisierungschancen der Interessen des Aktor-Netzwerks „Grosssägerei" erheblich verschlechtern, wenn nicht gar verunmöglichen. Es war die Aufgabe des Aktor-Netzwerks „Grosssägerei Domat/Ems" und mit diesem die Aufgabe der Planer, Argumente zugunsten der Planwelten des Grossprojekts zu liefern. Die Argumente mussten derart konstruiert sein, dass allfällige Gegner sich in ihren Interessen bestätigt sahen und der Grosssägerei zustimmen konnten.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Ersatz- bzw. Ausgleichsmassnahmen für den Umweltschutz, Fussgängerunterführungen und steuerliche Mehreinnahmen für die Bevölkerung von Domat/Ems

Die Umweltschutzorganisationen sahen mit den Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen für den Föhrenwald und die Magerwiese und den Zusicherungen des Kantons bezüglich Holzlieferungen mit der Bahn ihre Interessen mehrheitlich erfüllt. Die Bevölkerung liess sich durch die Verschiebung des Rangiergebiets, die versprochenen und später umgesetzten Fussgängerunterführungen sowie die Zusicherung steuerlicher Mehreinnahmen als Allianzpartner der Grosssägerei einbinden. Die Planer hatten entsprechend die Interessen des Umweltschutzes in die Raumplanung einzubeziehen und Flächen für die Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen in ihren Planwelten auszuscheiden. Gleichzeitig mussten die Planer Lösungsmöglichkeiten zur Linderung der Lärm- und Staubemissionen sowie der Wartezeiten bei den Bahnübergängen aufzeigen und in ihre Planwelten übersetzen.

• Bewährungsprobe – Der Umzonung des Gebiets Vial und der Rodung des Föhrenwaldes wird zugestimmt und keine Einsprache dagegen erhoben

Mit der Annahme der Umzonung der Freizeit- und Sportzone in die Industriezone Vial an der Urnenabstimmung vom 27. November 2005 wurden die Planwelten der Raumplaner durch die stimmberechtigten Bewohner von Domat/Ems bestätigt.

Bereits im Vorfeld sprachen sich die Umweltschutzverbände für einen Einspracheverzicht bezüglich der Rodung und der Umzonung im Vial aus. Da die geforderten Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen der Planung der zukünftigen Raumentwicklung von Domat/Ems den Forderungen der Umweltschützer mehrheitlich entsprachen, wurde der Einspracheverzicht eingehalten. Damit gelang es dem Aktor-Netzwerk „Grosssägerei" definitiv, die Umweltschutzverbände in die Interessenwelten des Netzwerks für eine Grosssägerei am Standort Vial zu integrieren.

• Verhandlungsabbruch – Werden die Vorgaben des Gestaltungsplans umgesetzt?

Nachdem in Domat/Ems durch die Unterstützung der Vertreter des Amts für Raumentwicklung sowie des Amts für Wirtschaft und Tourismus Graubünden ein Standort für die zukünftige Grosssägerei gefunden werden konnte, wurden die raumplanerischen Arbeiten und Kontrollmassnahmen mehrheitlich der Gemeinde Domat/Ems

übertragen. Die lokal-spezifische Rückübersetzung der Planwelten wurde zur Aufgabe der Baubehörden der Gemeinde und der von der Gemeinde beauftragten Planer. Mit dieser Übertragung der Aufgabe wurden neue Mittler in das Planungsverfahren einbezogen, die mit zusätzlichen Interessen und neuen Handlungstheorien die Planwelten und Vorgaben der Richtplaner entsprechend interpretierten.

Inwiefern diese neuen Mittler die Voraussetzungen beispielsweise der räumlich-qualitativen Einbindung der Grosssägerei durch das Bepflanzungskonzept einfordern werden, wird sich in Zukunft zeigen. Ebenfalls wird sich zeigen, inwiefern das Unternehmen Stallinger Swiss Timber diesen Forderungen entsprechen wird.

4.5.4.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Grosssägerei Stallinger“

Siehe Anhang am Anschluss an die dritte Mikrostudie: Ems-West, Domat/Ems.



Abb. 140: Anlagekonzept heute, www.swisstimber.ch, Zugriff am 24. September 2008.

4.6 Ems-West heute

Das Gebiet Ems West zeichnete sich in den vergangenen 10–15 Jahren durch seine Dynamik in der räumlichen Entwicklung aus. Während sich im Gwatt in Freienbach und im Forst in Schaan die gesellschaftliche Zeit der Siedlungswirklichkeit über mehrere Jahrzehnte erstreckte, waren die Verhandlungen und Übersetzungen des Einfamilienhausquartiers Marchesa, des Golfplatzes Vogelsang und der Industriezone Vial aus planerischer Sicht jeweils in nur wenigen Jahren abgeschlossen. Die sukzessiven, relativ kleinmassstäblichen und kleinräumigen Transformationen im Gwatt waren in ihren Einzelflächen zudem markant kleiner als die grossflächigen Entwicklungen insbesondere der Grosssägerei und des Golfplatzes im Gebiet Ems-West.

Nebst den hier erwähnten landschaftlichen Transformationen wurden zwischenzeitlich im Jahre 2005 auf dem Gelände der Ems-Chemie die bereits erwähnten zwei Blocks des Biomassekraftwerks der Tegra Holz und Energie AG erstellt.[1707] Noch während der Rückübersetzung der Planwelten der Grosssägerei in die Siedlungswirklichkeit wurde die Planung eines dritten Blocks des Biomassekraftwerks in Angriff genommen.[1708] Ebenfalls im Jahre 2005 wurde die Freizeitanlage Vial mit einer Turnhalle am westlichen Rand des Siedlungsgebiets in der Zone für öffentliche Bauten der Gemeinde erstellt. Das Biomassekraftwerk, die neue Turnhalle wie auch die Anlage der Grosssägerei sind neue markante Punkte in der Stadtlandschaft, die zusammen mit dem Golfplatz Vogelsang, dem Quartier Marchesa und den Emser-Werken das Landschaftsbild von Ems-West wesentlich mitprägen.

4.7 Die Stadtlandschaft Ems-West im Diskurs der Zwischenstadt

Das Gebiet Ems West hat sich in den vergangenen 10–15 Jahren zu einem Konglomerat von Arbeitsplatz-, Freizeit- und Wohngebiet entwickelt. Die idealen Erschliessungsbedingungen über die Autobahn A13 und die unmittelbare Nähe zur Kantonshauptstadt Chur haben das Gebiet Ems-West zu einem beliebten Wohn- und Arbeitsstandort in der Region Bündner Rheintal gemacht.

Mit der Ems-Chemie, die eine mehr als 65-jährige Entstehungsgeschichte aufweist, hat sich am Standort Ems-West der grösste Arbeitgeber des Kantons angesiedelt. Die über 1'400 Arbeitsplätze der Ems-Chemie AG alleine in Domat/Ems bilden ein wichtiges volks- und realwirtschaftliches Standbein des gesamten Kantons Graubünden.[1709] Mit dem neuen Zentrum für Holzverarbeitung, Schnittholzproduktion und Holzverwertung hat Domat/Ems auf seinem Gemeindegebiet ein weiteres Standbein etablieren können, das zukünftig bis zu 300 Arbeitsplätze anbieten wird.

Die zahlreichen gesellschaftlichen Verwebungen und verschiedenen Rückübersetzungen haben damit zu einer kontinuierlichen Transformation in Richtung einer Stadtlandschaft geführt, in welcher sich die hier rekonstruierten Rückübersetzungen der Aktor-Netzwerke in die Siedlungswirklichkeit als spezifische Elemente einer Zwischenstadt ablesen lassen.

[1707] Anonym (2005g).
[1708] Schneppat (2007).
[1709] Fetz (2005b), S. 93.



Abb. 141: Blick vom Tuma Marchesa Richtung Westen. Im Vordergrund sind Einfamilienhäuser des Quartiers Marchesa zu sehen. In der oberen Bildhälfte liegt der Golfplatz Vogelsang. Im Hintergrund links befinden sich die Anlagen der Ems-Chemie AG. Rechts der Mitte befinden sich die Biomassekraftwerke der Tegra. Weiter rechts schliesst die Grosssägerei und die Turnhalle im Gebiet Vial an (Fotografie Stefan Kurath, 2007).

4.7.1 Elemente der Zwischenstadt in Ems-West

Aus der Sichtweise der DNA der Zwischenstadt lassen sich auch die beschriebenen Teilgebiete von Ems-West gut in den zwischenstädtischen Diskurs einpassen.[1710] Die Emser-Werke können in diesem Zusammenhang als „XXL Struktur“ in der Stadtlandschaft bestimmt werden.[1711] Die Werke erfüllen die Charakterisierung einer autarken, kontextnegierenden Grossstruktur. Sie sind aufgrund ihrer Grösse ein Merkzeichen in der Stadtlandschaft. Als wichtigster Arbeitsplatzstandort im Kanton haben die Emser-Werke zudem eine überregionale Bedeutung.

Als „blinder Fleck“ lässt sich insbesondere der verschobene Rangierbahnhof von Emser-Werken, Tegra und Stallinger beschreiben.[1712] Dazu gehören auch der Holzlagerplatz des Stallinger-Areals, der wie auch der Rangierbahnhof in seiner Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit eingeschränkt ist. Als monokulturelle Siedlungsstruktur mit minimaler Ortsspezifik lässt sich das Quartier Marchesa als „Klon“ bezeichnen.[1713] Das Quartier besetzt im Verhältnis zum Wohnflächenanteil pro Quadratmeter immense Flächen und weist als monofunktionales Gefüge wenig räumliche Spannung auf.

Die einzelnen hier genannten Elemente der Zwischenstadt werden von einer landwirtschaftlich genutzten Kulturlandschaft durchdrungen. In dieser Konfrontation von „Stadt“ und „Landschaft“ entstehen „Ränder“ mit fraktalem Charakter als weitere Elemente der Zwischenstadt.[1714] Der Golfplatz Vogelsang als programmierte Landschaft lässt sich gleichzeitig als „temporäres Zentrum“ bestimmen.[1715] Er wird zeitweise für Grossveranstaltungen wie Golfturniere genutzt, während er ansonsten dem alltäglichen Golfbetrieb vorenthalten bleibt.

[1710] Bormann et al (2005), S. 16.
[1711] „XXL Strukturen“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 20.
[1712] „Blinde Flecken“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 19.
[1713] „Klone“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 22.
[1714] „Ränder“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 17.
[1715] „Temporäre Zentren“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 18.



Abb. 142: Die Emser-Werke als „XXL Struktur“, Blick vom Parkplatz des Golfplatzes Richtung Norden. Im Hintergrund ist die Sporthalle Vial zu sehen (Fotografie Stefan Kurath, 2008).



Abb. 143: Der Holzlagerplatz der Stallinger Swiss Timber als „blinder Fleck“ in der Zwischenstadt. Blick südwestlich des Industriegebiets Vial gegen Osten (Fotografie Stefan Kurath, 2007).



Abb. 144: Das Einfamilienhausquartier als „Klon“ in der Zwischenstadt. Gleichzeitig lassen sich die Kontaktlinien zwischen „Stadt“ und „Landschaft“ als fraktale Ränder erkennen. Blick vom Tuma Marchesa Richtung Südwesten. Im Hintergrund erkennt man den Golfplatz Vogelsang als „temporäres Zentrum“ (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

4.7.2 Raumzusammenhänge der Zwischenstadt in Ems-West

Das Gebiet Ems-West ist mit seinen zuvor beschriebenen einzelnen Elementen über Infrastrukturlinien der Bahn, Autobahn und Kantonsstrasse mit den übrigen zwischenstädtischen Elementen im Rheintal vernetzt. Diese Vernetzung erfüllt den Anspruch nach guter Erreichbarkeit von Wohnen, Arbeit und Freizeit. Gleichzeitig erwirken diese Vernetzungen eine Komprimierung des Raums, da sie barrierefreie und häufigere Bewegungen ermöglichen. Die Publikation „Zwischen Stadt Entwerfen" beschreibt diese Räume entsprechend als „komprimierte Räume".[1716] „Anstelle räumlicher Nahbeziehungen ist das Kriterium der zeitlichen Erreichbarkeit getreten. Dies führt neben dem Anspruch guter Erreichbarkeit aller Funktionen (…) zu einer veränderten Stadtdefinition bzw. Stadtwahrnehmung: vom Punkt zum Netz, von der konzentrischen Stadt zum Stadtgeflecht."[1717] Ems-West ist ein Füllstück in diesen Zwischenräumen des Netzwerks. Die „Mehrfachcodierung" der Zwischenstadt, die aufgrund eines Nebeneinanders und Durchdringens einzelner Elemente den Kontrast zwischen „Stadt" und „Land" auflöst, zeigt sich in Ems-West eindrücklich.[1718] Die ursprüngliche und unter Schutz gestellte Tumalandschaft taucht innerhalb der Siedlungswirklichkeit immer wieder präsent auf. Die Tumalandschaft ist Teil der Stadtlandschaft Domat/Ems geworden. Durch diese Vermischung ist die Tumalandschaft nicht mehr Antipode, sondern wesentlicher Bestandteil der Siedlungswirklichkeit.

Dem hier beschriebenen „Patchwork Urbanismus" fehlt ein übergreifender räumlicher Zusammenhang.[1719] Die Industriezone Vial, die Emser-Werke, der Golfplatz Vogelsang, das Quartier Marchesa wie auch die Sportanlage Vial sind einzelne Flecken der Zwischenstadt, die ein disperses Landschaftsbild bewirken. Die Vereinzelungen der in sich überwiegend homogenen Strukturen bewirken eine „entflochtene Öffentlichkeit" im Stadtkörper.[1720] „An die Stelle einer Öffentlichkeit als Ausdruck gemeinsamer übergeordneter Interessen oder eines kohärenten Gesellschaftsmodells treten durch Partikularinteressen formierte ‚Teilöffentlichkeiten'."[1721] So bewirken beispielsweise der Golfplatz oder die Sportanlage Vial bei grösseren Veranstaltungen temporäre Teilöffentlichkeiten.

4.7.3 Städtebauliches Potenzial von Ems-West

Das Gebiet Ems-West weist eine weitaus geringere Dichte auf als beispielsweise das Gwatt in Freienbach. Die einzelnen Patches werden von weiten landwirtschaftlich genutzten Flächen durchwoben, die durch Freizeitnutzungen wie Golf, Fahrradfahren, Spazieren oder Drachenfliegen überlagert werden. Die Grünflächen wirken einerseits als Attraktor für die anliegenden Wohn- und Arbeitsplatzquartiere, während die Grünflächen andererseits mit den Hügeln der Tumalandschaft eine lokale und sehr attraktive Kulisse bilden. Diese vorhandenen stadtlandschaftlichen Qualitäten weisen das grösste städtebauliche Potenzial auf. Das momentane Nebeneinander der Patches zu einer verflochtenen Stadtlandschaft zu entwickeln, könnte über eine Stärkung der zwar vorhandenen, aber brachliegenden landschaftsräumlichen Qualitäten und Strukturen in Ems-West geschehen. Im Rahmen eines

[1716] Der „komprimierte Raum" als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 25.
[1717] Ebenda, S. 25.
[1718] „Mehrfachcodierung" als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 27.
[1719] „Patchwork Urbanismus" als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 28.
[1720] „Entflochtene Öffentlichkeit" als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 26.
[1721] Ebenda, S. 26.

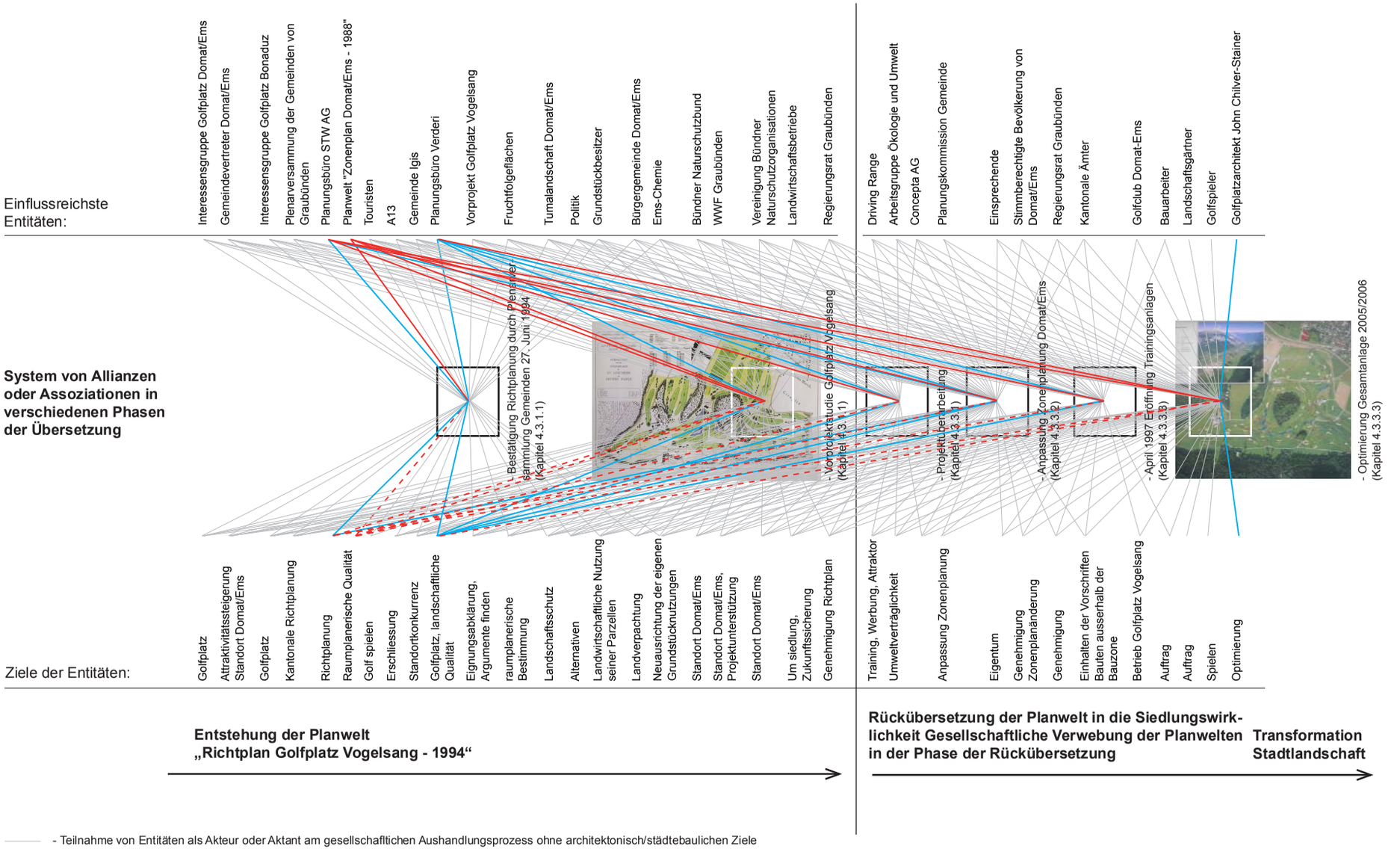
raumplanerischen Entwurfs könnte eine solche Freizeitlandschaft die einzelnen Patches – Quartier Marchesa, Grosssägerei, Emser-Werke oder Sportanlage Vial – intensiver miteinander vernetzen. Durch bewusst gesetzte stadtplanerische und landschaftsarchitektonische Massnahmen könnten die Übergänge akzentuiert und artikuliert werden. Die einzelnen Patches würden durch diese entwerferische Massnahme Teil dieser entworfenen Stadtlandschaft und könnten im Sinne von Attraktoren zusätzlichen inhaltlichen Mehrwert in Form von Themenparcours, Lernwerkstätten oder Kreativworkshops generieren. Über eine Integration der Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen des Landschafts- und Naturschutzes in die bestehenden zwischenstädtischen Strukturen könnten dieselben Massnahmen in der Siedlungslandschaft Domat/Ems nicht nur einen Mehrwert für den Naturschutz, sondern auch eine Aufwertung der Zwischenstadt und damit einen Mehrwert für die Bewohner von Domat/Ems bewirken.

4.7.4 Visualisierung der Aktor-Netzwerke mit Einflussnahme auf die Transformation der Stadtlandschaft am Beispiel Ems-West, Domat/Ems

Siehe Anhang am Anschluss an die dritte Mikrostudie: Ems-West, Domat/Ems.

ANHANG DRITTE MIKROSTUDIE

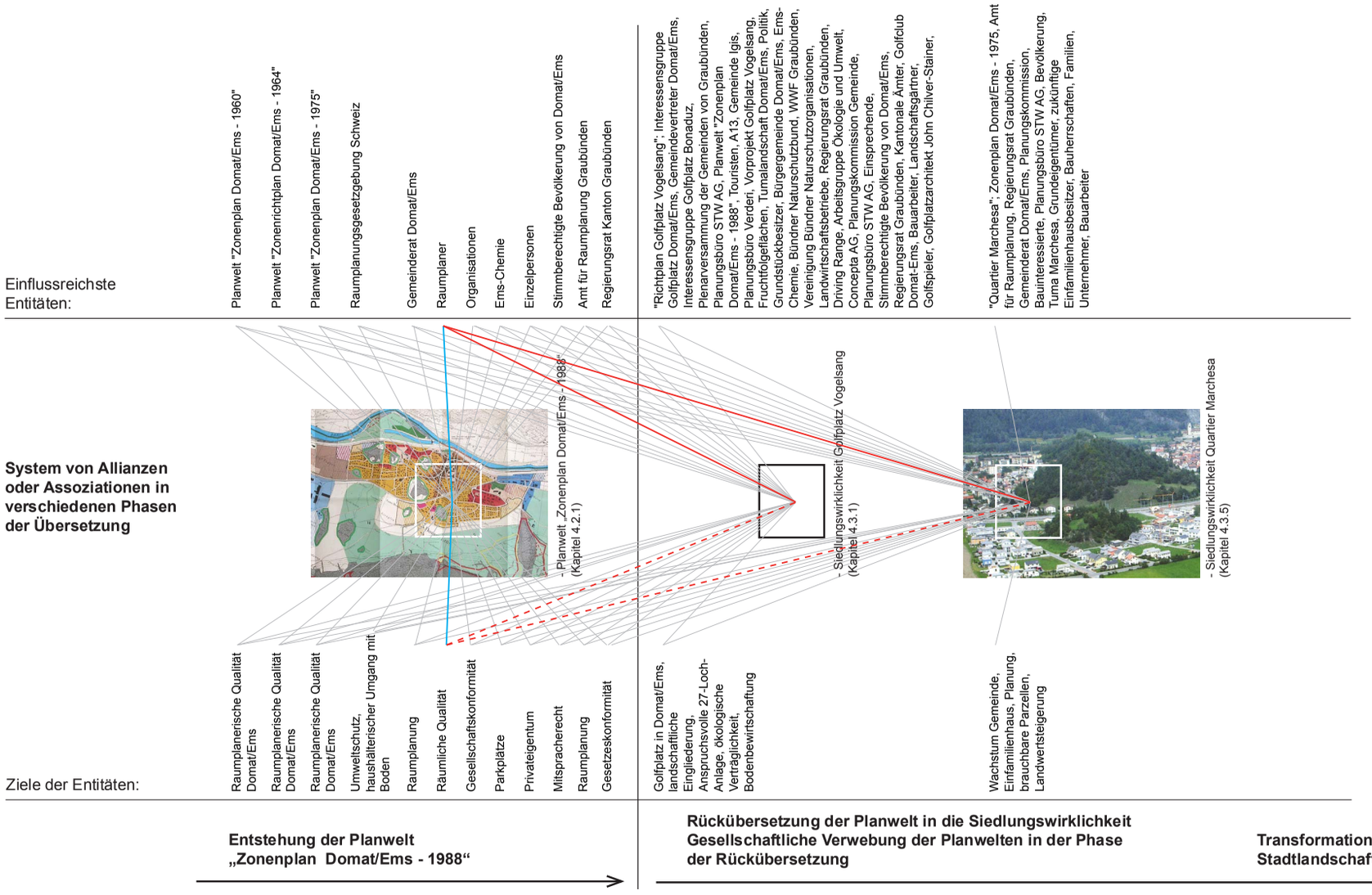
Visualisierungen Aktor-Netzwerke



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.
- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen
- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

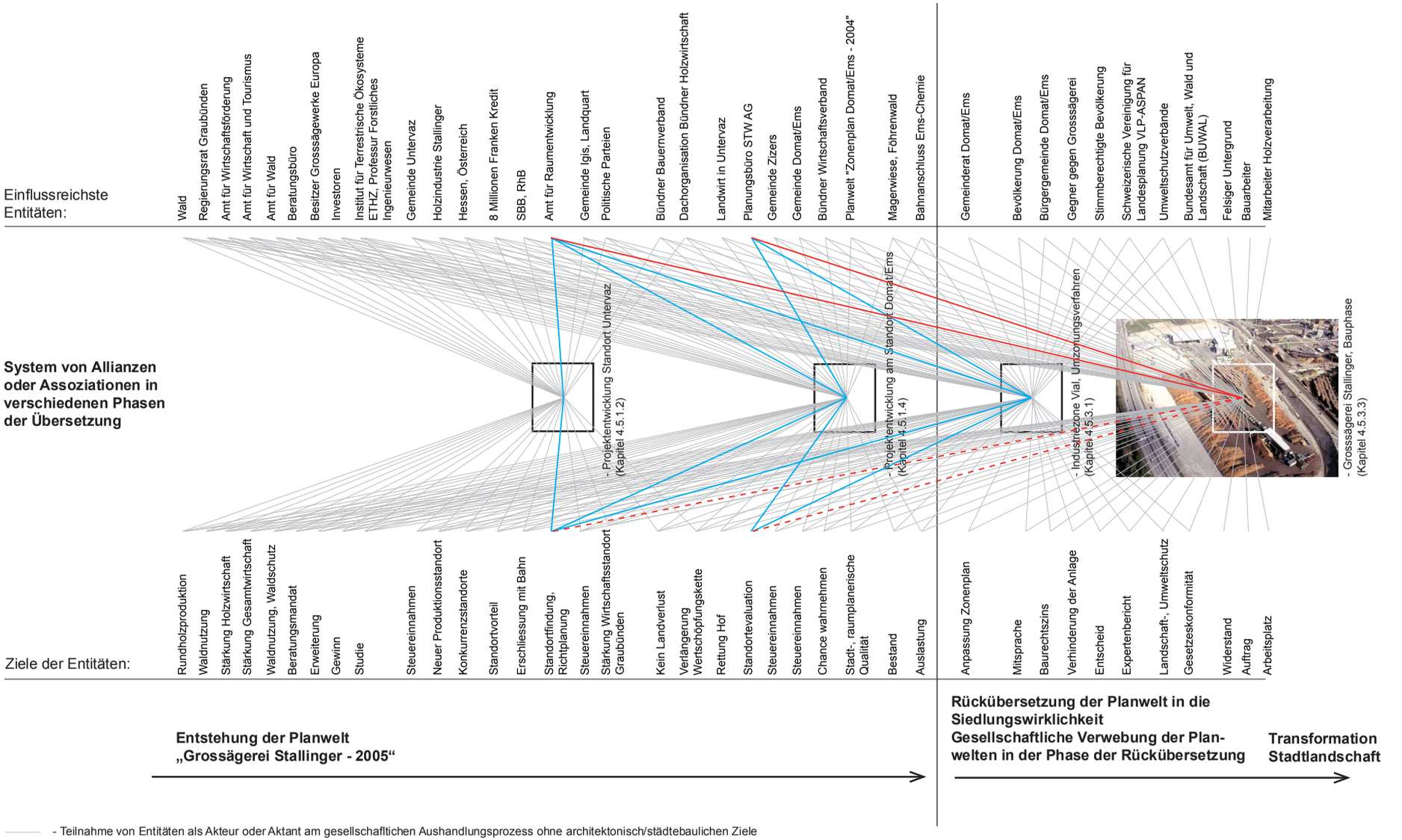
(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

4.3.4.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Richtplan Golfplatz Vogelsang“



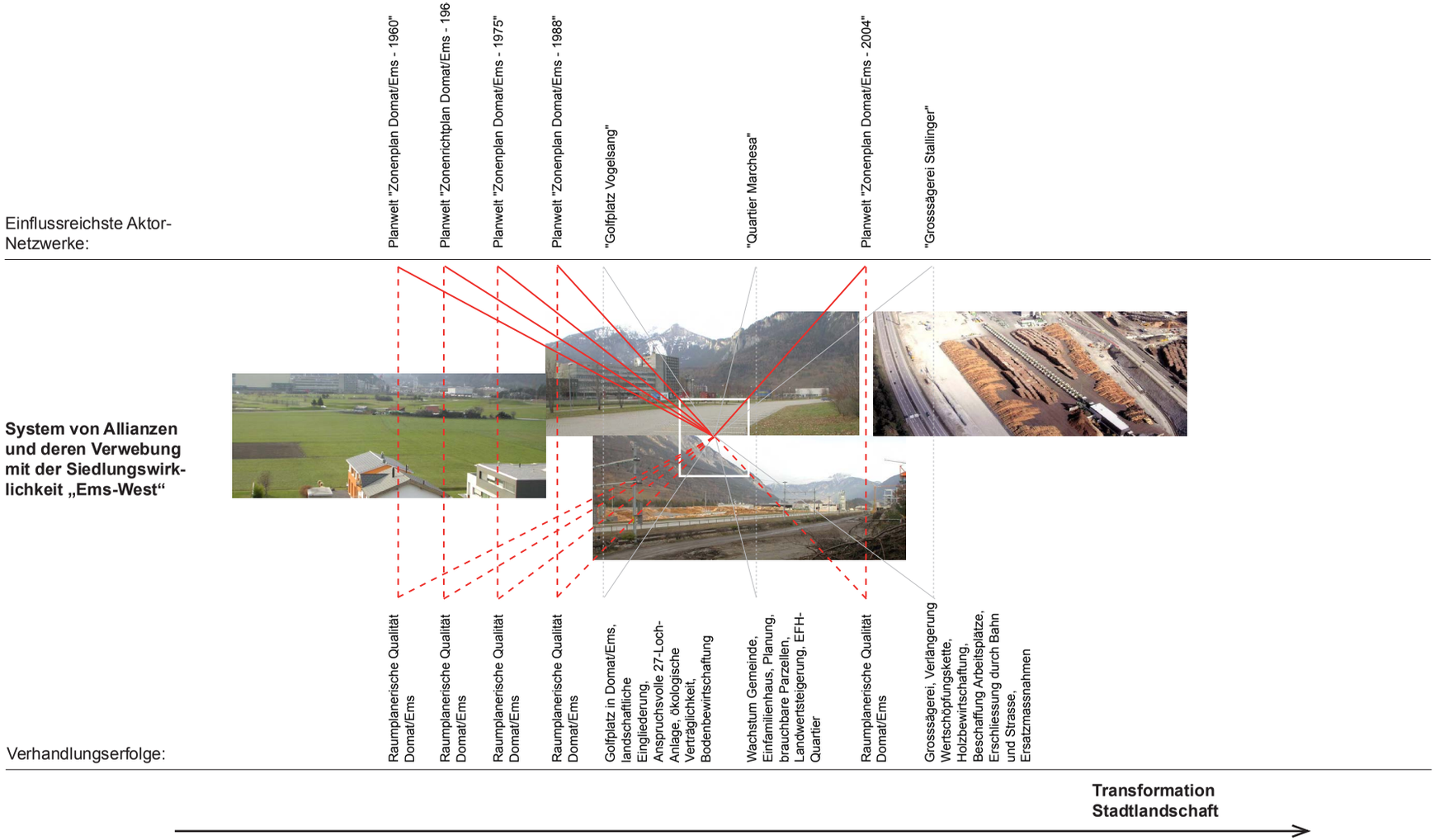
(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

4.4.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks
„Zonenplan Domat/Ems“ mit Fokus Ems-West bis 2004



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

4.5.4.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Grossägerei Stallinger“



4.8 Visualisierung der Aktor-Netzwerke mit Einflussnahme auf die Transformation der Stadtlandschaft am Beispiel Ems-West, Domat/Ems

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

VIERTE MIKROSTUDIE

A13, AUTOBAHNABSCHNITT HAAG-TRÜBBACH

5.0 Vierte Mikrostudie: A13, Autobahnabschnitt Haag–Trübbach

5.1 Einführung ins Untersuchungsgebiet

5.1.1 Die Region Buchs-Werdenberg heute

Der Autobahnabschnitt Haag–Trübbach der A13, dessen gesellschaftliche Verwebungen der Planungsgeschichte hier rekonstruiert werden, liegt in der Region Werdenberg im Kanton St. Gallen. Die Region umfasst die sechs politischen Gemeinden Sennwald, Gams, Grabs, Buchs, Sevelen und Wartau. Die Gemeinde Wartau grenzt im Süden an die Gemeinde Sargans und die Region Sarganserland. Nördlich bildet die Gemeinde Sennwald den Abschluss der Region Werdenberg; sie grenzt dort an die Region Rheintal. Im Osten grenzt die Region Werdenberg über ihre ganze Länge an den Rhein und an das Fürstentum Liechtenstein. Die westliche Längsseite der Region wird durch das Gebirgsmassiv der Churfirsten mit der Alvierkette und den Kreuzbergen des Säntismassivs abgeschlossen. In der Region Werdenberg lebten im Jahre 2006 rund 34'000 Personen.[1722]

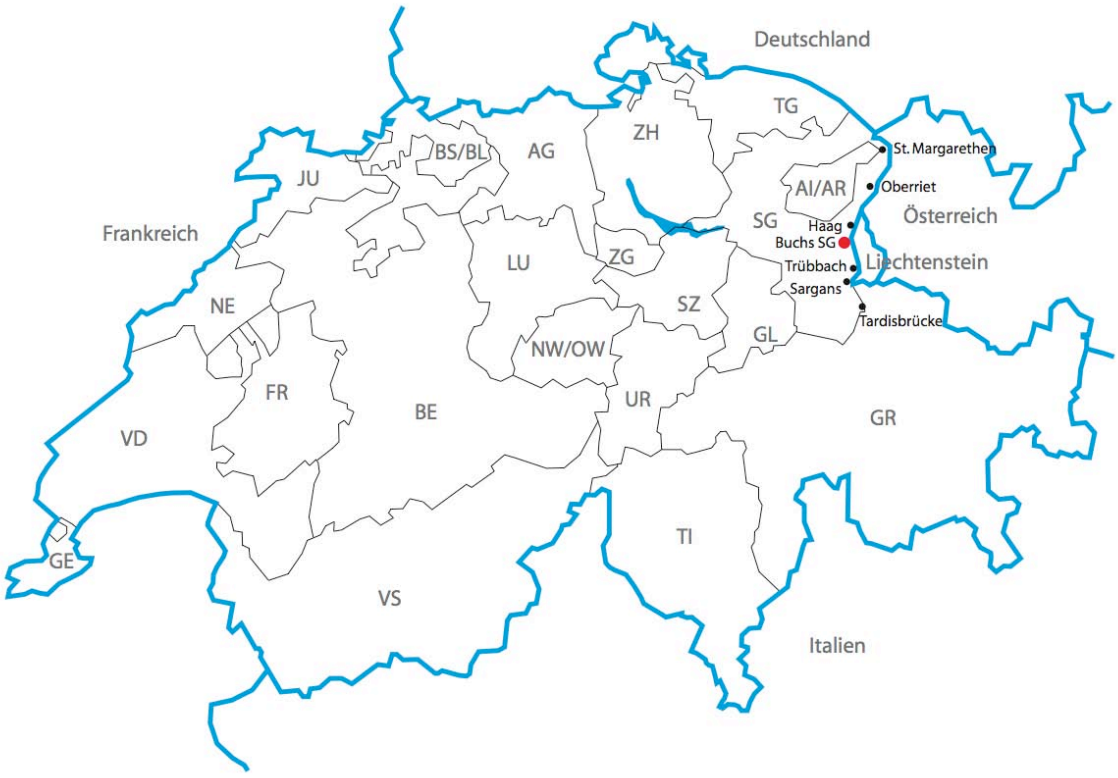


Abb. 145: Schweiz mit Gliederung in Kantone und Lokalisierung relevanter Ortschaften in Bezug auf die vorliegende Mikrostudie (eigene Darstellung).

[1722] www.werdenberg.ch, Zugriff am 14. November 2008.

In der Mitte der Region Werdenberg liegt die Gemeinde Buchs SG. Sie ist gleichzeitig deren wirtschaftliches und soziokulturelles Zentrum. Die Gemeinde Buchs zählte im Jahre 2006 rund 10'500 Einwohner und 5'916 Arbeitsplätze. Ihre Entwicklung zum regionalen Zentrum hängt eng zusammen mit dem Güterbahnhof, der als Grenzbahnhof zum Fürstentum Liechtenstein und indirekt nach Österreich zu einem der wichtigsten Güterumschlagplätze der Südostschweiz gehört. Ebenfalls profitiert die Gemeinde Buchs von der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen Rheintal und Sarganserland wie auch des Kleinstaats Liechtenstein.[1723]

Die Gemeinde präsentiert sich selber als „Drehscheibe im internationalen Güter- und Reiseverkehr" wie auch als Metropole der Region Werdenberg, die zu einem Zentrum der Bildung und des Detailhandels herangewachsen sei. „Die interstaatliche Hochschule für Technik Buchs, das Berufs- und Weiterbildungszentrum sowie die International School Rheintal strahlen bis weit über die Landesgrenzen hinaus. Die Bahnhofstrasse mit ihrer Vielfalt an gepflegten, interessanten und teilweise auch exklusiven Läden und Dienstleistungsbetrieben ist zweifelsohne *das* Schaufenster der Gemeinde. Die Angebotspalette der Geschäfte im Einkaufszentrum lässt kaum einen Wunsch offen."[1724]

5.1.2 Die Region Buchs-Werdenberg im Kontext statistischer Raumgliederungen heute

Die Gemeinde Buchs bildet zusammen mit den Gemeinden Vaduz und Schaan im Fürstentum Liechtenstein eine eigene Agglomeration (Abb. 146), welche sich durch eine erhebliche Dynamik auszeichnet.[1725] Im schweizerischen Kontext zählt sie zu den momentan am stärksten wachsenden Agglomerationen überhaupt. Besonders auffällig ist die starke Zunahme des PKW-Pendlerverkehrs. So wuchs zwischen 1970 und 2000 das Pendlervolumen um fast 70 Prozent. Das verweist auf eine Mobilitätskultur, die für das Alpenrheintal bezeichnend ist. Dabei haben insbesondere die kurzen Distanzen bis zu einer Viertelstunde Fahrzeit sehr stark zugenommen. Der Prozentanteil der Verwendung des Automobils hat sich mehr als verdoppelt.[1726] Zum Vergleich: Von den im Jahr 2000 in Buchs wohnhaften 6'919 Erwerbstätigen und Schülern arbeiteten bzw. lernten 3'974 Personen in der Gemeinde Buchs selber. 1'932 Personen pendelten in Nachbargemeinden, weitere 1'013 Personen ins Ausland. Von den insgesamt 2'945 Pendlern pendelten 1'006 Personen regelmässig zu Lern- und Arbeitszwecken nach Liechtenstein. Mit 497 Zupendlern lag die Nachbargemeinde Grabs im Jahre 2000 an zweiter Stelle. Es folgten die Nachbargemeinden Sennwald mit 282, Sevelen 211 und Wartau mit 131 Pendlern. Nach Sargans, dem nächstgelegenen Zentrum, pendelten noch 175 Personen. Umgekehrt pendelten 3'258 Personen zu Lern- und Arbeitszwecken nach Buchs. Aus dem benachbarten Ausland pendelten regelmässig 795 Personen zu. Von den 795 Zupendlern mit Wohnsitz im Ausland pendelten 429 Personen aus Österreich und 357 Personen aus Liechtenstein nach Buchs. Am meisten Zupendler aus den Nachbargemeinden kamen aus Grabs mit 772 Zupendlern, danach folgten die Gemeinde Sevelen mit 410, die Gemeinde Sennwald mit 325, die Gemeinde Wartau mit 220 und die

[1723] www.buchs-sg.ch, Zugriff am 14. November 2008.
[1724] Ebenda.
[1725] Die Agglomerationen werden im Bundesamt für Statistik (BFS) nach statistischen Kriterien definiert. Zu diesen Kriterien gehören die Einwohnerzahl und die Bevölkerungsentwicklung, der bauliche Zusammenhang, das Verhältnis der Erwerbstätigen zur Wohnbevölkerung, die Wirtschaftsstruktur und die Verflechtung mit der Kernzone durch Pendler. Agglomerationen sind zusammenhängende Gebiete mehrerer Gemeinden mit insgesamt mindestens 20'000 Einwohnern. Bundesamt für Statistik, „Agglomerationen, Einzelstädte und Metropolen der Schweiz", Stand 2000, www.bfs.admin.ch, Zugriff am 20. August 2008.
[1726] www.pendlerstatistik.admin.ch, Zugriff am 14. November 2008.

Gemeinde Gams mit 219 Zupendlern.[1727] Mit diesen Zahlen bestätigt sich die enge Pendlervernetzung der Gemeinde Buchs insbesondere mit dem Fürstentum Liechtenstein und den unmittelbaren Nachbargemeinden zu einer Agglomeration mit ausdifferenzierten Wohn-, Arbeitsplatz-, aber auch Ausbildungszentren. Diese Daten belegen eine über die letzten Jahrzehnte intensivierte Verflechtung sowie Ausdifferenzierung einzelner Teilgebiete in eine eher wohnorientierte Region Werdenberg und den Arbeitsstandort Liechtenstein.[1728] Folgt man aktuellen Prognosen, wie jenen des St. Galler Planungsbüros Strittmatter aus dem Jahre 2003, so dürften sich in den nächsten Jahren diese Prozesse in beschleunigter Form fortsetzen.[1729]

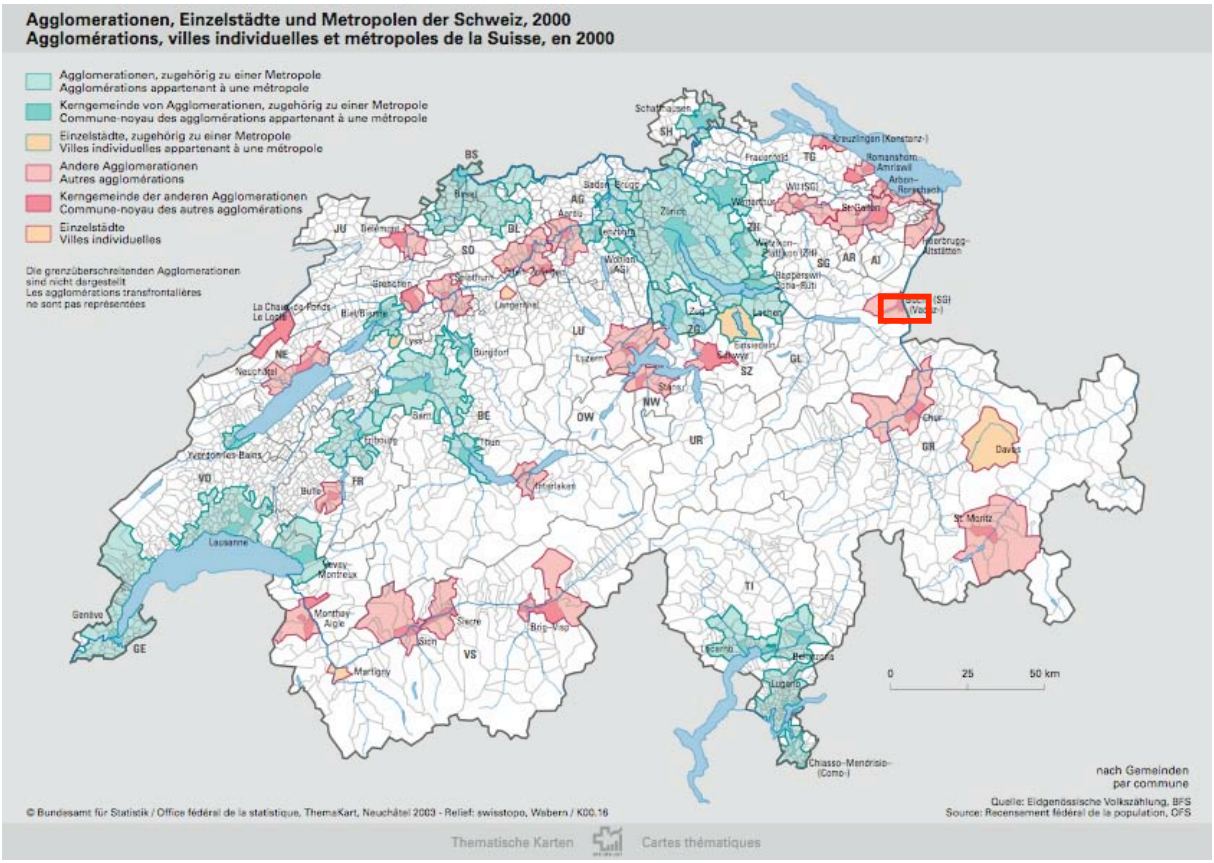


Abb. 146: Bundesamt für Statistik, „Agglomerationen“, Stand 2000.

Das Raumkonzept des ETH Studio Basel sieht die Agglomeration Buchs-Vaduz als Teil des Städtenetzes Bodensee.[1730] Sie lässt sich als Ausläufer der Vorarlberger Rheintalstadt mit den Städten Feldkirch, Altstätten, Hohenems, Dornbirn und Bregenz ausmachen. Die Agglomeration Buchs-Vaduz mit den Regionen Werdenberg und Liechtenstein bildet dabei das Bindeglied zum Stadtnetz Sargans-Chur-Domat/Ems. Im Rückbereich der Agglomeration Buchs-Vaduz liegt nach Definition des Studio Basel eine sogenannte Stille Zone mit einem Alpine Resort beim Wintersportort Wildhaus.[1731]

[1727] Bundesamt für Statistik, „Pendlerstatistik“, Stand Volkszählung Schweiz 2000, www.media-stat.admin.ch/stat/pendler, Zugriff am 21. Oktober 2008.
[1728] Eisinger, Kurath (2006), S. 32.
[1729] Strittmatter AG, Einwohner und Arbeitsplätze. Grundlagenanalyse und Prognose. St. Gallen, Januar 2003.
[1730] „Städtenetze bilden sich aus kleinen und mittleren Zentren, die ausserhalb der Einzugsgebiete der Metropolitanregionen liegen. (...) Die Netzwerke der Städtenetze sind vor allem regional und national ausgerichtet, erreichen international jedoch nur geringe Bedeutung. Sie haben eine mittlere Dichte und eine mittlere Heterogenität.“ Diener et al, (2006), S. 650; Ebenda, S. 669.
[1731] „Sie (die Stillen Zonen; Anm. Kurath) dienen als Erholungsgebiete, als Knoten dezentraler Freizeitaktivitäten, als Terrains für Sport oder überregionale, spezialisierte Konsumangebote. Damit weiten sich die Radien der Pendlerkulturen aus. Sie unter-

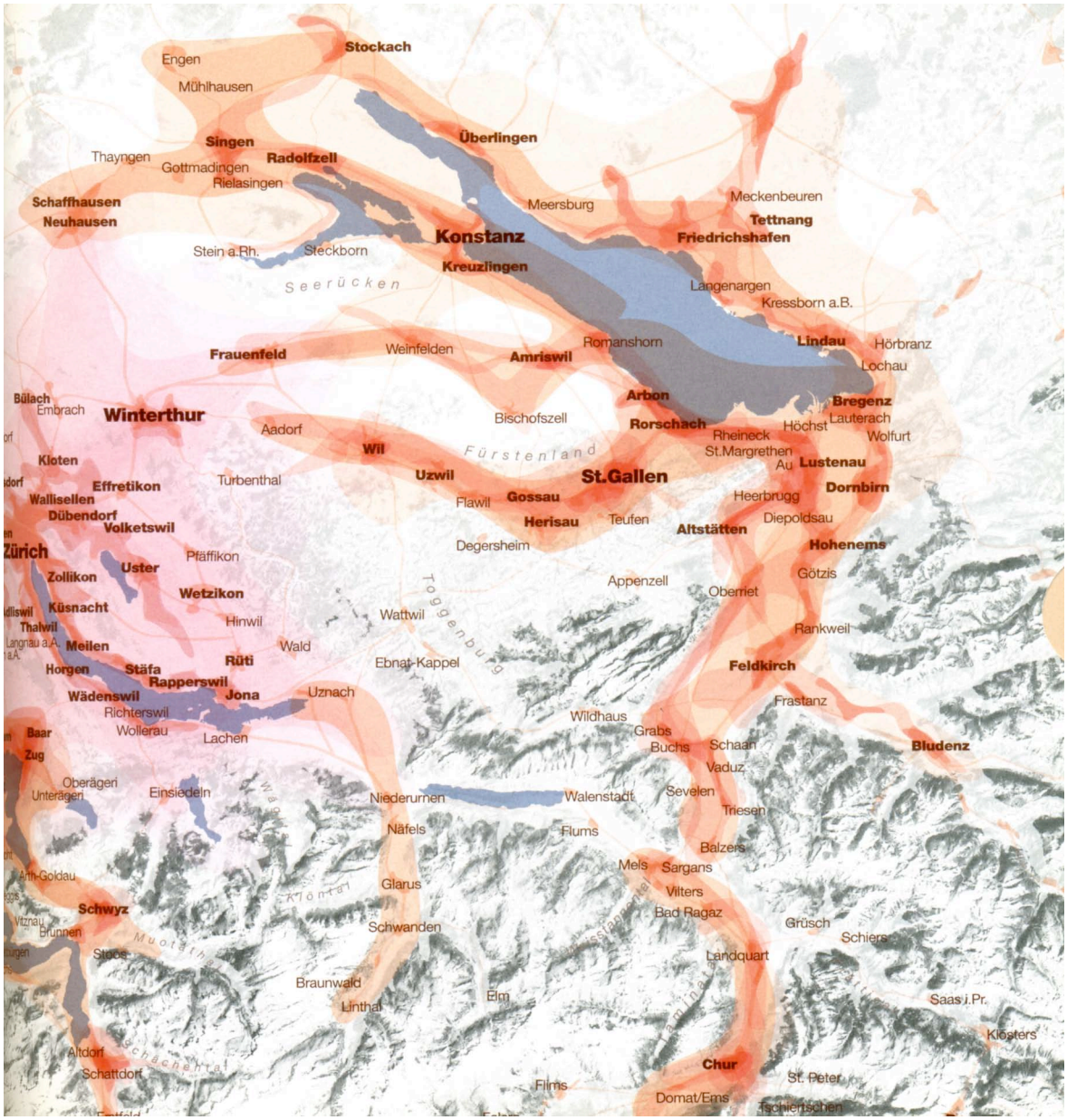


Abb. 147: Studio Basel ETHZ, Ausschnitt aus der Karte „Die Schweiz – Ein städtebauliches Portrait – Städtenetze“, aus: Diener et al. (2006), S. 649.

5.1.3 Der Bereich des Autobahnabschnittes A13 Haag–Trübbach vor 1970

Das Landschafts- und Siedlungsbild des Alpenrheintals vor dem Autobahnbau in den 1960er- und 1970er-Jahren war massgeblich vom Lauf des korrigierten Rheins und dessen sukzessiver Einfassung während des 19. Jahrhunderts geprägt. Der ursprünglich wilde Flussverlauf führte dazu, dass sich die ersten Dörfer im Alpenrheintal mehrheitlich am Übergang der Talebene zum Bergfuss möglichst nahe bei den fruchtbaren Schwemmböden in den Auen ansiedelten.[1732] Mit der zunehmenden Ausdehnung der Siedlungen und der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung des Talbodens wurde der

werfen die Stillen Zonen einer langsamen, zunächst schlecht sichtbaren Transformation. Zuerst werden die leer gewordenen Gebäude der alten Dörfer von weit pendelnden Zuzügern beansprucht. Umgekehrt beginnen die Dorfbewohner an anderen Orten zu arbeiten, ohne das Dorf zu verlassen.“ „Alpine Resorts beschreiben urbane Gebiete in den Bergen, die nicht Teil von Städtenetzen oder Metropolitanregionen sind und keine andere wichtige ökonomische Funktion aufweisen als den Tourismus.“ Ebenda, S. 900.

[1732] Broggi (1988), S. 39.

Hochwasserschutz mit punktuellen Massnahmen in Angriff genommen.[1733] Bald zeigte sich, dass das nicht ausreichend war.[1734] In der Folge wurde das Grossprojekt der Rheinkorrektion angegangen. Nach einem Hochwasser im Jahre 1868 erhöhte die Schweiz im Jahre 1872 das bestehende Doppelwuhrsystem zu eigentlichen Hochwasserdämmen. Bei diesen Massnahmen konnte Liechtenstein vorerst aus finanziellen Gründen nicht mithalten. Erst nach 1878 stellte auch das Fürstentum Liechtenstein auf das Hochwuhrsystem um.[1735] Die Rhein- und Binnenwasserkorrektion war demzufolge ein Bauwerk, das mehrere Jahrzehnte in Anspruch nahm und erst Anfang des 20. Jahrhunderts seine Vollständigkeit erreichte. Parallel zu den Korrektionen wurde im Jahre 1885 in Haag das grösste Meliorationswerk der Schweiz in Angriff genommen, das sich bald bis zur Gemeinde Au und Bad Ragaz ausdehnte. Die Melioration und insbesondere die Rheinkorrektion unterstützten die wirtschaftliche Entwicklung des Rheintals. Die Bauwirtschaft profitierte von den Bauarbeiten, die Landwirtschaft durch den Landgewinn. Da dank der Melioration und Rheinkorrektion neue Brücken gebaut werden konnten, intensivierte sich auch der Güteraustausch zwischen Vorarlberg, Bregenz und Liechtenstein mit der Schweizer Uferseite. In der Folge beschleunigten sich die Bevölkerungsentwicklung und die Ausdehnung der Siedlungen.[1736] „Heute (im Jahre 1992; Anm. Kurath) ist jeder Teil der Ebene ein Resultat von Planung: der Flusslauf, die kanalisierten Gewässer, die meliorierte Ebene mit ihrer neuen Parzellierung und dem System von Windschutzstreifen längs der Wege und Kanäle, die Ortschaften und ihre ausgedehnten Bauzonen, die Verkehrsverbindungen.“[1737]

Der Autobahnabschnitt A13 Haag–Trübbach wurde entlang des korrigierten Rheins erstellt. Vor 1970 waren grössere Abschnitte des künftigen Trassees durch Waldgebiete belegt, die im Rahmen der Rheinkorrektion gepflanzt worden waren. Am 24. Januar 1885 hatte der Grosse Rat des Kantons St. Gallen nämlich beschlossen, dass der gewonnene Boden dem Rheinkorrektionsunternehmen einer öffentlich-rechtlichen Anstalt des Kantons St. Gallen mit eigener Rechtspersönlichkeit als Eigentum überlassen werden sollte und „auf die Herstellung eines angemessenen Waldstreifens hinter den Korrektionswerken tunlichst Bedacht zu nehmen“ sei.[1738] Die nicht durch Wald belegten Gebiete wurden mehrheitlich landwirtschaftlich genutzt. Nur sehr vereinzelt stiessen vor dem Jahre 1970 die Siedlungsflächen bis an den Rhein. Damit war die damalige Kulturlandschaft entlang des Rheins vor 1970 durch ihre mehrheitlich forst- und landwirtschaftliche Nutzung geprägt.

5.1.4 Die verwendeten Quellen

Die folgende Mikrostudie „Autobahnabschnitt A13 Haag–Trübbach“ basiert auf Plänen, ausführlichen Dokumenten und Eröffnungsbroschüren, die aus dem Archiv des Tiefbauamts des Kantons St. Gallen stammen. Der Verlauf der Verhandlungen sowie deren konkrete Inhalte und Beschlüsse, die das Gemeindegebiet Buchs SG betreffen, wurde Beschlussprotokollen der Gemeinderatssitzungen und Baukommissionen, Korrespondenzen sowie Auszügen von Planunterlagen entnommen. Diese Unterlagen stammen aus dem Bauarchiv der Gemeinde Buchs SG.

[1733] Kaiser (1993a), S. 67.
[1734] Götz (1993), S. 12.
[1735] Broggi (1988), S. 41.
[1736] Kaiser (1993b), S. 104.
[1737] Ebenda, S. 110.
[1738] Germann (1993), S. 203; Meili (1918), S. 93.

Wegen der Datensperrfrist sowie aus datenschutzrechtlichen Gründen werden in den folgenden Ausführungen die Personen anonymisiert. Aus diesem Grund werden nur die Funktionen und Positionen der anonymisierten Personen angegeben. Ausnahmen bilden autorisierte Aussagen oder Aussagen, die in Zeitungsartikeln oder Magazinen der Öffentlichkeit zugänglich sind.

5.2 Planung der Rheinstrasse im Jahre 1959

5.2.1 Die Planwelt „Rheinstrasse – 1959“

5.2.1.1 Vorgeschichte – die Idee einer Rheinstrasse

Bereits in den frühen 1940er-Jahren war der Ausbau des Strassennetzes im Alpenrheintal ein zentrales Thema der lokalen städtebaulichen Praxis. So waren im Jahre 1943 die Planungen zur Aufwertung der bestehenden Kantonsstrasse zur Staatsstrasse in vollem Gange. Eine genaue Streckenführung lag zwar noch nicht vor. Bekannt war hingegen, dass das Baudepartement des Kantons St. Gallen beabsichtigte, die wichtigsten Strassenverbindungen in ihrer Linienführung zu verbessern und die Fahrbahnen zu verbreitern. Aus diesem Grund wurden in einem Schreiben des Baudepartementes des Kantons St. Gallen sämtliche Gemeindebehörden des Kantons aufgefordert, allfällige Bauvorhaben den Vertretern des kantonalen Baudepartementes zu melden. Es zeigte sich nämlich, dass die Planung einer zukünftigen Staatsstrassenstrecke entlang der bestehenden Kantonsstrasse immer wieder durch Neubauten infrage gestellt wurde.[1739]

Im Jahre 1944 präsentierten die Kantonsingenieure die Planungsarbeiten an einer Konferenz in Buchs.[1740] Vertreter der Gemeinden, der Verkehrsvereine von Buchs und Sargans, der Schweizerischen Bundesbahn, der Rheinbauleitung, des Festungskommandos Sargans wie auch der Kantonsgeometer und der Oberingenieur der Rheinmelioration waren anwesend. Die geplante Strasse sollte teilweise durch die Ortschaften und teilweise an den Ortschaften vorbei führen. Wie sich in der anschliessenden Diskussion zeigte, waren die Konferenzteilnehmer von einer unmittelbaren oder weiter abgelegenen Umfahrungsstrasse wenig begeistert. So beanstandeten beispielweise die Vertreter der Gemeinde Altstätten und der Gemeinde Buchs bei der Strassenführung die weite Entfernung zum Stadt- [1741] respektive Dorfzentrum.[1742] Der Vertreter der Gemeinde Wartau erwähnte den Widerstand der Dorfbewohner von Trübbach gegen die Umfahrungsstrasse; sie wollten die Strasse im Dorf haben.[1743] Wieder andere kritisierten den Kulturlandverlust oder dass die besten Ortsgemeindegüter bei einer Linienführung ausserhalb der Dörfer zerschnitten würden.[1744] Trotz der anfänglichen Widerstände entschieden die Verantwortlichen der Gemeinde Buchs nach einem Jahr kontroverser Diskussionen, dass die geplante Überlandstrasse nicht durchs Dorf verlaufen, sondern ausserhalb vorbeigeführt werden sollte.[1745] Die Vertreter des Kantons überarbeiteten die Strassenführung auf dem Gemeindegebiet von Buchs und ersetzten den zuvor festgelegten Verlauf durch das Dorfzentrum durch eine östliche Linienführung entlang des Binnenkanals und damit ausserhalb des Siedlungsgefüges.[1746]

[1739] Schreiben des Vorstehers des Baudepartementes des Kantons St. Gallen an sämtliche Gemeinderäte des Kantons St. Gallen, „Landesplanung und Ausbau des Strassennetzes“, 9. November 1943, Archiv Bauamt Buchs SG.
[1740] Aktennotiz über die Konferenz vom 25. August 1944 im Hotel Bahnhof Buchs, „Ausbau der Schweizerischen Hauptstrasse im Rheintal von Altstätten bis Tardisbrücke/Bad Ragaz“, 30. August 1944, Archiv Bauamt Buchs SG.
[1741] Ebenda, S. 2.
[1742] Ebenda, S. 4.
[1743] Ebenda, S. 5.
[1744] Ebenda, S. 3-4.
[1745] Schreiben des Gemeinderates von Buchs an Kantonsingenieurbureau St. Gallen, 28. Juli 1945, Archiv Bauamt Buchs SG.
[1746] Schreiben des Baudepartementes St. Gallen an den Gemeinderat von Buchs, „Gemeinde Buchs, Schweizerische Hauptstrasse“, 10. September 1945, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.

In den Folgejahren wurden im Rheintal, wie vorgesehen, die bestehenden unregelmässigen und kurvenreichen Überlandstrassen begradigt. Strassen in den Dorfkernzonen wurden verbreitert, ganze Häuserreihen abgebrochen und teilweise Umfahrungsstrassen erstellt. Der in den folgenden Jahren stark zunehmende Verkehr liess allerdings bald einmal die Hoffnung nach annehmbaren Verhältnissen schwinden.[1747]

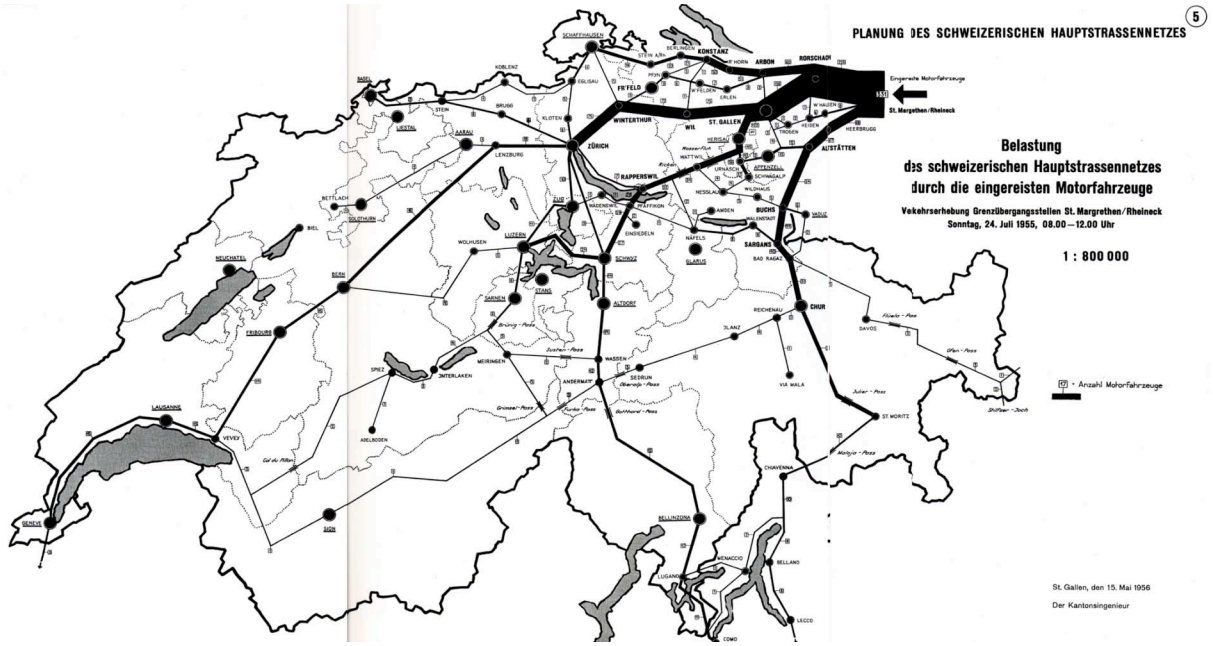


Abb. 148: Tiefbaudepartement Kanton St. Gallen, „Belastung des Schweizerischen Hauptstrassennetzes durch die eingereisten Motorfahrzeuge. Sonntag, 24. Juli 1955, 08.00–12.00 Uhr“, Verkehrserhebung am Grenzübergang St. Margrethen/Rheineck, 15. Mai 1956, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.

Wenig später erhielt die Diskussion um das Hauptstrassennetz zwischen Sargans und St. Margrethen eine neue Dimension. Der industrielle Albert Schmidheini entwickelte in dieser Zeit die Idee einer Rheinstrasse. Schmidheini war nach einer Reise in die Vereinigten Staaten kurz nach dem Zweiten Weltkrieg beeindruckt davon, wie dort die Verkehrsprobleme gelöst wurden. Er forderte im Grossen Rat des Kantons St. Gallen eine ähnlich weitreichende Massnahme. Die Hauptverkehrsader sollte ganz aus den Dörfern herausgenommen und an den Rhein verlegt werden. Gleichzeitig sollte mit der Verlegung der Strasse auf den Rheindamm ein weiteres Problem kurzzeitig gelöst werden. Das Bett des korrigierten Rheins stieg damals wegen der Kiesablagerungen stetig höher; es musste ständig ausgebaggert und die Dämme erhöht werden. Da dieses Vorgehen relativ teuer war und der Damm nicht unendlich erhöht werden konnte, sollte der Rheinkies nach Vorschlag von Schmidheini zukünftig zur Anschüttung eines Strassenkoffers längs des Rheindamms verwendet werden. Dadurch sollte auch der Damm selber gestärkt werden.[1748]

Am 16. Mai 1956 beschloss der Grosse Rat des Kantons St. Gallen ein Strassenbauprogramm, welches auch besagte Rheinstrasse beinhaltete. Am 1. Juli 1956 stimmte die stimmberechtigte Bevölkerung des Kantons St. Gallen dem Strassenbauprogramm und damit der Planungsfinanzierung zu. In

[1747] Bericht zur Einweihung der Teilstrecke Rheineck–Oberriet 26 km, „Nationalstrassen N1 + N13“, 19. Dezember 1964, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 3.
[1748] Ebenda, S. 3.

der Folge verfasste der Kantonsingenieur des Kantons St. Gallen einen Bericht über die Rheinstrasse zuhanden der Planungskommission für das schweizerische Hauptstrassennetz mit dem Antrag, das Strassenprojekt in das zukünftige Netz der Nationalstrassen aufzunehmen. [1749]

Im Bericht argumentierte der Kantonsingenieur, dass die bestehende Rheintalstrasse St. Margrethen–Altstätten–Buchs–Sargans mit einer Länge von 58 Kilometer durch 18 Ortschaften führe. Dies habe einen relativ hohen Anteil an Innerortsstrecken zur Folge. „Die Innerortsstrecken betragen rund 30 Kilometer oder rund 52 Prozent der gesamten Länge. Die Durchfahrten sind in den alten Ortszentren schmal und unübersichtlich und lassen sich mit vertretbaren Mitteln kaum verbessern. (…) Ausserorts ist die Linienführung vielfach sehr kurvenreich und unübersichtlich (…). Grosse Teilstrecken haben wegen des schlechten Untergrundes unter dem Einfluss des motorisierten Verkehrs derart gelitten, dass ihre Instandstellung einer Neuanlage gleichkommt (…)."[1750] Weiter führte der Ingenieur aus, dass der Kanton St. Gallen mittlerweile die finanziellen Mittel für den Bau der Rheinstrasse auf der Teilstrecke St. Margrethen bis Oberriet bereits bereitgestellt habe. Mit dem Antrag zur Aufnahme der Rheinstrasse in das Netz der Nationalstrassen sollten nun weitere Mittel für die Ausführung der gesamten Rheinstrasse beschafft werden.[1751]

Die Kommission für die Planung des schweizerischen Hautpstrassennetzes des eidgenössischen Departementes des Innern beschloss am 29. März 1957, die Strecke von St. Margrethen nach Sargans als Autobahn zweiter Klasse in das nationale Strassenverkehrsnetz aufzunehmen.[1752] Mit dieser Aufnahme erhielt die Rheinstrasse als Teilstück des Nationalstrassennetzwerks nationale Bedeutung. Bereits im Vorfeld der Verhandlungen um die Rheinstrasse war der geplante San-Bernardino-Strassentunnel für den winterlichen Transitverkehr durch die Alpen ins Netz der Nationalstrassen aufgenommen worden. Die Rheinstrasse bildete damit die Sammelstrasse für sämtliche Zufahrtswege aus Süddeutschland und Teilen Österreichs nach Norditalien.[1753] Mit der Aufnahme der Planwelten der Rheinstrasse als Teilstrecke des Nationalstrassennetzes konnte ein erster Schritt der Allianzbildung für die neue Rheinstrasse abgeschlossen werden.

5.2.1.2 Inhalte der Planwelt „Rheinstrasse – 1959"

Die Planwelt „Rheinstrasse – 1959" umfasste die Strassenverbindung von Sargans nach St. Margrethen und weiter bis nach Rheineck-Buriet. Die Linienführung zwischen St. Margrethen und Sargans entlang des Rheindamms wurde, wie einst von Albert Schmidheini vorgeschlagen, beibehalten. Sie wies nebst der kostengünstigen Verwendung des Rheinkieses weitere Vorzüge auf. Sämtliche Ortschaften konnten mit dieser Linienführung umfahren werden, was eine rationelle Verkehrsabwicklung und eine Erhöhung der Verkehrssicherheit versprach. Die Linienführung versprach zudem einen

[1749] Bericht zur Einweihung der Teilstrecke Haag–Trübbach, „N13 Haag–Trübbach, Projektierung und Ausführung", Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 5.
[1750] Tiefbauamt St. Gallen, „Bericht an die Planungskommission für das schweizerische Hauptstrassennetz – Die Rheinstrasse", 12. März 1957, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 1.
[1751] Ebenda, S. 4.
[1752] Schreiben der Tiefbau- und Strassenverwaltung des Kantons St. Gallen an die Gemeinderäte Altstätten, Rüthi, Sennwald, Buchs, Sevelen, Wartau, Sargans und Mels, „Rheinstrasse St. Margrethen–Sargans", 17. April 1958, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1753] Tiefbauamt Kanton St. Gallen, „Bericht an die Planungskommission für das schweizerische Hauptstrassennetz – Die Rheinstrasse", 12. März 1957, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 2.

geringen Aufwand für den Landerwerb, da nur Kulturland entlang des Rheins ohne Zerstückelung von Grundstücken beansprucht werden sollte. In Zeiten, als der Wald noch nicht den heutigen Stellenwert hatte, galt eine Linienführung in bewaldeten Gebieten als Vorteil.[1754] Damit knüpfte die Linienwahl der zukünftigen A13 an die Handlungsketten der Melioration sowie der Rheinkorrektion und der damit im Zusammenhang stehenden Anpflanzung von Wald entlang der Rheindämme an und führte die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse an diesem Punkt fort.[1755]

Anschlüsse an die Autobahn waren insgesamt acht vorgesehen. In St. Margrethen war der Übergang der Autobahn Richtung Winterthur-St. Gallen geplant. Gleichzeitig war ein Anschluss für die künftige Autobahn aus Süddeutschland über Bregenz und St. Margrethen und der Region Rheineck-St. Margrethen vorgesehen. In Au sollten die Region Balgach-Heerbrugg-Berneck-Appenzeller Vorderland-Au und Teile des Vorarlbergs angeschlossen werden. In Widnau war ebenfalls ein Anschluss für Teile des Vorarlbergs sowie die Region Heerbrugg-Widnau-Diepoldsau vorgesehen. In Kriessern sollte ein Anschlusswerk für die Stoss- und Ruppenstrasse erstellt werden. Anschluss an diesen Kreuzungspunkt sollte auch die Region Altstätten finden. In Oberriet war ein Anschluss für die Region Sennwald-Rüthi-Oberriet sowie das österreichische Feldkirch und Vorarlberg vorgesehen. In Haag und Buchs war ein Anschluss für die Region Wildhaus-Toggenburg sowie Liechtenstein geplant. In Sargans war der Übergang der Rheinstrasse in die heutige Autobahn N3 Zürich–Chur vorgesehen. Zwei weitere Anschlüsse bei Sennwald-Ruggell und Trübbach-Balzers mussten noch abgeklärt werden.[1756] Sämtliche Anschlüsse sollten niveaufrei gekreuzt werden. Die Bahnlinie der SBB und ÖBB in Oberriet sollte ebenfalls niveaufrei mit der Rheinstrasse gekreuzt werden.[1757] Die Ausbaugrösse der geplanten Rheinstrasse mit zwei anstatt vier Fahrstreifen und beidseitigen Abstellstreifen war gestützt auf eine Verkehrsprognose bis ins Jahr 1980, die in etwa eine Verdoppelung der Verkehrszahlen der Erhebungen von 1955 erwarten liess.[1758] So lange sollte eine „halbe“ Autobahn von insgesamt 13 Metern Kronenbreite genügen. Die Überführungsbauwerke hingegen wurden weitsichtig auf eine vierspurige Autobahn ausgerichtet und mit einer lichten Weite von 26 Metern erstellt.[1759] Die Nebenbauwerke sollten allfälligen späteren Strassenverbreiterungen nicht im Wege stehen.

Der Streckenabschnitt von Rheineck über St. Margrethen nach Oberriet sollte in einer ersten Etappe erstellt werden. Dieser Abschnitt wurde vorgezogen, weil die Teilstrecke St. Margrethen-Rheineck und St. Margrethen-Oberriet vom damaligen und zukünftig zu erwartenden Strassenverkehr am stärksten betroffen war. Zudem waren auf der bestehenden Hauptstrasse von St. Margrethen nach Oberriet die längsten Innerortsstrecken anzutreffen. Diese Hauptstrasse sollte in absehbarer Zeit entlastet werden. Entsprechend sicherte der Kanton St. Gallen die Finanzierung dieses Abschnitts als Erstes. Der Abschnitt von Oberriet nach Sargans sollte später erfolgen.[1760]

[1754] Ebenda, S. 1.
[1755] Siehe Kapitel 5.1.3 Der Bereich des Autobahnabschnittes A13 Haag Trübbach vor 1970; Germann (1993), S. 203; Meili (1918), S. 93.
[1756] Tiefbauamt Kanton St. Gallen, „Die Rheinstrasse St. Margrethen–Oberriet–Sargans, Nationalstrasse zweiter Klasse“, 26. August 1959, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 2.
[1757] Ebenda, S. 4.
[1758] Ebenda, S. 2.
[1759] Ebenda, S. 5.
[1760] Tiefbauamt Kanton St. Gallen, „Bericht an die Planungskommission für das schweizerische Hauptstrassennetz – Die Rheinstrasse“, 12. März 1957, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 1.

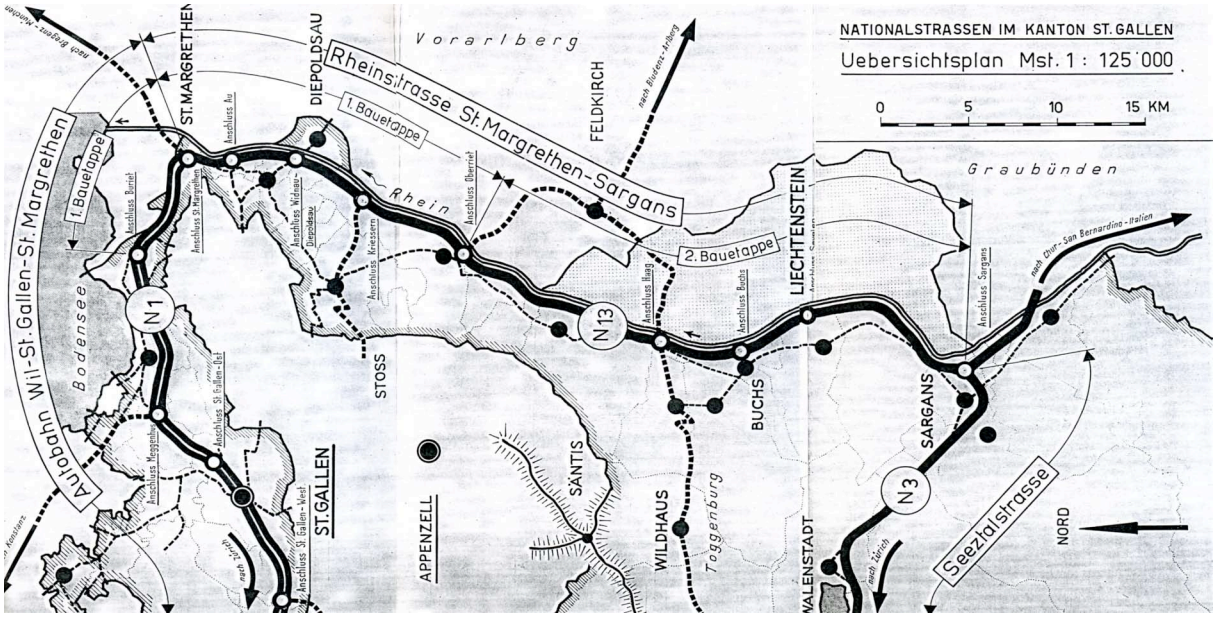


Abb. 149: Tiefbaudepartement Kanton St. Gallen, „Übersichtsplan Mst. 1:125'000, Nationalstrassen im Kanton St. Gallen", 1959, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.

In den Unterlagen der Planwelt „Rheinstrasse – 1959" wurde die erste Bauetappe von St. Margrethen-Oberriet durch das kantonale Tiefbauamt detailliert beschrieben.[1761] Bezüglich der Linienwahl wurden mehrere Akteure erwähnt, die eine bestimmte Rolle spielten. „Die im Situationsplan dargestellte Linienführung der Rheinstrasse, Teilstrecke St. Margrethen-Oberriet, ergibt sich aus der Lage der bestehenden Überbauung, den zum Teil schlechten Untergrundsverhältnissen und dem Verlauf des Hochwasserdammes des Rheines."[1762]

Der geplante Strassenzug der ersten Etappe von St. Margrethen nach Oberriet beanspruchte für den Strassenkörper mit Anschlussbauwerken rund 500'000 Quadratmeter Fläche. 80 Prozent des dafür vorgesehenen Bodens wurden bis anhin landwirtschaftlich genutzt. „Die vorgesehene Linienführung entlang dem Rheindamm bietet jedoch den wesentlichen Vorteil, dass vom Strassentrasse meist nur die Randpartien der Parzellen beansprucht werden. Nur in Ausnahmefällen (bei den Anschlussbauwerken) gehen der landwirtschaftlichen Nutzung grössere zusammenhängende Flächen verloren. Der Eingriff durch den vorgesehenen Strassenbau in das Kulturland darf deshalb für die Landwirtschaft als tragbar bezeichnet werden."[1763] In den Ortschaften Oberfahr und Montlingen setzte die geplante Strassenlinie zudem den Abbruch von mehreren Wohnhäusern, die Verlegung einiger Lagerbauten der Rheinbauleitung sowie der kommunalen Schützenanlagen von Widnau und Kriessern voraus.[1764]

Der Baugrund wurde im Streckenabschnitt von St. Margrethen nach Widnau und von Kriessern nach Oberriet als gut bewertet. Es wurden keine nennenswerten Schwierigkeiten erwartet. Hingegen zeigte sich der Streckenabschnitt von Widnau nach Kriessern durch das Diepoldsauerriet als ausgesprochen ungünstig. Erst in einer Tiefe von elf bis 13 Metern konnte eine tragfähige Kies-Sand-Schicht gefunden werden. Die Zwischenschichten aus sechs bis sieben Meter dickem Torf und folgendem feinkör-

[1761] Ebenda, S. 4.
[1762] Ebenda, S. 4.
[1763] Ebenda, S. 7.
[1764] Ebenda, S. 7.

nigem Silt mit organischen Beimengungen wurden als ausgesprochen setzungsempfindlich beurteilt. Diese Beurteilung hatte zur Folge, dass die Planer nach Lösungen suchten, den Untergrund zu verdichten. Gleichzeitig überlegte man sich, ob im Teilbereich mit schlechtem Untergrund der Unterbau der Strasse bereits für einen vierspurigen Ausbau vorbereitet werden sollte, damit er sich bis zu einem allfälligen Vollausbau gleichmässig setzen konnte.[1765] Die Kosten, die für die Planung und Erstellung für die erste Etappe von St. Margrethen bis Oberriet errechnet wurden, beliefen sich auf rund 21 Millionen Schweizer Franken. 2,5 Millionen sollten für den Erwerb von Baugrund und Rechten aufgewendet werden. 15,5 Millionen waren für die Bauarbeiten reserviert. Der Rest von etwa drei Millionen war für Signalisation, Bepflanzung, Bauleitung und Unvorhergesehenes eingeplant.[1766]

Die Planwelt „Rheinstrasse – 1959“ war bis zu diesem Zeitpunkt zwar bereits detailliert aufgestellt. Dennoch setzte das Vorhaben eine Reihe von Ressourcen und Annahmen voraus, die erst noch eine gesellschaftliche Entsprechung finden mussten. So waren Landerwerb, Linienführung, Anschlüsse oder Finanzierung noch nicht abschliessend verhandelt. Das Aktor-Netzwerk „Rheinstrasse“ war noch nicht stabil geknüpft. Dieses musste im Rahmen des Rückübersetzungsprozesses der Planwelt erst noch getestet, ergänzt und verfestigt werden.

Mit dem Bundesgesetz über die Nationalstrassen vom 8. März 1960 und dem Bundesbeschluss über die Festlegung des Nationalstrassennetzes vom 21. Juni 1960 wurde eine gesetzliche Grundlage geschaffen, welche die Planung und den Bau der Nationalstrassen auf Bundesebene regelte und verankerte.[1767] Damit waren nicht mehr die Kantone, sondern der Bund für das übergeordnete Nationalstrassennetz verantwortlich. Mit dem Beschluss der Bundesversammlung vom 21. Juni 1960 wurde auch die Rheinstrasse von St. Margrethen nach Sargans als Teilstück der N13 von St. Margrethen über Sargans, San Bernardino nach Castione definitiv in die Liste der Nationalstrassen als Nationalstrasse zweiter Klasse aufgenommen.[1768] Damit war auf gesetzlicher Ebene der Bund als erster verlässlicher Netzwerkpartner mit breitem Wirkungskreis bestimmt. Diesem musste es nun zusammen mit den Planern als Sprecher des Aktor-Netzwerks gelingen, die weiteren notwendigen Allianzpartner für die Rückübersetzung der Planwelt in die Siedlungswirklichkeit zu versammeln und in das Vorhaben einzubinden.

5.2.2 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „ Rheinstrasse – 1959“

5.2.2.1 Die emergente Rolle der Planer

Ausgangspunkt für die Beauftragung der Strassenplaner des Kantons für eine Rheinstrasse waren eine zunehmende Ausweitung des Siedlungsgefüges entlang der bestehenden Verkehrsachsen, die damit einhergehende Belastung der Strassendörfer des St. Galler Rheintals durch die stetige Zunahme des Strassenverkehrs sowie die den Fahrzeugen und Fahrgeschwindigkeiten unangepassten Strassenbreiten und Kurvenradien. Die Aufgabe und Rolle der Planer war es, Lösungsmöglichkeiten für die zunehmende Verkehrsbelastung mit einer effizienten und wirtschaftlichen Strassenführung zu vereinen und diese zusammen mit Topografie, Baugrund, gesetzlichen Bestimmungen und bestehenden Bauten in erste Skizzen und Konzeptpläne zu übersetzen.

[1765] Ebenda, S. 6.
[1766] Ebenda, S. 7.
[1767] www.admin.ch, Zugriff 17. November 2008; Gilgen (2005), S. 23.
[1768] Bericht zur Einweihung der Teilstrecke Haag–Trübbach, „N13 Haag–Trübbach, Projektierung und Ausführung“, Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 5.

5.2.2.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung bei der Entstehung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Die Rheinstrasse als Entlastung und Rheindammverstärkung

Anfänglich hatten die Planer die Aufgabe, die bestehenden Strassen im Rheintal zu verbreitern und zu begradigen, eine Linie zu finden, die möglichst wenig Kulturland verbrauchte und möglichst nahe an den Dorfzentren vorbeiführte. Mit der Zunahme des Individualverkehrs nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich das. Nun hatten die Planer eine Linie für die Rheinstrasse zu finden, welche eine möglichst weiträumige Umfahrung des Siedlungsgebiets durch den Transitverkehr ermöglichte. Hinzu kam die Forderung nach einer Linienführung, die den Rheindamm stärkte und den Kiesabbau aus dem Rheinbett begünstigte. Eine Lösung für diese Aufgabe setzte voraus, dass entsprechendes Bauland zur Verfügung stand, die Linieführung möglichst ohne Siedlungsrückbau auskam, der Baugrund sich entsprechend tragfähig zeigte und die Finanzierung der Strasse gesichert werden konnte. In einem weiteren Schritt mussten diese vorausgesetzten Allianzen getestet werden.

• Partnergewinnung – Die ideale Linienführung zur Stärkung der Nord-Süd-Achse

Wenn auch anfänglich zwar nur zögerlich, so gelang es den Planern und Vertretern des Kantons schliesslich doch, die Gemeindepolitiker mit überzeugenden Argumenten auf die Linienwahl der zukünftigen Rheinstrasse entlang des Rheins einzustimmen. Gründe für diesen Überzeugungserfolg lagen darin, dass sich mit den entworfenen Planwelten aufzeigen liess, wie die Strassendörfer im Alpenrheintal von der Verkehrszunahme entlastet werden konnten; ausserdem erhofften sich die Gemeindevertreter durch die Bauarbeiten und die bessere regionale Vernetzung einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Region. Mit der gewählten Linienführung entlang des Rheindamms konnten die meisten Punkte der Aufgabenstellung gelöst werden. Das Land wurde minimal zerstückelt. Die Siedlungen konnten mehrheitlich umfahren werden. Der Kies aus dem Rheinbett konnte verwendet werden. Der Baugrund war an den meisten Orten tragfähig.

Bezüglich der Finanzierung konnte der Kanton St. Gallen vorerst nur die erste Etappe sicherstellen. Entsprechend musste ein gewichtiger Allianzpartner gefunden werden, der die Rückübersetzung der übrigen Teilstrecken finanzierte. Anlaufpartner für diese Problemstellung war der Bund, der sich bereits im Vorfeld des Bundesbeschlusses von 1960 für die Planung, Erstellung und Finanzierung eines Nationalstrassennetzes stark machte. Um die Vertreter des Bundes von der Notwendigkeit des Streckenabschnitts von St. Margrethen nach Sargans zu überzeugen, erstellten die Planer Diagramme und Statistiken, welche die Wichtigkeit des Teilstücks hinsichtlich der Nord-Süd-Achse und dem zu dieser Zeit in Planung befindlichen San-Bernardino-Tunnel aufzeigten.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Der Bund steigt ein und übernimmt die Führung

Mit dem Entscheid zur Aufnahme der Rheinstrasse in das Nationalstrassennetz der Schweiz fügte sich der Bund in die Rolle des Investors. Die Vertreter des Kantons waren zwar weiterhin für die Koordination der Planung auf kantonaler und kommunaler Ebene verantwortlich, die Planung selbst aber wurde an die technischen Bedingungen einer Nationalstrasse, beispielsweise in Bezug auf Strassen- und Überführungsbreite, angepasst. Die Rolle der Planer war es, die vielfältigen Interessen und Ziele der Akteure und Aktanten des Aktor-Netzwerks „Rheinstrasse" in ein Strassenprojekt zu übersetzen, das die Akteure und Aktanten als Allianzpartner nachhaltig einzubinden vermochte.

• Bewährungsprobe – Die Planwelt „Rheinstrasse – 1959" wird als Teilprojekt der N13 durch den Beschluss der Bundesversammlung bestätigt

Die erste Bewährungsprobe der Planwelt bestand darin, die Planwelten der Rheinstrasse am 21. Juni 1960 durch die Bundesversammlung bestätigen zu lassen. Damit waren die Verbindungen zwischen dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden nicht nur stabil verknüpft. Als je eigene Aktor-Netzwerke verfügten der Bund und Kanton zusammen mit den Gemeinden über rechtliche, politische und finanzielle Mittel, die gewährleisteten, dass Interessens- und Ziellagen ihre soziotechnischen Entsprechungen fanden. Dennoch mussten im Verlauf der Rückübersetzung die nach wie vor vorausgesetzten Allianzen mit der Bevölkerung, den Anwohnern oder dem Baugrund getestet und die Inhalte der Allianzen verhandelt und allfällig verschoben werden.

5.3 Rückübersetzung der Planwelt „Rheinstrasse – 1959“ über Projektverhandlungen in die Siedlungswirklichkeit

• AUTOBAHNABSCHNITT N13 RHEINECK–OBERRIET

5.3.1 Planwelt „Autobahnabschnitt N13 Rheineck–Oberriet – 1962“ und deren Rückübersetzung

5.3.1.1 Verhandlungen und gesellschaftliche Verwebungen der Planwelten

Obwohl die Linienführung des Streckenabschnitts von Rheineck nach Oberriet bereits früh vorsondiert wurde, zeigten sich bei der Detailplanung insbesondere in Konfliktzonen zwischen Siedlungen, bestehender Bahnlinie und der Topografie einige Schwierigkeiten. Im Streckenabschnitt von Rheineck nach St. Margrethen wurden aus diesem Grund Teile der zukünftigen Autobahn im ursprünglichen Flussgerinne des alten Rheins geplant.[1769] Die Linienführung entlang des alten Rheins hatte den Vorteil, dass schwerwiegende Eingriffe in das dicht besiedelte Gebiet und die bestehende Strassen- und Bahnlinienführung vermieden werden konnten. Dafür waren die Anforderungen und Aufwendungen für die hochwassersicheren Strassendämme höher und verlangten eingehende Untersuchungen über die zu lösenden Fundationsprobleme aufgrund von siltigem Untergrund.[1770] Gleichzeitig musste ein bestimmtes Niveau des Strassentrassees oberhalb des maximalen Hochwasserstands eingehalten werden. Die dadurch erforderliche Errichtung der Anlage auf einem Damm von drei bis vier Metern Höhe sowie Böschungssicherungen gegen Schifffahrt und Wellenschlag bereiteten entsprechende Schwierigkeiten und sorgten für planerischen Mehraufwand.[1771]

Ebenfalls mehr Planungsaufwand erforderte eine ausgeprägte Engstelle zwischen Rhein und Hangfuss des Heldsberges. Dort an der Schweizer Staatsgrenze zu Österreich mussten die Kantonsstrasse, die Bahnlinie der SBB, der Rheintaler Binnenkanal und neu auch die geplante Autobahn durchgeführt werden. Hinzu kam, dass sich an dieser Stelle ebenfalls drei Grundwasserwerke befanden, welche die Wasserversorgung sämtlicher Haushalte zwischen Rheineck und Widnau sicherten. Aufgrund dieser erschwerenden Umstände suchte man eine Linie im Hochwassergerinne des korrigierten Rheins.[1772] Eine erste kostengünstige Variante, welche die gesamte Kronenbreite der Autobahn im Hochwassergerinne vorsah, wurde von den internationalen Behörden der Rheinregulierung aus Gründen der Flusstechnik abgelehnt. In der Folge musste von den Ingenieuren eine Konstruktion gesucht werden, bei welcher sich die eine Fahrbahn auf einem hochwassersicheren Damm befand, während die Gegenfahrbahn auf einem rund 600 Meter langen Viadukt entlang der Böschung des Rheintaler Binnenkanals geführt wurde. Die dadurch notwendige Verschiebung des Damms hatte eine Einengung des Hochwassergerinnes zur Folge, die bei maximalen Abflussmengen des Rheins einen errechneten Aufstau von rund zehn Zentimetern bewirken konnte. Aufgrund der an dieser Engstelle auf-

[1769] Das Gerinne des alten Rheins war im Rahmen der Rheinkorrektion durch eine Verschiebung der Zuführung des Hauptstroms in den Bodensee Richtung Osten entlastet worden.
[1770] Erne (1963), S. 5.
[1771] Ebenda, S. 9.
[1772] Das Hochwassergerinne ist das dem Flussgerinne gegenüber erhöhte Flussbett, das im Falle eines Hochwassers ein grösseres Wasservolumen aufnehmen kann. Das Hochwassergerinne ist bereits Bestandteil des Damms und wird über einen zurückversetzten Damm vom zu sichernden Gebiet abgetrennt.

tretenden baulichen Schwierigkeiten entschieden die Planer zusammen mit den verantwortlichen Stellen, im Interesse einer definitiven Lösung diesen Abschnitt als vierspurige richtungsgetrennte Autobahn mit reduziertem Normalprofil zu erstellen.[1773]

Insgesamt erforderte die Neubaustrecke zwischen Rheineck und Oberriet die Erstellung zahlreicher Kunstbauten. So mussten sechs Anschlussbauwerke in Rautenform bzw. in Form eines halben Kleeblatts, fünf grosse Brücken, 22 Über- oder Unterführungsbauwerke von Querverbindungen oder Bahnlinien, elf Bachbrücken, fünf Leitungsstollen, zwei lange Eindolungen von Vorflutkanälen, drei grössere Stützmauern sowie Uferschutzbauten von rund zwei Kilometer Länge errichtet werden.[1774] Die hier genannten Aufwendungen, Anpassungen und Umplanungen der ursprünglichen Planwelt „Rheinstrasse – 1959“ zeigen nur einen kleinen Ausschnitt der ersten Rückübersetzungsschritte und gesellschaftlichen Verwebung der Planwelt. Die zahlreichen Voraussetzungen der ersten Planwelten in Bezug auf die Linienführung fanden erst durch die Verhandlungen, Anpassungen oder inhaltlichen Verschiebungen die Entsprechungen der zu involvierenden Akteure und Aktanten. Die Schutzdämme, Spezialfundationen, Viadukte oder Brücken waren in diesem Sinne Resultat dieser gesellschaftlichen Verwebungsprozesse zwischen Planwelten und kontroversen Interessenslagen und Rahmenbedingungen.

Parallel zu den Planungen und Detaillierungen wurden auch die Verhandlungen über den Landerwerb mit den jeweiligen Besitzern weitergeführt. Das geplante Strassenbauwerk zwischen Rheineck und St. Margrethen benötigte rund 450’000 Quadratmeter Boden. Der Kulturlandanteil betrug rund 250’000 Quadratmeter. Der Streckenabschnitt von St. Margrethen nach Oberriet beanspruchte rund 700’000 Quadratmeter. Davon waren rund 560’000 Quadratmeter Kultur- oder Bauland. Der Landerwerb erfolgte in den meisten Fällen über den freihändigen Verkauf. In einzelnen Gebieten wurden Güterumlegungsverfahren vorgenommen. Enteignungen, die nach nationalem Recht für Infrastrukturbauwerke von nationalem Interesse möglich gewesen wären, konnten dadurch vermieden werden.[1775]

„Mit Befriedigung darf ferner festgehalten werden, dass die heiklen Fragen der Projektierung unserer Nationalstrassen ohne nennenswerte Opposition und im besten Einvernehmen mit den beteiligten Gemeinden gelöst werden konnten.“[1776] Wenn hier auch sehr versöhnlich formuliert, waren die Aushandlungsprozesse in Wirklichkeit mit einer proaktiven Aushandlung der unterschiedlichen Kontroversen verbunden. Um die Realisierungschancen zu verbessern, mussten über Ausweichstrategien wie dem Bau von Viadukten oder durch Güterumlegungen die notwendigen Allianzen mühevoll erarbeitet werden.

5.3.1.2 Bau des Streckenabschnitts von Rheineck nach Oberriet

Mit den ersten Dammschüttungen mit Kiesmaterial aus dem Rhein wurde längs des alten Rheins und im Bereich des Diepoldsauerriets bereits im Jahre 1958 begonnen. Die notwendigen langen Setzungszeiten der Dammschüttungen, die langfristig ausgerichtete Materialbeschaffung aus dem Rhein

[1773] Erne (1963), S. 6.
[1774] Ebenda, S. 8.
[1775] Ebenda, S. 11.
[1776] Tiefbauamt Kanton St. Gallen, „Die Rheinstrasse St. Margrethen–Oberriet–Sargans, Nationalstrasse zweiter Klasse“, 26. August 1959, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 12.

und die zur Verfügung gestellten kantonalen Kredite gestatteten kein allzu forciertes Arbeitstempo. Das Schwergewicht der Bauarbeiten für den Streckenabschnitt von Rheineck nach Oberriet setzte im Jahre 1960 ein.[1777] Nachdem die Setzungen der Dämme über eine lange Zeitspanne verfolgt wurden, konnte im Jahre 1962 mit den definitiven Oberflächen- und Belagsarbeiten begonnen werden.

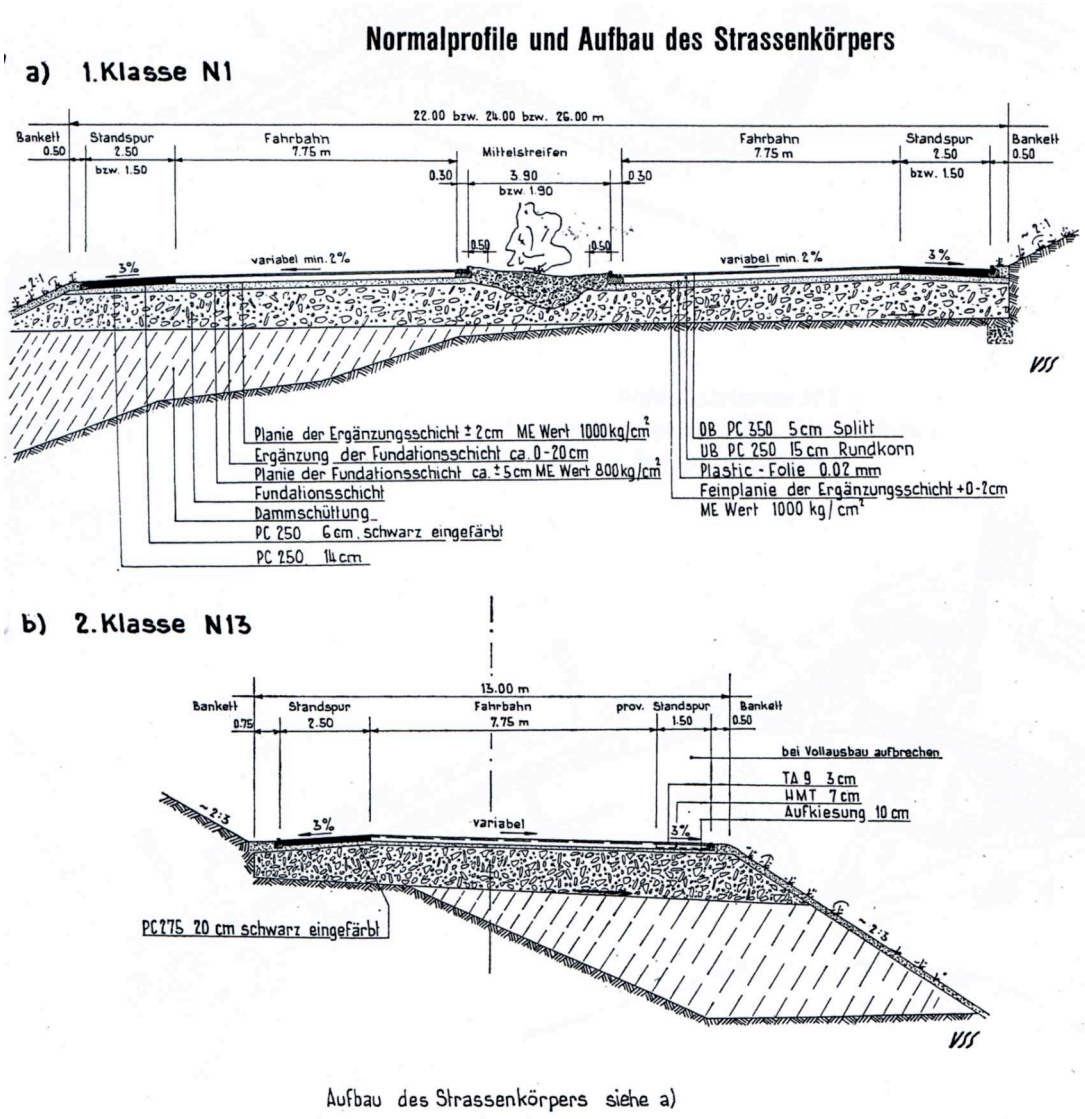


Abb. 150: Verfasser unbekannt, „Normalprofile und Aufbau des Strassenkörpers, Nationalstrassen N1 + N13, Teilstrecke Rheineck–Oberriet“, aus: Bericht zur Einweihung der Teilstrecke Rheineck–Oberriet 26 km, „Nationalstrasse N1 + N13“, 19. Dezember 1964, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 11.

Aufgrund der Wirtschaftlichkeit, der notwendigen Bereitstellung und Aufbereitung von Material und sowie des schrittweisen Baufortschritts wurde der Streckenabschnitt von Rheineck nach Oberriet in drei Baulose aufgeteilt. Los 1 von Rheineck nach St. Margrethen sollte in den Jahren 1962 und 1963 erstellt werden. Los 2 von St. Margrethen nach Widnau sollte 1963 in Angriff und 1964 abgeschlossen werden. Los 3 von Widnau nach Oberriet sollte wie Los 1 bis 1963 abgeschlossen werden.[1778] Nach einiger Zeit der Abstimmung entschieden die Planer, mit Ausnahme des Bereichs des Diepoldsauer-

[1777] Erne (1963), S. 11.
[1778] Ebenda, S. 14.

riets auf einen zweiphasigen Belag zu verzichten. In der Folge wurden die Fahrbahnen und Standspuren in einem 20 Zentimeter starken Zementbetonbelag ausgeführt.[1779]

Wie es in einem Bericht der Bauleitung zu Los 1 hiess, konnten die Ausführungsarbeiten mehr oder weniger reibungslos durchgeführt werden. Die Bauleitung führte dies darauf zurück, dass die Grundstoffe wie Kies und Sand durch die Bauherrschaft vorzeitig bereitgestellt werden konnten. Ein weiterer wichtiger Faktor für den Erfolg der Rückübersetzung sei zudem das Bauunternehmen gewesen, das durch eine leistungsfähige und einwandfreie Organisation die Arbeiten zügig erledigen konnte. Als weiteren Faktor nannte die Bauleitung den Willen aller Beteiligten zur Zusammenarbeit und zur Schaffung eines qualitativ den Ansprüchen genügenden Werks. Schlussendlich wurde auch auf die Witterung des Sommers 1962 verwiesen, die mit nur wenigen Regentagen während rund vier Monaten ideale Bedingungen schaffte. Es zeigte sich aber auch bereits, dass der zum Zeitpunkt des Rapports einsetzende strenge Winter von 1962/63 die Belagsarbeiten der Lose 2 und 3 in Verzug bringen würde.[1780] Trotz der Verzögerungen konnten die Arbeiten im Jahre 1964 termingerecht abgeschlossen werden. Die Teilstrecke Au–Oberriet wurde am 5. Juni 1964, die Teilstrecke Rheineck–Au am 19. Dezember 1964 offiziell eröffnet.[1781]



Abb. 151: Einladung, „Eröffnung der Teilstrecke Rheineck–Oberriet 26 km 19. Dezember 1964“, 19. Dezember 1964, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.

[1779] Technische Angaben über das Projekt und Bauausführung, „Nationalstrasse N13, Abschnitt St. Margrethen–Bad Ragaz, Teilstrecke Oberriet–Haag“, 25. November 1967, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.
[1780] Erne (1963), S. 20.
[1781] Technische Angaben über das Projekt und Bauausführung, „Nationalstrasse N13, Abschnitt St. Margrethen–Bad Ragaz, Teilstrecke Oberriet–Haag“, 25. November 1967, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 1.

Im Vergleich zwischen vorausgesagten und effektiven Kosten lässt sich ein Verhältnis aufzeigen, in welchem Ausmass sich die Verwebung der gesellschaftlichen Interessenslagen und Rahmenbedingungen mit den Planwelten der Rheinstrasse von 1959 auswirkten. Für den Streckenabschnitt von Rheineck nach St. Margrethen rechneten die Ingenieure anfänglich mit einem Kostenaufwand von rund 22 Millionen Franken.[1782] Fünf Jahre später bezifferten sich die effektiven Kosten für diesen Streckenabschnitt auf 29 Millionen Franken.[1783] Die Verwebung der Wirklichkeit mit der Planwelt über den Einbezug des Baugrundes, komplexere Linienführung oder zusätzliche Errichtung von Schutzbauten bewirkte eine Verteuerung dieser Teilstrecke um rund 30 Prozent. Im Jahre 1959 wurde die Teilstrecke von St. Margrethen nach Oberriet auf 21 Millionen beziffert. Bei der Eröffnung der Teilstrecke der A13 beliefen sich die Kosten auf 45 Millionen Franken, was in etwa einer Verdoppelung der Kosten gleichkommt. „Der Bau dieses Abschnittes erfolgte in den Jahren 1961 bis 1964. Die Baukosten dieser schwierigen Strecke (Teilstrecke zwischen St. Margrethen und Au mit Viadukt; Anm. Kurath) mit sehr umfangreichen Kunstbauten belaufen sich auf ca. 18 Millionen Franken.“[1784] Insbesondere stellte hier das rund 600 Meter lange Viadukt bei der Engstelle des Heldsberges einen enormen Kostenfaktor dar; ohne dies wäre die Realisierung der Rheinstrasse nicht möglich gewesen.

In der Eröffnungsschrift des ersten Streckenabschnitts von Rheineck nach Oberriet fasste Josef Schöbi den Aushandlungsprozess der vergangenen rund zehn Jahre zusammen. „Man weiss zwar, dass jeder seine Kritiker hat, der an einer Strasse baut und noch mehr die Strassen selbst, die dem einten zu schmal, dem andern zu breit sind, die der eine als Stückwerk abtut, der andere als zu luxuriös schilt. Wer sich aber zurückerinnert an die Zeit der ersten Planung und wer die verschiedenen Hindernisse kennt, die es zu überwinden galt, der wird befriedigt für das Erreichte danken.“[1785] Die Aussage verweist auf die zahlreichen Aushandlungsprozesse, innerhalb derer verschiedene Versammlungen von Akteuren und Aktanten für sukzessive auftauchende Problemstellungen getestet wurden. Nur das fortwährende Agieren der Planer im Zusammenspiel mit den übrigen Akteuren und Aktanten des Aktor-Netzwerks gewährleistete die Übersetzung der Einzelinteressen, Ziele und Rahmenbedingungen in ein ausgewogenes Bauwerk, das den grundlegendsten Anforderungen sämtlicher in das Netzwerk integrierten Akteure und Aktanten entsprach oder sich diesen zumindest nicht entgegensetzte.

5.3.2 Die lokale planerische Praxis des Autobahnabschnitts N13 Rheineck–Oberriet

5.3.2.1 Die emergente Rolle der Planer

Die Rolle der Verkehrsplaner als Vermittler von Einzelinteressen, Zielen und Rahmenbedingungen wurde bereits beschrieben. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Rolle war die Übersetzung der Interessen und Ziele in ein Gesamtkonzept, das unter anderem eine optimierte Linienführung, minimalen Landverbrauch, Konfliktlosigkeit mit bestehenden Werken, geringe Kosten, ideale Erschliessungen, Synergien zwischen Kiesabbau aus

[1782] Tiefbauamt Kanton St. Gallen, „Die Rheinstrasse St. Margrethen–Oberriet–Sargans, Nationalstrasse zweiter Klasse“, 26. August 1959, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 12.
[1783] Technische Angaben über das Projekt und Bauausführung, „Nationalstrasse N13, Abschnitt St. Margrethen–Bad Ragaz, Teilstrecke Oberriet–Haag“, 25. November 1967, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.
[1784] Tiefbauamt Kanton St. Gallen, „Die Rheinstrasse St. Margrethen–Oberriet–Sargans, Nationalstrasse zweiter Klasse“, 26. August 1959, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 14.
[1785] Ebenda, S. 5.

dem Rheinbett, effiziente Verkehrskanalisation und Verkehrsentlastung zu vereinen vermochte. Gleichzeitig hatte das Gesamtkonzept vor allem auch den Eigeninteressen der Disziplin der Ingenieurskunst und den selbstgesetzten Anforderungen an ein funktionierendes Bauwerk zu entsprechen. Die erfolgreiche Rückübersetzung der Teilstrecke Rheineck–Oberriet in die Sieldungswirklichkeit zeigte, dass die Planer und Ingenieure ihre Rolle aktiv übernahmen und die entsprechenden Verhandlungsspielräume fanden, die Voraussetzungen der Planwelten näher an die Realitäten des Alltags zu rücken. Für die Engstelle am Fuss des Heldsberges bedeutete dies beispielsweise, dass die vorausgesetzte Streckenführung nur aufgrund zusätzlicher technischer und materieller Unterstützung in Form eines Viadukts ihre Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit finden konnte.

Aus raumplanerischer und städtebaulicher Sicht war der Bau der Autobahn am Rhein eine logische und konsequente Weiterführung der Melioration und Rheinkorrektion. Die parallele Führung des N13-Teilstücks entlang des alten Rheins und des Rheindamms ermöglichte eine regional übergeordnete Erschliessung, die sich in die Landschaft integrierte und mit Ausnahme der Engstelle beim Heldsberg ohne grössere Kontroversen umgesetzt werden konnte. Aufgrund der ingenieurslastigen Sichtweise fanden städtebaulich und raumplanerisch relevante räumlich-qualitative, gestalterische Aspekte kaum Eingang in die Aushandlungsprozesse. Aus regionalplanerischer Sicht erhielt die erfolgreiche Rückübersetzung des ersten Streckenabschnitts aufgrund einer damit einhergehenden besseren räumlichen Vernetzung eine zentrale Bedeutung für die weitere regionale Entwicklung des Rheintals.

5.3.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Autobahnabschnitt N13 Rheineck–Oberriet“

Siehe Anhang am Anschluss an die vierte Mikrostudie: A13, Autobahnabschnitt Haag-Trübbach.



Abb. 152: Anschluss Au, mit Zollstation Schweiz–Österreich, Hochwassergerinne und Rheingerinne zwischen Au und Lustenau, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen (Fotografie Dietmar Walser, 2005).

• AUTOBAHNABSCHNITT N13 OBERRIET–HAAG

5.3.3 Planwelt „Autobahnabschnitt N13 Oberriet–Haag – 1965“ und deren Rückübersetzung

5.3.3.1 Verhandlungen und gesellschaftliche Verwebungen der Planwelten

Parallel zu Ausführungsplanung und Rückübersetzung der Planwelten der Autobahnteilstrecke von Rheineck nach Oberriet wurde Anfang der 1960er-Jahre auch die Detailplanung der Linienführung für die Teilstrecke von Oberriet nach Haag vorangetrieben. Entsprechend den Vorgaben der Linienführung und des damals in Erstellung begriffenen Autobahnanschlusses bei Oberriet wurde von diesem Anschlusspunkt die 12,335 Kilometer lange Strecke nach Haag weitergeplant.

Die Linienführung richtete sich nach den Zwangspunkten der Rheinuferverbauung und den topografischen Hindernissen bei der Mündung des Werdenberger Binnenkanals in den Rhein sowie beim Steinbruch in Oberbüchel. Im Bereich zwischen dem Dorf Büchel und der Gemeinde Haag verlief die Linienführung in möglichst geringem Abstand zum Rheindamm.[1786] Bei den Anschlussbauwerken bei Sennwald und Haag erfolgte eine Verschiebung der Linie um die Breite der Erschliessungsbauwerke. Während beim Anschluss in Sennwald durch die Planer die Anschlussgrundform eines halben, asymmetrischen Kleeblatts gewählt wurde, fiel die Wahl in Haag aufgrund der Topografie und der Bedeutung eines vorläufigen Endpunkts der Autobahn auf die Grundform eines Viertelkleeblatts landseits mit zwei Rauteästen zwischen der N13 und dem Rhein. Da der Anschluss zusätzlich als Verkehrsknotenpunkt zwischen Toggenburg und Arlberg sowie der Nord-Süd-Verbindung von Süddeutschland nach Norditalien diente, wurde eine zusätzliche Ausfahrtsrampe Richtung Toggenburg geplant. Da die Planer Rücksicht auf den Grundwasserspiegel nehmen und einige Kreuzungsstellen mit Gewässern, Querstrassen und Gleisanlagen und eines Kieswerkbetriebs lösen mussten, sollte der Strassenkörper auf der ganzen Länge von rund zwölf Kilometern als Damm ausgebildet werden. Die grössten Dammhöhen lagen bei rund acht Metern.[1787]

Wie bereits der Streckenabschnitt von Au nach Oberriet sollte auch der Abschnitt von Oberriet nach Haag als Nationalstrasse zweiter Klasse zweispurig ausgeführt werden. Im Hinblick auf einen allfälligen Ausbau der Nationalstrasse in eine vierspurige Autobahn erster Klasse wurden die Anschlusswerke, die Über- und Unterführungen auf die lichte Weite von 26 Metern ausgerichtet. Parallel wurde der Landerwerb für diese zukünftigen Bedürfnisse getätigt.[1788]

5.3.3.2 Bau der Teilstrecke von Oberriet nach Haag

Noch während der Fertigstellung des Autobahnabschnitts Rheineck–Oberriet wurden im Jahr 1962/63 die Dammschüttungen für die Weiterführung der N13 von Oberriet nach Haag in Angriff genommen. In den Jahren 1963 und 1964 wurden vorsorgliche Materialbeschaffungen aus dem Rhein im Ausmass von rund 330’000 Kubikmeter auf der Landseite deponiert. Dieses Vorgreifen war notwendig, weil die

[1786] Technische Angaben über das Projekt und Bauausführung, „Nationalstrasse N13, Abschnitt St. Margrethen–Bad Ragaz, Teilstrecke Oberriet–Haag“, 25. November 1967, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 2.
[1787] Ebenda, S. 3.
[1788] Ebenda, S. 3.

wirtschaftliche Ausbeute von Materialvorräten im Zusammenhang mit dem jährlichen Geschiebebetrieb des Rheins berücksichtigt werden musste und zeitlich begrenzt war.[1789] Da der Baugrund zwischen Oberriet und Haag mehrheitlich tragfähig war und sich die bereits aufgeschütteten Dämme über die Jahre setzen konnten, entschieden sich die Planer, wie bereits bei den übrigen Teilstrecken, bei der Fahrbahn für eine Zementbauweise von 20 Zentimeter Dicke. Für die Standspuren wurde eine bituminöse Bauweise gewählt. Diese wurde gewählt, weil das Interesse bestand, bei einem späteren Ausbau der Autobahn die vorhandene Fahrbahn doppelspurig in die eine Richtung zu verwenden, während die Gegenrichtung neu gebaut werden sollte. Entsprechend war man auf einen möglichen, einfachen Rückbau der Standspuren angewiesen.[1790] In der parallelen Ausführung zu den Aufschüttungs- und Belagarbeiten wurden auch die verschiedenen Kunstbauten und Anpassungen an das lokal bestehende Verkehrsnetz erstellt. So musste eine 3,1 Kilometer lange Parallelstrasse als Ersatz für unterbrochene Querverbindungen zum Rhein erstellt werden. Insgesamt wurden fünf Unter- und drei Überführungen in Form von Spannbetonbrücken gebaut. Zusätzlich musste für die N13 eine Spannbetonbrücke von 140 Metern errichtet werden, um den Werdenberger Binnenkanal und den Steinbruch bei Büchel zu überbrücken. Sämtliche Unter- wie auch Überführungen resultierten aus Interessensverhandlungen mit einzelnen Akteuren oder Aktor-Netzwerken, welche die Wiederherstellung oder den Beibehalt von Wegnetzen forderten.[1791]

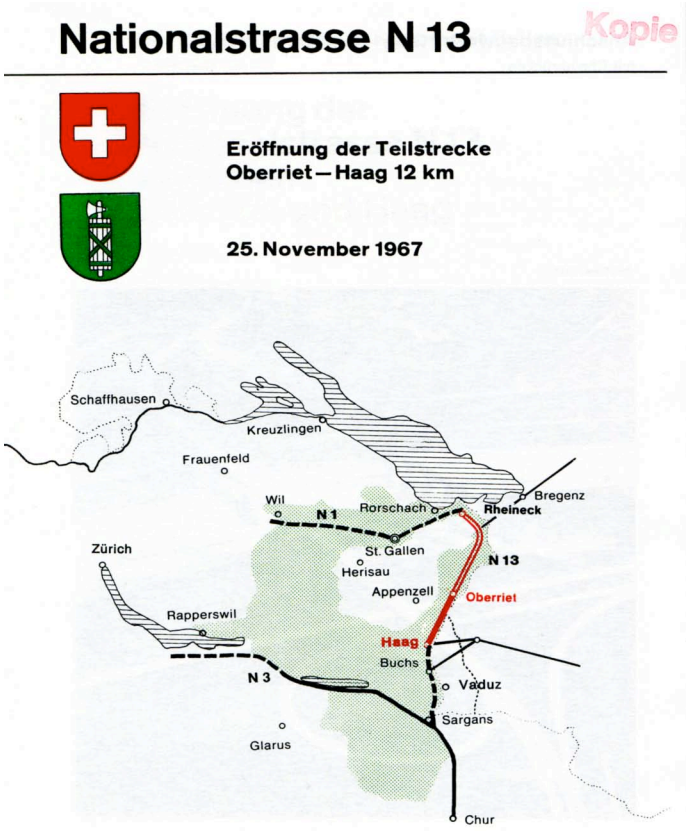


Abb. 154: „Eröffnung der Teilstrecke Oberriet–Haag 12 km 25. November 1967“, 25. Nov. 1967, Archiv Tiefbauamt Kanton SG

[1789] Ebenda, S. 6.
[1790] Ebenda, S. 4.
[1791] Ebenda, S. 6.

Auch diese Bauwerke waren notwendig, um die planerischen Voraussetzungen der Linienführung aus den Vorstudien den vorgefundenen Rahmenbedingungen anzupassen und sie in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen. Am 25. November 1967 wurde der Autobahnabschnitt Oberriet–Haag der N13 eröffnet (Abb. 154).[1792] Damit verlängerte sich die Autobahnlinie Richtung Süden und näherte sich bis auf wenige Kilometer dem zu diesem Zeitpunkt in Planung befindlichen Anschluss an die Nationalstrasse A3 Zürich–Chur bei Sargans.

5.3.4 Die lokale planerische Praxis des Autobahnabschnitts N13 Oberriet–Haag

5.3.4.1 Die emergente Rolle der Planer

Wie bereits bei den Rückübersetzungen des Autobahnabschnitts Rheineck–Oberriet zuvor waren die Planer bei der Umsetzung des Abschnitts Oberriet–Haag gefordert, Einzelinteressen mit den Interessen der „Ingenieurskunst" zu vereinen und entsprechende Planwelten zu erstellen, die ihre gesellschaftlichen Entsprechungen finden konnten. Die Verkehrsplaner waren zudem darauf angewiesen, dass es ihnen gelang, nebst den verschiedensten Interessen der Akteure auch die Rahmenbedingungen der Aktanten wie Hochwasserschutz zu Lösungsansätzen zu vereinen. Nur dies ermöglichte die erfolgreiche Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit.

5.3.4.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Autobahnabschnitt N13 Oberriet–Haag "

Siehe Anhang am Anschluss an die vierte Mikrostudie: A13, Autobahnabschnitt Haag-Trübbach.



Abb. 153: Anschluss Haag ein Jahr vor der Eröffnung der Teilstrecke Oberriet–Haag (ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, 1966).

[1792] Ebenda, S. 1.

• AUTOBAHNABSCHNITT N13 HAAG–TRÜBBACH

5.3.5 Die Planwelt „Autobahnabschnitt N13 Haag–Trübbach – 1971“

5.3.5.1 Vorgeschichte – Festlegung Autobahnanschluss Buchs SG

Am 17. April 1958 trat die Kommission des eidgenössischen Departements des Innern mit dem Gemeinderat von Buchs bezüglich der zukünftigen Linienführung der Rheinstrasse in Kontakt. Bevor mit der Projektierung der gesamten Strecke begonnen werden sollte, wollte die Kommission vom Gemeinderat abgeklärt wissen, ob durch die vorgesehene Führung der Autobahn nicht andere Belange der Öffentlichkeit wie regionale Interessen der Land- und Forstwirtschaft, des Natur- und Heimatschutzes, des Wasserhaushalts oder Bebauungspläne und Projekte für andere Verkehrsanlagen berührt würden.[1793]

Das Antwortschreiben des Gemeinderats umfasste nur wenige Zeilen. „Mit Gegenwärtigem teilen wir Ihnen mit, dass wir gegen die Linienführung der Autobahn innerhalb der Gemeinde Buchs hinsichtlich des Natur- und Heimatschutzes nichts einzuwenden haben. Inwieweit die bestehenden Sportanlagen südlich der heutigen Rheinstrasse verlegt werden müssen, dürfte erst auf Grund der definitiven Trasseeführung festgestellt werden können.“[1794]

Diese Rückmeldung zeigte, dass die Gemeindevertreter offen gegenüber der Planung der Rheinstrasse und späteren N13 eingestellt waren und in diesem Zusammenhang keine grösseren Probleme erwarteten. Auf kommunaler Behördenebene waren die Netzwerkknoten für eine Nationalstrasse ausserhalb der Siedlungsstrukturen aufgrund der vergangenen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse rund um die Linienführung der Rheinstrasse bereits fest geknüpft.[1795] Wie sich abzeichnete, sollte der Streckenabschnitt von Haag nach Trübbach jedoch erst nach 1970 zur Ausführung kommen.[1796] Trotz der Verschiebung der Ausführung in die 1970er-Jahre wurde die Planung der Teilstrecke von Haag nach Trübbach in den 1960er-Jahren vorangetrieben.

Auch wenn sich der Baubeginn der Teilstrecke zwischen Haag und Trübbach hinauszögerte, zeigten sich bereits in den 1960er-Jahren erste Vorboten der sich anbahnenden räumlichen Transformationen entlang des Rheindamms. Zur vorsorglichen Materialbeschaffung aus dem Rhein wurden in den Wintermonaten 1963/64, 1964/65 und 1968/69 Kiesdepots von rund 700’710 Kubikmeter Flusskies angelegt (Abb. 155).[1797]

Da eine Verkehrsentlastung der Gemeinde Buchs erst mit der Erstellung der N13 in den 1970er Jahren absehbar war, suchte der Gemeinderat in den 1960er-Jahren aufgrund der zunehmenden Ver-

---

[1793] Schreiben der Tiefbau- und Strassenverwaltung des Kantons St. Gallen an die Gemeinderäte von Altstätten, Rüthi, Sennwald, Buchs, Sevelen, Wartau, Sargans, Mels, „Rheinstrasse St. Margrethen–Sargans“, 17. April 1958, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1794] Schreiben des Gemeinderates an die Tiefbau- und Strassenverwaltung des Kantons St. Gallen, „Rheinstrasse St. Margrethen–Sargans“, 5. Mai 1958, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1795] Siehe Kapitel 5.2 Planung der Rheinstrasse im Jahre 1959.
[1796] Schreiben des Gemeinderates an die Tiefbau- und Strassenverwaltung des Kantons St. Gallen, „Bauprogramm 1961/65“, 28. April 1960, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1797] Bericht zur Eröffnung, „N13 Haag–Trübbach, Projektierung und Bauausführung“, Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 7.

kehrsprobleme im Dorfzentrum nach Übergangslösungen. Die Verkehrsplaner entwickelten in der Folge ein Konzept, das vorsah, eine Parallelstrasse zur Bahnhofstrasse auszubauen und durch den Neubau einer Überführung über die SBB-Bahnlinie die bestehende Verbindungsstrasse Buchs–Schaan zu verbessern. Mit diesen Massnahmen sollte insbesondere die Querverbindung nach Liechtenstein ausgebaut werden, um den Alltagsverkehr ins Dorfzentrum und aus dem Zentrum von Buchs effizienter zu gestalten.[1798]



Abb. 155: Rhein Höhe Vaduz vor Autobahnbau mit Kieslager seitlich (ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, 1966).

Da die Neukonzipierung der Verbindungsstrasse die Baulinie der ebenfalls in Planung befindlichen N13 tangierte, suchten die Planer der Gemeinde Buchs im Jahre 1968 die Koordination mit den Planern der N13. Gemeinsam hatte der ideale Standort des Autobahnanschlusses bei Buchs festgelegt zu werden, bevor die Planung der Verbindungsstrasse zwischen Buchs und Schaan weiterverfolgt werden konnte.[1799] Zur Diskussion standen drei Standorte. Als nördlichster Anschluss stand der Kreuzungspunkt der bestehenden Verbindungsstrasse zwischen Buchs und Schaan mit der geplanten N13 zur Debatte. Als zweiter Standort, vorgeschlagen von der Gemeinschaft Einkaufszentrum Buchs, wurde ein Punkt rund 800 Meter südlicher diskutiert. Der dritte Standort war vom zweiten weitere 500 Meter in südlicher Richtung entfernt (Abb. 156).[1800] Der Vergleich zeigte, dass die erste Variante des Anschlusses bei der bestehenden Verbindungsstrasse den meisten Ziel- und Quellverkehr zu bewälti-

[1798] Schreiben des Gemeinderates an die Tiefbau- und Strassenverwaltung des Kantons St. Gallen, „Bauprogramm 1961/65“, 28. April 1960, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1799] Schreiben der Gemeindeverwaltung von Buchs an das Baudepartement des Kantons St. Gallen, „Anschlusswerk an die Nationalstrasse in der Gemeinde Buchs“, 11. November 1963, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1800] Kantonsingenieurbüro St. Gallen, „Verkehrstechnische Untersuchung zur örtlichen Festlegung des Nationalstrassen-Anschlusses Buchs, Juli 1968, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.

gen vermochte.[1801] Als weiteren Faktor für den Standortentscheid wollte man auch die Strassenplanungen in Liechtenstein berücksichtigen. Wie im Zusammenhang mit der zweiten Mikrostudie über die räumlichen Entwicklungen der Hilti AG im Forst bereits geschrieben wurde, wurde gegen Ende der 1960er-Jahre in Liechtenstein die Verkehrsplanung in Angriff genommen. Vorgesehen war eine Umfahrung der Gemeinden Nendeln, Schaan, Vaduz, Triesen und Balzers.[1802] Da aber zum Zeitpunkt der Abklärungen bezüglich des Anschlussstandorts der A13 bei Buchs weder die Linienführung noch die Anzahl der Anschlusswerke auf der liechtensteinischen Seite bekannt waren, konnte auch nicht der Einfluss des möglichen Verkehrsaufkommens in Bezug auf die drei Anschlüsse vorausgesagt werden. Anstelle dessen wurden zur Standortbestimmung allgemeine Verkehrsanalysen und Verkehrsprognosen hinzugezogen.[1803]

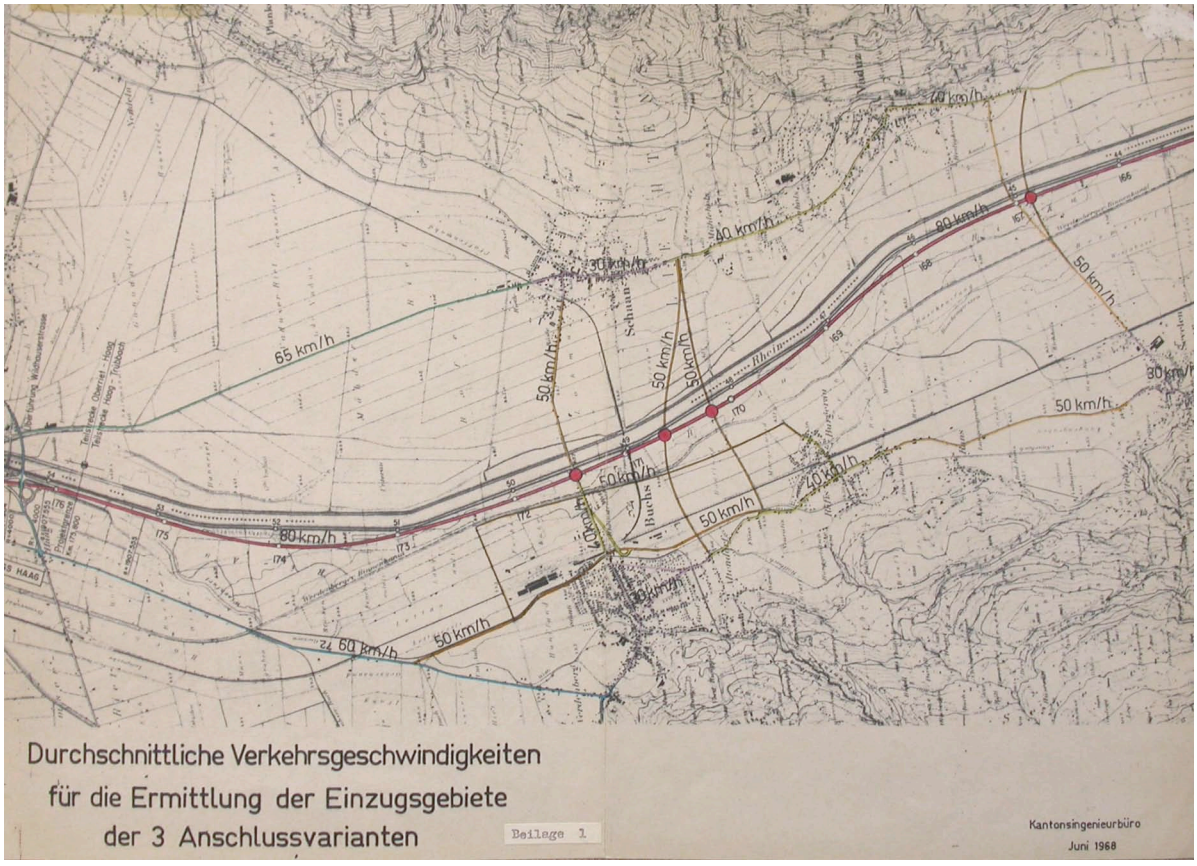
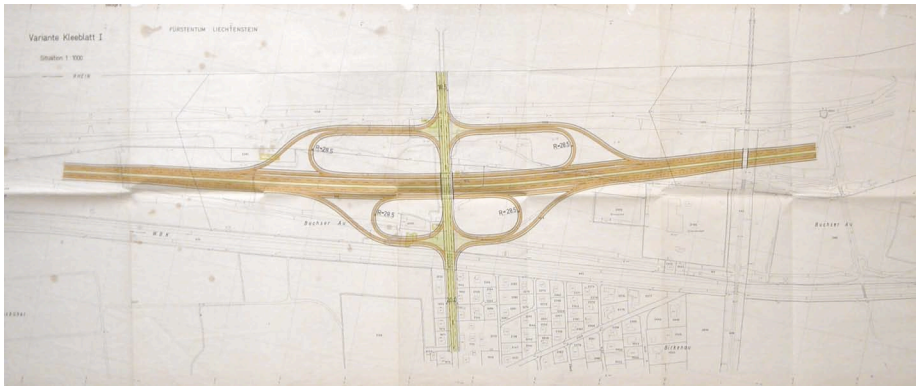


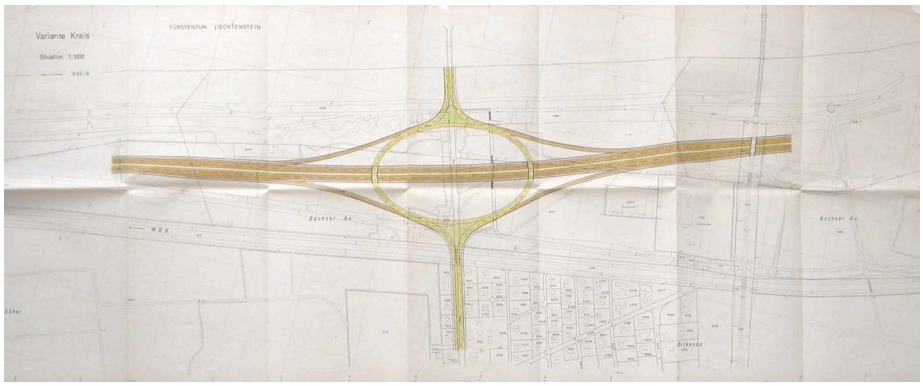
Abb. 156: Kantonsingenieurbüro St. Gallen, „Ermittlung der Einzugsgebiete der 3 Anschlussvarianten bei Buchs“, Juni 1968, Archiv Bauamt Buchs SG.

Die erste Variante einer Verbindungsstrasse zwischen Buchs und Schaan als Ersatz der bereits bestehenden Verbindungsstrasse gestaltete sich aufgrund der engen Platzverhältnisse zwischen dem Siedlungsgebiet von Buchs und dem Rhein als schwierig. Zum einen konnte die geplante Überführung der Verbindungsstrasse vom Zentrum über die SBB-Gleisanlage nur zweispurig konstruiert werden. Aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten und enger räumlicher Parameter musste eine Minimallösung gesucht werden, obwohl die Berechnungen der Ingenieure zur Bewältigung des Verkehrs einen

[1801] Ebenda, S. 3.
[1802] Siehe Kapitel 3.5.3.2 Verkehrsplanungen in Schaan.
[1803] Kantonsingenieurbüro St. Gallen, „Verkehrstechnische Untersuchung zur örtlichen Festlegung des Nationalstrassen-Anschlusses Buchs, Juli 1968, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13, S. 4.

vierspurigen Ausbau erfordert hätten.[1804] Als weitere Schwierigkeit zeigte sich die Planung der Zu- und Wegfahrt der Autobahn zwischen Werdenberger Binnenkanal und Rheindamm. Als erste Variante wurde ein vollständiges Kleeblatt entworfen, das den engen Rahmen zwischen Kanal und Damm einhielt. Entsprechend erhielten die Rampen eine nicht normgerechte Steigung. Zudem wurden die normgerechten Kurvenradien unterschritten. Als zweite Variante wurde ein vollständiges Kleeblatt mit normgerechten Radien und Steigungen entwickelt. Dieser Vorschlag aber setzte den Abbruch von 18 Wohnhäusern westlich des Binnenkanals voraus. Weitere Konflikte entstanden mit den bestehenden Tennisplätzen und dem Schwimmbad, die bei der zweiten Variante verlegt hätten werden müssen. Die dritte Variante versuchte die Problemlösung über eine Kreisform. Bei dieser Variante wären wie bei der ersten Variante die Tennis- und Schwimmanlage wie auch die Siedlung westlich des Binnenkanals nicht tangiert worden. Alle drei Varianten erforderten gemäss Berechnungen der Ingenieure des kantonalen Tiefbauamts den Ersatz der bestehenden Rheinbrücke durch eine vierspurige Rheinbrücke nach Liechtenstein.[1805]





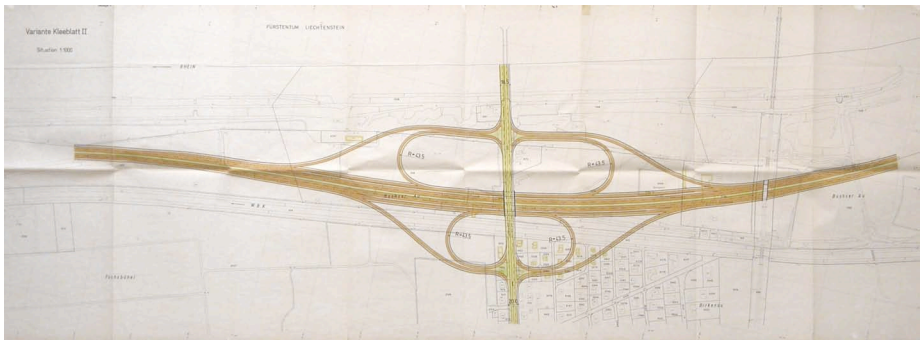


Abb. 157/158/159: Kantonsingenieurbüro SG, „Varianten Anschluss Buchs-Rheinstrasse“, Juli 1968, Archiv Bauamt Buchs SG.

[1804] Ebenda, S. 8.
[1805] Ebenda, S. 11-13.

Für die beiden südlichen und etwas ausserhalb des Siedlungsgebiets liegenden Anschlüsse wurden aufgrund der grosszügigen Platzverhältnisse einfache Rautenanschlüsse vorgeschlagen.

Die Ingenieure des kantonalen Tiefbauamts kamen zum Ergebnis, dass die Anschlüsse ausserhalb des Siedlungsgebiets kostengünstiger und mit weniger Aufwand erstellt werden könnten. Diese Anschlüsse wiesen zudem den Vorteil auf, dass die bestehende Verbindung zwischen Schaan und Buchs während der Bauarbeiten aufrechterhalten hätte werden können. Als nachteilig wurde das geringe Einzugsgebiet dieser Anschlüsse erachtet.[1806]

Alle Varianten innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebiets hatten ihre Vorzüge und Nachteile. In den folgenden Monaten erfolgten weitere Verhandlungen der unterschiedlichen Interessen bezüglich eines Anschlusses im Gemeindegebiet von Buchs. Insbesondere die ortsansässigen Geschäftsinhaber befürworteten den Autobahnanschluss möglichst nahe am Zentrum.[1807] Gegen einen Standort ausserhalb setzte sich auch der Ortsverwaltungsrat mit dem Argument ein, dass ein Anschlussbauwerk den dort landwirtschaftlich genutzten Boden zerschneiden und unnötig beanspruchen würde.[1808]

Erst im Oktober 1970 zeichnete sich eine abschliessende Standortbestimmung ab. Trotz der Erschwernisse bei Planung und Erstellung sollte der Anschluss Buchs am Standort der bestehenden Verbindungsstrasse Buchs–Schaan und der bestehenden Rheinbrücke erstellt werden.[1809] Der Entscheid gründete unter anderem auf der Beurteilung, dass mit dem Zentrumsanschluss der Schwerverkehr vom nördlich des Siedlungsgebiets und nahe der Verbindungsstrasse Buchs–Schaan gelegenen Industriegebiet auf kürzestem Weg zum Anschlussbauwerk der A13 gelangen sowie die Bodenbeanspruchung insbesondere landwirtschaftlich genutzter Grundstücke mehrheitlich vermieden werden konnte.[1810] Mit diesem Entscheid für den Anschlussstandort konnten die Vertreter der Gemeinde Buchs auch die Planung der Überführung der Verbindungsstrasse Buchs–Schaan über die Gleisanlage der SBB wieder weiterverfolgen. Ebenfalls konnten die Vertreter der kantonalen Tiefbau- und Strassenverwaltung das generelle Strassenprojekt der A13 zwischen Haag und Trübbach weiterbearbeiten und abschliessen.

Am 14. August 1970, noch während der Planungsarbeiten, stürzte die bestehende Rheinbrücke bei Buchs ein.[1811] Grund für diesen Einsturz war die im Zusammenhang mit dem Bau der A13 stehende Kiesentnahme aus dem Rheinbett. „Ab 1950 wurden Kiesentnahmen aus dem Rhein aktiv gefördert, um der unerwünschten Aufschotterung und der entsprechenden Anhebung der Rheinsohle zu begegnen. Die Kiesentnahmen wurden mit dem zunehmenden Bedarf an Baustoffen bzw. mit dem Bau der Aufschüttungen für die Autobahn immer umfangreicher; zugleich hatte der Bau von Kraftwerken, Kies-

[1806] Ebenda, S. 16.
[1807] Auszug aus dem Protokoll der Planungskommission, „Autobahn-Anschluss Buchs-Zentrum“, 26. Mai 1971, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13, S. 3.
[1808] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Teilstrecke Haag–Trübbach, Anschlussbauwerk Buchs; Petition des Aktionskomitees gegen Zentrumanschluss“, Traktandum-Nr. 880, 23. Juni 1972, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13, S, 4.
[1809] Schreiben des Gemeinderates an das Baudepartement des Kantons St. Gallen, „Strassenbau“, 5. Oktober 1970, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1810] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Teilstrecke Haag–Trübbach, Anschlussbauwerk Buchs; Petition des Aktionskomitees gegen Zentrumanschluss“, Traktandum-Nr. 880, 23. Juni 1972, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13, S, 5.
[1811] Schreiben des Landammannes und Regierungsrates des Kantons St. Gallen an das Eidgenössische Amt für Strassen- und Flussbau, „N13, Teilstrecke Haag–Trübbach km 175.800.00 – km 160.174.50; generelles Projekt“, 9. März 1971, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13., S. 4.

fängen usw. den Nachschub von Geschiebe gedrosselt. Der Geschiebehaushalt geriet aus dem Gleichgewicht und es setzte eine Erosion der Flussohle ein, die (…) zum Einsturz der Rheinbrücke (…) führte."[1812] Nach einigen Verzögerungen wurde die Kiesentnahme aus dem Flussbett des Rheins ab 1973 eingestellt.[1813]



Abb. 160: Eingestürzte Rheinbrücke, Landesarchiv Liechtenstein Vaduz (Fotograf unbekannt, 1970).

Diese neue und unerwartete Situation hatte zur Folge, dass die Frage nach Kosten/Nutzen bei einem Ersatz der Rheinbrücke nicht mehr gestellt werden musste. Die Rheinbrücke konnte nun vierspurig in die Erschliessungsplanung von Buchs eingefügt werden.

5.3.5.2 Inhalte der Planwelt „Autobahnabschnitt N13 Haag–Trübbach – 1971"

Am 15. September 1970 stellten die Ingenieure das generelle Projekt des Autobahnabschnitts von Haag nach Trübbach den Beteiligten, betroffenen Ämtern und Umweltschutzverbänden vor. In einem Vernehmlassungsverfahren konnten die betroffenen Akteure und Aktor-Netzwerke Stellung zum Projekt nehmen. Wie sich zeigte, waren die Inhalte des generellen Projekts gesellschaftlich nach wie vor gut verankert. Die St. Gallische Rheinbauleitung, die politischen Gemeinden Sennwald und Sevelen, die Kantonsarchäologin und die Schweizerische Vereinigung für Heimatschutz hatten keine Einwände dagegen. Sie sahen ihre Interessen und Ziele mehrheitlich vertreten oder zumindest nicht gefährdet.[1814]

Die politische Gemeinde Buchs stellte Forderungen unter anderem bezüglich der Verlegung der Sportanlagen, der Zufahrt zum Rhein sowie der Wilddurchlässe. Die Ortsgemeinde Buchs meldete Bedenken bezüglich der Landbeanspruchung und der notwendigen Dammschüttungen. Das kantonale Oberforstamt verlangte die Verlegung eines geplanten Rastplatzes um 200 Meter. Der St. Gallische Naturschutzbund äusserte Wünsche und Begehren bezüglich Amphibienbiotopen, Vogel- und Wild-

[1812] Bernasconi (2005), S. 5.
[1813] Ebenda, S. 5.
[1814] Schreiben des Landammannes und Regierungsrates des Kantons St. Gallen an das Eidgenössische Amt für Strassen- und Flussbau, „N13, Teilstrecke Haag–Trübbach km 175.800.00 – km 160.174.50; generelles Projekt", 9. März 1971, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13., S. 6-8.

schutz. Diese gesellschaftlichen Ansprüche sollten gemäss Aussagen des Regierungsrats während der Projektierungsphase berücksichtigt werden.[1815] Die politische Gemeinde Wartau forderte auf ihrem Gemeindegebiet einen Rastplatz mit Konsumationsmöglichkeiten. Da ein Rastplatz bereits an einem dafür geeigneteren Ort auf Gemeindegebiet von Buchs im Bereich Fösera geplant war, erteilte der Regierungsrat diesem Anliegen eine Absage.[1816]

Anschliessend wurde das generelle Projekt im Massstab 1:5'000 am 2. März 1971 durch den Regierungsrat behandelt, bewilligt und dem Eidgenössischen Amt für Strassen- und Flussbau zur Stellungnahme und zur Genehmigung durch den Bundesrat eingereicht.[1817] Es umfasste Angaben zur Linienführung, zu den Anschlussbauwerken und den dazu notwendigen Kunstbauten des Autobahnabschnitts zwischen Haag und Trübbach.[1818] Die gewählte Linie zwischen den beiden Anschlussübergängen in Haag und Trübbach umfasste eine geplante Länge von 15,6 Kilometern.[1819] Aufgrund einer Reihe aktualisierter Verkehrsuntersuchungen sollte die Strecke zwischen Haag und Trübbach entgegen früheren Planwelten aus den 1960er Jahren vierspurig gebaut werden, da der Verkehr in den letzten zehn Jahren enorm zugenommen hatte.[1820]

Auch bei diesem letzten Streckenabschnitt der A13 im Rheintal wurde eine Linie entlang des Rheindamms gewählt. Da man auf dem Talboden zwischen Binnenkanal und Rhein durchgehend die gleiche Untergrundstruktur vermutete, erübrigten sich planerische Rücksichtnahmen auf aussergewöhnliche topografische und geologische Verhältnisse. Für die geplante Teilstrecke waren insgesamt acht Über- und Unterführungen zu erstellen.[1821] Die Planung der Anschlüsse in Sevelen und Buchs setzten voraus, dass Anlagen für Fussball- und Reitsport aufgehoben und verlegt wurden.[1822]

Die Planwelten enthielten einen Anschluss bei Buchs der entgegen vorangegangenen Studien die Form eines halben Kleeblatts auf der Seite des Rheins und von zwei Rauteästen auf der Seite des Binnenkanals aufwies.[1823] Mit dieser Konzeption gelang es den Ingenieuren, die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich Kurvenradien und Rampenneigungen einzuhalten und sich gleichzeitig auf den Raum zwischen Binnenkanal und Rheindamm zu beschränken.

Die gesamte Strecke zwischen Haag und Trübbach sollte 880'000 Quadratmeter Land beanspruchen. Der Kanton St. Gallen hatte zum Zeitpunkt der Planungsarbeiten in Rahmen eines vorsorglichen Landerwerbs bereits 445'800 Quadratmeter Land erstanden.[1824] Die Kosten für das generelle Projekt wurden mit 87'080'000 Franken veranschlagt.[1825]

[1815] Ebenda, S. 7.
[1816] Ebenda, S. 7.
[1817] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Teilstrecke Haag–Trübbach: generelles Projekt im Massstab 1:5'000, km 175.800.00 – km 160.174.50; Vernehmlassung", Traktandum-Nr. 274, 2. März 1971, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1818] Die Teilstrecke von Sargans nach Trübbach wurde mittlerweile vierspurig erstellt und im Jahre 1969 dem Verkehr übergeben. Damit war das Teilstück von Haag nach Trübbach das letzte Teilstück der N13 im Alpenrheintal; Bericht zur Eröffnung der N13 Haag–Trübbach, „Projektierung und Bauausführung", Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 3.
[1819] Schreiben des Landammannes und Regierungsrates des Kantons St. Gallen an das Eidgenössische Amt für Strassen- und Flussbau, „N13, Teilstrecke Haag–Trübbach km 175.800.00 – km 160.174.50; generelles Projekt", 9. März 1971, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13., S. 2.
[1820] Ebenda, S. 2.
[1821] Ebenda, S. 5.
[1822] Ebenda, S. 3.
[1823] Ebenda, S. 4.
[1824] Ebenda, S. 6. Die Angaben des benötigten Landes wurden im vorhandenen Schreiben mit 88'000 Quadratmetern und der Anteil des bereits erworbenen Landes mit 44'580 Quadratmetern beziffert. Im Vergleich mit späteren Angaben und einer über-

Am 20. Oktober 1971 genehmigte der Bundesrat das generelle Projekt 1:5'000 der Teilstrecke Haag–Trübbach der A13.[1826] Mit diesem Entscheid konnte die Phase der Entstehung der Planwelt „Autobahnabschnitt A13 Haag– Trübbach – 1971" abgeschlossen werden. Die betroffenen Akteure und Aktanten konnten sich nach anhaltenden Aushandlungsrunden und der Übersetzungsarbeit der Planer auf einen Lösungsansatz für die Linienführung und das Anschlusswerk in Buchs einigen. Dadurch liessen sich die Realisierungschancen einer Rückübersetzung der Planwelt in die Siedlungswirklichkeit massgeblich verbessern.

Trotzdem bestand die Planwelt weiterhin aus einer Reihe von Voraussetzungen, die erst noch ihre gesellschaftlichen Entsprechungen finden mussten. So war der Landerwerb von 434'200 Quadratmetern noch nicht gesichert, die Kredite für die Finanzierung zwar zugesagt, aber noch nicht gesprochen, die letzte Einsprachemöglichkeit Beteiligter und Betroffener noch nicht vorbei, der Untergrund zwar beurteilt, aber noch nicht offengelegt. Das Aktor-Netzwerk „Autobahnabschnitt Haag–Trübbach" war zwar in sich bereits fest geknüpft. Dennoch musste es diesem gelingen, weitere relevante Akteure und Aktanten zu integrieren, um eine erfolgreiche Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit zu bewirken.

5.3.6 Die lokale planerische Praxis der Planwelt „Autobahnabschnitts N13 Haag–Trübbach - 1971"

5.3.6.1 Die emergente Rolle der Planer

Ausgangspunkt des Aushandlungsprozesses des Autobahnabschnitts Haag–Trübbach waren die Vorgabe der Linienführung des Rheinstrassenprojekts, verkehrspolitische Interessen und die erwartete Baufreigabe des Abschnitts Haag–Trübbach. Auch bei diesem Ausschnitt der Fallstudie zeigte sich die Notwendigkeit der Verhandlungsbereitschaft und Übersetzungsfähigkeit der Planer. Während in der Planwelt der „Rheinstrasse" einige planerische Rahmenbedingungen vorausgesetzt wurden, zeigte sich in der Verfeinerung der Planwelten einige Jahrzehnte später, dass sich der Bauuntergrund anders verhielt als angenommen, dass mehr Geldmittel notwendig waren und sich auch die verkehrliche Wirklichkeit anders ausnahm, als es die Verkehrsprognosen voraussagten. In der Folge mussten die Planer die Akteure und Aktanten neu versammeln und die Planwelten den neuen Rahmenbedingungen anpassen. Nach wie vor basierten die bis zu diesem Zeitpunkt konstruierten und in Planwelten übersetzten Vergesellschaftungen auf einer Reihe von Annahmen und Rahmenbedingungen, die ihre weitere Entsprechung in der Phase der Rückübersetzung der Planwelten erst noch finden mussten.



Abb. 161: Kantonsingenieurbüro St. Gallen, „Generelles Projekt 1 : 5'000, Abschnitt Haag–Trübbach, Situation 1:5'000", September 1970, Archiv Bauamt Buchs SG..

schlagsmässigen Berechnung bei einer Länge von 15,625 Kilometern und einer Kronenbreite zuzüglich Sicherheitsraum von 26 Metern kann davon ausgegangen werden, dass eine Null vergessen wurde.

[1825] Ebenda, S. 6.

[1826] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Genehmigung des Ausführungsprojektes im Massstab 1:1'000 (km 175.800.00–km 160.174.50)", Traktandum-Nr. 881, 23. Juni 1972, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.

5.3.7 Die Rückübersetzung der Planwelt „Autobahnabschnitt N13 Haag–Trübbach – 1971“ in die Siedlungswirklichkeit

5.3.7.1 Neukonzeption des Anschlusses Buchs und Kostensteigerungen

Noch während der Genehmigung des generellen Projekts durch den Bundesrat erarbeiteten die Ingenieure des Kantons St. Gallen eine neue Variante des Autobahnanschlusses an die Verbindungsstrasse Buchs–Schaan. Aufgrund neuer Verkehrprognosen befanden sie, dass der Anschluss des generellen Projekts zu wenig leistungsfähig wäre.[1827]

Diese Neuplanung veranlasste die Planungskommission der Gemeinde Buchs SG, erneut über den Standort des Anschlusses an das Dorfzentrum zu debattieren. Nach wie vor gab es Stimmen, die den zentrumsnahen Anschluss als nachteilig beurteilten. Man befürchtete, dass das Zentrum wie auch die geplante Überführung der Verbindungsstrasse Buchs–Schaan über die SBB-Gleise den zukünftigen Verkehr langfristig nicht bewältigen könnten.[1828]

Nach erneuten Interessensabwägungen kamen die Vertreter der Planungskommission erneut zum Schluss, dass es auf dem Gemeindegebiet keinen idealen Standort gebe. Jeder Standort weise Vor- und Nachteile auf. Bezüglich eines Anschlusses ausserhalb und südlich des Zentrums befürchtete die Planungskommission zudem eine gegenüber dem Standort Buchs unvorteilhafte Stärkung des Standorts Vaduz. „Wenn der Anschluss südwärts gebaut werde, dann richte er sich genau nach Vaduz. Dann werden die Vaduzer ihren Vorteil zu nutzen wissen und Shopping-Centers an die Autobahn stellen, wie dies heute an anderen Orten immer mehr der Fall wird. Die Geschäfte an der Bahnhofstrasse und auch die privaten Investitionen dürfen nicht zerstört werden.“ In der Folge einigte sich die Planungskommission einstimmig auf den zentrumsnahen Standort des Anschlusses.[1829]

Die neue Variante des von den Kantonsingenieuren überarbeiteten Anschlusses bei Buchs wies nicht mehr wie beim genehmigten generellen Projekt die Form eines halben Kleeblatts mit halber Raute auf. Neu wurde wieder das Konzept eines vollständigen Kleeblatts eingeführt. In die Planung flossen ebenfalls neue Bedürfnisse seitens der Gemeinde ein. Insbesondere sollten die bestehenden Verkehrswege entlang des Binnenkanals sowie der Binnenkanal selbst so wenig wie möglich beeinträchtigt werden. Während noch bei der ersten Standortevaluation des Anschlussknotens an die A13 ein Kleeblattanschluss mit einem Innenradius von 28,5 Metern als kaum durchsetzbar erachtet wurde, wählten die Ingenieure bei der neuen Variante einen Mindestradius von 25 Metern, da sich mittlerweile die gesetzlichen Mindestanforderungen verändert und spezifiziert hatten.[1830] Zum Ausgleich wurden die Verzögerungs- und Verflechtungsspuren entlang der Autobahn verlängert, um den Verkehrsfluss zu gewährleisten. Geschwindigkeitsbegrenzungen sollten ebenfalls zur Verflüssigung des Verkehrs bei-

[1827] Auszug aus dem Protokoll der Planungskommission, „Autobahn-Anschluss Buchs-Zentrum“, 26. Mai 1971, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13, S. 1.
[1828] Ebenda, S. 2.
[1829] Ebenda, S. 6.
[1830] Aktennotiz der Konferenz zwischen Vertretern der Gemeinde Buchs und des Tiefbauamtes St. Gallen, „Konferenz betreffend die Weiterbearbeitung der Variante C des Anschlusses Buchs vom 18. August 1971 im Rathaus Buchs“, 18. August 1971, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13, S. 2.

tragen.[1831] Durch diese Transformation des Kurvenradius – eines einzelnen Aktanten im Aktor-Netzwerk – konnte eine im Vergleich zu früheren Studien platzsparende und optimierte Lösung gefunden werden, welche den Interessen der Ingenieure, Fahrzeuglenker, Anwohner und Vertreter der Gemeinde entsprach. Der Gemeinderat bestätigte die neue Anschlussvariante am 27. August 1971. „Nach unserem (des Gemeinderats; Anm. Kurath) Dafürhalten ist dieser kreuzungsfreie und am wenigsten Privatboden beanspruchende Vorschlag eine sehr gute Lösung.“[1832]

Das Anschlusswerk in Zentrumsnähe fand dennoch nach wie vor nicht bei der ganzen Bevölkerung der Gemeinde Buchs Anklang. Am 1. Oktober 1971 reichte das „Aktionskomitee gegen Zentrumsanschluss in der Gemeinde Buchs“ eine Petition mit 200 Unterschriften zuhanden des Regierungsrats des Kantons St. Gallen ein. Die Petition forderte den Regierungsrat auf, aus verkehrstechnischen Gründen, aus Gründen der Regionalplanung und des Umweltschutzes den Standort des Anschlusses Buchs nochmals zu überprüfen und den Anschluss in das Gebiet Buchs/Süd-Sevelen zu verlegen.[1833]

Da der Regierungsrat im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen nicht befugt war, den bereits gefällten Bundesbeschluss betreffend der Genehmigung des generellen Projekts der Teilstrecke Haag–Trübbach vom 20. Oktober 1971 abzuändern, prüfte der Regierungsrat lediglich, ob er das Anliegen im Sinne der Vernehmlassung und als Antrag dem Bundesrat unterbreiten sollte. Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen kam zum Schluss, dass die kantonalen Behörden und Planungsabteilungen zusammen mit lokalen Vertretern den optimalen Standort des Anschlusses Buchs gründlich abgeklärt hatten. Entsprechend stimmte der Regierungsrat der Petition nicht zu.[1834]

Begleitet von weiteren gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen wurde Ende 1971 bis Mitte 1972 das Ausführungsprojekt 1:1’000 durch die kantonale Tiefbau- und Strassenverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Strassen- und Flussbau ausgearbeitet. Ebenfalls wurden die beiden Anschlusswerke in Buchs und Sevelen weiterverfolgt. Die Anpassungen und Transformationen der Planwelten aufgrund neu zugezogener Fakten zeigten sich in den Details. Während beim generellen Projekt noch von acht Unter- und Überführungen gesprochen wurde, war beim Bericht zum Ausführungsprojekt von 24 Brücken und begehbaren Durchlässen sowie rund 2’000 Metern Schutzkanälen die Rede. Dafür konnte die Landbeanspruchung des Gesamtwerks von 880’000 auf 797’580 Quadratmeter korrigiert werden. Die Kosten stiegen von ursprünglich veranschlagten 87 Millionen Franken auf neu 124 Millionen Franken.[1835] Die gesellschaftlichen Verwebungen der Planwelt „Autobahnabschnitt A13 Haag–Trübbach – 1971“ wirkten sich bis zu diesem Zeitpunkt also auf eine Kostensteigerung von rund 142 Prozent der vorveranschlagten Kosten aus.

[1831] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach, Vertreter des Aktionskomitees gegen Zentrumsanschluss; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 915, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1832] Schreiben des Gemeinderates an das Baudepartement des Kantons St. Gallen, „Anschlussbauwerk Buchs“, 27. August 1971, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1833] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Teilstrecke Haag–Trübbach, Anschlussbauwerk Buchs; Petition des Aktionskomitees gegen Zentrumanschluss in der Gemeinde Buchs“, Traktandum-Nr. 880, 23. Juni 1972, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13, S, 2.
[1834] Ebenda, S. 7.
[1835] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Genehmigung des Ausführungsprojektes im Massstab 1:1’000 (km 175.800.00–km 160.174.50)“, Traktandum-Nr. 881, 23. Juni 1972, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13, S. 2.

Der Beginn der Ausführungsarbeiten konnte nach wie vor nicht definitiv festgelegt werden. So hielt der Regierungsrat fest: „Die Termine für die Bauausführung werden im Rahmen des langfristigen Bauprogrammes für die Nationalstrassen vom Bundesrat festgesetzt. Gegenwärtig ist der Beginn der Bauarbeiten für das Jahr 1976 vorgesehen. Eine Vorverschiebung dieses Zeitpunktes wird in Aussicht gestellt, falls sich wegen Schwierigkeiten bei anderen Bauabschnitten Verzögerungen ergeben sollten. Für die Fertigstellung der Strecke Haag–Trübbach wird mit einer reinen Bauzeit von vier Jahren gerechnet.“[1836]

Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen bewilligte am 23. Juni 1972 die Planwelten des Ausführungsprojekts. Mit dieser Bewilligung war gemäss Artikel 26 und 27 des Nationalstrassengesetzes eine zusätzliche Auflage- und Einsprachefrist verbunden. Das Ausführungsprojekt musste während 30 Tagen öffentlich aufgelegt werden. Innerhalb dieser Frist konnten beim Kanton schriftlich und mit Begründung Einsprachen gegen die Planwelten erhoben werden. Für die Verhandlung der Einsprachen war der Regierungsrat des Kantons St. Gallen zuständig. Nach Erledigung der Einsprachen hatte das Eidgenössische Departement des Innern das allenfalls überarbeitete Ausführungsprojekt zu genehmigen.[1837]

5.3.7.2 Einspracheverhandlungen des Ausführungsprojekts

Die Auflagefrist dauerte vom 10. Juli bis zum 9. August 1972. Während dieser Zeit gingen mehrere Einsprachen und Forderungen ein, die sich gegen einzelne Punkte des Ausführungsprojekts stellten.[1838]

Unter anderem erhob der Tennisclub Buchs Einsprache gegen das Ausführungsprojekt der A13. Direkt am Anschluss bei Buchs und angrenzend an die Autobahn liegend, befürchteten die Vertreter des Tennisclubs Lärm- und Geruchsemissionen durch den Autoverkehr. Die Vertreter erwogen, den Tennisplatz mit Clubhaus auf Kosten des Kantons zu verlegen. An einer Besichtigung der Problemstellung vor Ort durch Vertreter der kantonalen Tiefbau- und Strassenverwaltung mit Vertretern des Clubs schlugen die Planer des Kantons vor, einen drei Meter hohen Schutzdamm ins Projekt aufzunehmen. Dieser sollte zusammen mit einer entsprechenden Bepflanzung die Lärm- und Abgasemissionen der Nationalstrasse auf die Sportanlage erheblich reduzieren. Für die aufgrund der Baulinien der Nationalstrasse notwendige Verlegung eines Spielfeldes innerhalb der Parzelle zeigten sich die kantonalen Vertreter zur Kostenübernahme bereit. Mit diesem Angebot seitens des Kantons zeigten sich die Tennisclubvertreter einverstanden. Ebenfalls einverstanden mit diesen Massnahmen zeigte sich die Ortsgemeinde, welche Besitzerin der Parzelle des Tennisclubs war. Da mit dem Vorschlag die Interessen des Kantons wie auch der Tennisspieler gewahrt wurden, konnte eine einvernehmliche Lösung ausgehandelt und die Einsprache aufgehoben werden.[1839]

[1836] Ebenda, S. 2.
[1837] Ebenda, S. 3.
[1838] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach, Tennis-Club Buchs; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 912, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1839] Ebenda.

Eine weitere Einsprache gegen das Ausführungsprojekt erhob die vom Anschlusswerk und der Autobahn ebenfalls unmittelbar betroffene Schwimmbad-Genossenschaft Buchs. Auch hier wurden die befürchteten Lärm- und Abgasimmissionen auf die Freizeitanlage beanstandet. Weiterer Anlass zur Kritik am Ausführungsprojekt fand der Umstand, dass aufgrund der Linienführung des Anschlusswerks die Hauptgebäude derart beeinträchtigt würden, dass diese nach Meinung der Vertreter der Schwimmbad-Genossenschaft verlegt werden müssten. Die Genossenschaft überlegte sich aufgrund dieser Beeinträchtigungen, den Standort des Schwimmbades zu verlegen und Entschädigungsforderungen an den Kanton zu stellen. Bei einer Besichtigung vor Ort schlugen die Vertreter des Kantons ebenfalls die Errichtung eines drei Meter hohen Schutzdamms vor. Die Kostenübernahme für Abbruch und Neubau der Gebäude für die Badeanstalt wurde ebenfalls in Aussicht gestellt. Mit diesen Zusagen zeigten sich die Vertreter der Schwimmbad-Genossenschaft zufrieden. Die Einsprache konnte damit ebenfalls erledigt werden.[1840]

Ein weiteres Mal erhoben Vertreter des Aktionskomitees gegen den Zentrumsanschluss von Buchs Einsprache gegen das Ausführungsprojekt. Die Einsprechenden befanden eine Zentrumserschliessung von Buchs nicht nötig. Sie bemängelten zudem die geplante Überführung der Rheinstrasse über das SBB-Gleis und die Beeinträchtigung der umliegenden Liegenschaften sowie der Gesundheit der Anwohner. Der Regierungsrat wiederholte im elfseitigen Verhandlungsprotokoll die bereits bekannten Argumente, die gegen eine Berücksichtigung der Einsprache standen, und wies in der Folge die Einsprache ab.[1841]

Unter den Einsprechenden waren auch einige Anlieger des Anschlussbauwerks, die sich aufgrund des Bauwerks und des zu erwartenden Verkehrs in unzumutbarer Weise benachteiligt sahen. Da jedoch der Anschlussstandort und die Linienführung des Anschlusses im Rahmen langjähriger Aushandlungsrunden mit Betroffenen und Vertretern der Gemeinde und des Kantons festgelegt und durch den Bundesrat genehmigt worden waren, war der Regierungsrat nicht befugt, diesen Entscheid abzuändern. Hingegen zeigte er sich bereit, alle erforderlichen Abklärungen zu veranlassen, welche den Fortbestand der Wohnhäuser, Anpassungsarbeiten sowie Zu- und Ausfahrten im Einvernehmen mit den Einsprechenden sicherstellten.[1842]

Eine Einsprache, die eine grössere Transformation des Aktor-Netzwerks und damit der Planwelten bewirkte, ging von einem Landwirt aus, der Eigentümer einer Parzelle sowie Pächter einer Parzelle der Ortsgemeinde Buchs zwischen Haag und Buchs bei Kilometer 173,6 des geplanten Autobahnabschnitts war. Die Planwelt des Ausführungsprojekts der N13 sah eine Dammschüttung und Erhöhung des Autobahntrassees zur Überbrückung eines Gleisanschlusses des Kieswerks der Rheinkies AG

[1840] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach, Schwimmbad Genossenschaft Buchs; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 913, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1841] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach, Vertreter des Aktionskomitees gegen Zentrumsanschluss; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 915, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1842] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 916, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13; Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 917, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13; Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 918, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13; Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 919, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13; Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 920, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.

vor. Der Landwirt forderte, dass auf die Gleisanlage verzichtet werde, da die Kiesförderung aus dem Rhein im Jahre 1973 eingestellt worden war und der Vertrag zur Nutzung des Flusskieses auslaufe und kaum erneuert werde. Damit könne auch auf die Dammaufschüttung verzichtet werden. Mit dieser Einsprache wies der Landwirt auf einen Umstand hin, der während der Planungsarbeiten des Autobahnabschnitts von Haag nach Trübbach im Jahre 1971 noch nicht bekannt gewesen war. Der Vertreter des Kantons prüften in der Folge zwei Varianten. Die erste Variante sah vor, das Areal des Kieswerks für kantonale Zwecke zu nutzen und den Gleisanschluss bestehen zu lassen. Im Unterschied zur Planwelt von 1971 sah diese Variante eine niedrigere Durchfahrtshöhe der Unterführung für Motorfahrzeuge vor. Bei dieser Variante zeichneten sich Kosteneinsparungen von 1,2 Millionen Franken ab. Die zweite Variante sah vor, die Durchfahrt wegzulassen und die vertikale Linienführung des Trassees der A13 mit minimaler Höhe zu erstellen. Diese Variante stellte eine Kosteneinsparung von 3,95 Millionen Franken in Aussicht. Da der Kanton nur geringen finanziellen Nutzen aus der Verwendung des brachliegenden Kieswerkareals schlagen konnte und die Rheinbauleitung wie auch der Gemeinderat und die Ortsverwaltung von Buchs der zweiten Variante zustimmten, entschied der Regierungsrat, das Trassee entsprechend mit minimaler Dammhöhe auszuführen.[1843]

Damit hatten der Rhein, der Kies und die Verbindungsbrücke zwischen Buchs und Schaan als nichtmenschliche Akteure einen weiteren indirekten Einfluss auf das Resultat der gesellschaftlichen Verhandlungsprozesse. Wäre durch die Kiesentnahme aus dem Rhein nicht die Verbindungsbrücke eingestürzt und wäre in dieser Folge nicht das Kiesentnahmeverbot ausgesprochen worden, wäre das Kieswerk in Betrieb geblieben.[1844] Entsprechend hätte man die Erhöhung des Autobahntrasses belassen müssen und Kosten von 3,95 Millionen Franken nicht einsparen können.

Derselbe Landwirt forderte weiter, dass zwischen seinem Hof und der geplanten N13 ein Windschutzstreifen in Form einer Baumreihe erstellt werde, um schädliche Lärm- und Geruchseinwirkungen zu verhindern. Auch diesem Anliegen wurde entsprochen.[1845]

In der Folge der Einspracheverhandlungen musste eine weitere Einsprachefrist gegen den Regierungsratsentscheid abgewartet werden. Diese verlief ungenutzt.[1846]

5.3.7.3 Verzögerungen und Verhandlungen des Baubeginns

Gemäss einem Bundesbeschluss aus dem Jahre 1973 sollte die Ausführung des Autobahnteilstücks Haag–Trübbach der N13 um weitere Jahre hinausgeschoben werden. Als Termin für den Baubeginn vorgesehen war neu das Jahr 1979. Da die Belastung der Dörfer zwischen Haag und Trübbach durch den Durchgangsverkehr jedoch immer unerträglicher wurde, forderte der Regierungsrat des Kantons

[1843] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 921, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13; Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1844] Siehe Kapitel 5.3.5.1 Vorgeschichte – Festlegung Autobahnanschluss Buchs SG.
[1845] Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach; Einsprache gegen Ausführungsprojekt“, Traktandum-Nr. 921, 10. Juli 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13; Protokoll des Regierungsrates, „N13, Haag–Trübbach Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1846] Schreiben der Tiefbau- und Strassenverwaltung des Kantons St. Gallen an den Gemeinderat Buchs, „Nationalstrasse N13, Teilstrecke Haag–Trübbach; Einsprache gegen das Ausführungsprojekt“, 1. Oktober 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13; Schreiben des Baudepartementes des Kantons St. Gallen an den Gemeinderat Buchs, „Nationalstrasse N13, Teilstrecke Haag–Trübbach; Einsprache gegen das Ausführungsprojekt“, 30. Oktober 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.

St. Gallen eine Vorverlegung des Baubeginns.[1847] Als Minimalziel der Überzeugungsarbeiten für einen Vorzug der Bauarbeiten der N13 bei den Bundesbehörden bestimmten die Vertreter des Kantons den Neubau der Rheinbrücke zwischen Schaan und Buchs. Dieses Minimalziel wurde festgelegt, weil das nach dem Einsturz der Rheinbrücke im Jahre 1970 neu erstellte Provisorium verkehrsungünstig lag und der bauliche Zustand Anlass zu Bedenken gab.[1848]

Da die Vorverlegung ungewiss blieb und sich eine längere Wartezeit abzeichnete, kündigte sich eine erneute Destabilisierung des Aktor-Netzwerks „Zentrumsanschluss Buchs" an. Der Gemeinderat von Buchs wollte die Frage des Standorts des Zentrumsanschlusses erneut aufrollen. In einem Brief an das Kantonale Baudepartement von St. Gallen hielt der Gemeinderat fest, dass weite Kreise der Bevölkerung, vor allem aber Fachleute wie Ingenieure und Ortsplaner mit der Lösung der geplanten und bewilligten Erschliessung nicht zufrieden waren. Sie befürchteten eine kaum verantwortbare Verkehrsbelastung des Dorfzentrums, verbunden mit kostspieligen Strassenbauten. „Aus diesen Gründen glauben wir, dass es sinnvoll sei, die Frage des Anschlusswerks nochmals zu diskutieren. (…) N13 und Anschlussbauwerk tangieren unsere Gemeindeinteressen auf Jahrzehnte hinaus in so starkem Mass und verursachen so hohe Kosten, dass wir als Gemeindebehörde verpflichtet sind, eine optimale Lösung anzustreben."[1849]

Im Antwortschreiben hielt der damalige Kantonsingenieur fest, dass im Rahmen des generellen Projekts 1:5'000 die Anschlusskonzeption Haag–Sargans nach Abwägung aller Fakten im Einverständnis mit dem Gemeinderat erarbeitet und festgelegt worden war. Man habe sich damals nicht zuletzt unter Druck einer mehrjährigen Kritik an einem Anschluss Buchs-Süd durch Öffentlichkeit, Presse und Behörden für einen Zentrumsanschlusses entschieden. Diese Anschlusskonzeption war daraufhin mit den Vertretern der Bundesbehörden und des Fürstentums Liechtenstein verhandelt und bereinigt worden. „In der Zwischenzeit sind keine neuen Aspekte aufgetreten, die eine grundsätzliche neue Anschlusskonzeption aufdrängen würden. Wir glauben auch nicht, dass der Bundesrat unter diesen Umständen auf ein entsprechendes Begehren eintreten würde, insbesondere deshalb nicht, weil die Lage der entsprechenden Rheinbrücken mit Liechtenstein abgesprochen wurde und die Brücke von Sevelen bereits gebaut ist."[1850] Am 13. März 1974 bewilligte das Eidgenössische Departement des Innern das Ausführungsprojekt zusammen mit den durch den Regierungsrat zugelassenen Einsprachen.[1851]

Im April 1975 mehrten sich Gerüchte, wonach der Bau des letzten Teilstücks der A13 im Rheintal entgegen dem einstigen Bundesbeschluss aus dem Jahre 1973 vorgezogen werden sollte.[1852] Das kantonale Baudepartement bestätigte, dass diese Aussicht bestehe. Voraussetzung sei jedoch, dass das

[1847] Schreiben des Baudepartementes des Kantons St. Gallen an den Gemeinderat Buchs, „Einladung zu einer Orientierung über das Bauprogramm für die Teilstrecke Haag–Trübbach der Nationalstrasse N13", 7. Oktober 1975, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13

[1848] Schreiben des kantonalen Baudepartementes St. Gallen an den Gemeinderat von Buchs, „N13: Abschnitt Haag–Trübbach", 28. April 1975, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.

[1849] Schreiben des Gemeinderates von Buchs an das kantonale Baudepartement, Abt. Nationalstrassenbau, St. Gallen, „Anschlussbauwerk N13 Buchs", 4. Oktober 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.

[1850] Schreiben der Tiefbau- und Strassenverwaltung des Kantons St. Gallen an den Gemeinderat von Buchs, „Nationalstrasse N13, Haag–Trübbach: Anschlusskonzept Buchs", 25. Oktober 1973, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.

[1851] Bericht zur Eröffnung, „N13 Haag–Trübbach, Projektierung und Bauausführung", Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 6.

[1852] Schreiben des Gemeinderates von Buchs an das kantonale Baudepartement St. Gallen, „N13 Rheinbrücke", 24. April 1975, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.

Schweizervolk in der Urnenabstimmung vom 8. Juni 1975 der Weiterführung der für den Nationalstrassenbau zweckgebundenen Erhöhung des Benzinzolls um zehn Rappen pro Liter zustimme. Wie es in einem Schreiben weiter hiess, traf das Baudepartement die notwendigen Vorbereitungen, damit die Bauarbeiten bei einem positiven Bescheid möglichst rasch aufgenommen werden konnten.[1853]

Im Juni 1975 gab es einen weiteren Vorstoss des Aktionskomitees gegen einen Zentrumsanschluss bei Buchs. Die Vertreter äusserten ein weiteres Mal ihre Meinung, dass Buchs keinen Anschluss brauche. Die geplanten Anschlüsse in Haag und Sevelen würden genügen. Nachdem der Gemeinderat erneut die Möglichkeiten der Projektänderung beim kantonalen Baudepartement abgeklärt hatte, antwortete dieser im Sinne der Vertreter des Kantons. „Gegen eine rechtskräftige Sache könne in der Regel nicht mehr opponiert werden. Empfehlenswert sei, sich vorgängig einer Aktion über die noch bestehenden Möglichkeiten zu vergewissern. Buchs ohne Anschluss könne man sich wohl kaum denken. Es stehen noch ganz andere Interessen auf dem Spiel als diejenigen von wenigen Bewohnern, die sich in der Ruhe künftig gestört sehen."[1854]

An der Volksabstimmung von 8. Juni 1975 votierte das stimmberechtigte Volk der Schweiz für die Bestimmungen der Finanzierung des Nationalstrassenbaus. In der Folge entsprach der Bund den wiederholten Begehren der Vertreter des Kantons St. Gallen, den Baubeginn vorzuverlegen. Das Eidgenössische Departement des Innern gab die finanziellen Mittel für den Beginn der Bauarbeiten am fehlenden Zwischenstück der Nationalstrasse N13 Haag–Trübbach frei. Damit konnten die ersten Bauarbeiten ausgeschrieben und vergeben werden.[1855]

5.3.7.4 Rodungsarbeiten, Baubeginn und Landerwerbverhandlungen

Am 5. August 1975 reichte das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons St. Gallen ein Gesuch zur Rodung von 502'145 Quadratmeter Waldfläche beim Eidgenössischen Departement des Innern ein. Als Ersatzleistungen waren Aufforstungen vorgesehen, die in derselben Region angelegt werden sollten. Da nach Abwägung aller öffentlichen Interessen der Bundesrat dem generellen Projekt zustimmte, konnten die Vertreter des Eidgenössischen Departementes des Innern davon ausgehen, dass das öffentliche Interesse an der Rodung gegenüber der Erhaltung des Waldes überwog. Entsprechend wurde das Gesuch bewilligt.[1856] Da gegen diesen Entscheid keine Einsprache erhoben wurde, konnte mit den Rodungsarbeiten begonnen werden.[1857]

[1853] Schreiben des kantonalen Baudepartementes St. Gallen an den Gemeinderat von Buchs, „N13: Abschnitt Haag–Trübbach", 28. April 1975, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1854] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „N13", Traktandum-Nr. 393, 10. Juni 1975, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1855] Schreiben des Baudepartementes des Kantons St. Gallen an den Gemeinderat Buchs, „Einladung zu einer Orientierung über das Bauprogramm für die Teilstrecke Haag–Trübbach der Nationalstrasse N13", 7. Oktober 1975, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1856] Mitteilung an das Eidgenössische Departement des Innern, „Gesuch der Kantonalen Tiefbau- und Strassenverwaltung vom 13.6.75 um die Rodung von 502'145 m^2 Wald für den Bau der N13 auf der Teilstrecke Haag–Trübbach", 30. September 1975, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1857] Schreiben des Eidgenössischen Departementes des Innern an die politischen Gemeinden Sennwald, Buchs, Sevelen, Wartau, St. Gallische Rheinkorrektion, Ortsgemeinden Buchs, Sevelen und Wartau, „Entscheid EDI vom 30. September 1975 in Sachen Rodung von 502'145 m^2 Wald in den Gemeinden Sennwald, Buchs, Sevelen und Wartau für den Bau der N13 auf der Teilstrecke Haag–Trübbach", 12. November 1975, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.

Parallel zu den Rodungsarbeiten wurden die Detailplanungen durch private Ingenieurbüros ausgearbeitet und erste Anpassungsarbeiten, Leitungsverlegungen, Provisorien, Baustellensicherungen vorgenommen.[1858] Der Verlauf der Bauarbeiten richtete sich im Folgenden nach den Kapazitätsgrenzen bei den Waldrodungen und den Massnahmen zur Sicherstellung bestehender Verkehrsverbindungen.

Zwischenzeitlich fanden auch die letzten Verhandlungen bezüglich des Landerwerbs statt. So kam es unter anderem zwischen dem Kanton St. Gallen und der Ortsgemeinde Buchs zum Abschluss eines Vertrags für den Realersatz von 21'000 Quadratmeter Kulturland und 150'090 Quadratmeter Waldboden. Das Kulturland wurde im Verhältnis 1:1 getauscht. Der Waldboden wurde im Verhältnis 2:1 abgetauscht. Insgesamt erhielt die Ortsgemeinde damit rund 96'000 Quadratmeter Land als Realersatz in Form einer Wiese auf dem Talboden des Alpenrheintals. Gleichzeitig ersuchte der Kanton die Ortsgemeinde, Bodenflächen für weitere Ersatzaufforstungen zur Verfügung zu stellen. Die Ortsgemeinde kam dieser Anfrage entgegen und stellte rund 25'890 Quadratmeter Land in Form von Restflächen zwischen Rhein und Werdenberger Kanal und im Bündtli als Windschutzstreifen zur Verfügung. Die Kosten der Aufforstung gingen zu Lasten des Kantons. Zudem erhielt die Ortsgemeinde vier Franken pro Quadratmeter aufgeforstetes Kulturland zur Minderwertentschädigung.[1859] Im Zusammenhang mit dem Landerwerb ging aus den vorhandenen Unterlagen hervor, dass es auf dem Gemeindegebiet von Buchs im Jahre 1976 zu mindestens einem Enteignungsverfahren gekommen war.[1860]

Mehrheitlich beanspruchten die Bauwerke der Teilstrecke Haag–Trübbach aber Boden der Ortsgemeinden Sennwald, Buchs, Sevelen und Wartau sowie der St. Gallischen Rheinkorrektion.[1861] Der Grossgrundbesitz der Ortsgemeinden und der St. Gallischen Rheinkorrektion war vor allem auf die Melioration und die Rheinkorrektion der Jahrhundertwende zurückzuführen. Damit zeigte sich ein weiteres Mal ein direkter Zusammenhang der einleitend beschriebenen Bemühungen um die Rheinkorrektion und Melioration mit dem mehrere Jahrzehnte später in Erstellung begriffenen Autobahnteilstück.[1862] Dass sich ein Grossteil der Grundstücke im Besitze öffentlich-rechtlicher Institutionen befand, war wohl ein wesentlicher Baustein des Erfolgs der hier rekonstruierten Entstehungsgeschichte. Grossgrundbesitz und regionale öffentlich-rechtliche Interessen verhinderten eine Aneinanderreihung mühsamer Verhandlungen von Einzelinteressen, die zu weiteren Verzögerungen, Verzettelungen und unlösbaren Kontroversen hätten führen können.

Mit den Bauarbeiten der neuen Rheinbrücke zwischen Buchs und Schaan am Anschlusswerk Buchs-Zentrum wurde Anfang Oktober 1975 begonnen. Ende April 1976 waren die Fundationen, die Widerlager sowie die Pfeiler erstellt. Wegen Hochwassergefahr mussten die Bauarbeiten von Mai bis September 1976 ruhen. Im Oktober 1976 wurde die zweite Etappe der Rheinbrücke in Angriff genommen.

[1858] Bericht zur Eröffnung, „N13 Haag–Trübbach, Projektierung und Bauausführung", Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 6.
[1859] Information des Verwaltungsrates der Ortsgemeinde an die Bürger und Bürgerinnen, „Gutachten und Anträge des Verwaltungsrates über die Bodenabtretungen für den Bau der Nationalstrasse N13", 9. Dezember 1975, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1860] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „N13", Traktandum-Nr. 818, 5. Oktober 1976, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1861] Bericht zur Eröffnung, „N13 Haag–Trübbach, Projektierung und Bauausführung", Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 14.
[1862] Siehe Kapitel 5.2.1.2 Inhalte der Planwelt „Rheinstrasse – 1959".



Abb. 162: Anschluss Buchs nach der Eröffnung der Rheinbrücke im Oktober 1977, aus: Bericht zur Eröffnung, „N13 Haag–Trübbach, Projektierung und Bauausführung“, Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen (Fotograf unbekannt).

Im April 1977 konnten die Bauarbeiten der Rheinbrücke abgeschlossen werden.[1863] Die Brücke weist eine Länge von rund 120 Metern auf, die als Durchlaufträger über zwei Felder ausgebildet wurde. Die Trägerhöhe misst rund drei Meter und hat eine Gesamtbreite von rund 20 Metern.[1864]

Im Dezember 1977 wurden die Bauarbeiten des zusammenhängenden Trasseebaus in Angriff genommen.[1865] Im Oktober 1978 waren die Erdbauarbeiten der Teilstrecke Haag–Trübbach abgeschlossen. Rund 1,4 Millionen Kubikmeter Material aus dem Rhein, aus Bachschuttkegeln, Rüfen und Hangausbeutungen wurde durch Lastwagen, Bagger und per Hand ins Trassee eingebracht. Es standen 70 Grosslastwagen und Anhängerzüge im Einsatz. Die duchschnittlichen Tagestransportleistungen betrugen rund 6’000 Kubikmeter. Um das normale Strassennetz nicht zu belasten, wurden zwei provisorische Brücken über den Rhein erstellt. Auf das Trassee wurde eine 70 Zentimeter starke Fundationsschicht aus zwei Lagen Rheinkies aufgebracht. Diese Schicht wurde wiederum durch eine zehn Zentimeter starke bituminöse Heissmischtragschicht abgedeckt. Darauf sollte der Zementbetonbelag erstellt werden.[1866]

Im Zusammenhang mit dem Kiesabbau aus dem Rhein in den 1960er-Jahren machte sich mittlerweile eine weitere Wirkung bemerkbar. Durch die Absenkung der Rheinsohle senkte sich der Grundwasserspiegel im Rheintal. Dadurch trockneten Feuchtstandorte aus. Im Zusammenhang mit dem Autobahn-

[1863] Bericht zur Eröffnung, „N13 Haag–Trübbach, Projektierung und Bauausführung“, Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 11.
[1864] Ebenda, S. 9.
[1865] Bericht zur Eröffnung, „N13 Haag–Trübbach, Projektierung und Bauausführung“, Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen, S. 8.
[1866] Presseorientierung, „N13, Haag–Trübbach: Stand der Bauarbeiten“, 26. Oktober 1978, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13, S. 1-2.

unternehmen wurde nun parallel zu den Bauarbeiten in Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen Ersatz für die Biotope geschaffen.[1867]

Noch im September 1978 wurde mit der Betonierung der Fahrbahnbeläge begonnen. Gegen Ende des Jahres 1979 waren die Beläge eingebaut. Im Jahre 1980 wurden ein bituminöser Deckbelag aufgetragen und weitere Ausstattungsarbeiten erledigt.[1868]

Am 27. Juni 1980 wurde der letzte Streckenabschnitt des Rheintals zwischen Sargans und Rheineck dem Verkehr übergeben.[1869] Mit der Eröffnung der Teilstrecke konnte eine erfolgreiche Rückübersetzung der Planwelten „Rheinstrasse – 1959“ und „Autobahnabschnitt N13 Haag–Trübbach – 1971“ gefeiert werden. Unvorhergesehenes wie der Beizug weiterer Interessen betroffener Akteure oder die Integration widerspenstiger Akteure in das Akteur-Netzwerk „N13“ lässt sich auch hier eindrücklich an den Baukosten aufzeigen. Während ursprünglich die Kosten mit rund 87 Millionen Franken veranschlagt worden waren, beliefen sich die Gesamtkosten auf 115 Millionen Franken. Forderungen betroffener Nachbarn, Überführungen von Strassen und Kanälen, unerwartete Veränderungen der Untergrundschichten, aber auch die Teuerung und entstehende Mehrkosten beispielsweise bei der Rheinkiesbeschaffung mussten Schritt für Schritt gesellschaftliche Entsprechung finden, um eine erfolgreiche Rückübersetzung des Vorhabens zu gewährleisten. Ausserordentliche Umstände wie die nationale Bedeutung der A13 und die verkehrliche Belastung der gesamten Region führten zu einem derart fest geknüpften Netzwerk, das auch bei diesen gravierenden, teilweise nicht voraussehbaren Problemstellungen Lösungsansätze mit entsprechenden finanziellen, räumlichen, technischen Folgen gefunden werden konnten, ohne dass relevante Akteure sich aus dem Netzwerk lösten oder sich nicht einbinden liessen.

5.3.8 Die lokale planerische Praxis des Autobahnabschnitts N13 Haag–Trübbach

5.3.8.1 Die emergente Rolle der Planer

Ausgangslage für die planerische Interaktion waren die Ausführungsplanwelt des Streckenabschnitts Haag–Trübbach und deren Umsetzungsbestrebungen. Zentrale Aufgabe der Planer war es, wie zuvor bei der Entstehung der ersten Skizzen und Planwelten, die Interessen der Verkehrsplanung in den Aushandlungsprozess einzubringen sowie die stetig neuen Forderungen und Bedingungen der weiteren Akteure und Aktanten aktiv zu verhandeln. In der Begleitung der durch die Planwelten ausgelösten Handlungen der Bauarbeiter war es die Rolle der Ingenieure und Verkehrsplaner, dafür zu sorgen, dass sich die sukzessive auf Baumaschinen und Baumaterialien übersetzten Handlungen inhaltlich nicht allzu sehr von den Planwelten entfernten. War dies der Fall, war es Teil der Rolle der Planer, die Inhalte der Planwelten aktiv den neuen Umständen anzupassen oder über Verhandlungen eine Verschiebung der Interessens- und Ziellagen der betroffenen Akteure und Aktanten zu bewirken.

[1867] Ebenda, S. 2.
[1868] Ebenda, S. 8.
[1869] Bericht zur Eröffnung, „N13 Haag–Trübbach, Projektierung und Bauausführung“, Juni 1980, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.

5.3.8.2 Elemente einer Soziologie der Übersetzung in der Phase der Rückübersetzung von Planwelten

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung – Die Planer adaptieren Unvorhergesehenes, Tennisclub und Schwimmbad-Genossenschaft finden sich mit der neuen Situation zurecht, der Untergrund nimmt die Lasten des Autobahnabschnitts auf

Die Aufgabe der Planer in der Phase der Rückübersetzung des Streckenabschnitts Haag–Trübbach war in erster Linie, die Versprechungen, die sie in die Planwelten übersetzten, auch einzuhalten. Verweigerten sich einzelne Akteure und Aktanten der Einbindung in das Aktor-Netzwerk „N13", hatten die Planer die gesellschaftlichen Entsprechungen für einen zukünftigen Autobahnabschnitt im Sinne einer technisch einwandfreien Autobahn auszuhandeln. Die Planer verfügten über finanzielle, materielle und personelle Ressourcen als Verhandlungsmittel. Zu diesem Zeitpunkt der Übersetzung bestanden die Planwelten noch aus einer Reihe von Voraussetzungen, die ihre gesellschaftlichen Entsprechungen erst noch finden mussten. Die Planwelt „Autobahnabschnitt N13 Haag–Trübbach – 1971" setzte beispielsweise voraus, dass sich der Tennisclub und die Schwimmbad-Genossenschaft in die Nachbarschaft der zukünftigen Autobahn fügten. Ebenfalls ging die Planwelt davon aus, dass der Untergrund für die Erstellung der Fundamentationsschicht durchgehend tragfähig war.

• Partnergewinnung – Der Tennisclub, die Schwimmbad-Genossenschaft wie auch der Untergrund werden gezwungenermassen in die Verhandlungsprozesse eingeführt

Da weder der Tennisclub noch die Schwimmbad-Genossenschaft im Besitz der von ihnen belegten Grundstücke waren, fand die Partnergewinnung dieser Aktor-Netzwerke über die Einbindung der Ortsgemeinde und der politischen Gemeinde statt, welche sich durch den Neubau der Autobahn die Lösung der zunehmenden regionalen Strassenverkehrsprobleme erhofften. Entsprechend liessen sich die öffentlich-rechtlichen Institutionen, vertreten durch Bürgerverwaltungs- und Gemeinderat und später bestätigt durch die Gemeindeversammlungen, in das Aktor-Netzwerk „N13" einspannen. Dem Tennisclub wie auch der Schwimmbad-Genossenschaft blieb in dieser Situation nichts anderes übrig, als mit dem Aktor-Netzwerk „N13" in Verhandlung zu treten und für die eigenen Interessen die besten Bedingungen auszuhandeln.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung – Ersatzforderungen und Dammbauten

Der Tennisclub wie auch die Schwimmbad-Genossenschaft forderten wegen der befürchteten Unzumutbarkeit eine Verlegung der Anlage auf Kosten des Kantons und des Bundes. Aufgrund der die Interessen des Tennisclubs und der Schwimmbad-Genossenschaft überwiegenden Interessen der Öffentlichkeit, die eine Autobahn forderte, und aufgrund ebensolcher Interessen, die einen minimalen Kostenaufwand erwarteten, waren die Rahmenbedingungen der Verhandlungen eng gesetzt. Die Planer boten als Verhandlungsangebot einen Lärmschutzdamm und dessen Bepflanzung an. Wollten der Tennisclub wie auch die Schwimmbad-Genossenschaft ihren Betrieb am bisherigen Standort aufrechterhalten, mussten sie auf das Angebot eingehen.

Anders verhielt es sich bei den Verhandlungen mit dem Baugrund, der stellenweise nicht tragfähig genug war. Um die Realisierungschancen des gesamten Vorhabens nicht zu gefährden, mussten die Planer ihre materiellen und finanziellen Ressourcen in die Verhandlungsprozesse einbinden und über diese Agenten die Fundationen und Dammschüttungen verstärken.

• Bewährungsprobe – Eröffnung der Autobahn

Die Bewährung des Aktor-Netzwerks zeigte sich erst bei der Eröffnung des letzten Autobahnabschnitts Haag–Trübbach. Die Eröffnung bewies, dass es den Planern erfolgreich gelungen war, die für die Rückübersetzung der Planwelten des Autobahnabschnitts in die Siedlungswirklichkeit notwendigen Allianzpartnerschaften mit Bund, Kanton, Gemeinde, Ortsgemeinde, Bevölkerung, Finanzierungsmitteln, Baumaterialien, Untergrund und den Anliegern wie Tennisclub und Schwimmbad-Genossenschaft herzustellen und verbindlich zu halten. Der Tennisclub und die Schwimmbad-Genossenschaft mussten sich mangels Alternativen dem Schicksal der Nach-

barschaft fügen. Die finanziellen Aufwendungen für Fundationen und Kiesschüttungen waren im Vergleich zum regionalen Mehrwert der N13 vertretbar. Die benötigten Ressourcen bewährten sich über längere Zeit, indem sie gravierende Absetzungen der Fahrbahnen verhinderten.

5.3.8.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Autobahnabschnittes N13 Haag–Trübbach“

Siehe Anhang am Anschluss an die vierte Mikrostudie: A13, Autobahnabschnitt Haag-Trübbach.



Abb. 163: Anschluss Sevelen-Balzers ein Jahr vor der Eröffnung des letzten Teilstücks Haag–Trübbach (ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, 1979).

5.4 Die N13 (A13) und der Streckenabschnitt „Haag–Trübbach“ heute



Abb. 164: Das Rheintal von Österreich aus Richtung Oberriet (Fotografie Dietmar Walser, 2005).

Nach der Eröffnung des letzten Streckenabschnitts der N3 und heutigen A3 zwischen Sargans und Rheineck im Jahre 1980 wurden einige Anpassungen notwendig. Bereits im Jahre 1982 wurde die Planung für den vierspurigen und richtungsgetrennten Vollausbau der Teilstrecken Au bis Oberriet und Oberriet bis Haag in Angriff genommen. Grund für diese Massnahme war ein enormes Verkehrsaufkommen in den Jahren zuvor und eine ungewöhnlich hohe Anzahl von Todesfällen im Strassenverkehr. Wurden nach der Eröffnung der zweispurigen Autostrasse zwischen Au und Oberriet im Jahre 1964 an einer Zählstelle in Kriessern noch 4’000 Fahrzeuge pro Tag gezählt, waren es im Jahre 1990 bereits über 14’000. Allein zwischen 1976 und 1988 starben aufgrund von Verkehrsunfällen 60 Personen auf diesem Streckenabschnitt. Bis 2002 waren es insgesamt 94 Verkehrstote.[1870] Das waren rund fünfmal mehr Verkehrstote als im übrigen schweizerischen Nationalstrassennetz.[1871] Am 6. Juli 1982 genehmigte der Regierungsrat von St. Gallen das generelle Projekt 1:5’000 für die Strassenverbreiterung. Knapp zwei Jahre später, am 27. Juni 1984, wurde es auch vom Bundesrat genehmigt. In der Folge wurde das Ausführungsprojekt ausgearbeitet.[1872]

Die schweren Unfälle führten im Juli 1984 in einem ersten Schritt zu provisorischen Sicherheitsmassnahmen. Eine Analyse zeigte, dass die Unfälle überwiegend durch riskante Überholmanöver, Überschreitung des Tempolimits und ungenügenden Fahrzeugabstand verursacht wurden. Aus diesem Grund führten verantwortliche Planer des Kantons St. Gallen und Unfallexperten der ETHZ Massnahmen zur Einengung der Fahrraumbreite und zur Verbesserung der optischen Führung ein.[1873]

[1870] Medienmitteilung des Kantons St. Gallen, „Autobahn A13, Vollausbau Abschnitt Au–Haag; Einladung zum offiziellen Eröffnungsanlass vom 19. August 2002“, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.
[1871] Eröffnungsrede Moritz Leuenberger, „Leitplanken und Leitplanken“, 19. August 2002, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.
[1872] Chronologie, A13 – Bau Abschnitt: Au–Oberriet“, 12. August 2002, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.
[1873] Bericht zu den Sofortmassnahmen der Verkehrsführungen, „Auswirkungen der Sofortmassnahmen vom Sommer 1984 auf das Unfallgeschehen, Ergebnisse eines zweijährigen Vorher-/Nachher-Vergleiches“, Februar 1987, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.

Im Juni 1985 genehmigte das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement das Ausführungsprojekt.[1874] Als erste Etappe konnte im Jahre 1990 die Teilstrecke Oberriet–Haag nach einem problemlosen Auflageverfahren und kurzer Bauzeit vierspurig dem Verkehr übergeben werden. Die Rückübersetzungen der übrigen geplanten Verbreiterungen in die Siedlungswirklichkeit verzögerten sich um nahezu 20 Jahre. „Verschärfte Umweltschutzbestimmungen und insbesondere Projekteinsprachen auf allen Stufen und von allen Seiten haben massive Projektverzögerungen verursacht. Projektaufteilungen und immer kleinere Ausführungsetappen sind unumgänglich geworden. Nur dank diesem etappenweisen Vorgehen ist in den 90er Jahren nach langwierigen Verhandlungen und mit vielfachen Teilprojektänderungen wenigstens der Vollausbau der Teilabschnitte Montlingen und Kriessern möglich geworden.“[1875]

Mit der Genehmigung des Teilprojekts der letzten Teilstrecke zwischen Au und Diepoldsau durch den Bund Anfang 2000 zeichnete sich ein Ende des Vollausbaus der vierspurigen und richtungsgetrennten A13 im Rheintal ab.[1876] Am 19. August 2002 wurde dieser letzte Streckenabschnitt eröffnet.[1877]

Parallel zu den Planungen und Ausführungen des Vollausbaus wurde auch die Planung einer Raststätte auf Gemeindegebiet Buchs in Angriff genommen. Der Standort im Bereich Fösera war bereits im generellen Projekt des Teilabschnitts Haag–Trübbach aus dem Jahre 1971 festgelegt worden.[1878] Im Jahre 1984 beauftragte der Regierungsrat des Kantons St. Gallen das Baudepartement zur Ausschreibung des Baus und Betriebs der Nebenanlage Fösera an der A13.[1879]

Die Ausschreibung durch das kantonale Baudepartement erfolgte im Oktober 1984. Drei Unternehmungen reichten je ein Angebot ein. Unter anderen bewarb sich das Konsortium Werdenberg, eine Personengesellschaft aus der Region, für die Erstellung und den Betrieb einer Raststätte auf beiden Fahrtrichtungen. Ihr Vorprojekt wurde durch das kantonale Hochbauamt und das Strasseninspektorat vorgeprüft. In der Beurteilung beschrieb das kantonale Hochbauamt das Vorprojekt als eigenständige, architektonisch interessante und betrieblich gut organisierte Anlage.[1880] Der Regierungsrat beschloss am 11. November 1986, den Zuschlag für einen Baurechtsvertrag dem Konsortium Werdenberg zu geben.[1881]Am 1. Dezember 1986 gründete sich aus dem Konsortium die Werdenberger Autobahnraststätte AG und spätere Raststätte Rheintal AG mit dem Zweck des Baus und Betriebs einer Autobahnraststätte im Rheintal.[1882] Gegen Ende der 1980er-Jahre wurde die Raststätte eröffnet.

Heute zeigt sich die A13 im Rheintal als prägendes räumliches Element, das sich parallel zum Rhein verlaufend strukturell in das Landschaftsbild einfügt. Weiterführende städtebauliche Mehrwerte, wie räumliche Gestaltung und Strukturierung der Umgebung, sind im Rahmen der Planungen und Rück-

[1874] Chronologie, A13 – Bau Abschnitt: Au–Oberriet“, 12. August 2002, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.
[1875] Ansprache von Regierungsrat Willi Haag, Vorsteher des Baudepartements, „Rheintalautobahn A13, Abschnitt Au–Haag, Eröffnungsanlass vom 19. August 2002, an der Böschaach, Widau“, 19. August 2002, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.
[1876] Ebenda.
[1877] Chronologie, A13 – Bau Abschnitt: Au–Oberriet“, 12. August 2002, Archiv Tiefbauamt Kanton St. Gallen.
[1878] Siehe Kapitel 5.3.5.2 Inhalte der Planwelt „Autobahnabschnitt N13 Haag–Trübbach – 1971“.
[1879] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Autobahn N13, Bau einer Autobahn-Raststätte Regierungsrätliche Genehmigung, Ausschreibung, Traktandum-Nr. 605, 28. August 1984, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1880] Protokoll des Regierungsrates, „Nationalstrasse N13, Haag–Trübbach: Nebenanlage Fösera (Autobahnraststätte); Baurechtsvertrag“, Traktandum-Nr. 11. November 1986, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13, S. 5.
[1881] Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates, „Autobahnraststätte Fösera, Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates vom 11. November 1986“, Traktandum-Nr. 1118, 25. November 1986, Archiv Bauamt Buchs SG, Mappe A13.
[1882] Handelsregisterauszug, www.moneyhouse.ch, Zugriff am 9. Januar 2009.

übersetzungen der A13 nicht umgesetzt worden. Aus regionalplanerischer Sicht bildet die A13 jedoch ein Rückgrat der Region, das die zahlreich ausdifferenzierten Raumlandschaften miteinander verbindet und belebt.

5.5 Die Autobahn A13 im Diskurs der Zwischenstadt

Am Beispiel der Beschreibung der gesellschaftlichen Zeit der heutigen A13 lässt sich verdeutlichen, wie Vorbilder aus dem amerikanischen Strassenbau, das lokale Bedürfnis nach neuen Verkehrslösungen, internationale Beziehungen zwischen der Schweiz, Deutschland und Italien, wirtschaftliche Interessen, die Entwicklung der Fahrzeuge und des Ingenieurwesens, ursprünglich aber auch die Melioration und Rheinkorrektion die Akteure zu unterschiedlichen Handlungen anregten. Der weitere Verlauf dieser Handlungsketten führte zur heutigen Wirklichkeit der A13 des Alpenrheintals, die sowohl Resultat einer Versammlung von Entitäten, einer ganzen Reihe von Verhandlungen und Verschiebungen von Interessen wie soziotechnischen Rahmenbedingungen sowie das Resultat der Rückübersetzung der Aktor-Netzwerke in die Siedlungswirklichkeit war.

Die Untersuchungen zeigten auf, dass die Siedlungswirklichkeit des Alpenrheintals demnach nicht einzig Folge einer zunehmenden Mobilisierung der Bewohner oder gar die Mobilisierung Folge des Neubaus der A13 war. Die Handlungsketten sind vielseitiger und komplex verwoben. Das Element Autobahn ist mit dem Alltag der Bewohner und Benutzer verknüpft, wie dies auch deren Arbeits- und Wohnorte, deren Fortbewegungsmöglichkeiten und Nachbarschaften sind. Entsprechend ist die A13 ein Mittler des Alltags, auf welchen die Akteure des Alpenrheintals aufgrund ihrer Handlungstheorien individuell reagieren. Planerische Ansätze, welche einseitig über Faktorenveränderung wie Mobilitätskosten oder Flächenverbrauch argumentieren, unterschätzen die gesellschaftlichen Bedingungen der Siedlungswirklichkeit und die Handlungstheorien der einzelnen Akteure.[1883]

5.5.1 Die A13 als Element der Zwischenstadt

Die A13 nimmt städtebaulich und raumplanerisch als Rückgrat und Erschliessung mittlerweile eine zentrale Rolle im Alpenrheintal ein. Als Hauptinfrastruktur und Bewegungslinie verbindet sie das Alpenrheintal in Längsrichtung. Aufgrund der Topografie des Rheintals und der Längsrichtung ihrer Infrastrukturen weist die A13 im Rheintal eine hohe Erschliessungsleistung auf. Sämtliche Dörfer und Kleinstädte beidseitig des Rheins sind dank einer relativ hohen Kreuzungsdichte für den motorisierten Strassenverkehr sehr gut erschlossen. Dies wirkt sich entsprechend auf das Pendlerverhalten und die Raumnutzungsmuster aus. Nach der DNA der Zwischenstadt gehört die A13 zu den „Bändern“.[1884] Zusammen mit dem Rhein und der Bahnlinie der SBB als weitere Bänder im Alpenrheintal behindern diese die Bewegungen in Querrichtung zum Alpenrheintal. Die Überquerung der Bänder kann nur punktuell an der Kreuzung mit Hauptstrassen oder Überführungen über Autobahn, Bahn, Rhein und Binnenkanäle erfolgen. Entsprechend sind Querbeziehungen vorwiegend auf den motorisierten Verkehr ausgerichtet. Zur räumlichen Trennung hinzu kommen die Landesgrenzen zwischen der Schweiz

[1883] Vgl. Latour (2007), S. 105.
[1884] Bormann et al. (2005), S. 16; „Ränder“ als Elemente der Zwischenstadt, ebenda, S. 17.

und Liechtenstein bzw. Schweiz und Österreich, die als zusätzliche Interessensgrenzen und teilweise aufgrund fehlender grenzüberschreitender Planungen eine grenzüberschreitende räumliche Vernetzung erschweren.

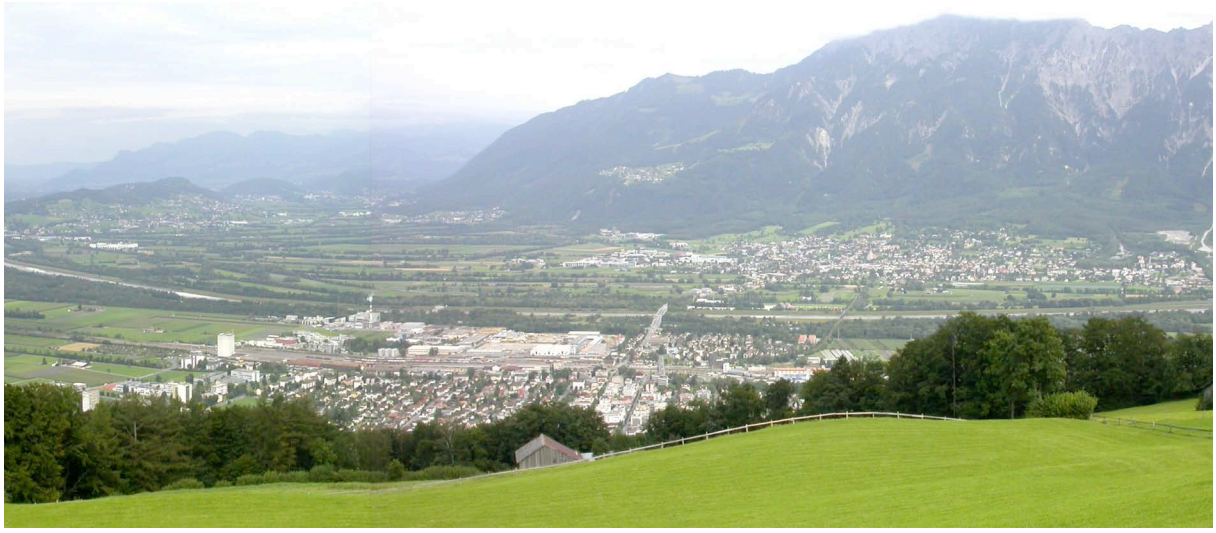


Abb. 165: Alltagsraum Alpenrheintal mit Buchs, Schaan und Autobahnanschluss Buchs (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

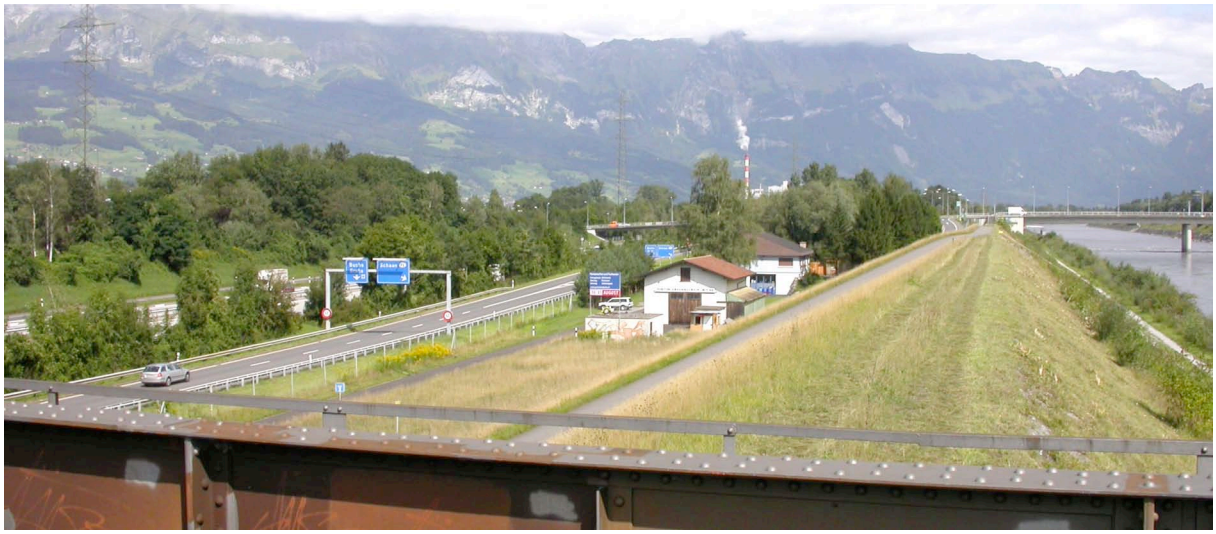


Abb. 166: Die „Bänder“ Autobahn A13, Rheindamm und Rhein von der Eisenbahnbrücke aus (Fotografie Stefan Kurath, 2008).



Abb. 167: Autobahn A13 und Eisenbahnlinie Schweiz–Liechtenstein (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

5.5.2 Raumzusammenhänge der Zwischenstadt durch die A13 im Rheintal

Die A13 ist Teil des Kontinuums der Infrastrukturlinien des Alpenrheintals. Da das Kontinuum eine schnellere und häufigere Bewegung im Raum ermöglicht, bewirkt es eine Komprimierung des Raums.[1885] Damit ist die A13 Bestandteil der inneren räumlichen Logik des Alpenrheintals.

Als Teil des Infrastrukturnetzwerks verbindet die A13 die sich im Laufe der Zeit ausdifferenzierten Teilöffentlichkeiten, welche sich im Alpenrheintal in Form von Sport-, Schiess- und Freizeitanlagen oder Festwiesen insbesondere auch in den Resträumen zwischen Rhein, A13, Binnenkanälen und Bahn angesiedelt haben. Öffentlichkeit ist im Alpenrheintal wie in der Zwischenstadt dezentral und temporär. „Sie (die Öffentlichkeit; Anm. Kurath) sucht sich Räume, die (neue) öffentliche Ausdrucksformen (zunehmend im Bereich Freizeit) aufzunehmen vermögen."[1886] Teilöffentlichkeiten finden verbunden durch die A13 auf den Fussballplätzen, in Schiessanlagen, Dorfzentren und weiteren zahlreich vorhandenen Freizeitanlagen statt.

5.5.3 Städtebauliches Potenzial der A13 im Rheintal

Die A13 im Rheintal sorgt für eine Komprimierung des Raums. Entsprechend muss der A13 in einer überregionalen Sichtweise städtebaulich und regionalplanerisch eine grosse Bedeutung beigemessen werden. Wie bereits beschrieben, befinden sich entlang der Autobahn unterschiedliche zwischenstädtische Freizeitnutzungen lokaler und überregionaler Bedeutung. Die an die Autobahn angrenzenden grossen Wald- und Wiesenflächen und naturnahen Landschaften ermöglichen zusätzlich extensive und partiell intensive Freizeitnutzungen. An den Anschlüssen der Autobahn haben sich wichtige Gewerbenutzungen gebildet.

Die wichtigsten stadtlandschaftlichen Elemente eines regionalen und grenzüberschreitenden Alpenrheintalparks sind damit versammelt. Sie müssen entsprechend gestärkt, differenziert und in Szene gesetzt werden. Brennpunkte entlang der A13 könnten zu Adressen und Attraktoren ausgebaut werden. Landschaftsräumliche Qualitäten könnten über eine feingliedrige Vernetzung als intensive und extensive Freizeiträume gestärkt und positioniert werden.

Räumliche Bezüge und Qualifizierungen könnten zu einer verbesserten Beziehung zwischen der A13 und den bestehenden Siedlungsstrukturen führen. Das Aufbrechen der kleinräumigen Strukturen über die Einbindung der A13 als überregionales, gestalterisches Element würde die Region Alpenrheintal auf die Ebene einer vernetzten Stadtlandschaft mit grossen stadt- und landschaftsräumlichen Qualitäten heben, die den Raumnutzungsmustern und Alltagsräumen der Bewohner und Benutzer des Alpenrheintals gerecht würde. Im Sinne der Untersuchungen ist auch hier das Bewusstsein für das brachliegende gesellschaftliche Potenzial aufzunehmen. Allfällig angestrebte räumliche Transformationen sind entsprechend über die vorhandenen, gesellschaftlichen Verwebungen und Beziehungen anzugehen, um Kräfte und Synergien zu nutzen sowie Prosperitäten auszulösen.

[1885] Der „komprimierte Raum" als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 25.
[1886] Die „entflochtene Öffentlichkeit" als Raumzusammenhang der Zwischenstadt, ebenda, S. 26.

Grundsätzlich gilt es, dass raumplanerische Entwicklungsabsichten und städtebauliche Strategien die Wirklichkeit des Alpenrheintals und der A13 als gesellschaftlich verhandelte Wirklichkeit begreifen müssen. Davon ausgehend kann eine Qualifizierung angestrebt werden. „Das bedeutet, sich einzulassen auf die Mechanismen und Kräfte der Gesellschaft, ohne sie damit unkritisch zu bejahen, letztlich also ein Arbeiten mit und nicht gegen die Realitäten.“[1887]

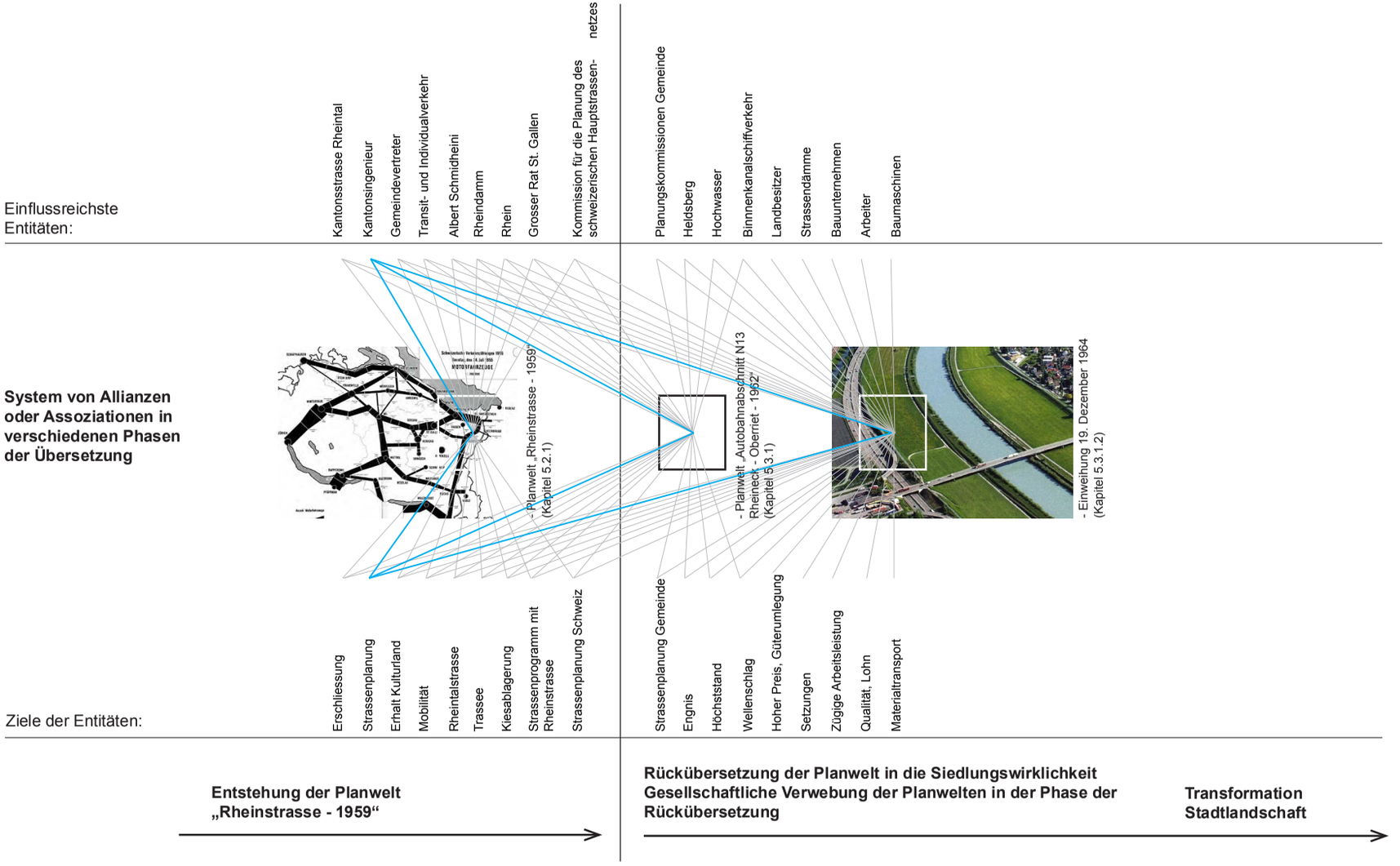
5.5.4 Visualisierung des Aktor-Netzwerks Strassenplanung Alpenrheintal am Beispiel A13, Autobahnabschnitt Haag-Trübbach.

Siehe Anhang am Anschluss an die vierte Mikrostudie: A13, Autobahnabschnitt Haag-Trübbach.

[1887] Ebenda, S. 43.

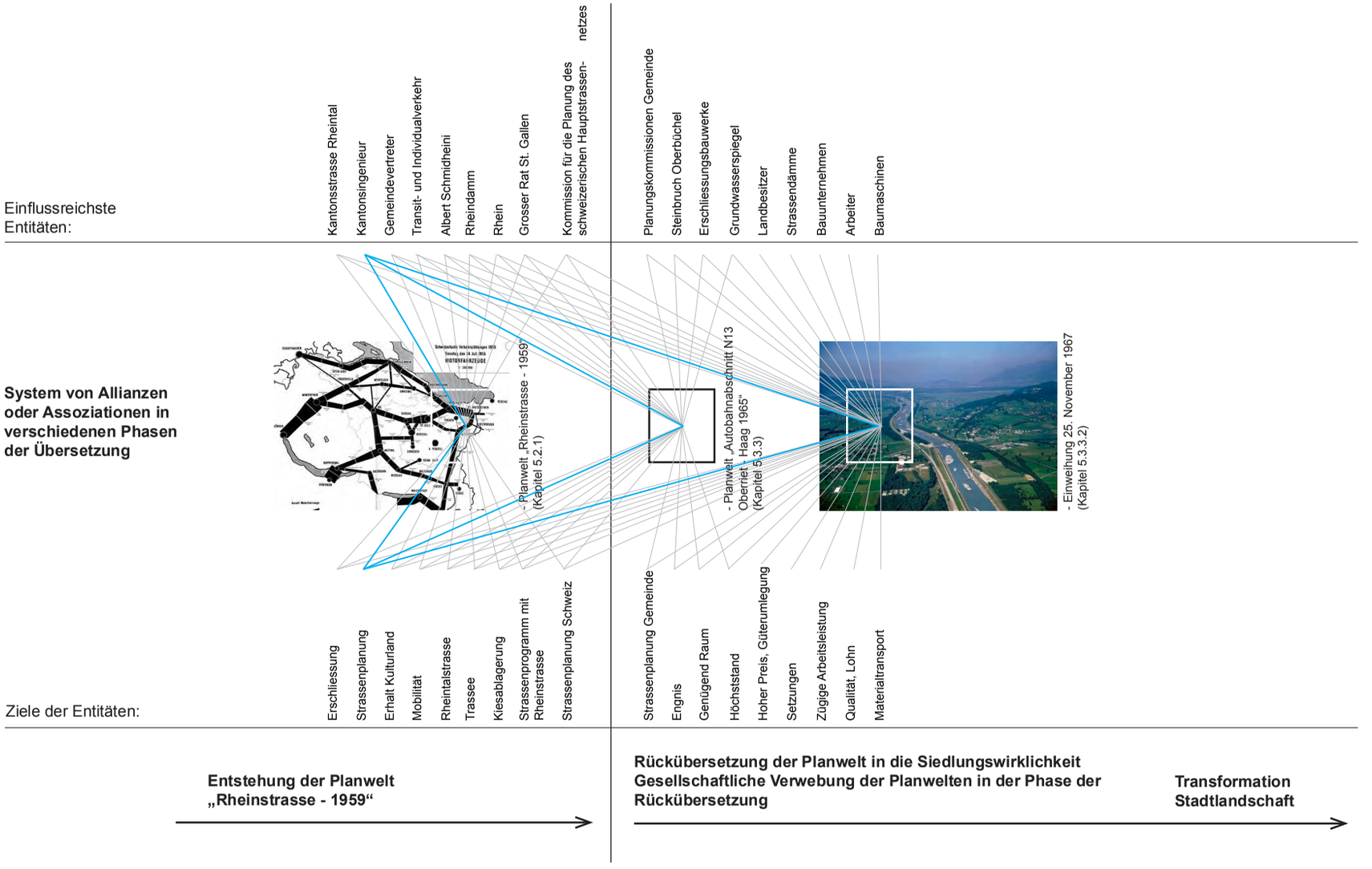
ANHANG VIERTE MIKROSTUDIE

Visualisierungen Aktor-Netzwerke



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

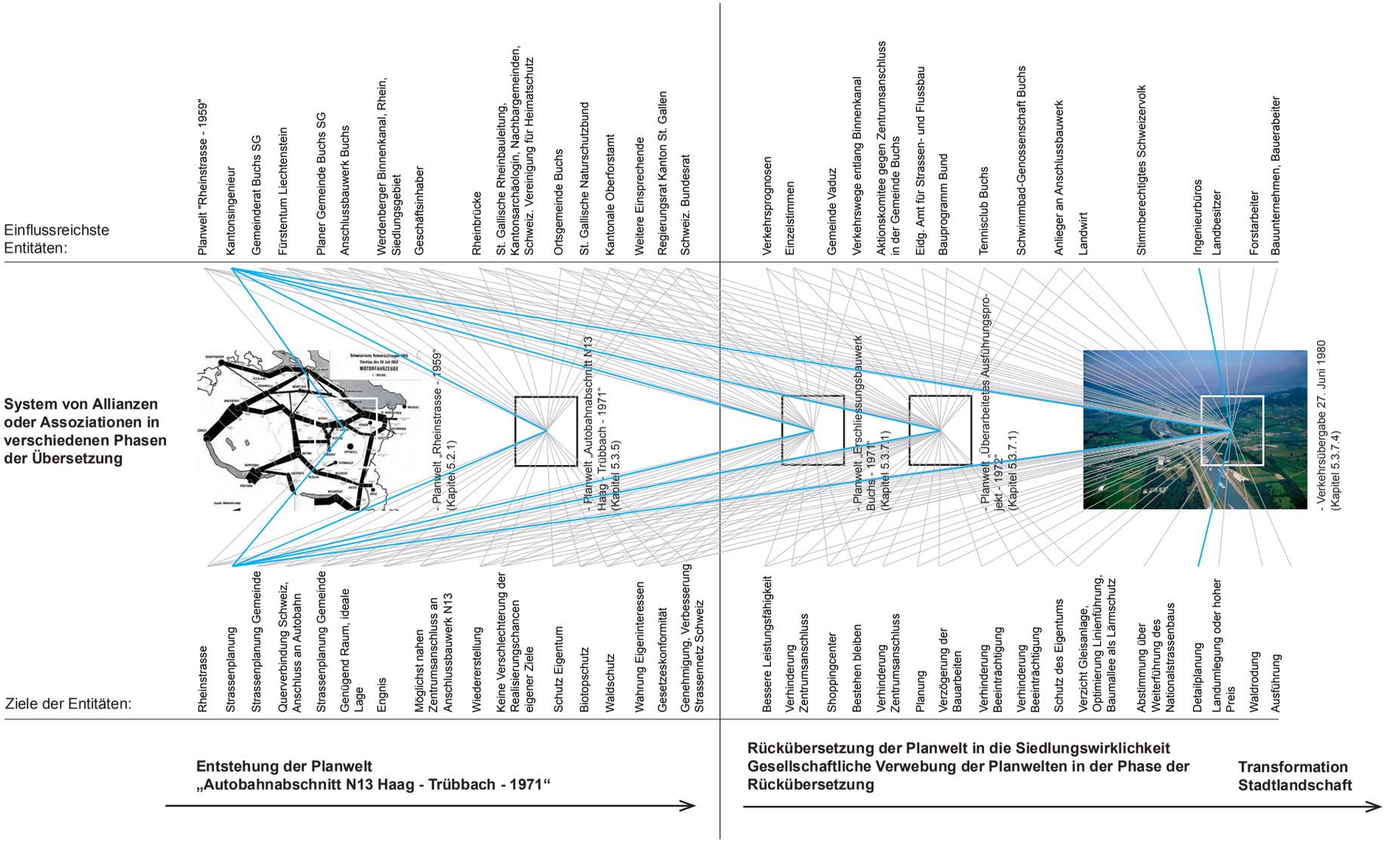
5.3.2.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Autobahnabschnitt N13 Rheineck-Oberriet"



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.
- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen
- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

5.3.4.2 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Autobahnabschnitt N13 Oberriet - Haag“



- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele

- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.

- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen

- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

5.3.8.3 Visualisierung des Aktor-Netzwerks „Autobahnabschnitt N13 Haag - Trübbach“

Einflussreichste Aktor-Netzwerke:

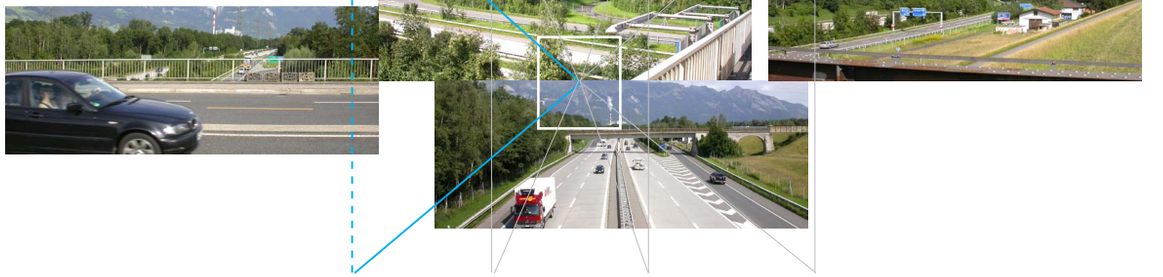
Planwelt "Rheinstrasse - 1959", Vertreten durch Kantonsingenieur

"Autobahnabschnitt N13 Rheineck - Oberriet"

"Autobahnabschnitt N13 Oberriet - Haag"

"Autobahnabschnitt N13 Haag - Trübbach"

System von Allianzen und deren Verwebung mit der Siedlungswirklichkeit der „A13“



Verhandlungserfolge:

Strassenplanung Rheintal, Verkehrsentlastung der Dörfer, Transitverkehr, Erweiterung Schweizer Strassenverkehrsnetz

Strassenplanung Rheintal, Verkehrsentlastung der Dörfer, Transitverkehr, Erweiterung Schweizer Strassenverkehrsnetz, Umfahrung Heldsberg

Strassenplanung Rheintal, Verkehrsentlastung der Dörfer, Transitverkehr, Erweiterung Schweizer Strassenverkehrsnetz, Brücke bei Oberbüchel

Strassenplanung Rheintal, Verkehrsentlastung der Dörfer, Transitverkehr, Erweiterung Schweizer Strassenverkehrsnetz, Ersatz Rheinbrücke, Zentrumsanschluss Buchs SG

Transformation Stadtlandschaft

- Teilnahme von Entitäten als Akteur oder Aktant am gesellschafltichen Aushandlungsprozess ohne architektonisch/städtebaulichen Ziele
- Proaktive Teilnahme des Architekten als Akteur am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Erfolgreiches Einbringen von Interessen.
- Passive Teilnahme des Raum-, Stadtplaners am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über Mittler wie Zonenpläne, Gesetzgebungen
- Fehlende oder nur teilweise Übersetzung der städtebaulichen-architektonischen Interessen in die Planwelten und Stadtlandschaften aufgrund von Verhandlungsabbrüchen oder nicht intendierter Handlungen der Mittler.

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Michel Callon (2006), S. 151 und die fotografischen Arbeiten von Etienne-Jules Marey)

5.6 Visualisierung der Aktor-Netzwerke mit Einflussnahme auf die Transformation der Stadtlandschaft am Beispiel der Rheintalstrasse - A13

ERKENNTNISGEWINN EMPIRIE

6.0 Stadtlandschaften der Assoziationen und ihre Quellen der Unbestimmtheit

6.1 Stadtlandschaften der Assoziationen / soziotechnische Stadtlandschaften

Ausgangspunkt und Motivation vieler Forschungsarbeiten rund um die Stadtlandschaft ist die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Zwischenstadt durch Thomas Sieverts.[1888] Mit seinen phänomenologischen Beschreibungen und morphotypologischen Untersuchungen hat Sieverts ein *Panorama der Zwischenstadt* gezeichnet.[1889] Panoramen „bieten die einzige Gelegenheit, die ganze Geschichte als ein Ganzes zu sehen".[1890] Die Sichtweise des Phänomens Zwischenstadt wurde von Wissenschaftlern, Theoretikern und Praktikern der Disziplinen Architektur, Landschaftsarchitektur und Städtebau aufgenommen. Daraus entstanden umfassende Beschreibungen, welche den Begriff Zwischenstadt als Konzeptbegriff weiterentwickelt und vertieft haben.[1891] Diese Arbeiten haben in ihrer Allgemeinheit das Panorama der Zwischenstadt zusätzlich erweitert.

In diesem Tun verbergen sich Gefahren. „Sie (die Panoramen; Anm. Kurath) sind irreführend, wenn sie als Beschreibung dessen verstanden werden, worin die gemeinsame Welt besteht. Bestenfalls bieten Panoramen einen prophetischen Ausblick auf das Kollektiv, schlimmstenfalls sind sie nur dessen sehr dürftiger Ersatz."[1892] Als solches sind die Panoramen Beschreibungen, welche die Wirklichkeit als Erklärung überlagern, sich aber gleichzeitig von den Alltagsrealitäten entfernen. Diese Tendenz zeigt sich im Umstand, dass das Phänomen der Zwischenstadt an Universitäten, Hochschulen, aber auch Planungsämtern in immer grösseren Massstabsebenen untersucht wird. Entsprechend werden immer entferntere Kräfte wie Globalisierung, Liberalisierung, Privatisierung oder Mobilisierung als Verursacher oder zumindest treibende Kräfte der Zersiedelung beigezogen. Es scheint, als müsste die Planung umso grösser und umfassender werden, je weiter die Kräfte sich von den lokalen Territorien entfernen.[1893]

Am Ende einer jeden der hier untersuchten Mikrostudien sind die zuvor beschriebenen Stadtlandschaften Im Gwatt, Freienbach; Im Forst, Schaan; Ems-West; Domat/Ems und A13, Autobahnabschnitt Haag–Trübbach über den Vergleich mit der DNA der Zwischenstadt sowie deren räumliche Zusammenhänge in den Diskurs der Zwischenstadt eingebunden worden. Der Vergleich hat aufgezeigt, dass die untersuchten Gebiete, wenn auch mit unterschiedlichen Ausprägungen, den Eigenar-

[1888] Sieverts (2001).
[1889] In Anlehnung an Bruno Latours Auseinandersetzung mit Sichtweisen wird hier unter dem Begriff Panorama eine Sichtweise verstanden, die eine Gesamtsicht eines Phänomens anstrebt. „Wie die Etymologie nahe legt, sehen Panoramen, im Unterschied zu Oligoptiken, alles. Doch sie sehen ebenfalls nichts, denn sie zeigen bloss ein Bild, das auf eine dünne Wand eines Raums gemalt (oder projiziert) wurde, der nach aussen hin völlig abgeschottet ist." Latour (2007), S. 316-328.
[1890] Ebenda, S. 325.
[1891] Nebst den Teilnehmern des Ladenburger Kollegs unter anderem auch Martin Prominski mit dem Begriff „Landschaft Drei", Prominski (2004).
[1892] Latour (2007), S. 327.
[1893] Vgl. Hesse et al. (2005), S. 21.

ten einer Zwischenstadt im Sinne Sieverts' und des Ladenburger Kollegs entsprechen.[1894] Hätte man diesen Vergleich an den Anfang der Untersuchungen gestellt und hätte man sich von vornherein damit begnügt, die in den Mikrostudien untersuchten Gebiete aufgrund ihrer vordergründigen Charakteristika als typische Zwischenstädte darzustellen, was hätte man dann über die Stadtlandschaft selber erfahren? Was wüsste man über ihre Produzenten? Was wüsste man über ihre Spezifika als Stadtlandschaft?

Die Absicht der vorliegenden Arbeit besteht darin, die Panoramen facettenreich-spezifisch zu vertiefen, indem im Rahmen der Mikrostudien in einem ersten empirischen Schritt die Handlungsketten der Produzenten der Zwischenstadt verfolgt und die gesellschaftlichen Beziehungsgeflechte und Handlungsketten aufgezeichnet werden. Aus dieser Arbeit geht das Verständnis relationaler Stadtlandschaften hervor, die sich in ihrer Figuration zwar ähnlich sind und durchaus unter dem Panorama Zwischenstadt zusammengefasst werden können, jedoch in Relation zu spezifischen, lokalen, gesellschaftlichen Kontexten stehen. Jede der im Rahmen der Mikrostudien untersuchte Stadtlandschaft unterscheidet sich in ihrer lokalen städtebaulichen Praxis aufgrund der darin involvierten Akteure und Aktanten sowie der Aktor-Netzwerke und deren Übersetzungen in die Siedlungswirklichkeit massgeblich von den übrigen. In Anlehnung an Latours „Soziologie der Assoziationen" sind Stadtlandschaften damit *Stadtlandschaften der Assoziationen*, die in spezifischer Beziehung zur jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit stehen.[1895] In diesem Sinne sind Stadtlandschaften ebenfalls *soziotechnische Stadtlandschaften*.[1896] Diese Begriffskombination verweist darauf, dass Stadtlandschaften weder sozial noch technologisch determiniert sind, sondern sich aus manigfaltigen Wechselbeziehungen, Beziehungsgeflechten und Übersetzungen zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren sowie Aktanten entfalten.[1897] Zahlreiche solcher Kollektive und Vergesellschaftungen von Bauherrschaften, Architekten, Protokollen, Planwerken, Backsteinen, Betonmischern, raumplanerischen Trends, universitären Einflüssen, globalen Marktsituationen sind im Rahmen der Mikrostudien genannt worden. Ebenfalls sind Auswirkungen der Aushandlungsprozesse – in Form von inhaltlichen Verschiebungen, Verschiebungen von Machtverhältnissen, Eigendynamiken von Allianzbildungen – auf die Planwelten und Handlungstätigkeiten der Architekten und Stadtplaner aufgezeigt worden.[1898] In diesem Verständnis sind Stadtlandschaften Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, bei welchem die physisch-materiellen Realitäten mit seinen sozioökonomischen, politischen, kulturell-mentalen Dimensionen integral verbunden sind.[1899]

Die Entfaltungen der Raumtransformationsprozesse haben verschiedene Quellen der Unbestimmtheit hervorgebracht, die – in Anlehnung an Bruno Latour – ihren Ausgangspunkt in den alltäglichen Gesellschaftsbildungsprozessen haben.[1900] Diese Unbestimmtheiten prägen den Handlungsrahmen einer lokalen städtebaulichen Praxis wesentlich mit. Entsprechend werden in den folgenden Abschnitten

[1894] Mit Eigenarten der Zwischenstadt befasste sich Thomas Sieverts in den 1990er-Jahren. Sieverts (2001). In den vergangenen Jahren sind diese durch das Ladenburger Kolleg vertieft worden. Siehe unter anderem Borman et al. (2005), Bölling et al. (2006), Körner (2005), Boczek (2007).
[1895] Latour (2007), S. 276; vgl. Amin Thrift (2002), S.29.
[1896] Eisinger, Kurath (2009), S. 82; vgl. Graham, Marvin (2001), S. 178.
[1897] Vgl. Latour (2007), S. 145.
[1898] Siehe erst bis vierte Mikrostudie in dieser Arbeit.
[1899] Eisinger, Kurath (2009), S. 82.
[1900] In seiner neuen Soziologie für eine neue Gesellschaft bestimmt Latour fünf Quellen der Unbestimmtheit. Die folgenden Abschnitte bauen inhaltlich darauf auf. Latour (2007).

Quellen der Unbestimmtheit in Bezug auf die lokale städtebauliche Praxis thematisiert. In einem nächsten Kapitel werden, bezugnehmend auf die Unbestimmtheiten, die Grenzen der Planung von Stadtlandschaften diskutiert.

6.2 Quellen der Unbestimmtheit von Stadtlandschaften

6.2.1 Erste Quelle der Unbestimmtheit: Stadtlandschaften als Resultat von Versammlungen

In diesem Abschnitt wird argumentiert, dass räumliche Transformationen von Stadtlandschaften immer durch Neuversammlungen von Entitäten, also von Akteuren und Aktanten ausgelöst werden. Der Antrieb für diese Versammlung sind Handlungsketten oder -notwendigkeiten, die an Ort und Stelle immer schon vorhanden gewesen sind und damit Handlungsanreize auslösen.[1901]

In Bezug auf die empirische Auseinandersetzung mit den Handlungsketten der Planer im Rahmen der Mikrostudien hat sich gezeigt, dass beispielsweise das Siedlungswachstum wie im Falle der Raumplanungsbestrebungen in den 1950er-Jahren in Freienbach, Domat/Ems oder Schaan, Verkehrsprobleme wie im Alpenrheintal in den 1950er-Jahren oder konkrete Anliegen von Bauherren wie Charles Vögele, der Genossenschaft Migros, der Hilti AG oder der Holzindustrie Stallinger GmbH Planer und Architekten zur Handlung angeregt oder zur Lösung ihrer (Raum-)Probleme aufgefordert haben. Im Rahmen der jeweiligen Reaktion auf die Problemstellung ist definiert und vorbestimmt worden, welche Akteure und Aktanten welche Rollen und Aufgaben zukünftig zu übernehmen haben, um die jeweiligen spezifischen Probleme aus disziplinärer Sicht der Planer und Architekten erfolgreich zu lösen.[1902]

Damit die vorbestimmten Rollen durch die Akteure und Aktanten auch eingenommen werden, müssen die Planer und Architekten an die entsprechenden Akteure und Aktanten herantreten und deren Interesse wecken. Mit Argumenten, Skizzen, Statistiken, Grafiken, Planwelten nehmen die Planer und Architekten ihre Überzeugungsarbeit in Angriff. Wie die zahlreichen Protokolle, Verhandlungsnotizen, Zeitzeugen oder Abkommen beweisen, haben sämtliche Problemformulierungen durch Planer oder Architekten Anreize gesetzt, Akteure wie Investoren, Nachbarn, Politiker, Behörden, Ämter, Grundstücksbesitzer, Rechtsanwälte, Gerichte, Bauunternehmungen oder sonstige Betroffene rund um die Problemstellung zu versammeln. Ebenfalls sind Werkstoffe, Werkzeuge, Baumaterialien, Schotter, Kies, Computer, Zeichenutensilien zur Lösung der Aufgabe hinzugezogen worden. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass mit den Versammlungsbestrebungen immer auch eine unbestimmte Anzahl an Akteuren und Aktanten angesprochen worden ist, die von den Planern in ihren ursprünglichen Planwelten nicht berücksichtigt worden waren, einerseits, weil sie nicht relevant schienen, und andererseits, weil sie zum Zeitpunkt des Entwurfs aufgrund fehlender Detailinformationen nicht adressiert werden konnten. Handlungsanreiz für solche unvorhersehbaren Versammlungen haben Interessen, Rahmenbedingungen und Ziele der jeweiligen Akteure und Aktanten gebildet, welche diese durch planerische Intentionen gefährdet gesehen haben oder deren Realisierungschancen sie über mögliche Allianzen mit den Aktor-Netzwerken der Planung haben verbessern wollen.[1903]

[1901] Latour (2007), S. 335.
[1902] Vgl. Problematisierung/Aufgabenstellung als Element einer Soziologie der Übersetzung. Callon (2006), S. 146.
[1903] Vgl. Interessement/Partnergewinnung als Element einer Soziologie der Übersetzung. Callon (2006), S. 150.

In der Auseinandersetzung mit der lokalen städtebaulichen Praxis hat sich ebenfalls bestätigt, dass es im Rahmen dieser Versammlungen keine klar abgrenzbaren Gruppen, sondern nur Gruppenbildungen gibt.[1904] Jede einzelne erfasste Gruppenbildung hat aus sich voneinander diametral unterscheidenden Akteurs- und Aktantenversammlungen bestanden. Die zentrale Erkenntnis daraus für die Planung ist, dass in Bezug auf räumliche Transformationsprozesse in Stadtlandschaften bis anhin feststehende Verursacher von den Listen gestrichen werden müssen.[1905] Das bedeutet, dass nicht die Automobile, die Einfamilienhäuser, die Raumplanung, die Wirtschaft, die Mittelschicht, die Familien, die Politiker oder Investoren als Einzelgruppen Verursacher von Siedlungswachstum, Mehrverkehr, Ressourcenverbrauch oder Homogenität sind, sondern die unterschiedlichen, kontroversen, gesellschaftlichen Konstellationen von Akteuren und Aktanten, die sich mit jedem Akteur und Aktant zu neuen Beziehungs- und damit Ursachengeflechten formieren.

Transformationen der Stadtlandschaften stehen damit immer in Relation zu einem spezifischen gesellschaftlichen Kontext, der sich in stetigem Wandel befindet. Folglich können weder Akteure oder Aktanten pauschal als Verursacher lokal-spezifischer Probleme genannt werden, noch können Akteure oder Aktanten im Vorfeld zu deren Lösung bestimmt werden. Diese performative Realität zeigt eine erste Quelle der Unbestimmtheit, die sich auf den Handlungsrahmen der Planer auswirken und auf die planungsstrategisch wie -taktisch reagiert werden muss.

6.2.2 Zweite Quelle der Unbestimmtheit: Stadtlandschaften als Resultat von Aushandlungen

Die im Rahmen der Mikrostudien rekonstruierten Gruppenbildungen haben aufgezeigt, dass kein Architekt und kein Raumplaner bei entwerferischen oder planerischen Handlungen je alleine gehandelt hat. Immer ist sein Handeln durch eine Bauherrschaft, durch die Ausbreitung der Siedlungen, durch Verkehrsprobleme, Gemeinderäte, Regierungsräte oder durch einen Investor ausgelöst worden. Von daher wird auch der Begriff des Akteurs bestimmt. „Akteur ist, wer von vielen anderen zum Handeln gebracht wird.“[1906] Umgekehrt zeigt das entwerferische Handeln auch keine Wirkung, wenn dieses keine weiteren Handlungsanreize setzen kann. Den Planern und Architekten muss es folglich gelingen, Handlungsallianzen mit weiteren Akteuren und Aktanten zu bilden und die Handlungsketten dadurch zu verlängern, um die Realisierungschancen der eigenen Ziele verbessern zu können. Das Handeln der Planer und Architekten steht also in Abhängigkeit zu den Zielen, Interessen und Rahmenbedingungen anderer Akteure und Aktanten, die sich ebenfalls Vorteile oder zumindest keine Nachteile aus Allianzpartnerschaften erhoffen. Die ANT verweist darauf, dass das Handeln immer im Zusammenhang mit anderen Handlungen steht. „Handeln ist ein Knoten, eine Schlinge, ein Konglomerat aus vielen überraschenden Handlungsquellen (…).“[1907]

Wie im Abschnitt zuvor beschrieben wurde, beinhalten Lösungsansätze immer auch eine Reihe von an Akteure und Aktanten adressierte Rollenerwartungen. Im Falle des Hotels Seedamm Plaza ist das Aktor-Netzwerk Hotel Plaza davon ausgegangen, dass die Vertreter des Naturschutzes nicht in die

[1904] Latour (2007), S. 50.
[1905] Ebenda, S. 62.
[1906] Ebenda, S. 81.
[1907] Ebenda, S. 77.

Allianzbildungsprozesse eingreifen würden. Bekannterweise haben die Naturschützer diesem vorbestimmten Rollenbild nicht entsprochen, sondern sich verweigert, was zu inhaltlichen Verschiebungen der Planwelten und zeitlichen Verzögerungen geführt hat.[1908] Ähnliche Assoziationen lassen sich zwischen der Charles Vögele AG und der Genossenschaft Migros am Standort Gwatt aufzeichnen. Die Genossenschaft Migros als Nachbar der Baurechtsparzellen der Charles Vögele AG hat sich nicht in die Rolle des still akzeptierenden Nachbars gefügt, sondern hat Einsprache gegen die Bauvorhaben der Charles Vögele AG erhoben.[1909] Da die Planer und Architekten bei beiden Beispielen darauf angewiesen waren, dass sich auch diese Akteure und Aktanten in ihren Lösungsansatz zur Bewältigung der Aufgabenstellung einbinden lassen würden, haben die Planer und Architekten in Verhandlung treten müssen. Das Aushandeln ist damit eine Suche nach Möglichkeiten, wie zugewiesene oder unvorhersehbare Rollen bei Weigerung trotzdem besetzt werden können. Wie sich gezeigt hat, verfolgen die Aushandlungen immer das Ziel, einen *modus vivendi* zu arrangieren, eine Win-Win-Situation zwischen den Verhandlungspartnern herzustellen.[1910] So hat das Aktor-Netzwerk Hotel Plaza schliesslich seinen Neubau realisieren können, und die Naturschützer haben als Verhandlungsgut ein Biotop erhalten. Die Charles Vögele AG hat ihr Einkaufszentrum erstellt, und die Genossenschaft Migros hat im Gegenzug eine vertragliche Zusicherung erhalten, bei allfälligen eigenen Neubauten die Erschliessungsanlagen der Charles Vögele AG mitbenutzen zu dürfen.

Eine erfolgreiche Rückübersetzung der planerischen und entwerferischen Interessen und Ziele in die Siedlungswirklichkeit erfordert demzufolge das Bilden „heiliger Allianzen“ zwischen den an Ort und Stelle versammelten Akteuren und Aktanten.[1911] In Bezug auf die Rekonstruktion der Aushandlungsprozesse rund um das Ausbildungszentrum und Hotel Plaza in Freienbach SZ im Rahmen der ersten Mikrostudie hat sich in der späten Allianzbildung zwischen den Aktor-Netzwerken des Ausbildungszentrums und den Umweltschützern aufgrund verschiedener Sach- und Zwangslagen gezeigt, dass Allianzen durchaus auch „unheilig“ sein können. Vertreter des Umweltschutzes haben ursprünglich das Ziel verfolgt, das Neubauprojekt zu verhindern, um die intakte Naturlandschaft des Frauenwinkels zu schützen. Entgegen anfänglicher Anzeichen ist es dem Aktor-Netzwerk „Ausbildungszentrum“ im Verlauf der Aushandlungen jedoch gelungen, stabile und gewichtige Allianzpartnerschaften mit Politikern, Behörden, Investoren und öffentlichen Einrichtungen aufzubauen. Diese performativen Gruppenbildungen haben Machtverschiebungen im gesellschaftlichen Gefüge von Politikern, Behörden, Investoren und Bevölkerung bewirkt, die dazu geführt haben, dass sich am Ende der Verhandlungen auch die Naturschützer auf eine Allianzpartnerschaft eingelassen haben, um als Minimalziel zumindest die Renaturierung einer Restfläche zu erreichen. Um die Realisierungschancen der eigenen Ziele zu verbessern, haben sich die Naturschützer schliesslich mit dem ursprünglichen Gegner verbünden müssen.[1912] In den Mikrostudien hat sich gezeigt, dass es zu zahlreichen weiteren ähnlichen Situationen, Aushandlungen, Inhalts- und auch Machtverschiebungen gekommen ist.

[1908] Siehe Kapitel 2.5.15 Die Planwelt „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm – 1992“.
[1909] Siehe erste Mikrostudie, Verhandlungsprozesse beim Neubau des Seedammcenters und den Gestaltungsplanabsichten der Genossenschaft Migros.
[1910] Callon (2006), S. 158.
[1911] Ebenda, S. 150.
[1912] Siehe erste Mikrostudie, Kapitel 2.5.17 Rückübersetzung der Planwelt „Hotel- und Kongresszentrum am Seedamm – 1992“.

Die sogenannten Verhandlungen im Rahmen der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse bilden damit verschiedene Wege ab, wie sich Akteure und Aktanten in Allianzpartnerschaften einbinden lassen. Verhandlungserfolge können sich wie empirisch rekonstruiert über den Rechtsweg, materielle oder finanzielle Zuwendungen, Veränderungen der Rahmenbedingungen, Anpassung der Rollenerwartungen, Verführung, Abwerbung, Machtverschiebung, Zustimmung ohne Diskussion, Austausch von Akteuren, Überlistung oder Versprechungen einstellen.[1913] Verhandeln oder aushandeln heisst damit keineswegs, Verständnis für andere Anliegen aufzubringen oder Rücksicht auf andere Interessen zu nehmen, sondern Wege zu finden, wie die Realisierungschancen der eigenen Interessen und Ziele verbessert werden können. Führen die Verhandlungen zu keiner Lösung, kommt es zu einem Verhandlungsabbruch.[1914] Entweder werden die für die Realisierung notwendigen Akteure ausgetauscht – wie beim Beispiel des Seedamm Hotel Plaza und Ausbildungszentrum, bei welchem der Investor ausgetauscht wurde[1915] –, oder es finden keine Handlungsübersetzungen statt. Diese Momente haben bei den vorliegenden Rekonstruktionen einige Male beobachtet werden können, beispielsweise wenn in Bezug auf Vorprojekte wie für die erste Erweiterung des Seedamm Kulturzentrums oder in Bezug auf ganze Reihen von Vorhaben der Genossenschaft Migros auf ihrem Grundstück im Gwatt keine Allianzen haben aufgebaut werden können. Verhandlungen sind aufgrund nicht lösbarer Kontroversen abgebrochen worden.[1916]

Haben sich Win-Win-Situationen einmal eingestellt, sind die Allianzpartnerschaften einmal aufgebaut, werden die Handlungsanreize weitergegeben, die Handlungsketten bezüglich der Aufgabenstellung verlängert. Wie sich in der lokalen städtebaulichen, raumplanerischen und architektonischen Praxis gezeigt hat, haben Allianzbildungen aufgrund der Verhandlungsnotwendigkeiten jedoch nicht automatisch den unvermittelten Transport der ursprünglichen, in den Planwelten oder Baugesetzen festgehaltenen Ziele und Interessen zur Folge. Entgegen der Annahme der Planer und Architekten folgen die zur Lösung von Problemen vorbestimmten Akteure und Aktanten nicht immer den ursprünglichen planerischen und entwerferischen Anweisungen, sondern entwickeln aufgrund eigener Handlungstheorien und eigener Interessen und Ziele von den Planern nicht intendierte Handlungsdynamiken.

In diesem Zusammenhang muss in Anlehnung an Bruno Latour der Ausdruck des „Mittlers“ in den Diskurs des Handelns eingeführt werden.[1917] Als Mittler bezeichnet Latour sämtliche Akteure und Aktanten, die in die Allianzen eingebunden werden müssen. Im Gegensatz zur Annahme der Planer und Architekten, Akteure und Aktanten seien Zwischenglieder, welche Inhalte ohne Transformation transportieren, hat sich in den Mikrostudien die jeweilige Spezifität des Mittlers entfaltet, die in der Planung regelmässig unterschätzt wird. Bei Mittlern lässt sich gemäss Latour aufgrund je eigener Handlungstheorien vom Input her gesehen der Output nicht richtig vorhersagen. „Mittler übersetzen, entstellen, modifizieren und transformieren die Bedeutung oder die Elemente, die sie übermitteln sollen.“[1918] So lässt sich beispielsweise bei jedem rekonstruierten Fallbeispiel aufzeigen, dass aufgrund der Bauge-

[1913] Callon (2006), S. 159.
[1914] Ebenda, S. 165.
[1915] Siehe erste Mikrostudie, Kapitel 2.5.17.9 Dissidenz – Ausstieg des Hauptaktionärs während der Bauphase.
[1916] Siehe erste Mikrostudie, Kapitel 2.5.11 Die Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1989“ der Charles Vögele AG; Kapitel 2.5.1 Planwelt „Quartiergestaltungsplan Einkaufszentrum Migros – 1984“ und deren Rückübersetzung.
[1917] Latour (2007), S. 66.
[1918] Ebenda, S. 70.

setze und Zonenpläne die raumplanerischen Inhalte bei jedem Neubauprojekt in das Aktor-Netzwerk haben eingefügt werden müssen. In den wenigsten Fällen wurden jedoch die ursprünglichen Interessen der Verfasser der Raumplanungswelten transportiert. „Wenn eine Kraft eine andere manipuliert, so bedeutet das nicht, dass sie eine Ursache ist, die Wirkungen hervorbringt; sie kann ebenfalls eine Gelegenheit für andere Dinge sein, anzufangen zu agieren."[1919] Bauherren, Baubehörden, Architekten haben so beispielsweise die raumplanerischen Vorgaben in den untersuchten Gebieten in Bezug auf eigene Interessen immer wieder interpretiert und über das Aushandeln von Sonderbewilligungen, Gestaltungsplänen, Lücken im Baugesetz oder Ausnahmen transformiert.

Die Übertragung von Handlungen und Handlungstheorien auf die Akteure und Aktanten als Mittler bringt eine weitere Quelle der Unbestimmtheit hervor, welche den Handlungsrahmen der Planer und Architekten massgeblich prägt. In diesem Zusammenhang muss die Planung erkennen, dass Ursachen nicht eine Wirkung entfalten, sondern weitere Ursachen. „(…) eine Ursache ist eine Ursache ist eine Ursache."[1920]

6.2.3 Dritte Quelle der Unbestimmtheit: Stadtlandschaften als Resultat von Übersetzungen

Peter Sloterdijk, Philosoph und Kulturwissenschafter, unter anderem bekannt durch sein gesellschaftstheoretisches Werk *Sphären,* hat die Netzwerktheorien in einem Interview kritisiert. „Das Reden von Netzen und Geweben leistet einer Enträumlichungstendenz Vorschub, die ich für gefährlich halte. Im Netzdenken gibt es nur Schnittstellen, Interfaces und Punkte, die vom Modell zweier oder mehrerer sich schneidender Geraden oder Kurven her gedacht werden. (…) Die Netzwerktheoretiker denken radikal unräumlich d.h. zweidimensional, sie gebrauchen die Begriffe der Magersucht, um ihr Verhältnis zur Umwelt zu interpretieren."[1921] Die Netzwerkkritik hat Bruno Latour im Jahre 1999 bereits selber in seinem Essay „On Recalling ANT" aufgenommen.[1922] In diesem „Rückruf der Aktor-Netzwerk-Theorie" spricht Latour insbesondere die Missverständnisse in Bezug auf die Aktor-Netzwerk-Theorie an. So bedeute das Wort Netzwerk im Zeitalter des Internets Transport ohne Deformation und unmittelbaren Zugang zu Einzelinformationen. Dies sei genau das Gegenteil von dem, was bei der ANT von Interesse sei. Der Begriff Netzwerk stehe wie auch der Begriff des Rhizoms von Deleuze und Guattari für eine Reihe von Transformationen im Sinne von Übersetzungen und Umformungen.[1923]

Interessanterweise scheinen gerade die Planungsdisziplinen anfällig zu sein für eine einseitige und missverstandene Verwendung des Netzwerkbegriffs. Aktor-relationale Planungsansätze zeichnen räumliche Aktor-Netzwerke nach, thematisieren vor allem die Komplexitäten der Aktor-Relationen und untermauern die Schwierigkeit der Planbarkeit aktor-relationaler Raumproduktionen. Diese Planungsansätze beschäftigen sich zumeist mit der Moderation von Versammlungen und Verhandlungen, ohne selber räumlich-qualifizierende Interessen in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse einzubrin-

[1919] Ebenda, S. 104.
[1920] Ebenda, S. 180.
[1921] Sloterdijk (2004), S. 21.
[1922] Latour (1999).
[1923] Ebenda, S. 15.

gen und zu übersetzen. Fazit ist entweder Planung durch Beteiligung möglichst vieler Akteure oder das Einfordern von Governancestrukturen zur Steuerung und Regelung treibender Marktkräfte.[1924]

Ein bezüglich entwerferischer Raumdisziplinen zentraler Anhaltspunkt der ANT sind jedoch weniger die Relationen der Entitäten untereinander, als vielmehr die Knotenpunkte der Beziehungsgeflechte.[1925] An diesen Stellen werden die zahlreichen Handlungsimpulse von Entität zu Entität übertragen. Wie die Auseinandersetzung mit der lokalen städtebaulichen Praxis aufgezeigt hat, führt die Reise planerischer und entwerferischer Inhalte von ersten Bauherrengesprächen, Auftraggebern, Problemstellungen in den Kopf, in die Hand, aufs Skizzenpapier, wird übersetzt in Raumprogramm und Raumkompositionen, findet Eingang in Diskussionen, in Baugesuche, Einsprachen, Gerichte, Protokolle, übersetzt sich in Baubewilligungen, Abklärungen, Auflagen, angepasste Planwelten, Kopiermaschinen, Kommunikationsformen, findet ihren Weg auf die Baustellen, zu den Handwerkern, überträgt sich auf Baumaschinen, Materialien, Konstruktionen und damit in den Raum. Jeder Knotenpunkt im Beziehungsgeflecht stellt damit auch ein Übersetzungsmoment und noch wichtiger eine Handlungsmöglichkeit dar.[1926]

Die (Eigen-)Dynamiken der Handlungen der Akteure und damit die Handlungen der performativen Gruppenbildungen übersetzen sich in kollektive Handlungsgeflechte. Diese lösen wiederum inhaltliche Verschiebungen aus, die zwar mit der Ausgangssituation planerischer Intentionen verknüpft sind, jedoch aufgrund von Transformationen ihre Ähnlichkeit zu den intendierten Interessen und Zielen der Planer und Architekten verlieren können.[1927] Die durch die Planer in ihren Planwelten vorausgesetzten Figurationen zukünftiger Stadtlandschaften unterscheiden sich also in der Regel aufgrund der später folgenden Übersetzungsketten massgeblich von den wirklichen Figurationen. Auch wenn beispielsweise die Gestaltungsplaner beim Quartier Marchesa in Domat/Ems, einem Fallbeispiel der dritten Mikrostudie, eine bestimmte Gestaltungsvorstellung voraussetzten und die diesbezüglich erstellten Planwelten Handlungsketten bei Bauinteressenten, deren Architekten und Gemeindebehörden auslösten, unterscheidet sich das heutige Siedlungsgebiet in seiner Figuration deutlich vom ursprünglich intendierten Bild. Die Erkenntnis, dass Mittler nicht, wie von den Planern bis heute angenommen, Inhalte transportieren, sondern diese durch den Übersetzungsprozess transformieren, hat in der Vergangenheit der Raumplanung ihre volle, unvorhersehbare Wirkung entfaltet, was die Diskrepanzen zwischen Planervorstellungen und Siedlungswirklichkeit in allen vier Mikrostudien eindrücklich demonstrieren.[1928]

In Anlehnung an Latour ist Raum – oder die Siedlungswirklichkeit – Resultat von kollektiven Handlungsketten und Übersetzungsschritten. Raum wird durch diese „hervorgebracht, gebildet, zusammengesetzt".[1929] Folglich müssen städtebauliche und regionalplanerische Inhalte in die gesellschaftli-

---

[1924] Siehe Aktor-relationale Arbeiten wie: *The Urban Connection, An actor-relational approach to urban planning,* Boelens (2009), *Kräfte, Prozesse, Akteure – Zur Empirie der Zwischenstadt,* Brake et al. (2005), *Splintering Urbanism; Networked infrastructures, technological mobilities and the urban condition,* Graham, Marvin (2001).
[1925] Latour (2007), S. 77.
[1926] Eisinger, Kurath, (2008), S. 157.
[1927] Vgl. Latour (2000), S. 95.
[1928] Siehe Ausführungen zu den Mittlern in Kapitel 6.2.2 Zweite Quelle der Unbestimmtheit: Stadtlandschaften als Resultat von Verhandlungen
[1929] Latour (2007), S. 110.

chen Aushandlungsprozesse immer wieder proaktiv eingebracht bzw. in eine möglichst grosse Anzahl von Handlungsknoten übersetzt werden, damit die planerischen Inhalte und deren intendierte Figurationen eine (intendierte) Übersetzung in die Siedlungswirklichkeit finden können. Dies hat in der Phase der Entstehung von Planwelten vor allem aber auch in der Phase der Rückübersetzung der Planwelten zu erfolgen. Der Moment der Übersetzung als Knoten im Netzwerk der Beziehungsgeflechte ist gleichzeitig der Moment, in welchem die Netzwerk-Theorien aufgrund der Handlungsübertragungen von Aktanten auf menschliche und nicht-menschliche Akteure ihre räumlichen Wirkungen (Ursachen) entfalten. Aus der Sicht der Architektur und Stadtplanung sind damit räumliche Transformationen dann nicht problematisch, wenn es Spezialisten des Raums – wie Architekten und Stadtplanern – gelingt, räumliche Komponenten in die Handlungsgeflechte des Alltags einzuknüpfen und über diesen Weg die Transformation der Siedlungswirklichkeit mitzubestimmen.

Aufgrund der komplizierten Zusammenhänge der alltäglichen Beziehungsgeflechte, spezifischer Handlungstheorien der Akteure und unvorhersehbare Ursachenentfaltungen nach Übersetzungshandlungen stellen der Moment der Übersetzung und die sich dadurch transformierenden sowie nicht voraussehbaren Figurationen der Stadtlandschaften eine dritte Quelle der Unbestimmtheit dar, welche grosse Herausforderungen insbesondere an das Entwurfs- bzw. Planungsmanagement von Stadtlandschaften stellt. Diese Unbestimmtheit erfordert eine aktive Handlungstheorie der Architekten und Planer, die in der Phase der Entstehung von Planwelten und deren Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit bewusst multilaterale Handlungsanreize setzt und dadurch Handlungsketten mit eigenen Zielen anreichert, um so disziplinäre Interessen in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen.

6.2.4 Vierte Quelle der Unbestimmtheit: Stadtlandschaften als umstrittene Tatsache

Diese Benennung der vierten Quelle der Unbestimmtheit stellt eine eigentliche Kritik an der Sichtweise scheinbarer Tatsachen dar. Der kritische Blick auf scheinbar unbestreitbare Tatsachen wird durch die Empfindungen ausgelöst, „dass die Dinge anders sein könnten, oder zumindest, dass sie immer auch noch scheitern könnten“.[1930] Die Kritik fordert auf, dass in Bezug auf scheinbar unbestreitbare Tatsachen deren soziotechnische Verbindungen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit (wieder) hergestellt werden. Das Ziel ist dabei, nicht die unbestreitbaren Tatsachen zu widerlegen, sondern diese mit Realismus anzureichern und zu ergänzen. Dabei steht nicht die Frage im Mittelpunkt, ob die Tatsachen richtig oder falsch, sondern ob sie gut oder schlecht konstruiert sind.[1931]

In der Stadt- und Raumplanung gibt es zahlreiche Beispiele scheinbar unbestreitbarer Tatsachen, die weitere Planungshandlungen auslösen. Markus Hesse und Robert Kaltenbrunner haben in *Zerrbild Zersiedlung* eine Reihe solcher Tatsachen kritisch hinterfragt.[1932] Beispielsweise sei gerade in Bezug auf die Verkehrs-/Siedlungsstruktur beobachtet worden, dass mit der Dekonzentration der Städte ein spürbares Wachstum von Verkehr einhergegangen ist. Planer würden daraus folgern, dass Zersiedelung Verkehr erzeuge. „Indem das Modell der kompakten Stadt als Alternative empfohlen wird, wird daraus aber ein falscher kausaler Schluss gezogen, d.h. es wird übersehen, dass die physisch-

[1930] Latour (2000), S. 153.
[1931] Ebenda, S. 154.
[1932] Hesse, Kaltenbrunner (2005).

siedlungsstrukturelle Dimension nicht der einzige für die Verkehrsentstehung relevante Faktor ist.“[1933] Ähnlich schlecht konstruierte Tatsachen lassen sich im Zusammenhang mit den im Rahmen der Mikrostudien rekonstruierten Raumplanungsbestrebungen darstellen. Sämtliche Raumplanungsbestrebungen nahmen ihren Anfang in den 1940er- und 1950er-Jahren aufgrund von Siedlungsausdehnungen in die Landwirtschaftsgebiete, Zunahme von Infrastrukturkosten und Verkehrsbelastung sowie Konflikten bei Baubewilligungen. Die Planer stützten sich auf die Tatsache, dass diese damalige räumliche Entwicklung Resultat fehlender Planung war. Sie forderten entsprechend die Einführung der Raumplanung. Die wesentlich komplizierteren Zusammenhänge der Raumproduktion als Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, in denen sich raumplanerische Inhalte wie Siedlungsbegrenzung, Erschliessung oder öffentlicher Raum nur über Allianzen mit wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, ökologischen oder auch individuellen Interessen und Zielvorstellungen übersetzen lassen, sind nicht erkannt worden. So steht denn auch seit Jahrzehnten „dem diagnostizierten Problem der Zersiedlung (…) die raumplanerische Maxime einer Vermeidung ebendieser entgegen“.[1934] In diesem Zusammenhang steht der tatsächliche Erfolg aktueller Planerforderungen nach Flächennutzungszertifikaten, Infrastrukturkostenabwälzung nach Verbraucherprinzip, Verdichtung nach innen oder CO_2-Abgaben ebenfalls in einer Abhängigkeit zu den Tatsachen, von denen sie ausgehen. Stützen sich die Forderungen auf vereinfacht konstruierte Tatsachen – Verkehr verursacht Zersiedelung, Einfamilienhäuser verursachen Infrastrukturkosten, Verdichtung nach innen lässt sich diktieren –, wird sich der erhoffte Erfolg aufgrund nicht-intendierter und nicht vorhersehbarer Handlungsketten relativieren. Der wahre Test von Handlungstheorien in Bezug auf eine Qualifizierung von Stadtlandschaften erfolgt spätestens im Alltagsgebrauch, wenn Tatsachenkonstrukte sich an den Alltagsrealitäten aufreiben.

Tatsachen auf welche die lokale städtebauliche Praxis aufbaut, stellen eine vierte Quelle der Unbestimmtheit dar, die einer ständigen Reflexion des Ausgangspunktes des eigenen Handelns in Bezug auf seinen lokal-spezifischen Einsatzort bedarf, damit die Handlungstheorien der Planung nicht aufgrund einer schlecht konstruierten Basis zu scheitern drohen.

6.2.5 Fünfte Quelle der Unbestimmtheit: Stadtlandschaften als riskante Berichte

Die fünfte Quelle der Unbestimmtheit schliesst an die kritische Betrachtung umstrittener Tatsachen an. Wenn Tatsachen umstritten sind, dann ist das Konstruieren von Erkenntnissen ebenso riskant. Aus der Sichtweise des Relativismus in der Forschung besteht diesbezüglich die Lösung stets in noch mehr Relativität.[1935] Damit stösst diese Herangehensweise unmittelbar an ihre eigenen Grenzen, alle Assoziationen zu benennen. Latour bezeichnet Forschungsberichte denn auch als riskante Berichte, „was bedeutet, dass er (der riskante Bericht; Anm. Kurath) leicht scheitern kann – er scheitert meist –, da er weder die völlige Artifizialität des Unternehmens noch seinen Anspruch auf Genauigkeit und Wahrhaftigkeit beiseite schieben kann“.[1936] Trotz dieser Risiken soll die einzige Aufgabe der Forschungspraxis darin bestehen, „Akteure als Netzwerke von Vermittlungen zu entfalten“.[1937] Für Latour

[1933] Ebenda, S. 20.
[1934] Koch, Schröder (2006), S. 18.
[1935] Latour (2007), S. 213.
[1936] Ebenda, S. 231.
[1937] Ebenda, S. 236.

ist ein guter Bericht einer, der ein Netzwerk aufzeichnet. „Ein guter ANT-Bericht ist eine Erzählung oder Beschreibung oder Proposition, in der alle Akteure etwas tun und nicht bloss herumsitzen.“[1938]

Insofern stellt die vorliegende Arbeit einen solchen riskanten Bericht dar, welcher Assoziationen und Handlungsmomente in Bezug auf die Stadtlandschaften Gwatt, Forst, Ems-West und A13-Buchs entfaltet hat. Die Anzahl der entwirrten Knoten, aufgedeckten Versammlungen, Verhandlungen und Übersetzungen gibt einen Einblick in die jeweilige lokale raumplanerische, architektonische und städtebauliche Praxis, der spezifische Aussagen und Schlussfolgerungen in Bezug auf Stadtlandschaften der Assoziationen und deren Planung zulässt. Dennoch beschreibt auch diese Arbeit nicht unbestreitbare Tatsachen. Planungshandlungen, die aufgrund dieser Arbeit ausgelöst werden sollten, haben diesem Umstand Rechnung zu tragen. Aussagen in dieser Arbeit müssten in Bezug auf die jeweilige spezifische Aufgabenstellung nochmals überprüft und gegebenenfalls ergänzt werden.

6.2.6 Sechste Quelle der Unbestimmtheit: Planwelten von Stadtlandschaften als riskante Berichte einer Zukunft

Wie die Mikrostudien zeigen, machen sämtliche beschriebenen Planwelten Aussagen über mögliche, zukünftige räumliche Entwicklungen. So verweisen Planwelten der Raumplaner auf zukünftige Nutzungen, Infrastrukturbauten, Bauplätze oder intendierte Qualifizierungen. Die Planwelten der Architekten versprechen Neubauten, welche die Stadtlandschaften nachhaltig transformieren. Hervorgegangen aus den Problem- und Aufgabenstellungen stützen sich diese Konstruktionen einer Zukunft auf bestehende Fakten und neu konstruierte riskante Berichte. Die vierte und fünfte Quelle der Unbestimmtheit übersetzt sich damit bereits in die Handlungsketten der Planer. Entsprechend stellt bereits die Basis der Planwelten ein Risiko dar. Indem im Entwurf eine mögliche, weiterführende Zukunft konstruiert wird, stellen Planwelten zusätzlich riskante Berichte einer Zukunft dar. Ein derartiger Bericht definiert zukünftige Handlungsquellen und Handlungsketten der Akteure und Aktanten, die zwingend erforderlich scheinen, um planerische Ziele in Zukunft auch zu erreichen. Ob und wie sich dieser riskante Bericht einer Zukunft auch bewahrheitet, ist äusserst unbestimmt und stellt damit eine sechste Quelle der Unbestimmtheit dar, da vorbestimmte und vorausgesetzte Verbindungen, Einverständnisse oder Win-Win-Situationen zum Zeitpunkt der Entwurfsphase weder getestet noch vorverhandelt worden sind.[1939] Im Rahmen der Mikrostudien sind in Form von Entwürfen unzählige riskante Berichte einer Zukunft beschrieben und deren tatsächliche Entfaltungen rekonstruiert worden. In sämtlichen untersuchten Planungsbestrebungen haben zentrale Voraussetzungen und Vorbestimmungen keine gesellschaftliche Entsprechung und damit keine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit gefunden. Obwohl sich die Planwelten zumindest auf dem Papier als äusserst bestimmt darstellten, entfalteten diese riskanten Berichte einer Zukunft unvorhersehbare und unbestimmbare Handlungsfolgen und Beziehungsgeflechte, die sämtliche Inhalte teilweise bis zur Unkenntlichkeit transformierten.

[1938] Ebenda, S. 223.

[1939] Latour hat in seiner Arbeit fünf Quellen der Unbestimmtheit benannt, da er sich lediglich mit Handlungsgeflechten der Gegenwart befasst. Bei der Auseinandersetzung mit handlungsbezogenen Aktionen, die wie bei der Planung auch eine mögliche Zukunft vorwegnehmen, muss eine entsprechende sechste Quelle der Unbestimmtheit hinzugefügt werden.

Den Umstand, dass Planung immer riskant ist, müssen Planer und Architekten in Zukunft vermehrt in ihre Handlungstheorien mit einbeziehen, um das Risiko produktiv zu nutzen, indem beispielsweise planerische Spiel- und Möglichkeitsräume geschaffen werden, die dazu verhelfen, dass Stadtwirklichkeiten im Rahmen planerischer Konzepte auch durch unvorhergesehene Handlungsentfaltungen angereichert und gestärkt werden können.

7.0 Rückübersetzungsproblematik von Planwelten – Grenzen der Stadtplanung

Die Quellen der Unbestimmtheit wirken sich unterschiedlich auf die Handlungsketten und damit den Handlungsrahmen der lokalen städtebaulichen Praxis aus. Die drei erstgenannten Unbestimmtheiten erfordern Strategien und Taktiken in der Versammlung, Verhandlung und Übersetzung. Die drei anderen Quellen der Unbestimmtheit verweisen insbesondere auf die Schwierigkeiten und Fallen in der Beschreibung von Stadtlandschaften sowie auf mögliche Problemfolgen, wenn sich planerische Vorgehensweisen auf scheinbare Tatsachen und Fakten stützen und diese auf die Zukunft extrapolieren. Wie die zahlreichen Rekonstruktionen der räumlichen Transformationen in den Untersuchungsgebieten Im Gwatt, Freienbach; Im Forst, Schaan; Ems-West; Domat/Ems und A13, Autobahnabschnitt Haag–Trübbach, zeigen, scheitert die heutige Planung an der Rückübersetzung ihrer Ziele und Interessen in die Siedlungswirklichkeit vor allem aufgrund fehlender Handlungstheorien im Umgang mit den Unbestimmtheiten der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse. Im Sinne der ANT kann von einer eigentlichen Rückübersetzungsproblematik gesprochen werden, die in den Planungswissenschaften bis heute kaum je thematisiert worden ist. Im Folgenden werden in Bezug auf die Quellen der Unbestimmtheit Misskonzeptionen der heutigen Planung entfaltet, die Eckpunkte der Rückübersetzungsproblematik darstellen. Damit können gleichzeitig die Grenzen wie auch die Chancen der Stadt- und Raumplanung beleuchtet werden.

- **Prognosen und Voraussetzungen von Gruppenbildungen müssen nicht eintreten**

In den ersten Planungsschritten werden immer auch spätere Allianzbildungen vorbestimmt und vorausgesetzt. Die lokale städtebauliche Praxis adressiert damit in ihren Planwelten direkt die Akteure und Aktanten wie Auftraggeber, Politiker, Kommissionsvertreter, Grossgrundbesitzer, Planer, Architekten, Bevölkerungsvertreter, Topografie, Erschliessung, Bestand, die sich zur Lösung einer Problemstellung zusammenfinden müssen. Bis heute geht die Planung davon aus, dass sich diese für die Rückübersetzung der Planungsziele notwendigen Allianzen mit weiteren Akteuren und Aktanten auch zu einem späteren Zeitpunkt mit relativ wenig Aufwand bilden liessen.

Wie die Rekonstruktionen aufzeigen, haben die in der Rückübersetzungsphase einsetzenden performativen Gruppenbildungen und gesellschaftlichen Verwebungen den wenigsten der zuvor vorausgesetzten und vorbestimmten Allianzbildungen, die im Rahmen von Planwelten diktiert worden sind, entsprochen. Die Genossenschaft Migros hat Einsprache gegen die Projekte der Charles Vögele erhoben und versucht, über den Rechtsweg mit Gericht und Gesetz eine gegnerische Allianz zu bilden. Diese Einsprache hat eine Machtverschiebung innerhalb der Aktor-Netzwerke bewirken sollen, um

damit die Realisierungschancen der Ziele der Genossenschaft zu stützen.[1938] Anwohner der Stadtlandschaft Ems-West haben sich gegen die Pläne einer Grosssägerei gewehrt und Gruppierungen gebildet, die sich mit vereinter Macht gegen das Grossprojekt gestellt haben.[1939] Unvorhersehbare Gruppierungen unter Akteuren der Nachbarschaft und Umweltschutzverbänden haben den vierspurigen Vollausbau der A13 im Alpenrheintal in den 1990er-Jahren verzögert.[1940] Politische Gruppierungen haben sich in Schaan mehrfach mit der Bevölkerung verbündet und behinderten dadurch sämtliche Verkehrsplanungsbestrebungen.[1941]

Chance: vorsondieren, vorverhandeln

Anstatt gegenüber Akteuren und Aktanten an den diktierten Rollenerwartungen festzuhalten und Allianzen vorauszusetzen – und dadurch Verhandlungsabbrüche zu provozieren –, muss eine zukunftsfähige Planung Rollenprofile und notwendige Allianzpartnerschaften für die Planwelten des Städtebaus und der Raumplanung über Direktanfragen, Beteiligungsprozesse oder Zukunftskonferenzen vorsondieren, vorverhandeln und darin aufbauend die eigenen Ziele verankern.

- **Interessensausgrenzungen und fehlende Verhandlungsbereitschaft erzwingen keine Inhalte**

Die Rekonstruktionen einer lokalen städtebaulichen Praxis haben ebenfalls aufgezeigt, dass die in die Phase der Entstehung von Planwelten involvierten Akteure nicht nur weitere Allianzpartnerschaften voraussetzen, sondern umgekehrt auch scheinbar nicht-relevante Akteure und Aktanten von den Aushandlungsprozessen bewusst ausgrenzen. Die Aktor-Netzwerke beabsichtigen damit, Einflussnahmen weiterer Akteuren und Aktanten, die sich weder finanziell noch materiell an den Planungen beteiligen wollen und daher unliebsam sind, zu verhindern. So wusste die Charles Vögele AG von der Nachbarschaft der Genossenschaft Migros, hat jedoch mehrfach gemeinsame Verhandlungen bewusst verweigert und konkurrierende Interessen damit von den eigenen Zielvorstellungen ausgegrenzt. Gegnerschaften bei Verkehrsplanungen im Alpenrheintal waren bereits während der ersten Planungsarbeiten bekannt, ebenso wie Gegnerschaften bei den Zonenplanerweiterungen in Domat/Ems. Trotzdem haben im Vorfeld meistens keine Verhandlungen stattgefunden.[1942]

Auch hier zeigen die Mikrostudien auf, dass diese Strategien der Ausgrenzung und Verhandlungsverweigerung beispielsweise bei Charakteren wie Charles Vögele, Grossunternehmungen wie der Hilti AG, der Interessensgemeinschaft Golfplatz Domat/Ems und selbst beim Bund als zahlungskräftigem Investor der A13 langfristig nicht zielführend gewesen sind. In sämtlichen Rückübersetzungsprozessen hat sich eine anfängliche Verhandlungsverweigerung im Laufe von Einsprachen, Rollenverweigerung und zeitlichen Verzögerungen zu einer Verhandlungsbereitschaft gewandelt, um die Realisierungschancen der eigenen Ziele nicht zu gefährden. Selbst Planwelten weit verzweigter, einflussreicher und stabiler Allianzpartnerschaften aus Kanton, Bund, Gemeinden und weiteren Vertretern des

[1938] Siehe Kapitel 2.3.3 Die Rückübersetzung der Planwelt „Seedammcenter – 1972“ in die Siedlungswirklichkeit.
[1939] Siehe dritte Mikrostudie, Kapitel 4.5.3 Die Rückübersetzung der Planwelt „Grosssägerei Stallinger – 2005“ in die Siedlungswirklichkeit.
[1940] Siehe vierte Mikrostudie, Kapitel 5.4 Die N13 (A13) und der Streckenabschnitt „Haag–Trübbach“ heute.
[1941] Siehe zweite Mikrostudie.
[1942] Siehe entsprechende Mikrostudien.

Alpenrheintals wie beim Beispiel der A13 haben sich teilweise aufgrund von Einzeleinsprachen scheinbar unbedeutender Akteure gegenüber Anpassungen und Veränderungen der eigenen Planwelten nicht erwehren können.[1943] Haben sich Architekten oder Planer beharrlich gegenüber Verhandlungen verweigert, hat dies beispielsweise bei den ersten Erweiterungsplanungen des Seedamm Kulturzentrums zu Verzögerungen und später zu einem Verhandlungsabbruch zwischen Architekten und Auftraggebern geführt. Diese Planwelt der Architekten hat schliesslich keine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit gefunden.[1944]

Chance: Ziele und Interessen diplomatisch übersetzen

Wie die Rekonstruktionen im Rahmen der Mikrostudien aufzeigen, sind gesellschaftliche Verwebungen der Planwelten und der planerischen Handlungsketten im symmetrischen Nebeneinander von Akteuren und Aktanten in den untersuchten Stadtlandschaften nicht zu vermeiden. Anpassungen und Verschiebungen planerischer Inhalte und Ziele gehören zum Planungsalltag. Anstatt mit fehlender Verhandlungsbereitschaft einen „Krieg der Welten" zu provozieren, verspricht strategische und taktische Verhandlungsbereitschaft den nachhaltigeren Erfolg in der Umsetzung planerischer Ziele und Interessen („Krieg der Welten - wie wäre es mit Frieden?").[1945] Diplomatie, Proaktivität, Agilität und Flexibilität sind die neuen Anforderungen an die Planer und Architekten aus der Sichtweise gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, und zwar nicht, um den anderen Akteuren und Aktanten entgegenzukommen, sondern um die Realisierungschancen eigener Interessen zu verbessern.

- **Fehlende Planungshandlungen oder falscher Zeitpunkt der Planungshandlungen erwirken nicht-intendierte Folgen**

Ash Amin und Nigel Thrift sehen einen wesentlichen Bestimmungsmoment der Stadtlandschaften darin, wie die Akteure und Aktanten im Alltag der Aktor-Netzwerke zueinander in Beziehung stehen.[1946] „Das impliziert, dass jede räumliche Zukunft eine spezifisch-lokale ist, in der sich die Zwischenstadt mit globalen Determinanten verbindet."[1947] Die Zukunft der Stadtlandschaften der Assoziationen beginnt damit immer im Alltag des Hier und Jetzt.[1948]

In den Rekonstruktionen der emergenten Rolle der Planer und Architekten haben sich diesbezüglich Unterschiede in den zeitlichen Handlungsmomenten erkennen lassen. Im Rahmen der lokalen raumplanerischen Praxis zeigt sich, dass die Raumplaner zusammen mit Gemeindebehörden und Planungskommissionen relativ früh in die Aushandlungsprozesse räumlicher Entwicklungen involviert waren, diese in den Anfangsjahren der 1940er und 1950er aufgrund von disziplinären Problematisierungen gar eingeleitet haben. Entsprechend hat die Raumplanung ihre Interessen und Ziele zumindest damals in der Phase der Entstehung von Planwelten erfolgreich einbringen können. Nach diesen meist zeitraubenden und mühevollen Aushandlungsprozessen aber haben sich die Planer und Archi-

[1943] Siehe vierte Mikrostudie, Kapitel 5.3.7.2 Einspracheverhandlungen des Ausführungsprojekts.
[1944] Siehe erste Mikrostudie, Kapitel 2.5.13 Rückübersetzung der Planwelt „Erweiterung Kulturzentrum – 1989"
[1945] Latour (2004).
[1946] Amin, Thrift (2002), S. 29.
[1947] Eisinger, Kurath (2009), S. 90.
[1948] Ebenda, S. 81.

tekten nach der politischen Genehmigung der Planwelten aus den Verhandlungen um die Rückübersetzung zurückgezogen respektive die weitere Rückübersetzung an Zwischenglieder und damit Mittler delegiert. Da – wie die empirischen Rekonstruktionen aufzeigen – aber auch in der Phase der Rückübersetzung der Planwelten Aushandlungsprozesse stattfinden und aktive Übersetzungshandlungen durch die Planer erforderlich gewesen wären, hat sich mit diesem Rückzugsverhalten die eigentliche Rückübersetzungsproblematik der Raumplanung entfaltet.

Die Planer haben in dieser Phase allzu sehr darauf vertraut, dass ihre Planwelten wie auch die Baubehörden als Zwischenglieder die disziplinären Planungsinhalte transportieren. Als Mittler haben die Planungswerkzeuge und -organe jedoch aufgrund eigener Handlungstheorien die Inhalte nur passiv vertreten (Planungswerkzeuge), haben in die Aushandlungsprozesse der Rückübersetzung der Raumplanungswelten insbesondere bei Baubewilligungsgesuchen zu spät eingegriffen oder abweichende Ziele wie beispielsweise Wirtschafts- oder Bevölkerungswachstum verfolgt (Planungsorgane). Die Raumplaner selber haben in der Rückübersetzungsphase aufgrund ihrer Abwesenheit ihre Handlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft respektive vergeben und somit keine Korrekturen initiieren können, was zu den beschriebenen, grundlegenden Anpassungen und Verschiebungen ursprünglicher planerischer Inhalte und Ziele bis zu deren Unkenntlichkeit geführt hat. Dieser Umstand lässt sich am eindrücklichsten an den Raumplanungsbestrebungen sowohl bezüglich des Gwatt wie auch in Ems-West aufzeigen. Bei beiden Untersuchungsgebieten weisen Vergleiche zwischen ursprünglichen Planwelten und heutiger Siedlungswirklichkeit grosse Diskrepanzen zwischen der intendierten und der wirklichen Figuration des Raumbildes auf.[1949]

Im Gegensatz zur Aktivität der Raumplaner zeigt sich in der lokalen architektonischen Praxis, dass die meisten Architekten nicht nur in der Phase der Entstehung ihrer Projektwelten, sondern auch in der Phase von deren Rückübersetzung proaktiv vertreten gewesen sind. Damit ist es in den meisten der untersuchten Fälle gelungen, dass die gestalterischen, konzeptionellen und räumlichen Ziele der Architekten trotz einiger Anpassungen und Verschiebungen ihre Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit gefunden haben (sofern solche Ziele überhaupt vorhanden gewesen sind). Beispiele hochstehenden Architekturschaffens wie beim Trainingszentrum und Büro Ost der Hilti AG im Rahmen der Mikrostudie Forst haben gezeigt, dass das entwerferische Schaffen der Architekten sich auch im Alltag in der Begleitung der Rückübersetzungsprozesse gut eignet, Verschiebungsprozesse und Anpassungen in konzeptionelle Arbeiten zu reintegrieren, um über die Übersetzungshandlung des Entwerfens den Aktor-Netzwerken zu einer den disziplinären Vorstellungen (wieder) entsprechenden Figuration zu verhelfen.[1950]

Betrachtet man den Netzwerkknoten zwischen Raum-/Stadtplanung und Architektur, bestätigt sich die zuvor erwähnte passive Vertretung raumplanerischer Inhalte in den Aushandlungsprozessen am Beispiel der Architekturproduktionen. Zwar sind die Inhalte der Raum-/Stadtplanung über Baugesetz und Zonenpläne in die Aushandlungsprozesse der Architekturen integriert. Wie sich gezeigt hat, haben die Handlungstheorien der Architekten jedoch in vielen Fällen darauf abgezielt, Ausnahmebewilligungen

[1949] Siehe erste und dritte Mikrostudie.
[1950] Siehe zweite Mikrostudie, 3.9.5 Die Planwelt „Trainingszentrum und Bürohaus Ost – 2004“.

zu erwirken oder über Gestaltungspläne Ausnahmezustände zu schaffen, um die Realisierungschancen der eigenen Ziele und der Ziele der um sie versammelten Aktor-Netzwerke zu verbessern. Der Moment des Bewilligungsgesuchs hätte für die Raumplaner einen möglichen Handlungsmoment dargestellt, ihre Interessen wieder aktiv in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse einzubringen und allfällige Verschiebungen zu korrigieren. Da zu diesem Zeitpunkt jedoch in den Projektwelten der Architekten die zentralen räumlichen Inhalte mit Bauherrschaften und Auftraggebern bereits verhandelt sind und in Form fertiger Entwürfe vorliegen, gelingt es den Bewilligungsbehörden in den wenigsten Fällen, noch grundlegende Änderungen anzubringen. In dieser Zwangslage haben die Bewilligungsbehörden als eigentliche Vertreter der Raumplanung aufgrund eigener Handlungstheorien vor allem begonnen, eigene Ziele zu verfolgen, und selbst Projekte, die in Konflikt zur Raumplanung standen, unterstützt, wenn sich wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Vorteile daraus ergaben.[1951] Der zu späte Zeitpunkt eines möglichen Eingriffs der Raumplanung und die Einbindung von Mittlern in die Aushandlungsprozesse haben damit empirisch nachweisbar ihre unvorhersehbaren und nicht-intendierten Wirkungen hervorgebracht, welche die heutigen Figurationen der Stadtlandschaft ausmachen.

Chance: Planungsprozesse proaktiv begleiten

Um diesen nicht-intendierten Wirkungen entgegenzutreten, müssen der Handlungszeitpunkt und die Proaktivität insbesondere der Raum- und Stadtplanung den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen angepasst werden. Ebenso wie die Architekten müssten die Planer sowohl in der Phase der Entstehung von Planwelten wie auch in der Phase von deren Rückübersetzung proaktiv vertreten sein, um nicht-intendierte Handlungen von Mittlern aufzufangen und im Sinne der Disziplin zu übersetzen. „Jetzt die Zukunft" ist eine zentrale Handlungsanleitung für sämtliche Akteure, die ihre Interessen und Ziele in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse einbringen wollen.[1952]

- **Planer führen Verhandlungen nicht mit dem Kollektiv, sondern mit den einzelnen Entitäten**

Um städtebauliche und raumplanerische Ziele und Interessen in die Aushandlungsprozesse einzubringen, bedarf dies bekanntermaßen einer Reihe von Übersetzungsschritten. Die einzelnen Übersetzungsschritte gliedern sich nach Michel Callon in die vier Phasen (1) Aufgabenstellung/Rollenerwartung, (2) Partnergewinnung, (3) Aushandlung/Rollenbildung und (4) Bewährungsprobe.[1953] Innerhalb der Mikrostudien sind die Planerhandlungen im Rahmen der jeweiligen Aushandlungsprozesse in Unterteilung dieser Phasen beschrieben worden. Das erweckt in der Tat den Anschein, als hätten die Planer und Architekten diese Phasen sowohl im Rahmen der Entstehung der Planwelten wie auch in der Phase von deren Rückübersetzung in Bezug auf das Kollektiv je einmal durchlaufen. Diese Wiedergabe aber stellt eine Vereinfachung der Realität dar, die lediglich zur besseren Verständlichkeit gewählt worden ist. In Wirklichkeit durchläuft jeder Kontakt zwischen den Planern und Architekten mit jedem Akteur und Aktanten diese Phasen.

[1951] Siehe unter anderem in der ersten Mikrostudien am Beispiel der Aushandlungen des Seedammcenters, Kulturzentrums und Alpamares.
[1952] Eisinger, Kurath (2009), S. 81.
[1953] Siehe Kapitel 1.6.1.2 Übersetzungsschritte bei Allianzbildungen.

Chance: multilaterale Strategien und Konzepte entwickeln

Die Aushandlungsarbeit der Planer und Architekten erfordert demnach multilaterale Strategien und Taktiken, die bei jeder inhaltlichen Verschiebung im Rahmen der Aushandlungsprozesse erneut ausgerichtet werden müssen.

- **Baugesetze, Zonenpläne und Baubehörden alleine führen nicht zu räumlicher Qualifizierung**

Die untersuchten Stadtlandschaften sind keineswegs Resultat zu weniger raumplanerischer, städtebaulicher oder architektonischer Richtlinien. Das Plangebirge sei im Verlauf eines Jahrhunderts sogar massiv angewachsen, so die Beobachtung von Karl Ganser. Anspruch und Wirklichkeit würden jedoch trotzdem weit auseinanderliegen.[1954] Baugesetze, Zonenpläne und Baubehörden entfalten offensichtlich nicht automatisch eine intendierte räumlich-qualifizierende Wirkung.[1955] Ein Grund dafür ist bereits mehrfach angesprochen worden: Baugesetze, Zonenpläne und Baubehörden sind Mittler in den Handlungsketten der Raum- und Stadtplanung. Sie transportieren nicht Inhalte, sie transformieren sie. Das bedeutet, dass das Vorhandensein von Mittlern für Architekten und Planer nicht Anlass sein darf, die eigene Proaktivität innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse zu mindern.

Trotzdem ersetzt diese Erkenntnis keineswegs die institutionalisierten Mittler wie Baugesetz, Behörden oder Zonenplan. Im Gegenteil – sie bilden rechtliche, gesellschaftlich akzeptierte Knoten im Handlungsgeflecht der gesellschaftlichen Handlungsketten. Aufgrund dieser Zwangspassagen müssen die Raumplanungsziele unbedingt in die alltäglichen Aushandlungsprozesse einbezogen werden. Dies hat den Vorteil, dass die Anliegen der Raumplanung nicht ohne Weiteres durch die jeweiligen bauinteressierten Aktor-Netzwerke ausgegrenzt werden können.

Chance: Trotzdem Zwangspassagen einführen

Institutionalisierte Zwangspassagen übernehmen eine zentrale Funktion in der Rückübersetzung von Planungszielen. Eine institutionelle Verankerung einer funktionalräumlich ausgerichteten, grenzüberschreitenden Regionalplanung würde die Einbindung raumplanerischer und regionalplanerischer Ziele erzwingen. Diese Massnahmen erwirken jedoch nicht automatisch eine räumliche Qualifizierung, da sie als Mittler Inhalte nicht transportieren. Entsprechend entbinden die Zwangspassagen die Planer und Architekten keineswegs von einer zuvor beschriebenen proaktiven Übersetzungstätigkeit.

- **Eigendynamiken der Aktor-Netzwerkbildungen übersetzen sich in den Raum**

Auf einem städtebaulichen, regionalplanerischen Massstab entfalten die zahlreichen Versammlungen, Verknüpfungen, Übersetzungen und Transformationen im Alltag der städtebaulichen Praxis zusätzliche Wirkungen, die in der Vergangenheit der Raum- und Stadtplanung zu wenig oder mit zu wenig Bewusstsein für mögliche, nicht intendierte Folgen bei der Bildung von Aktor-Netzwerken und damit auch bei der Raumentwicklung beachtet worden sind.

[1954] Ganser (2006), S. 534.
[1955] Eisinger, Kurath (2009), S. 90.

Betrachtet man die räumlichen Transformationen im Laufe der Zeit und fokussiert gleichzeitig deren gesellschaftliche Beziehungsgeflechte, zeigt sich, dass sich die Abgrenzungen der Aktor-Netzwerke von „aussenstehenden“ Interessen im Sinne einer gesellschaftlichen Ausdifferenzierung auf die Siedlungswirklichkeit übertragen. Zum einen lässt sich aufzeigen, dass Raumentwicklungen nicht, wie in der Vergangenheit aufgrund morphotypologischer Untersuchungen oft dargestellt, von innen nach aussen erfolgen, sondern diese vielmehr wie die gesellschaftlichen Handlungsnetzwerke topologische Auffälligkeiten aufweisen. Diese Erkenntnis lässt sich an den Entwicklungsschritten im Gwatt darstellen, die aufzeigen, dass die räumlichen Entfaltungen der Aktor-Netzwerkbildungen trotz unmittelbarer Nachbarschaften unabhängig voneinander erfolgten (Abb. 168).

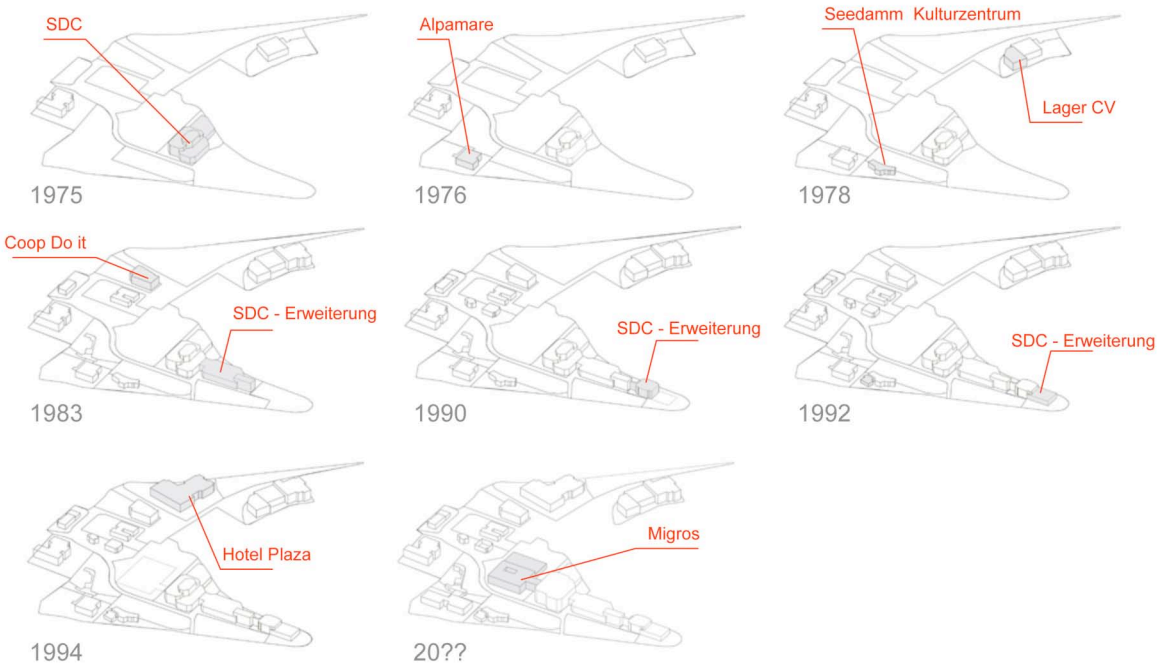


Abb. 168: Topologische Raumentwicklung im Gwatt (Eigene Darstellung, Datengrundlage Pixelkarte 1:25'000, Bundesamt für Landestopografie).

Raumentwicklung erfolgt offensichtlich lokal-spezifisch und weniger auf Basis räumlicher als vielmehr auf Basis gesellschaftlicher Zusammenhänge. Werden aufgrund raumplanerischer Passivität oder aufgrund der Ausgrenzungsökonomien von Aktor-Netzwerken städtebauliche und raumplanerische Aspekte nicht in die Aktor-Netzwerke der jeweiligen lokalen Raumtransformationsprozesse übersetzt, lassen sich in der späteren Siedlungswirklichkeit auch keine räumlichen Zusammenhänge, grenzüberschreitenden gestalterischen Massnahmen, Stärkungen des öffentlichen Raums oder Qualifizierungen des Raums erkennen. Diese Ausgrenzungen städtebaulicher Inhalte haben in der Vergangenheit zu Fragmentierung, strukturellen und inhaltlichen Brüchen, fehlender Qualifizierung und damit zu den phänomenologisch bereits vielfach beschriebenen Kennzeichen der Stadtlandschaften geführt.

Die gesellschaftlichen Ausdifferenzierungen sowie deren Übersetzungen auf den Raum bilden immer neue Anreize, die neue Handlungsketten auslösen. Ein solches Phänomen hat Alain Thierstein als

„Raumentwicklung im Verborgenen“ beschrieben.[1956] In Bezug auf wissensintensive Dienstleistungsfirmen haben Thierstein und sein Team Metropolitanregionen bezüglich Pendlerbewegungen untersucht. „Es ist die Vielzahl von Unternehmen und deren Strategien und Standortentscheidungen, die in zunehmendem Masse die wirtschaftlichen Aktivitäten beeinflussen und in ihrer Summe zu den Treibern der räumlichen Dynamik werden. Sie vernetzen Standorte und ordnen diesen funktionale, hierarchisch gegliederte Rollen im gesamten metropolitanen Wertschöpfungssystem zu.“[1957] Diese funktionalräumlichen Ausdifferenzierungen schaffen Anreize in punkto Arbeits-/Ausbildungsplatz, Wohnort, Freizeit. Die Pendlerbewegungen innerhalb dieser sich stetig transformierenden Angebotslandschaften ziehen den Ausbau von Strassen, öffentlichem Verkehr, Infrastrukturbauten, Kommunikationsnetzen etc. nach sich.

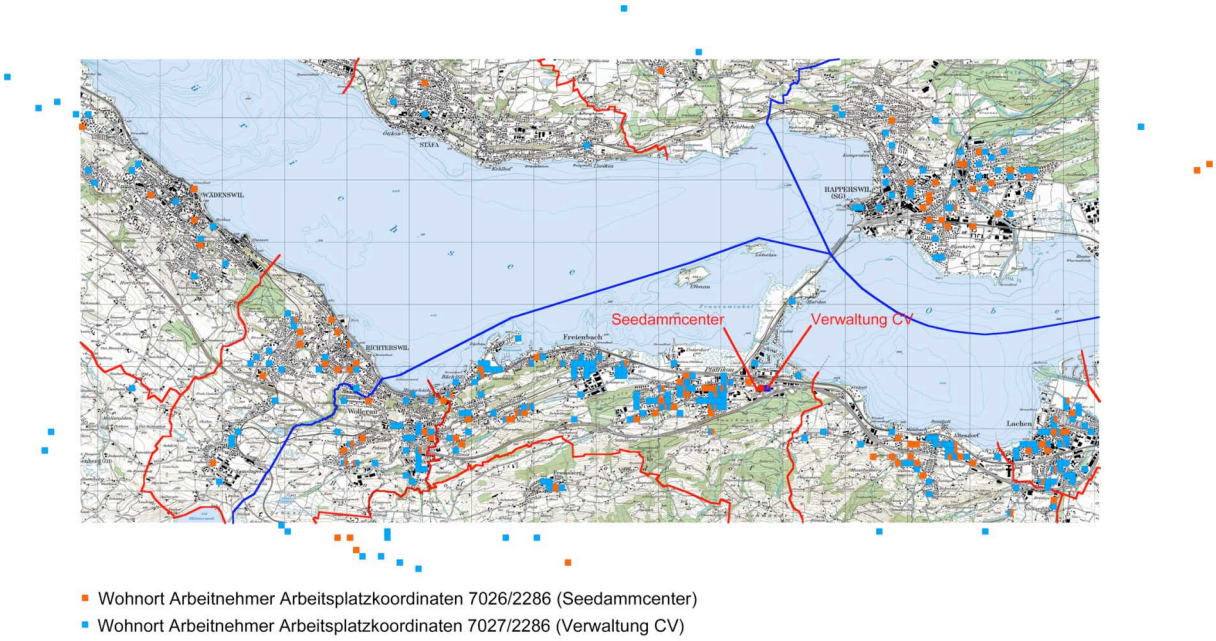


Abb. 169: Regionale Pendlerverflechtungen der Arbeitnehmer mit Arbeitsplatzkoordinaten 7026/2287 (Seedammcenter) und 7027/2286 (Verwaltung CV). Von den insgesamt 1’040 Arbeitnehmern mit den Arbeitsplatzkoordinaten 7026/2287 und 7027/2286 wohnen 503 Arbeitnehmer (48.4%) in der hier dargestellten Region. Dargestellte Wohnortgemeinden mit Kantonszugehörigkeit und Total Arbeitnehmer: Richterswil (ZH/31), Schönenberg (ZH/3), Wädenswil (ZH/19), Hombrechtikon (ZH/3), Stäfa (ZH/4), Feusisberg (SZ/18), Freienbach (SZ/191), Wollerau (SZ/50), Altendorf (SZ/59), Lachen (SZ/62), Rapperswil (SG/18), Jona (SG/45). (Eigene Darstellung, Grundlagen: Daten der Volkszählung 2000, Bundesamt für Statistik, Pixelkarte 1:25’000, Bundesamt für Landestopografie).

In Bezug auf das Gwatt können ähnliche Entwicklungen aufgezeigt werden. Nimmt man das Seedammcenter, lassen sich weitgreifende funktionalräumliche Beziehungsgeflechte zwischen Arbeitsort und Wohnort darstellen, die sich auf das Pendlerverhalten der Arbeitnehmer auswirken (Abb. 169).

Die Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort wirkt sich auf das Handeln der Arbeitnehmer aus, indem diese den Weg mit dem Privatauto, dem Fahrrad, dem Zug zurücklegen und dadurch neue Handlungsketten wie Ausbau der Verkehrswege oder Erneuerung von Infrastrukturbauten auslösen. Entsprechend hat eine Ursache keine Wirkung zur Folge, sondern weitere Ursachen. In diesem Sinne gilt auch hier Latours Aussage: „Doch eine Ursache ist eine Ursache ist eine Ursache.“[1958]

[1956] Thierstein et al. (2006).
[1957] Ebenda, S. 127.
[1958] Latour (2007), S. 180.

Beide Phänomene – Übersetzung der Interessensabgrenzungen der Aktor-Netzwerke wie auch verborgene Raumentwicklung – stellen Eigendynamiken von Aktor-Netzwerkbildungen und deren Übersetzungen in die Siedlungswirklichkeit dar.

Chance: räumliche Figurationen entwerferisch mitbestimmen

Das Phänomen der Übersetzung von systemisch bedingten Abgrenzungen auf den Raum zeigt, dass die Aufgabenstellung der Raum- und Stadtplanung nicht einzig die Moderation gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse umfassen kann. Entwerfende Disziplinen haben vielmehr dafür zu sorgen, dass Anliegen wie das Schaffen räumlicher Zusammenhänge, die Ausformulierung von Übergängen, das Stärken räumlicher Eigenarten und Unterschiede der Stadtlandschaften respektive stadträumlicher Prosperitäten ihre Übersetzung in die Siedlungswirklichkeit finden. Dies hat wie in anderen Zusammenhängen gefordert auf einer funktionalräumlichen regionalplanerischen Ebene genauso zu erfolgen wie auf der lokalen Ebene des öffentlichen Raums. Über die Übersetzungstätigkeit des raumplanerischen Entwerfens können räumliche Figurationen mitbestimmt und systemische Übersetzungen transformiert werden.

- **Flucht in Moderationen und fehlende Übersetzungstätigkeit**

In der Auseinandersetzung mit der emergenten Rolle der Planer und Architekten hat sich im Rahmen der Rekonstruktionen gezeigt, dass sich die Raumplaner oftmals von den aufwändigen, scheinbar ausweglosen Verhandlungen zurückgezogen und fortan mit der Rolle des Moderators begnügt haben. Dieser Rollenwechsel zeichnet sich spätestens in den 1980er-Jahren ab, nachdem sich das Scheitern der Planung allmählich in seiner ganzen Vielfalt offenbart hat. In der Folge sind oftmals nur noch Ad-hoc-Planungen ausgeführt oder Raumproduktionsprozesse im Rahmen raumplanerischer Revisionen nachgezeichnet worden.[1959] In dieser Rolle positionieren sich die Planer ausserhalb gesellschaftlicher Handlungsprozesse und versuchen die Versammlungen und Verhandlungen der Akteure und Aktanten zu begleiten und zu steuern. Da das raumplanerische Interesse bei der Moderation darin besteht, die einzelnen Dynamiken, treibenden Kräfte und wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen, ökologischen, verkehrlichen Interessen möglichst konfliktfrei aneinander vorbeizuleiten, werden räumlich-qualifizierende Interessen nicht in die Aushandlungsprozesse eingebracht und finden damit auch keine Übersetzung in die Aktor-Netzwerke. Ehemals disziplinäre Interessen der Raum- und Stadtplanung werden aufgrund der Ausgrenzungsökonomien der Aktor-Netzwerke und des Nebeneinanders eines systemischen Nicht-Verstehens zusätzlich ausgegrenzt und finden damit keine Übersetzung in die Siedlungswirklichkeit.[1960]

Chance: Übersetzungsverantwortung wahrnehmen

Wird das Ziel verfolgt, die Realisierungschancen der planerischen und entwerferischen Interessen zu verbessern, müssen Planer und Architekten Übersetzungsleistungen zwingend erbringen. Der Begriff

[1959] Luchsinger (2008), S. 280.
[1960] Eisinger, Schneider (2003), S. 392.

Übersetzung nimmt dabei eine spezialisierte Bedeutung an: „eine Relation, die nicht Kausalität transportiert, sondern zwei Mittler dazu veranlasst, zu koexistieren".[1961] Planer und Architekten sind dabei gefordert, Entwürfe zu präsentieren und Rahmenbedingungen zu formulieren, die Koexistenzen ermöglichen und über die Aushandlungen dieser die eigenen Planwelten anreichern. Dazu ist es, wie bereits bei den Aushandlungsprozessen, zuvor erforderlich, dass die eigenen Interessen bekannt sind, formuliert werden können und proaktiv in den Übersetzungsprozessen eingefordert werden. Stadtplaner und Architekten sind damit nicht nur Manager der Stadtentwicklung. Stadtplaner und Architekten müssen sich vielmehr auch um die Rückübersetzung ihrer eigenen Planwelten kümmern, damit deren Inhalte eine Übersetzung in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse finden und sich so die Realisierungschancen räumlicher Qualifizierungen verbessern.

- **Komplexität multilateraler Verhandlungsnotwendigkeiten bedeutet nicht Nicht-Planbarkeit**

Die Flucht der Planer in die Moderations- und Governancemodi der Planung verweist auf die Schwierigkeiten planerischer Handlungen in Bezug auf soziotechnische Aushandlungsprozesse. Es ist schon angesprochen worden, dass Aktor-relationale Planungsansätze vor allem die Komplexitäten und Schwierigkeiten der Raumproduktionen und damit deren offensichtlich äusserst begrenzte Planbarkeit thematisieren und bestätigen. Die meisten dieser Planungsansätze fokussieren die Gesamtheit der überwältigenden Anzahl von tagtäglichen Einzelentscheiden und befassen sich mit der Frage, inwiefern diese planerisch zu bewältigen seien.[1962] Das Management von Prozessen tritt in den Beschäftigungsmittelpunkt.[1963] Die Planer übernehmen damit die „Aufgabe eines Politikberaters – und dies zumindest in der Rolle des Managers oder Vermittlers".[1964] Das Risiko bei solchen Ansätzen besteht darin, dass Fragen möglicher räumlicher Figurationen dieser Prozesse zunehmend ausgeblendet werden. Dazu brauche man allerdings keine entwerfenden Disziplinen, so Stefan Körner.[1965] Solche Ansätze würden sich darauf beschränken, Komplexität zu rekonstruieren und diese metaphorisch auf gestalterische Problemstellungen anzuwenden. Komplexität generiert dadurch im Sinne der Kritik Körners weitere Komplexität.[1966]

Chance: Referenz und Handlungstheorie des Entwerfens

Um der Komplexität nicht mit Komplexität zu begegnen, muss es städtebaulich und raumplanerisch in Anlehnung an Bruno Latour also gelingen, eine lokal-spezifische Handlungsreferenz mit möglichst hohem Erkennungswert in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zu verankern.[1967] Die Referenz stellt eine räumliche Vision dar, die im Rahmen der Aushandlungs- und Übersetzungsprozesse angestrebt werden soll. Sie dient als planerische Orientierungshilfe, um disziplinäre räumlich-qualifizierende Inhalte darzustellen und das raum- sowie stadtplanerische Ziel anzudeuten, welches

[1961] Latour (2007), S. 188.
[1962] Siehe Aktor-relationale Arbeiten wie: *The Urban Connection, An actor-relational approach to urban plannung,* Boelens (2009), *Kräfte, Prozesse, Akteure – Zur Empirie der Zwischenstadt,* Brake, Einacker, Mäding (2005), *Splintering Urbanism: Networked infrastructures, technological mobilities and the urban condition*, Graham, Marvin (2001).
[1963] Heinelt (2006), S. 239.
[1964] Albers (2006), S. 54.
[1965] Körner (2005), S. 105.
[1966] Ebenda, S. 117.
[1967] Latour (2000), S.36.

innerhalb der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse angestrebt werden soll. Die angestrebte Referenz erfährt in den städte-baulichen Handlungsketten ihre Figuration zum ersten Mal im konzeptionellen Entwurf. Der konzeptionelle Entwurf bedarf einer klaren städtebaulichen Zielvorstellung und gleichzeitig einer Reihe von Möglichkeitsräumen und Verhandlungsspielräumen, im Rahmen dessen die Akteure und Aktor-Netzwerke ihre Koexistenzen ausbilden sowie ihre räumlichen Übersetzungen finden können, um dadurch die Siedlungswirklichkeit anzureichern, ohne dabei das städtebauliche Konzept in seinen zentralen räumlichen Momenten infrage zu stellen. „Das Leitbild weicht damit der spezifischen Lösung. An die Stelle der Fixierung tritt der schöpferische Moment der Kooperation und Integration von unterschiedlichen Interessen. (…) Der konzeptionelle Städtebau nimmt die Unwägbarkeiten und das Unbestimmbare, die dem Städtebau bislang immer wieder zum Verhängnis geworden sind, als Fakten an und erhebt sie zu den gedanklichen Orientierungspunkten des eigenen Arbeitens. (…) Auf der inhaltlichen Ebene bilden die Eigenheiten und die räumliche wie bauliche Vielfalt der bestehenden Stadt den gedanklichen Ausgangspunkt konzeptionellen Städtebaus.“[1968]

Die konzeptionelle Stadtplanung erfordert im Sinne der lokalen städtebaulichen Planung neben der Referenz die Handlungstheorie des Entwerfens, die den Unwägbarkeiten und dem Unbestimmbaren im Verlauf der Rückübersetzungsprozesse kreativ begegnet und orientiert an der städtebaulichen Referenz deren Übersetzungen in die Siedlungswirklichkeit begleitet. Wie die lokale städtebauliche – oder entwerferische – Praxis aufzeigt, werden im Verlauf des Entwerfens in Realzeit Entitäten versammelt, deren Rahmenbedingungen und Ziele verhandelt und in Raumvorstellungen oder Raum selber übersetzt. In Verantwortung der Übersetzung der Interessen des Kollektivs in den Raum bestimmt damit der Entwerfer unter Berücksichtigung zahlreicher Rahmenbedingungen die Figuration der Aushandlungsprozesse als Spezialist für räumliche Fragestellungen also massgeblich mit.

Da gesellschaftliche Aushandlungsprozesse auch die Phase der Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit prägen, müssen Architekten und Planer die Handlungstheorie des Entwerfens in der Phase der Rückübersetzung beibehalten. Nur so gelingt es, real-zeitliche Anpassungen und Verschiebungen aufzunehmen und im Rahmen der städtebaulichen Referenz entwerferisch zu übersetzen. Damit erfordern die topologischen Mustern folgenden Raumentwicklungen und funktionalräumlichen Auswirkungen der gesellschaftlichen Handlungsketten die Kopplung eines „raumplanerischen Entwerfens“[1969] – bezogen auf die funktionalräumliche Massstäblichkeit der Entwurfshandlung – und eines „topologischen Entwerfens“[1970] – bezogen auf die Vielzahl städtebaulicher und architektonischer Handlungsnotwendigkeiten im Lokalen. Zu diesen beiden Handlungstheorien muss eine zeitbezogene Komponente des Entwerfens hinzugefügt werden. Diesbezüglich möchte ich das relationale Entwerfen als dritte und ergänzende Handlungstheorie einführen.[1971] Das relationale Entwerfen ist abhängig von den gesellschaftlichen Übersetzungsprozessen und bezeichnet die Handlungsnotwendigkeiten des Entwerfers in Bezug auf die gesellschaftliche Zeit räumlicher Transformation. „Jetzt die Zukunft“ ist der Handlungsmoment des relationalen Entwerfens als Handlungstheorie des Städtebaus,

[1968] Eisinger, Reuter (2007), S. 82-84.
[1969] Koch, Schröder (2006), S. 18.
[1970] Bormann et al. (2005), S. 175.
[1971] Kurath (2009), S. 178; vgl. Bourriaud (2002), S. 14.

das die raumplanerisch und topologisch entworfenen Raumkonzepte in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zu begleiten hat.[1972]

Insbesondere in den Unwägbarkeiten der Unbestimmtheit der Stadtlandschaften besteht die Krux der Planungsdisziplinen. Der konzeptionelle Städtebau kann diesbezüglich den Handlungsrahmen (Referenz) bilden. Das topologische, raumplanerische und relationale Entwerfen bildet die entsprechende Handlungstheorie, welche den Unbestimmtheiten im Alltag proaktiv begegnet, Allianzen zugunsten städtebaulicher Ziele knüpft und dadurch die jeweiligen Figurationen in den Stadtlandschaften im Sinne der Disziplin mitbestimmt. Wenn es zukunftsfähiger Planung gelingen muss, die Diskrepanz zwischen normativen Werten entwerferischer Disziplinen und den Realitäten des Alltags zu reduzieren, dann ist es die entwerferische Agilität, die diesbezüglich zum Durchbruch verhelfen kann. Anstatt auf Verschiebungen und Anpassungen mit Verweigerung zu reagieren, muss es die zukünftige Rolle der städtebaulichen Entwerfer sein, diesen einerseits affirmativ-kritisch (diplomatisch) und andererseits entwerferisch im Sinne des Denkkollektivs der Architekten und Stadtplaner zu begegnen.

[1972] Siehe Kapitel 10.0 Relationales Entwerfen als Handlungstheorie einer zukunftsfähigen Stadtplanung.

TEIL C - TESTPLANUNG

8.0 Zeitgenössische Planungsansätze zur Qualifizierung von Stadtlandschaften im Vergleich

Im ersten, empirischen Teil dieser Forschungsarbeit konnte dargestellt werden, dass die Siedlungswirklichkeit Resultat gesellschaftlicher Versammlungs-, Aushandlungs- und Übersetzungsprozesse ist. Die Rekonstruktionen zeigten, dass die Planer und Architekten innerhalb der Aushandlungsprozesse jeweils unterschiedliche Rollen übernahmen. Während einige Architekten und Planer Inhalte ihrer Planwelten als verbindlich betrachteten, damit Allianzen und Rollen voraussetzten und sich diesbezüglich nicht verhandlungsbereit zeigten, fügten sich andere in die Rolle eines Moderators, der möglichst viele fremde Interessen in seine Planwelten integriert und die eigenen disziplinären Interessen beispielsweise qualitativer Raumentwicklung im Aushandlungsprozess dafür vernachlässigt. Beiden Herangehensweisen gelang es aufgrund fehlender gesellschaftlicher Entsprechungen oder aufgrund eines fehlenden Einsatzes für eine räumliche Qualifizierung nicht, städtebauliche, architektonische oder landschaftsarchitektonische Aspekte erfolgreich in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse einzubringen. Entsprechend fand keine Rückübersetzung dieser Inhalte in die Siedlungswirklichkeit statt. Die heutigen Stadtlandschaften zeugen mehrheitlich von diesen Misskonzeptionen der Planungsansätze.

Um die Realisierungschancen der eigenen architektonischen und räumlichen Interessen zu verbessern, wäre es die Aufgabe der Architekten und Planer gewesen, eigene Inhalte zu verhandeln und mit anderen Interessen zu verknüpfen sowie diese Konstruktionen entwerferisch in allianzfähige Planwelten zu übersetzen. In der Phase der Rückübersetzung hätte es den Planern zudem gelingen müssen, die Allianzen für die planerischen Inhalte aufrechtzuerhalten oder je nach Verlauf der Aushandlungsprozesse Akteure und Aktanten mit ihren Interessen und Rahmenbedingungen neu zu integrieren respektive bei Verhandlungsabbrüchen zu ersetzen, ohne eine zuvor entwerferisch festgelegte konzeptionelle Referenz zu verlassen.[1972]

Zukunftsfähige Planung zeichnet sich in diesem Sinne durch das Ausmass aus, in welchem es innerhalb konzeptioneller Rahmenbedingungen gelingt, die Diskrepanz zwischen normativen Vorstellungen und faktischen Realitäten zu reduzieren.[1973] Dies muss nicht nur in der Phase der Entstehung, sondern auch in der Phase der Rückübersetzung der Planwelten geschehen, also während der gesamten gesellschaftlichen Zeit der planungs- und raumrelevanten Übersetzungsprozesse. Will Planung zukunftsfähig sein, muss sie Wege finden, wie für disziplinäre Anliegen einer qualitativen und prosperierenden Raumentwicklung innerhalb von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen Allianzen gefunden werden können, um die Realisierungschancen der städtebaulichen und regionalplanerischen In-

[1972] Siehe Kapitel 7.0 Rückübersetzungsproblematik von Planwelten – Grenzen der Stadtplanung.
[1973] Eisinger, Kurath (2008), S. 82.

halte zu verbessern. Ob und wie dies gelingt, hängt im Wesentlichen von der konzeptionellen und strategischen Ausrichtung des Planungsansatzes ab, dessen sich die Stadtplanung zur Behebung städtebaulicher Problemstellungen bedient.

Aus diesem Grund werden in diesem Teil der Arbeit vier Planungsansätze einander gegenübergestellt, die in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Thematik der Qualifizierung von Stadtlandschaften oft diskutiert wurden. Die vier Planungsansätze gehen aus der Arbeit rund um das *Handbuch zum Stadtrand,* entstanden unter der Professur von Vittorio Magnago Lampugnani an der ETHZ,[1974] aus den Auseinandersetzungen über die Raumentwicklung durch den Architekten Gion A. Caminada, zusammengefasst im Aufsatz „Neun Thesen für die Stärkung der Peripherie“,[1975] aus der Arbeit *After-Sprawl, research for the contemporary city*[1976] der De Geyter Architects und aus der im Rahmen des Ladenburger Kollegs unter der Leitung von Alex Wall und Michael Koch entstandenen Forschungsarbeit mit dem Titel *Zwischen Stadt Entwerfen*[1977] hervor.

Die vier gewählten Planungsansätze decken eine grosse Bandbreite städtebaulicher Herangehensweisen ab, die über rein räumliche, architektonische Interventionen auf lokaler Massstabsebene *(Handbuch zum Stadtrand)* bis hin zum Initiieren von gesellschaftlichen Prozessen und Allianzbildungen auf einer regionalen Massstabsebene *(Zwischen Stadt Entwerfen)* eine Qualifizierung des Raums und der Raumproduktionsprozesse anstreben. Die vier Planungsansätze werden im Folgenden bezüglich der jeweiligen Potenziale zur Qualifizierung des Raums, ihrer Rückübersetzbarkeit sowie der Robustheit der Planungsziele in Bezug auf gesellschaftliche Aushandlungs- und Entwicklungsprozesse verbal-argumentativ untersucht.

Um die vier Planungsansätze miteinander vergleichen zu können, sind diese in einem ersten Schritt im Sinne einer Testplanung auf das mittlere Alpenrheintal im Bereich der beiden Gemeinden Schaan und Buchs übersetzt worden.[1978] Die jeweiligen städtebaulichen und raumplanerischen Entwürfe folgen eng den entsprechenden theoretischen und konzeptionell-strategischen Vorgaben der jeweils publizierten und im Vorfeld der Übersetzungen zusammengefassten Vorlagen. Die Entwürfe sollen aufzeigen, wie sich die jeweiligen Planungsansätze auf das Alpenrheintal auswirken könnten und welche räumlich-qualitativen und strategischen Festlegungen im Rahmen der jeweiligen Planungsansätze zentral sind.[1979]

Die Übersetzungen der Planungsansätze auf das Alpenrheintal stellen keine gesellschaftlich (vor-)verhandelten Entwürfe dar. In den Phasen der Übersetzung ausgedrückt, entsprechen die hier dargestellten Entwürfe der ersten Phase der Aufgabenstellung und Rollenerwartung.[1980] Eine Beurteilung kann sich entsprechend nur auf die Stärken und Schwächen der jeweiligen Entwürfe beziehen, die sich in Bezug auf die drei gewählten zentralen Aspekte – Qualifizierung der Zwischenstadt, Rücküber-

[1974] Lampugnani et al. (2007).
[1975] Caminada (2005).
[1976] De Geyter Architects (2002).
[1977] Bormann et al. (2005).
[1978] Scholl, Beck (2006); Siehe Kapitel 1.6.2 Testplanung.
[1979] Ebenda, S. 2.
[1980] Callon (2006), S. 146.

setzbarkeit und Robustheit von Planungsansätzen – abzeichnen. Aussagen über den tatsächlichen Erfolg oder Misserfolg des jeweiligen Planungsansatzes können hier nicht erwartet werden.

Sämtliche folgenden Plandarstellungen bauen auf der Pixelkarte 1:25'000 des Bundesamtes für Landestopografie der Schweiz und auf Grundlagen der Raum-, Richt- und Regionalplanung des Kantons St. Gallen und dem Fürstentum Liechtenstein auf.

8.1 Das Testgebiet Alpenrheintal bei Buchs und Schaan

Der Begriff „Alpenrheintal“ steht in einer Beziehung zum sogenannten Alpenrhein. Dieser geografisch verankerte Begriff bezeichnet den räumlichen und überregionalen Abschnitt vom Zusammenfluss des Vorder- und Hinterrheins bei Reichenau in Graubünden bis zur Mündung in den Bodensee. Das Alpenrheintal bezeichnet damit den durch den Alpenrhein verbundenen Raum, also das „Tal des Alpenrheins“.[1981] Dieses Tal mit einer Länge von rund 100 Kilometern ist zugleich ein dicht besiedeltes Tal mit 77 Gemeinden, in denen im Jahre 2006 rund 460’000 Menschen lebten.[1982]

Was für aussenstehende Betrachter als zusammenhängender Talraum erscheint, unterscheidet sich von der Innenperspektive. „So zeigt eine Befragung im Rahmen des Projektes Erholung und Freizeit im Alpenrheintal, dass EinwohnerInnen des Kantons Graubünden vor allem zwei Pole sehen: den Raum Chur mit der umgebenden Bergwelt und den Bodensee. Was dazwischen liegt (unter anderem die Gemeinden Buchs und Schaan; Anm. Kurath), ist weitgehend unbekannt. Für die Vorarlberger bildet der Rhein eine starke mentale Grenze, umgekehrt reicht der Blick der St. Galler Rheintaler sehr wohl ins Vorarlbergische herein. (…) Den umfassendsten Blick dürften die Liechtensteiner haben: Aus dem kleinen Land in der Mitte nimmt man das ganze Rheintal wahr.“[1983]

Das Alpenrheintal ist aufgrund seiner speziellen Lage mit drei Anrainerstaaten sowie der veränderten und sich weiter verändernden Bedeutung nationalstaatlicher Grenzen ein idealer Untersuchungs- und Testraum für Planungsansätze, die sich mit zwischenstädtischen und stadtlandschaftlichen Phänomenen auseinandersetzen. Hinzu kommt, dass es dort zumindest zurzeit an Bestrebungen fehlt, sich mit einer grenzüberschreitenden Siedlungsentwicklung auseinanderzusetzen.

Aufgrund einer Eingrenzung der Arbeit beziehen sich die vier getesteten Planungsansätze schwerpunktmässig auf einen Abschnitt des Alpenrheintals zwischen Sargans und Feldkirch. Wenn es diese Begriffsbestimmung im geografischen und gesellschaftlichen Sinne auch nicht gibt, wird dieser Teil des Alpenrheintals im Folgenden als „Mittleres Alpenrheintal“ bezeichnet.[1984] Innerhalb dieses Gebiets werden die Ansätze im räumlichen Spannungsfeld der liechtensteinischen Gemeinde Schaan und der schweizerischen Gemeinde Buchs SG vertieft. Die Wahl des besagten Abschnitts steht in einem engen Zusammenhang mit der zweiten und vierten Mikrostudie, die sich mit gesellschaftlichen Raum-

[1981] Meier (2009), S. 12.
[1982] Leitbildprozess vis!on rheintal, Dokumentation 2006, Räumliche Entwicklung und regionale Kooperation im Vorarlberger Rheintal, Ergebnisse des Leitbildprozesses, S. 28.
[1983] Broggi, Spillmann (2007), S. 302.
[1984] Das „Obere Alpenrheintal“ wäre demnach der Abschnitt von Reichenau bis Sargans, das „Untere Alpenrheintal“ hingegen der Abschnitt von Feldkirch bis zum Bodensee.

produktionsprozessen innerhalb dieses Teilgebiets auseinandergesetzt haben.[1985] Die gesellschaftlichen Verwebungen der Raum- und Verkehrsplanungswelten der Gemeinden sowie der Projektwelten der Hilti AG haben einen Einblick in die lokale planerische Praxis zugelassen, der zumindest teilweise Rückschlüsse auf die Rückübersetzungsproblematik der Planungsansätze in die Siedlungswirklichkeit erlaubt.

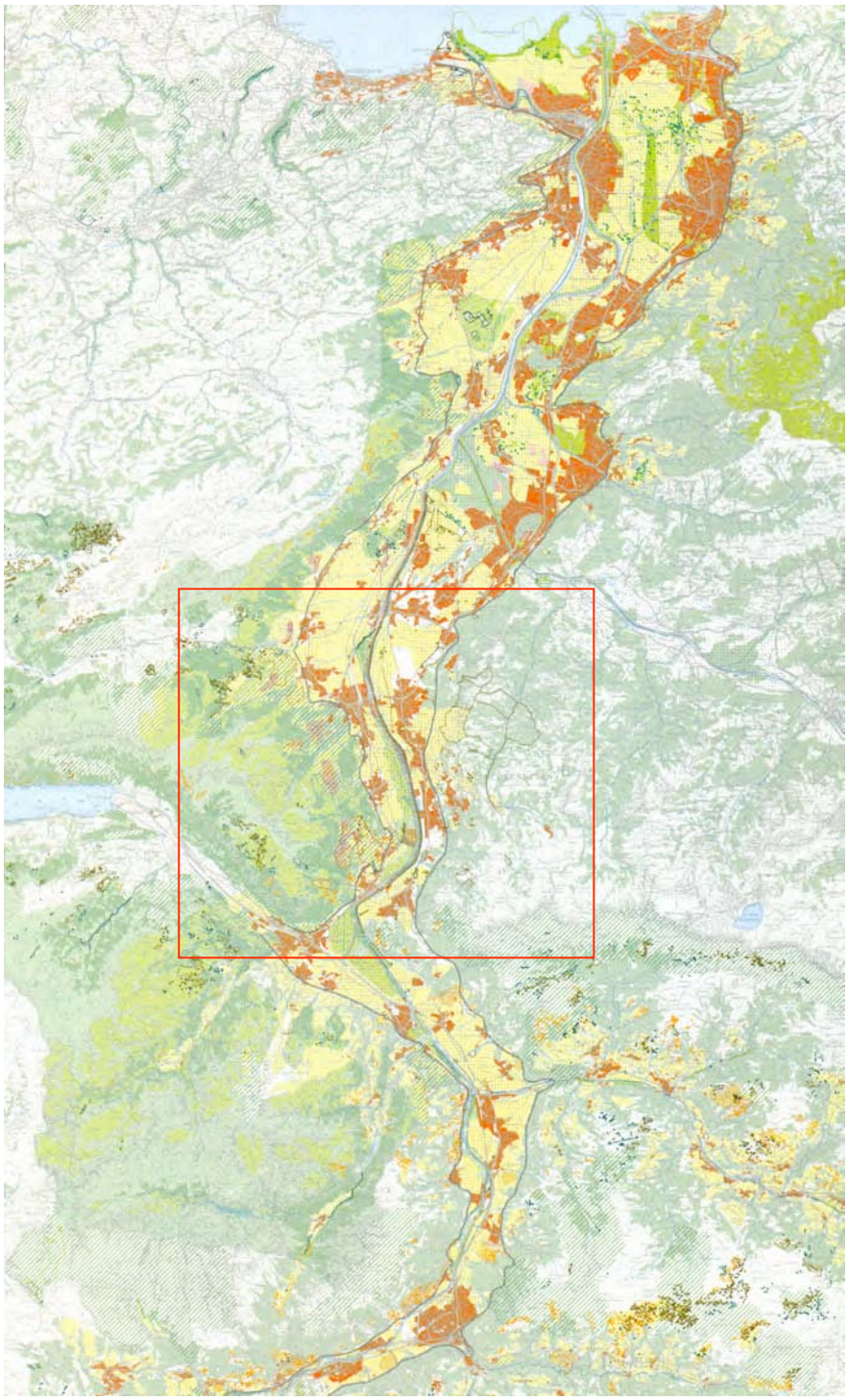


Abb. 170: Das Alpenrheintal (eingerahmt das gewählte Testgebiet), aus: Interreg IIIA Alpenrhein Bodensee Hochrhein, Projekt 52, „Erholung und Freizeit im Alpenrheintal“, Grundlagenbericht, Hartmann & Sauter, Joseph Sauter et al. Mai 2004.

[1985] Siehe Kapitel 3.0 Zweite Mikrostudie: Im Forst, Schaan, und 5.0 Vierte Mikrostudie: A13 Autobahnabschnitt Haag–Trübbach.

Die funktionalräumlichen Zusammenhänge zwischen dem Gemeindegebiet Buchs und dem Fürstentum Liechtenstein stellen zudem einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Brennpunkt des Alpenrheintals dar, der als Agglomerationsraum Buchs-Liechtenstein zusammengefasst werden kann. Die Agglomeration zeichnet sich durch eine erhebliche Dynamik aus. Sie zählt im schweizerischen Kontext zu den momentan am stärksten wachsenden Agglomerationen überhaupt. Besonders auffällig ist die starke Zunahme des PKW-Pendlerverkehrs. So wuchs zwischen 1970 und 2000 das Pendlervolumen um fast 70 Prozent.[1986] Dieser Umstand verweist auf eine immer stärkere Trennung von Wohn- und Arbeitsort innerhalb der Region und gleichzeitig auf eine über mehrere Jahrzehnte gewachsene Mobilitätskultur, die für das Alpenrheintal bezeichnend ist. Insbesondere die kurzen Distanzen bis zu einer Viertelstunde haben sehr stark zugenommen, und der Prozentanteil der Verwendung des Automobils hat sich mehr als verdoppelt.[1987]

Folgt man aktuellen Prognosen wie jenen des St. Galler Planungsbüros Strittmatter aus dem Jahre 2003, so dürften sich in den nächsten Jahren diese Prozesse in beschleunigter Form fortsetzen.[1988] In Bezug auf das Fürstentum Liechtenstein rechnet das Planungsbüro mit einem Wachstum der Bevölkerung von 32'000 Einwohnern im Jahre 2000 auf 41'000 bis 59'000 Personen im Jahre 2040. Beim Arbeitsplatzangebot erwartet man ausgehend vom Stand im Jahr 2000 eine Steigerung von 8'000 bis 29'100 Arbeitsplätzen bis ins Jahr 2040. Dabei soll der Grenzgängeranteil von 37 Prozent im Jahr 2000 bis 2040 etwa 42 bis 52 Prozent ausmachen.[1989] Die Studie *Metamorphosis 100: Liechtenstein in the Year 2068*[1990]*,* die sich mit der Zukunft von Liechtenstein auseinandersetzt, beschäftigt sich gar mit einem Bevölkerungsbestand von 100'000 Einwohnern und einem Angebot von 90'000 Arbeitsplätzen im Jahre 2068.[1991]

Aufgrund der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verflechtungen Liechtensteins würde sich eine solche Entwicklung grenzüberschreitend auf die gesamte Agglomeration Buchs-Liechtenstein auswirken. Eine regional-, raum- und städteplanerische Betrachtung muss sich entsprechend auch auf die gesamträumliche Dimension der Region beziehen und weniger auf lokalpolitische oder nationalstaatliche Grenzen. Die Anwendung der Planungsansätze im Rahmen der Testplanung findet entsprechend grenzüberschreitend statt. Die Grenzthematik wird allfällig bei der Bewertung der Rückübersetzbarkeit der jeweiligen Planungsansätze mit diskutiert. Ebenfalls Eingang in die Diskussion findet eine mögliche zukünftige Zunahme, aber auch Schrumpfung der Siedlungsgebiete, um die räumliche, gestalterische und konzeptionelle Robustheit der Planungsansätze zu thematisieren.

[1986] www.pendlerstatistik.admin.ch, Zugriff am 14. Januar 2009.
[1987] Siehe die Verkehrsplanungsbestrebungen rekonstruiert in der zweiten und vierten Mikrostudie dieser Arbeit; Eisinger, Kurath (2006).
[1988] Strittmatter AG, St. Gallen, „Einwohner und Arbeitsplätze. Grundlagenanalyse und Prognose", Januar 2003.
[1989] Ebenda, D1-D4.
[1990] Thierstein et al. (2008).
[1991] Ebenda, S. 139.

8.2 Normative Zielvorstellungen und Beurteilungskriterien

Um im Rahmen einer Bewertung für alle Planungsansätze gleiche Vorbedingungen zu schaffen und die Nachvollziehbarkeit des Vergleichs zu gewährleisten, werden im Folgenden eine Reihe von Zielvorstellungen und Kriterien formuliert. Anhand derer sollen die einzelnen Entwürfe verbal-argumentativ hinsichtlich ihres Qualifizierungspotenzials, ihrer Rückübersetzbarkeit und Robustheit beurteilt werden. Die Kriterien stehen in Zusammenhang mit dem Diskurs um die Qualifizierung der Zwischenstadt sowie den Erkenntnissen dieser Forschungsarbeit bezüglich der Rückübersetzbarkeit von Planervorstellungen.[1992] Aus diesem Grund erfolgen die Bewertungen immer aus einer entwurfsorientierten, städtebaulichen und regionalplanerischen Sicht. Die Methode der verbal-argumentativen Bewertung wurde gewählt, da sie sich, im Vergleich zu anderen Bewertungsmethoden, insbesondere dazu eignet, Projekte und Pläne aller Art, basierend auf normativen Zielvorstellungen, anschaulich zu beurteilen.[1993]

8.2.1 Qualifizierung der Stadtlandschaft

Die folgenden Zielvorstellungen und Kriterien werden zur Beurteilung des Qualifizierungspotenzials der Planungsansätze in Bezug auf eine ganzheitliche Entwicklung von Stadtlandschaften herangezogen. Die Zusammenstellung bezieht sich auf zentrale Kriterien, die in verschiedenen Publikationen zu Zwischenstadt, urbanen Landschaften, Stadtrand oder Stadtlandschaften formuliert worden sind, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Die einzelnen Kriterien werden im Folgenden kurz erläutert.

• Qualifizierung als Stadtregion

• Qualifizierung der Lebens- und Arbeitswelt: Die Qualifizierung der Lebens- und Arbeitswelt ist eine zentrale Forderung der Stadt- und Regionalplanung. Verschiedene räumliche Gliederungen und räumliche Ausdifferenzierungen mit hohem Anteil an öffentlichen Begegnungs- und Austauschzonen für Naherholung und Freizeit sowie eine Steigerung der Nutzungsangebote verbessern die Aufenthaltsqualität in den Lebens- und Arbeitswelten der Stadtlandschaften.[1994]
• Verbesserung der Erreichbarkeit: Eine gute Erreichbarkeit und verkehrliche Anbindung der Siedlungsräume der Stadtlandschaft, insbesondere durch den öffentlichen Verkehr, verbessern die Mobilität auch der ältesten und jüngsten Generationen und damit die Lebens- und Aufenthaltsqualität innerhalb der Stadtlandschaften.[1995]

[1992] Siehe Kapitel 1.2 Qualifizierung von Stadtlandschaften und 7.0 Rückübersetzungsproblematik von Planwelten und Grenzen der Stadtplanung.
[1993] Fürst, Scholles (2008), S. 527.
[1994] Sieverts (2004), S. 18; ebenda, S. 20.
[1995] Ebenda, S. 158; Neumann (2009), S. 176; Lampugnani et al. (2007), S. 94.

• Räumliche Diversifizierung: Eine räumliche Diversifizierung ermöglicht koexistenzielle Lebensformen, fördert den gesellschaftlichen Austausch und reduziert grossräumige, soziale und funktionale Segregation.[1996] Ergänzungsräume verbessern die Lebens- und Aufenthaltsqualität, indem Möglichkeitsräume zur temporären Aneignung angeboten werden.[1997]
• Mehrwert durch Nutzungsüberlagerungen: Mehrfachansprüche an eine Fläche können zu positiven programmatischen Synergieeffekten umgewandelt werden. Über Nutzungsverflechtungen ergeben sich Synergien in Bezug auf Flächennutzung, Mitteleinsatz und Manpower.[1998]
• Steigerung der ökonomischen Potenz der Zwischenstadt: Unter Ausnutzung der Grösse der Stadtregion soll eine Entfaltung effizienzsteigernder Differenzierungen der „Talente“ wie Produktion, Dienstleistungen, Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen die verschiedenen Teile der Stadtregion fördern.[1999]
• Ganzheitliche Ausrichtung: Gleichzeitige Berücksichtigung sämtlicher Faktoren zur Qualifizierung der Stadtregion erfordert eine Mehrschichtigkeit der Planwelten und Entwurfsstrategien sowie eine gleichzeitige lokale und regionale Massstäblichkeit.[2000]

• Qualifizierung des Raums

• Schaffung von Identifikationsorten: Orientierung im Raum und die Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls werden verbessert.[2001]
• Verdeutlichung von Grenzen: Unterschiede landschaftlicher Gegebenheiten, historischer Entwicklungen, demografischer Merkmale oder politisch-administrativer Rahmenbedingungen werden wahrnehmbar.[2002]
• Schaffung von Kohärenz: Ziel ist die Schaffung einer lesbaren Zusammengehörigkeit der verschiedenen Bestandteile des Stadtraums.[2003]

[1996] Koch et al. (2005), S. 159; Boczek (2007), S. 235.
[1997] Caminada (2005), S. 133.
[1998] Boczek (2007), S. 235; Lampugnani et al. (2007), S. 94.
[1999] Koch et al. (2005), S. 158.
[2000] Siehe Kapitel 1.2.3 Einblick normativer Qualifizierungsziele entwerferischer Disziplinen.
[2001] Lampugnani et al. (2007), S. 90.
[2002] Ebenda, S. 92.
[2003] Ebenda, S. 96.

• Stärkung des öffentlichen Raums: Ziel ist es, Wahrnehmbarkeit und Nutzbarkeit existierender öffentlicher Räume zu fördern, neue zu schaffen und Funktionen zu gewährleisten.[2004]

• Qualifizierung der Symbolwelt der lokalen Kultur / Baukultur

• Stärkung der Symbolwelt der lokalen Kultur / Baukultur: Die Konstanten des Ortes bilden eine Basis für eine neue Architektur und neue Kulturlandschaften. Der Bezug zu lokalem Handwerk, Konstruktionsprinzipien, Materialien etc. ohne romantisierende, idealisierende Rückgriffe auf die Vergangenheit stärkt die lokale Kultur.[2005]

• Qualifizierung naturnaher Räume

• Haushälterischer Umgang mit Grund und Boden: Dies bedeutet nicht zwingend Einsparung von besiedelter Fläche durch Verdichtung und Innenentwicklung um jeden Preis (…), sondern Erhaltung guter, gewachsener Böden und zusammenhängender Freiflächen.[2006]

• Zusammenhängende Freiflächen schaffen: Übergeordnete, gesamtheitliche Vernetzungen extensiv und intensiv genutzter Freiraumflächen verknüpfen Lebensräume der Tier- und Pflanzenwelt und stärken die Biodiversität.[2007]

• Ökologische Aktivierung besiedelter Flächen: Vernetzung und Stärkung vorhandener Resträume, Zwischenräume, Ruderalflächen und Verbesserung der Biodiversität innerhalb bestehender Siedlungsflächen.[2008]

• Qualifizierung der Eigenarten und Unterschiede des Alpenrheintals

• Einbezug vorhandener lokal-räumlicher Potenziale: Das Kriterium knüpft an den Diskurs der Eigenart der Zwischenstadt an.2009 Erfüllt ist dieses Kriterium, wenn ein städtebaulicher Ansatz

[2004] Ebenda, S. 98; De Geyter Architects (2002), S. 29.
[2005] Caminada (2005), S. 136.
[2006] Ebenda, S. 134; Sieverts et al. (2005), S. 156.
[2007] Koch et al. (2005), S. 158; Lampugnani et al. (2007), S. 94; De Geyter Architects (2002), S. 24.
[2008] Ebenda, S. 156.
[2009] Sieverts (2004), S. 14.

ein Entwurfskonzept auf den tatsächlich vorhandenen lokal-spezifischen landschaftsräumlichen, kulturlandschaftlichen, architektonischen Elementen und Verknüpfungen aufbaut.

• Einbezug vorhandener gesellschaftlicher Potenziale: Räumliche Transformationen sind Folge der Verknüpfungen von Entitäten und Übersetzungen von Aktor-Netzwerken in die Siedlungswirklichkeit.[2010] Vergangene wie auch zukünftige Transformationen stehen damit immer in einem Zusammenhang mit Handlungsquellen, die lokal bereits vorhanden sind.[2011] Das Kriterium – Einbezug vorhandener gesellschaftlicher Potenziale – ist erfüllt, wenn städtebauliche Ansätze lokale Handlungsketten in ihre Strategien und Konzepte einbeziehen, sich der Notwendigkeit gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse zur Allianzbildung bewusst sind und sie darauf abzielen, die Handlungsketten über das Schaffen von Anreizen proaktiv zu verlängern.

8.2.2 Rückübersetzbarkeit der Planwelten und Planungsstrategien

Die folgenden Zielvorstellungen und Kriterien bilden ein Bewertungsraster bezüglich der Rückübersetzbarkeit der Planungsansätze in die Siedlungswirklichkeit. Die Zielvorstellungen und Kriterien beziehen sich insbesondere auf die Erkenntnisse des empirischen Teils der vorliegenden Arbeit bezüglich der Rückübersetzungsproblematik von Planwelten und der Grenzen der Planung innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Entsprechend werden bei der Bewertung der Rückübersetzbarkeit Kriterien in Bezug auf eine erfolgversprechende Allianzbildung und damit zu den – im Sinne einer erfolgreichen Rückübersetzung – dafür notwendigen Übersetzungsschritten berücksichtigt.[2012]

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung

• Klarheit der Aufgabenstellung: Eine klar ausformulierte Aufgabenstellung verhilft den Architekten und Planern zu einer eigenen Positionierung und einer problem-/zielorientierten Herangehensweise.

• Rolle der Planer und Architekten im Planungs- und Rückübersetzungsprozess: Eine hohe Aktivität und fortwährende Aushandlungsmotivation während der gesamten gesellschaftlichen Zeit der Übersetzungen kann im richtigen Moment die aus disziplinärer Sicht richtigen Handlungsanreize setzen, bringt disziplinäre Interessen in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse ein

[2010] Siehe die Rekonstruktionen der ersten bis vierten Mikrostudie dieser Arbeit.
[2011] Ebenda, S. 77.
[2012] Callon (2006).

und verbessert damit die Realisierungschancen planerischer Intentionen. Ein solches Rollenprofil müssen die Architekten und Planer bereits im Rahmen der Aufgabenstellung festlegen und später auch einhalten.

• Bewusstsein gesellschaftlicher Verwebung planerischer Intentionen: Die Berücksichtigung gesellschaftlicher Verhandlungsprozesse in der Aufgabenstellung verhilft den Architekten und Planern zu einer strategisch und taktisch gezielten Ausrichtung ihrer Handlungen und Konzeptionen. Das Bewusstsein für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse verhilft zudem zu einem Bewusstsein für Unvorhersehbares. Entsprechend müssen die konzeptionellen Planwelten diesbezüglich Raum dafür aufweisen.

• Partnergewinnung

• Ausdrucksstärke der Planwelten: Gute Lesbarkeit konzeptionalisierter Planungsabsichten und Qualifizierungsintentionen verbindet kreative Impulse mit dem Raum. Kerngrössen räumlicher Intentionen verweisen auf die neuralgischen Punkte sowie Strukturen, lassen Prioritäten setzen und Schlüsselbereiche untereinander abstimmen.[2013] Die Planwelten bilden eine Verhandlungsgrundlage, welche die wesentlichen räumlichen Zielbestimmungen proaktiv in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozess einbringt und als Mittler Handlungsanreize setzt.

• Mehrfachlesbarkeit des städtebaulichen / architektonischen Konzepts: Die räumlichen Konzepte und planerischen Zielvorstellungen müssen in erster Linie unterschiedliche Interessen, Akteure und Aktanten auf eine gemeinsame Zukunft verpflichten können. Konzeptionelle Planung erfordert deshalb einen Balanceakt zwischen Konkretheit und Offenheit.[2014] Eine Überlagerung entwerferischer Ebenen und eine Verbindung verschiedener Darstellungstechniken ermöglicht eine Mehrfachlesbarkeit des Konzepts, bietet damit mehrere Ansatzpunkte zur Gewinnung von Allianzpartnern und zur Aushandlung von deren Rollen.

• Möglichkeit der Partizipation: Die konzeptionellen Entwürfe der Architekten und Planer müssen die Möglichkeit bieten, bestehende Handlungsketten aufzunehmen und zu integrieren. Akteure und Aktanten müssen die Möglichkeit haben, ihre Interessen und Rahmenbedingungen in die Planwelten zu übersetzen, was wiederum die Realisierungschancen der konzeptionellen Entwürfe verbessert.

[2013] Eisinger, Kurath (2009), S. 88.
[2014] Ebenda, S. 87.

• Aufwand zur Partnergewinnung: Je mehr Andockstellen nebst den Planwelten auch planerisches Handeln aufweist, umso erfolgreicher können Allianzen für die konzeptionellen Entwürfe geknüpft und die entwerferischen Inhalte in die Siedlungswirklichkeit übersetzt werden.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung

• Diplomatie der Architekten und Planer: Aushandlungswille und entwerferische Agilität der Planer und Architekten fördert in der Phase der Rückübersetzung den Erfolg multilateraler Verhandlungen und schafft Win-Win-Situationen zwischen planerischen Interessen und anderweitigen Forderungen.

• Verhandlungsspielräume innerhalb des städtebaulichen / architektonischen Konzepts: Verhandlungsspielräume innerhalb der Konzepte müssen Raum für Interessensverhandlungen und Anpassung der Rahmenbedingungen lassen, wenn sich Akteure und Aktanten nicht in die vorgesehene Rolle einbinden lassen wollen.

• Erweiterbarkeit / Integration neuer Akteure und Aktanten: Wie die Rekonstruktionen der gesellschaftlichen Verhandlungsprozesse zeigen, entstehen in der Phase der Rückübersetzung aufgrund von Dynamiken der Aktor-Netzwerk-Bildungen zahlreiche inhaltliche Verschiebungen. Um gegenseitige Verhandlungsabbrüche (Dissidenzen) zu vermeiden, müssen diese Verschiebungsprozesse von den Planwelten aufgenommen werden können, ohne dass deren konzeptionelle Festlegungen infrage gestellt werden.

• Bewährungsprobe / Verhandlungsabbruch

• Anfälligkeit des städtebaulichen / architektonischen Konzepts für Verhandlungsabbruch: Fehlende ganzheitliche Entwurfskonzepte, fehlende Verhandlungsbereitschaft, fehlende Verhandlungsspielräume in den Planwelten, Passivität im Aushandeln von Inhalten, das Vertrauen auf Planwelten als Transporteure von Inhalten, das Unterschätzen der spezifischen Handlungstheorien der Akteure und Aktanten, das Überschätzen der kritischen Grösse von Aktor-Netzwerken, fehlende Flexibilität und Agilität bei inhaltlichen Verschiebungen oder das fehlende Bewusstsein für ein Scheitern als Chance bilden die grössten Stolpersteine der Planung.

8.2.3 Robustheit der Planungsstrategie

Die Kriterien bezüglich der Robustheit der Planungsstrategien fokussieren deren qualifizierendes Potenzial im Zusammenhang mit unvorhersehbaren Entwicklungsdynamiken wie Schrumpfung und Wachstum der Siedlungsgebiete in den Stadtlandschaften. Die Beurteilungen basieren auf Schrumpfungs- und Wachstumsszenarien, aufgrund derer die jeweiligen Planungsansätze getestet worden sind.

• Qualifizierende Wirkung planerischer Massnahmen in Bezug auf Siedlungswachstum: Die Eingriffe und Anreize sollten ihre Wirkung bei einem Siedlungswachstum beibehalten.
• Qualifizierende Wirkung planerischer Massnahmen in Bezug auf Siedlungsschrumpfung: Die Eingriffe und Anreize sollten ihre Wirkung bei einer Siedlungsschrumpfung beibehalten.

8.3 *Handbuch zum Stadtrand*

8.3.1 Motivation und Ziel – Besinnung auf die ursprüngliche Bestimmung des Städtebaus

Vittorio Magnago Lampugnani rief im März 2007 im Vorwort zur Publikation *Handbuch zum Stadtrand – Gestaltungsstrategien für den suburbanen Raum* zu einer Neubegründung der Disziplin des Städtebaus auf.[2015] Lampugnani, Professor für Geschichte des Städtebaus an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich (ETHZ) und bekannt durch zahlreiche Arbeiten über die Geschichte zur kompakt artikulierten Stadt, legte im selben Zusammenhang seine Beweggründe für das Interesse am Stadtrand dar.[2016] „Bereits jetzt verlangsamt sich das demografische Wachstum, und es wird damit gerechnet, dass etwa um die Mitte unseres Jahrhunderts die Weltbevölkerung nicht mehr ansteigen, sondern stabil bleiben wird; im dritten Jahrhundertquartal wird sie wahrscheinlich abnehmen. Das bedeutet: Auch die Städte, die gegenwärtig so schnell expandieren, dass sie aus den Fugen zu geraten scheinen, werden sich stabilisieren, vielleicht sogar schrumpfen. Dem demografischen Paradigmawechsel muss der städtebauliche folgen, ja er muss ihn vorausschauend begleiten und planerisch vorwegnehmen.“[2017] Entsprechend beschäftigen sich Lampugnani und seine Mitarbeiter mit den stadträumlichen Aspekten des suburbanen Raums „und versuch(en), für die unübersehbar bestehenden Defizite Lösungen zu finden“.[2018]

Im Vordergrund der Lösung der Defizite steht bei Lampugnani die Besinnung des Städtebaus auf seine ursprüngliche Bestimmung: eine menschengerechte, funktionelle, nachhaltige sowie ästhetisch und kulturell anspruchsvolle Umwelt zu gestalten.[2019] Gleichzeitig erklärt Lampugnani, dass die Peripherie nicht das Stadtzentrum ist. „Sie (die Peripherie; Anm. Kurath) ist eine neue, eigenständige Stadtform, die als solche erhalten und gestärkt werden muss. Dementsprechend werden die (notwendigen) Verbesserungen nicht von aussen ansetzen, um ein Ideal zu verfolgen, das der Peripherie fremd ist, sondern von innen heraus, um zu betonen und auszuarbeiten, was im suburbanen Agglomerationsraum bereits enthalten ist und gleichsam darauf wartet, zum Vorschein gebracht zu werden.“[2020] Lampugnani verfolgt mit seinem Beitrag das Ziel, die Peripherie dem Stadtzentrum auf eine komplementäre und neuartige Weise gleichwertig zu machen. „Nur so kann das qualitative Gefälle, das die zeitgenössische Stadt belastet, korrigiert und aufgehoben werden.“[2021]

Anne Brandl, eine der Mitarbeiterinnen von Lampugnani, spricht in ihrem Aufsatz „Der suburbane Raum als Gestaltungsaufgabe“[2022] die Notwendigkeit der Gestaltung des suburbanen Raums zur Verbesserung der noch fehlenden Bildhaftigkeit und Bildfähigkeit an. Diese sei Voraussetzung für eine Identifikation der Bewohner der zeitgenössischen Stadt mit ihrem Wohnumfeld und für die Entwicklung einer raumbezogenen Identität.[2023] Brandl präzisiert in weiteren Ausführungen über die Möglichkeiten und Grenzen der Planung, dass sich durch Gestaltung allein keine Identität herstellen lasse und diese

[2015] Lampugnani et al. (2007), S. 8.
[2016] www.lampugnani.gta.arch.ethz.ch, Zugriff am 10. Februar 2009.
[2017] Lampugnani et al. (2007), S. 9.
[2018] Ebenda, S. 14.
[2019] Ebenda, S. 9.
[2020] Ebenda, S. 14.
[2021] Ebenda, S. 14.
[2022] Ebenda, S. 30.
[2023] Ebenda, S. 35.

wiederum den suburbanen Raum nicht in seiner Ganzheit umfassen könne. „Gestaltung kann und muss jedoch an einer Identifikation von und mit suburbanen Orten mitwirken.“[2024] In diesem Zusammenhang verweist Brandl auf die Schwierigkeit der Stadtplanung, mit ihren klassischen Mitteln – punktueller Objekte und städtebaulicher Ensembles – in einem grösseren Massstab qualifizierend Wirken zu können. Brandl fordert diesbezüglich auch den Einbezug landschaftsarchitektonischer Gestaltungsmittel zur stadträumlichen Qualifizierung des suburbanen Raums.[2025]

8.3.2 Vorgehen und Mittel – Referenz und Strategie

„Innerhalb (…) sich verändernder gesellschaftlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen wird die Orientierung auf einen endgültigen Planungs- oder Gestaltungszustand zunehmend problematisch. Die aktuelle Herausforderung für die Städtebaudisziplin besteht darin, langfristig orientierte Gestaltungskonzepte formulieren zu müssen und diese gleichzeitig für zukünftige, sich verändernde Entwicklungen offen zu halten. Eine klare Zielvorstellung im Sinne einer Grundorientierung ist ebenso gefordert wie ein Denken in Zwischenstadien.“[2026] Strategien würden eine Vorgehensweise darstellen, die Erfahrungen der Vergangenheit für gegenwärtige Handlungsanforderungen zugänglich machten. „In diesem Verständnis meint Strategie die Systematisierung bereits existierender, unterschiedlicher Problemlösungen sowie die Reflexion und Verwendung dieser Erkenntnisse für die Formulierung neuer Gestaltungsgrundsätze.“[2027]

Die Vertreter der Forschungsgruppe „Stadträumliche Gestaltungsstrategien für den suburbanen Raum“ am Institut für Städtebau des Netzwerks Stadt und Landschaft (NSL) der ETHZ haben in diesem Sinne ein Handbuch entwickelt, das verschiedene Strategien zur Qualifizierung der Peripherie aufzeigt. Das *Handbuch zum Stadtrand* zeigt damit universale Lösungsansätze zur Behebung räumlicher Defizite auf, „die für die analytische Betrachtung des suburbanen Raums und die Entwicklung von Gestaltungsstrategien Referenzbeispiele aus der Geschichte des Städtebaus hinzuziehen“.[2028]

Die im *Handbuch* diskutierten Gestaltungsstrategien umfassen: die Schaffung von Identifikationsorten, die Verdeutlichung von Grenzen, Vernetzung, die Schaffung von Kohärenz und die Stärkung des öffentlichen Raums. Die Strategien würden in dieser Ausrichtung die – zumindest aus der Sicht der Verfasser – zentralen Anliegen des Städtebaus aufnehmen.[2029] Sie beschränken sich dabei bewusst auf das Städtebaulich-Räumliche. Aus Gründen der Praktikabilität solle die Komplexität reduziert werden, um Wahrnehmungsfragen in den Vordergrund zu stellen. Lampugnani verweist darauf, dass die Umsetzung der Strategien erst in einem weiteren Schritt „auch technische, funktionale, ökonomische, soziologische und politische Massnahmen erfordert“.[2030]

Analog zu den Strategien sind historische Referenzbeispiele ausgewählt und beschrieben worden, die ebenfalls eine der zuvor genannten Gestaltungsstrategien im suburbanen Raum verfolgt haben. „Ihre

[2024] Ebenda, S. 38.
[2025] Ebenda, S. 42.
[2026] Ebenda, S. 43.
[2027] Ebenda, S. 44.
[2028] Ebenda, S. 55.
[2029] Ebenda, S. 60.
[2030] Ebenda, S. 15.

städtebaulichen Eigenschaften (der Referenzbeispiele; Anm. Kurath) wurden in der Städtebaudisziplin bereits diskutiert und rezipiert, so dass, im Gegensatz zum suburbanen Raum, ein verhältnismässig breiter Konsens über ihre Qualitäten herrscht."[2031] Die Vergleichsebene der Referenzbeispiele ist gemäss Verfasser gewählt worden, um auf einer analytischen Ebene die architektonisch-räumliche Wirkung und Bedeutung der jeweils gewählten Strategien in einen Bezug zu bereits erfolgreich umgesetzten Strategien setzen zu können. Auf der konzeptionellen Ebene soll explizit das Verfahren der Analogie verwendet werden, um Lösungsmöglichkeiten für eruierte städtebauliche Probleme zu finden. Die Analogie könne diesbezüglich Anregungen geben.[2032]

In der Anwendung des *Handbuchs* sollen die stadträumlichen Defizite erkannt, Strategien zur Behebung der Defizite benannt und unter Beiziehung der historischen Referenzen dargestellt werden.
Als Mittel zur Darstellung werden beim *Handbuch zum Stadtrand* Planüberlagerungen und Fotocollagen empfohlen, bei denen den analysierten Orten die idealen städtebaulichen Lösungen in Form der Referenzen überlagert werden. Dabei sei darauf zu achten, dass die abstrakte Zielstellung der Strategien weder konkrete städtebauliche Entwürfe noch historisierende Rückgriffe auf die Formideale darstellten. „Aus Sicht der Autoren liegt der Vorteil der Collage darin, eine Zukunftsvision entwickeln und bildlich kommunizieren zu können, ohne die tatsächliche Umsetzung der Vision einfordern oder an die Herkunft und Entstehungsgeschichte der miteinander collagierten Objekte glauben zu müssen."[2033]

8.3.3 Übersetzung auf das Alpenrheintal

Unter den Vorgaben des *Handbuchs zum Stadtrand* ist in einem ersten Schritt das Mittlere Alpenrheintal in Bezug auf die Kategorien des suburbanen Raums wie Knoten, Relikte, Siedlungsinseln, Restflächen, Zerhäuselung, Transiträume und Superkomplexe untersucht worden.[2034]

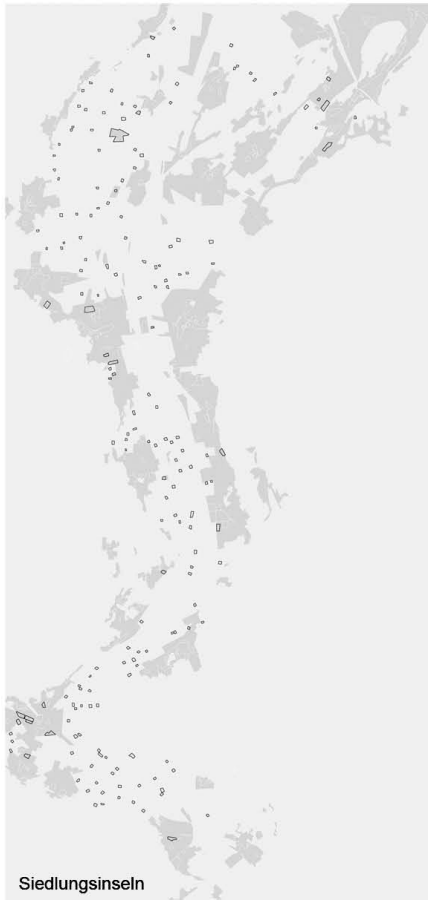
In der Vertiefung der einzelnen stadträumlichen Kategorien haben sich in einem weiteren Schritt vor Ort gestalterische Defizite ausmachen lassen. Am Beispiel dreier Fallbeispiele in den Gemeinden Schaan und Buchs wird nun das planerische Vorgehen in Bezug auf den Planungsansatz des *Handbuchs zum Stadtrand* weiter ausgeführt. Das erste Fallbeispiel befasst sich mit dem Dorfzentrum von Schaan, das zweite mit dem Siedlungsrand von Schaan, das dritte mit dem Autobahnanschluss Buchs-Schaan. Entsprechend den Vorgaben des *Handbuchs* werden die räumlichen Problemstellen ohne übergeordnete, regionalplanerische Strategie direkt angegangen, um die lokalen, räumlichen Qualifizierungspotenziale zu behandeln.

[2031] Ebenda, S. 55.
[2032] Ebenda, S. 15.
[2033] Ebenda, S. 63.
[2034] Kategorien des suburbanen Raums gemäss *Handbuch zum Stadtrand*. Ebenda, S. 72.


Knoten


Zerhäuselung


Restflächen


Siedlungsinseln

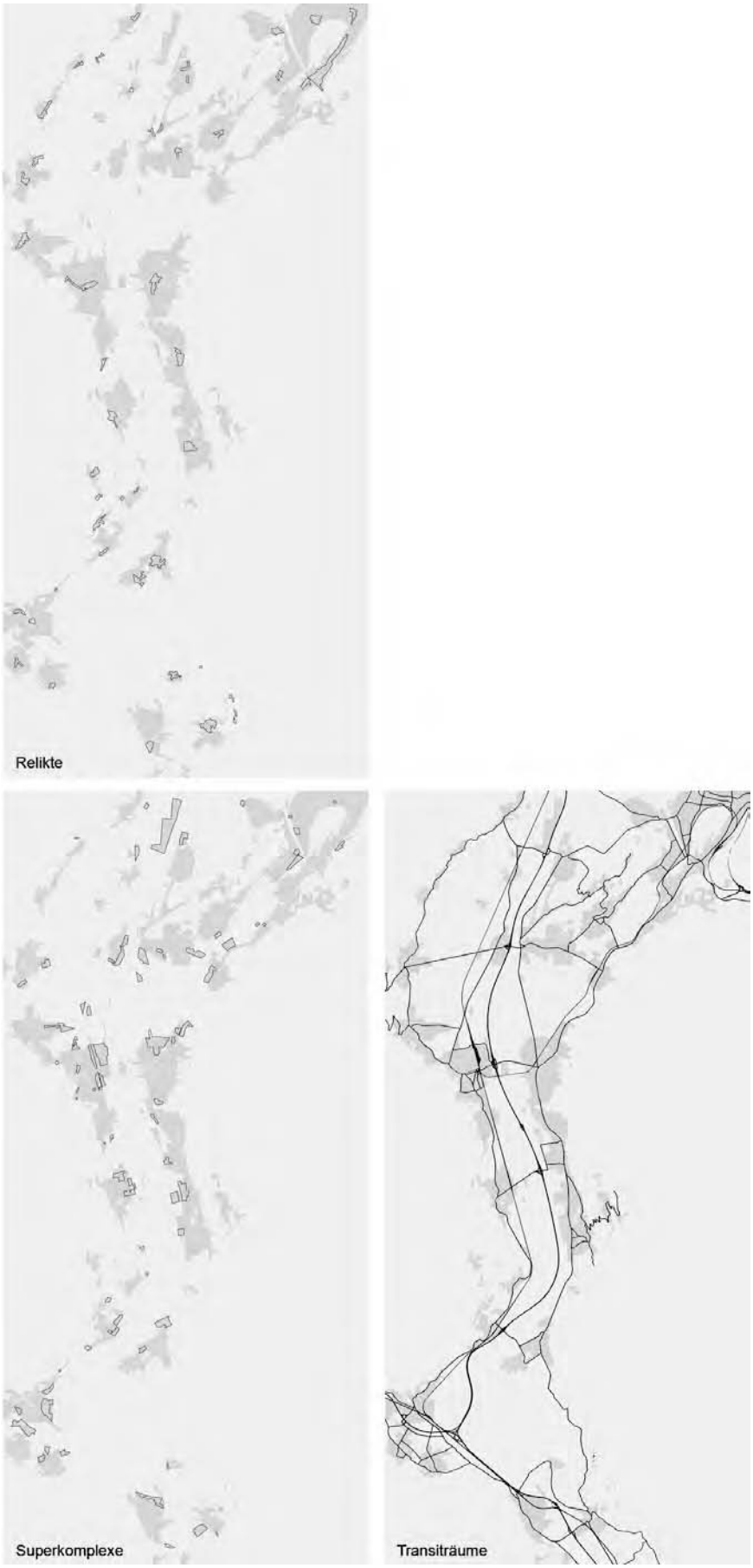


Abb. 171/172: Kategorien des suburbanen Raums in Anwendung auf das Alpenrheintal zwischen Sargans und Feldkirch (Datengrundlage Pixelkarte 1:25'000 BA Landestopografie, Eigene Darstellung).

• Erste Fallstudie Dorfzentrum von Schaan – Verdeutlichung von Grenzen

Das Dorfzentrum von Schaan widerspiegelt eine typische Situation der Strassendörfer im Alpenrheintal. Der Lindenplatz als zentraler Ort Schaans ist gleichzeitig Knotenpunkt der Hauptstrasse von Buchs SG nach Schaan und der Landesstrasse von Vaduz nach Feldkirch. Strassenverbreiterungen und Ausräumungen der Erdgeschosse für Ladenpassagen in den vergangenen 40 Jahren haben das Bild des Lindenplatzes mit seiner Umgebung massgeblich transformiert. Insbesondere von Buchs nach Schaan fahrend, ist die Zentrumsfunktion des Lindenplatzes räumlich nicht wahrnehmbar. Der Übergang von strassenseitigen Einzelbauten, Wohnhäusern und Gewerbebauten zum Dorfzentrum mit Postgebäude, zentraler Bushaltestelle, Restaurants und Gemeindeverwaltung ist nahtlos.



Abb. 173: Übergang vom Dorfrand ins Dorfzentrum von Schaan (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

Lage und Erschliessung

Das Dorfzentrum wird durch die Landesstrasse von Vaduz nach Feldkirch und durch die Querverbindung zur Autobahn A13 und Buchs SG erschlossen. Der lokalräumliche Strassenverkehr führt über diese Hauptverkehrsachsen zum Lindenplatz. Entsprechend führt diese Konzeption zu einem zu Stosszeiten belastenden Verkehrsdruck. Unmittelbar westlich grenzt die Bahnlinie Buchs-Feldkirch das Dorfzentrum von den Randgebieten mit Einfamilienhäusern und Gewerbebauten ab. Aufgrund der infrastrukturellen Vorbedingungen ist das Dorfzentrum sowohl für den Privatverkehr als auch durch den öffentlichen Verkehr gut erschlossen.

Bebauungsstruktur

Die Dorfstruktur von Schaan weist die typische Struktur von Strassendörfern aus, die sich entlang von Verkehrswegen entwickelt haben. Aufgrund der jahrzehntelangen, heterogenen Transformationsprozesse der Siedlungsstruktur sind die Übergänge und Siedlungsgrenzen zunehmend unscharf geworden. Beispielsweise erfuhr das Dorfzentrum im Laufe der Zeit aufgrund der verkehrlichen Bedeutung des Lindenplatzes Verbreiterungen und Anpassungen der Strassenfluchten.

Das Erscheinungsbild des Dorfzentrums mit Lindenplatz wird durch die sich östlich des Lindenplatzes befindende, leicht erhöhte Kirche geprägt. Das übrige Zentrumsbild ist geprägt von strassenständigen Einzelbauten, welche den Strassenraum bilden und einzelne öffentliche Einrichtungen wie Post oder Gemeindeverwaltung beherbergen.

Freiraumstruktur

Die Freiraumstruktur des Dorfzentrums von Schaan wird durch den Lindenplatz als verkehrliche Drehscheibe des Dorfes und durch die Verlängerung des Lindenplatzes hin zur Dorfkirche geprägt. Resträume in der Siedlungsstruktur werden als Parkplätze und Erschliessungswege genutzt. Die Aufenthaltsqualität an den Hauptverkehrsachsen ist gering. Die Bewegungs- und Aufenthaltszonen für Fussgänger sind kaum vom Verkehrsraum getrennt und den Emissionen des Verkehrs ausgesetzt.

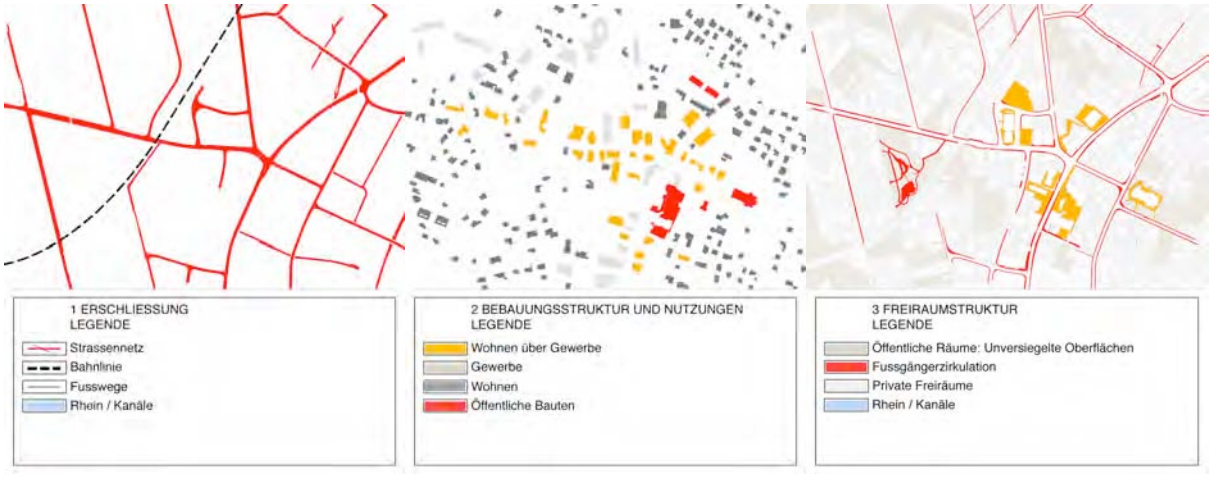


Abb. 174: Erschliessung Zentrum. Abb. 175: Bebauungstruktur Zentrum. Abb. 176: Freiraumstruktur Zentrum.
(Datengrundlage © Tiefbauamt LI 2010, Darstellungen Cisar, Kurath)

Auswertung und Handlungsbedarf

Schaan hat aufgrund einer anhaltenden wirtschaftlichen und politischen Entwicklung neben Vaduz die Funktion eines lokalen Zentrums im Fürstentum Liechtenstein und im Mittleren Alpenrheintal eingenommen. Diese Funktion lässt sich weder städtebaulich noch architektonisch ablesen. Die Übergänge von bebautem zu nicht-bebautem Gebiet sind diffus ausgebildet. Ein klares räumliches Zentrum, das den Lindenplatz mit den daran angegliederten öffentlichen Bauten umfasst, ist stadt- wie landschaftsräumlich nicht ablesbar. Das Verkehrsaufkommen am Lindenplatz verhindert Aneignungen der vorhandenen Bewegungs- und Aufenthaltszonen. Räumliche Qualitäten konnten sich im Laufe der Zeit aufgrund der Transformationsprozesse durch Verkehr, Strassenverbreiterungen, wirtschaftliche Strukturveränderungen und fehlende städtebauliche und räumliche Abklärungen kaum ausbilden.

Um die stadträumlichen Qualitäten zu stärken, soll das Dorfzentrum von Schaan als Begegnungszone aufgewertet und zu einer wahrnehmbaren Ortsmitte entwickelt werden. Die Aufwertung dieses lokalen Zentrums soll durch eine Stärkung und Vernetzung des öffentlichen Raums sowie durch die Verdeutlichung der Übergänge vom Siedlungsrand zum Dorfzentrum angegangen werden.

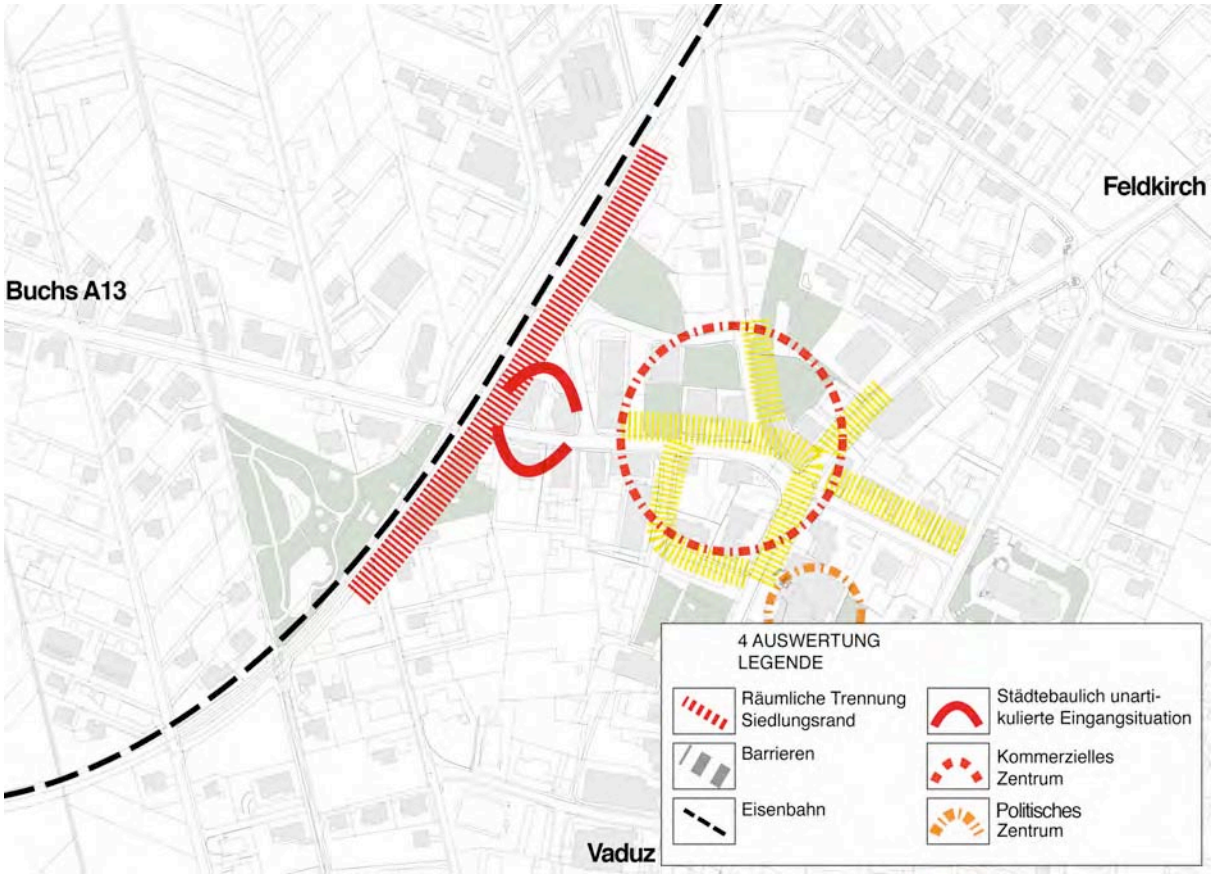


Abb. 177: Handlungsbedarf einer räumlichen Qualifizierung des Dorfzentrums von Schaan nach Verwendung des *Handbuchs zum Stadtrand.* Durch das Betonen der Grenze zwischen Randgebiet und Dorfzentrum entlang der Bahnlinie soll der Anfang des Dorfzentrums mit zentralen öffentlichen Einrichtungen thematisiert werden (Datengrundlage © Tiefbauamt LI 2010, Darstellung Cisar, Kurath).

Stadträumliche Strategie – Verdeutlichung von Grenzen

Als Referenz zur Verdeutlichung von Grenzen kann hier das Beispiel der Weissen Stadt in Berlin von Otto Rudolf Salvisberg, Bruno Ahrends und Wilhelm Büning beigezogen werden. Die Architekten wollten an einer Ausfallstrasse Berlins mittels eindeutig formulierter Grenzen eine in sich geschlossene Einheit und einen Identifikationsort für die Bewohner schaffen.[2035] Diese Absicht wird als stadträumliche Strategie dem Dorfzentrum von Schaan überlagert.





Abb. 178 (links): Weisse Stadt, Berlin, als Referenz zur Verdeutlichung von Grenzen aus: Lampugnani et al. (2007), S. 195.
Abb. 179 (rechts): Dorfzentrum von Schaan als Ort der Intervention (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

[2035] Lampugnani et al. (2007), S. 192.



Abb. 180: Collage des Dorfzentrums von Schaan mit der Weissen Stadt in Berlin. Die überhöhten Gebäudescheiben betonen den Eingang zum Dorfzentrum (Darstellung Cisar, Kurath).

• Zweite Fallstudie Dorfeingang Schaan – Verdeutlichung von Übergängen

Ähnlich wie beim Zentrum von Schaan existiert am Dorfeingang von Schaan keine artikulierte Eingangssituation. Der Übergang von der Kulturlandschaft ins Siedlungsgebiet erfolgt unvermittelt.

Unartikulierte und voneinander unabhängige Einzelelemente säumen die Querverbindung Buchs – A13 – Schaan. Räumliche Zusammenhänge, erkennbare Übergänge von bebaut zu nicht-bebaut fehlen. Die lineare Ausdehnung entlang der Verkehrsachse widerspiegelt die Logik einer verkehrsorientierten Gesellschaft. Eine Wiedererkennbarkeit des Ortes ist nicht gegeben.



Abb. 181: Dorfeingang von Schaan von Buchs her (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

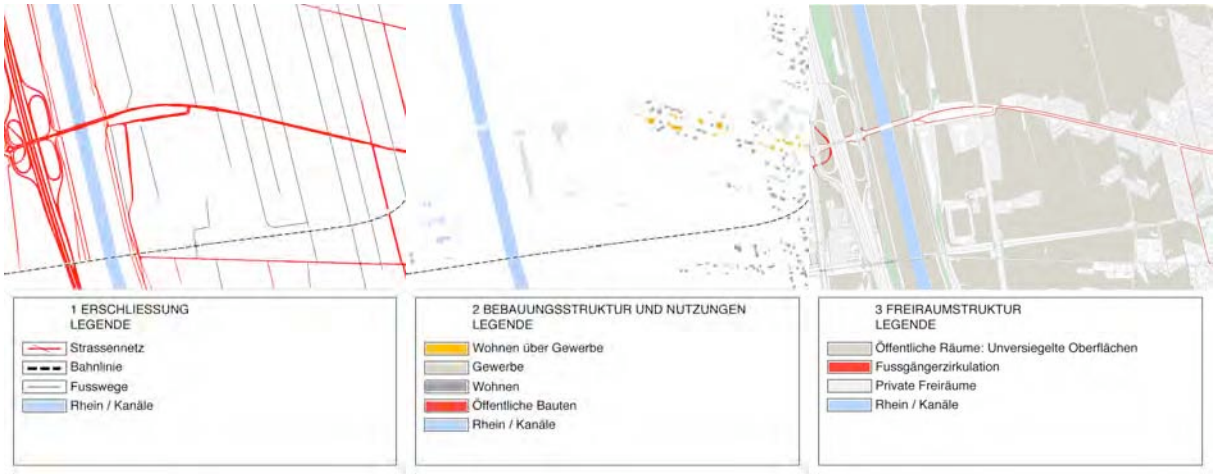


Abb. 182: Erschliessung Eingang. Abb. 183: Bebauungstruktur Eingang. Abb. 184: Freiraumstruktur Eingang. (Datengrundlage © Tiefbauamt LI 2010, Darstellungen Cisar, Kurath)

Auswertung und Handlungsbedarf

Zur Thematisierung des Ortsanfangs soll die Grenze des Siedlungsgebiets architektonisch ausformuliert werden.

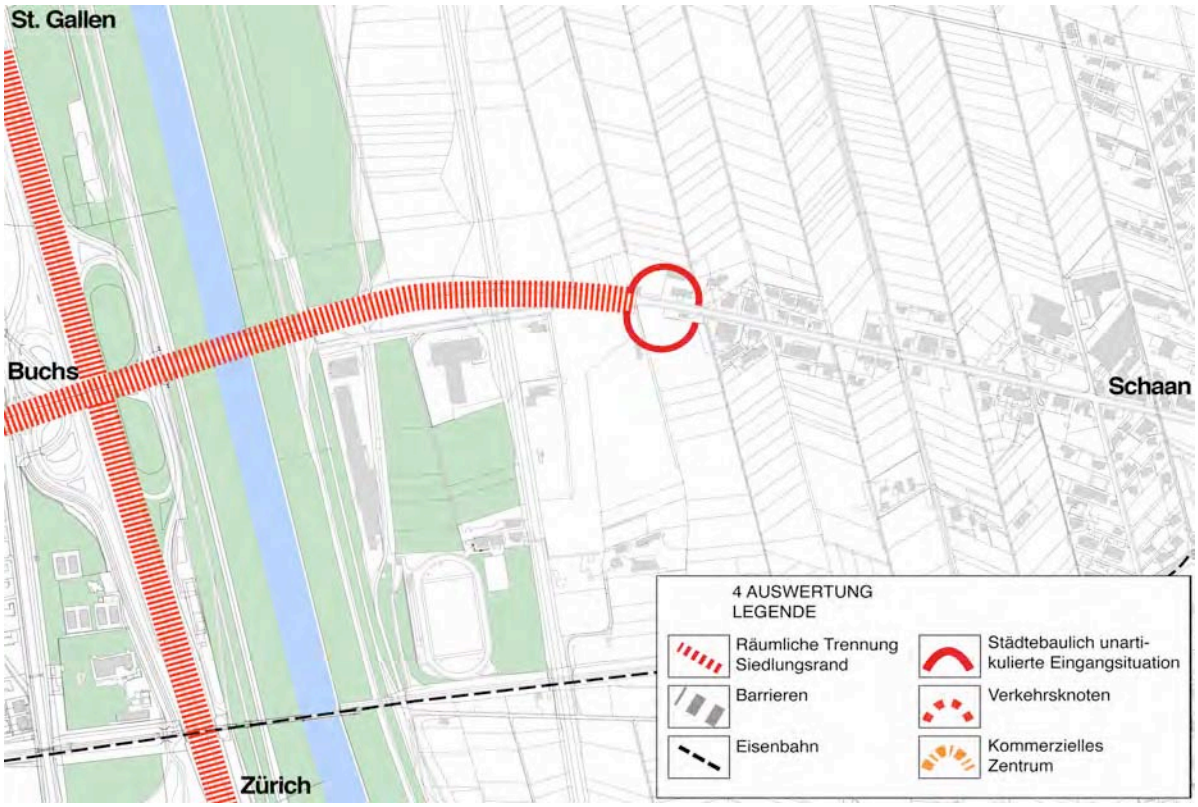


Abb. 185: Handlungsbedarf einer räumlichen Qualifizierung des Dorfeingangs von Schaan nach Verwendung des *Handbuchs zum Stadtrand* (Datengrundlage © Tiefbauamt LI 2010, Darstellung Cisar, Kurath).

Stadträumliche Strategie – Punktuelle Verdeutlichung von Grenzen

Als Referenz zur punktuellen Verdeutlichung des Übergangs am Dorfeingang von Schaan ist in Anlehnung an das *Handbuch zum Stadtrand* der Wolkenbügel von El Lissitzky als Referenz gewählt worden. Lissitzky entwickelte den Wolkenbügel ursprünglich als Wahrzeichen für den politischen Neu-

anfang nach dem gesellschaftlichen Umbruch durch die Oktoberrevolution 1917 in Moskau.[2036] In Schaan soll der Wolkenbügel den Dorfeingang markieren und dem Ort eine Unverwechselbarkeit garantieren.

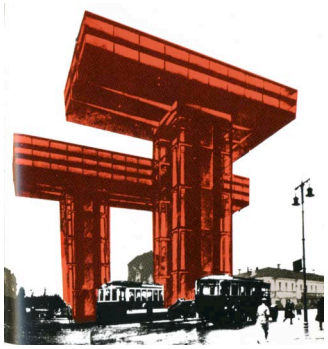




Abb. 186 (links): Wolkenbügel El Lissitzky, aus: Lampugnani et al. (2007), S. 203.

Abb.187 (rechts): Ort der Intervention beim Ortseingang von Schaan (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

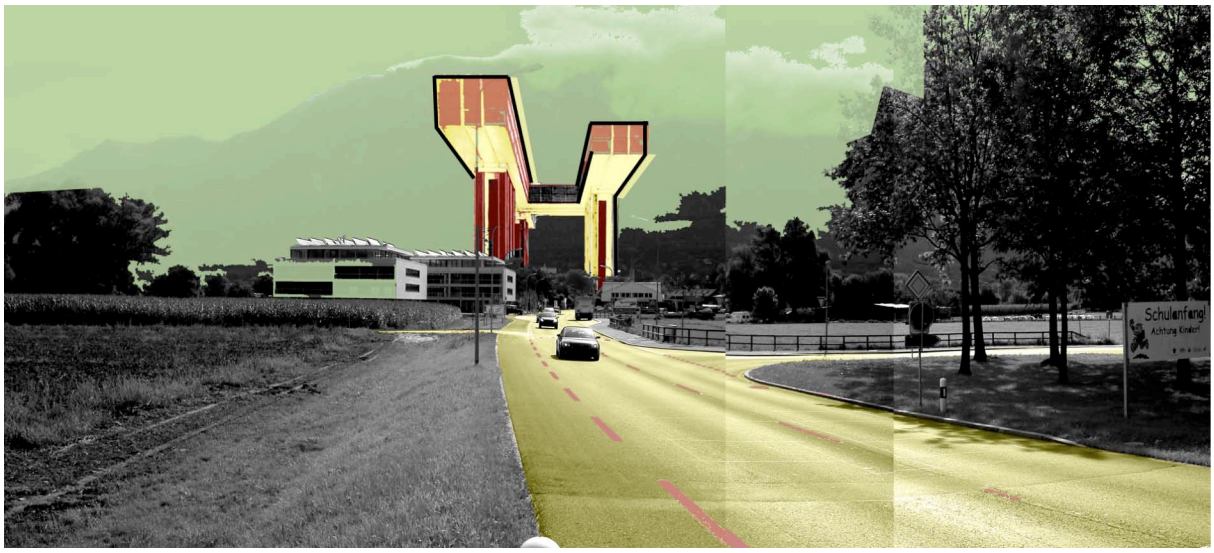


Abb. 188: Collage des Dorfeingangs von Schaan mit dem Wolkenbügel von El Lissitzky (Darstellung Cisar, Kurath).



Abb. 189: Wirksamkeit der architektonischen Massnahme bei weiterem Siedlungswachstum (Darstellung Cisar, Kurath).

[2036] Ebenda, S. 200.

• Dritte Fallstudie Autobahnabfahrt Buchs/Schaan – Schaffung von Identitätsorten

Die Autobahnausfahrt Buchs/Schaan an der A13 zeigt die klassische Situation eines Autobahnanschlusses, der keine Adresse im Alpenrheintal bildet.



Abb. 190: Autobahnausfahrt Buchs/Schaan mit Dorfeingang Buchs im Hintergrund (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

Der Anschluss ist von Rest- und Waldflächen umgeben, die keinerlei Einblick in die umliegenden Stadtlandschaften bieten. Die Orientierung beim Verlassen der Autobahn erfolgt mehrheitlich über Strassenverkehrsschilder.



Abb. 191: Erschliessung Buchs/A13.

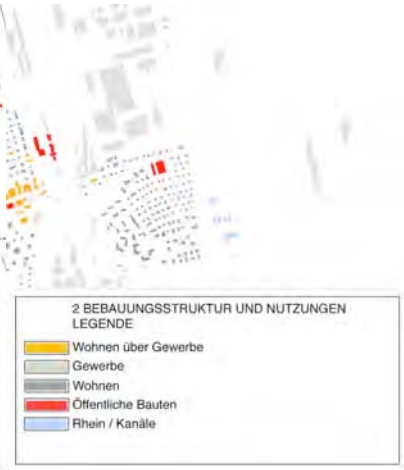


Abb. 192: Bebauungstruktur Buchs/A13.



Abb. 193: Freiraumstruktur Buchs/A13.
(Datengrundlage © Tiefbauamt LI 2010, Darstellungen Cisar, Kurath)

Auswertung und Handlungsbedarf

Die fehlende Übersichtlichkeit und erschwerte Orientierung erfordert eine räumliche Intervention, die zu einer unverkennbaren Adressbildung des Autobahnanschlusses von Buchs an der Transitstrecke A13 führt. Ein entsprechendes Element soll die Orientierung im Raum verbessern und den Autobahn-

anschluss als landschaftsräumlichen Knotenpunkt thematisieren. Dadurch wird der neuralgische Punkt im Alpenrheintal von der Autobahn sowie den umliegenden Zufahrtsstrassen und Dörfern als Anhaltspunkt ersichtlich.

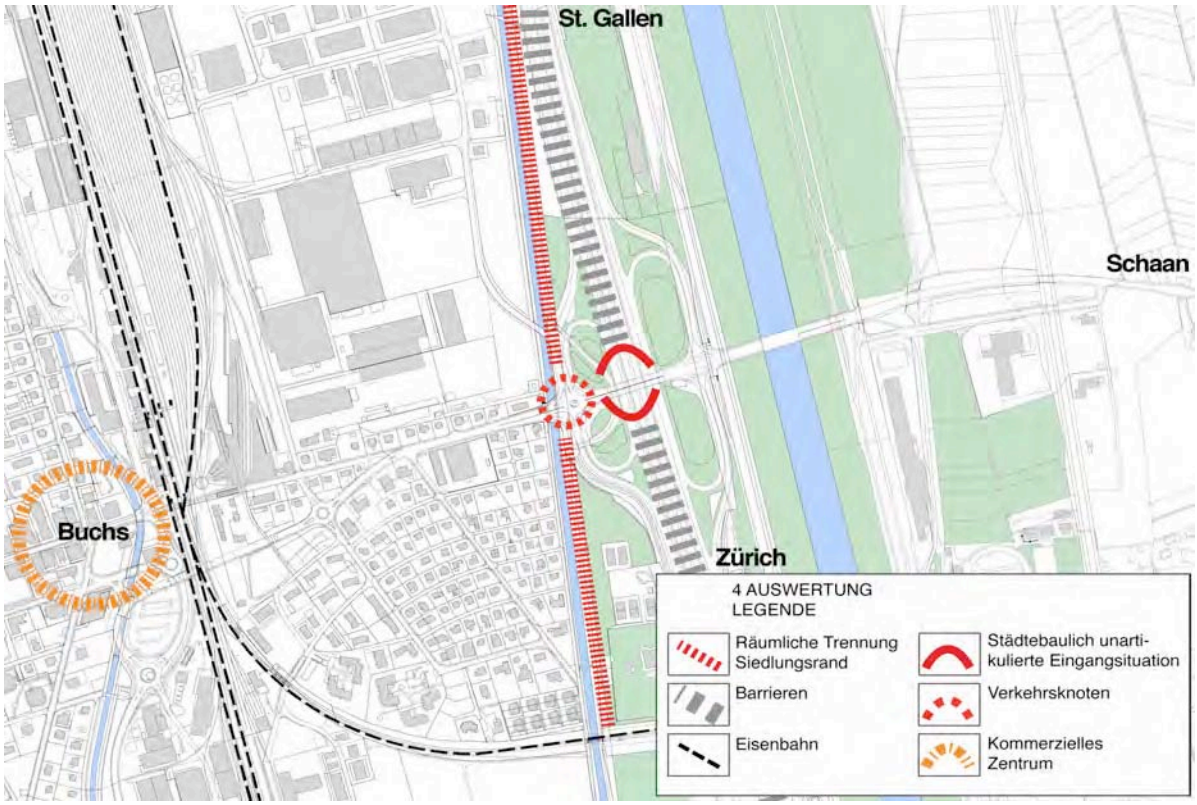


Abb. 194: Handlungsbedarf einer räumlichen Qualifizierung der Autobahnausfahrt von Buchs SG nach Verwendung des Handbuchs zum Stadtrand (Datengrundlage © Tiefbauamt LI 2010, Darstellung Cisar, Kurath).

Stadträumliche Strategie – Schaffung von Identifikationsorten

Als Referenz zur Schaffung von Identifikationsorten wurde das Beispiel der Torres de Satélite in Mexico-Stadt beigezogen und auf die Situation bei Buchs übertragen. „Als prägnanter Orientierungspunkt im suburbanen Raum exemplifizieren die Torres de Satélite, wie innerhalb heterogener Räume wichtige städtische Schnittstellen punktuell betont und identifizierbare Orte geschaffen werden können.“[2037]





Abb. 195 (links): Torres de Satélite, Mexico-Stadt, aus: Lampugnani et al. (2007), S. 184 / © Barragan Foundation, Switzerland / ProLitteris, Zürich, Switzerland

Abb. 196 (rechts): Ort der Intervention bei der Autobahnausfahrt Buchs/Schaan an der A13 (Fotografie Stefan Kurath, 2008).

[2037] Ebenda, S. 182.



Abb. 197: Collage der Autobahnausfahrt bei Buchs SG mit den Torres de Satélite (Darstellung Cisar, Kurath).

8.3.4 Beurteilung *Handbuch zum Stadtrand*

8.3.4.1 Qualifizierung der Stadtlandschaft

• Qualifizierung als Stadtregion

In Anne Brandls einleitendem Aufsatz zum *Handbuch* wurde die Notwendigkeit eines grossmassstäblichen Planungsperimeters angesprochen.[2038] Unterschiedliche, prägnante und unverwechselbare Elemente innerhalb dieses Perimeters sollen es dem Menschen ermöglichen, ein inneres Vorstellungsbild der eigenen Wohnumgebung zu stärken.[2039] Das Original und die Übersetzung des Planungsansatzes auf das Mittlere Alpenrheintal zeigt auf, dass sich das *Handbuch* in seiner Absicht der räumlichen Qualifizierung auf punktuelle Massnahmen beschränkt. Die Massnahmen und Eingriffe verbleiben in ihrer Massstäblichkeit immer objekthaft und ohne regionalen Bezug.

Zusätzlich werden bei diesem Planungsansatz die soziotechnischen Dimensionen der Raumproduktion bewusst ausgeblendet.[2040] Die Qualifizierung des Raums begrenzt sich dadurch auf die Gestaltung lokaler Örtlichkeiten.

Eine Qualifizierung der Lebens- und Arbeitswelt, eine räumliche Diversifizierung oder das Schaffen von Kompensationsräumen erfolgt nur auf einer lokalen Ebene und in Abhängigkeit zu den jeweiligen Einzelmassnahmen. Entsprechend leistet der Planungsansatz keinen Beitrag zu einer intensiveren Verflechtung der regionalen Programme oder einen Mehrwert durch Nut-

[2038] Lampugnani et al. (2007), S. 42.
[2039] Ebenda, S. 39.
[2040] Ebenda, S. 14.

zungsüberlagerungen. Obwohl die Realisierungschancen eines grossmassstäblichen planerischen Eingriffs im *Handbuch* richtigerweise angezweifelt werden,[2041] fehlt dem Planungsansatz eine regionale Planungsebene, welche die neuralgischen Punkte der Region festlegt und aufeinander abstimmt. Der Planungsansatz läuft dadurch Gefahr, dass sich die unkoordiniert qualifizierenden Eingriffe in der Beliebigkeit ihrer Anwendungen erschöpfen, ohne eine ganzheitliche räumliche Qualifizierung der Stadtregion zu bewirken. Dass qualifizierende Eingriffe auch Anreize für eine Steigerung der ökonomischen Potenz der Stadtregion schaffen können, bleibt bei diesem Ansatz ohne Beachtung.

Kriterien: Qualifizierung der Lebens- und Arbeitswelt / Verbesserung der Erreichbarkeit / räumliche Diversifizierung / Mehrwert durch Nutzungsüberlagerungen / Steigerung der ökonomischen Potenz der Zwischenstadt / ganzheitliche Ausrichtung

• Qualifizierung des Raums

Die zuvor erwähnte rein räumliche Ausrichtung der Strategie ermöglicht gemäss Verfasser den Fokus auf die Qualifizierung des Raums.[2042] Die durch den Planungsansatz selber formulierten Ziele der Qualifizierung durch die Schaffung von Identifikationsorten, Verdeutlichung von Grenzen können erreicht werden. Fraglich ist, inwiefern – immer aus einer städtebaulichen Sichtweise – mit lokalen Einzelmassnahmen oder auch Ensembles räumliche Kohärenz geschaffen oder der öffentliche Raum gestärkt werden kann, wenn sich die „Peripherie“ bereits durch Weitläufigkeit, fehlende Dichte und bereits bestehende Heterogenität auszeichnet.

Kriterien: Schaffung von Identifikationsorten / Verdeutlichung von Grenzen / Schaffung von Kohärenz / Stärkung des öffentlichen Raums

• Qualifizierung der Symbolwelt der lokalen Kultur / Baukultur

Der Bezug des städtebaulichen Ansatzes zu Referenzbeispielen der Geschichte beweist das Bewusstsein für eine architektonische, landschaftsarchitektonische und städtebauliche Baukultur sowie das Bewusstsein, dass über gestalterische Eingriffe die Symbolwelt der Kultur in der „Peripherie“ eine Stärkung erfahren muss.[2043] Das *Handbuch zum Stadtrand* beschäftigt sich allerdings nicht mit tatsächlich lokal vorgefundenen Architekturen und Elementen und

[2041] Ebenda, S. 51.
[2042] Ebenda, S. 63.
[2043] Ebenda, S. 41.

damit nicht mit der Eigenart der zu qualifizierenden heutigen Stadtlandschaften. Das *Handbuch* zieht es vor, universale Ikonen der Geschichte beizuziehen, ohne deren gesellschaftliche Produktionsbedingungen zu berücksichtigen. Die Schwäche des gewählten Ansatzes besteht darin, dass in einer unreflektierten und direkten Verwendung der Referenzen Architekturen und Elemente in die Siedlungswirklichkeit übersetzt werden, die nichts mit der jeweiligen lokalspezifischen Kultur des Eingriffsortes zu tun haben.

• Qualifizierung naturnaher Räume

Lampugnani fordert die Besinnung des Städtebaus auf seine ursprüngliche Bestimmung: eine menschengerechte, funktionelle, nachhaltige sowie ästhetisch und kulturell anspruchsvolle Umwelt zu gestalten.[2044] Die Nachhaltigkeit impliziert zwar den haushälterischen Umgang mit Grund und Boden und die Vernetzung der Freiflächen. Der Fokus auf die ursprünglichen Bestimmungen des Städtebaus aber greift in Bezug auf die heutigen Stadtlandschaften zu kurz. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Verwebung von Stadt und Landschaft, der Koexistenz von menschlichen und naturnahen Lebenswelten müssen die Bestimmungen des Städtebaus um zwischenstädtische, hybride Anliegen, die nicht mehr nur den Mensch betreffen, erweitert werden.[2045] In den im *Handbuch* verfolgten Strategien lassen sich keine Anzeichen der Vernetzung von Freiflächen und der ökologischen Aktivierung besiedelter Flächen ausfindig machen. Die fehlende regionale Massstabsebene kann zudem dazu führen, dass eine Willkür in der Platzierung der Gestaltungsmassnahmen den heutigen Trend der Zerstückelung und Vereinzelung der Stadtlandschaften geradezu verstärkt.

Kriterien: Haushälterischer Umgang mit Grund und Boden / zusammenhängende Freiflächen schaffen / ökologische Aktivierung besiedelter Flächen

• Qualifizierung der gesellschaftlichen und räumlichen Eigenarten und der Unterschiede des Alpenrheintals

Das *Handbuch zum Stadtrand* blendet zur Reduktion der Komplexität im Umgang mit Stadtlandschaften die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Raumproduktion explizit aus und konzentriert sich auf die rein räumlichen Anliegen der Planer.[2046] Dieser Entscheid zeigt, dass der Planungsansatz die Relationalität des Raums zu seinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verkennt. Entsprechend knüpfen die Planungsstrategien an vorhandene

[2044] Ebenda, S. 62; Ebenda, S. 16-18.
[2045] Koch et al. (2005), S. 158.
[2046] Lampugnani et al. (2007), S. 14.

gesellschaftliche Potenziale nicht nur nicht an, sondern provozieren gleichzeitig Konflikte, da gesellschaftliche Momente wie Eigentum, geltendes Recht oder bestehende gesellschaftliche Allianzen bei planerischen Eingriffen negiert werden. Dies zeigt sich insbesondere bei den jeweiligen Fallbeispielen, bei denen weder Verfügbarkeit von Land noch bestehende Grenzverläufe oder Bedürfnisse der Anwohner diskutiert worden sind.

Hingegen zeigt das *Handbuch* in seiner Auseinandersetzung mit Kategorien des suburbanen Raums ein Bewusstsein für die typologischen Eigenarten der suburbanen Räume. Die im Rahmen des *Handbuchs* entwickelten Kategorien lassen sich auch im Alpenrheintal finden. Da die Strategien jedoch nur lokale, punktuelle und in Bezug auf einen regionalen Massstab nur kleinmassstäbliche Eingriffe fokussieren, bleibt ein Grossteil der in Stadtlandschaften vorhandenen räumlichen Potenziale wie Landschaftsstrukturen, räumliche Vernetzung oder Infrastrukturbauten ungenutzt.

Kriterien: Einbezug vorhandener lokal-räumlicher Potenziale / Einbezug vorhandener gesellschaftlicher Potenziale

8.3.4.2 Rückübersetzbarkeit der Planwelten und Planungsstrategien

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung

Das *Handbuch zum Stadtrand* bezieht regionalplanerische Interessen nicht in seine Aufgabenstellung ein. Die Aufgabenstellungen beziehen sich einzig auf lokal-räumliche Defizite.

Der Planungsansatz setzt voraus, dass sich die für die Rückübersetzung der Planwelten relevanten Akteure und Aktanten aufgrund der scheinbaren Offensichtlichkeit der Problemstellung, der Logik der Argumentation der Planer und der Überzeugungskraft der geschichtlichen Referenzen in ihre vorbestimmten Rollen einbinden lassen. Dass sich Akteure nur aufgrund architektonischer Wertmassstäbe nicht zwingend in ihre vorgesehenen Rollen und Aufgaben einbinden lassen, wird nicht in Betracht gezogen. Da planerische Inhalte von den Architekten nicht verhandelt, sondern vorausgesetzt werden, stehen diese anderen Interessen kontrovers gegenüber.

Die Verfasser des *Handbuchs* gehen davon aus, dass sich die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse von den Ziel- und Wertvorstellungen der Architekten überlagern lassen und sie sich entsprechend den normativen Vorstellungen der Architekten unterzuordnen haben. Die

Erkenntnisse aus dem empirischen Teil der vorliegenden Forschungsarbeit sprechen gegen den Erfolg einer solchen Positionierung der Planer ausserhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Das Negieren von Parzellengrenzen, Eigentum, bestehenden Gesetzen wie auch fehlender Verhandlungsbereitschaft der Planer schwächt die Rückübersetzbarkeit der Planungsintentionen. Eine Rückübersetzung lässt sich mit Argumenten auf einer rein räumlichen Ebene nicht erzwingen.

Kriterien: Klarheit der Aufgabenstellung, Bewusstsein gesellschaftlicher Verwebung planerischer Intentionen / Rolle der Planer und Architekten im Planungs- und Rückübersetzungsprozess

• Partnergewinnung

Auf einer lokal-räumlichen Ebene können die ausdrucksstarken und gut verständlichen Collagen zur Partnergewinnung beitragen. Die Einfachheit und Klarheit der Collagen lässt jedoch kaum Raum für Interpretationen. Die Verwendung konnotierter Referenzbilder kann im Rahmen gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse auf Missverständnisse, Gegnerschaften und damit Verhandlungsverweigerungen führen. Inhaltliche Konflikte und damit fehlende gesellschaftliche Entsprechungen sind vorprogrammiert.

Zusätzlich zu den Plan- und Bildwelten betreiben die Architekten kaum einen Aufwand zur Partnergewinnung. Die Verfasser des *Handbuchs* gehen davon aus, dass die Bild- und Planwelten die normativen Vorstellungen der Planer transportieren und sich die für die Allianzen notwendigen Akteure und Aktanten diesen ergeben. Die Erkenntnisse aus dem empirischen Teil der vorliegenden Forschungsarbeit zeigen jedoch auf, dass Planwelten allein keine Rückübersetzung von Planungsintentionen garantieren. Planwelten wirken nicht wie angenommen als Transporteure von Inhalten, sondern vielmehr als Mittler, die bei betroffenen Akteuren und Aktanten aufgrund ihrer je eigenen Handlungstheorien auch von den Planern nicht intendierte Handlungen auslösen können. Die Inhalte der Planerforderungen können dadurch bis zur Unkenntlichkeit transformiert werden, insbesondere dann, wenn die Planer und Architekten sich der möglichen gesellschaftlichen Verwebungen von Planungszielen nicht bewusst sind oder diese nicht wahrhaben wollen.

Kriterien: Ausdrucksstärke der Planwelten, Mehrfachlesbarkeit des städtebaulichen / architektonischen Konzepts, Möglichkeit der Partizipation, Aufwand zur Partnergewinnung

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung
Der Planungsansatz, dargestellt im *Handbuch zum Stadtrand,* weist wenig Verhandlungsspielraum auf. Die räumlichen und bildlichen Determinierungen lassen kaum Raum für anderweitige Interessen. Entsprechend ist kaum Platz für eine aktive Mitbestimmung und Aushandlung der planerischen Inhalte und der eigenen Rolle durch die einzelnen betroffenen Akteure und Aktanten. Der Ansatz des *Handbuchs* verkennt die Notwendigkeit proaktiver Allianzbildungen, entwerferischer Agilität oder Diplomatie zur Verbesserung der Realisierungschancen der eigenen Ziele im Rahmen von Aushandlungsprozessen. Der elitäre Planungsansatz des *Handbuchs* provoziert dadurch Verweigerungen zugewiesener Rollen, Verhandlungsabbrüche und damit das Scheitern der für die Rückübersetzung von Planungsintentionen notwendigen Aktor-Netzwerk-Bildungen.
Kriterien: Diplomatie der Architekten und Planer / Verhandlungsspielräume innerhalb des städtebaulichen/architektonischen Konzepts / Erweiterbarkeit/Integration neuer Akteure

• Bewährungsprobe / Verhandlungsabbruch
Die Planungsansatz setzt voraus, dass sich die Akteure und Aktanten stillschweigend als notwendige Allianzpartner in die Planwelten der Architekten und Planer einbinden lassen. Die Fähigkeit des Planungsansatzes, ausserhalb des Planungsansatzes stehende, gesellschaftliche Interessen zu integrieren, erweist sich aufgrund fehlender Verhandlungsbereitschaft und disziplinärer Abgrenzung als gering. Auf den Fall, dass sich einzelne Akteure und Aktanten den vorgesehenen Rollen verweigern, ist das *Handbuch* nicht vorbereitet. Die Anfälligkeit des Planungsansatzes für Verhandlungsabbrüche ist aufgrund der fehlenden Verknüpfungsfähigkeit und -bereitschaft latent gross.
Kriterium: Anfälligkeit des städtebaulichen Ansatzes für Verhandlungsabbruch

8.3.4.3 Robustheit der Planungsstrategie

• Robustheit der Planungsstrategie in Bezug auf stadtlandschaftliche Transformationen
Die qualifizierende Wirkung der Planungsstrategie erfolgt situativ und beschränkt sich auf die Gestalt einzelner Objekte im Raum. Im Falle eines Wachstums der Siedlungsfläche wird die

Qualifizierungswirkung punktueller Eingriffe infrage gestellt. Einerseits gehen die einzelnen Eingriffe in der Masse unter, andererseits hat eine Vervielfachung der Eingriffe eine Beliebigkeit zur Folge, welche die Heterogenität und Fragmentierung der Stadtlandschaften zusätzlich steigert. Bei einer Schrumpfung der Siedlungsfläche hingegen können bewusst gesetzte städtebauliche, landschaftsarchitektonische und architektonische Massnahmen im Sinne von Orientierungspunkten durchaus situative Qualifizierungen bewirken.
Kriterien: Qualifizierende Wirkung der Massnahmen in Bezug auf ein Siedlungswachstum / qualifizierende Wirkung der Massnahmen in Bezug auf eine Siedlungsschrumpfung

8.3.5 Fazit

Eine Stärke des *Handbuchs zum Stadtrand* ist der Ansatz der Einzeleingriffe und der Fokus auf das Situative. Dadurch können punktuelle Eingriffe lokale, räumliche Qualifizierungen bewirken und könnten auf die Eigenart der jeweiligen Situation eingehen. Die Kleinmassstäblichkeit verbessert die Realisierungschancen der Planungsintentionen, da die Allianzbildungen und Aushandlungsprozesse mit den für die Rückübersetzung notwendigen relevanten Akteuren und Aktanten überschaubar bleiben.

Regionalplanerisch und städtebaulich weist der Planungsansatz aufgrund einer fehlenden regionalen Betrachtungsebene Defizite auf. Die auf einem übergeordneten Massstab nicht koordinierten planerischen Eingriffe wirken beliebig. Eine Konzentration der Eingriffe auf ausgewählte Standorte von regionalplanerischer und städtebaulicher Relevanz würde die Bedeutung der lokale Eingriffe stärken sowie eine Verbesserung der Orientierung und Widererkennbarkeit bewirken.

Eine weitere Schwäche des *Handbuchs* besteht darin, dass aus geschichtsträchtigen Referenzbildern – sogenannt erfolgreichen Beispielen aus der noch jungen Geschichte städtebaulicher Qualifizierungen in Stadtrandgebieten – universale Lösungsansätze zur Behebung stadträumlicher Defizite oder Strategien zur Qualifizierung von Stadträumen abgeleitet werden. Geht man davon aus, dass die ausgewählten Referenzen ebenfalls im Kontext einer spezifischen, lokalen städtebaulichen Praxis entstanden sind, sind einer direkten Übertragbarkeit enge Grenzen gesetzt. Die lokalen gesellschaftlichen Voraussetzungen des geplanten städtebaulichen Eingriffs werden kaum den historischen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechen, welche die Referenzen hervorgebracht haben. Kontroversen sind insbesondere dann vorprogrammiert, wenn am prolongierten Bild der städtebaulichen Ikonen auch in der Rückübersetzungsphase festgehalten wird.

Bleiben die gesellschaftlichen Relationen bei der Entwicklung stadträumlicher Strategien ausgeblendet, sind grundsätzliche Konflikte mit soziotechnischen Rahmenbedingungen wie Grundbesitz, Eigentum, bestehenden Allianzen oder Gesetzgebungen vorprogrammiert. Wie am Beispiel der Fallstudie Dorfzentrum von Schaan aufgezeigt werden kann, sind die aus dem *Handbuch* hervorgehenden Anleitungen zwar schlüssig und führen zu räumlich ansprechenden städtebaulichen Lösungen. Betrachtet

man jedoch die vordergründigen Rahmenbedingungen in Schaan, wie Bahn- respektive Strassenverlauf, Bestand oder Nachbarschaften, zeichnen sich zahlreiche Kontroversen ab, die sich kaum lösen lassen. Ein solcher Ansatz negiert die empirische Erkenntnis, dass Städtebau Gesellschaft und Gesellschaft immer auch Städtebau ist.[2047] „Das Ignorieren der Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichem Kontext und städtebaulichen Vorgehensweisen führt dazu, dass Misskonzeptionen übersehen und Potentiale nicht ausgeschöpft werden.“[2048]

Die grösste Krux der im *Handbuch* vorgeschlagenen Vorgehensweise stellt ein fehlendes Bewusstsein für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, entsprechend eine fehlende Aushandlungsbereitschaft und damit einhergehend das Beharren auf städtebaulichen Idealen dar. Die Absicht, der Siedlungswirklichkeit aus der Sicht der Planer und Architekten ideale Lösungsansätze zu überlagern, führt im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess zu Kontroversen mit weiteren Akteuren und Aktanten, die nicht gewillt sind, sich in ihre vorgegebene Rolle einzufügen oder planerischen Forderungen zu entsprechen. Solange die Planer und Architekten solche fehlenden gesellschaftlichen Entsprechungen bezüglich der eigenen normativen Vorstellungen als Angriff auf die Disziplin der Architektur und Stadtplanung sowie die Integrität des Planers verstehen, werden sich die Realisierungschancen der architektonischen und städtebaulichen Interessen aufgrund sich verschärfender, unüberwindbarer Kontroversen kaum verbessern. Das Scheitern dieser Haltung, die in den Grundzügen dem modernen Planungsmodell des Gott-Vater-Modells der Planung entspricht, ist bereits mehrfach analysiert und thematisiert worden.[2049] In ihrer Selbstüberzeugung eines von den gesellschaftlichen Relationen losgelösten Architekturschaffens reiben sich die Architekten in einem „Krieg der Welten“ auf, ohne eine Qualifizierung der Stadtlandschaften zu erwirken.[2050]

Das *Handbuch zum Stadtrand* steht dementsprechend für eine Haltung, die nur in der schöneren Stadt auch die bessere Stadt erkennt. Damit reduziert sich der Beitrag der Architektur für die Ortsentwicklung auf formal architektonische Aspekte. Sollte trotz aller erwarteten Schwierigkeiten die erfolgreiche Rückübersetzung der Planungsintentionen in die Siedlungswirklichkeit gelingen, vertraut der Planungsansatz auf die Strahlkraft von Umsetzungen, die den Spielregeln formal architektonischer Aspekte folgen. Das *Handbuch zum Stadtrand* verpasst es jedoch, Mechanismen in seinen Planungsansatz zu integrieren, die aus einer schöneren Stadt auch eine prosperierende Stadt machen.[2051]

[2047] Eisinger (2004), S. 280.
[2048] Ebenda, S. 210.
[2049] Siebel (1989), S. 91; Eisinger (2004); (2006); Koolhaas (1995), S. 958.
[2050] Vgl. Latour (2004).
[2051] Vgl. Eisinger, Kurath (2008), S. 172.

8.4 „Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie“

8.4.1 Motivation und Ziel – Bauen als gesellschaftsbezogener Akt

Gion A. Caminada, Professor für Architektur und Entwurf an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETHZ) und als Architekt tätig in Vrin – einem abgelegenen Bergdorf im Kanton Graubünden –, beschäftigt sich intensiv mit der Peripherie alpiner Lagen und der Stärkung abgelegener Lebensräume. „Als Dorfplaner formulierte er (Caminada; Anm. Kurath) – ausgehend von sozioökonomischer Grundlagenforschung und in Zusammenarbeit mit Gemeindevertretern – die Voraussetzungen für das Bauen innerhalb des Dorfkerns, das er (…) als gesellschaftsbezogenen Akt versteht.“[2052]

Caminadas Arbeit im Kontext dieser Forschungsarbeit als Planungsansatz für Stadtlandschaften zu behandeln mag überraschen. Die Bergtäler Graubündens haben auf den ersten Blick wenig mit den urbanen Landschaften der Agglomerationen und Metropolitanregionen gemein, wie jenen, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersucht worden sind. Die Arbeit Caminadas ist vielmehr eingebettet in eine rural geprägte Umgebung, deren Bewohner ihren Lebensunterhalt mehrheitlich über die Land-, Forst- oder Holzwirtschaft und die Tourismusbranche erwirtschaften.

Stellt man Caminadas Handeln als Architekt in Vrin in seinen gesellschaftlichen Kontext, lassen sich jedoch Themen insbesondere im Zusammenhang mit der Rolle des Architekten innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse finden, welche die Planungsdiskussion rund um die Qualifizierung von Stadtlandschaften befruchten können.

Caminada setzt in seiner Arbeit nicht auf eine Architektur, die sich auf sich selbst bezieht, sondern auf die katalytische Wirkung der Architektur in Bezug auf die Ortsentwicklung.[2053] Diese entfaltet sich, „weil Caminadas Wirken von allem Anfang an stabile Allianzen mit unterschiedlichsten Interessen aufbaute. (…) Weil es diese stabilen Netze gibt, kann die Architektur eine wichtige gesellschaftliche Funktion einnehmen und zu einem Motor der Gemeindeentwicklung werden. (…) Die Gründe für diese Impulse sind nicht in den formalen Qualitäten der Architektur zu suchen, sondern im konkreten Fall darin, dass die neue Metzgerei (als ein Beispiel aus Caminadas Arbeit in Bezug auf Vrin; Anm. Kurath), in der Sprache der Ökonomie ausgedrückt, Wertschöpfungsketten verlängerte, also: einmal handwerkliche Kompetenzen vor Ort in das Projekt einband, diese weiterentwickeln liess und ausserdem weitere Beschäftigungsmöglichkeiten schuf.“[2054]

In dieses Netzwerk zusätzlich architektonische Interessen einzuknüpfen gründet in Caminadas disziplinärer Eigenverantwortung und seinen eigenen Interessen als Architekt. Caminada hat aufgrund seiner Praxistätigkeit das Bewusstsein entwickelt, dass im Rahmen von Allianzbildungen die eigenen Interessen bezüglich des Ästhetischen mit Interessen des Ökonomischen und Sozialen zusammenrücken müssen. „Die bauliche Veränderung der Gemeinde (Vrin; Anm. Kurath) beweist, dass dieser Initiative und dem Willen zur Selbsthilfe auch architektonisch über ein Bewusstsein für Qualität und

[2052] Hollenstein (2005).
[2053] Vgl. Gion. A. Caminada im Gespräch mit Bettina Schlorhaufer, in: Schlorhaufer (2005), S. 169.
[2054] Eisinger, Kurath (2008), S. 170.

regionale Verbundenheit angemessener Ausdruck verliehen werden kann."[2055] Caminada kritisiert denn auch das Architekturschaffen, das sich nur auf sich selber bezieht, anstatt Probleme anzupacken. „Wenn du als Architekt nur Ästhetik vorantreibst, dann sehen die Menschen doch keinen Nutzen in deiner Tätigkeit. (…) Trotz dieses ganzheitlichen Ansatzes befürchte ich (Gion Caminada; Anm. Kurath) im Gegensatz zu vielen Kollegen nicht, dass Architektur ihren Anspruch auf Autonomie und als künstlerische Disziplin verliert, denn auch der ist wichtig."[2056] Diese Haltung trägt wesentlich dazu bei, dass architektonische Qualität und deren handwerkliche Ausformulierung nebst der Verlängerung von Wertschöpfungsketten gleichzeitig eine vorhandene traditionsreiche Baukultur stärken, die sich nicht in Widerholungen des Vergangenen erschöpft, sondern sich immer wieder neu erfindet.

Die gesamtheitliche Weiterentwicklung und Qualifizierung der Dorflandschaft Vrin hat aufgrund einer proaktiven Verknüpfung von Handlungsketten durch den Architekten eine nachhaltig gesellschaftlich-kulturelle Stärkung des Vorhandenen zur Folge, die sich stabil aufgestellt bereit für neue Herausforderungen zeigt. In einem Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) fasste Peter Hollenstein unter dem Titel „Rural Urbanism" die mögliche Bedeutung Caminadas Arbeit in Bezug auf die Stadtlandschaften zusammen: „Es wäre deshalb wünschbar, dass seine (Caminadas; Anm. Kurath) aus der Analyse des Ortes hergeleitete Architektur nicht nur in Bergdörfern, die durch architektonischen Wildwuchs bedroht sind, sondern auch im städtischen Raum vermehrt als vorbildlich anerkannt würde."[2057]

8.4.2 Vorgehen und Mittel – Verhandlung und Entwurf

Caminadas Arbeit zeichnet sich durch eine massgeschneiderte Herangehensweise aus, welche die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse berücksichtigt. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit Caminadas ist in diesem Sinne der Einbezug der Betroffenen und der Bevölkerung in die Planungsprozesse.[2058] Beispielsweise hat das Projekt der Metzgerei in Vrin nicht mit einem Planungsauftrag, sondern mit grundsätzlichen Überlegungen begonnen, wie die Gemeinde Vrin die anhaltende Abwanderungsbewegung der Bewohner aufhalten kann, um langfristig als Dorfgemeinschaft zu überleben. Im Laufe der Diskussion zwischen Bauern, Vertretern der Gemeinde und Architekt hat sich herausgestellt, dass eine eigene Dorfmetzgerei neue Arbeitsplätze schaffen würde und die Wertschöpfungskette der landwirtschaftlichen Fleischproduktion im Tal verlängern könnte. Erst gegen Ende dieses vorgezogenen Aushandlungsprozesses hat ein architektonischer Entwurf Caminadas die Inhalte und Interessen in qualitativ hochstehender Weise in Architektur übersetzt.[2059] Ebenfalls einen jahrelangen Auseinandersetzungsprozess initiierte Caminada im Zusammenhang mit dem Neubau einer Totenstube für Vrin, die er in Bezug auf politische, soziale und entwerferische Prozesse selber als einen Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.[2060] So habe er im Zusammenhang mit der Totenstube jahrelang nichts gezeichnet.[2061] Die architektonische Ausformulierung stand am Ende der Handlungsketten, nachdem sich die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse bezüglich der gesellschaftlichen Bedeutung der Totenstube

[2055] Ebenda, S. 163.
[2056] Gion Caminada im Gespräch mit Bettina Schlorhaufer, in: Schlorhaufer (2005), S. 170.
[2057] Hollenstein (2005).
[2058] Gion Caminada im Gespräch mit Bettina Schlorhaufer, in: Schlorhaufer (2005), S. 169.
[2059] Eisinger, Kurath (2008), S. 162.
[2060] Gion Caminada im Gespräch mit Bettina Schlorhaufer, in: Schlorhaufer (2005), S. 172.
[2061] Ebenda, S. 175.

stabilisiert hatten. Dieser vorgezogene Aushandlungsprozess und die damit stabil verknüpften Allianzen verbesserten die Realisierungschancen ebenfalls in der Phase der Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit.

Aus diesem Arbeiten aus dem gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bestand heraus haben sich Caminadas „Neun Thesen für die Stärkung der Peripherie“ entwickelt.[2062] Diese Thesen beziehen sich unmittelbar auf die ruralen und alpinen Randgebiete. Die Planungsthesen lassen sich aber gleichwohl auch im Zusammenhang mit urbanen Landschaften lesen, die sich – wie die peripheren Randlagen – aufgrund ihrer Eigenarten kulturell und räumlich von den historischen Kernstädten unterscheiden. Caminada fordert aufbauend auf ihren kulturellen Inhalten und gesellschaftlichen Eigenarten die Eigenständigkeit der Peripherie (These 1 – Die Peripherie als Impulsgeber). In der aktuellen Planungskulturdebatte sei Identität ein Schlüsselwort. Unterschiede und Grenzen zwischen Peripherie und Zentren müssten deutlich hervorgehoben werden (These 2 – Unterschiede zwischen Peripherie und Zentren). Caminada verweist diesbezüglich auf die Bedeutung der Raumplanung. Die räumliche Entwicklung dürfe nicht allein den Marktkräften überlassen werden (These 3 – Raumplanung muss die Eigenständigkeit der Peripherie heben). Die Thesen 4 bis 6 befassen sich spezifischer mit den landwirtschaftlichen und touristischen Nutzungen der Landschaft in der Peripherie. Bezugnehmend auf die Stadtlandschaften lässt sich sagen, dass die Kulturlandschaft im Sinne von Naherholungs- und Ergänzungsräumen ein bedeutendes Kapital der Stadtlandschaft darstellt. Entsprechend müssen Landschaftsgestaltung und aktuelle Nutzung gemeinsam und nicht zum Vor- oder Nachteil Einzelner realisiert werden. (These 4 – Bewirtschaftungsmethoden und attraktive Landschaften; These 5 – authentische und ganzheitliche Landwirtschaft in Berggebieten; These 6 – Der Gast ist König, der Einheimische ebenfalls). Die Symbiose zwischen dem Lokalen und dem Neuen habe Fortschritt gebracht. Regionalistische Ideologien und rückwärtsgewandte Utopien der Weiter- oder Neuplanungen wären verfehlt. Sie würden eine nie dagewesene Welt repräsentieren (These 7 – Die Konstanten des Ortes bilden die Basis für eine neue Architektur). Zur Eigenständigkeit der Peripherie gehöre eine lokale Wirtschaft, die lokale Arbeiten übernehmen müsse. Dies fördere das lokale Wirtschaftsleben und in Bezug auf die Architektur eine regionale Baukultur (These 8 – Hohe Wertschöpfung = viel Arbeit bei geringen Materialkosten). Als letzte These fordert Caminada, dass sich die technische Nutzung der Landschaften nicht gegen die Ästhetik wenden solle. Die bereits gemachten Erfahrungen sollen zu Zukunftsvisionen über Landschaftsgestaltung führen. „Der Mensch entscheidet, welche Landschaft er will.“[2063] (These 9 – Ästhetik der Nutzung). Alle Thesen zielen auf die Gestaltung der Kulturlandschaft unter Einbezug des Vorhandenen ab. „(…) es wird entscheidend sein, solche Potentiale wirksam werden zu lassen und die Erträge durch Innovation und Unternehmergeist zu steigern.“[2064]

Aus diesen Ausführungen lassen sich zwei Planungsmittel in den Mittelpunkt stellen, die unmittelbar voneinander abhängig sind – Prozess und Entwurf. Über den gesellschaftlichen Aushandlungsprozess Handlungsketten zu initiieren und miteinander zu verknüpfen ist ein zentraler Teil der Arbeit Caminadas. Der zweite Teil stellt die Herausforderung an den Architekten dar, diese Verknüpfungen in hoch-

[2062] Caminada (2005), S. 133-136.
[2063] Ebenda, S. 136.
[2064] Ebenda, S. 134.

wertige räumliche Konstrukte zu übersetzen, die als Mittler neue Handlungsketten auslösen und so zu einer weiteren Prosperität der lokalen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, sozialen oder ökologischen Prozesse verhelfen. „Ein solches Entwerfen rechnet mit der Unvorhersehbarkeit und weiss gleichzeitig um die Notwendigkeit und Unausweichlichkeit von Partizipationen und Aneignungen, die Architekturen entstehen lassen, sie formen und prägen.“[2065]

8.4.3 Übersetzung auf das Alpenrheintal – Alpenrheintal-MARKT

Eine Darstellung der Übersetzung des Planungsansatzes von Caminada auf das Alpenrheintal zeichnet sich als schwierig ab, weil Caminada von vorhandenen gesellschaftlichen Bedürfnissen oder Problemstellungen ausgeht und erst in später folgenden Schritten architektonische Lösungsansätze verdichtet. Im Gegensatz zum Ansatz beispielsweise des *Handbuches zum Stadtrand,* bei welchem räumliche Defizite mit architektonischen Interventionen ausgemerzt werden sollen, ist der Ausgangspunkt bei Caminada anfangs nicht räumlich und inhaltlich ist er vage. Aus diesem Grund wird hier zur Visualisierung einer möglichen Wirkungskraft des Ansatzes von Caminada das Szenario eines gesellschaftlichen Prozesses konstruiert, das im Kontext des Mittleren Alpenrheintals verankert ist. Als Anhaltspunkt für die Konstruktion möglicher zukünftiger Handlungsketten im Alpenrheintal dient hier der Entstehungsprozess der Metzgerei in Vrin. Ausgangspunkt damals ist das Ziel gewesen, lokal vorhandene Wertschöpfungsketten zu verlängern, um dadurch die lokale Wirtschaft zu stärken.[2066]

Überträgt man diesen Ausgangspunkt auf das Mittlere Alpenrheintal und betrachtet die vorhandenen Produktionsleistungen, sind Industrie, Gewerbe und Dienstleistung die grössten lokalen Produktionskräfte. Eine direkte Wirkung der Produktionsleistung auf das Alpenrheintal lässt sich am Arbeitsvolumen anhand aufgerechneter Vollzeitstellen aufzeigen. Allein in der Region Werdenberg haben der zweite (Industrie/Gewerbe) und der dritte Wirtschaftssektor (Dienstleistung) im Jahre 2005 insgesamt 13’200 Vollzeitstellen bereitgestellt. Obwohl der erste Wirtschaftssektor (Land-/Forstwirtschaft) mehr Arbeitsstätten als beispielsweise der zweite Wirtschaftssektor aufweist, können Land- und Forstwirtschaft nur rund 904 Vollzeitstellen anbieten. Während im zweiten und dritten Wirtschaftssektor in den letzten zehn Jahren rund 810 Vollzeitstellen geschaffen werden konnten, hat der erste Wirtschaftssektor aufgrund der landwirtschaftlichen Strukturänderungen rund 270 Vollzeitstellen eingebüsst. Allein in der Landwirtschaft hat sich das Arbeitsvolumen um aufgerechnet 230 Vollzeitstellen reduziert.[2067]

Die Landwirtschaft in der Region Werdenberg nimmt heutzutage wie auch in den meisten übrigen Regionen offenbar keine zentrale Stellung mehr ein. Dennoch hat dieser Sektor wie kein anderer Einfluss auf die Gestalt der Kulturlandschaft. Betrachtet man wie Caminada die Landschaftspflege als einen Aspekt der Qualifizierung von Stadtlandschaften, müsste der Landwirtschaftssektor in der Region gestärkt werden, indem einerseits durch eine Verlängerung der Wertschöpfungskette mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und andererseits durch eine gezielte Förderung der Nachfrage das Produktionsvolumen vergrössert wird. Durch die Stärkung des Landwirtschaftssektors, der in der Ver-

[2065] Eisinger, Kurath (2008), S. 173.
[2066] Ebenda, S. 160.
[2067] Amt für Statistik Kanton St. Gallen, „Arbeitsstätten (AST) und Beschäftigung (Vollzeitäquivalente VZAEQ), nach Wirtschaftsabteilungen (NOGA 2002)“, Datenstand 30. Juni 2007, www.statistik.sg.ch, Zugriff am 17. April 2009.

gangenheit die Kulturlandschaft des Alpenrheintals am stärksten geprägt hat, könnte die Qualität der Landschaftsgestaltung gesichert werden, ohne dabei in Nostalgie zu verfallen. Vergleicht man dieses Szenario mit den „Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie“, zeigt sich in den zentralen Punkten eine Übereinstimmung.

Eine Möglichkeit, die Wertschöpfungskette der Landwirtschaft zu verlängern, besteht darin, den Direktverkauf regionaler landwirtschaftlicher Produkte in der Region selber auszubauen. Insbesondere über die Stärkung der Bioproduktion, die Wiederbelebung vergessener Produkte, beispielsweise alter Obstsorten auf der Werdenberger Seite, oder die Vermarktung der Produkte aus der umliegenden Alpwirtschaft könnte sich das Mittlere Alpenrheintal mit seiner Produktions- und Kulturlandschaft eine eigene Identität aufbauen. Da dies über Restaurants, Klein- und Grossverteiler in der Region schon geschieht, müsste eine neue Verkaufsstelle ins Auge gefasst werden, die von einem regelmässigen Kundenverkehr frequentiert wird und die bis heute noch nicht erschlossen ist. Diesbezüglich eignet sich ein Standort an der Nord-Süd-Alpentransversale A13. Wie aus der Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte der A13-San Bernardino bekannt ist, wurde Ende der 1980er-Jahre die Autobahnraststätte Werdenberg in der Nähe von Buchs/SG eröffnet.[2068] Ein Verkaufsstandort bei dieser Raststätte bietet sich an, um für landwirtschaftliche Produkte einen neuen Absatzmarkt zu erschliessen.



Abb. 198: Situation Raststätte mit Alpenrheintal-MARKT als Katalysator der Raumentwicklung des Mittleren Alpenrheintales in bestehendem Raststätten-Areal (Datengrundlage Pixelkarte 1:25'000 BA Landestopografie, Darstellung Cisar, Kurath).

Dieser Vorschlag kommt nicht von ungefähr. Im Juni 2008 wurde in der Region Viamala in der Fortsetzung des Alpenrheintals ebenfalls an der A13 bei Thusis eine Autobahnraststätte eröffnet, die e-

[2068] Siehe Kapitel 5.4 Die A13 und der Streckenabschnitt Haag–Trübbach heute.

benfalls das Ziel der Stärkung der Region verfolgt.[2069] Die Trägerschaft der Raststätte bildet sich aus Vertretern der Handels- und Gewerbevereine aus der Region Viamala. Das Ziel der neu gegründeten Viamala Raststätte AG ist es, eine Raststätte von der Region für die Region zu betreiben. Die Erstellungskosten von rund 9,6 Millionen Franken sind mit einem Aktienkapital von rund fünf Millionen finanziert worden. Rund 50 Prozent des erforderlichen Aktienvolumes ist in der Region gezeichnet worden. Bei der Vergabe der Erstellungs- und Bauarbeiten sind rund 85 Prozent der 9,6 Millionen Franken in der Region ausgegeben worden, nicht ohne Konkurrenzofferten von ausserhalb der Region zu berücksichtigen.

Beim heutigen Betrieb der Viamala-Raststätte Thusis werden im Restaurant und im Shop regionale Produkte so weit wie möglich berücksichtigt. Der monatliche Umsatz der Raststätte hat sich im August 2008 im Bereich einer mittelgrossen Raststätte belaufen. Dieses Resultat ist vergleichbar mit der Raststätte bei St. Margrethen, der Raststätte Kempthal bei Zürich oder der Raststätte Werdenberg bei Buchs. Letztere hat den etwas grösseren Umsatz verzeichnet als die Viamala Raststätte.[2070] Parallel zur Erstellung der Raststätte hat sich die Genossenschaft Viamala aus regionalen Anbietern und Landwirtschaftsbetrieben gegründet. Diese Organisation hat sich in der Raststätte eingemietet und bietet Produkte mit Schwergewicht aus der regionalen landwirtschaftlichen Produktion zum Verkauf an. Rund 50 landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe haben sich so einen zusätzlichen, regelmässigen Absatzmarkt mit einem Jahresumsatz von rund 400'000 Franken im ersten Betriebsjahr erschliessen können, der über die Direktvermarktung gute Preise sichert.[2071]

Um die lokalen bzw. regionalen Produktionen zu repräsentieren und um eine kritische Grösse zu erreichen, könnte der Markt für regionale landwirtschaftliche Produkte aus dem Alpenrheintal durch Präsentationsräume lokaler Unternehmen, beispielsweise der Hilti AG, oder für Malbuner ergänzt werden. Über die Auswahl einer architektonischen Lösung über einen Architekturwettbewerb oder Studienauftrag bestünde die Möglichkeit, ein architektonisches Wahrzeichen zu schaffen, das die Baukultur der Region verkörpert und dadurch einen weiteren Beitrag zur Qualifizierung der Kulturlandschaft leistet. Wie bei der Viamala-Raststätte Thusis könnten durch eine Erweiterung der Raststätte Werdenberg eine lokale Bauwirtschaft und aus Gründen der Nachhaltigkeit regionale Bauwerkstoffe berücksichtigt werden. Hierzu eignen sich Holzwerkstoffe aus den umliegenden Wäldern, Zementprodukte beispielsweise aus Untervaz und Kies aus dem regionalen Kiesabbau.[2072] Der neue Orientierungspunkt in der Region hätte nicht nur eine räumliche Auswirkung, sondern übernähme inhaltlich wie architektonisch auch die Funktion eines Fensters in die Region.

Zugegebenermassen würde das hier konstruierte Szenario aus regionalplanerischer Sicht zumindest anfänglich keine grossen Veränderungen in der Stadtlandschaft Alpenrheintal bewirken. Auch der laufenden Strukturveränderung insbesondere in der Landwirtschaft kann mit diesem Eingriff nicht Einhalt geboten werden. Der hier diskutierte Planungsansatz entfaltet seinen Wert vielmehr im Schaffen

[2069] www.viamala-raststaette.ch, Zugriff am 17. April 2009.
[2070] Auskunft vom Geschäftsleiter Martin Rohner der Viamala-Raststätte Thusis und dem Verwaltungsrat der Viamala Raststätte AG. Der Verfasser dieser Arbeit, Stefan Kurath, war zudem als mitverantwortlicher Architekt in das Projekt involviert.
[2071] Angaben von Gabi Morhart, Geschäftsführerin Viamala Markt, 2. Juni 2009.
[2072] www.holcim.ch, Zugriff am 17. April 2009; Kantonalverband Kies-Steine-Beton St. Gallen, Kantonale Rohstoffstatistik, KIES – Rohstoff aus der Region für die Region – natürlich, 2000.

und Provozieren neuer Handlungsketten, die sich langfristig, dafür nachhaltig auf das Mittlere Alpenrheintal auswirken sollen. Würde man sich auf weitere gesellschaftliche Prozesse und Bedürfnisse im Alpenrheintal konzentrieren, würde sich mit Bestimmtheit eine Vielzahl an Handlungsketten finden lassen, die angestossen oder weitergeknüpft werden könnten, um in der Gesamtheit eine Stärkung der Region, der identitätsstiftenden Elemente und der vorgefundenen Kulturlandschaft zu bewirken. Wie in Vrin sind es aber nicht die grossen Schritte, die der Region von Planern verordnet werden. Es sind die kleinen Schritte, die aus den bestehenden und neu zu findenden gesellschaftlichen Allianzen neue Entwicklungsimpulse schaffen und eine eigene Entwicklungsdynamik entfalten können.

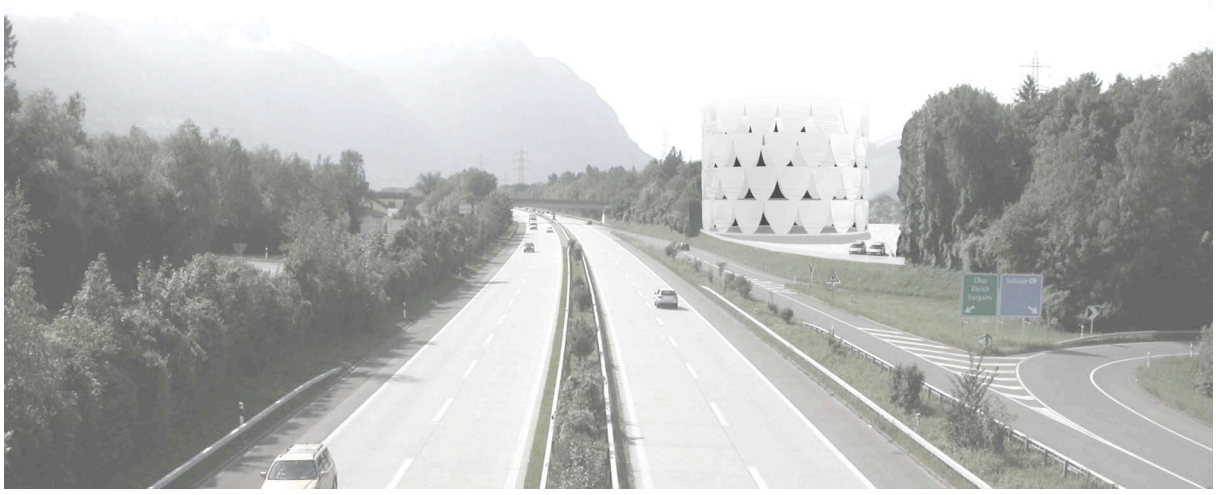


Abb. 199: Alpenrheintal-MARKT als Wiedererkennungsmerkmal entlang der Autobahn A13 und als Zeichen der Region (Darstellung Cisar, Kurath).

8.4.4 Beurteilung „Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie“

8.4.4.1 Qualifizierung der Stadtlandschaft

• Qualifizierung als Stadtregion
In Caminadas dritter These wird die Bedeutung der Raumplanung in Bezug auf die Peripherie hervorgehoben. Die Raumplanung habe dafür zu sorgen, dass die Eigenständigkeit der Peripherie gewahrt bleibe. Die Raumplanung müsse einer Zersiedelung entgegenwirken, ohne das Wirtschaftswachstum zu beeinträchtigen.[2073] Unklar ist, welche weiteren Aufgaben die Raumplanung in Caminadas Verständnis zu übernehmen hat. Am Beispiel Vrin zeigt sich, dass Caminada die lokalen raumstrukturellen Aufgaben aus der räumlichen Auseinandersetzung mit dem Bestand entwickelt hat und durch die kontextuelle Anordnung der architektonischen Objekte löst. Diese Herangehensweise widerspiegelt sich in sämtlichen Arbeiten Caminadas. Ähnlich wie beim Ansatz vom *Handbuch zum Stadtrand* konzentriert sich dieser Ansatz auf das Lösen lokaler Situationen mittels konkreter architektonischer

[2073] Caminada (2005), S. 134.

Eingriffe und Massnahmen. So vollzieht sich eine Qualifizierung der Lebens- und Arbeitswelt, eine räumliche Diversifizierung oder das Schaffen von Kompensationsräumen ebenfalls nur auf einer lokalen Ebene und in Abhängigkeit der Einzelmassnahmen. Dieser Ansatz punktueller Massnahmen mag im Kontext überschaubarer baulicher und räumlicher Prozesse in Vrin gut funktionieren und weist in Bezug auf die Realisierungschancen der Einzeleingriffe gegenüber grossmassstäblichen Eingriffen Vorteile auf. Hinsichtlich der regionalplanerischen Aufgaben in dynamischeren Kontexten besteht wie bei Lampugnani die Gefahr einer geringeren Wirkung der Eingriffe, wenn sie nicht auf einer übergeordneten konzeptionellen Ebene koordiniert und gezielt gesetzt werden. Dadurch kann der Planungsansatz auf der räumlichen Ebene kaum einen Beitrag zu einer Intensivierung der Verflechtungen und Nutzungsüberlagerungen leisten.

Caminadas Ansatz verfehlt aufgrund der Massstäblichkeit des Lokalen gesamträumlich zwar die angestrebte Qualifizierung der Stadtregion. Über das Einbeziehen von Handlungsketten und die Verlängerung von Wertschöpfungsketten wirkt sich Caminadas Ansatz im Gegensatz zu dem im *Handbuch zum Stadtrand* vertretenen aber immer auch auf eine lokale Steigerung der ökonomischen, sozialen oder kulturellen Potenz der Region aus. Dies zeigt sich inhaltlich insbesondere am Beispiel des konstruierten Szenarios eines Marktes für landwirtschaftliche Produkte bei Buchs. Eine lokale Absatzsteigerung soll eine Stärkung des Landwirtschaftsektors bewirken und dadurch indirekt die Kulturlandschaften stärken. Eine Stärkung der Kulturlandschaften und das Bewusstsein für einheimische Produkte fördert gleichzeitig die Identitätsbildung der Region.

Dem Bewusstsein Caminadas, dass eine Qualifizierung der Regionen nicht einzig über das architektonische Objekt, sondern auch über eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Prosperität erfolgt, die mit und durch Architektur ausgelöst werden kann, muss in Bezug auf eine ganzheitliche Ausrichtung von Planungsansätzen zukünftig ergänzend die volle Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Kriterien: Qualifizierung der Lebens- und Arbeitswelt / Verbesserung der Erreichbarkeit / räumliche Diversifizierung / Mehrwert durch Nutzungsüberlagerungen / Steigerung der ökonomischen Potenz der Zwischenstadt / ganzheitliche Ausrichtung

• Qualifizierung des Raums

Die Qualifizierung des Raums vollzieht sich bei Caminada über das Objekt. Es gelingt ihm so, lokale Identifikationsorte zu schaffen und über die Anordnung der Objekte räumliche Themen aufzugreifen. Eine Stärkung des öffentlichen Raums gelingt allenfalls auf einer lokalen Ebene. Auf einem städtebaulichen Massstab weist der Ansatz aufgrund fehlender grossmassstäblicher, raumstruktureller Elemente oder Konzepte Defizite auf. Dies zeigen die Skizzen der Übersetzung des Planungsansatzes auf das Alpenrheintal auf. Eine regionale Kohärenz kann dadurch

kaum geschaffen werden. Im Idealfall bilden sie Orientierungspunkte, die miteinander in Verbindung treten. Die punktuellen Eingriffe vermögen sich räumlich jedoch kaum auf die ganze Region auszuwirken, insbesondere dann nicht, wenn sie untereinander nicht koordiniert sind.

Kriterien: Schaffung von Identifikationsorten / Verdeutlichung von Grenzen / Schaffung von Kohärenz / Stärkung des öffentlichen Raums

• Qualifizierung der Symbolwelt der lokalen Kultur / Baukultur

Die Qualifizierung der Symbolwelt der Kultur und Baukultur gelingt Caminada vorbildlich. Dies zeigen seine Arbeiten in Vrin und seine Reputation als Architekt, der auf der Ebene des architektonischen Ausformulierens und Weiterentwickelns traditionsreicher Konstruktionsprinzipien erfolgreich arbeitet. Im Verknüpfen lokaler Bauwerkstoffe mit traditionsreichen Handwerkstechniken arbeitet Caminada mit und an der vorhandenen Baukultur.

• Qualifizierung naturnaher Räume

Für Caminada bedeutet Kultur Kultivierung und meint die Veredelung von dem, was auch Natur sein kann.[2074] Eine Stärkung der Kulturlandschaft, wie bei der Übersetzung des Planungsansatzes von Caminada auf das Mittlere Alpenrheintal angestrebt, beinhaltet demnach auch eine Qualifizierung naturnaher Räume. Über die Bedeutung, die Caminada der Raumplanung zumisst, wird ein haushälterischer Umgang mit Grund und Boden und die Förderung zusammenhängender Freiflächen in Caminadas Ansatz gesichert, dies steht aber nicht im Mittelpunkt seines architektonisch geprägten Interesses an der Raumentwicklung.

Kriterien: Haushälterischer Umgang mit Grund und Boden / zusammenhängende Freiflächen schaffen / ökologische Aktivierung besiedelter Flächen

• Qualifizierung der gesellschaftlichen und räumlichen Eigenarten und Unterschiede des Alpenrheintals

Caminadas Ausgangspunkt sind die vorhandenen lokalen gesellschaftlichen Netzwerke und Handlungsketten. Sein Ansatz arbeitet explizit mit den im Raum vorhandenen gesellschaftlichen

[2074] Ebenda, S. 135.

Dynamiken und Kontroversen. Aus diesen gesellschaftlichen Kontexten heraus entwickeln sich Programm und Szenarien, die in einer Verknüpfung mit der bestehenden Baukultur und Kulturlandschaft weiterentwickelt und in architektonische Objekte übersetzt werden. Die gesellschaftliche und räumliche Eigenart ist damit der zentrale Ausgangspunkt der Inhalte Caminadas. Caminadas Ansatz wäre in diesem Kontext der wohl verheissungsvollste Ansatz, das Ziel einer Qualifizierung der Eigenarten und Unterschiede im Mittleren Alpenrheintal zu erreichen.

Kriterien: Einbezug vorhandener lokal-räumlicher Potenziale / Einbezug vorhandener gesellschaftlicher Potenziale

8.4.4.2 Rückübersetzbarkeit der Planwelten und Planungsstrategien

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung

Die jeweils spezifische Aufgabenstellung des Planungsansatzes entwickelt sich aus den bestehenden Handlungsketten und Aushandlungsprozessen. Selbst auferlegte Aufgabe und Ziel des Architekten ist die Initiierung und Begleitung gesellschaftlicher Prozesse und deren Übersetzungen in den Raum. Diese sollen soziale, wirtschaftliche, kulturelle, ökologische Prosperitäten bewirken und gleichzeitig eine Qualifizierung des Raums im Sinne präziser Setzungen, architektonischer Ausformulierungen oder räumlicher Differenzierungen anstreben. Der Architekt sieht sich bei diesem Planungsansatz als Teil der Gesellschaft, der die Akteure und Aktanten in den Entwicklungsprozess mit einbezieht. Ziele könne man aber nur erreichen, wenn man den eingeschlagenen Weg als etwas Offenes betrachte, eine Art Werden ohne Richtungspfeil.[2075] Diese Herangehensweise bedingt aktives Voraussetzen, und Fordern aber auch proaktive Verhandlungsbereitschaft bezüglich städtebaulicher und architektonischer Inhalte. Der Architekt ist dabei entsprechend ein Akteur, der innerhalb der Aushandlungsprozesse eine proaktive Rolle einnimmt und eine Qualifizierung des Raums diplomatisch immer wieder einfordert und nicht, wie beispielsweise beim Ansatz des *Handbuchs zum Stadtrand,* voraussetzt.

Kriterien: Klarheit der Aufgabenstellung, Bewusstsein gesellschaftlicher Verwebung planerischer Intentionen / Rolle der Planer und Architekten im Planungs- und Rückübersetzungsprozess.

[2075] Gion Caminada im Gespräch mit Bettina Schlorhaufer, in: Schlorhaufer (2005), S. 173.

• Partnergewinnung

Da sich die jeweilige Aufgabenstellung dieses Planungsansatzes aus dem Prozess heraus entwickelt, verdichtet und schärft, erfolgt die Partnergewinnung in ersten Schritten über Gespräche, Diskussionen und das Aufdecken und Lösen von Kontroversen und nicht über die Verfänglichkeit von Planwelten. In der Abstraktion des Gesprochenen und den erst allmählichen Übersetzungen der Inhalte in räumliche Konzepte bleiben die planerischen Konzeptionen vielschichtiger und offener. Diese Vorgehensweise lädt zudem zur Teilnahme der Akteure am Aushandlungsprozess ein. Die Partnergewinnung über solche gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse können wie bei Caminada und der Totenstube in Vrin auch mehrere Jahre dauern und sind entsprechend umtriebig und aufwändig. Diese Art proaktiver Partnergewinnung fördert jedoch stabile und gesellschaftlich nachhaltig verankerte Allianzen.

Kriterien: Ausdrucksstärke der Planwelten, Mehrfachlesbarkeit des städtebaulichen / architektonischen Konzepts / Möglichkeit der Partizipation / Aufwand zur Partnergewinnung

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung

Um als Architekt innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse die eigenen Interessen einer räumlichen, architektonischen Qualifizierung aus Sicht der Disziplin erfolgreich zu vertreten, muss parallel zur Verhandlung der Inhalte auch die eigene Rolle ausgehandelt werde. Die Herausforderung besteht darin, sich als Architekt die Rolle des Verantwortlichen für die räumliche und gestalterische Konzeption auszuhandeln. Aus Sicht der Architektur und des Städtebaus scheitert dieser Planungsansatz, wenn es dem Planer oder Architekten nicht gelingt, räumlich-qualifizierende Aspekte in die Aushandlungsprozesse einzubringen, und die Dynamiken der Raumproduktionsprozesse in Form unkontrollierter, zusammenhangloser und beiläufiger Übertragungen ausarten. Das Beispiel Vrin zeigt, dass es Caminada jeweils gelingt, architektonische und raumplanerische Inhalte über seine Rolle erfolgreich in die Verhandlungen einzubringen und zusammen mit wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen Interessen zu Win-Win-Situationen zu verknüpfen. Je mehr Akteure und Aktanten in die Aushandlungsprozesse eingebunden werden müssen, je kontroverser die Situationen und je länger die Zeitspannen der Aushandlungsprozesse dauern, umso schwieriger wird es jedoch, die Allianzen für die erarbeiteten Inhalte und ausgehandelte Rolle aufrechtzuerhalten. Die empirischen Rekonstruktionen im Rahmen der Mikrostudien haben beispielsweise aufgezeigt, dass sich in einigen Fällen aufgrund einer finanziellen und wirtschaftlichen Abhängigkeit die Rolle des Architekten vom Entwerfer zum ausführenden Dienstleister ohne Eigeninteressen verschoben hat. Diese Verschiebungsdynamiken stellen die wohl grössten Herausforderungen zukunftsfähiger Planungsansätze dar. Caminadas

Ansatz hat hierbei den Vorteil, dass Verhandlungsspielräume über den gesamten Zeitraum der gesellschaftlichen Zeit offen gelassen und determinierende Entwürfe des Architekten erst dann in die Diskussion eingeführt werden, wenn deren Inhalte mehrheitlich ausgehandelt worden sind. Dieses Offenlassen der räumlichen und gestalterischen Determinanten bis gegen Ende der Aus-handlungsrunden stärkt die Partizipations- und Integrationsfähigkeit des Ansatzes, erfordert aber gleichzeitig die Agilität des Architekten, den inhaltlichen Verschiebungen und der Aushandlung der Rollen strategisch und taktisch zu begegnen, um die Realisierungschancen der eigenen, disziplinären Inhalte zu verbessern. Gleichzeitig bedingt dieser Ansatz, dass der Architekt zu einem möglichst frühen Zeitpunkt unmissverständlich seine Rolle als Verantwortlicher für die Gestaltung des Raums deklariert und dies in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen mit Diplomatie aufrechterhalten kann.

Kriterien: Diplomatie der Architekten und Planer / Verhandlungsspielräume innerhalb des städtebaulichen/architektonischen Konzepts / Erweiterbarkeit/Integration neuer Akteure / Aktanten

• Bewährungsprobe/Verhandlungsabbruch

Der Erfolg des Planungsansatzes von Caminada, der wie kein anderer der vier hier besprochenen Ansätze auf den gesellschaftlichen Prozessen und Verhandlungsaktivitäten aufbaut, zeigt sich in den ausgewogenen und stabil geknüpften Allianzen, die über mehrere Jahre hinweg bestehen bleiben. Indem der Architekt bereits in der Phase der Projektentwicklung eine proaktive Rolle einnimmt, stärkt er seine Position und macht sich als Sprecher des Aktor-Netzwerks unentbehrlich. Diese Position lässt sich nur aufrechterhalten, wenn der Architekt agil und flexibel auf Unvorhergesehenes und Interessensverschiebungen reagiert und es ihm gelingt, diese jeweils in sein architektonisches oder städtebauliches Konzept neu einzuweben.

Kriterium: Anfälligkeit des städtebaulichen/architektonischen Ansatzes für Verhandlungsabbruch

8.4.4.3 Robustheit der Planungsstrategie

• Robustheit der Planungsstrategie in Bezug auf stadtlandschaftliche Transformationen

Die räumlich-qualifizierende Wirkung des Planungsansatzes von Caminada erfolgt punktuell und projektabhängig. Dennoch haben die Eingriffe nebst einer lokal-qualifizierenden Wirkung eine Auswirkung auf die Prosperität der Region, da der Ansatz bewusst Handlungsketten regio-

nal miteinander verknüpft und verlängert. Im Falle eines Wachstums der Siedlungsfläche wird die räumliche Qualifizierungswirkung punktueller Eingriffe infrage gestellt, während sich die initiierten Prosperitäten proportional zum Wachstum auf die Handlungsvielfalt in der Region auswirken könnten. Eine konzeptionell nicht koordinierte Vervielfachung der Eingriffe könnte zwar die Heterogenität und Fragmentierung der Stadtlandschaften zusätzlich steigern, würde aber aufgrund der Verlängerungen der regionalen Handlungs- und Wertschöpfungsketten wenigstens die wirtschaftliche, kulturelle, soziale oder ökologische Eigenständigkeit fördern. Bei einer Schrumpfung der Siedlungsfläche würden die bewusst gesetzten städtebaulichen, landschaftsarchitektonischen und architektonischen Massnahmen im Sinne von Orientierungspunkten nebst Prosperitäten situative Qualifizierungen im Sinne von Orientierungspunkten bewirken.

Kriterien: Qualifizierende Wirkung der Massnahmen in Bezug auf ein Siedlungswachstum / qualifizierende Wirkung der Massnahmen in Bezug auf eine Siedlungsschrumpfung

8.3.5 Fazit

Aufgewachsen und später als Architekt integriert in die Dorfgemeinschaft, erwuchs Caminada früh das Bewusstsein für Grenzen und Möglichkeiten der Interessensaushandlung innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Diese Erkenntnis hat die lokale planerische Praxis Caminadas offensichtlich geprägt und einen Planungsansatz hervorgebracht, der auf den Pfeilern Rollenbildung, disziplinäre Verantwortung und Verhandlungsbewusstsein aufbaut.

Da in Caminadas Ansatz Verlängerungen von Handlungsketten durch den Architekten mitinitiiert werden, sollte dieser zu einem möglichst frühen Zeitpunkt in die Aushandlungsprozesse der Projektentwicklung involviert sein. Zu einem frühen Zeitpunkt ist es aufgrund der Übersichtlichkeit des Aktor-Netzwerks nämlich einfacher, die eigene Rolle als Architekt innerhalb des Netzwerks zu definieren und diesbezüglich Allianzen aufzubauen.

Die Realisierungschancen räumlich-qualifizierender Interessen steigen also, je früher sie in den Aushandlungsprozessen proaktiv eingebracht werden und je intensiver sie über Allianzen gestärkt werden können. Caminadas Ansatz fordert dementsprechend eine ganzheitliche Herangehensweise des entwerfenden Architekten und Planers, der von der Projektentwicklung bis zur Rückübersetzungsphase – also über die gesamte Spanne der gesellschaftlichen Zeit eines räumlichen Eingriffs – über das Verknüpfen der eigenen Interessen mit weiteren Interessen Win-Win-Situationen schafft und diese im Rahmen des architektonischen Entwurfsprozesses in architektonisch hochstehende Konzepte übersetzt.

Nebst der räumlichen Qualifizierung wirkt sich das Schaffen von Win-Win-Situationen auch auf die Prosperität der Handlungsketten aus, da diese sich gezielt miteinander verknüpft auch verlängern. Das Beispiel Vrin wie auch das konstruierte Szenario für das Alpenrheintal zeigen explizit, dass durch

das Verknüpfen von lokalen Bedürfnissen mit Materialien und Handwerk nicht nur räumliche, sondern auch gesellschaftliche Konzepte geschaffen werden, die neue Handlungsanreize für neue Handlungsketten wie Direktvermarktung, Tourismus, Arbeitsplätze, Abwanderungsstopp etc. schaffen. Trotz der Abgeschiedenheit des Experimentes Vrin lässt sich dieser prozessuale Ansatz auf das Entwerfen von Stadtlandschaften übertragen, wie es das skizzierte Beispiel Alpenrheintal-MARKT aufzuzeigen versucht hat. Wenn lokale, gesellschaftliche Potenziale und räumliche Eigenarten entwerferisch miteinander verknüpft werden, wirkt sich dies auf die räumliche Qualifizierung wie auch die Prosperität zukünftiger Stadtlandschaften aus. Dieses Bewusstsein und diese Ausrichtung des Planungsansatzes auf die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse bewirken zudem, dass der Moment des Scheiterns und des Verhandlungsabbruchs nicht als Angriff auf die Planungsbestrebungen, sondern als Neuanfang angesehen wird, der immer eine neue Chance darstellt. „Der Weg ist der Prozess als Anregung zum Weitermachen."[2076]

In der Übersetzung dieses Planungsansatzes auf die Massstäblichkeit von Stadtlandschaften müsste eine konzeptionelle Ebene des Entwurfs eingeführt werden, welche die lokalen (räumlichen) Rahmenbedingungen mitbestimmt und so zu einer regionalplanerisch koordinierten Handlungsweise verhelfen würde.

[2076] Gion A. Caminada im Gespräch mit Bettina Schlorhaufer, in: Schlorhaufer (2005), S. 173.

8.5 *After Sprawl*

8.5.1 Motivation und Ziel – Vom gebauten Raum zum kollektiven Raum

Der Planungsansatz von *After-Sprawl* der De Geyter Architects aus Belgien hat sich aus einer intensiven Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen, dispersen Stadt entwickelt.[2077] Die Arbeitsgruppe um Xaveer De Geyter stellte fest, dass aufgrund einer generalisierenden Sichtweise heute noch ablehnend über disperse Siedlungsstrukturen gesprochen wird, obwohl dieses Phänomen seit den 1960er-Jahren in den Stadtplanungsdisziplinen aktiv thematisiert worden ist. „From that perspective sprawl stands for chaos, a lack of structure or demonstrable catalysts. (…) That global vision of sprawl does not, in any case, apply for the greatest part of the areas in Europe that it covers."[2078] Die Architekten setzten sich aufgrund dieser Erkenntnis das Ziel, Chaos folglich als eine komplexe Form von Ordnung, Gesetzmässigkeiten und Prozessen zu verstehen.[2079]

Ebenfalls bemängelten die De Geyter Architects die disziplinäre Weigerung, die Sichtweise einer Dichotomie von Stadt und Land kritisch zu hinterfragen. „That has farreaching consequences. From that perspective the cities of yesterday are indeed demise: they are losing some of their functions, they are being swallowed up in so-called ‚formlessness'. And conversely, the remaining scraps of landscape are viewed as relics that deserve to be protected, even though these landscapes have already been reshaped a number of times in the past. There are even people who think that within this advanced state of dissolution, the traditional contradistinction must once again become the ultimate goal."[2080]

Die Architekten stellten sich die Aufgabe, einen Planungsansatz zu entwickeln, welcher die vorhandenen simultanen, räumlichen Qualitäten der Stadtlandschaften freilegen und stärken würde. „The strict division of city and countryside has been replaced by a simultaneous presence of both. (…) The pattern of development is that of sprawl, and the sprawl is so established and widespread that it can no longer be resolved. A spatial plan for this area can only be given form in the outlining of possibilites within this specific condition. It must examine how a new spatial quality can be introduced for the new future, for the after-sprawl condition, starting from the existing sprawl condition."[2081]

Um siedlungsstrukturelle Unterschiede und Qualitäten festzuhalten, beschäftigten sich die De Geyter Architects mit sechs ausgewählten Gebieten (London, Randstad, Flemish Diamond, Ruhrgebiet, Dreieck Basel-Zürich-Bern und Veneto) und erstellten einen Atlas mit Fotografien von Satelliten und topografischen Kartendarstellungen der Kategorien: gebauter Raum, Infrastrukturen, negativer Raum, Natur, Landwirtschaft und Wasser. Die morpho-typologische Gegenüberstellung deckte eine Dualität zweier charakteristischer Strukturen – gebauter Raum mit Infrastrukturen und naturnahe Räume – auf. Diese Entdeckung veranlasste die De Geyter Architects, sich mit den Freiräumen auseinanderzusetzen, die gemäss ihren Berechnungen innerhalb der dispersen Siedlungsflächen rund 60 Prozent des Territoriums ausmachen würden und bis anhin allgemein als Negativraum (negative space) beschrie-

[2077] De Geyter Architects (2002).
[2078] Ebenda, S. 21.
[2079] Ebenda, S. 21.
[2080] Ebenda, S. 21.
[2081] Ebenda, S. 22-23.

ben worden sind. Die Arbeitsgruppe fordert diesbezüglich ein disziplinäres Umdenken. „Urban designers continue to concentrate on the built space and the infrastructure in their plans for these areas, despite this high percentage of open space.“[2082] Der Fokus auf den negativen Raum zeige, dass Stadtlandschaften, wenn auch teilweise stark bebaut, aufgrund ihres hohen Anteils an naturnahen sowie land- und forstwirtschaftlich genutzten Landschaften, Biotopen, Flüssen, Gärten oder Vegetationen entlang von Autobahnen, eine Art konstruierter Natürlichkeit darstellen.[2083] „Where town and country planning – which was to a large extent a modernist creation – and its insistence on a division of functions reduce the negative space to a dividing element between buildings, between buildings and infrastructure or between different activities, the negative space in the after-sprawl can be approached differently. The space (…) has to be considered an element that deserves to be protected or something exclusively natural, but can begin to function as a new collective space.“[2084]

Diese Umkehrung der tradierten, disziplinären Sichtweise und der neue Fokus auf den kollektiven Raum stellen die innovativste Errungenschaft dieses Planungsansatzes dar. „Together these physical and imaginary landscapes form the collective background for the individual buildings and infrastructure.“[2085] Der Freiraum als kollektiver Raum übernimmt die Aufgabe der räumlichen Organisation und entlastet den gebauten Raum von dieser Aufgabe. „It (the collective space; Anm. Kurath) creates an overall picture, which has thus far not been planned amidst, the sprawl: what was once a remnant, a background to the built, is now brought into the foreground to define the image and the spatial organization of the after-sprawl.“[2086]

Mit diesem Gestaltungs- und Ordnungswillen knüpfen De Geyter Architects unter anderem an den Diskurs Kenneth Framptons über *Megaform as Urban Landscape* an.[2087] 1983 stellte Vittorio Gregotti die These auf, dass der Ausgangspunkt der Architektur nicht die primitive Unterkunft war, als vielmehr die Absicht, eine kosmische Ordnung in das Chaos der Natur zu bringen. Framptons Antwort darauf: „Now we have made a new nature – this technological urbanized region which is the new chaos – but as architects and urbanists we still have the same task.“[2088] De Geyter Architects wollen ihre Arbeit denn auch als politische Aussage verstanden wissen. „The aim of After-sprawl is to show that planning with a belief in the enduring strength of architecture and urbanism as its basis is in a position to map out a new future for the sprawl using its own methods and potentialities. The methodology of (sic) (After-Sprawl; Anm. Kurath) can be seen as an illustration of a faith in architecture and urban planning as political disciplines.“[2089]

8.5.2 Vorgehen und Mittel – Raumkonzepte eines kollektiven Raums

Zu diesem theoretischen Ansatz der De Geyter Architects müssen auch die Hintergründe der Praxistätigkeit insbesondere von Xaveer De Geyter angesprochen werden. Xaveer De Geyter, als einer der

[2082] Ebenda, S. 25.
[2083] Ebenda, S. 29.
[2084] Ebenda, S. 29.
[2085] Ebenda, S. 30.
[2086] Ebenda, S. 30.
[2087] Frampton (1999).
[2088] Ebenda, S. 42.
[2089] De Geyter Architects (2002), S. 32.

frühen Mitarbeiter des Office for Metropolitan Architecture (OMA/Rem Koolhaas), war massgeblich an wegweisenden städtebaulichen Entwürfen und Wettbewerbsbeiträgen dieses Büros beteiligt. Entsprechend gründen Vorgehen und Mittel der De Geyter Architects auch auf den Auseinandersetzungen mit dem Städtebau der 1980er-Jahre und der Frage: „What Ever Happened to Urbanism?“[2090] Als Ausgangspunkt der Neubegründung des Städtebaus gilt in diesem Zusammenhang unter anderem der städtebauliche Wettbewerb für die „Ville Nouvelle Melun-Sénart“ in der Nähe von Paris aus dem Jahre 1987, an welchem De Geyter mitgearbeitet hat.[2091] Der Wettbewerbsbeitrag basiert ebenfalls auf einer Umkehrung der üblichen städtebaulichen Herangehensweise und hat in einem ersten Schritt die Sicherung der freiräumlichen und landschaftsstrukturellen Qualitäten vorgesehen. „(…) we asked not ‚where to build?‘ but ‚where not to build? How to abstain from architecture?‘ (…) And then we said, ‚the rest we will surrender to chaos.‘“[2092]

Dieses Grundkonzept haben die De Geyter Architects beispielhaft auf die Region Flemish Diamond, ein Gebiet zwischen Antwerpen, Brüssel, Ghent und Leuven, übersetzt. Resultat dieser Arbeit sind verschiedene Planungsstrategien, die auf den neun unterschiedlichen formal-konzeptionellen Kompositionen SHIFT, OVERLAY, INSERT, HIDE, FRAME, FOUND, CONNECT, ARRAY und ADD beruhen.

Als Planungsmittel werden topografische Darstellungen des neu entworfenen kollektiven Raumkonzepts sowie Modelle, Collagen und Fotomontagen verwendet. Die Klarheit und Aussagestärke der Darstellungsart verfolgt dabei das Ziel, die planerischen Inhalte auch als klare politische Aussage zu kommunizieren.

Im Gegensatz zu dem später beschriebenen Planungsansatz von *Zwischen Stadt Entwerfen,*[2093] welcher auch gesellschaftliche, prozessuale Zusammenhänge der Raumproduktion mit einbezieht, beschränkt sich der Ansatz von *After-Sprawl* (wie bereits der Wettbewerbsbeitrag für Melun-Sénart) auf das Formal-Räumliche. „Ausgehend von der Feststellung, dass wirtschaftlich und gesellschaftlich komplexe Entwicklungen ausserhalb planerischer Kontrolle liegen, vertritt OMA (in Bezug auf den Entwurf für Melun-Sénart; Anm. Kurath) eine zunächst defensive Planungshaltung. (…) Der planerische Einflussbereich wird beschränkt auf ausgesuchte, repräsentative Teile von Stadt, (...): im Falle von Melun-Sénart auf die Landschaft, die zum zentralen Element der neuen Stadt wird.“[2094] Damit weist die Herangehensweise Parallelen zum Ansatz des *Handbuchs zum Stadtrand*[2095] auf, bei welchem die qualifizierenden Eingriffe ebenfalls auf einer rein gestalterisch-formalen Ebene erfolgen.

[2090] Koolhaas (1995), S. 961-971.
[2091] Ebenda, S. 973; De Geyter Architects (2002), S. 15.
[2092] Ebenda, S. 977.
[2093] Bormann et al. (2007).
[2094] Ebenda, S. 125.
[2095] Lampugnani et al. (2007).

8.5.3 Übersetzung auf das Alpenrheintal – FRAME

Wie bereits bei den übrigen bereits behandelten Planungsansätzen hält sich auch hier die Übersetzung des Planungsansatzes auf das Mittlere Alpenrheintal strikt an die methodische und planerische Vorgehensweise und Darstellungsart des Originals. In einem ersten Schritt sind die räumlichen Strukturen des Alpenrheintals untersucht und in den Kategorien Gebauter Raum, Infrastrukturen, Negativer Raum, Landwirtschaft, Natur und Wasser dargestellt worden.[2096]

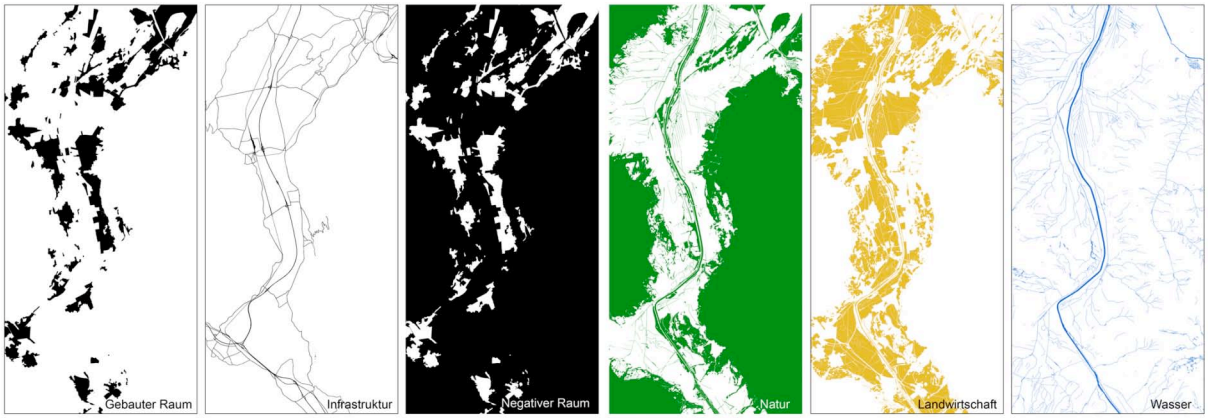


Abb. 200: Darstellung der Raumkategorien nach *After Sprawl* am Beispiel des Alpenrheintals (eigene Darstellung).

Am Beispiel des Alpenrheintals zeigt sich, wie bereits in den Untersuchungen der De Geyter Architects, dass der negative Raum dominiert und sich der Planungsansatz von *After-Sprawl* auch zur räumlichen Reorganisation des Alpenrheintals eignet. Analog zur Vorlage ist von den neun erprobten Raumkonzepten das Konzept FRAME auf das Mittlere Alpenrheintal übertragen worden.[2097] Dieses Konzept eignete sich im Vergleich zu den übrigen am besten in Bezug auf das Alpenrheintal, weil sich im Lauf der Zeit Gebiete mit grosser ökologischer und szenografischer Qualität neben hochgradig dispersen Siedlungsgebieten gebildet haben. Um die Qualitäten der naturnahen Gebiete zu sichern und das Nebeneinander von gebautem und kollektivem Raum langfristig aufrechtzuerhalten, sieht das Konzept FRAME vor, den Kontrast und die Charakterzüge zwischen dem bebauten und nicht bebauten Raum zu unterstreichen und zu stärken. In der Zone des bebauten Raums, in welchem sich die Siedlungsgebiete und die Infrastrukturen bereits nachhaltig verankert haben, soll in die Raumproduktionsprozesse nicht weiter qualifizierend eingegriffen werden. „(…) the sprawl is granted amnesty.“[2098] Im Gegensatz dazu wird den Gebieten mit wertvollen Kulturlandschaften sowie szenografischen und ökologischen Qualitäten ein Bauverbot auferlegt.[2099] Dies soll den negativen Raum zu einem zusammenhängenden, einheitlichen neuen Ganzen zusammenführen und dessen kulturlandschaftlichen Bestand konservieren.

[2096] Kategorien Raumkategorien gemäss *After-Sprawl*. De Geyter Architects (2002), S. 46.
[2097] Ebenda, S. 213.
[2098] Ebenda, S. 213.
[2099] Ebenda, S. 213.



Abb. 201: Konzept FRAME im Mittleren Alpenrheintal. Dunkelgrün dargestellt der FRAME, weiss die Ausdehnungsfläche des Siedlungsgebiets, hellgrün der neue kollektive Raum (eigene Darstellung, Pixelkarte 1:25'000 BA Landestopografie).

Der Übergang zwischen dem gebauten und dem negativen Raum wird durch ein drittes Element, eine in den Raum eingeschriebene eigenständige Zone, ausformuliert. Der FRAME stellt gleichzeitig eine wahrnehmbare Raumstruktur dar, welche die zukünftigen räumlichen Transformationen rahmt und innerhalb des sich stetig wandelnden Siedlungsgefüges eine neue Konstante bildet.

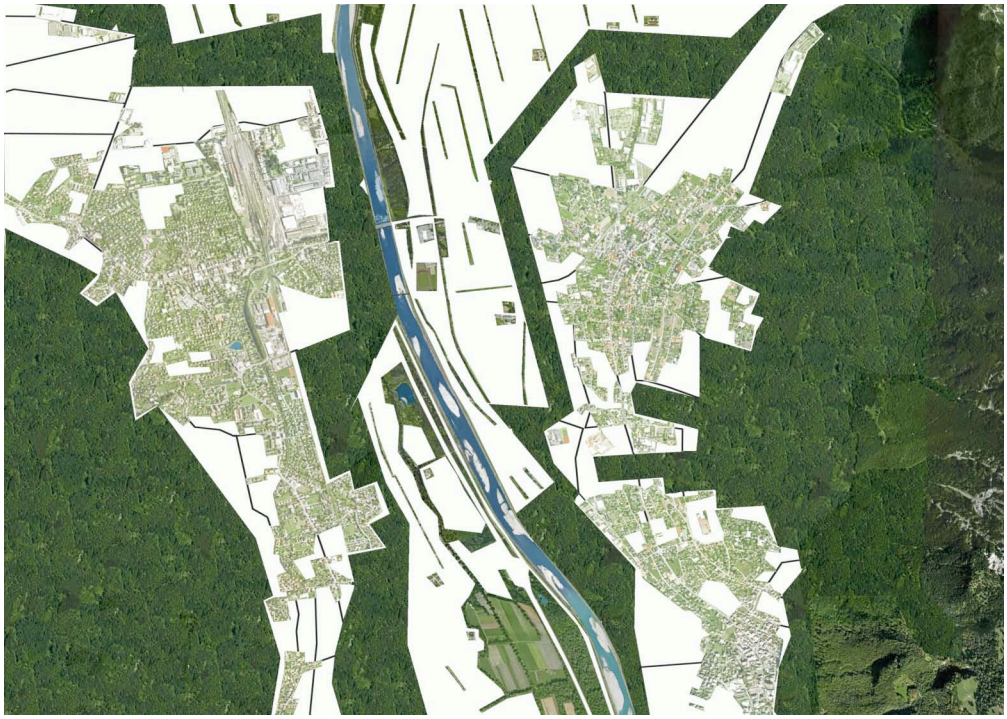


Abb. 202: Zoon-In mit Schaan und Buchs. Dunkelgrün dargestellt der FRAME, weiss (aussen) die Ausdehnungsfläche des Siedlungsgebiets, in der MItte der neue kollektive Raum (eigene Darstellung, Google Maps).

Das Konzept FRAME hat den strategischen Vorteil, dass sich die Siedlungsgebiete nur innerhalb der Zone des gebauten Raums weiter ausdehnen können. Bei einem anhaltenden Wachstum würde dies zu einer zunehmenden Verdichtung innerhalb dieses Raums führen, während der kollektive Raum unmittelbar daneben als Komplementärraum Platz für Freizeit, Erholung und naturnahe Landschaften bietet.

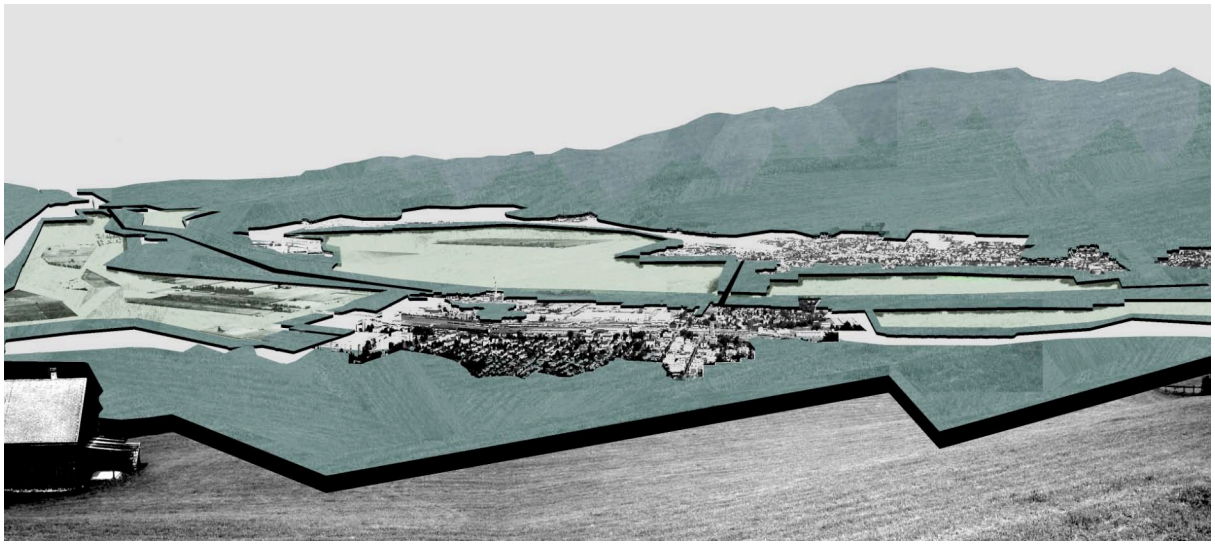


Abb. 203: Collage des Mittleren Alpenrheintals mit Schaan und Buchs (Darstellung Cisar, Kurath).



Abb. 204: Der kollektive Raum mit bestehenden Elementen westlich von Schaan in seinem eingefrorenen Zustand (Darstellung Cisar, Kurath).



Abb. 205: Der FRAME als Trennungszone und räumliches Element zwischen der Zone des gebauten Raums und des kollektiven Raums am Beispiel Hilti Werk II, Schaan (Darstellung Cisar, Kurath).



Abb. 206: Der kollektive Raum wird in seinem eingefrorenen Zustand zur Konstante und setzt einen Kontrast zu den alltäglichen Raumentwicklungen des Siedlungsgebietes (Darstellung Cisar, Kurath).

8.5.4 Beurteilung *After-Sprawl*

8.5.4.1 Qualifizierung der Stadtlandschaft

• Qualifizierung als Stadtregion

Der Ansatz der De Geyter Architects zielt wie der Ansatz des *Handbuchs zum Stadtrand* auf die räumliche und strukturelle Verbesserung der Stadtlandschaften ab. In Umkehrung zum *Handbuch zum Stadtrand* konzentriert sich *After-Sprawl* in Anlehnung an die morpho-typologischen und morpho-strukturellen Eigenarten der Stadtlandschaften auf die Reorganisation und Restrukturierung des negativen Raums. In einer Umdeutung des Raums „Dazwischen" zu einem Raum der „Kohäsion" und des „Kollektiven" rückt die regionale Massstäblichkeit und die Qualifizierung der räumlichen Vernetzungen in den Vordergrund. In der klaren Trennung des gebauten und bebaubaren vom ökologisch und landschaftlich wertvollen Raum findet, wie am Beispiel des Alpenrheintals aufgezeigt, einerseits eine klare räumliche Diversifizierung, andererseits auch eine Entflechtung der Nutzungen statt. Die Entflechtung führt zu räumlicher Übersichtlichkeit und Klarheit, weniger aber zu räumlichen Mehrwerten durch Nutzungsüberlagerungen. Mit der Konservierung des kollektiven Raums wird ein in direkter Beziehung zum Siedlungsraum stehender Kompensationsraum geschaffen, der die unmittelbar angrenzenden Lebens- und Arbeitswelten qualifiziert. Innerhalb des Siedlungsgefüges werden auf einer lokalen Ebene dafür gestalterisch wie auch planerisch kaum Mehrwerte oder Qualitäten geschaffen. Während sich der Ansatz auf den grossen, regionalen Massstab konzentriert, wird die Mikroebene vernachlässigt. Anreize zur Steigerung der ökonomischen Potenz der Stadtlandschaften werden, ausser dass die Stadtplanung innerhalb der Siedlungsgebiete nicht mehr regulatorisch, räumlich-qualifizierend eingreifen will, keine geschaffen.

Kriterien: Qualifizierung der Lebens- und Arbeitswelt / Verbesserung der Erreichbarkeit / räumliche Diversifizierung / Mehrwert durch Nutzungsüberlagerungen / Steigerung der ökonomischen Potenz der Zwischenstadt / ganzheitliche Ausrichtung

• Qualifizierung des Raums

Auf einer städtebaulichen, regionalplanerischen Ebene verhilft *After-Sprawl* zumindest in den Planwelten der Übersetzung auf das Alpenrheintal zu einer auf den ersten Blick überzeugenden Verdeutlichung der Grenzen und Übergänge der ausdifferenzierten Räume und Zonen. Über die Einführung des kollektiven Raums wird sowohl eine räumliche Stärkung des öffentlichen Raums geschaffen als auch die räumlichen Zusammenhänge, wie am Beispiel des Alpenrheintals dar-

gestellt, deutlich verbessert. Über die Einführung der Zone des FRAME können durch präzise Setzungen lokale Rahmungen des Bestandes vorgenommen werden, die zusätzliche Identifikationsorte schaffen. Auf der lokalen Massstabsebene ist ansonsten kaum eine räumlich-gestalterische Qualifizierung zu erwarten.

Kriterien: Schaffung von Identifikationsorten / Verdeutlichung von Grenzen / Schaffung von Kohärenz / Stärkung des öffentlichen Raums

• Qualifizierung der Symbolwelt der lokalen Kultur / Baukultur

Ähnlich wie Lampugnanis Ansatz geht der Planungsansatz aus einer klassisch-städtebaulichen morphologischen und typologischen Betrachtungsweise hervor, ohne die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse und Verknüpfungen ihrer Produktion zu berücksichtigen. In dieser Reduktion erfolgt eine Loslösung der Raumstrukturen von den Zusammenhängen ihrer lokalen Produktionsbedingungen. Eine Überformung dieser Raumstruktur zu einem kollektiven „Ideal"-Raum und eine Überlagerung dessen auf einen zu qualifizierenden Raum negiert die tatsächlichen Eigenarten des Alpenrheintals. Eine Qualifizierung der lokalen Kulturlandschaften kann dadurch nicht erfolgen.

• Qualifizierung naturnaher Räume

Die Eingrenzung der Siedlungsflächen durch das Element des FRAME hat innerhalb des Siedlungsgebiets Verdichtungen zur Folge. Gleichzeitig bleiben durch das Einfrieren bestehender Kulturlandschaften szenografisch und ökologisch wertvolle Räume erhalten. Dies schafft zumindest auf einer regionalen Planungsebene nicht nur einen haushälterischen Umgang mit Grund und Boden, sondern bildet strukturell zusammenhängende Freiflächen. Wegen der Nutzungsentflechtungen von Stadtlandschaft und Kulturlandschaft findet jedoch keine ökologische Aktivierung besiedelter Flächen statt. Eine Steigerung der Biodiversität und Sicherung ökologischer Ausgleichsflächen hat gemäss den Strategien des Planungsansatzes ausserhalb des bebaubaren Raums zu geschehen. Die Resträume innerhalb der Siedlungsflächen liegen dadurch trotz vorhandener ökologischer Potenziale weiterhin brach.

Kriterien: Haushälterischer Umgang mit Grund und Boden / zusammenhängende Freiflächen schaffen / ökologische Aktivierung besiedelter Flächen

• Qualifizierung der gesellschaftlichen und räumlichen Eigenarten und Unterschiede des Alpenrheintals
Aus den Argumentationen der Publikation *After-Sprawl* zeigt sich, dass De Geyter Architects wirtschaftlich und gesellschaftlich komplexe Entwicklungen ausserhalb planerischer Kontrolle sehen.[2100] Die Ebene gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse wird im Rahmen der After-Sprawl-Strategien entsprechend aussen vor gelassen, weshalb eine Qualifizierung nicht auf den gesellschaftlichen/soziotechnischen Eigenarten des Alpenrheintals aufbaut. Zur Qualifizierung des Raums behilft sich der Ansatz städtebaulich- und architektonisch-räumlicher Mittel. Diese bauen wie bereits beschrieben nicht auf den vorhandenen lokal-räumlichen Eigenarten auf, sondern widerspiegeln vielmehr das Ideal einer Stadtlandschaft.
Kriterien: Einbezug vorhandener lokal-räumlicher Potenziale / Einbezug vorhandener gesellschaftlicher Potenziale

8.5.4.2 Rückübersetzbarkeit der Planwelten und Planungsstrategien

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung
Die De Geyter Architects haben sich zum Ziel gesetzt, über eine Überformung des negativen Raums eine räumliche Strukturveränderung zu bewirken. Bei dieser Überformung verstehen sie Stadtplanung und Architektur zudem als eine politische Disziplin, welche die Verantwortung einer räumlichen Qualifizierung der Stadtlandschaft auf sich trägt. In diesem „faith in architecture and urban planning as political disciplines“[2101] und in den visuellen Darstellungen zeigt sich eine klare Positionierung und Haltung, die jedoch wenig Verhandlungsspielraum aufweist. Anstatt mit den Dynamiken gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse zu arbeiten, versucht der Ansatz von *After-Sprawl* diesen auszuweichen. Die Architekten gehen davon aus, dass in den Zonen des negativen Raums die Realisierungschancen einer räumlichen Reorganisation und Restrukturierung besser stehen und sich die Akteure und Aktanten im Gegensatz zu den Akteuren und Aktanten im gebauten Raum ihrer Bestimmung fügen. Wie in der vierten Mikrostudie der Entstehungsgeschichte der A13 im Rheintal rekonstruiert worden ist, ist auch der negative Raum als Kulturlandschaft von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen geprägt, welche gegenüber planerischen Forderungen dieselben Abgrenzungen und Kontroversen vorweisen kann wie die Aushandlungsprozesse im gebauten Raum. In dieser Aufstellung verkennt der Planungsansatz ähnlich wie das *Handbuch zum Stadtrand* die Bedeutung gesellschaftlicher Aus-

[2100] Bormann et al. (2005), S. 125.
[2101] De Geyter Architects (2002), S. 32.

handlungsprozesse und die tatsächlichen Möglichkeiten und Grenzen der Architekten und Planer innerhalb der gesellschaftlichen Produktion von Raum.

Kriterien: Klarheit der Aufgabenstellung, Bewusstsein gesellschaftlicher Verwebung planerischer Intentionen / Rolle der Planer und Architekten im Planungs- und Rückübersetzungsprozess

• Partnergewinnung

Die Darstellungen der Strategien sind klar, prägnant und zeigen unmissverständlich die räumlich-qualifizierende Wirkung auf. Die Ausdruckstärke der Planwelten wirkt auf den ersten Blick entsprechend polarisierend. Die strategischen Rahmenbedingungen schaffen jedoch gleichzeitig Anreize, welche Akteure und Aktanten auf verschiedenen Ebenen ansprechen. So schafft die Thematisierung und Einführung des kollektiven Raums neue Freiheiten und Qualitäten, welche sich als attraktivitätssteigernd für den Wohn- und Lebensraum zeigen. Die Amnestie des Sprawls wiederum spricht einer Liberalisierung der Raumpolitik das Wort.[2102] Mit einer geschickten Verhandlungsstrategie wie: „Deregulierung des gebauten Raums gegen Sicherung eines kollektiven Raums“ lassen sich zwar Allianzen aufbauen, welche eine solch rigide Raumkonzeption unterstützen. Voraussetzung bei dieser Art der Partnergewinnung ist allerdings, dass die jeweils massgeblichen Akteure und Aktanten von beiden Situationen profitieren, damit stabile, ausgeglichene Win-Win-Situationen aufgebaut werden können, die Einzelne nicht bevor- oder benachteiligen.

Kriterien: Ausdrucksstärke der Planwelten, Mehrfachlesbarkeit des städtebaulichen / architektonischen Konzepts, Möglichkeit der Partizipation, Aufwand zur Partnergewinnung

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung

Die Übersetzung des Planungsansatzes auf das Alpenrheintal zeigt, dass die Planungsstrategie FRAME ihre räumliche Wirkungen nur entfaltet, wenn eine vollumfängliche Rückübersetzung der entworfenen Raumstrukturen in die Siedlungswirklichkeit erfolgt. Die entwerferische Überformung und Überlagerung auf das Alpenrheintal offenbart jedoch zahlreiche Kontroversen und Konflikte, welche die Realisierungschancen des Planungsansatzes stark infrage stellen. Auch wenn bei diesem Planungsansatz davon ausgegangen wird, dass die Kulturlandschaften

[2102] Ebenda, S. 213.

weniger gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zwängen ausgeliefert sind, zeigt bereits der Entwurf des Konzepts FRAME für das Alpenrheintal das Gegenteil auf. Grundeigentümer, Vertreter der Landwirtschaft, Unternehmen mit hohem Raumbedarf und die übrigen von den Restriktionen eines kollektiven Raums betroffenen Akteure und Aktanten werden sich gegen planerische Intentionen wehren, welche die eigenen Interessen wie Eigentum, Gewohnheiten, Bestand oder Nutzungen nicht wahren.

Dieser Sachverhalt zusammen mit einem fehlenden Verständnis anderen Raumvorstellungen gegenüber sowie fehlende Diplomatie im Vorgehen erschweren den Aushandlungsprozess und die Rollenbildungen massgeblich. Die Allianzfähigkeit des Planungsansatzes ist dadurch ähnlich wie beim *Handbuch zum Stadtrand* äusserst begrenzt.

Kriterien: Diplomatie der Architekten und Planer / Verhandlungsspielräume innerhalb des städtebaulichen/architektonischen Konzepts / Erweiterbarkeit/Integration neuer Akteure und Aktanten

Bewährungsprobe/Verhandlungsabbruch

Wie die Mikrostudie A13 aufzeigt, weisen grossmassstäbliche, räumliche Strukturen eine Unzahl gesellschaftlicher Verknüpfungen auf, die über viele Jahre hartnäckig ausgehandelt wurden und sich zahlreichen Bewährungsproben stellen mussten. Erst dies sicherte eine erfolgreiche Rückübersetzung der Planungsbestrebungen in die Siedlungswirklichkeit. So erforderte beispielsweise der zunehmende Verkehrsdruck der 1950er-Jahre verkehrstechnische Lösungsansätze. Diese gewannen an politischem und gesellschaftlichen Rückhalt, da sie gleichzeitig wirtschaftlichen Aufschwung und bessere Lebensqualität versprachen. Der Bund als Allianzpartner hat zudem für eine enorme Stabilität der schrittweisen, grenzüberschreitenden Verknüpfungen von Allianzpartnerschaften über die gesamte Zeitspanne der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse gesorgt.

Die Strategie FRAME des Planungsansatzes von *After-Sprawl* ist zumindest räumlich und strukturell mit einem Neubau der A13 zu vergleichen. Damit die Allianzen für eine solche neue grenzüberschreitende Raumstruktur die unzähligen bevorstehenden Bewährungsproben auch bestehen, müssten ähnlich stabile Rahmenbedingungen für das Konzept FRAME geschaffen werden. Nur mit raumbezogenen Argumenten, ohne zusätzliche wirtschaftliche, kulturelle, soziale, ökologische, individuelle Interessen einzubinden, lassen sich planerische und entwerferische Ziele kaum erreichen, da keine Win-Win-Situationen geschaffen werden können. Einseitig nur auf räumliche Aspekte ausgerichtete Planwelten werden sich innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse nicht bewähren und drohen in den Archiven entsorgt zu werden.

Kriterium: Anfälligkeit des städtebaulichen/architektonischen Ansatzes für Verhandlungsabbruch

8.5.4.3 Robustheit der Planungsstrategie

• Robustheit der Planungsstrategie in Bezug auf stadtlandschaftliche Transformationen	
Das städtebauliche Konzept FRAME weist enormes räumlich-gestalterisches Qualifizierungspotenzial auf. Als grenzüberschreitende räumliche Figur bindet FRAME den Raum ganzheitlich zusammen und rahmt einzelne landschaftsräumliche Szenografien. Im Test zeigt sich die gewählte Grossmassstäblichkeit des Eingriffs als erstaunlich robust. Dem aufgrund der räumlichen Transformationen stetigen Wandel der Kulturlandschaft stünde die angestrebte Konstanz und Präsenz des FRAME gegenüber, die unabhängig von Wachstum und Schrumpfung des Siedlungsgefüges eine notwendige Gelassenheit gegenüber räumlichen Veränderungen zu garantieren scheint.	
Kriterien: Qualifizierende Wirkung der Massnahmen in Bezug auf ein Siedlungswachstum / qualifizierende Wirkung der Massnahmen in Bezug auf eine Siedlungsschrumpfung	

8.4.5 Fazit

After-Sprawl zeichnet sich wie kein anderer der diskutierten Ansätze durch seine konzeptionelle und strategische Klarheit und Verständlichkeit aus. Den Raum nicht mehr länger über das Gebaute, sondern über Landschaftselemente des Freiraums zu strukturieren – die Umkehrung der herkömmlichen Herangehensweise also –, wirkt auf den ersten Blick überzeugend.

In den Analyseschritten des Ansatzes, bei welchen der Untersuchungsgegenstand in unterschiedliche Raumstrukturen aufgegliedert wird, reduziert sich die Komplexität der Wirklichkeit. Mit diesem Arbeitsschritt lösen sich die gesellschaftlichen Raumproduktionsbedingungen von den räumlichen Strukturen. Diese Vereinfachung erleichtert eine entwerferische und konzeptionelle Überhöhung einzelner Strukturen der Kulturlandschaft, da abgesehen von den im Zentrum der Entwurfsinteressen der Architekten stehenden Faktoren keine weiteren berücksichtigt werden müssen. Mit dieser Ausblendung der gesellschaftlichen Verwebungen des Raums weist der Ansatz der De Geyter Architects Parallelen zum Ansatz des *Handbuchs zum Stadtrand* auf.

Wie beim *Handbuch zum Stadtrand* entfaltet sich die Problematik des Ausblendens gesellschaftlicher Zusammenhänge der Raumproduktionen in der Phase der Rückübersetzung der Entwürfe in die Siedlungswirklichkeit in dem Moment, in welchem die Planwelten auf Eigentumsverhältnisse, bestehende Nutzungen, Bedürfnisse oder anderweitige Nachfrage treffen. In dem Moment wo die Konzepte von

After-Sprawl aus der disziplinären Innensicht als universale Lösungsansätze und damit als Ideale zur Behebung der räumlichen Defizite der Stadtregionen angesehen werden, verfügt der Planungsansatz über wenig Verhandlungsspielraum. Ebenfalls integriert der Planungsansatz nebst räumlichen keine weiteren sozialen, kulturellen, finanziellen, wirtschaftlichen oder politischen Interessen und schafft diesbezüglich auch keine Anreize, welche die notwendige Allianzbildung zugunsten des Planungsansatzes mit betroffenen Akteuren und Aktanten langfristig und stabil fördern könnten.

Wie beim *Handbuch zum Stadtrand* wird dieses Beharren auf den disziplinären Eigeninteressen im Rahmen der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse zu Verhandlungsabbrüchen führen, die, wenn überhaupt, nur fragmentarische Rückübersetzungen der planerischen Intentionen in die Siedlungswirklichkeit zur Folge haben werden. Stellt man sich die Strategie FRAME am Beispiel des Alpenrheintals in nur bruchstückhafter Umsetzung vor, zeigt sich, dass der Ansatz von *After-Sprawl* damit unweigerlich und umittelbar seine gesamte ursprüngliche Ausstrahlungs- und Wirkungskraft verliert.

Ähnlich wie beim Ansatz des *Handbuchs zum Stadtrand* gehen die Verfasser von *After-Sprawl* folglich davon aus, dass eine schönere Stadt gleichzeitig eine bessere Stadt darstellt. Abgesehen von der offensichtlichen Rückübersetzungsproblematik – darüber, wie die schönere Stadt auch eine prosperierende Stadt werden kann, schweigen sich die Verfasser von *After-Sprawl* ebenfalls aus.[2103]

[2103] Vgl. Eisinger, Kurath (2008), S. 172.

8.6 *Zwischen Stadt Entwerfen*

8.6.1 Motivation und Ziel – Der neue Blick

Michael Koch, Alex Wall, Oliver Bormann, Astrid Schmeing und Martin Schröder kritisieren in ihrer Publikation *Zwischen Stadt Entwerfen*[2104] einleitend den tradiert professionellen Blick heutiger Stadtplanung, der das Konglomerat abertausender Entscheidungen aktueller Raumproduktionsprozesse nicht mehr zu durchdringen vermag und sich vom scheinbaren räumlichen und funktionalen Chaos einschüchtern lässt.[2105] Die Verfasser kritisieren offen die Art und Weise, wie sich Planung und Städtebau in den letzten 20 Jahren diesen Realitäten zugewendet haben. Der „New Urbanism" versuche, den Realitäten der Zwischenstadt tradierte Bilder entgegenzusetzen, während „Form als Form"-Konzepte in einer Überschätzung der Wirksamkeit der Architektur versuchen würden, „das architekonische Objekt landen zu lassen und so eine Art ‚Bilbao-Effekt' auch noch an der unbedeutendsten Autobahnausfahrt zu inszenieren".[2106] Die übrigen Planungsansätze würden im Gegensatz zum einstigen Gesamtgestaltungsanspruch eine entwerferische Verantwortung für den Raum mehrheitlich vermissen lassen. Dies habe im planerischen Umgang mit der Zwischenstadt zu einer Art „urbanisme automatique"[2107] geführt, bei dem Programme und Qualität getrennt wurden.[2108]

Alex Wall und Michael Koch verstehen *Zwischen Stadt Entwerfen* denn auch als eine Einladung, über die Komponenten und Konturen sowie über Werkzeuge des heutigen Städtebaus nachzudenken. *Zwischen Stadt Entwerfen* will entsprechend „ein Plädoyer sein für das urbanistische Experiment, dafür, retrospektiven Typologien folgende Konzepte durch topologisch massgeschneiderte Strategien zu ersetzen. (…) Dabei verdienen spontane und temporäre urbane Aneignungsprozesse eine besondere Aufmerksamkeit – als Boten für möglicherweise Kommendes in Zeiten des Umbruchs – als Zwischen-Räume und Zwischen-Töne der Zwischen-Stadt."[2109]

Im Zentrum von *Zwischen Stadt Entwerfen* steht „der neue Blick", der sich nicht nur mit der Lesart der Elemente und Raumzusammenhänge der Zwischenstadt auseinandersetzt, sondern sich auch mit der notwendigen Interaktivität von Planungsprozessen, dem planerischen und gestalterischen Handeln und den transformativen Raumproduktionsprozessen beschäftigt.[2110]

„Vers un Urbanisme Culturel" ist das Ziel und die Motivation der Arbeit. Dieser Ansatz fordert einen Städtebau, der sich entwerferisch auf die kulturelle Eigenart des Vorgefundenen einlässt, ohne sie jedoch unkritisch zu bejahen. „Das bedeutet, (…) letztlich also ein Arbeiten mit und nicht gegen die Realitäten."[2111] In diesen Formulierungen zeigt sich eine Verwandtschaft zu Caminadas Vorgehen, der ebenfalls entwerferisch Vorhandenes miteinander verknüpft, so die architektonischen und planerischen Interessen in bestehende Handlungsketten einwebt und diese zugunsten eigener Ziele verlängert.

[2104] Bormann et al. (2005).
[2105] Ebenda, S. 10.
[2106] Ebenda, s. 11.
[2107] Dijkstra (1997), S. 18.
[2108] Bormann et al. (2005), S. 95.
[2109] Ebenda, S. 11.
[2110] Ebenda, S. 47.
[2111] Ebenda, S. 43.

Die Verfasser von *Zwischen Stadt Entwerfen* sehen denn auch ähnlich wie Caminada die architektonische Leistung in der „Kopplung der (nicht durch den Architekten bestimmten) Programme an einen eigenen, konzeptionell scharf ausgeleuchteten Raum".[2112] Dabei gehe es darum, funktionale und gesellschaftliche Aspekte über das Medium des strukturierenden Raums zu beeinflussen und auszudrücken.[2113] Explizit wird dabei ein Aufeinanderzubewegen der planerischen Disziplinen gefordert. Auch wenn sich Planung und Architektur durch die Geschichte der Ausbildung im deutschsprachigen Raum seit einem Vierteljahrhundert separiert habe, erscheine dies gerade vor dem Hintergrund der Zwischenstadt untrennbar. „Planen ist letztlich nicht zu trennen von einer formalen Verantwortung."[2114]

8.6.2 Vorgehen und Mittel – Topologisches Entwerfen von Raumstruktur und Prozess

Entsprechend dem Verständnis einer Entwurfshaltung, die sich mit der Eigenart des jeweiligen städtebaulichen und gesellschaftlichen Kontexts auseinanderzusetzen hat, sei auch die Frage nach geeigneten Entwurfswerkzeugen und Methoden ein offenes Experiment. Instrumente und Verfahren sind auf die spezifischen, örtlichen Bedingungen abzustimmen. „Um sich aus dem Dilemma einer autistischen Planungshaltung, in welcher weder Funktionen noch Planungsschritte in ihrem Zusammenhang begriffen werden, zu befreien, sind interaktive, handlungsbezogene Strategien notwendig, die der Planerschaft aus der eigenen fachgebundenen Isolation helfen und den Nutzern die Möglichkeiten von Gestaltung in Bezug auf ihre Ziele und Wünsche begreiflich machen."[2115]

Die Publikation *Zwischen Stadt Entwerfen* beschreibt denn auch eine Reihe spezifischer, aber erfolgsversprechender Planungskonzepte und Entwurfsstrategien, die sich aus der Auseinandersetzung mit den Eigenarten der Stadtlandschaften und einer lokalen städtebaulichen Praxis entwickelt haben. Der Möglichkeitsraum urbaner Aneignung und das Temporäre als eine Form neuer Urbanität sind in *Zwischen Stadt Entwerfen* ein zentrales Thema.[2116] Die Erkenntnis, dass bei Stadtentwicklungsprojekten in den wenigsten Fällen noch mit einer Realisierung am Stück zu rechnen sei, erfordere „Strategien zum Umgang mit der Leere und zur Überbrückung sich endlos ausdehnender Umsetzungsprozesse".[2117]

Die Verfasser von *Zwischen Stadt Entwerfen* verweisen in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, Zwischennutzungen oder programmatische Anreicherungen zu initiieren, die neue Nutzungszusammenhänge, aber auch neue Formen von öffentlichem Raum generieren können. Damit bilden transformative, städtebauliche und regionalplanerische Strategien den Mittelpunkt eines Planungsansatzes von *Zwischen Stadt Entwerfen,* welcher die Stadtlandschaften als (Kultur)Landschaften versteht und bei dem die zeitliche Komponente von Landschaft im Vordergrund steht und bildhafte Vorstellungen ergänzt oder gar ersetzt.[2118]

[2112] Ebenda, S. 173.
[2113] Ebenda, S. 173.
[2114] Ebenda, S. 174.
[2115] Ebenda, S. 88.
[2116] Ebenda, S. 87.
[2117] Ebenda, S. 112.
[2118] Ebenda, S. 145.

In der Ergänzung solcher Bottom-up-Strategien, die insbesondere kulturelle Eigenarten gestalteter Stadtlandschaften fördern, wird im Sinne eines „raumplanerischen Entwerfens“ die frühe Integration konzeptioneller Raum- und Strukturentwürfe in den Planungsprozess gefordert.[2119] Dies stellt die zweite Komponente einer ganzheitlichen Regionalentwicklung dar, die insbesondere in der Verantwortung entwerferischer Disziplinen steht.

Die Kombination aus Top-down- (Raumstruktur) und Bottom-up-Verfahren (Prozess), beides auf der Eigenart der Stadtlandschaften aufbauend, ist bei *Zwischen Stadt Entwerfen* zentral,[2120] da eine interaktive, den Nutzer einbeziehende Methodik nicht von der Frage der räumlichen Konzeption entbinde.[2121] „Jenseits städtebaulicher Typologien geht es (beim Ansatz von *Zwischen Stadt Entwerfen;* Anm. Kurath) deshalb eher um ein topologisches Entwerfen: Um das Antizipieren von Zukünften in jeweils konkreten Situationen – um konzeptionelle Massarbeit, die die erwähnten Spielräume offen und Veränderungen zulässt.“[2122]

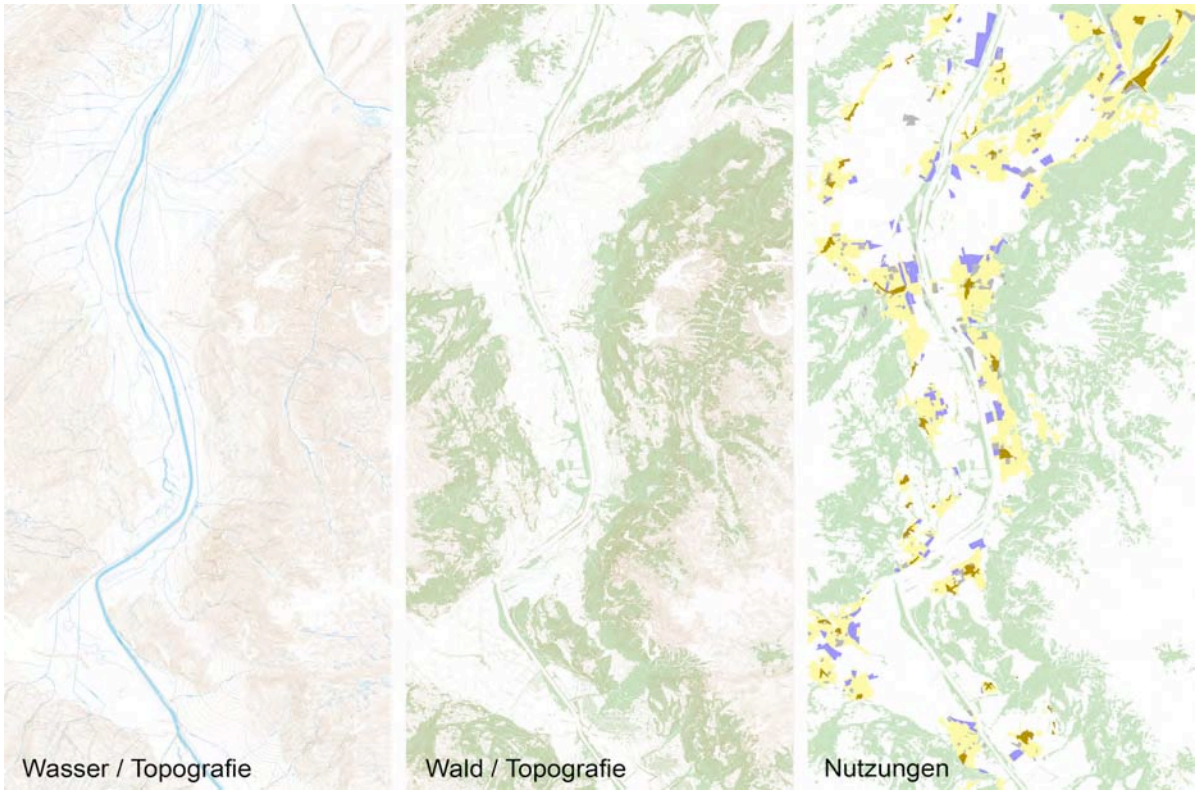


Abb. 207: Auswahl bestehender raumstruktureller und programmatischer Potentiale zur ganzheitlichen Qualifizierung des Mittleren Rheintales (Datengrundlage Pixelkarte 1:25'000 BA Landestopografie, Eigene Darstellung).

8.6.3 Übersetzung auf das Alpenrheintal

Analog zum Abschnitt „Lesart“ in *Zwischen Stadt Entwerfen* hat in einem ersten Schritt der Übersetzung eine Auseinandersetzung mit den vorgefundenen Elementen (DNA der Zwischenstadt) und den bestehenden Raumzusammenhängen des Mittleren Alpenrheintals stattgefunden.[2123]

[2119] Koch, Schröder (2006).
[2120] Bormann et al., S. 105.
[2121] Ebenda, S. 119.
[2122] Ebenda, S. 175.
[2123] Ebenda, S. 15ff.

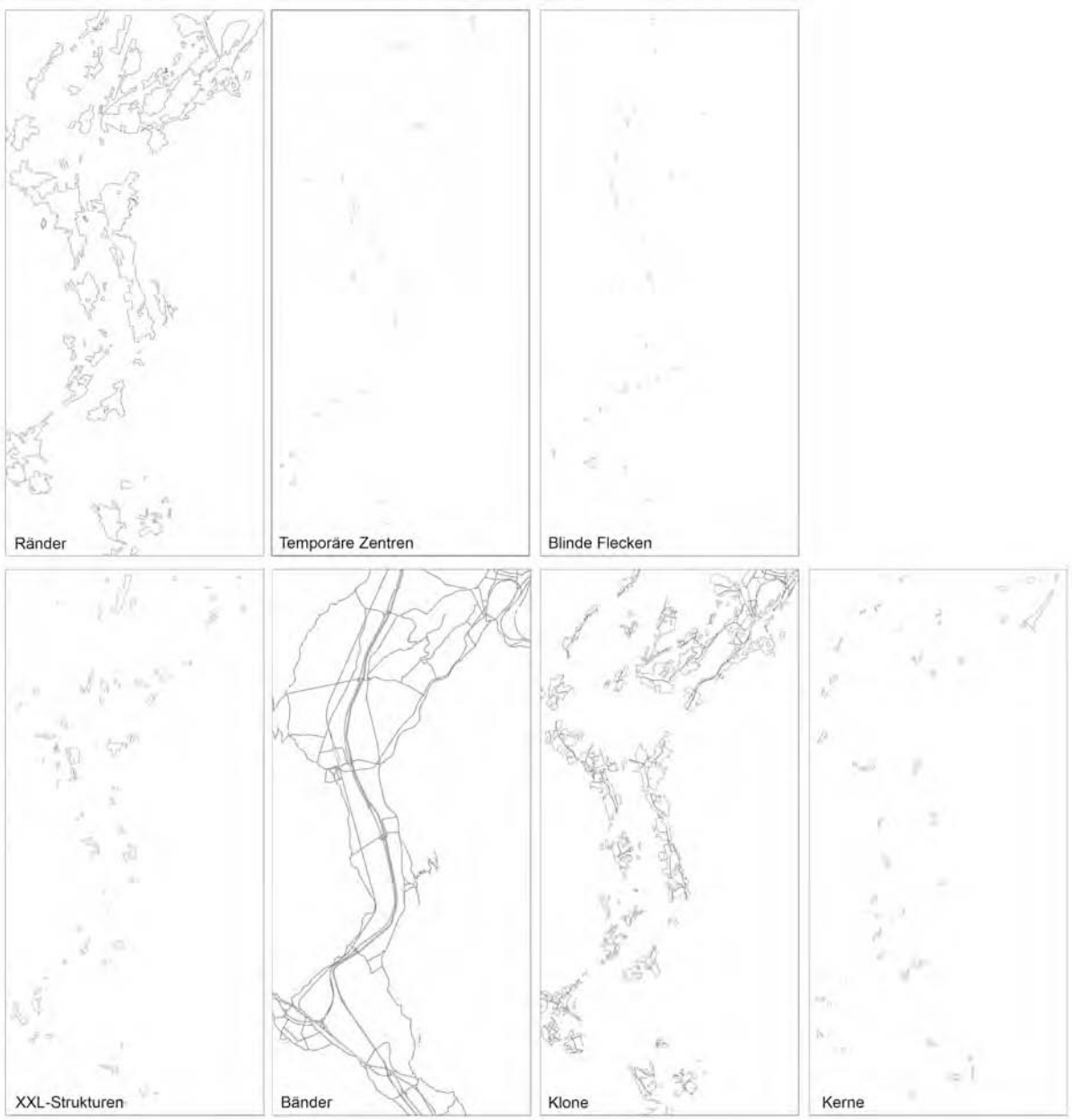


Abb. 208: „DNA der Zwischenstadt“ in Anwendung auf das Alpenrheintal zwischen Sargans und Feldkirch (Datengrundlage Pixelkarte 1:25'000 BA Landestopografie, eigene Darstellung).

Die Untersuchung des Mittleren Alpenrheintals zeigt die hohe Präsenz der mehrheitlich aus Einfamilienhaussiedlungen bestehenden „Klone“ im Alpenrheintal auf. Die dichteren „Kerne“ weisen weitaus geringere Ausmasse auf. Das Alpenrheintal weist aufgrund soziotechnischer, aber auch topografischer und raumstruktureller Gegebenheiten eine relativ weite Streuung des Siedlungsgefüges mit entsprechend grossen Grünraumanteilen innerhalb der Siedlungsstrukturen auf. Typisch für Stadtlandschaften ist das Alpenrheintal durch die „Ränder“ als fraktalen Kontaktlinien von „Stadt“ und „Land“ geprägt. Die disperse Grundfigur wird durch die „Bänder“ in Form der Hauptstrassen, der A13 und des Alpenrheins zusammengehalten.

In der Auseinandersetzung mit den Raumzusammenhängen des Mittleren Alpenrheintals zeigt sich ein durch die Hauptinfrastrukturen „komprimierter Raum“. Die durch die Hauptinfrastrukturen verbundenen öffentlichen Programme führen zu einer „entflochtenen Öffentlichkeit“.

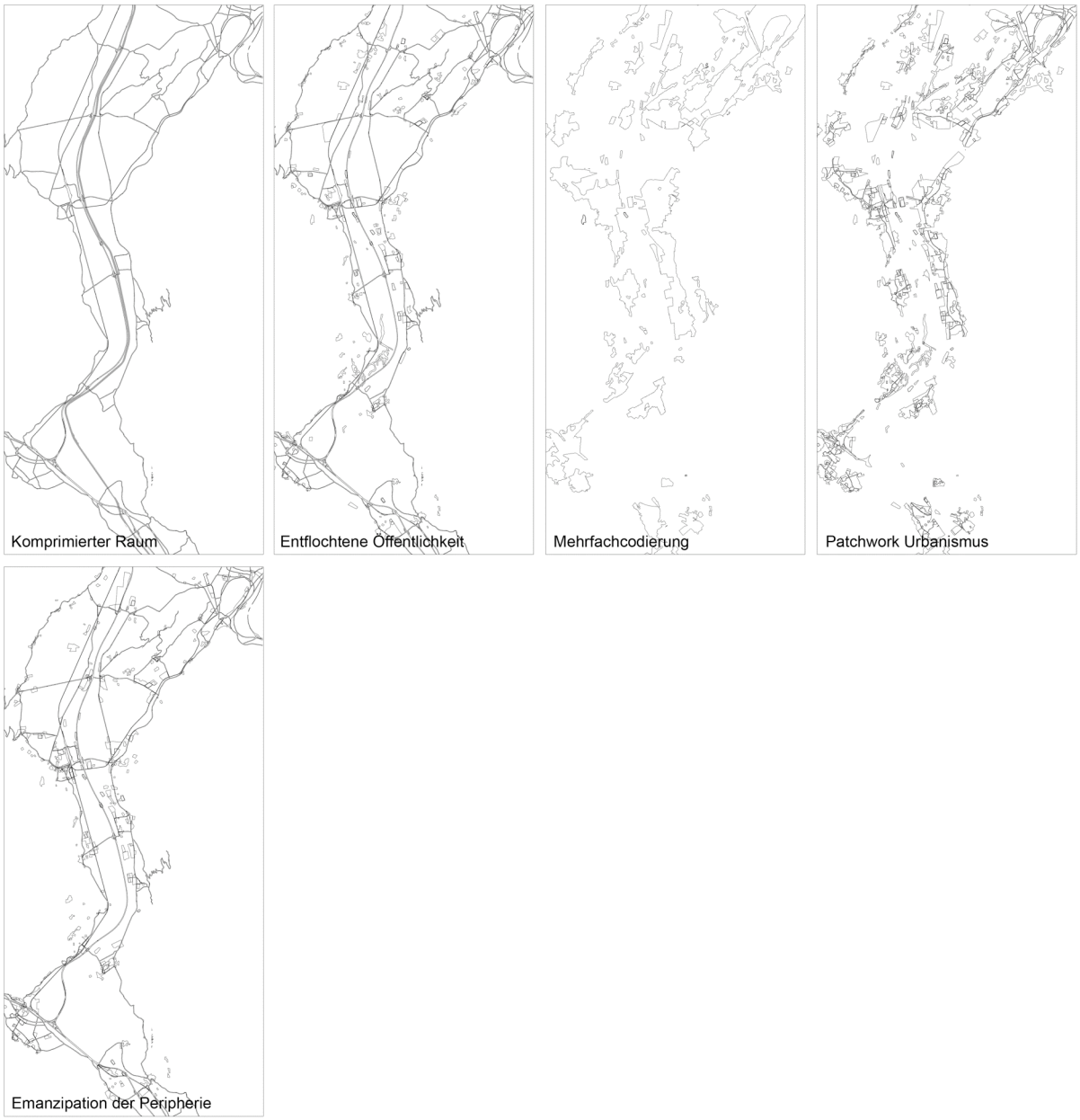


Abb. 209: „Raumzusammenhänge“ in Anwendung auf das Alpenrheintal zwischen Sargans und Feldkirch (Datengrundlage Pixelkarte 1:25'000 BA Landestopografie, eigene Darstellung).

Die gegenseitige Durchdringung und Abhängigkeit von Landwirtschaft, Gewerbe, Wohnen und Freizeit hat eine „Mehrfachcodierung“ zur Folge, in der eine eindeutige Definition von Stadt und Landschaft nicht mehr möglich ist. Ebenso zeigt sich im Untersuchungsgebiet ein disperses Patchwork aus überwiegend homogenen Strukturen. An den Knotenpunkten des Verkehrs befinden sich neue Zentren als autarke, kontextnegierende Attraktoren von überregionaler Bedeutung.[2124]

Basierend auf diesen Erkenntnissen, den Erkenntnissen aus der Auseinandersetzung mit den Werken I und II der Hilti AG in Schaan sowie der Entstehungsgeschichte der A13 ist ein Raumkonzept entworfen worden, das affirmativ mit den bestehenden Elementen und Raumzusammenhängen umgeht und auf einer entwerferischen Ebene bestehende Raumstrukturen, Programme und Strategien miteinander verknüpft. Die Darstellung des regionalplanerisch und städtebaulich/landschaftsarchitektonisch

[2124] Vgl. Ebenda, S. 15-29.

ausgerichteten Planungsansatzes bezieht sich auf die gesamte Region Mittleres Alpenrheintal, insbesondere die beiden Gemeinden Buchs SG und Schaan. Im Zentrum der affirmativen Entwurfshandlung[2125] steht das Stärken vorhandener Stärken auf der raumstrukturellen wie auch der programmatischen Ebene.[2126]

• Alpen-Rhein-KONZEPT

Die topologisch entworfene Grundkonzeption für das Alpenrheintal basiert auf den drei planerischen Ebenen Alpen-Rhein-PARK, -RÄNDER und -BRENNPUNKTE, die übereinandergelagert ein verdichtetes, mehrfach lesbares und adaptierfähiges Raumkonzept ergeben. Das Alpen-Rhein-KONZEPT verfolgt das Ziel, die räumlichen Zusammenhänge zu qualifizieren, sowie deren Eigenarten zu stärken. Dies soll über gesellschaftliche Allianzbildungsprozesse und informelle Aneignungen, sowie bewusst gesetzte landschaftsräumliche und städtebauliche Anreize geschehen, welche die Stadtlandschaft im Laufe der Zeit und im Sinne des Raumkonzeptes anreichern.[2127] Über diese Bestrebungen lassen sich die Qualifizierungsabsichten in die Siedlungswirklichkeit übersetzen. An diesen aus unterschiedlichen Raumebenen zusammengesetzten, skizzenhaften, konzeptionellen Entwurf sollen auch zukünftige und noch unvorhersehbare Programme gekoppelt werden. Ziel des Planungsansatzes ist damit nicht nur eine räumliche Qualifizierung, sondern auch eine gezielt geförderte und gestärkte wirtschaftliche, kulturelle, soziale und ökologische Prosperität der Stadtlandschaft Alpenrheintal.

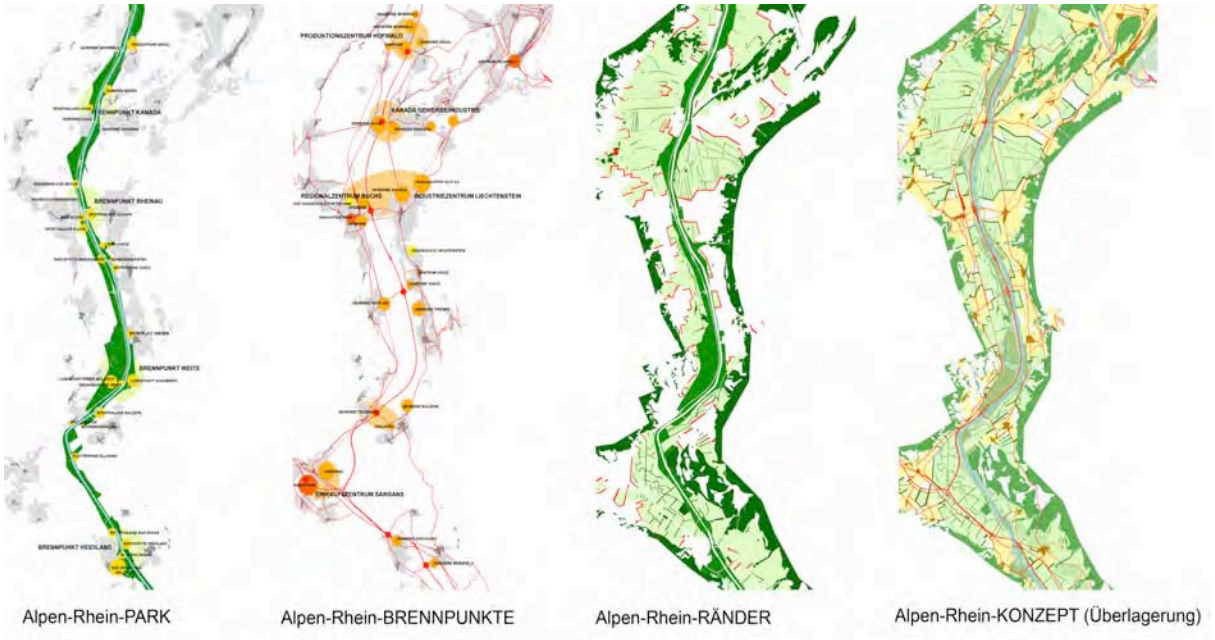


Abb. 210: Planerische Ebenen des Alpen-Rhein-KONZEPTES, die über die Vernetzung des Raumes, Qualifizierung von Übergängen und Stärken vorhandener räumlicher wie programmatischer Potentiale eine ganzheitliche städtebauliche Qualifizierung und Prosperität der Stadtlandschaft Mittleres Alpenrheintal anstreben (Datengrundlage Pixelkarte 1:25'000 BA Landestopografie, eigene Darstellung).

[2125] Ebenda, S. 120.
[2126] Ebenda, S. 121.
[2127] Ebenda, S. 59; Ebenda, S. 155.

• Alpen-Rhein-PARK
(Überregionale Raumstruktur)

Eine spezifische Eigenart des Mittleren Alpenrheintals stellt das Nebeneinander des korrigierten Alpenrheins, der A13 und der diese Strukturen begleitenden Waldgebiete dar. Wie im Zusammenhang mit der Planung und dem Bau der A13 auf der schweizerischen Seite beschrieben, stehen diese Elemente in einem unmittelbaren Zusammenhang zueinander und sind Resultat jahrzehntelanger gesellschaftlicher Aushandlungs- und Übersetzungsprozesse.[2128]

Mit der zunehmenden Bedeutung des Waldes und den ebenfalls zunehmenden Restriktionen bezüglich der Waldnutzung zeigt sich in diesem Nebeneinander des Alpenrheins, der A13 und der Waldgebiete eine stabile gesellschaftliche Allianz, die sich in der Mitte des mittleren Rheintals räumlich prägnant abzeichnet. Im Laufe der Zeit haben sich in den entstandenen Zwischenzonen und Resträumen Programme wie Pontonier-Vereinslokalitäten, Vereinsschiessanlagen, aber auch Schwimmbäder sowie weitere Sport- und Freizeitanlagen angesiedelt. Auf dem Gemeindegebiet von Vaduz befindet sich mit dem Rheinparkstadion sogar ein Sportstadion mit 4’500 Zuschauerplätzen. Die Rheindämme mit deren Begleit- und Unterhaltsstrassen werden heute intensiv als Fahrrad-, Wander- und Skatingstrecken genutzt, die das Alpenrheintal über mehrere Dutzend Kilometer für den Langsamverkehr zugänglich machen und vernetzen.

Dieses Nebeneinander der linearen Raumstrukturen mit programmatischen Anreicherungen und ihren spezifischen, gesellschaftlichen Hintergründen und Rahmenbedingungen ist geradezu dazu prädestiniert, als überregionales, konzeptionelles Element regionalplanerisch und städtebaulich weitergedacht zu werden.

Entsprechend werden diese linearen Raumstrukturen hier konzeptionell zusammengefasst. Sie sollen in Zukunft als Alpen-Rhein-PARK gestärkt werden. In der überregionalen Raumkonzeption übernimmt der Alpen-Rhein-PARK die Funktion eines zentralen Freizeit- und Naherholungsraums und bildet das Rückgrat des Alpenrheintals. Die emergente Gestalt der bestehenden Strukturen wird entsprechend konzeptionell aufgenommen, entwerferisch ergänzt und gestärkt.

Die formale Festlegung des Alpen-Rhein-PARKS nimmt dabei einerseits Rücksicht auf Rahmenbedingungen wie Grundbesitz, Nutzungsbestimmungen, gesellschaftliche Verwebungen, verwendet diese soziotechnischen Festlegungen aber andererseits als Anreiz für weitere Inszenierungen, Aneignungen und Anreicherungen, welche die bestehenden Freizeit- und Naherholungsnutzungen ergänzen und bereichern. In überregionalen gegenseitigen Abstimmungen unter den Gemeinden sollen zukünftige Freizeitanlagen in diesem Raum angelagert werden und über eine feinmaschigere Vernetzung des Alpen-Rhein-PARKs mittels Fussgängerstegen und Fahrradtraversen miteinander verknüpft werden. Mit einer erwarteten zunehmenden Bedeutung des Alpen-Rhein-PARKs für das Alpenrheintal und dem gesteigerten Mehrwert für die Wohn- und Arbeitswelten könnte langfristig zumindest stellen-

[2128] Siehe vierte Mikrostudie, „ A13 Autobahnabschnitt Haag–Trübbach“.

weise eine Verbreiterung des Rheinbeets oder eine freiere Flussführung der Binnenkanäle im Gebiet des Alpen-Rhein-PARKs angestrebt werden.

• Alpen-Rhein-RÄNDER
(Lokale Raumstrukturen)

Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den bestehenden Landschaftsstrukturen des Alpenrheintals zeigt verschiedene räumliche und raumbildende Potenziale auf, die im Rahmen einer räumlichen Qualifizierung der Stadtlandschaft Alpenrheintal ebenfalls entwerferisch weiterentwickelt und gestärkt werden können.[2129] Durch die Melioration, die Rhein- und Binnenwasserkorrektionen sowie eine intensive landwirtschaftliche Nutzung des gewonnenen Landes haben sich entlang der Parzellengrenzen, Drainagen, Kanäle und Erschliessungen lineare Landschaftsstrukturen entwickelt, die aufgrund eines zusätzlichen Bewuchses mit Hecken und Bäumen landschaftlich und räumlich prägend sind.

Diese kulturlandschaftlichen Elemente sollen zur weiteren Gliederung der regionalen Raumstrukturen gestärkt und ergänzt werden. Insbesondere eignen sich die Leitstrukturen dazu, Übergänge der landwirtschaftlich genutzten Kulturlandschaft zum Siedlungsgefüge zu thematisieren und zu bezeichnen sowie heterogene Räume zusammenzubinden. Gleichzeitig verbessert eine Ergänzung und Stärkung dieser Leitstrukturen eine Vernetzung des Grünraums und leistet damit einen Beitrag zur Verbesserung des genetischen Austauschs der Fauna und Flora und zur Stärkung der Biodiversität innerhalb der Stadtlandschaften. Indem über diese Vernetzungen Fauna und Flora unmittelbar an bestehende Siedlungen geführt werden und diese teilweise durchdringen, wird auch eine Stärkung vorhandener naturräumlicher (Rest-)Räume innerhalb des Siedlungsgebiets angestrebt. Als neue Möglichkeitsräume programmatisch mit Spielplätzen, öffentlichen Aufenthaltsorten und Erholungszonen aufgewertet, bilden die gestalteten Übergänge zusätzliche lokale Angebote, die insbesondere für nicht-motorisierte Bewohnergruppen wie Kinder und Senioren einen gut erreichbaren Mehrwert innerhalb ihrer Lebenswelt bieten würden.

• Alpen-Rhein-BRENNPUNKTE
(Punktuelle Raumstrukturen regionaler Bedeutung)

Im Laufe der Jahrzehnte haben sich auf der schweizerischen wie auf der liechtensteinischen Seite des Mittleren Alpenrheintals verschiedene Dienstleistungs-, Industrie- und Gewerbe-Cluster gebildet mit regionaler, aber auch internationaler Ausstrahlungskraft. Beispielsweise ist zwischen Mels und Sargans direkt an der Autobahnausfahrt der A13 und A3 ein Einkaufszentrum entstanden mit mehreren Grossverteilern und Möbelhäusern. Die Gemeinden Balzers, Schaan oder Buchs sind zu regional relevanten Gewerbe- und Industriezentren herangewachsen, die einen Grossteil der Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region sicherstellen. Vaduz ist heute ein zentraler Standort für Dienstleistung und Bankenwesen in der Region. Diese zentralen Standorte sollen im Sinne einer Regionalplanung und als regional prosperierende Brennpunkte gestärkt werden. Insbesondere stehen Synergiebildungen und eine Verlängerung der Wertschöpfungsketten im Vordergrund, indem neue, den Bestand

[2129] Proidl (2009).

ergänzende Unternehmungen konzentriert angesiedelt werden. Themenparks innerhalb der Cluster sollen eine Vernetzung mit der interessierten Bevölkerung verbessern und so zu einer Öffnung der Areale zu regionalen Informations- und Lernstandorten mit grossem Wiedererkennungswert führen. Gleichzeitig ermöglichen die gezielten Setzungen und Stärkungen der Brennpunkte eine konzentrierte effiziente Vernetzung dieser durch den öffentlichen Verkehr.

Während die drei raumstrukturellen Ebenen des Entwurfs – Alpen-Rhein-PARK, -RÄNDER und -BRENNPUNKTE – in ihren Rückübersetzungen das Alpenrheintal formen und ordnen sollen, lassen die Zwischenräume gesellschaftliche Aneignungen, Anreicherungen und programmatische Verdichtungen zu. Die Zwischenräume übernehmen im Sinne von Möglichkeits- und Komplementärräumen die gesellschaftlich bedingten inhaltlichen Verschiebungen und Raumproduktionen auf. Durch diese Anreicherungen innerhalb der raumstrukturellen Ebenen sollen diese wiederum Stärkung und Festigung erfahren.

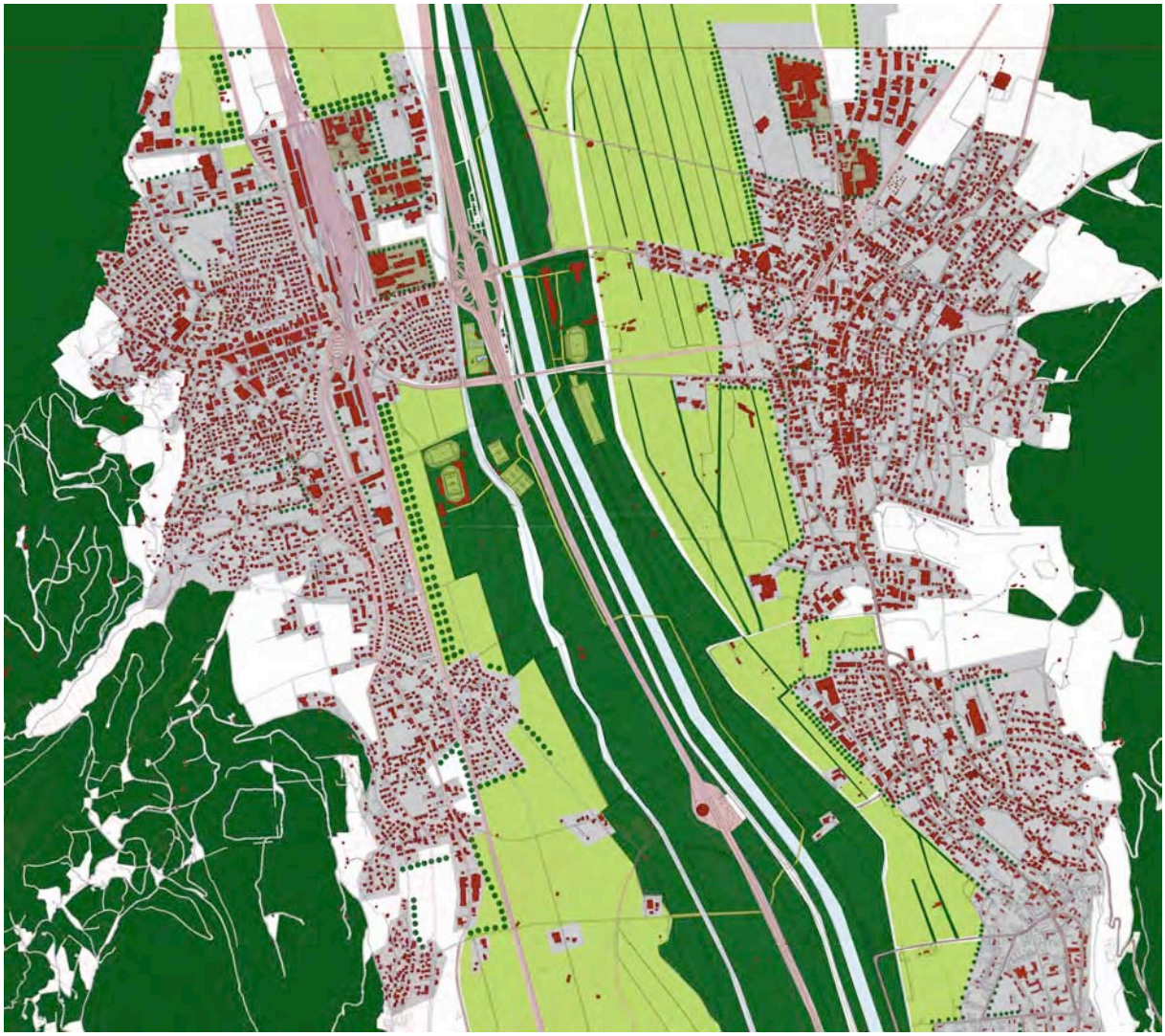


Abb. 211: *Zwischen Stadt Entwerfen* am Beispiel des Gebietes zwischen Buchs SG und Schaan LI. In der Mitte dargestellt der Alpen-Rhein-PARK mit Autobahn A13 und Rhein, bestehenden und ergänzten Raumstrukturen, sowie bestehenden Aggregaten und möglichen Anreicherungen. Grau dargestellt die bestehenden Bauzone. Weiss dargestellt mögliche Erweiterungen. Hellgrün dargestellt die landwirtschaftlich genutzte Übergangszone (Datengrundlage Pixelkarte 1:25'000 BA Landestopografie, Darstellung Cisar, Kurath).



Abb. 213: Mögliche Anreicherung des Alpen-Rheintal-PARK-Konzeptes mit Freizeiteinrichtungen als Aggregate und Ausgangspunkt für Raumentwicklung und Synergieeffekte (Darstellung Cisar, Kurath).



Abb. 214: Der Freizeit-Alpen-Rheintal-PARK als Rückgrat und Naherholungsraum des Alpenrheintals im bereits bestehenden Landwirtschaftsgebiet. In der Bildmitte sind die bestehenden und ergänzten Alpen-Rheintal-BÄNDER erkennbar, die den Siedlungsraum definieren und einen räumlich qualifizierten Übergang schaffen (Darstellung Cisar, Kurath).



Abb. 215: Landschaftsräumlich qualifizierte Übergänge zwischen Naherholungsgebiet und Siedlungsgebiet, verbessern die räumliche Robustheit städtebaulicher Konzepte bei unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten (Darstellung Cisar, Kurath).

8.6.4 Beurteilung *Zwischen Stadt Entwerfen*

8.6.4.1 Qualifizierung der Stadtlandschaft

• Qualifizierung als Stadtregion
Die in *Zwischen Stadt Entwerfen* behandelten Planungsstrategien „beziehen ihre Qualitäten daraus, dass Architekten die Landschaftsentwicklung ganzer Regionen, Landschaftsarchitekten Städtebau und Städtebauer Regionalplanung betreiben“.[2130] Entsprechend bezieht sich die Übersetzung des Planungsansatzes auf die gesamte Region des Mittleren Alpenrheintals. Die Überlagerungen der Raumkonzepte Alpen-Rhein-PARK, Alpen-Rhein-RÄNDER und Alpen-Rhein-BRENNPUNKTE auf die bestehende Stadtlandschaft bewirken eine räumliche Diversifizierung, Artikulierung und spezifisch-lokale Ausgestaltung der Siedlungslandschaft. Dieselben konzeptionellen Überlagerungen der punktuellen, regionalen und lokalen Strukturen schaffen Synergieeffekte zwischen den einzelnen Programmen und Nutzungen. Durch die Förderung von Anreizen und Synergien werden Wertschöpfungsketten verlängert und optimiert. Daraus erfolgt eine Stärkung der ökonomischen Potenz der Stadtlandschaften. Gleichzeitig bilden die Überlagerungen auf einer lokalen Ebene Kompensations- und Möglichkeitssräume zur persön-

[2130] Bormann et al. (2005), S. 173.

lichen und gesellschaftlichen Entfaltung. Aufgrund dieser Nischen erfahren die konzeptionell-formalen Planwelten inhaltliche Anreicherungen, welche die Qualifizierung der Region von der Basis her stärken und stützen. Die regionale Massstäblichkeit des Ansatzes organisiert die ganzheitliche Ausrichtung der Wohn- und Arbeitswelten, stärkt deren Bezug zu intensiv oder extensiv genutzten Freizeitlandschaften sowie zu naturnahen Landschaften und zielt auf eine Verbesserung der Erreichbarkeit der unterschiedlichen Raumangebote für sämtliche Bewohner der Stadtlandschaften ab.

Kriterien: Qualifizierung der Lebens- und Arbeitswelt / Verbesserung der Erreichbarkeit / räumliche Diversifizierung / Mehrwert durch Nutzungsüberlagerungen / Steigerung der ökonomischen Potenz der Zwischenstadt / ganzheitliche Ausrichtung

• Qualifizierung des Raums

Die raumstrukturelle Ausrichtung des Planungsansatzes ermöglicht und fördert eine gestalterische und räumliche Qualifizierung des Raums auf einer regionalen Ebene. So kann eine Qualifizierung des Raums durch die Verdeutlichung von Grenzen, Stärkung des öffentlichen Raums sowie Schaffung räumlicher Kohärenz erreicht werden. Das zeigt insbesondere auch die Übersetzung des Ansatzes auf das Alpenrheintal beim Raumkonzept des Alpen-Rhein-PARKs und der Alpen-Rhein-RÄNDER. Auf der lokalen Ebene gesetzter Attraktoren und Anreicherungen spielt die architektonische Ausformulierung der einzelnen Elemente und Objekte bei diesem Planungsansatz ebenfalls eine zentrale Rolle. Dies verweist darauf, dass eine räumliche Qualifizierung auch auf der lokalen Ebene angestrebt wird. Inwiefern diese in den Planwelten und Strategien vorausgesetzten Qualitäten im Laufe zukünftiger Raumentwicklungen eingefordert werden können, wird in *Zwischen Stadt Entwerfen* weiter nicht thematisiert.

Kriterien: Schaffung von Identifikationsorten / Verdeutlichung von Grenzen / Schaffung von Kohärenz / Stärkung des öffentlichen Raums

• Qualifizierung der Symbolwelt der lokalen Kultur / Baukultur

Der Ansatz von *Zwischen Stadt Entwerfen* sieht einen direkten Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen, raumbildenden Prozessen und dem heutigen Bild der Stadtlandschaften.[2131]Diese würden mittlerweile Geschichten erzählen, welche die Gesellschaft strukturell wi-

[2131] Ebenda, S. 174.

derspiegeln.[2132] Diese Zusammenhänge sind auch in der Übersetzung des Planungsansatzes auf das Alpenrheintal berücksichtigt worden. Die Konzeptionen des Alpen-Rheintal-PARKs wie auch der Alpen-Rheintal-RÄNDER bauen auf dem gesellschaftlichen Hintergrund der entstandenen Kulturlandschaften auf und entwickeln diese weiter. Entsprechend setzen der Planungsansatz wie auch dessen Strategien auf eine Stärkung der Symbolwelt und Baukultur des Bestehenden und Vorgefundenen. Deren Werte werden grundsätzlich affirmativ behandelt, aber dennoch kritisch hinterfragt. In diesem Sinne wird eine Qualifizierung des kulturellen Erbes angestrebt, ohne wie beispielsweise beim Ansatz vom *Handbuch zum Stadtrand* artfremde Elemente als Verweis auf eine vermeintlich „bessere" Welt zu importieren.

• Qualifizierung naturnaher Räume

Die Verfasser von *Zwischen Stadt Entwerfen* lesen Stadtlandschaften als „annähernd perfekte Hybride".[2133] Dabei besetzten das Urbane die Landschaft und die Natur die Stadt. „Die entstehenden Mischformen lassen eine eindeutige Zuweisung zu den klassischen Kategorien ‚Stadt' und ‚Landschaft' kaum noch zu. Freizeit, Erholung und Sport werden integriert, Kläranlagen, Deponien und Militäranlagen siedeln sich an. Umgekehrt werden vermeintlich städtische Areale infiltriert durch unbebaute Restflächen, Gräten und Brachen. Und während die neuen Freizeitlandschaften oftmals frequentierter sind als mancher städtische Platz, versammelt sich in den Gärten der Einfamilienhäuser eine grössere biologische Artenvielfalt als in den monokulturellen Forst- und Agrarfluren."[2134] Die Übersetzung des Planungsansatzes auf das Alpenrheintal setzt sich ebenfalls zum Ziel, die im Alpenrheintal vorgefundenen Hybride aufzunehmen und über die Raumkonzepte Alpen-Rhein-PARK, -RÄNDER und -BRENNPUNKTE zu stärken. Dadurch sollen die landschaftsräumliche Vernetzung gefördert sowie innerhalb wie ausserhalb des Siedlungsgefüges Raum für naturnahe Landschaften und Räume als koexistenzielle Grundlage für Mensch, Flora und Fauna geschaffen werden.

Kriterien: Haushälterischer Umgang mit Grund und Boden / zusammenhängende Freiflächen schaffen / ökologische Aktivierung besiedelter Flächen

• Qualifizierung der gesellschaftlichen und räumlichen Eigenarten des Alpenrheintals

Der Ansatz verfolgt eine Qualifizierung der räumlichen Eigenarten und Unterschiede des Alpenrheintals auf verschiedenen Ebenen. Indem explizit eine Lesart der stadtlandschaftlichen Räu-

[2132] Ebenda, S. 52.
[2133] Ebenda, S. 134.
[2134] Ebenda, S. 134.

me vorgeschlagen und ein neuer Blick darauf gefordert wird,[2135] findet über das verbesserte Verständnis aus der Auseinandersetzung mit der DNA und den Raumzusammenhängen der Zwischenstadt eine Qualifizierung der jeweils spezifisch betrachteten Stadtlandschaft statt. Entwerferisch konzeptionell darauf aufbauend wird eine räumliche Qualifizierung der jeweiligen Eigenarten angestrebt, indem diese gestärkt und ergänzt werden. Dies zeigen der konzeptionelle Entwurf für das Alpenrheintal, der auf der Ebene PARK, RÄNDER und BRENNPUNKTE Eigenarten aufnimmt und formal wie inhaltlich stärkt. Dadurch werden aber nicht nur die Eigenarten gestärkt, sondern auch die jeweils spezifischen Unterschiede. Eine konsequente Berücksichtigung vorhandener Aktor-Netzwerke muss sich auch auf die Raumformen der Konzepte auswirken, wie dies im Rahmen der Überlagerung des Planungsansatzes auf das Alpenrheintal aufgezeigt worden ist. Der Alpen-Rhein-PARK beispielsweise bezieht sich auf bestehende Allianzen, hervorgegangen aus der Melioration, Rheinkorrektion, dem Bau der A13 und späteren Anreicherungen, die sich in Form von Parzellengrenzen, Nutzungen und Programmen abzeichnen. Über ein steigendes Bewusstsein bezüglich der Zusammenhänge räumlicher und gesellschaftlicher Prozesse können vermehrt solche Potenziale aufgedeckt und in Planwelten eingewoben werden.

Kriterien: Einbezug vorhandener lokal-räumlicher Potenziale / gesellschaftlicher Potenziale

8.6.4.2 Rückübersetzbarkeit der Planwelten und Planungsstrategien

• Aufgabenstellung und Rollenerwartung

Die Aufgabenstellung des Planungsansatzes von *Zwischen Stadt Entwerfen* ist klar umrissen. Ziel der Planer und Architekten ist eine Qualifizierung der Stadtlandschaften auf der Ebene der Raumstrukturen und der gesellschaftlichen Prozesse. Weder sei Planung zu trennen von einer formalen Verantwortung, noch lasse sich das architektonische Handeln auf den reinen Formaspekt reduzieren.[2136] Entsprechend berücksichtigen die diskutierten Strategien formal-räumliche Aspekte wie auch Aspekte der Raumproduktion in Bezug auf die gesellschaftlichen Aneignungs- sowie Anreicherungsprozesse und fordern eine inter- und transdisziplinäre Herangehensweise an die jeweiligen Aufgabenstellungen. Entwerfen ist damit immer konzeptionelle Massarbeit, welche Spielräume offen und Veränderungen zulässt.[2137] Der Planungsansatz setzt voraus, dass sich auf einer regionalen Ebene in Bezug auf die unzähligen Aktor-Netzwerke, netzwerkgrenzenüberschreitenden Allianzen und strukturellen Kopplungen unterschiedliche und kontroverse Interessen zugunsten entworfener Raumstrukturen finden lassen. In Bezug auf die

[2135] Ebenda, S. 15; S. 47.
[2136] Ebenda, S. 174.
[2137] Ebenda, S. 173.

erwünschten schrittweisen Aneignungen und Anreicherungen der Raumstrukturen mit programmatischen Inhalten setzen die Entwerfer zudem voraus, dass sich die Raumproduktionsprozesse über das Setzen von Anreizen zumindest zu einem gewissen Grad beeinflussen lassen. Inwiefern dies erfolgreich gelingt, können die Planwelten hier nicht aufzeigen. Zumindest aber zeigt sich, dass die entsprechenden Verhandlungsspielräume für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse innerhalb der formalen Konzeptionen vorhanden sind. Dies unterscheidet den Planungsansatz von *Zwischen Stadt Entwerfen* massgeblich von rein architektonisch-räumlichen und voraussetzenden Ansätzen wie beim *Handbuch zum Stadtrand* oder bei *After-Sprawl.* Inwiefern die Planer und Architekten nach der Phase der Aufgabenstellung langfristig bereit sind, eine proaktive Rolle in den Aushandlungsprozessen einzunehmen, lässt sich der Publikation *Zwischen Stadt Entwerfen* nicht entnehmen. Dies ist jedoch Voraussetzung für eine erfolgreiche Rückübersetzung entwerferischer Intentionen. Entsprechend weist der Ansatz in diesem Bereich noch Klärungsbedarf auf.

Kriterien: Klarheit der Aufgabenstellung, Bewusstsein gesellschaftlicher Verwebung planerischer Intentionen / Rolle der Planer und Architekten im Planungs- / Rückübersetzungsprozess

• Partnergewinnung

Die konzeptionell entworfenen Raumstrukturen bieten einen Ausblick auf eine ferne Zukunft qualifizierter und organisierter Stadtlandschaften. Sie zeigen die Intentionen der Architekten auf und integrieren diese so in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Im Überlagern verschiedener konzeptioneller Ebenen wie beispielsweise PARK, RÄNDER oder BRENNPUNKTE werden zudem verschiedene Wirkungszusammenhänge geschaffen, die integrative Entwurfsfelder entwickeln lassen. „Dabei geht es nicht mehr um gestalterische und räumliche End-Lösungen, sondern darum, Möglichkeitsräume auszugestalten, die beides besitzen: Das Besondere, Charakteristische, Unverwechselbare und das Allgemeine, Zukunftsoffene, Weiterinterpretier- und entwickelbare. Kein ‚anything goes', aber auch kein: ‚so wird's'. Aneignungsmöglichkeiten und Emanzipation sind wichtige Elemente für eine nachhaltige urbane Kultur."[2138] Diese Herangehensweise erfordert eine Mehrfachlesbarkeit und Interpretierbarkeit der Planwelten, welche zudem die bereits vorhandenen Rahmenbedingungen und Interessenlagen aufnehmen oder zumindest nicht gefährden. Diese strategische Ausrichtung auf Partizipations- und Aushandlungsprozesse bedingt eine stetige, proaktive, multilaterale Partnergewinnung zugunsten der entwerferischen und planerischen Interessen.

Kriterien: Ausdrucksstärke der Planwelten, Mehrfachlesbarkeit des städtebaulichen / architektonischen Konzepts, Möglichkeit der Partizipation, Aufwand zur Partnergewinnung

[2138] Ebenda, S. 175.

• Aushandlungsprozess und Rollenbildung

Die programmatische und thematische Ausstaffierung der Raumkonzepte, die auf eine prozesshafte Entwicklung ausgerichtet ist, weist genügend Verhandlungsspielraum auf, um den Rollenbildungsprozess der einzelnen relevanten Akteure und Aktanten langfristig erfolgsversprechend gestalten zu können. Die inhaltliche Anreicherung der entworfenen Raumstrukturen über das Schaffen von Anreizen und Verknüpfungen von Handlungsketten zeigt sich aus der Sicht der Aktor-Netzwerk-Theorie als zukunftsfähig.

Die Erfolgsaussichten der Rückübersetzung konzeptioneller Raumstrukturen wie die der hier am Planungsbeispiel vorgeschlagenen Alpen-Rheintal-PARK, -RÄNDER oder BRENNPUNKTE sind kritisch zu betrachten. Wie die Rekonstruktion der Rheinstrasse/A13 im Alpenrheintal aufzeigt, sind anhaltende Allianzen für grenzüberschreitende grossmassstäbliche Strukturen schwer aufzubauen. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass je mehr Akteure und Aktanten für die Allianzen benötigt werden, sich die Aushandlungsprozesse umso eher verzögern, dadurch instabiler und anfälliger für Verhandlungsabbrüche werden. Am Beispiel des Alpenrheintals kommt erschwerend hinzu, dass die Region über keine bi- oder multilateralen Abkommen der Regionalplanung zwischen Kantonen, Staaten und in Liechtenstein auch nicht zwischen den Gemeinden verfügt. Eine institutionalisierte, grenzüberschreitende Regionalplanung im Sinne einer Zwangspassage für Allianzbildungen würde diesbezüglich die Allianzbildungsprozesse zugunsten von städtebaulichen/regionalplanerischen Konzepten stärken, da über diese Passage planerische Anliegen proaktiv in die Aushandlungsprozesse eingebracht werden können. Indem wie beispielsweise bei der Raumebene Alpen-Rhein-PARK Interessen aus Freizeit, Erholung, Tourismus, Öffentlichkeit mit eingeknüpft werden, lassen sich leichter Allianzen bilden als wenn diese rein räumlich und ästhetisch motiviert sind.

Die Einbeziehung räumlicher wie gesellschaftlicher Eigenarten der Stadtlandschaften in die raumstrukturellen Entwürfe verbessert massgeblich deren Realisierungschancen. Eine Stärkung und Aufwertung bestehender Strukturen und Inhalte ist aus Sicht der Aktor-Netzwerk-Theorie vielversprechender als Neusetzungen gesellschaftlich nicht verankerter Raumvorstellungen. Bezüglich der Bildung, Neuverknüpfung und Umformung bestehender Allianzen ist die in *Zwischen Stadt Entwerfen* beschriebene affirmative Entwurfshaltung erfolgsversprechender als andere, voraussetzende und ideologische Entwurfshaltungen. Die affirmative Entwurfshaltung erfordert allerdings das entsprechende Mass an Einfühlungsvermögen, entwerferische Agilität und Diplomatie, ohne dass dabei eigene Ziele vernachlässigt werden.

Kriterien: Diplomatie der Architekten und Planer / Verhandlungsspielräume innerhalb des städtebaulichen/architektonischen Konzepts / Erweiterbarkeit/Integration neuer Akteure / Aktanten

• Bewährungsprobe/Verhandlungsabbruch

Die Argumentationslinien von *Zwischen Stadt Entwerfen,* die Auslegung des Planungsansatzes, die konzeptionelle Trennung von Struktur/Form und Prozess verweisen auf einen schmalen Grat zwischen affirmativer Verhandlungsbereitschaft und formalen architektonischen, städtebaulichen Voraussetzungen und Bestimmungen. Diese konzeptionelle Aufstellung ist jedoch zwingend notwendig, um gestalterische, räumliche oder sonstige Mehrwerte generieren zu können, ohne einem strukturellen Pragmatismus zu verfallen, dessen konzeptionelle Verflachungen die Chance vertun, „mehr zu sein als formal irrelevante räumliche Erfüllungsgehilfen bestehender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Trends".[2139] Diese Handlungsweise verlangt von den entwerfenden Disziplinen nebst dem Erstellen von konzeptionell und formal stringenten Planwelten und dem Erwarten von Aneignungen und Anreicherungen der Planwelten eine proaktive Mehrarbeit. Die Bewährungsprobe der planerischen Voraussetzungen erfolgt nicht nur über die Bildung der Allianzen. Sie erfordert die Begleitung der Prozesse und kontinuierliche Neuverhandlungen der planerischen Inhalte im gesamten Verlauf der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse. Bezüglich dieser Mehrarbeit macht die Publikation *Zwischen Stadt Entwerfen* kaum Aussagen. Zwar wird die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Rolle der Architekten gefordert. Darüber wie sich diese Rolle ausgestalten sollte, um im Rahmen der Aushandlungsprozesse erfolgreich planerische und konzeptionelle Inhalte einzubringen, werden keine Anmerkungen gemacht. Der neu geforderten Disziplin des „Landscape Urbanism"[2140] aus *Zwischen Stadt Entwerfen* scheint wie auch anderen Planungsansätzen das Bewusstsein für die Rückübersetzungsproblematik planerischer Intentionen in die Siedlungswirklichkeit wie auch das Bewusstsein für die Risikolage des eigenen Handelns innerhalb von Aushandlungsprozessen teilweise zumindest noch zu fehlen. Die konzeptionelle und strategische Ausrichtung der in *Zwischen Stadt Entwerfen* besprochenen Planungsansätze ist in ihrer Grundanlage hingegen wegweisend.

Kriterien: Anfälligkeit des städtebaulichen/architektonischen Ansatzes für Verhandlungsabbruch

8.6.4.3 Robustheit der Planungsstrategie

• Robustheit der Planungsstrategie in Bezug auf stadtlandschaftliche Transformationen

Die qualifizierende Wirkung des Planungsansatzes von *Zwischen Stadt Entwerfen* übersetzt auf das Mittlere Alpenrheintal erfolgt auf einer regionalen Ebene ebenso wie im Rahmen von Anreicherungsprozessen auf einer lokalen Ebene. Die raumstrukturellen Stärkungen haben zur Fol-

[2139] Ebenda, S. 173.
[2140] Ebenda, S. 175.

ge, dass die Heterogenität und Fragmentierung der Stadtlandschaften gerahmt werden und diese strukturieren und vernetzen. Die prägnanten raumstrukturellen Setzungen eignen sich zudem, unvorhersehbare räumliche Transformationen aufzunehmen und innerhalb des städtebaulichen Konzepts zu verräumlichen. Im Falle eines Wachstums oder einer Schrumpfung der Siedlungsfläche behalten die regional ausgerichteten Leitstrukturen wie Alpen-Rheintal-PARK und -RÄNDER ähnlich wie das Konzept FRAME von *After-Sprawl* ihre räumliche Wirkung. Gezielte Anreicherungen werden die Stadtlandschaften inhaltlich stärken. Schrumpfungen lassen neue Möglichkeitsräume entstehen.

Kriterien: Qualifizierende Wirkung der Massnahmen in Bezug auf ein Siedlungswachstum / qualifizierende Wirkung der Massnahmen in Bezug auf eine Siedlungsschrumpfung

8.6.5 Fazit

In der Auseinandersetzung mit der Publikation *Zwischen Stadt Entwerfen* zeigt sich, dass die Verfasser mit ihrem neuen Blick zwei zentrale Anforderungen eines zukunftsfähigen Städtebaus wie Wille zur Gestaltung des Raums und das Bewusstsein gesellschaftlicher Verwebungen der Raumproduktionsprozesse erfüllen. Aufgrund der Erfahrungen des Alltags der planerischen Praxis und der phänomenologischen Auseinandersetzung mit Stadtlandschaften unter anderem angestossen durch Thomas Sieverts Arbeit *Zwischenstadt*[2141] sind so Konzeptionen entstanden, die offen für die Prozesshaftigkeit von Raumproduktionen sind, ohne dabei normative und formale Qualifizierungsstrategien dafür aufzugeben. Die Forderung „Vers un Urbanisme Culturel“ von *Zwischen Stadt Entwerfen* zeigt die Bereitschaft, „die Grenzen der eigenen Disziplin (…) immer neu auszuloten und die Zukunft als Gemeinschaftsprojekt zu begreifen“.[2142]

Die Grossmassstäblichkeit der nach städtebaulichen und regionalplanerischen Kriterien entworfenen Raumstrukturen und die Kleinmassstäblichkeit der innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse zu initiierenden inhaltlichen Anreicherungen kombinieren einen Top-down- mit einem Bottom-up-Ansatz. Durch diese Überlagerungen gelingt es dem in *Zwischen Stadt Entwerfen* diskutierten Planungsansatz, aufzunehmen, dass eine Qualifizierung der Zwischenstadt nicht nur über den Raum, sondern auch inhaltlich über die Förderung sozialer, kultureller, wirtschaftlicher oder ökologischer Prosperitäten erfolgt. In dieser Konzeption sollte es den Planern zukünftig gelingen, die Diskrepanz zwischen normativen Vorstellungen der Planer und Entwerfer und den Realitäten des Alltags zu reduzieren ohne dabei eigene Ziele aufzugeben. Es sind dies die Synergien zwischen Prozess/Inhalt und Raumstruktur/Form, welche einen ganzheitlichen und vor allem zukunftsfähigen Planungsansatz abschliessen.

[2141] Sieverts (2001).
[2142] Koch, Schröder (2006), S. 445.

Ein solch vielschichtig ausgerichteter Planungsansatz erfordert entwerferische Kompetenz im Umgang mit sich verändernden Situationen. Der Ansatz verlangt ebenfalls Diplomatie innerhalb der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse. Wie bei Caminada müssen städtebauliche/architektonische Inhalte möglichst früh durch Architekten und Planung proaktiv in die Aushandlungsprozesse eingebunden werden. Gleichzeitig verlangt der Planungsansatz den tagtäglichen und proaktiven Einsatz der Architekten und Planer und eine regelmässige Standortbestimmung in Bezug auf die räumlichen und inhaltlichen Ziele der städtebaulichen und raumplanerischen Konzeptionen. Dies hat nicht nur in der Phase der Entstehung von Planwelten, sondern über die gesamte Spanne der gesellschaftlichen Zeit vom ersten Kontakt mit Auftraggebern bis zum Setzen der letzten Schraube zu erfolgen. Langfristig ausgelegte städtebauliche, raum- oder regionalplanerische Konzeptionen im Sinne von *Zwischen Stadt Entwerfen* bedürfen also der täglichen Begleitung und nicht einer in der Raumplanung üblichen alle zehn Jahre sich wiederholenden Überprüfung. Gleichzeitig verlangen sie einen kritischen Umgang mit Planungswerkzeugen und Hilfsmitteln, die als Mittler auch unerwartete Handlungsanreize setzen können.

Die Kopplung der Top-down- und Bottom-up-Prinzipien weist einen schmalen Grat zwischen planerischem Erfolg und Misserfolg auf. Der in *Zwischen Stadt Entwerfen* thematisierte Planungsansatz kann genauso aufgrund zu rigider formaler Festlegungen und fehlender Verhandlungsspielräume wie auch aufgrund zu nachgiebiger oder passiver Verhandlungsstrategien scheitern. Ebenfalls erweist sich in der empirischen Auseinandersetzung die Rückübersetzung insbesondere grossmassstäblicher, grenzüberschreitender, landschaftlicher, verkehrlicher wie architektonischer Raumstrukturen aufgrund der hohen Anzahl zu integrierender Akteure und Aktanten als äusserst schwierig und zeitaufwendig. Die konzeptionellen Planungsansätze in *Zwischen Stadt Entwerfen* sind folglich keineswegs Garant für erfolgreiche Rückübersetzungen von Planungsintentionen in die Siedlungswirklichkeit. Indem aber mit den Realitäten der Raumproduktion affirmativ gearbeitet und auf den gesellschaftlichen und räumlichen Eigenarten der vorgefundenen Räume aufgebaut wird, sind die Vorzeichen, einen topologisch, lokal-spezifisch massgeschneiderten und erfolgsversprechenden Weg durch die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse zu finden, vielversprechend gesetzt.

Caminadas Ansatz hat sich zwar auf die Ebene architektonischer Objekte beschränkt, aus deren soziotechnischen Rahmenbedingungen auch die architektonischen, materiellen oder konstruktiven Konzepte hervorgehen. Eine Übersetzung seiner Vorgehensweise innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse auf die städtebauliche und regionalplanerische Ebene könnte jedoch ein Antwort darauf sein, wie das in *Zwischen Stadt Entwerfen* geforderte neue Rollenbild des Architekten und Stadtplaners aussehen könnte, das dazu führt, dass die vielversprechenden städtebaulichen Konzeptionen ihre erfolgreiche Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit finden.

ERKENNTNISGEWINN TESTPLANUNG

9.0 Städtebau der Dissoziationen versus Städtebau der Assoziationen

Die folgende Gegenüberstellung der vier zuvor besprochenen Planungsansätze fasst die jeweilige Eignung in Bezug zu städtebaulichen und raumplanerischen Zielvorstellungen und Kriterien, die im Vorfeld der verbal-argumentativen Beurteilung bestimmt worden sind, grafisch zusammen.[2143] Die Gegenüberstellung ist als Übersicht und Zusammenfassung der vorangegangenen, argumentativen Wertungen zu verstehen.

	Handbuch zum Stadtrand	Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie	After-Sprawl	Zwischen Stadt Entwerfen
Qualifizierung der Stadtlandschaft				
• Qualifizierung als Stadtregion	-	-(+)	++	+++
• Qualifizierung des Raums	+	+	++	++(+)
• Qualifizierung der Symbolwelt der lokalen Kultur / Baukultur	-(+)	+++	-(+)	++
• Qualifizierung natur-naher Räume	-	- (+)	++	+++
• Qualifizierung der gesellschaftlichen und räumlichen Eigenarten	-	+(+)	-	++(+)

[2143] Siehe Kapitel 8.1 Normative Zielvorstellungen und Beurteilungskriterien in Bezug auf Forderungen nach einer Qualifizierung von Stadtlandschaften

Rückübersetzbarkeit des Planungsansatzes				
• Aufgabenstellung und Rollenerwartung	+	+++	+	++(+)
• Partnergewinnung	+	+++	+	++
• Aushandlungsprozess und Rollenbildung	-	+++	-	++
• Bewährungsprobe	-	+++	-	+
• Rückübersetzbarkeit	-	+++	-	++(+)
Robustheit der Planungsstrategie				
• Robustheit der Planungsstrategie in Bezug auf stadtlandschaftliche Transformationen	-	-(+)	+++	++
- Zielvorstellung kaum zu erfüllen, + erschwert zu erfüllen, ++ = gut zu erfüllen, +++ = sehr gut zu erfüllen				

Abb. 2: Übersicht und Zusammenfassung der verbal-argumentativen Bewertung über die Eignung der Planungsansätze anhand bestimmter städtebaulicher und raumplanerischer Zielvorstellungen mit Beurteilungskriterien in Bezug auf Forderungen nach einer Qualifizierung von Stadtlandschaften (eigene Darstellung).

Die Gegenüberstellung der Planungsansätze bezüglich ihrer Eignung zur Qualifizierung der Stadtlandschaften, insbesondere zur Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit, verweist auf Vorteile von Planungsansätzen, wie sie in „Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie“ bzw. *Zwischen Stadt Entwerfen* beschrieben werden. Beide Ansätze ziehen ihre Inhalte aus vorgefundenen räumlichen und gesellschaftlichen Eigenarten und agieren strategisch innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. In der entwerferischen Auseinandersetzung im Mittleren Alpenrheintal entfaltet der von *Zwischen Stadt Entwerfen* vertretene städtebauliche Ansatz aufgrund der gewählten Massstäblichkeit und des gleichzeitigen Zulassens von Aneignungs- und Anreicherungsprozessen seine potenzielle Eig-

nung zur Qualifizierung von Stadtlandschaften zusätzlich.[2144] Im Vergleich dazu sind die Ansätze von *Handbuch zum Stadtrand* und *After-Sprawl* aufgrund von Voraussetzungen, Kontroversen oder fehlendem Verhandlungsspielraum als zukunftsfähige Planungsansätze zur Qualifizierung der Stadtlandschaften und als Anleitung einer lokalen städtebaulichen Praxis eher infrage gestellt (immer in Bezug zu den Bewertungskriterien).[2145] Sie weisen Risiken bezüglich ihrer Rückübersetzbarkeit auf.

Um allen vier Planungsansätzen gerecht zu werden, bedarf diese erste Auslegeordnung jedoch einer differenzierteren Betrachtung. Sie wird aufzeigen, dass für einen ganzheitlichen städtebaulichen Diskurs und eine erfolgreiche lokale städtebauliche Praxis alle vier Ansätze ihre Bedeutung haben.

Ein inhaltlicher Vergleich der Planungsansätze zeigt in erster Linie unterschiedliche Herangehensweisen an die Problemstellung der Qualifizierung urbaner Landschaften. Die Unterschiede offenbaren sich insbesondere in den unterschiedlichen Anknüpfungspunkten an bestehende Handlungsketten und Handlungstheorien inner- und ausserhalb der Disziplinengrenzen von Architektur und Städtebau. Im Folgenden werden deshalb das *Handbuch zum Stadtrand* und *After-Sprawl* unter dem Begriff eines „Städtebaus der Dissoziationen“, Caminadas „Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie“ und *Zwischen Stadt Entwerfen* hingegen unter dem Begriff eines „Städtebaus der Assoziationen“ diskutiert. Diese Unterscheidung soll das Bewusstsein für die Bedeutung verschiedener Herangehensweisen schärfen, um im Anschluss Notwendigkeiten und Abhängigkeiten der Ansätze und Handlungstheorien diskutieren zu können.

An diesem Punkt muss darauf hingewiesen werden, dass bei jeder Kategorisierung eine Trennungsunschärfe besteht. In Anlehnung an Bruno Latour, auf dessen Arbeit sich die Begriffsbildung des Städtebaus der Dissoziationen wie der Assoziationen stützt, sind die Bezüge und Aussagen immer als relativ und nicht als absolut zu verstehen.[2146]

9.1 Städtebau der Dissoziationen

Unter einem *Städtebau der Dissoziationen* wird hier ein Städtebau verstanden, der die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Raumproduktion ausgrenzt, um sich auf disziplinäre Eigeninteressen konzentrieren und diese schärfen zu können.

Das *Handbuch zum Stadtrand* als auch *After-Sprawl* setzen schwerpunktmässig an Handlungsketten und Handlungstheorien an, die innerhalb des Diskurses der Entwurfsdisziplinen Architektur und Städtebau entstanden sind. Dabei konzentrieren sich beide Planungsansätze auf das Entwerfen „idealer“ Raumkonzepte und Planungsstrategien. Beide Planungsansätze gehen davon aus, dass die den Vorstellungen des Denkkollektivs entwerfender Disziplinen entsprechenden Entwurfskonzepte und Planungsinhalte automatisch auch eine ‚bessere’ Welt zur Folge haben.[2147] Als Wertungsgrundlage die-

[2144] Siehe Kapitel 8.4 *Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie*; 8.6 *Zwischen Stadt Entwerfen*
[2145] Siehe Kapitel 8.3 Handbuch zum Stadtrand; 8.5 *After Sprawl*
[2146] Vgl. die Auseinandersetzungen mit der Soziologie des Sozialen und der Soziologie der Assoziationen in: Latour (2007).
[2147] Diese Aussagen stützen sich unter anderem auf Anmerkungen bezüglich disziplinärer Rückbesinnungen auf die Geschichte der Disziplin des Städtebaus, Lampugnani et al. (2007), S. 10; Einschränkung auf den stadträumlichen Aspekt des suburbanen Raums, ebenda, S. 15; der Notwendigkeit, neue Architekturen aus der Modifikation von alten, bestehenden zu entwickeln,

nen dabei normative, innerhalb des Denkkollektivs der Architekten und Städtebauer ausgehandelte Werte, die sich vornehmlich in der Theoriebildung ausformulieren und über fachspezifische Publikationen, Lehre oder Diskurse verbreitet werden. In dieser Darstellung stehen das *Handbuch zum Stadtrand* wie auch *After-Sprawl* in der Tradition disziplinärer Aus- respektive Abgrenzung, für die Bruno Latour in der Auseinandersetzung mit Descartes und Kant die Metapher des isolierten „Geistes in einem Gefäss" verwendet, der sich auf der Suche nach der absoluten Wahrheit von unreinen, subjektiven Verbindungen zur Umwelt zu lösen versucht.[2148]

Die Handlungsketten von De Geyter Architects verweisen bei *After-Sprawl* beispielsweise auf die Fortführung eines städtebaulichen und architektonischen Diskurses der Megastrukturen und der „Architektur als Stadt" in den 1960er- und 1970er-Jahren, der unter anderem an der Architectural Association School of Architecture (AA) in London von Personen wie Peter Cook (Archigram), Peter Smithson (Team X), Charles Jencks, Cedric Price, Adolfo Natalini (Superstudio), Elia Zenghelis (ex-OMA) und Rem Koolhaas (OMA) ausgegangen ist.[2149] Dieser Diskurs ist in den ersten städtebaulichen Projekten des Office for Metropolitan Architecture (OMA) mit Rem Koolhaas und Elia Zenghelis weitergeführt worden, an denen wie bereits erwähnt teilweise auch Xaveer de Geyter beteiligt gewesen ist. Von diesen Auseinandersetzungen geprägt, entwirren De Geyter Architects in *After-Sprawl* mit ihren Strukturanalysen die komplexen räumlichen Zusammenhänge der Stadtlandschaften London, Randstad, Flemish Diamond, Ruhr Cityscape, Switzerland sowie Veneto und gliedern den untersuchten Raum in übersichtliche, aus disziplinärer Sichtweise verständliche Kategorien.[2150] Dabei werden die disziplinenfremden, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen oder ökologischen Interessen und Themengeflechte mehrheitlich ausgegrenzt. Erst dieser Schritt der Vereinfachung ermöglicht es den Entwerfern, einen für sie kontrollierbaren, idealen Lösungsansatz zu finden.[2151] In der entwerferischen Überformung des negativen Raums durch de Geyter Architects lösen sich die isolierten Raumstrukturen endgültig von ihren soziotechnischen Produktionsbedingungen.[2152] Die so geschaffenen Welten überzeugen aus disziplinärer Sicht formal wie auch entwerferisch, weisen aufgrund der Vereinfachungen in Bezug auf die Wirklichkeit jedoch auch zahlreiche Diskrepanzen und Kontroversen auf.

Ähnliches zeigt sich bei der Auseinandersetzung mit dem *Handbuch zum Stadtrand.* Der Rückgriff auf bereits diskutierte und rezipierte Referenzbeispiele aus dem historischen Fundus der Architektur und des Städtebaus deutet auf einen Bezugspunkt der Handlungsketten der Verfasser, der auf eine ausgesprochen historische und innerdisziplinäre Sichtweise verweist.[2153] Dieser Bezug verstärkt sich, wenn man den weiteren Handlungskontext von Vittorio M. Lampugnani verfolgt, der sich als Professor für die Geschichte des Städtebaus an der ETHZ seit mehreren Jahren mit der historischen europäischen Stadt auseinandersetzt und Fakten über die Reflexion von Planwelten und gebauten Objekten erörtert.[2154] Indem in der Handlungsanleitung des *Handbuchs zum Stadtrand* darauf hingewiesen wird,

---

ebenda, S. 16; Universale Modelle des Städtebaus, De Geyter Architects (2002), S. 17; Verständnis von Architektur und Städtebau als politische Disziplin, ebenda, S. 32.

[2148] Latour (2000), S. 33.

[2149] Koolhaas (1995), S. 215.

[2150] De Geyter Architects (2002), S. 33ff.

[2151] Vgl. Bormann et al. (2005), S. 125.

[2152] Siehe Kapitel 8.5.1 Motivation und Ziel – Vom gebauten Raum zum kollektiven Raum.

[2153] Lampugnani et al. (2007), S. 55.

[2154] www.gta.arch.ethz.ch, Zugriff am 11. Mai 2009.

dass im konzeptionellen Schritt des städtebaulichen Entwurfs technische, funktionale, ökonomische, soziologische und politische Interessen ausgeblendet werden, bestätigt sich hier das Bild eines Städtebaus der Abgrenzungen (Dissoziationen) explizit.[2155]

Wie Latour kritisiert, birgt diese disziplinäre Innensicht die Gefahr, dass wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über das Streben nach Objektivierung von den Handlungs- und Übersetzungsketten der Wirklichkeit und damit von ihren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen losgelöst bleiben.[2156] In diesem Sinne von der Aussenwelt getrennt, bauen sich die Disziplinen mit ihren gewonnenen – aus disziplinärer Sicht –, absoluten Erkenntnissen ihren Elfenbeinturm. Dabei positionieren sich die Vertreter dieser Herangehensweise in ihren Elfenbeintürmen geschützt vor der (befürchteten) mangelnden Vernunft der Nicht-Wissenschaftler oder Nicht-Architekten und mit Sicht auf die objektivierte Welt ausserhalb gesellschaftlicher, subjektiver und individueller (Aus-)Handlungsprozesse.[2157] Entsprechend erklärt sich die diesbezügliche Verweigerungshaltung.

Die Lösungsvorschläge von *Handbuch zum Stadtrand* und *After-Sprawl* stehen in der Folge aufgrund ihrer bewussten Loslösung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen diesen kontrovers gegenüber. Wie sich am Beispiel der Übersetzung von *After-Sprawl* auf das Alpenrheintal zeigt, widersetzen sich die konzeptionellen Strukturen des FRAME – obwohl aus disziplinärer Sicht bestens zur Qualifizierung der Stadtlandschaft Alpenrheintal geeignet – sämtlichen bestehenden gesellschaftlichen Interessenslagen und Rahmenbedingungen wie Eigentum, Raumplanung, Gesetz, Nutzung, Grenzziehungen etc. Ähnlich kontrovers verdrängt die Verwendung historischer Referenzen beim Ansatz des *Handbuchs zum Stadtrand* die empirisch nachweisbare Tatsache der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen besagter Referenzen, die sich grundlegend von den im Alpenrheintal vorgefundenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterscheiden. Dieser Umstand verdeutlicht sich beispielsweise an der Referenz auf den Wolkenbügel für Moskau von El Lissitzky aus dem *Handbuch zum Stadtrand,* der in Anlehnung an das Handbuch zur Verdeutlichung der Grenzen in eine spezifische Situation in Schaan transportiert worden ist. Ursprünglich sollte der Wolkenbügel nach dem gesellschaftlichen Umbruch durch die Oktoberrevolution im Jahre 1917 dem politischen Neuanfang und damit dem Kommunismus stadträumlich als Stadttor Ausdruck verleihen.[2158] Auch wenn das *Handbuch zum Stadtrand* den Wolkenbügel auf die Metapher des Stadttors zu reduzieren beabsichtigt, ist die Architektur des Wolkenbügels unweigerlich mit dem gesellschaftlichen Hintergrund ihrer Zeit und Lokalität verbunden. Die Realisierungschancen eines solchen Elements im Alpenrheintal einzig um seiner städtebaulichen Form willen, sind, ohne dass es weitere wirtschaftliche, soziale, kulturelle oder ökologische Funktionen übernimmt, aufgrund mangelnder Anknüpfungspunkte und damit fehlender Allianzfähigkeit äusserst gering. Grundeigentümer, Nachbarn, Nutzer, Politik, Vertreter der Kultur werden sich kaum in die für die Umsetzung notwendigen Allianzen einbinden lassen, da sie den Mehrwert nicht anerkennen können oder wollen, weil auch ihre eigenen Wertmassstäbe nicht denjenigen der Architekten und

[2155] Lampugnani et al. (2007), S. 15.
[2156] Latour (2000), S. 10.
[2157] Ebenda, S. 22.
[2158] Lampugnani et al., S. 200.

Stadtplaner entsprechen.[2159] Das aus gesellschaftlicher Ausdifferenzierung resultierende, systemische Nebeneinander eines Nicht-Verstehens entfaltet dabei seine volle Verhinderungskraft.[2160] Die dadurch entstehenden Provokationen und Konfrontationen verhindern eine Rückübersetzung von planerischen und entwerferischen Intentionen massgeblich. Ein „Krieg der Welten" zwischen den Planwelten der Architekten und der Umwelt (Aussenwelt) ist vorprogrammiert.[2161] Anstatt sich in der Begegnung mit anderen Realitäten diplomatisch zu verhalten und dadurch die Realisierungschancen der eigenen Interessen zu verbessern, sehen sich die Planer und Architekten des Städtebaus der Dissoziationen gezwungen, ihre „idealen" Entwürfe gegenüber ausserweltlichen Interessen zu verteidigen. Anstelle gemeinsam eine „bessere" Welt zu konstruieren, erschöpfen sich die disziplinären Energien oftmals in einem stetigen Hin und Her um den idealen Lösungsansatz.

Dieser Problematik sehen sich die Ansätze von *Handbuch zum Stadtrand* und *After-Sprawl* ausgeliefert, wenn es ihnen im Rahmen einer lokalen städtebaulichen Praxis nicht gelingt, ihre entworfenen Idealbilder in Relation zu den faktischen Realitäten des Alltags zu setzen – die Verbindungen der Planung zur gesellschaftlichen Wirklichkeit wiederherzustellen –, oder, in anderen Worten, es den Ansätzen nicht gelingt, die Diskrepanz zwischen den innerdisziplinären Vorstellungen und den faktischen Realitäten zu reduzieren.[2162] In einem solchen Fall sehen sich die Planungsansätze mit der im empirischen Teil dieser Arbeit entfalteten Rückübersetzungsproblematik von Planwelten konfrontiert. Fehlende Verhandlungsbereitschaft und -möglichkeiten respektive nicht intendierte gesellschaftliche Verwebungen der Planwelten vermindern die Realisierungschancen dissoziativer Bestrebungen massgeblich. Folge ist eine fragmentarische oder gar keine Rückübersetzung von Qualifizierungszielen des Städtebaus der Dissoziationen in die Siedlungswirklichkeit.[2163]

9.2 Städtebau der Assoziationen

Unter einem *Städtebau der Assoziationen* wird hier ein Städtebau verstanden, der sich der gesellschaftlichen Relationen und Aushandlungsprozesse im Zusammenhang mit räumlichen Transformationen bewusst ist und dieses Wissen zur Verbesserung der Realisierungschancen eigener städtebaulicher und architektonischer Interessen proaktiv nutzt.

Die „Neun Thesen für die Stärkung der Peripherie" und *Zwischen Stadt Entwerfen* setzen im Gegensatz zum Städtebau der Dissoziationen an Handlungsketten und -theorien an, die aus Erfahrungen und Erkenntnissen einer lokalen städtebaulichen Praxis gewonnen worden sind. Wie sich am Beispiel von Gion A. Caminada explizit zeigt, ist seine Arbeit zwar mehrfach mit Fragestellungen und Prinzipien der Disziplin der Architektur verbunden. Inhalte aber schöpft Caminada ebenfalls aus dem Alltag gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und vorhandener räumlicher und gesellschaftlicher Eigenarten. Eine ähnliche Bewusstseinsbildung für gesellschaftliche Prozesse zeigt sich bei den Vertretern

[2159] Dieses Aufeinandertreffen unterschiedlicher Interessen wurde bereits in den Rekonstruktionen der Mikrostudien des ersten Teils dieser Arbeit mehrfach aufgezeigt und im Kapitel 7.0 Rückübersetzungsproblematik von Planwelten und Grenzen der Stadtplanung diskutiert.
[2160] Eisinger, Schneider (2003), S. 392.
[2161] Vgl. Latour (2004).
[2162] Eisinger, Kurath (2009), S. 82.
[2163] Vgl. diesbezüglich auch die Habilitationsschrift von Angelus Eisinger, der sich mit dem Städtebau und der Stadtentwicklung in der Schweiz zwischen 1940 und 1970 auseinandergesetzt hat. Eisinger (2004).

von *Zwischen Stadt Entwerfen,* die ihren disziplinären Blick neu ausrichten, um sich mit den gesellschaftlichen Produktionsbedingungen des Raums zu beschäftigen und sich dabei mit Aneignungs-, Umwertungs- oder Anreicherungsprozessen innerhalb der Stadtlandschaften auseinanderzusetzen. Erkenntnisse aus diesen Produktionen werden nicht nur theoretisch verarbeitet, sondern auch in der Praxis getestet und weiterentwickelt.[2164] In dieser Konstellation übersetzen sich die soziotechnischen Rahmenbedingungen der Raumproduktion in die Handlungstheorien der Stadtentwerfer. Die Entwerfer schöpfen ihre Handlungsanreize folglich aus den gesellschaftlichen Handlungsprozessen und knüpfen an diese an. Dieses entwerferische Handeln der Architekten innerhalb der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse führt dazu, dass die entwerferischen und planerischen Ansätze des Städtebaus der Assoziationen im Gegensatz zum Städtebau der Dissoziationen die Verbindungen zu ihrer Umwelt nicht lösen, sondern diese vielmehr als grundlegende und konstituierende Komponenten und Aggregate eines lokalen und topologisch massgeschneiderten Lösungsansatzes verstehen. Die „Neun Thesen für die Stärkung der Peripherie“ und *Zwischen Stadt Entwerfen* verstehen sich damit nicht als Voraussetzung für bessere oder schönere Stadtlandschaften, sondern vielmehr als Mittler, die Anreize für eine räumliche Qualifizierung wie auch eine prosperierende Raumentwicklung schaffen.[2165]

Der Bezug der Planung zu gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen ist bereits im empirischen ersten Teil dieser Arbeit beschrieben worden. In der Empirie hat sich spätestens in der Phase der Rückübersetzung der Planwelten ein Stolperstein der Planung innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse offenbart. Aufgrund fehlender Handlungstheorien hat sich eine grosse Anzahl der Planer und Architekten im Planungsalltag von den Ansprüchen gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse überfordert gezeigt. Als Folge dieser Überforderung haben sich Architekten und Planer in die bequemere Rolle des Moderators eingefügt. Planer und Architekten in der Rolle des Moderators haben es dabei aufgegeben, die eigenen, disziplinären Interessen und Inhalte in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse einzubringen und zu verhandeln.[2166] Dieses Aufgeben demonstriert jedoch nicht die vielfach zitierte Nicht-Planbarkeit von Stadt,[2167] sondern illustriert vielmehr, dass die Planungsdisziplinen die Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichem Kontext und städtebaulichen Vorgehensweisen bis anhin vernachlässigt und sich nicht um deren soziokulturelle und sozioökonomische Beziehungsgeflechte und Strukturen gekümmert haben.[2168] Unbemerkt haben deshalb die Städte nach und nach ihre Konturen verloren. „Angesichts dieser neuen Stadtlandschaft brach der Diskurs moderner Planung vollends in sich zusammen. Er verwaltet seither nur noch seine eigenen Karteien. (…) Sie (die Stadtplanung: Anm. Kurath) wurde ersetzt durch eine neuartige Form von Raumproduktion, die die Stadt nicht plant, sondern herstellt.“[2169] An diesem Punkt vollziehen die Ansätze „Neun Thesen für die Stärkung der Peripherie“ und *Zwischen Stadt Entwerfen* eine Trendwende, indem sie sich mit den gesellschaftlichen Relationen der Planung und der eigenen Rolle innerhalb gesellschaftli-

[2164] Diese Aussage stützt sich auf den hohen Anteil an städtebaulichen Konzepten und konkreten Vorschlägen für angestrebte Raumentwicklungen in der Auseinandersetzung in *Zwischen Stadt Entwerfen,* Bormann et al. (2005).
[2165] Diese Aussagen stützen sich unter anderem auf Anmerkungen bezüglich eines affirmativen Entwerfens, Bormann et al. (2005), S. 120; eines Verständnisses von Stadtlandschaft als Kulturlandschaft, ebenda, S. 137; Vers un Urbanisme Culturel, ebenda, S. 172-177.
[2166] Siehe Kapitel 7.0 Rückübersetzungsproblematik von Planwelten – Grenzen der Stadtplanung.
[2167] Koolhaas (1995), S. 1255.
[2168] Eisinger (2004), S. 310.
[2169] Luchsinger (2008), S. 280.

cher Aushandlungsprozesse auseinandersetzen, sich in den Herstellungsprozess von Raum – insbesondere dessen Figurationen – proaktiv einbinden und damit neue Wege bestreiten.

In der vertieften Betrachtung der Übersetzungsschritte planerischer Interessen in Aktor-Netzwerke und deren Übersetzung in die Siedlungswirklichkeit zeigt sich also, dass im Rahmen eines Städtebaus der Assoziationen trotz komplizierter Zusammenhänge der gesellschaftlichen Wirklichkeit die disziplinäre Rolle des Entwerfers keineswegs zugunsten einer passiven Moderatorenrolle aufgegeben werden muss. Wenn es den Entwerfern gelingt, über eine proaktive Aufgabenstellung, über Partnergewinnung, Aushandlungsprozess und Rollenbildung räumlich-qualitative Inhalte mit wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und ökologischen Inhalten zu Win-Win-Situationen zu verknüpfen, lassen sich „heilige Allianzen“[2170] für die angestrebten (entworfenen) städtebaulichen und architektonischen Qualifizierungen sichern. Die Handlungsansätze und -theorien von „Neun Thesen für die Stärkung der Peripherie“ und *Zwischen Stadt Entwerfen* setzen an dieser Aushandlungsnotwendigkeit an. Die Konzepte und Handlungstheorien besagter Planungsansätze sind auf das Verknüpfen von Allianzen zugunsten städtebaulicher und architektonischer Konzeptionen ausgerichtet und verfügen über konzeptionelle Festlegungen wie Möglichkeitsräume, Verhandlungsspielräume für Unvorhersehbares und Andockstellen für gesellschaftliche Handlungsprozesse. Es sind dieselben Handlungsprozesse, die schliesslich erst eine Übersetzung der städtebaulichen Konzepte in den Raum gewährleisten.

Das Aufrechterhalten und Übersetzen von Verbindungen in städtebauliche Konzepte und deren Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit stellt aufgrund der Vielfalt an Möglichkeiten eine grosse Herausforderung für diesen Typ von Planung dar, der die bereits beschriebenen Quellen der Unbestimmtheit von Stadtlandschaften proaktiv angehen muss.[2171] In Anlehnung an Latour sollte dieser Typ des Entwerfens für diesen Typ eines Städtebaus der Assoziationen „so langsam vorgehen wie die Mannigfaltigkeit der Einwände und Gegenstände, die er auf seinem Weg zu registrieren hat; er sollte so aufwendig sein wie nötig, um Verbindungen zwischen den Mittlern herzustellen, die sich bei jedem Schritt vermehren; und er sollte so reflexiv, artikuliert und raffiniert sein wie die Akteure, die bei der Ausarbeitung all seiner neuen Bindungen kooperieren. Er muss in der Lage sein, Differenzen zu registrieren, Vielfalt zu verarbeiten, und sollte für jeden neuen Fall umgemodelt werden können.“[2172]

Die Frage, inwiefern sich der Städtebau der Assoziationen als zukunftsfähig erweisen wird, bleibt trotzdem in mehrfacher Hinsicht unbestimmt. Einerseits muss es den Architekten gelingen, die notwendigen Akteure und Aktanten anzusprechen, die bestehenden gesellschaftlichen Interessenslagen und Rahmenbedingungen mit den eigenen, disziplinären Inhalten zu verknüpfen und in konzeptionelle Entwürfe zu übersetzen. Andererseits muss es den Architekten und Planern auch gelingen, ihre Entwürfe in die Siedlungswirklichkeit zu überführen. Hinzu kommt eine dreifache Unsicherheit, die darin besteht, a) ggf. schlecht konstruierte Tatsachen als Planungsgrundlage zu verwenden, b) nicht die richtigen Assoziationen bestimmt zu haben, sowie c) nicht zu wissen, ob diese auch in Zukunft bestehen bleiben. In Anlehnung an Latours Ausführungen bezüglich dem Risiko bei der Konstruktion von wissenschaftlichen Berichten besteht bei städtebaulichen Entwürfen als *riskante Berichte einer Zu-*

[2170] Vgl. Callon (2006), S. 150.
[2171] Siehe Kapitel 6.0 Stadtlandschaften der Assoziationen und ihre Quellen der Unbestimmtheit.
[2172] Latour (2007), S. 211.

kunft ein mehrfaches Risiko, dass diese leicht scheitern können, da diese erst recht nicht die völlige Artifizialität des Unternehmens beiseite schieben können und entsprechend erst recht den Anspruch auf Genauigkeit und Wahrhaftigkeit beiseite schieben müssen.[2173]

Diese Attribute verweisen denn auch auf die notwendige, konzeptionelle und strategische Vielschichtigkeit eines Städtebaus der Assoziationen, der im Rahmen städtebaulicher Zielvorstellungen die unterschiedlichsten, multiversen Handlungsebenen miteinander zu verbinden und mittels neuer inhaltlicher Verknüpfungen auf das Scheitern zu reagieren weiss. In diesem Kontext ist es nicht das Ziel eines Städtebaus der Assoziationen, absolute und allgemeingültige Lösungen zu präsentieren, sondern die Energie der Architekten und Planer für möglichst gute – den normativen Vorstellungen der städtebaulichen Disziplinen und der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprechende – Konstruktionen der Siedlungswirklichkeit zu verwenden.[2174] Dies wiederum sollte auf dem Weg der Diplomatie und im Sinne eines massgeschneiderten, raumplanerischen und topologischen Entwerfens erfolgen, das auf räumlichen und gesellschaftlichen Eigenarten basiert.[2175]

9.3 Relationen

Auf die Risiken des Städtebaus der Assoziationen respektive des Städtebaus der Dissoziationen ist bereits verwiesen worden. Der Städtebau der Dissoziationen läuft in der Phase der Rückübersetzung Gefahr, dass die Planwelten aufgrund fehlender Verhandlungsbereitschaft keine gesellschaftliche Entsprechungen finden. Der Städtebau der Assoziationen sieht sich in der Phase der Rückübersetzung mit dem proaktiven Aufrechterhalten und Neuknüpfen gesellschaftlicher Allianzen konfrontiert, was zu einer Überforderung der Planer und Architekten und einem Rückzug in die Rolle des Moderators führen kann. Trotz der Risiken verweist der Vergleich der vier Ansätze von *Handbuch zum Stadtrand,* „Neun Thesen für die Stärkung der Peripherie“, *After-Sprawl* und *Zwischen Stadt Entwerfen* unter dem Gesichtspunkt der Rückübersetzbarkeit planerischer Inhalte auf Vorteile eines Städtebaus der Assoziationen.

Caminada gelingt es beispielsweise, im Rahmen seiner planerischen Eingriffe eine proaktiven Rolle während der gesamten gesellschaftlichen Zeit der Übersetzungen – vom ersten Strich bis zur letzten Schraube – zu übernehmen und damit Rückübersetzungen architektonischer und städtebaulicher Intentionen in die Siedlungswirklichkeit in seinem Sinne erfolgreich zu begleiten und abzuwickeln. Bezüglich städtebaulicher Massstäblichkeit und Rückübersetzbarkeit überzeugt der „neue Blick“ von *Zwischen Stadt Entwerfen* mit ähnlicher Vorgehensweise – auch wenn sich in der empirischen Auseinandersetzung gezeigt hat, dass, je grösser Aktor-Netzwerke sind und je mehr gesellschaftliche wie auch räumliche Grenzen überschritten werden, die Anforderungen an städtebauliche Strategie und Taktik zur Rückübersetzung städtebaulicher und architektonischer Interessen in die Siedlungswirklichkeit aufgrund diverser Abgrenzungsökonomien entsprechend anspruchsvoller werden.[2176]

[2173] Ebenda, S. 231. Siehe Kapitel 6.0 Stadtlandschaften der Assoziationen und ihre Quellen der Unbestimmtheit.
[2174] Vgl. Latour (2004), S. 49ff.
[2175] Siehe Kapitel 7.0 Rückübersetzungsproblematik von Planwelten – Grenzen der Stadtplanung; 10.0 Relationales Entwerfen als Handlungstheorie einer zukunftsfähigen Stadtplanung.
[2176] Siehe Kapitel 7.0 Rückübersetzungsproblematik von Planwelten – Grenzen der Stadtplanung.

Wie bereits beschrieben, wird die Rückübersetzbarkeit der Ansätze von *Handbuch zum Stadtrand* und *After-Sprawl* als risikoreich eingeschätzt. Mit ihrer expliziten Innensicht werden im Rahmen einer allfälligen lokalen städtebaulichen Praxis zahlreiche gesellschaftliche Kontroversen geschaffen, die sich mit abweisenden und ausgrenzenden Handlungstheorien nicht lösen lassen. Wie es heutige Stadtlandschaften eindrücklich beweisen, sind in einem „Krieg der Welten" die entwerfenden Disziplinen Städtebau, Raumplanung, Architektur und Landschaftsarchitektur offenbar die grössten Verlierer. Räumliche Gestalt alleine vermag zumindest in der heutigen Zeit keine Anreize mehr für Allianzbildungen zu schaffen. Aus Sicht einer lokalen städtebaulichen Praxis ist Kritik am Städtebau der Dissoziationen durchaus angebracht. Wenn sich Städtebau und Architektur von der Praxis mehr und mehr entfernen, um künstliche Parallelwelten aufzubauen, „dann stellt sich die Frage nach der Relevanz und Durchschlagskraft des Zugriffs aktuellen Städtebaus und Architektur auf die schiere Wirklichkeit".[2177]

Dem Städtebau der Dissoziationen und damit Arbeiten wie *Handbuch zum Stadtrand* und *After-Sprawl* kommt allerdings in Bezug auf einen Städtebau der Assoziationen eine nicht unbedeutende Rolle zu. Im Zentrum eines Städtebaus der Assoziationen steht der Architekt und Städtebauer, der seine planerischen Intentionen und disziplinären Interessen in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse einzubringen und diese über seine assoziativen Planwelten in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen hat. Spezialisiert in Fragen der Raumentwicklung und Qualifizierung von Raum ist dies die zentrale Aufgabe, für die die Planer und Architekten zumindest aus disziplinärer Sicht die Verantwortung zu übernehmen haben. Dieses Einbringen und Aushandeln erfordert von den Architekten und Städtebauern eine klare architektonische und städtebauliche Positionierung sowie eine disziplinäre Haltung, die sich der eigenen Ziele bewusst ist. Eine innerdisziplinäre Auseinandersetzung mit der Geschichte der Architektur und des Städtebaus und eine diskursive Weiterentwicklung städtebaulich idealer Weltbilder verhelfen diesbezüglich zu einer Schärfung der Zielvorstellungen und damit einer klareren Positionierung der Disziplin gegenüber gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen. Der Städtebau der Dissoziationen befindet sich in einer Situation, in der sich Architekturvorstellungen und Prioritäten gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse diametral gegenüberstehen. Diese Architekturvorstellungen lassen sich nicht verwirklichen, „sondern (…) lediglich in Form von Projekten postulieren (...), die eine künftige alternative Ordnung antizipieren".[2178] Angelus Eisinger versteht Arbeiten des Städtebaus der Dissoziationen denn auch als Architekturforschung, die neue Denkräume erschliessen würden, „denen der Diskurs über die Zukunft unserer Gesellschaften heute dringend bedarf, da diese Zukunft immer auch ihre räumliche Dimension besitzt. (...) Architekturforschung operiert so als Diagnose und Kritik, sie weiss um ihre Grenzen und gewinnt daraus ihre Schärfe. Sie liefert nicht die Antwort für die Stadt von morgen, sondern hilft die richtigen Fragen danach zu stellen."[2179] Um diese Inhalte in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen, sind subtile, relationale Strategien und Taktiken im Alltag der lokalen städtebaulichen Praxis zu entwickeln, welche die Realisierungschancen verbessern. Diese Anforderungen erfüllt der Städtebau der Assoziationen. Er hat die Aufgabe der Rückübersetzung disziplinärer Inhalte (die u.a. ein Städtebau der Dissoziationen ausbildet) in die Siedlungswirklichkeit zu übernehmen.

[2177] Luchsinger (2008), S. 282.
[2178] Zenghelis (2007), S.15.
[2179] Eisinger (2007b), S. 44.

Ein diesbezüglicher Zusammenhang lässt sich beispielsweise zwischen *After-Sprawl* und *Zwischen Stadt Entwerfen* aufzeigen. Am Beispiel der Übersetzung des *After-Sprawl*-Konzepts FRAME auf das Alpenrheintal zeigen sich das Potenzial und die Kraft einer regionalplanerischen, räumlichen Qualifizierung, die sich auf das Entwerfen landschaftsräumlicher Elemente und Strukturen konzentriert, in ihrer ganzen Radikalität. Das Ziel von Ansätzen wie *Zwischen Stadt Entwerfen* oder „Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie“ ist es, die Realisierungschancen solcher disziplinärer Inhalte zu verbessern. Dies gelingt jedoch nur, wenn die Verbindungen des „Geistes im Gefäss“ zur Aussenwelt wiederhergestellt werden. Wie die Übersetzung des Ansatzes von *Zwischen Stadt Entwerfen* auf das Alpenrheintal zeigt, ist es durchaus möglich, affirmative, städtebauliche Konzepte zu entwickeln, welche die Idee grenzüberschreitender und raumbildender Strukturen aufnehmen. Der Entwurf eines Alpenrhein-PARKS zeigt, dass sich durch das Einbinden gesellschaftlicher und räumlicher Eigenarten wie bestehender Besitzverhältnisse, Nutzungen, Gewohnheiten als auch politischer, wirtschaftlicher, ökologischer oder individueller Interessen in die Planwelten deren Realisierungschancen wesentlich verbessern lassen.

Eine im Rahmen des Städtebaus der Assoziationen angestrebte Verknüpfung „idealer“ Weltbilder mit gesellschaftlichen Interessen und soziotechnischen Rahmenbedingungen ist in diesem Sinne nicht als disziplinärer Verrat oder neoliberale Anbiederung, sondern als Anreicherung lokaler städtebaulicher Handlungsketten zu verstehen, welche die Realisierung einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung mit qualifizierenden und prosperierenden Auswirkungen auf die Siedlungswirklichkeit erst ermöglicht. Ohne diese Annäherung und die (Wieder-)Aufnahme der Verbindungen (Assoziationen) zur gesellschaftlichen Wirklichkeit sieht sich die Stadtplanung zunehmend infrage gestellt, da es ihr ohne realen gesellschaftlichen Bezug – also aus einem Elfenbeinturm heraus – kaum gelingen wird, ihre Inhalte in die Wirklichkeit zu übersetzen.[2180]

Obwohl der Ansatz von *Zwischen Stadt Entwerfen* in Bezug zu den Bewertungskriterien das grösste Potenzial eines zukunftsfähigen Planungsansatzes aufweist, gibt es von den Verfassern zu dessen Rückübersetzungstrategien und -taktiken kaum konkrete Aussagen in ihren Arbeiten und Publikationen. Aufgrund der in dieser Arbeit produzierten Erkenntnisse bezüglich einer Rückübersetzungsproblematik von Planwelten, der Grenzen der Planung sowie der Rolle der Architekten, gilt es das Augenmerk eines Städtebaus der Assoziationen zukünftig auch auf diesen Punkt zu richten. Trotz der Vielschichtigkeit der entworfenen Planwelten, trotz affirmativer Ausrichtung, trotz eines Bewusstseins für gesellschaftliche Raumproduktionsprozesse: Planwelten allein werden nie zu qualifizierten Stadtlandschaften führen.[2181] Stadtplanung scheitert weniger an der Unvorhersehbarkeit, der Komplexität der Aufgabe oder an der Gesellschaft, sondern an den Handlungstheorien der Architekten und Planer, denen es nicht gelingt, die Verbindungen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit aufrechtzuerhalten, und die empirisch nachweisbar vorhandene Handlungsspielräume städtebaulichen Arbeitens nicht auszureizen vermögen.[2182]

[2180] Vgl. Latour (2000), S. 30.
[2181] Eisinger, Kurath (2009), S. 90.
[2182] Eisinger (2004), S. 314.

TEIL D – SYNTHESE

10.0 Relationales Entwerfen als Handlungstheorie zukunftsfähiger Planung

Im ersten Teil dieser Arbeit sind mit den Worten von Bruno Latour und Albena Yaneva die untersuchten Stadtlandschaften Gwatt-Freienbach, Forst-Schaan, EmsWest-Domat/Ems und A13-Buchs in Bewegung gebracht worden.[2183] In Anlehnung an die fotografischen Arbeiten des Wissenschaftlers Etienne-Jules Marey wurden im Rahmen von Mikrostudien die einzelnen Bewegungen – oder eben Flugbahnen – der Planungsverhandlungen und Übersetzungen registriert. Im Kontext dieser Auseinandersetzungen kann die Siedlungswirklichkeit als *Stadtlandschaft der Assoziationen* verstanden werden, deren Figurationen immer auch in Abhängigkeit zu lokal-spezifischen, gesellschaftlichen Beziehungsgeflechten zwischen Akteuren und Aktanten betrachtet werden müssen. In der Gleichstellung der Akteure und Aktanten lässt sich die Siedlungswirklichkeit als Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse denn auch als „soziotechnische Stadtlandschaft" beschreiben.[2184] In der Ergänzung des Begriffs Stadtlandschaft wird auf die Bedingungen ihrer Produktion verwiesen, die weder in einem technologischen noch in einem sozialen Determinismus verharren, sondern ein integrales Stadtverständnis meinen, das die physisch-materiellen Realitäten mit dessen sozioökonomischen, politischen und kulturell-mentalen Dimensionen verknüpft.[2185]

Wie die Rekonstruktionen im Rahmen der Mikrostudien aufzeigen, resultieren die alltäglichen Transformationen der Stadtlandschaft aus Eigendynamiken und Eigenarten in der Bildung und Übersetzung von Aktor-Netzwerken, deren Figurationen in Realzeit durch eine Reihe von Quellen der Unbestimmtheit mitbestimmt werden. Dieselben Unbestimmheiten legen die Rahmenbedingungen eines städtebaulichen und architektonischen Handelns fest.[2186] In Bezug auf diese Unbestimmtheiten hat die vorliegende Forschungsarbeit am Beispiel der vier Mikrostudien Grenzen des städtebaulichen und architektonischen Handelns entfaltet, die aufgrund eines fehlenden Bewusstseins diesen gegenüber zu Misskonzeptionen der Stadt- und Raumplanung geführt haben.[2187]

• Als erster Eckpunkt städtebaulicher Misskonzeption kann die *Voraussetzung von Allianzen und Rollenerwartungen* in den Ideenwelten der Planer und Architekten festgehalten werden. Die Empirie zeigt, dass Planer und Architekten Allianzpartnerschaften mit anderen Akteuren und Aktanten eingehen müssen, um die Realisierungschancen der eigenen städtebaulichen und raumplanerischen Ziele zu verbessern. Die Rekonstruktionen haben diesbezüglich gezeigt, dass sich vorbestimmte Akteure und Aktanten den notwendigen Allianzpartnerschaften auch verweigern können und damit die planeri-

[2183] Latour, Yaneva (2008), S. 80; siehe Kapitel 1.6.1 Aktor-Netzwerk-Theorie.
[2184] Siehe Kapitel 6.0 Stadtlandschaften der Assoziationen und ihre Quellen der Unbestimmtheit.
[2185] Latour (2007), S. 145; Eisinger, Kurath (2009), S. 82.
[2186] Siehe Kapitel 6.0 Stadtlandschaften der Assoziationen und ihre Quellen der Unbestimmheit.
[2187] Die folgenden Eckpunkte beziehen sich auf die Ausführungen zu dem Erkenntnisgewinn aus der Empirie.

schen Handlungsketten verzögern oder gar unterbrechen. Die Planwelten der Raumplaner und Architekten erfahren folglich keine gesellschaftliche Entsprechung und finden damit auch keine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit. Interessensausgrenzungen und Verhandlungsverweigerungen der Architekten und Planer im Sinne eines „Gott-Vater-Modells“ der Planung haben sich in diesem Zusammenhang als wenig erfolgreiche Verhandlungsstrategien erwiesen.[2188] Die Strategie der Verhandlungsverweigerung führt zu besagten Verhandlungsabbrüchen und damit zu fehlenden Allianzpartnerschaften, die zur Rückübersetzung von Planungszielen aber notwendig sind.

• Ebenfalls zeigt sich der *Rückzug der Planer und Architekten in die Rolle des Moderators* von Raumproduktionsprozessen als wenig erfolgreich. Die Moderatoren von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen beschäftigen sich mit dem Versammeln von Akteuren und Aktanten sowie dem Begleiten der Verhandlungen. Aufgrund fehlender Übersetzungstätigkeiten erfahren städtebauliche und raumplanerische Inhalte keine Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit. Zwar ist es über die Moderation möglich, die treibenden Kräfte der Raumproduktion mehr oder weniger konfliktfrei aneinander vorbeizubringen. Die Figuration der Verknüpfungen – als eine der zentralen disziplinären Verantwortungen entwerfender Disziplinen – bleibt jedoch der Willkür überlassen. Das städtebauliche Ziel einer räumlichen Qualifizierung von Stadtlandschaften kann entsprechend nicht einzig über die Moderationstätigkeit im Rahmen eines Governance-Modells der Planung angegangen werden.

• Einen dritten Eckpunkt stellen die *fehlenden oder verspäteten Handlungszeitpunkte* der Planer und Architekten innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse dar. Insbesondere die Raumplaner haben sich nach der Phase der Entstehung ihrer Planwelten mehrfach aus den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zurückgezogen. Die Phase der Rückübersetzung raumplanerischer Planwelten wurde daher durch die Planer selber nicht proaktiv begleitet. Die Raumplanung wurde vielmehr an die Planungswerkzeuge und -organe der Gemeinden delegiert. Diese sollten als Zwischenglieder die städtebaulichen Inhalte transportieren. Ein eingreifendes und allfällig *korrigierendes Handeln* der Raumplaner in der Phase der Rückübersetzung war dadurch *nicht möglich*. Folge solchen Delegierens sind durch die Planer nicht intendierte Sonderbewilligungen und Ausnahmen, welche die ursprünglichen Raumplanungsziele untergraben.

• Im Vorgehen des *Delegierens* entfaltet sich ein vierter Eckpunkt der Misskonzeptionen. Die Planer und Architekten gehen davon aus, dass ihre Planungswerkzeuge und -organe die städtebaulichen Inhalte und Ziele transportieren. Stattdessen erweisen sich diese Zwischenglieder aufgrund je eigener Handlungstheorien als Mittler, die in den intendierten Handlungsketten der Planer von den Planern nicht intendierte Ursachen entfalten. Dabei werden ursprüngliche Ziele und Inhalte *nicht transportiert, sondern transformiert*.

• Als fünfter Eckpunkt der Misskonzeptionen erweist sich die *Unterschätzung der Eigendynamik* der Allianzbildungen und der Raumtransformationsprozesse durch die Planer und Architekten. Die Allianzbildungen im Sinne von Aktor-Netzwerken erweisen sich als in stetiger Bewegung begriffen. Schritt für Schritt werden tagtäglich neue Akteure und Aktanten in bestehende Netzwerke integriert, um

[2188] Siebel (1989); Siebel (2006), S. 203.

Handlungsketten zu verlängern und damit Realisierungschancen gesellschaftlicher Ziele zu verbessern. Gleichzeitig sind die Aktor-Netzwerke durch ein systemisches Verhalten geprägt, das unliebsame Einflussnahmen durch Akteure und Aktanten auf die Verhandlungsinhalte verhindern und die Effizienz der Handlungsabläufe aufrechterhalten will. Entsprechend finden passiv vertretene raumplanerische und städtebauliche Inhalte kaum Eingang in gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Diese Abgrenzungsökonomien übersetzen sich in die Siedlungswirklichkeit und verursachen Fragmentierungen, Heterogenität, inhaltliche Brüche respektive eine topologische Raumentwicklung. Diese topologische Raumentwicklung bildet wiederum Angebotslandschaften aus, die immer neue, von der Planung nicht intendierte Handlungsanreize im Alltag der Akteure schaffen. Die Angebotslandschaften erwirken Pendlerbewegungen zwischen Wohn-, Arbeits-, Freizeitorten und zeigen sich auf einer funktional-räumlichen Massstabsebene in Form verborgener Raumentwicklungen.[2189] Damit sprengt die Dynamik der Aktor-Netzwerk-Bildungen den Massstab und die Grenzen der heutigen Raumplanung, die sich innerhalb politischer, nicht aber gesellschaftlicher Grenzen bewegt.

Im zweiten Hauptteil dieser Arbeit sind zeitgenössische Planungsansätze zur Qualifizierung von Stadtlandschaften, übersetzt auf das Alpenrheintal zwischen Sargans und Feldkirch, verbal-argumentativ beurteilt worden. In der entwerferischen Auseinandersetzung sowie der Diskussion eines *Städtebaus der Dissoziationen* und eines *Städtebaus der Assoziationen* haben sich in Bezug auf eine Rückübersetzbarkeit von Planungshandlungen Vor- und Nachteile der jeweiligen Herangehensweise gezeigt. Im Gegensatz zu einem Städtebau der Dissoziationen, der bewusst wirtschaftliche, kulturelle, soziale oder ökologische Aspekte zur Stärkung der innerdisziplinären Ziele ausgrenzt, betrachtet der Städtebau der Assoziationen die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse der Raumproduktion und deren gesellschaftliche Verwebungen als zentralen Ausgangspunkt und Aggregat ihrer Entwurfskonzeptionen. Diesem Städtebau der Assoziationen ist es möglich, Differenzen zu registrieren sowie Vielfalt zu verarbeiten und dadurch Misskonzeptionen zu erkennen und auszugleichen. Dennoch zeigen sich Abhängigkeiten zwischen einem Städtebau der Assoziationen und einem Städtebau der Dissoziationen. Während es die Aufgabe des Letzteren ist, disziplinäre Inhalte zu schärfen, ist es die Aufgabe des Ersteren, diese Inhalte über die Praxistätigkeit in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen.[2190]

Will Städtebau mehr als nur bestehende wirtschaftliche oder gesellschaftliche Trends nachzeichnen, müssen nebst einer konzeptionellen Auftrennung von Form/Struktur und Prozess folglich auch verstärkt Handlungstheorien entwickelt und trainiert werden.[2191] Diese Handlungstheorien haben in der lokalen städtebaulichen Praxis im Rahmen städtebaulicher Interessen und Ziele den Herausforderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeiten zu begegnen und diese miteinander zu verknüpfen. Einer zukunftsfähigen Planung muss es damit gelingen, die Diskrepanz zwischen normativen Wertvorstellungen der entwerfenden Disziplinen sowie Alltagsrealitäten zu reduzieren – jedoch ohne dabei eigene Ziele aufzugeben.

[2189] Thierstein et al. (2006).
[2190] Siehe Kapitel 9.0 Städtebau der Dissoziationen versus Städtebau der Assoziationen.
[2191] Bormann et al. (2005), S. 173.

Michael Koch und Martin Schröder plädieren diesbezüglich „für konzeptionelle Strategien im regionalen Massstab oder: Für ein raumplanerisches Entwerfen“.[2192] Sie beziehen sich mit ihrem Plädoyer auf die funktionalen Verflechtungsräume, die sich nur in einem regionalen Massstab erfassen lassen würden. „Damit wird die Region – wieder – zu einem relevanten planerischen Handlungsfeld und Entwurfsraum, der jenseits der erstarrten Planungsgesetzgebung konzeptionelle und gestalterische Spielräume eröffnen soll.“[2193] Die Handlungstheorie des raumplanerischen Entwerfens ist damit eine Antwort auf die Fragmentierung des Raums und die aufgrund der sich in den Raum übersetzenden Eigendynamiken und Abgrenzungsökonomien von Aktor-Netzwerk-Bildungen daraus resultierenden ausdifferenzierten Angebotslandschaften. In *Zwischen Stadt Entwerfen* wird mit dem topologischen Entwerfen eine zweite Handlungstheorie eingeführt. Bei dieser geht es „um das Antizipieren von Zukünften in jeweils konkreten Situationen – um konzeptionelle Massarbeit, welche die erwähnten Spielräume offen und Veränderungen zulässt. (…) Die dezidierte Beschäftigung mit diesem Ausgangsmaterial (Eigenarten der Stadtlandschaften; Anm. Kurath) ist es, die gleichsam Rechenschaft ablegt über Inhalt und Struktur der Komposition und diese aus der Beliebigkeit des ‚anything goes‘ befreit. Ein solcher Materialbegriff, der sich nicht bloss auf historische Vorbilder erstreckt, sondern möglichst alle Wirkungszusammenhänge des komplexen Systems (Zwischen-)Stadt einschliesst, ist längst überfällig und wird sowohl in der Entwurfspraxis als auch an den Hochschulen bislang kaum praktiziert.“[2194]

In diesem Zusammenhang möchte ich das Handwerk des Entwerfens als zentrale städtebauliche Handlungstheorie in den Mittelpunkt der weiteren Ausführungen stellen und unter der Sichtweise der Science Studies reflektieren, um die Bedeutung des Entwerfens als proaktives Verknüpfungs- und Übersetzungshandwerk komplizierter Wirkungszusammenhänge aufskizzieren zu können.

Der Landschaftsarchitekt Martin Prominski versteht das Entwerfen als Denk- und Handlungsweise der Wissensproduktion. In Anlehnung an Helga Nowotny gehe es bei der Produktion von Erkenntnissen darum, die Stückhaftigkeit und partielle Sichtweise einer ausdifferenzierten Gesellschaft variabel, differenziert, multiperspektivisch, synchronisiert und desynchronisiert zu reorganisieren.[2195] In einer Auseinandersetzung mit Architektur unter den Gesichtspunkten der Science Studies versteht Christina Schumacher das architektonische Entwerfen ebenfalls als eine disziplinäre Herangehensweise, die entsprechend Synthesen aus unterschiedlichsten Bereichen wie Kunst, Technik, Wissenschaft oder Wirtschaft herstellt.[2196] So sehen denn auch Robert Somol und Sarah Whiting Entwurf nicht als isolierte Gestaltungsarbeit. „Sie (die Architekten; Anm. Kurath) beschäftigen sich mit anderen Wissensfeldern als Experten im Hinblick auf die Beziehungen des Entwurfs zu diesen anderen Disziplinen und nicht als deren Kritiker.“[2197] Der Architekt Holger Schurk sieht aufgrund dieser Aussagen den architektonischen Entwurf „als verknüpfende, beratende und forschende Tätigkeit, die Wissen zusammenführt und ordnet“.[2198] In diesem Zusammenhang macht der Wissenschaftler Andrew Pickering die wohl umfassendste Aussage zur Praxis der Erkenntnisproduktion, die auch auf die Praxis des Entwerfens zu-

[2192] Koch, Schröder (2006), S. 18.
[2193] Ebenda, S. 19.
[2194] Bormann et al. (2005), S. 176.
[2195] Prominski (2004), S. 115.
[2196] Schumacher (2001), S. 28.
[2197] Somol, Whiting (2002), S. 73.
[2198] Schurk (2007), S. 3.

trifft. „One sense of ‚practice' is the generic one around which all that follows is organized – practice as the work of cultural extension and transformation in time. The other sense of ‚practice' relates to specific, repeatable sequences of activities on which scientists rely in their daily work."[2199] In Anlehnung an Pickerings Auseinandersetzung kann das Handwerk des Entwerfens im Sinne eines „Mangle of Practice"[2200] als eine real-zeitliche Verknüpfung von planungsrelevanten Inhalten und Übersetzung in städtebauliche Konzepte, räumliche Strukturen oder Architekturen verstanden werden, die bestehende kulturelle Fakten erweitert und dadurch transformiert.

Das Entwurfshandwerk hat sich nach klassischem Entwurfsverständnis bis anhin vorwiegend auf die gesellschaftliche Zeit der Entwurfsphase, also auf die Entstehungsphase von Planwelten bezogen. Im Planungsalltag wird in der Phase der Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit von Umsetzung oder Realisierung gesprochen, die als technische Umsetzung verstanden wird und kaum einer weiteren entwerferischen Verknüpfungs- oder Handlungstätigkeit mehr bedarf. Die Planer verlassen sich dabei auf die Transportfähigkeit ihrer Planwelten. Diese Haltung steht der empirischen Feststellung gegenüber, dass Raumentwürfe gerade auch in der Phase der Rückübersetzung eine Verwebung gesellschaftlicher Interessen und Rahmenbedingungen erfahren, die zu gravierenden inhaltlichen Verschiebungen führen können.[2201] Diese Realität einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, welche die Inhalte der architektonischen, städtebaulichen Praxis tagtäglich mitbestimmt und transformiert – und damit die Transportfähigkeit von Planwelten stark relativiert –, bedarf einer Revision des Entwurfs- und Planungsverständnisses, das sich der Relationen der Raumproduktionsprozesse, insbesondere der Relationen zwischen Planung und Gesellschaft, bewusster annimmt. In diesem Bewusstsein tritt die Verknüpfungs- und Übersetzungsnotwendigkeit aufgrund der durch den Entwurf ausgelösten Handlungsketten gerade auch in der Phase der Rückübersetzung städtebaulicher Planwelten in den Vordergrund. Da sich das Entwurfshandwerk als real-zeitliche Verknüpfungs- und Übersetzungshandlung und damit als Handlungstheorie zur Bewältigung der inhaltlichen Verschiebungen und Verwebungen bestens eignet, muss die entwerferische Zeit – die sich bis heute mehrheitlich auf die Zeitspanne der Entstehung von Planwelten beschränkt – der gesellschaftlichen Zeit sämtlicher Übersetzungsschritte angepasst werden.

Für diese auch in der Phase der Rückübersetzung real-zeitliche und in Relation zur gesellschaftlichen Wirklichkeit stehende Handlungstheorie möchte ich das Begriffspaar des „relationalen Entwerfens" einführen.[2202] Das relationale Entwerfen versteht sich als eine das städtebauliche Konzept in den zahlreichen Übersetzungsschritten begleitende Handlungstheorie, welche den durch die städtebaulichen Konzepte ausgelösten Beziehungsgeflechten zu Figurationen verhilft, die wiederum die Konzepte stärken und anreichern (work of cultural extension). In Anlehnung an Bruno Latour stellen die Inhalte eines städtebaulichen Konzepts gewissermassen eine *zirkulierende Referenz* dar, die „durch eine Serie von Transformationen hindurch konstant bleibt", entsprechend dem relationalen Entwerfen im

[2199] Pickering (1995), S. 4.
[2200] Ebenda.
[2201] Siehe Erkenntnisgewinn Empirie.
[2202] Kurath (2009), S. 178; vgl. Bourriaud (2002).

Laufe der Übersetzung- und Rückübersetzung in die Siedlungswirklichkeit als inhaltlicher Orientierungspunkt dient – und gleichzeitig zur Allianzbildung beigezogen werden kann.[2203]

Das relationale Entwerfen mag insbesondere in der Praxistätigkeit der Architekten keine Neuigkeit darstellen. Aufgrund der relativen Übersichtlichkeit gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse bei Architekturproduktionen und aufgrund einer relativ überschaubaren Zeitspanne zwischen der Entstehung von Planwelten und deren Rückübersetzung ist zumindest in der Praxis anspruchsvollen Architekturschaffens das Verständnis für die Notwendigkeit von Entwurfshandlungen auch in der Phase der Umsetzung vorhanden. Innerhalb einer in den Planwelten festgelegten räumlichen Vorstellung werden Konstruktionsbedingungen, Anforderungen an Unterhalt, auftauchende Probleme oder Interessensverschiebungen auch in der Phase der Rückübersetzung in die Raumkonzeptionen eingeknüpft und entwerferisch übersetzt. Auf solche Handlungsweisen des relationalen Entwerfens gibt es im Rahmen der Mikrostudien zahlreiche Verweise, beispielsweise in der Rückübersetzung des Seedamm Kulturzentrums der Charles Vögele AG im Gwatt durch die Architekten Copeland, Novak, Israeli oder des Trainingszentrums und Bürohauses Ost der Hilti AG in Schaan durch das Architekturbüro Baumschlager und Eberle.[2204]

Bei den im zweiten Hauptteil der Arbeit behandelten Planungsansätzen zeigt sich die Bedeutung eines relationalen Entwerfens auch beim Planungsansatz von Gion A. Caminada, dessen Entwurfshandlungen explizit in einem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen stehen.[2205] Sein Erfolg in und um Vrin vermögen die Potenziale eines solchen relationalen Entwerfens aufzuzeigen. Das geforderte neue Rollenbild der Stadtplaner kann an diesen Eckpunkten der Handlungstheorie des relationalen Entwerfens anknüpfen. In der empirischen Auseinandersetzung zeigt sich, dass sich in der gegenwartsbezogenen Verknüpfungs- und Übersetzungstätigkeit des relationalen Entwerfens im Rahmen der lokalen städtebaulichen Praxis eine schlüssige Herangehensweise abzeichnet, mit welcher es möglich ist, die Diskrepanz zwischen den normativen Wertvorstellungen der Planer und Architekten und den faktischen Realitäten des Alltags zu reduzieren – während dieselbe Vorgehensweise es ebenfalls ermöglicht, Inhalte einer Referenz (das städtebauliche Konzept) über gesellschaftliche Aushandlungsprozesse in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen.

Das Ziel des relationalen Entwerfens ist damit nicht die Produktion von Planwelten, sondern eine handlungs- und prozessorientierte Qualifizierung der Raumproduktion im Rahmen städtebaulicher, regionalplanerischer Konzepte. Damit tritt an die Stelle der Fixierung der schöpferische Moment der Kooperation und Integration von unterschiedlichen Interessen in raumplanerisch und topologisch entwickelte städtebauliche Konzepte.[2206] Raumplaner, Stadtplaner oder Architekten sind folglich nicht nur Manager der gesamten Stadtentwicklung, die dafür zu sorgen haben, dass sämtliche räumlichen Transformationen möglichst reibungslos ablaufen. Sie müssen im Rahmen gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse insbesondere auch als Vertreter der eigenen Planwelten und der eigenen Diszip-

[2203] Vgl. Latour (2000), S. 72.
[2204] Siehe Kapitel 2.3.5 Die Planwelt „Quartiergestaltungsplan Kunstgalerie und Alpamare – 1974“; Kapitel 3.9.5 Die Planwelt „Trainingszentrum und Bürohaus Ost – 2004“; Siehe auch Auseinandersetzung mit der Tätigkeit von Luigi Snozzi, Gion A. Caminada, Jean Nouvel in: Eisinger, Kurath (2008).
[2205] Siehe Kapitel 8.3 „Neun Thesen zur Stärkung der Peripherie“
[2206] Vgl. Eisinger, Reuter (2007), S. 82.

lin auftreten, um die impliziten Werte des Denkkollektivs der Planer und Architekten zu vertreten, zu erweitern und in die Siedlungswirklichkeit zu übersetzen.[2207] Raum-, Stadtplaner und Architekten müssen in diesem Sinne immer wieder darum besorgt sein, die gestalterischen, kulturellen und katalysatorischen Inhalte ihrer eigenen Planwelten proaktiv in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse einzubringen und diesbezüglich in Realzeit Allianzpartnerschaften aufzubauen, um die Realisierungschancen räumlicher Qualifizierungen von Stadtlandschaften zu verbessern. Entsprechend liegt das Ziel der Qualifizierung von Stadtlandschaften in der Verantwortung und im Handlungsfeld derjenigen, welche die Qualifizierung der Stadtlandschaften auch fordern.

Diesbezüglich soll das hier eingeführte relationale Entwerfen zusammen mit dem zuvor erwähnten raumplanerischen und topologischen Entwerfen, auf räumlichen und gesellschaftlichen Eigenarten aufbauend, mit entwerferischer Agilität, Verhandlungsbereitschaft und Diplomatie angereichert, das Ziel verfolgen, den Übersetzungen gesellschaftlicher Aushandlungsprozessen (aus Sicht des Denkkollektivs entwerferischer Disziplinen) zu gut konstruierten Figurationen und ganzheitlichen Stadtlandschaften zu verhelfen – respektive den Stadtlandschaften innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse zu einer räumlichen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und prosperierenden Qualifizierung.

„Vers un Urbanisme Culturel!“[2208] *– Vers un Urbanisme Relationel.*

[2207] „Definieren wir ‚Denkkollektiv‘ als Gemeinschaft der Menschen, die im Gedankenaustausch oder in gedanklicher Wechselwirkung stehen, so besitzen wir in ihm den Träger geschichtlicher Entwicklung eines Denkgebietes, eines bestimmten Wissenstandes und Kulturstandes, also eines besonderen Denkstiles.“ Fleck (1980), S. 54.
[2208] Bormann et al. (2005), S. 171.

ANHANG

Bibliografie:

Quellen aus Archiven:

Archiv Amt für Volkswirtschaft Liechtenstein, Vaduz
Archiv Bauamt Buchs SG
Archiv Bauamt Domat/Ems
Archiv Bauamt Freienbach SZ
Archiv Gemeindebauverwaltung Schaan
Archiv Bündner Tagblatt, Chur
Archiv Gemeinde Schaan
Archiv Hilti AG, Schaan
Archiv Höfner Volksblatt, Wollerau
Archiv Seedammcenter, Freienbach SZ
Archiv Seedamm Kulturzentrum, Freienbach SZ
Archiv Südostschweiz, Chur
Archiv Tiefbauamt St. Gallen
Landesarchiv Liechtenstein, Vaduz
Staatsarchiv Kanton Schwyz, Schwyz SZ

Veröffentlichte Quellen und Literatur:

Albers (2006): Gerd Albers, „Zur Entwicklung des Planungsverständnisses: Kontinuität und Wandel“, in: Klaus Selle (Hg.), *Zur räumlichen Entwicklung beitragen - Konzepte. Theorien. Impulse,* Verlag Dorothea Rohn, Dortmund 2006, S. 43-55

Amin, Thrift (2002): Ash Amin, Nigel Thrift, *Cities - Reimagining the Urban*, Polity Press, Cambridge 2002

Angélil (2006): Marc Angélil, *Indizien - Zur politischen Ökonomie urbaner Territorien,* Verlag Niggli, Zürich 2006

Anonym (1971a): Anonym, „Ladensterben der kleiner Läden“, in: *Deutsche Bauzeitung, Die Bauzeitung,* Sonderdruck 5-1971

Anonym (1971b): Anonym, „Parkplatzangebote“, in: *Deutsche Bauzeitung, Die Bauzeitung,* Sonderdruck 5-1971

Anonym (1972): Anonym, „CV orientiert HGV über geplantes Seedamm-Center Pfäffikon“, in: *Höfner Volksblatt*, 28. März 1972

Anonym (1973): Anonym, „Die Stabilisierung des Baumarktes (Baubeschluss)“, in: *Schweizerische Bauzeitung,* 18. Januar 1973

Anonym (1974a): Anonym, „Das aktuelle Interview heute mit Charles Vögele“, in: *Seedammcenter-Revue*, Oktober 1974

Anonym (1974b): Anonym, „Wir trafen im SC Peter Dettwyler, Project-Manager“, in: *Seedammcenter-Revue*, Oktober 1974

Anonym (1974c): Anonym, „3. Okt. 10 Uhr: Eröffnung Seedamm-Center“, in: *Seedammcenter-Revue*, Oktober 1974

Anonym (1974d): Anonym, „Jugend-Revue, Grosser Erfolg des Spielplatz-Gestaltungswettbewerbes“, in: *Seedammcenter-Revue*, Oktober 1974

Anonym (1974e): Anonym, „Jugend-Revue, Pfäffi“, in: *Seedammcenter-Revue*, Oktober 1974

Anonym (1974f): Anonym, „Das Seedamm-Center in Pfäffikon SZ, Standort“, in: *Höfner Volksblatt*, 4. Oktober 1974

Anonym (1974g): Anonym, „Das Seedamm-Center in Pfäffikon als neuartiges Einkaufserlebnis – Auf dem Land einkaufen wie in einer Grossstadt“, in: *Höfner Volksblatt*, 4. Oktober 1974

Anonym (1974h): Anonym, „Interview mit Charles Vögele“, in: *Höfner Volksblatt*, 4. Oktober 1974

Anonym (1974i): Anonym, „Das aktuelle Interview mit Karl Hefti“, in: *Seedamm-Revue*, November 1974

Anonym (1974j): Anonym, „Das aktuelle Interview mit Ruedi Altermatt“, in: *Seedamm-Revue*, November 1974

Anonym (1974k): Anonym, „Wir trafen im SC Werner Vetterli“, in: *Seedamm-Revue*, November 1974

Anonym (1975): Anonym, „Breuningerland - Schlaraffenland“, in: *Deutsche Bauzeitung, Die Bauzeitung,* Sonderdruck 9-1975

Anonym (1976a): Anonym, „Festliche Aufrichte des Alpamare in Pfäffikon“, in: *Höfner Volksblatt*, 3. September 1976

Anonym (1976b): Anonym, „Grossbrand in Pfäffikon“, in: *Höfner Volksblatt*, 15. Oktober 1976

Anonym (1976c): Anonym, „Zur Volksabstimmung am Wochenende: Es wurde genug geredet. Die Umfahrungsstrasse als entscheidungsreifes Projekt“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 18. September 1976

Anonym (1976d): Anonym, „Für ein Ja zur Umfahrungsstrasse – Eine Stellungsnahme der Gesellschaft für Umweltschutz. “, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 15. September 1976

Anonym (1976e): Anonym, „Fakten! Schaan und Vaduz werden vom Verkehr terrorisiert!“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 16. September 1976

Anonym (1976f): Anonym, „Harte Fronten, pessimistische Stimmung, Kritik an Staat und Bürger“, in: *Liechtensteiner Vaterland*, 15. September 1976

Anonym (1976g): Anonym, „Umfahrungsstrasse massiv abgelehnt. Negativstes Abstimmungsergebnis der letzten Jahrzehnte“, in: *Liechtensteiner Vaterland*, 21. September 1976

Anonym (1976h): Anonym, „Absage an das kompromisslose Fortschrittdenken“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 21. September 1976

Anonym (1977a): Anonym, „Entspannung und Ferienstimmung im Alpamare in Pfäffikon SZ“, in: *Höfner Volksblatt*, 15. Juli 1977

Anonym (1977b): Anonym, „Pfäffikon SZ: Festlicher Alpamare-Eröffnungsabend“, in: *Höfner Volksblatt*, 19. Juli 1977

Anonym (1985): Anonym, „Die Erweiterung des Seedamm-Centers Pfäffikon SZ“, in: *Planen und Bauen*, 7/8, 1984

Anonym (1988a): Anonym, „Verkehrsplanung Schaan: Bevölkerung zur Meinungsäusserung aufgerufen“, in: *Liechtensteiner Volksblatt,* 28. Juni 1988

Anonym (1988b): Anonym, „Chancen und Grenzen der Verkehrsplanung“, in: *Liechtensteiner Volksblatt,* 28. Juni 1988

Anonym (1988c): Anonym, „Schaan heute – Schaan morgen? Schaaner Verkehrsproblem: Behindern statt Lösen“, in: *Liechtensteiner Vaterland*, 29. Juni1988

Anonym (1988d): Anonym, „Die Schaaner wollen keine Umfahrungsstrasse“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 4. Juli 1988

Anonym (1988e): Anonym, „Überzeugend klares Nein“, in: *Liechtensteiner Vaterland*, 4. Juli 1988

Anonym (1988f): Anonym, „Aussagekräftiges Ergebnis der Schaaner Abstimmung“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 5. Juli 1988

Anonym (1996): Anonym, „Neue Partner im Hotel Seedamm, Mächler-Ramensperger sind ausgestiegen – Telecom PTT baut mit IWB Generalunternehmung AG weiter“, in: *March-Anzeiger*, 9. März 1996

Anonym (1997): Anonym, „Zum Gedenken an Prof. Dr. h. c. Dipl. Ing. Martin Hilti, Schaan“, in: *Liechtensteiner Volksblatt,* 29. August 1997

Anonym (1999a): Anonym, „Schaan ist nicht Balzers“, in: *Liechtensteiner Vaterland*, 19. Juni 1999

Anonym (1999b): Anonym, „Alternativen zu Umfahrungsstrasse“, in: *Liechtensteiner Vaterland*, 21. Juni 1999

Anonym (2001): Anonym, „Domat/Ems hat 7000 Einwohner“, in: *Südostschweiz*, 21. Oktober 2001

Anonym (2005a): Anonym, „Selva drängt auf Sägerei-Entscheid“, in: *Südostschweiz*, 1. Juni 2005

Anonym (2005b): Anonym, „Ansiedlungsprojekt – Sägerei in Domat/Ems willkommen“, in: *Bündner Tagblatt*, 16. Juni 2005

Anonym (2005c): Anonym, „Sägewerk Ems: Einen Zwischenschritt weiter“, in: *Bündner Tagblatt*, 30. Juni 2005

Anonym (2005d): Anonym, „Emser Bürger sagen Ja zur Sägerei“, in: *Südostschweiz*, 29. Oktober 2005

Anonym (2005e): Anonym, „Bürgergemeinde sagt Ja zum Grosssägewerk“, in: *Bündner Tagblatt*, 29. Oktober 2005

Anonym (2005f): Anonym, „Umweltverbände keine Kampfansage“, in: *Bündner Tagblatt*, 2. Dezember 2005

Anonym (2005g): Anonym, „Energie aus Holz statt Heizöl für Ems-Chemie“, in: *Bündner Tagblatt*, 29. Januar 2005

Anonym (2006a): Anonym, „Keine Einsprachen gegen Sägerei“, in: *Südostschweiz*, 5. Januar 2006

Anonym (2006b): Anonym, „Offene Fragen rund um das Grosssägewerk“, in: *Südostschweiz*, 22. März 2006

Anonym (2007a): Anonym, „Bürogebäude und Trainingszentrum in Schaan, Liechtenstein“, in: *Detail,* 5/2007, S. 32-34

Anonym (2007b): Anonym, „Bei Stallinger in Domat/Ems läufts rund“, in: *Bündner Tagblatt*, 1. März 2007

Anonym (2007c): Anonym, „Neue Sägelinie in Domat/Ems steht“, in: *Südostschweiz*, 25. April 2007

Anonym (2007d): Anonym, „Jetzt kommt das Holz mit der Eisenbahn“, in: *Südostschweiz*, 8. Mai 2007

Anonym (2008): Anonym, „Hilti bestimmt Entwurf für 100 Mio.-Projekt“, in: *Liechtensteiner Vaterland*, 15. April 2008

Bellinger, Krieger (2006): Andréa Bellinger, David J. Krieger, *ANThology, Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie,* Transcript Verlag, Bielefeld 2006

Berger (2005a): Hansruedi Berger, „Grosssägerei in Untervaz geplant“, in: *Südostschweiz*, 24. März 2005

Berger (2005b): Hansruedi Berger, „Der Aufstand der Kleinen“, in: *Südostschweiz*, 4. April 2005

Berger (2005c): Hansruedi Berger, „Grosssägewerk in Ems statt Untervaz?“, in: *Südostschweiz*, 18. Mai 2005

Berger (2005d): Hansruedi Berger, „Grosssägerei: Kanton setzt neu auf Domat/Ems“, in: *Südostschweiz*, 18. Mai 2005

Berger (2005e): Hansruedi Berger, „Und das alles mitten im Dorf“, in: *Südostschweiz*, 17. Oktober 2005

Berger (2005f): Hansruedi Berger, „Grosssägewerk: alles drückt aufs Tempo“, in: *Südostschweiz*, 24. September 2005

Berger (2006a): Hansruedi Berger, „Stallinger: Baugesuch eingereicht“, in: *Südostschweiz*, 25. Februar 2006

Berger (2007): Hansruedi Berger, „Martin Krispler: Wir sind sehr zufrieden mit dem Start“, in: *Südostschweiz*, 11. August 2007

Bernasconi (2005): R. Bernasconi, „Die Giessen: Von der Entstehung zur Revitalisierung“, in: *10 Jahre Rheinau – Giessen*, Standbericht 2005

Biagioli (1999): Mario Biagioli (Hg.), *The Science Studies Reader,* Routledge Verlag, London 1999

Bisculm (2005): Stefan Bisculm, „Unser Angebot ist sensationell“, in: *Südostschweiz*, 3. Juni 2005

Blöchliger (2005): Hansjörg Blöchliger, *Baustelle Föderalismus - Metropolitanregionen versus Kantone: Untersuchungen und Vorschläge für eine Revitalisierung der Schweiz,* Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2005

Boczek (2007): Barbara Boczek, *Transformation urbaner Landschaft. Ansätze zur Gestaltung in der Rhein-Main-Region*, Verlag Müller + Busmann, Wuppertal 2007

Boeri (2000): Stefano Boeri, „USE Uncertain States of Europe“, in: Rem Koolhaas, Stefano Boeri, Sanford Kwinter (Hg.), *Mutations,* Actar, Barcelona 2000, S. 339-425

Boelens (2009): Luuk Boelens, *The Urban Connection: An actor-relational approach to urban planning*, 010, Rotterdam 2009

Bormann et al. (2005): Bormann Oliver, Koch Michael, Schmeing Astrid, Schröder Martin, Wall Alex, *Zwischen Stadt Entwerfen,* Verlag Müller + Busmann, Wuppertal 2005

Bölling, Christ (2006): Lars Bölling, Wolfgang Christ, *Bilder der Zwischenstadt, Ikonografie und Szenografie eines Urbanisierungsprozesses,* Verlag Müller + Busmann Wuppertal, 2006

Bölling, Sieverts (2004): Lars Bölling, Thomas Sieverts, *Mitten am Rand. Auf dem Weg von der Vorstadt über die Zwischenstadt zur regionalen Stadtlandschaft,* Verlag Müller und Busmann, Wuppertal 2004

Bosshard, Luchsinger (1990): Max Bosshard, Christoph Luchsinger, „Nicht Land, Nicht Stadt - Ein Ausschnitt aus der Topographie des Schweizer Mittellandes“, in: *Werk, Bauen und Wohnen,* Nr. 5, Zürich 1990, S. 26-35

Bourriaud (2002): Nicolas Bourriaud, *Relational Aesthetics*, les presses du réel, Dijon 2002

Brake, Einacker, Mäding (2005): Klaus Brake, Ingo Einacker, Heinrich Mäding, *Kräfte, Prozesse, Akteure - Zur Empirie der Zwischenstadt,* Verlag Müller + Busmann, Wuppertal 2005

Bras (1999): Arthur Bras, „Bachab mit dem Mogelpaket!“, in: *Liechtensteiner Vaterland*, 24. Juni 1999

Breckner (2006): Ingrid Breckner, „Die Produktion suburbaner Räume und die Rolle der räumlichen Planung“, in: Klaus Selle (Hg.), *Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung. Analysen, Erfahrungen, Folgerungen*, Verlag Dorothea Rohn, Dortmund 2006, S. 438-449

Broggi (1988): Mario F. Broggi, *Landschaftswandel im Talraum Liechtensteins. Der Einfluss von Siedlungsentwicklung und Landnutzung auf die Landschaft aus raumplanerisch-ökologischer Sicht, dargestellt am Beispiel des Alpenrheintals im Fürstentum Liechtenstein*, Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein, Vaduz 1988

Broggi, Spillmann (2007): Mario F. Broggi, Werner Spillmann, „Das Forschungsprojekt Perspektiven Alpenrheintal“, in: *GAIA,* 2007, S. 302-303

Bundi (2005): Erwin Bundi „Eine grosse ansehnliche Gmeind – Dorfraum“, in: Gemeinde Domat/Ems (Hg.), *Dorfbuch Domat/Ems*, Domat/Ems 2005, S. 121-133

Bundi (2007): Erwin Bundi*, Raum Graunbünden, Dokumentation Raumplanung und Raumentwicklung,* Südostschweiz Buchverlag, Chur 2007

Burckhardt (2004): Lucius Burckhardt, „Wer plant die Planung?“ in: Jesko Fezer, Martin Schmitz (Hg.), *Lucius Burckhardt, Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch,* Martin Schmitz Verlag, Kassel 2004, S. 71-87

Callon (2006): Michel Callon, „Einige Elemente einer Soziologie der Übersetzung: Die Domestikation der Kammmuscheln und der Fischer der St. Brieuc-Bucht“, in: Andréa Bellinger, David J. Krieger, *ANThology, Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie,* Transcript Verlag, Bielefeld 2006, S. 135-174

Caminada (2005): Gion A. Caminada. „Neun Thesen für die Stärkung der Peripherie“, in: Bettina Schlorhaufer (Hg.), *Cul zuffel e l'aura dado - Gion A. Caminada,* Quart Verlag, Luzern 2005, S. 133-136

Campi et al. (2001): Mario Campi, Franz Bucher, Mirko Zardini, *Annähernd perfekte Peripherie, Glatttalstadt / Greater Zurich Area,* Birkhäuser, Basel, Boston, Berlin 2001

Chang et al. (2000): Bernhard Chang, Mihai Craciun, Rem Koolhaas, Nancy Lin, Yugang Liu, Katherine Orff, Stephanie Smith, „PRD Pearl River Delta - Harvard Project on the City“, in: Rem Koolhaas, Stefano Boeri, Sanford Kwinter (Hg.), *Mutations,* Actar, Barcelona 2000, S. 280-338

Christiaanse (1989): Kees Christiaanse, *Kontrolle und Laissez-faire,* in: www.christiaanse.arch.ethz.ch/Forschung/Forschung, Zugriff am 16. August 2007

Christiaanse (2004): Kees Christiaanse, „Kontrolle und Laissez-faire: die programmlose Stadt“, in: Kees Christiaanse (Hg.), *Entwurf und Strategie im urbanen Raum: Die Programmlose Stadt*, ETHZ, Zürich 2004, S. 9-19

Chung et al. (2001): Chuihua J. Chung, Jeffrey Inaba, Rem Koolhaas, Sze T. Leong (Hg.), *Project on the City - Great Leap Foreward,* Taschen GmbH, Köln 2001

Corner (2003): James Corner, „Landscape Urbanism, A manual for the Machinic Landscape“, in: Mohsen Mostafavi (Hg.), *Landscape Urbanism, a Manual for the Machinic Landscape,* Architectural Association, London 2003, S. 58-63

De Geyter Architects (2002): De Geyter Architects, *After-Sprawl, research for the contemporary city,* NAi Publishers, Rotterdam 2002

Diener et al. (2006), Roger Diener, Jaques Herzog, Marcel Meili, Pierre de Meuron, Christian Schmid, *Die Schweiz. Ein städtebauliches Portrait,* Birkhäuser, Basel, Boston, Berlin 2006

Dijkstra (1997): Rients Dijkstra, „Das Projekt Leidsche Rijn“, in: Kees Christiaanse, Angela Mensing, (Hg.), *Suburbia in Holland*, TU Berlin, Berlin 1997

Eisinger (2004): Angelus Eisinger, *Städte bauen, Städtebau und Stadtentwicklung in der Schweiz 1940-1970,* gta Verlag, Zürich 2004

Eisinger (2005): Angelus Eisinger, „Siedlungsentwicklung und Grenzen“, in: *Perspektiven Alpenrheintal, Projektskizze für ein gemeinsames Forschungsvorhaben der Hochschule Liechtenstein, der Eidg. Forschungsanstalt WSL und der Universität Innsbruck,* Vaduz 2005, S. 19-22

Eisinger (2006): Angelus Eisinger, *Die Stadt der Architekten, Anatomie einer Selbstdemontage,* Birkhäuser, Basel, Boston, Berlin 2006

Eisinger (2007): Angelus Eisinger, *Wirklichkeitscollagen: Überlegungen zu Denkstilen und Denkkollektiven in Städtebau und Stadtplanung,* Fleckkolloquium 12. Dezember 2007, Zürich 2007

Eisinger (2007b): Angelus Eisinger, „Architektur als Weltlabor. Eine Renaissance“, in: Hochschule Liechtenstein (Hg.), *Die ökologische Stadt*, Michael Imhof Verlag, Petersberg 2007, S. 40-44

Eisinger, Kurath (2006), Angelus Eisinger, Stefan Kurath, „Über die Grenzen, Annäherung an den Wirtschafts- und Lebensalltag im Alpenrheintal“, in: Mario Broggi (Hg.), *Alpenrheintal - eine Region im Umbau,* Verlag der LAG, Vaduz 2006, S. 28-37

Eisinger, Kurath (2008): Angelus Eisinger, Stefan Kurath, „Die emergente Rolle der Architekten“, in: *GAM Emerging Realities,* GAM 04, 2008, S. 154-175

Eisinger, Kurath (2009): Angelus Eisinger, Stefan Kurath, „Jetzt die Zukunft. Einschreibeprozesse soziotechnischer Stadtlandschaften“, in: *GAM Urbanity not Energy,* GAM 05, 2009, S. 80-91

Eisinger, Reuter (2007), Angelus Eisinger, Iris Reuter, *Zürich baut, Konzeptioneller Städtebau,* Birkhäuser, Basel, Boston, Berlin 2007

Eisinger, Schneider (2003): Angelus Eisinger, Michel Schneider (Hg.), *Stadt-Land Schweiz, Untersuchungen und Fallstudien zur räumlichen Struktur und Entwicklung in der Schweiz,* Birkhäuser, Basel, Boston, Berlin 2003

Erne (1963): A. Erne, „Projekt und Bauausführung des Nationalstrassenabschnittes Buriet-St. Margrethen-Oberriet (N1 bzw. N13)“, in: *Sonderdruck Strasse und Verkehr*, Nr. 5, 1963

Feichtinger (1994): Andreas Feichtinger, „Ausbildungszentrum Telecom PTT voraussichtlich Mitte 1998 eröffnet“, in: *Höfner Volksblatt,* 1. Juli 1994

Fetz (2005a): Gion-Gieri Fetz, „Vom einstigen Bauerndorf zur Industriegemeinde – Landwirtschaft“, in: Gemeinde Domat/Ems (Hg.), *Dorfbuch Domat/Ems*, Domat/Ems 2005, S. 78-91

Fetz (2005b): Urs Fetz, „Ein Unternehmen von Weltformat - Ems-Chemie“, in: Gemeinde Domat/Ems (Hg.), *Dorfbuch Domat/Ems*, Domat/Ems 2005, S. 92-105

Fleck (1980): Ludwik Fleck, *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und vom Denkkollektiv,* Suhrkamp, Frankfurt am Main 1980

Fontana (2005): Armon Fontana, „Das Dorf, eine Kleinstadt“, in: Gemeinde Domat/Ems (Hg.), *Dorfbuch Domat/Ems*, Domat/Ems 2005, S. 134-147

Frampton (1999): Kenneth Frampton, *Megaform as Urban Landscape,* University of Michigan College, 1999

Franck (2006): Georg Franck, „Raumplanung: wozu eigentlich?“ In: Klaus Selle (Hg.), *Zur räumlichen Entwicklung beitragen - Konzepte. Theorien. Impulse,* Verlag Dorothea Rohn, Dortmund 2006, S. 341-351

Frommelt (1954a): H. Frommelt, “Bauordnung und Bauzonenplan“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 11. September 1954

Frommelt (1954b): H. Frommelt, “Bauordnung und Bauzonenplan - Fortsetzung“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 13. September 1954

Frommelt (1988): Christoph Frommelt, „Verkehrsplanung Schaan“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 29. Juni 1988

Fürst, Scholles (2008): Dietrich Fürst, Frank Scholles, *Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung,* Dorothea Rohn Verlag, Dortmund 2008

Ganser (2006): Karl Ganser, „Alles geplant - was nun?“, in: Klaus Selle (Hg.), *Zur räumlichen Entwicklung beitragen - Konzepte.Theorien.Impulse,* Dorothea Rohn Verlag, Dortmund 2006, S. 529-546

Germann (1993): Guido Germann, „Das Rheinregulierungsunternehmen“, in: Internationale Rheinregulierung Rorschach (Hg.), *Der Alpenrhein und seine Regulierung*, BuchsDruck und Verlag, Buchs 1993, S. 201-203

Gilgen (2005): Kurt Gilgen, *Kommunale Raumplanung in der Schweiz,* vdf Hochschulverlag, Zürich 2005

Götz (1993): Andreas Götz, „Zum Geleit - Die Vertreter der Gemeinsamen Rheinkommission“, in: Internationale Rheinregulierung Rorschach (Hg.), *Der Alpenrhein und seine Regulierung*, BuchsDruck und Verlag, Buchs 1993, S. 11-12

Graham, Marvin (2001): Stephen Graham, Simon Marvin, *Splintering Urbanism; Networked infrastructures, technological mobilities and the urban condition,* Routledge, New York 2001

Handschin (2005): Ueli Handschin, „Boden verlieren tut weh“, *Südostschweiz*, 22. April 2005

Handschin (2006): Ueli Handschin, „Grosssägerei noch ohne Lieferverträge“, *Südostschweiz*, 30. Juli 2006

Hauck (1998): Marcel Hauck, „Habe nie am Gelingen des Projektes gezweifelt“, in: *Ausserschwyzer Zeitung,* 19. August 1998

Hauser (2003): Susanne Hauser, „Stadt ohne Bild“, in: Ernst Hubeli, Harald Saiko, Kai Vöckler (Hg.), *100% Stadt, der Abschied vom nicht-städtischen,* Haus der Architektur Graz, Graz 2003, S. 105-121

Heinelt (2006): Hubert Heinelt, „Planung und Governance. Der Beitrag der Governance-Debatte zum Planungsverständnis“, in: Klaus Selle (Hg.), *Zur räumlichen Entwicklung beitragen - Konzepte. Theorien. Impulse,* Verlag Dorothea Rohn, Dortmund 2006, S. 235-247

Henggeler (1958): Rudolf Henggeler, *Geschichte der Korporation Pfäffikon*, Pfäffikon 1958

Hesse, Kaltenbrunner (2005): Markus Hesse, Robert Kaltenbrunner, „Zerrbild "Zersiedlung", Anmerkungen zum Gebrauch und zur Dekonstruktion eines Begriffs“, in: *disP,* 160, 2005, S. 16-22

Hiestand et al. (1958): Rob. Hiestand, Jos. Hiestand, O. Hiestand, „Vorwort - Geschichte der Korporation Pfäffikon“, in: Rudolf Henggeler, *Geschichte der Korporation Pfäffikon*, Pfäffikon 1958

Hilti (1995): Michael Hilti (Hg.), *Martin Hilti zum 80. Geburtstag,* Hilti Aktiengesellschaft, Schaan 1995

Hollenstein (2005): Roman Hollenstein, „Alpiner Urbanismus“, in: *Neue Zürcher Zeitung,* 3. Juni 2005

Jehle, Jehle (1988): M. Jehle, K. Jehle, „Einige Bemerkungen zur Sonderausgabe Verkehrsplanung des Informations-Bulletins Schaan heute“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 29. Juni 1988

Kaiser (1993a): Markus Kaiser, „Die alten Rheindörfer“, in: Internationale Rheinregulierung Rorschach (Hg.), *Der Alpenrhein und seine Regulierung*, BuchsDruck und Verlag, Buchs 1993, S. 67-97

Kaiser (1993b): Markus Kaiser, „Industrialisierung und Rheinkorrektion im St. Galler Rheintal“, in: Internationale Rheinregulierung Rorschach (Hg.), *Der Alpenrhein und seine Regulierung*, BuchsDruck und Verlag, Buchs 1993, S. 103-111

Keller (2006): Donald A. Keller, „Neu wieder über Planung denken!“, in: Klaus Selle (Hg.), *Zur räumlichen Entwicklung beitragen - Konzepte. Theorien. Impulse,* Verlag Dorothea Rohn, Dortmund 2006, S. 352-363

Kessler (2007): Silvia Kessler, „Bei Stallinger herrschen Bündner Dialekte vor“, in: Bündner Tagblatt, 8. März 2007

Koll-Schretzenmayr (2008): Martina Koll-Schretzenmayr, „Hans Marti und die Jugendjahre der schweizerischen Landesplanung – Eine Zeitreise“, in: Claude Ruedin, Michael Hanak (Hg.), *Hans Marti - Pionier der Raumplanung,* gta Verlag, Zürich 2008, S. 32-38

Koch (2008): Michael Koch, „Gestaltungswille und Gestaltungsfreiheit“, in: Claude Ruedin, Michael Hanak (Hg.), *Hans Marti - Pionier der Raumplanung,* gta Verlag, Zürich 2008, S. 39-41

Koch, Schmid (1999): Michael Koch, Willy A. Schmid, *Die Stadt in der Schweizer Raumplanung, Ein Lesebuch - Martin Lendi gewidmet,* vdf Hochschulverlag, Zürich 1999

Koch et al. (2005), Michael Koch, Thomas Sieverts, Ursula Stein, Michael Steinbusch, *Zwischenstadt - Inzwischen Stadt? Entdecken, Begreifen, Verändern,* Verlag Müller + Busmann, Wuppertal 2005

Koch, Schröder (2006): Michael Koch, Martin Schröder, „ZwischenStadtEntwerfen, Plädoyer für konzeptionelle Strategien im regionalen Massstab oder: Für ein raumplanerisches Entwerfen“, in: *Deutsches Architektenblatt*, NR.: 9, 2006, S. 18-21

Körner (2005): Stefan Körner, *Natur in der urbanisierten Landschaft. Oekologie, Schutz und Gestaltung*, Verlag Müller + Busmann, Wuppertal 2005

Koolhaas (1995): Rem Koolhaas, *S,M,L,XL,* Monacelli Press, New York 1995

Koolhaas (2004): Rem Koolhaas, *Content,* Taschen, Köln 2004

Kurath (2009): Stefan Kurath, „Relationales (Raum)Entwerfen – Arbeiten an der Region von morgen“, in: *GAIA,* 18/2, 2009, 178-180

Lampugnani et al. (2007): Vittorio Magnago Lampugnani, Matthias Noell, Gabriela, Barman-Krämer, Anne Brandl, Patric Unruh, *Handbuch zum Stadtrand,* Birkhäuser, Basel, Boston, Berlin 2007

Latour (1999): Bruno Latour, „On Recalling ANT“, in: John Law, John Hassard (Hg.), *Actor Network Theory and After,* Blackwell Publishers, Oxford 1999, S. 15-25

Latour (2000): Bruno Latour, *Die Hoffnung der Pandora*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000

Latour (2004): Bruno Latour, *Krieg der Welten - wie wäre es mit Frieden?* Merve Verlag, Berlin 2004

Latour (2007): Bruno Latour, *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft, Einführung in die Aktor-Netzwerk-Theorie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2008

Latour, Yaneva (2008): Bruno Latour, Albena Yaneva, „Give Me a Gun and I will Make all Buildings Move“, in: Reto Geiser (Hg.), *Explorations in Architecture. Teaching, Design, Research,* Birkhäuser, Basel, Boston, Berlin 2008, S. 80-89

Lendi (2006): Martin Lendi, „Zur Geschichte der schweizerischen Raumplanung“, in: *disP, 167*, 2006, S. 66-83

Luchsinger (2008): Christoph Luchsinger, „Zweierlei Städte“, in: Sophie Wolfrum, Winfried Nerdinger, *Multiple City,* Jovis, Berlin 2008, S. 279-290

Luhmann (1997): Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft,* Suhrkamp, Frankfurt am Main 1997

Lüönd (2002): Karl Lüönd, „Nachruf Charles Vögele, Visionär, Mäzen und Gentleman“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 24. April 2002

Meier (1976): Günther Meier, „Ortsumfahrung Schaan-Vaduz: Stunde Null am Montag? Bericht von einer Informations-Versammlung in Schaan“, in: Liechtensteiner Volksblatt, 15. September 1976

Meier (2009): Josiane Meier, *Regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Raumplanung. Das Beispiel Alpenrheintal,* Institut für Stadt- und Regionalplanung, Technische Universität Berlin, Berlin 2009

Meili (1918): Heinrich Meili, *Die Rheinkorrektion, ein öffentliches Werk im Sinne des Art. 23 der Bundesverfassung,* Buch und Kunstdruckerei Weilemann, Uster 1918

Menzl (2007): Marcus Menzl, *Leben in Suburbia, Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rande von Hamburg,* Campus Verlag, Frankfurt am Main 2007

Mostafavi (2003): Mohsen Mostafavi, *Landscape Urbanism, a Manual for the Machinic Landscape,* Architectural Association, London 2003

MVRDV (2003): MVRDV, „What could Switzerland become?“, in: Angelus Eisinger, Michel Schneider (Hg.), *Stadt-Land Schweiz, Untersuchungen und Fallstudien zur räumlichen Struktur und Entwicklung in der Schweiz,* Birkhäuser, Basel, Boston, Berlin 2003, S. 324-379

Neumann (2009): Hans-Martin Neumann, „Mobilität, Siedlungsentwicklung und Nachhaltigkeit am Alpenrhein“, in: *GAIA,* 18/2, 2009, 176-178

Orff (2001): Kate Orff, Landscape Zhuhai, in: Chuihua J. Chung, Jeffrey Inaba, Rem Koolhaas, Sze T. Leong (Hg.), *Project on the City - Great Leap Foreward,* Taschen GmbH, Köln 2001, S. 336-417

Ospelt (1988): Julius Ospelt, „Wir brauchen keine Umfahrungsstrasse“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 1. Juli 1988

Ospelt (2001): Karlheinz Ospelt, „Probleme aus der Sicht der Gemeinden - Erfahrungen mit Planungsmassnahmen“, in: *Raumplanung in Liechtenstein*, Nr. 13, 2001, S. 29-32

Pfeifer (2005): Anne Pfeifer, „Die Qualifizierung der Stadt bedarf einer Qualifizierung der Planer. Erster Ansatz zur Systematisierung eines aktuellen Fachbegriffs“, in: Vittorio M. Lampugnani, Matthias Noell (Hg.), *Stadtformen - Die Architektur der Stadt zwischen Imagination und Konstruktion,* gta Verlag, Zürich 2004, S. 300-309

Pfiffner (2005): Adrian Pfiffner, „Tumalandschaft zwischen Calanda und Dreibündenstein - Geografie und Geologie“, in: Gemeinde Domat/Ems (Hg.), *Dorfbuch Domat/Ems*, Domat/Ems 2005, S. 3-17

Pickering (1995): Andrew Pickering, *The Mangle of Practice,* University of Chicago Press, Chicago and London 1995

Proidl (2009): Catarina Proidl, „Mit Landschaftsstrukturen urbane Landschaft qualifizieren“, in: *GAIA,* 18/2, 2009, 180-181

Prominski (2004): Martin Prominski, *Landschaft entwerfen. Einführung in die Theorie aktueller Landschaftsarchitektur,* Dietrich Reimer Verlag, Hannover 2004

Rieder (2006): Peter Rieder (Hg.), *Vrin – am Ende oder nur zuhinterst,* Stiftung Pro Vrin, Zürich 2006

Rieniets (2004): Tim Rieniets, „Kulturlandschaft“, in: Kees Christiaanse (Hg.), *Entwurf und Strategie im urbanen Raum: Die Programmlose Stadt*, ETHZ, Zürich 2004, S. 21-35

Ruedin, Hanak (2008): Claude Ruedin, Michael Hanak (Hg.), *Hans Marti - Pionier der Raumplanung,* gta Verlag, Zürich 2008

Schäppi (1990): Arthur Schäppi, „Naturschützer kämpfen mit Rothenthurm-Artikel gegen Hotel und Kongresszentrum am Seedamm“, in: *Tages-Anzeiger*, 13. Februar 1990

Schierscher (1988): Lorenz Schierscher, „Stellungsnahme der Schaaner Gemeindevorstehung zum Artikel im Vaterland – Schaan heute – Schaan morgen?“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 1. Juli 1988

Schlorhaufer (2005): Bettina Schlorhaufer, *Cul zuffel e l'aura dado - Gion A. Caminada,* Quart Verlag, Luzern 2005

Schneider (2003): Markus Schneider, „Wirtschaftswunder Schwyz - Ein Ausflug mit Franz Marty“, in: *Weltwoche,* 39/03, 2003

Schneppat (2007): Rahel Schneppat, „Stallinger will ein eigenes Kraftwerk betreiben“, in: Südostschweiz, 5. Juni 2007

Schuler et al. (2005): Martin Schuler, Pierre Dessemontet, Dominique Joye, *Die Raumgliederungen der Schweiz - Eidgenössische Volkszählung 2000*, Bundesamt für Statistik, Neuenburg 2005

Schumacher (2001): Christina Schumacher, „Dogged by the Model of Science“, in: *tec21*, Nr. 13, 2001, S. 25-28

Schurk (2007): Holger Schurk, *Office + Context. Architekten und Netzwerke im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Kultur,* Fachhochschule Burgdorf, 2007

Scholl (2007): Bernd Scholl (Hg.), *Langfristperspektiven für eine integrierte Raum- und Eisenbahnentwicklung am Hochrhein und Oberrhein, Arbeitsbericht des Instituts für Städtebau und Landesplanung*, Universität Karlsruhe 2007.

Scholl, Beck (2006): Bernd Scholl, Torsten Beck, *PROSIDE - Application of Testplanning Method,* Universität Karlsruhe 2006

Siebel (1989): Walter Siebel, „Zukünftige Perspektiven der Stadtentwicklung“, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hg.), *Planung oder Anpassung? Fragen an künftige Stadt- und Regionalplanung,* Landesgruppe Niedersachsen-Bremen, Bericht II, Hannover 1989, S. 83-93

Siebel (2006): Walter Siebel, „Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung“, in: Klaus Selle (Hg.), *Zur räumlichen Entwicklung beitragen - Konzepte. Theorien. Impulse,* Verlag Dorothea Rohn, Dortmund 2006, S. 195-209

Sieverts (2001): Thomas Sieverts, *Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land,* Birkhäuser, Basel, Boston, Berlin 2001

Sieverts (2004): Thomas Sieverts, „Die Gestaltung der Stadtlandschaften – eine Europäische Aufgabe!“, in: Lars Bölling, Thomas Sieverts, Mitten am Rand. Auf dem Weg von der Vorstadt über die Zwischenstadt zur regionalen Stadtlandschaft, Verlag Müller und Busmann, Wuppertal 2004, S. 12-23

Sieverts (2007): Thomas Sieverts, „Von der unmöglichen Ordnung zu einer möglichen Unordnung im Entwerfen der Stadtlandschaft - Eine persönliche Sicht auf die globale Entwicklung von Stadtlandschaften und ihre Entwicklungschancen“, in: *disP,* 169, 2007, S. 5-16

Signer (2007): Rolf Signer, „Testplanungsverfahren in der Raumplanung“, in: Bernd Scholl (Hg.), *Langfristperspektiven für eine integrierte Raum- und Eisenbahnentwicklung am Hochrhein und Oberrhein,* Universität Karlsruhe 2007, S. 51-62

Simmen (2000): Peter Simmen, „Nur für neue Quartiere ein Thema“, in: *Südostschweiz*, 18. Oktober 2000

Simmen (2005a): Peter Simmen, „Domat/Ems fordert Untervaz“, in: *Südostschweiz*, 16. Juni 2005

Simmen (2005b): Peter Simmen, „Für Grosssägerei will Kanton Rodungsverfahren umgehen“, in: *Südostschweiz*, 13. Juni 2005

Simmen (2005c): Peter Simmen, „Buwal pfeift Regierung zurück“, in: *Südostschweiz*, 14. Juli 2005

Simmen (2005d): Peter Simmen, „Starkstromleitung übersehen“, in: *Südostschweiz*, 17. August 2005

Simmen (2005e): Peter Simmen, „Stallinger will Sägerei in Domat/Ems bauen“, in: *Südostschweiz*, 17. August 2005

Simmen (2005f): Peter Simmen, „Untervazer Bauer will nicht mehr verhandeln“, in: *Südostschweiz*, 27. August 2005

Simmen (2005g): Peter Simmen, „Sägereiprojekt mobilisiert in Domat/Ems die Massen“, in: *Südostschweiz*, 10. September 2005

Simmen (2005h): Peter Simmen, „Parlamentarischer Lobgesang auf die Grosssägerei“, in: *Südostschweiz*, 25. Oktober 2005

Simmen (2005i): Peter Simmen, „Mit verdeckten Karten gespielt“, in: *Südostschweiz*, 17. November 2005

Simmen (2005j): Peter Simmen, „Gegner und Befürworter der Grosssägerei im Endspurt“, in: *Südostschweiz*, 21. November 2005

Simmen (2005k): Peter Simmen, „Die Bedenken erst nehmen“, in: *Südostschweiz*, 28. November 2005

Simmen (2005l): Peter Simmen, „Umweltverbände formulieren Bedingungen zur Sägerei“, in: *Südostschweiz*, 28. Oktober 2005

Simmen (2006a): Peter Simmen, „Lösung für Emser Barriere-Problem“, in: *Südostschweiz*, 14. Januar 2006

Simmen (2006b): Peter Simmen, „Die Bauarbeiten für die Emser Grosssägerei beginnen im Mai“, in: *Südostschweiz*, 5. April 2006

Simmen (2006c): Peter Simmen, „Grossaufmarsch zur Stallinger-Information“, in: *Südostschweiz*, 5. Oktober 2006

Simmen (2006d): Peter Simmen, „Arbeitsvergabe für Emser Grosssägerei wirft Fragen auf“, in: *Südostschweiz*, 2. September 2006

Simmen (2006e): Peter Simmen, „Sägereianschluss wird um 125 Prozent teurer“, in: *Südostschweiz*, 24. September 2006

Sloterdijk (2004): Peter Sloterdijk, „Architekten machen nichts anderes als In-Theorie“, in: *Archplus*, 169/170, 2004, S. 16-23

Somol, Whiting (2002), Robert Somol, Sarah Whiting, „Notes around the Doppler Effect and other Moods of Modernism“, *Perspecta 33,* MIT Press, Cambridge 2002, S. 72-77

Thierstein et al. (2006): Alain Thierstein, Christian Kruse, Lars Glanzmann, Simone Gabi, Nathalie Grillon, *Raumentwicklung im Verborgenen - Die Entwicklung der Metropolregion Nordschweiz,* Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2006

Trachsel (2005): Hansjörg Trachsel, „Grossprojekte unter Zeitdruck“, in: *Südostschweiz*, 8. Juni 2005

Vercellone (1993): Ruggero Vercellone, „Einsprache wurde nach Vergleich zurückgezogen“, in: *March-Anzeiger*, 11. Oktober 1993

Vogt (1999): Desirée Vogt, „Schaan wird nicht umfahren. Nein zu möglicher Umfahrungsstrasse in Schaan täuscht nicht über Handlungsbedarf hinweg“, in: *Liechtensteiner Vaterland*, 28. Juni 1999

Waldheim (2006): Charles Waldheim (Hg.), *The Landscape Urbanism Reader,* Princeton Architectural Press, New York 2006

Walser (1988): Hugo Walser, „Schaaner Verkehrsberuhigung“, in: *Liechtensteiner Volksblatt*, 1. Juli 1988

Walser (2005a): Edi Walser, „Jetzt ist der Gross Rat auf den Geschmack gekommen“, in: *Bündner Tagblatt*, 20. April 2005

Walser (2005b): Edi Walser, „Das Projekt hat wie eine Bombe eingeschlagen“, in: *Bündner Tagblatt*, 26. März 2005

Walser (2005c): Edi Walser, „Besuch in Frankenmarkt“, in: *Bündner Tagblatt*, 17. Oktober 2005

Waser (2005a): Norbert Waser, „Sägewerk neuer Dimension“, in: *Bündner Tagblatt*, 24. März 2005

Waser (2005b): Norbert Waser, „90-Mio.-Investition, 150 Jobs und ein Schub im Holzmarkt“, in: *Bündner Tagblatt*, 24. März 2005

Waser (2005c): Norbert Waser, „Positives Echo für Sägewerk“, in: *Bündner Tagblatt*, 13. April 2005

Waser (2005d): Norbert Waser, „In Untervaz stellt man sich viele Fragen zum Sägewerk“, in: *Bündner Tagblatt*, 22. April 2005

Waser (2006a): Norbert Waser, „Ende Jahr soll in Ems das Sägewerk rattern“, in: *Bündner Tagblatt*, 25. Januar 2006

Waser (2006b): Norbert Waser, „Eine solche Baustelle gibt es wohl nur einmal im Leben“, in: *Bündner Tagblatt*, 5. August 2006

Weinmann (1995): Hans Rudolf Weinmann, „Start zu 110-Millionen-Bau am Seedamm“, in: *Tages-Anzeiger*, 24. August 1995

Weinmann (1998): Hans Rudolf Weinmann, „Mit vier Sternen, noch ohne Kasino“, in: *Tages-Anzeiger*, 14. August 1998

Wenawaser, Wanger (2000): Emanuel Wenaweser, Harald Wanger, *"... so müssen die Industrien vermehrt werden ..." Industrie in Schaan von den Anfängen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts,* Verlag der Gemeinde Schaan, Schaan 2000

Widmer (2006): Sigmund Widmer, „Duttweiler, Gottlieb“, in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 7. April 2006

Willi (2005a): Claudio Willi, „Der Fortschritt bricht sich Bahn - 20. Jahrhundert“, in: Gemeinde Domat/Ems, *Dorfbuch Domat/Ems*, Domat/Ems 2005, S. 45-55

Willi (2005b): Claudio Willi, „Domat/Ems – Das Grossprojekt als Chance für Ems“, in: *Bündner Tagblatt,* 25. Mai 2005

Willi (2005c): Claudio Willi, „Vorentscheid zum Sägewerk fällig“, in: *Bündner Tagblatt,* 16. August 2005

Willi (2005d): Claudio Willi, „Fast einmalige Chance“, in: *Bündner Tagblatt*, 25. Oktober 2005

Willi (2006a): Claudio Willi, „Zügig zur Realisierung“, in: *Bündner Tagblatt,* 5. April 2006

Willi (2006b): Claudio Willi, „Ab jetzt können Lieferungen anfahren“, in: *Bündner Tagblatt,* 31. Oktober 2006

Willi (2007): Claudio Willi, „Die Vision ist Wirklichkeit – wir danken und eröffnen“, in: *Bündner Tagblatt,* 27. Oktober 2007

Zenghelis (2007): Elia Zenghelis, „Die ökologische Stadt. Eine Strategie für die Architektur“, in: Hochschule Liechtenstein (Hg.), *Die ökologische Stadt,* Michael Imhof Verlag, Petersberg 2007, S. 15-20

Gesprächspartner:

Richard Atzmüller, Leiter Richtplanung, Amt für Raumentwicklung Graubünden, 28. März 2008

Peter Dettwyler, ehemaliger Mitarbeiter von Charles Vögele, 31. Juli 2007 (schriftlich)

Daniel Dietsche, Rheinbauleiter, 14. November 2008 (schriftlich)

Ulrich K. Feusi, Planer und Präsident der Kooperation Pfäffikon, 23. August 2007

Florin Frick, selbstständiger Planer in Schaan, 28. November 2007

Hanspeter Gisler, Zentrumsleiter Seedammcenter Freienbach, 23. Juli 2007

Markus Haltiner, Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, 2. April 2008

Hansjörg Hilti, Vorsteher Institut für Architektur und Raumentwicklung Vaduz, 14. November 2007

Michael Hilti, Sohn von Martin Hilti und Mitglied im Verwaltungsrat der Hilti AG, 12. Dezember 2007

Martin Krispler, Prokurist und Pressesprecher der Stallinger Swiss Timer, 22. Februar 2008

Andreas Maitz, Leiter zentrale Dienste der Hilti AG, 8. November 2007

Felix Rebmann, Architekt des Seedammcenters und dessen Erweiterung, 20. Juli 2007

Edi Risch, Vorsteher Bauamt Gemeinde Schaan, 21. November 2007

Internet:

www.admin.ch
www.alpamare.de
www.avenir-suisse.ch
www.baumschlager-eberle.com
www.bfs.admin.ch
www.buchs-sg.ch
www.bundesregierung.de
www.charles-voegele.com
www.domat-ems.ch
www.gta.arch.ethz.ch
www.feusi-partner.ch
www.f-o-a.ch
www.freienbach.ch
www.galerie-stuker.ch
www.hilti.li
www.hls-dhs-dss.ch
www.holcim.ch
www.iwb-gu.ch
www.lampugnani.gta.arch.ethz.ch
www.liechtenstein.li
www.media-stat.admin.ch
www.migros.ch
www.moneyhouse.ch

www.nachrichten.ch
www.pendlerstatistik.admin.ch
www.schaan.li
www.seedamm-kultur.ch
www.stallinger-swisstimber.ch
www.statistik.sg.ch
www.swisstimber.ch
www.wandelhalle-toelz.de
www.werdenberg.ch
www.viamala-raststaette.ch
www.vsa-aas.org
www.vssm.ch
www.zwischenstadt.net
www.8808.ch

Abkürzungsverzeichnis

AA	Architectural Association
BAB	Bauen ausserhalb der Bauzone
AG	Aktiengesellschaft
ANT	Aktor-Netzwerk-Theorie
A3 / A13	Autobahnbezeichung – früher N3 oder N13
BFS	Bundesamt für Statistik
BUWAL	Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft
CH91	Geplante Landesausstellung – Schweiz 1991
CO2	Kohlenstoffdioxid
CVP	Christliche Volkspartei
CIAM	Congrès Internationaux d'Architecture Moderne
DNA	Desoxyribonukleinsäure, Trägerin der Erbinformation
ETHZ	Eidgenössisch Technische Hochschule Zürich
FDP	Freisinnig-demokratische Partei
GmbH	Gemeinschaft mit beschränkter Haftung
HGV	Handels- und Gewerbeverein
HOVAG	Holzverzuckerungs AG
LGU	Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz
MVRDV	Maas, van Rijs, de Vries
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
N3 / N13	Nationalstrassenbezeichnung - heute A3 oder A13
o.H.G.	offene Handelsgesellschaft
OMA	Office for Metropolitan Architecture
ORL	Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung
PTT	Post, Telegraf, Telefon
QGP	Quartiergestaltungsplan
RhB	Rhätische Bahn
RIP	Richtplan
RPG	Raumplanungsgesetz
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBN	Schweizerischer Bund für Naturschutz
SC	Seedamm-Center
SG	Kanton St. Gallen
SL	Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege
SNB	Schwyzer Naturschutzbund
SOB	Südostbahn
SP	Sozial-demokratische Partei
STS	Science and Technological Studies
SVP	Schweizerische Volkspartei
SZ	Kanton Schwyz
USA	United States of America
VCS	Verkehrs-Club-Schweiz
VLP(-ASPAN)	Schweizerische Vereinigung für Landesplanung
VSLZ	Verband zum Schutze des Landschaftsbildes am Zürichsee
WaG	Waldgesetz
W1-4	Wohnzone mit ein- bis viergeschossigen Bauten
WG	Wohn- und Gewerbezone
WWF	World Wildlife Fund
ZöBA	Zone für öffentliche Bauten

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Flight of a gull

Abb. 2a: Darstellung der Übersetzungsphasen in Anlehnung an Bruno Latours Referenz- und Transformationsmodell

Abb. 2b: Flugbahn planerischer Verhandlungs- und Übersetzungsschritte

Abb. 3: Schweiz mit Gliederung in Kantone und Lokalisierung relevanter Ortschaften in Bezug auf die vorliegende Mikrostudie

Abb. 4: Agglomerationen Schweiz

Abb. 5: Fünf Metropolräume der Schweiz

Abb. 6: Metropolitanregionen versus Kantone

Abb. 7: Pfäffikon-Freienbach im Jahre 1965

Abb. 8: Baureglement Gemeinde Freienbach, 1972

Abb. 9: Zonenplan Gemeinde Freienbach, 1972

Abb. 10: Shoppingcenter Spreitenbach, 1970

Abb. 11: Breuningerland, 1973

Abb. 12: Visualisierung Einkaufszentrum Seedammcenter Pfäffikon, 1972

Abb. 13: Längsschnitt 1:200, Abänderungsprojekt 1, Seedammcenter Pfäffikon, 1972

Abb. 14: Längsschnitt 1:200, Abänderungsprojekt 2, Seedammcenter Pfäffikon, 1972

Abb. 15: Längsschnitt 1:200, Abänderungsprojekt 3, Seedammcenter Pfäffikon, 1973

Abb. 16: Luftaufnahme Seedammcenter, 1974

Abb. 17: Öffnungszeiten Seedammcenter, 1974

Abb. 18: Pfäffikon-Freienbach SZ im Jahre 1975

Abb. 19/20: Stimmungsbilder der Mall des Seedammcenters nach der Eröffnung vom 4. Oktober 1974

Abb. 21: Situation 1:500, Alpamare

Abb. 22/23: Modell 1:500, Kunstgalerie, 1974

Abb. 24/25: Eröffnungsbroschüre, Seedamm Kulturzentrum, Pfäffikon / SZ

Abb. 26: Erdgeschoss 1:100, Alpamare, 1975

Abb. 27: Situation Parkierung / Tankstelle 1:500, 1980

Abb. 28: Migrol-Tankstelle im Gwatt, 2003

Abb. 29: Situation 1:500, Erweiterung Seedamm-Center Verwaltung Charles Vögele AG, 1979

Abb. 30: Situation 1:1000, Erweiterung Seedamm-Center, Pfäffikon, Teilanschluss Seedamm/N3, 1979

Abb. 31: Seedammcenter im Jahre 1990

Abb. 32: Westfassade 1:200, Geschäfts- und Gewerbehaus Seedammcenter, 1985

Abb. 33: 1:1000, Vorprojekt Erschliessung Parzellen Nr. 1477, 2115, 1985, 926, 2237, 2029, 1971

Abb. 34: Situation 1:500, Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG, 1986

Abb. 35: Fassaden West und Ost 1:200, Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG, 1986

Abb. 36: Planskizze 1: 500, Direkte Zufahrt von der N3 in das Areal des Seedamm-Centers, 1987

Abb. 37: Situation 1:500, Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG, 1988

Abb. 38: Situation 1:500, Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG, 1991

Abb. 39: Untergeschoss Garage 1:200, Erweiterung Zentralverwaltung Charles Vögele AG, 1991

Abb. 40: Gestaltungsplan 1:500, Alpamare Pfäffikon, Erweiterung Rutschbahnen, 1982

Abb. 41: Landschaft unterhalb des Alpamare, 1982

Abb. 42: Vierte Erweiterung 1:100, Alpamare Pfäffikon, Erweiterung Freibecken, 1984

Abb. 43: Bepflanzungsplan 1:100, Erweiterung Alpamare Wasserrutschbahnen, 1985

Abb. 44: Umgebungsgestaltung Rutschbahn 1:200, Alpamare, 1989

Abb. 45: Das Alpamare, wie es sich heute zeigt

Abb. 46: Situation 1:500, Erweiterung Kulturzentrum in Pfäffikon, 1989

Abb. 47: Längsschnitt 1:100, Erweiterung Kulturzentrum in Pfäffikon, 1990

Abb. 48: Etappen, Quartiergestaltungsplan im Sack, 1992

Abb. 49: Visualisierung, Quartiergestaltungsplan im Sack, 1992

Abb. 50: Flugaufnahme Pfäffikon SZ aus dem Jahre 1999

Abb. 51: Zonenplan Siedlung Pfäffikon, 1993

Abb. 52: Situation 1:500, Bauprojekt, Annexbau Seedamm Kulturzentrum 8808 Pfäffikon – Bauprojekt, 1998

Abb. 53: Freienbach mit Gwatt und Seedamm, 1960

Abb. 54: Freienbach mit Gwatt, 2002

Abb. 55: Ränder als Kontaktlinie zwischen Stadt und Landschaft, Blick von der Kantonsstrasse Richtung Süden.

Abb. 56: Blinde Flecken im Gefüge des Gwatt

Abb. 57: XXL-Strukturen als Merkzeichen in der Stadtlandschaft

Abb. 58: Die Autobahn A3 als Band

Abb. 59: Klone aus Tankstelle, Coop Do It, Gewerberäumen.

Abb. 61: Schweiz mit Gliederung der Kantone sowie angrenzenden Ländern

Abb. 62: Agglomerationen Schweiz

Abb. 63: Die Schweiz – Ein städtebauliches Portrait – Städtenetze

Abb. 64: Briefkopflogo der Maschinenbau Hilti oHG mit dem ersten Fabrikbau im Forst, 1959

Abb. 65: Strassenfront 1:100, 1959

Abb. 66: Lageplan Bolzen und Nagelwerk 1:500, 1960

Abb. 67: Schaan im Jahre 1958

Abb. 68: Zonenplan Gemeinde Schaan, 1961

Abb. 69: Marktregionen der Hilti AG im Jahre 1974

Abb. 70: Werke der Hilti AG in Schaan, Mauren, Thüringen, Kaufering, Minneapolis und Forschungs-/Vertriebsstellen in München, Buchs und Manchester im Jahre 1974

Abb. 71: Lageplan Werk 1, 1:1'000, Fabrik Erweiterung, Hof- und Galvanik-Überbauung, Bauetappe 1, 1965

Abb. 72: Lageplan Bauetappe 3, 1:1'000, Fabrik Erweiterung, Hof- und Galvanik-Überbauung, 3. Etappe, 1966

Abb. 73: Westfassade 1:100, Verwaltungsgebäude 1. Etappe, 1972

Abb. 74: Fassaden 1:100, Emimeta Fabrikationsanstalt, 1954

Abb. 75: Westfassade 1:100, Bauvorhaben Werk 2, 1965

Abb. 76: Nordansicht, Westansicht 1:100, Erweiterung Werk 2, 1968

Abb. 77: Hilti-Werk 1 in Schaan mit neuem Verwaltungsgebäude, 1975

Abb. 78: Die Marketingorganisationen der Hilti-Gruppe im Jahre 1983

Abb. 79: Die Werke der Hilti AG in Mauren, Thüringen, Kaufering, Strass, Minneapolis, 1977

Abb. 80: Grundriss, 1:100, Eingabepläne Schulungszentrum, 1975

Abb. 81: Ortsumfahrungsstrasse Schaan-Vaduz, 1976

Abb. 82: Hilti AG, Werk 2, 1979

Abb. 83: Hilti AG Werk 1 mit Trainingszentrum, 1978

Abb. 84: Eingabeplan 1:100, Informationszentrum Hilti AG, 1980

Abb. 86: Die Siedlungswirklichkeit der Gemeinde Schaan um 1983

Abb. 87: Zonenplan Gemeinde Schaan, 1983

Abb. 88: Westfassade 1:100, Anbau an die Hauptverwaltung, 1984

Abb. 89: Westfassade 1:100, Aufstockung vom Anbau der Hauptverwaltung, 1986

Abb. 90: Verkehrsrichtplan, Entwurf zum generellen Verkehrsplan, 1986

Abb. 91: Skizze zu Frage 1 und 2, „Die Teilentlastung“, der Konsultativabstimmung über den generellen Verkehrsplan, Schaan

Abb. 92: Skizze zu Frage 3, „Die Umfahrungsstrasse“, der Konsultativabstimmung über den generellen Verkehrsplan, Schaan

Abb. 93: Querschnitt 1:100, Erweiterung Bürohaus Nord, 1988

Abb. 94: Bepflanzungsplan Hilti Werk 1, 1:500, Erweiterung Bürohaus Nord, 1989

Abb. 95: Situation 1:500, Parkplätze Süd, 1986

Abb. 96: Nord- und Westfassade 1:100, Versand Endoperationen, 1994

Abb. 97: Die Siedlungswirklichkeit der Gemeinde Schaan um 1995

Abb. 98: Das Werk 1 der Hilti AG im Jahre 1994

Abb. 99: Richtplan Gemeinde Schaan, 1995

Abb. 100: Vertriebsnetz der Hilti AG nach Länder, 2004

Abb. 101: Umgebungsplan 1:100, Hilti Trainingszentrum und Büro Ost, 2004

Abb. 102: Umgebung/Planänderung 1:100, Hilti Trainingszentrum und Büro Ost, 2007

Abb. 103: Trainingszentrum und Bürohaus Ost der Hilti AG in Schaan

Abb. 104: Gesamtsituation 1:1'000, Hilti AG Werk 1, 2007

Abb. 105: Zonen- und Richtpläne Schaan aus dem Jahre 1974 / 1983 / 1995 / 2007

Abb. 106: Werk 1 der Hilti AG, 2007

Abb. 107: Das Werk 1 der Hilti AG als „XXL-Struktur“

Abb. 108: Das Werk 2 der Hilti AG. Zu sehen sind die fraktalen Ränder der Zwischenstadt

Abb. 109: Schweiz mit Gliederung in Kantone und Lokalisierung relevanter Ortschaften

Abb. 110: Agglomerationen Schweiz

Abb. 111: Die Schweiz – Ein städtebauliches Portrait – Materialien

Abb. 112: Domat/Ems mit dem Gebiet Ems-West und den drei Teilgebieten Vial, Vogelsang und Marchesa, 1978

Abb. 113: Zonenplan Gemeinde Domat/Ems, 1960

Abb. 114: Zonen-Richtplan Gemeinde Domat/Ems, 1964

Abb. 115: Zonenplan Gemeinde Domat/Ems, 1975

Abb. 116: Zonenplan Gemeinde Domat/Ems, 1988

Abb. 117: Richtplan 1:5’000 Gemeinde Domat/Ems, Konflikte 1988

Abb. 118: Golfplatz Vogelsang Domat/Ems, März 1994

Abb. 119: Golfplatz Vogelsang Domat/Ems, November 1994

Abb. 120: Gestaltungsplan 1:2’000, Golfplatz Vogelsang Domat/Ems,1995

Abb. 121: Zonenplan 1:2’000, Golfplatz Vogelsang Domat/Ems, 1995

Abb. 122: Übersichtskarte, Golfplatz Vogelsang Domat/Ems, 1998

Abb. 123: Flugaufnahme Domat/Ems mit Emser-Werken, Golfplatz Vogelsang, den Teilgebieten Vial und Marchesa, 1998

Abb. 124: Quartierplan Marchesa 1:1'000, Alter Besitzstand, 2000

Abb. 125: Quartierplan Marchesa 1:1000, Quartiererschliessungsplan, 2000

Abb. 126: Quartierplan Marchesa 1:1000, Quartiergestaltungsplan, 2000

Abb. 127: Übersicht über die Quartierentwicklung von 1976 bis 2001 Gemeinde Domat/Ems

Abb. 128: Neubauquartier Marchesa, 2005

Abb. 129: Neubauquartier Marchesa, 2008

Abb. 130: Zonen- und Genereller Gestaltungsplan 1:2’000, 2004

Abb. 131/132 : Magerwiese mit Erika-Föhrenwald, 2005

Abb. 133: Genereller Gestaltungsplan 1:2’000, Industriezone Vial, 2005

Abb. 134: Erschliessungen 1:1’000, Gross-Holzverarbeitungsbetrieb Vial, 2005

Abb. 135: Zonenplan und Genereller Gestaltungsplan 1: 5'000, Ils Aults, 2005

Abb. 136: Rodungsplan 1:2’000, Industriezone Vial, 2005

Abb. 137: Rückübersetzung der Planwelten in die Siedlungswirklichkeit

Abb. 138: Transformationen der Stadtlandschaften, 2006

Abb. 139: Transformationen der Stadtlandschaften, 2007

Abb. 140: Anlagekonzept heute

Abb. 141: Blick vom Tuma Marchesa Richtung Westen, 2007

Abb. 142: Die Emser-Werke als „XXL Struktur“

Abb. 143: Der Holzlagerplatz der Stallinger Swiss Timber als „blinder Fleck“

Abb. 144: Das Einfamilienhausquartier als „Klon“ in der Zwischenstadt.

Abb. 145: Schweiz mit Gliederung in Kantone

Abb. 146: Agglomerationen Schweiz

Abb. 147: Die Schweiz – Ein städtebauliches Portrait – Städtenetze

Abb. 148: Belastung des Schweizerischen Hauptstrassennetzes, Sonntag, 24. Juli 1955, 08.00–12.00 Uhr

Abb. 149: Übersichtsplan Mst. 1:125’000, Nationalstrassen im Kanton St. Gallen, 1959

Abb. 150: Normalprofile und Aufbau des Strassenkörpers, Nationalstrassen N1 + N13, Teilstrecke Rheineck–Oberriet, 1964

Abb. 151: Eröffnung der Teilstrecke Rheineck–Oberriet 26 km 19. Dezember 1964

Abb. 152: Anschluss Au, mit Zollstation Schweiz–Österreich, Hochwassergerinne und Rheingerinne zwischen Au und Lustenau

Abb. 153: Anschluss Haag ein Jahr vor der Eröffnung der Teilstrecke Oberriet–Haag

Abb. 154: Eröffnung der Teilstrecke Oberriet–Haag 12 km 25. November 1967

Abb. 155: Rheindamm vor Autobahnbau mit Kieslager seitlich

Abb. 156: Ermittlung der Einzugsgebiete der 3 Anschlussvarianten bei Buchs, 1968

Abb. 157/158/159: Varianten Anschluss Buchs-Rheinstrasse, 1968

Abb. 160: Eingestürzte Rheinbrücke, 1970

Abb. 161: Generelles Projekt 1 : 5’000, Abschnitt Haag–Trübbach, Situation 1:5'000, 1970

Abb. 162: Anschluss Buchs nach der Eröffnung der Rheinbrücke im Oktober 1977

Abb. 163: Anschluss Sevelen-Balzers ein Jahr vor der Eröffnung des letzten Teilstücks Haag–Trübbach

Abb. 164: Das Rheintal von Österreich aus Richtung Oberriet

Abb. 165: Alltagsraum Alpenrheintal mit Buchs, Schaan und Autobahnanschluss Buchs

Abb. 166: Die „Bänder“ Autobahn A13, Rheindamm und Rhein

Abb. 167: Autobahn A13 und Eisenbahnlinie Schweiz–Liechtenstein

Abb. 168: Topologische Raumentwicklung im Gwatt zwischen 1975 bis heute.

Abb. 169: Regionale Pendlerverflechtungen der Arbeitnehmer des Seedammcenters

Abb. 170: Das Alpenrheintal aus: Leitbildprozess Vis!on

Abb. 171/172: Kategorien des Stadtrandes in Anwendung auf das Alpenrheintal zwischen Sargans und Feldkirch.

Abb. 173: Übergang vom Dorfrand ins Dorfzentrum von Schaan

Abb. 174: Erschliessung Zentrum, Schaan

Abb. 175: Bebauungstruktur Zentrum, Schaan

Abb. 176: Freiraumstruktur Zentrum, Schaan

Abb. 177: Handlungsbedarf einer räumlichen Qualifizierung des Dorfzentrums von Schaan

Abb. 178: Weisse Stadt, Berlin, als Referenz zur Verdeutlichung von Grenzen

Abb. 179: Dorfzentrum von Schaan als Ort der Intervention.

Abb. 180: Collage des Dorfzentrums von Schaan mit der Weissen Stadt in Berlin

Abb. 181: Dorfeingang von Schaan von Buchs her

Abb. 182: Erschliessung Eingang, Schaan

Abb. 183: Bebauungstruktur Eingang, Schaan

Abb. 184: Freiraumstruktur Eingang, Schaan

Abb. 185: Handlungsbedarf einer räumlichen Qualifizierung des Dorfeingangs von Schaan

Abb. 186: Wolkenbügel El Lissitzky

Abb.187: Ort der Intervention beim Ortseingang von Schaan

Abb. 188: Collage des Dorfeingangs von Schaan mit dem Wolkenbügel von El Lissitzky

Abb. 189: Wirksamkeit der architektonischen Massnahme bei weiterem Siedlungswachstum

Abb. 190: Autobahnausfahrt Buchs/Schaan mit Dorfeingang Buchs im Hintergrund

Abb. 191: Erschliessung Buchs/A13.

Abb. 192: Bebauungstruktur Buchs/A13.

Abb. 193: Freiraumstruktur Buchs/A13.

Abb. 194: Handlungsbedarf einer räumlichen Qualifizierung der Autobahnausfahrt von Buchs SG

Abb. 195: Torres de Satélite, Mexico-Stadt

Abb. 196: Ort der Intervention bei der Autobahnausfahrt Buchs/Schaan an der A13

Abb. 197: Collage der Autobahnausfahrt bei Buchs SG mit den Torres de Satélite

Abb. 198: Situation Raststätte mit Alpenrheintal-MARKT

Abb. 199: Alpenrheintal-MARKT als Wiedererkennungsmerkmal entlang der Autobahn A13 und als Zeichen der Region

Abb. 200: Darstellung der Raumkategorien nach *After Sprawl* am Beispiel des Alpenrheintals

Abb. 201: Konzept FRAME im Mittleren Alpenrheintal

Abb. 202: Zoom-In mit Schaan und Buchs.

Abb. 203: Collage des Mittleren Alpenrheintals mit Schaan und Buchs.

Abb. 204: Der kollektive Raum mit bestehenden Elementen westlich von Schaan in seinem eingefrorenen Zustand.

Abb. 205: Der FRAME als Trennungszone und räumliches Element

Abb. 206: Der kollektive Raum wird in seinem eingefrorenen Zustand zur Konstante

Abb. 207: Auswahl bestehender raumstruktureller und programmatischer Potentiale

Abb. 208: DNA der Zwischenstadt am Beispiel Mittleres Alpenrheintal

Abb. 209: Raumzusammenhänge am Beispiel Mittleres Alpenrheintal

Abb. 210: Planerische Ebenen des Alpen-Rhein-KONZEPTES

Abb. 211: *Zwischen Stadt Entwerfen* am Beispiel des Gebietes zwischen Buchs SG und Schaan LI.

Abb. 213: Mögliche Anreicherung des Alpen-Rheintal-PARK-Konzeptes mit Freizeiteinrichtungen

Abb. 214: Der Freizeit-Alpen-Rheintal-PARK als Rückgrat und Naherholungsraum des Alpenrheintals

Abb. 215: Landschaftsräumlich qualifizierte Übergänge zwischen Naherholungsgebiet und Siedlungsgebiet

Der Autor hat sich bemüht, alle Inhaber von Urheberrechten ausfindig zu machen. Der Autor entschuldigt sich, falls dies nicht in allen Fällen gelungen sein sollte. Fehlende Angaben werden in folgenden Ausgaben ergänzt.

© 2010